

Anlage 1.1

Polzeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum der Stadt Freiburg im Breisgau vom 22.07.2008 (Auszug).

§ 1 – Geltungsbereich

(1) Diese Polzeiverordnung gilt für das Gebiet der Innenstadt, begrenzt durch die Bertoldstraße, den Platz der Alten Synagoge, den Platz der Universität, das westlich der Humboldtstraße gelegene Verbindungsstück zur Humboldtstraße, die Humboldtstraße und die Kaiser-Joseph-Straße bis zum Bertoldsbrunnen.

Die genannten Straßen zählen noch zum Geltungsbereich der Verordnung.

(2) Der beigefügte Lageplan vom 28.05.2008 ist Bestandteil dieser Polzeiverordnung.

§ 2 – Alkoholverbot

(1) Im Geltungsbereich der Verordnung ist es auf den öffentlich zugänglichen Flächen außerhalb konzessionierter Freisitzflächen verboten

- alkoholische Getränke jeglicher Art zu konsumieren
- alkoholische Getränke jeglicher Art mit sich zu führen, wenn aufgrund der konkreten Umstände die Absicht erkennbar ist, diese im Geltungsbereich der Verordnung konsumieren zu wollen.

(2) Dieses Verbot gilt in den Nächten von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag, Sonntag auf Montag jeweils von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Gleiches gilt für die Zeit von 00:00 Uhr bis 06:00 Uhr morgens an einem gesetzlichen Feiertag und die zwei Stunden davor (d. h. von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr).

Anlage 1.2

Polzeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum der Stadt Göttingen vom Mai 2012.

§ 1 – Geltungsbereich

Die Verordnung gilt für den Bereich der Nikolaistraße, ausgehend von der angrenzenden Groner Straße bis zur angrenzenden Hospitalstraße einschließlich des Nikolaikirchhofes (siehe beigefügten Lageplan).

§ 2 – Alkoholverbot

(1) Im Geltungsbereich der Verordnung ist es auf öffentlich zugänglichen Flächen außerhalb konzessionierter Freisitze verboten

- a) alkoholische Getränke jeglicher Art zu konsumieren
- b) alkoholische Getränke jeglicher Art mit sich zu führen, wenn aufgrund der konkreten Umstände die Absicht erkennbar ist, diese im Geltungsbereich dieser Verordnung (§ 1) konsumieren zu wollen.

(2) Diese Verordnung gilt in den Nächten von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag von 0.00 Uhr bis 8.00 Uhr.

Gleiches gilt auch für die Nächte
vor dem Neujahrstag
vor Karfreitag
vor dem 01. Mai
vor Himmelfahrt
vor dem Tag der Deutschen Einheit.

§ 3 – Ausnahmen

In Einzelfällen kann der Oberbürgermeister aufgrund besonderer Anlässe ganz oder teilweise Ausnahmen vom Verbot des § 2 zulassen.

§ 4 – Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen den Verboten in § 2 im Geltungsbereich dieser Verordnung alkoholische Getränke konsumiert oder in der Absicht mit sich führt, diese im Geltungsbereich dieser Verordnung zu konsumieren.

(2) Diese Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden.

§ 5 – Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und mit Ablauf des 1.1.2013 außer Kraft.

Anlage 1.3

Geplante Polizeiverordnung der Stadt Ludwigsburg, Stand: 09.09.2014
(Auszug).

§ 11 – Konsum von Alkohol und Drogen

- (1) Auf öffentlichen Straßen und in Grün- und Erholungsanlagen ist untersagt:
 1. Das Verweilen und dauerhafte Niederlassen außerhalb von Freiausschankflächen ausschließlich oder überwiegend zum Zwecke des Alkoholgenußes, wenn durch alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen Dritte erheblich belästigt werden. Dies ist insbesondere der Fall bei aggressivem Verhalten wie zum Beispiel anpöbeln oder beschimpfen von Personen, Behinderung des Fahrzeug- oder Fußgängerverkehrs, Verunreinigungen durch weggeworfene Gegenstände, öffentlichen Notdurftverrichtungen oder ruhestörendem Lärm gem. § 117 Ordnungswidrigkeitengesetz.;
 2. das Konsumieren von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes
- (2) Das Konsumieren von Alkohol auf allgemein zugänglichen Kinder-, Wald- und Abenteuerspielplätzen, sowie Kindergarten- und Schulgeländen außerhalb von Veranstaltungen der betreffenden Einrichtungen ist untersagt. Ausgenommen von dem Verbot ist das unmittelbare Umfeld von ausgewiesenen Grillstellen auf Kinder-, Wald- und Abenteuerspielplätzen.
- (3) Die Vorschriften des Ordnungswidrigkeitengesetzes, des Strafgesetzes und des Betäubungsmittelgesetzes bleiben unberührt.

Anlage 1.4

Faltblatt „Alkohol“ der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V.,
abrufbar unter <http://www.dhs.de/informationmaterial/broschueren-und-faltblaetter.html>, eingesehen am 15.08.2014 (Auszug).

... **UND DIE RISIKEN**

Akute Risiken des Alkoholkonsums ergeben sich vor allem aus der Beeinträchtigung der Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit, der Wahrnehmung und der Urteilskraft. Dies kann bereits bei geringen Alkoholmengen der Fall sein. Hieraus ergibt sich eine erhöhte Unfallgefahr, die insbesondere im Straßenverkehr meist schwerwiegende, wenn nicht gar tödliche Folgen für Konsumenten und Unbeteiligte haben kann. Darüber hinaus kommt es infolge erhöhten Alkoholkonsums häufig zu Aggression und Gewalt, so dass ein Großteil aggressiver Straftaten unter Alkoholeinfluss begangen wird.

Neben diesen akuten Risiken, die zum Teil durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen – beispielsweise durch den Verzicht auf das Autofahren – vermieden werden können, steigert vor allem regelmäßig erhöhter Alkoholkonsum das Risiko zahlreicher schwerwiegender Folgeschäden (s. u.). Zur Verringerung des Risikos empfiehlt die Wissenschaft die Einhaltung der Grenzwerte für einen **risikoarmen Alkoholkonsum**.

Alkoholkonsum während der Schwangerschaft kann zu schwersten Schädigungen des Kindes führen.

Neurotransmitter
Chemische Substanzen, die als Botenstoffe bei der Übertragung der Erregung an den Schaltstellen der Nervenzellen – den Synapsen – freigesetzt werden und dadurch bestimmte hemmende oder erregende Effekte hervorrufen.

Rezeptoren
Spezialisierte Sensoren, die für die Kettenwahrnehmung des Nervensystems verantwortlich sind.

Entzugsschmerzen
Die beim Absetzen einer zur Abhängigkeit führenden Substanz auftretenden körperlichen und psychischen Symptome.

Risikoarme Alkoholkonsum
Grenzwerte für Frauen: täglich nicht mehr als höchstens ein Glas Alkohol (1/2 g reiner Alkohol).
Grenzwerte für Männer: täglich nicht mehr als höchstens zwei Gläser (24 g reiner Alkohol).
Zu beachten ist: Die Empfindlichkeit bzgl. des Alkohols ist bei jedem Menschen verschieden und – es sollte nicht täglich getrunken werden!

Die Beliebtheit und weite Verbreitung alkoholischer Getränke erklärt sich nicht zuletzt durch die meist angenehme empfundene Wirkung eines mäßigen Alkoholkonsums. So wirkt er in geringer Menge in der Regel anregend und stimulationssteigernd. Er kann Hemmungen und Ängste abbauen helfen und die Kontakt- und Kommunikationsbereitschaft fördern. Bei mittleren oder höheren Dosierungen kann die gelöste, oft heitere Stimmung jedoch rasch in Gereiztheit, emotionale Unzugänglichkeit sowie in Aggression und Gewalt umschlagen.

Bei ansteigendem Blutalkoholspiegel kommt es aufgrund der dadurch bedingten Vergiftung schließlich zu Störungen der Wahrnehmung und der Aufmerksamkeit, Urteilskraft, Koordinationsfähigkeit und Sprache werden zunehmend beeinträchtigt, und schließlich stellt sich eine erhebliche Ermüdung und Benommenheit ein. Bei sehr hohem Promillegehalt kann es sogar zum **Koma** bis hin zum tödlichen Ausgang kommen.

WIRKUNGSWEISE
Alkohol wird über die Schleimhaut des Verdauungstraktes ins Blut aufgenommen, wobei die Aufnahmegeschwindigkeit im Dünndarm größer als im Magen ist. Hier wird die Aufnahmegeschwindigkeit zusätzlich durch die verzehrten Nahrungsmittel beeinflusst. Über das Blut wird der Alkohol im gesamten Körper bis in die Körperwasser der Gewebe verteilt. Etwa 30–60 Minuten nach der Alkoholaufnahme wird die höchste Blutalkoholkonzentration erreicht. 2–5 % des Alkohols werden über Atemluft, Schweiß und Urin ausgeschieden, während der Hauptabbau über die Leber erfolgt. Abhängig von verschiedenen individuellen Faktoren beträgt die Abbaurate beim Menschen etwa 0,1–0,2 Promille stündlich. Über das Blut gelangt der Alkohol ins Gehirn, wo er die Informationsübertragung der Nervenzellen beeinflusst, in-

wendet, wobei der Alkoholgehalt je nach Art des Getränks stark variiert. So liegt der Alkoholgehalt beispielsweise von Bier je nach Sorte etwa zwischen 4,0 und 8,0 Vol. %, von Rotwein zwischen 11,5 und 13,0 Vol. % und von durchschnittlichem Weißwein zwischen 10,5 und 11,8 Vol. %. Hochprozentige Getränke wie Weinbrand oder Obstbrände erreichen dagegen einen Alkoholgehalt von 45 und mehr **Volumenprozent**. Dieser weitaus höhere Alkoholgehalt wird erzielt, indem man den durch die Gärung gewonnenen Alkohol anschließend destilliert. Hierbei wird der Alkohol in speziellen Vorrichtungen erhitzt. Der hierdurch entstehende Dampf wird aufgefangen und verflüssigt sich bei der Abkühlung wieder. Dieser Vorgang kann mehrmals wiederholt werden, bis die gewünschte Alkoholkonzentration erreicht ist.

Der Siedepunkt des Alkohols liegt bei 78,3°C. Ein Volumenprozent entspricht 0,8 g Alkohol, d. h. ein Liter Rotwein enthält ca. 92–100 g Alkohol. Mit 29,6 kJ (7,07 kcal) pro Gramm Alkohol liegt sein Energiegehalt in etwa bei dem von Fett.

... UND IHRE KONSUMFORMEN
Alkohol wird in Form alkoholischer Getränke wie Bier, Wein oder Spirituosen bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten konsumiert.

DIE EFFEKTE ...
Die akute Wirkung des Alkohols hängt von der aufgenommenen Menge und der Alkoholkonzentration des Getränks und von der individuellen körperlichen und seelischen Verfassung, der Trinkgewohnung und der **Toleranzentwicklung** des Einzelnen ab. So kann anhand von **Blutalkoholkonzentrationen** alleine keine klare Abgrenzung zwischen leichten, mittleren und schweren Rauschzuständen gezogen werden.

Volumenprozent
Anzahl der in 100 cm³ einer Lösung enthaltenen cm³ eines gelösten Stoffes.

Toleranz
Die durch Gewöhnung an eine Substanz verringerte Empfindlichkeit und Reaktion des Körpers darauf.

Blutalkoholkonzentration
Die im Blut festgestellte Alkoholmenge. Sie wird in Promille angegeben, was der Alkoholgehalt in 1.000 Gramm pro 1.000 g Blut entspricht.

Anlage 1.5

Pressemitteilung der Stadt Freiburg im Breisgau vom 07.07.2008, abrufbar unter <http://www.freiburg.de/pb/.Lde/289088.html>, eingesehen am 15.08.2014.

07.07.2008



Alkoholverbot: Bürgermeisteramt schlägt Verlängerung für zwei Jahre vor

Während Probelauf seit Januar Zahl der Gewaltdelikte im "Bermudadreieck" zurückgegangen. Objektive Sicherheitslage verbessert und subjektives Sicherheitsgefühl wieder gestärkt. Keine örtliche Verlagerung bei Verübung von Straftaten in andere Altstadtbereiche erkennbar

Aufgrund der stetig steigenden Zahl an Gewaltdelikten in der Innenstadt hatte der Gemeinderat vergangenen November auf Vorschlag von Verwaltung und der Polizei ein zeitlich und örtlich befristetes Alkoholverbot mit großer Mehrheit beschlossen. Dieser Probelauf, der in der Polizeiverordnung festgelegt wurde, endet zum 31. Juli. Nun muss der Gemeinderat am 22. Juli über eine neue Polizeiverordnung entscheiden. Nach Auswertung der Daten der Polizeidirektion Freiburg über die ersten fünf Monate wird das Bürgermeisteramt jetzt vorschlagen, das Alkoholverbot für zwei Jahre fortzuführen. Betrachtet man die für das Alkoholverbot relevanten Nächte, ist die Zahl der Gewaltdelikte in dem betroffenen Altstadtbereich der Polizei zufolge um 16 Prozent zurückgegangen, nachdem es hier in den Jahren zuvor eine stetige Steigerung der Zahl der Delikte gegeben hatte. Seit In-Kraft-Treten der Polizeiverordnung hat die Polizei in 381 Fällen um die Vernichtung des Alkohols oder um das Verlassen der Verbotszone bitten müssen. Außerdem konnte die Polizei keine räumliche Verlagerung von Gewaltdelikten in der Innenstadt beobachten.

Wie bislang auch soll das Verbot im sogenannten Bermudadreieck zwischen Martinstor, Bertoldsbrunnen, Platz der Universität und Platz der Alten Synagoge in den Wochenendnächten von Freitag Abend bis Montag Morgen von 22 bis 6 Uhr gelten. In diesem Areal ist dann das Mitbringen und Konsumieren von Alkohol im öffentlichen Straßenraum untersagt. Eine Überprüfung der Lage soll in zwei Jahren erfolgen, um dann erneut über die Polizeiverordnung zu entscheiden. Bis dahin wird es ausreichend statistisch aussagekräftiges Datenmaterial geben.

Oberbürgermeister Dieter Salomon und Erster Bürgermeister Otto Neideck machten heute in einer Pressekonferenz deutlich, dass für sie ausreichend Anhaltspunkte gegeben sind, das Verbot um zwei Jahre zu verlängern: „Der von der Polizei festgestellte Rückgang von Gewalttaten in der Innenstadt ist ein eindeutiger Trend, deshalb wollen wir dieses limitierte Verbot weiterführen. Wir wollen die körperliche Unversehrtheit der Gäste in der Innenstadt schützen, das hat für uns absolute Priorität.“ Das Verbot sei insofern ein geeignetes Mittel, da das Verbot, das lediglich an Wochenendnächten gilt, die objektive Sicherheitslage verbessert hat. „Deshalb halten wir diese Einschränkung der persönlichen Freiheit für absolut zumutbar,“ so OB Salomon „Die Menschen in der Stadt fühlen sich seitdem auch sicherer!“

Heiner Amann, Leiter der Polizeidirektion Freiburg, skizzierte die Erfahrungen der Polizei der vergangenen fünf Monate: „Die Lage hat sich merklich beruhigt. Das Alkoholverbot wird akzeptiert und ist ein wichtiger Baustein unseres Konzeptes zur Gewaltprävention.“ Der Rückgang der

Gewaltzahlen gerade in den wärmeren Monaten zeige eindeutig, dass der Zusammenhang zwischen unkontrolliertem Alkoholkonsum und einem höheren Konflikt- und Aggressionspotential gegeben sei. Im Vergleich der jeweiligen Monate Januar bis Mai 2007 und 2008 ist die Zahl der Gewaltdelikte in den betroffenen Wochenendnächten von 82 (2007) auf 69 (2008) zurückgegangen, das entspricht einem Rückgang um 16 Prozent für den örtlichen und zeitlichen Geltungsbereich der Polizeiverordnung. Insgesamt haben im Altstadtbereich/Bermudadreieck von Januar bis Mai 2008 120 Gewaltdelikte stattgefunden (für den gleichen Zeitraum 2007 waren es 126, das entspricht einem Rückgang um fünf Prozent). „Momentan wäre unsere Prognose bei einer Aufhebung des Verbots, dass sich der vorherige negative Zustand wieder einstellen würde,“ so Heiner Amann.

Auch für Ersten Bürgermeister Otto Neideck ist der Wirkungszusammenhang zwischen mitgebrachten Alkoholika in der Altstadt und der Ausübung von Gewalt plausibel. „Es kann deshalb nicht sein, dass wir den Schutz der körperlichen Unversehrtheit als hochrangiges Rechtsgut nicht an erste Stelle setzen.“ Zudem seien die besonderen räumlichen Gegebenheiten in dem Ausgeh-Viertel zu beachten. Kneipen, Diskotheken und Restaurants sowie der Verkehrsknotenpunkt Bertoldsbrunnen und das Gelände des Universitätscampus befinden sich in unmittelbarer Nähe auf engstem Raum. All diese Faktoren in Zusammenspiel mit überhöhtem Alkoholkonsum führen zu einer prekären Sicherheitslage. Dies und der Rückgang der Zahlen in den letzten fünf Monaten rechtfertige die Polizeiverordnung als geeignetes Mittel zur Verhinderung von Gewalt. Die neue Polizeiverordnung soll zwei Jahre gelten. Danach wird eine erneute Überprüfung auf einer fundierten Datenlage erfolgen. Die neue Polizeiverordnung wird nicht mehr für den kleinen Bereich im Industriegebiet Nord gelten, da es nach Schließung der Diskothek nicht mehr notwendig ist.

Auslöser für das Alkoholverbot, das in rund einem Zehntel der Freiburger Altstadt gilt, waren die dramatisch steigenden Zahlen der Körperverletzungsdelikte im letzten Jahr und in den Jahren zuvor (1996: 1002, 2000: 1374, 2006: 2425, 2007: 2492). Die polizeiliche Kriminalstatistik hatte nachgewiesen, dass jede zweite Gewalttat unter Einfluss von Alkohol stattgefunden hatte. Außerdem war offensichtlich, dass viele meist jüngere Besuchergruppen bereits unter stark alkoholisiertem Zustand in die City eintrafen und sich dort weiter alkoholtrinkend aufhielten, ohne in den meisten Fällen die Diskotheken oder Bars aufzusuchen.

Anlage 1.6

„Kretschmann rudert zurück“, in: Stuttgarter Zeitung (ohne Verfasser), 10.12.2013, abrufbar unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.alkoholverbot-auf-oeffentlichen-plaetzen-kretschmann-rudert-zurueck.936a2667-439c-4ce9-a171-81d6b1b7b394.html>, eingesehen am 20.08.2014.

Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen Kretschmann rudert zurück



Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Foto: dpa

Öffentliche Saufgelage sind in vielen Kommunen ein Problem. Lange stand für Kretschmann die Möglichkeit von Konsumverboten im Raum. Doch der Regierungschef rückt jetzt davon ab.

Stuttgart - Im Streit um Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen gibt Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) dem parteiinternen Druck nach: Er hält seine Forderung nach solchen Verboten nicht weiter aufrecht. Über einen Zeitraum von zwei Jahren solle versucht werden, öffentliche Saufgelage mit anderen Maßnahmen einzudämmen. Wenn sich dann herausstellen sollte, dass diese nicht reichten, könne man Alkoholverbote noch einmal ins Auge fassen. Dies erklärte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. Vor einem Jahr hatte sich Kretschmann noch für solche Verbote ausgesprochen. Allerdings hatten Parteitage von Grünen und SPD dagegen gestimmt.

Kretschmann hatte Anfang des Jahres einen Runden Tisch zu dem Thema ins Leben gerufen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese beschloss am Montag einen Abschlussbericht mit einem Maßnahmenbündel, zu dem auch zeitlich und örtlich begrenzte Alkoholverbote gehören. Kretschmann sagte, der Runde Tisch werde sich Anfang 2014 mit den Vorschlägen befassen. Alkoholverbote seien für ihn aber das letzte Mittel. Auf die Frage, warum er seine Meinung geändert habe, sagte er: „Man kann ja nicht mit dem Kopf durch die Wand.“ Wenn die Probleme sich mit den Maßnahmen unterhalb von Alkoholverboten lösen ließen, sei das gut. „Wenn nicht, muss man weitersehen.“

Das Thema ist auch innerhalb der grün-roten Koalition umstritten

Das Thema ist auch innerhalb der grün-roten Koalition umstritten. Der SPD-Innenexperte Nikolaos Sakellariou hatte - sowie Vertreter der Kommunen und der CDU auch - dafür plädiert, jetzt auch zeitlich und örtlich begrenzte Alkoholverbote ernsthaft zu prüfen.

Scharfe Kritik an Kretschmanns Verhalten kam von CDU und FDP. Der CDU-Innenexperte Thomas Blenke, der Mitglied in der Arbeitsgruppe unter Leitung des Innenministeriums war, sagte: „Gerade zwölf Stunden nachdem die Arbeitsgruppe nach halbjähriger Arbeit Vorschläge unterbreitet, sammelt der Ministerpräsident die Arbeit ein.“ Er forderte Innenminister Reinhold Gall (SPD), der sich früher für ein Alkoholverbot eingesetzt hatte, auf, bei seiner Haltung zu bleiben und Konsumverbote zu ermöglichen. „Er darf nicht, wie nun erneut der Ministerpräsident, die Kommunen enttäuschen.“

Der Chef der FDP-Landtagsfraktion, Hans-Ulrich Rülke, meinte: „Ministerpräsident Kretschmann ist als Tiger gesprungen, aber als Bettvorleger gelandet.“ Kretschmann habe sich wieder einmal im eigenen Haus nicht durchsetzen können. „Im Ergebnis hat sich die Position durchgesetzt, die die FDP immer schon vertreten hat. Alkoholverbote sind unsinnig, die bestehende Rechtslage reicht aus.“



Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM

Abschlussbericht

Arbeitsgruppe

„Lebenswerter öffentlicher Raum“

Kurzfassung

Ausgangslage

Die Frage, ob den Ortspolizeibehörden eine Ermächtigung zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an örtlichen Problemlagen eingeräumt werden sollte, wird in Baden-Württemberg seit längerem intensiv diskutiert. Mit dem Ziel der Beschreibung und Analyse unterschiedlicher alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum, der Vorstellung wirksamer präventiver und repressiver Maßnahmen und der Erörterung möglicher Lösungsansätze wurde am 24. Januar 2013 von Herrn Ministerpräsident Kretschmann der Runde Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ einberufen.

Wesentliches Ergebnis war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Innenministeriums. Diese soll unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse die diskutierten Lösungsansätze fachlich bewerten und in einem Maßnahmenpaket mit Erfolg versprechenden präventiven und repressiven Ansätzen zur Bewältigung von Problemlagen zusammenfassen. Der Arbeitsgruppenauftrag umfasst auch die Untersuchung der Zusammenhänge von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten.

Projektdurchführung

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurden folgende Erhebungen und Prüfungen durchgeführt:

- Literaturanalyse zur Darstellung von Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und deviantem Verhalten sowie Analyse des Forschungsstands zu präventiven und repressiven Maßnahmen.
- Landesweite Abfragen zu aktuell vorhandenen Problemlagen und Erfolg versprechenden Bewältigungsmaßnahmen bei den Polizeidienststellen im Benehmen mit den Kommunen.
- Tiefenanalysen im Zeitraum Juli bis September 2013 mittels der folgenden Einzelmaßnahmen:

	Experten- interviews	Sondererhebung zum Alko- holkonsum der Beteiligten bei Straftaten in Problemlagen	Schriftliche An- wohnerbefragung
Freiburg	x	x	
Heidelberg	x	x	x
Konstanz	x		
Mannheim	x		
Ravensburg	x	x	x

Rechtliche Prüfung und Bewertung

- einer Ermächtigung für die Ortspolizeibehörden zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an örtlichen Problemlagen,
- einer Ermächtigung zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Aufenthalts- und Betretungsverbote an örtlichen Problemlagen für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen sowie
- einer Flexibilisierung der bestehenden Sperrzeitenregelungen.

Auch die Erfahrungen mit dem bereits geltenden Alkoholverkaufsverbot sollten im Rahmen der Arbeitsgruppentätigkeit berücksichtigt werden.

Projektergebnis

Die Literaturanalyse bestätigt den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen. So stehen Gewalttäter oftmals unter Alkoholeinfluss und starke Trinker sind häufiger in Gewaltvorkommnisse verwickelt. An Orten, an denen viel Alkohol konsumiert wird, kommt es häufiger zu Gewalt. Die Belastung mit Gewaltdelikten steht in Korrelation zum Pro-Kopf-Alkoholkonsum eines Landes. Die Analyse belegt weiter, dass auch Opfer von Gewalttaten häufig unter Alkoholeinfluss stehen. Vor diesem Hintergrund sollte die Prävention von alkoholbedingten Gewaltdelikten auch Marktmechanismen, insbesondere die Preisgestaltung von Alkoholika, berücksichtigen. Auf Landesebene empfiehlt es sich, u.a. Verkaufsverbote, Sperrzeitverlängerungen und eine Reduktion der Verkaufsstellendichte intensiv zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird auf die durchaus positiven Erfahrungen mit dem Alkoholverkaufsverbot in Baden-Württemberg hingewiesen.

Für Maßnahmen auf kommunaler Ebene wird in der Literatur neben der Durchsetzung bestehender Normen, insbesondere in den Bereichen Jugendschutz und Gaststättenrecht, vor allem die Einrichtung auf Dauer eingerichteter lokaler Arbeitsgruppen vorgeschlagen.

Die Polizeidienststellen und Kommunen meldeten 73 alkoholkonsumbedingte Problemlagen im öffentlichen Raum, deren Ursachen und Ausprägung höchst unterschiedlich sind. Vor dem Hintergrund der festgestellten Heterogenität konnten keine einheitlichen Kriterien für das Vorliegen einer Problemlage definiert werden. Dennoch lassen sich vier Kategorien bilden: Party- und Eventszenen, marginalisierte Gruppen, Kinder und Jugendliche auf jugendtypischen Plätzen (bspw. Schulhöfe) und unterschiedliche Festveranstaltungen. Gemeinsamkeiten von Problemlagen liegen häufig in einer hohen Attraktivität der Örtlichkeit, guter Erreichbarkeit, einer Sitzgelegenheit/Überdachung und Alkoholverkaufsstellen in der Nähe.

Die Angaben zur Belastung der Problemlagen mit Straftaten und Ordnungswidrigkeiten lassen eine hohe Korrelation zwischen diesen beiden Faktoren erkennen. Örtlichkeiten, welche durch ein hohes Aufkommen an Straftaten gekennzeichnet sind, zeichnen sich in der Regel auch durch eine hohe Belastung mit Ordnungswidrigkeiten aus.

Insgesamt lässt die Abfrage zu bestehenden Problemlagen Handlungsbedarf vor Ort erkennen und macht den begründeten Wunsch von Polizei und Kommunen nach zusätzlichen Optionen nachvollziehbar. Insbesondere Problemlagen der Party- und Eventszenen mit einer Vielzahl aus dem überregionalen Bereich stammender Personen, kann mit dem bestehenden Instrumentarium teilweise nicht effektiv entgegengewirkt werden. 26 Polizeidienststellen fordern daher die Möglichkeit zum Erlass von Polizeiverordnungen, insbesondere eines Alkoholkonsumverbots. Hierzu berichten Polizei und Kommunen u.a. aus Freiburg, Konstanz, Calw und Freudenstadt von positiven Erfahrungen. Auch die rechtliche und polizeifachliche Bewertung sieht in einer entsprechenden Regelung einen wichtigen Baustein, um alkoholbedingten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten an besonders belasteten Örtlichkeiten wirksamer begegnen zu können.

In Sachsen¹, Sachsen-Anhalt², Bayern³ und Thüringen⁴ gibt es beispielsweise in unterschiedlicher Ausprägung bereits entsprechende Ermächtigungsgrundlagen für die Ortpolizeibehörden zum Erlass von Alkoholkonsumverboten an örtlichen Problemlagen.

Die Sondererhebungen zum Alkoholkonsum bei Straftaten in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg zeigen ebenfalls eine hohe Korrelation von Alkoholkonsum und Aggressionsdelikten (Delikte der Gewaltkriminalität und einfache Körperverletzung). Bei diesen waren 65 % der Beschuldigten alkoholisiert. Der durchschnittliche Alkoholisierungsgrad bei 23 Beschuldigten lag bei 1,6 Promille. Bei 27 der 106 Tatbeteiligten (Beschuldigte und Geschädigte), bei denen Hinweise auf Alkoholkonsum vorlagen, fand dieser ganz oder teilweise im öffentlichen Raum statt. Weitere 36 hatten Alkohol in einer Gaststätte innerhalb der Problemlage konsumiert. Maßnahmen, die auf Konsum und Verfügbarkeit von Alkohol in Problemlagen abzielen, stellen somit geeignete Lösungsansätze dar.

Die in Heidelberg und Ravensburg befragten Anwohnerinnen und Anwohner von Problemlagen nehmen Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und dessen mögliche Begleiterscheinungen (Lärm, Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes und Müll) als bedeutsame Probleme im Stadtteil wahr. Es folgen Sachbeschädigungen an Gebäuden und Fahrzeugen sowie Schlägereien. In diesem Kontext sprachen sich die Befragten mehrheitlich für eine stärkere Kontrolle der Abgabe von Alkohol an Minderjährige, mehr Polizeipräsenz im Stadtteil, Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen, eine bessere Aufklärung junger Menschen über Suchtgefahren sowie zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer aus.

Die Abfrage zu Erfolg versprechenden Bewältigungsmaßnahmen identifizierte landesweit eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Verantwortungsträgern vor Ort im Sinne eines „Best Practice“-Ansatzes wertvolle Impulse geben können. Konzepte, die kommunale Satzungen für öffentliche Einrichtungen (z.B. für die Benutzung von Spielplätzen oder Grünflächen) mit Präsenz- und Kontrollmaßnahmen bspw. auch durch kommunale Ordnungsdienste sowie Sozialarbeit kombinieren, erweisen sich als zielführend. Voraussetzung für eine effektive Problembewältigung ist jedoch in erster Linie eine dauerhafte Koordinierung der Maßnahmen durch einen Verantwortlichen und eine hohe personelle Kontinuität der beteiligten Institutionen, Träger und Betroffenen.

¹ Vgl. SächsGVBl. 2011, S. 370

² Vgl. GVBl.LSA 2013, S. 145 ff, 153

³ Vgl. BayGVBl. 2013, S. 403

⁴ Vgl. ThürGVBl. 2013, S. 251 ff, 259 f

Die Notwendigkeit professionell angelegter Netzwerke vor Ort ist auch das zentrale Ergebnis der Analyse der Interviews mit 20 Experten von Ordnungsämtern, Suchtberatung, Streetworkern und den kommunalen Suchtbeauftragten aus Freiburg, Heidelberg, Ravensburg, Mannheim und Konstanz. Bereits vorhandene Normen erfordern eine konsequente Verfolgung bei deren Nichteinhaltung. Alkoholbedingten Problemlagen kann auch durch Sperrzeitverlängerungen entgegengewirkt werden.

Das derzeitige Gaststättenrecht in Baden-Württemberg bietet in diesem Zusammenhang durchaus kommunalen Handlungsspielraum für Sperrzeitverlängerungen. Allerdings fällt der Nachweis von Umständen, die eine Verlängerung der Sperrzeiten durch die Kommunen rechtfertigen, wie Lärm bzw. eine Massierung von Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Streitereien und Verschmutzungen in der Praxis bisweilen schwer. In der Gesamtschau sollte daher die geltende Gaststättenverordnung geändert und insbesondere das frühere Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen nächtlicher Betriebsruhe und nächtlicher Betriebszeit wiederhergestellt werden.

Der in die Arbeitsgruppe eingebrachte Vorschlag für ein Aufenthalts- und Betretungsverbot für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen begegnet nicht unerheblichen rechtlichen und polizeifachlichen Bedenken. So hat die verfassungsrechtliche Prüfung ergeben, dass Ordnungswidrigkeiten keine ausreichende Grundlage für eine entsprechende Verbotsregelung darstellen. Eine Beschränkung auf alkoholisierte Personen dürfte zudem absehbar zu Konflikten mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz führen. Darüber hinaus ist fraglich, ob längerfristige Verbote aus Gründen der Verhältnismäßigkeit überhaupt wirksam verhängt werden könnten.

Zusammenfassend lassen die in der Arbeitsgruppe gewonnenen Erkenntnisse eine Reihe von besonders Erfolg versprechenden Ansätzen zur Bewältigung von alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum erkennen. Das nachstehend vorgeschlagene Maßnahmenpaket beinhaltet die als besonders umsetzungswürdig identifizierten Handlungsmöglichkeiten:

- **Schaffung interdisziplinärer Arbeitsgruppen mit einer dauerhaften Koordinierung und hoher personeller Kontinuität vor Ort.**
- **Präsenzmaßnahmen, Kontrolle und Durchsetzung bestehender Regelungen im öffentlichen Raum.**

- **Anwendung bestehender rechtlicher Handlungsmöglichkeiten wie der Erlass kommunaler Satzungen für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, bspw. für Spielplätze und Grünflächen.**
- **Grundsätzliches Festhalten an den Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot. Darüber hinaus sollten die identifizierten Lücken (Warenautomaten und reine Alkoholbringdienste) geschlossen werden.**
- **Änderung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten in der Gaststättenverordnung mit dem Ziel, die Zeiten nächtlicher Betriebsruhe wieder maßvoll auszudehnen.**
- **Erstellen einer Handreichung mit einer Beschreibung von allen durch die Arbeitsgruppe als zielführend identifizierten Maßnahmen („Werkzeugkoffer“).**
- **Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage für die Ortspolizeibehörden zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an „örtlichen Problemlagen“.**
- **Impuls für eine Diskussion über die bestehende Besteuerung branntweinhaltiger Getränke auf Bundesebene.**

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage	1
2.	Ziel und Auftrag der AG „Lebenswerter öffentlicher Raum“	2
2.1.	Arbeitsgruppenziel	2
2.2.	Arbeitsgruppenauftrag	2
2.3.	Personelle Besetzung der Arbeitsgruppe	3
3.	Termine der Arbeitsgruppe	4
3.1.	Arbeitsgruppensitzungen	4
3.2.	Weitere Termine/ Umlaufverfahren	4
4.	Vorgehen der Arbeitsgruppe	5
4.1.	Analyse und Interpretation des Projektauftrags	5
4.2.	Wesentliche Inhalte der Arbeitspakete	5
4.2.1.	Arbeitspaket I - Erhebung einer aussagekräftigen Datengrundlage	5
4.2.2.	Arbeitspaket II – Erhebung und Bewertung bewährter Bewältigungsmaßnahmen	6
4.2.3.	Arbeitspaket III – Rechtliche Prüfaufträge	7
4.3.	Auswahl von Kommunen für die Tiefenanalyse und die Bevölkerungsbefragung	7
4.3.1.	Kommunen mit vorhandener Problemlage	7
4.3.2.	Vergleichskommunen ohne Problemlage	8
4.3.3.	Kommunen für die Bevölkerungsbefragung	8
4.4.	Erste Zusammenführung und Interpretation der Erkenntnisse	8
5.	Wissenschaftliche Arbeiten der Hochschule für Polizei Villingen- Schwenningen	9
5.1.	Erhebung und Bewertung alkoholkonsumbedingter Problemlagen	9
5.1.1.	Zielsetzung und Vorgehen	9
5.1.2.	Wesentliche Erkenntnisse	9
5.2.	Erhebung von Bewältigungsansätzen für alkoholbedingte Problemlagen	12
5.2.1.	Zielsetzung und Vorgehen	12
5.2.2.	Wesentliche Erkenntnisse	12
5.3.	Zusatzdatenerhebungen zu Straftaten	13
5.3.1.	Zielsetzung und Vorgehen	13
5.3.2.	Wesentliche Erkenntnisse	14
5.4.	Leitfadengestützte Interviews mit Experten	16
5.4.1.	Zielsetzung und Vorgehen	16
5.4.2.	Wesentliche Erkenntnisse	16
6.	Wissenschaftliche Arbeiten der Deutschen Hochschule der Polizei	18
6.1.	Literaturanalyse	18
6.1.1.	Zielsetzung und Vorgehen	18
6.1.2.	Wesentliche Erkenntnisse	18
6.2.	Repräsentative Bevölkerungsbefragung	20
6.2.1.	Zielsetzung und Vorgehen	20
6.2.2.	Wesentliche Erkenntnisse	21
	Exkurs: Auffassung der AG „Suchtprävention“	23

7.	Prüfung und Bewertung möglicher gesetzgeberischer Maßnahmen	24
7.1.	Ermächtigung zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote - rechtliche Prüfung unter Berücksichtigung polizeifachlicher Belange	24
7.2.	Ermächtigung zum Erlass von Aufenthalts- oder Betretungsverboten für bereits einschlägig in Erscheinung getretene Personen - rechtliche Prüfung unter Berücksichtigung polizeifachlicher Belange	25
7.3.	Prüfung von Flexibilisierungsmöglichkeiten von Sperrzeiten	27
8.	Vorschlag für ein Maßnahmenpaket	29
9.	Anhang	31

1. Ausgangslage

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte am 24. Januar 2013 den Runden Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ einberufen, um Möglichkeiten zu erörtern, dem Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum wirksamer entgegenzutreten. Hintergrund war unter anderem die Forderung von Kommunen und Polizei nach einer Ermächtigung im Polizeigesetz für zeitlich und örtlich begrenzte Alkoholkonsumverbote an örtlichen Problemlagen. Um die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg mit den bestehenden Problemen wie Alkoholexzessen und einem damit einhergehenden beeinträchtigten Sicherheitsempfinden der Allgemeinheit durch Gewaltstraftaten, Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Lärmbelästigung und Vermüllung nicht alleine zu lassen, sollte der Runde Tisch Lösungsmöglichkeiten ausloten und erörtern.

Wesentliches Ergebnis des Runden Tisches war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Innenministeriums.

2. Ziel und Auftrag der AG „Lebenswerter öffentlicher Raum“

2.1. Arbeitsgruppenziel

Die Arbeitsgruppe hatte zum Ziel, unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertisen, die beim Runden Tisch diskutierten Lösungsansätze fachlich zu bewerten und in einem präventiven und repressiven Maßnahmenpaket zur Bewältigung alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum (kurz: Problemlagen) zusammenzufassen.

2.2. Arbeitsgruppenauftrag

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Innenminister Reinhold Gall kamen in der Sitzung des Runden Tisches am 24. Januar 2013 überein, in der Arbeitsgruppe ressortübergreifend unter Einbeziehung von Wissenschaft und Praxis eine empirische Datengrundlage zum Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, daraus resultierenden Belastungen und dem Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalt zu schaffen. Zudem sollten

- präventive wie repressive Bewältigungsmaßnahmen identifiziert und auf Wirksamkeit und Vernetzungsmöglichkeiten bewertet,
- neben einer Ermächtigungsgrundlage zum Erlass von Alkoholkonsumverboten an Problemlagen weitere rechtliche Handlungsmöglichkeiten, wie beispielsweise ein Aufenthalts- oder Betretungsverbot für auffällig gewordene alkoholisierte Personen sowie die Flexibilisierung der bestehenden Sperrzeiten, geprüft und
- in der Gesamtschau aller Arbeitsgruppenergebnisse im Sinne eines „Best Practice“-Ansatzes sowohl präventive als auch repressive Ansätze in einem Vorschlag für ein Maßnahmenpaket zusammengefasst werden.

2.3. Personelle Besetzung der Arbeitsgruppe

Leitung:	Andreas Renner	Innenministerium
Geschäftsstelle:	Ivette Saile Clemens Piras	Innenministerium Innenministerium
Mitglieder:	Thomas Blenke MdL Matthias Präfrock MdL (1. Sitzung)	CDU-Landtagsfraktion
	Marc Frank	Innenministerium
	Prof. Dr. Thomas Görgen	Deutsche Hochschule der Polizei, Münster
	Prof. Dr. Max Hermanutz	Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen
	Harry Hochuli	Polizeirevier Freiburg Nord
	Jörg Krauss Dr. Florian Stegmann (1. Sitzung)	Staatsministerium
	Dr. Wolfgang Kunze	Justizministerium
	Sonja Lohmüller	Sozialministerium
	Gerhard Mauch	Städtetag
	Gerhard Müller	Gemeindetag
	Nikolaos Sakellariou MdL	SPD-Landtagsfraktion
	Dr. Stefan Schnöckel Nicole Werner (1. und 2. Sitzung)	Innenministerium
	Hans-Ulrich Sckerl MdL Joshua Frey MdL (3. Sitzung)	Landtagsfraktion Bünd- nis 90/ Die Grünen

3. Termine der Arbeitsgruppe

3.1. Arbeitsgruppensitzungen

25.04.2013	Konstituierende Sitzung, Festlegung der Arbeitspakete
17.06.2013	Fortschrittsberichte der Arbeitspakete, Auswahl von Kommunen für die vertiefenden wissenschaftlichen Untersuchungen
14.11.2013	Präsentation der Untersuchungsergebnisse, Vereinbarung der wesentlichen Arbeitsgruppenergebnisse
09.12.2013	Abschlusssitzung, Schlussredaktion und Genehmigung des Arbeitsgruppenberichts

3.2. Weitere Termine/ Umlaufverfahren

03.06.2013	Workshop zur Festlegung der Auswahlkriterien von Kommunen für vertiefende wissenschaftliche Untersuchungen
24.07.2013	Entscheidung über die Aufnahme weiterer Kommunen in die vertiefenden wissenschaftlichen Untersuchungen im Umlaufverfahren
02.08.2013	Entscheidung zur Auswahl zweier Kommunen für eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im Umlaufverfahren
30.10.2013	Workshop zur Erörterung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen

4. Vorgehen der Arbeitsgruppe

4.1. Analyse und Interpretation des Projektauftrags

In der ersten Arbeitsgruppensitzung am 25. April 2013 in Stuttgart erzielten die Mitglieder auf Grundlage einer im Vorfeld zwischen Staats- und Innenministerium abgestimmten Projektskizze Einvernehmen über das weitere Vorgehen.

So sollte(n)

- eine aussagekräftige Datengrundlage zu vermuteten Problemlagen erhoben werden,
- der Stand der wissenschaftlichen Forschung zu den Zusammenhängen von Gewalt und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum sowie zu präventiven und repressiven Maßnahmen zur Kontrolle und Minimierung von Straftaten bzw. deviantem Verhalten anhand einer Literaturanalyse dargestellt werden,
- landesweit präventive und repressive Maßnahmen zur Bewältigung von Problemlagen erhoben, bewertet und Möglichkeiten geprüft werden, diese noch zielgerichteter aufeinander abzustimmen und zu vernetzen sowie
- die rechtlichen Prüfaufträge zu einem Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen und einem Aufenthalts- oder Betretungsverbot auch eine polizeifachliche Bewertung umfassen.

Entsprechend der Analyse und Interpretation des Arbeitsgruppenauftrags wurden auf Basis der Projektskizze drei Arbeitspakete vereinbart.

4.2. Wesentliche Inhalte der Arbeitspakete

4.2.1. Arbeitspaket I - Erhebung einer aussagekräftigen Datengrundlage

Erhebung und Bewertung einer aussagekräftigen Datengrundlage zu vermuteten Problemlagen und Darstellung der Zusammenhänge von Gewalt und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden mittels

- Darstellung der wissenschaftlichen Forschung zu den Zusammenhängen von Alkoholbeeinflussung und Gewaltdelinquenz auf Basis einer Literaturanalyse.
- Erhebung und Bewertung örtlicher Problemlagen bei Polizei und Kommunen.

- Tiefenanalyse ausgewählter örtlicher Problemlagen durch
 - Experteninterviews (bspw. Ordnungsamt und Kommunale Suchtberater) sowie
 - (anonymisierte) Begleitbögen bei festgestellten einschlägigen Straftaten.
- Durchführung einer (repräsentativen) Umfrage zur Erhebung des Meinungsbilds in der betroffenen Bevölkerung.
- Berücksichtigung der Erfahrungen der Stadt Göttingen als Kommune außerhalb Baden-Württembergs mit einem Alkoholkonsumverbot.

4.2.2. Arbeitspaket II – Erhebung und Bewertung bewährter Bewältigungsmaßnahmen

Erhebung und Bewertung bewährter präventiver und repressiver Maßnahmen zur Bewältigung von Problemlagen und Erarbeitung eines Maßnahmenpakets durch

- Erhebung der präventiven und repressiven Ansätze zur Bewältigung/ Verhinderung von Problemlagen („Best Practice“-Beispiele) bei Polizei und Kommunen.
- Bewertung der gemeldeten Maßnahmen und Identifizierung von Möglichkeiten, diese noch zielgerichteter aufeinander abzustimmen und zu vernetzen (präventives Maßnahmenpaket). Hierbei waren auch Erfahrungen zur Überwachung der Jugendschutzbestimmungen und zum Alkoholverkaufsverbot nach 22.00 Uhr zu berücksichtigen.
- Experteninterviews im Bereich der für die Tiefenanalyse ausgewählten Problemlagen zu den Fragen,
 - welche identifizierten Präventionsmaßnahmen dort bereits umgesetzt sind.
 - ob und welche weiteren präventiven Maßnahmen für die jeweilige Problemlage zielführend erscheinen.

4.2.3. Arbeitspaket III – Rechtliche Prüfaufträge

Prüfung und Bewertung möglicher gesetzgeberischer Maßnahmen zur Ergänzung des bereits zur Verfügung stehenden Instrumentariums insbesondere durch

- Prüfung und Bewertung der Voraussetzungen einer Ermächtigung für die Ortspolizeibehörden zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an „örtlichen Problemlagen“.
- Prüfung und Bewertung der Voraussetzungen einer Ermächtigung zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Aufenthalts- und Betretungsverbote an „örtlichen Problemlagen“ für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen auf Grundlage des in der Arbeitsgruppensitzung vom 25. April 2013 eingereichten Vorschlags.
- Prüfung und Bewertung einer Flexibilisierung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten nach der Gaststättenverordnung.

4.3. Auswahl von Kommunen für die Tiefenanalyse und die Bevölkerungsbefragung

4.3.1. Kommunen mit vorhandener Problemlage

In einem Workshop am 3. Juni 2013 wurden auf Basis der Abfrage zu aktuell vorhandenen Problemlagen u.a. folgende Auswahlkriterien erarbeitet:

- Anzahl der gemeldeten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten,
- Vorhandensein einer (regionalen bzw. überregionalen) Party- und Eventszene ggf. in Kombination mit einer marginalisierten Gruppe,
- bereits betriebene Präventions- und Interventionsmaßnahmen,
- örtliche Eingrenzbarkeit der Problemlage und
- Gewichtung zwischen Mittelzentren und kleineren Städten.

Die Arbeitsgruppe wählte in ihrer zweiten Sitzung am 17. Juni 2013 anhand der genannten Kriterien die Städte Freiburg und Heidelberg aufgrund deren Vergleichbarkeit und einer Party- und Eventszene mit überregionaler Anziehungskraft aus. Als Problemlage mit einer überwiegend regional verwurzelten Szene wurde Ravensburg einbezogen.

4.3.2. Vergleichskommunen ohne Problemlage

Die Teilnehmer waren im Workshop vom 3. Juni 2013 auch übereingekommen, zu Vergleichszwecken Experteninterviews auch in Städten durchzuführen, welche eine alkoholkonsumbedingte Problemlage bewältigt bzw. verhindert haben oder bislang frei von solchen Problemstellungen waren. Zur Auswahl geeigneter Kommunen wurden auf Basis der landesweiten Abfrage zu „Best Practice“-Ansätzen (siehe Ziff. 5.2.) folgende Kriterien herangezogen:

- vollumfängliche Zielerreichung,
- Durchführung einer Evaluation und
- statistische Überprüfung des Maßnahmen Erfolgs.

Mittels Umlaufverfahren wurde als problemlagenfreie Kommune die Stadt Mannheim und aufgrund bewältigter Lagen die Stadt und der Landkreis Konstanz für vertiefende Untersuchungen ausgewählt.

4.3.3. Kommunen für die Bevölkerungsbefragung

Mit dem Ziel, die Wahrnehmungen der Bevölkerung sowohl in einer Stadt mit überregionalem Einzugsgebiet als auch in einer Stadt mit stark regional verorteter Szene einzubeziehen, wurden für die Bevölkerungsbefragung mit Umlaufbeschluss die Städte Heidelberg und Ravensburg ausgewählt.

4.4. Erste Zusammenführung und Interpretation der Erkenntnisse

In einem Workshop am 30. Oktober 2013 im Innenministerium wurden die bereits vorliegenden Arbeitsgruppenergebnisse bewertet, verdichtet und ein erster Entwurf eines Maßnahmenpakets zur Erörterung in der Arbeitsgruppensitzung am 14. November 2013 diskutiert.

5. Wissenschaftliche Arbeiten der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen

Eine zentrale Forderung des Runden Tisches „Lebenswerter öffentlicher Raum“ war die Erhebung und Bewertung einer aussagekräftigen Datengrundlage zu Problemlagen im öffentlichen Raum. Hierzu wurde durch das Innenministerium Baden-Württemberg - Landespolizeipräsidium - (IM BW - LPP -) unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Polizeidirektion Freiburg aus einer Abfrage im Jahr 2010, ein Fragebogen entwickelt und mit den Arbeitsgruppenmitgliedern abgestimmt. Dieser wurde an die Polizeidienststellen des Landes und parallel über den Gemeinde- und Städte- tag an die Kommunen versandt.

5.1. Erhebung und Bewertung alkoholkonsumbedingter Problemlagen

5.1.1. Zielsetzung und Vorgehen

Ziel war, im Benehmen zwischen Polizei und Kommunen regionale Problemlagen und deren detaillierte Beschreibung zu erheben. Der Fragebogen umfasste u.a. Angaben zu zeitlichen Schwerpunkten sowie Auskünfte zur absoluten Belastung durch Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Belästigungen und sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Zudem sollte durch eine Gegenüberstellung belegt werden, dass sich die Belastung der Problemlage deutlich von anderen Flächen im Stadtgebiet unterscheidet. Ergänzend wurden Aussagen zur Prägung durch spezielle Szenen, den bisherigen präventiven und repressiven Maßnahmen sowie zur Haltung gegenüber ggfs. erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen erhoben.

5.1.2. Wesentliche Erkenntnisse

Von 23 Polizeidienststellen wurden im Benehmen mit den Kommunen 73 Problemlagen gemeldet, deren Ursachen und Ausprägung höchst unterschiedlich sind. Die Spanne der im Jahr 2012 registrierten Straftaten reicht von 0 bis hin zu 394. Angaben zu Ordnungswidrigkeiten erfolgten aufgrund der fehlenden zentralen Erfassung uneinheitlich. Viele Dienststellen und Kommunen meldeten hierzu keine Daten. Die vorhandene Datengrundlage lässt erkennen, dass Örtlichkeiten mit einem hohen Aufkommen an Straftaten in der Regel auch eine hohe Belastung durch Ordnungswidrigkeiten aufweisen. Die Anzahl der Personen in den Problemlagen variiert stark und reicht von fünf bis 1.200 Beteiligten. 41 Problemlagen werden regelmäßig von

zehn bis 60 Personen frequentiert, 14 verzeichnen Gruppengrößen zwischen 100 und 1200 Personen.

Vor dem Hintergrund der festgestellten Heterogenität lassen sich keine einheitlichen Kriterien für das Vorliegen einer Problemlage definieren. Gleichwohl konnten vier Kategorien identifiziert werden:

- Party- und Eventszenen, welche die größten Personenaufkommen aufweisen und vornehmlich durch Heranwachsende, junge Erwachsene und Erwachsene frequentiert werden.
- Marginalisierte Gruppen mit fünf bis 150 Personen, die sich insbesondere aus Angehörigen der Trinker-, der Drogen- und Substitutionsszene, Punkern, Wohnsitzlosen und Sonstigen (bspw. psychisch Beeinträchtigten) zusammensetzen.
- Kinder und Jugendliche, die sich auf jugendtypischen Plätzen, wie Schulhöfen und Spielplätzen, treffen.
- Festveranstaltungen, deren Besucher der Party- und Eventszene entsprechen.

Grundsätzlich stellen Lärm und Müll die dominierenden negativen Begleiterscheinungen über alle Problemlagen hinweg dar.

Probleme	Event Party	Trinker	Jugend	
Lärm				stark
Müll				mittel
Vandalismus				gering
Belästigungen (Anpöbeln, Beleidigungen)				
OWI				
Straftaten				
Visuelles Problem				
Bedrohung Sicherheitsgefühl				

Marginalisierte Gruppen werden überwiegend durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten auffällig. Zudem wirken sie für Außenstehende visuell störend und sicherheitsbedrohend. Hingegen sind bei Party- und Eventszenen neben der Begehung einer Vielzahl von Ordnungswidrigkeiten auch vermehrt Vandalismus und Aggressionsdelikte festzustellen. Die negativen Begleiterscheinungen traten überwiegend in den Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden auf.

In Problemlagen ereignen sich auf einer kleinen Fläche gegenüber vergleichbaren Gebieten überproportional viele Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

In der Gesamtbetrachtung konnte festgestellt werden, dass die gemeldeten Problemlagen häufig durch eine hohe allgemeine Attraktivität der relevanten Örtlichkeit, eine zentrale Lage bzw. gute Erreichbarkeit, vorhandene Sitzgelegenheiten/ Überdachung sowie im Nahbereich befindliche Alkoholverkaufsstellen gekennzeichnet sind.

Zu möglichen gesetzgeberischen Maßnahmen, sprechen sich 22 Polizeidienststellen für eine Ermächtigungsgrundlage für Ortspolizeibehörden zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an „örtlichen Problemlagen“ aus. Fünf Mal wird der Wunsch nach störerbezogenen Platz- und Betretungsverboten geäußert.

Aus der polizeilichen und kommunalen Praxis wird über positive Erfahrungen mit Alkoholkonsumverboten aus der Zeit vor dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 28. Juli 2009 berichtet. So konnte die Stadt Konstanz eine Problemlage am Ufer des Bodensees mittels eines Alkoholkonsum- und Glasverbots erfolgreich bewältigen. Die Überwachung der Verbotsverfügung konnte mit Kräften des polizeilichen Regeldienstes gewährleistet werden und war so erfolgreich, dass keine Verstöße mehr feststellbar waren. Verdrängungseffekte seien nicht zu beobachten gewesen. Das im Bereich des sog. „Bermudadreiecks“ erlassene Alkoholkonsumverbot wurde von der Polizeidirektion Freiburg als wirksam bewertet und führte nach dortigen Feststellungen zu einer Reduktion von Gewaltdelikten. Teilweise war die Verlagerung von Personen an andere Plätze der Stadt zu beobachten, ohne dass dort eine Zunahme von Gewaltdelikten festgestellt werden konnte. Aus Calw und Freudenstadt wird ebenfalls über eine deutliche Entspannung der Problemlage berichtet, was auch auf eine verbesserte Rechtssicherheit für einschreitende Beamte und eine gute Akzeptanz bei den Betroffenen zurückgeführt wird. Auch die Stadt Göttingen hat positive Effekte und keine Verdrängung festgestellt.

5.2. Erhebung von Bewältigungsansätzen für alkoholbedingte Problemlagen

5.2.1. Zielsetzung und Vorgehen

Zur Identifizierung von „Best Practice“-Ansätzen wurde eine weitere Abfrage der Polizeidienststellen des Landes im Benehmen mit den Kommunen zu bereits erprobten präventiven und repressiven Maßnahmen zur Verhinderung oder Bewältigung von Problemlagen initiiert. Hierzu wurde durch das IM BW - LPP - im Zusammenwirken mit der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen (HfPol VS) ein Fragebogen entwickelt. Dieser umfasste Erhebungen zur Bezeichnung und Kategorisierung der Maßnahme sowie zu Zielgruppen und Zielsetzung. Zudem wurde eine ausführliche Beschreibung der Maßnahme selbst und der im Zusammenhang stehenden Problemlage erbeten. Abschließend wurden Daten zur Wirksamkeit, Dauer und Status der Maßnahme erhoben.

5.2.2. Wesentliche Erkenntnisse

Es wurden 119 Projekte und Maßnahmen benannt, welche überwiegend präventive und repressive Ansätze kombinieren. Das Spektrum der genannten Maßnahmen reicht von punktuellen polizeilichen Präsenz- und Kontrollmaßnahmen über komplexe Einsatzkonzeptionen bis zu abgestimmten generalpräventiven Programmen mit einer Vielzahl von Beteiligten. Insgesamt werden Konzepte, die kommunale Satzungen für öffentliche Einrichtungen (bspw. für die Nutzung von Spielplätzen oder Grünflächen) mit Präsenz- und Kontrollmaßnahmen sowie Sozialarbeit kombinieren als zielführend bewertet. Im Bereich der Präsenz- und Kontrollmaßnahmen werden von mehreren Polizeidienststellen und Kommunen gute Erfahrungen beim Einsatz von kommunalen Ordnungsdiensten berichtet.

Rund 70 % der Maßnahmen richten sich an Jugendliche, seltener an Heranwachsende und Erwachsene, wobei gerade diese beiden Altersgruppen in den Problemlagen der Party- und Eventszenen und unter den marginalisierten Gruppen anzutreffen sind.

Rund ein Drittel der gemeldeten Maßnahmen wurden auf ihre Wirksamkeit überprüft. Dies erfolgte jedoch überwiegend nicht anhand wissenschaftlicher Standards, sondern häufig durch polizeiliche Statistikdaten bzw. Erfahrungsberichte.

Ein zentraler Faktor für die Problembewältigung in den Kommunen ist eine dauerhafte Koordinierung der Maßnahmen durch ein Gremium bzw. einen Arbeitskreis mit hoher personeller Kontinuität. Erfolgreiche Gremien verfügen über eine Leitung durch einen Verantwortlichen mit entsprechendem Zeitbudget und beziehen die Arbeitsebene der beteiligten Institutionen sowie Vertreter der Gewerbetreibenden und die Bevölkerung ein.

Auch die Abfrage zu den „Best Practice“-Maßnahmen bestätigt insgesamt den Befund, wonach sich die Problemlagen in Ausmaß, Gruppen und Szenen sowie der Örtlichkeit deutlich unterscheiden. Erfolgreiche Maßnahmenkonzepte müssen in den Kommunen somit sehr individuell auf die Charakteristika der jeweiligen Problemlage zugeschnitten sein.

Kleinräumige Problemlagen, vornehmlich der Jugendszenen, konnten mit Platzverweisen, Einbeziehung der Kommunalverwaltung, Kostenverantwortung von Störern und Präsenzstreifen überwiegend erfolgreich bewältigt werden. Bei marginalisierten Gruppen hat sich die Kombination von Sozialarbeit und Platzverweisen als wirksam erwiesen. Insbesondere Problemlagen der Party- und Eventszenen mit einer Vielzahl aus dem überregionalen Bereich stammender Personen, kann mit dem bestehenden Instrumentarium teilweise nicht effektiv entgegengewirkt werden.

5.3. Zusatzdatenerhebungen zu Straftaten

5.3.1. Zielsetzung und Vorgehen

Auf Grundlage der Abfrage zu aktuell vorhandenen Problemlagen (siehe Ziff. 5.1.) wurden die Städte Freiburg, Heidelberg und Ravensburg für Zusatzerhebungen ausgewählt (siehe Ziff. 4.3.). In den jeweiligen Problemlagen wurden von Juli bis September 2013 die polizeilich registrierten Straftaten insbesondere hinsichtlich des vermuteten Zusammenhangs zwischen Alkoholkonsum und Aggressionsdelikten untersucht. Die Sondererhebung basierte auf einem durch die HfPol VS gemeinsam mit dem IM BW - LPP - entwickelten Fragebogen, der insbesondere Angaben zum Alkoholkonsum im Vorfeld der Straftat beinhaltete.

Es sollten Angaben zu

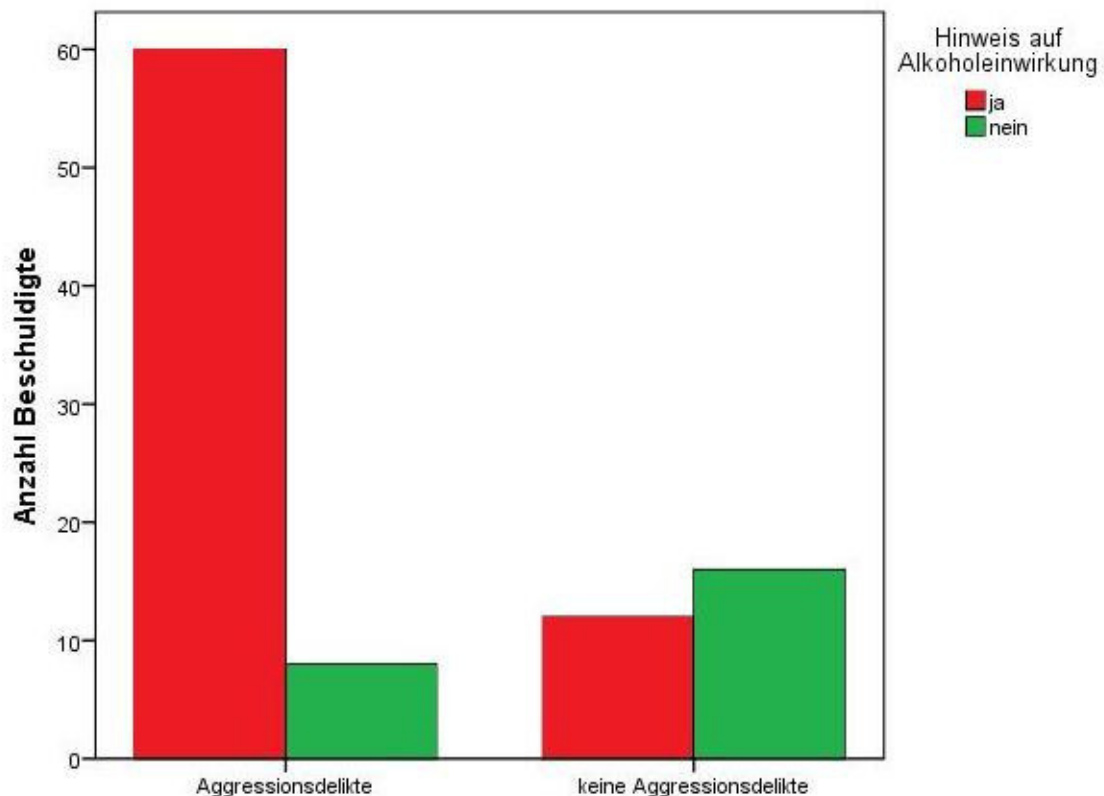
- der Anlasstat,
- einer bestehenden Alkoholisierung,
- Örtlichkeiten des Alkoholkonsums (bspw. Gaststätte, öffentlicher Raum, privates Umfeld),
- Geschlecht,
- Wohnort und
- Szenenzugehörigkeit (bspw. Party- und Eventszene, Trinkermilieu)

erhoben werden. Dies erfolgte bei den Beteiligten festgestellter Straftaten auf freiwilliger Basis in anonymisierter Form.

5.3.2. Wesentliche Erkenntnisse

In den drei ausgewählten Problemlagen wurden im Erhebungszeitraum insgesamt 140 Vorkommnisse mit 329 Beteiligten polizeilich gemeldet. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind der kurze Erhebungszeitraum sowie die fehlenden Angaben vieler Beteiligter zu berücksichtigen. Gleichwohl zeigt sich, dass 41 % der gemeldeten Straftaten Aggressionsdelikte sind. Bei diesen bildet mit 47 % die Party- und Eventszene die stärkste Gruppe von Beschuldigten. Etwa 10 % gehören marginalisierten Gruppen an.

Die enthemmende und gewaltbegünstigende Wirkung von Alkohol zeigt sich insbesondere am Ausmaß und Grad der Alkoholisierung. Insgesamt lagen bei 37,4 % der Beteiligten Hinweise auf Alkoholeinwirkung vor. Bei Beschuldigten von Aggressionsdelikten stieg dieser Wert auf 64,5 % an. Mit durchschnittlich 1,6 Promille waren diese zudem erheblich alkoholisiert, wobei lediglich bei 23 der Beschuldigten entsprechende Werte vorlagen. Insbesondere in Fällen ohne körperliche Gewalt lag bei dem größeren Teil der Beschuldigten kein Hinweis auf Alkoholkonsum vor. Dennoch lässt sich aus den Sonderauswertungen eine signifikante Korrelation zwischen Alkoholkonsum und Aggressionsdelikten ableiten.



Bei der überwiegenden Zahl der 329 Beteiligten konnten zu den konkreten Örtlichkeiten des Alkoholkonsums keine Angaben erlangt werden. Bei 31 der 123 Tatbeteiligten, bei denen Hinweise auf eine Alkoholisierung vorlagen, fand der Alkoholkonsum ganz oder teilweise im öffentlichen Raum statt. Weitere 40 hatten Alkohol in einer Gaststätte in der Problemlage konsumiert.

In der marginalisierten Trinker- und Obdachlosenszene fanden Straftaten meist innerhalb der Gruppe statt. In der Party- und Eventszene sind es weit häufiger zufällig angetroffene oft alkoholisierte Opfer. Nur weniger als die Hälfte der Beschuldigten von Aggressionsdelikten wohnen in der Stadt, in welcher sich die Problemlage befindet. Bei der Gruppe der Geschädigten zeigt sich dies nur für die Stadt Heidelberg.

5.4. Leitfadengestützte Interviews mit Experten

5.4.1. Zielsetzung und Vorgehen

Zur Darlegung der Zusammenhänge von Gewalt und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, aber auch zur Erhebung bewährter präventiver und repressiver Maßnahmen vereinbarte die Arbeitsgruppe, mit Methoden der qualitativ-empirischen Sozialforschung Experteninterviews in den Städten Freiburg, Heidelberg, Ravensburg und Mannheim sowie der Stadt und dem Landkreis Konstanz durchzuführen (siehe Ziff. 4.3.). Die Experten setzten sich aus den Kommunalen Suchtbeauftragten sowie Angehörigen des Ordnungsamts, der Suchtberatung und aus dem Bereich Streetwork zusammen. Die Befragung erfolgte durch die HfPol VS mittels leitfadengestützter, narrativer Interviews.

5.4.2. Wesentliche Erkenntnisse

Die Analyse der Interviews zeigte die Notwendigkeit professionell angelegter Netzwerke vor Ort, um eine bessere Kooperation und Vernetzung auf kommunaler Ebene zu erreichen. Gerade im operativen Bereich bedarf es aufeinander abgestimmter ganzheitlicher Lösungsstrategien mit regionalem Zuschnitt und überregionalem Austausch. Von besonderer Bedeutung sind die Hauptamtlichkeit derer, die das Netzwerk gründen und pflegen sowie die Langfristigkeit von Projekt- und Netzwerkanlage. Verlässlichkeit und Abstimmung aller behördlichen, privaten wie gewerblichen Partner scheint zwingende Voraussetzung für eine verständige und gedeihliche Zusammenarbeit. Hierzu gehört auch die Intensivierung des Dialogs zwischen Problemlagenverursacher (insbesondere bei lokal ausgeprägten Problemlagen) und allen Betroffenen.

Alkoholprävention ist ein unabdingbarer Baustein und benötigt einen ganzheitlichen Ansatz und überregionale Abstimmung. In diesem Zusammenhang sollte auch auf eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Vermeidung von Diskriminierungen oder bevölkerungsbeunruhigenden Situationsdarstellungen hingewirkt werden. Die Wahrnehmung und Einstellung der Bevölkerung zu örtlichen Problemlagen wird erkennbar durch Presseberichterstattungen beeinflusst.

Bereits vorhandene Normen bedürfen der konsequenten Verfolgung bei Nichteinhaltung. Es zeigen sich dabei positive Erfahrungen, wo entsprechende Ressourcen, bspw. auch ein kommunaler Ordnungsdienst geschaffen wurden bzw. vorhanden sind. Das Instrument der Sperrzeitverlängerung wird als sehr wirksam angesehen. Genehmigungen zur Sperrzeitverkürzung können an Auflagen wie z.B. Schulungsangebote für Schankpersonal gebunden werden.

Aufgrund angenommener Verlagerungs- und Verdrängungseffekte, lässt die Analyse der Interviews keine Wirksamkeit von Alkoholkonsumverboten im öffentlichen Raum erwarten. Auch sind Problemlagen durch Eventszenen nach der Analyse nicht ausschließlich auf den Alkoholgenuss im öffentlichen Raum zurückzuführen.

6. Wissenschaftliche Arbeiten der Deutschen Hochschule der Polizei

6.1. Literaturanalyse

6.1.1. Zielsetzung und Vorgehen

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) wurde mit der Erstellung einer Literaturanalyse beauftragt. Diese sollte den aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand zu den Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und Straftaten bzw. deviantem Verhalten darstellen. Die Analyse stützte sich auf deutsch- und englischsprachige Literatur. Sie nahm dabei insbesondere Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewaltstraftaten in den Blick und berücksichtigte vor allem solche Studien, die sich auf den öffentlichen Raum beziehen.

Ferner sollte die Analyse den Forschungsstand zu präventiven und repressiven Maßnahmen zur Kontrolle und Minimierung von Straftaten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum umfassen. Auch hier lag ein besonderer Fokus auf Maßnahmen zur Reduktion von Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum.

6.1.2. Wesentliche Erkenntnisse

Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen sind in der Literatur vielfältig belegt und zugleich in ihrer Beschaffenheit komplex. Sie werden durch individuelle, situative und gesellschaftlich/ kulturelle Faktoren beeinflusst. So steht die Belastung mit Gewaltdelikten in Korrelation zum Pro-Kopf-Alkoholkonsum eines Landes. An Orten, an denen viel Alkohol konsumiert wird, kommt es häufiger zu Gewalt. Ferner stehen Gewalttäter oftmals unter Alkoholeinfluss und starke Trinker sind häufiger in Gewaltvorfällen verwickelt. Die Analyse belegt weiter, dass auch Opfer von Gewalttaten häufig unter Alkoholeinfluss stehen.

Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen, welche die Verfügbarkeit von Alkohol reduzieren, besonders aussichtsreich. So sollte die Prävention von mit Alkoholkonsum in Verbindung stehenden Gewaltdelikten auch Marktmechanismen, insbesondere die Besteuerung von alkoholischen Getränken in den Blick nehmen. In diesem Zusammenhang stehen zudem Maßnahmen wie der freiwillige Verzicht auf Niedrigpreise, Aktionsangebote oder „Happy Hours“.

Auf Landesebene können zeitliche Einschränkungen der Verfügbarkeit, wie in Baden-Württemberg bereits seit 2010 mit dem Alkoholverkaufsverbot umgesetzt, realisiert werden. Auch die Verlängerung der Sperrzeiten in der Gastronomie wird in der Mehrzahl der Studien als wirksam betrachtet. Demnach führen längere Öffnungszeiten tendenziell zu mehr Alkoholkonsum und in der Folge auch zu mehr alkoholbedingten Gewaltvorfällen. Weiter können Konzepte, die auf eine Reduktion der Verkaufsstellendichte zielen, Gewaltvorkommnissen vorbeugen.

Alkoholkonsumverbote wurden nur in wenigen Studien untersucht. Diese genügen zudem nur bedingt strengen methodischen Maßstäben der Wirkungsevaluation. Insbesondere mit Blick auf die Verhinderung von Straftaten kann die Frage ihrer Wirksamkeit bislang nicht verlässlich beantwortet werden. In Bezug auf Störungen der öffentlichen Ordnung geben vorliegende Studien Hinweise auf lokal begrenzte, dämpfende Effekte, insbesondere bei Unterstützung durch verstärkte polizeiliche Präsenz.

Lokale Umsetzungen von Alkoholkonsumverboten sollen nach Möglichkeit wissenschaftlich begleitet werden, um Effekte derartiger Maßnahmen künftig auf einer empirischen Grundlage bewerten zu können.

Auf kommunaler Ebene wird der Durchsetzung bestehender Normen, insbesondere des Jugendschutzes und des Gaststättenrechts, hohe Bedeutung beigemessen. Ohne entsprechende Kontrollmaßnahmen werden die geltenden Bestimmungen nach gesicherten Erfahrungen häufig nicht eingehalten. Die Prävention alkoholbedingter Straftaten und Ordnungswidrigkeiten kann nicht alleine durch die Sicherheits- und Ordnungsbehörden erfolgen. Die deutlichsten Effekte werden durch das Zusammenwirken der in der Kommune engagierten Akteure in einem partnerschaftlichen Kontext erzielt. Hierzu sollten interdisziplinäre Arbeitsgruppen mit dem Ziel des abgestimmten Vorgehens von Polizei, Kommune, Suchtberatung, Gastronomie aber auch unter Einbeziehung betroffener Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Solche Arbeitsgruppen bilden nach internationalen Erfahrungen beste Voraussetzungen zur Erarbeitung eines lokal angepassten Mehrebenenansatzes, sofern eine dauerhafte Leitung und Koordinierung sowie eine hohe personelle Kontinuität gewährleistet sind.

6.2. Repräsentative Bevölkerungsbefragung

6.2.1. Zielsetzung und Vorgehen

Durch die repräsentative Befragung von Einwohnerinnen und Einwohnern in den Altstädten von Heidelberg und Ravensburg sollten u.a. deren

- Wahrnehmung lokaler Probleme,
- Viktimisierungserfahrungen,
- subjektive Sicherheit,
- wahrgenommener lokaler Handlungsbedarf und
- wahrgenommene Verantwortlichkeiten

im Zusammenhang mit den dortigen Problemlagen erhoben werden.

Die Bürgerbefragung wurde federführend durch die DHPol konzipiert und organisatorisch durch das IM BW - LPP - unterstützt. In die Vorbereitung war zudem der Landesbeauftragte für Datenschutz Baden-Württemberg eingebunden.

In die Befragung wurden alle Anwohnerinnen und Anwohner der Problemlagen ab 16 Jahren als Adressaten einbezogen. Mit Blick auf eine aussagekräftige Datenbasis einerseits und im Wissen um die oftmals geringen Teilnahmequoten bei postalischen Bevölkerungsbefragungen andererseits wurde pro Stadt eine Stichprobe von 500 Befragten angestrebt.

Die Zustellung der personalisierten Fragebögen erfolgte mittels Briefsendung. Mit enthalten war ein Anschreiben des jeweiligen Oberbürgermeisters. Als Dankeschön wurde ein kleiner Schlüsselanhänger mit Leuchtfunktion beigelegt. 14 Tage nach Befragungsstart erfolgte der Versand von Erinnerungskarten. Die Befragung selbst erfolgte vollständig anonym. Für die Rücksendung des Fragebogens waren an die DHPol adressierte Freiumschläge beigelegt. Alternativ wurde auch eine Onlineversion des Fragebogens angeboten.

6.2.2. Wesentliche Erkenntnisse

In Heidelberg wurden 2.813 und in Ravensburg 2.443 Anwohnerinnen und Anwohner der Altstädte angeschrieben. Zustellbar waren zusammengekommen 4.793 Fragebögen. Die Teilnahmequote ist mit 44,6 % (2.137 Rückläufe) hoch und lässt ein starkes Interesse an der Thematik erkennen. In Ravensburg antworteten 1.088 Befragte (46,9 %) und in Heidelberg 1.049 Befragte (42,4 %). Personen bis einschließlich 45 Jahren wiesen im Vergleich zu deren Anteil in der Bevölkerung der beiden Städte eine etwas geringere Beteiligung auf. Personen über 45 Jahren und Frauen antworteten leicht überproportional.

Obwohl sich die Problemlagen in Heidelberg und Ravensburg in ihren Szenen und ihrem Einzugsgebiet unterscheiden, sind die Ergebnisse der Befragung über die Orte hinweg ähnlich.


Während sich die Befragten in beiden Städten tagsüber im Stadtteil sehr sicher fühlen, ist die subjektive Sicherheit zur Nachtzeit reduziert.

 Subjektive Sicherheit im Stadtteil und im unmittelbaren Wohnumfeld			
Mittelwerte, Skala von 0 = <i>gar nicht sicher</i> bis 5 = <i>sehr sicher</i> , $1956 \leq n \leq 2001$			
	Heidelberg	Ravensburg	Gesamt
tagsüber in der Wohnungsumgebung	4,6	4,4	4,5
nachts in der Wohnungsumgebung	3,4	3,0	3,2
tagsüber im Stadtteil insgesamt	4,5	4,2	4,4
nachts im Stadtteil insgesamt	3,3	2,8	3,0


Insgesamt nehmen die Befragten Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und mögliche Begleiterscheinungen wie Lärm, Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes und Müll als bedeutsame Probleme im Stadtteil wahr. Mit deutlichem Abstand folgen Sachbeschädigungen an Gebäuden und Fahrzeugen sowie Schlägereien.

Insbesondere im Bereich selbst erlebter Beleidigungen/ Pöbeleien und Sachbeschädigungen schätzt ein hoher Anteil der Befragten die Täter als alkoholisiert ein.

Im Hinblick auf zu treffende Maßnahmen sprechen sich die Befragten mehrheitlich für eine stärkere Kontrolle der Abgabe von Alkohol an Minderjährige, mehr Polizeipräsenz im Stadtteil, Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen⁵, eine bessere Aufklärung junger Menschen über Suchtgefahren sowie zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer aus. Auch verstärkte Alkoholkontrollen bei Verkehrsteilnehmern an den Wochenenden und eine Intensivierung der Beratung für Suchtgefährdete finden starke Zustimmung.

 Heidelberg: von Bevölkerung wahrgenommener Handlungsbedarf (% Befürworter)	
Die Polizei sollte häufiger im Stadtteil unterwegs sein.	67,7 %
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte im Stadtteil generell verboten werden.	26,2 %
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte zu bestimmten Zeiten verboten werden.	33,9 %
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte an bestimmten Orten im Stadtteil verboten werden.	18,2 %
Alkoholkonsumverbot: Unterstützung mindestens einer Ausprägungsform von Konsumverboten	56,3 %
Die Zeiten des Verkaufsverbots von Alkohol an Tankstellen, Kiosken und in Supermärkten sollten ausgeweitet werden.	25,2 %
Die Abgabe von Alkohol an Minderjährige sollte stärker kontrolliert werden.	70,4 %
Die Preise für Alkohol sollten erhöht werden.	17,3 %
Personen, die alkoholisiert für Unruhe sorgen, sollte für eine bestimmte Zeit der Aufenthalt im Stadtteil verboten werden.	55,0 %
Die Polizei sollte an den Wochenenden mehr Alkoholkontrollen bei Verkehrsteilnehmern durchführen.	44,4 %
Die Zahl der Alkoholverkaufsstellen (Supermarkt, Kiosk, Tankstelle) im Stadtteil sollte verringert werden.	16,9 %
Die Zahl der Gaststätten im Stadtteil sollte verringert werden.	20,0 %
Der Ausschank von Alkohol im Freien (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw.) sollte nachts früher enden müssen.	24,5 %
Die Gaststätten im Stadtteil sollten nachts früher schließen müssen.	27,9 %
Junge Menschen sollten besser über Suchtgefahren aufgeklärt werden.	49,2 %
Es sollte mehr Beratung für Suchtgefährdete angeboten werden.	38,5 %
Durch stärkere Förderung von Schallschutz an Wohngebäuden sollten die Anwohner besser vor Lärm geschützt werden.	36,7 %
Alles ist gut so, wie es ist.	16,5 %

⁵ Die Haltung zu Alkoholkonsumverboten auf öffentlichen Plätzen wurde im Fragebogen über drei Fragen erhoben, die sich auf ein generelles Verbot im öffentlichen Raum im Stadtteil, ein auf bestimmte Orte im Stadtteil begrenztes Verbot und ein zeitlich eingegrenztes Verbot bezogen. Insgesamt befürworteten in Ravensburg 62,9 % und in Heidelberg 56,3 % der Befragten die Einführung von Alkoholkonsumverboten auf öffentlichen Plätzen in mindestens einer der erfragten Varianten; teils wurde auch Zustimmung zu zwei oder zu allen drei Varianten geäußert.



Deutsche
Hochschule der Polizei

Ravensburg: von Bevölkerung wahrgenommener Handlungsbedarf (% Befürworter)

Die Polizei sollte häufiger im Stadtteil unterwegs sein.	69,1 %
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte im Stadtteil generell verboten werden.	35,4 %
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte zu bestimmten Zeiten verboten werden.	30,3 %
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte an bestimmten Orten im Stadtteil verboten werden.	23,6 %
Alkoholkonsumverbot: Unterstützung mindestens einer Ausprägungsform von Konsumverboten	62,9 %
Die Zeiten des Verkaufsverbots von Alkohol an Tankstellen, Kiosken und in Supermärkten sollten ausgeweitet werden.	32,8 %
Die Abgabe von Alkohol an Minderjährige sollte stärker kontrolliert werden.	79,8 %
Die Preise für Alkohol sollten erhöht werden.	24,8 %
Personen, die alkoholisiert für Unruhe sorgen, sollte für eine bestimmte Zeit der Aufenthalt im Stadtteil verboten werden.	51,4 %
Die Polizei sollte an den Wochenenden mehr Alkoholkontrollen bei Verkehrsteilnehmern durchführen.	43,8 %
Die Zahl der Alkoholverkaufsstellen (Supermarkt, Kiosk, Tankstelle) im Stadtteil sollte verringert werden.	19,9 %
Die Zahl der Gaststätten im Stadtteil sollte verringert werden.	9,5 %
Der Ausschank von Alkohol im Freien (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw.) sollte nachts früher enden müssen.	23,0 %
Die Gaststätten im Stadtteil sollten nachts früher schließen müssen.	19,0 %
Junge Menschen sollten besser über Suchtgefahren aufgeklärt werden.	64,1 %
Es sollte mehr Beratung für Suchtgefährdete angeboten werden.	47,5 %
Durch stärkere Förderung von Schallschutz an Wohngebäuden sollten die Anwohner besser vor Lärm geschützt werden.	31,6 %
Alles ist gut so, wie es ist.	12,7 %

Die Zuständigkeit für Maßnahmen zur Bewältigung der berichteten Probleme wird überwiegend bei den Kommunen, der Polizei und dem Gesetzgeber gesehen. Es folgen die Gastronomie, Schulen sowie die Bürgerinnen und Bürger selbst.

Exkurs: Auffassung der AG „Suchtprävention“

Aus Sicht der beim Sozialministerium angegliederten AG „Suchtprävention“ sind ordnungspolitische Maßnahmen ein wichtiger Baustein der Verhältnisprävention. Es gibt zahlreiche und vielfältige Suchtpräventionsmaßnahmen deren Wirksamkeit z.B. durch Jugendschutzbestimmungen, ordnungspolitische Maßnahmen und freiwillige Vereinbarungen auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Dennoch konnte das Problem des Alkoholmissbrauchs auf öffentlichen Plätzen bislang nicht zufriedenstellend gelöst werden. Sofern ordnungspolitisch ratsam, sollten Kommunen die Möglichkeit erhalten, Alkoholkonsumverbote an öffentlichen Plätzen auf definierten Flächen für begrenzte Zeiträume zu erlassen. Diese wären durch suchtpreventive Maßnahmen zu flankieren.

7. Prüfung und Bewertung möglicher gesetzgeberischer Maßnahmen

7.1. Ermächtigung zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote - rechtliche Prüfung unter Berücksichtigung polizeifachlicher Belange

Eine Regelung, die es den Ortspolizeibehörden ermöglicht, den Alkoholkonsum an örtlichen Problemlagen zu untersagen, könnte neben präventiven Konzepten ein wichtiger Baustein sein, um alkoholbedingten Straftaten an besonders belasteten Örtlichkeiten wirksamer zu begegnen.

Eine entsprechende Vorschrift könnte an folgende Voraussetzungen geknüpft werden:

- Die Belastung in der Problemlage muss sich durch die Häufigkeit alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten oder deren Bedeutung von der des übrigen Gemeindegebiets deutlich abheben. Dies muss anhand polizeilicher Erkenntnisse mit Daten und Fakten belegt werden.
- An der Problemlage muss regelmäßig eine hohe Anzahl an Personen anzu-treffen sein. Gerade wenn die Polizei mit einer unüberschaubaren Menschenmenge konfrontiert wird, kann die Situation häufig mit den bestehenden polizeilichen Mitteln nicht mehr befriedigend bewältigt werden.
- Die Ortspolizeibehörden haben zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen der Ausübung ihres Ermessens auch zu prüfen, ob es nicht mildere ebenso effektive - auch präventive - Mittel gibt, um die Situation an der örtlichen Problemlage zu entschärfen.
- Zudem käme eine Verbotsverordnung nur in Betracht, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass an der Örtlichkeit auch künftig mit der Begehung alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu rechnen ist.
- Die Verbotsregelung sollte aus Gründen der Verhältnismäßigkeit auf bestimmte Tage und Tageszeiten, an denen erfahrungsgemäß mit Störungen der öffentlichen Sicherheit zu rechnen ist, beschränkt werden.

Ziel dieser Regelung wäre es, solche Problemlagen zu „entschärfen“, die mit den bestehenden polizeilichen Maßnahmen nicht befriedigend in den Griff zu bekommen sind.

Durch entsprechende Verbote würde die Möglichkeit geschaffen, an diesen Örtlichkeiten frühzeitig gegen exzessiven Alkoholkonsum und daraus resultierende Störungen der öffentlichen Sicherheit einzuschreiten und dadurch eine Eskalation der Situation auf niedriger Eingriffsschwelle abzuwenden. Flächendeckende Alkoholverbotzonen werden durch eine solche Regelung nicht ermöglicht. In Baden-Württemberg würden voraussichtlich nur wenige Örtlichkeiten die geforderten Kriterien erfüllen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl betroffener Örtlichkeiten im unteren zweistelligen Bereich bewegt.

7.2. Ermächtigung zum Erlass von Aufenthalts- oder Betretungsverböten für bereits einschlägig in Erscheinung getretene Personen - rechtliche Prüfung unter Berücksichtigung polizeifachlicher Belange

Bei der Prüfung einer Ermächtigung für ein zeitlich und örtlich beschränktes Aufenthalts- oder Betretungsverbot an „örtlichen Problemlagen“ für einschlägig in Erscheinung getretene Personen wurden folgende Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Die Ortpolizeibehörden sollen ermächtigt werden, „örtliche Problemlagen“ abzugrenzen und auszuweisen.
- Als Eingriffsschwelle für ein Aufenthalts- oder Betretungsverbot müssen Tatsachen vorliegen, die die Annahme einer künftigen alkoholbedingten Störung durch den Betroffenen an dieser Örtlichkeit rechtfertigen.
- Verbote sollen auf die Personen beschränkt werden, die dort bereits als alkoholbeeinflusste Störer in Erscheinung getreten sind.
- Es sollte vor allem auch geprüft werden, ob Ordnungswidrigkeiten eine ausreichende Grundlage für entsprechende Verbote darstellen können (sowohl für die Prognose der künftigen Tatbegehung als auch für die „Vortat“ des Betroffenen).
- Auch längerfristige Aufenthalts- und Betretungsverbote sollen möglich sein.
- Ausnahmen sollen für die Wohnung des Betroffenen und sonstige zu seiner Versorgung erforderlichen Einrichtungen gelten.

Eine Ergänzung des Polizeigesetzes, mit der die Ortpolizeibehörden in die Lage versetzt werden, Aufenthalts- oder Betretungsverbote an „örtlichen Problemlagen“ zu erlassen, begegnet nicht unerheblichen rechtlichen und fachlichen Bedenken.

So hat die verfassungsrechtliche Prüfung ergeben, dass Ordnungswidrigkeiten keine ausreichende Grundlage für eine entsprechende Verbotsregelung darstellen.

Für eine dem Kriminalvorbehalt des Artikels 11 Absatz 2 GG genügende Regelung müsste zwingend an die Begehung von Straftaten angeknüpft werden. Der unbestimmte Rechtsbegriff der „alkoholbedingten“ Straftat kann zu einer Ungleichbehandlung von Vortaten führen, deren Straftatbestand keine Alkoholintoxikation voraussetzt. Es erscheint fraglich, ob diese Ungleichbehandlung unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sachlich gerechtfertigt werden kann. Um parallele Ermittlungen durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei bis zum rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens zu vermeiden, müsste zudem tatbestandlich verankert werden, dass der Betroffene wegen der begangenen „Vortat“ bereits rechtskräftig verurteilt ist. Allerdings dürfte er die „örtliche Problemlage“ bis zur Verurteilung weiterhin aufsuchen, was dem Gesetzeszweck in gewisser Weise widerspräche.

Für die Höchstdauer eines Aufenthalts- oder Betretungsverbots kann keine pauschale Regelung getroffen werden. Die Dauer ist im Einzelfall nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit unter Berücksichtigung des damit verbundenen Eingriffs festzusetzen und abhängig von der Wahrscheinlichkeit und Bedeutung der prognostizierten Straftat. Darüber hinaus müssten Regelungen aufgenommen werden, nach denen vom Erlass eines Aufenthalts- und Betretungsverbots ausnahmsweise abgesehen werden kann.

Auch die Bewertung aus polizeifachlicher Sicht zeigt erhebliche Probleme bei der praktischen Umsetzung der vorgeschlagenen Regelung auf. Bei Problemlagen der Party- und Eventszenen, die durch große Menschenmengen mit ständig wechselndem Personenkreis geprägt sind, würde die Regelung eines Aufenthalts- und Betretungsverbots gegen Einzelstörer praktisch „ins Leere“ laufen.

Zudem wäre die Effektivität eines Aufenthalts- und Betretungsverbots insbesondere davon abhängig, dass die entsprechenden Informationen über betroffene Personen allen einschreitenden Polizeibeamtinnen und -beamten zur Verfügung stehen. Hierzu müsste ein den datenschutzrechtlichen Bestimmungen entsprechendes Informationssystem geschaffen werden.

Neben der Überwachung bereits verhängter Aufenthalts- und Betretungsverbote stellt auch die Feststellung einer auf Tatsachen basierenden Prognose zum weiteren Verhalten der betroffenen Personen hohe Anforderungen dar, welche eine Durchsetzbarkeit der angedachten Regelung und damit einen effektiven Beitrag zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen erheblich in Frage stellen.

Die Problemlagen im Zusammenhang mit marginalisierten Gruppen werden durch das vorgesehene Aufenthalts- und Betretungsverbot absehbar nicht nachhaltig entschärft werden können, da diese überwiegend durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten geprägt sind.

7.3. Prüfung von Flexibilisierungsmöglichkeiten von Sperrzeiten

Nach der baden-württembergischen Gaststättenverordnung (GastVO) beginnt die allgemeine Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten derzeit um drei Uhr und endet um sechs Uhr. In der Nacht zum Samstag und Sonntag beginnt die Sperrzeit erst um fünf Uhr und verkürzt sich damit auf die sogenannte Putzstunde.

Die für Schank- und Speisewirtschaften geltenden Sperrzeitvorschriften der GastVO wurden zuletzt zum 1. Januar 2010 geändert. Zuvor begann die Sperrzeit werktags um zwei Uhr, in der Nacht zum Samstag und Sonntag um drei Uhr.

Die allgemeinen Sperrzeiten sind nicht abweichungsfest. Vielmehr kann die Sperrzeit bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse durch Rechtsverordnung allgemein verlängert, verkürzt oder aufgehoben werden. So rechtfertigen beispielsweise Lärmimmissionen eine Verlängerung der Sperrzeit, wenn von der Gaststätte schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes ausgehen. Zu berücksichtigen ist dabei nicht nur der Lärm aus der Gaststätte, sondern auch der Gaststätte zurechenbarer Lärm, der z.B. von Gästen auf dem Weg von oder zur Schankwirtschaft hervorgerufen wird. Daneben können Verunreinigungen von öffentlichen Verkehrsflächen und privaten Grundstückszufahrten besondere örtliche Verhältnisse begründen und damit eine Verlängerung der Sperrzeit rechtfertigen. Gleiches gilt für sonstige Sicherheitsbeeinträchtigungen wie z.B. die häufige Begehung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten.

Bereits das geltende Recht eröffnet den Gemeinden somit die Möglichkeit, örtlichen Besonderheiten Rechnung zu tragen. In der Praxis bereitet die Verlängerung von Sperrzeiten im Wege der Rechtsverordnung den Gemeinden allerdings teilweise Probleme. So nehmen Kommunen mitunter Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über die Lärmbelästigung durch einzelne Gaststätten zum Anlass, die Sperrzeit für das gesamte Gemeindegebiet zu verlängern. Den Anforderungen der - durch die Rechtsprechung konkretisierten - GastVO werden sie damit nicht gerecht.

Denn wenn eine Sperrzeitverlängerung für einen bestimmten räumlichen Bereich vorgenommen werden soll, müssen die Voraussetzungen auch im gesamten Geltungsbereich vorliegen. Das bedeutet zweierlei: Zum einen dürfen die Belästigungen nicht nur von einzelnen Betrieben ausgehen. Denn sonst muss - aus Gründen der Verhältnismäßigkeit - der Weg der Versagung oder des Widerrufs der Gaststättenerlaubnis, der gaststättenrechtlichen Auflage oder der Einzelfallanordnung beschritten werden. Zum anderen hat der Ordnungsgeber, wenn er in Form einer allgemeinen Sperrzeitverlängerung in die grundgesetzlich geschützte Berufsausübungsfreiheit und das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb eingreifen will, belastbare Feststellungen zu treffen und die Gesamtlärmsituation zu würdigen. Dies wird in der Regel Lärmmessungen und Immissionsprognosen in Form von Sachverständigengutachten nötig machen, ausnahmsweise können auch systematisch ausgewertete behördliche und polizeiliche Feststellungen genügen.

Die Probleme für den kommunalen Ordnungsgeber könnten gelöst werden, wenn die Sperrzeit für das gesamte Landesgebiet im Wege einer Verordnung der Landesregierung erneut maßvoll ausgedehnt würde. Zwar bedeutet auch diese - nicht anders als kommunales Handeln - einen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit der Gastwirte und in ihr Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb. Der Eingriff wäre aber gerechtfertigt, wenn er dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dient, insbesondere dem Schutz der Nachtruhe, der Volksgesundheit, der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs und der übermäßigen Ausnutzung des Spieltriebs, dem Arbeitsschutz oder einem der sonstigen in § 5 Gaststättengesetz genannten Schutzgüter. Gestützt werden könnte eine solche Verordnung der Landesregierung demnach zum einen auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse (siehe Ziff. 6.1.) und die Einschätzungen verschiedener Experten (siehe Ziff. 5.4.) zu den (wünschenswerten) Wirkungen, die eine zeitliche Beschränkung der Verfügbarkeit alkoholischer Getränke regelmäßig hat. Zum anderen legen häufige Fälle des Alkoholmissbrauchs und das gesteigerte Ruhebedürfnis einer zunehmend älteren Bevölkerung eine moderate Verlängerung der Sperrzeiten nahe - zumal den Gemeinden weiterhin die Möglichkeit offen stünde, die Sperrzeit aufgrund örtlicher Besonderheiten oder eines öffentlichen Bedürfnisses zu verkürzen. Aus Sicht der Gemeinden hätte dies unter anderem den Vorteil, dass nicht sie selbst die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Sperrzeit beweisen müssten, sondern dass den Inhabern der Gaststätten die Beweislast für eine Verkürzung der Sperrzeiten obläge. Damit könnte der Verwaltungsaufwand für Einzelfallentscheidungen reduziert und über Gebühren und Auslagen zumindest teilweise auf die begünstigten Betriebe verlagert werden.

8. Vorschlag für ein Maßnahmenpaket

Die Arbeitsgruppe sieht in den folgenden Maßnahmen besonders umsetzungswürdige Ansätze zur Bewältigung von alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum. Die Vorschläge verstehen sich als Bausteine für auf die jeweilige Problemlage individuell zugeschnittene Konzepte:

- **Schaffung interdisziplinärer Arbeitsgruppen mit einer dauerhaften Koordinierung und hoher personeller Kontinuität vor Ort.**

Ziel ist das abgestimmte Zusammenwirken von Polizei, Kommune, Suchtberatung, Gastronomie aber auch betroffenen Bürgerinnen und Bürger in einem partnerschaftlichen Kontext. Die Erarbeitung eines lokal angepassten Mehrebenenansatzes sollte auch eine professionelle und gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Vermeidung von bevölkerungsbeunruhigenden Situationsdarstellungen umfassen.

- **Präsenzmaßnahmen, Kontrolle und Durchsetzung bestehender Regelungen im öffentlichen Raum.**

Hierbei sollten insbesondere die Einhaltung des Jugendschutzes und gaststättenrechtlicher Vorgaben, wie beispielsweise das Verbot des Ausschanks an erkennbar Betrunkene in den Fokus gerückt werden. Kommunale Ordnungsdienste können vollzugspolizeiliche Maßnahmen ebenfalls wirksam ergänzen.

- **Anwendung bestehender rechtlicher Handlungsmöglichkeiten wie des Erlasses kommunaler Satzungen für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, bspw. für Spielplätze und Grünflächen.**

Das Recht zur Regelung der Benutzung öffentlicher Einrichtungen nach der Gemeindeordnung ist von der bestehenden Rechtsprechung über entsprechende Regelungen in Polizeiverordnungen nicht betroffen, da das Kommunalrecht nicht an das Vorliegen einer Gefahr anknüpft.

- **Grundsätzliches Festhalten an den Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot. Darüber hinaus sollten identifizierte Lücken (Warenautomaten und reine Alkoholbringdienste) geschlossen werden.**

Das Alkoholverkaufsverbot als verfügungsbeschränkende Maßnahme hat sich grundsätzlich bewährt. In der Konsequenz sollte den Möglichkeiten zur Umgehung der Regelung entgegengewirkt werden.

- **Änderung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten in der Gaststättenverordnung mit dem Ziel, die Zeiten nächtlicher Betriebsruhe wieder maßvoll auszudehnen.**

Es sollte angestrebt werden, das frühere Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen den Zeiten nächtlicher Betriebsruhe und nächtlicher Betriebszeit wiederherzustellen. Um den Belangen der Gastronomen Rechnung zu tragen, soll den Gemeinden weiterhin die Möglichkeit eingeräumt werden, die Sperrzeiten vor Ort zu verkürzen.

- **Erstellen einer Handreichung mit einer Beschreibung von allen durch die Arbeitsgruppe als zielführend identifizierten Maßnahmen („Werkzeugkoffer“).**

Eine systematische Übersicht der landesweit bestehenden kreativen und wirksamen Maßnahmen kann im Sinne eines „Best Practice“-Ansatzes den Verantwortungsträgern vor Ort wertvolle Impulse für das eigene Handeln geben.

- **Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage für die Ortspolizeibehörden zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an „örtlichen Problemlagen“.**

Um besonders belasteten Örtlichkeiten wirksamer entgegenzutreten zu können, sollte den Kommunen unter klar definierten Voraussetzungen der Erlass von Alkoholkonsumverboten als weiterer Baustein in Ergänzung der örtlich bestehenden Maßnahmenkonzepte ermöglicht werden. Dem Gesetzgeber wird empfohlen, die Evaluierung solcher Alkoholkonsumverbote zu regeln.

- **Impuls für eine Diskussion über die bestehende Besteuerung branntweinhaltiger Getränke auf Bundesebene.**

Über die auf Landesebene umzusetzenden Vorschläge hinaus ist festzuhalten, dass die wirksame Prävention alkoholkonsumbedingter Gewaltdelikte auch Marktmechanismen in den Blick nehmen muss. Dies gilt insbesondere für die in Verantwortung des Bundesgesetzgebers liegende Besteuerung branntweinhaltiger Getränke.

9. Anhang

1. Teilbericht zum Arbeitspaket 3 - Gesetzgeberische Maßnahmen mit weiteren Anlagen
 - Grundlagen der Prüfung zur Einführung eines „Platz- bzw. Betretungsverbots“ für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen
 - Projektbericht: „Sicherheit im öffentlichen Raum / Polizeiverordnung Alkoholkonsumverbot“ vom 15. September 2011
2. Forschungsbericht der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen
3. Literaturanalyse der Deutschen Hochschule der Polizei
4. Forschungsbericht zur Bevölkerungsbefragung der Deutschen Hochschule der Polizei

Stuttgart, den 11.11.2013

Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“

Teilbericht zum Arbeitspaket 3 - Gesetzgeberische Maßnahmen

Anlagen:

- Grundlagen der Prüfung zur Einführung eines „Platz- bzw. Betretungsverbots“ für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen
- Projektbericht: „Sicherheit im öffentlichen Raum / Polizeiverordnung Alkoholkonsumverbot“ vom 15. September 2011

A. Auftrag

Die Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ hat die Aufgabe, auf Basis einer aussagekräftigen Datengrundlage und unter Berücksichtigung des wissenschaftlichen Forschungsstandes erfolgversprechende präventive und repressive Ansätze zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum zu identifizieren. Diese sollen dann in einem Maßnahmenpaket zusammengefasst, umgesetzt und nach einem definierten Zeitraum (bspw. zwei Jahre) auf deren Wirksamkeit überprüft werden.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, hat die Arbeitsgruppe in ihrer Auftaktsitzung am 25. April 2013 drei Arbeitspakete beschlossen. Das Arbeitspaket 3 umfasst eine Prüfung und Bewertung möglicher gesetzgeberischer Maßnahmen zur Ergänzung des bereits zur Verfügung stehenden präventiven und repressiven Instrumentariums.

Der Arbeitsauftrag wurde in der Arbeitsgruppensitzung am 17. Juni 2013 wie folgt konkretisiert:

1. Prüfung und Bewertung der Voraussetzungen einer Ermächtigung für die Ortspolizeibehörden zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an „örtlichen Problemlagen“
2. Prüfung und Bewertung der Voraussetzungen einer Ermächtigung zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Aufenthalts- und Betretungsverbote an örtlichen Problemlagen“ für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen auf der Grundlage des in der Auftaktsitzung am 25. April 2013 eingereichten Vorschlags (siehe Anlage 1)

3. Prüfung und Bewertung einer Flexibilisierung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten nach der Gaststättenverordnung.

Darüber hinaus wurde vereinbart, die rechtlichen Erwägungen auch aus polizeifachlicher Sicht zu bewerten.

An der Erstellung des Teilberichts haben mitgewirkt:

- RD Marc Frank (Innenministerium Baden-Württemberg)
- MR Dr. Wolfgang Kunze, RiSG Andreas Würschinger (Justizministerium Baden-Württemberg)
- LtD. RD Dr. Stefan Schnöckel (Innenministerium Baden-Württemberg)

Beteiligt wurden:

- Innenministerium Baden-Württemberg, Ref. 31 - Einsatz, Lagezentrum, Verkehr
- Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Baden-Württemberg

B. Ergebnis

I. Prüfung und Bewertung eines Alkoholkonsumverbots an „örtlichen Problemlagen“

1. Ausgangslage

In vielen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs haben sich im Bereich der Innenstädte auf öffentlichen Straßen und Plätzen sogenannte „Szenetreffs“ etabliert, die vor allem in den Abend- und Nachtstunden an den Wochenenden oder vor Feiertagen eine Vielzahl von Personen zum gemeinsamen „Herumhängen“ anlocken. Auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden sind diese Treffs, bei denen in der Regel nicht unerhebliche Mengen Alkohol konsumiert werden, sehr beliebt. Mit zunehmendem Alkoholkonsum herrschen dort teilweise regelrechte Ausnahmezustände, die sich auch in einer höheren Gewaltdelinquenz niederschlagen. Alkoholbedingte Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit, wie öffentliches Urinieren, Lärmbelästigungen, Verunreinigungen und Gefährdungen des Verkehrs durch zerschlagene Bierflaschen oder gar Straftaten (Körperverletzung, Sachbeschädigung oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) sind die Folge. Ähnlich stellt sich die Situation an Treffpunkten der Obdachlosen-/Alkoholikerszene dar, auch wenn diese vor allem durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten geprägt sind.

Dies war in der Vergangenheit Anlass für zahlreiche Kommunen, den Konsum alkoholischer Getränke in der Öffentlichkeit teils durch Polizeiverordnungen, teils durch Allgemeinverfügungen zeitlich und räumlich begrenzt zu verbieten. Denn trotz intensiver präventiver Maßnahmen konnten einige solcher örtlichen Problemlagen nicht nachhaltig „entschärft“ werden. Nach polizeilichen Erfahrungen aus diesen Städten und Gemeinden hat ein entsprechendes Verbot zu einem erheblichen Rückgang alkoholbedingter Störungen der öffentlichen Sicherheit geführt.

Allerdings hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg mit Urteilen vom 28. Juli 2009 (ESVGH 60, 65 ff.) entsprechende Bestimmungen in Polizeiverordnungen der Stadt Freiburg für unwirksam erklärt. Das Gericht hat den für den Erlass der Regelungen erforderlichen Nachweis einer abstrakten Gefahr des öffentlichen Alkoholkonsums am sogenannten Bermuda-Dreieck in Freiburg als nicht erbracht angesehen. Bloße Vorsorgemaßnahmen zur Abwehr möglicher Beeinträchtigungen im Gefahrenvorfeld seien durch die polizeiliche Ermächtigungsgrundlage nicht gedeckt.

Allerdings erkennt der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ausdrücklich an, dass die sich häufenden Alkoholexzesse gerade unter jungen Menschen ein gesell-

schaftliches Problem darstellen, dem auf verschiedenen Wegen begegnet werden müsse. Nach Auffassung des Gerichts könne daher auch im Bereich der Gefahrenvorsorge das Bedürfnis bestehen, zum Schutz gefährdeter Rechtsgüter Freiheitsbeschränkungen anzuordnen. Dies setze aber eine Risikobewertung voraus, zu der nur der Gesetzgeber berufen sei. Nur er sei befugt, unter Abwägung der widerstreitenden Interessen und unter Beachtung grundrechtlicher Vorgaben die Rechtsgrundlagen für abstrakt-generelle Grundrechtseingriffe zu schaffen, mit denen an einzelnen örtlichen Problemlagen Risiken vermindert werden sollen. Der Gesetzgeber müsse also tätig werden, wenn schon im Vorfeld dem Alkoholmissbrauch an städtischen Problemlagen entgegengewirkt werden soll.

2. Ermächtigungsgrundlage für ein Alkoholkonsumverbot an „örtlichen Problemlagen“ - § 10a PolG

Als Konsequenz aus der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung zum Bermudadreieck in Freiburg hat das Innenministerium auf fachlicher Ebene zeitnah den Entwurf einer Regelung erarbeitet, um die Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, den Alkoholkonsum an bestimmten öffentlichen Örtlichkeiten zu untersagen. Gleiches sollte für das Mitführen solcher Getränke gelten, die öffentlich im Geltungsbereich der Verordnung konsumiert werden sollten. Ziel des Entwurfs war es, alkoholbedingte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten an besonders belasteten Problemlagen zu verhindern bzw. die Möglichkeit zu schaffen, an solchen Örtlichkeiten frühzeitig gegen exzessiven Alkoholkonsum und daraus resultierende Störungen der öffentlichen Sicherheit einzuschreiten und dadurch eine Eskalation der Situation auf niedriger Eingriffsschwelle abzuwenden.

Dabei sollte die vorgesehene Regelung keine flächendeckenden Alkoholverbotszonen ermöglichen. Sie zielte vielmehr darauf ab, solche Problemlagen zu „entschärfen“, die mit anderen polizeilichen Maßnahmen nicht befriedigend in den Griff zu bekommen sind.

a) Erhebungen bei den Polizeidienststellen in Baden-Württemberg

Als Grundlage für den Gesetzentwurf hatte das Landespolizeipräsidium im Jahr 2010 durch die Polizeidirektion Freiburg örtliche Problemlagen im Land erheben lassen, auch um die möglichen Auswirkungen der Neuregelung in der Praxis abschätzen zu können (siehe Anlage 2). Die Polizeidirektionen wurden gebeten, Örtlichkeiten zu benennen und zu beschreiben, bei denen aus deren Sicht die Erforderlichkeit für ein entsprechendes Verbot zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht und aus polizeilicher Sicht erfolgversprechend sein könnte. Ziel dieser Erhebung war

auch zu konkretisieren, in welchen Situationen und ab welcher Schwelle ein Alkoholkonsumverbot erforderlich und verhältnismäßig sein dürfte.

Die Dienststellen haben daraufhin insgesamt 54 Örtlichkeiten in 30 Kommunen gemeldet, die als potentielle örtliche Problemlagen in Betracht kommen könnten. Dabei vermittelte die Erhebung einen guten landesweiten Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Allerdings beruhten die Angaben der Dienststellen häufig auf Schätzungen, da detailscharfe Daten für die benannten Örtlichkeiten regelmäßig nicht vorlagen.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass sich die gemeldeten Problemlagen in etwa gleichmäßig über das gesamte Land verteilten. Sowohl Großstädte, als auch kleinere Städte unter 20.000 Einwohnern waren betroffen. Dabei konnten zwei Arten unterschieden werden: Zum einen Problemlagen im Umfeld der **Party- und Diskoszene**, zum anderen Problemlagen der **Obdachlosen-/Alkoholikerszene**. Die betroffenen Gebiete im Umfeld der Party- und Diskoszene waren dabei vor allem durch eine erhebliche Anzahl an Straftaten geprägt, wohingegen bei Örtlichkeiten der Obdachlosen-/Alkoholikerszene vor allem Ordnungswidrigkeiten festzustellen waren.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass für den Erlass einer konkreten Verordnung geschätzte Zahlen nicht ausreichend wären. Vielmehr müssten über einen gewissen Zeitraum valide Daten erhoben werden, um zu überprüfen, ob ein Verbot überhaupt gerechtfertigt ist.

Die Erhebung hat ergeben, dass potentielle Örtlichkeiten durch folgende **objektive Kriterien** beschrieben werden können:

- Absolute Belastung der Fläche mit Straftaten und/oder Ordnungswidrigkeiten
- Relative Belastung der Fläche mit Straftaten und/oder Ordnungswidrigkeiten im Verhältnis zu einer geeigneten Vergleichsfläche
- Anzahl der regelmäßig anwesenden Personen
- Belastung der Fläche in zeitlicher Hinsicht.

Auf der Grundlage dieses Ergebnisses hat das Innenministerium versucht, Schwellenwerte für diese Kriterien zu ermitteln, an Hand derer über das Vorliegen einer Problemlage entschieden werden kann. Diese können als **Orientierungshilfe** dienen. Allerdings erfordert die Entscheidung, ob eine Problemlage tatsächlich zu bejahen ist, eine Gesamtbetrachtung. Die Kriterien lassen sich daher nicht rein schematisch anwenden. Aus verfassungsrechtlicher Sicht sollten die Schwellenwerte, die auch als „Stellschrauben“ benutzt werden können, grundsätzlich eher restriktiv gehandhabt werden.

- *Absolute Anzahl von Straftaten/Ordnungswidrigkeiten*

Für die Beurteilung der Belastung einer Fläche mit typischerweise alkoholbedingten Straftaten und/oder Ordnungswidrigkeiten wurden Gewaltdelikte und Sachbeschädigungen als typische alkoholbedingte Straftaten sowie Verunreinigungen, Lärm und Urinieren an Hauswände als typische alkoholbedingte Ordnungswidrigkeiten eingestuft. Bei einer hohen absoluten Belastung (Orientierungswert: mehr als 100 Straftaten/Ordnungswidrigkeiten pro Jahr) sprechen gute Gründe für das Vorliegen einer örtlichen Problemlage. Bei Werten unter 50 wird eine Problemlage in der Regel zu verneinen sein. Bei einem Wert zwischen 50 und 100 Straftaten/Ordnungswidrigkeiten pro Jahr kommt es vor allem auf die konkreten Umstände im Einzelfall an.

- *Relative Belastung*

Darüber hinaus setzt eine örtliche Problemlage voraus, dass die Belastung des Gebietes mit Straftaten/Ordnungswidrigkeiten deutlich höher ist im Verhältnis zu einem vergleichbaren Gebiet in derselben Kommune. Eine deutliche Mehrbelastung kann bei einer 4-5 fachen Mehrbelastung angenommen werden.

- *Anzahl der regelmäßig anwesenden Personen*

Von der Erforderlichkeit eines Alkoholkonsumverbots an einer örtlichen Problemlage kann ausgegangen werden, wenn die Polizei mit dem bestehenden Personal und dem bestehenden Instrumentarium (z.B. Einzelmaßnahmen wie Platzverweise etc.) die Belastungssituation in diesem Bereich nicht mehr in den Griff bekommt. Die Erfahrung zeigt, dass Einzelmaßnahmen in der Regel nicht ausreichend sind, wenn die Polizei mit einer nicht überschaubaren Anzahl von Personen oder einem häufig wechselnden Personenkreis konfrontiert wird. Bei weniger als 50 Personen dürfte regelmäßig noch keine unüberschaubare Menschenmenge vorliegen. Bei mehr als 100 Personen dürfte die Unübersichtlichkeit regelmäßig zu bejahen sein. Bei Personenzahlen zwischen 50 und 100 muss im Einzelfall entschieden werden.

- *Zeitlicher Aspekt*

Die Erhebung hat auch gezeigt, dass die Belastung an potentiellen Problemlagen häufig zeitlich begrenzt ist. So sind die Belastungen im Zusammenhang mit der Party- und Diskoszene regelmäßig am Wochenende relevant. Alkoholkonsumverbote müssen daher entsprechend der festgestellten zeitlichen Belastungssituation begrenzt werden.

Die Polizeidirektion Freiburg hat im Ergebnis rund 12 Örtlichkeiten ermittelt, bei denen sie die Einstufung als örtliche Problemlage als gerechtfertigt ansieht. Allerdings ist das Ergebnis von der konkreten Anwendung der Kriterien abhängig.

Für das „Bermudadreieck“ in Freiburg wurden beispielsweise für das Jahr 2009 mehr als 400 alkoholbedingte Straftaten gezählt. Im Vergleich zur übrigen Altstadt in Freiburg ist die einschlägige Belastung im Bermudadreieck um ein 6,5-faches höher. Vor allem an den Wochenenden sind dort regelmäßig mehrere hundert Personen anzutreffen. Allein aufgrund der hohen Belastung spricht vieles dafür, dass die Kriterien für das Bermudadreieck erfüllt sein dürften.

Eine in diesem Jahr im Rahmen des Arbeitspakets 1 durchgeführte erneute Erhebung bei den Polizeidienststellen hat das damalige Ergebnis weitestgehend bestätigt. Danach haben die Dienststellen aktuell 74 Örtlichkeiten in 32 Kommunen gemeldet. Bei 15 dieser Örtlichkeiten lag die Anzahl der Straftaten bei über 50 pro Jahr. Daher ist davon auszugehen, dass bei Berücksichtigung der ermittelten Schwellenwerte auch heute die Anzahl der potentiellen Problemlagen vergleichbar wäre.

b) Tatbestand einer Regelung

Eine Regelung für ein Alkoholkonsumverbot an örtlichen Problemlagen könnte nach alldem wie folgt aussehen:

§ 10 a

Ermächtigung zum Erlass örtlicher Alkoholkonsumverbote

(1) Die Ortspolizeibehörden können durch Polizeiverordnung untersagen, an öffentlich zugänglichen Orten außerhalb von Gebäuden und Außenbewirtschaftungsflächen von Gewerbebetrieben, für die eine Erlaubnis oder Gestattung nach gaststättenrechtlichen Vorschriften vorliegt, alkoholische Getränke zu konsumieren oder zum öffentlichen Konsum im Geltungsbereich des Verbots mitzuführen, wenn

- 1. sich die Belastung dort durch die Häufigkeit alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten oder deren Bedeutung von der des übrigen Gemeindegebiets deutlich abhebt,*
- 2. dort regelmäßig eine Menschenmenge anzutreffen ist,*

3. dort mit anderen polizeilichen Maßnahmen keine nachhaltige Entlastung erreicht werden kann und

4. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort auch künftig mit der Begehung alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu rechnen ist.

(2) Das Verbot soll auf bestimmte Tage und an diesen zeitlich beschränkt werden.

(3) Polizeiverordnungen nach Absatz 1 sind zu befristen.

Im Einzelnen:

Nach § 10 PolG können die allgemeinen Polizeibehörden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben polizeiliche Gebote oder Verbote erlassen, die für eine unbestimmte Anzahl von Fällen an eine unbestimmte Anzahl von Personen gerichtet ist. Daher bietet es sich an, den Ortspolizeibehörden eine spezielle Verordnungsermächtigung zu übertragen, die es ihnen ermöglicht, den Alkoholkonsum an einschlägigen Örtlichkeiten zu untersagen.

Es wird vorgeschlagen den Bereich der örtlichen Problemlage auf öffentlich zugängliche Orte außerhalb von Gebäuden und Außenbewirtschaftungsflächen von Gewerbebetrieben, für die eine Erlaubnis oder Gestattung nach gaststättenrechtlichen Vorschriften vorliegt, zu beschränken. Dadurch wird klargestellt, dass in nichtöffentlichen Bereichen innerhalb des Geltungsbereichs der Polizeiverordnung, also beispielsweise in Wohnungen oder in Gaststätten einschließlich der genehmigten Außenbewirtschaftungsflächen weiterhin Alkohol konsumiert werden darf.

Die Herausnahme der Gaststätten ist dadurch gerechtfertigt, dass diese einem strengen Regelungsregime unterliegen. Gastwirte haben bei der Abgabe alkoholischer Getränke neben den Bestimmungen des geltenden Jugendschutzrechtes zusätzlich besondere Sorgfaltspflichten zu beachten. Das der Gaststättenbehörde zur Verfügung stehende gaststättenrechtliche Handlungsinstrumentarium, wie Verlängerung der Sperrzeit, Auflagen, Bußgelder oder in Einzelfällen die Untersagung des Betriebes oder Maßnahmen der Verwaltungsvollstreckung stellt in seiner Gesamtheit einen Ordnungsrahmen dar, der Gastwirte dazu anhält, innerhalb und im Umfeld ihrer Betriebe keine örtliche Problemlage entstehen zu lassen.

Die Belastung an der Örtlichkeit muss sich durch die Häufigkeit alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten oder deren Bedeutung von der des übrigen Gemeindegebietes deutlich abheben. Dies muss anhand polizeilicher Erkenntnisse

mit Daten und Fakten belegt werden. Ob im Einzelfall eine örtliche Problemlage vorliegt, ist anhand einer Gesamtbetrachtung aller relevanten Umstände zu beurteilen.

Eine örtliche Problemlage wird auch durch eine regelmäßig hohe Anzahl an Personen charakterisiert. Gerade wenn die Polizei mit einer unüberschaubaren Menschenmenge konfrontiert ist, kann die Situation häufig mit den bestehenden polizeilichen Mitteln nicht mehr befriedigend bewältigt werden.

Die Ortspolizeibehörden haben im Rahmen der Ausübung ihres Ermessens auch zu prüfen, ob es nicht mildere ebenso effektive Mittel gibt, um die Situation an örtlichen Problemlagen zu entschärfen. Als mildere Mittel kommen je nach den konkreten Gegebenheiten im Einzelfall neben Bußgeldern beispielsweise auch präventive Maßnahmen in Betracht. Dieser Bestandteil des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sollte speziell im Gesetz verankert werden, um den Kommunen zu verdeutlichen, dass zunächst auch andere Maßnahmen in Betracht kommen.

Darüber hinaus sollte als Tatbestandsmerkmal festgelegt werden, dass eine Verbotsverordnung nur in Betracht kommt, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass an der Örtlichkeit auch künftig mit der Begehung alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu rechnen ist.

Neben dem Verbot des Konsums innerhalb der örtlichen Problemlage sollte auch das Mitsichführen alkoholischer Getränke untersagt werden, wenn diese im Geltungsbereich des Verbots konsumiert werden sollen. Zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sollte das Durchqueren der Verbotszone mit alkoholischen Getränken weiterhin gestattet bleiben, ebenso das Mitsichführen alkoholischer Getränke, wenn diese in nichtöffentlichen Bereichen innerhalb der Verbotszone konsumiert werden sollen. Auf diese Weise wird auch den Belangen der ansässigen Anwohner und Gaststätten Rechnung getragen.

Die Verbotsregelung sollte auf bestimmte Tage und Tageszeiten beschränkt werden. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit sind entsprechende Verbote an örtlichen Problemlagen nur zu den Zeiten gerechtfertigt, an denen erfahrungsgemäß mit Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen ist. Dies wird insbesondere im Bereich der Party- und Diskoszene in den Abend- und Nachtstunden an den Wochenenden und vor Feiertagen der Fall sein.

Es sprechen gute Gründe dafür, dass eine entsprechende Regelung auch unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten gerechtfertigt wäre.

Eine höhere Polizeipräsenz wäre nicht in gleicher Weise geeignet, da sie erfahrungsgemäß eher eskalierend wirkt. Durch übermäßigen Konsum alkoholischer Getränke enthemmte Störer fühlen sich - auch aufgrund gruppenspezifischer Prozesse - durch eine höhere Polizeipräsenz zusätzlich provoziert und zu Widerstandshandlungen gegen die Polizeikräfte herausgefordert.

Auch ein polizeiliches Einschreiten gegen einzelne Störer dürfte je nach den konkreten Umständen des Einzelfalls nur bedingt zielführend sein. Jenes ist in der Regel nicht geeignet, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung effektiv abzuwehren, da nach polizeilicher Erfahrung an örtlichen Problemlagen alkoholbedingt gruppenspezifische Prozesse leicht zu einer Eskalation der Situation führen, die dann nur noch schwer und in der Regel nur mit massivem Polizeieinsatz beherrschbar sind.

c) Verfassungsrechtliche Bewertung

Ein Alkoholkonsumverbot beinhaltet in zweierlei Hinsicht ein gewisses verfassungsrechtliches Risiko: Zum einen würde es zwangsläufig auch zahlreiche „Nichtstörer“ in ihrem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Absatz 1 GG) einschränken. Darüber hinaus bestünden bei einer Ausklammerung der Gastronomiebetriebe inklusive der Außenbewirtschaftungsflächen im Hinblick auf den allgemeinen Gleichheitssatz (Artikel 3 Absatz 1 GG) Bedenken. Allerdings erhebt das für verfassungsrechtliche Fragen zuständige Justizministerium keine grundsätzlichen Bedenken gegen einen entsprechenden Gesetzentwurf. Im Detail, insbesondere mit Blick auf die notwendige Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung, sind nach Einschätzung des Justizministeriums jedoch gegebenenfalls noch weitere Prüfungen veranlasst.

3. Andere Bundesländer

In einigen Bundesländern gibt es in unterschiedlicher Ausprägung bereits entsprechende Ermächtigungsgrundlagen für die Ortspolizeibehörden zum Erlass von Alkoholkonsumverboten an örtlichen Problemlagen, so beispielsweise in Sachsen (seit Oktober 2011), in Sachsen-Anhalt (seit April 2013), in Bayern (seit August 2013) oder in Thüringen (seit Ende September 2013).

4. Fazit

Eine Regelung, die es den Ortspolizeibehörden ermöglicht, den Alkoholkonsum an örtlichen Problemlagen zu untersagen, könnte neben präventiven Konzepten ein wichtiger Baustein sein, um alkoholbedingten Straftaten an besonders belasteten Örtlichkeiten wirksamer zu begegnen.

Unter Berücksichtigung der zugrunde gelegten Orientierungswerte ist festzustellen, dass in Baden-Württemberg voraussichtlich nur wenige Örtlichkeiten die geforderten Kriterien erfüllen würden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl betroffener Örtlichkeiten im unteren zweistelligen Bereich bewegen würde.

II. Prüfung und Bewertung eines Aufenthalts- oder Betretungsverbots an „örtlichen Problemlagen“

1. Ausgangslage

Die Polizei kann nach § 27a Absatz 1 PolG zur Abwehr einer Gefahr oder zur Beseitigung einer Störung eine Person vorübergehend von einem Ort verweisen oder ihr vorübergehend das Betreten eines Ortes verbieten (Platzverweis).

Nach § 27a Absatz 2 PolG kann die Polizei einer Person verbieten, einen bestimmten Ort, ein bestimmtes Gebiet innerhalb einer Gemeinde oder ein Gemeindegebiet zu betreten oder sich dort aufzuhalten, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese Person dort eine Straftat begehen oder zu ihrer Begehung beitragen wird (Aufenthaltsverbot). Das Aufenthaltsverbot ist zeitlich und örtlich auf den zur Verhütung der Straftat erforderlichen Umfang zu beschränken und darf räumlich nicht den Zugang zur Wohnung der betroffenen Person umfassen. Es darf die Dauer von drei Monaten nicht überschreiten.

Um die Situation an „örtlichen Problemlagen“ zu verbessern, soll nun geprüft werden, ob eine Ergänzung des Polizeigesetzes, mit der die Ortspolizeibehörden in die Lage versetzt werden, auch längerfristige Aufenthalts- oder Betretungsverbote zu verfügen, rechtlich möglich und fachlich sinnvoll wäre. Konkretes Ziel einer solchen Regelung wäre es, bereits in Erscheinung getretenen alkoholisierten Störern den Zugang zu diesen Örtlichkeiten zu verwehren.

Folgende Rahmenbedingungen sollen dabei Berücksichtigung finden:

- Die Ortspolizeibehörden sollen ermächtigt werden, „örtliche Problemlagen“ abzugrenzen und auszuweisen.
- Als Eingriffsschwelle für ein Aufenthalts- oder Betretungsverbot müssen Tatsachen vorliegen, die die Annahme einer künftigen alkoholbedingten Störung durch den Betroffenen an dieser Örtlichkeit rechtfertigen.
- Verbote sollen auf die Personen beschränkt werden, die dort bereits als alkoholbeeinflusste Störer in Erscheinung getreten sind.
- Dabei soll vor allem geprüft werden, ob Ordnungswidrigkeiten eine ausreichende Grundlage für entsprechende Verbote darstellen können (sowohl für die Prognose der künftigen Tatbegehung als auch für die „Vortat“ des Betroffenen).
- Auch längerfristige Aufenthalts- und Betretungsverbote sollen möglich sein.
- Ausnahmen sollen für die Wohnung des Betroffenen und sonstige zu seiner Versorgung erforderlichen Einrichtungen gelten.

Die bestehende Regelung des § 27a Absatz 2 PolG genügt diesen Rahmenbedingungen nicht. Die jetzige Eingriffsschwelle knüpft nämlich an die künftige Begehung von Straftaten an. Ordnungswidrigkeiten sind nach geltendem Recht nicht ausreichend. Darüber hinaus lässt § 27a Absatz 2 PolG lediglich Aufenthaltsverbote bis zu einer Dauer von drei Monaten zu. Auch fehlt ein konkreter Bezug der Regelung zu „örtlichen Problemlagen“.

2. Tatbestandsvoraussetzungen eines Aufenthalts- oder Betretungsverbots an „örtlichen Problemlagen“

a) Ermächtigung der Ortspolizeibehörden, „örtliche Problemlagen“ abzugrenzen und auszuweisen

Bei einer Ermächtigung der Ortspolizeibehörden stellt sich vorab die Frage, ob diese wie bei einem Alkoholkonsumverbot an „örtlichen Problemlagen“ (vgl. oben) in Form einer Verordnungsermächtigung nach § 10 PolG erfolgen könnte. Polizeiverordnungen in diesem Sinne sind Rechtsverordnungen, die polizeiliche Gebote oder Verbote enthalten und für eine unbestimmte Anzahl von Fällen an eine unbestimmte Anzahl von Personen gerichtet sind. Mit der vorgesehenen Regelung soll jedoch gerade keine Grundlage geschaffen werden, um Verbote für eine unbestimmte Anzahl von Personen auszusprechen. Die Aufenthalts- oder Betretungsverbote sollen vielmehr auf die Personen beschränkt werden, die an bestimmten „örtlichen Problemlagen“ schon einmal durch eine alkoholbedingte Störung in Erscheinung getreten sind und von denen zu erwarten ist, dass sie dort wieder als Störer auffallen werden. Daher scheidet eine Ermächtigung der Ortspolizeibehörden in Form einer Verordnungsermächtigung nach § 10 PolG vorliegend aus.

Die Ermächtigung der Ortspolizeibehörden kann jedoch auch auf andere Weise ausgestaltet werden, ohne an eine bestimmte Form gebunden zu sein. Sie sollte aus Gründen der Bestimmtheit und zur Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsanwendung eine Definition der „örtlichen Problemlage“ enthalten. Die für ein Alkoholkonsumverbot an „örtlichen Problemlagen“ entwickelten Kriterien können hierzu als Orientierung dienen. „Örtliche Problemlagen“ können daher als öffentlich zugängliche Orte außerhalb von Gebäuden und Außenbewirtschaftungsflächen von Gewerbebetrieben, für die eine Erlaubnis oder Gestattung nach gaststättenrechtlichen Vorschriften vorliegt, beschrieben werden, wenn sich

1. die Belastung dort durch die Häufigkeit alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten oder deren Bedeutung von der des übrigen Gemeindegebiets deutlich abhebt,
2. dort regelmäßig eine Menschenmenge anzutreffen ist,
3. dort mit anderen polizeilichen Maßnahmen keine nachhaltige Entlastung erreicht werden kann und
4. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort auch künftig mit der Begehung alkoholbedingter Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu rechnen ist.

Ob die Voraussetzungen im Einzelnen vorliegen, wird die Ortspolizeibehörde in der Regel nicht ohne Weiteres feststellen können. Daher sollte die Bewertung in Abstimmung mit der zuständigen Polizeidienststelle anhand eines detaillierten Lagebildes erfolgen. Um dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht zu werden, sollte die „örtliche Problemlage“ - bei Bedarf - auch zeitlich eingegrenzt werden.

b) Vorliegen von Tatsachen, die die Annahme einer künftigen Begehung von alkoholbedingten Störungen an der „örtlichen Problemlage“ rechtfertigen

Nach den vorgegebenen Rahmenbedingungen müssen Tatsachen vorliegen, dass der Betroffene künftig an der „örtlichen Problemlage“ eine alkoholbedingte Störung begehen wird. In diesem Zusammenhang ist fraglich, welche Intensität diese künftige Störung haben muss bzw. ob auch eine Ordnungswidrigkeit wegen des Kriminalvorbehalts in Artikel 11 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) als ausreichend betrachtet werden kann, um ein entsprechendes Verbot zu rechtfertigen.

Gemäß Artikel 11 Absatz 1 GG in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 LV genießen alle Deutschen Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet. Freizügigkeit bedeutet die Freiheit, an jedem Ort innerhalb des Bundesgebietes Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen (BVerfGE 2, 266 [273]; 43, 203 [211]; 80, 137 [150]). Darin enthalten ist auch die Freiheit, im eigenen räumlichen Lebenskreis bleiben zu dürfen (Gusy, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Grundgesetz, Kommentar, 6. Auflage 2010, Art. 11 Rn. 34 m. w. N.). Das Recht auf Freizügigkeit schützt nach derzeit wohl herrschender Ansicht im Schrifttum und in der fachgerichtlichen Rechtsprechung vor Aufenthaltsverboten in diesem Lebenskreis ebenso wie vor Verbringung aus diesem Kreis heraus (Gusy, a. a. O., m. w. N.). Demnach stellt ein längerfristiges und räumlich breiter angelegtes Aufenthaltsverbot einen Eingriff in das Freizügigkeitsrecht dar (vgl. VG Stuttgart, Beschluss vom 8. Juni 2006 - 5 K 2106/06 -, in: juris, Rn. 4 ff. für ein Aufenthaltsverbot

in im Einzelnen näher umschriebenen Bereichen eines Stadtgebiets für die Dauer der Fußballweltmeisterschaft). Das Bundesverfassungsgericht hat, soweit ersichtlich, bisher keine Entscheidung zur Reichweite des Schutzbereichs der Freizügigkeit bei Aufenthalts- und Betretungsverböten gefällt. Die – in der mündlichen Verhandlung in Sachen „Braunkohletagebau Garzweiler“ am 4. Juni 2013 (Az.: 1 BvR 3139/08, 1 BvR 3386/08) geäußerte – Kritik des Vorsitzenden des Ersten Senates an einem parzellenscharfen Verständnis des Rechts auf Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet dürfte an dieser Bewertung jedoch nichts ändern, weil im vorliegenden Fall kaum nur einzelne Flurstücke, sondern räumlich breitere Bereiche als „öffentliche Problemlagen“ betroffen wären.

Das Recht auf Freizügigkeit darf gemäß Artikel 11 Absatz 2 Satz 1 GG nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen es zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist. Dieser sogenannte Kriminalvorbehalt hat allein präventiven Gehalt. Er dient der Vorbeugung zukünftiger, nicht hingegen der Ahndung begangener Straftaten (Merten, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte, 4. Band, Heidelberg 2011, § 94 Rn. 104). Das Merkmal einer bevorstehenden strafbaren Handlung erfasst allein Kriminalunrecht, nicht hingegen Ordnungswidrigkeiten oder Verstöße gegen verwaltungsrechtliche Pflichten. Im Anwendungsbereich des Artikels 11 GG können daher Aufenthaltsverbote gegen Obdachlose oder Nichtsesshafte insbesondere nicht auf unzulässige Sondernutzungen gestützt werden (vgl. Gusy, a. a. O., Art. 11 Rn. 62). Es muss im Einzelfall zumindest eine konkrete Gefahr der Begehung einer Straftat bestehen. Allgemeine Anhaltspunkte sozialer oder milieuspezifischer Art sollen nicht ausreichen (vgl. Gusy, a. a. O., m. w. N.). Vielmehr muss der tatsächliche Anhaltspunkt für die Gefahr im Verhalten einer Person zum Ausdruck gelangt sein, um Eingriffe in die Freizügigkeit zu rechtfertigen (vgl. Gusy, a. a. O., m. w. N.).

Eine polizeigesetzliche Regelung, die ein Aufenthalts- oder Betretungsverbots an die künftige Begehung alkoholbedingter Ordnungswidrigkeiten knüpft, sähe sich daher erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken ausgesetzt. Für eine verfassungskonforme Regelung müssen als Tatbestandsmerkmal demnach Tatsachen vorliegen, die auf eine künftige alkoholbedingte Straftat des Betroffenen schließen lassen.

Welche Straftaten als typisch alkoholbedingt einzustufen sind, ist maßgeblich in Zusammenhang mit der Verringerung der Hemmschwelle als Folge übermäßigen Alkoholkonsums zu beurteilen. Daher kommen neben sämtlichen Gewaltdelikten vor al-

lem Sachbeschädigungen und Beleidigungen in Betracht. Hierzu sollten zumindest in der Gesetzesbegründung nähere Ausführungen gemacht werden.

Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang auf die polizeilichen Erfahrungen in Zusammenhang mit der geltenden Regelung des § 27a Absatz 2 PolG hinzuweisen, der eine entsprechende Prognoseentscheidung enthält. Danach scheitern Aufenthaltsverbote in diesem Sinne oftmals bereits daran, dass die erforderliche Tatsachenbasis im konkreten Fall nicht in ausreichendem Maße festzustellen ist.

Ob eine Absenkung der Eingriffsschwelle für die vorgesehene Regelung rechtlich möglich wäre, beispielsweise auf das Vorliegen einer konkreten Gefahr, ist äußerst fraglich. Zum einen würde dies der Systematik des § 27a PolG widersprechen, da für ein maximal auf drei Monate begrenztes Aufenthaltsverbot im Sinne des § 27a Absatz 2 PolG bereits eine fundierte Tatsachenbasis gefordert wird. Darüber hinaus bestünden aufgrund des mit einem Aufenthalts- oder Betretungsverbot verbundenen Eingriffs erhebliche Bedenken, ob eine Absenkung der Eingriffsschwelle mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar wäre.

c) Der Betroffene ist an der „örtlichen Problemlage“ bereits durch alkoholbedingte Störungen in Erscheinung getreten

aa) Ordnungswidrigkeiten als „Vortat“

Wie bei der Prognoseentscheidung hinsichtlich einer künftigen Störung ist auch bei der vorausgesetzten bereits begangenen Störung fraglich, ob eine Ordnungswidrigkeit als ausreichende Grundlage für ein Aufenthalts- oder Betretungsverbot angesehen werden kann.

Mit der vorgesehenen Regelung sollen entsprechende Aufenthalts- oder Betretungsverbote auf solche Personen beschränkt werden, die bereits durch alkoholbedingte Störungen in Erscheinung getreten sind. Dieses Tatbestandsmerkmal soll daher als Indiz dienen, dass von dem Betroffenen - sofern zusätzlich weitere Tatsachen vorliegen - auch künftig an der „örtlichen Problemlage“ mit alkoholbedingten Störungen zu rechnen ist. Wenn jedoch - wie bereits dargelegt - Ordnungswidrigkeiten für die zu treffende Prognoseentscheidung aus verfassungsrechtlichen Gründen wohl nicht als ausreichend erachtet werden können, muss dies gleichermaßen für die bereits begangene Tat gelten. Denn aus einer bereits begangenen Ordnungswidrigkeit kann nicht ohne Weiteres auf die künftige Begehung einer Straftat geschlossen werden. Auch diesbezüglich wäre daher an eine Straftat anzuknüpfen.

bb) Rechtskräftige Verurteilung hinsichtlich der begangenen Straftat

Darüber hinaus ist fraglich, ob bereits eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass der Betroffene eine entsprechende Straftat begangen hat (z.B. Anklageerhebung), ausreichend für ein entsprechendes Verbot sein kann oder ob dieser rechtskräftig verurteilt sein muss.

Ziel des Gesetzesvorhabens ist es, einschlägig in Erscheinung getretene Störer aus bestimmten Bereichen fernzuhalten. Ohne rechtskräftige Entscheidung bestünde die Gefahr, dass im Einzelfall auch „Nichtstörer“ mit einem Aufenthalts- oder Betretungsverbot belegt werden. Dies liefe dem Gesetzeszweck zuwider und wäre aus Verhältnismäßigkeitserwägungen (erheblicher Eingriff) bedenklich. Daher sollte auf eine rechtskräftige Verurteilung des Betroffenen abgestellt werden.

In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass zwischen Begehung der Straftat und rechtskräftiger Verurteilung im Einzelfall ein längerer Zeitraum liegen kann. Dies hätte zur Folge, dass der Betroffene die „örtliche Problemlage“ bis zur abschließenden Entscheidung weiterhin aufsuchen dürfte. Dies stellt in gewisser Weise einen Widerspruch zur Zielsetzung der vorgesehenen Regelung dar, da das Verhalten des Störers mit dem Aufenthalts- oder Betretungsverbot ja unmittelbar in zeitlicher Nähe zur Tat sanktioniert werden soll.

cc) Voraussetzung einer „alkoholbedingten Straftat“

Eine polizeigesetzliche Regelung, die an eine rechtskräftige Verurteilung wegen einer alkoholbedingten Straftat anknüpft, wirft Fragen nach der Vereinbarkeit dieses Tatbestandsmerkmals mit dem allgemeinen Gleichheitssatz auf.

Der allgemeine Gleichheitssatz bindet als Grundrecht (BVerfGE 6, 84 [91]) auch die Gesetzgebung (Artikel 1 Absatz 3 GG) und ist zugleich Bestandteil der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Artikel 2 Absatz 1 LV). Gemäß Artikel 3 Absatz 1 GG sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Der allgemeine Gleichheitssatz gebietet dem Gesetzgeber, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln (BVerfGE 116, 164 [180]; 122, 210 [230]; 126, 268 [277]; 127, 224 [244]). Aus dem allgemeinen Gleichheitssatz ergeben sich je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Grenzen für den Gesetzgeber, die vom bloßen Willkürverbot bis zu einer strengen Bindung an Verhältnismäßigkeitserfordernisse reichen (BVerfGE 110, 274 [291]; 112, 164 [174]; 116, 164 [180]; 122, 210 [230]; 126, 268 [277]; 127, 224 [244]). Für die Anforderungen an Rechtfertigungsgründe für gesetzliche Differenzierungen kommt es wesentlich darauf an, in welchem Maß sich die Ungleichbehandlung von Personen oder Sachverhalten

auf die Ausübung grundrechtlich geschützter Freiheiten auswirken kann (BVerfGE 112, 164 [174]; 122, 210 [230]; 126, 268 [277]; 127, 224 [244 f.]). Genauere Maßstäbe und Kriterien dafür, unter welchen Voraussetzungen der Gesetzgeber den Gleichheitssatz verletzt, lassen sich nicht abstrakt und allgemein, sondern nur in Bezug auf die jeweils betroffenen unterschiedlichen Sach- und Regelungsbereiche bestimmen (BVerfGE 105, 73 [111]; 107, 27 [45 f.]; 112, 268 [279]; 122, 210 [230]; 126, 268 [277]; 127, 224 [245]).

Um eine Ungleichbehandlung festzustellen, sind zunächst die Vergleichsgruppen zu bestimmen. Da der allgemeine Gleichheitssatz nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bereichsspezifisch anzuwenden ist (BVerfGE 75, 108 [157]; 76, 256 [329]; 78, 249 [287]; 84, 239 [271]; 93, 121 [135]; 96, 1 [6]; 99, 280 [289]; 105, 17 [46]; 120, 1 [30]), erfolgt die Vergleichsgruppenbildung regelmäßig innerhalb des Geltungsbereichs eines Gesetzes unter einem möglichst engen gemeinsamen Oberbegriff (z. B. BVerfGE 118, 79 [104]).

Danach kann unterschieden werden, ob die wegen einer beliebigen Straftat rechtskräftig verurteilte Person diese beliebige Straftat unter dem Einfluss von Alkohol begangen hat oder nicht. Demnach schiede als Adressat eines Aufenthalts- und Betretungsverbotes aus, wer beispielsweise nüchtern immer wieder andere Menschen mit Hilfe eines Schlagrings körperlich derart misshandelt hat, dass diese ihr Sehvermögen verloren haben oder in Behinderung verfallen sind (§§ 223, 224, 226 StGB). Wer aber einmal unter geringfügigem Einfluss von Alkohol einen anderen geohrfeigt hat (§§ 223, 185 StGB), müsste grundsätzlich mit der Verhängung eines Aufenthalts- und Betretungsverbot rechnen. Im Ergebnis erfolgte die Einbeziehung eines rechtskräftig verurteilten Straftäters in den Anwendungsbereich des polizeirechtlichen Aufenthalts- und Betretungsverbots unabhängig vom Ausmaß des konkret verwirklichten Handlungs- und/oder Erfolgsunwerts, unabhängig davon, ob der vom Gericht als einschlägig erkannte Straftatbestand eine Intoxikation durch Alkohol oder andere berauschende Mittel voraussetzt und unabhängig vom Ausmaß der Alkoholisierung des Täters bei der Begehung der dem rechtskräftigen Urteil zugrundeliegenden Straftat. Mit anderen Worten: Gleiche Straftatbestände würden mit Blick auf ihre Eignung als Voraussetzung eines polizeigesetzlichen Aufenthalts- und Betretungsverbots ungleich behandelt.

Will man den Anwendungsbereich des Aufenthalts- oder Betretungsverbots nicht von vorneherein nur auf solche Personen beschränken, die wegen einer Straftat verurteilt worden sind, deren Straftatbestand explizit eine Alkoholintoxikation voraussetzt, dürfte fraglich sein, ob die de lege ferenda erfolgende Ungleichbehandlung von rechts-

kräftig verurteilten Personen, die sich unter Einfluss von Alkohol strafbar gemacht haben und Personen, die denselben Straftatbestand nüchtern verwirklicht haben, sachlich gerechtfertigt werden kann. Im vorliegenden Fall legt die Grundrechtsrelevanz des Aufenthalts- oder Betretungsverbots nahe, die sachliche Rechtfertigung dieser Ungleichbehandlung am Maßstab des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu prüfen.

3. Rechtsfolge

Hinsichtlich der Rechtsfolge stellt sich insbesondere die Frage, wie lange ein Aufenthalts- oder Vertretungsverbot verfügt werden dürfte bzw. inwieweit die Regelung mit Artikel 11 GG vereinbar wäre.

Bei der Bestimmung einer Höchstdauer eines Aufenthalts- oder Betretungsverbots dürfte dem Gesetzgeber ein gewisser Gestaltungsspielraum zustehen. Der Gesetzgeber ist allerdings aufgrund der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Wesentlichkeitslehre verpflichtet, die – am Maßstab der Intensität der Grundrechtsbeeinträchtigung – wesentlichen Entscheidungen über die Voraussetzungen, Umstände und Folgen von Grundrechtseingriffen selbst zu treffen.

Bei der Entscheidung über die Dauer eines im Einzelfall anzuordnenden Aufenthalts- oder Betretungsverbots muss aus verfassungsrechtlicher Sicht ebenfalls der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz berücksichtigt werden. Das sich aus diesem Grundsatz ergebende Spannungsverhältnis zwischen dem Freiheitsanspruch des betroffenen Einzelnen und der Effektivität der Gefahrenabwehr verlangt nach einem gerechten und vertretbaren Ausgleich. Je länger das Aufenthalts- oder Betretungsverbot wirken soll, desto stärker dürfte das Gewicht der beeinträchtigten Freiheitsrechte nach Artikel 11 Absatz 1 GG oder Artikel 2 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 GG wiegen, desto höher muss die Wahrscheinlichkeit einer strafbaren Handlung und desto erheblicher muss die Bedeutung der andernfalls drohenden Straftat sein (das Bundesverfassungsgericht stellt dabei auf das Höchstmaß der gesetzlich angedrohten Freiheitsstrafe ab, vgl. BVerfG, Beschluss vom 24. Juli 2013 - 2 BvR 298/12 -, in: juris, Rn. 21 ff.).

Darüber hinaus ist fraglich, ob das Verbot nur den Aufenthalt oder das Betreten in alkoholisiertem Zustand umfassen soll. Dies würde jedoch erhebliche Vollzugsprobleme mit sich bringen, da die Einsatzkräfte vor Ort zunächst feststellen müssten, ob der Betroffene Alkohol konsumiert hätte. Darüber hinaus müssten aus Verhältnismäßigkeitserwägungen möglicherweise Grenzwerte hinsichtlich des Grades der Alkoholisierung festgelegt werden, da bei geringem Alkoholisierungsgrad ein Verbot mögli-

cherweise nicht angemessen wäre. Aus diesem Grunde sollte das Verbot nicht mit einer entsprechenden Bedingung verknüpft werden.

Das in Frage stehende Aufenthalts- oder Betretungsverbot kann sich darüber hinaus erheblich auf zahlreiche grundrechtlich geschützte Rechtsgüter wie beispielsweise die Fortbewegungsfreiheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 GG), die Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 GG), oder auch die Berufsfreiheit - falls der Betroffene innerhalb der „örtlichen Problemlage“ arbeitet oder studiert - (Artikel 12 Absatz 1 GG) auswirken. Daher sollten Regelungen aufgenommen werden, unter denen vom Erlass eines Aufenthalts- oder Betretungsverbots ausnahmsweise abgesehen werden kann. Sie dienen der Verwirklichung des verfassungsrechtlichen Übermaßverbots im Einzelfall, ermöglichen so eine verfassungskonforme Auslegung des einfachen Rechts im Lichte grundrechtlicher Gewährleistungen und würden damit im vorliegenden Fall letztlich einen Grundrechtseingriff abwenden. Ausnahmen von der gesetzlich angeordneten Rechtsfolge verlangen üblicherweise eine „besondere Härte“ oder eine „im Einzelfall unzumutbare Belastung“. An die Bestimmtheit entsprechender Ausnahmeregelungen dürften von Verfassungs wegen keine gesteigerten Anforderungen zu stellen sein. Im vorliegenden Fall könnte beispielsweise geprüft werden, ob Ausnahmeregelungen für rechtskräftig wegen einer „alkoholbedingten Straftat“ verurteilte Personen vorgesehen werden sollen, deren Wohnung, Aufenthalt, Arbeits- oder Ausbildungsplatz innerhalb der von der Gemeinde bestimmten Problemlage liegt.

4. Polizeifachliche Bewertung

Aus einsatztaktischer Sicht bedarf es einer differenzierten Betrachtung. Bei Problemlagen der Party- und Eventszene, die durch große Menschenmengen mit ständig wechselndem Personenkreis geprägt sind, wird die geplante Regelung zum Aufenthalts- und Betretungsverbot praktisch „ins Leere“ laufen.

Zudem wäre die Effektivität eines Aufenthalts- und Betretungsverbots insbesondere davon abhängig, dass die entsprechenden Informationen über betroffene Personen allen einschreitenden Polizeibeamtinnen und -beamten zur Verfügung stehen. Hierzu müsste ein den datenschutzrechtlichen Bestimmungen entsprechendes Informationssystem geschaffen werden. Des Weiteren wäre ein Aufenthalts- und Betretungsverbot zur Aufrechterhaltung des Kontrolldrucks mit starken Präsenzmaßnahmen durch die Polizei zu flankieren. Dies würde weitere personelle und materielle Ressourcen der Polizei nachhaltig binden.

Neben der Überwachung bereits verhängter Aufenthalts- und Betretungsverbote stellt auch die Feststellung einer auf Tatsachen basierenden Prognose zum weiteren

Verhalten der betroffenen Personen hohe Anforderungen dar, welche eine Durchsetzbarkeit der angedachten Regelung und damit einen effektiven Beitrag zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen erheblich in Frage stellen.

Darüber hinaus wäre aus polizeilicher Sicht eine zeitnahe Reaktion auf ein entsprechendes Fehlverhalten anzustreben, um eine Wirkung bei der auffällig gewordenen Person zu erzielen. Müsste dabei erst der Ausgang des Strafverfahrens abgewartet werden, bestehen diesbezüglich jedoch erhebliche Zweifel.

In der Vergangenheit haben Aufenthalts- und Betretungsverbote bei Vorliegen der derzeit bestehenden engeren gesetzlichen Voraussetzungen lediglich bei wenigen kleineren Problemlagen mit sehr regionalen und häufig bereits einschlägig polizeibekannten Störern positive Effekte gezeigt. Die Problemlagen der Obdachlosen-/Alkoholikerszene werden durch das vorgesehene Aufenthalts- und Betretungsverbot in der Regel nicht nachhaltig entschärft werden können, da diese überwiegend durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten geprägt sind.

5. Fazit

Eine Ergänzung des Polizeigesetzes, mit der die Ortspolizeibehörden in die Lage versetzt werden, Aufenthalts- oder Betretungsverbote an „örtlichen Problemlagen“ zu erlassen, begegnet nicht unerheblichen rechtlichen und fachlichen Bedenken.

So hat die verfassungsrechtliche Prüfung ergeben, dass Ordnungswidrigkeiten keine ausreichende Grundlage für eine entsprechende Verbotsregelung darstellen. Für eine dem Kriminalvorbehalt des Artikels 11 Absatz 2 GG genügende Regelung müsste zwingend an die Begehung von Straftaten angeknüpft werden. Der unbestimmte Rechtsbegriff der „alkoholbedingten“ Straftat kann zu einer Ungleichbehandlung von Vortaten führen, deren Straftatbestand keine Alkoholintoxikation voraussetzt. Es erscheint fraglich, ob diese Ungleichbehandlung unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sachlich gerechtfertigt werden kann. Um parallele Ermittlungen durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei bis zum rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens zu vermeiden, müsste zudem tatbestandlich verankert werden, dass der Betroffene wegen der begangenen „Vortat“ bereits rechtskräftig verurteilt ist. Allerdings dürfte er die „örtliche Problemlage“ bis zur Verurteilung weiterhin aufsuchen, was dem Gesetzeszweck in gewisser Weise widerspräche.

Für die Höchstdauer eines Aufenthalts- oder Betretungsverbotes kann keine pauschale Regelung getroffen werden. Die Dauer ist im Einzelfall nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit unter Berücksichtigung des damit verbundenen Eingriffs

festzusetzen und abhängig von der Wahrscheinlichkeit und Bedeutung der prognostizierten Straftat. Darüber hinaus müssten Regelungen aufgenommen werden, nach denen vom Erlass eines Aufenthalts- und Betretungsverbots ausnahmsweise abgesehen werden kann.

Die Bewertung aus polizeifachlicher Sicht zeigt, wie im Einzelnen dargelegt, erhebliche Probleme bei der praktischen Umsetzung der vorgeschlagenen Regelung auf.

III. Prüfung und Bewertung einer Flexibilisierung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten nach der Gaststättenverordnung

1. Ausgangslage

Sperrzeiten sind Zeiten der Betriebsruhe. Während der Sperrzeit dürfen den Gästen keine Leistungen erbracht und in den Betriebsräumen keine Gäste geduldet werden (BVerwG, Urteil v. 23.09.1976 - I C 7.75). Die Grundlage für das Festsetzen von Sperrzeiten findet sich in § 1 Landesgaststättengesetz (LGastG) in Verbindung mit § 18 Gaststättengesetz (GastG). Danach kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung eine Sperrzeit allgemein festlegen; wie dies zu geschehen hat, gibt das Bundes- oder Landesrecht nicht vor. Zugleich ist vom Land in der Rechtsverordnung zu bestimmen, dass die Sperrzeit bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse allgemein oder für einzelne Betriebe verlängert, verkürzt oder aufgehoben werden kann (§ 18 Absatz 1 GastG).

Von dieser Ermächtigung hat die Landesregierung Baden-Württemberg Gebrauch gemacht. Nach § 9 Absatz 1 der baden-württembergischen Gaststättenverordnung (GastVO) beginnt die allgemeine Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten derzeit um 3 Uhr (in Kur- und Erholungsgebieten um 2 Uhr). Sie endet um 6 Uhr. In der Nacht zum Samstag und zum Sonntag beginnt die Sperrzeit erst um 5 Uhr; sie verkürzt sich damit auf die sogenannte Putzstunde. Für Spielhallen beginnt die Sperrzeit um 0 Uhr und endet um 6 Uhr (§ 46 Absatz 1 Satz 1 Landesglückspielgesetz).

Die für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten geltenden Sperrzeitsvorschriften der GastVO wurden zuletzt mit Verordnung vom 10. November 2009, in Kraft getreten am 1. Januar 2010, geändert (GBl. vom 18. November 2009, S. 671). Zuvor begann die Sperrzeit werktags um 2 Uhr (in Kur- und Erholungsgebieten um 1 Uhr), in der Nacht zum Samstag und zum Sonntag um 3 Uhr (in Kur- und Erholungsgebieten um 2 Uhr). Die Sperrzeit wurde mithin werktags um eine Stunde, am Wochenende um zwei bzw. (in Kur- und Erholungsorten) um drei Stunden verkürzt. Im Zuge der Anhörung hatten sich die kommunalen Spitzenverbände und die Kirchen gegen die Änderung ausgesprochen, der DEHOGA sowie der Automatenverband Baden-Württemberg hatten sich dafür stark gemacht.

2. Möglichkeit der Abweichung nach geltendem Recht

Die allgemeinen Sperrzeiten sind nicht abweichungsfest. Vielmehr kann die Sperrzeit bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse durch Rechtsverordnung allgemein verlängert, verkürzt oder aufgehoben werden

(§ 11 GastVO). Zuständig für den Erlass solcher Rechtsverordnungen sind u. a. die Gemeinden (§ 1 Absatz 5 GastVO), und zwar - da es sich insoweit um Pflichtaufgaben nach Weisung handelt (§ 1 Absatz 7 GastVO) - die jeweiligen Gemeinderäte (§ 44 Absatz 3 Satz 1 Gemeindeordnung).

Die beiden Tatbestandsmerkmale „öffentliches Bedürfnis“ und „besondere örtliche Verhältnisse“ lassen sich nicht klar voneinander abgrenzen. Während das öffentliche Bedürfnis einschlägig ist, wenn der öffentliche Bedarf an Diensten der Gaststätten im Vordergrund steht, nehmen die besonderen örtlichen Verhältnisse Bezug auf die besondere Störempfindlichkeit oder -unempfindlichkeit der Umgebung oder auf Besonderheiten der Gaststätte selbst (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12; VGH Bayern, Urteil v. 10.08.2011 - 22 N 10.1867). Besondere örtliche Verhältnisse sind demnach gegeben, wenn sich die Verhältnisse im örtlichen Bereich so von den Verhältnissen anderer örtlicher Bereiche unterscheiden, dass deswegen eine Abweichung von der allgemeinen Sperrzeit gerechtfertigt erscheint. Sie setzen atypische Gebietsverhältnisse voraus (VGH Bayern, Urteil v. 17.06.2008 - 22 N 06.3069; *Elmar Michel/Werner Kienzle/Renate Pauly*, Gaststättengesetz, 14. Aufl. 2003, § 18 Rn. 21). Beiden Tatbestandsmerkmalen gemeinsam ist, dass das Gemeinwohl einer Sperrzeitverlängerung oder Verkürzung nicht entgegenstehen darf (BVerwG, Urteil v. 23.09.1976 - I C 7.75; VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12). So scheidet eine Sperrzeitverkürzung aus, wenn sie bauplanungs- oder baunutzungsrechtliche Grundsätze verletzt, zu schädlichen Umwelteinwirkungen führt oder sonstige Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung erwarten lässt (*Richard Metzner*, Gaststättengesetz, 6. Aufl. 2002, § 18 Rn. 27; *Michel/Kienzle/Pauly*, a. a. O., § 18 Rn. 15 ff.).

Umgekehrt rechtfertigen Lärmimmissionen eine Verlängerung der Sperrzeit, wenn von der Gaststätte schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne der §§ 3, 22 Bundesimmissionsschutzgesetz ausgehen (VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12; VGH Bayern, Urteil v. 10.08.2011 - 22 N 10.1867). Die Erheblichkeit von Immissionen wird nach dem Maßstab der Zumutbarkeit bestimmt und orientiert sich am Empfinden eines verständigen Durchschnittsmenschen, nicht eines besonders empfindlichen Dritten. Zu berücksichtigen ist dabei nicht nur der Lärm aus der Gaststätte, sondern auch sonstiger, der Gaststätte zurechenbarer Lärm, der z. B. von Gästen auf dem Weg von oder zur Schankwirtschaft hervorgerufen wird (BVerwG, Urteil v. 07.05.1996 - 1 C 10/95; BVerwG, Beschluss v. 09.04.2003 - 6 B 12/03; VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12; VGH Bayern, Beschluss v. 25.01.2010 - 22 NE 09.2019). Die Beurteilung der Zumutbarkeit von Geräuschen hat nach der Lärmart und -intensität zu erfolgen, die nach dem einschlägigen Regelwerk

der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) ermittelt werden kann, aber auch die Situation in Rechnung zu stellen hat, in der sich Lärmquelle und Immissionsort befinden (BVerwG, Beschluss v. 18.05.2009 - 8 B 13/09; VGH Bayern, Beschluss v. 25.01.2010 - 22 NE 09.2019; VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12).

Daneben können Verunreinigungen von öffentlichen Verkehrsflächen und privaten Grundstückszufahrten besondere örtliche Verhältnisse begründen und damit eine Verlängerung der Sperrzeit rechtfertigen. Gleiches gilt für sonstige Sicherheitsbeeinträchtigungen wie z. B. die häufige Begehung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten (VGH Bayern, Urteil v. 10.08.2011 - 22 N 10.1867). Ein öffentliches Bedürfnis für eine Sperrzeitverlängerung besteht, wenn andernfalls die Schutzgüter des § 5 Absatz 1 GastG gefährdet sind, beispielsweise weil Unzuträglichkeiten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Form von Schlägereien und sonstigen Streitigkeiten drohen (*Michel/Kienzle/Pauly*, a. a. O., § 18 Rn.19).

Bereits das geltende Recht eröffnet den Gemeinden mithin die Möglichkeit, örtlichen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Wollen sie erheblichen Belästigungen, die von einer Vielzahl von Gaststätten ausgehen, einen Riegel vorschieben, können sie die Sperrzeit im Wege der Rechtsverordnung verlängern. Gibt es umgekehrt einen gestiegenen Bedarf, Leistungen der Gaststätten auch während der Sperrzeit in Anspruch zu nehmen, können die Gemeinden die Sperrzeit verkürzen.

3. Probleme in der Praxis

In der Praxis bereitet die Verlängerung von Sperrzeiten im Wege der Rechtsverordnung nach § 11 GastVO den Gemeinden bisweilen Probleme. So nehmen Kommunen mitunter Beschwerden einzelner Bürger über die Lärmbelästigung durch einzelne Gaststätten zum Anlass, die Sperrzeit für das gesamte Gemeindegebiet zu verlängern. Den Anforderungen der - durch die Rechtsprechung konkretisierten - GastVO werden sie damit nicht gerecht. Denn wenn eine Sperrzeitverlängerung für einen bestimmten räumlichen Bereich vorgenommen werden soll, müssen die Voraussetzungen auch im gesamten Geltungsbereich vorliegen (VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12; VGH Bayern, Urteil v. 10.08.2011 - 22 N 10.1867).

Das bedeutet zweierlei: Zum einen dürfen die Belästigungen nicht nur von einzelnen Betrieben ausgehen. Denn sonst muss - aus Gründen der Verhältnismäßigkeit - der Weg der Versagung oder des Widerrufs der Gaststättenerlaubnis (§ 1 LGastG iVm. § 4 GastG), der gaststättenrechtlichen Auflage (§ 1 LGastG iVm. § 5 GastG) oder der

Einzelfallanordnung (§ 12 GastVO) beschränkt werden (VGH Bayern, Urteil v. 17.06.2008 - 22 N 06.3069; VGH Bayern, Beschluss v. 25.01.2010 - 22 NE 09.2019). Zum anderen hat der Verordnungsgeber, wenn er in Form einer allgemeinen Sperrzeitverlängerung in die grundgesetzlich geschützte Berufsausübungsfreiheit (Artikel 12 Absatz 1 GG) und das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb (Artikel 14 Absatz 1 GG) eingreifen will, belastbare Feststellungen zu treffen und die Gesamtlärmsituation zu würdigen. Dies wird in der Regel Lärmmessungen und Immissionsprognosen in Form von Sachverständigengutachten nötig machen, ausnahmsweise können auch systematisch ausgewertete behördliche und polizeiliche Feststellungen genügen; bloße subjektive Beurteilungen durch Anwohner genügen jedenfalls nicht (VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12; VGH Bayern, Beschluss v. 25.01.2010 - 22 NE 09.2019; *Andreas Dietz*, Nachtschwärmer gegen Nachtschläfer - Sperrzeitverlängerungen im Spiegel der jüngeren Rechtsprechung, GewArch 2013, 351 [355]; *Michel/Kienzle/Pauly*, a. a. O., § 18 Rn. 21).

4. Lösungsvorschlag Bürgermeister Brütting: Neue Ermächtigungsgrundlage für kommunales Handeln

Vor diesem Hintergrund wird der Vorschlag gemacht, die Ermächtigungsgrundlage für das kommunale Handeln neu zu fassen, und zwar in Gestalt einer neuen, wie folgt zu formulierenden Norm des LGastG:

„Für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten kann durch Rechtsverordnung der Landesregierung eine Sperrzeit allgemein festgesetzt werden. Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung die Ermächtigung auf die Gemeinden übertragen.“

§ 9 GastVO erhielte sodann folgende Fassung:

„Die Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten beginnt um 2 Uhr und endet um 6 Uhr. Die Sperrzeit kann durch Rechtsverordnung der Gemeinden verkürzt oder aufgehoben werden“ (Vorschlag von Bürgermeister Frederick Brütting v. 17.08.2013).

Auf diese Weise werde den Gemeinden freie Hand gegeben. Sie könnten vor Ort entscheiden, welche Regelung den örtlichen Verhältnissen am besten gerecht werde, ohne den (allzu) strengen Anforderungen der bisherigen Rechtsprechung genügen zu müssen.

Dem sind vor allem zwei Einwände entgegenzuhalten: Erstens dürfte die vorgeschlagene Verordnungsermächtigung in Form der neuen Norm des LGastG zu unbestimmt sein. Jede gesetzliche Verordnungsermächtigung muss Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung bestimmen (Artikel 80 Absatz 1 Satz 2 GG, Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Verfassung des Landes Baden-Württemberg; Artikel 12 Absatz 1 Satz 2 GG stellt insoweit keine höheren Anforderungen, vgl. BVerwG, Beschluss v. 15.12.1994 - 1 B 190/94). Anders gesagt: Das zukünftige untergesetzliche Regelungsprogramm muss sich bereits dem förmlichen Gesetz entnehmen lassen. Der Bürger muss erkennen können, in welchen Fällen und mit welcher Tendenz von der Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung Gebrauch gemacht werden wird (vgl. nur *Hans D. Jarass / Bodo Pieroth*, GG, 10. Aufl. 2009, Artikel 80 Rn. 11 m.w.N.). Welche Bestimmtheitsanforderungen im Einzelnen erfüllt sein müssen, ist von den Besonderheiten des jeweiligen Regelungsgegenstandes sowie der Intensität der Maßnahme abhängig. Die Bestimmtheit der Ermächtigungsnorm muss vor allem der Grundrechtsrelevanz der delegierten Rechtssetzung entsprechen. D. h., je stärker eine Regelung in die Rechtsstellung des Betroffenen eingreift, desto höhere Anforderungen sind an den Bestimmtheitsgrad der Ermächtigung zu stellen (BVerfG, Beschluss v. 20.10.1981 - 1 BvR 640/80 - E 58, 257 [277 f.]; BVerfG, Beschluss v. 18.07.2005 - 2 BvF 2/01 - E 113, 167 [269]).

Im vorliegenden Fall muss das Grundrecht der Anwohner auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG iVm. Artikel 2 Absatz 1 LVerf), das auch den Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen umfasst, in einen angemessenen Ausgleich mit der Berufsfreiheit des Gastwirts und seinem Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb gebracht werden (Artikel 12 Absatz 1 GG und Artikel 14 Absatz 1 GG, jeweils iVm. Artikel 2 Absatz 1 LVerf). An die Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung sind deshalb gesteigerte Anforderungen zu stellen. Diesen Anforderungen wird die vorgeschlagene Ermächtigungsnorm nicht gerecht. Denn dem Ordnungsgeber wird keine Richtschnur an die Hand gegeben, an der er seine Tätigkeit ausrichten könnte. Der Landesgesetzgeber würde sich vom bisherigen, durch Sinnzusammenhang und Entstehungsgeschichte geprägten bundesrechtlichen Regelungsprogramm lösen (nämlich eine allgemeine landeseinheitliche Sperrzeit festzulegen und Ausnahmen bei öffentlichem Bedürfnis oder besonderen örtlichen Verhältnissen zuzulassen), ohne an seine Stelle ein ähnlich vorhersehbares System zu setzen.

Zweitens dürfte eine so weitgehende Ermächtigung - selbst wenn sie verfassungsrechtlich zulässig wäre - ohnehin nicht geeignet sein, die Probleme der Gemeinden in der Praxis zu lösen. Denn sobald landesweit eine allgemeine Sperrzeit festgesetzt

wird, sind Abweichungen davon rechtfertigungsbedürftig (*Metzner*, a. a. O., § 18 Rn. 17 spricht sogar davon, Abweichungen seien grundsätzlich „sozialwidrig“). Da die allgemeine Sperrzeit dem durchschnittlichen Gefahrenpotenzial Rechnung trägt, sind Verlängerungen der Sperrzeit durch Rechtsverordnung der Gemeinde nur zulässig, wenn im fraglichen Gemeindegebiet ein gegenüber dem Landesdurchschnitt erhöhtes lokales Gefahrenpotenzial vorhanden ist (VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 11.09.2012 - 6 S 947/12; VGH Hessen, Beschluss v. 12.03.2012 - 8 B 2473/11.N; BVerwG, Urteil v. 23.09.1976 - I C 7.75 - verlangt das Vorliegen eines atypischen Falles, der bei Festsetzung der allgemeinen Sperrzeit nicht voraussehbar war oder durch diese Regelung nicht sachgerecht geordnet ist). Stets bedarf es einer Abwägung der widerstreitenden Grundrechtspositionen.

Will eine Gemeinde diesen Anforderungen gerecht werden und z. B. schädliche Umwelteinwirkungen in Form von erheblichen Lärmbelästigungen bekämpfen, wird sie auch nach einer Neufassung der Ermächtigungsgrundlage nicht umhin kommen, die Gesamtlärmsituation umfassend zu würdigen. Dies wird in der Regel ein Lärmgutachten oder sonstige systematische Feststellungen zur Lage vor Ort nötig machen. Andernfalls setzt sie sich dem Vorwurf aus, die Berufsausübungsfreiheit der Gastwirte einzuschränken, ohne hinreichenden Anhaltspunkte für ein besonderes örtliches Gefahrenpotenzial dargetan zu haben. Auch wird die Gemeinde den räumlichen und sachlichen Zuschnitt ihrer Verordnung rechtfertigen und insbesondere erklären müssen, warum sie zur Verordnung greift, statt mit den - milderen - Mitteln des Gaststättenrechts einzelne störende Betriebe zu disziplinieren.

Der Vorschlag einer Neufassung der Ermächtigungsgrundlage lässt daher für die Gemeinden keine echten Verbesserungen erwarten.

5. Alternative Lösungsvorschläge

Näher liegt eine andere Lösung, nämlich im Wege einer Verordnung der Landesregierung die Sperrzeit erneut in Form einer Sperrzeitverlängerung für das gesamte Landesgebiet auszudehnen. Auch dies würde freilich - nicht anders als kommunales Handeln - einen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit der Gastwirte bedeuten. Der Eingriff könnte von den Gastwirten auf dem Verwaltungsrechtsweg überprüft werden, namentlich im Wege der Normenkontrolle (§ 47 Absatz 1 Nr. 2 VwGO, § 4 AGVwGO). Rechtfertigen ließe er sich nur, wenn er dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung diene, insbesondere dem Schutz der Nachtruhe, der Volksgesundheit, der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs und der übermäßigen Ausnutzung des Spieltriebs, dem Arbeitsschutz oder einem der sonstigen in § 5 GastG genannten Schutzgüter (BVerwG, Urteil v. 23.09.1976 - I C 7.75; *Michel/Kienzle/Pauly*, a. a. O.,

§ 18 Rn. 7; unmittelbar einschlägige Rechtsprechung zu den materiell-rechtlichen Voraussetzungen einer landesweit einheitlichen allgemeinen Sperrzeitfestsetzung durch Verordnung der Landesregierung gibt es - soweit ersichtlich - noch nicht).

Gestützt werden könnte eine solche Verordnung demnach zum einen auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu den (wünschenswerten) Wirkungen, die eine zeitliche Beschränkung der Verfügbarkeit alkoholischer Getränke regelmäßig hat. Zum anderen dürfte sich eine Umfrage beispielsweise bei Polizei- und Ordnungsbehörden empfehlen, um typische Gefahrensituationen zu ermitteln und um zu klären, welche Wirkungen Sperrzeitverkürzungen in der Vergangenheit hatten und mit welchen Folgen bei einer Verlängerung der Sperrzeit in Zukunft typischerweise zu rechnen ist (zur Zulässigkeit des Abstellens auf generelle Erwägungen zu typischen Beeinträchtigungen vgl. *Michel/Kienzle/Pauly*, a. a. O., § 18 Rn. 25).

Das Ergebnis dieser Vorgehensweise lässt sich - gerade mit Blick auf die Erfahrungen der örtlichen Behörden - nicht präzise vorhersagen. In Anbetracht häufiger Fälle des Alkoholmissbrauchs und des gesteigerten Ruhebedürfnisses einer zunehmend älteren Bevölkerung erscheint es aber nicht von vornherein ausgeschlossen, dass es gute Gründe für eine landesweite Verlängerung der Sperrzeit geben könnte - zumal den Gemeinden weiterhin die Möglichkeit offen stünde, die Sperrzeit um örtlicher Besonderheiten oder eines öffentlichen Bedürfnisses willen zu verkürzen. Aus Sicht der Gemeinden hätte dies unter anderem den Vorteil, dass nicht sie selbst die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Sperrzeit beweisen müssten, sondern dass den Inhabern der Gaststätten die Beweislast für eine Verkürzung der Sperrzeiten obläge (vgl. allgemein zur Beweislast *Michel/Kienzle/Pauly*, a. a. O., § 18 Rn. 14). Damit könnte der Verwaltungsaufwand für Einzelfallentscheidungen reduziert und über Gebühren und Auslagen zumindest teilweise auf die begünstigten Betriebe abgewälzt werden. D. h., anders als bei heutigen Sperrzeitverlängerungen ginge er nicht zu Lasten der öffentlichen Hand und somit des Steuerzahlers (*Dietz*, a. a. O., S. 292 ff. [293]). Vor Erlass einer neuen landeseinheitlichen Regelung müsste allerdings eine hinreichende Datenbasis geschaffen werden. Ob dies gelingen wird, ist offen.

Sollte sich der Weg über eine allgemeine Verlängerung der Sperrzeit aus diesen Gründen als nicht gangbar erweisen, wäre zu erwägen, den Gemeinden die Ausübung ihrer Kompetenz zur Sperrzeitregulierung mittels Rechtsverordnung (§ 11 GastVO) zu erleichtern. Dies könnte beispielsweise in Form einer Handreichung zur Normsetzung nach § 11 GastVO geschehen. Sie zu erstellen wäre in erster Linie Sache der kommunalen Landesverbände. Die Ministerialverwaltung könnte sie dabei unterstützen.

In solch einer Handreichung sollte insbesondere dargelegt werden, welches Verfahren zu wählen ist und welche Tatsachen zu ermitteln sind, wenn Sperrzeiten aus bestimmten Gründen (wie etwa jenem der Lärmbelästigung) durch Rechtsverordnung der Gemeinde allgemein verlängert werden sollen. Da die Rechtslage in vielen anderen Bundesländern derjenigen in Baden-Württemberg ähnelt, müssten die Gemeinden in den anderen Bundesländern die gleichen Probleme haben wie die baden-württembergischen Kommunen. In diesem Fall könnte es sich anbieten, die kommunalen Bundesverbände mit dem Thema der Sperrzeitverlängerung durch gemeindliche Rechtsverordnung zu befassen.

IV. Gesamtergebnis

1. Eine Regelung, die es den Ortspolizeibehörden ermöglicht, den Alkoholkonsum an örtlichen Problemlagen zu untersagen, könnte neben präventiven Konzepten ein wichtiger Baustein sein, um alkoholbedingten Straftaten an besonders belasteten Örtlichkeiten wirksamer zu begegnen.

2. Eine Ergänzung des Polizeigesetzes, mit der die Ortspolizeibehörden in die Lage versetzt werden, Aufenthalts- oder Betretungsverbote an „örtlichen Problemlagen“ zu erlassen, begegnet hingegen nicht unerheblichen rechtlichen Bedenken. So hat die verfassungsrechtliche Prüfung ergeben, dass Ordnungswidrigkeiten keine ausreichende Grundlage für eine entsprechende Verbotsregelung darstellen. Für eine dem Kriminalvorbehalt des Artikels 11 Absatz 2 GG genügende Regelung müsste zwingend an die Begehung von Straftaten angeknüpft werden. Darüber hinaus ist die Dauer eines entsprechenden Verbotes im Einzelfall nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit unter Berücksichtigung des damit verbundenen Eingriffs festzusetzen. Ob Verbote mit einer Dauer von einem Jahr überhaupt wirksam verhängt werden könnten, ist fraglich und hängt von den konkreten Umständen im Einzelfall ab. Darüber hinaus zeigt die Bewertung aus polizeifachlicher Sicht erhebliche Probleme bei der praktischen Umsetzung der vorgeschlagenen Regelung auf.

3. Eine Änderung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten in der Gaststättenverordnung mit dem Ziel, die Zeiten nächtlicher Betriebsruhe wieder maßvoll auszuweiten, könnte grundsätzlich in Erwägung gezogen werden. Sollte dies nicht möglich sein, könnte - unter Federführung der kommunalen Landesverbände - eine Handreichung zum Erlass kommunaler Sperrzeitverordnungen erarbeitet werden.



„Lebenswerter öffentlicher Raum“ – Eine Befragung von Bürgerinnen und Bürgern in Heidelberg und Ravensburg

Thomas Görgen & Sarah Fisch

Deutsche Hochschule der Polizei (Münster)

Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangspunkte und Ziele der Untersuchung	5
2. Methodischer Ansatz.....	6
3. Befragungsdurchführung.....	9
4. Stichprobe	10
4.1. Beschreibung der Teilstichprobe Heidelberg	10
4.2. Beschreibung der Teilstichprobe Ravensburg	10
4.3. Abgleich von Stichproben- und Bevölkerungsmerkmalen	11
4.3.1. Abgleich der Daten des Einwohnermeldeamtes Heidelberg mit der Heidelberger Teilstichprobe	11
4.3.2. Abgleich der Daten des Einwohnermeldeamtes aus Ravensburg mit der Ravensburger Teilstichprobe	12
5. Befragungsergebnisse	14
5.1. Beurteilung und Wahrnehmung der Stadtteile durch die Bewohnerschaft	14
5.2. Subjektive Sicherheit und erlebte Unsicherheit im Stadtteil	17
5.3. Viktimisierungserfahrungen im öffentlichen Raum im Stadtteil.....	20
5.4. Wahrnehmung von Problemen im Stadtteil	22
5.5. Sicherheits- und Vermeideverhalten.....	28
5.6. Wahrgenommener Handlungsbedarf	30
5.7. Wahrgenommene Zuständigkeiten für zu ergreifende Maßnahmen	34
6. Zusammenfassung und Diskussion.....	36
Literatur.....	40
Anhang I: Befragungsinstrument Bevölkerungsbefragung	42
Anhang II: Tabellen und Abbildungen	60

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kartenausschnitt Befragungsgebiet Heidelberg	7
Abbildung 2: Kartenausschnitt Befragungsgebiet Ravensburg	7
Abbildung 3: Altersstruktur der Bevölkerung ab 16 Jahren und der Befragungsteilnehmerinnen und - teilnehmer, Heidelberg	12
Abbildung 4: Altersstruktur der Bevölkerung ab 16 Jahren und der Befragungsteilnehmerinnen und - teilnehmer, Ravensburg	13
Abbildung 5: Heidelberg: Stadtteilbewertung nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = sehr schlecht bis 5 = sehr gut; $957 \leq n \leq 1004$)	14
Abbildung 6: Ravensburg: Stadtteilbewertung nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = sehr schlecht bis 5 = sehr gut; $983 \leq n \leq 1047$)	15
Abbildung 7: Heidelberg: subjektives Sicherheitsempfinden im Stadtteil und im unmittelbaren Wohnumfeld nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = gar nicht sicher bis 5 = sehr sicher; $1956 \leq n \leq 2001$)	17
Abbildung 8: Ravensburg: subjektives Sicherheitsempfinden im Stadtteil und im unmittelbaren Wohnumfeld nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = gar nicht sicher bis 5 = sehr sicher; $1956 \leq n \leq 2001$)	18
Abbildung 9: Beurteilung der Aussage, dass Alkoholkonsum im öffentlichen Raum „Probleme für den Stadtteil schafft“, nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“, $n = 2042$)	22
Abbildung 10: Heidelberg: Wahrnehmung von Problemen im Stadtteil; Mittelwerte (Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“, $975 \leq n \leq 1005$)	24
Abbildung 11: Ravensburg: Wahrnehmung von Problemen im Stadtteil; Mittelwerte (Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“, $994 \leq n \leq 1043$)	25
Abbildung 12: Heidelberg: Häufigkeit berichteten Sicherheits- und Vermeidungsverhaltens nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = „nie“ bis 5 = „sehr oft“, $943 \leq n \leq 986$)	28
Abbildung 13: Ravensburg: Häufigkeit berichteten Sicherheits- und Vermeidungsverhaltens; Mittelwerte (Skala von 0 = nie bis 5 = sehr oft; $991 \leq n \leq 1018$)	29
Abbildung 14: Heidelberg: wahrgenommene Zuständigkeit für die Einleitung bzw. Umsetzung von Maßnahmen nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = überhaupt nicht bis 5 = voll und ganz; $825 \leq n \leq 966$)	34
Abbildung 15: Ravensburg: wahrgenommene Zuständigkeit für die Einleitung bzw. Umsetzung von Maßnahmen nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = überhaupt nicht bis 5 = voll und ganz; $852 \leq n \leq 983$)	35
Abbildung 16: Zustimmung zur Aussage, dass „Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw. sind hier nicht gemeint) Probleme für den Stadtteil schafft“ nach Stadt und Geschlecht; Mittelwerte (Skala von 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“, $n = 2042$)	60
Abbildung 17: Heidelberg: Problemwahrnehmungen nach Geschlecht und Alter; Mittelwerte (Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“, $978 \leq n \leq 1005$)	61
Abbildung 18: Ravensburg: Problemwahrnehmungen nach Geschlecht und Alter; Mittelwerte (Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“, $994 \leq n \leq 1043$)	61
Abbildung 19: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 1)	62

Abbildung 20: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 2)	62
Abbildung 21: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 1)	63
Abbildung 22: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 2)	63
Abbildung 23: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 1)	64
Abbildung 24: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 2)	64
Abbildung 25: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 1)	65
Abbildung 26: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 2)	65

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Altersstruktur der Befragten in Heidelberg (n= 1049).....	10
Tabelle 2: Altersstruktur der Befragten in Ravensburg (n= 1088)	11
Tabelle 3: 12-Monats-Prävalenz von Viktimisierungserfahrungen im öffentlichen Raum im Stadtteil und wahrgenommene Alkoholbeteiligung bei Täterinnen und Tätern; Angaben in %	20
Tabelle 4: 12-Monats-Prävalenz indirekter Viktimisierungserfahrungen (Augenzeugenschaft) im öffentlichen Raum im Stadtteil und wahrgenommene Alkoholbeteiligung bei Täterinnen und Tätern; Angaben in %.....	21
Tabelle 5: Rangreihen wahrgenommener Probleme nach Stadt; Mittelwerte (Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“)	23
Tabelle 6: Rangreihe erlebter Beeinträchtigungen der Lebensqualität im Stadtteil; Mittelwerte (Skala von 0 = „gar nicht“ bis 5 = „sehr stark“, $947 \leq n \leq 1037$)	27
Tabelle 7: Heidelberg: von Befragten wahrgenommener Handlungsbedarf (% Befürwortung)	30
Tabelle 8: Ravensburg: von Befragten wahrgenommener Handlungsbedarf (% Befürwortung)	32

1. Ausgangspunkte und Ziele der Untersuchung

Der vorliegende Bericht stellt Durchführung und Ergebnisse zweier Bevölkerungsbefragungen in den baden-württembergischen Städten Heidelberg und Ravensburg dar. Hervorgegangen sind die Befragungen und der Bericht aus der Tätigkeit der unter Leitung des Innenministeriums Baden-Württemberg eingerichteten Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“. Zu den Zielen der Arbeitsgruppe gehörte es, unter Berücksichtigung des wissenschaftlichen Forschungsstandes erfolgversprechende präventive und repressive Ansätze zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum zu identifizieren. Diese sollten in einem Maßnahmenpaket zusammengefasst, umgesetzt und nach einem definierten Zeitraum auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurden in einem ersten Schritt u.a. vor dem Hintergrund polizeilicher Erkenntnisse und Wahrnehmungen lokale so genannte „alkoholbedingte Problemlagen“ identifiziert, d.h. Zonen des öffentlichen Raumes, in denen es vor dem Hintergrund von Alkoholkonsum vermehrt und wiederholt zu Straftaten und Ordnungswidrigkeiten kommt.

Solche Problemlagen wurden u.a. auch in Teilen der Altstädte von Heidelberg und Ravensburg gesehen. Dabei wurden die lokalen Probleme und damit auch die Zielgruppen möglicher Maßnahmen zwischen den beiden Städten als durchaus unterschiedlich wahrgenommen. Während die Heidelberger Altstadt vor allem durch eine Party- und Eventszene geprägt wird, richtet sich das Augenmerk in Ravensburg darüber hinaus u.a. auch auf örtliche Trinkertreffs, Jugendliche oder Klienten einer Substitutionspraxis.

Die Sichtweisen der in solchen „Problemlagen“ ansässigen Wohnbevölkerung sind bislang nicht systematisch erhoben worden. Diese Lücke schließt die hier dargestellte Befragung. Es wurde der Versuch unternommen, die gesamte Bevölkerung ab 16 Jahren in die Befragung einzubeziehen; dies ist – wie die nachfolgende Darstellung zeigt – insbesondere unter Berücksichtigung der üblicherweise eher geringe Teilnahmequoten erbringenden Form der schriftlich-postalischen Befragung in erfreulich hohem Maße gelungen.

Die Befragung konzentriert sich auf die Wahrnehmung des Stadtteils und dort bestehender Probleme durch die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Erfahrungen mit lokalen Problemlagen, die in Zusammenhang mit Alkoholkonsum stehen können, ihre subjektive Sicherheit und ihr individuelles Sicherheitsverhalten, ihre Erfahrungen als Opfer von Straftaten und als von Ordnungsstörungen Betroffene sowie auf die von ihnen wahrgenommenen Handlungsbedarfe und Zuständigkeiten.

Die Bevölkerungsbefragungen in Ravensburg und Heidelberg zielten darauf ab, die Perspektive derjenigen, die als Anwohner mutmaßlich unmittelbar und fortgesetzt von etwaigen mit Alkoholkonsum in Verbindung stehenden Problemlagen betroffen sind, in systematischer Weise und mittels eines standardisierten Instruments einzubeziehen.

2. Methodischer Ansatz

Die Befragungen in den beiden Städten wurden als standardisierte schriftliche Befragungen angelegt, für die ein eigens auf die Zwecke der Untersuchung ausgerichtetes Instrument konzipiert wurde. Einbezogen in die Befragungen wurde die gesamte Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, so dass es sich vom Ansatz her um den Versuch zweier lokal fokussierter Vollerhebungen handelt.

Wesentliche Inhalte des Befragungsinstruments sind die folgenden:

- Wahrnehmung des Stadtteils und dort bestehender lokaler Problemlagen durch die Bewohnerinnen und Bewohner;
- Viktimisierungserfahrungen im öffentlichen Raum im Stadtteil;
- subjektive Sicherheit im Stadtteil;
- individuelles Bewältigungs- und Sicherheitsverhalten;
- wahrgenommener lokaler Handlungsbedarf sowie
- wahrgenommene Verantwortlichkeiten für einzuleitende Maßnahmen.

Darüber hinaus wurden selbstverständlich einige grundlegende demografische Daten erhoben. Das Befragungsinstrument ist vollständig im Anhang I wiedergegeben. Der Fragebogen trägt das Logo der Deutschen Hochschule der Polizei und den Titel *„Lebenswerter öffentlicher Raum“ – eine Befragung von Anwohnerinnen und Anwohnern der Heidelberger Altstadt* (bzw. entsprechend angepasst für Ravensburg).

Befragt wurden die Bewohnerinnen und Bewohner der in den Abbildungen 1 und 2 dargestellten Innenstadtbereiche der Städte Heidelberg und Ravensburg. In Heidelberg handelt es sich um ein Areal, das sich zwischen Neckar und dem Hang des Königstuhls unterhalb des Schlosses erstreckt und als zentrale Punkte den Marktplatz und die Heiliggeistkirche, den Universitätsplatz sowie einen Großteil der Hauptstraße, Heidelbergs Fußgängerzone, einschließt. Dieser Bereich der Altstadt ist geprägt durch kleine Gassen, die zu großen Teilen für den motorisierten Verkehr gesperrt sind. Das Stadtbild wird geprägt durch Altbauten, die von Handel und Gastronomie sowie als Wohnraum genutzt werden.



Abbildung 1: Kartenausschnitt Befragungsgebiet Heidelberg

Die Ravensburger Altstadt und somit das Areal, in welchem die Anwohnerbefragung durchgeführt wurde, ist gekennzeichnet durch diverse historische Bauten und Türme, die einen Teil des Befragungsgebietes eingrenzen (u. a. den gemalten Turm, das Untertor, den grünen Turm sowie das Frauentor). Das Gebiet erstreckt sich oberhalb des Marienplatzes, welcher als Zentrum der Ravensburger Innenstadt sowie des Museumszentrums bezeichnet wird. Auch in Ravensburg ist dieses Gebiet im Wesentlichen gekennzeichnet durch Altbauten, in denen neben dem Einzelhandel auch Gastronomie-Betriebe angesiedelt sind, und durch Wohnhäuser.

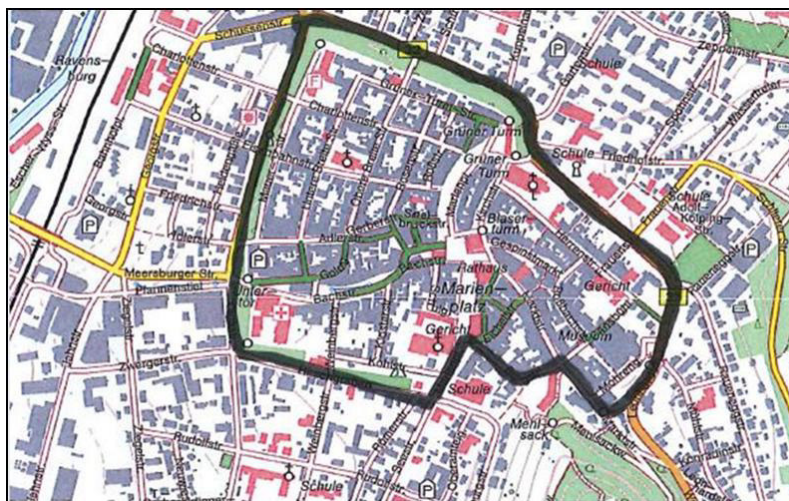


Abbildung 2: Kartenausschnitt Befragungsgebiet Ravensburg

Die Grundlage für diese Befragung bildeten Angaben der jeweiligen Einwohnermeldeämter zu den in den beschriebenen Arealen gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohnern. Die so identifizierte Zielpopulation ab dem vollendeten 16. Lebensjahr umfasste zunächst insgesamt 5256 Personen. Dabei handelt es sich bei 2443 Personen um Ravensburger Einwohnerinnen und Einwohner, 1150 von ihnen männlich und 1293 von ihnen weiblich, und bei 2813 Personen um Bewohnerinnen und Bewohner Heidelbergs, davon 1432 Männer und 1381 Frauen.

Die Befragung wurde im Wesentlichen postalisch durchgeführt. Den Befragten wurde alternativ auch die – in der Praxis allerdings nur wenig genutzte – Möglichkeit geboten, anstelle des Ausfüllens der Papierversion online über eine Befragungsplattform teilzunehmen (zu unterschiedlichen Befragungsmodalitäten bei Bevölkerungsbefragungen vgl. u.a. Sinclair, O’Toole, Malawaraarachchi & Leder, 2012).

Die oftmals geringen Teilnahmequoten bei Bevölkerungsbefragungen stellen seit langem in den meisten westlichen Ländern ein bedeutsames und in seinem Ausmaß tendenziell zunehmendes Problem dar (vgl. z.B. de Leeuw & de Heer, 2002), das im Hinblick auf seine Implikationen für die Güte der Befragungsergebnisse vielfach diskutiert wird (vgl. u.a. Blasius & Reuband, 1996; Groves, 2004; 2006; Groves, Cialdini & Couper, 1992; Groves & Couper, 1998; Groves & Peytcheva, 2008). Im vorliegenden Fall kam inhaltlich nur eine Befragung der Allgemeinbevölkerung in Frage; methodisch gab es vor allem unter Ressourcengesichtspunkten keine praktikable Alternative zu einer primär postalischen Durchführung. Wie die weiteren Ausführungen zeigen, konnte die Zielgruppe in einem unter den gegebenen Bedingungen erfreulich hohen Maße erreicht werden.

3. Befragungsdurchführung

Die Befragung wurde zwischen Anfang September und Mitte Oktober 2013 durchgeführt. Der Versand erfolgte durch das Innenministerium Baden-Württemberg, wobei die Rücksendungen – ein Rückumschlag mit dem Hinweis „Entgelt zahlt Empfänger“ lag dem Fragebogen bei – direkt an die Deutsche Hochschule der Polizei adressiert waren. Nach 14 Tagen wurde durch das Innenministerium an alle Adressaten eine Erinnerungspostkarte versandt.

Beide Städte versandten als rücklauffördernde Maßnahme zusammen mit den Fragebögen ein Incentive in Form eines Schlüsselanhängers, in welchen eine Taschenlampe und ein Chip für einen Einkaufswagen integriert waren. Darüber hinaus wurde in beiden Städten ein Anschreiben der jeweiligen Oberbürgermeister beigefügt, in dem neben der Projektgenese auch die -durchführung beschrieben wurde sowie persönlich an die Bewohnerinnen und Bewohner appelliert wurde, an der Befragung teilzunehmen. In Ravensburg wurde in diesem Anschreiben zusätzlich auf ein dort mit der Befragung verknüpftes Gewinnspiel hingewiesen. Mit dem Versenden einer Antwortpostkarte konnten die befragten Bewohnerinnen und Bewohner von Ravensburg an einem Gewinnspiel teilnehmen und hatten dabei die Chance, einige elektronische Geräte zu gewinnen.

Insgesamt wurden bei der Durchführung der Befragung Elemente der *Tailored Design Method* zur Steigerung des Rücklaufs eingesetzt (vgl. Dillman, 2000; Dillman, Smyth & Christian, 2009); dazu gehören u.a. personalisierte Anschreiben, der Einsatz von Vorab-Incentives und Erinnerungspostkarten.

Insgesamt erwiesen sich 463 Sendungen (338 in Heidelberg und 125 in Ravensburg) als nicht zustellbar. Die Vermutung liegt nahe, dass der deutlich höhere Anteil in Heidelberg auch mit dem großen studentischen Bevölkerungssegment und dessen Mobilität und Meldeverhalten zusammenhängt. Die Größe der angeschriebenen Zielpopulation wurde entsprechend auf 4793 Personen korrigiert. Da die Befragung anonym erfolgte, sind die exakten demografischen Daten dieser korrigierten Zielpopulation nicht zu ermitteln; vielmehr müssen Abschätzungen der Güte der Ausschöpfung auf der Basis der Daten des Einwohnermeldeamtes erfolgen.

Insgesamt wurden 2137 ausgefüllte Fragebögen zurückgeschickt, was einer Gesamt-Ausschöpfungsquote von 44,6 % entspricht; davon wurden lediglich 184 Fragebögen online beantwortet.

Zusätzlich zu den 2137 ausgefüllten Fragebögen wurden zehn Fragebögen zwar ausgefüllt zurückgesendet, konnten jedoch aufgrund der durch die Befragten entfernten Deckblätter keiner der beiden Städte zugeordnet werden. In wenigen Einzelfällen gingen zudem weitere Bögen ein, die – wie aus beigefügten Briefen hervorging – von Personen ausgefüllt worden waren, die außerhalb der eingegrenzten Befragungsareale wohnten; sie wurden ebenfalls von den Auswertungen ausgeschlossen.

4. Stichprobe

4.1. Beschreibung der Teilstichprobe Heidelberg

Aus Heidelberg wurden insgesamt 1049 ausgefüllte Fragebögen zurückgeschickt, was einer Ausschöpfungsquote von 42,4 % entspricht. 112 Befragte übersandten den Fragebogen online. 51,2 % der Befragten sind weiblich, 48,8 % männlich. Das durchschnittliche Alter der Befragten beträgt 44,6 Jahre, wobei sich die Befragten wie in Tabelle 1 dargestellt auf die Alterskategorien verteilen.

Tabelle 1: Altersstruktur der Befragten in Heidelberg (n= 1049)

Altersgruppe	%
Bis 25 Jahre	17,1
26 bis 45 Jahre	36,0
46 bis 65 Jahre	31,7
Ab 66 Jahre	15,2

Bei mehr als einem Drittel der Befragten handelt es sich um Anwohnerinnen und Anwohner Heidelbergs zwischen 26 und 45 Jahren; ein knappes Drittel ist zwischen 46 und 65 Jahre alt. Die Befragten bis 25 Jahre sowie diejenigen über 65 Jahre bilden das verbleibende Drittel der Heidelberger Stichprobe.

56 % der Befragten in Heidelberg geben an, in Voll- oder Teilzeit berufstätig zu sein. Bei 19,5 % der Befragten handelt es sich um Studierende und bei 18,2 % um (Früh-) Rentner/ -innen, Pensionäre bzw. Pensionärinnen oder um Selbstständige im Ruhestand. 37,5 % der befragten Heidelberger Anwohnerinnen und Anwohner sind verheiratet oder leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Gut ein Viertel der Heidelberger Befragten (26,7 %) lebt in Eigentumswohnungen oder in einem eigenen Haus. Ein knappes Drittel der Befragten (29,9 %) lebt allein. In Heidelberg geben 73,6 % der Befragten an, dass keine Person unter 18 Jahren in ihrem Haushalt lebt, wobei 11,7 % der Befragten zu dieser Frage keine Angaben machten. 82,7 % der Befragten geben ihren Bildungsabschluss mit (Fach-) Abitur und höher an.

4.2. Beschreibung der Teilstichprobe Ravensburg

Aus Ravensburg wurden 1088 Fragebögen beantwortet zurückgeschickt, was einer Ausschöpfungsquote von 46,9 % entspricht. 72 Fragebögen wurden online versandt.

56,2 % der Befragten in Ravensburg sind Frauen; die Befragten sind im Mittel 47 Jahre alt und damit rund zweieinhalb Jahre älter als in Heidelberg. Lediglich 10,4 % der Ravensburger Befragten sind in der Altersgruppe bis 25 Jahre; 41,1 % sind zwischen 26 und 45 Jahre alt, 29,9 % zwischen 46 und 65 Jahre alt und 18,6 % der Ravensburger Befragten geben ihr Alter mit 66 Jahren und älter an.

Tabelle 2: Altersstruktur der Befragten in Ravensburg (n= 1088)

Altersgruppe	%
Bis 25 Jahre	10,4
26 bis 45 Jahre	41,1
46 bis 65 Jahre	29,9
Ab 66 Jahre	18,6

Der Anteil der in Voll- oder Teilzeit beschäftigten Berufstätigen ist in Ravensburg mit 65,3 % größer als in Heidelberg, der Anteil der Studierenden hingegen mit 7,1 % weniger als halb so groß. Bei 19,5 % der Befragten handelt es sich um (Früh-) Rentner/ -innen, Pensionäre bzw. Pensionärinnen oder um Selbstständige im Ruhestand. 34,6 % der Befragten sind verheiratet oder leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Gut ein Viertel der Ravensburger Befragten (26,4 %) lebt in einer Eigentumswohnung oder in einem eigenen Haus. Der Anteil der allein lebenden Befragten ist in Ravensburg mit 35,8 % höher als in Heidelberg. 73,1 % der Befragten geben an, dass keine Person unter 18 Jahren in ihrem Haushalt lebt, wobei auch hier der Anteil derjenigen Befragten, die dazu keine Angaben machen, mit 11,3 % relativ hoch ist. Der Anteil der Befragten mit einem Bildungsabschluss von mindestens (Fach-) Abitur ist im Vergleich zu der Heidelberger Teilstichprobe mit 57,1 % wesentlich geringer.

4.3. Abgleich von Stichproben- und Bevölkerungsmerkmalen

Ein Abgleich der beiden Teilstichproben mit den Bevölkerungsdaten der Einwohnermeldeämter kann nur mit Blick auf die ursprüngliche Zielpopulation erfolgen, in der auch diejenigen Personen enthalten sind, bei denen eine Zustellung an die gemeldete Adresse nicht möglich war.

4.3.1. Abgleich der Daten des Einwohnermeldeamtes Heidelberg mit der Heidelberger Teilstichprobe

Unter den im Befragungsareal gemeldeten Personen ab 16 Jahren betrug der Frauenanteil 49,1 %, unter den teilnehmenden Personen 51,2 %; die Stichprobe ist also ein wenig stärker weiblich geprägt als die Bevölkerung im Zielgebiet der Befragung.

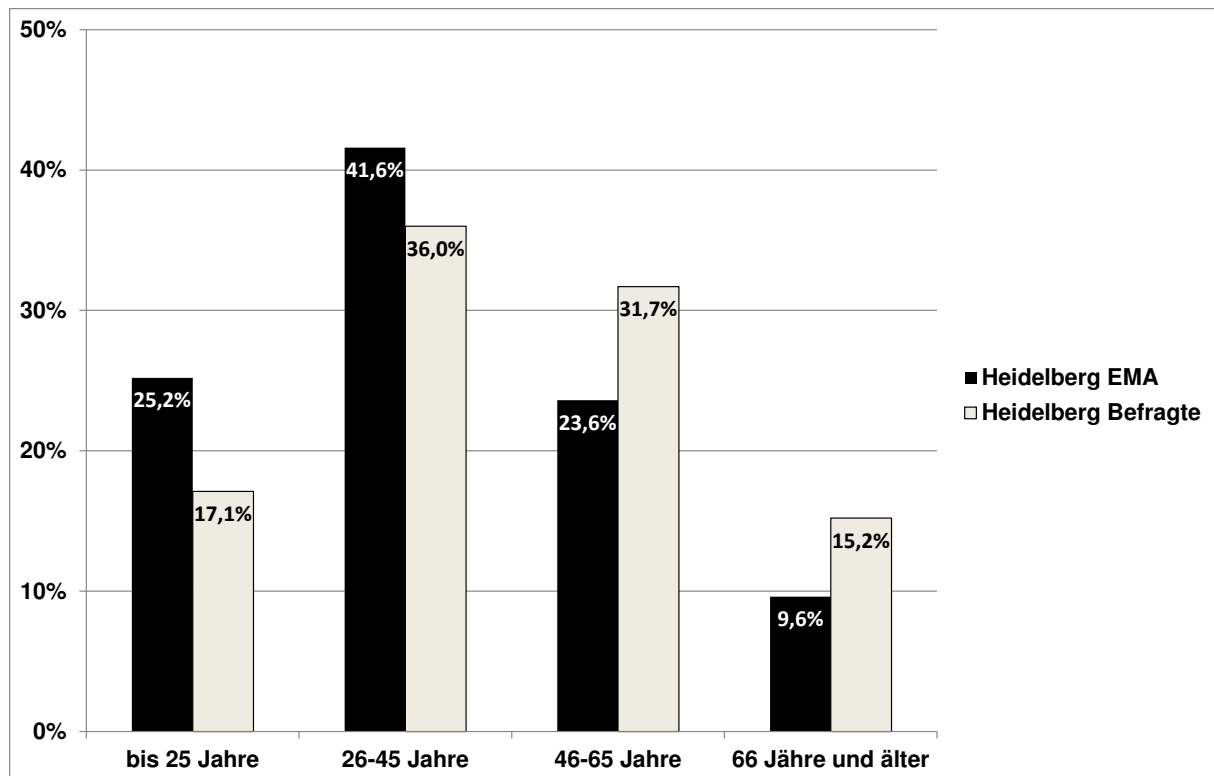


Abbildung 3: Altersstruktur der Bevölkerung ab 16 Jahren und der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, Heidelberg

Wie Abbildung 3 zeigt, unterscheidet sich die Altersstruktur der Stichprobe der Heidelberger Befragten von jener der im Befragungsbereich gemeldeten Personen ab 16 Jahren. Die Gruppe der Befragten ab 46 Jahren ist stärker als ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Zugleich sind die Anteile der Befragten bis 25 und zwischen 26 und 45 Jahren in der Befragten-Stichprobe niedriger als in der Wohnbevölkerung.

Insgesamt ist die erreichte Stichprobe somit etwas älter und etwas stärker weiblich als die angeschriebene Bevölkerung. Das exakte Durchschnittsalter der Bevölkerung ließ sich für Heidelberg auf der Basis der (kategorial gestuften) verfügbaren offiziellen Daten nicht berechnen.

4.3.2. Abgleich der Daten des Einwohnermeldeamtes aus Ravensburg mit der Ravensburger Teilstichprobe

In Ravensburg ergibt sich für die Geschlechterverteilung ein ähnliches Bild wie in Heidelberg: der Anteil der weiblichen Befragten aus Ravensburg ist mit 56,2 % gut 3 % höher als der weibliche Bevölkerungsanteil laut EMA-Daten (52,9 %).

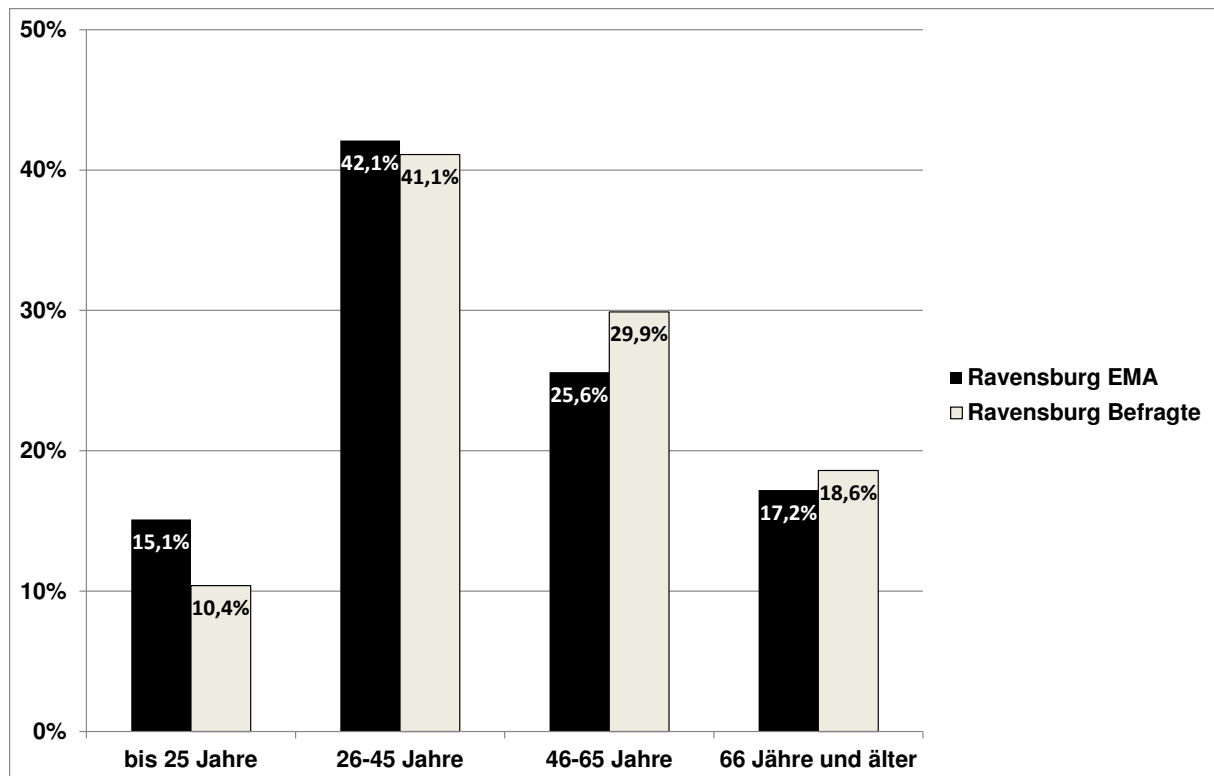


Abbildung 4: Altersstruktur der Bevölkerung ab 16 Jahren und der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, Ravensburg

Auch für die Altersverteilung ergibt sich ein ähnliches Bild wie in Heidelberg, allerdings ist es in Ravensburg weniger ausgeprägt. Das Durchschnittsalter der angeschriebenen Bürgerinnen und Bürger Ravensburgs beträgt 45 Jahre, das der Teilstichprobe 47 Jahre. Auch in Ravensburg sind die Gruppen der 46- bis 65-Jährigen und der über 65-Jährigen unter den Befragten etwas überrepräsentiert; die Unterschiede zwischen Stichprobe und Einwohnermeldedaten fallen allerdings geringer aus als in Heidelberg.

5. Befragungsergebnisse

Im Folgenden werden Ergebnisse der beiden lokalen Befragungen dargestellt. Dabei wird insbesondere zwischen den beiden Städten unterschieden; die Ergebnisse innerhalb der Städte werden teilweise zusätzlich unter Alters- oder Geschlechterperspektive betrachtet.

5.1. Beurteilung und Wahrnehmung der Stadtteile durch die Bewohnerschaft

Im Rahmen der Befragung wurden einige allgemeine Einschätzungen und Wahrnehmungen zu den jeweiligen Stadtteilen erhoben. Diese haben zunächst keinen unmittelbaren Bezug zu den im Zentrum der Studie stehenden Problemlagen, bilden aber gewissermaßen den weiteren Rahmen der Wahrnehmung des jeweiligen Stadtteils durch die Befragten ab. Sie beziehen sich u. a auf die Wohn- und Lebensqualität am jeweiligen Ort, die Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, aber etwa auch auf den erlebten sozialen Zusammenhalt im Stadtteil. Zur Beantwortung stand eine sechsstufige Skala zur Verfügung, die von „sehr schlecht“ (0) bis „sehr gut“ (5) reichte.

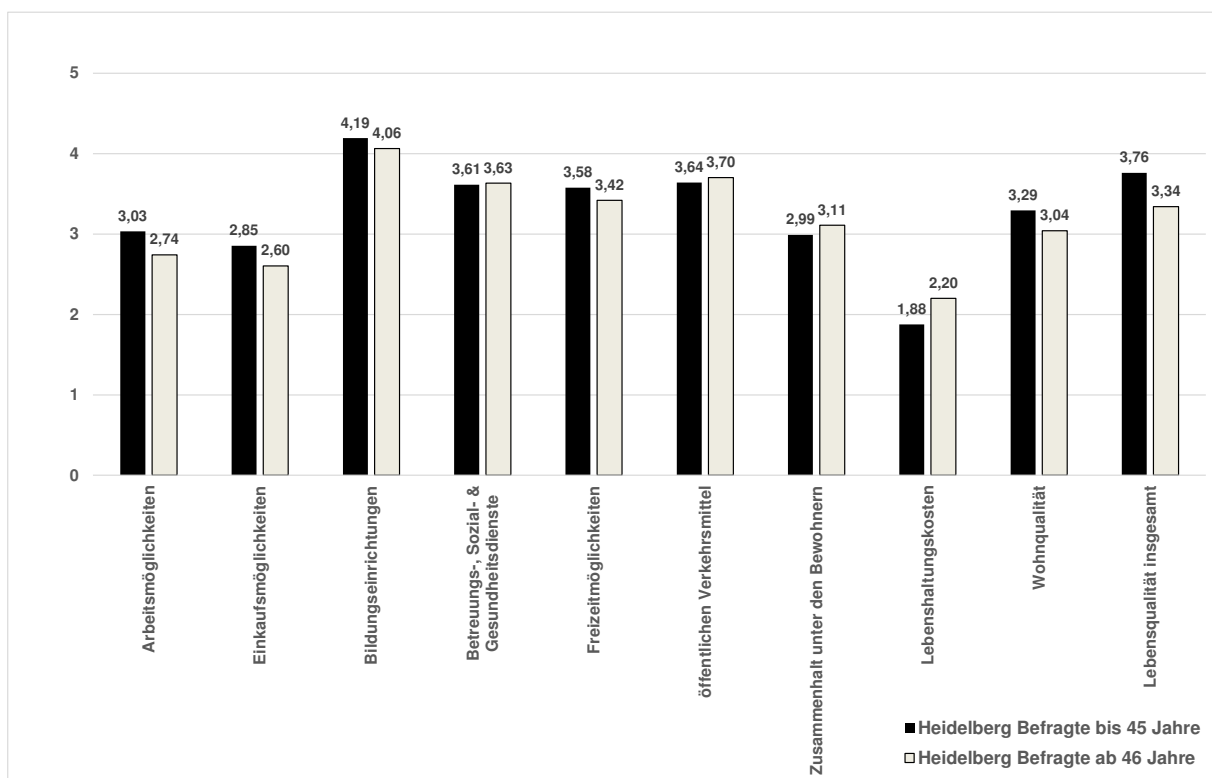


Abbildung 5: Heidelberg: Stadtteilbewertung nach Alter der Befragten; Mittelwerte
(Skala von 0 = sehr schlecht bis 5 = sehr gut; $957 \leq n \leq 1004$)

Die Stadtteilbewertung der Heidelberger Anwohnerinnen und Anwohner in Abhängigkeit vom – hier dichotomisierten – Alter zeigt Abbildung 5. Auch wenn die Mittelwerte beider Alterskategorien

häufig recht nahe beieinander liegen (z. B. bei der Bewertung der Bildungseinrichtungen, der Betreuungs-, Sozial- und Gesundheitsdienste sowie der öffentlichen Verkehrsmittel, welche allesamt von den Befragten beider Alterskategorien mit Mittelwerten zwischen 3,61 und 4,19 als gut bewertet wurden), so lassen sich doch kleine Unterschiede feststellen. Sowohl die Arbeits- als auch die Einkaufs- und die Freizeitmöglichkeiten werden mit Mittelwerten zwischen 2,85 und 3,58 von den jüngeren Befragten positiver bewertet als von den Anwohnerinnen und Anwohnern, die 46 Jahre und älter sind, welche durchschnittlich Werte zwischen 2,60 und 3,42 vergaben. Der Zusammenhalt unter den Bewohnern hingegen wird von den älteren Befragten tendenziell etwas positiver bewertet (Mittelwert: 3,11) als von den Anwohnerinnen und Anwohnern unter 46 Jahren (Mittelwert: 2,99). Die Lebenshaltungskosten werden von den Befragten in Heidelberg eher als hoch bewertet; dabei urteilen die jüngeren Befragten mit einem Mittelwert von 1,88 noch kritischer als die Befragten über 45 Jahre (Mittelwert: 2,20). Die Wohnqualität sowie die Lebensqualität insgesamt werden von beiden Altersgruppen wieder eher als gut bewertet (Mittelwerte zwischen 3,04 und 3,76), wobei die Befragten ab 46 Jahren beide Aspekte noch besser bewerten (3,29 bzw. 3,76) als die Anwohnerinnen und Anwohner von 16 bis 45 Jahre (3,04 bzw. 3,34).

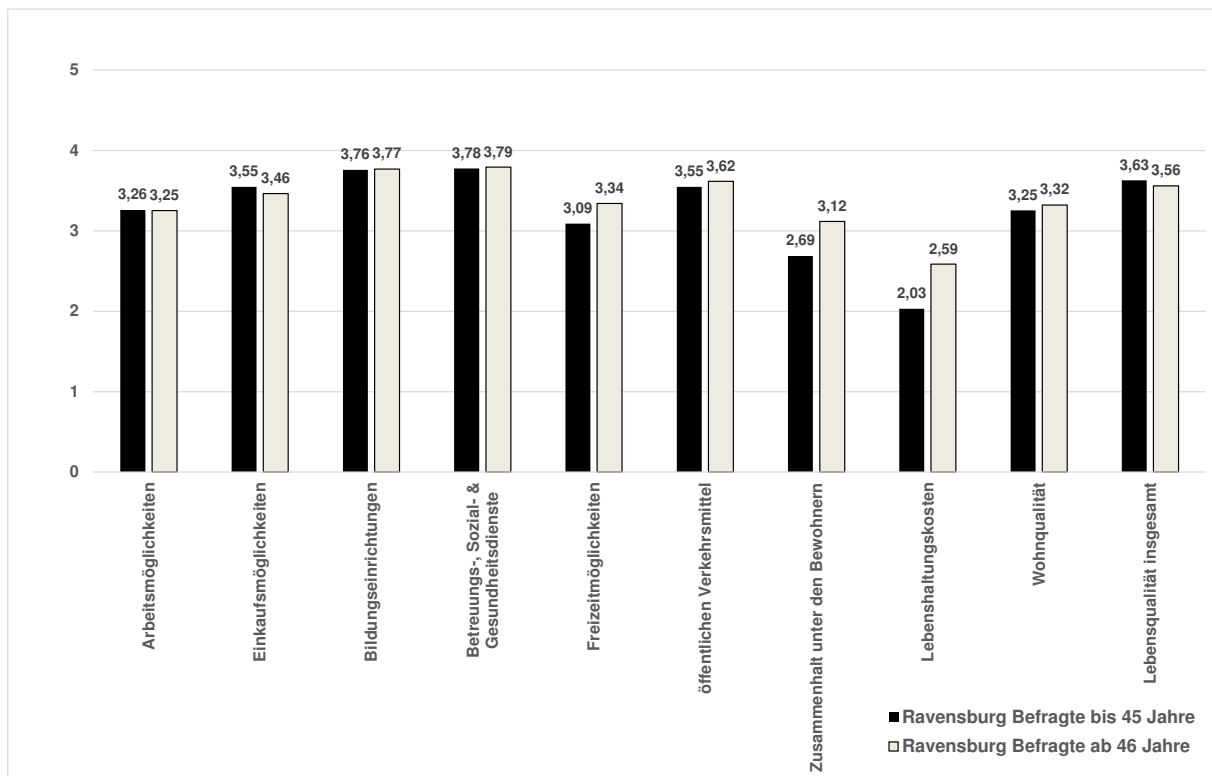


Abbildung 6: Ravensburg: Stadtteilbewertung nach Alter der Befragten; Mittelwerte
(Skala von 0 = sehr schlecht bis 5 = sehr gut; $983 \leq n \leq 1047$)

Auch in Ravensburg sind die beiden Altersgruppen einander in vielen Einschätzungen recht ähnlich. So werden die Bildungseinrichtungen sowie die Betreuungs-, Sozial- und Gesundheitsdienste von den Befragten beider Altersgruppen im Mittel recht positiv eingeschätzt (alle liegen bei ca. 3,8) und auch die Einkaufsmöglichkeiten sowie die öffentlichen Verkehrsmittel liegen in der Bewertung aller Befragten recht nah beieinander (3,5 bzw. 3,6). Die Lebensqualität insgesamt erreicht mit einem Mittelwert von 3,6 in beiden Altersgruppen gute Bewertungen. Arbeitsmöglichkeiten und die

Wohnqualität werden von den Ravensburger Befragten etwas schlechter beurteilt und weisen so Mittelwerte von 3,3 auf, wobei auch hier zwischen den beiden Altersgruppen kaum Unterschiede auszumachen sind. Bei der Bewertung der Freizeitmöglichkeiten in dem untersuchten Stadtteil Ravensburgs lassen sich zwischen den jüngeren Befragten und der Altersgruppe ab 46 Jahren leichte Unterschiede feststellen: so bewerten die älteren Befragten die Freizeitmöglichkeiten mit einem Mittelwert von 3,34 etwas positiver als die Jüngeren, die einen Mittelwert von 3,09 erreichen. Bei der Bewertung des Zusammenhalts unter den Bewohnern des Stadtteils werden die Diskrepanzen zwischen den beiden Altersgruppen noch deutlicher: Während die Befragten bis 45 Jahre diesen Aspekt mit einem Mittelwert von 2,69 gerade noch als eher gut bezeichnen, bewerten die Anwohnerinnen und Anwohner ab 46 Jahren den Zusammenhalt unter den Bewohnern mit einem Mittelwert von 3,12 deutlicher positiv. Auch die Lebenshaltungskosten Ravensburgs werden von den Befragten der beiden Altersgruppen unterschiedlich bewertet: Als tendenziell eher schlecht beurteilen die jüngeren Befragten diesen Aspekt, während die älteren Befragten die Lebenshaltungskosten mit einem Mittelwert von 2,59 gerade noch im positiven Bereich der Skala ansiedeln.

Die Frage nach der Attraktivität des Stadtteils als Wohnort wurde von den Befragten beider Städte nahezu gleich beantwortet. Auch hier hatten die Anwohnerinnen und Anwohner die Möglichkeit, eine Antwort zwischen 0 („überhaupt nicht attraktiv“) bis 5 („sehr attraktiv“) auszuwählen. Für Heidelberg ergibt sich hier ein Mittelwert von 3,76, für Ravensburg von 3,73. Bei der Frage nach der Attraktivität des Stadtteils für die Ansiedlung von Geschäften unterscheiden sich die Mittelwerte der beiden Städte etwas deutlicher voneinander. Die Skala zur Beantwortung dieser Frage entsprach der der vorherigen Frage. Tendenziell halten hier die Ravensburger Befragten (Mittelwert 3,83) ihre Stadt für etwas attraktiver für die Ansiedlung von Geschäften als die Befragten aus Heidelberg (Mittelwert 3,68).

Danach befragt, ob sie aus jetziger Perspektive in fünf Jahren noch in ihrem Stadtteil wohnen möchten, entschieden sich 39,0 % der Ravensburger und 34,4 % der Heidelberger Befragten für die Antwortoption „auf jeden Fall“. Rund ein Drittel der Befragten in Heidelberg (32,2 %) möchten hingegen in fünf Jahren (eher) fortgezogen sein; in Ravensburg ist dieser Anteil mit 28,2 % etwas geringer.

Als Motive für einen möglichen Wegzug gaben diejenigen Anwohnerinnen und Anwohner Heidelbergs, die sich einen Wegzug innerhalb der nächsten fünf Jahre eher oder auf jeden Fall vorstellen können, im Wesentlichen berufliche Gründe an (51,2 %). Auch die Höhe der Mieten bzw. die Immobilienpreise spielt eine bedeutsame Rolle: 46,7 % der Befragten aus Heidelberg nannten Entsprechendes als möglichen Grund für einen Wegzug. An dritter Stelle stehen in Heidelberg private Umzugsgründe (45,5 %). Weiterhin wurde die Lebensqualität angegeben (43,2 %), während die Sicherheit im Stadtteil eine eher geringe Rolle spielt (18,6 %). Obwohl dies als Antwortmöglichkeit nicht ausdrücklich vorgegeben war, nannten 19,7 % darüber hinaus „Lärm“ als möglichen Grund für einen Wegzug innerhalb der nächsten fünf Jahre.

In Ravensburg gaben 49,5 % derjenigen Befragten, die sich einen Wegzug innerhalb der nächsten fünf Jahre vorstellen können, hierfür private Gründe an. Auch die Mieten bzw. die Immobilienpreise (39,9 %) sowie berufliche Gründe (39,5 %) wurden recht häufig als Gründe für einen möglichen Wegzug genannt. Die Lebensqualität (37,9 %) sowie die Sicherheit im Stadtteil (26,9 %) spielen für die Bürgerinnen und Bürger Ravensburgs ebenfalls eine Rolle. Ähnlich wie in Heidelberg wurde auch hier „Lärm“ als weiterer möglicher Grund häufig genannt (15 %).

5.2. Subjektive Sicherheit und erlebte Unsicherheit im Stadtteil

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie sicher sie sich normalerweise in der Umgebung ihrer Wohnung und in ihrem gesamten Stadtteil fühlen. Hierzu hatten sie eine Skala zur Verfügung, die von 0 („gar nicht sicher“) bis 5 („sehr sicher“) reichte.

Abbildung 7 stellt zunächst Antworten der Befragten in Heidelberg dar. Dabei wird zwischen verschiedenen Altersgruppen differenziert. Zudem zielten die Fragen einerseits auf unterschiedliche räumliche Einheiten ab (Stadtteil insgesamt – unmittelbare Umgebung der Wohnung), zum anderen wurde auch nach erlebter Sicherheit tagsüber und nachts unterschieden.

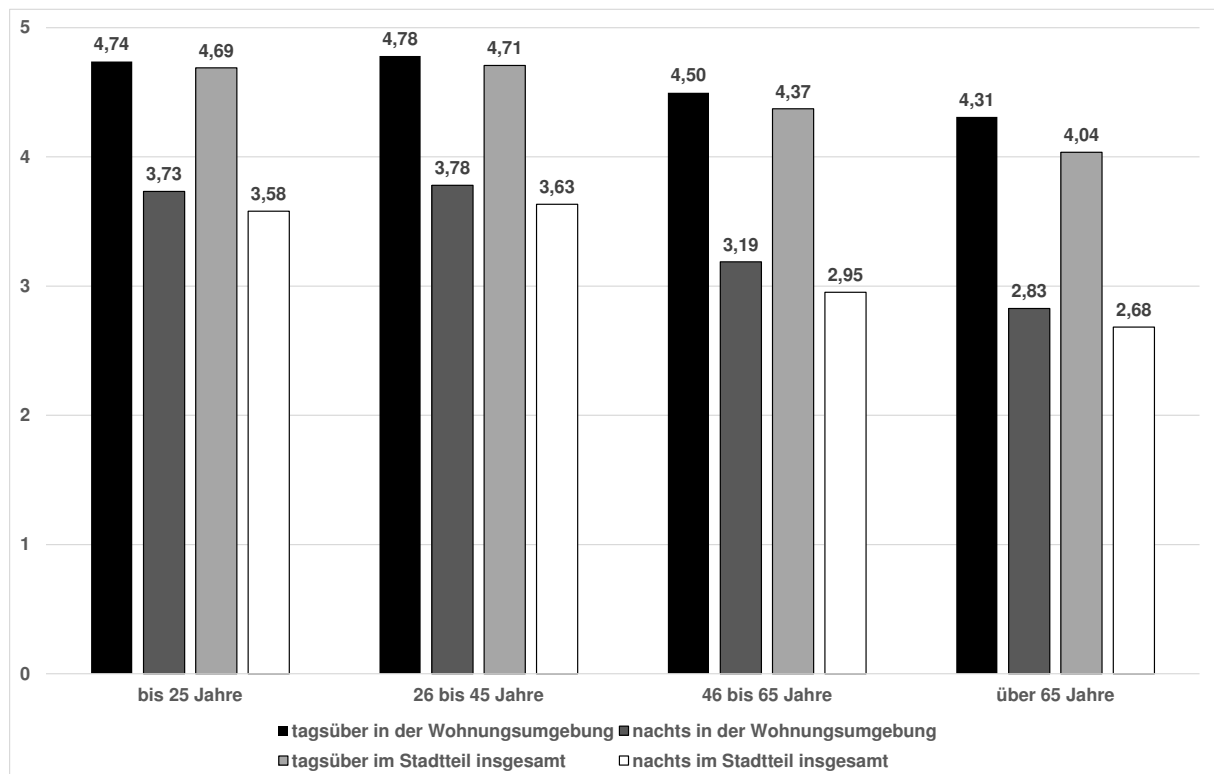


Abbildung 7: Heidelberg: subjektives Sicherheitsempfinden im Stadtteil und im unmittelbaren Wohnumfeld nach Alter der Befragten; Mittelwerte

(Skala von 0 = gar nicht sicher bis 5 = sehr sicher; $1956 \leq n \leq 2001$)

Wie Abbildung 7 zu entnehmen ist, fühlen sich die Befragten tagsüber sowohl in der Wohnungsumgebung als auch im Stadtteil insgesamt recht sicher. Die Mittelwerte liegen hier zwischen 4,04 und 4,78. Nachts nimmt die subjektive Sicherheit spürbar ab; die Mittelwerte liegen zwischen 2,68 und 3,78.

Wird das Alter der Heidelberger Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt, so wird deutlich, dass das Sicherheitsgefühl mit dem Alter zurückgeht. Bewerten die bis 25-jährigen Befragten ihre Sicherheit tagsüber noch mit Werten, die im Mittel bei 4,69 (Stadtteil insgesamt) und 4,74 (Wohnungsumgebung) liegen, so beurteilen die über 65-jährigen Anwohnerinnen und Anwohner ihr subjektives Sicherheitsempfinden mit entsprechenden Mittelwerten von 4,04 und 4,31.

Die Beurteilung des subjektiven Sicherheitsempfindens zur Nachtzeit macht den Unterschied zwischen den jüngeren und den älteren Befragten in Heidelberg noch deutlicher: Gibt es bei bis 25-

jährigen Befragten noch Werte von 3,58 und 3,73 – diese Angaben liegen schon einen ganzen Skalenwert unter der Beurteilung des Sicherheitsgefühls tagsüber – so beurteilen die älteren Anwohnerinnen und Anwohner Heidelbergs ihr nächtliches Sicherheitsgefühl nur noch mit Werten, die im Mittel bei 2,68 (für den Stadtteil) und 2,83 (Wohnungsumgebung) liegen und somit ca. einen ganzen Skalenwert unter den Angaben der jüngeren Befragten.

Alle hier unterschiedenen Altersgruppen fühlen sich in ihrer direkten Wohnumgebung sicherer als im gesamten Stadtteil.

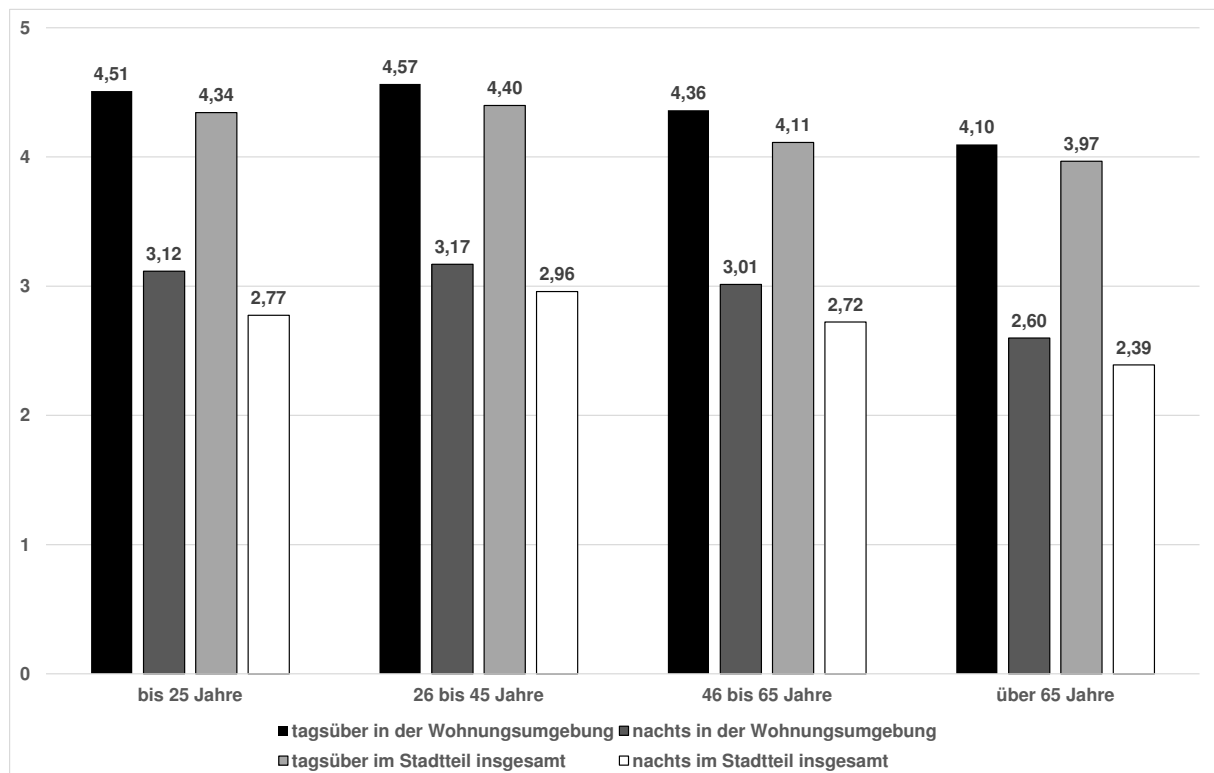


Abbildung 8: Ravensburg: subjektives Sicherheitsempfinden im Stadtteil und im unmittelbaren Wohnumfeld nach Alter der Befragten; Mittelwerte

(Skala von 0 = gar nicht sicher bis 5 = sehr sicher; 1956 ≤ n ≤ 2001)

Bezüglich des subjektiven Sicherheitsgefühls ergeben sich für Ravensburg etwas geringere Werte als für Heidelberg; die Anwohnerinnen und Anwohner Ravensburgs fühlen sich also tendenziell etwas unsicherer als die Heidelberger Befragten. Auch die Befragten aus Ravensburg fühlen sich – zunächst unabhängig vom Alter – tagsüber sehr sicher (Mittelwerte zwischen 3,97 und 4,57). Bezüglich des Sicherheitsgefühls nach Einbruch der Dunkelheit ergeben sich Mittelwerte, die zwischen 2,39 und 3,17 liegen – auch hier ist wie in Heidelberg eine Diskrepanz zu sehen, die größer als ein ganzer Skalenwert ist.

Berücksichtigt man nun zusätzlich das Alter der Anwohnerinnen und Anwohner Ravensburgs, so wird der Unterschied zwischen den ganz jungen und den älteren Befragten sehr deutlich: Ergeben sich bei den unter 25-jährigen Befragten für die Frage nach dem Sicherheitsgefühl tagsüber Mittelwerte von 4,34 und 4,51, so liegen die entsprechenden Werte für die über 65-jährigen Anwohnerinnen und

Anwohner bei 3,97 und 4,1. Nachts sinkt das Sicherheitsgefühl bei beiden Altersgruppen auf Werte, die im Durchschnitt einen ganzen Skalenwert niedriger liegen: die jungen Befragten erreichen bei dieser Frage Mittelwerte von 2,77 und 3,12, die über 65-jährigen Befragten Mittelwerte von 2,39 und 2,6. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner Ravensburgs fühlen sich in ihrer direkten Wohnumgebung sicherer als im gesamten Stadtteil.

5.3. Viktimisierungserfahrungen im öffentlichen Raum im Stadtteil

Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt, inwieweit sie in den letzten zwölf Monaten Opfer verschiedener Straftaten geworden waren. Die Fragen wurden auf den öffentlichen Raum im Stadtteil begrenzt. Soweit eine Viktimisierungsfrage bejaht wurde, wurden die Befragten um eine Angabe gebeten, ob die Tat ihrer Einschätzung nach etwas damit zu tun hatte, dass die Täterin oder der Täter alkoholisiert war. Tabelle 3 zeigt Befunde zu dieser Frage für beide Städte im Vergleich.

Tabelle 3: 12-Monats-Prävalenz von Viktimisierungserfahrungen im öffentlichen Raum im Stadtteil und wahrgenommene Alkoholbeteiligung bei Täterinnen und Tätern; Angaben in %

Delikt	Heidelberg		Ravensburg	
	% Betroffene	davon % alkoholis. Täter	% Betroffene	davon % alkoholis. Täter
Diebstahl	10,4	21,9	9,7	27,5
Beleidigung / Anpöbeln	44,4	87,2	40,1	81,4
Körperverletzung	6,9	72,2	4,9	66,0
Bedrohung mit Waffe	1,0	61,5	0,6	50,0
sexuelle Belästigung	6,6	70,6	6,3	67,7
Graffiti am Haus	31,4	23,3	13,8	22,1
and. Sachbeschädigung Haus / Grundstück	58,0	70,1	48,1	62,8
Beschädigung PKW	31,7	43,5	22,0	27,5
Diebstahl aus Haus / Wohnung	10,4	16,3	12,0	18,1

Die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger berichten am häufigsten, Opfer von Sachbeschädigungen an ihrem Haus (außer Graffitischmierereien) geworden zu sein. 58 % der Befragten geben an, Entsprechendes in den letzten zwölf Monaten erlebt zu haben, wobei 70,1 % der davon Betroffenen dies mit einer Alkoholisierung der Täter in Verbindung brachten. Auch Beleidigungen oder Pöbeleien werden recht häufig berichtet: so geben 44,4 % der Befragten in Heidelberg an, dies in den letzten zwölf Monaten schon einmal selber erlebt zu haben; 87,2 % der Betroffenen führen das Ereignis auf Alkoholkonsum des Täters bzw. der Täterin zurück.

Bei den Straftaten Körperverletzung und sexuelle Belästigung berichten in Heidelberg jeweils knapp 7 % von entsprechenden Erfahrungen in den letzten zwölf Monaten; auch hier sind die Betroffenen mehrheitlich (jeweils über 70 %) der Ansicht, dass die Taten etwas mit Alkoholkonsum des Täters zu tun hatten.

Aus Ravensburg werden grundsätzlich ähnliche Erfahrungen berichtet. Allerdings liegen die Viktimisierungsraten in den meisten Bereichen niedriger als in Heidelberg; besonders deutlich ist der Unterschied bei Graffitischmierereien am Haus. 48,1 % der Befragten in Ravensburg geben an, in den letzten zwölf Monaten durch eine Sachbeschädigung ihres Hauses (ohne Graffitischmierereien) betroffen gewesen zu sein und 62,8 % von ihnen glauben, dass diese Sachbeschädigung etwas mit dem Alkoholkonsum des Täters oder der Täterin zu tun hatte. 40,1 % der Befragten wurden in den

vergangenen zwölf Monaten beleidigt oder angepöbelt und über 80 % dieser Betroffenen geben an, dass der Täter oder die Täterin zum Tatzeitpunkt alkoholisiert war.

Für Ravensburg sind die Angaben zu erlebten Körperverletzungen und sexueller Belästigung ähnlich wie die in Heidelberg berichteten: So waren 4,9 % bzw. 6,3 % der Befragten von einer dieser Straftaten betroffen; jeweils über zwei Drittel waren der Ansicht, dass die Tat etwas mit dem Alkoholkonsum des Täters oder der Täterin zu tun hatte.

Tabelle 4: 12-Monats-Prävalenz indirekter Viktimisierungserfahrungen (Augenzeugenschaft) im öffentlichen Raum im Stadtteil und wahrgenommene Alkoholbeteiligung bei Täterinnen und Tätern; Angaben in %

	Heidelberg		Ravensburg	
	% Zeugen	davon % alkoholis. Täter	% Zeugen	davon % alkoholis. Täter
Diebstahl	15,0	3,0	11,1	2,3
Körperverletzung	47,7	39,3	45,2	34,1
Bedrohung mit Waffe	2,9	2,0	4,4	2,5

Für einige der oben beschriebenen Straftaten wurden die Bürgerinnen und Bürger der beiden Städte gefragt, ob sie in den vergangenen zwölf Monaten Augenzeuge einer entsprechenden Handlung im öffentlichen Raum im Stadtteil geworden waren. 47,7 % der Heidelberger Befragten geben an, in diesem Zeitraum Zeuge einer Körperverletzung geworden zu sein und gut ein Drittel glaubt, dass der Alkoholkonsum des Täters damit zu tun hatte (vgl. Tabelle 4). Augenzeugenschaft bei (schwerer zu beobachtenden) Diebstählen und bei (selteneren) Bedrohungen mit einer Waffe ist geringer ausgeprägt. Die Werte für Ravensburg sind recht ähnlich; auffällig ist hier allenfalls der etwas höhere Anteil von erlebten Bedrohungen unter Waffeneinsatz.

5.4. Wahrnehmung von Problemen im Stadtteil

In einer den Bereich einleitenden Frage wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer um eine Bewertung der folgenden Aussage gebeten: „Manchmal hört man die Einschätzung, dass Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw. sind hier nicht gemeint) Probleme für den Stadtteil schafft. Wie stehen Sie dazu?“. Hierfür stand eine Skala zur Verfügung, die von 0 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“) reichte.

Die Ergebnisse zeigen, dass öffentlicher Alkoholkonsum als Problem wahrgenommen wird. In Heidelberg entschieden sich 42,1 % der Frauen und 38,8 % der Männer für den höchsten, volle Zustimmung zum Ausdruck bringenden Skalenwert. Auch in Ravensburg ist die uneingeschränkte Zustimmung unter Frauen (39,1 %) etwas höher als bei männlichen Befragten (33,8 %).

Berücksichtigt man das Alter der Befragten, so werden auch hier in den beiden Städten einige Unterschiede deutlich. Abbildung 9 zeigt die Beurteilung der genannten Aussage in Abhängigkeit vom Alter der Befragten.

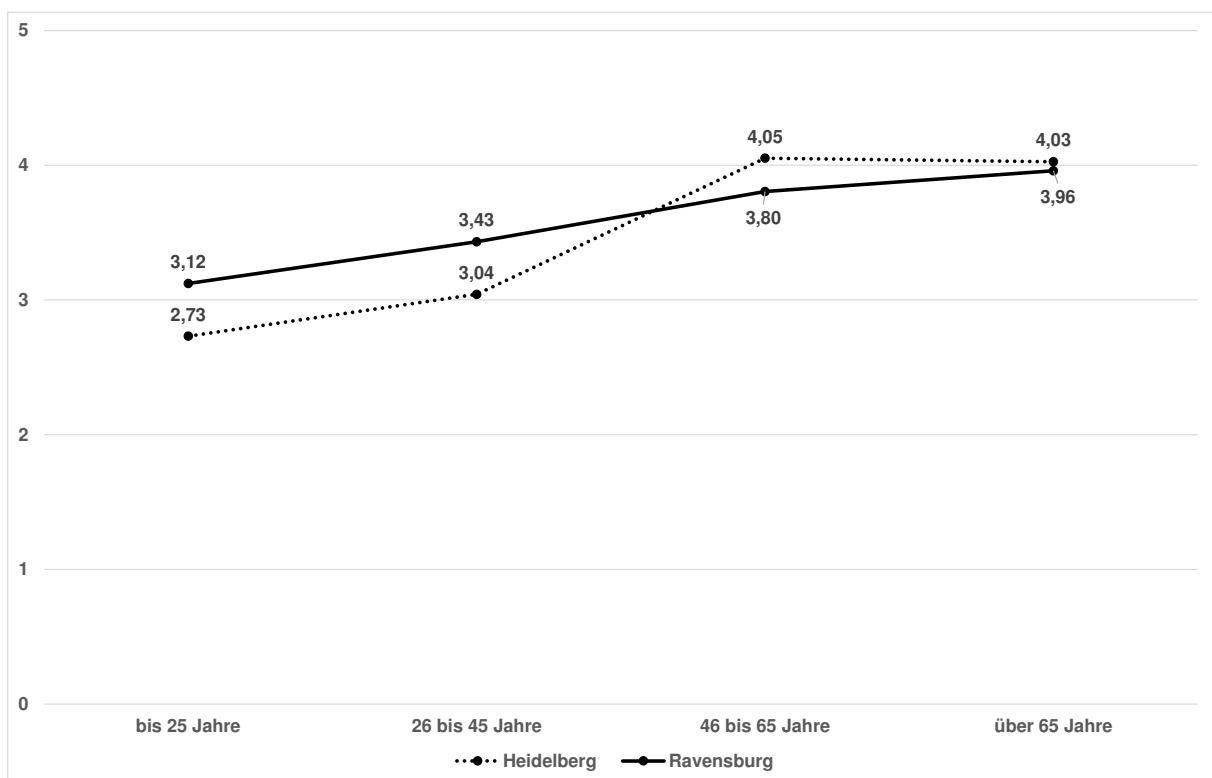


Abbildung 9: Beurteilung der Aussage, dass Alkoholkonsum im öffentlichen Raum „Probleme für den Stadtteil schafft“, nach Alter der Befragten; Mittelwerte

(Skala von 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“, n = 2042)

Die Befragten in beiden Städten nehmen den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen als lokales Problem wahr. Darüber hinaus nimmt die Problemwahrnehmung mit steigendem Alter zu. Während insbesondere in Heidelberg der Mittelwert bei den unter 25-jährigen Befragten noch nahe am

(neutralen) Skalenmittelpunkt liegt, werden bei den über 65-jährigen Anwohnerinnen und in beiden Städten sehr hohe Zustimmungswerte erreicht. In Heidelberg ist darüber hinaus festzustellen, dass die Problemwahrnehmung von Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen bei den Befragten ab 45 Jahren sprunghaft ansteigt, während der altersbezogene Trend in Ravensburg eher linear ist.

In einem weiteren Abschnitt des Befragungsinstruments wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer um ihre Wahrnehmung verschiedener möglicher lokaler Problemlagen gebeten. Der Fragetext lautete „In welchem Maße erleben Sie folgende Dinge derzeit in Ihrem Stadtteil als Problem?“. Zur Beantwortung stand eine sechsstufige, von 0 („gar kein Problem“) bis 5 („ein sehr großes Problem“) reichende Skala zur Verfügung.

Tabelle 5: Rangreihen wahrgenommener Probleme nach Stadt; Mittelwerte
(Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“)

Heidelberg		M	Ravensburg		M
1.	Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc.	3,89	1.	Belästigung durch Lärm	3,65
2.	Belästigung durch Lärm	3,82	2.	Alkoholkonsum auf öffentl. Plätzen, Straßen	3,41
3.	herumliegender Müll	3,34	3.	herumliegender Müll	3,26
4.	Alkoholkonsum auf Plätzen, Straßen etc.	3,25	4.	Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc.	3,11
5.	mutwillige Beschädigungen (Fahrzeuge)	2,89	5.	mutwillige Beschädigungen (Gebäude / Grundstücke)	2,82
6.	mutwillige Beschädigungen (Gebäude / Grundstücke)	2,75	6.	Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	2,69
7.	Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	2,75	7.	mutwillige Beschädigungen (Haltestellen, Verkehrszeichen)	2,56
8.	mutwillige Beschädigungen (Haltestellen, Verkehrszeichen)	2,32	8.	mutwillige Beschädigungen (Fahrzeuge)	2,45
9.	Graffiti-schmierereien an Gebäuden	2,31	9.	Diebstähle im öffentl. Raum	2,17
10.	Diebstähle im öffentl. Raum	2,06	10.	Konsum verbotener Drogen in der Öffentlichkeit	2,07
11.	Sex. Belästigungen im öffentl. Raum	1,67	11.	Graffiti-schmierereien an Gebäuden	1,88
12.	Drogenkonsum in der Öffentlichkeit	1,62	12.	Raubüberfälle im öffentl. Raum	1,68
13.	Raubüberfälle im öffentl. Raum	1,35	13.	Sex. Belästigungen im öffentl. Raum	1,66

Die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger geben dem Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. im Durchschnitt einen Wert von 3,25 auf einer sechsstufigen Skala von 0 („gar kein Problem“) bis 5 („ein sehr großes Problem“), nehmen ihn also tendenziell als bedeutsames Problem wahr. In einer Rangreihe aller wahrgenommenen Probleme erreicht der Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen Rang vier von 13. An erster Stelle stehen in Heidelberg Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc. mit einem Mittelwert von 3,89, an zweiter Position die Belästigung durch Lärm (Mittelwert: 3,82) und an dritter Stelle herumliegender Müll (Mittelwert: 3,34). Dem Problem des Alkoholkonsums auf öffentlichen Plätzen und Straßen folgen mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen (Mittelwert: 2,89), an Gebäuden bzw. Grundstücken (Mittelwert:

2,75) und Gewalt sowie Schlägereien im öffentlichen Raum mit einem Mittelwert von gerundet 2,75 (vgl. linke Seite der Tabelle 5).

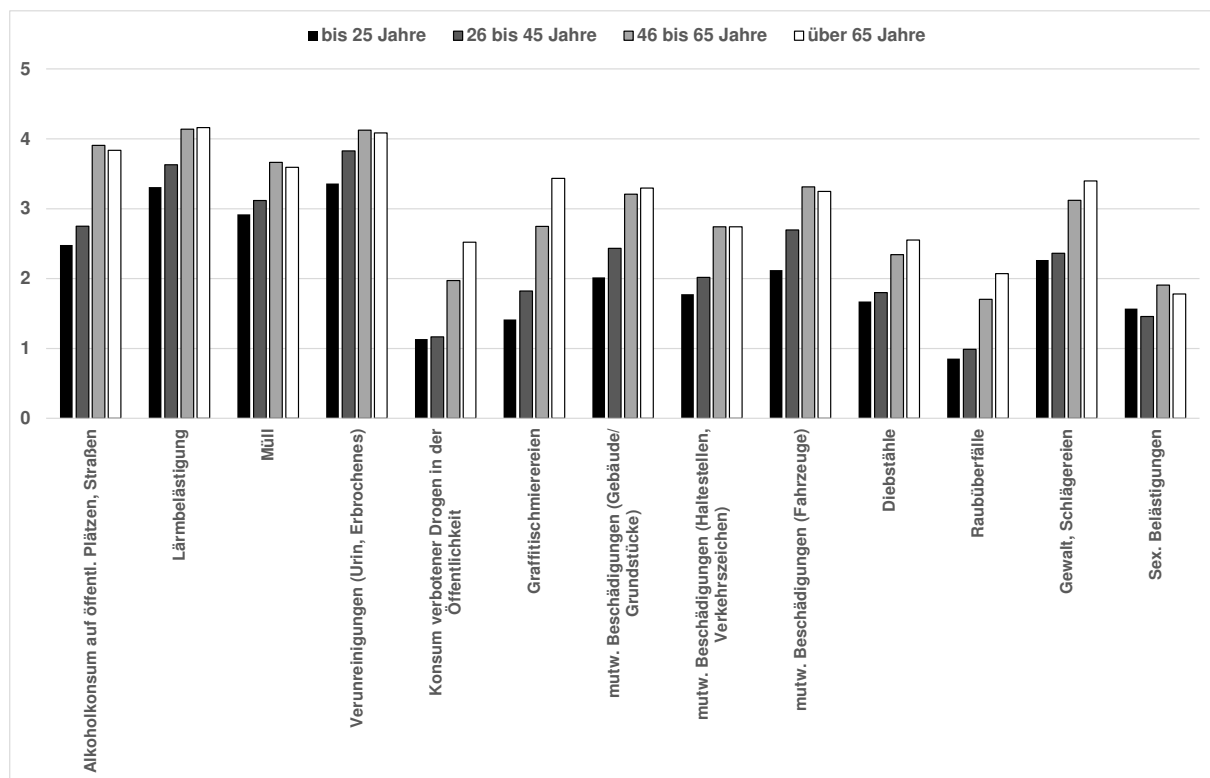


Abbildung 10: Heidelberg: Wahrnehmung von Problemen im Stadtteil; Mittelwerte
(Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“; 975 ≤ n ≤ 1005)

Bezieht man nun Alter der Heidelberger Befragten mit ein, so fällt bei allen in der Befragung genannten Problemen auf, dass vor allem die Bürgerinnen und Bürger ab 46 Jahren diese als solche wahrnehmen (vgl. Abbildung 10). Vor allem die Belästigung durch Lärm wird von den älteren Befragten mit einem Mittelwert von 4,14 bei den 46- bis 65-jährigen und 4,16 bei den Bürgerinnen und Bürgern über 66 Jahren als großes Problem wahrgenommen. Auch Verunreinigungen durch Urin oder Erbrochenes werden von beiden älteren Anwohner-Gruppen mit einem gerundeten Mittelwert von 4,1 als Problem bewertet. Gerade für mögliche Begleiterscheinungen exzessiven Alkoholkonsums wie Lärm, Vermüllung und Verunreinigungen durch Ausscheidungen liegen die Werte allerdings auch unter den jüngeren Befragten bereits oberhalb der Skalenmitte.

Wird innerhalb der Gruppe der Befragten ab 46 Jahren auch das Geschlecht berücksichtigt, so wird deutlich, dass eher Frauen die genannten Probleme lokal als solche wahrnehmen. Wie Abbildung 17 im Anhang zu entnehmen ist, weist diese Gruppe hinsichtlich der Wahrnehmung von Problemen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen, Lärm, Verunreinigungen durch Körperausscheidungen und herumliegendem Müll durchweg höhere Werte auf als Männer dieser Altersgruppe oder jüngere Befragte.

Befragt nach den Orten, an denen die genannten Probleme den Heidelberger Bürgerinnen und Bürgern begegnen, äußert sich die Mehrheit der Befragten bei einem Großteil der genannten Probleme dahingehend, dass sie ihnen nicht direkt vor ihrem Haus oder in ihrer Straße begegnen,

sondern an anderen Orten im Stadtteil. Das stellt sich jedoch für öffentlichen Alkoholkonsum und damit assoziierbare Probleme und Belästigungen zum Teil anders dar. Trinken im öffentlichen Raum erleben 57,1 % der Befragten, die dies als Problem einstufen, in ihrer Straße. Belästigung durch Lärm wird von den meisten Befragten (66,8 %) direkt vor ihrem Wohnhaus als belästigend empfunden. 58,7 % der Heidelberger Bürgerinnen und Bürger, die herumliegenden Müll als Problem in ihrem Stadtteil bezeichnet haben, nehmen Entsprechendes in ihrer Straße wahr. Und knapp zwei Drittel (63,6 %) erleben ebenfalls in ihrer Straße Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc. als Problem.

Probleme werden vor allem nachts und an den Wochenenden wahrgenommen. Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc. werden von 90,8 % der Befragten, die dies als Problem identifiziert haben, an den Wochenenden als Problem erlebt. Auch herumliegender Müll tritt im Wesentlichen an den Wochenenden auf (82,9 % der Befragten geben dies an). Der Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. wird von 84,4 % der Heidelberger Bürgerinnen und Bürger überwiegend nachts als Beeinträchtigung wahrgenommen, ebenso wie der Lärm (92,1 %).

Auch die Ravensburger Bürgerinnen und Bürger bewerten den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. als Problem. Im Durchschnitt vergeben sie hier einen Wert von 3,41, welcher in einer Rangreihe aller vorgegebenen Probleme die zweite Position bedeutet (vgl. rechte Seite der Tabelle 5). Als größtes Problem (Mittelwert 3,65) wird die Belästigung durch Lärm bewertet. Andere häufig mit exzessivem und kollektivem Alkoholkonsum assoziierte Probleme wie herumliegender Müll (3,26) und Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc. (3,11) folgen. Als relativ problematisch im Stadtteil werden auch mutwillige Beschädigungen an Gebäuden bzw. Grundstücken im Stadtteil (2,82) sowie Gewalt und Schlägereien im öffentlichen Raum (2,69) wahrgenommen.

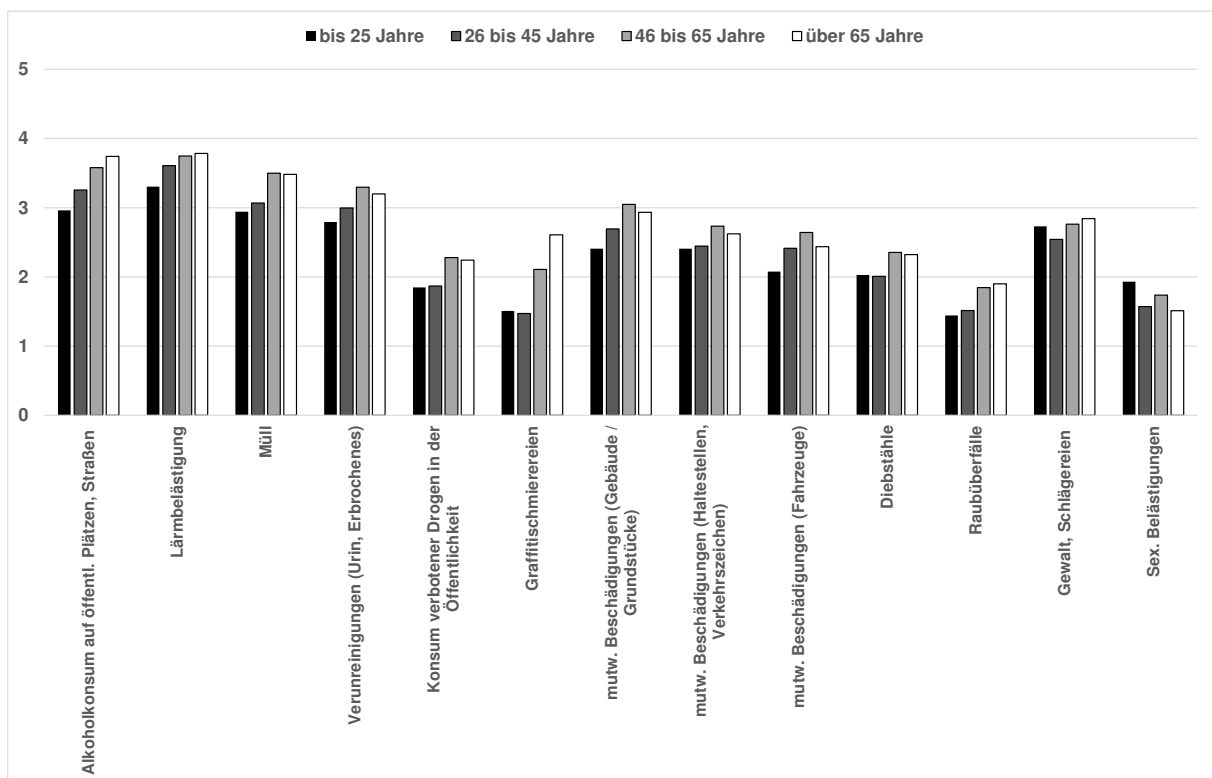


Abbildung 11: Ravensburg: Wahrnehmung von Problemen im Stadtteil; Mittelwerte

(Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“; $994 \leq n \leq 1043$)

Wird das Alter der Befragten in Betracht gezogen, wird deutlich, dass in Ravensburg – ähnlich wie in Heidelberg – einige Aspekte vorrangig von älteren Bürgerinnen und Bürgern als Probleme wahrgenommen werden. Besonders auffällig ist dies bei Graffiti-schmierereien an Gebäuden. So liegt der Mittelwert in der Altersgruppe über 65 Jahren bei 2,61, bei den unter 25-Jährigen bei 1,5. Der Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen wird von den ältesten Befragten mit einem Durchschnittswert von 3,74 als Problem in Ravensburg bewertet, während die Altersgruppe zwischen 46 und 65 Jahren diesem Problem einen Durchschnittswert von 3,58 gibt, die ganz Jungen sogar nur mit durchschnittlich 2,96 bewerten.

Betrachtet man nun zusätzlich das Geschlecht der Befragten, so fällt hier im Vergleich mit den Ergebnissen in Heidelberg auf, dass die älteren weiblichen Befragten die vorgegebenen Probleme nur als wenig gravierender bewerten als dies Jüngere tun. Wie Abbildung 18 im Anhang zeigt, bewerten die Frauen der ältesten Gruppe den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. mit einem Mittelwert von 3,12, die männlichen Befragten derselben Altersgruppe vergeben durchschnittlich einen Wert von 2,96. Der Unterschied dieser beiden Gruppen ist auch bei dem Problem des herumliegenden Mülls festzustellen: die ältesten Frauen aus Ravensburg bewerten dies mit einem Mittelwert von 3,24, die ältesten Männer mit einem Mittelwert von 3,15.

Befragt nach den Orten im Stadtteil, an denen die genannten Probleme als solche wahrgenommen werden, werden von den Ravensburger Bürgerinnen und Bürgern am häufigsten Orte benannt, die nicht direkt am Wohnhaus oder in der Straße der Befragten liegen. Die Belästigung durch Lärm (60,9 %), durch herumliegenden Müll (56,1 %) und Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc. (51,5 %) werden vor allem in der eigenen Straße erlebt. Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen erleben 56,7 % der Ravensburger Befragten anderswo im Stadtteil, 50,7 % jedoch (auch) in ihrer Straße und 37 % (auch) direkt vor ihrem Wohnhaus.

Auf die Frage nach den Zeiten (Tageszeiten und Wochentage), an denen die genannten Probleme am meisten auffallen, nennen auch in Ravensburg die Befragten mehrheitlich die Nächte und die Wochenenden. So geben 81,6 % der Bürgerinnen und Bürger an, vom Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nachts betroffen zu sein; nur ein gutes Drittel (35,4 %) der Befragten fühlen sich tagsüber davon betroffen. Auch die Belästigung durch Lärm findet meist nachts statt (85,7 %) ebenso wie Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc. (77,2 %). Die Problemwahrnehmung bzgl. der Wochentage richtet sich vor allem auf die Wochenenden: so geben 87,3 % der Ravensburger Bürgerinnen und Bürger an, sich an den Wochenenden von Lärm gestört zu fühlen; 49,1 % fühlen sich von Lärm werktags beeinträchtigt. 84,9 % der Befragten geben den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. als am Wochenende störend an (47,2 % werktags) und 81,6 % Verunreinigungen durch Ausscheidungen (28,6 % an Werktagen).

In einem nächsten Schritt wurden die Anwohnerinnen und Anwohner danach gefragt, inwieweit durch die zuvor benannten Probleme ihre Lebensqualität beeinträchtigt wird. Dafür stand eine Skala von 0 = „gar nicht“ bis 5 = „sehr stark“ zur Verfügung. Tabelle 6 stellt die Ergebnisse für beide Städte als Rangreihe dar.

Tabelle 6: Rangreihe erlebter Beeinträchtigungen der Lebensqualität im Stadtteil; Mittelwerte
(Skala von 0 = „gar nicht“ bis 5 = „sehr stark“, 947 ≤ n ≤ 1037)

Rangreihe erlebter Beeinträchtigungen in Heidelberg		Rangreihe erlebter Beeinträchtigungen in Ravensburg	
	M		M
1. Belästigung durch Lärm	3,59	1. Belästigung durch Lärm	3,49
2. Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes	3,59	2. Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes	2,88
3. herumliegender Müll	2,95	3. herumliegender Müll	2,84
4. Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	2,68	4. Alkoholkonsum auf Plätzen, Straßen etc.	2,76
5. Alkoholkonsum auf Plätzen, Straßen etc.	2,63	5. Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	2,63
6. mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen	2,52	6. mutwillige Beschädigungen an Gebäuden/ Grundstücken	2,27
7. mutwillige Beschädigungen an Gebäuden/ Grundstücken	2,12	7. mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen	2,18
8. Diebstähle im öffentlichen Raum	1,74	8. mutwillige Beschädigungen an Haltestellen, Verkehrszeichen etc.	2,04
9. mutwillige Beschädigungen an Haltestellen, Verkehrszeichen etc.	1,73	9. Diebstähle im öffentlichen Raum	1,80
10. Graffiti-schmierereien	1,68	10. Raubüberfälle im öffentlichen Raum	1,63
11. sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum	1,51	11. Drogenkonsum in der Öffentlichkeit	1,63
12. Raubüberfälle im öffentlichen Raum	1,26	12. sex. Belästigungen im öffentlichen Raum	1,61
13. Drogenkonsum in der Öffentlichkeit	1,08	13. Graffiti-schmierereien	1,47

Tabelle 6 zeigt, dass die Rangreihen erlebter Beeinträchtigungen in beiden Städten viele Gemeinsamkeiten aufweisen. In Heidelberg wie in Ravensburg werden Beeinträchtigungen der Lebensqualität durch öffentlichen Alkoholkonsum und durch mögliche Begleit- und Folgeerscheinungen (Lärm, Müll, Verunreinigungen, Schlägereien, Sachbeschädigungen) erlebt. Zugleich ist in einigen Bereichen eine lokal differierende Intensität der erlebten Beeinträchtigung festzustellen. So sind in Heidelberg die aufgrund von Verunreinigungen durch Urin oder Erbrochenes, Beschädigungen an Fahrzeugen sowie Graffiti-schmierereien erlebten Beeinträchtigungen stärker als in Ravensburg, während dort öffentlichem Drogenkonsum und Raubüberfällen, aber auch mutwilligen Beschädigungen an Verkehrsanlagen mehr Bedeutung beigemessen wird.

5.5. Sicherheits- und Vermeideverhalten

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welches Verhalten sie zeigen, "um mögliche Gefährdungen oder Beeinträchtigungen zu vermeiden oder zu verringern". Neben einer Reihe von Antwortvorgaben, für die eine Skala von 0 („nie“) bis 5 („sehr oft“) zur Verfügung stand, hatten sie die Möglichkeit, Verhaltensweisen selbst zu benennen.

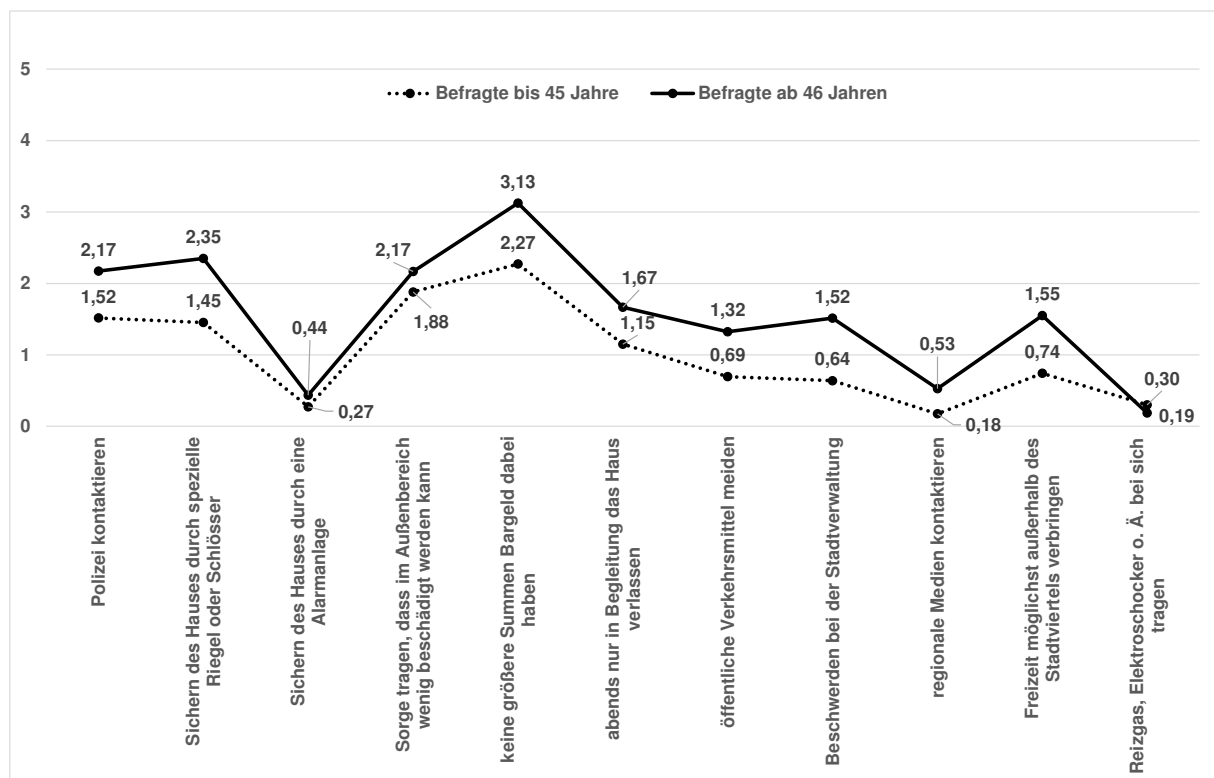


Abbildung 12: Heidelberg: Häufigkeit berichteten Sicherheits- und Vermeideverhaltens nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = „nie“ bis 5 = „sehr oft“; 943 ≤ n ≤ 986)

Abbildung 12 verdeutlicht auf den ersten Blick Unterschiede in den Verhaltensweisen zur Vermeidung oder Verringerung von Gefährdungen bzw. Beeinträchtigungen zwischen den jüngeren Befragten und den Anwohnerinnen und Anwohnern ab 46 Jahren. Die Befragten ab 46 Jahren geben nahezu durchgängig an, der eigenen Sicherheit dienende Verhaltensweisen häufiger zu zeigen als die jüngeren Befragten. Die einzige Ausnahme ist das Mitführen von Reizgas, Elektroschockern oder Ähnlichem, das insgesamt sehr selten, dabei aber von den Jüngeren etwas häufiger berichtet wird¹. Zugleich sind die relativen Häufigkeiten über die Altersgruppen hinweg recht ähnlich. Jüngere wie Ältere nennen als häufigste Maßnahme, möglichst keine großen Summen an Bargeld mit sich zu führen, das Sichern des Hauses durch spezielle Riegel oder Schlösser, die Sorge darum, dass im Außenbereich wenig beschädigt werden kann und schließlich auch das Einschalten der Polizei.

¹ Dies spiegelt Befunde aus anderen Studien zur Altersabhängigkeit von Vorsichts- und Vermeideverhalten wieder, vgl. etwa Görgen (2010), Görgen, Herbst & Rabold (2010), Greve (1998; 2004a; 2004b).

Die Befragten hatten die Möglichkeit, darüber hinaus weitere sicherheitsdienliche Verhaltensweisen anzugeben. In Heidelberg wurden vor allem folgende öfter genannt:

- abends oder nachts das Haus nicht mehr verlassen (n = 14),
- Meiden bestimmter Straßenzüge oder Gegenden ab dem späten Abend (n = 11),
- Engagement in Bürgerinitiativen (n = 8) und
- direkte Ansprache der Betrunkenen (n = 6).

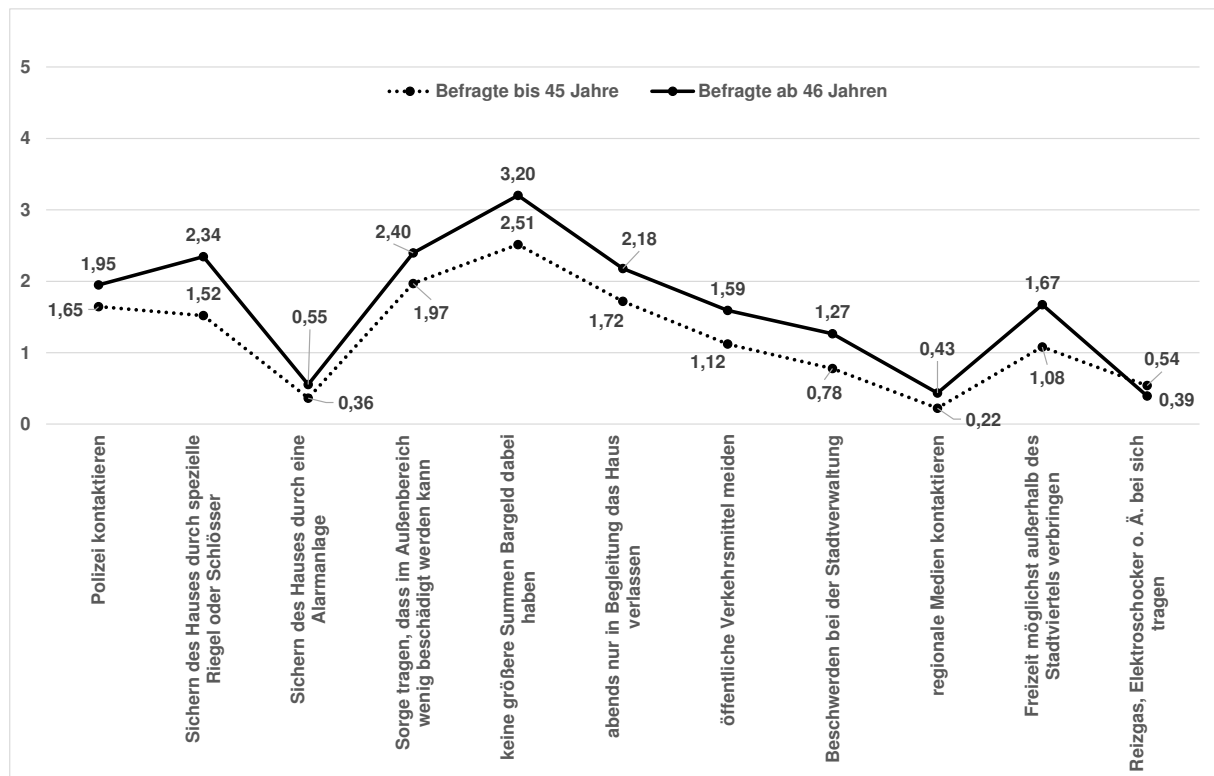


Abbildung 13: Ravensburg: Häufigkeit berichteten Sicherheits- und Vermeidungsverhaltens; Mittelwerte (Skala von 0 = nie bis 5 = sehr oft; 991 ≤ n ≤ 1018)

Auch unter den Ravensburger Befragten sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen deutlich erkennbar. Wie Abbildung 13 verdeutlicht, zeigen Befragte ab 46 Jahren alle genannten Verhaltensweisen häufiger als jüngere Befragte – wiederum mit Ausnahme des Mitführens abwehrender Mittel. Die am häufigsten genannten Verhaltensmuster sind denen in Heidelberg sehr ähnlich. Zusätzlich gaben die Ravensburger Befragten u.a. an:

- erhöhte Aufmerksamkeit zeigen, aufpassen (n = 8),
- nachts nicht aus dem Haus gehen (n = 12) und
- bestimmte Straßenzüge oder Gegenden ab dem späten Abend meiden (n = 10).

5.6. Wahrgenommener Handlungsbedarf

Die Bürgerinnen und Bürger der beiden Städte wurden gefragt, was aus ihrer Sicht insbesondere im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. künftig unternommen werden sollte. Dabei hatten die Befragten die Möglichkeit, sich zu 16 vorgegebenen Handlungsansätzen zu äußern. Ihnen war ein weiteres Item vorangestellt, das lautete "Alles ist gut so, wie es ist." und alltagssprachlich zum Ausdruck brachte, dass kein Handlungsbedarf gesehen wird. Die Antworten der Heidelberger Bürgerinnen und Bürger sind in Tabelle 7 in einer Rangreihe nach Prozent der Zustimmungen sortiert abgebildet.

Tabelle 7: Heidelberg: von Befragten wahrgenommener Handlungsbedarf (% Befürwortung)

Rang	Maßnahme	%
1	Stärkere Kontrolle der Alkoholabgabe an Minderjährige	70,4
2	Stärkere Polizeipräsenz im Stadtteil	67,7
3	Zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer	55,0
4	Bessere Suchtaufklärung für junge Menschen	49,2
5	Verstärkte Alkoholkontrollen im Verkehr an Wochenenden	44,4
6	Mehr Beratungsangebote für Suchtgefährdete	38,5
7	Stärkere Förderung von Schallschutz an Wohngebäuden	36,7
8	Zeitlich begrenztes Alkoholkonsumverbot auf öff. Plätzen, Straßen etc. im Stadtteil	33,9
9	Frühere Schließzeiten der Gaststätten	27,9
10	Generelles Alkoholkonsumverbot auf öff. Plätzen, Straßen etc. im Stadtteil	26,2
11	Ausweitung der Zeiten des Alkoholverkaufsverbots an Tankstellen, Kiosken, Supermärkten	25,2
12	Früheres Ende des Alkoholausschanks im Freien nachts	24,5
13	Reduktion der Zahl der Gaststätten im Stadtteil	20,0
14	Alkoholkonsumverbot an bestimmten Orten im Stadtteil	18,2
15	Preiserhöhung für Alkohol	17,3
16	Reduktion der Zahl der Alkoholverkaufsstellen im Stadtteil	16,9
17	„Alles ist gut so, wie es ist.“ [kein Handlungsbedarf]	16,5

Den höchsten Anteil an Zustimmung geben die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger der Aussage, dass die Alkoholabgabe an Minderjährige stärker kontrolliert werden solle (70,4 %). Auch fordern viele Befragte (67,7 %) eine stärkere Polizeipräsenz im Stadtteil und sprechen sich für zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer (55,0 %) aus. Neben einer besseren Suchtaufklärung für junge Menschen (49,2 %) sprechen sich viele Befragte auch für verstärkte Alkoholkontrollen im Verkehr an den Wochenenden aus (44,4 %). Unter den vorgegebenen Handlungsansätzen erfährt die Forderung nach einer Reduktion der Anzahl an Alkoholverkaufsstellen die geringste Zustimmung (16,9 %). Auch Preiserhöhungen für Alkohol werden in Heidelberg nur von relativ wenigen Befragten befürwortet (17,3 %). Etwa jeder sechste Befragte (16,5 %) vertritt die Sichtweise, dass alles in Ordnung ist und kein Handlungsbedarf besteht.

In der Befragung wurden drei Items verwendet, die sich auf ein mögliches Alkoholkonsumverbot bezogen. Diese betrafen ein generelles Konsumverbot im öffentlichen Raum ("auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc.") im Stadtteil, ein zeitlich eingegrenztes Konsumverbot sowie eines, das selektiv auf bestimmte Orte im Stadtteil beschränkt ist. Wie Tabelle 7 zeigt, liegen die Raten der Befürworter

je nach Variante zwischen 18% und 34%. Die Gruppe derjenigen, die mindestens eine dieser drei Varianten unterstützen, umfasst 56,3 % der Heidelberger Befragten.

Betrachtet man den geforderten Handlungsbedarf nach Altersgruppen, ergibt sich für Heidelberg ein differenzierteres Bild (vgl. Abbildung 19 und Abbildung 20 im Anhang). Bei den meisten Ansätzen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Befürwortung mit dem Alter erkennbar. Deutlich wird dies z.B. bei der Forderung nach einer stärkeren Polizeipräsenz im Stadtteil: während diese Aussage bei den unter 25-jährigen Befragten 46,6 % Zustimmung erfährt, beträgt der Anteil der Befürworter in der Altersgruppe über 65 Jahre 88,1 %. Für mindestens eine Form von Alkoholkonsumverboten in der Öffentlichkeit sprechen sich in Heidelberg in der Altersgruppe bis 25 Jahre 33,1 % aus, während der Anteil in der Gruppe der ältesten Befragten mit 78 % mehr als doppelt so hoch ist.

Dieser kontinuierliche Anstieg der Befürwortung mit dem Alter wird gespiegelt durch eine mit dem Alter geringer werdende Zustimmung zu der Aussage, es sei alles gut und es bestehe somit kein Handlungsbedarf. Die Gruppe der jüngsten Befragten stimmt dieser Aussage zu 31,5 % zu, während es bei der Gruppe der ältesten Befragten Heidelbergs nur noch 6,3 % sind.

Die Befürwortung der Förderung von Schallschutzmaßnahmen an Wohngebäuden weicht ebenfalls von dem allgemeinen Trend ab. Diesen Ansatz befürworten in Heidelberg 53,9 % der Befragten unter 25 Jahren; dann nimmt die Zustimmung mit dem Alter ab (26,0 % in der Gruppe der 46- bis 65-jährigen Befragten) und erreicht in der Altersgruppe über 65 Jahre wieder einen etwas höheren Grad der Zustimmung (28,9 %).

Zugleich lässt sich feststellen, dass jene Maßnahmen, die insgesamt den stärksten Rückhalt haben, auch unter den jüngsten Befragten viele Befürworter finden. So sprechen sich in der Altersgruppe bis 25 Jahre 62,4 % für eine stärkere Kontrolle der Alkoholabgabe an Minderjährige und je 46,6 % für eine stärkere Polizeipräsenz sowie für verstärkte Alkoholkontrollen bei Verkehrsteilnehmern an den Wochenenden aus.

Eine Betrachtung der Befürwortung von Maßnahmen nach Geschlecht der Befragten zeigt für Heidelberg recht große Parallelen zwischen Männern und Frauen (vgl. Abbildung 21 und Abbildung 22 im Anhang). Es wird deutlich, dass Frauen etwas mehr als Männer stärkere Kontrollen der Alkoholabgabe an Minderjährige befürworten (73,5 % zu 67,3 %) und Preiserhöhungen für Alkohol unterstützen (19,4 % zu 15,2 %). Männer in Heidelberg unterstützen einerseits eher ein generelles Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. im Stadtteil (28,3 % zu 24,4%), sehen andererseits etwas häufiger als Frauen keinen Handlungsbedarf (17,9 % zu 14,7 %).

Tabelle 8 zeigt die Rangreihe der Befürwortung von Maßnahmen in Bezug auf Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. in Ravensburg.

Tabelle 8: Ravensburg: von Befragten wahrgenommener Handlungsbedarf (% Befürwortung)

Rang	Maßnahme	%
1	Stärkere Kontrolle der Alkoholabgabe an Minderjährige	79,8
2	Stärkere Polizeipräsenz im Stadtteil	69,1
3	Bessere Suchtaufklärung für junge Menschen	64,1
4	Zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer	51,4
5	Mehr Beratungsangebote für Suchtgefährdete	47,5
6	Verstärkte Alkoholkontrollen im Verkehr an Wochenenden	43,8
7	Generelles Alkoholkonsumverbot auf öff. Plätzen, Straßen etc. im Stadtteil	35,4
8	Ausweitung der Zeiten des Alkoholverkaufsverbots an Tankstellen, Kiosken, Supermärkten	32,8
9	Stärkere Förderung von Schallschutz an Wohngebäuden	31,6
10	Zeitlich begrenztes Alkoholkonsumverbot auf öff. Plätzen, Straßen etc. im Stadtteil	30,3
11	Preiserhöhung für Alkohol	24,8
12	Alkoholkonsumverbot an bestimmten Orten im Stadtteil	23,6
13	Früheres Ende des Alkoholausschanks im Freien nachts	23,0
14	Reduktion der Zahl der Alkoholverkaufsstellen im Stadtteil	19,9
15	Frühere Schließzeiten der Gaststätten	19,0
16	„Alles ist gut so, wie es ist.“ [kein Handlungsbedarf]	12,7
17	Reduktion der Zahl der Gaststätten im Stadtteil	9,5

Auch in Ravensburg sprechen sich die Befragten vor allem für eine intensivere Kontrolle der Alkoholabgabe an Minderjährige (79,8 %) und eine stärkere Polizeipräsenz im Stadtteil (69,1 %) aus. Knapp zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine bessere Suchtaufklärung junger Menschen (64,1 %) und etwas über die Hälfte (51,4 %) zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer. In Ravensburg fand der Wunsch nach einer Reduktion der Gaststättenanzahl mit nur 9,5 % die geringste Zustimmung. 12,7 % der Befragten sehen in Ravensburg keinen Handlungsbedarf.

Auch hier wurde die Frage nach möglichen Alkoholkonsumverboten dreifach gestuft gestellt. Für ein generelles Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. im Stadtteil sprachen sich 35 % der Befragten aus, für die zeitlich bzw. örtlich begrenzte Variante 30 % bzw. 24 %. 62,9 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Ravensburg plädierten für mindestens eine der drei Formen.

Auch für Ravensburg lässt sich die Befürwortung von Maßnahmen unter Altersgesichtspunkten betrachten (vgl. Abbildung 23 und Abbildung 24 im Anhang). Hier ist ebenfalls insgesamt ein Anstieg der Zustimmung mit dem Alter erkennbar, der allerdings weniger eindeutig ausfällt als in Heidelberg. So gibt es neben dem Anstieg der Befürwortung einer stärkeren Polizeipräsenz (unter 25-jährige Befragte: 56,3 %; über 65-jährige Befragte: 79,1 %) sowie mindestens einer Form von Alkoholkonsumverboten (jüngste Altersgruppe: 51,8 %, älteste Altersgruppe: 83,1 %) einige Maßnahmen, die einen solchen Alterstrend nicht aufweisen. Hierzu gehört – wie in Heidelberg – die Förderung von Schallschutzmaßnahmen an Wohngebäuden stärker zu fördern. Die Zustimmung beträgt in der Gruppe der bis 25-jährigen 42,9 %, sinkt in der Altersgruppe der 46- bis 65-jährigen auf 23,3 % ab und steigt unter den ältesten Befragten wieder auf 30,8 % an. Ähnliche Ausnahmen bilden

auch die Ansätze, Alkoholkontrollen im Verkehr an den Wochenenden zu verstärken und alkoholisierten Störern den Aufenthalt im Stadtteil zeitlich begrenzt zu untersagen.

Auch in Ravensburg entspricht dem Trend der zunehmenden Befürwortung von Maßnahmen mit dem Alter eine geringer werdende Zustimmung zu der Aussage, es sei alles gut und es bestehe kein Handlungsbedarf. So stimmt rund ein Fünftel der jüngsten Altersgruppe (20,5 %) dieser Aussage zu, während es unter den ältesten Befragten lediglich 8 % sind.

Zugleich kann für Ravensburg festgestellt werden, dass sich hier wiederum auch die jüngsten Befragten in beträchtlichem Maße für jene Maßnahmen aussprechen, die unter den Befragten insgesamt sehr starken Rückhalt haben. Unter den Befragten in der Gruppe bis 25 Jahre unterstützen 74,1 % die stärkere Kontrolle der Alkoholabgabe an Minderjährige und 56,3 % eine Intensivierung der Polizeipräsenz im Stadtteil.

Auch in Ravensburg unterscheiden sich Sichtweisen von Männern und Frauen nur wenig voneinander (vgl. Abbildung 25 und Abbildung 26 im Anhang). Eine Zunahme der Alkoholkontrollen im Verkehr an den Wochenenden wird von 48,4 % der weiblichen Befragten, aber nur von 38 % der Männer unterstützt. 72,4 % der Frauen und 66,7 % der Männer befürworten mehr Polizeipräsenz im Stadtteil. Eine stärkere Kontrolle der Alkoholabgabe an Minderjährige im Stadtteil sehen 83,1 % der Frauen und 75,7 % der männlichen Befragten als sinnvoll an.

5.7. Wahrgenommene Zuständigkeiten für zu ergreifende Maßnahmen

Neben den Maßnahmen, welche aus Sicht der Befragten im Hinblick auf mit Alkoholkonsum assoziierte Problemlagen im öffentlichen Raum eingeleitet werden sollten, wurden auch die diesbezüglich von den Befragten wahrgenommenen Zuständigkeiten erfragt („Wer ist aus Ihrer Sicht dafür zuständig, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen?“). Die Antworten konnten auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht“) bis 5 („voll und ganz“) gegeben werden. Abbildung 14 zeigt zunächst Befunde aus Heidelberg in Abhängigkeit vom Alter der Befragten.

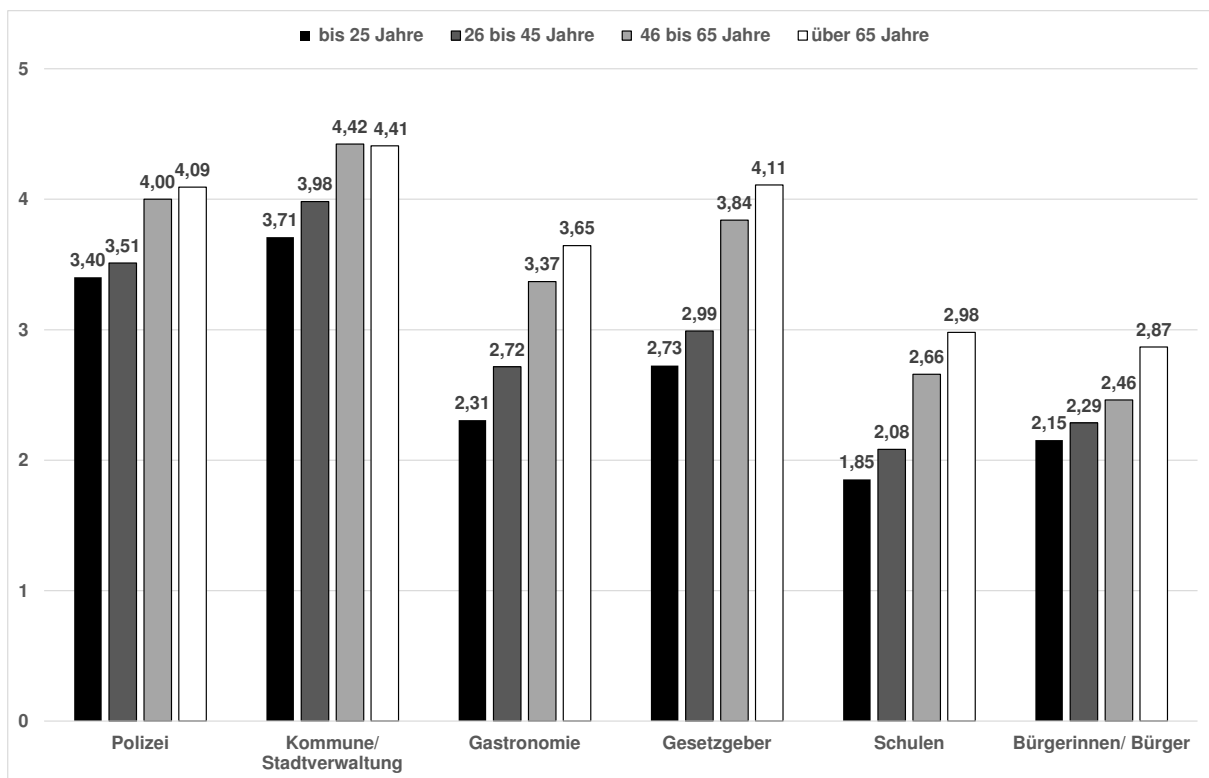


Abbildung 14: Heidelberg: wahrgenommene Zuständigkeit für die Einleitung bzw. Umsetzung von Maßnahmen nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = überhaupt nicht bis 5 = voll und ganz; $825 \leq n \leq 966$)

Es fällt auf, dass die zugeschriebene Zuständigkeit über alle Akteure hinweg mit dem Alter der Befragten zunimmt. Alle Altersgruppen sprechen der Kommune und der Polizei in relativ hohem Maße eine Problem- bzw. Problembewältigungszuständigkeit zu. Insbesondere ältere Befragte sehen ein hohes Maß an Zuständigkeit auch auf der Ebene der Gesetzgebung. Die Gastronomie wird – hier mit ausgeprägten Differenzen nach dem Alter der Befragten – etwas weniger in der Pflicht gesehen. Noch einmal deutlich hiervon abgesetzt folgen die Schulen und schließlich die Bürgerinnen und Bürger selbst. Als weitere zuständige Personen oder Institutionen wurden über die Nennungen in der Abbildung hinaus das Ordnungsamt sowie die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten angegeben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für Ravensburg (vgl. Abbildung 15). Auch hier sehen die Befragten über 65 Jahre im Wesentlichen die Kommune bzw. die Stadtverwaltung, die Polizei sowie den Gesetzgeber für zuständig, die befürworteten Maßnahmen einzuleiten bzw. umzusetzen. Auch in Ravensburg zeigt sich nahezu über alle Items hinweg ein kontinuierlicher Anstieg des zugeschriebenen Grades der Zuständigkeit für die Einleitung von Maßnahmen mit dem Alter der Befragten. Auch die Ravensburger Befragten halten über die genannten Zuständigkeiten hinaus im Wesentlichen die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten für verantwortlich.

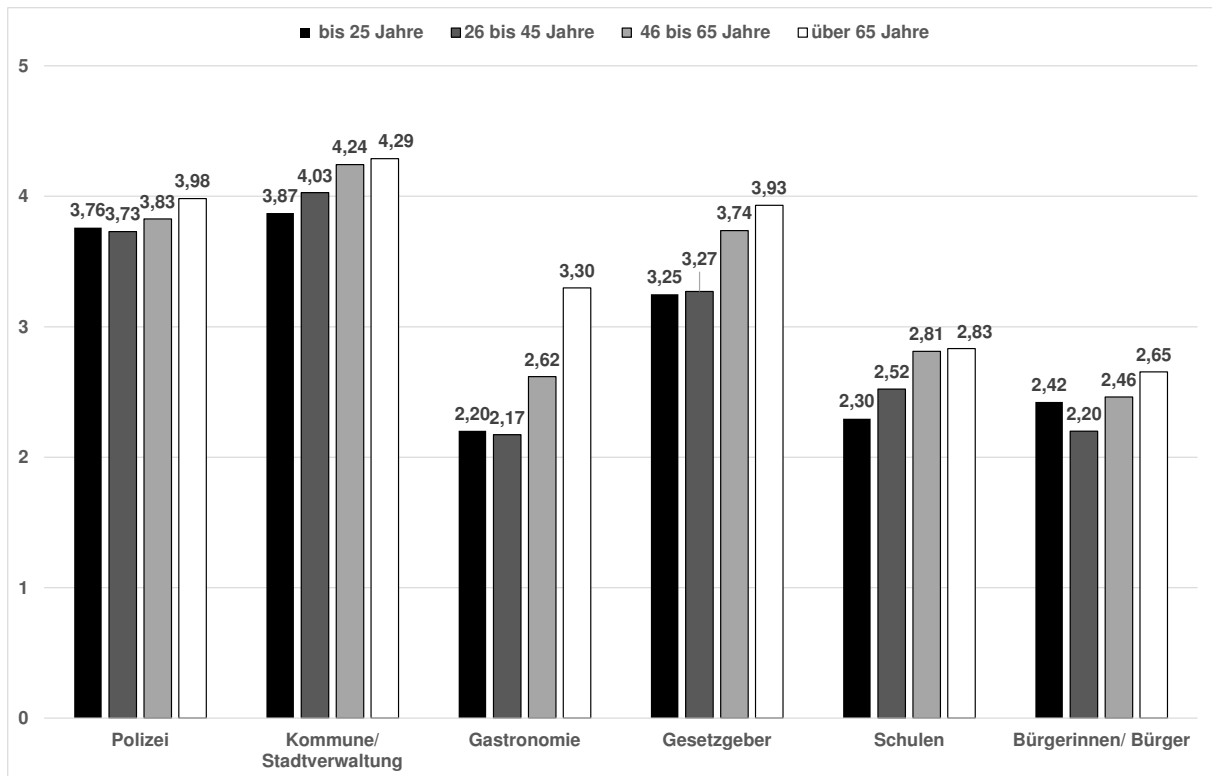


Abbildung 15: Ravensburg: wahrgenommene Zuständigkeit für die Einleitung bzw. Umsetzung von Maßnahmen nach Alter der Befragten; Mittelwerte (Skala von 0 = überhaupt nicht bis 5 = voll und ganz; $852 \leq n \leq 983$)

6. Zusammenfassung und Diskussion

Der vorliegende Bericht ist ein Resultat der Tätigkeit der unter Leitung des Innenministeriums Baden-Württemberg eingerichteten Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ und stellt Durchführung und Ergebnisse zweier Bevölkerungsbefragungen in den baden-württembergischen Städten Heidelberg und Ravensburg dar. Zu den Zielen der Arbeitsgruppe gehörte es, unter Berücksichtigung des wissenschaftlichen Forschungsstandes erfolgversprechende präventive und repressive Ansätze zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum zu identifizieren, um diese in einem Maßnahmenpaket zusammenzufassen, umzusetzen und nach einem definierten Zeitraum auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Landesweit wurden vor dem Hintergrund polizeilicher Erkenntnisse und Wahrnehmungen so genannte alkoholbedingte Problemlagen identifiziert und u.a. auch in Teilen der Altstädte von Heidelberg und Ravensburg gesehen. Sie stellen sich in beiden Städten unterschiedlich dar: Während die Heidelberger Altstadt vor allem durch eine Party- und Eventszene geprägt wird, richtet sich das Augenmerk in Ravensburg darüber hinaus auch auf örtliche Trinkertreffs, Jugendliche oder Klienten einer Substitutionspraxis.

Die Befragung bezieht die Sichtweisen der im Bereich solcher Problemlagen ansässigen Wohnbevölkerung systematisch ein. Sie richtete sich an die gesamte Bevölkerung der beiden innerstädtischen Bereiche ab dem Alter von 16 Jahren. Die Befragungen hatten zum Ziel, die Perspektive derjenigen, die als Anwohner mutmaßlich unmittelbar und fortgesetzt von etwaigen mit Alkoholkonsum in Verbindung stehenden Problemlagen betroffen sind, mittels eines standardisierten Instruments zu erheben.

Thematisch konzentrierte die Befragung sich auf die Wahrnehmung des jeweiligen Stadtteils und dort bestehender Probleme durch die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Erfahrungen mit lokalen Problemlagen, die in Zusammenhang mit Alkoholkonsum stehen können, ihre subjektive Sicherheit und ihr individuelles Sicherheitsverhalten, ihre Erfahrungen als Opfer von Straftaten und als von Ordnungsstörungen Betroffene sowie auf von ihnen wahrgenommene Handlungsbedarfe und Zuständigkeiten.

Die Grundlage für die Bestimmung der Gruppe der zu Befragenden bildeten Angaben der jeweiligen Einwohnermeldeämter. Die Befragung wurde zwischen Anfang September und Mitte Oktober 2013 durchgeführt. Der Versand erfolgte durch das Innenministerium Baden-Württemberg, die ausgefüllten Bögen wurden direkt an die Deutsche Hochschule der Polizei gesendet. 4793 Anwohnerinnen und Anwohnern konnte anhand der Meldeadresse ein Fragebogen übermittelt werden. Insgesamt wurden 2137 ausgefüllte Fragebögen zurückgeschickt, was einer Gesamt-Ausschöpfungsquote von 44,6 % entspricht. Die Beteiligung war in Ravensburg mit 46,9 % noch etwas höher als in Heidelberg (42,4 %).

Die Befragung der Wohnbevölkerung in zwei polizeilicherseits als „alkoholbedingte Problemlagen“ identifizierten innerstädtischen Zonen in Heidelberg und Ravensburg hat u.a. Folgendes gezeigt:

- Die Thematik interessiert und bewegt bedeutsame Teile der Bevölkerung. Dafür spricht zum einen die Teilnahmequote an beiden Orten, die insbesondere mit Blick auf die schriftlich-postalische Durchführungsform als hoch anzusehen ist, zum anderen aber auch die in den Antworten der Befragten sichtbar werdenden Erfahrungen und Einschätzungen. Die

Teilnahmebereitschaft ist mit dem Alter dergestalt verknüpft, dass vor allem sehr junge Befragte (bis 25 J.) unter- und ältere Befragte überrepräsentiert sind. Frauen haben sich in etwas stärkerem Maße, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspräche, an der Befragung beteiligt.

- Beide Stadtteile, in denen die Befragung durchgeführt wurde, werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Hinblick auf Merkmale wie Bildungseinrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel, die Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten überwiegend positiv bewertet. Auch die Wohn- sowie die Lebensqualität erhalten gute Durchschnittswerte. Einzig die Lebenshaltungskosten werden – insbesondere in Heidelberg - kritischer eingeschätzt. Die Attraktivität des Stadtteils als Wohnort wird von den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte ähnlich positiv beurteilt.
- Beide Stadtteile werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern tagsüber als sehr sicher erlebt. In beiden Städten fühlen sich die Befragten in der direkten Wohnumgebung noch etwas sicherer als im Stadtteil insgesamt. Nachts ist die subjektive Sicherheit vor allem bei älteren Befragten etwas geringer. Sicherheits- und Vermeiderverhalten ist in nahezu allen Erscheinungsformen bei älteren Befragten stärker ausgeprägt als bei Jüngeren. Zu den von Älteren häufiger gezeigten, der eigenen Sicherheit dienenden Verhaltensweisen gehört es etwa, keine größeren Summen Bargeld mit sich zu führen, das Haus durch spezielle Riegel oder Schlösser zu sichern und dafür Sorge zu tragen, dass im Außenbereich wenig beschädigt werden kann.
- Alkoholkonsum im öffentlichen Raum wird in beiden Städten als ein lokal bedeutsames Problem wahrgenommen. In Heidelberg und in Ravensburg stimmen jeweils rund 40 % der befragten Bürgerinnen und Bürger einer entsprechenden Aussage vollständig zu. Die Intensität des Problemerlebens nimmt mit dem Alter der Befragten zu und ist bei Frauen etwas stärker als bei Männern. Viele Bürgerinnen und Bürger in beiden Städten sehen sich durch öffentlichen Alkoholkonsum, vor allem aber durch mögliche Begleit- und Folgeerscheinungen wie Lärm, Müll, Verunreinigungen durch Urin und Erbrochenes, aber auch Schlägereien und Sachbeschädigungen in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt.
- In beiden Städten berichten viele Befragte, in den letzten zwölf Monaten im öffentlichen Raum in ihrem Stadtteil von Beleidigungen / Pöbeleien bzw. Sachbeschädigungen an Haus oder Grundstück betroffen gewesen zu sein. Sie bringen diese Delikte ganz überwiegend mit zum Tatzeitpunkt alkoholisierten Tätern in Verbindung. Hoch sind die Opferraten auch in Bezug auf Beschädigungen am Pkw sowie – dies vor allem in Heidelberg – Graffiti am Wohngebäude. Bei diesen Delikten sind die Befragten zurückhaltender hinsichtlich der Zuschreibung von Alkoholeinfluss auf Täterseite. Soweit – hier liegen die Viktimisierungsraten in den beiden lokalen Stichproben zwischen 5 und 7% - für den Zeitraum der letzten zwölf Monate von sexueller Belästigung oder von Körperverletzungen im öffentlichen Raum berichtet wird, liegen die Anteile als alkoholisiert wahrgenommener Täter bei mindestens zwei Drittel.
- Einen weiteren Schwerpunkt der Befragungen bildete der aus der Sicht der Befragten wahrgenommene lokale Handlungsbedarf ("Wenn Sie noch einmal an Lebensqualität und Sicherheit in Ihrem Stadtteil denken: Was sollte aus Ihrer Sicht insbesondere im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. künftig unternommen werden?"). In beiden Städten sprechen die Befragten sich vor allem für eine intensivierte und verbesserte Kontrolle der Abgabe von Alkohol an Minderjährige und für eine vermehrte Polizeipräsenz im Stadtteil aus. Bessere Maßnahmen der informierenden Suchtprävention für junge Menschen und der Beratung für Suchtgefährdung werden stark befürwortet. In Heidelberg wie in Ravensburg sprechen sich jeweils etwas mehr als 50% der Befragten für zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer aus ("Personen, die alkoholisiert für Unruhe sorgen, sollte für eine

bestimmte Zeit der Aufenthalt im Stadtteil verboten werden.“). In der Befragung wurden drei Items verwendet, die sich auf ein mögliches Alkoholkonsumverbot bezogen. Diese betrafen ein generelles Konsumverbot im öffentlichen Raum ("auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc.") im Stadtteil, ein zeitlich eingegrenztes Konsumverbot sowie eines, das selektiv auf bestimmte Orte im Stadtteil beschränkt ist. Während jede der Varianten für sich genommen in beiden Städten jeweils nur von – allerdings beträchtlichen – Minderheiten unterstützt wird, befürworten in Heidelberg insgesamt 56 % und in Ravensburg 63 % der Befragten in wenigstens einer der im Befragungsinstrument benannten Varianten die Einführung von Regelungen, welche den Alkoholkonsum im öffentlichen Raum im Stadtteil reglementieren. Rund 17 % der Befragten in Heidelberg und 13 % derjenigen in Ravensburg sehen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen keinen Handlungsbedarf ("Alles ist gut so, wie es ist.").

- Schließlich wurden die Bürgerinnen und Bürger auch nach der von ihnen wahrgenommenen Zuständigkeit für die Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen befragt. In beiden Städten wird vor allem der Kommune und der Polizei eine Problem- bzw. Problembewältigungszuständigkeit zugeschrieben. Insbesondere ältere Befragte sehen ein hohes Maß an Zuständigkeit auch auf der Ebene der Gesetzgebung.

Die Befragung von Bürgerinnen und Bürgern in zwei städtischen Bereichen, die als „alkoholbedingte Problemlagen“ identifiziert worden waren, ergänzt die übrigen von der Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ initiierten Datenerhebungen um die Perspektive der Wohnbevölkerung. Sowohl die starke Beteiligung – aus den bei der Planung der Befragung angestrebten 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind deutlich mehr als 2000 geworden – als auch die Ergebnisse der Befragung signalisieren die Relevanz der Thematik für die Bevölkerung. Es wird deutlich, dass die Befragten ihr jeweiliges Wohnumfeld, ihren Stadtteil überwiegend positiv beurteilen und als sicher erleben, sie zugleich aber in vielen Fällen ihre Lebensqualität durch öffentlichen Alkoholkonsum und das Verhalten unter Alkoholeinfluss stehender Menschen im öffentlichen Raum beeinträchtigt sehen. Die Befragten äußern sich zu aus ihrer Sicht im Hinblick auf die erlebte Problematik sinnvollen Maßnahmen. Dabei wird deutlich, dass die Anwohnerinnen und Anwohner insgesamt einen Weg befürworten, der unterschiedliche Handlungsansätze miteinander verknüpft. Dazu gehören Maßnahmen im Bereich des Jugendschutzes und der Suchtprävention und Suchtberatung ebenso wie stärker repressiv orientierte Ansätze. Zu letzteren gehören zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Personen, die zuvor bereits als Störer in Erscheinung getreten waren. Hier konnte von der befragten Bevölkerung keine rechtliche Abwägung erwartet werden; es ist davon auszugehen, dass die Befürwortung der Maßnahme sich im Wesentlichen auf die antizipierten Effekte und eine Wahrnehmung allgemeiner Problemangemessenheit gründet. Schließlich sprechen sich große Teile der Bevölkerung in beiden Stadtteilen auch in der einen oder anderen Form für die Einführung von Alkoholkonsumverboten im öffentlichen Raum aus; auch hier gilt das bezüglich rechtlicher Abwägungen oben Gesagte.

Eine Bürgerinnen- und Bürgerbefragung, wie sie hier durchgeführt wurde, erbringt weit über den bisherigen Erkenntnisstand hinausgehende Befunde zu den Erfahrungen und den Sichtweisen der Wohnbevölkerung in Stadtteilen, die durch öffentlichen Alkoholkonsum bzw. den Aufenthalt unter Alkoholeinfluss stehender Personen im öffentlichen Raum gekennzeichnet sind. Zugleich weist sie natürlich methodische wie inhaltliche Begrenzungen auf. Auch angesichts der sehr hohen Teilnahmequote ist zu konstatieren, dass es bei etwas mehr als der Hälfte der Bevölkerung nicht gelungen ist, sie aktiv in die Befragung einzubeziehen. Hierfür ist eine Vielzahl von Motiven und Hintergrundfaktoren in Betracht zu ziehen, zu denen Zeitmangel, fehlendes Interesse, eine generell ablehnende Haltung gegenüber der Teilnahme an Befragungen und Misstrauen gegenüber

Anonymitätsgarantierungen ebenso gehören wie sprachliche Probleme (die Befragung wurde ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt), kognitive und gesundheitliche Einschränkungen (da die Befragung sich an die gesamte Wohnbevölkerung ab dem vollendeten 16. Lebensjahr richtete, schloss sie u.a. auch hochaltrige Pflegebedürftige mit ein) oder möglicherweise auch eine kritische oder ablehnende Haltung gegenüber dieser spezifischen Befragung. Ferner ist die Perspektive der Befragung ganz auf diejenige der Wohnbevölkerung begrenzt. Sie bezieht die Nutzer des öffentlichen Raumes und insbesondere jene Gruppen, auf die sich etwaige Maßnahmen in erster Linie richten, nicht ein. Solche Untersuchungsansätze, wie sie etwa in der Arbeit von Böhmer (2013) für den Ravensburger Holzmarkt sichtbar werden, stellen eine bedeutsame Ergänzung zu den Sichtweisen der Anwohnerinnen und Anwohner dar.

Literatur

- Blasius, J. & Reuband, K.H. (1996). Postalische Befragungen in der empirischen Sozialforschung: Ausschöpfungsquoten und Antwortqualität. *Planung & Analyse*, 96 (1), 35-41.
- Böhmer, A. (2013). *Prekäre Sozialräume: Daten für Fragen der öffentlichen Steuerung von Marginalisierungsprozessen im Innenstadtbereich Ravensburgs*. Weingarten: Hochschule Ravensburg-Weingarten.
- De Leeuw, E. & de Heer, W. (2002). Trends in household survey nonresponse: A longitudinal and international comparison. In R.M. Groves, D.A. Dillman, J.L. Eltinge & R.J.A. Little (Eds.), *Survey nonresponse* (pp. 41-54). New York, NY: Wiley.
- Dillman, D.A. (2000). *Mail and internet surveys: the tailored design method*. Brisbane: Wiley.
- Dillman, D.A., Smyth, J.D. & Christian, L.M. (2009). *Internet, mail, and mixed-mode surveys. The tailored design method*. Hoboken, NJ: John Wiley & Sons.
- Görge, T. (2010). Viktimisierung von Senioren – empirische Daten und Schlussfolgerungen für eine alternde Gesellschaft. In B. Frevel & R. Bredthauer (Hrsg.), *Empirische Polizeiforschung XII: Demografischer Wandel und Polizei* (S. 123-147). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Görge, T., Herbst, S. & Rabold, S. (2010). Jenseits der Kriminalstatistik: Befunde einer bundesweiten Opferwerdungsbefragung. In T. Görge (Hrsg.), *Sicherer Hafen oder gefährvolle Zone? Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben alter Menschen* (S. 122-174). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Greve, W. (1998). Fear of crime among the elderly: Foresight, not fright. *International Review of Victimology*, 5, 277-309.
- Greve, W. (2004a). Fear of crime among older and younger adults: Paradoxes and other misconceptions. In H.J. Albrecht, T. Serassis & H. Kania (Eds.), *Images of crime II: Representations of crime and the criminal in politics, society, the media, and the arts* (pp. 167-186). Freiburg i.Br.: edition iuscrim.
- Greve, W. (2004b). Kriminalitätsfurcht bei jüngeren und älteren Menschen: Paradoxien und andere Missverständnisse. In M. Walter, H. Kania & H.J. Albrecht (Hrsg.), *Alltagsvorstellungen der Kriminalität* (S. 249-270). Münster: Lit.
- Groves, R.M. (2004). *Survey errors and survey costs*. Hoboken, NJ: John Wiley & Sons.
- Groves, R.M. (2006). Nonresponse rates and nonresponse bias in household surveys. *Public Opinion Quarterly*, 70 (5), 646-675
- Groves, R.M., Cialdini, R. & Couper, M. (1992). Understanding the decision to participate in a survey. *Public Opinion Quarterly*, 56, 475-495.

Groves, R.M. & Couper, M. (1998). *Nonresponse in household interview surveys*. New York: Wiley.

Groves, R.M. & Peytcheva, E. (2008). The impact of nonresponse rates on nonresponse bias - A meta-analysis. *Public Opinion Quarterly*, 72 (2), 167-189.

Sinclair, M., O'Toole, J., Malawaraarachchi, M. & Leder, K. (2012). Comparison of response rates and cost-effectiveness for a community-based survey: postal, internet and telephone modes with generic or personalised recruitment approaches. *BMC Medical Research Methodology*, 12 (1), 132.

Anhang I: Befragungsinstrument Bevölkerungsbefragung

Hier ist exemplarisch der in Heidelberg eingesetzte Fragebogen wiedergegeben. Das in Ravensburg eingesetzte Instrument ist inhaltlich bis auf die Bezugnahme auf die jeweilige Stadt (Titel, Stadtplanausschnitt) identisch.

„Lebenswerter öffentlicher Raum“ –

**eine Befragung von Anwohnerinnen und
Anwohnern der Heidelberger Altstadt**

Deutsche Hochschule der Polizei (Münster)

AG „Lebenswerter öffentlicher Raum“

September 2013

Sehr geehrte Anwohnerinnen und Anwohner der Altstadt von Heidelberg,

wie Sie vielleicht schon in den letzten Tagen der Presse entnehmen konnten, führen das Innenministerium Baden-Württemberg und die dort angesiedelte Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ in Kooperation mit der Deutschen Hochschule der Polizei (Münster) eine Befragung von Anwohnerinnen und Anwohnern Ihres Stadtteils durch. Die Befragung dient der Verbesserung von Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum. Um künftige Maßnahmen zielgerecht planen zu können, ist Ihre Sichtweise von besonderer Bedeutung.

Alle Menschen ab 16 Jahren, die im Bereich der Heidelberger Altstadt gemeldet sind (siehe beigefügter Kartenausschnitt), werden angeschrieben und um ihre Sichtweise gebeten. Es kann also sein, dass Ihr Haushalt mehrere Fragebögen erhält. Das ist kein Versehen; vielmehr sind die Erfahrungen jedes Einzelnen sehr wichtig. Die Teilnahme an der Befragung dauert erfahrungsgemäß ca. 15 Minuten.

Die Befragung wird selbstverständlich vollständig **anonym** ausgewertet. Rückschlüsse auf einzelne Personen oder Haushalte sind nicht möglich. Alle Ergebnisse werden nur in zusammengefasster Form veröffentlicht.

Wir bitten Sie, den Fragebogen auszufüllen und möglichst bis 25. September 2013 im beiliegenden Umschlag zurückzusenden; Portokosten entstehen Ihnen selbstverständlich nicht.

Sie möchten die Fragen lieber online beantworten? Gerne. Gehen Sie bitte auf folgende Homepage:

<http://umfrage-lebenswertestadt-1.de>

Anschließend werden Sie zur Eingabe dieser TAN aufgefordert: xxxxxx Diese TAN wurde zufällig gebildet und auf diesen Fragebogen aufgedruckt. Es besteht kein Bezug zu Ihrer Person. Sie dient lediglich dem Ausschluss der Mehrfachteilnahme an unserer Befragung. Taucht eine TAN wiederholt bei unseren Auswertungen auf, wird nur der zuerst eingesandte Fragebogen berücksichtigt.

Das Forschungsteam bedankt sich ganz herzlich für Ihre Mitarbeit. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Prof. Dr. Thomas Görgen (thomas.goergen@dhpol.de, 02501-806327) oder an Dipl.-Psych. Sarah Fisch (sarah.fisch@dhpol.de, 02501-806439).

Kartenausschnitt Altstadt Heidelberg



Hinweise und Beispiele zum Ausfüllen des Fragebogens

Bei den meisten Fragen bitten wir Sie, das am besten auf Sie zutreffende Feld anzukreuzen. Sie können dabei entweder zwischen verschiedenen vorgegebenen Antwortkategorien auswählen,

Beispiel:

Besitzen Sie ein Fahrrad?

☒ ja

☐ nein

oder Sie können Ihre Antwort abstimmen, je nachdem, was am ehesten auf Sie zutrifft:

Beispiel:

Wie zufrieden sind Sie mit dem öffentlichen Personennahverkehr in Ihrer Stadt?

sehr unzufrieden

sehr zufrieden

0

1

2

3

4

5

☐☐☐☒☐☐

Wenn in einer Frage eine solche **Linie** _____ vorkommt, schreiben Sie bitte Ihre Antwort auf die Linie.

Beispiel:

In welchem Jahr sind Sie geboren? 1969

Wenn Sie unter oder neben ihrer angekreuzten Antwortmöglichkeit einen solchen **Pfeil** → sehen, beantworten Sie bitte die Frage, die sich in Pfeilrichtung befindet, als nächstes.

Weitere Anweisungen und Erläuterungen sind im Fragebogen *kursiv* hervorgehoben.

Arbeiten Sie den Fragebogen bitte vollständig durch! Wenn keine der vorgegebenen Antworten genau auf Sie zutrifft, kreuzen Sie bitte das an, was Ihrer Meinung oder Ihren Erfahrungen am ehesten entspricht.

Zunächst einige Fragen zu Ihnen:

Ihr Geburtsjahr: 19_____ (bitte eintragen)

Ihr Geschlecht: ☐ weiblich
☐ männlich

Welchen Bildungsabschluss haben Sie bis jetzt erreicht?

- ☐ Volks-/ Hauptschule
- ☐ Realschule (mittlere Reife)
- ☐ Fachhochschul-/ Hochschulreife
- ☐ Fachhochschul-/ Hochschulabschluss
- ☐ (noch) kein Abschluss

Sind Sie zurzeit berufstätig?

- ☐ Ja, und zwar
 - ☐ in Vollzeit
 - ☐ in Teilzeit
- ☐ Nein, ich bin
 - ☐ arbeitslos
 - ☐ (Früh-) Rentner/in, Pensionär/in, Selbstständige/r im Ruhestand
 - ☐ im freiwilligen Wehrdienst / Bundesfreiwilligendienst
 - ☐ Schüler/in, Student/in, in Ausbildung
- ☐ Sonstiges, nämlich: _____ (bitte eintragen)

Was ist Ihr aktueller Familienstand?

- ☐ verheiratet / eingetragene Lebenspartnerschaft
- ☐ verwitwet
- ☐ ledig
- ☐ geschieden

Wie viele Personen leben derzeit in Ihrem Haushalt (Sie selbst mitgerechnet)?

_____ (bitte eintragen)

Und wie viele Personen in Ihrem Haushalt sind unter 18 Jahren? _____ (bitte eintragen)

Wie wohnen Sie zurzeit?

- ☐ In einer Mietwohnung
☐ In einem gemieteten Haus
☐ In einer Eigentumswohnung
☐ Im eigenen Haus
☐ Sonstiges, nämlich: _____ (bitte eintragen)

Seit wann wohnen Sie dort?

Seit dem Jahr ____ (bitte eintragen, z.B. 1997)

und zwar seit dem Monat ____ (bitte eintragen, z.B. 12 für Dezember)

Sie und Ihr Stadtteil

Wir möchten Ihnen einige Fragen zum Leben in Ihrem Stadtteil stellen: (Bitte machen Sie in jeder Zeile ein Kreuz!)

Wie bewerten Sie Folgendes in Ihrem Stadtteil (0 = sehr schlecht; 5 = sehr gut):

	sehr schlecht					sehr gut
	0	1	2	3	4	5
... die Arbeitsmöglichkeiten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Einkaufsmöglichkeiten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Bildungseinrichtungen (Schulen, Volkshochschulen, Hochschulen etc.)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Betreuungs-, Sozial- und Gesundheitsdienste (Kindergärten, Beratungseinrichtungen, Ärzte, Pflegedienste etc.)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Freizeitmöglichkeiten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die öffentlichen Verkehrsmittel?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... den Zusammenhalt unter den Bewohnern?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Lebenshaltungskosten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Wohnqualität?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Lebensqualität insgesamt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wie attraktiv finden Sie Ihren Stadtteil... (0 = überhaupt nicht attraktiv; 5 = sehr attraktiv)

	überhaupt nicht attraktiv				sehr attraktiv	
	0	1	2	3	4	5
... als Wohnort?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... für die Ansiedlung von Geschäften?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Sie an die Zukunft denken: Möchten Sie in 5 Jahren noch in Ihrem Stadtteil wohnen?

- ☐ ja, auf jeden Fall
☐ eher ja
☐ eher nein
☐ nein

Was könnte Sie bewegen, von hier wegzuziehen? (Bitte kreuzen Sie alles Zutreffende an.)

- ☐ berufliche Entwicklung
☐ Privates
☐ die Lebensqualität im Stadtteil
☐ Mieten / Immobilienpreise
☐ die Sicherheit im Stadtteil
☐ Sonstiges, nämlich: _____

(bitte eintragen)

Manchmal hört man die Einschätzung, dass Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw. sind hier nicht gemeint) Probleme für den Stadtteil schafft. Wie stehen Sie dazu? (0 = stimme überhaupt nicht zu; 5 = stimme voll und ganz zu)

Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
0	1	2	3	4	5
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wie sicher fühlen Sie sich normalerweise in der Umgebung Ihrer Wohnung und in Ihrem Stadtteil?

Ein Kreuz bei „0“ bedeutet „ich fühle mich gar nicht sicher“; „5“ bedeutet „ich fühle mich sehr sicher“. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Antwort abstimmen. Bitte machen Sie in beiden farblich hinterlegten Bereichen jeweils pro Zeile ein Kreuz!

	...in der Umgebung Ihrer Wohnung?						...im Stadtteil insgesamt?					
	gar nicht sicher					sehr sicher	gar nicht sicher					sehr sicher
	0	1	2	3	4	5	0	1	2	3	4	5
Wie sicher fühlen Sie sich tagsüber ...	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wie sicher fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit ...	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn über Probleme in Städten und Wohnvierteln gesprochen wird, kommen häufig bestimmte Themen zur Sprache. Wir nennen Ihnen einige davon und bitten Sie um Ihre Einschätzung, inwieweit diese Probleme in Ihrem Stadtteil von Bedeutung sind.

In welchem Maße erleben Sie folgende Dinge derzeit in Ihrem Stadtteil als Problem? (Bitte setzen Sie in jeder Zeile ein Kreuz!)

Inwieweit ist das aus Ihrer Sicht derzeit in Ihrem Stadtteil ein Problem?

(0 = gar kein Problem bis 5 = ein sehr großes Problem)

	gar kein Problem						ein sehr großes Problem					
	0	1	2	3	4	5	0	1	2	3	4	5
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw. sind nicht gemeint)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Belästigung durch Lärm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Herumliegender Müll	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsum von verbotenen Drogen in der Öffentlichkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Graffiti-Schmierereien an Gebäuden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Gebäuden / Grundstücken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Inwieweit ist das aus Ihrer Sicht derzeit
in Ihrem Stadtteil ein Problem?**

(0 = gar kein Problem bis 5 = ein sehr
großes Problem)

	gar kein Problem				ein sehr großes Problem	
	0	1	2	3	4	5
Mutwillige Beschädigungen an Haltestellen, Verkehrszeichen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diebstähle im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Raubüberfälle im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Etwas anderes, nämlich: _____ (bitte eintragen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Sie noch einmal an die genannten möglichen Probleme denken: Wo begegnen die Ihnen?
(bitte kreuzen Sie **alles** Zutreffende an)

	Ist aus meiner Sicht <u>kein</u> <u>Problem</u> im Stadtteil	<u>Ist ein</u> <u>Problem:</u> Direkt vor meinem Wohnhaus	<u>Ist ein</u> <u>Problem:</u> In meiner Straße	<u>Ist ein</u> <u>Problem:</u> Anderswo im Stadtteil
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Belästigung durch Lärm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Herumliegender Müll	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsum von verbotenen Drogen in der Öffentlichkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Graffiti-schmierereien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Gebäuden / Grundstücken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Haltestellen, Verkehrszeichen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Ist aus meiner Sicht <u>kein Problem</u> im Stadtteil	Ist ein <u>Problem</u> : Direkt vor meinem Wohnhaus	Ist ein <u>Problem</u> : In meiner Straße	Ist ein <u>Problem</u> : Anderswo im Stadtteil
Mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diebstähle im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Raubüberfälle im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Etwas anderes, nämlich:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>(bitte eintragen)</i>				

Wenn Sie an die genannten möglichen Probleme denken: **Wann**, also an welchen Tagen und zu welchen Zeiten, erleben Sie das als Problem?

		Das ist zu folgenden Zeiten ein Problem: <i>(bitte alles Zutreffende ankreuzen)</i>		Das ist an folgenden Tagen ein Problem: <i>(bitte alles Zutreffende ankreuzen)</i>	
	Ist aus meiner Sicht <u>kein Problem</u> im Stadtteil	Tagsüber (6 - 22 Uhr)	Nachts (22 - 6 Uhr)	Werktags	Wochenende
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lärm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Herumliegender Müll	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsum von verbotenen Drogen in der Öffentlichkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Graffiti-schmierereien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Gebäuden / Grundstücken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Haltestellen, Verkehrszeichen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

		Das ist zu folgenden Zeiten ein Problem: (bitte alles Zutreffende ankreuzen)		Das ist an folgenden Tagen ein Problem: (bitte alles Zutreffende ankreuzen)	
	Ist aus meiner Sicht <u>kein Problem</u> im Stadtteil	Tagsüber (6 - 22 Uhr)	Nachts (22 - 6 Uhr)	Werktags	Wochenende
Mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diebstähle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Raubüberfälle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewalt, Schlägereien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sexuelle Belästigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Etwas anderes, nämlich:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<hr/> (bitte eintragen)					

Jetzt möchten wir noch wissen: Wie sehr beeinträchtigen diese möglichen Probleme Ihre Lebensqualität?

Wie sehr fühlen Sie sich dadurch beeinträchtigt?

(0 = gar nicht; 5 = sehr stark)

	gar nicht					sehr stark
	0	1	2	3	4	5
Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Belästigung durch Lärm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Herumliegender Müll	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsum von verbotenen Drogen in der Öffentlichkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Graffiti-schmierereien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Gebäuden / Grundstücken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mutwillige Beschädigungen an Haltestellen, Verkehrszeichen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Wie sehr fühlen Sie sich dadurch beeinträchtigt? (0 = gar nicht; 5 = sehr stark)					
	gar nicht					sehr stark
	0	1	2	3	4	5
Mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diebstähle im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Raubüberfälle im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewalt, Schlägereien im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Denken Sie nun bitte an die letzten **12 Monate**: Ist es da vorgekommen, dass Sie selbst in Ihrem **Stadtteil im öffentlichen Raum** die folgenden Dinge erlebt haben? (Bitte kreuzen Sie an; wenn Sie in der ersten Spalte bei „ja“ ein Kreuz setzen, füllen Sie bitte auch die andere Spalte aus!)

Ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass	Ist mir in den letzten 12 Monaten im Stadtteil passiert	Wenn ja: Hatte dies nach Ihrer Einschätzung etwas damit zu tun, dass der Täter / die Täterin alkoholisiert war?
... Sie bestohlen wurden?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Sie beleidigt / angepöbelt wurden?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Sie geschlagen oder in anderer Weise körperlich angegriffen wurden?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Sie mit einer Waffe bedroht wurden?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht

Ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass	Ist mir in den letzten 12 Monaten im Stadtteil passiert	Wenn ja: Hatte dies nach Ihrer Einschätzung etwas damit zu tun, dass der Täter / die Täterin alkoholisiert war?
... Sie sexuell belästigt wurden?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Sie Graffiti-schmierereien am Haus hatten?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Ihr Haus oder Grundstück in anderer Weise beschädigt oder beschmutzt wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Ihr Pkw beschädigt wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... aus Ihrem Haus etwas gestohlen wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... aus Ihrem Pkw etwas gestohlen wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... Sie etwas anderes Vergleichbares erlebt haben, nämlich:	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
_____ (bitte eintragen)		

Denken Sie bitte noch einmal an die letzten 12 Monate: Ist es da vorgekommen, dass Sie selbst gesehen haben, dass jemand anderes im Stadtteil im öffentlichen Raum die folgenden Dinge erlebt hat? (Bitte kreuzen Sie zu jeder Frage „ja“ oder „nein“ an. Bei „ja“ kreuzen Sie bitte auch in der rechten Spalte die aus Ihrer Sicht passende Antwort an.)

Ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass Sie gesehen haben, dass jemand	Habe ich den letzten 12 Monaten im Stadtteil gesehen	Wenn ja: Hatte das Erlebnis Ihrer Einschätzung nach etwas mit Alkoholkonsum der Täterin / des Täters zu tun?
... bestohlen wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... geschlagen oder in anderer Weise körperlich angegriffen wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... mit einer Waffe bedroht wurde?	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein ↓	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht
... etwas anderes Vergleichbares erlebt hat, nämlich: <hr/> <hr/> (bitte eintragen)	<input type="checkbox"/> ja → <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht

Was tun Sie, um mögliche Gefährdungen oder Beeinträchtigungen zu vermeiden oder zu verringern? (Bitte kreuzen Sie an: 0 = nie bis 5 = sehr oft)

	nie					sehr oft
	0	1	2	3	4	5
Ich wende mich an die Polizei.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich sichere mein Haus / meine Wohnung durch spezielle Riegel oder Schlösser.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich sichere mein Haus / meine Wohnung durch eine Alarmanlage.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich Sorge dafür, dass im Außenbereich möglichst wenig beschädigt werden kann (z.B. Blumenkübel, Bepflanzung im Vorgarten).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich vermeide es, größere Summen Bargeld mit mir zu tragen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich gehe am Abend möglichst nur in Begleitung aus dem Haus.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich meide öffentliche Verkehrsmittel.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich beschwere mich bei der Stadtverwaltung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich wende mich an regionale Medien (Zeitung, Rundfunk usw.).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich verbringe meine Freizeit möglichst außerhalb des Stadtviertels.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich trage Reizgas, Elektroschocker oder Ähnliches bei mir, um mich wehren zu können.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich tue etwas anderes, nämlich:		1	2	3	4	5
_____		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
_____		1	2	3	4	5
(bitte eintragen)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Sie noch einmal an Lebensqualität und Sicherheit in Ihrem Stadtteil denken: Was sollte aus Ihrer Sicht insbesondere im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. künftig unternommen werden? *(Bitte kreuzen Sie alles aus Ihrer Sicht Zutreffende an.)*

- ☐ Alles ist gut so, wie es ist.
- ☐ Die Polizei sollte häufiger im Stadtteil unterwegs sein.
- ☐ Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte im Stadtteil generell verboten werden.
- ☐ Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte zu bestimmten Zeiten verboten werden.
- ☐ Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. sollte an bestimmten Orten im Stadtteil verboten werden, nämlich: _____ *(bitte benennen Sie den Ort / die Orte)*
- ☐ Die Zeiten des Verkaufsverbots von Alkohol an Tankstellen, Kiosken und in Supermärkten sollten ausgeweitet werden.
- ☐ Die Abgabe von Alkohol an Minderjährige sollte stärker kontrolliert werden.
- ☐ Die Preise für Alkohol sollten erhöht werden.
- ☐ Personen, die alkoholisiert für Unruhe sorgen, sollte für eine bestimmte Zeit der Aufenthalt im Stadtteil verboten werden.
- ☐ Die Polizei sollte an den Wochenenden mehr Alkoholkontrollen bei Verkehrsteilnehmern durchführen.
- ☐ Die Zahl der Alkoholverkaufsstellen (Supermarkt, Kiosk, Tankstelle) im Stadtteil sollte verringert werden.
- ☐ Die Zahl der Gaststätten im Stadtteil sollte verringert werden.
- ☐ Der Ausschank von Alkohol im Freien (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw.) sollte nachts früher enden müssen.
- ☐ Die Gaststätten im Stadtteil sollten nachts früher schließen müssen.
- ☐ Junge Menschen sollten besser über Suchtgefahren aufgeklärt werden.
- ☐ Es sollte mehr Beratung für Suchtgefährdete angeboten werden.
- ☐ Durch stärkere Förderung von Schallschutz an Wohngebäuden sollten die Anwohner besser vor Lärm geschützt werden.

Welche Vorschläge haben Sie sonst noch? Was sollte im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. künftig unternommen werden?

Wer ist aus Ihrer Sicht dafür zuständig, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen?
(Bitte kreuzen Sie an: 0 = überhaupt nicht bis 5 = voll und ganz)

	überhaupt nicht					voll und ganz
	0	1	2	3	4	5
... die Polizei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Kommune / Stadtverwaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Gastronomie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... der Gesetzgeber	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Schulen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... die Bürgerinnen / Bürger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... andere Personen oder Einrichtungen, nämlich:		1	2	3	4	5
<hr/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<hr/>		1	2	3	4	5
(bitte eintragen)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wir danken Ihnen sehr herzlich, dass Sie sich die Zeit genommen haben, diesen Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den ausgefüllten Bogen im beigefügten bereits adressierten Freiumschlag an:

Prof. Dr. Thomas Görgen
Projekt „Lebenswerter öffentlicher Raum“
Deutsche Hochschule der Polizei
Zum Roten Berge 18-24
48165 Münster

Das Forschungsteam bedankt sich ganz herzlich für Ihre Mitarbeit. Bei Rückfragen wenden Sie sich an Prof. Dr. Thomas Görgen (thomas.goergen@dhpol.de, 02501-806327) oder an Dipl.-Psych. Sarah Fisch (sarah.fisch@dhpol.de, 02501-806439).

Anhang II: Tabellen und Abbildungen

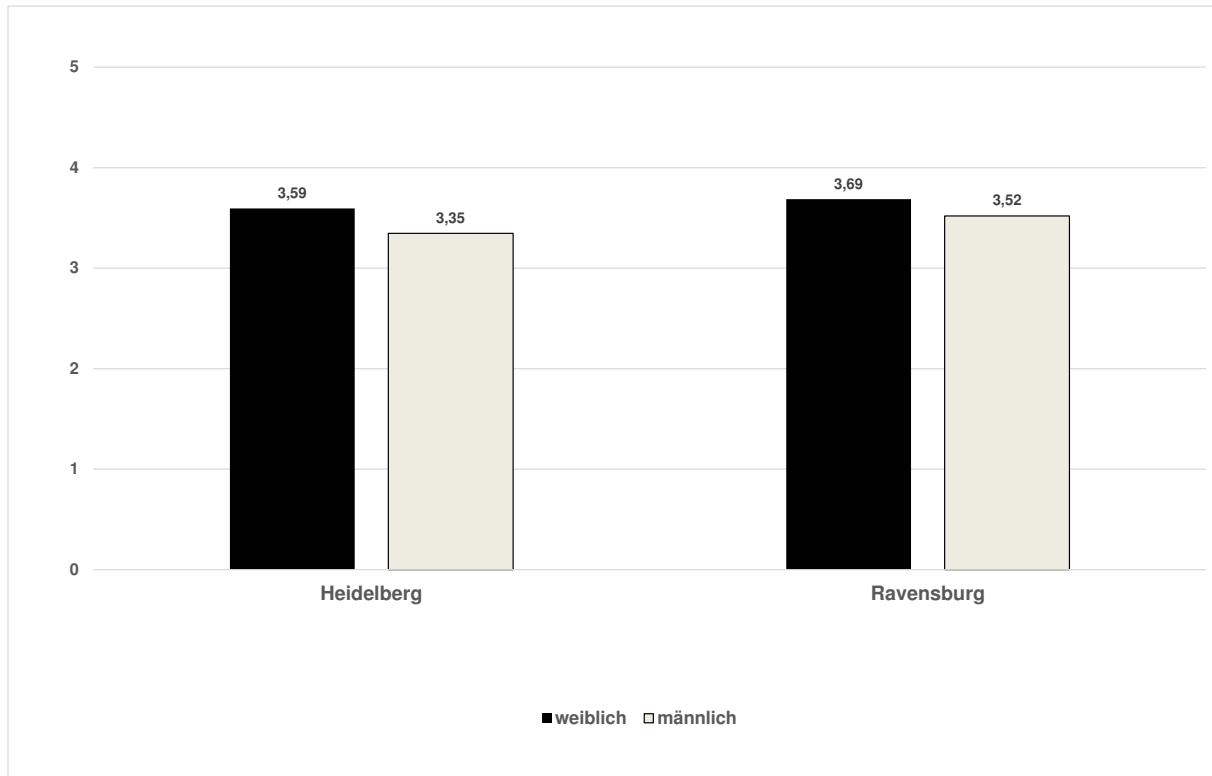


Abbildung 16: Zustimmung zur Aussage, dass „Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. (Biergärten, Tische vor Gaststätten usw. sind hier nicht gemeint) Probleme für den Stadtteil schafft“ nach Stadt und Geschlecht; Mittelwerte

(Skala von 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“, n = 2042)

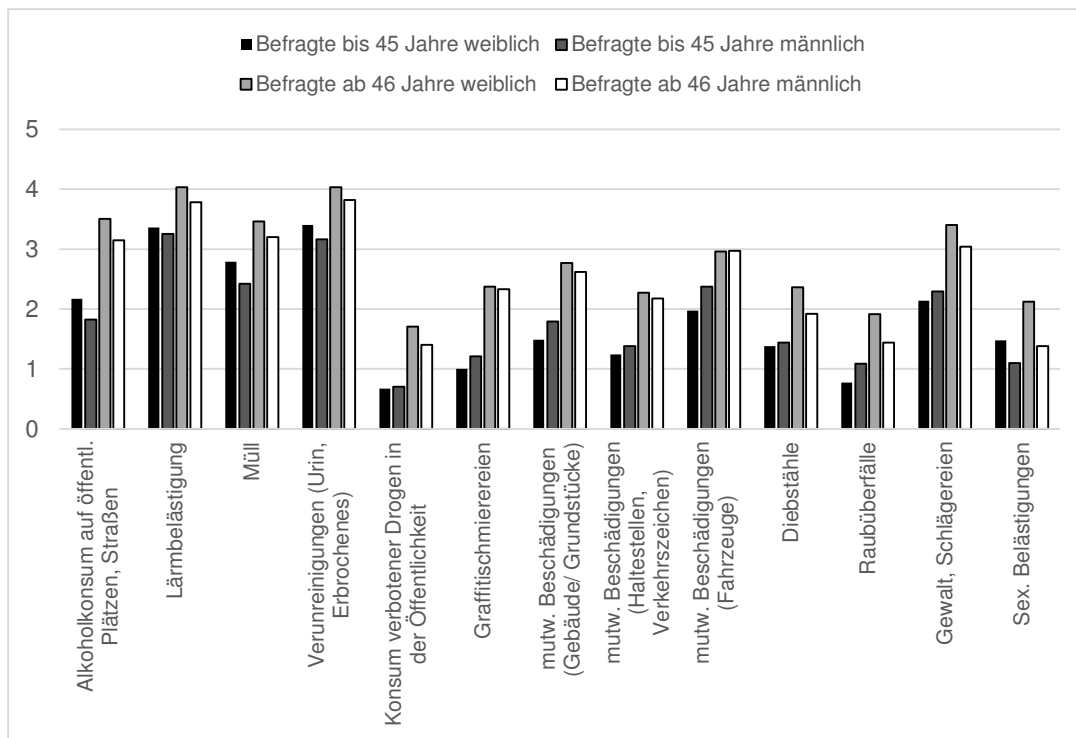


Abbildung 17: Heidelberg: Problemwahrnehmungen nach Geschlecht und Alter; Mittelwerte
(Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“, 978 ≤ n ≤ 1005)

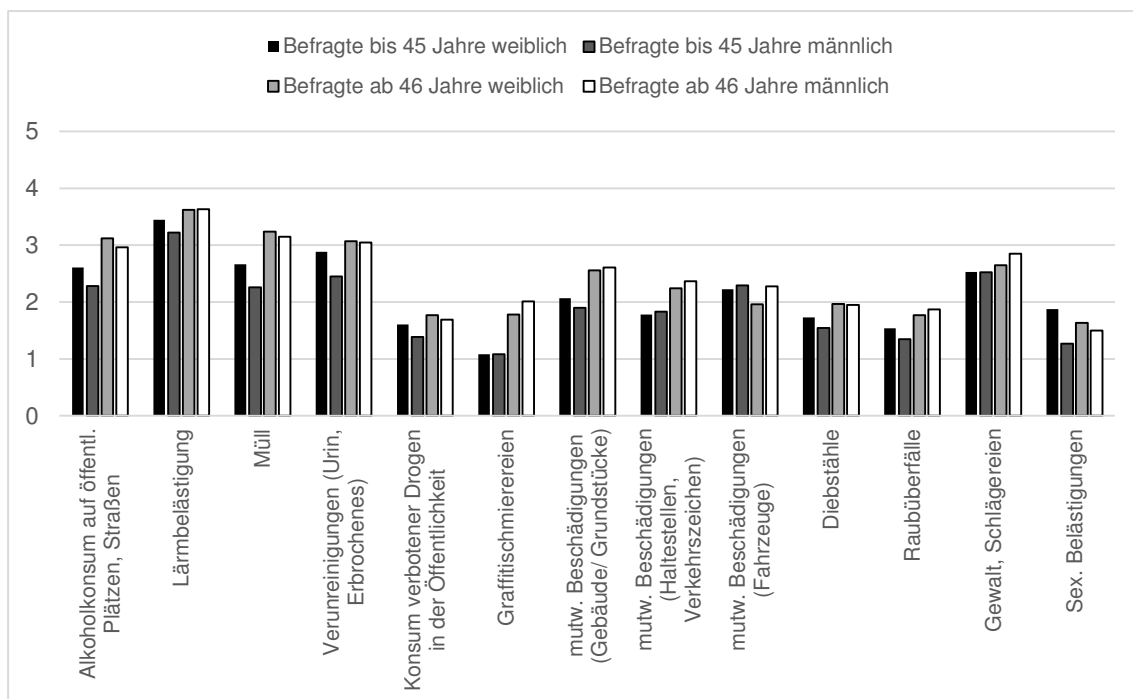


Abbildung 18: Ravensburg: Problemwahrnehmungen nach Geschlecht und Alter; Mittelwerte
(Skala von 0 = „gar kein Problem“ bis 5 = „ein sehr großes Problem“, 994 ≤ n ≤ 1043)

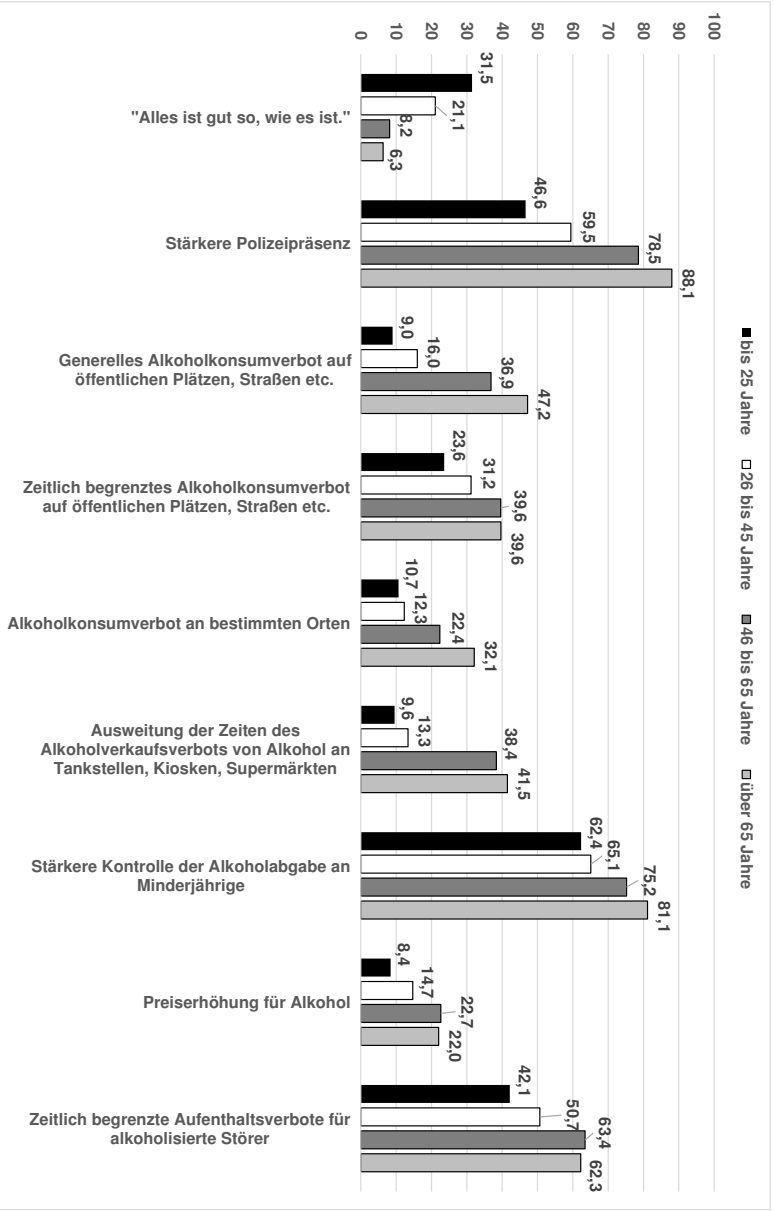


Abbildung 19: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 1)

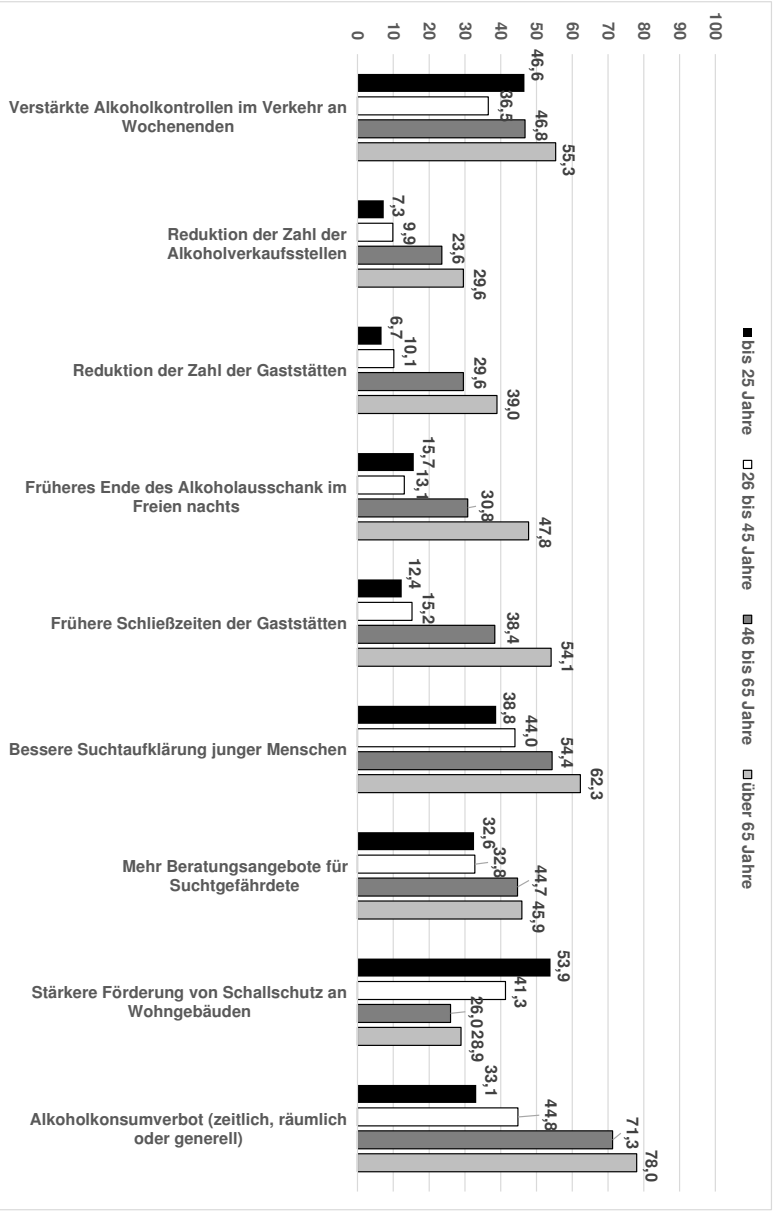


Abbildung 20: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 2)

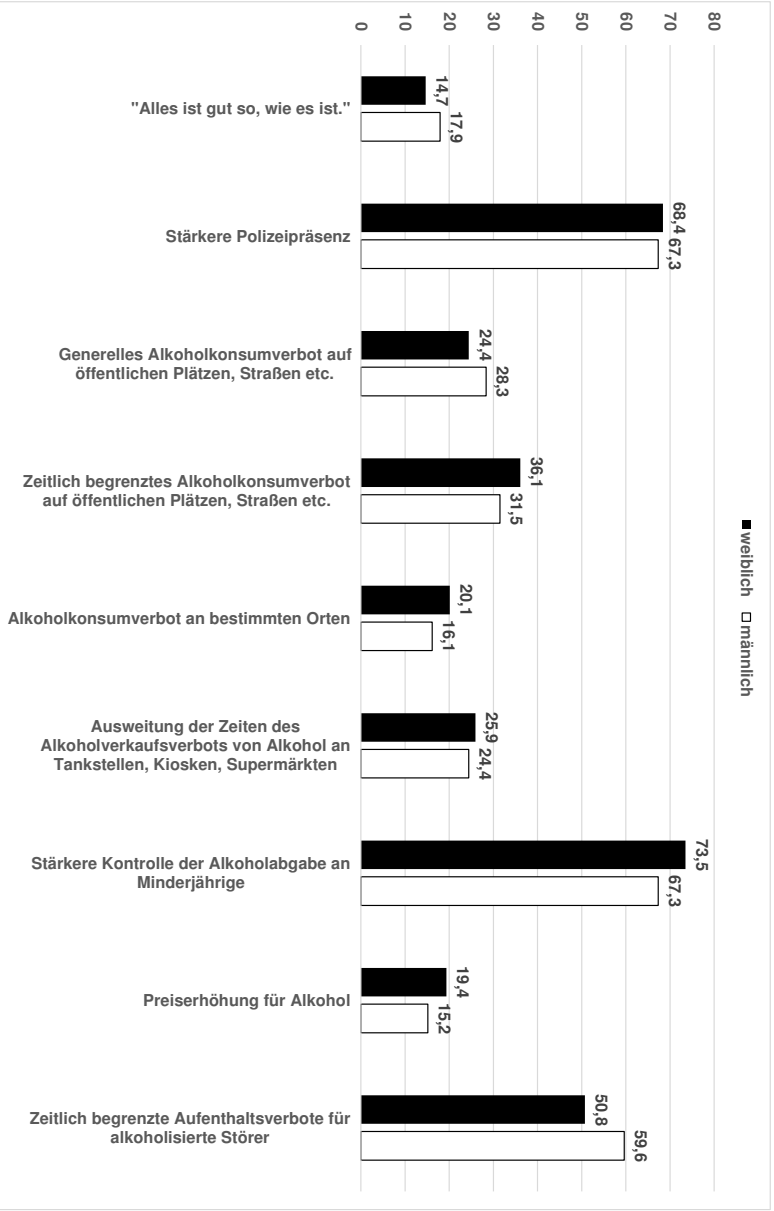


Abbildung 21: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 1)

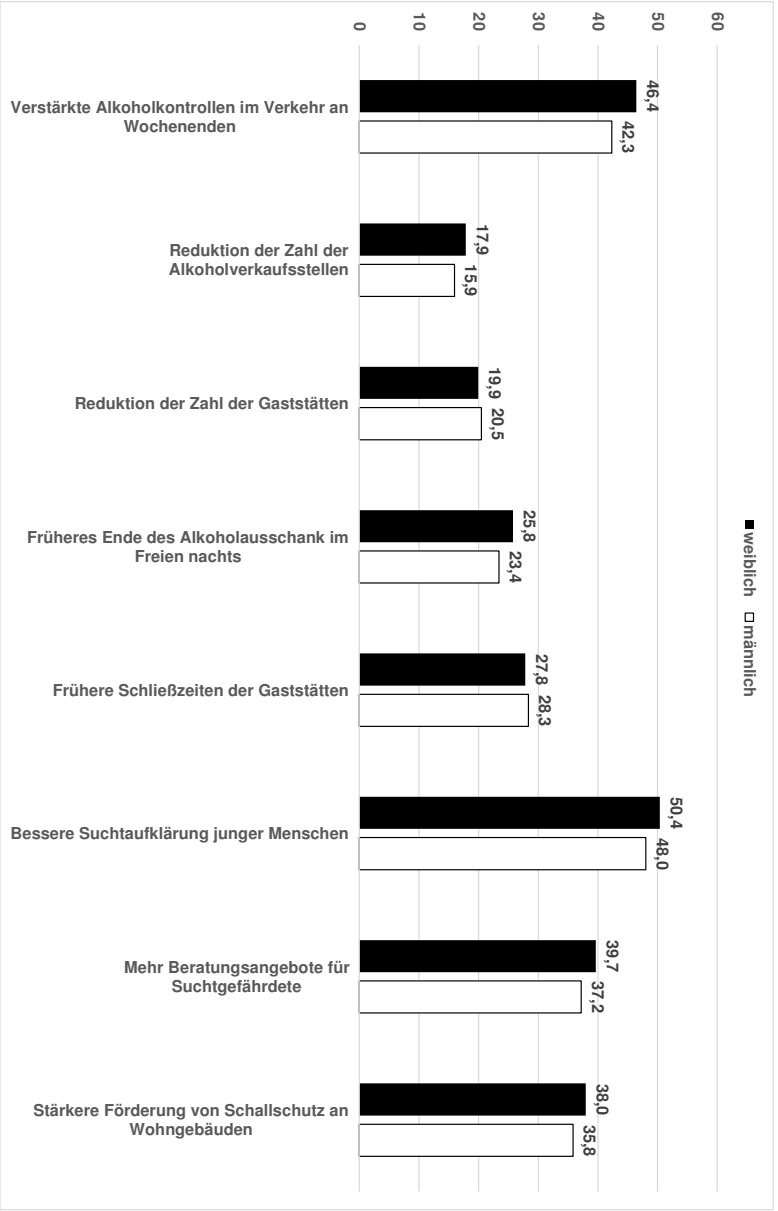


Abbildung 22: Heidelberg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 2)

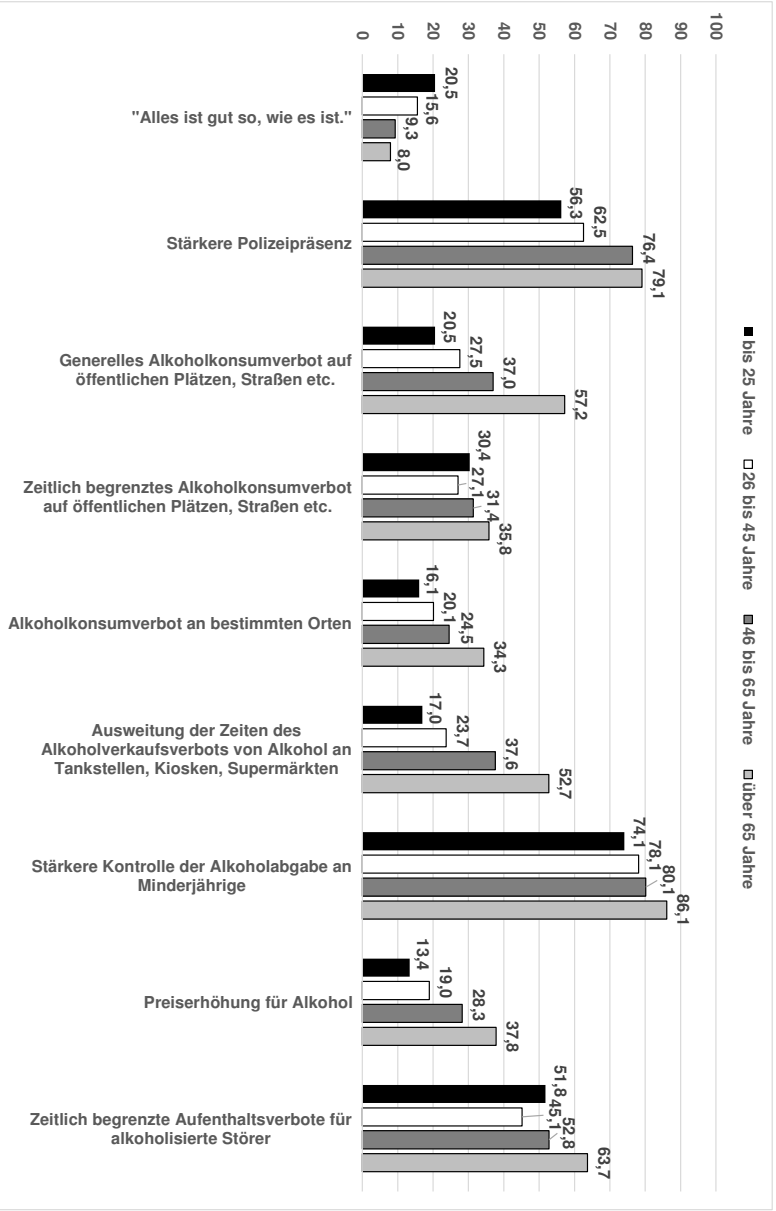


Abbildung 23: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 1)

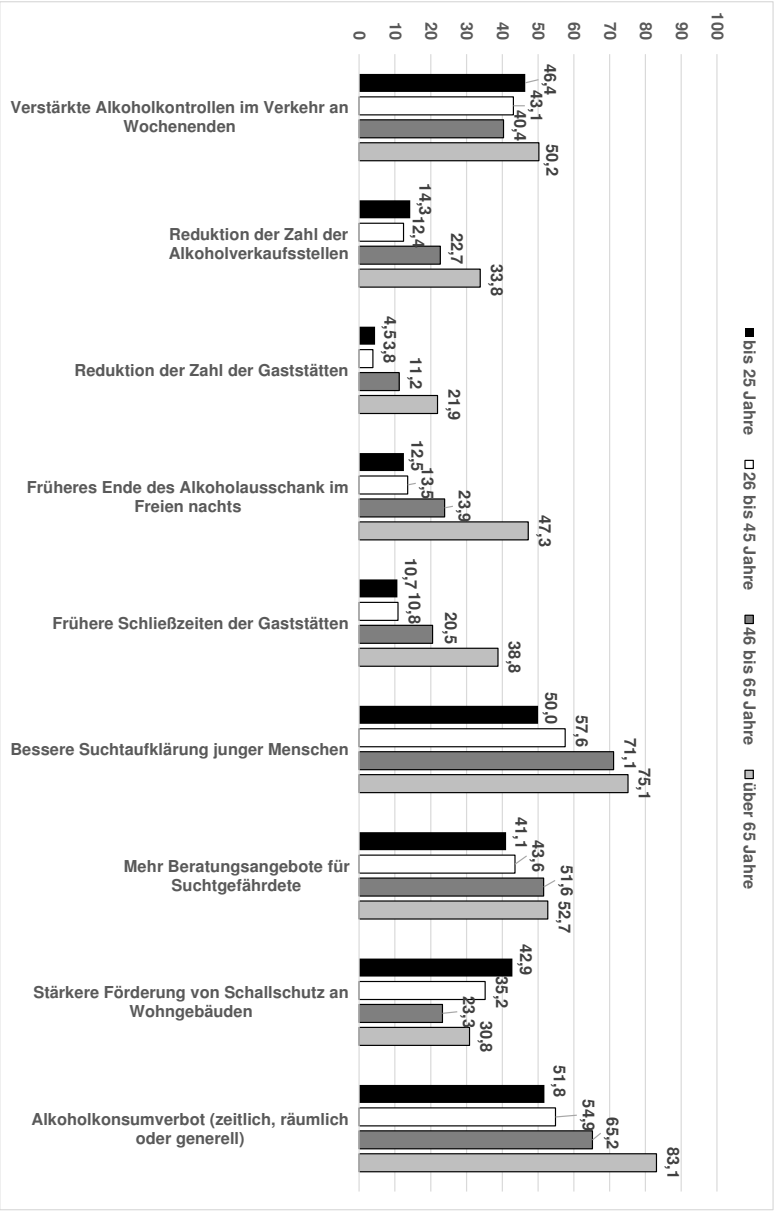


Abbildung 24: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Alter der Befragten; Angaben in % der Befragten (Teil 2)

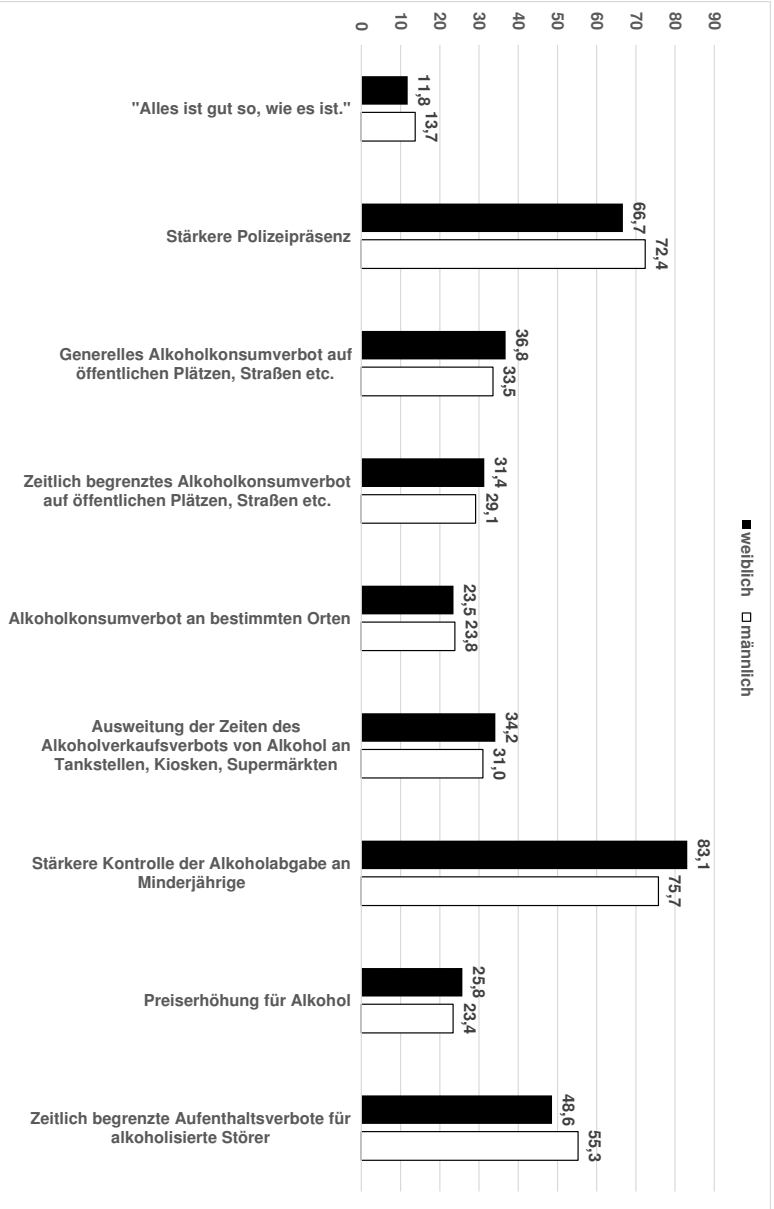


Abbildung 25: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 1)

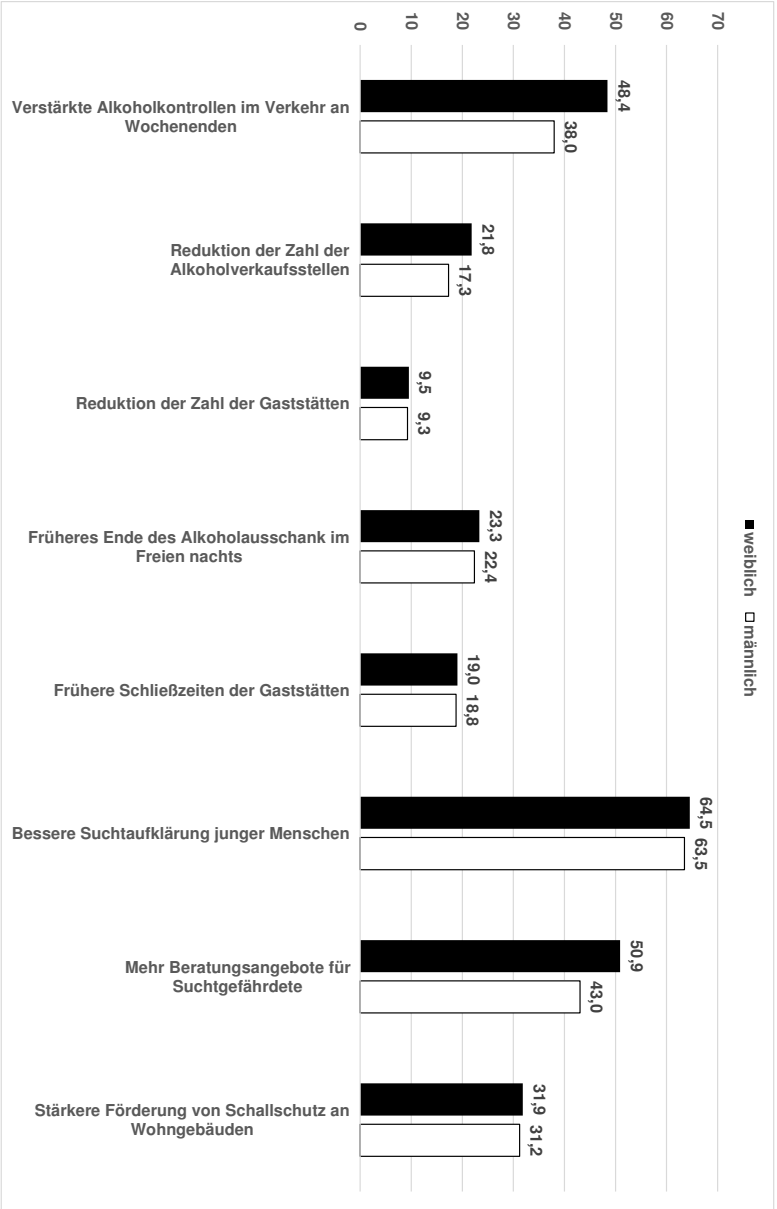


Abbildung 26: Ravensburg: Befürwortung von Maßnahmen im Hinblick auf den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, Straßen etc. nach Geschlecht; Angaben in % der Befragten (Teil 2)

Arbeitsgruppe
„Lebenswerter öffentlicher Raum“

Forschungsbericht

Prof. Dr. Max Hermanutz und Rüdiger Schilling M.A.
Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen
Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Einleitung	6
Arbeitspaket 1	6
Arbeitspaket 2	7
Forschungsmethoden	7
Datenerhebung 1 zu den Problemlagen in Baden-Württemberg	9
Ziele der Befragung	9
Methodenteil zur Datenerhebung 1.....	9
Entwicklung des Erhebungsbogens 1	9
Prüfung der Datenreliabilität	10
Schwierigkeiten beim Ausfüllen und Korrekturen der Erhebungsbögen.....	10
Beschreibung der Stichprobe	12
Datenauswertung.....	12
Ergebnisse zu den Problemlagen (Frage 1)	12
Zeitliche Eingrenzung der Problemlagen (Frage 2).....	14
Tageszeitliche Schwerpunkte der Problemlagen (Frage 2).....	16
Objektive Belastungen durch unterschiedliche Tatbestände (Frage 3).....	17
Ergebnisse zur absoluten Belastung.....	17
Ergebnisse zur relativen Belastung	32
Vergleichsflächen	34
Begünstigende Faktoren für Alkoholgenuss (Frage 4.1).....	37
Gruppierungen und Szenen (Frage 4.3)	38
Angaben zu repressiven und präventiven Maßnahmen (Frage 4.4)	41
Einschätzung gesetzgeberischer Maßnahmen (Frage 4.5)	43
Wunsch nach Ermächtigungsnorm	43
Erfahrungen mit Verfügungen oder Verordnungen.....	44

Verdrängungseffekte.....	45
Ausgewählte Städte für weitere Datenerhebungen	49
Auswahlvorschlag.....	49
Zusammenfassung 1 zu den Problemlagen in Baden-Württemberg	51
Datenerhebung 2 zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg	54
Ziele der Datenerhebung 2	54
Methodenteil zur Datenerhebung 2	54
Entwicklung des Erhebungsbogens 2	54
Prüfung der Datenreliabilität	55
Beschreibung der Stichprobe	55
Datenauswertung	56
Auswertung qualitativer Teil	56
Ergebnisse zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg	56
Maßnahme (Frage 1)	56
Ansatz, Zielgruppe und Zweck der Maßnahme (Frage 2)	57
Inhaltsanalyse der freitextlichen Antwort (Frage 2)	58
Zielgruppen.....	59
Zweck der Maßnahmen.....	60
Aussagekräftige Beschreibung der Maßnahme (Frage 3).....	61
Beschreibung der zu bewältigenden Problemlagen (Frage 4)	62
Ziele und Wirksamkeit der Maßnahme (Frage 5)	66
Status und Dauer der Maßnahme (Frage 6)	69
Weitere Angaben (Frage 7)	70
Auswahl von Städten für die Tiefenanalysen	70
Auswahl an Positivbeispielen für Prävention und Repression	72
Tauberbischofsheim	72
Rottweil	73
Landkreis Konstanz.....	74

Konstanz	74
Offenburg	76
Esslingen	76
Trinkerszene am Hauptbahnhof.....	76
Esslingen-Kirchheim	78
Friedrichshafen.....	79
Überlingen	79
Bad Säckingen (vgl. Erhebung 1 S.47)	79
Freudenstadt	80
Ravensburg.....	80
Aufnahme weiterer Kommunen in die Tiefenanalysen.....	80
Zusammenfassung 2 zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg	82
Zusatzdatenerhebungen von Straftaten in FR, HD und RV	83
Ziele der Zusatzdatenerhebung.....	83
Konstruktion der Fragebögen zur Zusatzdatenerhebung	83
Prüfung der Datenreliabilität	84
Datenauswertung	86
Stichprobe	86
Ergebnisse der Zusatzdatenerhebung	87
Straftaten.....	87
Zeiträume Straftaten	89
Beteiligte und Szenen	91
Alkoholeinwirkung bei den Beteiligten	92
Alkohol mitgeführt	92
Aggressionsdelikte.....	93
Aggressionsdelikte - Beschuldigte	93
Aggressionsdelikte - Geschädigte.....	96
Erklärungsansätze zum Verlauf der Sondererhebung bei Straftaten.....	99

Zehnjahresvergleich von Straftaten in Freiburg	100
Betrachtung von Straftaten in einem 10-Jahres-Zeitraum in Freiburg	100
Zusammenfassung – Zusatzdatenerhebung bei der Polizei in Baden-Württemberg.....	102
Betrachtung von Straftaten in einem 10-Jahres-Zeitraum in Freiburg	102
Erhebung 4 - Tiefenanalyse mit Methoden der qualitativ-empirischen Sozialforschung	103
Methodenteil der Tiefenanalyse mittels Experteninterviews	103
Methode der qualitativen Datenanalyse	106
Gesamtanalyse und Interpretation	109
Erste konzeptionelle Überlegungen anhand der einzelnen Codes	115
Zusammenfassung der Tiefenanalyse von Experteninterviews	179
Gesamtfazit zu den Hauptproblemen von drei unterschiedlichen Gruppierungen.....	184
Maßnahmenkatalog.....	185
Literatur	189
Anlagen.....	190

Einleitung

Mit dem Ziel der Beschreibung und der Analyse unterschiedlicher alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum, der Vorstellung wirksamer präventiver und repressiver Maßnahmen und der Erörterung möglicher Lösungsansätze, wurde am 24. Januar 2013 von Herrn Ministerpräsident Kretschmann der Runde Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ einberufen. Wesentliches Ergebnis des Runden Tisches war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG LÖR) unter Leitung des Innenministeriums. Diese soll unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Lösungsansätze fachlich bewerten und in einem Maßnahmenpaket mit erfolgversprechenden präventiven und repressiven Ansätzen zur Bewältigung alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum zusammenfassen. Die Arbeitsgruppenergebnisse werden dem Runden Tisch "Lebenswerter öffentlicher Raum" Ende dieses Jahres zur weiteren Befassung vorgelegt.

Eine zentrale Forderung des Runden Tisches „Lebenswerter öffentlicher Raum“ war die Erhebung und Bewertung einer aussagekräftigen und aktuellen Datengrundlage zu vermuteten dauerhaften bzw. periodisch wiederkehrenden alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum Baden-Württembergs. So wurde insbesondere eine fundierte Datenbasis eingefordert, die nicht allein auf polizeilichen Erkenntnissen beruht.

Forschungsauftrag

Alkoholkonsumbedingte Problemlagen im öffentlichen Raum sollen beschrieben und analysiert werden mit dem Ziel, mit geeigneten Maßnahmen darauf reagieren zu können.

Nach der fachlichen Prüfung und Aufarbeitung, kann das **Kernziel** der Arbeitsgruppe in Angriff genommen werden: Ein getreu dem „best-practice-Ansatz“ erstelltes und erfolgversprechendes Maßnahmenpaket zur präventiven und repressiven Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum (Auftaktsitzung Protokoll).

Die AG definierte dazu Arbeitspakete, die im Folgenden dargestellt sind.

Arbeitspaket 1

- Erhebung und Bewertung einer aussagekräftigen Datengrundlage zu vermuteten alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum (dauerhaft bzw. periodisch wiederkehrend).
- Darlegung der Zusammenhänge insbesondere von Gewalt und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden durch Darstellung der wissenschaftlichen Forschung insbesondere zu den Zusammenhängen von Alko-

holbeeinflussung und Gewaltdelinquenz auf Basis einer Literaturanalyse (Thomas Görgen, DHPol).

- Erhebung und Bewertung örtlicher alkoholkonsumbedingter Problemlagen.
- Tiefenanalyse ausgewählter örtlicher alkoholkonsumbedingter Problemlagen (in 3 Kommunen) mit Experteninterviews von Vertretern unterschiedlicher Institutionen, die durch die Problemlage tangiert werden.
- Begleitbögen in den Problemzonen von drei Kommunen zur Erfassung der aktuellen Straftaten von Juli bis September.
- Durchführung einer (repräsentativen) Umfrage zur Erhebung des Meinungsbilds in der (betroffenen) Bevölkerung hinsichtlich der örtlichen alkoholkonsumbedingten Problemlagen (Thomas Görgen, DHPol)

Arbeitspaket 2

- Erhebung und Bewertung bewährter präventiver Maßnahmen zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum und Erarbeitung eines präventiven Maßnahmenpakets durch Erhebung von Präventionsmaßnahmen bei Polizei und Kommunen, die sich zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen bewährt haben (Best-Practice-Beispiele). Es sollen auch die Erkenntnisse der Literatursauswertung im Arbeitspaket 1 einbezogen werden.
- Bewertung der gemeldeten Präventionsmaßnahmen und Identifizierung von Möglichkeiten, diese noch zielgerichteter aufeinander abzustimmen und zu vernetzen (präventives Maßnahmenpaket). Hierbei sind insbesondere Erfahrungen zu Alkoholtestkäufen zur Überwachung der Jugendschutzbestimmungen und zum Alkoholverkaufsverbot nach 22.00 Uhr (Kabinettsvorlage Frühjahr 2013) zu berücksichtigen.
- Experteninterviews in Bezug auf die im Arbeitspaket 1 für die Tiefenanalyse ausgewählten alkoholkonsumbedingten Problemlagen (in drei Kommunen) zu den Fragen welche identifizierten Präventionsmaßnahmen dort bereits umgesetzt sind, ob und welche weiteren präventiven Maßnahmen für die jeweilige Problemlage zielführend erscheinen.

Forschungsmethoden

Insgesamt werden vier Datenerhebungen durchgeführt wobei quantitative Methoden durch qualitative Methoden ergänzt werden.

1. Retrospektive Datenerhebung 1 mittels Fragebogen bei allen Polizeidienststellen zur Beschreibung der alkoholkonsumbedingten Problemlagen in allen Landkreisen von Baden-Württemberg.

2. Retrospektive Datenerhebung 2 mittels Fragebogen bei allen Polizeidienststellen zur Erfassung von bereits umgesetzten repressiven und präventiven Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den Problemlagen.
3. Prospektive Datenerhebung von aktuellen Straftaten ab Juli bis September 2013 in drei ausgewählten Problemzonen von drei Kommunen.
4. Qualitative Tiefenanalyse anhand von Experteninterviews mit Vertretern unterschiedlicher Institutionen.

Datenerhebung 1 zu den Problemlagen in Baden-Württemberg

Ziele der Befragung

Mit der Datenerhebung 1 bei allen Polizeidirektionen und Polizeipräsidien in Baden-Württemberg erfolgte eine Quantifizierung und polizeiliche Bewertung örtlicher alkoholkonsumbedingter Problemlagen in Baden-Württemberg im Jahr 2012.

Der „Erhebungsbogen 1 zu alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum“ diene somit einer ersten explorativen Befragung bei den Polizeidirektionen und Polizeipräsidien in Baden-Württemberg. Ziel war die Erfassung regionaler Problemlagen, um eine genaue Beschreibung dieser zu erhalten und um auf Basis dieser Datengrundlage Städte auszuwählen, die dann durch Befragungen von Experten unterschiedlicher Berufsgruppen und Institutionen detaillierter hinsichtlich präventiver und repressiver Maßnahmen in den bezeichneten Problemlagen exploriert werden sollten. Neben der genauen Bezeichnung und einer Beschreibung der alkoholkonsumbedingten Problemlage im öffentlichen Raum wurden mittels der Bögen weitere Variablen erfasst: Es erfolgten für das Jahr 2012 Angaben zu zeitlichen Schwerpunkten bzw. einer Eingrenzung des Zeitraums, eine Einschätzung der absoluten Belastung über eine jeweilige Quantifizierung der Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Belästigungen der Allgemeinheit und sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, und Daten zu relativen Belastung für das Jahr 2012. Anhand von Vergleichsflächen sollte überprüft werden, inwieweit sich die Belastung der alkoholkonsumbedingten Problemlage deutlich von anderen vergleichbaren Orten im Stadtgebiet unterscheidet. Schließlich wurden ergänzend Angaben zu begünstigenden Faktoren, der Prägung durch spezielle Szenen, zu bisherigen präventiven oder repressiven Maßnahmen und deren Bewertung sowie zur Einstellung gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen erhoben (vgl. Anhang 1, Erhebungsbogen 1).

Methodenteil zur Datenerhebung 1

Entwicklung des Erhebungsbogens 1

Bereits im Jahr 2009 hatte das Innenministerium Baden-Württemberg durch die Polizeidirektion Freiburg eine landesweite Erhebung durchgeführt, bei der die Polizeidienststellen in Baden-Württemberg gebeten wurden, Örtlichkeiten zu benennen und zu beschreiben, bei denen aus polizeilicher Sicht die Erforderlichkeit für ein Alkoholkonsumverbot zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht und eine entsprechende Regelung erfolgversprechend sein könnte. Ziel dieser Erhebung war es auch zu konkretisieren, in welchen Situationen und ab welcher Schwelle ein Alkoholkonsumverbot erforderlich und verhältnismäßig sein könnte. Die Ergebnisse inklusive des

verwendeten Erhebungsbogens sind im beigefügten Projektbericht "Sicherheit im öffentlichen Raum Polizeiverordnung Alkoholkonsumverbot" der Polizeidirektion Freiburg enthalten (Anlage 1). Auf Grundlage dieses Erhebungsbogens aus dem Jahr 2009 hat das Innenministerium Baden-Württemberg gemeinsam mit der Polizeidirektion Freiburg den Fragebogen der Arbeitsgruppe "Lebenswerter öffentlicher Raum" zur landesweiten Erhebung alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum entwickelt und mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe "Lebenswerter öffentlicher Raum" abgestimmt.

Prüfung der Datenreliabilität

Die Qualität der rückgemeldeten Daten wurde subjektiv anhand von Schulnoten eingeschätzt. Hierbei wurden die Quantität und Aussagekraft der Angaben auf den Erhebungsbögen als Beurteilungskriterien herangezogen, um die Reliabilität zu bestimmen. Eine deskriptive Analyse der Datenqualität für die 73 gemeldeten Problemlagen ergab, wie der folgenden Tabelle 1 zu entnehmen ist, dass insgesamt etwa 85 Prozent der Datengrundlage zwar nicht als optimal aber ausreichend bewertet wurde.

Tabelle 1

Häufigkeiten und Prozente der ermittelten Datenqualität (n=73).

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
sehr gut	2	2,3	2,7
gut	15	17,2	23,3
befriedigend	21	24,1	52,1
ausreichend	24	27,6	84,9
mangelhaft	8	9,2	95,9
ungenügend	3	3,4	100,0

Anmerkung. Daten mit einer Qualität von sehr gut bis ausreichend gelten als hinreichend zuverlässig. Die Prozentangaben beziehen sich auf die bezüglich ihrer Qualität beurteilten Bögen (n=73).

Im Rahmen der Datenanalyse zeigten sich keine bedeutenden Unterschiede in den Ergebnissen, je nachdem ob man alle Daten als Berechnungsgrundlage verwendete oder nur die Daten mit hinreichender Datenqualität einschloss. Daher werden im Folgenden die Ergebnisse des gesamten Datensatzes vorgestellt, da eine exploratorische Datenerhebung im Vordergrund stand und möglichst alle Informationen ausgewertet werden sollten.

Schwierigkeiten beim Ausfüllen und Korrekturen der Erhebungsbögen

Im Laufe der Erhebung 1 ergaben sich an einigen Stellen Schwierigkeiten in Hinblick auf organisatorische und methodische Aspekte, auf die im Folgenden eingegangen werden soll. So wurde von wenigen Polizeidienststellen eine erste, unkorrigierte Version des Erhebungsbogens ausgefüllt und zu-

rückgesendet, obwohl ein zweiter, modifizierter Fragebogen zeitnah zur Verfügung gestellt wurde. Eine Polizeidienststelle nannte zwar keine Problemlage mittels eines Erhebungsbogens, beschrieb aber in einem begleitenden Anschreiben eine Problemlage. Aus methodischer Perspektive waren die Antwortformate in den Erhebungsbögen teilweise zu frei vorgegeben, so dass sich die von den Polizeidienststellen gegebenen Antworten an der einen oder anderen Stelle überschneiden oder nicht im gewünschten, eindeutigen Format vorlagen. So war der Eintrag zu den Einwohnerzahlen offensichtlich nicht eindeutig genug beschrieben. Hier sollten beispielsweise die Einwohnerzahl der Problemfläche eingetragen und die Gesamteinwohnerzahlen der Städte dann bei den Vergleichszahlen 1 aufgeführt werden. Zum Teil wurden die Zahlen gar nicht, nicht eindeutig genug oder an falscher Stelle angegeben. Diese Ungenauigkeiten wurden, wo möglich, bei der Dateneingabe berichtigt.

Bei der Quantifizierung der Straftaten ergab sich die Schwierigkeit, dass entsprechende Zahlen nicht immer im Einjahreszeitraum 2012 angegeben wurden. Dies wurde dann bei der Eingabe durch Umrechnung, wenn möglich, korrigiert. Des Weiteren ist es denkbar, dass nicht alle angegebenen Straftaten einen „Alkoholbezug“ haben und somit die Daten nicht uneingeschränkt im Rahmen der Fragestellung zu alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum interpretiert werden dürfen. Dieser Umstand wurde in Erhebung 2 und einer Zusatzerhebung in drei Städten wieder aufgegriffen. Mögliche Schätzdaten wurden selten eingetragen, beispielsweise lediglich zwölf Mal bei Körperverletzungen. Das spricht zum einen für die Seriosität bei den Bearbeitern, die nicht „raten“ wollten, zum anderen aber auch dafür, dass die Schätzungen zu Tatbeständen nicht weiter berücksichtigt werden dürfen und keine Aussagekraft enthalten. Zu Verwechslungen kam es bei der Quantifizierung der Vorkommnisse, bei den Straftaten wurden zum Teil polizeirechtliche Maßnahmen aufgeführt, wie beispielsweise Gewahrsamnahmen, Platzverweise und Personenkontrollen, die an anderer Stelle anzugeben waren. Teilweise wurden Summenwerte falsch eingetragen. Es wurde häufig eine Null, eventuell resultierend aus einer automatischen EDV-Berechnung, eingetragen, obwohl eine Leerstelle richtig wäre. Dieser Fehler wurde so weit wie möglich korrigiert. Es ergab sich des Weiteren die Schwierigkeit, dass einige Beschreibungen auf dem Erhebungsbogen von den Begriffen her oft nicht eindeutig genug waren, beispielsweise die Unterscheidung von Spätaussiedlern und Russlanddeutschen. Bei den Gruppengrößen der Beteiligten wurde stets aufgerundet, zum Beispiel wurde eine angegebene Gruppengröße von 10 bis 60 Personen im Eintrag in der Datei mit 60 angegeben. Als korrektive Maßnahme wurden bei der zeitlichen Eingrenzung der Problemlagen die Textangaben vereinheitlicht. So wurden Wochenfeiertage beispielsweise der Kategorie Wochenende zugeordnet. Insbesondere ergaben sich Probleme bei den Angaben zu den Vergleichsflächen, da diese sehr häufig nicht korrekt angegeben wurden oder auch Angaben fehlten und darüber hinaus von den angegebenen Einheiten sehr unterschiedlich waren. Wenn möglich wurden die Angaben zu den Vergleichsflä-

chen korrigiert und in ein einheitliches Format gebracht. Bei der Befragung zu repressiven und präventiven Maßnahmen wurden von manchen Bearbeitern Zahlen zu bisherigen Erfahrungen berichtet, d.h. es wurden zwei Messungen (vorher/nachher bzw. nach der Maßnahme) aufgelistet. Häufig wurde allerdings auch nur das Wort „Erfolg“ für eine Maßnahme genannt. Auch hier erfolgten korrektive Maßnahmen, wenn möglich.

Beschreibung der Stichprobe

Insgesamt wurde der „Erhebungsbogen zu alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum“ an 34 Polizeidirektionen und drei Polizeipräsidien in Baden-Württemberg gesandt. Die Rekrutierung erfolgte über eine E-Mail des Innenministeriums an die entsprechenden Polizeidienststellen, die ein Begleitschreiben und den Erhebungsbogen umfasste. Parallel dazu wurden die Kommunen im Land über den Städte- und Gemeindetag über die Erhebung informiert. Alle angeschriebenen Polizeidienststellen gaben eine Rückmeldung. Der überwiegende Anteil der Polizeidienststellen schickte neben den ausgefüllten Erhebungsbögen zu den einzelnen Problemlagen Begleitschreiben zurück, in denen zusätzlich relevante, nicht mit dem Erhebungsbogen erfasste, Angaben zu den Problemlagen enthalten waren.

Die angesprochenen Polizeidienststellen sollten jede Problemlage mittels eines eigenständigen Bogens beschreiben. Einige Polizeidienststellen schickten mehrere Erhebungsbögen zurück, Waldshut-Tiengen beispielsweise neun Bögen (vgl. Abb.2), manche Dienststellen meldeten Fehlanzeige.

Datenauswertung

Die Daten wurden mit dem Statistikprogramm SPSS erfasst und deskriptiv ausgewertet. Zusätzlich erfolgte eine qualitative Betrachtung und Inhaltsanalyse der Freitextantworten. Eine qualitative Betrachtung quantitativ erhobener Freitexte lässt stets die pointierte Betrachtung einzelner Aussagen zu. Diese ergeben sich vor dem Hintergrund des Kontextwissens des Forschers, welcher die Texte deduktiv nach Informationen zu Stichworten und Kategorien untersucht.

Ergebnisse zu den Problemlagen (Frage 1)

Wie den folgenden zwei Abbildungen entnommen werden kann, meldeten 23 der 37 angesprochenen Landkreise und Städte insgesamt 73 Problemlagen, wobei 13 Polizeidirektionen und ein Polizeipräsidium keine Problemlage beschrieben. Manche Polizeidienststellen meldeten nur eine Problemlage, Waldshut-Tiengen beispielsweise neun Problemlagen. Es handelte sich bei diesen Dienststellen überwiegend um solche im ländlichen Raum. Gleichwohl befanden sich auch Städte darunter, in denen dies nicht zu erwarten war. Erklärungen hierfür könnten unterschiedlich sein. Zuvorderst mag es an individuellen Bewertungen liegen, die in Erhebung 4 erfasst wurden.

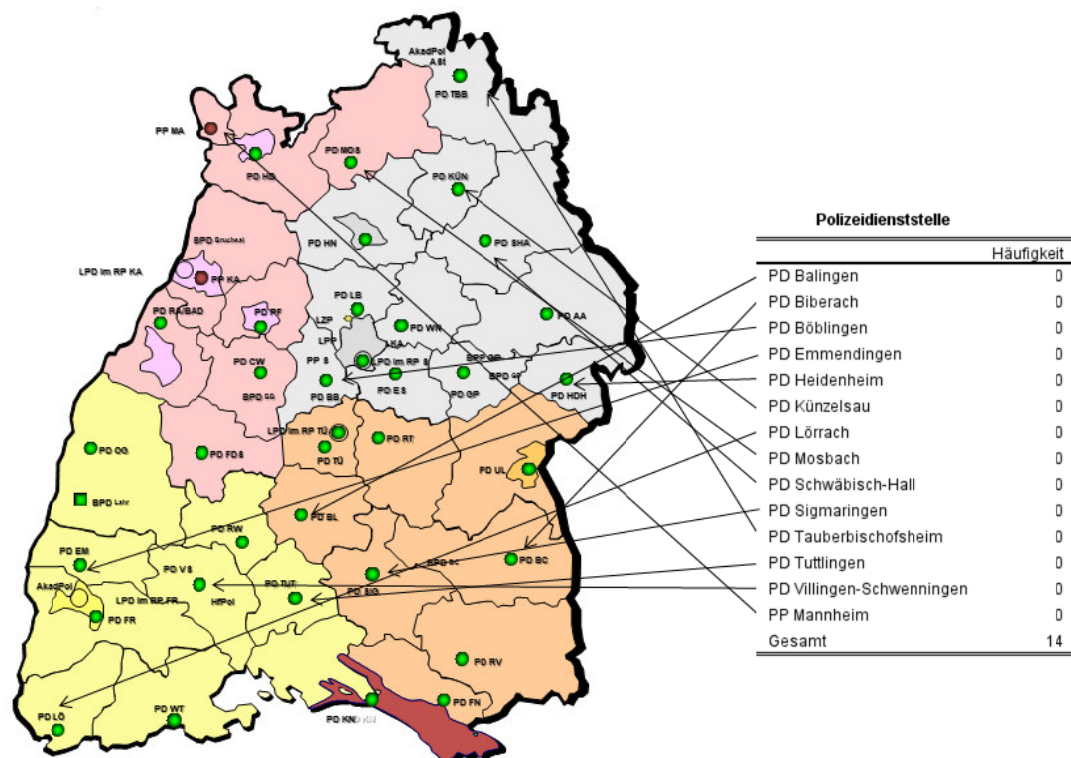


Abbildung 1. 13 Polizeidirektionen und ein Polizeipräsidium meldeten keine Problemlage. Die Angabe der Häufigkeit bezieht sich hier auf die Anzahl der gemeldeten Problemlagen pro Polizeidienststelle.

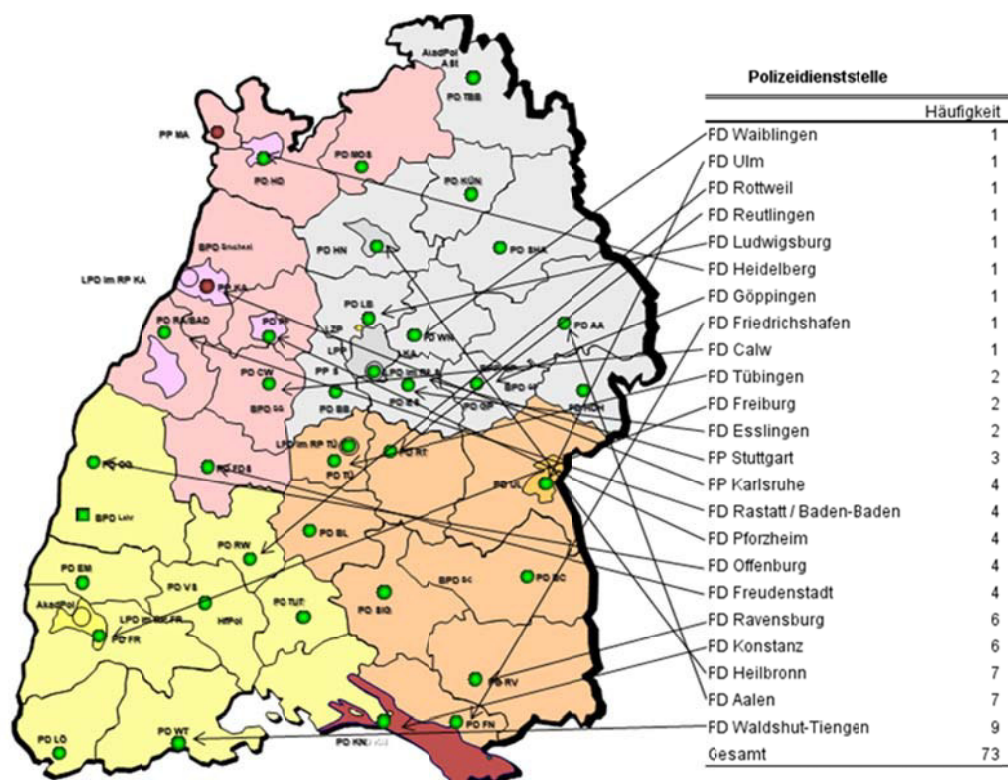


Abbildung 2. 21 Polizeidirektionen und zwei Polizeipräsidien meldeten zwischen einer und neun Problemlagen. Insgesamt wurden 73 Problemlagen gemeldet. Die Angabe der Häufigkeit bezieht sich hier auf die Anzahl der gemeldeten Problemlagen pro Polizeidienststelle.

Die einzelnen Angaben zur genauen Ortskennzeichnung der alkoholkonsumbedingten Problemlage erfolgten korrekt. Sie dienten dazu, bei den einzelnen Städten die Daten auf diese Örtlichkeit zu beziehen. Teilweise fügten die Polizeidienststellen Stadtpläne bei, aus denen die Örtlichkeit genau eingegrenzt ersichtlich war.

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der genauen Ortskennzeichnung aus einer gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Problemlage: Bereich Rottweil-Kernstadt einschließlich Teilbereich Rottweil-Nord

Weiterführende Beschreibung der Örtlichkeit:

- *Rottweil-Kernstadt: Relevant sind besonders der Friedrichsplatz mit Bushaltestellen und Imbissen. Eine Fußgängerzone ist vorhanden. Ansonsten ist der Bereich geprägt von Gaststätten mit gutem Zulauf auch durch jüngeres Publikum. Es gilt die gesetzliche Sperrzeit (05 Uhr).*
- *Teilgebiet von Rottweil-Nord: Unmittelbar angrenzend an Rottweil-Kernstadt. Bedeutsam ist hier die Nägelesgrabenstraße mit dem in den Jahren 2006/2007 neu und offen gestalteten Außenbereich mit Grünfläche, angrenzendem Einkaufsmarkt mit Parkdeck, öffentlicher Straßenraum mit Bushaltestelle und Schulgelände.*

Zeitliche Eingrenzung der Problemlagen (Frage 2)

Im Anschluss an die Benennung und Beschreibung der alkoholkonsumbedingten Problemlage im öffentlichen Raum erfolgte mittels des Erhebungsbogens die Erfassung von Angaben zu zeitlichen Schwerpunkten bzw. einer Eingrenzung des Zeitraums. Dies umfasste zum einen, ob die Auffälligkeiten in der Problemlage zeitlich dauerhaft existent waren oder periodisch wiederkehrten, also mit bestimmten Ereignissen im Zusammenhang standen. Zum anderen war von Interesse, ob sich zeitliche Schwerpunkte ergaben, die dann mit weiteren erfassten Einzelheiten in Verbindung standen. Wie den Tabellen 2 und 3 zu entnehmen ist, handelt es sich überwiegend um Problemlagen, die täglich oder an Wochenendtagen auftraten. Darüber hinaus sticht hervor, dass gerade die wärmeren Monate als zeitliche Schwerpunkte mit alkoholkonsumbedingten Problemlagen in Verbindung standen. In Einzelfällen wurden Problemlagen berichtet, die im direkten Zusammenhang mit einem Ereignis standen, beispielsweise die Tage um den Feiertag Fronleichnam, die Nacht zum 1. Mai oder beispielhaft ein „Bockbierfest“. Überwiegend bestanden die genannten Problemlagen in den späten Abendstunden, den Nachtstunden und gegen Morgen. Einzelne Problemlagen, deren zeitliche Schwerpunkte auch als tagsüber beschrieben wurden, traten häufig gemeinsam mit Veranstaltungen

und Festivitäten oder der sogenannten Trinkerszene¹ auf bei der es sich um eine heterogen marginalisierte Gruppe handelt.

Tabelle 2

Häufigkeiten und Prozente der ermittelten Zeiträume bei 73 alkoholbedingten Problemlagen in Baden Württemberg (n=73).

	Häufigkeit	Prozent
5 Tage um Fronleichnam	1	1,4
alle 2 Jahre (Faschings-Nachtumzug)	1	1,4
nach Schulabschlüssen	1	1,4
Schulferien	1	1,4
Schulferien, Wochenende	1	1,4
Sommer	1	1,4
Sommer, Ferienbeginn, Fasnacht	1	1,4
Sommer, Wochenende, Beginn Schulferien	1	1,4
Wochenende, Schulferien	1	1,4
jährlich	2	2,7
werktags	2	2,7
Sommer, täglich	4	5,5
Wochenende	15	20,5
täglich	30	41,1
Fehlende Angaben	10	13,7

Anmerkung. 13,7 % der Problemlagen meldeten keine Daten zu Zeiträumen.
Die Prozentangaben beziehen sich auf alle gemeldeten Problemlagen (n=73).

Der relativ hohe Prozentsatz (13,7 Prozent der Problemlagen meldeten keine Zeiträume, 30,1 Prozent keine zeitlichen Schwerpunkte) an fehlenden Werten lässt sich damit erklären, dass sich die Fragestellungen etwas überschneiden und somit bezüglich der Antworten nicht trennscharf genug waren. Dies lässt sich auch bei näherer Betrachtung der Tabellen 2 und 3 bestätigen.

¹ **Szenen:** Es wurde zwischen Party- bzw. Discoszene, Eventszene, Trinkerszene, Jugendszene und Skaterszenen oder anderen, nicht exakt zu definierenden Szenen unterscheiden. **Marginalisierte Gruppen:** hier handelt es sich nicht immer ausschließlich um Alkoholabhängige, sondern um eine heterogene Gruppierung, die sich aus unterschiedlichen Randgruppen, wie beispielsweise Obdachlosen, psychisch Kranken usw. zusammensetzt. Es handelt sich um Randgruppen, sogenannte Minoritäten, die von der Majorität oft als minderwertig bezeichnet werden. Dies zeigt sich auch in negativen Begriffen wie „Penner“. Er kennzeichnet einen sozial Randständigen, der einer sogenannten marginalisierten Gruppe angehört.

Tabelle 3

Häufigkeiten und Prozente der zeitlichen Schwerpunkte (n=73).

	Häufigkeit	Prozent
01. Mai	1	1,4
April - Oktober	1	1,4
April - Oktober / Wochenende	1	1,4
Bockbierfest	1	1,4
dauerhaft	1	1,4
Do, Fr, Sa, So	1	1,4
Fr, Sa, Fasching	1	1,4
Fr, Sa, So, Mo	1	1,4
Frühjahr bis Herbst	1	1,4
Mai - Oktober	1	1,4
Mi, Fr, Sa, So	1	1,4
Sa, So	1	1,4
Sommer	1	1,4
April - November	2	2,7
Do, Fr, Sa	2	2,7
Fr, Sa	15	20,5
Fr, Sa, So	19	26,0
Fehlende Angaben	22	30,1

Anmerkung. 30,1 % der Problemlagen meldeten keine Daten zu zeitlichen Schwerpunkten.
Die Prozentangaben beziehen sich auf alle gemeldeten Problemlagen (n=73).

Tageszeitliche Schwerpunkte der Problemlagen (Frage 2)

Fragt man nach den Uhrzeiten bzw. Zeitspannen am Tag, an denen sich die alkoholkonsumbedingten Problemlagen darstellen, ist festzustellen, dass eine Konzentrierung auf die Abend- und Nachtstunden stattfand. Wie aus der folgenden Tabelle 4 hervorgeht, bezogen sich 43,8 Prozent der alkoholkonsumbedingten Problemlagen ausschließlich auf die Abend- und Nachtstunden, bei 68,5 Prozent der Problemlagen waren Abend- oder Nachtstunden inbegriffen. Lediglich zwei der insgesamt zurückgemeldeten 73 Problemlagen waren nur tagsüber vorhanden. Bei 21,9 Prozent der Erhebungsbögen wurden keine Angaben gemacht, was auf die Überschneidung der Formulierung der Fragestellung zurückzuführen ist. Restliche 6,9 Prozent der Angaben ließen sich aufgrund der ungenauen Formulierung keiner der dargestellten Tageszeitkategorien eindeutig zuordnen.

Tabelle 4

Häufigkeiten und Prozente der zeitlichen Schwerpunkte nach angegebenen Uhrzeiten (n=73).

	Häufigkeit	Prozent	kumulierte Prozente
Tagsüber (bis 18 Uhr)	2	2,7	2,7
Tagsüber und Abends (vor 18 Uhr, bis vor 24 Uhr)	11	15,1	17,8
Abends (nach 18 Uhr, bis 24 Uhr)	5	6,9	24,7
Abends und Nachts (nach 18 Uhr, nach 24 Uhr)	23	31,5	56,2
Nachts (nach 24 Uhr)	4	5,5	61,6
Ganztags (vor und nach 18 Uhr, nach 24 Uhr)	7	9,6	71,2
Nicht ausreichend definierte Angaben	5	6,9	78,1
Fehlende Angaben	16		

Anmerkung. 21,9 % der Problemlagen meldeten keine Daten zu zeitlichen Schwerpunkten.

Die Prozentangaben beziehen sich auf alle gemeldeten Problemlagen (n=73).²

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der Beschreibung der zeitlichen Eingrenzung der tageszeitlichen Schwerpunkte der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

a) dauerhaft/ periodisch

- In der Regel ganzjährig, vorzugsweise in der „wärmeren“ Jahreszeit (April bis Oktober), insbesondere an Wochenenden oder vor Wochenfeiertagen.

b) zeitliche Schwerpunkte

- Schwerpunkte freitags und samstags sowie Tage vor Feiertagen, jeweils 20.00 Uhr - 05.00 Uhr. Hier spielen die Treffpunkte polizeilich relevanter Jugendlicher / Heranwachsender im Freien eine zentrale Rolle.
- Die Treffpunkte Obdachloser mit Alkoholkonsum an allen Wochentagen, auch tagsüber, stellen lediglich eine eingeschränkte Problemlage dar.

Objektive Belastungen durch unterschiedliche Tatbestände (Frage 3)

Ergebnisse zur absoluten Belastung

Im Anschluss an die Erhebung zeitlicher Angaben erfolgte die Erfassung der Einschätzung der absoluten Belastung der einzelnen Problemlagen anhand einer jeweiligen Quantifizierung der Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Belästigungen der Allgemeinheit und sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Der Zeitraum, auf den sich die Angaben beziehen, sollte jeweils kenntlich gemacht werden. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beruhen auf Angaben, die sich auf einen Zeitraum

² Die Angaben in den Erhebungsbögen wurden den verschiedenen Kategorien der Tageszeiten zugeordnet, beispielsweise wurde die Angabe „Festtage 16:00-01:00 Uhr“ der Kategorie *Ganztags (vor 18 Uhr, bis nach 24 Uhr)* zugeordnet, die Angabe „WE 18:00-24:00 Uhr“ der Kategorie *abends (nach 18 Uhr, bis 24 Uhr)*.

von einem Jahr (2012) beziehen. Bei angegebenen Werten zu Halbjahreszeiträumen wurde diese aus Zwecken der Vergleichbarkeit verdoppelt. Da sich die über den Erhebungsbogen erfassten, alternativen Schätzdaten als nicht interpretierbar erwiesen haben, wurde auf eine entsprechende Darstellung der Ergebnisse der Schätzungen an dieser Stelle verzichtet. Zunächst wird in der folgenden Tabelle 5 eine Gesamtstatistik zu allen gemeldeten Tatbeständen dargestellt und erläutert. Im Anschluss daran werden die Daten zu den einzelnen Vorkommnissen im Einzelnen ausgeführt und Anmerkungen zu einzelnen Problemlagen und der Interpretation der Daten getroffen. Insgesamt muss festgehalten werden, dass hinsichtlich der Quantität und Qualität der zurückgemeldeten Daten zu Tatbeständen der jeweiligen Problemlagen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der quantifizierten Zeiträume und der Detailliertheit der einzelnen Zahlenangaben bestanden. Auf die daraus resultierende, eingeschränkte Interpretierbarkeit wird an entsprechender Stelle eingegangen.

Tabelle 5

Deskriptive Statistiken zu den Summen der gemeldeten Tatbestände (n=73).

	Straftaten	Ordnungs- widrigkeiten	Sonstige Gefahren für die öffentliche Sicherheit	Belästigungen der Allgemeinheit	Summe aller Tatbestände
Anzahl gemeldet	73	41	8	45	73
Mittelwert	31,2	21,8	9,8	27,2	61,3
Median	11	12	4	13	34
Minimum	0	1	2	0	0
Maximum	394	226	35	189	409
Summe	2281	893	78	1224	4476

Wie in Tabelle 5 ersichtlich, wurden von den 73 gemeldeten Problemlagen im Durchschnitt (Median) 34 Tatbestände gemeldet, wobei die Anzahl zwischen 0 und 409 variierte. Detaillierte Angaben zu den einzelnen Tatbestandsgruppen werden im Folgenden gegeben.

Von 73 gemeldeten Problemlagen wurden 54 Körperverletzungsdelikte gemeldet (vgl. Tabelle 6). Die unterschiedliche Anzahl der Straftaten zwischen den Städten und Problemlagen sind bemerkenswert. Mehr als 100 dieser Körperverletzungen wurden in drei Problemzonen gemeldet. Das sind die Stadt Freiburg mit zwei Problemlagen mit 274 bzw. 119 Straftaten und die Stadt Heidelberg mit einer Problemlage mit 128 Körperverletzungsdelikten. Bei den Sachbeschädigungen ergab sich ein ähnliches Bild. Sieben Problemlagen meldeten mehr als zehn Straftaten. Auch hier sticht die Stadt Freiburg mit 46 Straftaten deutlich hervor. Auch bei den weiteren Straftatbeständen war insbesondere Freiburg, sowie Ludwigsburg und Ravensburg auffällig.

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass die Angaben zu den Straftaten im Vergleich zu den folgenden Tatbestandsgruppen am zuverlässigsten erscheinen.

Tabelle 6

Deskriptive Statistiken zu den einzelnen Straftaten (n=73).

	Körper- verletzung	Raub/ Räuberische Erpressung	Sachbe- schädigung	Freiheits- beraubung	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte	(sexuelle) Nötigung, Bedrohung	Belei- digung	weitere relevante Straf- tatbestände
Anzahl gemeldet	54	37	46	25	35	27	44	32
Mittelwert	21,8	1,6	6,0	,1	2,4	1,6	7,7	9,3
Median	8,0	1,0	3,0	,0	1,0	1,0	3,0	4,5
Minimum	0	0	0	0	0	0	0	0
Maximum	274	10	46	2	41	7	53	43
Summe	1179	61	274	2	85	44	340	296

Insgesamt wurden am häufigsten Körperverletzungen mit 1179 und an zweiter Stelle Beleidigungen mit 340 Vorkommnissen gemeldet. Diese Daten müssen aber wie oben erwähnt bezüglich der einzelnen Problemzonen angeschaut werden. Es zeigt sich, dass manche Kommunen sehr stark mit diesen Tatbeständen, andere dagegen weniger stark belastet waren.

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der Angaben zu Straftaten in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

<i>Kriterien</i>	<i>Tatbestände</i>	<i>Quantifizierung (innerhalb eines Jahres/ Halbjahres; bitte kenntlich machen!)</i>	<i>Schätzdaten</i>	<i>Anmerkungen/ Hinweise/ Erläu- terungen zu den Schätzdaten</i>
<i>Strafta- ten</i>	<i>Körperverletzung</i>	<i>für nachfolg. Zeilen: Da- tengrundlage PKS- Erfassung im Jahr 2012: 15 Fälle</i>		<i>In allen Zeilen: Zahl aufgeklär- ter Straftaten mit TV unter Alkoholeinfluss. vgl. Jahr 2012 Landkreis RW: 17 Fälle</i>
	<i>Raub/ Räuberische Erpressung</i>	<i>1 Fall</i>		
	<i>Sachbeschädigung</i>	<i>2 Fälle</i>		
	<i>Freiheitsberaubung</i>	<i>0</i>		
	<i>Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte</i>	<i>1</i>		<i>vgl. Jahr 2012 Landkreis RW: 11 Fälle</i>
	<i>(sexuelle) Nötigung, Bedrohung</i>	<i>0</i>		
	<i>Beleidigung</i>	<i>3</i>		
	<i>(bitte ggf. weitere relevante Straftatbe- stände ergänzen)</i>			
	<i>Summe</i>	<i>22</i>		

Tabelle 7

Deskriptive Statistiken zu den einzelnen Ordnungswidrigkeiten

	§ 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KrW-/AbfG	§ 117 OWiG (verhaltensbe- dingter Lärm)	§ 118 OWiG (Belästigung der Allgemeinheit)	§ 28 JuSchG (Verstöße gegen den Jugendschutz)	Bußgeldbe- wehrtes Verhalten in Polizei- verordnungen	weitere relevante Bußgeldtat- bestände
Anzahl gemeldet	15	20	17	20	18	5
Mittelwert	3,9	10,1	12,7	5,5	16,4	2,2
Median	3,0	2,5	2,0	3,0	8,0	1,0
Minimum	0	0	0	0	0	0
Maximum	11	68	146	33	112	7
Summe	59	201	216	110	296	11

Nur wenige Polizeidienststellen meldeten Ordnungswidrigkeiten (Tabelle 7). 20 Mal wurden Lärmbelästigungen und 20 Mal Verstöße gegen den Jugendschutz gemeldet. Auffällig war, dass Lärmbelästigungen, Belästigungen der Allgemeinheit und Bußgeldbewehrtes Verhalten im Vergleich zu den anderen Ordnungswidrigkeiten deutlich häufiger genannt wurden. Bei den Angaben zu Ordnungswidrigkeiten stechen die Städte Heidelberg mit einer Summe von insgesamt 226 und Esslingen mit insgesamt 112 Ordnungswidrigkeiten hervor. Dies mag zum einen daran liegen, dass die Informationen zu Ordnungswidrigkeiten nicht problemlos aus den polizeilichen Recherchesystemen auslesbar waren. Andererseits sind auch die Gemeinden und Städte, bei denen die Bußgeldstellen angesiedelt sind, nicht grundsätzlich in der Lage, diese Informationen regional trennscharf auf die Problembereiche abzubilden.

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der Angaben zu Ordnungswidrigkeiten in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Kriterien	Tatbestände	Quantifizierung (innerhalb eines Jahres/ Halbjahres; bitte kenntlich ma- chen!)	Schätzdaten	Anmer- kungen/ Hinweise/ Erläute- rungen zu den Schätzda- ten
Ordnungs- widrigkeiten	<p>§ 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KrW-/AbfG z.B. Wegwerfen bzw. stehen lassen von leeren Flaschen</p> <p>§ 117 OWiG (verhaltensbedingter Lärm)</p> <p>§ 118 OWiG (Belästigung der Allgemeinheit) z.B. Urinieren an Hauswände</p> <p>§ 28 JuSchG (Verstöße gegen den Jugendschutz)</p> <p>Bußgeldbewehrtes Verhalten in Polizeiverordnungen (bitte nähere Angaben zum Tatbestand machen und Kopie der RVO beifügen) (bitte ggf. weitere relevante Bußgeldtatbestände ergänzen)</p>	<p>Jahr 2012 (gilt auch für nachf. Zeilen):</p> <p>3 Bußgelder</p> <p>1 Bußgeld</p> <p>9 Bußgelder</p>		<p>TBNr. 502003 (Grob ungehörige Handlung)</p>
Summe		13 Bußgelder		Bußgelder Große Kreisstadt RW insg.: 19 Buß- gelder

Der folgenden Tabelle 8 sind die Statistiken zu sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu entnehmen. Auffallend waren hier die Städte Tübingen mit insgesamt 35 und Heilbronn mit 21 Vorkommnissen dieser Tatbestandsgruppe.

Tabelle 8

Deskriptive Statistiken zu den einzelnen sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit (n=73).

		z.B. Gesundheitsgefahr/ Verletzungsgefahr durch zerbrochene Glasflaschen	weitere relevante Gefahren für polizeiliche Schutzgüter
Anzahl	gemeldet	6	4
	nicht gemeldet	67	69
Mittelwert		5,0	12,0
Median		2,0	5,5
Minimum		0	2
Maximum		21	35
Summe		30	48

Nachstehend werden die Informationen zur Veranschaulichung der Angaben zu sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit in der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt, die in diesem Fall keine Angaben gemacht hat.

<i>Kriterien</i>	<i>Tatbestände</i>	<i>Quantifizierung (innerhalb eines Jahres/ Halbjahres; bitte kenntlich machen!)</i>	<i>Schätzdaten</i>	<i>Anmerkungen/ Hinweise/ Erläu- terungen zu den Schätzdaten</i>
<i>Sonstige Gefahren für die öffentliche Sicherheit</i>	<i>z.B. Gesundheits- gefahr/ Verletzungsgefahr durch zerbrochene Glasflaschen (bitte ggf. weitere relevante Gefahren für polizeiliche Schutzgüter ergän- zen)</i>			
<i>Summe</i>				

Bei den Belästigungen der Allgemeinheit, die detailliert in Tabelle 9 dargestellt sind, berichteten vier Städte über Problemlagen mit mehr als 100 Belästigungen in der Summe. Diese Städte sind Aalen mit 189, Ludwigsburg mit 155 und schließlich Ravensburg mit zwei Problemlagen mit 136 bzw. 112 Belästigungen der Allgemeinheit insgesamt.

Tabelle 9

Deskriptive Statistiken zu den einzelnen weiteren Belästigungen der Allgemeinheit (n=73).

		Anpöbeln von Passanten	stark Betrunkene	Lärmbelästigung unterhalb der Bußgeldschwelle	weitere relevante Belästigungen
Anzahl	gemeldet	20	42	19	12
	nicht gemeldet	53	31	54	61
Mittelwert		3,1	19,1	15,7	5,3
Median		3,0	7,5	5,0	4,5
Minimum		0	1	1	1
Maximum		10	155	69	10
Summe		61	801	299	63

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der Angaben zu Belästigungen der Allgemeinheit in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

<i>Kriterien</i>	<i>Tatbestände</i>	<i>Quantifizierung (innerhalb eines Jahres/ Halbjahres; bitte kenntlich ma- chen!)</i>	<i>Schätzdaten</i>	<i>Anmerkungen/ Hinweise/ Erläuterungen zu den Schätz- daten</i>
<i>Belästigungen der Allge- meinheit</i>	<i>Anpöbeln von Pas- santen</i>			
	<i>stark Betrunkene</i>	<i>1 Jahr / 4 Monate: 84 Betrunkene insgesamt, nicht nur im öffentl. Raum (eine Stichprobe ergab relativ auffäl- lig Obdachlose im öffentlichen Raum)</i>		<i>Feststellungen bei Polizeiein- sätze und damit Vorlie- gen einer Gefahr oder Störung</i>
	<i>Lärmbelästigung unterhalb der Buß- geldschwelle Gewahrsamnahmen</i>	<i>1 Jahr / 4 Monate: 24 Gewahrsamnah- men, davon nach Stichprobe einige im öffentl. Raum</i>		
<i>Summe</i>				

In den Erhebungsbögen konnten schließlich weitere relevante Kriterien dargestellt werden, die im offenen Antwortformat zu berichten waren. Daher umfasst die folgende Tabelle 10 eine Darstellung der genannten relevanten Kriterien und deren Häufigkeiten. Lediglich in acht Bögen wurde dieses Freitextformat genutzt, ist somit nur der Vollständigkeit halber informativ.

Tabelle 10

Deskriptive Statistiken zu den einzelnen weiteren relevanten Kriterien (n=73).

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Nicht gemeldet	65	89,0	89,0	89,0
1 Verstoß gg. Platzverweis,	1	1,4	1,4	90,4
13 Platzverweise, 5 Gewahrsamnahmen	1	1,4	1,4	91,8
17 DRK-Einsätze	1	1,4	1,4	93,2
2 Platzverweise	1	1,4	1,4	94,5
2 Streitigkeiten	1	1,4	1,4	95,9
3 Gewahrsamnahmen	1	1,4	1,4	97,3
3 Platzverweise	1	1,4	1,4	98,6
4 Verstoß gg. Platzverweis	1	1,4	1,4	100,0

Anmerkung. 89 Prozent der Problemlagen meldeten keine weiteren relevanten Kriterien.

Die Prozentangaben beziehen sich auf alle gemeldeten Problemlagen (n=73).

Nun werden die Informationen zur Veranschaulichung der ergänzenden Angaben in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Ergänzende Anmerkungen:

- Zu den schwereren Gewalttaten (Körperverletzungen) mit höherer krimineller Energie und rücksichtslosem Vorgehen gegen Opfer wurden im Wesentlichen immer wieder Täter ermittelt, die bereits wiederholt wegen Gewaltdelikten auch im öffentl. Raum auffällig waren und teils rechtskräftig zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden.
- Die kriminalistische Erfahrung zeigt immer wieder und auch hier, dass wenige Täter für etliche Strafen verantwortlich sind. Von daher besteht die begründete Annahme, dass gerade diese Täter auch für noch ungeklärte Straftaten im belasteten Gebiet verantwortlich sein dürften.
- Durch sechswöchige Aufenthaltsverbote für vier Gewalttäter (durch die Große Kreisstadt Rottweil, in sehr enger Abstimmung mit der Polizeidirektion Rottweil) nach § 27a PolG konnte ab 30.04.2012 – unter begleitenden Interventionsstreifen sowie weiterer Maßnahmen des Polizeireviers Rottweil – die Zahl der Gewaltdelikte sofort gegen Null und bis zum jetzigen Zeitpunkt (15.05.2013) deutlich verringert werden.
- Die bloße Anzahl der in der Tabelle genannten Straftaten ist unter Berücksichtigung oben genannter Gesichtspunkte nur eingeschränkt aussagekräftig. Gewalttaten ereigneten sich hauptsächlich gegenüber völlig unbeteiligten zufällig angetroffenen alkoholisierten Opfern und nur vereinzelt innerhalb der Szene.
- Aufgrund mehrerer Gewaltdelikte im 1. Quartal 2012 im öffentlichen Raum im belasteten Gebiet wurde aufgrund der Beeinträchtigung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls durch mehrere Bürger, die Presse sowie im Gemeinderat die Notwendigkeit der Videoüberwachung im öffentl. Raum diskutiert.

Betrachtet man alle relevanten Problemlagen im Zusammenhang mit den gemeldeten Straftaten, zeigte sich, dass die Anzahl der Straftaten stark variierten, somit sich die Belastungen also erheblich unterschieden (Tabelle 11).

Tabelle 11

Alle gemeldeten Problemzonen sortiert nach Anzahl der Straftaten im Jahr 2012 (n=73).

Summe Straftaten	Polizeidirektion	Problemlage
394	PD Freiburg	Bermudadreieck
184	PD Freiburg	Obere Bismarckallee
183	PD Heidelberg	Altstadt
137	PD Ludwigsburg	Bahnhof, ZOB
128	PD Ravensburg	Altstadt, Ravensburg
78	PD Friedrichshafen	Anton-Sommer-Straße/Friedric
77	PD Aalen	Innenstadt, Schwäbisch Gmünd
77	PP Stuttgart	Klett-Passage, unterhalb Arn
74	PP Stuttgart	Rotebühlpassage/-platz
63	PP Karlsruhe	Werderplatz
63	PP Karlsruhe	Europaplatz
61	PD Ulm	Bahnhof, Ulm
51	PD Esslingen	Hauptbahnhof
50	PP Stuttgart	Schlossplatz, Liegewiese
50	PD Offenburg	Königsberger Straße
40	PD Offenburg	Am Stadtgarten
39	PD Esslingen	Maillepark
30	PP Karlsruhe	Schulzentrum / Rathaus
29	PD Ravensburg	Parkanlage, Weingarten
28	PD Waldshut-Tiengen	Busbahnhof
28	PD Calw	Unteres Ledereck/Calw
26	PD Freudenstadt	Stadtbahnhof / ZOB
25	PD Konstanz	Bahnhofsbereich
24	PD Waiblingen	Fellbach-Schmidlen, Schmidlen
24	PD Freudenstadt	Bahnhofplatz
23	PD Konstanz	Radolfzellerseeufer
22	PD Rottweil	Kernstadt
22	PD Reutlingen	Oberamteinstraße, Reutlingen
21	PD Aalen	IpF-Messe, Bopfingen
20	PP Karlsruhe	Friedrichsplatz
19	PD Tübingen	Europaplatz, Tübingen
15	PD Heilbronn	Fontäne, Im Hospitalgrün
15	PD Offenburg	Franz-Volk-Park
14	PD Freudenstadt	Freudenstadt Marktplatz
13	PD Ravensburg	Skateranlage, Isny i. A.
12	PD Tübingen	Depot Areal
11	PD Konstanz	Seepromenade
11	PD Freudenstadt	Neckarwiesen
10	PD Ravensburg	Bahnhofsarkaden, Leutkirch i
10	PD Pforzheim	Eisenbahnbrücke Mühlacker
8	PD Pforzheim	Benckiserpark

8	PD Heilbronn	Harmonie, Stadtpark
7	PD Konstanz	Herose-Areal
7	PD Waldshut-Tiengen	Viehmarktplatz
6	PD Pforzheim	Waisenhausplatz
6	PD Aalen	Ortsmitte, Aalen-Waldhausen
5	PD Heilbronn	Festplatzgelände
5	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhof
4	PD Pforzheim	Markplatz
4	PD Konstanz	Seehas
3	PD Offenburg	Bädleweg
3	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhofplatz
3	PD Konstanz	Dillplatz
3	PD Waldshut-Tiengen	Schlossgarten
2	PD Waldshut-Tiengen	Gallusturm
2	PD Waldshut-Tiengen	Schlosspark
2	PD Ravensburg	Bahnhof, Wangen i. A.
1	PD Waldshut-Tiengen	Generationenplatz
1	PD Waldshut-Tiengen	Ludingarten
0	PD Aalen	Schulgelände Rauchbeinschule
0	PD Aalen	Rinderbacher Turm
0	PD Aalen	Erika-Künzel-Platz
0	PD Ravensburg	Argenufer, Wangen i. A.
0	PD Heilbronn	Sülmerstraße, Marktplatz zw.
0	PD Rastatt / Baden-Baden	Lichtentalerallee
0	PD Heilbronn	Wertwiesen
0	PD Aalen	Haselbachtal, Schwäbisch Gmü
0	PD Rastatt / Baden-Baden	Bahnhof
0	PD Göppingen	Mörikeanlage, Stadthallenpar
0	PD Rastatt / Baden-Baden	Innenstadt
0	PD Rastatt / Baden-Baden	Dörfel
0	PD Heilbronn	Kraichgauplatz
0	PD Heilbronn	Alter Friedhof

Aus der Übersicht zu den summierten Werten zu Straftaten ergibt sich folgendes Bild: Etwa 10 Prozent der Problemlagen meldeten über 74 Straftaten.

Bemerkenswert ist, dass sich die Straftaten auf wenige Problemzonen konzentrieren. Im Durchschnitt sind es elf Straftaten in allen Problemzonen. Diese Zahl bedeutet, dass die Hälfte der gemeldeten Problemzonen weniger als elf, die andere Hälfte mehr als elf Straftaten meldeten. Tabelle 11 zeigt, dass die große Anzahl der Straftaten auch in den größeren Städten zu verzeichnen waren. Zwischen der Einwohnerzahl und der Anzahl gemeldeter Straftaten besteht auch ein hoher Zusammenhang mit einem Korrelationskoeffizienten von $r = .350$. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bei der Summe der Ordnungswidrigkeiten (Tabelle 12) und am stärksten bei den Belästigungen der Allgemeinheit mit einem Korrelationskoeffizienten von $r = .570$.

Während 59 Problemzonen mit der Meldung von Straftaten einhergingen, verzichteten 14 Polizeidienststellen darauf. Nur 45 Problemlagen meldeten Ordnungswidrigkeiten sowie Belästigungen der Allgemeinheit.

Trotz dieser unterschiedlichen Anzahl der Meldungen besteht ein hoher Zusammenhang zwischen der Anzahl der Straftaten, der Ordnungswidrigkeiten und der Summe der Belästigungen der Allgemeinheit.

Fazit

Die Tatbestände konzentrieren sich auf wenige Problemzonen.

Tabelle 12

Alle gemeldeten Problemzonen sortiert nach Anzahl der Ordnungswidrigkeiten im Jahr 2012.

Summe OWIs	Polizeidirektion	Problemlage
226	PD Heidelberg	Altstadt
112	PD Esslingen	Hauptbahnhof
70	PD Esslingen	Maillepark
53	PD Aalen	Innenstadt, Schwäbisch Gmünd
40	PD Waiblingen	Fellbach-Schmidene, Schmidene
33	PD Tübingen	Depot Areal
30	PD Konstanz	Seepromenade
29	PD Tübingen	Europaplatz, Tübingen
22	PD Heilbronn	Festplatzgelände
21	PD Waldshut-Tiengen	Gallusturm
19	PD Offenburg	Bäddleweg
17	PD Friedrichshafen	Anton-Sommer-Straße/Friedric
16	PD Pforzheim	Benckiserpark
15	PD Ravensburg	Altstadt, Ravensburg
14	PD Aalen	Schulgelände Rauchbeinschule
13	PD Konstanz	Radolfzellerseeufer
13	PD Freudenstadt	Bahnhofplatz
13	PD Rottweil	Kernstadt
12	PD Ludwigsburg	Bahnhof, ZOB
12	PD Ravensburg	Bahnhofsarkaden, Leutkirch i
12	PD Aalen	Ippe-Messe, Bopfingen
12	PD Aalen	Rinderbacher Turm
11	PD Freudenstadt	Neckarwiesen
10	PD Ravensburg	Skateranlage, Isny i. A.
10	PD Aalen	Erika-Künzel-Platz
9	PD Ravensburg	Parkanlage, Weingarten
9	PD Pforzheim	Markplatz
8	PD Konstanz	Herose-Areal
6	PD Freudenstadt	Freudenstadt Marktplatz

6	PD Waldshut-Tiengen	Schlosspark
4	PD Pforzheim	Eisenbahnbrücke Mühlacker
3	PD Pforzheim	Waisenhausplatz
2	PD Freudenstadt	Stadtbahnhof / ZOB
2	PD Ravensburg	Argenufer, Wangen i. A.
2	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhofsplatz
2	PD Konstanz	Dillplatz
1	PD Offenburg	Am Stadtgarten
1	PD Reutlingen	Oberamteinstraße, Reutlingen
1	PD Aalen	Ortsmitte, Aalen-Waldhausen
1	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhof
1	PD Heilbronn	Fontäne, Im Hospitalgrün
keine Angabe	PD Ulm	Bahnhof, Ulm
keine Angabe	PD Ravensburg	Bahnhof, Wangen i. A.
keine Angabe	PD Konstanz	Bahnhofsbereich
keine Angabe	PP Karlsruhe	Werderplatz
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Viehmarktplatz
keine Angabe	PP Karlsruhe	Friedrichsplatz
keine Angabe	PP Karlsruhe	Schulzentrum / Rathaus
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Busbahnhof
keine Angabe	PD Heilbronn	Harmonie, Stadtpark
keine Angabe	PD Offenburg	Franz-Volk-Park
keine Angabe	PD Konstanz	Seehas
keine Angabe	PP Stuttgart	Schlossplatz, Liegewiese
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Generationenplatz
keine Angabe	PD Heilbronn	Sülmerstraße, Marktplatz zw.
keine Angabe	PP Karlsruhe	Europaplatz
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Lichtentalerallee
keine Angabe	PD Freiburg	Bermudadreieck
keine Angabe	PD Heilbronn	Wertwiesen
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Schlossgarten
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Ludingarten
keine Angabe	PD Aalen	Haselbachtal, Schwäbisch Gmü
keine Angabe	PD Offenburg	Königsberger Straße
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Bahnhof
keine Angabe	PD Göppingen	Mörikeanlage, Stadthallenpar
keine Angabe	PD Freiburg	Obere Bismarckallee
keine Angabe	PP Stuttgart	Rotebühlpassage/-platz
keine Angabe	PD Calw	Unteres Ledereck/Calw
keine Angabe	PP Stuttgart	Klett-Passage, unterhalb Arn
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Innenstadt
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Dörfel
keine Angabe	PD Heilbronn	Kraichgauplatz
keine Angabe	PD Heilbronn	Alter Friedhof

Die gemeldeten „Belästigungen“ in den Problemzonen fanden vorwiegend in den Städten statt, die Trinkerszenen haben. Problemlagen in Aalen, Ludwigsburg und Ravensburg bildeten hier die Spitzengruppe, wie der folgenden Tabelle 13 zu entnehmen ist.

Tabelle 13

Alle gemeldeten Problemzonen sortiert nach Anzahl der Belästigungen im Jahr 2012

Summe Belästigungen	Polizeidirektion	Problemlage
189	PD Aalen	Innenstadt, Schwäbisch Gmünd
155	PD Ludwigsburg	Bahnhof, ZOB
136	PD Ravensburg	Parkanlage, Weingarten
112	PD Ravensburg	Altstadt, Ravensburg
54	PD Ulm	Bahnhof, Ulm
52	PD Ravensburg	Bahnhofsarkaden, Leutkirch i
50	PD Friedrichshafen	Anton-Sommer-Straße/Friedric
35	PD Tübingen	Depot Areal
35	PD Tübingen	Europaplatz, Tübingen
32	PD Freudenstadt	Stadtbahnhof / ZOB
30	PD Offenburg	Am Stadtgarten
28	PD Esslingen	Hauptbahnhof
26	PD Pforzheim	Waisenhausplatz
25	PD Pforzheim	Eisenbahnbrücke Mühlacker
21	PD Ravensburg	Skateranlage, Isny i. A.
20	PD Reutlingen	Oberamteinstraße, Reutlingen
19	PD Pforzheim	Markplatz
19	PD Esslingen	Maillepark
18	PD Pforzheim	Benckiserpark
16	PD Konstanz	Radolfzellerseeufer
16	PD Ravensburg	Argenufer, Wangen i. A.
13	PD Ravensburg	Bahnhof, Wangen i. A.
13	PD Konstanz	Bahnhofsbereich
12	PP Karlsruhe	Werderplatz
11	PD Aalen	IpF-Messe, Bopfingen
10	PD Freudenstadt	Bahnhofplatz
8	PD Waldshut-Tiengen	Viehmarktplatz
7	PD Waldshut-Tiengen	Gallusturm
6	PP Karlsruhe	Friedrichsplatz
5	PP Karlsruhe	Schulzentrum / Rathaus
5	PD Freudenstadt	Neckarwiesen
5	PD Konstanz	Seepromenade
5	PD Waldshut-Tiengen	Busbahnhof
5	PD Heilbronn	Harmonie, Stadtpark
4	PD Offenburg	Franz-Volk-Park
4	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhofplatz
4	PD Waiblingen	Fellbach-Schmidene, Schmidene
4	PD Freudenstadt	Freudenstadt Marktplatz
4	PD Konstanz	Dillplatz

3	PD Offenburg	Bädleweg
3	PD Konstanz	Seehas
2	PD Konstanz	Herose-Areal
2	PD Waldshut-Tiengen	Schlosspark
1	PD Aalen	Ortsmitte, Aalen-Waldhausen
0	PD Heilbronn	Festplatzgelände
keine Angabe	PP Stuttgart	Schlossplatz, Liegewiese
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Generationenplatz
keine Angabe	PD Heilbronn	Sülmerstraße, Marktplatz zw.
keine Angabe	PP Karlsruhe	Europaplatz
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Lichtentalerallee
keine Angabe	PD Freiburg	Bermudadreieck
keine Angabe	PD Heilbronn	Wertwiesen
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhof
keine Angabe	PD Aalen	Erika-Künzel-Platz
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Schlossgarten
keine Angabe	PD Waldshut-Tiengen	Ludingarten
keine Angabe	PD Aalen	Schulgelände Rauchbeinschule
keine Angabe	PD Aalen	Haselbachtal, Schwäbisch Gmü
keine Angabe	PD Heidelberg	Altstadt
keine Angabe	PD Offenburg	Königsberger Straße
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Bahnhof
keine Angabe	PD Rottweil	Kernstadt
keine Angabe	PD Göppingen	Mörikeanlage, Stadthallenpar
keine Angabe	PD Freiburg	Obere Bismarckallee
keine Angabe	PP Stuttgart	Rotebühlpassage/-platz
keine Angabe	PD Aalen	Rinderbacher Turm
keine Angabe	PD Calw	Unteres Ledereck/Calw
keine Angabe	PP Stuttgart	Klett-Passage, unterhalb Arn
keine Angabe	PD Heilbronn	Fontäne, Im Hospitalgrün
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Innenstadt
keine Angabe	PD Rastatt / Baden-Baden	Dörfel
keine Angabe	PD Heilbronn	Kraichgauplatz
keine Angabe	PD Heilbronn	Alter Friedhof

Wir gehen davon aus, dass die Mediane bzw. Mittelwerte von Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Belästigungen bei der zielführenden Auswahl von Maßnahmen weniger Bedeutung haben als die Aussagen und Zahlen von Städten mit ihren spezifischen Belastungen.

Bemerkung: In den polizeilichen Dokumentationssystemen sind aufgrund von Speicherfristen von einem Jahr, Angaben zu Gefahren und Ordnungswidrigkeiten über diesen Zeitraum hinaus nicht möglich. Im Bereich der Straftatenerfassung besteht zwar grundsätzlich die Möglichkeit des Rückgriffs auf PKS-Zahlen. Allerdings können die dortigen Angaben in aller Regel räumlich nicht auf die meist sehr eng umgrenzten Problemlagegebiete angewandt werden, so dass auch hier kaum valide Aussagen möglich sind.

Ergebnisse zur relativen Belastung

Die Daten zur relativen Belastung sollten über das Hinzuziehen von Vergleichsflächen die Annahme stützen, dass sich die Belastung der alkoholkonsumbedingten Problemlage deutlich von anderen Orten im Stadtgebiet unterscheidet. Schließlich wurden ergänzend Vergleichszahlen gemeldet. Zehn Städte machten Angaben zu Vergleichsflächen, die allerdings sehr unterschiedlich ausfielen. Diese Angaben müssen einzeln ausgewertet und zusammenfassend dargestellt werden, um evtl. Rückschlüsse auf die Vergleichsflächen ziehen zu können. Im Folgenden werden die Auswertung dieser Vergleichsdaten in Tabelle 14 aufgeführt und anschließend entsprechend erläutert.

Tabelle 14

Darstellung der gemeldeten Vergleichsdaten der Problemlagen (n=10)

Problemlage	Vergleichsflächen	Größenanteil der Flächen der Problemlagen	Anteil Straftaten in Problemlage im Verhältnis zu Vergleichsflächen
Karlsruhe Linkenheim	Hochstetten		ca. 40% der festgestellten Störungen und Straßenkriminalität im Ortsteil Linkenheim
Baden-Baden Lichtentaler Allee	Stadtgebiet Baden-Baden		19 % unter Alkoholeinfluss, bezogen auf ganzes Stadtgebiet
Tübingen, Park am Anlagensee und Hauptbahnhof, Europaplatz	Gesamtfläche Altstadt	Flächenanteil der Brennpunkte zur Altstadt: $0,195 \text{ km}^2 / 0,988 \text{ km}^2 = 19,74 \%$	Tübingen Altstadt - 39,6%
Depot Areal	Südstadt:	Flächenanteil der Brennpunkte zur Gesamtfläche Südstadt $0,203 \text{ km}^2 / 3,703 \text{ km}^2 = 5,5 \%$	
Rottweil-Kernstadt und Teilgebiet von Rottweil-Nord	Gesamtes Stadtgebiet Rottweil einschl. Teil- orte Kernstadt-Süd 2 Straftaten (Bußgeld: 0) Gebiet In der Au 0 Straftaten (Bußgeld: 0) Nordweststadt 1 Straftat (Bußgeld: 1)		79 % der Vorkommnisse unter Alkoholeinfluss <i>Anmerkung:</i> Beinahe alle Betrunkenen in Problemlage, allerdings nicht alle im öffentlichen Raum; 24 Gewahrsamnahmen (innerhalb von 16 Monaten), Anteil an Gesamtfläche: 41 %
Reutlingen	Gesamtes Stadtgebiet Reutlingen	0,01 % der Gesamtfläche von Reutlingen	54,8 % aller Straftaten, sowie 73,5 % aller Verstöße
Partyszene	Innenstadt Reutlingen	30 % der Innenstadt/Altstadt	
Waiblingen, Fellbach-Schmidlen	Fellbach-Oeffingen	gleich großer Stadtteil	24 zu Straftaten, 40 zu 0 OWIs, und 46 zu 0 Belästigungen ➔ 4,75 mehr Straftaten als Vergleichsfläche
Freudenstadt, Marktplatz und Stadtbahnhof	Kurgarten & Sportanlagen	Problemlagen haben lediglich einen minimalen prozentualen Anteil an der Gesamtfläche des Stadtgebiets Freudenstadt.	14 Straftaten, 33 OWIs und 46 Beleidigungen (z.T. geschätzt) Keine Straftaten in Vergleichsflächen ➔ <i>Trotz der augenscheinlichen Attraktivität der Örtlichkeit sind hier keine Problemstellungen bekannt.</i>
Ravensburg Altstadt	Gesamtes Stadtgebiet Ravensburg	Altstadtbereich $0,32 \text{ km}^2 = 0,35 \%$ der Gesamtfläche	42,3% aller Straftaten unter Alkoholeinfluss
	Ravensburg Südstadt		3,5 % dieser Straftaten unter Alkoholeinfluss
Heidelberg Altstadt	Heidelberg-Bergheim (99,4 ha) Heidelberg-Weststadt (152,1 ha) Heidelberg-Bismarckplatz (1,2 ha)		In 3 Vergleichsflächen: 43 % bzw. 9 % bzw. 15 % der Straftaten, 16 % bzw. 7 % bzw. 3,5 % der OWIs im Vergleich zur Altstadt Im Vergleich zur gesamten Stadt: geringfügige 8 % Unterschied
Stuttgart	Vgl. Abbildungen 3		

Vergleichsflächen

Von 10 Polizeidirektionen wurden Angaben zur Problemlage mit Vergleichsflächen (gesamte Stadt, Stadtteile mit gleichen Flächen) gemacht. Baden-Baden, Rottweil, Reutlingen, Ravensburg und Stuttgart nennen als Vergleichsflächen die Hektarflächen der gesamten Stadt. Karlsruhe, Tübingen, Rottweil, Waiblingen, Freudenstadt, Ravensburg, Heidelberg und Stuttgart haben auch einen Vergleich mit etwa flächenmäßig gleich großen Stadtteilen und die dazu gehörigen Straftaten unter Alkoholeinfluss gemeldet.

In **Tübingen** wird die gesamte Altstadt als Vergleichsfläche herangezogen. Die Problemzone Hauptbahnhof mit Park macht 1 Prozent der Fläche zur Altstadt aus, der zweite Brennpunkt (Depot, Disco) 5,5 Prozent. Alle Brennpunkte zusammen machen, verglichen mit der Altstadt flächenmäßig etwa 20 Prozent aus. In den Brennpunkten in **Tübingen** sind 39,6 Prozent der Straftaten im Vergleich zu der gesamten Altstadt (100 Prozent) zu verzeichnen.

In **Reutlingen** verhält sich die Problemzone mit 0,1 Prozent Fläche im Vergleich zur gesamten Stadtfläche und 30 % der Fläche der gesamten Innenstadt.

In **Ravensburg** macht die Problemzone Altstadt 0,35 Prozent der Gesamtstadtfläche aus. Die Anzahl der **Straftaten** im Vergleich zu den Vergleichsflächen (gesamte Stadt bzw. gleich große Vergleichsfläche im Stadtgebiet). In Ravensburg werden 42,3 Prozent aller Straftaten in der Altstadt explizit unter Alkoholeinfluss begangen. Zum Vergleich in der Südstadt nur 3,5 Prozent.

In **Baden-Baden** werden 19 Prozent der **Straftaten** in der Problemlage Lichtenheimer Allee begangen.

In den Problemlagen in **Rottweil** ist die Zahl noch erheblich höher: 79 Prozent der Straftaten im Vergleich zur ganzen Stadt werden an den Brennpunkten explizit unter Alkohol begangen. Die Stadtteile liegen im Vergleich bei 1 Prozent und darunter. Betrunkene in der Problemzone sowie Gewahrsamsnahmen liegen im Vergleich zur ganzen Stadt bei 41 Prozent. 73,5 Prozent aller Verstöße werden dort im Vergleich zur ganzen Stadt begangen.

Waiblingen, Fellbach-Schmieden werden 4,5-mal mehr **Straftaten** begangen als in flächenmäßig vergleichbaren Stadtteilen.

Die **Heidelberger** Altstadt wird mit drei ähnlich großen Stadtteilen verglichen. Die drei Vergleichsflächen haben im Vergleich zur Altstadt folgende Anteile von Straftaten: 43,9 Prozent, 9 Prozent oder 15 Prozent. Vergleicht man diese Zahlen in Heidelberg mit den Gesamtstraftaten der Stadt, wären es in den Problemzonen nur 8 %, was daran liegt, dass die Stadt sehr groß ist. Heidelberg meldet Ordnungswidrigkeiten für die drei Vergleichsflächen mit jeweils 16 Prozent, 7 Prozent und 3,5 Prozent in Bezug zur Problemlage. Zu Belästigungen sind keine Daten vorhanden.

Die folgenden Schaubilder veranschaulichen die Anzahl der Straftaten in unterschiedlichen Problembereichen **Stuttgarts** im öffentlichen Raum.

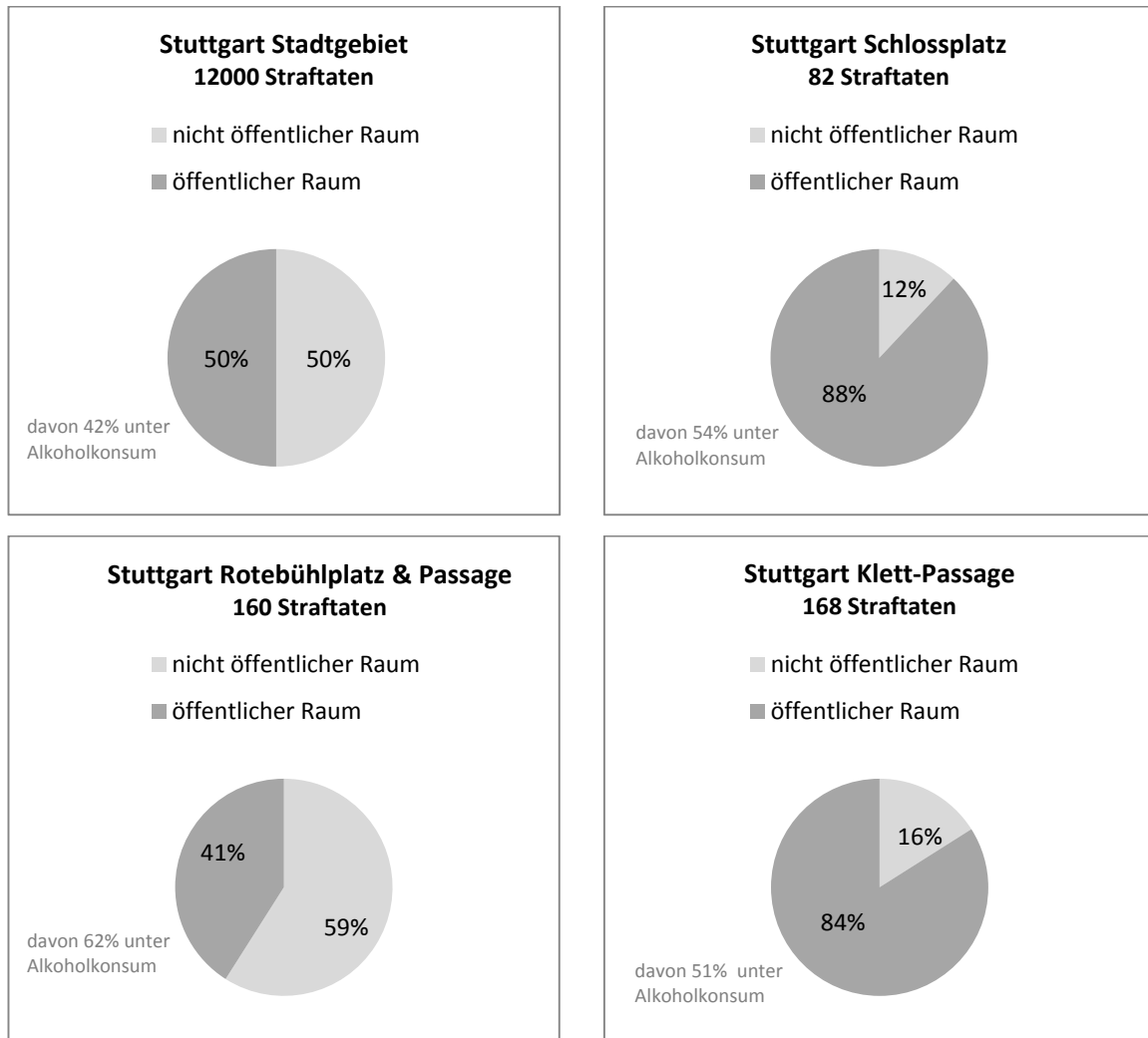


Abbildung 3. Darstellung der Anteile der begangenen Straftaten im öffentlichen und nicht öffentlichen Raum einzeln für die Regionen Stuttgart gesamtes Stadtgebiet, Schlossplatz, Rotebühlplatz und Passage, Klettpassage sowie Nennung des Anteils der Straftaten, die im öffentlichen Raum unter Alkoholkonsum begangen wurden.

Auf diesen Schaubildern wird deutlich, dass insbesondere in der Klettpassage und auf dem Schlossplatz der Anteil an Straftaten im öffentlichen Raum sehr hoch ist und in beiden Fällen mehr als 50 Prozent der Täter dabei alkoholisiert sind. Im Bereich Rotebühlpassage sind 62 Prozent der Beschuldigten alkoholisiert, allerdings finden hier insgesamt im Vergleich nur 41 Prozent der Straftaten im öffentlichen Raum statt.

Anzumerken ist, dass dies Vergleiche von den einzelnen Kommunen vorgenommen wurden und unterschiedliche Aspekte beinhalten deshalb immer in Bezug zu anderen Variablen betrachtet werden müssen.

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der ergänzenden Angaben in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Vergleichsfläche 1 (Gesamtes Stadtgebiet Rottweil einschl. Teilorte)
Anzahl aufgeklärter Straftaten der oben festgelegten Deliktgruppen mit TV unter Alkoholeinfluss:
Gesamtes Stadtgebiet Rottweil einschl. Teilorte: 28 Fälle, davon im Belastungsgebiet RW-Kernstadt und RW-Nord: 22 Fälle

Anmerkung:

- *Die Schwere der Gewalttaten durch grundlose Angriffe und gefährliche Körperverletzungen mit rücksichtslosem Vorgehen bis hin zur Bewusstlosigkeit von Opfern im belasteten Gebiet unterscheidet sich sehr deutlich sowohl gegenüber den Vergleichsgebieten in Rottweil als auch im Landkreis Rottweil. Außerhalb des belasteten Gebietes sind solche schweren Gewalttaten in Rottweil nicht bekannt geworden.*

Bußgelder aus og. Übersicht:

Insgesamt 19, davon 13 im belasteten Gebiet.

Betrunkene in 16 Monaten:

Näherungswert nach erster Auswertung: Insgesamt 84 im belasteten Gebiet (nicht nur im öffentlichen Raum, nach Stichprobe allenfalls einzelne Betrunkene außerhalb des belasteten Gebiets)

Gewahrsamnahmen in 16 Monaten:

Näherungswert nach erster Auswertung: Insgesamt 59 Gewahrsamnahmen in der Stadt Rottweil, davon 24 im belasteten Gebiet; damit etwa 40 % aller Gewahrsamnahmen im belasteten Gebiet.

Vergleichsfläche 2 (an den belasteten Bereich unmittelbar angrenzende Stadtgebiete):

Anzahl aufgeklärter Straftaten der oben festgelegten Deliktgruppen mit TV unter Alkoholeinfluss:

<i>Kernstadt-Süd</i>	<i>2 Straftaten</i>	<i>(Bußgeld: 0)</i>
<i>Gebiet In der Au</i>	<i>0 Straftaten</i>	<i>(Bußgeld: 0)</i>
<i>Nordweststadt</i>	<i>1 Straftat</i>	<i>(Bußgeld: 1)</i>

Die quantitative Vergleichbarkeit des Zahlenmaterials zu **Fläche und Kriminalitätsbelastung** gestaltete sich schwierig. Gleichwohl ist es qualitativ herausragend, wenn einzelne Dienststellen klare Aussagen trafen, die nach lebensweltlicher Erfahrung auf andere Problemlagen gerade hinsichtlich möglicher Maßnahmen Rückschlüsse zulassen. So berichtete **Ludwigsburg**, dass der Bahnhofsbereich mit zentralem Omnibusbahnhof lediglich 1,7 Prozent Fläche der Stadt einnimmt, sich aber dort 59,5 Prozent der Taten³ ergaben. **Reutlingen** beschreibt seine alkoholbedingte Problemlage in einer Fläche von 0,01 Prozent der Stadt, in der 54,8 Prozent der Straftaten bzw. polizeirechtlicher Maßnahmen sowie 73,5 Prozent Verstöße der

³ Ein näherer Blick, was unter Taten hier verstanden wird, findet nicht statt. Es wird als rein qualitative Aussage verstanden.

Polizeiverordnung stattfanden. Eine ebenso klare Aussage mit ganz anderen Charakter fand sich zu **Freudenstadt**. Hier wurde berichtet, dass die geschilderten Vorkommnisse weit unterhalb einer Straftaten- bzw. Ordnungswidrigkeitsgrenze lagen, dabei aber maßgeblich für das Sicherheitsgefühl der Bürger dort sind. Hier kann bemerkt werden, dass von einer erheblichen Bandbreite öffentlich wahrnehmbarer Probleme auszugehen ist.

Begünstigende Faktoren für Alkoholenuss (Frage 4.1)

Es wurde erhoben, ob es Umstände gibt, die die Entstehung oder Verfestigung der alkoholkonsumbedingten Problemlagen begünstigen. An dieser Stelle waren Mehrfachnennungen möglich. Die Ergebnisse sind in Tabelle 15 dargestellt. Bei 69 Problemlagen wurden Angaben zu begünstigenden Faktoren in Form von bevorzugten Örtlichkeiten gemacht. In 57 Bögen wurde mehr als eine Antwortkategorie angegeben. Bei 51 Problemlagen (73,9 Prozent) ist eine Verkaufsstelle, in 38 Fällen (55,1 Prozent) eine Sitzgelegenheit ein begünstigender Umstand für Alkoholkonsum.

Tabelle 15

Häufigkeiten und Prozente der benannten Örtlichkeiten in den gemeldeten Problemlagen

	Häufigkeit	Prozent anteilig Nennungen	Prozent anteilig Problemlage
Verkaufsstelle	51	29,7	73,9
Sitzgelegenheit	38	22,1	55,1
Überdachung	23	13,4	33,3
Attraktivität	15	8,7	21,7
Zentrum	14	8,1	20,3
ÖPNV	12	7,0	17,4
Park	3	1,7	4,3
Vorglühen	3	1,7	4,3
Diskotheek/-szene	2	1,2	2,9
Fluchtmöglichkeit	1	0,6	1,4
öffentliches WC	1	0,6	1,4
Marktplatz	1	0,6	1,4
Parkplatz	1	0,6	1,4
Tankstelle	1	0,6	1,4
Substitutionsapotheke	1	0,6	1,4
Festveranstaltung	1	0,6	1,4
Messe	1	0,6	1,4
Gaststätte	1	0,6	1,4
Rauchverbot	1	0,6	1,4
nicht lesbar	1	0,6	1,4
Gesamt	172		

Anmerkung. Die Prozente anteilig Nennungen beziehen sich auf alle gemeldeten Örtlichkeiten (N=172), die Prozente anteilig Problemlage dagegen nehmen Bezug auf die Rückmeldung der Problemlagen insgesamt (N=69)

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der ergänzenden Angaben in der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Das belastete Gebiet im Bereich Rottweil-Nord dürfte von den betroffenen Zielgruppen aufgrund der unmittelbar aneinander angrenzenden Flächen sowie nachfolgender Punkte bevorzugt aufgesucht werden:

- *dem in den Jahren 2006/2007 neu und offen gestalteten Außenbereich mit Grünfläche und etlichen Sitzgelegenheiten,*
- *dem unmittelbar angrenzendem Einkaufsmarkt mit komplettem Warenangebot und bis 22.00 Uhr geöffnetem Parkdeck,*
- *öffentlicher Straßenraum mit überdachter Bushaltestelle,*
- *Schulgelände mit Sitzgelegenheiten,*
- *direkt angrenzend an die Fußgängerzone der Rottweiler Kernstadt*

Jugendliche und Heranwachsende haben alles, was sie brauchen, auf engstem Raum.

Weitere begünstigende Faktoren

Treffpunkte von jungen Deutschrussen mit erheblichen Alkoholproblemen, die auch für etliche Gewaltdelikte verantwortlich sind (ohne oder nur eingeschränkte Lebensplanung, nur vereinzelt Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, kaum Integrationsbereitschaft, teilweise bereits etliche Ermittlungsverfahren).

Gruppierungen und Szenen⁴ (Frage 4.3)

Ebenfalls war von Interesse, ob einzelne Problemlagen durch bestimmte Szenen oder Gruppierungen geprägt sind. Auch hier konnten pro Problemlage Mehrfachnennungen getroffen werden. Insgesamt wurden bei den vorhandenen 73 Problemlagen bei 69 Angaben zu Gruppierungen gemacht, wovon 54 Problemlagen durch mehr als eine Szene geprägt waren (vgl. Tabelle 16). In 33 Problemlagen (47,8 Prozent) war die „Trinkerszene“ anzutreffen, in 29 (42 Prozent) war auch die Party- bzw. Diskoszene zugegen. Relevant waren darüber hinaus auch die Gruppierung der Jugendlichen (40,6 Prozent), die Obdachlosenszene (34,8 Prozent) und Junge Erwachsene (23,2 Prozent). Bei der Interpretation der Daten ist an dieser Stelle zu beachten, dass auch hier sich die genannten Antwortkategorien überschneiden, also dass beispielsweise Jugendliche, junge Erwachsene und

⁴ Zur Definition Szenen bitte Fußnote 1 beachten, in Tabelle 16 sind Begriffe aus den Bögen wiedergegeben.⁵ Die Begriffe „repressiv und präventiv“ wurden hier im Sinne einer doppelunktionalen Maßnahme verstanden, die in Deutschland sowohl der Gefahrenabwehr (präventiv) als auch der Strafverfolgung (repressiv) dient. Ausführliche Definitionen der Begriffe findet man bei Schwind (2013).

Party- bzw. Diskoszene im Grunde genommen die gleiche Personengruppe beschreiben. Daher kann man davon ausgehen, dass die vorliegenden Zahlen tatsächlich in der Summe höher liegen dürften.

Tabelle 16

Häufigkeiten und Prozente der genannten Gruppierungen (Szenen), die in den gemeldeten Problemlagen benannt wurden.

	Häufigkeit	Prozent anteilig Nennungen	Prozent anteilig Problemlage
Trinker	33	20,5	47,8
Partyszene, Diskoszene	29	18,0	42,0
Jugendliche	28	17,4	40,6
Obdachlose	24	14,9	34,8
Junge Erwachsene	16	9,9	23,2
Drogenszene (BTM)	7	4,3	10,1
Studenten	4	2,5	5,8
Schüler	4	2,5	5,8
Punker	4	2,5	5,8
Vorglüher	2	1,2	2,9
Aussiedler	2	1,2	2,9
Heranwachsende	2	1,2	2,9
Eventpublikum, Eventszene	2	1,2	2,9
Emo: jugendkulturelle Modeerscheinung	1	0,6	1,4
Faschingsbesucher	1	0,6	1,4
Festbesucher	1	0,6	1,4
nicht lesbar	1	0,6	1,4
Gesamt	161		

Anmerkung. Die Prozente anteilig Nennungen beziehen sich auf alle gemeldeten Gruppierungen (N=161), die Prozente anteilig Problemlage dagegen nehmen Bezug auf die Rückmeldung der Problemlagen insgesamt (n=69).

Bei den Angaben zur Gruppengröße (Frage 4.3) zeigte sich ein ähnliches Bild wie bei den Straftaten. Nur etwa zehn Prozent hatten mehr als 300 bis maximal 1200 Besucher in den Problemzonen. 13 Problemlagen machten keine Angaben zu Gruppengröße.

Tabelle 17

Alle gemeldeten Problemzonen sortiert nach der geschätzten Gruppengrößen, die dort angetroffen werden.

Anzahl Personen	Polizeidirektionen	Problemzonen
1200	PD Aalen	Haselbachtal, Schwäbisch Gmü
1000	PD Freiburg	Bermudadreieck
1000	PD Heilbronn	Sülmerstraße, Marktplatz zw.
1000	PD Friedrichshafen	Anton-Sommer-Straße/Friedric
800	PD Heilbronn	Wertwiesen

300	PD Freiburg	Obere Bismarckallee
300	PD Reutlingen	Oberamteinstraße, Reutlingen
250	PD Konstanz	Seepromenade
250	PD Konstanz	Herose-Areal
200	PD Rastatt / Baden-Baden	Lichtentalerallee
200	PD Konstanz	Radolfzellerseeufer
150	PP Stuttgart	Rotebühlpassage/-platz
150	PD Waldshut-Tiengen	Generationenplatz
100	PP Stuttgart	Schlossplatz, Liegewiese
60	PD Ravensburg	Argenufer, Wangen i. A.
50	PD Ludwigsburg	Bahnhof, ZOB
50	PP Karlsruhe	Werderplatz
50	PD Ravensburg	Skateranlage, Isny i. A.
50	PD Göppingen	Mörikeanlage, Stadthallenpar
50	PD Ravensburg	Bahnhofsarkaden, Leutkirch i
50	PP Stuttgart	Klett-Passage, unterhalb Arn
40	PD Pforzheim	Eisenbahnbrücke Mühlacker
40	PD Waiblingen	Fellbach-Schmidlen, Schmidene
40	PD Offenburg	Königsberger Straße
30	PD Offenburg	Am Stadtgarten
30	PD Pforzheim	Benckiserpark
30	PD Ravensburg	Bahnhof, Wangen i. A.
25	PD Esslingen	Hauptbahnhof
25	PD Heilbronn	Fontäne, Im Hospitalgrün
25	PD Offenburg	Franz-Volk-Park
25	PD Esslingen	Maillepark
24	PD Freudenstadt	Bahnhofplatz
24	PD Freudenstadt	Neckarwiesen
24	PD Freudenstadt	Stadtbahnhof / ZOB
24	PD Freudenstadt	Freudenstadt Marktplatz
20	PD Calw	Unteres Ledereck/Calw
20	PD Offenburg	Bätleweg
20	PD Pforzheim	Waisenhausplatz
20	PD Pforzheim	Markplatz
20	PD Waldshut-Tiengen	Schlosspark
20	PD Ravensburg	Altstadt, Ravensburg
20	PD Waldshut-Tiengen	Gallusturm
15	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhofsplatz
15	PD Ulm	Bahnhof, Ulm
15	PD Waldshut-Tiengen	Busbahnhof
15	PD Waldshut-Tiengen	Bahnhof
15	PD Heilbronn	Harmonie, Stadtpark
15	PD Aalen	Rinderbacher Turm

15	PD Aalen	Erika-Künzel-Platz
15	PD Rottweil	Kernstadt
10	PD Ravensburg	Parkanlage, Weingarten
10	PD Waldshut-Tiengen	Schlossgarten
10	PD Waldshut-Tiengen	Viehmarktplatz
10	PD Aalen	Schulgelände Rauchbeinschule
10	PD Waldshut-Tiengen	Ludingarten
8	PD Heilbronn	Kraichgauplatz
5	PD Rastatt / Baden-Baden	Innenstadt
5	PD Heilbronn	Alter Friedhof
5	PD Rastatt / Baden-Baden	Dörfel
5	PD Rastatt / Baden-Baden	Bahnhof
keine Angabe	PD Heilbronn	Festplatzgelände
keine Angabe	PD Heidelberg	Altstadt
keine Angabe	PP Karlsruhe	Europaplatz
keine Angabe	PD Konstanz	Bahnhofsbereich
keine Angabe	PD Aalen	Innenstadt, Schwäbisch Gmünd
keine Angabe	PP Karlsruhe	Friedrichsplatz
keine Angabe	PP Karlsruhe	Schulzentrum / Rathaus
keine Angabe	PD Tübingen	Depot Areal
keine Angabe	PD Konstanz	Dillplatz
keine Angabe	PD Tübingen	Europaplatz, Tübingen
keine Angabe	PD Konstanz	Seehas
keine Angabe	PD Aalen	IpF-Messe, Bopfingen
keine Angabe	PD Aalen	Ortsmitte, Aalen-Waldhausen

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der Angaben zu Gruppengrößen in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Unterschiedliche, teils lose und teils feste Gruppen mit bis zu 10 – 15 Personen.

Angaben zu repressiven und präventiven Maßnahmen⁵ (Frage 4.4)

Hier stellte sich die Frage, inwieweit präventive und repressive Maßnahmen in den Problemzonen bereits veranlasst wurden. 45 Mal wurden präventive Maßnahmen in den Problemzonen erwähnt. Somit wurde bisher

⁵ Die Begriffe „repressiv und präventiv“ wurden hier im Sinne einer doppelfunktionalen Maßnahme verstanden, die in Deutschland sowohl der Gefahrenabwehr (präventiv) als auch der Strafverfolgung (repressiv) dient. Ausführliche Definitionen der Begriffe findet man bei Schwind (2013).

zwei Mal keine Präventivmaßnahme durchgeführt. Bei den repressiven Maßnahmen wurden solche 70 Mal genannt. Auf die Maßnahmen wird ausführlich in Erhebung 2 eingegangen.

Im Folgenden werden die Informationen zur Veranschaulichung der Angaben zu bereits veranlassten Maßnahmen in einer Problemlage der gemeldeten Problemlage der PD Rottweil exemplarisch dargestellt.

Klar erfolgreich war das sechswöchige Aufenthaltsverbot nach § 27a PolG ab dem 30.04.2013, begleitet durch Interventionsstreifen, für vier Gewalttäter aus einer losen etwa 10köpfigen deutschrussischen Personengruppe, die allesamt konkret für Gewalttaten im öffentlichen Raum verantwortlich waren oder in Betracht kamen. Die Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum konnten sofort und wesentlich reduziert werden.

Bei vier Gewalttätern lagen die Voraussetzungen für das Aufenthaltsverbot vor

Aufenthaltsverbote für die weiteren sechs Personen waren konkret in der Planung (sobald entsprechender Tatverdacht bei neuer Tat vorgelegen hätte).

Die Aufenthaltsverbote versetzte die Polizei in die Lage, Platzverweise wegen Verstoß gegen das Aufenthaltsverbot zu erteilen; eine aktuelle Störung oder konkrete Gefahr musste nicht abgewartet werden. Davor war es nur möglich, die Personen zu kontrollieren. Ohne Gefahr oder Störung gab es keine rechtliche Möglichkeit, der Gruppe oder gezielt Einzelpersonen einen Platzverweis zu erteilen.

Wichtig war sicherlich die Einbeziehung der Eltern/Erziehungsberechtigten bei unter 18jährigen, die in die Anhörung bei der Stadt und bei der Verfügung eingebunden waren.

Von vier Gewalttätern hielt sich nur einer zwei Mal nicht an das Aufenthaltsverbot. Durch weitere Behördenabstimmung, begünstigt durch eine bevorstehende Berufungsverhandlung vor dem LG Rottweil wegen einer Gewalttat, konnte soweit Einfluss auf diesen Gewalttäter genommen werden, dass auch er sich an das Aufenthaltsverbot hielt. Hier war es bedeutsam, dass im Hinblick auf das Umfeld der Gewalttäter das Aufenthaltsverbot konsequent durchgesetzt wurde, damit es nicht an Wirkung verliert.

Die Maßnahmen im belasteten Gebiet erfolgten im Rahmen der „FEA Gewalt“ der PD Rottweil vom April 2010, die wegen Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum im Landkreis Rottweil erstellt wurde und die FEA Rohheitsdelikte aus dem Jahr 2007 ersetzte. Die Umsetzung der Maßnahmen der „FEA Gewalt“, begleitet durch Qualitätssicherungsmaßnahmen (Qualität in der Sachbearbeitung, Einführung von Kennzahlen, Ausschöpfung der rechtlichen und wirkungsorientierten Möglichkeiten – DNA-Probennahme und ED-Behandlung gerade auch bei Körperverletzungsdelikten, Spurensicherung, Beschleunigung der Bearbeitung, bei vorsätzlichen leichten Körperverletzungen teilweise intensivere Sachbearbeitung statt Bearbeitung im standardisierten Verfahren, Unterrichtung der Führerscheinstelle, Abstimmung mit StA, Stadt und LRA etc.).

Die vergleichende Darstellung der Entwicklung der Häufigkeitszahl der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum mit der landesweiten Entwicklung zeigt im Landkreis Rottweil einen deutlich ausgeprägten Rückgang, der sich nach derzeitigem Stand (22.05.2013) auch im Jahr 2013 weiter deutlich fortsetzen könnte.

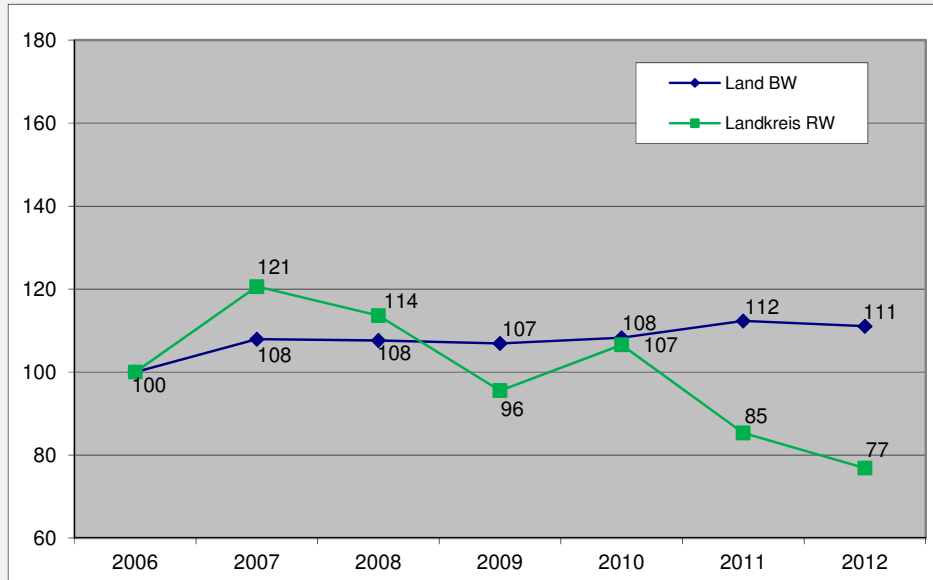
Basiswert: 100 % (Datenquelle FIS – dort Häufigkeitszahlen seit 2006 abrufbar)

Ranking im Vergleich mit den Stadt- und Landkreisen

- *Jahr 2006: 20 Landkreise mit niedrigerer Häufigkeitszahl bei den Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum als der Landkreis Rottweil*

Jahr 2013 (Stand 22.05.2013): nur noch drei Landkreise mit noch niedrigerer Häufigkeitszahl

Abbildung aus dem Bogen der PD Rottweil: Vergleich der Entwicklung der Straftaten in einem Sechsjahreszeitraum mit BW (Basiswert bilden die 100% des Jahres 2006, angegeben wird die Entwicklung über die sechs Jahre im Vergleich).



Einschätzung gesetzgeberischer Maßnahmen (Frage 4.5)

Inwieweit durch Schaffung einer Ermächtigungsnorm für Ortspolizeibehörden im Polizeigesetz zum Erlass eines zeitlich und örtlich beschränkten Alkoholkonsumverbots im öffentlichen Raum, z.B. für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen, bei der Bewältigung dieser konkreten alkoholkonsumbedingten Problemlage unterstützend wirken könnten, wurde mit einer offenen Antwort erhoben.

Wunsch nach Ermächtigungsnorm

Auffallend ist, dass sich von allen Dienststellen 22 Dienststellen für eine Ermächtigungsnorm ausgesprochen haben. Darunter befanden sich auch einige Dienststellen, die keine Problemlage gemeldet hatten. Die Begründungen dafür fallen unterschiedlich aus. So wurde zur Einschätzung, ob gesetzgeberische Maßnahmen wie die Schaffung einer Ermächtigungsnorm (Frage 4.5 Erhebungsbogen 1) wünschenswert sind, im Bogen **Baden-Baden** wie folgt begründet: „Der Alkoholkonsum ist sicherlich mit verantwortlich für das Ausbrechen aus dem gesellschaftlich normierten Verhalten in der Öffentlichkeit (Was ist erlaubt – was nicht?). Erwachsenen ist der Alkoholkonsum auch in der Öffentlichkeit gestattet, was ein polizeiliches Einschreiten erschwert. Bestünde eine rechtliche Handhabe, zu bestimmten Zeiten, an bestimmten Orten oder aber gegenüber bestimmten Personen

den Alkoholkonsum zu untersagen, böte dies der Polizei die Handhabe, bereits im Vorfeld von „Störungen“ entsprechend einzuschreiten und Grenzen aufzuzeigen [...].“

Im Erhebungsbogen 1 der Polizeidirektion **Heidelberg** findet sich zu genannter Ziffer Folgendes: *„Die gesetzliche Möglichkeit eines zeitlich und örtlich beschränkten Alkoholkonsumverbotes als Grundlage erleichtert das Einschreiten gegen die Verletzung der Normen deutlich und wird zu einem Rückgang des Alkoholkonsum insbesondere auf den Wegen von und zu den öffentlichen Verkehrsmitteln führen. Ordnungsstörungen wie Verunreinigungen oder Gefährdung durch zerschlagene Flaschen aber auch die einschlägigen Straftaten bedingt durch das „Vorglühen“ und dem „Nachtrunk“ werden reduziert. Besucher der Lokale in der Altstadt werden nach Eintritt der Sperrzeit zügiger den Altstadtbereich verlassen, was Schäden für die öffentliche Sicherheit und Ordnung minimiert.“*

Es kann somit aus qualitativer Betrachtung gesagt werden, dass die Wünsche der Polizeidienststellen nach einer Ermächtigungsnorm eindeutig sind und zum Teil auch nachvollziehbar begründet wurden.

Erfahrungen mit Verfügungen oder Verordnungen

Eine Vielzahl von Städten und Gemeinden praktizieren oder praktizierten unterschiedlichste Maßnahmen (Normierungen), die den Alkoholgenuß, an bestimmte Bedingungen geknüpft, untersagen. Überwiegend finden sich in Polizeiverordnungen der Ortspolizeibehörden Vorschriften, die den Alkoholgenuß an bestimmten Stellen untersagen. Sie waren entweder ganzjährig gegeben oder wurden im Rahmen von bestimmten Veranstaltungen ausgesprochen. Wenn solche Verordnungen gegeben waren (oder sind), dann wird von den Dienststellen von guten Erfahrungen gesprochen. Am wirkungsvollsten schienen Verfügungen dann zu sein, wenn sie Teil eines Maßnahmenpaketes sind. So ist im Bereich **Konstanz** bzw. **Radolfzell** im Zusammenhang mit dem sogenannten Hausherrenfest die Polizeiverordnung nur ein Teil. Sie geht einher mit dem Einsatz von „Securitypersonal“, von Aktivitäten der mobilen Jugendarbeit und alle Maßnahmen sind in eine einzige Einsatzkonzeption zusammengeführt. Darunter fallen genannte personelle Aktivitäten aber auch Veränderungen der Möblierung des Seeufers.

Zusammenfassend kann hier gesagt werden, dass es keine Einheitlichkeit der Rechtsmittel zu geben scheint. Zum Teil finden sich örtlich begrenzte, kreative Varianten, um einem Problem kleinräumlich Herr zu werden. So werden auch Flächen mit Spielgeräten versehen und dadurch als Spielplatz gewidmet, was wiederum ein Alkoholverbot nach der Polizeiverordnung für diese Fläche zur Folge hat.

Verdrängungseffekte

Wenige Dienststellen berichteten von einer möglichen Verlagerung des Problems an andere Stellen, würde man an der gemeldeten alkoholbedingten Problemlage spürbar intervenieren. Hier spielen sicherlich auch örtliche Gegebenheiten eine bedeutende Rolle. Verschiebungen hat es beispielsweise in Konstant gegeben. Eine neue Jugendszene hat sich im Stadtpark beim Konzil etabliert. In der Gesamtschau der Informationen ist ein Verdrängungseffekt einer Obdachlosen- und/oder Trinkerszene eher zu erwarten als die Verdrängung bzw. Verlagerung einer Event- oder Partyszene. Alle Szenen sind an attraktive Orte gebunden, sowohl die der marginalisierten Gruppen als auch Party- oder Eventszenen.

Bemerkenswertes zur weiteren Betrachtung

Aus der Inhaltsanalyse ergaben sich die Stichworte bzw. Kategorien Alkoholgenuss, öffentlicher Raum, Normierung, Prävention etc. Beachtenswerte Aussagen sind vor diesem Hintergrund folgende:

Es wird von der grundsätzlichen **Aufenthaltsfunktion von Plätzen** gesprochen. Dies weist darauf hin, dass nicht ein Aufenthalt als solcher verboten sein sollte, sondern ein sozial adäquates Verhalten gewünscht wird. In der Folge wäre ein Blick auf das zu werfen, was als Sozialadäquanz gemeinhin verstanden wird.

Dienststellen berichteten von einer möglichen schwierigen Umsetzung einer **Ermächtigungsnorm**, da diese einen hohen Personalaufwand notwendig machen würde. Dies weist wiederum darauf hin, dass es mit Maßnahmen alleine nicht getan ist. Zur langfristigen und konsequenten Bearbeitung des Problems müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Vereinzelt wird davon berichtet, dass die Allgemeinheit von der alkoholkonsumbedingten Problemlage nicht betroffen sei. Dies weist wiederum auf **regionale Besonderheiten** hin. Der Schluss, den man daraus ziehen mag ist, dass genau die regionalen Besonderheiten in ein Maßnahmenpaket einbezogen werden müssten.

Auffälligkeit, Sogwirkung, Attraktivität

Sieht man die Mitteilungen an, so stellt man fest, dass Problemlagen in aller Regel als den größten gemeinsamen Nenner die Attraktivität der Örtlichkeit haben und sich daher Menschengruppen dort aufhalten. So stehen die Problemlagen im Zusammenhang mit Gaststätten bzw. Diskotheken, mit Festen oder Veranstaltungen. Sie sind an Orten mit **hoher touristischer Attraktivität** und überwiegend in der Innenstadt. Es mag aber auch der Umstand Verkehrsknoten sein, der schlichtweg einen Umschlagplatz alkoholisierter Personen darstellt.

Am Beispiel **Heilbronn** wird deutlich, dass es auch ein Problem von Stadtentwicklung und kommunalem Willen ist oder werden kann. So wurde genau dort von einer negativen Begleiterscheinung, einem Parallelweinfest berichtet, welches genau am Rand der Fläche stattfand, in der das Weinfest stattgefunden hat. Dort ist es allgemein üblich, Alkohol in der Öffentlichkeit zu konsumieren und auch innerhalb dieser großen Fläche, quasi von Stand zu Stand, mitzuführen. Heilbronn will aber auch eine Flaniermeile kreieren, die mit ihrer Attraktivität ganz bewusst Menschen anziehen soll. Dieser Konflikt zwischen negativen Begleiterscheinungen und den schönen Seiten von Festlichkeiten wird in vielen Antwortbögen immer wieder festgestellt.

Andere Wirkungen von Verboten im Folgenden:

Das Beispiel **Bad Säckingen**: Nach Verfügung zum Alkoholenuss im öffentlichen Raum berichtete die Polizeidienststelle einen Straftatenrückgang (vgl. Abbildung 4) und einen Rückgang sonstiger Gefahren um 100 %. Gleichzeitig wurde ein Anstieg der Ordnungswidrigkeiten sowie eine Zunahme von Belästigungen allgemeiner Art um 600 % berichtet. Dies begründet sich sicherlich in der Norm, gegen die man nun verstoßen konnte und Anzeigen überhaupt erst ermöglichten. Gleichzeitig wird in dieser Aussage faktisch deutlich, dass es einer konsequenten Überwachung und Verfolgung bedarf, soll die Norm nicht ins Leere laufen. Dieser Umstand wiederum macht hohe Personalressourcen notwendig.

Bad Säckingen Bahnhof	Bad Säckingen Rheinufer Gallusturm	Bad Säckingen Schlosspark
<p>Eine entsprechende Ermächtigungsnorm würde mit Sicherheit eine entsprechende Verbesserung der Lage an sämtlichen Brennpunkten herbeiführen.</p> <p>Dies zeigt sich insbesondere an den weiteren Brennpunkten in der Stadt, für welche am 16.04.2012 durch die Stadtverwaltung Bad Säckingen eine Benutzungsordnung für öffentliche Grün- und Erholungsanlagen aufgrund von §§ 4, 10, 142 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg i. d. F. vom 24.07.2000 GBl. S. 581, berichtigt S. 698, beschlossen wurde.</p> <p>5. Sonstige Anmerkungen</p> <p>Durch die von Polizei und Behörde getroffenen Maßnahmen gingen am Bahnhof Bad Säckingen</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Straftaten seit 2010 um 54,5 % zurück. • Die Ordnungswidrigkeiten sind auf unverändert niedrigem Stand. • Die sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gingen um 100% zurück. <p>Die Belästigungen der Allgemeinheit verzeichnen einen Rückgang um 91,7 %.</p>	<p>Eine entsprechende Ermächtigungsnorm würde mit Sicherheit eine entsprechende Verbesserung der Lage an sämtlichen Brennpunkten herbeiführen.</p> <p>Dies zeigt sich insbesondere an den weiteren Brennpunkten in der Stadt, für welche am 16.04.2012 durch die Stadtverwaltung Bad Säckingen eine Benutzungsordnung für öffentliche Grün- und Erholungsanlagen aufgrund von §§ 4, 10, 142 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg i. d. F. vom 24.07.2000 GBl. S. 581, berichtigt S. 698, beschlossen wurde.</p> <p>5. Sonstige Anmerkungen</p> <p>Durch die von Polizei und Behörde getroffenen Maßnahmen gingen am Rheinuferbereich Bad Säckingen</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Straftaten seit 2010 um 33,3 % zurück. • Die Ordnungswidrigkeiten stiegen, bedingt durch Tatbestände der Benutzungsordnung, um 150 % an. • Die sonstigen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gingen um 100% zurück. <p>Die Belästigungen der Allgemeinheit verzeichnen einen Anstieg um 600,0 %.</p>	<p>Eine entsprechende Ermächtigungsnorm würde mit Sicherheit eine entsprechende Verbesserung der Lage an sämtlichen Brennpunkten herbeiführen.</p> <p>Dies zeigt sich insbesondere an den weiteren Brennpunkten in der Stadt, für welche am 16.04.2012 durch die Stadtverwaltung Bad Säckingen eine Benutzungsordnung für öffentliche Grün- und Erholungsanlagen aufgrund von §§ 4, 10, 142 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg i. d. F. vom 24.07.2000 GBl. S. 581, berichtigt S. 698, beschlossen wurde.</p> <p>An diesem Brennpunkt wirkt sich die Tatsache, dass er von der Grünanlagenbenutzungsordnung ausgenommen wurde, nachteilig aus.</p>

Abbildung 4. Darstellung der Angaben zur Ermächtigungsnorm und der Erfahrungen mit der Benutzungsordnung für öffentliche Grün- und Erholungsanlagen für die drei Regionen Bad Säckingen Bahnhof, Rheinufer Gallusturm und Schlosspark.

Bemerkenswert war weiter, dass es für Phänomene wie die Eventszenen in **Freiburg** und **Heidelberg** eher notwendig erscheint, eine Norm nach dem Polizeigesetz zu haben. Spezielle Maßnahmen gegen Einzelpersonen

wie ein Aufenthaltsverbot liefen in diesen Städten ins Leere, da es sich bei den Tätern eher nicht um Ortsansässige sondern um häufig wechselnde Besucher handelte. Insoweit waren und sind auch einzelne, lokale Präventionsmaßnahmen zum Beispiel in örtlichen Schulen kritisch zu sehen, da dort nicht alle potentiellen Täter erreicht werden können, wenn ein großer Zustrom aus der Umgebung zu verzeichnen ist. Es müsste sich eher um allgemeine bzw. generalpräventive Maßnahmen flächendeckend in einer ganzen Region handeln.

Eine weitere bedeutsame Feststellung ist, dass das Rauchverbot in Gaststätten als Begründung für den Alkoholenuss im öffentlichen Raum herangezogen wurde. So berichtete **Reutlingen** vom Zusammenstehen in Gruppen unter Mitnahme der Getränke.

Weitere besondere Hinweise fanden sich zum Beispiel in **Pforzheim** oder **Karlsruhe**. Es wurde festgestellt, dass sozial Randständige bekunden möchten, dass sie Teil der Gesellschaft sind, wenn sie sich in der Öffentlichkeit und somit sichtbar aufhalten. Für die Karlsruher Problemlage konnte klar festgestellt werden, dass der Alkohol an anderen Orten konsumiert wird, die Problemlage aber ein Verkehrsknoten und Umschlagplatz darstellt.

Interessant waren weitere Aussagen, die sich in den Bögen von **Stuttgart** wiederfinden. Der Cannstatter Wasen wurde nicht als alkoholbedingte Problemlage gemeldet, ebenso wenig der Bahnhof Cannstatt, wo immer wieder ein hohes Aufkommen von Fußballfans oder auch eben von Wasenbesucher zu Problemen führt. Dagegen wurden von Stuttgart der Hauptbahnhof, die Klettpassage der Rote Bühlplatz sowie der Schlossplatz gemeldet. Dies zeigt die schwierig zu interpretierende Datenqualität beispielhaft auf, da Stuttgart offensichtlich permanente Problemlagen ausgewählt hatte, während andere Dienststellen auch temporäre Problemlagen wie Feste und Veranstaltungen meldeten.

Ein weiterer bemerkenswerter Einzelhinweis für die gesamte Untersuchung fand sich in der Meldung von **Ravensburg zu Leutkirch**, wo es gelang, mittels Selbstverpflichtung des örtlichen Supermarktes den Verkauf harter Alkoholika früher einzustellen.

Ausgewählte Städte für weitere Datenerhebungen

Die Auswahl der Städte für die so genannte Tiefenanalyse erfolgte anhand folgender Kriterien (vgl. Matrix zum Auswahlvorschlag, Tabelle 18 zur Vorauswahl möglicher Kommunen):

- Anzahl der gemeldeten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten
- Vorhandensein einer (regionalen bzw. überregionalen) Event- oder Partyszene ggf. in Kombination mit Trinkerszenen
- bereits betriebene Präventions- und Interventionsmaßnahmen
- örtliche Eingrenzbarkeit der Problemlage
- Gewichtung zwischen Mittelzentren und kleineren Städten
- möglichst verschiedene Regierungsbezirke
- Erkenntnisse, die einen Transfer auf andere Regionen ermöglichen

Es wird davon ausgegangen, dass die Mediane bzw. Mittelwerte in Tabelle 5 bei der zielführenden Auswahl von Städten wenig Bedeutung haben, sondern Aussagen über Städte, die stark belastet sind, herangezogen werden sollten.

Im Workshop der AG „Lebenswerter öffentlicher Raum“ vom 03.06.2013 wurden den Teilnehmern die bisherigen Ergebnisse der Erhebung 1 bei den Dienststellen und Kommunen in Baden-Württemberg zu alkoholkonsumbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum vorgestellt. Zunächst sollten nicht mehr als drei der gemeldeten Problemlagen über die Sommermonate anhand von Experteninterviews und Sondererfassungen bei festgestellten Verstößen (sog. anonymisierte Begleitbögen) vertiefend analysiert werden. Diese Entscheidungsvorlage basiert auf den Ergebnissen des Workshops vom 03.06.2013 und weiterer Vorarbeiten durch die Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen.

Auswahlvorschlag

Mit Blick auf die genannten Auswahlkriterien wurden alle gemeldeten Problemlagen wie in Tabelle 18 dargestellt gesichtet und folgende Städte in die engere Auswahl einbezogen:

Tabelle 18

Exemplarische Darstellung der Matrix zur Auswahl von Städten für eine zusätzliche Tiefenanalyse

	Heidelberg	Freiburg	Ludwigsburg	Esslingen (Bhf.)	Ravensburg	Radolfzell
Einwohner	~ 150.000	209,628	86,139	86,885	48,393	30,9
Anzahl gemeldeter Straftaten und OWi	409	394	149	109	143	36
Erfahrungen mit Verfügung	Nein	Ja	Nein	(im Zusammenhang mit ÖPNV)	ja	Ja
Szenen	Event (Studenten Touristen)	Event (Studenten Touristen)	Event Alkoholiker	Event Alkoholiker	Alkoholiker/Obdachlose	Event Alkoholiker
Intervention Prävention				Ja		
Attraktivität Magnetwirkung	Ja	Ja			Ja	
Zeitl. Schwerpunkte	WE	WE	Täglich	Täglich	WE	WE
Problembereich Innenstadt eingrenzbar				Ja		
Verkehrsknoten			Ja	Ja		
Phänomen	Großgruppen	Großgruppen	Gruppen	Gruppen	Gruppen	
Regierungspräsidium	KA	FR	S	S	TÜ	FR

Nach einer Detailanalyse der übersandten Fragebögen, einer telefonischen Kontaktaufnahme mit Vertretern der betroffenen Polizeidienststellen und dem zu erwartenden Mehrwert für das Arbeitsgruppenergebnis erschienen für weitere Untersuchungen aus Sicht der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen sowie des Innenministeriums die Städte **Heidelberg, Freiburg und Ravensburg** am geeignetsten zu sein. Auf die Auswahl weiterer Städte die keine oder bewältigte Problemzonen melden wird weiter unten eingegangen.

Esslingen, Ludwigsburg und Radolfzell waren ebenfalls in der engeren Auswahl, da hier die Anzahl der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten hoch sind und verschiedene Maßnahmen durchgeführt wurden,. Alle Städte haben eine eingegrenzte Problemzone. Ludwigsburg mit dem Bahnhof, Myliusstraße, auch Esslingen mit dem Hauptbahnhof. Es handelt sich hierbei um Bahnhofsszenen.

Zusammenfassung 1 zu den Problemlagen in Baden-Württemberg

Problemlagen sind Brennpunkte, die entweder gebunden an bestimmte Örtlichkeiten oder im Rahmen von zeitlich eingrenzbaaren Festlichkeiten in Verbindung mit bestimmten Personengruppen oder auch Szenen und teils massivem Alkoholkonsum subjektiv als Belastung empfunden und objektiv gegeben sind. Es handelt sich um Sammelpunkte oder Konfliktherde an öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, Parkanlagen, Plätzen, Passagen, Innenstädte, Uferbereiche, Festplätze, Spielplätze und anderen beliebten Treffpunkten.

24 von 37 Landkreisen meldeten für das Jahr 2012 insgesamt **73 Problemlagen**. Von 13 vorwiegend ländlich geprägten Polizeidirektionen waren keine Meldungen vorhanden. Die Anzahl der gemeldeten Problemlagen der einzelnen Polizeidirektionen bzw. -präsidien variierte zwischen eins und neun.

Es wurde berichtet, dass Probleme in Form von alkoholbedingten Konflikten in 41 Prozent der Fälle täglich vorhanden, in 21 Prozent nur an den Wochenenden feststellbar waren. Die meisten Probleme traten in den **Abend- und Nachtstunden** auf.

Es wurden insgesamt 4476 Tatbestände für das Jahr 2012 gemeldet. Die Häufigkeiten an gemeldeten Tatbeständen für das Jahr 2012 variierten erheblich zwischen den einzelnen Problemzonen. Zu allen 73 Problemlagen wurden immer **Straftaten**, dagegen nur 41 **Ordnungswidrigkeiten** sowie zu 45 Problemlagen **Belästigungen** gemeldet. Der Grund für diesen Unterschied bei den Meldungen der Tatbestände lag in der unterschiedlichen Art der Datenerfassung und Auswertung der Polizeidienststellen.

Unterscheidung zwischen Tatbeständen: Die Mittelwerte zur Anzahl der Tatbestände (Durchschnittszahlen) im Jahr 2012 waren wenig aussagekräftig, da die Unterschiede zwischen den Problemzonen stark variierten, beispielsweise von 0 bis 274 bei Körperverletzungen. In allen 73 gemeldeten Problemzonen traten im Durchschnitt (Median) acht Körperverletzungen, drei Sachbeschädigungen, ein Raub, ein Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, eine sexuelle Nötigung und drei Beleidigungen auf. Spitzenreiter bei den gemeldeten Straftaten waren Freiburg mit 394 im Bermudadreieck und 184 in der Oberen Bismarckallee, Heidelberg mit 183 in der Altstadt sowie Ludwigsburg mit 137 am Bahnhof und ZOB und schließlich Ravensburg mit 128 Straftaten in der Altstadt. Bemerkenswert ist, dass sich die Straftaten auf wenige Problemzonen konzentrierten, also die Belastungen sich regional erheblich unterschieden.

Ähnlich verhielt es sich mit den gemeldeten Ordnungswidrigkeiten und Belästigungen, die in einzelnen Kommunen die Zahl 200 überschritten, wobei manche Polizeidirektionen dazu zum Teil keine Angaben machten.

Verschiedentlich wurden zum Vergleich Angaben zur Anzahl von Tatbeständen in gleichgroßen Stadtgebieten geliefert. Die Auswertung der **Vergleichsflächen** zeigte, dass die meisten Straftaten sich auf die Problemzonen konzentrierten.

Problemzonen zeichnen sich durch eine gewisse Attraktivität aus. Sie werden z.B. dadurch interessant, dass Gaststätten, Verkaufsstellen und Sitzgelegenheiten verfügbar oder leicht erreichbar sind. Berücksichtigt werden muss, dass **attraktive Orte** in den Städten nicht nur von Touristen und Bewohnern sondern auch von Jugendlichen und marginalisierten Gruppen gerne aufgesucht werden. In den Problemzonen hielt sich unterschiedliches **Klientel** auf:

- junge Erwachsene sowie erwachsene Personen der Party- und Eventszene sind es häufig
- Erwachsene in den marginalisierten Gruppen wie Trinkerszenen
- Kindern und Jugendliche auf Spielplätzen und Schulhöfen
- gemischtes Publikum - Feiertage und Feste.

Die Anzahl der Personen, die als Szene die einzelnen Problemzonen aufsuchten, variierten ebenfalls sehr stark: In Friedrichshafen und Heilbronn waren in den Problemzonen zeitweilig mehr als 1000 Menschen versammelt, meist handelte es sich aber eher um kleinere Gruppen zwischen 10 und 40 Personen.

Für eine Problemlösung meldeten 28 Dienststellen den Wunsch nach einer **Ermächtigungsnorm**. Es wurde von Seiten der Polizeidienststellen vermutet, dass durch ein örtlich und zeitlich beschränktes Alkoholkonsumverbot die Probleme reduziert werden könnten. Die Wünsche der Polizeidienststellen nach einer Ermächtigungsnorm sind nachvollziehbar und werden begründet. Allerdings brachte die Einführung von Ermächtigungsnormen, wie beispielsweise in Bad Säckingen, einen Anstieg von Ordnungswidrigkeiten und Belästigungen um mehr als 100 % mit sich, was durch die vermehrte Überwachung und Verfolgung sowie Verstöße gegen die neue Norm selbst bedingt sein könnte.

Aufenthaltsverbote und Platzverweise liefen bisher in den Party- und Eventszenen mit großen Menschenmassen unterschiedlicher oder wechselnder regionaler Herkunft „ins Leere“. Hingegen waren sie erfolgsversprechend bei kleineren, örtlich gut begrenzbaren Problemlagen mit wiederkehrenden Personengruppen, beispielsweise bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Kindern und marginalisierten Randgruppen.

Zusatzinformationen und Einschätzungen

Die Problemlagen sind an Orten angesiedelt, die eine **Magnetwirkung** auf verschiedene Gruppierungen haben. Dazu gehören Touristen aber auch alle anderen Menschen, die sich von der Attraktivität der Örtlichkeit angezogen fühlen. Die Anziehungskraft kann stets gegeben sein z.B. in Kneipenszenen oder bei innerstädtischen

Veranstaltungen. Darüber hinaus ziehen Zug- und Busbahnhöfe automatisch viele Menschen, wie Pendler und Reisende an.

Interessant ist die grundsätzliche Bewertung, ob eine Problemlage vorliegt oder nicht. Manche Dienststellen meldeten Feste als Problemlagen. Dies scheint davon abhängig zu sein, wie die **subjektive Belastung** und die Effektivität von Strategien zur **Bewältigung** von den Behörden empfunden werden.

Als **Möglichkeiten des Einwirkens** werden sehr vielfältige Ansätze (Erhebung 2) aufgelistet, beispielsweise meldet Leutkirch, dass es gelang, einem Supermarkt die Selbstverpflichtung aufzuerlegen, dass keine Alkoholika verkauft werden.

Straftaten ereignen sich in der marginalisierten Trinker- und Obdachlosenszene meist **innerhalb der Gruppen**. In der Eventszene sind es häufiger unbeteiligte, zufällig angetroffene und oft alkoholisierte Opfer.

Datenerhebung 2 zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg

Ziele der Datenerhebung 2

Das Ziel der zweiten Erhebung bestand darin, Informationen von der Polizei über bereits durchgeführte, bewährte Maßnahmen und Projekte zu erhalten, um diese Erkenntnisse zielgerichtet aufeinander abstimmen und vernetzen zu können sowie diese Erkenntnisse in die Gestaltung eines präventiven Maßnahmenpakets einfließen zu lassen. Wie auch Erhebung 1 diente diese Befragung dazu Städte auszuwählen, die dann durch Experteninterviews in unterschiedlichen Berufsgruppen und Institutionen hinsichtlich präventiver und repressiver Maßnahmen in den bezeichneten Problemlagen detaillierter exploriert werden sollten.

Methodenteil zur Datenerhebung 2

Entwicklung des Erhebungsbogens 2

Der Erhebungsbogen 2 wurde im Innenministerium BW auf Grundlage des Erhebungsbogens 1 entwickelt. Da der Bogen vornehmlich dem Zweck diente, erfolgreiche Maßnahmen abzufragen, wurde der Fokus auf die Entwicklung der gemeldeten Maßnahmen, deren Beschreibung, Kategorisierung und Erfassung der Wirksamkeit gelegt. Auf eine detaillierte Abfrage von quantitativen Angaben zu Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Gefahren und Ordnungsstörungen wurde verzichtet. Dies insbesondere deshalb, weil diese Datenerhebung bereits in Erhebung 1 erfolgte.

Der Fragebogen wurde am 13.05.2013 zum Zwecke der Mitgestaltung an die Hochschule für Polizei und das Landeskriminalamt BW, Abteilung Prävention, versendet. Die von beiden angeregten Änderungen wurden weitestgehend berücksichtigt. Für einen finalen Test wurde der Bogen am 14.05.2013 an die PD Freiburg übermittelt. Nach dem von dort mitgeteilt wurde, dass der Bogen verständlich und die Formularfelder funktionsfähig seien, wurde der Fragebogen am 15.05.2013 landesweit an die Polizeidienststellen versendet.

Für jedes Maßnahmenpaket wurde ein eigener Erhebungsbogen verwendet. Erfasst wurden Informationen zur Bezeichnung und Kategorisierung der Maßnahme, des Ansatzes des Projekts und welche Zielgruppe und Zielsetzung mit der Maßnahme verfolgt wurde. Ebenfalls erfolgte eine aussagekräftige Beschreibung der Maßnahme selbst und der damit zu bewältigenden Problemlage in ähnlicher Form wie in Erhebung 1. Anschließend wurden Ziele und Wirksamkeit der Maßnahme erfasst und abschließend Dauer und Status der Maßnahme erhoben.

Prüfung der Datenreliabilität

Insgesamt traten in Erhebung 2 weit weniger Probleme auf als im Vergleich zu Erhebung 1, dennoch liegen einige Daten teilweise nicht in der gewünschten Form vor. Folgende Schwierigkeiten beim Ausfüllen der Erhebungsbögen waren feststellbar:

Die Kategorisierung der gemeldeten Maßnahmen als repressiv oder präventiv konnte nicht immer eindeutig getroffen werden. Beispielsweise sind häufige Personenkontrollen in Problemlagen zunächst repressive Maßnahmen, die aber auch präventiv wirken können. Da jede Maßnahme einzeln und hinsichtlich ihrer Wirkung intensiv betrachtet wurde, fiel dieser Umstand weder als störend noch als hinderlich ins Gewicht.

Zeitliche Angaben waren wie auch in Erhebung 1 teilweise vom Format sehr unterschiedlich und nur vage angegeben. Auch hier wurden Kategorien gebildet, um die Angaben weitestgehend zusammenfassen und darstellen zu können.

Bei der Bewertung der Wirkung der Präventionsmaßnahme standen nur drei positive Möglichkeiten zur Auswahl, die nicht immer richtig operationalisiert waren: die Wirkung ist vollumfänglich, weitestgehend, zufriedenstellend erfüllt. Es fehlte die Option, die Wirkung einer Maßnahme als nicht zufriedenstellend beurteilen zu können. Dieser Umstand lässt nur eine eingeschränkte Interpretierbarkeit dieser Daten zu.

Beschreibung der Stichprobe

Insgesamt wurde der „Erhebungsbogen zu präventiven und repressiven Maßnahmen zur Bewältigung und Verhinderung alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum“ an 34 Polizeidirektionen und 3 Polizeipräsidien in Baden-Württemberg gesandt. Die Rekrutierung erfolgte wie in Erhebung 1 über eine E-Mail des Innenministeriums an die entsprechenden Polizeidienststellen. Diese umfasste ein Begleitschreiben und den Erhebungsbogen und sollte wie Erhebung 1 im Benehmen mit den jeweiligen Kommunen ausgefüllt werden.

Alle angeschriebenen Polizeidienststellen gaben eine Rückmeldung. Der überwiegende Anteil der Polizeidienststellen schickte neben dem ausgefüllten Erhebungsbogen zu den einzelnen Problemlagen noch ein Begleitschreiben zurück, in denen zusätzlich relevante, nicht mit dem Erhebungsbogen erfasste, Angaben zu den Problemlagen enthalten waren.

Die angeschriebenen Polizeidienststellen sollten jede Maßnahme mittels eines eigenständigen Bogens darstellen. Einige Polizeidienststellen beschrieben mehrere Projekte, wie beispielsweise Aalen mit 13 Maßnahmen. Einige Dienststellen dagegen meldeten Fehlanzeige.

Datenauswertung

Die Daten wurden mit dem Statistikprogramm SPSS erfasst und deskriptiv ausgewertet. Zusätzlich erfolgte eine qualitative Betrachtung und Analyse der Freitextantworten.

Auswertung qualitativer Teil

Die Erhebung 2 mittels Fragebogen bei den Polizeidienststellen machte ebenfalls eine qualitative Analyse notwendig. Viele Fragen waren offen gestaltet, so dass freitextliche Antworten gegeben wurden. Diese freien Texte wurden in MAXQDA⁶ eingelesen und anschließend analysiert. Dies geschah durch Kategorienbildungen (in der Folge Codebildung), die sich aufgrund des vorhandenen Kontextwissens zum Sachverhalt ergaben bzw. in vivo erstellt wurden, da sie sich aus dem Text ergaben. Wo möglich wurden diese Codes zusammengefasst und Obercodes gebildet.

Im Folgenden sollen die Ergebnisse der Erhebung 2 dargestellt werden.

Ergebnisse zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg

Maßnahme (Frage 1)

Neben der genauen Bezeichnung der Dienststelle und des Ortes erfolgten an dieser Stelle die Nennung der Maßnahme und eine entsprechende Kategorisierung. Von den angeschriebenen Polizeidienststellen wurden insgesamt 119 Maßnahmen und Projekte genannt.

Im Folgenden wird beispielhaft zur Veranschaulichung der Bezeichnung der Maßnahme der Text für das Präventionsprojekt in Rottweil aus dem Erhebungsbogen dargestellt.

FEA Gewalt der PD Rottweil vom April 2010 als Fortschreibung der FEA Rohheitsdelikte vom Juni 2007

Zunächst erfolgte die Kategorisierung nach der Ausrichtung der Maßnahme. Hierbei war es möglich, die Projekte als präventiv oder repressiv bzw. präventiv und repressiv einzustufen. Die Ergebnisse dazu sind in der folgenden Tabelle 19 dargestellt. Nur eine Maßnahme wurde als repressiv bezeichnet, der überwiegende Anteil der Maßnahmen (86 Maßnahmen, 72,3 Prozent) wurde mit beiden Kategorien in Verbindung gebracht.

⁶ Programm zur Unterstützung der qualitativen Analyse empirisch erhobener Daten.

Tabelle 19

Häufigkeiten und Prozente der Kategorisierung der Maßnahmen.

	Häufigkeit	Prozent
beides	86	72,3
präventiv	32	26,9
repressiv	1	0,8

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=119)

Eine Durchsicht der einzelnen Bögen zu diesen Antworten ergab, dass in erster Linie polizeiliche Maßnahmen genannt wurden, beispielsweise Personenkontrollen, die sowohl präventive als auch repressive Anteile beinhalten können. Hier der Auszug aus dem Erhebungsbogen der PD Rottweil zur Veranschaulichung der Kategorisierung der Maßnahme.

Die Maßnahme FEA Gewalt der PD Rottweil vom April 2010 enthält sowohl präventive als auch repressive Inhalte.

Ansatz, Zielgruppe und Zweck der Maßnahme (Frage 2)

Zunächst erfolgte mithilfe eines Freitextfeldes eine Beschreibung der Maßnahme. An dieser Stelle sollte genannt werden, wie es zur Entstehung der Maßnahme gekommen ist, was bei der Entwicklung als Orientierung diente und welche Theorien, Erkenntnisse oder auch Vorläufermaßnahmen hierbei ausschlaggebend waren. Es folgt ein exemplarisches Beispiel dafür zur oben bezeichneten Maßnahme FEA der PD Rottweil zur Veranschaulichung.

Reduzierung der Gewaltdelikte im öffentlichen Raum einschließlich der alkoholkonsumbedingten Gewaltdelikte

Neben der Fortführung bisheriger Maßnahmen lag der Schwerpunkt der aufgrund von erheblichen Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum ergänzten FEA Gewalt vom April 2010 besonders auf der

- *Verbesserung der beweis- und verfahrenssicheren Strafverfolgung und Optimierung der Ermittlungsergebnisse beim subjektiven und objektiven Tatbefund*
- *Konkretisierung der Beschleunigung des Strafverfahrens in festgelegten Regelfällen von Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum (nicht zu verwechseln mit dem beschleunigten Verfahren)*
- *Qualitative und quantitative Intensivierung der seit dem Jahr 2007 praktizierten Unterrichtung der Führerscheinstelle bei 15 - unter 21Jährigen in Fällen von erheblichem Alkoholkonsum bzw. definierten Aggressionsdelikten*

Strategischer Ansatz:

Auszug aus der FEA Gewalt: "Von der beweis- und verfahrenssicheren Aufklärung der Gewalttat abhängig ist neben einer zutreffenden Strafzumessung die Kostenverantwortung des Täters

→ für die ärztlichen Behandlung des Opfers und

→ Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche.

Gerade eine solche Mehrfachverantwortung des Täters ist wirkungsorientiert, um ihn von künftigen gleichgelagerten Tathandlungen abzuhalten."

Zudem sind DNA-Probennahme und ED-Behandlung rechtlich sicherer gewährleistet.

Inhaltsanalyse der freitextlichen Antwort (Frage 2)

Zum Begriff „Maßnahmen“ fanden sich verschiedenste Begriffe, darunter beispielhaft Aufenthaltsverbote, bauliche Veränderungen, „Blaue Briefe“, „Fair-Fest-Festkultur“, Gefährderansprachen, Polizeiverordnungen und ähnliches. Es wurde versucht zu unterscheiden, was tatsächlich als präventiv und was als repressiv bezeichnet werden konnte, wenn eine Zuordnung seitens der Dienststellen zu präventiv oder repressiv uneindeutig vorgenommen wurde.

Eine weitere Unterscheidung bei der Zuordnung von Codes wurde im Alter der Zielgruppe (Kind, Jugendlicher, Heranwachsender, Jungerwachsener, Erwachsener) wie auch mittels Zeitpunkt der Störung vorgenommen.

Letztendlich ging es bei der zweiten Erhebung um die Erfassung bewältigter alkoholbedingter Problemlagen und um funktionierende Maßnahmen im Zusammenhang mit alkoholbedingten Problemlagen. Insoweit war es naheliegend, dass der Begriff „Maßnahme“ sehr häufig in der Analyse der Texte auftauchte, so fand sich als häufige Nennung für funktionierende Maßnahmen der bloße Begriff „Präsenz“. Auch zeigte sich, dass die Nutzung vorhandener „Polizeiverordnungen“ häufig praktiziert wird und es aber stets eines hohen Personalansatzes bedarf, will man effektiv gegen Problemlagen vorgehen.

Weiter auffällig war eine häufige Nennung des Begriffs „Sozialarbeit“ in Maßnahmenpaketen polizeilicher Kriminalprävention. Dies könnte auf Netzwerkarbeit und ganzheitliche Ansätze hinweisen.

Deutlich wurde auch, dass es überwiegend anlassabhängige Problemlagen waren, die bewältigt wurden. Permanente Problemlagen wurden dagegen deutlich seltener genannt.

Vor dem Hintergrund, dass 119 Bögen abgegeben wurden, war auffällig, dass gaststättenrechtliche Maßnahmen mit lediglich elf Nennungen gering ausfielen. Das ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da darunter Sperrzeitverlängerungen oder auch Verkaufsbeschränkungen zu verstehen sind und eben diese (wie oben geschildert) als funktionierende Maßnahme zur Eindämmung alkoholbedingter Problemlagen genannt wurden.

Zielgruppen

Anschließend sollte angegeben werden, auf welche Zielgruppen die Maßnahmen ausgerichtet sind, wobei Mehrfachnennungen zulässig waren. In 58 Bögen (48,7 Prozent) wurden drei Zielgruppen genannt, in 49 Bögen (41,2 Prozent) zwei Zielgruppen und lediglich in zwölf Bögen (10,1 Prozent) nur eine Gruppierung. In Tabelle 20 sind die einzelnen Ergebnisse der Nennungen der Zielgruppen dargestellt. Mehr als ein Drittel der Maßnahmen sind auch auf Kinder (33,6 Prozent) und Erwachsene (34,5 Prozent) ausgerichtet. Der überwiegende Teil der Maßnahmen umfasst als Zielgruppe aber Jugendliche (86,6 Prozent) und Heranwachsende/ Jungerwachsene (84 Prozent).

Tabelle 20

Häufigkeiten und Prozente der Zielgruppen der Maßnahmen.

	Häufigkeit	Prozent
Kinder	40	33,6
Jugendliche	103	86,6
Heranwachsende und Jungerwachsene (bis 25 Jahre)	100	84,0
Erwachsene	41	34,5
Gesamt	284	

Anmerkung. Die Summe der Nennungen Gesamt (n=284) übersteigt die Anzahl der rückgemeldeten Bögen (N=119) aufgrund der Möglichkeit der Mehrfachnennung von Zielgruppen. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=119)

Zusätzlich sollte angegeben werden, auf welche Zielgruppe die **Maßnahme schwerpunktmäßig** ausgerichtet war oder ist. Vorgesehen waren Mehrfachnennungen an dieser Stelle nicht, allerdings wurden in 38 Bögen (32,2 Prozent) zwei Zielgruppen als Schwerpunkt genannt. Den geringsten Anteil als Zielgruppe bildeten Kinder, die in 13 Bögen als Teilgruppe und in drei Bögen als alleinige Zielgruppe der Maßnahme genannt wurden. Heranwachsende und Jungerwachsene wurden als alleinige Adressaten 18 Mal genannt, Erwachsene lediglich acht Mal. Die Gruppe der Jugendlichen bildete mit 84 Nennungen insgesamt und 51 Einfachnennungen die Hauptzielgruppe präventiver und repressiver Maßnahmen.

Tabelle 21

Häufigkeiten und Prozente der Schwerpunkte der Zielgruppen.

	Häufigkeit (insgesamt)	Prozent (insgesamt)
Kinder	13	10,9
Jugendliche	84	70,6
Heranwachsende und Jungerwachsene (bis 25 Jahre)	36	30,3
Erwachsene	23	19,3
Gesamt	156	
fehlende Angaben	1	

Anmerkung. Die Summe der Nennungen Gesamt (n=156) übersteigt die Anzahl der rückgemeldeten Bögen (N=119) aufgrund der Möglichkeit der Mehrfachnennung von Zielgruppen. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=119)

In einem Bogen wurde keine Zielgruppe als Schwerpunkt genannt, was damit zu erklären ist, dass Heranwachsende bzw. Jungerwachsene schon als alleinige Zielgruppe bei den allgemeinen Zielgruppen verzeichnet wurde.

Zweck der Maßnahmen

Abschließend wurde erfasst, welchem Zweck die Maßnahme diene. Hierbei konnte ausgewählt werden, ob mit Hilfe der Maßnahme eine vorhandene, örtlich konsumbedingte Problemlage bewältigt bzw. unter Kontrolle gehalten, also die Auswirkungen der Problemlage auf die Bevölkerung bzw. das Umfeld reduziert werden sollte, oder ob die Verhinderung einer Entstehung einer örtlichen alkoholkonsumbedingten Problemlage im Vorfeld im Vordergrund stand. Auch hierbei kam es in 32 Bögen zu einer Mehrfachauswahl beider Möglichkeiten. Bei Einfachnennungen wurde die Bewältigung bzw. Kontrolle von existierenden alkoholkonsumbedingten Problemlagen in 59 Bögen, und damit insgesamt doppelt so häufig angegeben, wie die Verhinderung der Entstehung von Problemlagen (28 Bögen) als Einfachnennung. In 91 Bögen (76,5 Prozent) der insgesamt 119 gemeldeten Maßnahmen ging es um die Reduzierung der Auswirkungen der Problemlagen. 60 Maßnahmen (50,4 Prozent) dienten dem Zweck der Prävention der Entstehung solcher Problemlagen. Die Ergebnisse dieser Angaben werden in der folgenden Tabelle 22 veranschaulicht.

Tabelle 22

Häufigkeiten und Prozente zum Zweck der Maßnahme.

	Häufigkeit (insgesamt)	Prozent (insgesamt)
Bewältigung/ Kontrolle	91	76,5
Verhinderung Entstehung	60	50,4

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=119)

Aussagekräftige Beschreibung der Maßnahme (Frage 3)

Präventionsmaßnahmen wie „gelbe Karten“ oder auch „blaue Briefe“ oder eben „Fair-Fest/Festkultur“ fanden oder finden an verschiedenen Orten vereinzelt statt und lassen darauf schließen, dass eine Bündelung verschiedener Maßnahmen erfolgversprechend sein könnte.

Am Beispiel „Videoüberwachung“, welches lediglich einmal vergeben wurde, soll dargestellt werden, dass es zum Teil unklar war, ob es sich um ein repressives oder präventives Instrument handelte. Es blieb auch im Unklaren, ob diese Maßnahme direkt und somit unmittelbar von der Zielgruppe als Instrument erkannt wurde und dadurch von polizeilicher Auffälligkeit abgehalten wurde. Dieses Beispiel zeigt auch die Schwierigkeiten bei der Interpretation dieser Daten.

Genauso unübersichtlich wie sich das Feld der Problemlagen darstellte, zeigte sich auch das Feld der praktizierten Maßnahmen zur Bewältigung der Problemlagen. Auf der Suche nach „*best practice*“ Beispielen lag es nun im Abgleich mit der quantitativen Auswertung der zweiten Erhebung auf der Hand, eine Region als vierte Anlaufstelle für eine Tiefenanalyse zu finden, die ein möglichst breites Spektrum an Maßnahmen abbildet. Viele Städte und Regionen berichteten von gut funktionierenden Maßnahmen. Gleichwohl schien die Region des Landkreises Konstanz auch mit den Städten Singen und Radolfzell sehr gut geeignet, einen Blick auf verschiedenste Maßnahmen aus Sicht der zu interviewenden Experten von Polizeibehörde, kommunaler Suchtbeauftragten, Suchtberatung sowie Streetwork zu werfen, da aus dieser Region gut funktionierende Maßnahmen gemeldet wurden.

Im Folgenden wird beispielhaft zur Veranschaulichung der aussagekräftigen Beschreibung der Maßnahme der Text für das Präventionsprojekt in Rottweil aus dem Erhebungsbogen dargestellt.

Zeitlicher Ablauf:

1. *Zunahme erheblicher Körperverletzungen im öffentlichen Raum, grundlos und überraschend mit völlig rücksichts- und hemmungslosem Agieren der Täter, einhergehend mit erheblichen Verletzungen bzw. Verletzungsgefahren für Opfer*
2. *Durchführung einer intensiven strategisch-operativen Lageanalyse*
 - *zu den Gewaltdelikten (Tat-, Täter- und Opferstruktur, Täterumfeld, Vortaten von Tätern mit früheren Tatgenossen)*
 - *zur Qualität in der Sachbearbeitung*
 - a. *Anzeigenaufnahme bis zum Abschluss des Ermittlungsvorgangs*
 - b. *Zeitdauer der Bearbeitung (Verfahrensausgang wichtig im Hinblick auf eine wirkungsorientierte Spezial- und Generalprävention mit dem Ziel der Risiko-Erhöhung für potentielle Täter und Verhinderung künftiger Taten)*
 - c. *Ist-Stand-Erhebung bei ED-Behandlungen und DNA- Probennahmen (Discoverer-Recherchen bei priorisierten Delikten gemäß dem FIS-Kennzahlenstammbblatt und bei vorsätzliche leichten Körperverletzungen ergab - ERHEBLICHE - Defizite bei der DNA-*

Probennahme gerade bei gefährlichen und vorsätzlich leichten Körperverletzung, obwohl die gefährliche Körperverletzung eindeutig als erhebliches Delikt ohnehin und die vorsätzlich leichte KV bei wiederholter Tatbegehung von der rechtl. Möglichkeit der DNA-Probennahme umfasst ist

- d. *Ist-Stand-Erhebung bei Unterrichtungen der Führerscheinstelle (statistisch und stichprobenweise an ausgesuchten Einzelfällen orientierte Prüfung von Qualität und Quantität einschließlich der Reaktion der Führerscheinstelle)*
 - e. *Analyse des Fortbildungsbedarfs, z.B. im Bereich Vernehmung, Aufnahme des objektiven Tatbefunds bei Gewaltdelikten*
3. *Konsequenzen aus der Lageanalyse*
- a. *Definition von acht Fallgruppen von Gewaltdelikten im öffentlichem Raum, bei denen eine Beschleunigung von Ermittlungen anzustreben ist*
 - b. *Absprachen mit der StA Rottweil zur Beschleunigung von Ermittlungen bzw. zur Qualität der Ermittlungsakten sowie Vorstellung des polizeilichen Ansatzes in einer Besprechung mit allen Staatsanwälten mit Zuständigkeit für Gewaltdelikte im Landkreis Rottweil*
 - c. *Fortschreibung der seit 2007 bestehenden Absprache mit der Führerscheinstelle zur Qualität und Quantität der Unterrichtungen mit Vereinbarung eines neuen Standards*
 - d. *Erstellung von Standards bei der Sachbearbeitung, unterstützt durch einen Musterordner "FEA Gewalt", wiederholte Durchführung von Workshops mit den Dienstgruppen der Polizeireviere, mehrfach Thematisierung in Führungsbesprechungen*
 - e. *begleitende fortlaufendes Controlling / Evaluation seit dem Jahr 2010 andauernd auf strategisch-operativer Ebene sowohl anhand statistischer Daten als auch an ausgesuchten Einzelfällen, teilweise zeitnah nach Tatbegehung*
 - f. *Durchführung dezentraler Fortbildungen im Wesentlichen in den Bereichen Vernehmung und Spurensicherung*

Beschreibung der zu bewältigenden Problemlagen (Frage 4)

Neben der präzisen Beschreibung der Örtlichkeit sollten an dieser Stelle auch weitere Angaben zu der Problemlage gemacht werden, auf die sich die im Bogen erfasste Maßnahme bezieht. Die Ergebnisse hierzu werden im Folgenden dargestellt.

Zunächst sollten zeitliche Angaben konkretisieren, inwieweit die Problemlage dauerhaft oder periodisch wiederkehrend war. Bei 115 Problemlagen wurden Angaben zu zeitlichen Umständen gemacht. Die Ergebnisse hierzu sind in Tabelle 23 dargestellt. In 50 Bögen (43,5 Prozent) wurden Maßnahmen mit dauerhaften Problemlagen assoziiert. In neun Bögen wurden mehrere zeitliche Angaben gemacht, wie beispielsweise in Horb und Freudenstadt, bei denen sich die Problemlage auf das Wochenende, die Sommermonate und die Fastnachtstage erstreckt.

Tabelle 23

Häufigkeiten und Prozente der erfolgten zeitlichen Angabe.

	Häufigkeit	Prozent
Jährlich	14	12,2
Halbjährlich	1	0,9
Täglich	18	15,7
Dauerhaft	50	43,5
Periodisch	9	7,8
Sommermonate	6	5,2
Frühjahr	1	0,9
Auch Donnerstags	4	3,5
Wochenende (Freitag bis Sonntag)	15	13,0
Veranstaltungen	9	7,8
Fehlende Angaben	4	

Anmerkung. Insgesamt wurden 128 verschiedene zeitliche Angaben gemacht, wobei mehrere Angaben zulässig waren.
Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=115)

Zusätzlich zur Erfassung zeitlicher Angaben erfolgte im Anschluss die Erhebung von **zeitlichen Schwerpunkten**. Hierbei lag eine Konkretisierung der Angaben in 105 Bögen vor. Die Auswertung der Angaben erfolgte analog zur Erhebung ⁷. Da die Rückmeldungen in den Bögen sehr unterschiedlich erfolgte, werden diese zur übersichtlicheren Darstellung in den folgenden Tabellen 24 und 25 dargestellt, wobei erstere die Verteilung der Problemlagen auf Tageszeiten umfasst und letztere eine Zuordnung der Problemlagen zu Zeiträumen vornimmt.

⁷ Die Tabelle 24 ist aus Gründen der Vergleichbarkeit entsprechend wie Tabelle 4 aufgebaut.

Tabelle 24

Häufigkeiten und Prozente der zeitlichen Schwerpunkte bezogen auf Tageszeiten.

	Häufigkeit	Prozent
Tagsüber (bis 18 Uhr)	0	0,0
Tagsüber und Abends (vor 18 Uhr, bis vor 24 Uhr)	7	6,7
Abends (nach 18 Uhr, bis 24 Uhr)	6	5,7
Abends & Nachts (ab 18 Uhr, bis nach 24 Uhr)	31	29,5
Nachts (nach 24 Uhr)	6	5,7
Ganztags (vor 18 Uhr, bis nach 24 Uhr)	4	3,8
Nicht ausreichend definierte Angaben	51	48,6
Fehlende Angaben	14	

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=105)⁸

In 53 Fällen (51,2 Prozent) konnten die Angaben in den Bögen in Hinblick auf Tageszeiten ausgewertet werden, bei 51 Bögen (48,8 Prozent) konnten die Antworten nicht zugeordnet werden. Der überwiegende Teil der auswertbaren Angaben hinsichtlich des tageszeitlichen Schwerpunktes von alkoholkonsumbedingten Problemlagen bezieht sich auf die Abend- und Nachstunden (29,5 Prozent). Somit sind die Ergebnisse vergleichbar mit den Daten aus der Erhebung 1 in Tabelle 4. Bei 31 Bögen sind die Problemlagen ausschließlich mit den Abend- und Nachtstunden assoziiert, in allen 54 Fällen, in denen zeitliche Angaben gemacht wurden, sind die Abend- und Nachtstunden beteiligt.

Tabelle 25

Häufigkeiten und Prozente der erfolgten zeitlichen Schwerpunkte bezogen auf Zeiträume.

	Häufigkeit	Prozent
täglich	3	2,9
Veranstaltungen	22	21,0
Feiertage	11	10,5
Wochenende	48	45,7
warme Jahreszeit, Sommermonate	16	15,2
nicht ausreichend definierte Angaben	21	20,0
Fehlende Werte	14	

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Rückmeldungen insgesamt (n=105)

⁸ Die Angaben in den Erhebungsbögen wurden den verschiedenen Kategorien der Tageszeiten zugeordnet, beispielsweise wurde die Angabe „Festtage 16:00-01:00 Uhr“ der Kategorie *Ganztags (vor 18 Uhr, bis nach 24 Uhr)* zugeordnet, die Angabe „WE 18:00-24:00 Uhr“ der Kategorie *abends (nach 18 Uhr, bis 24 Uhr)*.

Von den erfolgten 105 Rückmeldungen konnten die Angaben in 21 Bögen nicht verschiedenen Zeiträumen zugeordnet werden. Wie der Tabelle 25 entnommen werden kann, erstreckt sich der überwiegende Anteil (48 Bögen, 45,7 Prozent) der genannten, alkoholkonsumbedingten Problemlagen auf das Wochenende. Lediglich drei Problemlagen (2,9 Prozent) sind täglich wiederkehrend. Des Weiteren stehen 22 Problemlagen (21 Prozent) in Verbindung mit Veranstaltungen und bei 16 Problemlagen (15,2 Prozent) sind die wärmeren Sommermonate relevant.

Wie in Erhebung 1 waren die Antwortkategorien nicht vorgegeben, was bei den Fragen nach zeitlichen Angaben und zeitlichen Schwerpunkten zu Überschneidungen oder auch sehr unterschiedlichen Angaben führte. Daher sind die Ergebnisse nicht vollumfänglich auswert- und interpretierbar, und somit in ihrer Aussagekraft beschränkt.

Zur näheren Beschreibung der zugehörigen Problemlage wurden ebenfalls alle beteiligten Szenen bzw. Gruppierungen erfasst. Die Ergebnisse hierzu umfasst die Tabelle 26. Insgesamt wurden in 96 Bögen Angaben zu beteiligten Gruppierungen gemacht. Überwiegend sind mehrere Szenen in den genannten Problemlagen präsent. Die Partyszene (subsummiert Diskoszene) ist am häufigsten anzutreffen (Nennung in 52 Bögen, 54,2 Prozent). Im Vergleich zu Erhebung 1 wurden hier neue Kategorien genannt, wie polizeibekannte Personen, innerstädtische Gangs oder auch die Aussage „von Szene kann nicht die Rede sein“.

Tabelle 26
Häufigkeiten und Prozente der einzelnen Szenen

	Häufigkeit	Prozent
Alkoholiker	20	20,8
Aussiedler, Migranten	2	2,1
Drogenszene	5	5,2
Partyszene	52	54,2
Obdachlose	7	7,3
Polizeibekannt	5	5,2
Heranwachsende, Jugendliche, Schüler, Studenten	38	39,6
Veranstaltungsbezogen	7	7,3
Sonstige	9	9,4
Insgesamt	145	

Anmerkung. Aufgrund der Möglichkeit der Mehrfachnennung ergeben sich hier Unterschiede zwischen insgesamt genannten Szenen (n=145) und erfolgten Rückmeldungen (n=96). Die Prozentwerte beziehen sich hier auf die erfolgten Rückmeldungen (n=96).

Im Folgenden wird der Auszug aus dem Erhebungsbogen der PD Rottweil zur Veranschaulichung der Beschreibung der begünstigenden Faktoren der Problemlage dargestellt.

4.1. Alkoholkonsum bei Tätern, aber auch bei Opfern. Besonders bei grundlosen Körperverletzungen im öffentlichen Raum werden Opfer von Tätern offensichtlich aufgrund der - teils erheblichen - Opferalkoholisierung ausgesucht (geringeres Täterisiko für eigene Verletzungen; Abwehr von Opfern gering, eingeschränkte Zeugenfähigkeit des Opfers - eingeschränkte Wahrnehmung)

4.2.

- a. siehe Ziffer 4.1, Benennung begünstigender Faktoren
- b. Im 1. Quartal 2012 erhebliche Zunahme von alkoholkonsumbedingten Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum in Rottweil-Kernstadt einschließlich einem Teilbereich von Rottweil-Nord

Ziele und Wirksamkeit der Maßnahme (Frage 5)

Es erfolgte zunächst eine stichwortartige Beschreibung der maßgeblichen Zielsetzung der Maßnahme, deren Ergebnisse in der Tabelle 27 dargestellt sind. Die Auswertung der Angaben bezog sich auf die Zielsetzung der Reduzierung von Straftaten, Körperverletzungsdelikte, Ordnungswidrigkeiten oder die Verringerung der Einlieferungen ins Krankenhaus. In 56 Bögen wurde lediglich eine dieser Kategorien genannt, in 60 Bögen zwei oder drei Zielsetzungen. In zwei Fällen konnte keine Zuordnung vorgenommen werden, in einem Bogen wurde keine Angabe gemacht. In 89 der auswertbaren 116 Bögen (74, 8 Prozent) wurde die Reduzierung von Ordnungswidrigkeiten genannt. In etwa zwei Drittel der Maßnahmen war die Verringerung von Straftaten relevant (74 Bögen, 62,2 Prozent).

Tabelle 27

Häufigkeiten und Prozente der genannten Zielsetzungen der Maßnahmen (n=118).

Reduzierung von ...	Häufigkeit	Prozent
Einlieferungen Krankenhaus	27	22,7
Straftaten	74	62,2
Ordnungswidrigkeiten	89	74,8
Körperverletzungsdelikte	1	0,8
nicht zuzuordnen	2	1,7
Fehlende Angaben	1	0,8
Insgesamt	118	

Anmerkung. Aufgrund der Möglichkeit der Mehrfachnennung beziehen sich die Prozentangaben auf die insgesamt erfolgten Rückmeldungen (n=118).

Ein exemplarisches Beispiel zur Maßnahme FEA der PD Rottweil zur Veranschaulichung der Beschreibung gewünschten Wirkung der Maßnahme:

Reduzierung der Anzahl der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum zur
→ Gewährleistung der objektiven Sicherheit und daraus resultierend zur

→ <i>Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung</i>
<i>Mehrfähriger ausgeprägter Rückgang der absoluten Fallzahlen sowie der Häufigkeitszahl der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum, der sich nach derzeitigem Stand (22.05.2013) auch im Jahr 2013 weiter deutlich fortzusetzen scheint.</i>
<i>Auf der Basis der FIS-Daten (erfasst seit 2006) weist der Landkreis Rottweil in der mittelfristigen mehrjährigen Entwicklung</i>
→ <i>im Benchmarking zur landesweiten Häufigkeitszahl sowie</i>
→ <i>im Ranking der Stadt- und Landkreise</i>
<i>eine positivere Entwicklung auf.</i>
<i>Jahr 2006: 20 Stadt- und Landkreise mit niedrigerer Häufigkeitszahl als der Landkreis Rottweil</i>
<i>Jahre 2011/2012: nur noch drei bzw. vier Landkreise mit noch niedrigerer Häufigkeitszahl als der Landkreis Rottweil</i>
2.
<i>Wie die Langzeitentwicklung der Gesamtzahl der Körperverletzungen und der gefährlichen Körperverletzungen im Kreis Rottweil zeigt, setzten Fallzahlenrückgänge mit der FEA Rohheitsdelikte vom Juni 2007 ein und setzten sich mit der FEA Gewalt vom April 2010 fort. Es besteht entgegen der Entwicklung im Land BW die begründete Annahme einer nachhaltigen Trendumkehr bei Körperverletzungen, die sich auch im Jahr 2013 weiter fortsetzt (siehe Anlage).</i>

Es sollte ebenfalls bewertet werden, in welchem Umfang die beabsichtigte Wirkung der Maßnahme erzielt werden konnte. Dies erfolgte über die Auswahl der Vorgaben „vollumfänglich“, „weitestgehend“ oder „zufriedenstellend“. Die Ergebnisse können der Tabelle 28 entnommen werden. In 110 Bögen wurden Angaben zur Wirksamkeit gemacht. Die Einschätzung der Wirksamkeit unterlag allerdings subjektiven Maßstäben, was bei der Interpretation und Vergleichbarkeit der Daten berücksichtigt werden sollte.

Tabelle 28

Häufigkeiten und Prozente der erfolgten zeitlichen Schwerpunkte bezogen auf Zeiträume.

	Häufigkeit	Prozent
vollumfänglich	20	18,2
weitestgehend	43	39,1
zufriedenstellend	47	42,7
keine Angabe	9	

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich auf die hier erfolgten Rückmeldungen (n=110).

Ein exemplarisches Beispiel der dafür oben bezeichneten Maßnahme FEA der PD Rottweil kann an dieser Stelle nicht gegeben werden, da keine Erläuterungen zur Bewertung des Umfangs der Wirkung der Maßnahme angegeben wurden.

Aufgrund der Subjektivität der Angaben sollte im Anschluss die Wirkung der Maßnahmen beschrieben und bestenfalls anhand von Erfahrungswerten quantifiziert werden. Des Weiteren sollte angegeben werden, ob die

Wirkung der Maßnahme über statistische Daten oder anhand von Erfahrungswerten bewertet werden kann. Die Ergebnisse hierzu sind in der folgenden Tabelle 29 dargestellt, der zu entnehmen ist, dass 41 Maßnahmen bei dieser Fragestellung nicht kommentiert wurden (34,5 Prozent). Es gab insgesamt 78 Rückmeldungen, wobei mehr als zwei Drittel der Maßnahmen in ihrer Wirkung basierend auf Erfahrungswerten beurteilt wurden (54 Fälle, 69,2 Prozent).

Tabelle 29

Häufigkeiten und Prozente der Grundlage der Wirkungseinschätzung.

	Häufigkeit	Prozent
beruhend auf statistischen Werten	24	30,8
beruhend auf Erfahrungswerten	54	69,2
Insgesamt	78	
fehlende Angaben	41	

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich auf die hier erfolgten Rückmeldungen (n=78).

Ebenfalls sollte angegeben werden, ob die gemeldete Maßnahme evaluiert wurde. Die folgende Tabelle 30 stellt die Ergebnisse dazu dar. Es gilt festzuhalten, dass die Mehrheit der Maßnahmen (76 Meldungen, 63,9 Prozent) nicht evaluiert wurde.

Tabelle 30

Häufigkeiten und Prozente zur Evaluation der Maßnahme.

	Häufigkeit	Prozent
Ja	41	34,5
Nein	76	63,9
fehlende Angaben	2	1,7

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich hier auf die Gesamtstichprobe (n=119)

Hier der Auszug aus dem Erhebungsbogen der PD Rottweil zur Veranschaulichung Darstellung der Evaluationsmethode und des Evaluationsergebnisses der Maßnahme:

Kombinierte Evaluationsmethodik seit dem Jahr 2010 andauernd mit dem klaren Ziel der Nachhaltigkeit unter variabler bedarfsorientierter Intensität nachfolgender QM-Maßnahmen / Controlling und Berücksichtigung der jährlichen Zielsetzung des IM LPP auf Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum

a. *QM insbesondere mit Schwerpunktsetzung auf Fallbewertung und ggf. unmittelbare Nachsteuerung an ausgesuchten (herausragenden) Einzelfällen*

→ *zeitnah nach Tatbegehung (QM während der laufenden Ermittlungen) bzw.*

→ *QM im Rahmen eines quartalsbezogenen QM-Kennzahlen-stammblaatts der PD RW mit Prüfung und Schwachstellenanalyse abgeschlossener Ermittlungsverfahren zur Erkennung von strukturellem Verbesserungsbedarf (Kennzahlenstammblatt orientiert am Aufbau der*

FIS-Kennzahlenstammblätteln - sh. Anlage)

- b. *regelmäßiges Controlling, Benchmark- und Ranking-orientiert anhand der FIS-Daten*
 - *Häufigkeitszahl Aggressionsdelikte*
 - *DNA- und ED-Quote (mit teils periodisch etwa ein- bis zweimonatlich an die OE'en übersandten Excel-Listen aus Discoverer-Recherchen mit fehlendem DNA-/ED- oder veraltetem DNA-Status (Auftypisierung erforderlich))*
- c. *Controlling durch monatliches PKS-Barometer (Landkreis und Städte Rottweil, Schramberg, Oberndorf) zu definierten Deliktsbereichen, darunter auch Aggressionsdelikte*

Evaluationsergebnis:

- *Verbesserung der Qualität in der Sachbearbeitung*
- *Erhebliche Steigerung der wirkungsorientierten Kennzahlen ED-Behandlungen und DNA-Probennahmen bei Aggressionsdelikten (auch bei vorsätzlich leichten Körperverletzungen bei wiederholter Tatbegehung)*
- *eindeutiger mehrjähriger Rückgang der Aggressionsdelikte insgesamt und der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum (sowohl beim Vergleich der absoluten Fallzahlen im Landkreis Rottweil als auch Benchmark- und Ranking-orientiert im Vergleich zur Entwicklung in Baden-Württemberg und Stadt- und Landkreisen mit einer sogar wahrscheinlichen Trendumkehr der zuvor langjährig zunehmenden Körperverletzungsdelikte*

Status und Dauer der Maßnahme (Frage 6)

Die folgende Tabelle 31 zeigt die Ergebnisse zur Frage nach dem Status bzw. der Dauer der Maßnahme. In 117 Bögen (98,3 Prozent) wurden Angaben hierzu gemacht. Knapp zwei Drittel der in den Bögen beschriebenen Maßnahmen (71 Fälle, 59,7 Prozent) dauern noch an, 23 Maßnahmen (19,3 Prozent) waren zeitlich befristete Maßnahmen.

Tabelle 31

Häufigkeiten und Prozente zum Status und der Dauer der Maßnahme.

	Häufigkeit	Prozent
beendet	19	16,0
laufend	71	59,7
zeitlich unbefristet	4	3,4
zeitlich befristet	23	19,3
fehlende Angaben	2	1,7

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich hier auf die Gesamtstichprobe (n=119)

Bei der Bewertung der Maßnahmen stellte sich die Frage nach der Möglichkeit der Übertragung erfolgreicher Projekte auf andere Örtlichkeiten. Die Tabelle 32 fasst die Ergebnisse zu dieser Fragestellung zusammen. Dabei lässt sich festhalten, dass ein großer Teil der Maßnahmen (57 Bögen, 47,9 Prozent) ortsunabhängig war. In 15 (12,6 Prozent) Bögen wurden keine Angaben gemacht.

Tabelle 32

Häufigkeiten und Prozente zur Übertragung der Maßnahme auf andere Örtlichkeiten.

	Häufigkeit	Prozent
Ja	57	47,9
Nein	47	39,5
keine Angabe	15	12,6

Anmerkung. Die Prozentangaben beziehen sich hier auf die Gesamtstichprobe (n=119)

In Fällen, in denen die Wiederholung der Maßnahme oder die Anwendung auf eine alkoholkonsumbedingte Problemlage an einer anderen Örtlichkeit nicht geplant oder möglich ist, sollte dies begründet werden.

Ein exemplarisches Beispiel zur Maßnahme FEA der Stadt Rottweil zur Veranschaulichung der Darstellung der Wiederholung bzw. Übertragbarkeit der Maßnahme:

Die beschriebenen Maßnahmen aus der FEA Gewalt dauern weiter an.

Weitere Angaben (Frage 7)

Ein Verdrängungseffekt wurde nur selten festgestellt, wobei bereits darauf hinzuweisen ist, dass dies lediglich den Umstand abbildet, dass das Problem nicht mehr für die Polizei augenscheinlich gegeben sein muss.

Im Folgenden wurde versucht geeignete Städte zu finden, bei denen durch Experteninterviews mit unterschiedlichen Institutionen das Thema „alkoholbedingte Problemlagen“ näher beleuchtet werden sollte.

Auswahl von Städten für die Tiefenanalysen

Es wurden Kommunen ausgewählt, deren Maßnahmen zum einen als wirksam beschrieben wurden und zum anderen diese Einschätzung auf einer statistischen Evaluation basierte.

Die grau hinterlegten Zellen in Tabelle 33 zeigen an, dass für eine Maßnahme dieser Stadt das jeweilige Kriterium zutrifft, also dass beispielsweise das Ziel vollumfänglich erreicht wurde. Einige Städte meldeten nur einen Bogen, der in dieser Tabelle berücksichtigt ist, manche Städte sind mit mehreren Bögen in dieser Statistik vertreten.

Tabelle 33

Übersicht der Städte bei Zustimmung zu den Kategorien Zielerreichung, Evaluation der Maßnahme und Prüfkriterium Statistik.

	Ziel vollumfänglich erreicht	Evaluation der Maßnahme	Prüfkriterium Statistik
Aalen			
Achern-Oberkirch			
Backnang			
Bad Säckingen			
Baden-Baden			
Balingen			
Biberach			
Böblingen			
Bühlerzell			
Ditzingen-Hirschlanden			
Eppingen			
Ettlingen			
Freiburg			
Freudenstadt			
Friedrichshafen			
Heidelberg			
Heilbronn			
Horb			
Karlsruhe			
Kirchheim			
Konstanz			
Konstanz, Landkreis			
Kornwestheim			
Künzelsau			
Lahr			
Lörrach			
Neuenbürg			
Offenburg			
Öhringen			
Pforzheim			
Rastatt			
Ravensburg			
Rottweil			
Schorndorf			
Singen			
Stuttgart			
Tauberbischofsheim			
Ulm			
Villingen-Schwenningen, Villingen			
Villingen-Schwenningen, Schwenningen	71		

Die folgende Tabelle 34 fasst die Ergebnisse der Problemlagen und Maßnahmen zusammen, auf die im weiteren Verlauf näher eingegangen wird.

Tabelle 34

Übersicht über Städte, die keine Problemlagen und Maßnahmen melden, die von evaluierten und erfolgreichen Maßnahmen berichten oder die Erfahrungen mit Verordnungen haben

Keine Problemlagen, keine präventiven und repressiven Maßnahmen gemeldet	Sigmaringen (16000 Einw.)
	Mannheim (306000 Einw.)
	Tuttlingen (34700 Einw.)
	Mosbach (24700 Einw.)
	Emmendingen (26500 Einw.)
Positive erfolgreiche Maßnahmen und Evaluation (vgl. Tabelle 33)	Friedrichshafen
	Konstanz
	Rottweil
	Tauberbischofsheim
Erfahrungen mit Verordnungen	Esslingen (91600 Einw.)
	Friedrichshafen (57100 Einw.)
	Freiburg (214200 Einw.)
	Freudenstadt (23700 Einw.)
	Konstanz (78500)
	Bad Säckingen (16900)
	Isny (14500 Einw.)
	Ravensburg

Auswahl an Positivbeispielen für Prävention und Repression

Im Folgenden werden Zitate aus den Bögen dargestellt.

Tauberbischofsheim

Hier wurde eine Maßnahme an der Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule (GWRS) gemeldet, die positiv bewertet wurde. Die Maßnahme wurde mit statistischen Daten evaluiert. Das Ziel wurde damit voll umfänglich erreicht. Es wurde präventiv und repressiv vorgegangen. Die Zielgruppe waren Kinder, vorwiegend aber Jugendliche und Heranwachsende.

Auf dem Schulhof der GWRS in Lauda hatte sich in den Jahren 2009 bis 2011 eine zunehmende Szene von Jugendlichen und jungen Erwachsenen herangebildet, die sich dort an den aufgestellten Bänken trafen, um „zu chillen“ bzw. Alkohol zu konsumieren. Durch die Anwesenheit der Jugendlichen und den damit verbundenen Lärm kam es immer wieder zu Anrufen wegen ruhestörendem Lärm und Körperverletzungsdelikten.

Maßnahme: In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Lauda-Königshofen wurden die bestehenden **Polizei-verordnungen** aktualisiert. Der Aufenthalt auf dem Schulgelände außerhalb der Schulzeiten wurde untersagt.

Nach wenigen Wochen intensiver Kontrolle und entsprechender Anzeigenvorlagen konnte eine bis zum heutigen Zeitpunkt andauernde Zustandsänderung erreicht werden, der Schulhof stellt kein Problembereich mehr dar. Das Konzept aus konsequenten Streifen und rigoroser Anzeigenvorlage führte zum gewünschten Erfolg. Statistisch wird der Rückgang partieller Problemschwerpunkte genannt.

Rottweil

Die Stadt Rottweil meldete ebenfalls Maßnahmen. Zwei Maßnahmen erfüllen die drei relevanten Kriterien, dass das Ziel voll umfänglich erreicht, die Maßnahme evaluiert sowie statistisch geprüft wurde. Es handelt sich um das Rottweiler Aufenthaltsverbot sowie eine Aktion im Kreis Rottweil - FEA Gewalt.

Maßnahme: **Aufenthaltsverbot**, das für die Kernstadt und Rottweil-Nord gilt. Die Maßnahme war ein sechswöchiges Aufenthaltsverbot nach § 27 a des Polizeigesetzes. Zielgruppen sind Jugendliche und Heranwachsende.

Aufenthaltsverbot

Vorgehen: Operative Lageanalyse einer Personengruppe von zehn „Deutschrussen“. Entscheidung in Abstimmung mit der Stadt Rottweil über ein **Aufenthaltsverbot** nach § 27 a für vier der zehn „Deutschrussen“ im Zeitraum von sechs Wochen an Wochenenden sowie vor Feiertagen zwischen 20.00 und 6.00 Uhr. Die Aufenthaltsverbote waren begleitet durch **Interventions- und Präsenzstreifen** zur Erkennung von Verstößen. In einem sechswöchigen Zeitraum wurden 534 Personenkontrollen durchgeführt und mit LABIS erfasst. Kontrollen schon in den frühen Abendstunden, **Einbeziehung der Eltern und Erziehungsberechtigten** bei unter 18-jährigen. Sie nahmen an **Gesprächen mit der Stadt** teil. Das Aufenthaltsverbot war ein Teil des Maßnahmenkonzepts der FEA Gewalt. Die Maßnahme hat voll umfänglich gewirkt. Von vier Gewalttätern hielt sich nur einer zwei Mal nicht an das Aufenthaltsverbot. Durch weitere Behördenabstimmung begünstigt und durch eine bevorstehende Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Rottweil wegen einer Gewalttat konnte soweit Einfluss auf diesen Gewalttäter genommen werden, dass auch er sich an das Aufenthaltsverbot hielt. Es wurde besonders Augenmerk darauf gelegt, dass im Hinblick auf diesen Gewalttäter sowie dessen Umfeld das Aufenthaltsverbot konsequent durchgesetzt wurde, damit die Maßnahme nicht an Wirkung verlor. Körperverletzungen traten nicht mehr auf. Die Maßnahme wurde evaluiert, darüber hinaus erfolgen kurzfristig zeitnahe tägliche fortlaufende Evaluationen bei relevanten Vorkommnissen in Form von **PKS- und LABIS-Analysen**.

FEA Gewalt

Maßnahmen: Verbesserung der beweis- und verfahrenssichernden Strafverfolgung und der Intensivierung der **Unterrichtung der Führerscheinstelle** bei 15- bis 21-jährigen.

Einschätzung der PD Rottweil zu FEA Gewalt: Von der beweis- und verfahrenssicheren Aufklärung der Gewalttat war neben einer zutreffenden Strafzumessung die **Kostenverantwortung des Täters** für die ärztliche Behandlung des Opfers, Schadensersatz und Schmerzensgeldansprüche abhängig. Gerade eine solche Mehrfachverantwortung des Täters war wirkungsorientiert, um ihn von künftigen gleichgelagerten Tathandlungen abzuhalten.

Zudem waren DNA-Probeentnahmen und ED-Behandlungen rechtlich sicherer gewährleistet. Zielgruppen waren Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene. **Die marginalisierte Gruppe wird als geringes Problem in Rottweil eingeschätzt.** Es wird darauf hingewiesen, dass alkoholisierte Täter sich vorwiegend alkoholisierte Opfer aussuchen würden, die keine guten Zeugen wären und sich auch nicht wehren könnten. Die Evaluation erfolgte wieder über absolute Fallzahlen, die zurückgingen, was sich auch 2013 fortzusetzen scheint.

Landkreis Konstanz

Die Erhebungsbögen vom **Landkreis Konstanz** erfüllten alle drei Prüfkriterien. Es ging in einem Bogen um **b.free** am Alkoholmissbrauch durch Jugendliche. Zielgruppe waren Jugendliche und Heranwachsende, vornehmlich jedoch Jugendliche. **b.free** betreibt eigene Infostände bei jugendtypischen Veranstaltungen, arbeitet mit Annoncen in den lokalen Medien, Werbespots, einer eigenen Webseite und ist hoch präsent in diesem Bereich. Es handelt sich hier um ein **generalpräventives Programm**, das nicht auf einzelne lokale Brennpunkte ausgerichtet ist. Es geht dabei um die Aufklärungsarbeit hinsichtlich Alkoholmissbrauchs bei jungen Menschen. Das Programm ist durch die hochprofessionelle Ausrichtung auf die Zielgruppe in der Bevölkerung bekannt. Die Maßnahme wurde **evaluiert durch ständige Sitzungen** der beteiligten Organisationen.

Konstanz

Gemeldet wird die Maßnahme **HALT** (hart am Limit) im Zusammenhang mit „gelber Karte“ und Führerschein. Zielgruppe sind Jugendliche. Den Jugendlichen werden nach riskantem Alkoholkonsum in Beratungsgesprächen Grenzen aufgezeigt, die bis hin zu Fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen führen können, um ihren Alkoholmissbrauch zu reflektieren. Es handelt sich um ein generalpräventives Maßnahmenpaket, das nicht auf einzelne lokale Brennpunkte ausgerichtet ist. Es geht um Aufklärungsarbeit hinsichtlich Alkoholmissbrauchs. Die Wirkung sei sehr positiv und die Evaluation beruht auf statistischen Daten, indem Statistiken der Beratungsstellen und der Führerscheinstelle ausgewertet wurden.

Aufenthaltsverbote im öffentlichen Raum. Die Maßnahme bestand in der Verhängung von Aufenthaltsverboten für bestimmte Örtlichkeiten und Straßen in der Innenstadt, die als Brennpunkte bekannt sind. Zielgruppen waren Jugendliche und Heranwachsende, vorwiegend Heranwachsende und junge Erwachsene. Die Maßnahme diente dazu, die Entstehung einer öffentlichen alkoholkonsumbedingten Problemlage im Vorfeld zu verhindern. Es ging dabei um folgende Örtlichkeiten: Die Seestraße, Fußgängerzonen an Fastnacht, Stadtgraben am Seerheimsfest, Hafenareal am Oktoberfest. Bis zur Änderung des Polizeigesetzes 2008 zeigte sich eine zufriedenstellende Wirkung, da Aufenthaltsverbote auch gegenüber Personen ausgesprochen werden konnten, die vorwiegend Ordnungswidrigkeiten begingen. Seither müssen zwingende Gewaltdelikte vorliegen. Aus einem persönlichen Gespräch mit der Polizeiführung Konstanz ging hervor, wie die Szene momentan in Konstanz befriedet ist.

Das **Glasverbot in Konstanz** als Maßnahme in der Seestraße und am Seerhein sollte Vermüllung und Beschädigungen verhindern helfen. Zielgruppen waren nicht nur Jugendliche und Heranwachsende, sondern auch Erwachsene. Das Mitführen von Glasflaschen und Gläsern wurde im beschriebenen Bereich verboten. Es ging hier in erster Linie um Jugendliche, die der Eventszene zuzuordnen waren. Probleme resultierten aus Körperverletzungsdelikten, Sachbeschädigungen und Ordnungswidrigkeiten (Belästigung der Allgemeinheit, Vermüllung mit Flaschen, Papier, Zigarettenkippen, Glasscherben, Verurinerung der angrenzenden Büsche und Gärten der Anwohner, ruhestörender Lärm durch Musik, Geschrei und Gegröle, insbesondere zur Abend- und Nachtzeit und auch gegenüber auf der anderen Rheinseite durch Schallübertragung).

Die Wirkung Glasverbotes wurde als zufriedenstellend bezeichnet. Die Beschreibung der Wirkung basiert auf Erfahrungen und statistischen Daten, beispielsweise sind viel weniger Anwohnerbeschwerden und Polizeieinsätze zu verzeichnen gewesen.

Zusätzliche Infos aus Konstanz zu Erfahrungen mit Verboten

Aufenthaltsverbote haben gewirkt und wurden auch von der Bevölkerung akzeptiert. Auch die Glasverbote wurden von allen Parteien gut geheißen, allerdings dann, weil sie zu lange dauerten durch eine Klage abgeschafft. Glasverbote werden aber an der Fastnacht an einem Tag in Konstanz in Zusammenarbeit mit einer ausgeprägten Öffentlichkeitsarbeit über die Medien und die Vereine durchgeführt. Die Akzeptanz sei sehr gut. Die Dichte der Glasscherben habe sich stark reduziert. Zum Glasverbot wurden auch 40 Glascontainer aufgestellt. Alkohol war nicht verboten, aber temporär die Mitnahme der Glasflaschen. Es wird auf den Handel eingewirkt, die nur Getränke in Kunststoffflaschen anbieten sollen.

Ein **Alkoholverbot** wird gewünscht mit der Maßgabe, dass ein solches Verbot als letztes Mittel sein sollte, aber für den Vollzug bestehende Rechtsnormen vorhanden sein müssten.

Offenburg

Offenburg berichtet von Maßnahmen an einer Tankstelle im Jahr 2007. Es werden Präventivmaßnahmen beschrieben: Durch **Präsenz und Personenkontrollen** sollen Straftaten verhindert werden. Zielgruppe sind Heranwachsende und junge Erwachsene bis 25 Jahre. Aussiedlergruppen versorgen sich in der Tankstelle mit Alkohol, Diskogäste eher mit Speisen. Beide Gruppen geraten immer wieder in gegenseitige Auseinandersetzungen. Diskobesucher wurden Opfer von Raubstraftaten. Alkoholbedingte Körperverletzungen und Raubdelikte sollten reduziert werden. Durch die rechtlichen **Regelungen zum Verkauf an Tankstellen** wurde eine Besserung erreicht. Die Maßnahme wurde evaluiert, indem die **Fallzahlen vorher/nachher** verglichen wurden.

Esslingen

Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Esslingen wurden, in Abstimmung mit den kommunalpolitischen Verantwortlichen, zwei Örtlichkeiten in der Stadt Esslingen als besondere Brennpunkte definiert.

Trinkerszene am Hauptbahnhof

Es wird berichtet, dass die Problemlage **täglich** besteht, hauptsächlich in der wärmeren Jahreszeit von April bis Oktober ab 11.00 Uhr. Gemeldet wurden für das Jahr 2012 51 Straftaten. Für die Ordnungswidrigkeiten konnten keine quantifizierbaren Daten für die Örtlichkeit allein erhoben werden, nur für das gesamte Stadtgebiet. Auf Schätzdaten wurde aufgrund mangelnder seriöser Erhebungsmöglichkeit verzichtet. Es wurden 28 Belästigungen der Allgemeinheit gemeldet.

Die Fläche um den Bahnhof entspricht 0,35 Prozent der Gesamtgemeindefläche. Von 5473 Straftaten im Stadtgebiet waren 51 direkt den Beteiligten der alkoholkonsumbedingten Problemlage zuzuordnen. Dies entspricht 0,93 Prozent der Gesamtstraftaten. Das heißt, die Belastung ist dort annähernd drei Mal so hoch wie im Durchschnitt.

In Esslingen besteht eine Trinker und Partyszene. Präventiv werden **regelmäßige Personenkontrollen** durchgeführt. In dem meisten Fällen ist kein Einschreiten (Platzverweis, OWi-Anzeige) wegen mangelnder Rechtsgrundlage möglich.

Einrichtung des **kommunalen Hilfs- und Ordnungsdienstes** durch die Stadt Esslingen, der in den Sommermonaten an Wochenenden von 20.00 bis 2.00 Uhr an den Brennpunkten Personenkontrollen und Überwachung der Stadtverordnung vornimmt. Die Polizeiverordnung sieht ein **Alkoholverbot** (Konsum von Alkohol und den Aufenthalt im alkoholisierten Zustand) in Warteeinrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs vor, welches jedoch nicht für den angrenzenden Bahnhof mit Vorplatz gilt.

Es ist eine Verbesserung der Situation durch das Alkoholverbot und die Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes zu verzeichnen. Es wird vermutet, dass durch eine Verfügung zumindest ein Verdrängungseffekt in weniger frequentierte Bereiche erreicht werden könnte und somit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt würde.

Maillepark

Wie am Bahnhofplatz sind dort täglich Problemlagen zu verzeichnen. Dort ist tagsüber die Trinkerszene, am Wochenende zusätzlich Jugendliche und junge Erwachsene in Form einer Partyszene anzutreffen. Gemeldet sind für 2012 dort 39 Straftaten, keine OWis und 19 Belästigungen der Allgemeinheit.

Die Gewalttaten finden hauptsächlich innerhalb der Szene statt. Eine Vergleichsfläche wird angegeben: 5473 Straftaten wurden im gesamten Stadtgebiet erfasst. Davon waren 39 den Beteiligten der alkoholkonsumbedingten Problemlage zuzuordnen. Dies entspricht 0,71 % der Gesamtstraftaten. In diesem Bereich ist die Belastung also annähernd um 70 % größer als im Durchschnitt auf einer vergleichbaren Fläche.

Präventiv werden regelmäßige **Personenkontrollen** wie am Bahnhof durchgeführt. Für den Bereich mit Spielgeräten für Kinder wurde bereits ein **Alkoholverbot** eingerichtet. Die Polizeiverordnung sieht ein Alkoholverbot auf Spielplätzen vor. Es ist eine Verbesserung der Situation durch das Alkoholverbot und die Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes zu verzeichnen.

Es wird darüber hinaus eine **Ermächtigungsnorm** gewünscht, da davon ausgegangen wird, dass die „Saufgelage“ der Personengruppen unterbunden und die Parkanlage auch in den Abendstunden für den Normalbürger wieder attraktiver gestaltet werden könnte.

Anzumerken ist, dass Problemlagen nahe dieser Schwelle mehrfach bestehen und bereits Gegenstand intensiver polizeilicher Präventions- und Repressionsmaßnahmen sind.

Hinzu kommt auch, dass **präventive und repressive Maßnahmen** in diesen Problemlagen u.a. auch durch den Einsatz von ehrenamtlich tätigen Nachtwanderern („*Streetworker*-Funktion“), Security-Mitarbeitern, vor allem an den Wochenenden im Sommerhalbjahr oder aber bei entsprechenden Veranstaltungen, durchgeführt werden. **Bauliche Maßnahmen** oder Veränderungen in der Möblierung im öffentlichen Raum wie auch grünpflegerische Maßnahmen (Rückschnitt von Hecken o.ä.) oder die Installation von zusätzlichen Beleuchtungseinrichtungen (Maststrahler) wurden bereits ebenfalls getroffen, ohne die grundsätzliche Aufenthaltsfunktion solcher Plätze grundsätzlich in Frage zu stellen.

Insgesamt jedoch wird von der Polizeidirektion Esslingen auf jeden Fall die Schaffung einer **Ermächtigungsnorm** für die Ortspolizeibehörden im Polizeigesetz zum Erlass eines zeitlich und örtlich beschränkten Alkoholkonsum-

verbots im öffentlichen Raum, z.B. für einschlägig in Erscheinung getretene Einzelpersonen, als sinnvoll angesehen.

Esslingen-Kirchheim

Konzept neue Festkultur. Es wurde ein Kunstprojekt eingeführt, das im Landkreis Sigmaringen bereits erfolgreich durchgeführt wurde. Zielgruppe sind Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene, vornehmlich aber Jugendliche und Erwachsene. Die Veranstalter von Festen mussten eine standardisierte Selbstverpflichtung unterschreiben. Die Kirchheimer Jugendlichen wurden mit einem Partypass ausgestattet. Dieser kann online heruntergeladen werden und dient dem Veranstalter in Verbindung mit dem Ausweis als Altersnachweis und wird vom jeweiligen jugendlichen Gast beim Veranstalter hinterlegt. Die Wirkung dieser Maßnahme wird als voll umfänglich positiv bewertet. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket wird beschrieben:

- Netzwerk Recht und Prävention für Kinder und Jugendliche
- Alkoholprävention in der Jugendarbeit und Schule
- Erhöhung kultureller Angebote
- Veranstaltungen im Bildungsbereich und sportlichen Aktivitäten
- Nachtwanderer
- gelbe Karten
- freiwillige Selbstverpflichtung von Vereinen und Veranstaltern

Neben diesen präventiven Maßnahmen werden **zusätzlich Personen** eingestellt **für den repressiven Bereich**, für den kommunalen Ordnungsdienst und die Parkraumüberwachung. Anscheinend sind auch Personen aus dem Bundesfreiwilligendienst geringfügig Beschäftigte und private Sicherheitsdienste eingebunden.

Anmerkungen: Diese Daten stammen aus einem Antrag, müssten also durch persönliche Gespräche geprüft werden. Ein Bericht der Stadt Esslingen vom 28. Mai 2013 zeigt, dass die Maßnahmen anlaufen.

Es wurden auch **mehr nächtliche Wochenendkontrollen vom kommunalen Ordnungsdienst** durchgeführt. Dabei wurden 2012 in den Monaten Mai bis September 635 Platzverweise ausgesprochen und 420 Anzeigen gefertigt. In 50 Fällen ließen die Ordnungskräfte Müll und Unrat beseitigen. 999 Kontrollen wurden durchgeführt.

Die Schlussfolgerung wird gezogen, dass der kommunale Ordnungsdienst wesentlich zur Ordnung und Sicherheit in der Stadt beigetragen hat. Sowohl Polizei als auch Bürger beurteilen die freiwilligen Ordnungskräfte positiv. Ein Bürgerausschuss Innenstadt zieht ebenfalls eine positive Bilanz. Ziel ist eine Weiterführung des Projekts im Jahr 2013. Es folgt eine Kostenrechnung: Das Projekt kostet 35.644 Euro im Jahr 2012. Dem stehen

Einnahmen durch Verwarnbußgelder von 12.015 Euro gegenüber. Eine Bachelorarbeit von Tobias Blessing⁹ zu diesem Thema kommt zu dem Ergebnis, dass das Konzept zur Verringerung von Ordnungsstörungen und dem damit verbundenen Einsatz von ehrenamtlich Tätigen ein gelungenes Vorgehen darstellt. Durch die gesteigerte Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes sei ein Lerneffekt eingetreten und die Zahl der Ordnungsstörungen reduziert worden.

Friedrichshafen

In Friedrichshafen geht es um die **Aktion stressfreies Nightlife - FN aber sicher**. Zielgruppen sind jugendliche Heranwachsende und Erwachsene, vornehmlich aber Heranwachsende und junge Erwachsene. Die Maßnahme besteht darin, dass in Zusammenarbeit mit der Stadt und den ortsansässigen Betreibern von Diskotheken und Szenengaststätten Vereinbarungen getroffen wurden, dass gewaltbereite oder unfriedliche Besucher mit einem überörtlichen Hausverbot belegt werden, welches für alle teilnehmenden Gastronomiebetriebe Gültigkeit hat. Die Wirkung wird nur als zufriedenstellend bezeichnet: Es ist ein leichter Rückgang der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verzeichnen.

Aktion sichere Fasnet. Zielgruppen sind alle Menschen, Kinder bis Erwachsene. Es wurde vereinbart, dass gewaltbereite und unfriedliche Besucher einer Fastnachtsveranstaltung mit einem überörtlichen Hausverbot belegt werden, das bis Aschermittwoch Gültigkeit hat. Die Wirkung dieser Maßnahme wird als voll umfänglich positiv bewertet. Es gab kaum noch Gewaltvorfälle auf Veranstaltungen (10 bis 15 Straftaten bei 200 Veranstaltungen).

Überlingen

Die Stadt **Überlingen** berichtet von Maßnahmen, dass beispielsweise kein Branntwein mehr ausgeschenkt werden darf (§ 12 Gaststättengesetz). Es wird von einem Alkoholverbot für Jugendliche berichtet, wobei die Erfahrungen positiv waren, allerdings ein Verlagerungsprozess festzustellen war. Zusätzlich wurden die Nachtdienste der Gemeindevollzugsbeamten verstärkt bzw. vermehrt angeboten.

Bad Säckingen (vgl. Erhebung 1 S.47)

Problembereich Rheinufer und Gallusturm. Für 2012 wurden zwei Straftaten, 25 Ordnungswidrigkeiten sowie sieben Belästigungen gemeldet. Es wird auf massive Auswirkungen auf die Allgemeinheit hingewiesen, die durch Alkoholgenuß zu einem erhöhten Aggressionspotential führt. Es wird von negativen Entwicklungen gesprochen trotz präventiver Maßnahmen. Da die Fallzahlen anstiegen waren stärkere Personen- und Jugendschutzkontrollen an den Brennpunkten die Konsequenz.

⁹ Zwischenbericht zum Projekt "Verringerung von Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum der Stadt Esslingen 12.11.12

Freudenstadt

Es geht um die Situation auf dem **Marktplatz**: Gemeldet wurden 14 Straftaten, 33 Ordnungswidrigkeiten sowie 46 Belästigungen.

Maßnahmen: Projekt Nachtwanderer, Präsenz durch die Polizei, vermehrt Zivilstreifen und Kontrollen, deutliche Ansprachen durch die Polizei sowie repressive Maßnahmen.

Im Jahr 2008 wurde durch die Polizeiverordnung ein Alkoholverbot für den Bereich um den Stadtbahnhof und den Marktplatz erlassen. Während dieser Zeit zeigte sich eine deutliche Entspannung der Lage. Nach Aufhebung folgte eine erneute Zunahme der Probleme. Der zweite Erhebungsbogen aus Freudenstadt Stadtbahnhof. Hier werden dieselben Maßnahmen wie am Marktplatz getroffen.

Ravensburg

Die Altstadt wird als Problemzone genannt. Es handelt sich um eine dauerhafte Problemlage. Es werden 128 Straftaten genannt, was erheblich mehr als in Esslingen ist, obwohl Esslingen mehr Einwohner hat als Ravensburg. Der Altstadtbereich stellt 0,35 Prozent der Gesamtfläche dar. **85 Straftaten unter Alkoholeinwirkung** wurden registriert. Das entspricht einem Anteil von 42,3 Prozent.

Im Vergleichsteil der Südstadt wurden nur sieben Straftaten im öffentlichen Raum unter Alkoholeinwirkung registriert. Dies entspricht einem Anteil von rund 3,5 Prozent dieser Straftaten im Stadtgebiet Ravensburg.

Präventive und repressive Maßnahmen wurden in Ravensburg durchgeführt, wie bauliche Veränderungen in der Punkerszene, konsequente Durchführung der Maßnahmen zum Präventionsprojekt HALT und eine konsequente Anweisung des förmlichen Platzverweisverfahrens. Ein Sozialprojekt zur Analyse der Problemlösung läuft an. Die Präventionsmaßnahmen Ravensburg werden als zufriedenstellend bewertet.

Aufnahme weiterer Kommunen in die Tiefenanalysen

In der Sitzung der Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ am 17.06.2013 wurden die ersten Erkenntnisse der zweiten landesweiten Erhebung zu erfolgreichen Bewältigungsmaßnahmen von alkoholkonsumbedingten Problemlagen (kurz: Problemlage) im öffentlichen Raum vorgestellt. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, zusätzlich bis zu zwei weitere Städte, welche eine Problemlage erfolgreich bewältigt oder deren Entstehung verhindert haben, zu untersuchen. Zwischenzeitlich wurden die Rückläufe der Erhebung von der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen ausgewertet und in Abstimmung mit dem Innenministerium ein begründeter Auswahlvorschlag zur Entscheidung im Umlaufverfahren erstellt.

Auswahlvorschlag: Zusätzlich zu den bereits ausgewählten Städten Freiburg, Heidelberg und Ravensburg, wurde vorgeschlagen, die Region Konstanz inklusive prominenter Städte darin und die Stadt Mannheim vertiefend zu untersuchen.

Aus der Analyse aller gemeldeten Maßnahmen zur Bewältigung/Verhinderung von Problemlagen wurden folgende Kriterien zur Auswahl geeigneter Städte herangezogen:

- vollumfängliche Zielerreichung
- Durchführung einer Evaluation
- statistische Überprüfung des Maßnahmen Erfolgs

Bei diesen Anforderungskriterien zeigten die Städte Konstanz, Friedrichshafen, Tauberbischofsheim und Rottweil den größten Erfüllungsstand. In einem weiteren Schritt wurden die gemeldeten Maßnahmen mit Methoden der qualitativen Sozialforschung analysiert. Hierzu wurden sogenannte *Codings* verwendet. Es zeigte sich in Bezug auf den Landkreis Konstanz eine Häufung an Erkenntnissen, welche sich aus den dort angewandten präventiven sowie repressiven Maßnahmen ableiten ließen. Insbesondere bestand Grund zur Annahme, dass diese Erkenntnisse auf andere alkoholkonsumbedingte Problemlagen übertragbar sind, da sie ein äußerst breites Spektrum an verschiedensten Maßnahmen zeigten.

Darüber hinaus wurde vereinbart, die Stadt Mannheim in die Tiefenanalyse aufzunehmen. Laut den Ergebnissen der landesweiten Abfragen schien dort weder eine akute Problemlage vorhanden, noch in der näheren Vergangenheit existent gewesen zu sein. Vor diesem Hintergrund konnte Mannheim als eine Art „Kontrollgruppe“ fungieren. Im Rahmen von vergleichenden Untersuchungen war zu erwarten, dass Erkenntnisse zu strukturellen, ordnungspolizeilichen und weiteren Phänomenen identifiziert werden können, welche einer Entstehung von Problemlagen entgegenstehen.

Zusammenfassung 2 zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg

Insgesamt wurden **119** Bögen zu **Maßnahmen und Projekten** übermittelt. In mehr als zwei Drittel der Fälle wurden repressive Maßnahmen kombiniert mit präventiven beschrieben. 27 Prozent berichteten von ausschließlich präventiven Maßnahmen.

Die qualitative Auswertung der freitextlichen Antworten zeigt, dass die Maßnahmen häufig in Verbindung mit den Begriffen **Präsenz**, **Polizeiverordnungen** und noch häufiger mit dem Begriff **Sozialarbeit** stehen. Bei diesen Maßnahmen wird wieder wie in Erhebung 1 unterschieden zwischen permanenten und anlassabhängigen Problemlagen.

Die präventiven Maßnahmen musste spezifisch auf die unterschiedlichen **Zielgruppen** ausgerichtet sein, wie auf Kinder (13 mal), Jugendliche (84 mal), Heranwachsende und junge Erwachsene bis 25 Jahren (30 mal) sowie Erwachsene (23 mal). Man sieht, dass präventive Maßnahmen hauptsächlich für Jugendliche vorhanden sind und angewandt wurden.

Zweck aller Maßnahmen war die Verhinderung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die vorwiegend in der Partyszene, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und in der Trinkerszene erwartet wurden.

Die Daten zur **Charakterisierung der Problemlagen** (Zeiten, Szenen) entsprachen denen aus Erhebung 1, diese traten vorwiegend wieder an Wochenenden, Festtagen, abends und nachts auf.

Für ca. 20 Prozent der Maßnahmen lagen statistische Daten zur Evaluation vor. Ein Drittel aller Maßnahmen wurde aufgrund von Erfahrungswerten auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. 60 Prozent der Maßnahmen laufen immer noch, nur wenige (16 Prozent) sind beendet worden. Es wurden Städte benannt, die zum einen Erfahrung mit Verordnungen haben und zum anderen auch von positiven erfolgreichen Maßnahmen berichteten.

Es zeigt sich bei kleinräumlichen Problemlagen, dass kombinierte Maßnahmen mit Platzverweisen, Gesprächen mit der Stadt, Einbeziehung von Erziehungsberechtigten, Kostenverantwortung der Täter und Präsenzstreifen erfolgreich bewältigbar waren oder so verlagert wurden, dass sie als weniger störend empfunden wurden.

Oft wurden so genannte **generalpräventive Programme**, wie beispielsweise *b.free* genannt. Hier wurde u.a. auf jugendtypischen Veranstaltungen Werbung für weniger Alkoholkonsum gemacht.

Aufenthaltsverbote im öffentlichen Raum wurden ausgesprochen. Es wurde mit eingeschränktem Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen Erfahrung gesammelt. Solche verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen, wie beispielsweise grünpflegerische Maßnahmen, Rückschnitt von Hecken, verschließbaren Toren in Parkanlagen, zeigten ihre Wirkung.

Zusatzdatenerhebungen von Straftaten in FR, HD und RV

Ziele der Zusatzdatenerhebung

Die in Erhebung 1 erfassten Tatbestände bezogen sich auf den Jahreszeitraum 2012. Um aktuelle Daten zu den Tatbeständen für den Sommer 2013 und zusätzliche Informationen zu Tätern und Geschädigten, insbesondere zum Zusammenhang mit Alkoholkonsum zu erhalten, wurde in der Arbeitsgruppensitzung am 17. Juni 2013 vorgeschlagen, in den drei ausgewählten Problemzonen eine zusätzliche Datenerhebung durchzuführen. Zunächst war angedacht, alle Tatbestände analog zu Erhebung 1 zu erfassen. Dieses Vorhaben musste nach Rücksprache mit den Dienststellenleitern aus Freiburg, Heidelberg und Ravensburg wegen nicht bewältigbarem Arbeitsaufwand auf Straftaten begrenzt werden.

Konstruktion der Fragebögen zur Zusatzdatenerhebung

Mittels anonymisierter Begleitbögen wurden in den Problemlagen in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg im Zeitraum 1. Juli 2013 bis 30. September 2013 alle Straftaten erfasst. Bei den Tatbeteiligten wurden auf jeweils separaten Bögen folgende Variablen (Begleitumstände) erhoben:

Allgemeine Daten	<ul style="list-style-type: none">genaue Bezeichnung der StraftatTag, Datum und ZeitAnzahl der BeteiligtenAngaben, getrennt für Geschädigte und Beschuldigte
Hinweis auf Alkohol- einwirkung	<ul style="list-style-type: none">Alkoholgenuss im öffentlichen Raum (<i>ja/nein/unbekannt</i>)Alkoholgenuss in der Gaststätte (<i>ja/nein/unbekannt</i>)Alkoholgenuss in einer Gaststätte außerhalb der Problemlage (<i>ja/nein/unbekannt</i>)Alkoholkonsum zu Hause im privaten Umfeld (<i>ja/nein/unbekannt</i>)Alkohol mitgeführt (<i>ja/nein/unbekannt</i>)
Zur Person	<ul style="list-style-type: none">Polizeibekannt (<i>ja/nein</i>)vor Auffälligkeit wegen Gewaltkriminalität (<i>ja/nein</i>)vor Auffälligkeit in der Problemlage (<i>ja/nein</i>)Alter der PersonGeschlechtWohnortSzenesonstige Bemerkungen

Im Anschluss daran folgten eine Schilderung des Sachverhalts sowie Angaben zu Maßnahmen, die eingeleitet wurden.

Die Bögen wurden zeitnah über das Innenministerium Baden-Württemberg an die ausgewählten Dienststellen übersandt. Für den auszufüllenden Sachbearbeiter waren zusätzliche Informationen auf dem Bogen enthalten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Angaben freiwillig sind. Der öffentliche Raum wurde so definiert, dass alle Straßen, Plätze, Wege und sonstige öffentlich zugänglichen Orte außerhalb geschlossener Gebäude und befriedeter Besitztümer, an denen sich jemand frei aufhalten und bewegen darf gemeint sind. Nicht zum öffentlichen Raum gehören Gaststätten und deren Außenbewirtschaftungsflächen.

Schwierigkeiten beim Ausfüllen des Erhebungsbogens

Im Gesamten traten bei der Bearbeitung des Fragebogens im Vergleich zu den vorangegangenen zwei Datenerhebungen keine gravierenden Schwierigkeiten auf, da es sich zum einen überwiegend um geschlossene Antwortformate sowie Mehrfachauswahl-Antworten handelt und zum anderen die Ausfüllanleitung eine ausreichende Hilfestellung gibt. Trotzdem waren einige Auffälligkeiten zu verzeichnen, die im folgenden Abschnitt dargelegt werden.

Prüfung der Datenreliabilität

Da im Rahmen der Zusatzerhebung 3, abgesehen vom Sachverhalt, keine Freitextantworten erhoben wurden, liegen die Daten in quantitativer Form vor. Daher kann grundsätzlich von einer hohen Zuverlässigkeit der Daten ausgegangen werden.

Bei 14 Vorkommnissen wurden aufgrund des Sachverhalts bei der zeitlichen Verortung Zeiträume von einigen Stunden bis zu mehreren Tagen angegeben, da es sich um Straftaten mit unbekanntem Täter handelt, bei denen der genaue Zeitpunkt des Diebstahls, der Sachbeschädigung oder der Unterschlagung nicht feststellbar war, beispielsweise wenn der Eigentümer sein Fahrrad abends abstellte und morgens bemerkte, dass es gestohlen wurde. In diesen Fällen wurde lediglich das Datum und der Wochentag erfasst und die Uhrzeit nicht festgehalten. Bei zwei Vorkommnissen konnte der Zeitraum auf wenige Stunden eingegrenzt und überwiegend einem tageszeitlichen Bereich zugeordnet werden, was dann entsprechend erfasst wurde.

Bei der Angabe der Anzahl der Beteiligten kam es in wenigen Fällen zu Abweichungen zwischen der Anzahl der Gesamtbeteiligten und der Anzahl der einzelnen Tatverdächtigen und Geschädigten. Hier konnten aber anhand des Freitextes zum Sachverhalt die Angaben entsprechend korrigiert werden, so dass dies nicht weiter ein Problem darstellte.

Bei den ergänzenden Angaben zum Alkoholkonsum und der Frage nach der Bekanntheit bei der Polizei gab es aufgrund der Vorgabe der Antwortformate kaum Schwierigkeiten hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Daten. In

wenigen Bögen wurden zwei Antwortmöglichkeiten ausgewählt, also beispielsweise mit *ja* und *unbekannt* angegeben, was aber stets durch den Abgleich mit dem Sachverhalt oder dem sonstigen Antwortmuster auf dem jeweiligen Bogen korrigiert werden konnte.

Es wurde in wenigen Fällen versehentlich eine Vorversion mit dem zusätzlichen Feld Hinweis auf BTM Konsum verwendet, bei 37 Beteiligten wurden dann auch entsprechende Angaben dazu gemacht. Daher werden diese Daten bei der Ergebnisdarstellung nicht berücksichtigt, da hier die Zahlen nicht aussagekräftig sind.

Bei der Interpretation der Daten zum Alkoholkonsum gilt es insgesamt festzuhalten, dass die Angaben in den meisten Fällen aus freiwilligen Angaben der Beteiligten resultieren und nur in wenigen Situationen objektiv über einen Alkoholttest verifiziert wurden sowie bei teilweise mehr als zwei Drittel der Beteiligten unbekannt waren oder gar nicht angegeben wurden.

Bei einigen Bögen zum Geschädigten wurden Angaben zu der Bekanntheit bei der Polizei getätigt, die aber nur für die Beschuldigten erfolgen sollten. Daher wurden diese Daten bei der Auswertung und Ergebnisdarstellung nicht berücksichtigt.

Häufig konnten keine Angaben zum Beschuldigten gemacht werden, wenn es sich um Vorkommnisse wie Diebstahl, Sachbeschädigung oder Unterschlagung handelte. Teilweise wurden keine Daten zum Geschlecht des Beschuldigten angegeben, wobei dieses sich aber aus der Beschreibung des Sachverhalts nachvollziehen lies. Unstimmigkeiten diesbezüglich konnten entsprechend korrigiert werden. Bei der Zuordnung des Beteiligten zu den vier vorgegebenen Szenen kam es in einigen Fällen zu Mehrfachnennungen, wenn es sich um Angehörige der „Alkoholikerszene“ handelte und diese zugleich wohnsitzlos waren. In diesem Fall wurde bei der Eingabe die „Alkoholikerszene“ vermerkt und bei den Angaben zum Wohnort der Person der Eintrag *ohne festen Wohnsitz* vermerkt.

Die Beschreibung des Sachverhalts war in der Regel hilfreich zur Überprüfung der Gültigkeit der ergänzenden Angaben. Des Weiteren konnte dem Freitext häufig die Ergebnisse der gemessenen Atemalkoholkonzentration entnommen werden. Promilleangaben¹⁰ wurden entsprechend umgerechnet und erfasst.

Abschließend sollen noch einige Besonderheiten erwähnt werden. Sehr selten wurde kein Bogen zum Beschuldigten eingereicht, was daran lag, dass der Täter unbekannt war. Selten kam es in den Bögen zur Darstellung von Sachverhalten aus anderen Vorkommnissen, was aber abgeklärt werden konnte. Einige Bögen zu Geschädigten enthalten Angaben zu Polizeibeamten, die im Rahmen von Einsätzen vom Beschuldigten beleidigt wurden. Dies wurde in der Beschreibung der Straftat entsprechend kenntlich gemacht. In einigen Fällen von Diebstahl und Sachbeschädigung sind die genannten Geschädigten Parteien, die Öffentlichkeit oder Geschäfte des Einzelhandels. Hier konnten logischerweise keine Angaben zum Geschlecht, zur Szene oder zum Alter der Per-

¹⁰ Die Maßeinheit 1 mg/l entspricht 2 Promille

son getätigt werden. In wenigen Fällen kam es zu Unstimmigkeiten zwischen dem angegebenen Wochentag und der Datumsangabe, was aber korrigiert werden konnte.

Insgesamt können die angegebenen Daten, auch im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Erhebungen, als zuverlässig angesehen werden, die Aussagekraft der Daten muss allerdings je nach Darstellung der Ergebnisse diskutiert werden.

Datenauswertung

Die quantitativen Daten wurden mit dem Statistikprogramm SPSS erfasst und deskriptiv ausgewertet. Es wurde anhand der Angaben neue Variablen für die Auswertung der Ergebnisse gebildet: Zum einen wurde für jeden Bogen festgehalten, ob es sich um ein Vorkommnis mit körperlicher Gewalt handelt und zum anderen ob der Täter unbekannt war. Dies ist für die Ergebnisdarstellung und Interpretation der Daten relevant.

Stichprobe

Insgesamt gingen 329 Bögen zu 140 Vorkommnissen ein. Es waren 180 Beschuldigte und 149 Geschädigte beteiligt. Der folgenden Tabelle 35 kann entnommen werden, dass überwiegend männliche Personen als Beschuldigte und Geschädigte involviert waren: 194 Beteiligte (59 Prozent) waren männlich, lediglich 14,3 Prozent der Beteiligten waren weiblichen Geschlechts. Bei 88 Beteiligten (26,7 Prozent) erfolgte keine Geschlechtsangabe, beispielsweise weil der Täter unbekannt war.

Tabelle 35

Häufigkeiten der Beteiligten zum Status des Beteiligten und Geschlecht

	männlich	weiblich	fehlend	Gesamt
Beschuldigter	110	15	55	180
Geschädigter	84	32	33	149
Gesamt	194	47	88	329

Wie der anschließenden Tabelle 36 entnommen werden kann, unterscheidet sich die Anzahl der gemeldeten Vorkommnisse je nach Problemlage stark. So meldete Ravensburg insgesamt 87 Straftaten und macht damit über 62 Prozent der zurückgemeldeten Vorkommnisse aus. Heidelberg meldete für den abgefragten Zeitraum nur 20 (14,3 Prozent) Straftaten. Freiburg gab 33 (23,6 Prozent) Vorkommnisse an. Die Besonderheit der Daten aus Heidelberg besteht darin, dass 17 der 20 gemeldeten Vorkommnisse Aggressionsdelikte waren.

Tabelle 36

Häufigkeiten und Prozente der Straftaten und Beteiligten nach Problemlagen

	Straftaten		Beteiligte	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
Freiburg	33	23,6	77	23,4
Heidelberg	20	14,3	61	18,5
Ravensburg	87	62,1	191	58,1
Gesamt	140	100,0	329	100,0

Bei 43 Beteiligten konnten dem Bogen Angaben über die Atemalkoholkonzentration entnommen werden. Umgerechnet wurden bei den Beschuldigten im Schnitt 1,6 Promille festgestellt, bei den Geschädigten 1,25 Promille. Insgesamt wurden bei 202 Beteiligten Altersangaben gemacht. Beschuldigte waren im Durchschnitt 29 Jahre, Geschädigte durchschnittlich knapp 33 Jahre alt. Die jüngste beschuldigte Person war 14 Jahre alt, bei den Geschädigten war sie im Alter von 12 Jahren. Der älteste Beschuldigte war 73 Jahre alt, die älteste Geschädigte hatte ein Lebensalter von 90 Jahren. Die wichtigsten Ergebnisse dazu sind in der folgenden Tabelle 37 zusammengefasst.

Tabelle 37

Durchschnittliche Blutalkoholwerte und Alter der Beteiligten an Straften in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg

		Blutalkohol mg/l	Alter der Person
Beschuldigter	Mittelwert	0,7997	28,71
	n =	30	96
Geschädigter	Mittelwert	0,6269	32,32
	n =	13	106
Gesamt	Mittelwert	0,7474	30,6
	n =	43	202

Anmerkung. Die Angabe n bezieht sich jeweilig auf die Anzahl der Beteiligten, bei denen jeweils Angaben zu der entsprechenden Variable getätigt wurden.

Ergebnisse der Zusatzdatenerhebung

Straftaten

Es wurden 140 Straftaten gemeldet, 58 Vorkommnisse (41,4 Prozent) davon standen im Zusammenhang mit körperlicher Gewalt. Die Tabelle 38 zeigt eine Auflistung der gemeldeten Straftaten.

Tabelle 38

Häufigkeiten und Prozente der gemeldeten Straftaten

	Häufigkeit	Prozent
Bedrohung, Beleidigung, Verleumdung	1	0,7
Beleidigung	9	6,4
Beleidigung Beamte	1	0,7
Beleidigung Polizeibeamte	3	2,1
besonders schwerer Diebstahl	11	7,9
Betrug, Diebstahl	1	0,7
Diebstahl	18	12,9
Diebstahl, Sachbeschädigung	1	0,7
Exhibitionistische Handlung	1	0,7
gefährliche Körperverletzung	5	3,6
Gefährliche Körperverletzung	6	4,3
Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	2	1,4
Hausfriedensbruch	1	0,7
Körperverletzung	34	24,3
Körperverletzung, Beleidigung	6	4,3
Körperverletzung, Widerstand Polizeibeamte, Beleidigung	1	0,7
Nötigung, Beleidigung	1	0,7
Raub	3	2,1
Sachbeschädigung	13	9,3
schwerer Diebstahl	4	2,9
Straftat nach Arzneimittelgesetz	1	0,7
Unterschlagung	6	4,3
Versuch: besonders schwerer Diebstahl	6	4,3
Versuch: räuberischer Diebstahl	1	0,7
versuchter Totschlag	1	0,7
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	2	1,4
Widerstand, Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung, Vollrausch, Verstoß BtMG	1	0,7
Gesamt	140	100

Die Straftaten können wie in der vorherigen Tabelle ersichtlich kombiniert mit anderen Vorkommnissen auftreten, daher wurden die Meldungen nach den Mehrfachnennungen erneut ausgewertet, was in der folgenden Tabelle 39 dargestellt wird. Es lässt sich festhalten, dass bei den insgesamt 158 gemeldeten Straftaten der 140 Vorkommnisse am häufigsten Körperverletzungen auftraten (37,9 Prozent), wobei auch ein versuchter Totschlag gemeldet wurde. An zweiter Stelle stehen Diebstähle mit ca. 30 Prozent. An dritter Stelle stehen Beleidigungen mit ca. 16,4 Prozent. Sachbeschädigungen sind mit 11,4 Prozent die vierthäufigste gemeldete Straftat. Viermal wurde ein Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gemeldet.

Tabelle 39

Häufigkeiten und Prozente der gruppierten Straftaten

	Häufigkeit	Prozent
Körperverletzung	53	37,9
Diebstahl	42	30,0
Beleidigung	23	16,4
Sachbeschädigung	16	11,4
Unterschlagung	6	4,3
Raub	3	2,1
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	4	2,9
Bedrohung	2	1,4
Betrug	1	0,7
Exhibitionistische Handlung	1	0,7
Hausfriedensbruch	1	0,7
Nötigung	1	0,7
Straftat nach Arzneimittelgesetz	1	0,7
Vollrausch	1	0,7
Verstoß BtMG	1	0,7
Verleumdung	1	0,7
versuchter Totschlag	1	0,7

Zeiträume Straftaten

Wie der folgenden Tabelle 40 zu entnehmen ist, fanden 28,5 Prozent der Straftaten tagsüber statt, wobei hier nicht immer der genaue Zeitraum feststand, da beispielsweise ein Diebstahl erst später bemerkt wurde. Zwischen 18.00 Uhr abends und 06.00 Uhr morgens geschahen 62,9 Prozent aller Straftaten.

Tabelle 40

Häufigkeiten und Prozente der Straftaten nach Tageszeiten

	Häufigkeit	Prozent
morgens 6 bis 12	9	6,4
mittags 12 bis 18	31	22,1
abends 18 bis 24	39	27,9
nachts 24 bis 6	49	35,0
Fehlend	12	8,6
Gesamt	140	100,0

90 der gemeldeten Vorkommnisse (64,3 Prozent) wurden zwischen Freitag und Sonntag, also am Wochenende begangen, wie die folgende Tabelle 41 zeigt.

Tabelle 41
Häufigkeiten und Prozente der Straftaten nach Wochentagen

	Häufigkeit	Prozent
Samstag	35	25,0
Freitag	28	20,0
Sonntag	27	19,3
Montag	17	12,1
Mittwoch	13	9,3
Donnerstag	11	7,9
Dienstag	9	6,4
Gesamt	140	100,0

Um die zeitlichen Schwerpunkte der Straftaten genauer zu analysieren, zeigt die folgende Tabelle 42 die Straftaten aufgelistet nach ihrem Vorkommen nach Uhrzeit und Wochentag. So kann man Schwerpunktzeiten genauer ausmachen. Es zeigt sich für die erhobenen Daten, dass Freitag abends zwischen 18 bis 24 Uhr und in den frühen Morgenstunden des Samstags und Sonntags zwischen 0 bis 6 Uhr die meisten Straftaten stattfanden.

Tabelle 42
Häufigkeiten der Straftaten in Abhängigkeit von Uhrzeit und Wochentag

	morgens 6 bis 12	mittags 12 bis 18	abends 18 bis 24	nachts 24 bis 6	Gesamt
Mo	1	8	6	1	16
Di	0	2	2	5	9
Mi	0	6	3	3	12
Do	1	3	3	2	9
Fr	3	2	14	6	25
Sa	2	7	7	15	31
So	2	3	4	17	26
Gesamt	9	31	39	49	128

Anmerkung. Die Gesamtanzahl von n = 119 resultiert aus dem Umstand, dass bei der in dieser Statistik erfassten Vorkommnisse Angaben sowohl zur Uhrzeit, als auch zum Wochentag vorliegen müssen.

Beteiligte und Szenen

Wie die Tabelle 43 zeigt, waren in der Regel (78,6 Prozent) zwei Personen an den Straftaten beteiligt (ein Geschädigter, ein Beschuldigter). Die Straftaten mit mehreren Beteiligten waren überwiegend wechselseitig begangene Körperverletzungen. Bei 75 Fällen (53,6 Prozent) waren der Beschuldigte unbekannt, meistens handelte es sich um Fälle von Diebstahl, Unterschlagung oder Raub.

Tabelle 43

Häufigkeiten und Prozente zu der Anzahl der beteiligten Personen an den Vorkommnissen

Beteiligte Personen	Häufigkeit	Prozent
1	3	2,1
2	110	78,6
3	13	9,3
4	4	2,9
5	5	3,6
6	2	1,4
7	1	0,7
9	1	0,7
10	1	0,7
Gesamt	140	100

Die Angaben zu den **Szenen**, wo die Straftaten stattfanden, zeigen, dass 142 Beteiligte (43,2 Prozent) keiner Szene zuzuordnen sind oder zugeordnet werden konnten, beispielsweise im Fall des unbekannten Täters. Nur 24 Prozent wurden der Party Eventszene zugeordnet, 5 Prozent der Alkoholikerszene und 1 Prozent den Wohnsitzlosen, die Trinkerszene ist somit mit 6 Prozent vertreten (Tabelle 44).

Tabelle 44

Häufigkeiten und Prozente der Zugehörigkeit der Beteiligten zu Szenen

	Häufigkeit	Prozent
Wohnsitzlose	3	0,9
Alkoholiker	16	4,9
Party-Eventszene	78	23,7
Sonstige	90	27,4
fehlend	142	43,2
Gesamt	329	100,0

Alkoholeinwirkung bei den Beteiligten

Insgesamt wurden 329 Beteiligte bei den 140 Straftaten gemeldet (vgl. Abbildung 5). Alkoholeinwirkung war bei 123 Beteiligten feststellbar. Bei 105 Personen war dies nicht der Fall und bei 101 war es nicht bekannt, was unter anderem auch dem Umstand geschuldet ist, dass häufig der Täter unbekannt ist. Bei 9,4 Prozent der Beteiligten wurde festgestellt, dass der Alkoholgenuss im öffentlichen Raum stattgefunden hat, bei 24,3 Prozent der Beteiligten war dies nicht der Fall, beim Rest war dies unbekannt. Nur 40 (12,2 Prozent) der Beteiligten haben Alkohol in Gaststätten der Problemlage konsumiert, nur bei 3 Personen wurde Alkohol in Gaststätten außerhalb der Problemlage festgestellt. Genauso selten mit 2,7 Prozent der Beteiligten hat der Alkoholgenuss zu Hause im privaten Umfeld stattgefunden, 16 Personen (4,9 Prozent) führten Alkohol mit, bei 116 (35,3 Prozent) der Beteiligten war dies nicht der Fall, bei 60 Prozent war es unbekannt. Es liegt wieder daran, dass es Diebstähle bzw. andere Straftaten mit unbekanntem Täter sind. Die dargelegten Ergebnisse werden in der folgenden Abbildung 5 veranschaulicht.

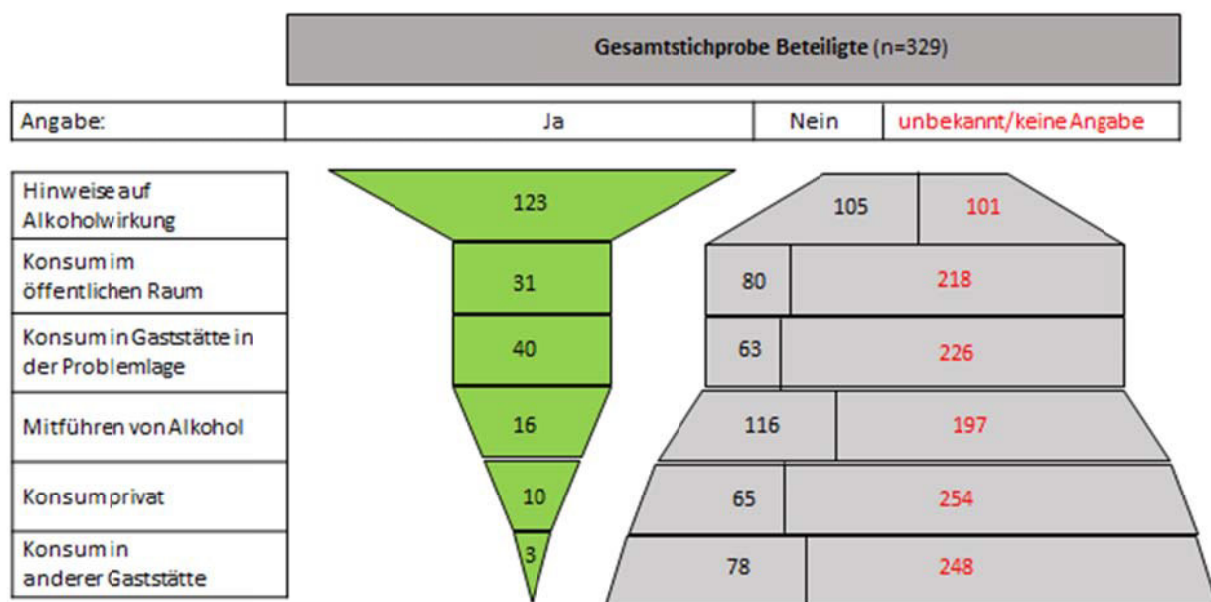


Abbildung 5. Alkoholeinwirkung bei 329 Beteiligten von 140 gemeldeten Straftaten in den Monaten Juli, August und September 2013 in den Problemzonen in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg.

Alkohol mitgeführt

Nur von 16 beteiligten Personen (fünf Prozent) wurde Alkohol mitgeführt.

Aggressionsdelikte

Von den 140 gemeldeten Straftaten kam es bei 58 Vorkommnissen (41,1 Prozent) mit insgesamt 159 Beteiligten (48,3 Prozent), davon 93 Beschuldigten und 66 Geschädigten sowie 130 männlichen und 19 weiblichen Beteiligten, zu körperlicher Gewalt. Darunter fallen Körperverletzungsdelikte, versuchter Totschlag, Raub und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Körperliche Gewalt wurde aus Freiburg 20, in Heidelberg 17 und in Ravensburg 21 Mal aus der Problemzone gemeldet. Dabei waren Beschuldigte und Geschädigte durchschnittlich etwa 28 Jahre alt. Im Folgenden sollen die Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen körperlicher Gewalt und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum dargestellt werden.

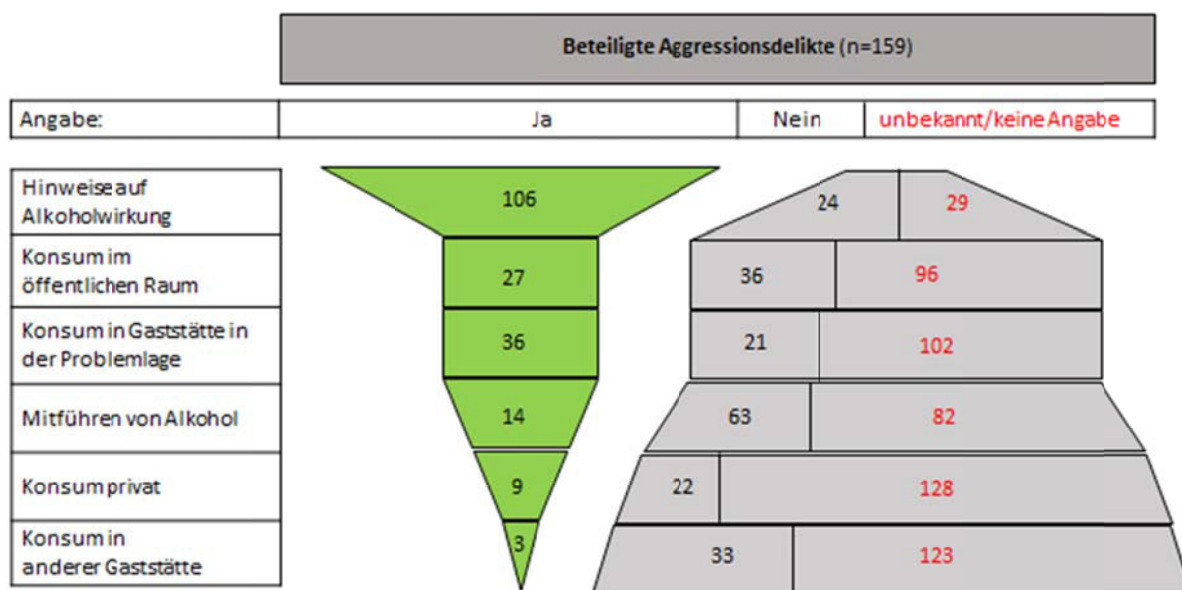


Abbildung 6. Alkoholeinwirkung bei 159 Beteiligten von 58 Aggressionsdelikten in den Monaten Juli, August und September 2013 in den Problemzonen in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg.

Aggressionsdelikte - Beschuldigte

Der Täter war in 15 Fällen (25,9 Prozent) von Straftaten mit körperlicher Gewalt unbekannt, bei über 72,4 Prozent der Straftaten (42 Fälle) dagegen war der Täter bekannt. Körperliche Gewalt ging in der Regel von Männern aus: Bei 93 Beteiligten waren 80 männliche und 8 weibliche Beschuldigte, bei 5 Personen wurden fehlende Angaben gemeldet.

Wie die folgende Tabelle 45 zeigt, waren die Beschuldigten bei Anwendung körperlicher Gewalt überwiegend alkoholisiert (64,5 Prozent). Bei etwa einem Viertel der Beschuldigten konnten dazu keine Angaben gemacht werden.

Tabelle 45

Häufigkeiten und Prozente der Beschuldigten zu Hinweisen auf Alkoholeinwirkung in Fällen von körperlicher Gewalt

	Hinweis auf Alkoholeinwirkung					
	ja		nein		unbekannt	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
Beschuldigte	60	64,5	8	8,6	25	26,9

Bei 23 Beschuldigten lagen Werte für die gemessene Atemalkoholkonzentration vor, sie betrug durchschnittlich 0,8 mg/l, was etwa 1,6 Promille entspricht.

Die drei Problemlagen wiesen Unterschiede hinsichtlich der Frage auf, ob die Beschuldigten bei Delikten mit körperlicher Gewalt auch in der jeweiligen Stadt wohnhaft sind. Die folgende Tabelle 46 fasst die Ergebnisse zu dieser Frage zusammen. In Freiburg war der überwiegende Anteil der Beschuldigten auch dort wohnhaft (42,4 Prozent). In Heidelberg ist auffällig, dass 43 Prozent der Beschuldigten ihren Wohnsitz nicht in der Stadt hatte. Bei Ravensburg gilt es festzuhalten, dass bei einem Großteil der Beschuldigten keine Angabe zum Wohnsitz gemacht wurde (bei 40 Prozent). Hierbei sollte beachtet werden, dass die absoluten Zahlen auf alle Problemlagen bezogen sehr klein sind und daher Generalisierungen vorsichtig ausfallen sollten.

Tabelle 46

Häufigkeiten und Prozente zur Herkunft des Beschuldigten in Bezug auf die Problemlagen

	gleicher Wohnort		anderer Wohnort		unbekannt		ohne festen Wohnsitz	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
Freiburg	14	42,4	10	30,3	8	24,2	1	3,0
Heidelberg	11	36,7	13	43,3	6	20,0	0	0,0
Ravensburg	7	23,3	9	30,0	12	40,0	2	6,7

An die vorherige Frage schließt sich die folgende Überlegung an, welcher Szene die Beschuldigten angehören. Die Ergebnisse dazu, dargestellt in Tabelle 47, zeigen, dass der überwiegende Anteil der beschuldigten Beteiligten an Gewaltdelikten der Partyszene zugehörig war (47,3 Prozent). Analysiert man dies getrennt für die drei Problemlagen und für die Beschuldigten, bei denen Angaben vorliegen, lässt sich festhalten, dass insbesondere

in Freiburg mit 85,2 Prozent, aber auch in Heidelberg mit 79,2 Prozent die Beschuldigten sehr häufig der Partyszene angehörten. In Ravensburg dagegen waren nur zwei Beschuldigte (11,1 Prozent) aus der Partyszene.

Tabelle 47

Häufigkeiten und Prozente der Zugehörigkeit der Beschuldigten zu Szenen (n=77)

	Häufigkeit	Prozent
Wohnsitzlose	1	1,1
Alkoholiker	8	8,6
Partyszene	44	47,3
Sonstige	16	17,2
fehlend	24	25,8
Gesamt	93	100,0

Die folgende Abbildung 7 zeigt für alle beteiligten Beschuldigten den Zusammenhang zwischen körperlicher Gewalt und Hinweisen auf Alkoholeinwirkung für die Straftaten, bei denen Angaben zu beiden Variablen vorlagen. Deutlich wird, dass in Fällen von körperlicher Gewalt der Täter auch häufig alkoholisiert ist und in Fällen ohne körperliche Gewalt bei dem größeren Teil der Beschuldigten keine Hinweise auf Alkoholkonsum bestehen.

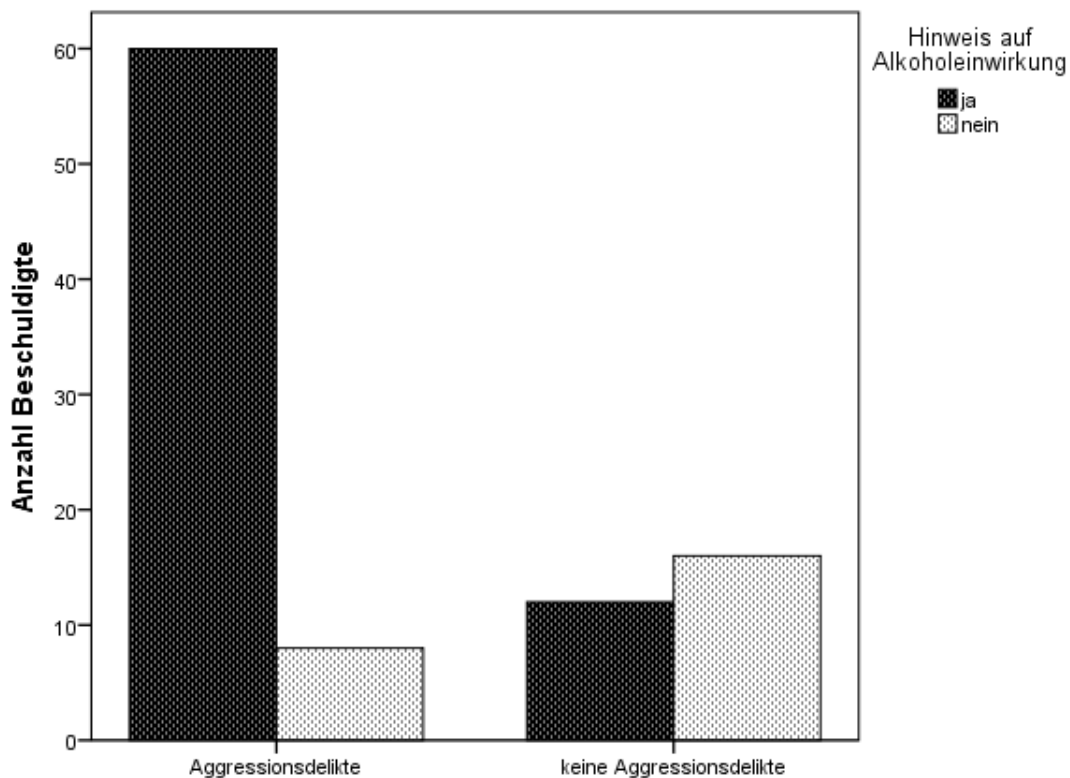


Abbildung 7. Zusammenhang zwischen Alkoholeinwirkung und Aggressionsdelikten bei Beschuldigten.

Aggressionsdelikte - Geschädigte

75,8 Prozent der Geschädigten (50 Personen) waren männliche, 16,7 Prozent sind weibliche Personen (11), bei den übrigen fünf Geschädigten war das Geschlecht nicht bekannt. Also zeigt sich auch bei den Geschädigten, dass der überwiegende Anteil der Beteiligten männlichen Geschlechts war.

Wie die folgende Tabelle 48 zeigt, waren die Geschädigten bei Anwendung körperlicher Gewalt wie auch schon die Beschuldigten überwiegend alkoholisiert (69,7 Prozent). Hier fällt der Anteil der Geschädigten, bei denen diesbezüglich keine Angaben gemacht werden konnten, sehr gering aus (6,1 Prozent).

Tabelle 48

Häufigkeiten und Prozente der Geschädigten zu Hinweisen auf Alkoholeinwirkung in Fällen von körperlicher Gewalt

Hinweis auf Alkoholeinwirkung					
ja		nein		unbekannt	
Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
46	69,7	16	24,2	4	6,1

Für 17 Geschädigte lagen Werte für die gemessene Atemalkoholkonzentration vor, sie betrug im Durchschnitt 0,61 mg/l, was 1,22 Promille entspricht.

Auch bei den Geschädigten ist die Frage wichtig, ob sie auch aus der gleichen Stadt kommen, in der das Verbrechen stattfand. Die Ergebnisse (vgl. Tabelle 49) decken sich überwiegend mit den Resultaten bei den Beschuldigten: In Freiburg war der Großteil der Geschädigten auch dort wohnhaft (50 Prozent), ebenso zeigt sich für Heidelberg, dass die Hälfte der Geschädigten aus anderen Städten kam. Bei Ravensburg zeigt sich dagegen, dass bei mehr als der Hälfte der geschädigten Beteiligten Problemlage und Wohnort übereinstimmte (52,2 Prozent).

Tabelle 49

Häufigkeiten und Prozente zur Herkunft des Geschädigten in Bezug auf die Problemlagen

	gleicher Wohnort		anderer Wohnort		unbekannt		ohne festen Wohnsitz	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
Freiburg	9	50,0	4	22,2	4	22,2	1	5,6
Heidelberg	7	28,0	13	52,0	5	20,0	0	0,0
Ravensburg	12	52,2	7	30,4	4	17,4	0	0,0

Auch bei den Geschädigten zeigt sich, dass 40,9 Prozent der Beteiligten der Partyszene angehörten. Allerdings wurde bei 33 Beteiligten, also bei der Hälfte auch keine Angabe zur Szene gemacht oder diese nicht genauer spezifiziert. Betrachtet man die Szenenzugehörigkeit für die drei Städte im Einzelnen, zeigt sich, dass in Freiburg fast 80 Prozent der Geschädigten aus der Partyszene kamen, in Heidelberg sogar alle Beteiligten und in Ravensburg kein Geschädigter. In Ravensburg gab es insgesamt bei Geschädigten wie auch bei den Beschuldigten im Vergleich zu den anderen beiden Städten mehr Angehörige der Trinkerszene. Die Ergebnisse werden in der folgenden Tabelle 50 für die Gesamtgeschädigten angegeben.

Tabelle 50

Häufigkeiten und Prozente der Zugehörigkeit der Geschädigten zu Szenen

	Häufigkeit	Prozent
Wohnsitzlose	2	3,0
Alkoholiker	4	6,1
Partyszene	27	40,9
Sonstige	15	22,7
fehlend	18	27,3
Gesamt	66	100,0

Die folgende Abbildung zeigt für die beteiligten Geschädigten, bei denen Angaben zu beiden Variablen vorlagen, den Zusammenhang zwischen körperlicher Gewalt und Hinweisen auf Alkoholeinwirkung für die Straftaten. Deutlich wird, dass in Fällen von körperlicher Gewalt Opfer auch häufig alkoholisiert waren, das aber insbesondere bei Fällen ohne körperliche Gewalt der Großteil Opfer keine Hinweise auf Alkoholkonsum liefern.

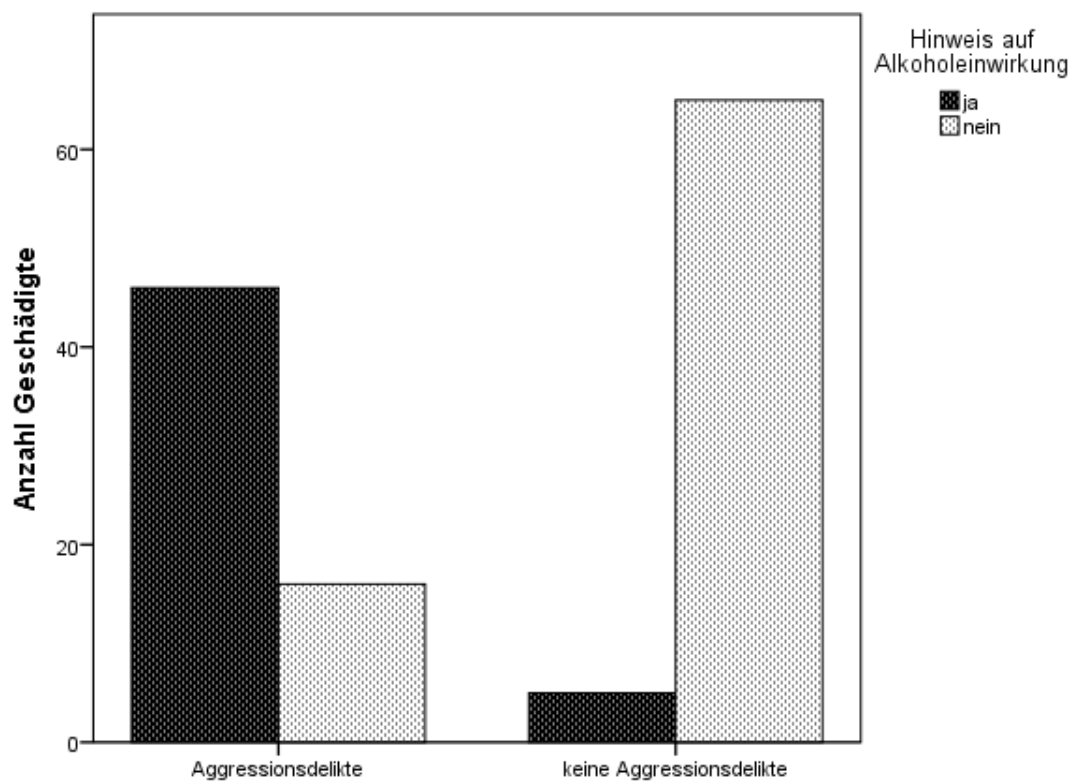


Abbildung 8. Zusammenhang zwischen Alkoholeinwirkung und körperlicher Gewalt bei Geschädigten.

Erklärungsansätze zum Verlauf der Sondererhebung bei Straftaten

Die gemeldeten Vorkommnisse aus der Zusatzerhebung in Ravensburg, Heidelberg und Freiburg weichen von den in Datenerhebung 1 zurückgemeldeten Zahlen aus 2012 ab. Daher gilt es zu diskutieren, welche möglichen Ursachen die Abweichungen in der Anzahl der Straftaten erklären können.

Denkbar sind beispielsweise **jahreszeitliche Schwankungen** des Wetters, so dass sich unregelmäßig auftretende Spitzen in der Anzahl der Straftaten mit bestimmten Wetterlagen assoziieren lassen.

Darüber hinaus können auch **besondere Ereignisse** Aufschluss zu den vorliegenden Veränderungen geben, beispielsweise hatte eine Großraumdiskothek in Freiburg geschlossen. Vor dieser kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Aggressionsdelikten mit Personen, welche vorab Alkohol konsumiert hatten, aufgrund dessen vom Türsteher abgewiesen wurden und sodann erheblich alkoholisiert sowie frustriert auf andere Personen trafen. Auch größere Events können sich punktuell auf die Anzahl der Vorkommnisse auswirken, wie beispielsweise das Rutenfest in Ravensburg, das in den Erhebungszeitraum fiel.

Die Unterschiede in der bei beiden Datenerhebungen gemeldeten Anzahl der Straftaten können auch darin begründet sein, dass **tatsächliche Rückgänge** zu verzeichnen sind. So kann man für Ravensburg festhalten, dass im Quartalsvergleich Juli bis September 2012 versus 2013 ein leichter Rückgang feststellbar ist. Darüber hinaus zeigt sich für das Jahr 2013 ein genereller Rückgang der Gewaltdelikte in Freiburg, auch im Bermudadreieck. In Heidelberg dagegen weist der Vergleich der gemeldeten Zahlen für 2012 versus 2013 für die Altstadt auf einen **Anstieg** der Körperverletzungsdelikte hin.

Schließlich sollte an dieser Stelle auch in Betracht gezogen werden, dass es **methodische Unterschiede** bei den Datenerhebungen gab, wie den entsprechenden Methodenteilen für die Datenerhebung 1 und die Sondererhebung entnommen werden kann. So waren die Problembereiche teilweise anders definiert und somit auch die Grundlage für die Meldung von Vorkommnissen eine andere. Auch die **unterschiedliche Datenreliabilität** in den genannten Erhebungen kann sich in den Abweichungen bemerkbar machen, da davon ausgegangen werden kann, dass nicht alle Vorkommnisse in den drei Städten auch in der Sondererhebung berücksichtigt werden konnten, da sie aus unterschiedlichen Gründen nicht gemeldet wurden.

Zehnjahresvergleich von Straftaten in Freiburg

Einleitung Freiburg alte Daten

Eine Stellungnahme der Polizeidirektion Freiburg (2011) betrachtet die Entwicklung der Gewaltdelinquenz – während und nach der Alkoholkonsumverbotsphase in der Zeit vom 01.01.2007 bis zum 30.06.2011. Die gesamte Altstadt wird dem sogenannten Bermudadreieck gegenüber gestellt. Während in der gesamten von Freiburg eine kontinuierliche Zunahme der Delikthäufigkeit feststellbar ist (Steigerung von 40 Prozent), scheint sich bei der Binnenbetrachtung des Bermudadreiecks während das Alkoholkonsumverbot gegolten hat eher leicht rückläufige Trendlinie abzuzeichnen (Zitat S. 20).

Betrachtung von Straftaten in einem 10-Jahres-Zeitraum in Freiburg

Die gesamten Straftaten in Freiburg haben von 2003 bis 2011 von 13.155 auf 18.058 zugenommen und sind 2012 auf 17.240 zurückgegangen, 16 % der Straftaten wurden in der Altstadt registriert. Im Jahr 2012 war von allen Straftaten bei 14 % Alkohol im Spiel (gesamtes Stadtgebiet). Betrachtet man nur die Altstadt stehen bis 20 % der Straftaten mit Alkohol Verbindung. Bei den Aggressionsdelikten sind in der Altstadt 28 % unter Alkohol registriert.

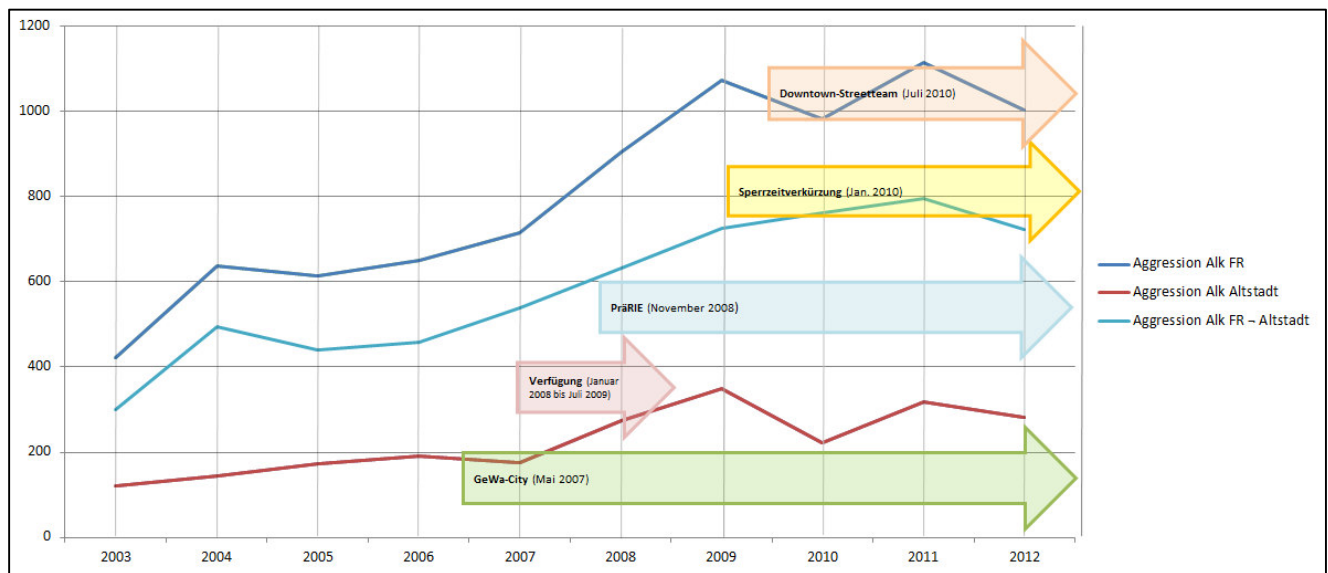


Abbildung c Zehnjahresvergleich von Aggressionsdelikten unter Alkoholeinwirkung im gesamten Stadtgebiet Freiburg und für den innerstädtischen Bereich der Altstadt (sowie die Anzahl der Aggressionsdelikte des Stadtgebiets bereinigt um die Daten aus der Altstadt).

Betrachtet man die Zu- bzw. Abnahme der Straftaten über den 10-Jahres-Zeitraum 2003 bis 2012 hinweg, sind die Verläufe in der Altstadt und der Gesamtstadt ähnlich. Dies zeigt sich in einer hohen Korrelation von $r > 0,90$, wenn man die Straftaten unter Alkoholeinfluss betrachtet.

Aggressionsdelikte (Gewalttaten und einfache Körperverletzungen) in ganz Freiburg und in der Altstadt sowie die Aggressionsdelikte unter Alkohol nehmen sowohl im gesamten Stadtbereich als auch in der Altstadt bis 2011 kontinuierlich zu. Der Verlauf der Zunahme in der Gesamtstadt und der Altstadt ist ähnlich, die Korrelation mit $r = 0,85$ ist hoch.

Zusammenfassung – Zusatzdatenerhebung bei der Polizei in Baden-Württemberg

Um aktuelle Daten zu Straftaten in den alkoholbedingten Problemlagen zu erhalten, wurde in drei Sommermonaten eine zusätzliche Datenerhebung in Heidelberg, Freiburg und Ravensburg durchgeführt. Es gingen 329 Bögen zu Beteiligten bei insgesamt 140 Vorkommnissen ein. 62,1 Prozent der Straftaten wurden aus Ravensburg, 14,3 Prozent aus Heidelberg und 23,6 Prozent aus Freiburg gemeldet.

Die Beteiligten waren im Durchschnitt etwa 30 alt (12 bis 90 Jahre). Etwas mehr als ein Drittel der Straftaten waren Körperverletzungen, knapp ein weiteres Drittel Diebstähle, der Rest der Vorkommnisse verteilte sich auf unterschiedliche Tatbestände. 41 Prozent der Vorkommnisse waren Aggressionsdelikte. Bei mehr als der Hälfte der Straftaten (meistens bei Diebstählen, Fällen von Unterschlagung oder Raub) sind die Täter unbekannt (52,9 Prozent). Bei Vorkommnissen mit körperlicher Gewalt ist der Beschuldigte in den meisten Fällen bekannt.

Von den 329 Beteiligten liegen bei 123 Hinweise auf Alkoholeinwirkung vor. Bei 105 liegt kein Hinweis vor und bei 101 blieb dies unbekannt. Bei 31 Personen wurde festgestellt, dass der Konsum im öffentlichen Raum stattgefunden hat und nur von 16 wurde Alkohol mitgeführt.

In 79 Prozent der Fälle sind bei Vorkommnissen ein Beschuldigter und ein Geschädigter beteiligt, mehrere bis zu zehn Beteiligte finden sich häufig bei Körperverletzungsdelikten. Wie in Erhebung 1 zeigte sich, dass die meisten Straftaten zwischen 18.00 Uhr und 6.00 Uhr morgens und an Wochenenden geschehen. 47,3 Prozent der Beschuldigten in Aggressionsdelikten halten sich in der Partyszene auf, etwa 10 Prozent in den marginalisierten Randgruppen. Erwähnenswert ist, dass die wegen körperlicher Aggression Beschuldigten oft (64,5 Prozent) alkoholisiert sind.

Bei 37 Beteiligten konnten Atemalkoholkonzentrationen gemessen werden, die bei den Beschuldigten mit 1,6 Promille höher waren als bei den Geschädigten (1,22 Promille).

Nur weniger als die Hälfte der Beschuldigten bei Aggressionsdelikten (Freiburg 42 Prozent, Heidelberg 36 Prozent, Ravensburg 23 Prozent) wohnen in der Stadt, in der die Problemzone gemeldet wird. Bei den Geschädigten ist es diesbezüglich vor allem Heidelberg auffällig.

Betrachtung von Straftaten in einem 10-Jahres-Zeitraum in Freiburg

Betrachtet man Häufigkeiten der Straftaten in Freiburg über den 10-Jahres-Zeitraum 2003 bis 2012 hinweg, nehmen Aggressionsdelikte im Allgemeinen (Gewalttaten und einfache Körperverletzungen) sowie die Aggressionsdelikte unter Alkohol sowohl im gesamten Stadtbereich als auch in der Altstadt bis 2009 kontinuierlich zu, danach treten Schwankungen auf. Anhand dieser Daten können keine eindeutigen Schlussfolgerungen bezüglich der Wirksamkeit dieser Maßnahmen gemacht werden.

Erhebung 4 - Tiefenanalyse mit Methoden der qualitativ-empirischen Sozialforschung

Methodenteil der Tiefenanalyse mittels Experteninterviews

Nachdem feststand, dass es neben den quantitativen Erhebungen bei den Polizeidienststellen im Benehmen mit den jeweiligen Kommunen, der repräsentativen Bevölkerungsbefragung sowie der Literaturanalyse noch eine Tiefenanalyse möglich war, lag auf der Hand, diese mit Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung durchzuführen. Diese wurden der AG in einem Workshop am 3.6.2013 vorgestellt und von den Teilnehmern begrüßt. Die Untersuchung erhielt nun neben einem meist deskriptiven Charakter eine explorative Komponente vor allem hinsichtlich der Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs.

Die Entscheidung, welche Städte einer Tiefenanalyse unterzogen werden, wurde anhand der Erkenntnisse aus den ersten beiden Erhebungen gefällt. Bei Betrachtung der Problemlagen aus Erhebung 1 zeigten die Städte Heidelberg und Freiburg einen Schwerpunkt durch eine sehr aktive Event- oder Partyszene. Diese wiederum zeigte sich überwiegend in den Sommermonaten und dort meist an den Wochenenden im Innenstadtraum. Erhebung 1 wies darüber hinaus darauf hin, dass es erheblich differierende Problemgruppen waren, die für die Problemlagen verantwortlich gesehen wurden. So zeigte sich neben den bereits genannten Szenen auch eine weitere Szene von meist Erwachsenen, die man als marginalisierte Gruppen bezeichnen könnte. Diese Szene unterscheidet sich von der zuvor genannten im Alter und in der äußeren Erscheinungsform, es handelt sich um vollkommen differierende Erscheinungszeiten sowie Erscheinungsformen. Mitglieder dieser Szene treten tagsüber auf und wirken vom Anblick her für manche störend. Es stellte sich heraus, dass die Stadt Ravensburg offensichtlich beide Erscheinungsformen, Event- und Partyszene ebenso wie Auffälligkeiten durch marginalisierte Gruppen, abbildet. Es lag nahe, Ravensburg als dritte Stadt für eine Tiefenanalyse auszusuchen.

Ziel dieser Tiefenanalyse war es, exemplarische Auffälligkeiten zu entdecken, deren Erkenntnisse einen Transfer auf andere Städte ermöglichten. Diese Möglichkeit der Übertragbarkeit von „Best-Practice“ Beispielen war entscheidend für die Region Konstanz als weiteres Zielobjekt einer Tiefenanalyse. Konstanz bzw. die Region wurden im Rahmen der Erhebung 2 bei der Suche nach bewältigten Problemlagen im Zusammenhang mit Alkoholenuss im öffentlichen Raum gefunden. Diese Region bietet mit ihren verschiedensten (Präventions-) Möglichkeiten bei gleichzeitigem Vorliegen spürbarer und unterschiedlicher Problemlagen eine gute Chance, „Best-Practice-Modelle“ zu finden. Die Vielgestaltigkeit der Problemlagen, was Orte, Zeiten und eben Zielgruppen betrifft, machte es notwendig, eine Region auszuwählen, die eine ebensolche Vielzahl an verschiedenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Begegnung des Problems kennt. Die Erhebung 2 zeigte deutlich, dass der Landkreis Konstanz mit seinen überregionalen Erkenntnissen mit Sitz in der Stadt Konstanz selbst sowie mit

den Erkenntnissen aus den Bereichen Radolfzell und Singen/Hohentwiel eine ideale Region für eine Tiefenanalyse darstellt.

Zusätzlich entstand der Gedanke, analog einer so genannten Vergleichsgruppe, eine Stadt für eine weitere Tiefenanalyse auszuwählen, die weder ein Problem gemeldet hat noch von einer Problemlösung berichtete. Die Wahl fiel auf die Stadt Mannheim, da diese Stadt mit rund 300.000 Einwohnern keine Problemlage meldete. Eine Stadt dieses Formates in das Untersuchungsfeld mit aufzunehmen erbrachte die Möglichkeit, einen Blick auf ihre Organisation und Struktur zu werfen, um dort vielleicht Indikatoren zu finden, die einer alkoholbedingten Problemlage vorbeugend entgegenstehen könnten.

Die Untersuchungsregionen für die Datenerhebung 4, Tiefenanalyse mit qualitativen empirischen Methoden waren somit Freiburg, Heidelberg, Ravensburg, Landkreis Konstanz sowie Mannheim.

In allen fünf Städten/Regionen wurde für die Tiefenanalyse eine qualitative Datenerhebung mittels Experteninterviews durchgeführt. Die Experten wurden in den Bereichen Streetwork, Suchtberatung, kommunalem Suchtbeauftragten und im Bereich der Ortspolizeibehörde gesucht. Die Interviewpartner aus den Bereichen Ortspolizeibehörde und Kommunalen Suchtbeauftragter ließen aufgrund ihrer Funktion zum einen eine gewisse Nähe zum regional beschriebenen Problem bzw. Problemfeld und zum anderen eine Netzwerkfunktion mit Kenntnissen sämtlicher vor Ort beteiligter Partner, ob behördlicher, privater oder gewerblicher Art, erwarten. Um sich dem Phänomen weiter zu nähern wurden Interviewpartner aus der Suchtberatung sowie aus dem Bereich des Streetworks ausgewählt. Für diese beiden Zielgruppen galt, dass nicht die definitorisch exakt beschriebene Aufgabe, zum Beispiel Streetwork, wahrgenommen wurde, sondern dass analog einer sozialen Arbeit Informationen über das Phänomen vor Ort geliefert werden konnten.

Auf eine nochmalige Befragung – nun mit Methoden der qualitativen, empirischen Sozialforschung – von Mitarbeitern der Polizeidienststellen wurde verzichtet, da bereits sämtliche quantitative Daten über diese Stellen geliefert worden waren. Um allerdings den polizeilichen Aspekt nicht vollkommen in der Tiefenanalyse außen vor zu lassen, wurden die Ortspolizeibehörden und dort z.B. Mitarbeiter der Ordnungsämter befragt.

Mögliche Interviewpartner wurden über die Polizeidienststellen, dort meist über die Präventionsverantwortlichen, mitgeteilt und anschließend direkt – unter der Berücksichtigung von Anonymisierungsaspekten – kontaktiert. Mit der Befragung dieser Personen auf qualitative Art und Weise erhielt die Untersuchung den explorativen Charakter, der zur Erfassung sozialer Phänomene erforderlich ist, welche in aller Regel außerhalb standardisierter Interviews und somit außerhalb des Blickfeldes der Forschung liegen (können) (vergl. Diekmann 2008: S. 531).

Die Auswahl der Regionen wie der Interviewpartner versprach ein breites Spektrum an Informationen, mittels einer Tiefenanalyse das Phänomen qualitativ zu beschreiben. Dies wurde mit der Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ abgestimmt. Ebenso wurde in der Arbeitsgruppe die Methodik der Datenerhebung und Datenanalyse dargestellt.

Die Interviews wurden narrativ geführt (vgl. Schütze 1983), d.h. *„der Interviewer gibt nur einleitend eine Fragestellung vor und ermuntert in nicht direkter Weise zur Erzählung“* (Diekmann 2008: 540). Insoweit ist es durchaus strittig, ob der Begriff des „narrativen Interviews“ überhaupt als solches trifft, denn von einem Interview im üblichen Sinne kann hier keine Rede sein (Atteslander/Cromm 2003: Seite 158). Um das Problem verstehend nachzuvollziehen lag ein Leitfaden mit einer Problemzentrierung vor (Witzel 2000: [4]). Es bestand somit kein Fragenkatalog der abgearbeitet wurde, um summarische Vergleiche durchzuführen.. Damit ist es auch methodisch ausgeschlossen, einen Rückgriff auf einzelne Antworten mit Fragestellungen der Art „wer hat was gesagt“ zu starten. Die Gesamtheit aller Textkörper wurde in die eine Analyse einbezogen. Einzelne Aussagen können lediglich Beleg für die jeweiligen Analyseergebnisse sein. Die Bedeutung dessen, was im Zusammenhang mit dem Problem genannt wurde, ohne danach explizit gefragt worden zu sein, erhält in der Gesamtbetrachtung einen hohen interpretativen Wert.

Ziel war, die Experten mit erzählungsgenerierenden Fragen in einen Redefluss zu bekommen. Dies hat den entscheidenden Vorteil, dass eigene Sichtweisen der Problemlage einfließen und dies für die Auswertung von besonderer Bedeutung ist, da die Gewichtung von frei Erzähltem gegenüber Abgefragten steigt.

So entstanden 20 Experteninterviews mit einer Interviewdauer zwischen rund 40 und 75 Minuten. Diese Interviews wurden transkribiert. Auf Regeln bei der Verschriftlichung, die die Besonderheiten der gesprochenen Sprache (Auslassungen, Dehnungen, Betonungen, etc.) berücksichtigen, wurde verzichtet, da lediglich die Inhalte für die Analyse von Bedeutung waren. Aufnahme wie Transkription sind im Original an der untersuchten Stelle gespeichert. Den Experten wurde zugesichert, dass ihre Angaben so verwahrt und behandelt werden, dass keine Rückschlüsse auf sie, die Interviewten und ihre Meinung gezogen werden können (Zusicherung Anonymität, Vergabe von Pseudonymen). Dies ist eine übliche Verfahrensweise für qualitative Interviews in solcher Form. Nur so ist damit zu rechnen, dass Informationen ungefiltert und ungeschönt, also möglichst offen und sachlich in eine Analyse einfließen können. Auffällig ist hier, dass es trotzdem politisch bzw. kommunalpolitisch gefärbte Angaben gab. Dies war z.B. daran zu erkennen, dass Vorgesetzte über die Interviewanfrage informiert wurden, worauf diese darauf bestanden, das Interview selbst zu geben. In einem Fall wurde vom Experten darauf bestanden, die Interviewfragen zuvor zugesendet zu bekommen, um eine Vorbereitung zu er-

möglichen. Diesem Wunsch wurde entsprochen, zumal es sich um ein narrativ angelegtes Interview mit wenigen Leitfragen handelte. Über Bemerkungen oder Hinweise der Gesprächspartner außerhalb der Gesprächsaufzeichnung wurden Memoranden gefertigt.

Methode der qualitativen Datenanalyse

Datenbasis der Analyse waren neben den Gesprächsaufzeichnungen auch o.g. Memoranden. Diese dienten dazu, das zuvor Gesagte und Verschriftlichte in der Analyse differenziert zu werten und entsprechend die Codings vorzunehmen. Gerade in den Memoranden aber auch in den Gesprächen selbst wurde einige Kritik an verschiedensten Dingen wie Rahmenbedingungen, gesellschaftlicher und auch politischer Umgang mit dem Phänomen etc. geübt. Die aber ausschließlich konstruktive Form der Kritik machte eine Nutzung in den Bezügen zu dem, was funktioniert und dem, was verbesserungsfähig ist, möglich. Und hinter all dem, was sonst unter „Bemerkenswertes“ firmierte versteckten sich Tipps oder Hinweise auf gangbare Wege.

Dem Umstand der Anonymisierung ist es geschuldet, dass nur wenige notwendige soziale Daten erhoben wurden. Dies waren im Einzelnen über den Namen zur späteren Unterscheidung lediglich die Funktion, das Geschlecht und das Alter. Die Interviewpartner waren überwiegend männlich. Das Alter lag zwischen 28 und 63 Jahren, wobei das Durchschnittsalter bei 48,5 lag.

Die Suche nach Merkmalen und Aussagen zu den Problemen, Maßnahmen und Lösungsmöglichkeiten lies die Methodenwahl auf eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring mittels Strukturierung fallen (vgl. Mayring 2010: S. 65 oder auch Diekmann 2008: S. 607ff). Aufgrund der bisherigen Erhebungen quantitativer Art und der dortigen qualitativen Analyse der freitextlichen Mitteilungen wurde gemeinsam ein Kategorien- bzw. Codesystem¹¹ entwickelt und als Kategorien- bzw. Codebaum in das Analyseprogramm MAXQDA eingelesen. Dies entspricht einer deduktiven Vorgehensweise bei typisierender Strukturierung (aaO: S. 66). Es war von vornherein allerdings zu dieser deduktiven Codeanwendung die Möglichkeit gegeben, weitere Codes zu entwickeln, quasi „in vivo“ zu begründen und somit in das Codesystem nachträglich einzubauen (induktives Vorgehen). Die Analyse stellt somit eine Mischung aus vornehmlich deduktiven aber auch immer wieder sachdienlich induktiven Vorgehen dar. Um diese Weiterentwicklung des Codesystems zu kennzeichnen, wurden neu entwickelte Codes mit „neu“ gekennzeichnet.

¹¹ Kategorie = Code; Unterkategorie = Subcode; Zuordnung einer Textpassage zu einer Kategorie/Code = Coding/Codierung

Die Texte wurden in zufälliger Reihenfolge eingelesen und analysiert. Dabei wurde darauf geachtet, die Untersuchungsräume abzuwechseln und die Funktion bzw. Profession der Experten zu durchmischen. Es wurde somit keine Struktur hinsichtlich der Funktion des Interviewpartners oder seiner regionalen Aussage zur Problemlage vorgenommen. Anschließend wurde jedes einzelne Interview codiert, das heißt Textpassagen wurden den gefundenen bzw. vorgegebenen Kategorien zugeordnet (Codings). Nach der Sichtung sämtlicher Texte wurde in einem zweiten Durchlauf das bisherige Vorgehen und die Vergabe und Codierung geprüft. Von Bedeutung war insbesondere, später hinzugekommene neue Codes für Dokumente zu prüfen, die vor der Neucodierung bzw. neuen Vergabe eines Codes analysiert worden waren. In einem dritten Schritt wurden sämtliche Codes nochmal geprüft und nötigenfalls sortiert bzw. mit Memoranden zur Beschreibung des Codes versehen, sofern noch nicht geschehen.

Parallel waren zwei weitere Forscher mit der Analyse der Texte beschäftigt. Diese hatten das zunächst gemeinsam erarbeitete Kategoriensystem zur Verfügung und entwickelten selbst neue Codes wie zum Beispiel den Code „Verfügbarkeit“. Die Codierung dort fand durch eine Paraphrasierung statt. So entstand für jedes Interview eine ca. einseitige Zusammenfassung. Diese stellte letztendlich eine Form der Codierung dar. In einem nächsten Schritt wurden diese Dokumente in ein neues Projekt in MAXQDA eingelesen und die vorgenommene Codierung durch die Zusammenfassung wurde über MAXQDA mittels einer Verknüpfung mit den vorhandenen Codes veranschaulicht. Hier war bereits ersichtlich, dass eine hohe Reliabilität der Erkenntnisse vorliegt. Diese Forscher hatten mit ihrer Methode der Zusammenfassung nahezu identische Erkenntnisse herausgearbeitet (hohe InterCoderreliabilität, vergl. Mayring 2010: S. 117).

Der nächste Schritt bestand in der Zusammenführung der beiden Projekte in MAXQDA. So kann ein Gesamtergebnis abgebildet werden, was einer Forschungswerkstatt ähnelt und aufgrund der hohen Reliabilität die Gültigkeit der gewonnenen Erkenntnisse erhöht.

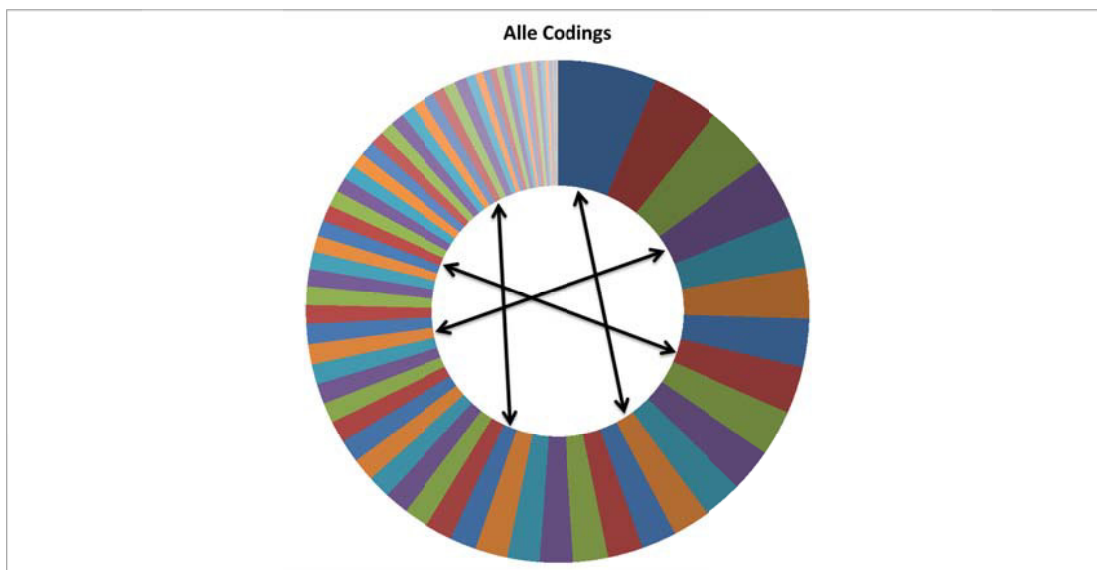
Hier der Ablauf Datenerhebung und methodisches Vorgehen nochmals in Kurzform:

1. Auswahl Untersuchungsraum
2. Auswahl Interviewpartner
3. Problemzentrierte, narrative Leitfadeninterviews
4. Transkription
5. Vereinbarung von Kategorien / Codes
6. Einlesen der Texte in MAXQDA und erste Analyse bzw. parallele Analyse und Codierung durch Paraphrasierung der Texte. Dabei ebenfalls Entwicklung neuer Kategorien/Codes

7. Zweite Analyse Originaltexte mit neu entwickelten Codes
8. Zusammenführung der Analysen
9. Codesortierung
10. Auswertende Gesamtanalyse und erste Interpretation

Der Teil der qualitativen empirischen Sozialforschung entspricht den Gütekriterien für diese Methoden durch Verfahrensdokumentation, argumentative Interpretationsabsicherungen, Nähe zum Gegenstand, Regelgeleitetheit, kommunikative Validierung und anderem (Mayring 2010, Seite 118). Auch aufgrund, Übereinstimmungen mit den Erkenntnissen aus den anderen Datenerhebungen und der Literaturanalyse und nicht zuletzt durch Beachtung für die qualitative Forschung eigener Gütekriterien können die Erkenntnisse aus dieser Tiefenanalyse als valide bezeichnet werden¹². Letztendlich ist der Wahrheitsbegriff nicht auf Dauer und Beständigkeit angelegt sondern dem stetigen Wandel unterworfen (vgl. Boehm 1994, Seite 121 ff.).

Wie nachstehende Grafik zeigt, stehen die vielen einzelnen Obercodes, Codes und Subcodes zwar in einem hierarchischen System (Code-Baum, s.u.), sind gleichwohl aber nur in der Gesamtheit und in ihren Bezügen zueinander zu betrachten. Jedes einzelne Feld steht für einen Code, die Dicke des Feldes steht für die Anzahl der jeweiligen Codings. Die Pfeile symbolisieren hier beispielhaft die Bezüge der Codes untereinander.



¹² Auf die immer wieder aufflammende wissenschaftliche Diskussion und den damit verbundenen Streit zwischen Vertretern quantitativer, oder auch nomologisch-deduktiver, Sozialforschung und den Verfechtern qualitativer Ansätze sei hier nur am Rande hingewiesen. Einen guten Überblick zu qualitativen Methoden und zur Diskussion bietet Andreas Diekmann 2008, S. 531f., zur Methodendebatte siehe Hitzler 2007, oder auch Strübing 2008, S. 11. Bezüglich eigener Gütekriterien für die qualitative Forschung siehe Mayring 2010, S. 118)

Aufgrund der großen Menge an Informationen, die in den 20 Gesprächen geliefert wurden und die Basis der qualitativen Erkenntnis sind, fanden für die Gesamtanalyse darüber hinaus weitere grafische Methoden statt, um die Abhängigkeiten der einzelnen Codes zueinander darzustellen und die Erkenntnisse zu ergründen.

Gesamtanalyse und Interpretation

Das methodische Vorgehen machte wie beschrieben eine Neusortierung des Code-Systems notwendig. Zwischenzeitlich neu oder „in Vivo“ codierte Segmente wurden den Obercodes untergeordnet. Diese Strukturierung war für eine übersichtliche Analyse notwendig. So entstand ein Codesystem mit wenigen Obercodes. Die Codebezeichnungen entsprechen den Originalbezeichnungen im Analysesystem:

Mit „**Problem**“ wurde codiert, was der Beschreibung des Problems diene, darunter

- Örtlichkeit (neu) mit
 - o Enge¹³ und
 - o Weite¹⁴
- Gast- oder Rucksacktrinker? (neu)¹⁵
- Zusammenhänge mit ÖPNV (neu)¹⁶
- Ubiquität (neu)¹⁷
- Evaluation (neu)
- Zu- und Abgänge (neu)
- Attraktivität¹⁸
- Hausgemacht (neu)
- Problemwahrnehmung (neu) mit
 - o Persönliche Erfahrung (neu)
 - o Politische Diskussion (neu)
 - o Öffentliche Diskussion (neu)
- Permanent

¹³ beengte Platzverhältnisse, eher Gassen, enge Räume, mit Hinweisen auf Aggressionsdelikte

¹⁴ Platz, Wiese, o.Ä., eher Hinweise auf exzessiven Alkoholkonsum verbunden mit Müll und Lärm

¹⁵ beschreibt, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, wer z.B. der Adressat einer Maßnahme nach Idee eines §10a werden könnte.

¹⁶ beschreibt, wenn die Anbindung an den ÖPNV aus Sicht des Interviewten eine Rolle spielt, egal ob positiv oder negativ.

¹⁷ alle Schichten sind betroffen, "normales", typisches Phänomen.

¹⁸ Beschreibt entweder eine grundsätzliche Attraktivität oder eine Veranstaltung als "Magnet".

- Besondere Zeitpunkte
- Zeitweise
 - Fastnacht
 - Feiertag
 - Messe
 - Veranstaltung
- Zielgruppe
 - Wohnort
 - Non-Residents
 - Residents
 - Alter¹⁹
 - Erwachsene
 - Heranwachsende
 - Jugendliche²⁰
 - Jungerwachsene
 - Kinder

Unter den Code „**Prävention**“ fielen nachstehende Subcodes:

- Jugendschutzteam (neu)²¹
- Langfristigkeit (neu)²²
- Sozialpolitisches Korsett
- Raumangebot (neu)
- Stadtplanung (neu)²³
- Netzwerke²⁴
 - Professionalität (neu)²⁵

¹⁹ entweder Eingruppierung nach konkretem Wissen, meist aber nach Zuschreibung der InterviewpartnerInnen

²⁰ Wo Jugendliche als Synonym für junge Menschen Verwendung fand, wurde trotzdem eine konkrete Zuordnung zu diesem Code vorgenommen. Dies erklärt die größere Menge an Codings.

²¹ gleich welcher Zusammensetzung...

²² beschreibt alles, was der längeren Anlage bedarf um zu funktionieren.

²³ beschreibt Maßnahmen, es für Anwohner erträglicher zu machen bzw. gaststättenrechtliche Zulassungen außerhalb bewohnter Zonen zu erteilen oder auch langfristige bauliche Maßnahmen oder Planungen, um ein Mit- oder Nebeneinander von Anwohner und Gaststätten vorzunehmen. (Stichwort: Bauleitplanung)

²⁴ Allein die Nennung wird hier verknüpft. Es findet keine Wertung statt, ob dies ein gutes und funktionierendes Netzwerk ist oder nicht.

- Austausch zw. Problemgruppe und Anwohner (neu)
- Sozialarbeit
 - Anlaufstelle
 - Streetwork²⁶
 - Suchtberatung
- Einzelne bauliche Veränderungen
- Blaue Briefe²⁷
- Fair-Fest/Festkultur
- Gelbe Karte
- Hausverbotszonen
- Nachtwanderer
- Peer-to-Peer
- Präsenz
- Öffentlichkeitsarbeit

Dann der Obercode „**Repression**“ mit den Subcodes

- Verfügbarkeit (neu)²⁸
- Kontrolldruck (neu)
- Aufenthaltsverbot
- Gaststättenrecht
 - Konzessionsvergabe
 - Sperrzeitverlängerung²⁹
 - Verkaufsbeschränkungen

²⁵ beschreibt die notwendige oder vorhandene Professionalität in der Netzwerkarbeit, darunter Hauptamtlichkeit, Stellenschaffung, etc.

²⁶ Darunter wird nicht stets das klassische Streetwork z.B. im Sinne der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit / Streetwork verstanden. Der Code wird auch verwendet, wenn aufsuchende und/oder akzeptierende Jugendarbeit durchaus laienhaft bzw. semiprofessionell praktiziert bzw. angeboten wird.

Streetwork beschreibt eher die Form und Ausgestaltung und steht weniger einer exakten Definition nahe.

²⁷ beschreibt alles, bei dem nach Auffälligkeit bei Polizei, KOD, o.Ä. der Kontakt zu den Eltern gesucht wird, durch Brief oder durch Angebot der Beratung, gleich ob für den jungen Menschen oder die Eltern (Bsp. Halt oder 13).

²⁸ ...beschreibt die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit, sich Alkohol in erträglicher Nähe zu besorgen.

Verfügbarkeit ist aber auch kritisch zu sehen, da eine Einschränkung der Verfügbarkeit u.U. dann ganzheitlich erfolgen müsste, um Alternativen ebenfalls auszuschließen.

²⁹ Als Maßnahme oder Idee

- Gefährderansprachen
- Personalintensive Maßnahmen
 - Kommunaler Ordnungsdienst
 - Pfw³⁰
 - Polizei
 - Privater Sicherheitsdienst
- Testkäufe
- Verdrängung
- Videoüberwachung
- §§³¹

Und es entstand der Obercode „**Resilienz**“, der als Arbeitstitel für alles stand, was einer Widerstandsfähigkeit förderlich ist oder grundsätzlich dem Phänomen sowie der Wahrnehmung des Problems als solches entgegensteht. Zugehörig sind die Codes

- Baulich-strukturelle Bedingungen (neu)³²
- Widerstandsfähigkeit lernen (neu)
- Teil der Gesellschaft (neu)³³
- Bewertung: Kein Problem (neu)³⁴

Unter „**Bemerkenswertes**“ wurde alles subsumiert, was wichtige Hinweise sind, aber nicht den anderen Obercodes zuordnet werden konnte. So konnte sichergestellt werden, dass keine wichtigen Inhalte für die Analyse verloren gingen. Darunter fielen die Subcodes

- Widersprüchliches (neu)
- Kritik (neu)
- Ideen (neu)

³⁰ Bedeutet: Polizeifreiwillige, ein Dienst, den es nur noch in wenigen Bundesländern gibt.

³¹ Hinweise auf rechtliche Maßnahmen wie Genuss- oder Mitführverbot, Glasverbot, etc.

³² beschreibt, die baulichen Gegebenheiten, die einer Zentrierung von Menschen auf engem Raum aufgrund einer dortigen Attraktivität entgegenstehen. Bsp.: Keine Altstadt oder keine Flaniermeile vorhanden.

³³ Damit ist die Sichtweise gemeint, dass das Phänomen eben Teil der gesellschaftlichen Entwicklung und somit Teil der Gesellschaft selbst ist. Bsp.: Marginalisierte Gruppen sehen sich als Teil der Gesellschaft

³⁴ Das Problem wird gar nicht als solches gesehen sondern als „normal“ wahrgenommen. In diesem Zusammenhang wird auf die Diskussion verwiesen, was gesellschaftskonform und was außerhalb dessen ist, was eine Gesellschaft für richtig empfindet (Devianz) und wer dies definiert.

Bevor nun die einzelnen Codierungen aufgezeigt werden und die eigentliche Analyse beginnt, soll zunächst noch ein anderer Überblick über diese Codes gegeben werden. Hierzu werden in der nachfolgenden Abbildung die Codes hierarchisch nach Vergabe sortiert. Es ist darauf hinzuweisen, dass zwar die bloße Nennung und Codevergabe zu einer Zählung führte. Diese Zahlen sind allerdings nicht mit einer Strichliste zu vergleichen und die Wertigkeit ist auch nicht 1:1 übertragbar. Gleichwohl gibt diese Zählart den Code und der damit im Zusammenhang stehenden Interpretation ein gewisses Gewicht. Insoweit ist eine hierarchische Sortierung zulässig, ohne eben den Zahlen besondere Bedeutung zumessen zu können.

Es werden die ersten 30 Codes (Mitte) mit dem zugehörigen Obercode (Links) sowie der zugehörigen Zahl von Codings (Rechts) gelistet:

Obercode	Code	Zahl der Codings
Bemerkenswertes	Kritik (neu)	74
Prävention	Netzwerke	50
Bemerkenswertes	Ideen (neu)	49
Prävention	Raumangebot (neu)	46
Repression	§§	39
Problem\Problemwahrnehmung (neu)	Öffentliche Diskussion (neu)	38
Problem	Attraktivität	36
Repression	Verdrängung	35
Prävention\Sozialarbeit	Streetwork	34
Prävention	Austausch zw. Problemgruppe und Anwohner (neu)	32
Problem\Zielgruppe\Alter	Jugendliche	30
Repression	Verfügbarkeit (neu)	28
Bemerkenswertes	Widersprüchliches (neu)	26
Problem\Zielgruppe\Wohnort	Non-Residents	26
Repression	Kontrolldruck (neu)	26
Problem\Problemwahrnehmung (neu)	Politische Diskussion (neu)	25
Resilienz	Bewertung: Kein Problem (neu)	24
Resilienz	Teil der Gesellschaft (neu)	24
Prävention	Fair-Fest/Festkultur	20

Prävention	Präsenz	20
Prävention	einzelne bauliche Veränderungen	19
Prävention\Netzwerke	Professionalität (neu)	18
Problem	Permanent	17
Problem	Zusammenhänge mit ÖPNV (neu)	17
Repression\Personalintensive Maßnahmen	Polizei	17
Repression\Personalintensive Maßnahmen	Kommunaler Ordnungsdienst	16
Prävention	Langfristigkeit (neu)	15
Prävention\Sozialarbeit	Anlaufstelle	15
Problem\Zielgruppe\Alter	Jungerwachsene	15
Repression\Gaststättenrecht	Sperrzeitverlängerung	15

In den fünf Städten wurden jeweils vier Personen interviewt. Dahinter standen die Funktionen Polizeibehörde/Ordnungsamt, kommunaler Suchtbeauftragter, Streetwork und der Bereich Suchtberatung. Die insgesamt 81 Codes, seien es Obercodes oder direkt Subcodes, verteilen sich auf 1161 sogenannte Codings³⁵.

Ein Merkmal für eine qualitativ ausgeglichene Analyse besteht u.a. darin, dass sich diese Codings ähnlich auf die vier Funktionsgruppen verteilen. In hierarchischer Folge kann beschrieben werden, dass bei den kommunalen Suchtbeauftragten 362 Codings zu finden sind. Bei den Personen der Polizeibehörde bzw. des Ordnungsamtes wurden 300 Codings vergeben, beim Streetwork 272 und bei der Suchtberatung 228. Das entspricht insofern auch dem Wunsch nach persönlichem Zugang zum Phänomen und dem zu erwartenden Wissen über das Phänomen. Bei den kommunalen Suchtbeauftragten, die auch im Einzelnen deutlich mehr Codings ermöglichen, ist eine Netzwerkfunktion gegeben. Ähnlich gelagert haben die Polizeibehörden eine Scharnierfunktion zu den Stellen, die ihnen Informationen über das Phänomen vor Ort liefern können. Entsprechend von Bedeutung waren auch deren Aussagen.

Eine weitere erste Erkenntnis war die 52fache Überschneidung der Obercodes „Prävention“ und „Repression“, was auf praktizierte Methodenkombinationen dieser im Grunde unterschiedlichen Ansätze schließen lässt. Zu Mehrfachcodierungen ein und derselben Textpassage mit verschiedenen Codes kam es häufig.

³⁵ Unter Coding versteht man die Zuordnung einer Textpassage aus dem Transkript zu einem Code

Erste konzeptionelle Überlegungen anhand der einzelnen Codes

Nun werden die inhaltlichen Ergebnisse aus der Analyse der Interviews mit einzelnen exemplarischen Zitaten belegt dargestellt. Diese Beispiele sind somit Quelle von Teilanalysen, die wiederum die Basis für das Fazit sind³⁶.

Problem³⁷

Unter dem Obercode „Problem“ waren einige verschiedene Subcodes vergeben. Immer dort wo es einer allgemeinen Beschreibung bedurfte, wurde der Obercode „Problem“ selbst vergeben. Er wurde ebenso dann zugeordnet, wenn sich trotz der Vielzahl von Subcodes keine treffendere Beschreibung fand. Es finden sich dadurch 15 Codings, die das Problem beschreiben und zum Teil das Problem selbst relativieren:

B, § 47³⁸: *„und von dem her sehe ich auch gerade die Debatte, die so ein bisschen hochgeschürt wird über die Medien und über die Stadt so ein bisschen auch überzogen. Klar gibt es da eine Problematik, aber ich denke, da ist nichts, wo man nicht auch was tun kann dagegen, wo man auch Verständnis haben kann“.*

In diesem Code zeigt sich auch, dass es eben unterschiedliche Gruppen und damit zusammenhängende Problemlagen sind, welche wahrgenommen und mitgeteilt werden. Hier spielt die Subjektivität eine bedeutende Rolle:

S, § 8: *„für mich ist das jetzt kein Problem. Ich kann das aber verstehen, dass sich dann ältere Leute durch laute Hunde oder durch Leute die von ihrem Bild abweichen, dass sie sich durch sie gestört fühlen, ja. Das Problem ist hier aus meiner Sicht, dass die Leute vermutlich bestimmte soziale Problemlagen haben. Das ist ja eher das Problem von den Leuten. Das ist für mich als [...] als eine Person, die eine Menschenrechtsorientierung hat, find ich es dann doch ein Problem, dass dann so über die Leute diskutiert wird in der Öffentlichkeit. Also dass man sie diskriminiert über die öffentlichen Medien, also dass man versucht Gruppen total, die Anderen und wir als Bürger. Das halte ich von meinem Menschenbild, von meiner jetzigen Überzeugung für falsch. Und das deckt sich auch mit dem ethischen Menschenbild meines Trägers.“*

Ein weiterer Hinweis auf die subjektive Wahrnehmung eines Problems findet sich bei folgendem Auszug:

³⁶ Es ist somit nicht zulässig, die Zitate aus dem Gesamtzusammenhang der Analyse zu extrahieren.

³⁷ Die Reihenfolge entspricht dem oben dargestellten Codesystem. Die Codes sind ähnlich einem Dateipfad abgebildet.

³⁸ Die Paragraphierung weist auf den Absatz hin, in dem sich das Zitat befindet. Das Zitat selbst wird in Anführungszeichen und kursiv abgebildet. Aufgrund der zugesagten Anonymisierung wurden Pseudonyme vergeben. Die Transkriptionen selbst befinden sich bei den Autoren.

A, § 5: *„wenn man auch an Abenden (ä) (ä) durch die Altstadt geht, da ist das Bild von (ä) kerzenbeleuchteten Außenbewirtschaftungstischen von Leuten, die da (ähm) das Bad in der Menge, das Flanieren, genießen, (ähm) dominierend.“*

Dass die Entwicklung nicht stehenbleibt, sondern auch vielleicht eine positive Wendung erfahren könnte, nimmt ein anderer wahr:

E, § 198: *„ich finde schon, ich bin da grundsätzlich der Meinung, dass wir in 10 Jahren das Problem nicht mehr haben. Das ist meine Meinung. Wir sind auf dem Weg, egal, ob eine Polizeifahndung oder so oder so aussieht, zum einen diese demografische Entwicklung, zum anderen erlebe ich schon bei ganz jungen Leuten eine andere Haltung.“*

Interessant sind auch die Beschreibungen, die ebenso vielschichtig wie das Problem sind. So wird festgestellt, es gäbe eine...

G, § 5: *„[...] Mediterranisierung des öffentlichen Raumes hier bei uns im Süden.“*

Es folgen nun die **Subcodes unter „Probleme“**.

Problem/Örtlichkeit einschließlich der weiteren Subcodes „Enge“ sowie „Weite“

Die Örtlichkeit selbst scheint nur am Rande eine Rolle zu spielen. Das sieht man zum einen an lediglich sechs Codings und zum anderen an den Aussagen. Was auffällig ist, dass im Zusammenhang mit Örtlichkeit, ein psychologischer Aspekt Bedeutung haben könnte. So wird darauf hingewiesen, dass Plätze, die weit sind und mehrere Zugänge haben, weniger Aggressionspotential fördern würden als enge schmale Gassen. Man könne sich dort auch nicht so leicht aus dem Weg gehen (T, § 76).

Problem/Gast oder Rucksacktrinker?

Nicht immer ist es auch eindeutig und klar, ob das Problem von einem „Rucksacktrinker“ oder einem ganz normalen Gast ausgeht.

I, § 12³⁹ *„Zwischenfrage: Kann man die unterscheiden, dieses Klientel, ich sag mal wo man nicht so haben will, Rucksacktrinker z.B., von denjenigen, wenn ich das Bild jetzt angucke, das sieht ja aus, wie wenn es*

³⁹ Der Kennbuchstabe I steht für den Interviewer. Alle anderen Buchstaben sind zufällig im Rahmen der Pseudonymisierung vergeben worden.

denen einfach zu warm wäre innendrin. Die stehn halt draußen, rauchen vielleicht, sind aber eigentlich Gäste der Gaststätte.“

G, § 13: *„Ja, ganz ganz schwer ist das. Ja das ist eine totale Vermischung.“*

Außerdem ist auch hier der Zugang zum Alkohol ganz verschiedentlich und nicht eindeutig einem regulären Gast oder eben einem Rucksacktrinker zuzuordnen.

G, § 35: *„Das ist übrigens auch ein Problem ja, to go-Getränke. Wir sehn immer wieder Leut, wo nachts, obwohl das Verkaufsverbot gilt, Bierflaschen in der Hand haben u.ä. Und wir wissen doch in der langen Meile [...] wo sie da was erworben haben, aber wo ganz anders hinlaufen. Das dürfen sie. Das war Gastausschank. Und halten sich dann eben mit Alkohol wieder im öffentlichen Raum auf. Also die Versorgung ist nach wie vor immer noch gegeben, wenn sie es nicht im Rucksack mit haben.“*

Problem/Zusammenhänge mit ÖPNV

Dieser Code beschreibt, wenn die Anbindung des ÖPNV aus Sicht des Interviewten eine Rolle spielt. Es ist egal, ob dies positiv oder negativ konnotiert ist. Von Bedeutung ist auf jeden Fall der Weg zur Attraktion. Immer dann wenn er mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt wird, besteht eine günstige Gelegenheit, präventiv aktiv zu werden oder repressiv zu untersagen, doch dazu später mehr.

T, § 28ff. *„und dann haben wir das ergänzt, nicht nur in der Innenstadt präsent zu sein, sondern da sind wir [im ÖPNV, Anm. Verf.] unterwegs [...] wir haben gesagt, die Leute kommen schon angeglüht und betrunken in die Innenstadt. [...] wir müssen die vorher irgendwie erreichen. Also wenn sie in die Innenstadt rein gehen. Und das war eben ein Ansatz [...] also der Verkehrsverbund hat immer auch gesagt, da gibt's immer wieder Stress und da gibt's immer wieder auch Auffälligkeiten [...]. Und dann haben wir gesagt okay, wir gucken, ob wir da was hinkriegen [...].“*

Nicht immer war es eindeutig zu kennzeichnen, ob etwas positiv oder negativ ist. Manch Experte wünschte sich einen besseren Abtransport der Partymeilenbesucher.

Dagegen sehen andere es sehr positiv, dass nachts nichts mehr fährt. Sie verweisen darauf, dass dann eben Privatfahrzeuge genommen werden müssen, die auch eines nüchternen Fahrers bedürfen. Gleichzeitig verweisen sie aber auch auf eine gewisse Unattraktivität, wenn die Anbindung fehlt (F, § 63).

In diesem Zusammenhang mit Öffentlichen Verkehrsmitteln wird aber genau dort bzw. darin ein Alkoholverbot für nützlich erachtet, so G, §§ 77 ff. G findet allerdings auch gut, wenn mit Spätbussen die Möglichkeit besteht, die Innenstadt zu verlassen (§ 85-87).

Problem/Ubiquität

Dieser Code beschreibt, dass alle Schichten der Bevölkerung von dem Phänomen betroffen sind und es quasi ein normales, typisches Phänomen darstellt. Allgemein bekannt ist z.B. die Ubiquität von Jugend-Delinquenz. Diese „Normalität“ zeigt sich in insgesamt neun Codings. Dies ist allerdings nicht nur ein Phänomen einer Event-Szene sondern kommt auch in den Szenen wohl zutage, in denen man zunächst vielleicht „gesellschaftliche Verlierer“ vermutet.

B, § 47: *„natürlich, es geht quer durch die Bildungsschichten, auch die, ja, diese Gruppe, die sich dort aufhält. Das war ganz interessant zu sehen, also es gibt vom Arbeitslosen, der keinen Schulabschluss hat bis zum Gymnasiasten gibt's Menschen, die dort sind.“*

J, §§ 181-1983: *„[...] machst du mit, machst du nicht mit. Und das auch in, also auch in der Mittelschicht, also auch in Gymnasien usw. Also das ist kein, kein Problem. Früher hätte man vielleicht gedacht, das sind eher so, so Randgruppen, die sich so verhalten. Aber was wir hier mitkriegen ist einfach sozusagen klassenlos. Auch in anerkannten ehrwürdigen Gymnasien ist das Gang und Gäbe.“*

Problem/Evaluation

Nicht nur die meisten Maßnahmen sind nicht evaluiert, sondern auch die Probleme sind nur selten einer exakten Beschreibung über Zustand oder Veränderung unterworfen. So fanden sich lediglich elf Codings zu diesem Thema. Evaluationen z .B. in der sogenannten Event-Szene zeigen, dass das Problem eher nicht bei den Jugendlichen sondern eher bei jungen Erwachsenen liegt (T, §§ 139-141). Gleichzeitig wird allerdings darauf verwiesen, dass der Alkoholkonsum bei Jugendlichen insgesamt, insbesondere was das Trinkverhalten betrifft, nachweislich extrem hoch bzw. gefährdend ist. (D, § 6).

Es wird auch berichtet, dass aus einer Bevölkerungsbefragung ein Alkoholverbot positiv gesehen wird bzw. gewünscht würde (P, § 71).

Problem/Zu- und Abgänge

Es wurde auch ein Code entwickelt und anschließend mit wenigen, zehn, Codings versehen, was den Zu- und den Abgang zu bzw. von der Problemzone betrifft.

Es wird berichtet, dass man bereits angeglüht und betrunken in die Innenstadt kommt und dies bereits in öffentlichen Verkehrsmitteln zum Problem wird. Anschließend begibt man sich dann auf den Weg in die eigentliche Problemzone (T, §§ 33-37). Deshalb wird polizeiliche Präsenz eben nicht nur in der Problemlage sondern auch in den Zu- und Abwegen gewünscht (A, § 35). Im Allgemeinen handelt sich es bei den Zu- und Abgängen um die Wege zwischen Problemlage und Umschlagplätzen öffentlicher Verkehrsmittel wie A in § 49 oder D in § 67 oder auch R in § 11 beschreiben.

Problem/Attraktivität

Es stellte sich recht schnell heraus, dass das Problem zu beschreiben nicht möglich ist, ohne auf die Attraktivität des problembelasteten Raumes hinzuweisen. Unter dem Code Attraktivität wurden Codings subsumiert, die mit einer räumlichen Attraktivität oder mit einer Veranstaltung als „Magnet“ in Verbindung stehen.

B, § 19: *„[...] und ja, also es ist ja einfach auch sag ich mal eine attraktive Stadt, nicht nur für „Otto Normalbürger“, sondern eben auch für andere. Und also es kommen sehr viele, die reisen hier zu, bleiben dann hier und kommen über Therapieeinrichtung, Entgiftung oder sonst irgendwie, bleiben hier hängen und finden dann erst später den Absprung oder gar nicht mehr. Dann bleiben sie hier.“*

Dieses Zitat beschreibt sehr schön und treffend, dass eine Attraktivität nicht nur für eine Event-Szene von Bedeutung ist, sondern ebenso auf solche Gruppierungen zutrifft oder treffen kann, die man vielleicht als „am Rande der Gesellschaft Stehende“⁴⁰ bezeichnen würde.

Studentisches Flair ist ebenso von Bedeutung für eine gewisse Attraktivität oder einfach auch vielleicht die Örtlichkeit:

B, § 19 *„[...] und bei uns gibt es eben halt diese Öffnungszeiten und man kann hier so richtig schön durchgehen, ja, da sind da die ganzen Tische draußen und ... ist ja sowieso schon seit Jahren Kult, da sitzen dann ... Jugendliche im Sommer und trinken ihr Bier, das ist schon Kult [...] und ja auch immer so ein bisschen von Mallorca und Ballermann und ... wird als Toscana bezeichnet und das ist schon so, es hat hier so ein Urlaubsflair und dadurch, dass halt tatsächlich alles Abends noch so schön lange aufhat ist das glaub ich schon mal so ein Anziehungspunkt, ich meine wenn die Bürgersteige oben sind, dann überlegt man sich schon, muss ich jetzt noch in die Stadt gehen oder nicht.“*

⁴⁰ Marginalisierte Gruppen

Die Attraktivität mancher Altstädte ist so hoch, dass immer wieder von Junggesellenabschieden berichtet wird, die gerne in diesen Örtlichkeiten stattfinden (T, §§ 99 ff.).

Es wird von Ansammlungen von Clubs und Diskotheken und anderen Kneipen berichtet (D, § 4) oder vom Anziehungs- und Treffpunkt von Allen aus dem Umland (A, § 47 bsph.).

Auffällig ist aber auch, dass dies natürlich ein gewisser Ansatzpunkt ist, Ruhe in einen Stadtbereich zu bekommen; nämlich durch Maßnahmen, die sehr unattraktiv sind und somit auch entsprechend den Ort unattraktiv machen. Dabei wird von konsequentem Einschreiten nach Eintritt bestimmter Zeiten gesprochen (vgl. F, §§ 84-86).

Mit 36 Codings wird deutlich, dass bei der Befragung der 20 Personen das Thema Attraktivität und Magnetwirkung zur Entstehung einer doch auch alkoholbedingten Problemlage von großer bis herausragender Bedeutung ist.

Problem/Hausgemacht

Mit diesem letztendlich zwölfmal vergebenen Code „hausgemacht“ wird klar, dass auch ein Blick auf die vielleicht nicht ganz unverschuldeten Gründe für eine alkoholbedingte Problemlage geworfen werden kann. Dies zeigt eine gewisse selbstkritische Betrachtung der Befragten ob des Problems und ist bei aller Anonymisierung der Interviews sicherlich schwächer ausgeprägt als es vielleicht dem Problem zuzuschreiben ist. Gerade wenn es zu vermuten ist, dass ein Problem hausgemacht ist, ist die Offenheit kommunaler Verantwortungsträger für beratende Gespräche, z.B. aus einem professionellen und funktionierenden Netzwerk heraus, von großer Bedeutung.

M, §§ 30-32: *„die Bürgermeister sind ein Teil von unserem Netzwerk, aber wir sind auch da, dass die Bürgermeister mit uns zu diesem Thema in Diskussion gehen, was mir z.B. hilft, der Bürgermeister von einer kleinen Ortschaft ruft an und sagt, ich habe ein Problem an meiner Bushaltestelle [...] und dann frage ich den Bürgermeister, was hast du denn für deine Jugendlichen, was hast du für Angebote, was gibt es für Alternativen [...] wir schweigen es nicht tot, sondern wir sprechen es an, aber so ein 100%iges Rezept, dass man es sagen kann, machen sie es alle wie..., dann haben wir kein Problem, das haben wir auch nicht, sondern das ist dieses Netzwerk und die Kraft miteinander zu diskutieren und der Bürgermeister weiß, dass wir das können und holt uns auch.“*

Nachdem hier M. bereits seine Lösung präsentierte, wird vom hausgemachten Problem allerdings von A auch ganz offen gesprochen:

A, § 7: *„das spiegelt aber nicht das normale Bild, das sie an einem normalen Bild in der Altstadt haben, wieder. Das ist absolut aus meiner Sicht friedlich, nicht immer leise. Aber wenn nun mal hunderte oder tausende von Menschen in der ...-Straße dem (ähm) der schlechten Luft in der Kneipe entfliehen und sich auf die Straße stellen und miteinander reden, nur reden, dann ist das ein enormer Lärmpegel in den oberen Wohnungen und entsprechend (ähm) ist das natürlich auch (ähm) von den Bewohnern ... wird das, sag ich jetzt mal, am Anfang sicher geschätzt. Deshalb zieht man dahin. Später, wenn man vielleicht aus dem Alter herausgewachsen ist, da empfindet man's dann zunehmend als lästig.“*

Was gerade eben zur Event-Szene passend ist, kann auch für marginalisierte Gruppen durchaus zutreffen.

C, § 3: *„[...] hat in seiner Stadtentwicklung die geschlossenen Orte verloren, wo die Menschen sich akzeptiert aufhalten können. Also wenn man in der Vergangenheit schaut, in den 80er Jahre glaube ich nicht, dass das Alkoholproblem bei dieser Zielgruppe geringer war. Sie waren aber noch akzeptiert in Örtlichkeiten, in Wirtschaften, wo auch der Preis für Alkohol günstiger war und diese haben sich, ich sage mal, modernisiert, haben eine neue Zielgruppe erschlossen und sie sind jetzt nicht mehr akzeptiert an diesen Örtlichkeiten und ich glaube die Preisspanne, das können Sie glaub ich besser beurteilen als ich, zwischen dem Kauf des Bieres auf der Straße oder in den Supermärkten zu den Kaufpreisen in der Wirtschaft ist deutlich größer geworden. Und dies hat die Leute, mangels Kaufkraft und mangels Akzeptanz an Örtlichkeiten auf die Straße getrieben.“*

Mit „Hausgemacht“ wurde auch der Bereich codiert, wo Konzessionen auf engstem Raum in großer Menge erteilt worden sind. Beispiele gibt es dafür Einige, unter anderem D, § 4. Was herausragende Lagen betrifft, wird im folgenden Zitat beschrieben:

E, §§ 33-35: *„[...] aber dann kommt es vorne das Lokal [...], die Eventgastronomie machen und da gibt es sicher Ärger. Diese Flaniermeile, die neue, die hat natürlich schon eine eigene Problematik. Ich finde es ein wunderschöner Platz. Ich finde es sehr lebendig. Ich finde das Problem, natürlich bin ich nicht betroffen, weil ich da nicht wohne, ja, aber ganz persönlich denke ich, die wenigsten, die dorthin gezogen sind, wer sich an so eine exponierte Lage eine Wohnung kauft, der muss damit rechnen, dass er da nicht ganz jetzt völlig ungestört lebt, ja. Ich will damit nicht das Problem [...] herunterreden, aber es war mit Ansage das Ganze. Das muss man einfach sagen.“*

In die gleiche Kerbe schlägt folgendes Zitat, nun eine andere Stadt betreffend:

G, §§ 109-111: „[...] Wir haben gesagt, es muss eine lebendige Altstadt sein. Wir haben sehr sehr viele, wo in der Altstadt wohnen. [...] jetzt haben wir die alle reingebracht. Wir haben im Vergleich zu anderen Städten was hochattraktives, ja. Das ist eine quirlige, lebendige Stadt. Und wir haben gesagt, wohnen wird geschützt und jetzt machen wir alles und wir merken, mit den gesellschaftlichen Problemen, die wir jetzt haben, reicht die Instrumentarien, das Polizeigesetz, das Straßenrecht und das Gaststättenrecht nicht aus, ja, um dem Problem Herr zu werden.“

Dass ein Problem hausgemacht sein kann, muss nicht unbedingt regional begründet sein, es kann auch an Gesetzesentwicklungen liegen:

N, § 16: „[...] ein wichtiger Punkt, der meines Erachtens oft übersehen wird, dieser Entwicklung ist auch, dass die [...] Sperrstunde Gaststätten fast vollständig bis auf eine Putzstunde von 05.00 – 06.00 Uhr aufgehoben hat. Von daher ist der Gaststättenbesuch einfach in die Nacht weiter hinein gewandert. Die meisten Gaststätte, viele Gaststätten haben bis 03.00 -04.00 Uhr morgens offen und es kann gar nicht ausbleiben, dass dadurch in einer historischen Altstadt erhebliche Belästigungen verursacht werden.“

Problem/Problemwahrnehmung

Unter „Problemwahrnehmung“ finden sich die Subcodes „persönliche Erfahrung“, „politische Diskussion“ und „öffentliche Diskussion“.

Mit insgesamt 76 Codings sind diese Codes zur Subjektivität nicht nur des Interviewten und Forschers sondern eben auch in den Zusammenhängen, über die der Interviewte berichtet, deutlich vertreten. Dies kann insgesamt ein deutlicher Hinweis darauf sein, die Eindrücke, welche vor Ort durch die Problemlage hinterlassen werden, richtig einzuordnen und der Versuch sollte unternommen werden, größtmögliche Objektivität in der Beschreibung zu erreichen. Wie schwierig dies ist, zeigen die folgenden Codings.

Problem/Problemwahrnehmung/Persönliche Erfahrung

Es wird im Bereich „persönliche Erfahrung“ durchaus der Vergleich zwischen eigener Jugend und aktueller Diskussion gezogen. Früher schien offensichtlich nicht alles besser, zumindest aber anders gewesen zu sein. Unter anderem wird in diesem Zusammenhang der Hinweis auf ein geändertes Trinkverhalten gegeben (U, § 147). Es wird auch viel von der eigenen Wahrnehmung berichtet und auf ein Bedrohungsgefühl bei anderen abgehoben (O, §§ 33-37 oder S, § 8). „Ja, es kommt wohl auf den Betrachter an.“ (A, § 5).

Nochmal deutlicher wird das Ganze durch folgendes Zitat:

E, §§ 234-242: *„ich bin auf dem Land groß geworden, ich habe vor kurzem einen interessanten Vortrag gehört. In den 70er Jahren, ja, war das Trinken, vielleicht nicht der Wodka, aber das Bier- und Weintrinken von Jugendlichen viel extremer wie es heute ist. Ich kann Ihnen sagen, ich bin auf dem Dorf groß geworden und was dort gesoffen wurde, das würde auf dem Dorf heute nicht getrunken, ganz sicher nicht. Ich will damit nicht um Gottes Willen ich ärgere mich manchmal heute noch, wie wir als 13jährige im Verein, in Vereinen gelernt haben zu trinken, abgefüllt, [...] ich finde es heute fast, nein ich finde nicht, dass es früher besser war. [...] Was haben wir in der Schule für eine Gewalt gehabt? Wir haben, einmal in der Woche gab es auf dem Schulhof, auf dem geteerten Schulhof, die brutalsten Kämpfe. Da hat die Nase geblutet, wo sich die, das würde ja heute, das würde eine große Schlagzeile im [...] bringen, das sag ich Ihnen. Wir haben heute eine ganz andere mediale Aufmerksamkeit, jede kleine Abweichung wird schon heute schon pressemäßig aufgegriffen. Ich finde nicht, dass wir, dass es früher besser war, nein ich finde eigentlich, ich finde unsere Jugend heute insgesamt als angepasst, das ist meine persönliche Meinung.“*

Problem/Problemwahrnehmung/Politische Diskussion

Dieser Code gehört ebenso zur Problemwahrnehmung, also einem subjektiven Bereich und ist wie alle zur Problemwahrnehmung während der Analyse erst neu entstanden. Er beschreibt diesen Umstand in der politischen Diskussion einschließlich des Widersprüchlichen darin. Auch hier fielen die Codings und somit Hinweise mit 25 an der Zahl spürbar aus. Sicherlich werden in den Interviews persönliche Meinungen und somit subjektive Eindrücke wiedergegeben. Beschrieben wird allerdings dann genau das, was von vielen Beteiligten durchaus in einer politischen Diskussion Thema sein kann.

U, § 179: *„Das hat ja, das ist ja eine politische Frage, was für Kosten, was für einen Nutzen wir haben, wer beschwert sich laut genug. In einer Stadt wie ... ist das sehr massiv. Da ist das gerade in der touristisch beliebten Innenstadt, wo halt quasi unglücklicherweise auch Menschen leben und wenn dann die, die Horden an Junggesellenabschieden dann vorbeiziehen, ist natürlich entsprechend politischer Druck, dass sich da was tun muss.“*

Ein anderes Beispiel für die Bedeutung der Örtlichkeit der Problemlage in der politischen Diskussion:

J, § 89ff.: *„Also wenn's halt in der Altstadt passiert, werden die dadurch auffällig. [...] wenn's irgendwo anders passiert bei denen oben, also es gibt ja so Problemstadtteile..., wenn die sich da oben rumprügeln, dann interessiert das wahrscheinlich keiner. Ja, dann ist das möglicherweise normal. [...] da gibt's halt keine Anzeige.“*
[...] *„da fehlt die Außenwirkung, ja.“*

Mancherorts wird die politische Diskussion regelrecht herbeigesehnt.

O, §§ 190-192: „[...] die halbe Stelle [...] ist viel zu wenig. Das wäre mir so wichtig. Ich find's gut. Das muss ich jetzt sagen, das ist mir wichtig, dass jetzt in der Kommune der Blick auf dieses Thema Alkohol gerichtet wird. Für mich viel zu lange war das Thema Drogen im Vordergrund [...] und ich denke, ich sag nochmal, Alkohol ist das vorwiegende Problem durch alle Bevölkerungsschichten.“

Die Interviews mit den Praktikern vor Ort erbrachte auch sicherlich die eine oder andere Kritik auf die später noch näher eingegangen wird. Allerdings in der politischen Diskussion gibt es da doch bereits jetzt etwas zu zitieren:

S, § 16: „und das sehe ich hier auch, dass nicht auf Evidenz diskutiert, sondern es wird polemisch diskutiert aus politischen oder was auch immer aus Standpunkten heraus, anstatt es sich mal anzugucken, was ist das Problem, was ist eine vernünftige Lösung und wie kommen wir dahin und was kostet uns das, was wollen wir investieren. Das bemängle ich leider Gottes. Es wird zu wenig sachlich diskutiert.“

Oder

S, § 18: „ich [...] habe ein bestimmtes Menschenverständnis, d.h., dass es die und die anderen gibt und mich, sondern wir sind alle Menschen, wir sind alle gleich vor Gott, wir sind alle Gottesgeschöpfe. Wenn ich jetzt von der christlichen Perspektive darauf gehe, wenn ich es jetzt menschenorientiert betrachte ist die Menschenwürde unantastbar, insofern erwarte ich da einfach einen dementsprechenden Umgang mit den Bürgern. Es sind Bürger dieser Stadt. D.h., es geht um Kommunikation. Es geht darum auch, Menschen in diese Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen, sie zu fragen, einfach zu fragen, was wollt ihr, was braucht ihr, was ist notwendig? Und das vermisse ich, es wird über Leute diskutiert, aber nicht mit Leuten diskutiert. Das ist aus meiner Sicht ein sehr herrschaftliches Denken noch das da herrscht. [...] Bisher läuft es sehr über die Politik. Sobald es irgendwann visuell irgendwie störend wahrgenommen wird von irgendjemand, aber die Frage ist ja oft, wie die soziale Arbeit oder bestimmte Systeme und auch ob wir Fühler im Gemeinwesen haben und dann sich früher schon zusammen hocken und rückkoppeln. Es gibt diese Monoproblematik. Das sind multiple Problemlagen, die da herrschen und die sich im Sozialraum akkumulieren, wenn man das akademisch ausdrücken will.“

Es scheint für eine Lösung eines Problems oder das Angehen eines Problems schon von Bedeutung zu sein, wer es irgendwie wahrnimmt und ist das Problem direkt vor dem Rathaus, dann wird was gemacht (L, § 69 oder L, § 100).

Problem/Problemwahrnehmung/Öffentliche Diskussion

Dieser Code wurde 38-mal vergeben, was ein deutlicher Wert ist. Problematisch ist tatsächlich, dass der Code „öffentliche Diskussion“ nicht immer von „politischer Diskussion“ zu trennen ist. Insoweit sind die Codes bzw. die Subcodes, die unter „Problemwahrnehmung“ fallen, letztendlich in ihrer Gesamtheit zu betrachten.

Die öffentliche Diskussion zeigt in ihrer Gänze die Subjektivität der Wahrnehmung. Diese Spanne beginnt beim Unsicherheitsgefühl in räumlicher Nähe zu sozial Randständigen mit auffälligem Verhalten, was auch immer als auffällig definiert wird, bis hin zu massiven Forderungen von Altstadtbürgern gegenüber der Kommunalpolitik durch vorhandene Event-Szenen. Dass das nicht immer zu einem glücklichen Ausgang führen muss zeigt z.B. folgendes:

J, §§ 244-258: *„genau, ja. Und wenn, dann wird schärfstens beobachtet und kritisiert [...] dann sind sofort Maßnahmen da [die Stadt X, Anm. Verf.] z.B., die hatten eine offene Szene und das ist ja dann mit massivsten Mitteln angegangen worden.“*

I, § 259: *„O.k. jetzt ist die Szene halt nicht mehr offen.“*

J, § 260: *„Jetzt ist sie verdeckt.“*

Interessant ist allerdings auch immer wieder ein Hinweis auf die gesamtgesellschaftliche oder eben auch auf die elterliche Verantwortung:

Q, § 12: *„ein verantwortungsvoller Umgang mit Alkohol, die Vorbildfunktion von Erwachsenen ist dabei wichtig.“*

Immer wieder taucht allerdings auch der Wunsch auf, Zeichen zu setzen, es wird zwar darauf hingewiesen, dass Alkohol nicht in der Öffentlichkeit verteufelt werden sollte und es ein Stück unserer Kultur ist. Der Wunsch aber, auf die Problematik Alkohol hinzuweisen, der besteht:

L, § 52: *„[...] das Thema Alkohol in Festkultur ist in...aber ein schwieriges... wenn mal die politische Ebene beschäftigt sich nicht gerne damit, ja, es gibt ab und an, da gab es mal Verstöße auch im Sinne von, muss man denn bei städtischen Veranstaltungen, muss man da auch Alkohol ausschenken, das wurde sofort im Keim erstickt, die Diskussion darüber und ich glaube, dass da [die Stadt] einfach noch nicht so weit ist, möglicherweise auch bedingt durch die [...]Brauerei, die ein großer Sponsor vieler Aktivitäten ist, das ist jetzt eine Vermutung, dass man da halt einfach nicht so in diese Kerbe hauen will, sondern sich eher darauf zurückzieht zu sagen, Alkohol ist Kulturgut, was ja auch stimmt, gehört zum Leben dazu. Wir können es nicht verbieten, wir wol-*

len es nicht verbieten, wir wollen auch über die Festkultur nicht diskutieren, weil wir denken, dass die in Ordnung ist, ihr, aus dem präventiven Bereich müsst viel mehr tun, also ist immer so ein Ball, der da immer hin und her gespielt wird.“

Die öffentliche Diskussion drückt sich dann auch in verschiedenen Aktivitäten bis hin zu Bürgerinitiativen aus. Auch ist die Namensgebung "Bermuda-Dreieck" ein gutes Beispiel dafür, dass es von der regionalen Bedeutung und vor allem subjektiven Bewertung abhängig ist, ob der Raum ein Problemraum ist oder eben nicht. In Freiburg wurde der Name umgangssprachlich vergeben und steht für das "Verlorengehen von Personen". In der Stadt Bochum ist der Name etabliert und ein feststehender Begriff, der sich auch in der öffentlichen Namensgebung wie z.B. der Haltestellenbezeichnung oder im Parkhausnamen wiederfindet.

Problem/Permanent

Problem/besondere Zeitpunkte

Problem/zeitweise

Mit diesen Codes wurde codiert, was sich in irgendeiner Art und Weise einer zeitlichen Komponente zurechnen ließ. Dies darf nur hinsichtlich der qualitativen Inhalte interpretiert werden, da es quantitativ ohne eine gesonderte Fragestellung danach eben ohne Bedeutung ist. Insofern sind die 39 Codings verteilt auf die genannten Codes in der Menge ohne herausragende Bedeutung. Sie zeigen gleichwohl in der Gesamtbetrachtung, dass die Problemlagen zwar einen Schwerpunkt in den Sommermonaten haben und hierbei wiederum zum Wochenende hin vermehrt als solche wahrgenommen werden. Diese Codings bilden allerdings auch ab, dass es daneben einzelne Veranstaltungen sind, die den Bürgern sowie den Ordnungsämtern und Polizeidienststellen vor Ort Sorge bereiten. Darunter fallen Vorkommnisse an warmen Tagen in Altstädten oder auch einzelne Schulabschlussfeiern (Q, § 5). Es sind aber auch Fasnacht, Walpurgisnacht, 1. Mai, Vatertag bis hin zu örtlich geballter Gastronomie.

Problem/Zielgruppe

Zur Zielgruppe gehören die Subcodes „Wohnort“ und „Alter“. Diese Subcodes wurden wiederum unterschieden nach Residents, also örtlich Ansässigen oder Non-Residents und im Bereich des Alters wurde unterschieden nach Kindern, Jugendlichen, Heranwachsenden, Jungerwachsenen und Erwachsenen. Bei den altersgemäßen Eingruppierungen wurden die gesetzlichen Grenzen verwendet, sofern diese bekannt waren. Ein Kind ist somit noch nicht 14, ein Jugendlicher noch nicht 18 und ein Heranwachsender noch nicht 21. Jungerwachsene wurden frei bis 28 Jahre definiert, „Erwachsene“ wurde codiert, wenn definitiv das 21. Lebensjahr vollendet

war. Da sämtliche Angaben der Interviewpartner letztendlich abhängig von deren Einschätzungen sind, kam es zu einigen Mehrfachcodierungen, die somit in der Systematik lagen.

Selten, nämlich nur fünfmal, wurden Kinder als Code vergeben. Dies fand nur dann statt, wenn genau diese Altersgruppe Zielgruppe einer Maßnahme war. Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass auch hier nur die Gesamtheit zu werten und zu interpretieren und nicht die ganze Zahl von Bedeutung ist. Es zeigt sich, dass sehr viele Maßnahmen sich konkret gegen Jugendliche richten. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass der Begriff Jugendliche als Synonym für alle junge Menschen zu werten ist. Wenn aber insbesondere bei Präventionsmaßnahmen sich diese gegen bzw. für Jugendliche richten, so kann festgehalten werden, dass letztendlich auch in dieser qualitativen Analyse dargestellt werden kann, dass es eben keine Jugendlichen, also Personen unter 18 Jahren, sind, die im Schwerpunkt oder hauptsächlich die Probleme vor Ort verursachen. Bei der sogenannten Event-Szene finden sich überwiegend Heranwachsende oder eben Jungerwachsene. Bei den marginalisierten Gruppen finden sich vornehmlich deutlich Erwachsene. Insoweit ist prüfenswert, ob sich Präventionsmaßnahmen überhaupt an die richtige Zielgruppe richten bzw. ob die Präventionsmaßnahme selbst geeignet ist, ihre Präventionswirkung dann zu entfalten, wenn die Zielgruppe im zutreffenden Alter ist.

Das andere Unterscheidungsmerkmal bezüglich der Zielgruppe, nämlich der Wohnort der Problem machenden Menschen zeigt ebenfalls: Es ist schwierig, mit Präventionsmaßnahmen die richtige Zielgruppe zu konfrontieren. 26 der 36 Codings für den Code „Non-Residents“ zeigt deutlich auf, dass insbesondere in der Event-Szene der junge Mensch nicht unbedingt aus dem Ort kommt, wo die Probleme in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Das könnte auch den ganz einfachen Wunsch nach Ortsveränderung, nach dem Entfliehen aus vertrauter Umgebung beinhalten (Q, §§ 10-13). Ein klassisches Oberzentrum mit all seinen Vorzügen und Notwendigkeiten wird in folgendem Zitat beschrieben:

C, § 3: *„ich glaube, man muss auch die Lage berücksichtigen, dass [...] als Oberzentrum der Region Einzugsbereich und Einpendelbereich ist für den Umkreis von sicherlich 25, 30, wenn nicht noch mehr Kilometer am Wochenende und unter der Woche 40 % der Schüler nicht aus [...] kommen, sondern einpendeln, also von daher [...] ist dominiert durch Einpendelnde, Arbeit und Schule.“*

Ein anderes Zitat erklärt, warum da so viele Auswärtige in die Problemlage strömen:

D, § 4: *„[...] ist eine Ansammlung von Clubs und Diskotheken einfach ein beliebtes Anlaufziel von Leuten, die gedenken einen lustigen Abend in [...] zu verbringen mit sehr viel Alkohol. Und wir wissen inzwischen auch, dass ein guter Teil, also schätzungsweise mindestens 1/3 des Publikums in diesem Partyviertel kommt von*

außerhalb, zum Teil auch von weit außerhalb, sehr häufig auch Junggesellenabschiede, die es natürlich in anderen Städten natürlich auch gibt, also überall wo es eine attraktive Innenstadtlage ist mit Flair, mit diesem Altstadtflair. Das sind einfach attraktive Ziele.“

Dies hat natürlich Bedeutung für die Präventionsarbeit mit dieser Zielgruppe.

D, § 20: *„ein Großteil unserer Problemjugendlichen oder jungen Menschen kommen ja gar nicht aus [j...], d.h. wir können noch so tolle schulische Präventionsarbeit machen oder in den Kindergärten hier Resilienz stärken. Die vielen Menschen, die von anders her kommen, die erreichen wir gar nicht. Und ich denke, dass nicht zuletzt auch das Schulsystem einen guten Beitrag dazu leistet, also aus meiner Sicht müsste man eigentlich in der Bildungs- und Sozialpolitik ansetzen, wenn man wirklich effektiv präventiv wirksam werden wollte. Das was wir hier machen ist ja auch vom wissenschaftlichen Blick auf Prävention, das ist ja eher im Bereich der sekundären, wenn nicht gerade (unverständlich) Prävention angesiedelt, also wir sind natürlich im Prinzip eine Art Schadensbegrenzungsapparatur, was wir hier machen.“*

Drastisch wird es in folgendem Zitat dargestellt:

G, § 85: *„[...] wollten wir so was aufbauen, um das zu machen, ist aber dann wirklich wieder aufgegeben worden, weil sie gesagt haben, das bringt, das bringt wirklich nichts. Wir können da nicht auf die Leute einwirken, die hier jetzt nur ihren Fun haben wollen. Nächste Woche sind sie dann nett und sind wieder andere. Das ist kein tragfähiger Weg, das ist Geld sehr viel Geld, wo man da praktisch dann da investieren würden, wo nichts bringt.“*

Prävention

Einen großen Bereich mit insgesamt 22 Codes stellt der Bereich der Prävention dar. Die 22 Codes verteilen sich auf insgesamt 360 Codings. In der Folge wurde wie bisher üblich die Codierung anhand der abgestimmten Codes vorgenommen bzw. neue Codes wurden vergeben.

Prävention/Jugendschutzteam

Der Begriff Jugendschutzteam zeigt sich auch in der Analyse der 20 Interviews als durchaus verwendeter aber sicherlich nicht definitorisch feststehender Begriff, insbesondere was die personelle Zusammensetzung eines solchen Jugendschutzteams betrifft. Es zeigt sich, dass in einem Jugendschutzteam verschiedenste Professionen beteiligt sein können, darunter Sozialarbeit einschließlich Streetwork, Polizei, Ordnungsamt bis hin zu Ehrenamtlichen. Dies ist nicht unproblematisch. So kommt ein klassischer Streetworker durchaus in einen Inte-

ressenkonflikt, wenn er mit einem Polizeibeamten zusammen unterwegs ist oder nicht akzeptierend sondern vielleicht reglementierend in einem Jugendschutzteam auftritt. Dieses Problem ist auch verschiedentlich erkannt.

G, § 150: *„Nein, die klassischen Streetworker gehen da auch nicht mit, definitiv nicht, keiner.“*

Es wird auch kritisch gesehen, wenn das Jugendschutzteam unterwegs ist.

L, § 42: *„[...] also deswegen sage ich auch, jetzt zu glauben, dass diese Jugendschutzaktionen eine bahnbrechende Wirkung auf Aggressionsverhalten oder so habe, also das bezweifle ich.“*

Es gibt sogar Teams die nennen sich dann „Bus- und Bahnbegleiter“, welche auch mit einem gewissen Jugendschutzauftrag unterwegs sind.

Prävention/Nachtwanderer

In ähnlich unterschiedlicher Zusammensetzung firmieren Angebote mit der Überschrift „Nachtwanderer“. Dahinter verbergen sich Personen, die eine Schulung erhalten haben und die einen schmalen Grat zwischen bürgerschaftlichem Engagement und sozialarbeiterischer Tätigkeit begehen.

T, § 233: *„[...] und das haben wir ganz klar formuliert und haben gesagt, es geht nicht drum, es geht nicht drum, da Ersatzsheriff zu sein, die Leute zu reglementieren. Das ist nicht die Aufgabe. Sondern auch da Beziehungsarbeiten erst mal zu akzeptieren, dass da vielleicht auch eine Flasche oder Scherben rumliegt und auch zu sehen, ob die da jetzt gemacht, eher mal zu überlegen mit dem „Hey, das Zeug liegt rum, kannst Du nicht weg-machen?“ oder so ja, also, also eher so ein bisschen in Goodwill oder nicht.“*

Die Themen Jugendschutzteam und Nachtwanderer sind gleichwohl hochkomplex, auch wenn sie in vorliegender qualitativer Betrachtung eher mit 14 Codings unbedeutend scheinen. Ihnen gemein ist allerdings die Notwendigkeit einer professionellen Ausbildung, ein möglicher Interessenkonflikt als Streetworker der reglementiert oder als Polizeibeamter mit Strafverfolgungspflicht, der akzeptierend arbeiten könnte bzw. die Summe aller unterschiedlichen Professionen einer exakten und detaillierten Abstimmung bedarf.

Prävention/Langfristigkeit

Mit diesem Code wird all das beschrieben, was einer längeren Anlage bedarf, um zu funktionieren. Dieser Code wurde 15-mal vergeben und ist trotz der geringen Vergabezahl ein offensichtlich bedeutender Code, insbeson-

dere wenn man ihn mit dem später betrachteten Code „Netzwerk“ in Verbindung bringt. In folgendem Zitat wird die Problematik pointiert zutreffend beschrieben:

M, §§ 26-64: *„[...] die ersten drei Jahre bis immer mehr Leute gemerkt haben, was wir eigentlich tun oder was wir machen und im Endeffekt ist es so, werden sie von anderen Leuten auch schon gehört haben, ich weiß wo ich extrem stolz bin, dass z.B. ein Bundesligist... auf uns zu kommt und sagt, ihr macht sensationelle Sachen, ich will mit euch arbeiten, also ich geh nicht mehr raus und klinge sondern die Leute rufen jetzt auf einmal bei uns an, aber ich sage das allen, auch wenn ich in einem anderen Landkreis [...] referiere oder irgendwo Sachen sage, das läuft nicht die ersten zwei, drei Jahre. Das ist harte Arbeit, die meisten Projekte hören dann auf und das ist auch bei PAJ so. Es ist jetzt, dass jetzt nach zweieinhalb Jahren, wir machen also einen Baustein des PAJ-Projektes, das ist ein Schultag, [...] und jetzt kommen die Schulen wie verrückt. [...] jetzt haben die kapiert, was da passiert, jetzt haben sie uns über die Presse voll, haben wahrscheinlich auf irgendwelchen Konferenzen untereinander sich ausgetauscht, auch die Schulleiter, was so ein Tag wie viel Werte hat und jetzt geht nachher das Projekt zu Ende, also muss ich in den Schulen mehr oder weniger absagen. Ich habe das Glück, es weiter zu finanzieren, über meine Sponsoren, ja, ich kann es weitermachen, wenn ich in der Stadt „X“ sitzen würde oder in der Stadt „Y“ drüben müsste ich absagen, der motivierten Schule sagen, das war es wieder und das ist das traurige. Von dem her ist eine Langfristigkeit absolut wichtig.“*

Im Bereich Sozialarbeit insbesondere Streetwork, einer Beziehungsarbeit, ist die Langfristigkeit der Maßnahme ebenso von großer Bedeutung.

U, § 219: *„und ich glaube dass das auch im Bereich des Streetwork mit Jugendlichen so diese Beziehungskontinuität ganz wichtig ist.“*

Einen anderen Blick auf langfristige Beziehungsarbeit gibt folgendes Zitat wieder:

T, §§ 173-175: *„aber das Spannende ist aber, das hatte ich selber auch erlebt, dass man, dass die kommen und sagen, ah, ihr wieder und ja, und dann dass man ins Gespräch kommt. Und dann kann man auch was aufbauen [...] das ist Beziehungsarbeit, das funktioniert.“*

Ein anderer wiederum bestätigt die große Bedeutung.

E, §185: *„[...] also das muss auch nachhaltig, wenn sie es nur einmal machen, hat es keinen Sinn. Wir sind jetzt seit [vielen, Anm. Verf.] Jahren unterwegs, ja und im Laufe der Jahre steigern sie ihren Bekanntheitsgrad und unser Netzwerk hat mittlerweile natürlich Schulen erreicht, Firmen erreicht. Wir kriegen von Firmen*

Anfragen, wir haben ein Firmenjubiläum, wir möchten gerne [ein spezielles Präventionsangebot, Anm. Verf.] haben. Universitäten, Fachhochschulen machen bei großen Veranstaltungen, fragen sie bei uns an, also nicht nur eine Firma, wir haben vier, fünf, sechs, sieben Firmen [...].“

Der methodisch typische vorletzte Satz eines narrativen Interviews von Seiten des Interviewers ist der nach einem besonderen Wunsch des Interviewten bzw. der Wunschmaßnahme (falls der Interviewte zaubern könnte):

E, § 220: *„[...] mein Wunsch wäre einfach, dass man die kontinuierliche Form der Netzwerkarbeit weiter betreibt. Ich bin jetzt keiner der eine Zauberfee wünscht und man alles weg hätte, das ist unrealistisch, ich bleibe auf dem Boden, ich sage, es gehört zu meiner Lebenserfahrung und zur Wahrnehmung meiner Wirklichkeit.“*

Ein weiteres Beispiel des engen Zusammenhangs zwischen Kontinuität und Netzwerk wird nun aufgezeigt.

F, §§ 121-129: *„[...] eine Kontinuität der Beteiligten, also das heißt [...] das sind ein klein wenig die Institutionen, aber nicht nur das, sondern es sind auch die gleichen Institutionen vertreten. Dies ist eine dermaßen eingespielte Sache [...] die auch alle, egal, ob das der Veranstalter ist, was unser [...] ist, egal, ob das Polizei ist, wie Rettungsorganisationen, alle, Feuerwehr, alle ziehen von Anfang an am gleichen Strang. Es funktioniert eigentlich blind. Jeder weiß genau was er zu tun hat. Man macht das zusammen und wenn da irgendeiner von denen, die da einen Stand betreiben aus der Reihe tanzt, dann wird da aber wirklich konsequent ihm gesagt, wenn das nicht eingestellt wird, machen wir zu und dann gibt es hier keine Geschäfte mehr zu tätigen.“*

Prävention/Sozialpolitisches Korsett

Der Kontinuität recht nahe ist natürlich die Verstetigung verschiedener Maßnahmen, dann auch solcher, die politisch gewollt sind. In diesem Zusammenhang taucht auch der Begriff Teilhabe (B, § 21) auf. Ein prägnantes Beispiel ist folgendes Zitat

M, §§ 87 ff.: *„[...] großes Problem [...]sehr viele Jugendliche[...] wunderbar und dann hat man einfach mit der Stadt überlegt was man machen kann unabhängig von Veranstaltungen, Festen und hat dann z.B. so Grillplätze in einen einfachen neuen Treff eröffnet ganz in der Nähe [...]. Die neue Skateanlage wurde für über [...] € wurde am [...] gebaut [...], also eines der teuersten Grundstücke, wo sich sehr viele Anbieter von Hotels usw. wirklich versuchen sich ein Bein herauszureißen, hat die Stadt jetzt entschieden: Gehört den Jugendlichen [...] und das sind ja Dinge, wo wir mit dabei sind, wo wir mit diskutieren [...].“*

Dem Code wurde auch zugeordnet wenn ein Gesamtkonzept für marginalisierte Gruppen erstellt worden ist (O, §§ 17-19).

Ganz fachlich betrachtet dieses Problem folgendes Zitat:

C, § 11: *„ich glaube, was man auf jeden Fall betrachten müsste und wo wesentliche Aspekte nochmal ist, vielleicht auf in einem zukünftigen Landesförderprogramm, wie geht es mit der Hilfe nach § 67 um, Hilfe mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Da erlebe ich, das ist eine Aufgabe, die ist beim Landkreis im vollstationären Bereich [...] wie entwickelt man diese Hilfen fachlich weiter, damit sie näher an die Menschen kommen, weil da ist die Diskrepanz von dem, wo sich die grundsätzlichen Anspruchsinhaber aufhalten, zu dem wo die Leistungen durchgeführt werden, relativ groß aber auch wie ist die Gewährungspraxis für diese Menschen, wenn sie Leistungen beantragen.“*

Beispielhaft für ein sozialpolitisches Korsett ist die Einrichtung einer Koordinationsstelle „kommunale Alkoholpolitik“ wie in Freiburg geschehen.

Unterstrichen wird das Ganze noch von nachstehendem Zitat:

D, § 20: *„[...] und ich denke dass nicht zuletzt auch das Schulsystem einen guten Beitrag dazu leistet, also aus meiner Sicht müsste man eigentlich in der Bildungs- und Sozialpolitik ansetzen, wenn man wirklich effektiv präventiv wirksam werden wollte.“*

Prävention/Raumangebot

46 Mal wurde dieser Code vergeben. Das ist sicherlich ein Spitzenwert. Damit wird allerdings nur deutlich, dass das Thema alternative Räume, seien sie umbaut oder als Platz gemeint, ein bedeutendes Thema für junge Menschen und eben auch für marginalisierte Gruppen ist. Im Zusammenhang mit dem Begriff der Teilhabe wird der Wunsch nach zentralen Orten geäußert (B, §§ 21-25).

Allerdings ist es nicht unbedingt gesagt, dass dieser Raum dann auch angenommen wird.

B, § 47: *„[...] das man sagt, man kann irgendwo Orte anbieten an denen sie sich aufhalten können. Die Problematik ist nur, dass natürlich, oder Problematik, sondern es gibt die Tatsache, dass manche Menschen sich einfach auch aufhalten wollen. Die wollen die Sonne, das schöne Wetter genießen. Sie wollen zusammen sein. Die wollen zusammen auch mal ein Bier trinken.“*

Es besteht auch die Interpretation, dass insbesondere Schüler im öffentlichen Raum Alkohol konsumieren, weil sie eben nicht in Diskotheken rein dürfen und keine Aufenthaltsalternative haben (K, §§ 69-73).

Das es Möglichkeiten gibt für Jugendliche, eben ohne Kontrolle sich zu treffen und unter sich zu sein und dies an Örtlichkeiten ist, wo ausgewiesenermaßen keine Probleme zu erwarten sind, zeigen Stadtkarten für Jugendliche. Kritisch wird das Raumangebot dann natürlich zu betrachten sein, wenn es einer Art „Abschiebepolitik“ entspricht, wie U in § 5 beschreibt.

Der Wunsch aber insbesondere jungen Menschen einen alternativen Raum zur Verfügung zu stellen bzw. einen Platz zum Aufenthalt anzubieten, kommt aus allen Regionen und stellt ein Verlangen sämtlicher Professionen dar. Dieser Wunsch zieht sich wie ein roter Faden durch nahezu allen Interviews und ist schon allein aus diesem Grunde als Code zu vergeben gewesen. Einer der plausibelsten Gründe für diese Argumentation ist schlichtweg die Möglichkeit, gemeinsam zu kommunizieren. „Der Mensch ist ein soziales Wesen“ (O, § 162).

Aber eben auch marginalisierte Gruppen sollten ein gerade für sie schützendes Angebot haben.

C, § 13: *„wenn ich zaubern könnte? Also das erste was wäre, dass ich eine niederschwellige Kneipe, Tagesstätte wieder zur Verfügung stelle, weil ich nicht die Hoffnung hätte oder habe, die Leute schnell vom Alkohol weg zu bringen, in die Therapie zu motivieren, ambulant, stationär, egal was. Ich glaube, man muss ihnen Tagesstrukturierungsangebote machen, bei eigenen Interessenslagen. Das könnte eine eigene Zeitung sein, die sie herausgeben, wo man sie dann mit einsetzt, das könnte, ich sage mal Aufgaben in der Wahrnehmung in der Stadtreinigung, wo ich aber auch kreative Vorgesetzte habe, die mit alkoholisierten Kollegen umgehen können. Die Frage ist, wie reagiert die Öffentlichkeit darauf? Ich glaube aber zunächst mal, sie brauchen einen verlässlichen Ort, wo sie als Menschen wieder akzeptiert sind und ihre Art der Freundschaft mit dazu beitragen kann, stabilisiert zu werden und wieder andere Vorstellungen von gesellschaftlichem Leben zu entwickeln.“*

Prävention/Stadtplanung

Auch dieser neu dazu gekommene Code wurde nicht häufig angewendet. Seine neuen Codings sind allerdings mit dem Code „einzelne baulichen Veränderungen“ und vor allen Dingen mit dem unter dem Obercode „Resilienz“ zu findenden Code „baulich strukturelle Bedingungen“ zu sehen. Gleichwohl soll hier nun ein Blick unter dem Obercode „Prävention“ geworfen werden. Darunter subsumiert ist auch eine Bauleitplanung zu sehen. Letztendlich beschreibt der Code Maßnahmen, es für Anwohner erträglicher zu machen bzw. gaststättenrechtliche Zulassungen außerhalb bewohnter Zonen zu erteilen oder eben auch langfristige bauliche Maßnahmen oder Planungen, um ein Mit- oder Nebeneinander von Anwohner und Gaststätten vorzunehmen. Dies sind alles

sicherlich sehr komplexe Dinge, die von den Interviewpartnern nur dann narrativ in der Erzählung geliefert wurden, wenn sie bereits direkt oder indirekt mit solchen Gedanken konfrontiert waren. Auch vor diesem Hintergrund ist die relativ geringe Anzahl von Codings zu verstehen.

Es haben sich verschiedene Städte von vornherein dazu entschieden, z.B. Diskotheken in Stadtränder oder Industriegebiete zu verlagern, wohlweislich ohne eine gewisse Häufung dort. Aber allein schon die Verlagerungen in Industriegebiete birgt die Chance, Personen zur nachtschlafender Zeit außerhalb bewohnter Räume zu haben (H, §§ 54-66). Ein bemerkenswertes Zitat hierzu ist folgendes:

F, § 45: *„[...] es gibt dort allerdings keine entsprechende Beschwerdelage wie es z.B. in den typischen Altstätten, sondern da wird halt, ja, ja, getanzt, getrunken, [...] bis in die späte Nacht aber es findet eigentlich nicht so dieses Laufen dann anschließend noch nach oder von Kneipe ziehen in einem Stadtquartier statt.“*⁴¹

Ganz konkret schlägt nachfolgendes Zitat eine Maßnahme vor:

G, §§ 105-109: *„natürlich würden wir hier sehr wohl überlegen müssen in [...], ob man dieses gesellschaftliche Problem, wo wir haben, auch mit anderen Instrumentarien lösen, z.B. im Rahmen der Bauleitplanung. Heute haben wir im Bebauungsplan [...] erlassen, wo das Wohnen schützt. Ja. [...], das haben wir gemacht, um die Gaststätten einzudämmen, ja. Wir haben sehr sehr viele Gaststätten und jeder ist gekommen wegen dieser hohen Attraktivität. Es kann auch durchaus sein gesellschaftlich, dass wir sagen, Mensch, wir brauchen bestimmte Vergnügungsviertel bei uns und sagen ja, aber das ist eine Sache, wo auch dann in der Bauleitplanung besprochen werden muss. Wir nehmen bestimmte Bereiche raus, definieren es als Vergnügungsviertel und sagen, wir schützen das Wohnen gar nicht mehr, machen Entschädigung und ähnliches, das wäre auch ein Konsens. Aber wenn jetzt, sagen wir mal, das Ortsrecht so wie es im Moment besteht, ja, dieses dieses (unverständlich) und dieser Bebauungsplan [...] ist das Wohnen im Vordergrund und wir sind als [...] und ja natürlich Gewerbeberechtigte sonstige Behörde verpflichtet, hier zum Schutz der Bürger was zu machen. Also Sie sehen, es gibt mehrere Ansätze und das wäre jetzt auch ein Ansatz, wenn man ganz klar bei der [...] bleiben soll, halt, wir wollen keinen Ballermann haben, wir wollen zwar Attraktivität, ist wichtig, aber nicht so. Aber nicht so, dass das Wohnen nicht mehr möglich ist.“*

⁴¹ Bezugnehmend auf „Widersprüchliches“ ist hier auf den Umstand hinzuweisen, dass in manchen Städten genau dieses "Kneipen-Hoping" regelrecht beworben wird: "Catch the Bus", "Nightgroove", "Kneipennacht", etc.

Prävention/Netzwerke

Dieser Code wird mit seinem Subcode „Professionalität“ zu betrachten sein. Zusammen haben sie 68 Codings erhalten. Es wurde zwar allein die Nennung verknüpft und es findet auch keine Wertung mit dem Coding statt, ob dies ein gutes oder funktionierendes Netzwerk ist. Allerdings kann bereits hier zusammenfassend nun in der Analyse gesagt werden, dass gute Netzwerke in der Analyse gefunden wurden und es sich zeigte, dass solche funktionierenden Netzwerke dort gewünscht wurden wo sie eben nicht funktionierten bzw. gar nicht gegeben sind.

Bei der Analyse dieser Codings wurde weiter festgestellt, dass genau die Netzwerke funktionieren, die einer gewissen Professionalität unterliegen. Kennzeichen für eine professionelle Ausgestaltung eines Netzwerkes war in aller Regel eine hauptamtliche Beschäftigung des Geschäftsführers eines Netzwerks bzw. das Vorhandensein einer Koordinationsstelle, ob sie nun bei einer Behörde oder außerbehördlich gegeben war.

Ein weiteres Merkmal für ein funktionierendes Netzwerk scheint definitiv in der langfristigen Anlage der Einrichtung zu liegen. Insoweit wird die Wertigkeit des Codes „Netzwerke“ und des Subcodes „Professionalität“ mit dem Subcode „Langfristigkeit“ zu sehen sein.

Es ist müßig jedes einzelne Coding hier aufzuführen, zumal es lediglich die Bestätigung des Vorhandenseins bzw. des Wunsches danach darstellt. In der Folge sollen aber nun Zitate abgebildet werden, die die Bedeutung nochmals herausstellen.

M, § 4: *„[...] und es ist natürlich auch ein Hauptjob dieses Netzwerk am Laufen zu halten und Aktionen eben zu diesem Thema auch zu machen.“*

M, § 72: *„also arrogant gesagt, aus unserer Sicht denk ich, dass wir eine super Ausgangslage haben, unsere Idee war schon immer das nach außen zu geben und eigentlich stolz zu sein und das nach außen weiter zu geben dieses Netzwerk. Es muss einfach gemacht werden und es ist kein Selbstläufer, sondern man muss halt Gas geben miteinander und wenn man das will, dann ist das o.k.“*

H, §§ 150 ff: *„Es ist ganz wichtig, denke ich, dass man einen runden Tisch hat und den kontinuierlich bedient und die verschiedenen Themen alle auf einem Schirm hat, so dass man punktuell, also in Krisensituationen das ganze Szenario abrufen kann.“*

Kritisch sieht es das folgende Zitat und beschreibt gleichzeitig damit ein beachtenswertes Problem:

S, § 22: *„allgemein ist festzuhalten aus meiner Erfahrung von ... Jahren Tätigkeit als Professioneller im Sozialbereich, dass es einfach viele Populärinteressen gibt der einzelnen Träger und der einzelnen Systeme. Ich vermisse eine Gesamtverantwortlichkeit Stück weit der einzelnen Akteure. Es gibt verschiedene Institutionen die Liga der Wohlfahrtspflege, z.B. als Instrument an sich, oder kommunale Suchthilfenetzwerke, die ich auch für ein Fehlkonstrukt halte, weil die Rückkoppelung, diese dritte Ebene fehlt, zumindest im Kreis. Die Rückkoppelung von den Sozialarbeitern fehlt. Da hocken sich Träger zusammen unterhalten sich. Das finde ich sehr schade. Das vermisse ich. Jeder Träger denkt natürlich an ... Die denken, genauso wie das Sozialversicherungssystem, das aufgebaut ist und es gibt da wenig Querverbindungen. Das halt ich für ein Fehlkonstrukt das halt ich für falsch. Jeder hat eine Gesamtverantwortung. Das sollte man auch wahrnehmen.“*

Ebenso kritisch:

C, § 13: *„Fehlt noch was? Ja. Was ich glaube, dass es als Thema seit Jahren oder Jahrzehnten in politischer, in Verwaltungsraum und in der Öffentlichkeit präsent ist. Es gibt keine koordinierte Vernetzungsstruktur. Jeder macht seinen Teil. Es gibt kein Gremium, obwohl wir einen AK „Suchthilfe“ haben auf Landkreisebene, wo die Städte und Gemeinden mit eingebunden sind. [...] und das muss dann inhaltlich gestaltet werden und im Rahmen der verfügbaren Ressourcen mehr Ausgestaltung und nicht die Weitergabe der Verantwortung, wenn man wirklich eine Lösung will. Sogar die Polizei sagen, das Ordnungsamt ist zuständig. Das Ordnungsamt kann wieder sagen, das ist eine Aufgabe der Sozialarbeiter und die Sozialarbeiter können wieder sagen, nein da muss die Kontrolldichte erhöht werden. Und dieses Weiterreichen des schwarzen Peters, ich glaube das hat jedes Institut gut verinnerlicht, die Frage ist, wie kann man das durchbrechen, wenn man wirklich ein gutes Ergebnis will.“*

Interessant ist auch der Begriff einer „Versäulung“ der Angebote (C, § 15). Darunter wird verstanden, dass der Mensch nicht in seiner ganzheitlichen Problematik und seiner materiellen Problemlage gesehen wird sondern Unterstützungsmöglichkeiten von den jeweiligen Zuständigkeiten unterschiedlicher Angebote abhängig sind.

Es wird auch die Schaffung ganzer Stellen auf den Druck zurückgeführt, den ein Gemeinderat im Zusammenhang mit alkoholbedingter Problemlagen gesehen hatte, eine Stelle, die dann insbesondere sich der Netzwerkarbeit zuwenden soll (D, § 4).

Diese Netzwerkarbeit darf dann nicht von vornherein einen eingrenzenden Gedanken haben, wer dazu gehören soll und darf und wer nicht. Das Netzwerk sollte sich an der örtlichen Problemlage orientieren. So kann es durchaus nützlich sein, über die standardisierten Beteiligten eines runden Tisches der Alkoholprävention hin-

aus auch Vertreter der freien Wirtschaft in das Netzwerk mit einzubeziehen. Dies kann bei vorliegender Problematik ganz konkret ein Vertreter des Gaststättengewerbes sein (bsph.) und (D, § 97).

Prävention/Austausch zwischen Problemgruppe und Anwohner

Dieser Subcode zu „Prävention“ wurde ebenfalls sehr häufig von verschiedensten Beteiligten in allen Regionen genannt. Es kam so zu 32 Codings. In diesem Zusammenhang wurden mehrere verschiedene Versuche bis hin zu Mediation zwischen Problemgruppe und Anwohnern angesprochen. Es fanden sich dabei Beispiele, wo dies gut funktionierte und es am und um einen Spielplatz zum gedeihlichen Miteinander kam. Es wurden allerdings auch Dinge vermittelt, die nach wie vor verbesserungswürdig sind bzw. als gescheitert gesehen werden müssen. Das Ganze wird allerdings begleitet von einem Wunsch der Schaffung einer anderen Kultur im Umgang miteinander (B, § 33). Voraussetzung für einen guten Austausch zwischen Problemgruppen und Anwohnern wäre allerdings eine gemeinsame Basis über das sich zu verständigen, wo nun das Problem beginnt und ob unter Umständen mit zweierlei Maß gemessen wird:

K, § 43: *„[...] es gab auch viele Jugendliche, die gesagt haben, auf der einen Seite werden wir weggescheucht, auf der anderen Seite wird ein Riesenweinfest veranstaltet, [...] da erleben wir auch einige Erwachsene, die da sehr stark betrunken [...] und grölen. Ja, also das wäre vielleicht tatsächlich ein Ansatz irgendwo zu gucken, dieses gegenseitig akzeptieren und das gegenseitig dulden irgendwie einen Rahmen zu schaffen.“*

Ein Austausch zwischen Problemgruppe und Anwohnern bedarf allerdings durchaus auch eine transparenten Ordnungsmacht, so dass auch jeder die Grenzen kennt und Überschreitungen nicht nur als Betroffener konsequent spüren sondern als vielleicht Anwohner und Profiteur auch erleben kann (F, §§ 151-155).

F, § 279: *„[...] aber man muss sich gelegentlich auch als Ordnungsbehörde auch mal durchsetzen und versuchen die Menschen mitzunehmen auf dem Weg wo man sagt, ok grundsätzlich haben wir nichts dagegen aber lassen Sie es uns mit Maß und Ziel machen.“*

Oder:

F, § 9: *„Bei Festen, Musikevents geht man pro aktiv auf die Anwohner zu, stellt Regeln für die Feste auf und bietet Anwohnern an, dass bei Nichteinhalten angerufen werden kann und entsprechende Maßnahmen dann eingeleitet werden. Das ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Es gibt die sogenannte letzte Runde: Bei jedem Stand wird vorbeigegangen und angekündigt, dass in 20 min. das Fest zu Ende geht. Die Einhaltung von Musikende, Ausschankende und des Veranstaltungsendes funktioniert.“*

So ein Austausch kann durchaus auch direkt stattfinden, indem z.B. die Anwohner die Telefonnummern der Gaststättenbetreiber erhalten und dann direkt sich dort auch beschweren können. (G, § 3).

Prävention/Sozialarbeit

Der Code „Sozialarbeit“ mit den Subcodes „Anlaufstelle“, „Streetwork“ und „Suchtberatung“ ist von den Begrifflichkeiten her freizügig vergeben und gleichzeitig mit einer Menge Codings versehen worden (66).

Das Thema Sozialarbeit wird im Zusammenhang mit alkoholbedingten Problemlagen wiederholt genannt. Bereits in den Erhebungen 1 und 2 war Sozialarbeit unter Maßnahmen zur Eindämmungen des Problems aufgezählt. Inwieweit eine Sozialarbeit oder das was sich darunter subsumieren lässt eine direkte Einwirkung auf eine alkoholbedingte öffentliche Problemlage bieten kann, ohne dabei mit ordnungspolitischen Maßnahmen agieren zu müssen, bleibt dahin gestellt. Unbestritten sind sicherlich sozialarbeiterisches Vorgehen innerhalb der Problemlage sowie eine primär- oder generalpräventive Überlegung und eine damit einhergehende indirekte positive Wirkung auf genannte Problemlagen.

In vorliegender Studie konnte dieser Bereich schon allein deswegen nicht ausgelassen werden, da er über die dort agierenden Personen einen Blick auf das Phänomen alkoholbedingter Problemlagen, ob sie nun mit Eventszenen oder mit marginalisierten Gruppen zusammenhängen, ermöglicht. Die 66 Codings sind somit gut und leicht zu erklären, da Sozialarbeit in den Untersuchungsräumen etabliert ist. Dabei werden verschiedenste Formate wahrgenommen, von der Anlaufstelle bis hin zu einer akzeptierenden und/oder aufsuchenden Arbeit. Formen der Suchtberatung gehen einher.

Gemeinsam haben die Codings die Notwendigkeit von Sozialarbeit insbesondere im Zusammenhang mit genannten marginalisierten Gruppen. Bei dem Thema Eventszene, die ja überwiegend für alkoholbedingten Problemlagen im öffentlichen Raum mit einer entsprechenden Auswirkung verantwortlich zu sein scheint, wird dieser Form eine präventive Wirkung eher von ordnungspolizeilichen Gedankenträger unterstellt bzw. zugeschrieben. Tatsächlich scheinen die Grenzen zwischen ehrenamtlicher Lebenshilfe zu nachtschlafender Zeit und einem suchtberaterischem Gespräch fließend zu sein. Insoweit wäre es auch notwendig, in solch undifferenzierten Zuständen eine notwendige und angebrachte Professionalität gegenüber zu stellen.

U, § 5: *„[...] wo man dann sich überlegt hat, dass man zu diesem repressivem Part irgendwie was kuratives braucht.“*

Prävention/Einzelne bauliche Veränderungen

Solche Maßnahmen, ob es der Abbau von Bänken ist oder ob es ein neues Angebot eines Unterstandes darstellt, in der Analyse dieser 19 Codings wurde festgestellt, dass diese einzelnen baulichen Veränderungen doch immer wieder auch mit Verdrängungen einhergehen („Verdrängung“ unter dem Obercode „Repression“). Erwähnenswert ist hier, dass „Verdrängung“ dann durchaus auch mal vergeben wurde, wenn eben lediglich auf den guten Willen bei den jungen Menschen und deren Kooperationsbereitschaft gesetzt wird (D, § 144).

Unter einzelne bauliche Veränderungen wurde aber auch codiert, wenn es eine Idee darstellt, wie die Installation von Pissoir an prominenter Stelle, was letztendlich auch eine deutliche Verbesserung erbracht hat (A, § 35).

Letztendlich sind diese Hinweise auf einzelne bauliche Veränderungen nichts anderes als die Unterstützung des bereits mehrfach erwähnten Codes eines Raumangebots. Es scheint sich einander zu bedingen, werden auf der einen Seite Sitzgelegenheiten entfernt, macht es doch durchaus Sinn, den Menschen die dort sind bzw. dort waren Alternativen an anderer Stelle anzubieten.

Prävention/Blaue Briefe

Selten, nur fünf Mal wurde dieser Code vergeben. Darunter wird alles verstanden, was eine Information der Eltern bei einem auffälligen Verhalten eines Kindes bei der Polizei, kommunalen Ordnungsdienst o.ä. zuzurechnen ist. In dem Brief wird Beratung angeboten, gleich ob für den jungen Menschen oder für die Eltern selbst. Blaue Briefe stehen in engem Zusammenhang mit Angeboten wie „Halt“ oder „13“. Blaue Briefe und die Maßnahme die daraus folgt stehen somit auch in engem Zusammenhang mit Suchtberatung. Weiter gibt es inhaltliche Verknüpfungen, teils Übereinstimmungen mit Angeboten bzw. Projekten wie der „gelben Karte“. Beispiel:

L, § 44: *„[...] was wir noch machen das ist allerdings im sehr kleinteiligen Bereich, wenn mal Jugendliche von der Polizei oder vom KOD irgendwo trinkend angetroffen werden und es zeigt sich, sie sind halt einfach noch keine 16, dann werden die Personalien aufgenommen, ans Jugendamt weitergegeben und das Jugendamt verschickt dann einen sogenannten Elternbrief an die Eltern, [...] und es ist aber auch eher so ein Hilfsangebot oder Beratungsangebot, weniger Du du du und dein Kind hat und du hast nicht richtig aufgepasst, sondern eher im Sinne uns ist heute aufgefallen, kommt es dann eigentlich öfter vor, also fragen sie sich mal selbst, kommt das öfter vor und wenn sie Gesprächsbedarf haben, wenden sie sich bitte an, einfach, dass dann nochmal ein bisschen Bewusstsein [...].“*

Prävention/Fair – Fest/Festkultur

Dieser Code wurde vergeben, wenn Maßnahmen ganz deutlich unter diesen Begriff und die Idee des Präventionsprogramms „Fair-Fest/Festkultur“ zu subsumieren waren, zugeschrieben worden sind, oder eine gewisse Nähe in den Inhalten dorthin hatte. Es zeigte sich bei der Codierung, dass die Bedeutung durch die 20 Codings letztendlich nicht vollends zum Ausdruck kommt sondern „Fair-Fest/Festkultur“ in seiner Anlage durchaus eine Menge Inhalte anbieten kann, die nach einem Zuschnitt auf regionale Bedürfnisse und im Abgleich mit anderen oder ähnlichen Programmen Erfolg versprechend sein dürfte. Dabei stellte sich heraus, dass Fair-Fest-Kultur durchaus eine ganz praktische Nähe zu dem Thema Netzwerke und insbesondere zu deren Professionalität hat. Fair-Fest/Festkultur erfährt offensichtlich hohe Akzeptanz und macht dabei in der Netzwerkstruktur auch nicht vor externen Partnern z.B. auch aus der Gastronomie Halt. Auch das Thema Wirte Kodex fällt darunter bzw. kann darunter fallen (D, § 144). Nachfolgend ein Beispiel:

E, §§ 111-113: *„Sechs Gemeinden haben die Festkultur verabschiedet, d. h., dass der Gemeinderat und der Bürgermeister ein Konsens gemacht hat, wo sie den Entwurf von uns als Grundlage genommen haben, aber örtlich jeweils verschiedene ausgehandelt, ja. Wir timen das Thema Festkultur weiterhin vor uns her, also das wird, wir werden das nächste Jahr wieder in die Bürgermeister-Dienstversammlung einbringen und sagen, wie ist denn der Stand? Welche Erfahrungen werden gemacht mit dem Thema, mit der Umsetzung. Sind die Erfahrungen gut, gibt es kritische Stimmen? Also im Grunde genommen ist Festkultur ein Instrument von vielen, eines das den Veranstaltern ein bisschen hilft zu sagen, wir nehmen ein anderes Element heraus, nehmen für unsere Veranstaltung und z.B. es gibt Festveranstalter, die sagen, wir verkaufen grundsätzlich keine Spirituosen mehr. Ich möchte keine Schnapsleichen da rum liegen haben, ja, weil alles das was nach 02.00 Uhr nachts verkauft, wer da noch was will, der hat schon meistens ein hoch angetrunkenen Zustand und alles was wir noch reinkippen führt dazu, dass die nachher herumkotzen, herumliegen [...] oder Ärger machen, Schlägerei machen, alle diese, sag ich mal kritischen Punkte, die ja öffentlich diskutiert werden, passieren oft unter Alkoholeinfluss und unter, wir sagen immer, die Festveranstalter haben oft die Angst, sie haben Umsatzeinbruch, wenn sie den Alkoholverkauf ein bisschen eindämmen. Die Erfahrung ist aber nicht so ja, ja. Und letztendlich, dieser Umsatz, den die Leute nachts nach 01.00 Uhr noch machen, das schade ihnen nachher nur, weil sie schlechte Zeitungsberichte haben, weil sie Ärger haben mit Betrunkenen. Dann muss man die Polizei holen, dann kommt der Krankenwagen, weil es eine Schlägerei gibt.“*

Prävention/Gelbe Karte

Mit diesem Code wurden Maßnahmen codiert, die auf fährerscheinrechtliche Konsequenzen bei Auffälligkeiten zielen. Die Maßnahme ist stellenweise bekannt und wurde elf Mal codiert. Insgesamt wird diese Maßnahme nicht unkritisch gesehen.

M, § 100: *„wir halten uns zurück von den gelben Karten mit Absicht. Wir versuchen mit den Jugendlichen im Kontakt zu sein, mit denen zu reden nicht irgendwie sie zu bestrafen, also es gibt die gelbe Karte hier ja, klar, aber es steht [nicht unser] Logo drauf [...] aber wenn wir ehrlich sind passiert ja nichts und blöd sind sie auch nicht. Das muss man auch dazu sagen, weil, ich glaube“*

I, § 101: *„Wie passiert nichts?“*

M, § 102: *„Es passiert hier nichts, also der Führerschein ist im Landkreis [...] bisher noch nicht verweigert worden aufgrund der gelben Karte und ich bin jetzt nicht so fit rechts gerade im Augenblick für rechtstechnisch, das glaube ich, das ist auch gar nicht so einfach es wirklich dann durchzusetzen und das macht auch die Runde und ich glaube von dem her ist ein Druck, bringt nur eine Verlagerung, aber keine Verbesserung.“*

Es erschließt sich in dem einen Interview auch nicht, warum sich die Maßnahme der gelben Karte ausschließlich gegen Jugendliche bzw. junge Menschen richtet und nicht auch gegen all diejenigen, deren charakterliche Eignung aufgrund eines auffälligen Verhaltens ebenso überprüft werden müsste, wie es z.B. bei Erwachsenen nach einem Hausstreit ist (H, §§ 108 ff.). Gleichwohl wird auch darauf hingewiesen dass nach Einführung der gelben Karten die stationären Aufnahmen von Jugendlichen wegen Alkoholkonsum zurückgegangen seien (H, § 6).

Prävention/Hausverbotszonen

Lediglich zwei Mal wurde dieser Code vergeben, der sich doch nach Erhebung 2 noch als mögliche geeignete Maßnahmen im innerstädtischen Bereich darstellte. Bislang gibt es auch keine nachprüfbaren Erfahrungen über die Wirksamkeit solcher Zonen, zumal sie schwer zu prüfen und wahrscheinlich mit einem hohen Aufwand der Absprache insbesondere bei einer Vielzahl geöffneter Gaststätten sind.

Prävention/Peer to Peer

Relativ selten vergeben wird ein sicherlich sozialwissenschaftlich akzeptierter Ansatz der Begegnung auf Augenhöhe zwischen Berater und Beratendem, zumindest was das gemeinsame oder ein ähnliches Alter betrifft. Dieser Ansatz wird verschiedentlich in den Untersuchungsregionen verfolgt und auch positiv herausgestellt. Problematisch ist zumindest bei einer Zielgruppe die sich im jugendlichen bis heranwachsenden Bereich be-

wegt, hier Personen zu finden, die professionell mit einem entsprechenden beruflichen Hintergrund agieren. Dieses Spannungsfeld zwischen sozialwissenschaftlicher Erkenntnis und professionellem Hintergrund gilt es zu lösen. Es wird zum Teil mit ehrenamtlichen Jungerwachsenen agiert, die ein entsprechendes passendes Studium aktuell durchführen.

A, § 38: *„Peer to Peer-Ansätze. Das nutzen wir. Das ist aber nicht, manche Leut, die Sozialromantiker, die denken, das hilft immer. Schick Peers in die Altstadt und dann funktioniert das. Das kann dazu führen, dass man die beschützen muss. Wenn die das falsche Wort machen oder die falschen, so, das ist nicht immer der goldene Schlüssel. Das muss man ganz genau, wie bei jedem Medikament. Es wirkt selten ein Breitbandantibiotikum. Ich muss ein, wenn ich eine bestimmte Wirkung haben will muss ich gucken was wirkt. Das Breitbandantibiotikum hilft nicht immer.“*

Prävention/Präsenz

Präsenz von Polizei oder Ordnungsdienst, somit letztendlich Präsenz von allen Personen, die als Ordnungsmacht wahrgenommen werden, wurde im Bereich der Prävention verortet. Die bloße Präsenz birgt auch keine aktive Maßnahme in sich, ist aber gleichwohl von dem später zu nennenden Subcode „Kontrolldruck“ unter dem Code „Repression“ kaum zu trennen. Die Übergänge zwischen beiden Bewertungen und somit den Codierungen sind fließend. Zum Ausdruck kommt es z.B. sehr deutlich hier:

A, § 69: *„[...] und an den Zeiten stark präsent sein. Das sind die Zeiten, wo die Kneipen dann langsam dicht machen. Und wenn die Leute heimgehen ein hohes Alkoholpotential bei einigen wenigen zum Tragen kommt, sowie das polizeiliche Lagebild das auch beschreibt. Da werde ich so reagieren, dass man weiß, da rutscht man nicht durch. Wenn ich da Probleme mache, dann bekomme ich Probleme. Und die krieg ich nicht weil ein Sozialarbeiter mir dann ins Ohr flüstert, sondern da muss eine Ordnungsmacht eindeutig handeln und Grenzen aufzeichnen. Da hilft's nix mehr, Pferdeflüsterer zu sein. Da muss man, da muss man Ordnung schaffen und das spricht sich dann auch rum meine ich [...].“*

Ein ganz praktisches Beispiel, wie Präsenz nicht mehr von einem gewissen Kontrolldruck dann auch tatsächlich lebenswirklich zu trennen ist. Dieses Zitat zeigt auch bsph. ganz deutlich, dass es verschiedentlich zum Wunsch kommt, ab einem bestimmten zuvor transparent gemachten Punkt konsequent einzuschreiten. Dies beginnt mit Präsenzmaßnahmen. Unschlüssig ist in der Analyse allerdings ob dies definitiv und ausschließlich nur der Polizeivollzugsdienst sein kann. Diese Präsenz wird insbesondere auch zu Problemzeiten gewünscht. Solche wären natürlich dann örtlich zu ermitteln, es zeigt sich aber in der Untersuchung, dass diese eher nach 02.00 Uhr morgens sind.

Ein Problem polizeilicher Präsenz wird allerdings auch erkannt:

D, § 89: *„das ist dann auch wiederum, ist auch für die Polizei schwierig über Wirksamkeit zu reden, weil natürlich mehr Präsenz bedeutet mehr Anzeigen und mehr Anzeigen heißt die Statistik schnell hoch [...] das kann man politisch so oder so diskutieren. Also für die Politik ist es dann leicht, jeweils die Statistik so zu deuten, dass sie der eigenen Interpretation angepasst wird.“*

Auffällig ist bei der Analyse auch, dass Polizeipräsenz oft nicht als einzige Maßnahme gesehen wird. So wird auch praktiziert bzw. vorgeschlagen, dies an Sperrzeitüberprüfungen zu koppeln, also an Maßnahmen repressiver Art (R, § 35). Erkannt wird auch, dass die Polizeipräsenz auch tagsüber von Bürgern gewünscht und erkannt wird und es einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls entsprechen würde. (R, § 41).

Prävention/Öffentlichkeitsarbeit

Dieser Code wurde lediglich neun Mal vergeben. Insgesamt fiel bei allen Erhebungen auf, dass im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen das Thema Öffentlichkeitsarbeit und dieses wiederum im Zusammenhang mit dem Thema Alkohol eher selten genannt oder beschrieben wurde. Die Bedeutung wird allerdings in den Codings deutlich herausgestellt:

M, § 64: *„[...] kontinuierlich in die Medien gehen, Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Plakataktion, wir haben jedes Jahr ein oder zwei große Plakate komplett voll gehängt im ganzen Landkreis, wir haben Kinospots im Kino. Wir machen ganz viel Presse und Öffentlichkeitsarbeit, alles, wir versuchen zu vermarkten und das ist der Schlüssel gewesen, dass die Leute verstanden haben, gelesen haben um was es geht und so hier auch diese guten Ergebnisse herauskommen.“*

H, § 167: *„[...] und das hat vielleicht auch was damit zu tun, dass unser Netzwerk hier so bekannt ist. Über 70 % der Erwachsenen – auch die Jugendlichen kennen das Netzwerk, ja. Das ist also wirklich groß aufgebaut und dadurch ist das Thema irgendwie wirklich da und es wird darüber geredet und das darüber geredet wird macht auch schon was aus.“*

Auffällig ist bei diesen Codings, dass sie überwiegend dort vergeben wurden wo ein funktionierendes Netzwerk offensichtlich erfolgreich arbeitet.

Repression

Auch bei diesem Obercode wurde ähnlich wie bei dem Obercode „Prävention“ festgestellt, dass es manch Überschneidung gibt und diese sich auch in den Interviews und somit natürlich auch in den Codings abbildet.

Deswegen wurde der Versuch unternommen, sich auf den klassischen Teil der Verfolgung bzw. Unterbindung ordnungswidriger Zustände bzw. von Straftaten zu konzentrieren.

Auch hier waren die Codes gemeinsam erarbeitet und somit vorgegeben worden. Es kamen lediglich zwei neue Codes mit den Namen „Verfügbarkeit“ und „Kontrolldruck“ hinzu. Der Code „Verfügbarkeit“ ist ein Beispiel dafür, dass das Code-System ein lebendiges System ist. Dieser neue Code wurde von den parallel analysierenden Forschern vorgeschlagen und in das Code-System integriert.

Nicht immer waren die Maßnahmen eindeutig den Subcodes zuzuordnen, weshalb es zu elf Codings direkt im Obercode „Repression“ kam. Und gerade hier wird deutlich, dass die vorhin beschriebene Trennung von der Prävention in der Analyse zwar schwierig aber in der praktischen Lebenswirklichkeit vor Ort gewünscht ist, will man Effekte erzielen. Q, § 3 wünscht sich z.B. Kontrollen von Ordnungsdienst und Polizei sowie eine repressive Präsenz in der Problemlage. Weiter wurde festgestellt, dass selbst Interviewte aus dem nicht ordnungspolizeilichen Bereich punktuell ordnungspolizeiliche Maßnahmen für gut hießen. Dabei wird aber deutlich, dass repressive Maßnahmen alleine nicht zum Erfolg führen müssen sondern erst in der Kombination mit einem präventiven Angebot ein Ziel erreicht wird (U, § 5). Um hier immer eine gute Abstimmung aller präventiv wie repressiv Beteiligten zu erreichen, ist das besagte Netzwerk und die langfristige Anlage und somit eine Kontinuität der Beteiligten notwendig (F, §§ 123-127). „F“ erklärt dabei auch, dass es hilfreich ist, letztendlich klare Regeln aufzustellen, die dann auch vom konsequenten Eingreifen der Polizei oder eines kommunalen Ordnungsdienstes begleitet werden.

Repression/Verfügbarkeit

Dieser Code beschreibt die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit, sich Alkohol in erträglicher Nähe zu besorgen. Sachlich betrachtet ist Verfügbarkeit dann aber auch kritisch zu sehen, da eine Einschränkung der Verfügbarkeit unter Umständen dann ganzheitlich, d.h. überregional, erfolgen müsste, um Alternativen ebenfalls auszuschließen. Was die Codings schon auch in ihrer Gesamtzahl von 28 deutlich machen, das ist, dass unabhängig von der Problemgruppe, ob jung (Eventszene) oder älter (marginalisierte Gruppen): Es ist von großer Bedeutung, ob ich Alkohol einfach und in der Nähe, vielleicht auch günstig erhalten kann. Natürlich spielt dann nicht nur die Öffnungszeit des nahegelegenen Supermarkts und dessen Verkaufsangebot eine Rolle sondern auch die Öffnungszeiten von Gaststätten sind für das Angebot von Alkohol selbstverständlich von Bedeutung. Insoweit kumuliert dieses Ergebnis der Teilanalyse zu diesem Code „Verfügbarkeit“ mit dem parallel analysierten Code „Gaststättenrecht“ mit seinen Subcodes „Konzessionsvergabe“, „Sperrzeit“, „Verlängerung“, „Verkaufsbeschränkungen“.

K, § 29: *„[...] wir haben also Öffnungszeiten und Schließzeiten von Bars, das ist schon (unfair), ich glaube schon, dass das ein Grund ist, dass hier alles so lange auf hat und man eben einen trinken gehen kann und wenn die einen zu machen, machen ein paar Stunden später schon wieder das nächste Café auf, also ich glaube schon, dass das ein Grund ist.“*

Das Angebot selbst kann natürlich nicht unabhängig vom Preis betrachtet werden, will man den Code „Verfügbarkeit“ betrachten.

M, 3 207: *„es gehört auch zur Kultur und zur Gesellschaft dazu, aber halt und der Preis ist natürlich das andere, das was mich immer wieder stört, aber da sind wir auch wieder bei der Industrie und ich überlege, dass ich dieses Jahr an Fastnacht in Discounter rein bin, egal wo im Landkreis und das erste wo ich darauf gelaufen bin war die Palette mit dem Wodka und die hat dann 2,99€ gekostet, einen halben Liter, frag ich mich, was da drin ist und wenn der Apfelschorle fast gleichviel kostet, dann ist halt, also das kann sich jeder leisten, ja. Bei Kippen ist es mittlerweile so, dass die Kids echt Probleme haben, das zu finanzieren, aber wenn der Alkohol nach wie vor so billig ist...“*

Ein weiteres Beispiel für die Vielfältigkeit des Zugangs zum Alkohol ist folgendes:

Q, § 21: *„Ja, ich denke mal, diese, diese Tankstelle [...] liegt so ein bisschen in einer Einflugschneise der Jugendlichen, die also am Wochenende, am Freitag und Samstagabend in die Altstadt strömen und trotz der immer noch horrenden Tankstellenpreise sind dies Preise dort noch immer billiger als in den Kneipen. Wenn jetzt also irgendwo [...] Jugendliche in die Altstadt abends wollen, nutzen sie einfach diese Tankstelle nochmals als, als Tankstelle. [...] und ja, wie das natürlich jetzt ist, weiß ich nicht mehr, weil wie gesagt wir das jetzt auch nicht mehr in Anspruch nehmen. Aber ich denke mal, bis 22.00 Uhr sieht's da genauso aus wie vor drei, vier Jahren.“*

Verschiedentlich wurde wohl auch versucht, die Verkaufspolitik zu beeinflussen, leider ohne Erfolg (C, §§ 3 ff). Auch spielen die bereits zuvor genannten To-go-Getränke, die von Gaststätten verkauft werden können, eine nicht unerhebliche Rolle (G, § 35).

Positiv wird die Beschränkung des Verkaufs ab 22.00 Uhr gesehen (G, § 81 oder N, § 18).

Repression/Kontrolldruck

Im Laufe der Analyse zeigte sich, dass dieser Code neu in das Codesystem integriert werden musste. Es wurde immer wieder von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dass über eine bloße Präsenz (Subcode unter „Prävention“) hinaus auch auf das Einhalten der Regeln geachtet werden muss. Nicht unerheblich sind somit die 26 Zuordnungen. Der Code „Kontrolldruck“ wurde somit immer dann vergeben, wenn eine Aussage im Zu-

sammenhang mit einem solchen Kontrolldruck stand. Auch hier wurde natürlich das Coding vorgenommen, ohne eine Wertung über die Wirksamkeit einhergehen zu lassen. Teilweise wurde ein tatsächlicher Kontrolldruck sogar kritisch gesehen, weil dieser z.B. zu einer erhöhten Aggressionsbereitschaft führen würde bzw. könnte:

K, § 51: *„[...] ja, ich glaube einfach, dass es bei den Jugendlichen anders ankommt. [...] wenn es Polizei oder was mit Uniform, es kann auch Ordnungsdienst sein oder irgendwas [...], ohne dass es bewusst ist und das es so ausgesprochen wird, aber der Empfänger empfängt meistens so eine aggressive und von-oben-herab-Haltung, einfach weil eine Uniform da ist und da können glaube ich Polizisten so nett sein wie sie wollen, es gibt auch sehr nette, ich glaube bei vielen Jugendlichen, gerade wenn die was getrunken haben, die sehen nur Polizei und sehen schon rot und bei uns ist es glaub ich einfach, ja, ich glaube tatsächlich, dass wir eher was sagen können es sei denn, es ist eh schon zu aggressiv oder so.“*

Dass der Kontrolldruck auch mit einer gewissen Konsequenz einhergeht, zeigt sich in folgendem Zitat:

I, § 119: *„Was meinen Sie, wieso gibt's diese regionale Unterschiede, also so diesen einen oder diese zwei Punkte nicht, wo sich alle treffen also wo quasi ein Magnet wäre, nehmen wir [...], wieso treffen sich diese Leute nicht [dort]?“*

O, § 120: *„[...] ist im Blick der kommunalen Ordnungsdienste sehr stark. Also muss man einfach sagen, da sind, es ist ein sehr schöner Platz, der auch immer wieder im Blick der Öffentlichkeit ist und da werden Gruppierungen die sich zum Trinken treffen, und wenn das nur was weiß ich, muss ja keine Veranstaltung oder Gelage bis Nachts sein, nur kurze Zeit verweilen, könnte man irgend ein Ordnungs- oder die Polizei oder KOD würde da stehen.“*

Die positive Wirkung wird im nachstehenden Zitat deutlich.

A, § 7: *„Wer sich [...] aufhält, der wird kontrolliert, es wird das Verhalten kontrolliert und das setzt sich jetzt und das hat sich jetzt äh im gegenteiligen Trend rumgesprochen, wir haben die letzten drei Jahre ganz ruhige [...] erlebt, nahezu keine Vorkommnisse.“*

Ein gutes Beispiel über die Zusammenwirkung verschiedener Maßnahmen soll nachstehend zusammengefasst abgebildet werden. Dies drückt sich im Übrigen auch durch die Vergabe mehrerer Codes aus. Es wird berichtet, dass von einem Spielplatz eine Menge Ärger ausging, der in Anwohnerbeschwerden mündete. In der Folge gelang es, zwischen den jungen Menschen und den Anwohnern zu vermitteln und gemeinsam konnte der

Spielplatz im Sinne der Jugendlichen umgestaltet werden. Die Anwohner waren dabei aktiv in das entstandene Netzwerk verschiedenster Beteiligter eingebunden. Parallel dazu wurden über diese mediativen Maßnahmen hinaus ebenso gemeinsam klare Regeln vereinbart, die die Jugendlichen zum Schutz der Anwohner einzuhalten hatten. Dies bedingte sich gegenseitig. Ergänzend wurde die Überwachung der Einhaltung der Regeln dann auch umgesetzt und konsequent und restriktiv wurden Verstöße polizeilich verfolgt.

Dies alles ist auch beispielhaft für aktive und funktionierende Netzwerkarbeit. Letztendlich wird dieses Projekt einschließlich der Überwachung fortgesetzt und es besteht gegenseitige Akzeptanz und Respekt und letztendlich wurde hier eine Beruhigung herbeigeführt (A, § 55).

Kontrolldruck hat natürlich auch Folgen. Der später noch zu diskutierende bzw. abzubildende Code „Verdrängung“, der ebenfalls häufig codiert wurde, weist darauf hin. Bereits jetzt soll auf die Zusammenhänge kurz hingewiesen werden:

C, § 13: *„[...] das ist glaube ich eine große rechtliche Herausforderung, wo vielleicht auch in den Rahmenbedingungen des Landes reagiert werden muss. Alles andere führt nur zur Verdrängung. Ich sage mal, würde man in [...] eine deutlich restriktivere Stadtpolitik realisieren mit Polizei, Ordnungsamt und auch sozialer Arbeit, dann hat vielleicht in zwei Jahren [Name Nachbarort] das Problem. Also, das ist ja immer so, da wo man den Ermittlungsdruck erhöht, da verlagere ich [...]“*

Realistisch reflektiert nachstehender Interviewpartner die Schaffung von Regeln ohne entsprechende Kontrolle:

F, § 260. *„[...] ständig haben wir Polizeiverordnungen verschärft, ständig neue Regeln, [...] damals gemacht, niemand hat sich darum gekümmert [...] natürlich steht der unter Vorbehalt wichtiger polizeilicher Aufgaben. Das ist ja logisch, wenn gerade ein Banküberfall ist oder irgendwo eine Auseinandersetzung, Rohheitsdelikt [...] dann können die jetzt nicht kontrollieren. Das ist ja klar.“*

Der Zusammenhang zwischen Verordnungen, Verfügungen und Gesetzen, also allen Normen und Regeln mit der Möglichkeit der konsequenten Verfolgung, scheint bereits aktuell nicht immer leistbar. Hierzu wird verschiedentlich die Notwendigkeit gesehen, kommunale Ordnungsdienste mit der Prüfung der Einhaltung ordnungspolizeilicher Regeln zu betrauen. Vor dem Hintergrund einer Einführung einer Alkoholverbotsverordnung ist deshalb folgendes Zitat zu sehen:

P, § 49: *„Ich denke, dass es da vielleicht den einen oder anderen Bürgermeister im Ländle gibt, der darauf hofft, wenn jetzt das Polizeigesetz mit so einer Öffnungsklausel versehen wird, dass er da ganz rigide gegen*

so diese Trinkerszene vorgehen kann. Ich glaube, da würde er sich möglicherweise schon vertun. Denn man muss ja ein gewisses Lagebild haben, um so eine Regelung umzusetzen. Und zwei drei stille Trinker oder auch wenn sie laut sind, die muss eigentlich der Polizeivollzugsdienst durch einen erhöhten Überwachungsdruck auch soweit bekommen, dass sich diese Gruppen einer einigermaßen adäquaten Verhaltensregelung befleißigen, na, das geht schon, ist lästig, ist personalintensiv, aber ist doch was völlig anderes als das was wir quasi im Normalzustand nachts bis in die frühen Morgenstunden mittlerweile in unserem Städtchen hinnehmen müssen.“

Repression/Aufenthaltsverbote

Dieser Code wurde neun Mal vergeben. Als Synonym fanden sich in den Interviews oft auch die Begriffe Platzverweise oder Platzverbote. Es zeichnet sich insgesamt kein einheitliches Bild über die Wirksamkeit. Dies scheint davon abhängig zu sein, wie viel Ressourcen in die konsequente Umsetzung, also auch Überwachung gesteckt wird (vgl. F, § 11) oder es muss festgestellt werden, dass das Mittel deshalb keine Wirkung zu zeigen scheint, weil es sich um zu große Menschenmassen handelt und eine Überwachung somit ausgeschlossen ist (vgl. G, § 9).

Auffällig ist bei der Vergabe dieser neun Codings, dass der Code bei drei von fünf Untersuchungsräumen Anwendung fand.

Repression/Gaststättenrecht

Zum Code „Gaststättenrecht“ gibt es drei weitere Subcodes mit den Namen „Konzessionsvergabe“, „Sperrzeitverlängerung“ und „Verkaufsbeschränkung“. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass gaststättenrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit narrativen Interviews zu alkoholbedingten Problemlagen immer wieder genannt wurden. So finden sich unter Gaststättenrecht bzw. zu den Subcodes 37 Codings, was auf eine entsprechende Bedeutung schließen lässt, wobei es auch hier Überschneidungen gab.

Zum Code „Gaststättenrecht“ selbst wurden wenige Codings vergeben, die sich nicht eindeutig zu den Subcodes bzw. eindeutig zu mehreren Subcodes zuordnen ließen. Ein Beispiel für die Betrachtung gaststättenrechtlicher Regelungen und damit verbundener Probleme zeigt sich hier:

N, § 49: *„falls Sie [...] kennen, wissen Sie, wir haben eine sehr umfangreiche Stadtsanierung. Dabei ist auch gelungen, die Einwohnerzahlen in der Altstadt zu halten und dann wieder hochwertige Wohnungsangebote in der Altstadt bereit zu stellen. Dieses Ziel, Stadtsanierung, kommunalpolitisches Ziel und auch ein landespolitisches Ziel steht genau im Widerspruch zu dieser Regelung der Sperrzeit bei den Gaststätten und da ist ein ungelöster Konflikt. Wir konnten ihm teilweise entgegenwirken, in dem wir ein Konzept für Vergnügungsstätten aufgelegt haben, dass also bestimmte Vergnügungsstätten in bestimmten Bereichen nicht zugelassen werden,*

aber das ist auch nur ein Teilaspekt. Also damit wird jetzt keine Disco in der Altstadt sein und eine bestimmte Bar, die nachts da Tanzveranstaltungen angeboten hat, kann dort nicht sein, aber das Grundproblem ist die lange Öffnungszeit der Gaststätten und bedingt in, also, nichts dagegen auf der grünen Wiese oder am Stadtrand oder wie auch immer, sondern in den engen Gassen der Altstadt, das ist ein Zielkonflikt mit dem Ziel, wir wollen keine Drosselgasse, sondern wir wollen eine Altstadt, die belebt ist, wo die Leute wohnen und nicht nur Studenten, die sich im Übrigen auch gestört fühlen, wenn sie schlafen wollen.“

Repression/Gaststättenrecht/Konzessionsvergabe

Hier wurde alles darunter verstanden, was einem möglichen oder auch praktizierten Regelungsversuch zugeordnet werden konnte, bei dem man sich durch die Konzessionsvergabe eine Problemlösung versprach, bzw. durch eine Konzessionsvergabe ein Problem nicht entstehen ließ. Dies findet sich in den Untersuchungsräumen, die über Problemlösungen berichteten oder kein Problem gemeldet worden war. Dies lässt sich auch mit „Verlagerung der Disco-Szene ins Industriegebiet treffend beschreiben.

Wo die Konzessionsvergabe als ein Mittel angesehen wird, gibt es in den Interviews entsprechende Aussagen, so berichtet einer: „ [...] auch grad wenn’s drum geht wie viele Konzessionen lass ich eigentlich auf welchem Raum zu. Da würde ich mir manchmal auch von der Stadt gerne wünschen, dass die mal genauer hingucken und nicht nur gucken, gibt’s Gewerbeeinnahmen oder was haben wir finanziell davon sondern auch, wo ballt sich was und wo können wir vielleicht doch sagen ob man in der Stadt nicht einfach und wo können wir vielleicht auch sagen, o.k. da machen wir jetzt keine Kneipe hin [...].

In den alkoholbedingten Problemlagen im innerstädtischen oder altstädtischen Bereich ist eine hohe Dichte von Gaststätten zu erkennen. Dies steht natürlich guten Erfahrungen mit Konzessionsvergaben am Stadtrand entgegen.

Repression/Gaststättenrecht/Sperrzeitverlängerung

Hier wurden 15 Codings vorgenommen, die im Zusammenhang mit der Maßnahme Sperrzeitverlängerung, also Verkürzung der Öffnungszeiten als Maßnahme, die bereits vorhanden ist, oder als mögliche Idee gesehen wurden. Es fällt dabei auf, dass diese Codings querbeet über alle Untersuchungsräume zu finden sind. Öffnungszeiten von Gaststätten sind dabei nicht isoliert als Problem (mit-)verursachend zu sehen sondern die Öffnungszeiten von Gaststätten sind gerade dann von Bedeutung, wenn z.B. weitere, gar viele Gaststätten fußläufig zu erreichen sind (vgl. D, § 67). Dies geht sogar so weit, dass mit einer Sperrzeit ab 05.00 Uhr gerade mal eine Stunde verbleibt bis die ersten Bäcker oder Gaststätten um 06.00 Uhr öffnen.

D, § 71: *„[...] wo die Menschen vor dem Café warten, wo die einen schon zu machen und die anderen erst auf machen, [...] also wo es für bestimmte Zonen gesonderte Sperrzeiten geben wird und das ist auch aus unserer Sicht ein richtiges Rangehen.“*

Mit dem Ausschöpfen rechtlicher Möglichkeiten im Zusammenhang mit den Sperrzeiten wird dies im Übrigen bereits in einem ausgewählten Untersuchungsraum derart geregelt, dass die Sperrzeiten losgelöst von den landesweiten rechtlichen Möglichkeiten festgesetzt wurden. Die Erfahrungen damit seien gut. Diese Rechtsverordnung gestaltet sich allerdings sehr aufwändig, da sie ausgiebig begründet werden muss.

N, § 16: *„[...] ein anderer Grund, der mit Entschiedenheit oft übersehen wird dieser Entwicklung ist auch, dass die frühere Landesregierung die Sperrstunde [...] fast vollständig bis auf die Putzstunde von 05.00 bis 06.00 Uhr aufgehoben hat. Von daher ist der Gaststättenbesuch einfach in die Nacht weiter hinein gewandert. Die meisten Gaststätten, viele Gaststätten haben bis 03.00 bis 04.00 Uhr morgens offen und es kann gar nicht ausbleiben, dass [...] dadurch [...] erhebliche Belästigungen verursacht werden.“*

Ebenso wie bei der Konzessionsvergabe stellt sich bei dem Code „Sperrzeitverlängerung“ heraus, dass mit diesem Instrument bereits gearbeitet wird, wo dies möglich ist:

R, § 11: *„[...] und aufgrund dessen haben wir mit Beginn dieses Jahres, also 2013, im Januar durchgesetzt, dass die Sperrzeit verlängert wird, weil wir eben [...] einen Brennpunkt hatten. Da die Abstimmung mit der Polizei hier [...] haben wir die Sperrzeit so verlängert, dass am Freitag und Samstag früher immer bis 05.00 Uhr aufgelassen werden durfte und jetzt nur noch bis 02.00 Uhr. Also die Uhr nach 02.00 Uhr war vor allem die Zeit, wo die Polizei am häufigsten im Einsatz war, mit alkoholisierten Menschen, oft Jugendliche und das haben wir jetzt entschärft durch die Sperrzeitverlängerung ab 02.00 Uhr und das, da haben wir einen Gewinn.“*

Also das Instrument der Sperrzeitverlängerung als aufwändige aber mögliche Maßnahme, Ruhe in ein Problemgebiet zu bekommen, bei der gleichzeitigen Erkenntnis, dass die allgemeine Sperrzeitverkürzung, die am 01.01.2010 begann, gerade in alkoholbedingten Problemlagen von Insidern sehr kritisch gesehen wird.

Repression/Gaststättenrecht/Verkaufsbeschränkungen

Relativ selten, gerade fünf Mal ist dieser Code vergeben worden. Die Codierung fand immer dann statt, wenn es Hinweise auf Verkaufsbeschränkungen irgendeiner Art gab. Diese konnten durchaus auch in Absprache freiwilliger Natur sein. Die Analyse ergab, dass gerade was Festlichkeiten oder Veranstaltungen regionaler Art betrifft, die Kommune bei der Genehmigung die Möglichkeit der Einwirkung auf die Beteiligten hat. Hierzu gibt es Gremien wie z.B. Runde Tische der Alkoholprävention, um z.B. den Gemeinderat für entsprechende Regeln-

gen zu gewinnen. Das dies nicht immer funktioniert, wird in den Interviews auch deutlich. Gleichwohl ist das Vorgehen über die Einsicht der beteiligten Vereinen oder Institutionen bei Festen sicherlich eine hervorragende Maßnahme um auch langfristig Verhaltensänderungen herbeizuführen (vgl. M, §§ 208 ff). Auch wurde versucht, auf den Einzelhandel entsprechend einzuwirken. Dass hier der Code „Verfügbarkeit“ eine große Rolle spielt, wurde bereits erwähnt. Eigentlich ist es deshalb verwunderlich, dass sich in der Analyse das Instrument der Verkaufsbeschränkung nur selten findet. Verkaufsbeschränkungen hätten eindeutig Einfluss auf die Verfügbarkeit von Alkohol:

C, § 9: *„[...] und es gibt immer wieder die Versuche der Ansprache durch vereinzelte ansässige Unternehmer. Wir haben versucht, das ist aber bisher nicht in die Öffentlichkeit gegangen, also auch bewusst, ob es möglich wäre, dass der [...] mit dem Alkoholverkauf später beginnt, wozu er bisher nicht bereit ist. Also ich finde es so in der illegalen Szene versucht man nicht den Endkonsument zu erreichen sondern auch den Dealer zu erreichen. Wenn man das mal auf die Alkoholszene überträgt, dann müsste man auch die Verkaufspolitik mit beeinflussen.“*

Repression/Gefährderansprachen

Dieser Code war entwickelt worden, nachdem er in den bisherigen Erhebungen 1 und 2 als mögliche Maßnahme genannt worden war, also das konkrete Ansprechen potentieller Störer durch den Polizeivollzugsdienst bei zu erwartender alkoholbedingter Problemlage. Dieses Instrument fand sich in den 20 Interviews nicht. Diese sogenannten Gefährderansprachen sind ein typisch polizeiliches Mittel, um Störungen vorzubeugen, da der Polizeivollzugsdienst in dieser Erhebung 4 nicht als Interviewpartner vorgesehen war, mag dieses Mittel nun unerwähnt bleiben.

Repression/Personalintensive Maßnahmen

Es handelt sich hier auch um einen Obercode, da die Subcodes „Kommunaler Ordnungsdienst“, „Polizeifreiwillige“, „Polizei“ und „Privater Sicherheitsdienst“ darunter gebildet wurden. Immer da, wo die Textpassage nicht einem dieser Subcodes zuzuordnen war, wurde eine Zuordnung zu dem Code „Personalintensive Maßnahmen“ vorgenommen. Bemerkenswert ist, dass somit diesem Code mit seinen Subcodes insgesamt 45 Codierungen zuzurechnen sind. Dies entspricht in der Analyse der Bedeutung sämtlicher repressiver Maßnahmen, also dem Wunsch, aufgestellte Normen auch konsequent zu prüfen bzw. deren Beachtung zu kontrollieren und bei Nichtbeachtung sie zu verfolgen. Zum anderen wirkt sich der häufige Wunsch nach Präsenz ebenso deutlich auf personelle Ressourcen aus. Daran mag es liegen, dass der Code bereits „personalintensive Maßnahmen“ und eben nicht nur „Personalressourcen“ heißt. Es finden sich somit unter „personalintensive Maßnahmen“

Codings, die mit einem über das übliche Normalmaß hinausgehenden Personalansatz einhergehen. Dass dieser hohe Personalkörper, gleich wer ihn auch stellt, von besonderer Bedeutung ist, wenn über einen längeren Zeitraum ein ganzes Gebiet nahezu täglich betrachtet und kontrolliert werden muss, liegt auf der Hand.

Repression/Personalintensive Maßnahmen/Kommunaler Ordnungsdienst

Dieser Code wurde mit 16 Mal nahezu gleich häufig wie der Code „Polizei“ mit 17 Codings vergeben. In der Analyse fällt auf, dass die Notwendigkeit eines kommunalen Ordnungsdienstes gegeben scheint. Dieser kann alleine aktiv werden oder tritt auch durchaus in bestimmten Aktionen zusammen mit dem Polizeivollzugsdienst auf.

Q, § 197: *„in dem einen Untersuchungsraum, wo der kommunale Ordnungsdienst personell wohl gut bestückt und häufig eingesetzt wird, wird ein hoher Kontrolldruck aufrechterhalten.“*

F, §§ 238ff: *„[...]da geht es da letztendlich auch drum, wie positioniert sich kommunalpolitisch die Verwaltung. Also will sie denn selbst was tun, nimmt sie z.B. Geld in die Hand [...] oder kommen wir weiterhin ohne Ordnungsdienst zurecht. Gut wir haben jetzt einen[...] unter anderem ausgelöst auch aufgrund dieser Probleme, also bei uns gibt's den KOD seit [...] gebildet um die städtischen Anlagen vor Missbrauch, vor missbräuchlicher Nutzung zu schützen [...] zum einen und zum zweiten um diese alkoholtrinkenden Menschen, diese Freizeittrinker, Stadtstreicherszene, um sich um die intensiv zu kümmern als die Polizei alleine in der Lage war. Weil die Polizei natürlich sehr schnell erkannt hat, dass das was dort passiert jenseits ist in aller Regel [...]Dies ist von der Polizei, diese Szene im Grunde genommen nicht wirklich aufzulösen [...] klar kann man die kontrollieren, klar kann man die ein bisschen ärgern, aber im Grunde genommen, haben sie eigentlich nichts. Sie können eigentlich auch nicht groß bedrohen, mit was wollen sie die bedrohen, in Haft können sie die nicht nehmen, Geld haben sie keines, wenn sie danach fragen, dann war es das eigentlich, gelegentlich mal einen Platzverweis, dann sagen sie o.k. [...] der KOD macht auch, aber er macht, das Entscheidende ist, dass man etwas tut.“*

Diesen eindeutigen Aussagen steht ein Zitat entgegen:

G, § 47: *„[...] Ordnungsdienst ja, den haben wir übrigens auch, also eine Maßnahme verstärkt und überhaupt eingerichtet [...] steht dann da und sagt, da kann ich jetzt im Moment nichts machen.“*

Gleich danach sprach der Interviewte von der erheblichen Belastung des kommunalen Ordnungsdienstes aufgrund der Menge von Rechtsverordnungen sowie den Einsatzzeiten.

In der Gesamtschau lässt sich erkennen, dass es nachvollziehbare Gründe für einen kommunalen Ordnungsdienst gibt. Ob dies sich in der Personenanzahl einer Verkehrsüberwachung ähnelt (wie oben zitiert) oder ob sie sich um die Dinge kümmern, die beim Polizeivollzugsdienst zunächst nachrangig wären, der kommunale Ordnungsdienst birgt die Chance der konsequenten Verfolgung von Normverletzungen und Kontrollen der Norm selbst, zeigt Präsenz und erfüllt somit einige Ergebnisse dieser Analyse.

Repression/Personalintensive Maßnahmen/Polizei

Der Ruf nach dem Polizeivollzugsdienst, der sich letztendlich hinter diesem Code verbirgt, ist immer wieder laut. Die Personalentwicklung dort, was die Anzahl der Mitarbeiter und deren Erreichbarkeiten und Zuständigkeiten einschließlich der Nähe zu möglichen Einsatzorten betrifft, wird durchaus auch kritisch gesehen (N, §§ 60 ff). Die mögliche Etablierung eines kommunalen Ordnungsdienstes, dort wo er nicht vorhanden ist bzw. dort wo er nicht in ausreichender Form vorhanden ist, wird auch kritisch gesehen.

N, § 64: *„[...]selbst wenn wir eine Stadt wären, wir sind finanziell wirklich derzeit gewissen Problemen, letztlich, nicht dramatisch, aber ein Problem, aber selbst, wenn wir es finanziell leisten könnten, also Nachbarstädte [...] oder [...] oder so, es kann die Polizei nicht ersetzen mit ihren Möglichkeiten und Befugnissen, also ich halte das für eine falsche Entwicklung.“*

Tatsache ist, dass die Polizei bei verschiedenen Maßnahmen aktiv präsent ist, was ein erhöhtes Personalaufkommen nach sich zieht. So kann beispielhaft die GEWA-City als polizeivollzugliche Maßnahme in Freiburg genannt werden.

Repression/Personalintensive Maßnahmen/PFW (Polizeifreiwillige)

Dieser Code wurde nur einmal vergeben. Es handelt sich dabei um eine Maßnahme, bei der ausschließlich Polizeifreiwillige Verwendung in einem Präventionsprogramm fanden, was allerdings sehr kritisch gesehen wurde. Es wurde von schlechten Erfahrungen berichtet. Davon unabhängig muss gesehen werden, dass bei all den üblichen Polizeivollzugsdienstmaßnahmen wie z.B. auch das genannte GEWA-City in Freiburg Polizeifreiwillige Verwendung finden und zwar im Rahmen ihrer normalen Verstärkung vorhandener regulärer Dienste. Für weitere Analysen hinsichtlich der Spezialität „Pfw“ reicht dies nicht.

Repression/Personalintensive Maßnahmen/Privater Sicherheitsdienst

Ähnlich verhält es sich bei diesem Code, der vier Mal vergeben worden war. Bei den wenigen Nennungen bezieht sich die Aufgabe dieser genannten Sicherheitsdienste auf überwiegend Wach- und Schließfunktionen. Es

ist sicherlich notwendig, private Sicherheitsdienste ähnlich wie Polizeifreiwillige im Rahmen alkoholbedingter Problemlagen genauer zu betrachten und ihre Einsatzmöglichkeiten auszuloten. Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, dass die Personalauswahl für diese Aufgaben von besonderer Bedeutung ist, will man nicht „übers Ziel hinaus schießen“. Ein Originalzitat sollte nicht vorenthalten werden:

M, § 102: *„[...] in [...] auch versucht Security in dicken Jacken und schwarzen Jeeps da auf und ab patrouillieren lasse und die Leute, verschieb ich sie halt auf einen anderen Platz, es gibt kurz Ärger und dann gehen sie weg und kommen wieder zurück sondern man muss einfach Alternativen finden und mit denen reden.“*

Repression/Testkäufe

Dieser Code ist für das ganze Projekt „Lebenswerter öffentlicher Raum“ nicht ohne Bedeutung. In den Erhebungen 1 und 2 wurden Testkäufe auch als praktiziertes und angeblich erfolgreiches Mittel genannt. Im narrativen Interview war die Frage nach Testkäufen im Leitfaden vorgehalten; sie wurde aber aus den methodisch genannten Gründen nicht explizit gestellt. Aufgrund der Fülle der Informationen, die in jedem Interview den Interviewern entgegen gebracht wurde, verbat sich die explizite Frage nach Dingen, die zur Not bei wortkargen Gesprächen erfragt worden wären. In vorliegender qualitativer Erhebung gab es die Möglichkeit den Code „Testkäufe“ vier Mal zu vergeben. Dies mag ein gewisser Hinweis auf die relative Unbedeutendheit dieser Maßnahme sein. Auszug aus einem Interview:

I, § 180: *„Testkäufe“*

M, § 181: *„Machen wir auch nicht“*

I, § 182: *„Warum nicht?“*

M, § 183: *„Ja, warum nicht, ganz einfach, wie soll ich sagen, für mich ist das ganz einfach im Kopf sozusagen schwierig, unser Ziel, mein Ziel [...] dass wir Ansprechpartner sind und das die Leute uns positiv belegen [...] kein Supermarkt arbeitet mehr mit mir zusammen, hängt unsere Plakate aus, nimmt unsere Alterskontrollscheiben mit [...].“*

Oder es wird berichtet, dass die Interviewpartner selbst schon gefragt worden sind, ob sie für die jüngeren etwas im Supermarkt holen (Q, § 35).

Repression/Verdrängung

Mit diesem Code wurde gekennzeichnet, wo, unabhängig von der Zielgruppe, eine Verdrängung stattfand oder zu erwarten wäre. Verdrängung steht dabei in häufiger Überlappung zu Codings mit den Codes „Bauliche Veränderung“, „Kontrolldruck“ u.Ä. Immer wieder findet sich z.B. das Abbauen von Bänken, um es einer Problemgruppe nicht zu gemütlich zu machen. Das grundsätzliche Problem der anwesenden Gruppe ist somit zwar nicht gelöst, aber das Problem ist nicht mehr visuell gegeben, die Gruppe nicht mehr anwesend, die Problemgruppe findet sich dann an anderer Stelle ein.

Verdrängung wird insbesondere sozialarbeiterisch kritisch gesehen, da das Klientel u.U. nicht mehr wie bislang üblich anzutreffen ist und sich dadurch die Einwirkungsmöglichkeiten verändern könnten.

K, § 23: *„[Zu einem Alkoholkonsumverbot in der Öffentlichkeit] ...Finde ich kritisch, also ich glaube nach außen hin bewirkt es vielleicht was, aber gerade, ich versuche halt zu gucken, was ist der Grund dafür, dass Alkohol getrunken wird, mir geht es nicht darum, dass Alkohol getrunken, sondern warum und wenn ich mir dann die Jugendlichen anhöre, weiß ich genau, ja, „so what“, dann gibt es halt dieses Gesetz und dann kommen sie dann halt nicht mehr in die Innenstadt, sondern gehen irgendwo in den Wald oder was weiß ich, wo man überhaupt nicht mehr auf sie zugreifen kann, wo es weder [...] gibt und da wird es dann richtig gefährlich [...]. Aber wenn sie es im Verborgenen machen und das werden die tun, weil der Grund, warum sie Alkohol trinken, ist ja dadurch nicht weg, also die trinken trotzdem und dann machen sie es zuhause halt in irgendeinem Keller oder in irgendeinem Hinterhof oder was weiß ich wo, von daher auch so Platzverweise oder so. Das kann nach außen hin vielleicht helfen, aber mir geht es vielmehr darum zu gucken, wo liegt der Ursprung und da habe ich leider bei vielen Jugendlichen mitbekommen, dass es eben nicht nur dieses „Ich will Party machen“ ist, sondern ich „Ich will Party machen, um ziemlich viel Mist, was in meinem Leben passiert zu vergessen“.*

Insbesondere bei der marginalisierten Gruppe in einem Untersuchungsrahmen wurde über Methoden berichtet.

U, § 5: *„[...] mit den repressiven Methoden nicht mehr weiterkam. Die haben dann irgendwie Platzverweise erteilt oder die Leute vor die Stadtgrenze gekarrt.“*

„Verdrängung“ ist insoweit auch nicht unbedingt wertend zu sehen sondern es kann ja auch durchaus eine Maßnahme der Problembeseitigung sein, ein Alternativangebot zu machen. Insoweit steht dieser Code auch in direkter Verbindung mit dem Subcode „Raumangebot“ unter „Prävention“. Entscheidend ist dann aber offensichtlich eine begleitende Maßnahme:

U, § 205: *„und von da her, das kann man natürlich als Vertreibung bezeichnen, aber ich glaube es hat einen anderen Charakter, wenn man gleichzeitig ein Hilfsangebot macht. Und ich glaub, dadurch dass ich jetzt auch schon sehr lange das mache und entwickle [...] habe ich ja auch bei den Leuten auf der Straße einen hohen Bekanntheitsgrad.“*

Eine restriktive Stadtpolitik könnte unter Umständen zur Verlagerung oder Verdrängung führen, so C, § 5. Von einem typischen Beispiel berichtet das nachstehende Zitat:

F, §§ 16 ff: *„[...] das haben wir gelegentlich auch versucht mit Maßnahmen in den Griff zu kriegen. Diese Maßnahmen sind die üblichen, d.h. es wird halt versucht, wenn es in früheren Plätzen ist, die Möblierung, die vielleicht dazu einlädt, die Stadtmöblierung zu entfernen, zu versuchen, irgendwelche Versorgungsquellen trocken zu legen, mit den Betroffenen zu reden. Das haben wir vor Jahren schon am [...] sehr erfolgreich gemacht, indem wir die Szene dort verdrängt haben. Zunächst haben wir die Aufenthaltsqualität verschlechtert [...] Bänke abgebaut [etc.] mit denen besprochen in einem Bereich weit abseits vom Schuss kommt nicht in Betracht. Da machen die nicht mit. Die wollen sich treffen, auch dort, wo das Leben pulsiert [...].“*

Oder:

N, § 39: *„Also ich meine, dass man sofort die Frage stellen muss, ist es denn überhaupt denkbar, eine gewisse Alkoholszene zu vermeiden und da meine ich, eine Gesellschaft wie die unsrige, die wird immer eine bestimmte Szene von schwer alkoholabhängigen Personen haben und man kann mit den Maßnahmen die Personen von bestimmten Orten vielleicht fernhalten, z.B. durch Alkoholverbot an bestimmten Plätzen, muss noch näheres dazu sagen. Damit ist die Szene aber nicht weg. Sie ist dann nur verdrängt.“*

Etwas widersprüchlich berichtet z.B. in diesem Fall auch P, wenn er sagt, es habe eine Verdrängung der Szene bei entsprechenden Maßnahmen nicht stattgefunden. Gleichzeitig berichtet er aber, dass die Szene bei einem erhöhten Kontrolldruck einfach weiterwandert. Auch in einer anderen Region wird von einem ähnlichen Phänomen berichtet.

R, § 13: *„da haben wir jetzt einen Platz entschärft, was aber jetzt zum Resultat bringt, dass viele von den genannten dann in der Innenstadt wieder präsent sind.“*

Repression/Videoüberwachung

Dieser Code wurde lediglich einmal vergeben. Videoüberwachung wurde als mögliche Maßnahme bei den zuvor gegangenen Erhebungen genannt. Von allen Interviewten wurde Videoüberwachung nur bei einem einzi-

gen als mögliche Maßnahme in einer Aufzählung vieler genannt. Der Code bleibt somit unbedeutend, zumal ein eigenes Augenmerk auf eine Wirkungsevaluation beim Einsatz dieses Mittels notwendig wäre.

Repression/§§

Mit diesem Code sollen sämtliche Normierungen zum Ausdruck gebracht werden, die eine Alkoholverbotsverfügung im öffentlichen Raum oder eine ähnliche Maßnahme wie z.B. auch ein Glasverbot darstellen. Es verwundert nicht, dass 39 Codierungen die Bedeutung dieser Überlegungen deutlich machen. Die Meinungen darüber, ob z.B. eine Alkoholverbotsverfügung eine gute, richtige und vor allen Dingen wirksame Maßnahme darstellen würde, gehen zum Teil weit auseinander. Insoweit ist nun die Zusammenfassung der Codings in der Analyse bereits ansatzweise eine Diskussion über eine mögliche neue Norm.

Diese neue Norm wird zum Teil deshalb kritisch gesehen, da Verdrängungseffekte befürchtet werden. Junge Menschen wären dann dort nicht mehr erreichbar und letztendlich würde die Ursache des Problems nicht angegangen werden, K, § 5. Weiter stellt sich die Frage, wer die Einhaltung der Norm kontrollieren wird und es werden Bezüge zum Aufwand bei Verkehrskontrollen hergestellt, M, §§ 196 ff.

Einige Aspekte der Problematik an einer Einführung werden deutlich an folgendem Interview

U, § 49: *„das dürfte eine sehr gute Frage sein. Ich denke da wird es verdammt viele Verstöße geben, sollte es diesen § 10 a geben, gerade weil Leute schon alkoholisiert sind, ist das ja dann oft nicht mehr so ganz so im Kopf, wo man dann wie, wo trinken kann. Vor allem was in [...] vielleicht auch relativ selten für eine Großstadt mit innen, also Innenstadt ist, ist das sehr viele Einkaufsmöglichkeiten und Discounter, auch Lebensmittel-discounter, in der Innenstadt drinnen sind. Das heißt, dass auch quasi [...] diesen Plätzen, wo dann, wo dann ein 10 a wahrscheinlich greifen würde, auch die Einkaufsmöglichkeiten sind. Ob dann jeder, der dann irgendwie betrunken oder angetrunken schon ist, so lange wartet bis er trinkt, bis er dann aus der §§-Zone quasi raus ist, ist dann auch eine Frage.“*

Ein Glasverbot wird durchaus als sinnvolle Variante gesehen. Der Lärm durch zerbrochenes Glas wird vermieden und die Verletzungsgefahr sinkt natürlich deutlich. Ob es Auswirkung hätte auf Feierlaune und Lärm durch Gespräche in diesem Zusammenhang ist natürlich fraglich. Weiter wird auch berichtet, dass es Befürworter des Alkoholverbots in der Bevölkerung gäbe oder geben könnte (D, § 55).

Ein direkter Effekt wurde allerdings so nicht festgestellt, wo es z.B. schon Alkoholverbote gab. Der Haupteffekt war die Sensibilisierung, so wurde berichtet. Aber das wäre auch schon mal ein sehr guter Effekt gewesen. Zu-

sammengefasst wäre das Alkoholverbot von der Bevölkerung akzeptiert und als wirksam angesehen und im Vergleich zur Stadt Köln wird das Glasverbot auch als wünschenswert, da effektiv genannt (D, § 5).

Dass ein Glasverbot der Kontrolle bedarf und diese Kontrolle auch personell gestemmt werden muss, wurde bereits erwähnt. Es soll aber hier in diesem Zusammenhang nochmal darauf hingewiesen werden (E, §§ 84ff).

Ein weiteres gutes Beispiel für die Wirksamkeit eines Glasverbotes, zumindest was eine Veranstaltung betrifft, findet sich hier:

E, §§ 199 ff: *„Wenn sie nachmittags um 15.00 Uhr über den Marktplatz gegangen sind, das war ein Scherbenmeer. Die Stadtwerke konnten mit ihren Müllfahrzeugen teilweise Plattfuß bekommen, weil der ganze Marktplatz voller Scherben war. Jetzt hat man ja dieses Jahr erstmals eingeschränkt. Es gibt ein absolutes Verbot. Es wird kontrolliert an den Eingängen zur Marktstätte, ob die im Rucksack irgendwie Glas dabei haben. [...] Die Narrenvereine kommen auf uns zu und sagen, wir möchten, ja, sind bereit zu sagen, wir möchten nicht dass wir dastehen als diejenigen, die quasi hier die ganze Fasnacht kaputt machen mit Gesäufe.“*

Bezeichnend ist nachstehendes Interview:

L, § 102: *„Also ich bin [...]Befürworter des Alkoholverbots, einfach, also um es den Kommunen an die Hand zu geben, diese Möglichkeit zu haben, ja, Alkoholverbote befristen oder wie auch immer aussprechen zu können, weil ich denke, dass hätte uns damals [...] auch sehr geholfen, ja, weil, da muss man ganz klar sagen, die arme Polizei, der arme KOD, die standen immer wie die Deppen da, haben die Leute regelmäßig kontrolliert und die sagten nur, es wird schon langsam, sind das Repressalien, die ihr hier ausübt, ist das denn überhaupt noch rechtens, aus welchem Grund kontrolliert ihr uns und wir dürfen hier Alkohol trinken, ja, man hätte aber die Lage entzerren können indem man gesagt hätte, hier jetzt aber nicht, geht doch in den [...] da dürft ihr. Für solche politisch brisanten Plätze, denke ich, wäre das eine gute Möglichkeit.“*

I, § 103: *„Also für politische Wünsche?“*

L, § 104: *„Ja, wobei ich denke, man kann mit Sicherheit auch, wenn ein echtes Problem vorliegt, da auch zumindest diesen Raum befrieden, aber klar ist, das hat Verdrängungscharakter, aber wenn es mir darum geht, eine gewisse Örtlichkeit befrieden zu können oder Mittel dafür zu haben, da einwirken zu können, wenn sonst nichts mehr fruchtet, sozusagen, finde ich es eine gute Idee, dass es natürlich jetzt keine Lösung ist, wo man dann sagt, ja, dann trinken die auch nichts mehr oder die trinken auch woanders nichts mehr. Das ist es ja nicht.“*

Auch ein Interviewpartner aus Mannheim war im Übrigen dann für ein sogenanntes Alkoholverbot wenn es punktuell notwendig und sinnvoll ist, beispielsweise in Wohngebieten oder an Verkaufsstellen, wo der Lärm nicht einzudämmen ist. Den Zusammenhang zwischen dem Verbot von Alkoholgenuß in der Öffentlichkeit und einer zu erwartenden Verbesserung der Problemlage blieb auch dieser Gesprächspartner schuldig.

Dass ein Alkoholkonsumverbot oder Mitführverbot zumindest teilweise wirksam Anwendung finden könnte, zeigt sich im Zusammenhang mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Dort ist je nach Betreiber der Alkoholkonsum bereits verboten. Insoweit ergibt die Analyse auch den Hinweis auf die Möglichkeit der Norm beschränkt auf den Raum der betreten wird, um von A nach B zu gelangen und auch dazu genutzt wird, Alkohol zu konsumieren und vorzuglühen. Der Innenraum von Verkehrsmitteln ist allerdings überschaubar und ausschließlich dem Transport gewidmet. Ein solches Verkehrsmittel ist mit einem Platz oder einer Straße mit mehreren Zu- und Abgängen, Gaststätten, etc. insoweit auch deshalb nicht zu vergleichen, da man sich dort unbegrenzt aufhalten kann. Ob ein Alkoholverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln den Konsum vielleicht noch weiter vorverlagert in Privaträume oder eben in unentdeckte Ecken bleibt offen.

Stellvertretend für die vielen Aussagen pro Alkoholverbot steht nachstehendes Interview:

G, § 111: *„und deswegen sag ich nochmals begrüße ich auch in der jetzigen Lage auch hier ein Instrument 10a und da werden die Gemeinde, also da können sie ganz sicher sein, wo das haben, sehr sehr vorsichtig sein, ja, das zu ziehen. Nur da wo es nicht mehr geht, werden sie mit Sicherheit und wenn's auch nachgewiesen ist, dass es da ist, dieses Instrument dann einsetzen.“*

Zusammenfassend könnte man auch sagen, dass eine Norm zur Senkung der Attraktivität einer öffentlichen Fläche führen kann.

Weiter bezeichnend für dieses Coding zu einer Rechtsnorm ist der Wunsch, der Polizei oder anderen einschreitenden Kräften rechtliche Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Einmal wird auch von einer entspannteren Aufenthaltsqualität im Problemraum berichtet, in dem ein solches Verbot schon mal galt, bis hin zu, dass polizeiliche Maßnahmen leichter umzusetzen gewesen wären (P, §§ 63ff).

Die Codings zu „§§“ sind nicht gleichzusetzen mit einer Wirksamkeitsprüfung. Sie stellen lediglich die Zusammenhänge zwischen Norm und Aussage der Interviewten dar. Sehr wohl ist dabei zu erkennen, dass ein Wunsch nach einer Norm besteht und auch von einer guten Erfahrung in einem Interview berichtet wird. Völlig unabhängig davon ergibt die Analyse allerdings, dass die Möglichkeiten, Alkohol zu trinken, vielfältig sind und hinsichtlich der Problemlagen nicht nur auf den Alkoholgenuß im öffentlichen Raum reduziert werden dürfen.

Der Nachweis des Zusammenhangs von Genuss von Alkohol und anschließendem problembehafteten Verhalten kann sicherlich geführt werden – den Schluss zu ziehen, ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum habe positive Auswirkungen auf die Problemlage, ohne fundiert zu wissen, wo der Alkohol zuvor konsumiert wurde⁴² wäre schlicht falsch, zumal Verdrängungseffekte erwartet werden und selbst Mitarbeiter der Kommunen den Effekt entweder nur in der Sensibilisierung sehen oder erst nach Bandende bereit waren, ihre persönliche Meinung zu sagen.

Den nächsten großen Bereich neben „Problem“, „Prävention“ und „Repression“, stellt der Bereich „Resilienz“ dar.

Resilienz

Bei dieser Überlegung stand natürlich der Gedanke Pate, eine Stadt als Untersuchungsraum auszuwählen, die überhaupt gar keine Problemlage gemeldet hatte. Die Wahl fiel auf Mannheim und es zeigte sich in der Folge, dass es plausible Erklärungen gab, weshalb von dort keine alkoholbedingte Problemlage gemeldet worden war. Weiter stellte sich heraus, dass es sehr wohl in Mannheim Strukturen bzw. Anlagen gab oder gibt, die der Bildung von alkoholbedingten Problemlagen grundsätzlich, quasi prophylaktisch entgegenstehen. So wurde der Code im Analysesystem zur Verfügung gestellt, wobei in der Analyse selbst recht schnell klar wurde, dass er weiter unterteilbar ist. So entstanden die Subcodes „baulich-strukturelle Bedingungen“, „Widerstandsfähigkeit lernen“, „Teil der Gesellschaft“, sowie „Bewertung: Kein Problem“. Weiter wurde auch bei der Analyse aller Texte festgestellt, dass Codierungen zu diesen Codes unter „Resilienz“ nicht nur dem Untersuchungsraum Mannheim vorbehalten waren, sondern auch in anderen Regionen Bedingungen festgestellt wurden, die darunter zu subsumieren waren. Der Schwerpunkt liegt sicherlich allerdings in der besagten Region, deshalb kann nachstehende Analyse überwiegend summarisch stattfinden und wird eher selten mit einzelnen Quellen belegt. Aber vor dem Hintergrund dieses Schwerpunktes gewinnt die Anzahl von 70 Codings für den ganzen Bereich der Resilienz besondere Bedeutung.

Resilienz/baulich-strukturelle Bedingungen

Unter diesem Code wurde die Beschreibung baulicher Gegebenheiten, die einer Zentrierung von Menschen auf engem Raum aufgrund einer Attraktivität entgegenstehen, beschrieben.

⁴² Vergl. Sondererhebungen in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg mittels anonymisierten Begleitbogen, insbesondere hinsichtlich der Datenqualität und den wenigen „ganzen Zahlen“.

Die Analyse zeigt, dass eben baulich-strukturelle Bedingungen der Entstehung oder dem Vorhandensein einer Kneipenlandschaft, einer Flaniermeile, also eben eines hoch attraktiven Anziehungspunktes, der zu längeren Verweildauer einlädt, entgegenstehen können. So wird berichtet, dass es einen solchen Anziehungspunkt in Mannheim nicht gibt. Es gäbe zwar einzelne nette Ecken und die Stadt wird auch als attraktiv beschrieben, was aber der Stadt fehlt, das ist die Ballung von Ausgeh- und Konsummöglichkeiten, es fehlt die Partymeile. Die Gaststätten selbst sind einschließlich der Discotheken vorhanden. Es fehlt einzig und allein das Merkmal der Ballung auf engstem Raum. Es zeigt sich auch, dass über Jahre hinweg gaststättenrechtliche Konzessionen bewusst vorgenommen und räumlich gestaltet wurden. Zum Ausdruck kommt dies in einem Interview, bei dem auf die Quellenennung verzichtet wird:

„also es gibt hier auch Quartiermanagement in der Innenstadt, sowohl Bewohner als auch Gewerbetreibende auch involviert sind und wo es auch immer wieder Thema ist, wie die Innenstadt gestaltet werden soll oder für wen quasi die Innenstadt ist, weil das natürlich einfach schwierig ist, so diese jungen Leute kommen her und wollen Party machen, also die Leute wollen möglichst irgendwie die ganze Infrastruktur vor der Nase haben und möglichst ruhig und sauber alles haben. Und ich denke, dass das schon auch die Fraktion, die es eher ruhig und sauber haben möchte, und die Bewohner eine starke Stimme auch haben und das ist so und eine Veränderung ist ja immer schwieriger und da sieht wahrscheinlich auch die Stadt Mannheim nicht unbedingt einen Grund, eine Partymeile zu schaffen. Ich weiß auch gar nicht ob das infrastrukturell so schnell möglich wäre.“

In einem anderen Zitat wird deutlich gemacht, dass es in Mannheim keine Altstadt gibt. Diese gäbe es seit 1944 nicht mehr, als kein Stein auf dem anderen lag. In diesem Interview wird aber auch deutlich, dass die Diskussion sehr wohl stattfindet, ob man die Attraktivität in Form eines Kneipenviertels steigern möchte, damit man Menschen, Gäste, Besucher der Stadt halten kann. Die Analyse zeigt, dass das kontrovers diskutiert wird und der aktuelle Zustand ein erhaltenswerter zumindest aus Sicht derjenigen ist, die keine alkoholbedingte Problemlage entstehen lassen wollen. Was es aber in Mannheim gibt, das sind einzelne Veranstaltungen oder Stadtteilstellen. Diese werden dann sehr transparent und mit hohem personellem Aufwand durchgeführt. Der Austausch zwischen möglichen Betroffenen findet statt und ein personell starker kommunaler Ordnungsdienst überwacht die Einhaltung der Grenzen. Konsequentes Einschreiten bei Grenzüberschreitungen ist die Folge.

Eben das Gegenteil, die hochattraktive Altstadt und eine Flaniermeile, findet sich gerade in den problembelasteten Städten und Regionen. Auch hier ist es der baulich-strukturellen Bedingung zuzuschreiben, dass zigtausende Besucher die Altstädte bevölkern.

Dieser Code „baulich-strukturelle Bedingungen“ ist grundsätzlich entweder einer Attraktivität entgegenstehend oder eben Attraktivität fördernd bzw. pflegend. Unantastbar scheint dies nicht zu sein, andernfalls gäbe es keine Überlegungen zu Umgestaltungen und Sanierungskonzepten ebenso wie auch Überlegungen zu Bauleitplanungen.

Resilienz/Widerstandsfähigkeit lernen

Auch dieser neue Code firmiert unter dem Arbeitsbegriff der „Resilienz“. Er zeigt auf, dass es verschiedene Berichte oder Vorschläge seitens der Interviewpartner gibt, vielleicht jungen Menschen oder auch den Eltern etwas beizubringen oder mitzugeben, das dem übermäßigen Alkoholkonsum und den damit verbundenen Folgen entgegensteht. Deshalb kommt auch den Überlegungen und Äußerungen eines Interviewpartners große Bedeutung zu, der immer wieder nach den Gründen des Verhaltens und dem Warum fragt (K, § 81). Dieser Interviewpartner wünscht sich deshalb auch räumliche Möglichkeiten für Angebote, jungen Menschen Anlaufstelle und Ratgeber zu sein. Dort könnten sie unabhängig sein, sie könnten sich kreativ ausdrücken und sie würden Wertschätzung erfahren (aaO).

In eine ähnliche Richtung zeigt folgendes Interview:

M, § 195: *„[...] also ich erlebe immer wieder Eltern, also wo ich noch [...] bevor ich den Job hier hatte und habe dann gewusst, dass der Jugendliche 14 wird, weil er bei mir im Jugendtreff war und die Mama hat halt ein paar Kästen Bier und was auch immer eingekauft. Es war eine Geburtstagsparty daheim, also dass sind so die Sachen, wo wir eher ansetzen, ja mit den Leuten zu reden und zu sagen, eine Vorbildfunktion zu kriegen, also [...].“*

Die vorletzte Frage im Interview war stets die Frage nach dem Zauberwunsch. In diesem Zusammenhang kamen tatsächlich Dinge, die man zaubern müsste:

J, §§ 207 ff: *„Ich halte das für eine Illusion, das Zaubern, beides kann ich nicht [...] und das Problem wird bleiben. Letztendlich würde ich mir auch sehr gut überlegen, wo ich's wegzaubern wollte, weil, also man darf auch nicht vergessen, dass Alkohol eine Menge positive Geschichten hat, letztendlich auch. Das gehört zu unserer Kultur dazu. Das zeichnet sie auch ein Stück weit aus. [...] Also wenn ich zaubern wollte, dann, dann würde ich gerne so was wie Einsicht herbeizaubern, ja.“*

Und in diesem Zusammenhang wird auch klar, dass sich der Blick oft nur auf eine Zielgruppe bzw. Problemgruppe richtet.

A, § 51: *„Wir haben im [...] das wissen wir, durch viele Präventionsuntersuchungen einen zweigliedrigen Gipfel, wir haben eine ganz hohe Anzahl von Jugendlichen, die keinerlei selbstgefährdenden Dinge unternehmen, die unheimlich gut von zuhause begleitet und unterstützt werden.“*

Weiter wird ausgeführt, dass es in diesem Zusammenhang ebenfalls notwendig ist, sich eher intensiv um die Risikogruppe zu kümmern, anstatt mit allgemeinen Präventionsprogrammen für Alle eine Art Prävention mit der Gießkanne zu betreiben. Deshalb würden die „Guten“ nicht gleich schlecht werden aber die „Schlechten“ hätten die Chance, eine Wendung zu erfahren (a.a.O.). Diesen Bereich auf den Punkt bringt nachstehendes Zitat:

D, § 20: *„[...]Ich habe jetzt in den letzten zwei Jahren auch sehr intensiv und hatte immer wieder die Gelegenheit mich intensiver damit zu beschäftigen und auch mal so wirklich Präventionsansätze auch mal so in der politischen Diskussion zu verfolgen ich sehe ganz klar, dass eigentlich der Schwerpunkt woanders liegen sollte. Also womit ich jetzt nicht [...] in Frage stellen wollte [...] aber grundsätzlich geht es so, da ist sich die Forschung auch relativ einig, geht es eigentlich in den Bereich der Resilienzförderung, sprich sehr früh ansetzen, sehr früh die Persönlichkeit stärken, sehr früh auch mit den Familien eigentlich arbeiten, so lange die sich nicht quasi in der pubertären Protestphase auseinanderdividiert haben [...] da sehe ich, also wenn man wirklich Präventionserfolge messen wollte, dann denke ich, muss man das Ganze anders angehen.“⁴³*

Es wird auch ganz positives bei der Jugendentwicklung und jungen Menschen berichtet, denn hier besteht z.B. die Meinung, dass das Problem in zehn Jahren nicht mehr bestehen wird, ob mit oder ohne Polizeiverordnung. Begründet wird dies zum einen mit der demografischen Entwicklung und zum anderen mit dem Gefühl, dass bei ganz jungen Menschen bereits eine andere Haltung bestünde (E, § 198).

Resilienz/Teil der Gesellschaft

Allein dieser Code wurde, ebenso wie der nächste mit dem Titel „Bewertung: kein Problem“ mit 24 Codings versehen. Für diesen Bereich kann definitiv zusammenfassend gesagt werden, dass das Phänomen alkoholbedingter Problemlagen insbesondere durch marginale Gruppen verursacht, ein Phänomen ist, was als Teil der Gesellschaft entweder im Verhalten, zumindest aber in der Gruppierung selbst zu benennen ist. In diesem Fall taucht auch immer wieder der Begriff Teilhabe auf.

⁴³ Hier kommt der Gedanke, ob die Altersverläufe des Alkoholkonsums nicht eine gewisse Ähnlichkeit mit den Delinquenzverläufen bei jungen Menschen aufweisen.

Spannend wird's dann insbesondere, wenn es auch junge Menschen betrifft und zwar dergestalt, dass deren Verhalten heute vielleicht so viel anders nicht ist wie es früher war:

Q, § 45: *„und bei den Jugendlichen habe ich immer manchmal den Eindruck, sie brauchen den Alkohol um in diese Stimmung, in diese Freizeitstimmung zu kommen, ja. Also der, der Alkohol ist Voraussetzung, um in die Wochenend- und Feierstimmung zu kommen. Und ich glaub, das ist vielleicht einfach der wesentliche Unterschied. Also sie verwechseln sie da vielleicht auch irgendetwas. Feiern ist gleich Alkohol ist gleich Konsum und es ist nicht begleitender Umstand sondern es ist Voraussetzung.“*

I, § 46: *„Ja was meinen Sie, wie kommen junge Menschen auf diese Denke?“*

Q, § 47: *„Ich weiß es nicht. Ich hab keine Idee. Irgendwo ist ja der Umgang sicherlich hat er sich verändert. Es gibt sicherlich Entwicklungen, die vorher schon gegeben waren. Ich denke jetzt vielleicht an Kollegen aus einem anderen [...] Stadtteil, wo es einen eigenen Fastnachts-Umzug gibt und die machen da mit ihren Jugendlichen aus ihrem Jugendzentrum immer so Motivwagen mit und die regen sich also auch immer darüber auf, dass dann die Bevölkerung aus diesem Stadtteil den Jugendlichen dann, wenn man da entlang marschiert, traditionsmäßig dann da die Schnäpse einschenkt und die ganzen Jugendlichen trinken dann da die Schnäpse. Ich glaube, das ist etwas, das hat vor 20 Jahren auch schon gegeben, ja.“*

Spannend ist der Brückenschlag zu sozialen Netzwerken im Internet

H, § 68: *„[...] und spüre das auch und ich denke es ist ein großes Interesse da, so ähnlich wie facebook auch, ist auch ein öffentlicher Raum in gewisser Weise, ein breit gestreuter Raum, dass die Jugendlichen heute auch ein Stück weit darauf gepolt sind, sag ich mal, programmiert sind auf größere öffentliche Räume und die möchten sie gerne auch besetzen. Das macht, das hören wir immer wieder von Jugendlichen, das macht einfach Spaß, so durch die Gegend zu schlendern und zu gucken wer ist alles da. [...] was natürlich auch ganz positiv klingt und der Sichtweite des jugendlichen Stubenhockers widerspricht. Und sie möchten dabei nicht irgendwo abgeschoben werden sondern dann auch im Zentrum und an attraktiven Plätzen sein (H, §§ 85 ff).“*

Zentraler Satz von O. war z.B. „das Miteinander ist was ganz wichtiges, der Mensch ist ein soziales Wesen“.

Resilienz/Bewertung: kein Problem

Was ein Teil von Bürgern und Verantwortlichen und insbesondere die direkt betroffenen als erhebliche Störung und eben als Problem und in vorliegender Studie konkret als alkoholbedingtes Problem wahrnehmen und darunter leiden mag aus Sicht anderer überhaupt kein Problem darstellen. Dieser Code wurde 24 Mal vergeben und entstand vor dem Hintergrund der großen Spanne an Meldungen von Problemlagen innerhalb der Erhe-

bung 1. Hier fiel nämlich auf, dass Städte oder Regionen kein Problem meldeten, bei denen man mit Sicherheit von solch einer Meldung ausging und andere kleine Dienststellen im ländlich strukturierten Raum nicht nur eine sondern mehrere Problemlagen meldeten. Mit dieser Spanne wurde deutlich, wie subjektiv die Wahrnehmung bezüglich alkoholbedingter Problemlagen sein kann und es macht es somit auch nötig, auch in der Tiefenanalyse Spreu vom Weizen zu trennen. So stellt sich über die Analyse heraus, dass die Fokussierung auf herausragende Problemlagen wie in Freiburg oder Heidelberg richtig war und darüber hinaus es bei dem Gesamtuntersuchungsraum möglich wurde, Kriterien für das ganze Land herauszukristallisieren. Gleichwohl ist es unabdingbar, einen Blick auf die Aussagen zu werfen, die es nicht als herausragendes Problem in ihrer Region oder in ihrer Wertung des Problems sehen. Dies stellt den Gegenpol zur Untersuchungsrichtung dar und ist somit gleichzeitig Basis und Erdung, um den problembehafteten Ausgestaltungen Maß und Ziel zu geben.

Die Vergabe des Codes fand immer dann statt, wenn Veranstaltungen oder ähnliches berichtet wurden, die ohne Problem und auch ohne großen begleitenden ordnungspolizeilichen Aufwand durchgeführt werden, berichtet wurden. Und es kann vorweggenommen werden, dass es hier nicht nur Codings bei Berichten aus Mannheim gab.

So wurde z.B. auch berichtet, dass an prominenter Stelle in einem Untersuchungsraum in diesem Jahr 2013 das Problem nicht mehr bestand. Die jungen Menschen hatten sich von dem attraktiven Ort entfernt. Sie hatten sich zwar einem anderen zugewandt. Aber hier ist nun zu zitieren:

H, § 40: *„[...] ich war jetzt ganz spontan mal in dieser Woche in der [...] -Straße. Ich habe Jugendliche, junge Erwachsene gesehen, die auch mit einer Bierflasche dasaßen, also es ist die wunderschönste Location [...] muss man einfach auch sagen und es war ruhig und es war kein Gemotze. Es wurden keine Bürger irgendwie dumm angemacht, sondern es war wirklich ruhig und in sich gesittet und ich denke, dass diese Entwicklung hat sich in den letzten zwei Jahren hier in [...] wirklich ergeben.“*

Anschließend wird in diesem Teil des Interviews deutliche Hinweise auf ein funktionierendes Netzwerk und damit verbundene Präventionsaktivitäten gegeben. Die Subjektivität wird in nachstehendem Zitat deutlich:

S, § 8: *„Für mich ist das jetzt kein Problem. Ich kann das aber verstehen, dass sich dann ältere Leute durch laute Hunde oder durch Leute, die von ihrem Bild abweichen, dass sie sich durch sie gestört fühlen, ja. Das Problem ist hier aus meiner Sicht, dass die Leute vermutlich bestimmte soziale Problemlagen haben. Das ist ja eher das Problem von den Leuten.“*

Aus tiefster Problemlage wird nachstehend berichtet:

A, § 5: *„Wenn man auch an Abenden durch die Altstadt geht, da ist das Bild von kerzenbeleuchteten Außenbewirtschaftungstischen von Leuten, die da das Bad in der Menge, das Flanieren genießen, dominierend.“*

Zur Problemwahrnehmung noch ein weiteres Zitat:

C, § 3: *„ich persönlich erlebe es jetzt nicht als besonders konflikthaft. Die Frage ist auch, ab wann man, oder wo die Problemdefinition beginnt. Ist das Problem schon, dass die Leute im öffentlichen Raum sind, ist es das Problem, dass die Leute im öffentlichen Raum sind und trinken und von daher, ich sage mal auffällig sind, aber genau so viel Leute in den Straßencafés sitzen und trinken. Da ist die Quote der Biertrinker sicherlich nicht geringer. Das Maß, die Menge ist wahrscheinlich unterschiedlich oder ist dann dort, wo innerhalb der Gruppierung Aggressionen entstehen, die oft aber in der Gruppe abspielen, dann aber das Ängste auslöst bei Leuten, die diese Durchgangsplätze das wahrnehmen und mir jetzt überhaupt nicht direkt bekannt bis auf ganz wenige Ausnahmefälle, wo es zu Anpöbeleien von Passanten gekommen ist.“*

Bemerkenswertes

Unter Bemerkenswertes wird alles subsumiert, was wichtige Bemerkungen sind, aber weder zu Problembeschreibung, zu Präventionsaufzählung noch zu repressiven Beschreibungen oder zu Resilienz gehört. Der Code „Bemerkenswertes“ hat drei Subcodes. Diese Subcodes heißen „Widersprüchliches“, „Kritik“ und „Ideen“. Alle drei Subcodes sind neu entstanden und sie sind in ihrer Anzahl von Codings bedeutend bis herausragend. Auffällig ist dabei, dass der meistverwendete Code mit 74 Codings der Code „Kritik“ ist. Dazu unter diesem Code dann mehr.

Bemerkenswertes/Widersprüchliches

Auswirkungen auf die Akzeptanz von eventuellen Verboten hat sicherlich immer das Verhalten der Vorbilder. Damit sind nicht nur Eltern gemeint sondern insbesondere diejenigen, die die Erwachsenen (aus Sicht der jungen Menschen) nach außen vertreten, also Politiker.

K, § 43: *„Es stimmt tatsächlich. Es gibt auch viele Jugendliche, die gesagt haben, auf der einen Seite werden wir weggescheucht, auf der anderen Seite wird ein Riesenweinfest in der Innenstadt veranstaltet [...]“*

Unter Widersprüchlichem wird auch erwähnt, wenn z.B. mit den Folgen des Alkoholkonsums mittels einer gelben Karte gedroht wird, dann aber diese Folgen so gut wie nie eintreten (vgl. M, §§ 99-102).

Widersprüchlich ist auch, wenn sich ein Jugendschutzteam aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammensetzt und dann der Polizeibeamte sich zurückziehen muss, will er nicht einer Strafverfolgungspflicht unterliegen

und gleichzeitig die anderen Mitglieder des Jugendschutzteams froh sind, dass ein Polizeibeamter dabei ist, da das Gegenüber ja nicht immer friedlich ist.

Widersprüchlich ist auch, dass immer wieder von jungen Menschen berichtet wird, die öffentliche Räume einnehmen und dabei sich exzessiv dem Alkohol hingeben und sich entsprechend verhalten. Gleichzeitig wird allerdings berichtet, dass es sich bei dieser Generation um jene handelt, die sich kaum noch vom Rechner trennt und sich lieber in virtuellen Welten denn in realen bewegt (vgl. Q, §§ 122-130).

Widersprüchlich, wiederum insbesondere hinsichtlich der subjektiven Wahrnehmung von Problemlagen, ist die Aussage eines Beteiligten, der über seine Stadt, welche eine ausgewiesene alkoholbedingte Problemlage nach Einschätzung vieler hat, berichtet, dass diese Stadt in seinen Augen nicht extremer wäre als andere (vgl. Q, § 7).

Ein anderer Hinweis auf ein absolut widersprüchliches aber gleichwohl auch sehr bezeichnendes Verhalten zum Umgang mit und Wertigkeit von Alkohol findet sich in folgendem Gespräch:

J, § 215ff.: *„[...]und das wäre der Unterschied zu illegalen Drogen, die, pönalisiert sind, ja, das ist kriminell. [...] Das ist, wird bestraft, allein wenn ich sie besitze. Also das ist eine ganz andere Wahrnehmung. Also wenn ich das tue muss ich so tun, dass es keiner mitkriegt und so weiter und so fort. Völlig andere Verhaltensweisen, aber Alkohol, was legal ist, ist das Einzige was wahrgenommen wird. Was die Leute wissen ist, ich muss aufpassen, Alkohol und fahren, das muss ich trennen, ja. Aber Alkohol trinken und die Freundin verschlagen, das ist, das wird nicht als, als, als abweichendes Verhalten oder so wahrgenommen, sondern das gehört dann dazu. [...] sondern das entschuldigt noch die Tat. Das habe ich halt gemacht, weil ich getrunken hab.“*

Eine wirklich nicht unbedeutende Widersprüchlichkeit ist folgende: Insbesondere in den Altstädten von Heidelberg und Freiburg aber sicher auch in allen anderen Bereichen in denen viele Gaststätten auf engem Raum sich befinden wird das Problem thematisiert, dass beim Wechsel von einer Gaststätte zur nächsten Lärm gemacht wird, Verunreinigungen stattfinden und damit einher geht der Wunsch, dies zu unterbinden und auch die Personen möglichst nicht vor der Gaststätte stehen zu haben. Im Zusammenhang mit den Interviews wurde allerdings auch deutlich, dass es in verschiedensten Städten des Landes Veranstaltungen gibt, also städtisch geplante und überregional beworbene Veranstaltungen, die genau dies fördern. In diesem Fall werden sogar öffentliche Verkehrsmittel mit den Eintrittskarten für die teilnehmenden Gaststätten nutzbar gemacht. Solche attraktiven Angebote, die natürlich auch nicht nur an diesem Abend den örtlichen Gewerbetreibenden und der Stadt als solches gut tun sondern auch die Stadt und ihre Schönheit und Attraktivität auf längere Zeit hinaus bewerben, findet selbst im Untersuchungsraum statt.

Widersprüchlich ist auch, dass von einem Interviewpartner das Problem beschrieben wird, es würde zu nachtschlafender Zeit kein öffentliches Verkehrsmittel mehr die Stadt verlassen und so käme es, dass junge Besucher der Stadt in dem Problembereich verbleiben müssten. Ein anderer Interviewpartner berichtete für seinen Bereich, das insbesondere nach Schließung der Gaststätten erheblicher Lärm durch Passanten, also junge Menschen entstehen, die auf dem Weg zum öffentlichen Verkehrsmittel seien. Ein dritter Interviewpartner berichtet, dass sie vermutlich in ihrer Innenstadt deshalb kein Probleme hätten, da die letzte Straßenbahn schon sehr früh die Stadt verlässt und somit potentielle Besucher von vornherein wissen, dass sie die Stadt nicht so einfach verlassen können und deshalb schon gar nicht die Innenstadt aufsuchen. Attraktive und besuchenswerte Gaststätten, insbesondere Discotheken befinden sich bei dieser Region allerdings auch außerhalb der Innenstadt.

Ein weiterer Widerspruch in sich ist der Hinweis auf eine hochpreisige Innenstadt, genau dort, wo die alkoholbedingte Problemlage besteht. Ein Blick in den Mietspiegel für die Städte Freiburg und Heidelberg ergibt in Freiburg ein mittleres jedoch nicht günstiges Preisniveau. Ein Blick in den Mietspiegel für Heidelberg ergibt ein gehobenes Preisniveau im Problemgebiet. Dies wird in der Analyse insoweit als widersprüchlich erachtet, dass von Beschwerdeführern berichtet wird, dass es nachvollziehbarer Weise in den alkoholbedingten Problemlagen derart ruhestörend zugeht, dass man dort kaum zum Schlafen komme. Gleichzeitig wird aber berichtet, dass sich Wohnungen in der alkoholbedingten Problemlage kaum verkaufen lassen, aber nicht weil der Lärm zu groß ist, sondern weil die Preise zu hoch sind.

Dazu folgendes Interview, das allerdings vollständig anonym bleiben wird:

Frage: *„Wieso ist das hochpreisig?“*

Antwort: *„Die [...] Innenstadt?“*

Frage: *„Ja“*

Antwort: *„Ja das ist das teuerste Quartier hier.“*

Frage: *„Aber das ist doch so unangenehm zum Wohnen und zum Leben und zum Schlafen?“*

Antwort: *„Das wundert mich auch, gerade die eine, also ich weiß auch aus welcher Ecke die (unverständlich) im kommunalen Ordnungsdienst in [...] kommt, also ich weiß es nicht, ich vermute es, dass es eben aus der Fraktion der Hausbesitzer kommt, die ihre Mietpreise natürlich nicht wegen Lärmbelästigung mindern wollen, also das ist natürlich ein großes Interesse auch da. Aber grundsätzlich nach dem letzten Mietspiegel ist die Innenstadt immer noch sehr attraktiv und sehr gut bezahlt, genau und mir fiel es eben jetzt gerade vor dieser Ebene einer problematischen Kneipe, wo morgens um 05.00 Uhr die Trauben sich sammeln, dass da jetzt gerade*

wieder eine Wohnung verkauft wird, wo ich dachte, ja, das könnte es durchaus auch einen Zusammenhang geben, ja.[...]“

Frage: „Und wie ist die Preisrichtung für eine Wohnung?“

Antwort: „Ich habe jetzt keinen Quadratmeterpreis im Kopf, auf jeden Fall, dass ich sie mir nicht leisten könnte.“

Eine grundsätzliche Widersprüchlichkeit im Umgang mit Normen und auch mit dem Alkoholgenuss stellt sich bei folgendem Interview heraus, welches zur Fasnacht Stellung nimmt.

E, § 211: „Das Problem ist, dass die Jugendlichen nach der Befreiung von der Schule alle ins Zentrum gehen, alle und dann haben diese von allen Seiten, von allen Schulen kommenden Ansammlungen von Jugendlichen [...] und da gibt es ein kollektives Besäufnis, mittags um drei können sie die alle nicht mehr gebrauchen oder einen Teil. Die haben herumgekotzt, die haben alle, die waren mittags um eins schon alle hackedicht, ja und das kann natürlich auch nicht sein, ja und dann müssen wir, das ist natürlich alles so, sagen wir mal so, das ist wieder mein Problem, weiß, mein Problem, unsere Möglichkeiten als Landkreis sind da ja begrenzt. Das ist was Städtisches.“

Bemerkenswertes/Kritik

Unter dem Code „Kritik“ wurde alles gesammelt und verknüpft, was einen kritischen Unterton, gleich in welche Richtung, beinhaltet. Kritik wird hier in der qualitativen Analyse konstruktiv verstanden. Sie ist im Übrigen auch bereits mehrfach in anderen Codings zutage getreten und genannt. Insoweit wird sich die Analyse nun auf herausragende kritische Bemerkungen beziehen, denen es gemein ist, für die Analyse und für die Begegnung mit alkoholbedingter Problemlagen förderlich zu sein. Insoweit werden die nachstehenden Bemerkungen nur einen geringen Teil der insgesamt mit Abstand meisten Codings, 74 an der Zahl abbilden.

Um Rückschlüsse nicht zulassen zu können wird für diesen heiklen Bereich eine vollständige Anonymisierung vorgenommen.

Nachstehend werden zu viele Akteure in der Problemlage gesehen:

„[...] und es gab eine Nacht, wo wir [...] gelaufen sind. Da waren so viele, wir waren sechs Leute, wir haben zwei Dreier-Teams gemacht und das [...] war unterwegs mit mehreren Teams und die Polizei ist öfters mal herumgelaufen und dann waren wir [...] und ich habe gemerkt, dass eine Team ist gerade erst weg gewesen, das andere war noch unten, eine Streife fuhr unten vorbei und dann kamen auch noch wir und ich habe versucht mich her-

einzuversetzen, so dass ich eigentlich in Ruhe [...] und einfach mich unterhalten will und ständig kommt irgendjemand mit irgend einer Uniform, [...] würde ich irgendwann denken, oh Leute, lasst mich doch einfach, ich mach doch gar nichts. Ich würde mich provoziert fühlen.“

Auch unter dem Punkt „Kritik“ fällt, wenn berichtet wird, dass es einen Stadtplan für Jugendliche gibt, der zeigt, wo sie sich aufhalten können bzw. sollen. Kritisch ist das deswegen:

„[...] Places to stay, also eine Landkarte oder Stadtkarte wie für Jugendliche, wo sie den gewünscht sind. Es ist ein sehr Streitbares Instrument, ja, also es gibt ja nirgends, wenn man auf die Idee käme, so einen Stadtplan herauszugeben um zu sagen, nur Senioren dürfen da und da sich aufhalten, da sind sie ja auch von großen Diskussionsfragen bei Jugendlichen, macht man das? Das hat hier für sehr, sehr viel Diskussion gesorgt, diese Sache, aber genau das war es schon wert, da muss man einfach so sagen, zu sagen, kann ich Jugendliche ausgrenzen oder nicht? [...]“

Auch kritisch wird der Umgang mit Fördergeldern gesehen. So wurde bei einem bestimmten Förderprojekt kein Antrag gestellt:

„[...] ganz einfach, weil uns das wirklich nichts bringen wird. Korrigiere, weil uns was anderes wirklich mehr bringen wird. Das ist einfach eine langfristige Finanzierung als immer nur die Gießkanne „Fördertopf.“

In der Folge beschreibt der Interviewpartner, dass Fördergelder nicht abgerufen werden von einzelnen Projekten und andere Projekte aufwändig Gelder beantragt hatten, aber keinen Zuschlag bekamen. Weiter berichtet er von einem Fördertopf, für dessen Beantragung man drei Wochen maximal Zeit hatte zur Antragstellung.

„[...] und dann habe ich eine Förderung von irgendeinem Projekt für ein paar tausend Eurochen und dann ist es wieder vorbei und wie geht es weiter? Und unser Hoffen war, bisher immer, dass es von uns abgetreten wirklich eine weiterführende Förderung zu bekommen, auch vom Land. Also wenn man sich überlegt, wir sind seit neun Jahren privat finanziert.“

In der Folge beschreibt der Interviewpartner die Finanzierung und wie glücklich er ist, dass er über diese langfristige Planungssicherheit verfügt. Es gibt hier dann einige Parallelen zu dem Code „Langfristigkeit“ und insbesondere zu dem Code „Professionelles Netzwerk“. Er führt weiter aus:

„[...] als diese Gießkannengeschichte oder dieses Helikopterprojekt [...] wir denken längerfristig.“

Und als er das Helikopterprojekt erklären soll, was er darunter versteht, erklärt er:

„Ja, Helikopterprojekt ist einfach, der fliegt ein und schmeißt seinen Ballast ab, landet kurz und fliegt wieder weiter [...] ohne Landebahn zu bauen oder irgendwie eine Infrastruktur zu schaffen, sondern ich komme mal schnell und rette die Welt und gehe wieder und das hat uns einfach gestört an diesem Projekt, [...]“

Manche Kritik ist gut nachvollziehbar und knüpft an Entwicklungen in der Gesellschaft und der Wahrnehmung der Gesellschaft als solches an:

„[...] ich denke, was sieht man bei einem Fassanstich usw. Sieht man, was weiß ich, Honoratioren, die das Bierfass anstecken. Was sieht man, was weiß ich, wenn Bayern München mal wieder Meister geworden ist? Im Grunde Bierduschen. Also ich denke, das sind ja alles solche Bilder. Wir leben ja in einer Welt, wo wir uns von Bildern inspirieren lassen, wo ich so denke, ja, da wird auch was vorgelebt, was interessant ist, was gut ist usw., was erfolgreich ist. Und in dem Zusammenhang mit Alkohol, ist da auch so, ich denke, es wäre ganz wichtig auch wenn wir umdenken auf dieser Ebene letztendlich zu erhalten. Es geht mir nicht darum sozusagen, ja, eine Sprudelrepublik sozusagen. [...] Es muss ein, ein, ich sag’s mal so, ein verantwortungsvoller Umgang auch in diesen Gremien auf allen Ebenen auch sein. Und wie gesagt, der Fassanstich, der kann auch mal anders aussehen, ja. [...]“

Dieses Thema mit einer gewissen notwendigen Skandalisierung zumindest Zeichensetzung im Zusammenhang mit Alkoholgenuss in der Öffentlichkeit, dieses Kriterium, welches kritisch betrachtet wird, taucht mehrfach in den Interviews auf. Es wird aber nicht weltfremd kommuniziert, sondern es wird klar der Bezug zum Kulturgut Alkohol hergestellt. Gleichwohl scheint ein gewisser Automatismus zwischen Feiern und Alkoholgenuss zu stehen. Dieser Automatismus könnte durchbrochen werden, so die Botschaften aus der Analyse. Ein weiteres Beispiel:

„[...] und was mir noch ein Anliegen ist, ist auch wirklich, dass wir dieses, den Umgang mit Alkohol auch hochtragen können bis in die politische Ebene hinein. Also wir haben nach wie vor es in der Stadt, also und das spielt schon auch eine Rolle. Ich glaub, das hat Signalwirkung bei jungen Leuten, wenn wir Erwachsene anders mit Alkohol umgehen als wir es tun, ja, weil dann immer kommt „ja, ihr macht ja auch euer Ding, wir wollen auch“. Ich glaube das muss noch mehr auch in die politischen Köpfe, dass wir Vorbilder sind im Umgang mit Alkohol und Signale setzen können. Ja, auch natürlich so ein Fassanstich, der ändert nichts, dass da jemand Alkohol trinkt. Aber es ist ein Signal, dass man Feste auch anders eröffnen kann als mit Alkohol. Aber da sind wir dran und wir bohren Bretter in [...] und wir kriegen’s einfach nicht richtig hin.“

Das Problem als solches sachlich und auch lebenswirklich zu betrachten lässt folgendes Zitat zu:

„aber wenn mal hunderte oder tausende von Menschen [...] der schlechten Luft in der Kneipe entfliehen und sich auf die Straße stellen und miteinander reden, nur reden, dann ist das ein enormer Lärmpegel in den oberen Wohnungen und entsprechend ist das natürlich auch von den Bewohnern [...] wird das, sag ich jetzt mal am Anfang sicher geschätzt. Deshalb zieht man dahin, später, wenn man vielleicht aus dem Alter herausgewachsen ist, da empfindet man's dann zunehmend als lästig.“

Kritisch manch Präventionsprojekt gegenüber und in der qualitativen Analyse damit geeignet, einen differenzierten Blick darauf zu bekommen, ist folgendes Zitat:

„was natürlich keine klassische Präventionsmaßnahme mit dem anderen verstandenen Sinn ist, dass ich jetzt z.B. in die Altstadt gehe und irgendwelche Bierdeckel oder ähnliches verteile um dann ins Gespräch zu kommen mit irgend, mit Leuten, die unter Umständen ja andere sind. [...] also das sag ich ihnen, da bin ich sogar ein Gegner, ein dezidierter Gegner von solchen Ansätzen. Solche Ansätze sind meiner Meinung nach dazu da, den Menschen die sich gestört fühlen zu zeigen, dass es gute Menschen gibt, die sich um das Problem kümmern. Das ist für mich, da kann man manchmal wichtig sein, ich mach manchmal auch solche Sachen. Aber ich sag dann auch, warum ich so mach. Aber ich glaub auch, davon keinen vom Trinken abzuhalten, sondern ich geb da ein anderes Zeichen. Ich glaube, dass Menschen, die in die Altstadt kommen, die werden da nicht, die verlaufen sich nicht zufällig oder sind einem Sog unterlegen, dass sie dorthin gehen, die gehen gezielt dorthin. Die wollen an dem Abend entweder Essen gehen zum [...], zum [...] oder an [...] und dann hinterher [...] in den [...] oder wie die Kneipen auch alle heißen.“

In dem Interview wird allerdings noch deutlich ausgeführt:

„[...] wir sprechen da nicht von Jugendlichen. Wenn ich auf diese Leute zugehe, wo ich schon sehe, die kommen zu sechst, siebt, dann kann ich natürlich antizipieren, dass das nicht bei einem Bier bleibt, wenn die miteinander. Aber wenn ich da kommen würde und würde sagen „Hey Jungs, das mit der Trinkerei ist gut und schön, aber nach dem ersten Bier, komm, da setzen wir uns ein bisschen zusammen und spielen ein bisschen Schach“ oder „ich hab da einen Street Korbball montiert, da machen wir einen Streetballkontest“. Da würde ich mir vorkommen wie ein Clown, weil das ist, das ist absolut Sozialromantik, wenn man meint, Menschen, die mit klarem Vorsatz feiern wollen, wenn man auf die eingeht und sagt macht doch was anderes. Also ich sag jetzt mal, bei, bei ich halte das Bier, ich halte das für völlig unrealistisch.“

Noch zum Thema Fassanstich:

„[...] also wir hatten lang schon, schwebt uns vor, mal eine Seite zu dokumentieren also mit schönen Bilderrahmen und entweder unseren Sozial- oder auch unseren Oberbürgermeister zu überreichen, auf wie viel Fassanstichen diese Herren abgebildet sind [...] das letzten Endes diese Alkoholpolitik bei jedem anfängt und die Vorbildfunktion der Erwachsenen, also ist mindestens so wichtig wie die Intervention mit den jungen Menschen. Es nutzt nichts, wenn wir mit den unter 27jährigen tiefschürfenden Gesprächen über Risiken von Alkoholkonsum führen, wenn nebensächlich hier das Fass angestochen wird und entsprechende Partystimmung verbreitet wird. Also wir sind keine Abstinenzler, wir wollen jetzt auch nicht jedes Weindorf verbieten oder ähnliche Dinge machen, aber grundsätzlich sollten sich Personen, die im öffentlichen Leben eine Verantwortung haben, da schon ein bisschen überlegen, wo die Vorbildfunktion eigentlich beginnt und wie man sich in der Öffentlichkeit auch präsentiert. Das sehen wir auf jeden Fall so.“

Kritisch und passend zu dem vorher vergebenen Code „Widersprüchliches“ ist ein neuerlicher Hinweis auf die Wahl des Lebensmittelpunktes:

„Diese Flaniermeilen, die neuen, die haben natürlich eine eigene Problematik. Ich finde es ein wunderschöner Platz. Ich finde es sehr lebendig. Ich finde das Problem, natürlich bin ich nicht betroffen, weil ich da nicht wohne, ja, aber ganz persönlich denke ich, die wenigsten die dorthin gezogen sind, dass ich an eine so exponierte Lage eine Wohnung kauf, der muss damit rechnen, dass er da nicht ganz jetzt völlig ungestört lebt ja.“

In dem Zusammenhang, dass Kontrolle von Normen stattfindet und wer dies letztendlich macht, ob Polizeivollzugsdienst oder z.B. kommunaler Ordnungsdienst, ist natürlich auch ein nennenswerter Punkt:

„[...] und trinken einer und sind dann halt auch mal laut und die kappeln sich auch mal untereinander und wenn jemand vorbeiläuft kriegt er halt eine blöde Bemerkung [...] so was passiert ja dann, wenn wir entsprechendes Level erreicht haben ja auch. Der eine oder andere uriniert dann halt doch mal in der Öffentlichkeit. Wenn sie das der Polizei sagen, sie sollen sich dort intensiv drum kümmern, dann wird die Polizei das vor dem Hintergrund ihres eigentlichen Auftrags, das Strafverfolgen der Kriminalitätsbekämpfung bei der Personalausstattung wie sie hier in der Regel gibt nicht nachhaltig tun können. Das machen die nicht. [...] ja, selbst wenn der [Chef] sagt, ihr macht das jetzt, dann wird das trotzdem auf der Ebene, die das machen, nicht wirklich so ankommen, da die ständig dort sind. Einen Dienst der sich um Ordnungsstörungen kümmert [...] den wir in der Hand haben, das ist ganz genau.“

Kritische Stimmen gibt es auch zum Streetwork in Problemgebieten mit einer Eventszene. So wird nachvollziehbar berichtet, dass Streetwork Beziehungsarbeit ist. Da es sich aber bei der Eventszene um ständig wechselnde Klientel handelt, kann dort keine Beziehungsarbeit aufgebaut werden.

Kritisch wird hier nochmals ein Alkoholverbot gesehen:

„jetzt die Maßnahmen, die ja diskutiert werden von Alkoholverboten, die kann man in unserer Situation, können sie sich nur auf die Trinkerszene beziehen. Es ist völlig undenkbar, die Partyszene mit Alkoholverboten zu erreichen. Sie können nicht die ganze Altstadt [...] darauf hin überwachen, ob da ein Jugendlicher mit einer Flasche Bier in der Hand unterwegs ist. Das ist nicht möglich.“

Bemerkenswert ist allerdings zu dieser Aussage, dass festgestellt werden kann, dass es von einem Mitarbeiter kam, der gute Kenntnisse über ordnungspolizeiliche Maßnahmen hat.

Folgende Kritik bezieht sich ganz klar auf die allgemeine Sperrzeitverkürzung seit 01.01.2010:

„Ja, wie gesagt ich bleibe in der Unterscheidung Partyszene und Alkoholikerszene. Bezüglich der Partyszene, ich weiß, dass es kein sehr realistischer Vorschlag ist, aber ich meine, man muss nochmals überdenken, wie die Sperrzeiten in Gaststätten richtig sind. Also man hat durch die Aufhebung der Sperrzeiten viel ausgelöst in dieser Richtung. Der Innenminister hat es kürzlich auch mal angesprochen, offensichtlich ist er auch jetzt zwischenzeitlich sensibilisiert für dieses Thema. Das rückgängig zu machen wird sehr schwer sein, aber ich möchte es doch als Thema ansprechen. Ich weiß, da wird einem entgegen gehalten, ja, die Gaststättenbehörde, ja, hat ja die Möglichkeit im Einzelfall die Sperrzeit wieder zu verlängern, also um ein paar Anordnungen, aber dieser Einwand der zieht nicht, weil die Gaststättenbehörde nur dann eingreifen kann im Einzelfall, wenn gerade in diesem Einzelfall schwere Verstöße nachgewiesen werden, sonst würde es juristisch nicht halten. Und gerade das ist ja nicht, also nur im Ausnahmefall das Problem. Das Problem ist im Regelfall, dass viele Gaststätten lange offen haben und die Gäste dann auf dem Heimweg laut sind und da im Einzelfall was zu unternehmen ist schwierig oder eigentlich fast nicht möglich. Und deswegen ist die Entscheidung diese gesetzliche Regelung ist ein Problem, die andere mit dem Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen war sinnvoll.“

Weiter beklagt sich ein Interviewpartner eben über den Umstand, dass gesetzliche Regelung dann nichts bringen, wenn sie nicht ausreichend kontrolliert werden. Er begründet dies mit seiner Stadt die, welche wohl polizeilich so aufgestellt ist, dass der Streifendienst heute schon nicht ausreicht. Und er meint:

„[...] wenn sie dann gesetzliche Alkoholverbote für bestimmte Bereiche erlassen wollen und der Vollzug ist nicht, oder das kann nicht ausreichend kontrolliert werden.“

Ein Interviewpartner, der in der gleichen Funktion ist, berichtet von dem Problem, dass hier Fehlinformationen über mögliche Maßnahmen laufen, er meint:

„[...] der neuen Regierung fehlt der Mut, entgegen von Parteitagsbeschlüssen, wo jeder weiß, wie die zustande kommen, die Sache noch einmal in die Hand zu nehmen und den Städten die Möglichkeit zu eröffnen, dass sie nämlich eigenverantwortlich entscheiden. Und das ist auch die Krux in der ganzen Diskussion, das Glaubensdebatten im Landtag laufen unter der Überschrift „der Landtag führt jetzt ein Alkoholverbot ein“. Das ist vollkommen Quatsch, das ist eine Desinformation, die immer wieder gefahren wird, sondern es geht eigentlich darum die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.“

Bemerkenswertes/Ideen

Der Code „Ideen“ erfuhr 49 Codings. Hier wurde verlinkt und zusammengeführt, was interessante Ansätze sein könnten oder von den Interviewten als solche gesehen wurden. Es ist somit im Prinzip nichts anderes als ein Ideenpool.

In diesem Bereich finden sich gute Hinweise, dass sich die Interviewpartner kompetent in ihrer Profession bewegen, sich Gedanken machen und hierbei auch konstruktive Vorschläge entwickeln können. So fällt bei dem ersten Coding bereits auf, dass eine enge Verknüpfung zum Thema „Raumangebot“ gegeben ist. Die Ideen kamen in aller Regel im Zusammenhang mit der Frage nach dem Zaubern bzw. ob dem Interviewpartner am Ende noch was einfällt, was er gerne gesagt hätte. Ein Teil davon ist bei diesem Interviewpartner konkret der Wunsch nach einem Raumangebot, um junge Menschen sehr niederschwellig ansprechen zu können.

Sicherlich eine Idee, bei allen kritischen Bemerkungen, ob es auch einen Stadtplan für Senioren gäbe, wo die sich aufhalten dürften, ist das Aufzeigen von „Places to stay“.

Grundsätzlich ist es eben so eine gute Idee, ein gut installiertes und langfristig und somit professionell hauptamtlich vertretenes Netzwerk bekannt zu machen. Dieses findet sich bei M, §§ 62-64. Die eigentliche Idee die dahinter steckt ist, dass es eben der langfristigen Anlage und somit Finanzierung bedarf, will ich kontinuierliche Arbeit fortsetzen und nicht jedes Mal von vorne beginnen. Dieser Interviewpartner zeigt wenig später in seinem Interview auch auf, dass es eine gute weil sinnvolle und funktionierende Idee ist, nur Platz jungen Menschen zur Verfügung zu stellen, um ihnen Gelegenheit zum Austausch zu geben, ohne sie gleich zu betreuen. Dies wird vom Interviewpartner in den §§ 196 ff gut begründet, indem er dort auf das Engagement bei der Ver-

kehrsüberwachung hinweist und den Vergleich zur Überwachung des Jugendschutzes zieht. Eine weitere Idee wäre, bei der Alkoholprävention ebenso Maßstäbe anzulegen wie beim Nikotinkonsum. Beim Nikotinkonsum ist es ja verboten, unter 18 Jahren in der Öffentlichkeit zu rauchen. Die Werbung hierzu ist verboten. Der Genuss harter Alkoholika ist ebenso unter 18 verboten, eine Werbung dafür darf erfolgen.

M, §§ 200 ff: *„[...] also die Lobby der alkoholproduzierenden Industrie, das ist so ein Thema für mich persönlich. Was mich wirklich beschäftigt, Beispiel: „Jägermeister“. Zu unserer Zeit hat das die Oma, die wirklich ein Alkoholproblem gehabt hat irgendwo [...] immer die gleiche Flasche Jägermeister geholt und hat die dann irgendwo heimlich getrunken, weil sie Stress gehabt hat mit ihrem Mann, war so bei uns im Dorf ja [...] und heute ist es das Kultgetränk, weil die so viel Marketing und so viel Geld reinstecken in die Imagekampagne, dass es die Kinder super finden, ja oder solche Werbung höre wie Käpt’n Jack, die Legende Käpt’n Jack, die aber gar keine Legende ist [...] also so Werbesachen, wo halt so was cooles draus gemacht wird. Das finde ich sehr schwierig.“*

Eine weitere Idee wurde geäußert, dass die Polizeibeamten oder Ordnungsmächte nicht am Rande einer Problemlage Präsenz zeigen, in dem sie dort in einem Kastenwagen stehen, sondern dass sie deeskalierend und offen durch die Problemlage sich bewegen:

„[...] das die einfach durch die Altstadt laufen und Präsenz zeigen. Das finde ich wäre vielleicht besser, als da so ein Haudrauf-Kommando zu haben, die also eingreifen, wenn es zu spät ist. [...] Wir wollen ja die Angst vor den Polizisten denen abgewöhnen. Wir wollen ja eigentlich, dass man die Polizisten als ganz normale Mitglieder der Gesellschaft sieht, die halt eben eine besondere Aufgabe wahrnehmen. Und wenn dann immer nur die Herrschaften im Kampfanzug dasitzen, die ja dann im Zweifelsfall den Gummiknüppel schwingen, da finde ich das andere, eigentlich, dieses, ja, Flagge habe ich vorhin schon mal gesagt Flagge zeigen [...] finde ich besser.“

Eine weitere Idee bezieht sich auf die Gesundheitsversorgung der marginalisierten Gruppen. Es wird berichtet, dass hier keinerlei gesundheitliche Versorgung selbst für chronische Krankheiten problemlos möglich ist:

U, § 245: *„[...] und das wär so was, wo ich sage, auch für eine chronische Krankheit wie Alkohol und nicht nur für so Notversorgungsgeschichten würde hier aus meiner Sicht einen großen Unterschied machen.“*

Die Installierung und damit verbunden sicher auch die finanzielle Absicherung werden von anderer Seite für eine langfristige Arbeit gewünscht. So wird von einer Art Präventionsverein, der vom bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Engagement lebt und in dem verschiedene Behörden vertreten sind, berichtet:

H, § 213: *„[...] und dadurch hatten die auf einmal [...] Präventionsgelder und Möglichkeiten, die das ermöglicht haben, dass wir solch einen Standort haben. So einen Standort will ich nicht verpflichtend machen,*

aber es wäre wünschenswert, wenn es in jedem Landkreis wäre und da könnt ihr auch so ein Präventionsgesetz, wo man einfach mit einem Mittel ausgestattet wird, ja, könnte man einen guten Anstoß geben, um so etwas ähnliches auch in den einzelnen Landkreisen ins Leben zu rufen.“

Auch J berichtet in den §§ 323 ff von der Problematik der Werbung für Alkohol. Er macht es ebenfalls am Beispiel der Marke „Jägermeister“ klar „das ist schick, das Zeug zu trinken“. Und weiter: „an dem Hebel wird [...] oder an der Schraube zu wenig gedreht. Also da denke ich, das, das hat schon ein bisschen damit zu tun, dass, dass die Alkohollobbyisten doch ganz gut unterwegs sind und in der Politik zu wenig Courage da ist, da entsprechende Werbeverbote oder so was durchzusetzen. [...] also die Verhältnisprävention [...] an politischer Stelle, dort wo es wehtun könnte. Die vermisse ich noch sehr. Das muss ich einfach sagen.“

Weitere Ideen beziehen sich auf die Einbindung aller, einschließlich der von Personen marginalisierter Gruppen, wenn es um die Lösung eines Problems wie z.B. eine alkoholbedingte Problemlage geht.

Die nächste Idee soll im Einzelnen aus dem Interview erfolgen:

A, § 69 ff: *„Ich tät, ich tät den Altstandanwohnern günstige Kredite anbieten, damit sie lärmgedämmte Scheiben einbauen und ansonsten würde ich an den Zeiten stark präsent sein, das sind die Zeiten, an denen die Kneipen langsam dicht machen und wenn die Leute heimgehen ein hohes Alkoholpotential bei einigen wenigen zum Tragen kommt, sowie das polizeiliche Lagebild das auch beschreibt.“*

Weitere Ideen sind gerade für marginalisierte Gruppen von Bedeutung und insbesondere dort für Alkoholabhängige, die es durchaus schwer haben, Zugang in Obdachloseneinrichtungen zu erhalten, da sie unter Umständen zwar in der prekären Wohnsituation sind, allerdings unzulässiger Weise alkoholisiert dort auftreten. Daraufhin bekommen sie Hausverbote und insoweit wäre darüber nachzudenken, ob man nicht einen Bereich, ob stationär, teilstationär oder offen installiert, der auch nass betrieben werden kann (vgl. C, § 9). Des Weiteren werden von diesem Interviewpartner Möglichkeiten aufgezeigt, wie Personen mit Alkoholproblemen sinnvoll und langfristig in eine Betreuung überführt werden könnten.

Ein weiteres Thema für den Code „Ideen“, ein Thema was vermehrt auftaucht, ist, das Problem mit einem messbaren Kriterium zu versehen. Hier ist verschiedentlich auf den Faktor „Lärm“ hingewiesen worden. Es werden Vergleiche mit dem Straßenverkehr gezogen und darauf hingewiesen, dass es dort höchstzulässige Bereiche gibt. Die Überlegung die angestoßen wird, ist, hier klare Grenzen zu ziehen und anhand dieser rechtliche Möglichkeiten abzuleiten.

Eine weitere Idee ist die bewusste Gestattung von Außenbewirtschaftung auf Plätzen, die bislang frei zugänglich waren und auch vielleicht von Menschen genutzt wurden, die hier selbst mitgebrachten Alkohol konsumieren. Durch die geregelte Außenbewirtschaftung wäre einfach der Platz umgewidmet und für den freien Zugang eben nicht mehr problemlos zur Verfügung, wie es nach Ende der Außenbewirtschaftungsgenehmigung dann von der Nutzung aussieht, ist allerdings unbekannt. In diesem Zusammenhang kommt bei der Analyse auch der Gedanke auf, dass neue oder überarbeitende Normen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Problem sich an Außenbewirtschaftungszeiten orientieren könnten, da zeitliche Beschränkungen für Außenbewirtschaftungen sicherlich eine nachvollziehbare und rechtlich sichere Begründung haben, die wiederum durchaus in der Störung der öffentlichen Ruhe liegen könnte. Was also für eine genehmigte Außenbewirtschaftung gelten mag, könnte auch für einen Raum der privat zum gleichen Zweck genutzt wird, gelten.

Des Weiteren gibt es Ideen zur alternativen Beschäftigung von Personen, jungen Menschen aus der Eventszene, die allerdings vorhin in dem Bereich „Widersprüchliches und Kritik“ als Sozialromantik kritisiert wurden. Weiter gibt es Überlegungen, über den Eintrittspreis bzw. über die Kosten für Alkohol den Zugang zu regeln.

Eine weitere Idee, die auch wie vereinzelte andere bereits praktiziert wurde oder wird, ist eine Parallelveranstaltung für junge Menschen mit speziellen Attraktionen, Musikangeboten und auch Getränke im zulässigen Rahmen nur für sie. Dies wird wohl verschiedentlich gut angenommen. So wurde auch bekannt, dass der Südwestfunk 3 (SWR 3) alkoholfreie Dance-Nights durchführt und mit der Öffnungszeit so flexibel ist, dass auch junge Menschen daran teilnehmen können. Solche Maßnahmen schließen junge Menschen nicht aus, sondern schließen sie ein und die Jugendlichen erfahren Wertschätzung (E, §§ 153 ff). Diese Veranstaltungen finden im Übrigen in Kooperation mit dem eigentlichen Festveranstalter statt, bringen jungen Menschen Spaß, erleichtern Sozialarbeitern Zugang und bieten dem privatwirtschaftlichem Partner Reputation.

Auch unter „Ideen“ findet sich erneut der Hinweis auf die Notwendigkeit eines kommunalen Ordnungsdienstes, der wie oben bereits geschehen, begründet wird.

Gerade vor dem Hintergrund, der Suche nach best-practice-Modellen wäre es durchaus sinnvoll der Problematik mit der Sperrzeitregelung zu begegnen, indem man sich die hier bekannte, Sperrzeitverlängerungen praktizierende Region näher betrachtet, sofern diese damit einverstanden ist. Dort wird wohl rechtlich eindeutig die Möglichkeit genutzt, die allgemeine Sperrzeitverkürzung im Einzelfall zu verändern und Sperrzeiten wieder zu verlängern (G, §§ 99 ff).

Zusammenfassung der Tiefenanalyse von Experteninterviews

Im Folgenden wird die qualitative Analyse bilanzierend dargestellt:

Die Analyse der Interviews zeigte die Notwendigkeit **professionell angelegter Netzwerke vor Ort**⁴⁴, um eine bessere Kooperation und Vernetzung auf kommunaler Ebene zu erreichen. Es wurde deutlich, dass die Bewältigung von alkoholbedingten Problemen dort leichter möglich ist, wo gut funktionierende Netzwerke installiert sind und gepflegt werden. Diese Maßnahme wurde als notwendig erkannt, unabhängig von der jeweils problemverursachenden Szene (Eventszene, marginalisierte Gruppen, etc.)

Im strategischen wie operativen Bereich bedarf es in der Begegnung mit alkoholbedingten Problemlagen aufeinander abgestimmter ganzheitlicher Lösungsstrategien mit regionalem Zuschnitt und überregionalem Austausch. Alkoholprävention wird als unabdingbarer Baustein erkannt. Das Problem besteht vor Ort und muss auch dort bewältigt und gelöst werden. Aufgrund der festgestellten „Wanderungsbewegungen“ der Eventszenen, dass also viele junge Menschen nicht am attraktiven Ort, der Partymeile, wohnen, würden generalpräventive Maßnahmen wie z.B. in Schulen in oder am Rand der Problemlage, hier am Ziel vorbeigehen. Dies macht im generalpräventiven Bereich eine gemeinsame Strategie sowie Informations- und Präventionspolitik notwendig. Diese hat einem ganzheitlichen Ansatz zu folgen und bedarf ebenso der überregionalen Abstimmung. Beispielhafte Maßnahmen in guten Kooperationen können „Fair-Fest/Festkultur“⁴⁵, das „Halt-Projekt“⁴⁶, „b.free“⁴⁷ sein. Bei Maßnahmen ähnlich „Gelbe Karte“, „Jugendschutzteam“ oder auch „Nachtwanderer“ ist genau darauf zu achten, wer welche Funktion hat und ob angedrohte Maßnahmen auch konsequent durchgesetzt werden können.

Die Professionalität zeigt sich insbesondere in der Hauptamtlichkeit derer, die das Netzwerk gründen und pflegen sowie in der Langfristigkeit von Projekt- und Netzwerkanlage, z.B. im Rahmen eines sozialpolitischen Korsetts. Verlässlichkeit und Abstimmung aller Partner einschließlich derer, die betroffen sind, behördlich, privat wie gewerblich scheint zwingende Voraussetzung für verständige und gedeihliche Zusammenarbeit. Hierzu gehört auch die Intensivierung des Dialogs zwischen Problemlagenverursacher (insbesondere bei lokal ausgeprägten Problemlagen) und allen Betroffenen. Es ist ein „Runder Tisch“ aller Beteiligten zu empfehlen, der nicht erst mit einer Problemlage sondern, tatsächlich präventiv (weil zuvor) gegründet wird, also pro aktiv besteht

⁴⁴ Gemeindebasierte kooperative Präventionsmaßnahmen mit deutlichsten Effekten zur Prävention alkoholbedingter Gewalt (vergl. Literaturanalyse im Rahmen dieser Studie)

⁴⁵ <http://www.fairfest.de/neue-festkultur>

⁴⁶ <http://www.halt-projekt.de/>

⁴⁷ <http://www.b-free-rotary.de/>

und Verstetigung erfahren kann. Solche Runden Tische scheint es zwar verschiedentlich zu geben, sie alle mit Leben zu füllen und zu erhalten wäre die zukünftige Aufgabe.

Projekte sind insbesondere dann kritisch zu sehen, wenn sie begrenzte Laufzeiten haben. Das Problem einer gewissen Affinität zum Alkohol ist ein gesellschaftliches, betrifft insbesondere junge Menschen, die noch Einflüssen unterliegen und ist somit genauso permanent wie es immer junge Menschen geben wird. **Generalpräventive Maßnahmen**, gleich welcher Art, müssen deshalb unabhängig von Laufzeiten bestehen. Es zeigte sich auch, dass im Bereich von Sozialarbeit und Suchtberatung die langfristige Anlage von Angeboten eine Beziehungsarbeit erst ermöglicht. Eine langfristige Anlage ist somit nicht nur im Zusammenhang mit Netzwerkarbeit sondern auch mit der individuellen Hilfe vor Ort als bedeutend zu beschreiben.

In diesem Zusammenhang sollte auch auf eine gezielte **Öffentlichkeitsarbeit** zur Vermeidung von Diskriminierungen oder bevölkerungsbeunruhigenden Situationsdarstellungen hingewirkt werden. Dies betrifft eine skandalisierende Berichterstattung über auffällige marginalisierte Gruppen ebenso wie Medienberichte über das Verhalten junger Menschen. Gerade junge Menschen stehen stets im Fokus des öffentlichen Interesses. Ihre "Taten" lassen sich gut und einfach medial nachzeichnen und stellen ein Quell nie versiegbarer Emotionalität und Betroffenheit dar. Die Berichte über soziale Auffälligkeiten lassen sich „reißerisch“ aufmachen und führen zu einer pauschalen negativen Bewertung der heutigen Jugend (vergl. Hübner et al. 2012, S. 435; Viehmann 2010, S. 359; Kury 2011, S. 9).

Auch der Umgang mit Alkohol sollte in den Medien differenziert dargestellt werden, da die Wahrnehmung und Einstellung der Bevölkerung auch zu örtlichen Problemlagen erkennbar durch Presseberichterstattungen beeinflusst wird. Dies trifft nach der Analyse im Übrigen ebenso auf den problemverursachenden Personenkreis zu, da meist von Jugendlichen gesprochen wird, die im Rahmen der Eventszene unterwegs sein sollen (s.o.). Die Meinung, dass zum Feiern Alkoholgenuss gehört, ist weit verbreitet, wird zuhause wie in der Öffentlichkeit vorgelebt und von jungen Menschen nachgeahmt. Die positive Wirkung von Medien wäre zu nutzen. Dies kann beispielsweise durch alkoholfreie Empfänge, dem Verzicht auf Fassanstiche oder anderen Zeichensetzungen erfolgen.

Bereits **vorhandene Normen** bedürfen der konsequenten Verfolgung bei Nichteinhaltung. Positive Erfahrungen bestehen, wo entsprechende Ressourcen wie z.B. ein kommunaler Ordnungsdienst geschaffen wurden bzw. vorhanden sind. Das Instrument der Sperrzeitenflexibilisierung wird als sehr wirksam angesehen. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen, dass moderate Sperrzeitregelung insbesondere Risikokonsumenten beeinflussen und gelegentlich beobachtete negative Effekte ausschließen können (Babor et al. 2005). Genehmigungen zur

Sperrzeitverkürzung können an Auflagen wie z.B. Schulungsangeboten für Schankpersonal gebunden werden. Auch zeigt sich eine restriktive und wohl durchdachte Konzessionsvergabe als wirksames Instrument, regionale Problemlagen zu entzerren bzw. deren Entstehung entgegenzuwirken. Stadt- oder Bauleitplanungen wären ebenfalls ein Instrument, hoch attraktive Örtlichkeiten so zu gestalten, dass ein einvernehmliches Nebeneinander der Interessen von Anwohnern, Gewerbetreibenden und Besuchern erreicht werden kann. Die Konzessionsvergabe hat wie die Flexibilisierung von Sperrzeiten und vielen anderen Ergebnissen aus dieser Analyse Auswirkung auf die Verfügbarkeit von Alkohol. Die Einschränkung der Verfügbarkeit alkoholischer Getränke wird als die wirksamste Maßnahme zur bevölkerungsweiten Reduktion des Alkoholkonsums und alkoholbedingter Schäden betrachtet (vgl. z. B. Babor 2005). Der Zusammenhang zwischen Dichte von Verkaufsstellen und Gewaltvorkommnissen ist für den internationalen Bereich gut belegt. Selbst auferlegte Verkaufsbeschränkungen, z.B. keinen hochprozentigen Alkohol zu später Stunde, wären behördlichen Auflagen vorzuziehen. Die Erarbeitung könnte an den multidisziplinären Runden Tischen erfolgen.

Die Analyse der Interviews erbrachte auch die Erkenntnis der vermuteten Nichtwirksamkeit von **Alkoholkonsumverboten** im öffentlichen Raum, da Problemlagen durch Eventszenen nicht ausschließlich auf den Alkoholgenuss im öffentlichen Raum zurückzuführen sind. Wenn qualitativ auf die Transkriptionen von Expertenmeinungen geschaut und nach der Wirksamkeit einer Alkoholverbotsverfügung im öffentlichen Raum gesucht wird, interessieren Wünsche und Vorbehalte nur ganz am Rande. Die Suche nach Schilderungen, die einen kausalen Zusammenhang zwischen Alkoholgenuss im öffentlichen Raum und dem entstehenden Problem hergestellt haben, verlief ergebnislos. In den Interviews werden die Probleme, auch die Örtlichkeiten und das Verhalten der Verursacher beschrieben. Hinsichtlich einer Bestimmtheit, wer für Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Belästigungen, oder auch Müll verantwortlich ist, mangelt es. Es muss resümiert werden: Es stünden Personen nicht mehr mit der Flasche oder mit dem Glas in der Hand im öffentlichen Raum, das Problem würde aber weiterhin bestehen. Menschen ziehen trotzdem von Gaststätte zu Gaststätte, von Diskothek zu Diskothek, Menschen sind alkoholisiert und verhalten sich entsprechend laut und unordentlich, sie warten auf Einlass beim Türsteher oder Bäcker oder auf die Straßenbahn oder sie rauchen ihre Zigarette, etc. Die Experten befürchten mehrfach Verdrängungseffekte durch ein entsprechendes Verbot, da Alkohol mit Feiern sehr wohl in kausalem Zusammenhang steht ebenso wie Alkohol und normüberschreitendes Verhalten. Wo der Alkohol aber getrunken wird, sei letztendlich gleich. Lösungsmöglichkeiten werden überwiegend in verschiedenen anderen Maßnahmen, die in der Analyse beschrieben werden, gesehen. Das Verbot tritt hinter diesen deutlich zurück und wird als Lösung für die alkoholbedingten Problemlagen einer Eventszene als unwirksam analysiert. Es werden vielmehr besagte Verdrängung und somit Verlagerung des Alkoholkonsums sowie Kriminalisierungseffekte erwartet.

Eine weitere zentrale Erkenntnis der Analyse ist die Feststellung der **Attraktivität der Örtlichkeiten**, oder wie es ein Gesprächspartner nannte: „Wo Tauben sind fliegen Tauben hin“. Heidelberg und Freiburg aber auch Ravensburg haben mit ihrer hohen Attraktivität als Stadt und Ausflugsziel zu kämpfen. Sie unterliegen ihrer überregionalen Magnetwirkung. In allen drei genannten Städten verdichten sich die Attraktionen in den Altstädten⁴⁸. Offensichtlich ist dort mit Gästen gutes Geld zu verdienen, weshalb sich eine große Zahl von Gaststätten etablierte. Die Kehrseite der o.g. Entwicklung sind nun die negativen Begleiterscheinungen, die andere Seite der Medaille.

Das Thema Attraktivität gibt es aber nicht nur im Zusammenhang mit einer Art „Feiertourismus“ sondern es konnte belegt werden, dass sich auch marginalisierte Gruppen gerne an attraktiven, weil schönen Orten aufhalten, „Teil der Gesellschaft“ sein wollen und Jugendliche Orte aufsuchen, wo gilt: „sehen und gesehen werden“. Der Wunsch nach Räumen, in denen sich problembehaftete Zielgruppen aufhalten können, wird nachvollziehbar geäußert. Es handelt sich insbesondere bei den marginalisierten Gruppen um die Schaffung alternativer Attraktivitäten, aber auch junge Menschen erfahren „places to stay“⁴⁹.

Im Grund genommen weist die Analyse der Interviews eine einfache Botschaft aus, will man Problembereiche „befrieden“: Attraktive Orte unattraktiv machen und Alternativen schaffen. Dies kann auch durch einzelne bauliche Veränderungen erfolgen, sei es durch Schaffung oder Abschaffung von Sitzgelegenheiten. Aber auch am Beispiel nicht vorhandener Flaniermeilen wie in Mannheim kann aufgezeigt werden, dass alkoholbedingte Problemlagen einer Eventszene nur im Rahmen von Straßenfesten und auch nur kurzzeitig bestehen können. Inwieweit dies kommunal gewollt ist, z.B. Konzessionen entsprechend zu verteilen, um keine Ballung entsprechender Angebote zuzulassen, bleibt abzuwarten. Gerade der Vergleich der Informationen über Mannheim, Heidelberg und Freiburg hat deutlich gezeigt, dass man sich entscheiden muss, was man fördert oder erhält und man dann mit der jeweiligen Begleiterscheinung auch umgehen muss. Der Gedanke einer langfristigen Bauleitplanung und/oder einer wohlüberlegten Konzessionsvergabe ist vor diesem Hintergrund nicht von der Hand zu weisen.

Die Wahrnehmung der alkoholbedingten Problemlagen ist in der Analyse ganz unterschiedlich. Es wird viel Verständnis für Anwohner und Passanten geäußert aber auch darauf hingewiesen, dass es eben die o.g. Kehrseite der Medaille ist (Eventszene in regional hoch attraktivem Bereich) oder im Grunde kein Problem darstellt

⁴⁸ Diese Attraktivität zeigt sich im Übrigen auch in den Mietspiegeln.

⁴⁹ Bsp. Singen/Hohentwiel: http://inciti.net/data/departement/2/bob_skp_jugendwegweiser.pdf; zugegriffen am 10.12.2013

(Marginalisierte Gruppen als Teil der Gesellschaft). Es wird in der Analyse deutlich, dass es überwiegend eine öffentliche bzw. politische Diskussion ist, die jeweils geführt wird. Diese Diskussion findet in den Medien oder entsprechenden Gremien statt. Andere Wahrnehmungen oder Wertungen wie eben beschrieben treten eher in den Hintergrund.

Sozialarbeit sollte gestärkt werden, ob im Rahmen von Streetwork oder Suchtberatung, im Rahmen von Anlaufstellen oder auch initiativ. Sozialarbeit scheint weniger bei akuten Problemlagen geeignet zu sein, diese zu bewältigen. Genau hier wird die Gefahr gesehen, dass sich Sozialarbeit "polizeilicher" Aufgaben annimmt. "Strafende und sanfte Kontrolle verfolgen dementsprechend geradezu identische Ziele, nämlich die - mehr oder weniger verdeckte - Disziplinierung abweichender Karrieren und die Herstellung eines als erwünscht erachteten, konformen Sozialcharakters (vergl. Lukas/Hunold 2011, S. 375). Sozialarbeit begleitet und stützt u.v.m. Sie gehört mit ihrer Fachkompetenz auf jeden Fall eingebunden (Netzwerkpartner) und ihr Angebot im Rahmen ihrer Profession sollte gerade bei generalpräventiven Maßnahmen permanent ausreichend gegeben sein. Ihre Interventionsfähigkeiten mögen bei einer Eventszene beschränkt sein, ein notwendiges Hilfeangebot für marginalisierte Gruppen oder für Jugendgruppen kann Sozialarbeit allemal bieten. Letztendlich bedarf es auch hier des regionalen Zuschnitts, des örtlich angepassten Angebots. Erfahrungen sollten in die aktive Netzwerkarbeit einfließen, wobei klar sein muss, dass Sozialarbeit keine ordnungspolizeilichen Aufgaben wahrnimmt.

Ebenso wie bei vorliegenden alkoholbedingten Problemlagen ein Zeitenwandel festgestellt und von allen Beteiligten erklärt wird, so ist auch das Ergebnis dieser Untersuchung nur ein Momentausschnitt einer Lebenswirklichkeit. Gleichwohl können diese Erkenntnisse Grundlage für Maßnahmen längerfristiger Art sein.

Gesamtfazit zu den Hauptproblemen von drei unterschiedlichen Gruppierungen

Grundsätzlich stellen Lärm und Müll die dominierenden (dunklere Farbe) negativen Begleiterscheinungen über alle Problemlagen hinweg dar. Marginalisierten Gruppen werden überwiegend durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten auffällig. Zudem wirken sie für Außenstehende visuell störend und sicherheitsbedrohend. Hingegen sind bei Party- und Eventszenen neben der Begehung einer Vielzahl von Ordnungswidrigkeiten auch vermehrt Vandalismus und Aggressionsdelikten festzustellen.

Probleme	Event Party	Trinker	Jugend
Lärm			
Müll			
Vandalismus			
Belästigungen (Anpöbeln, Beleidigungen)			
OWI			
Straftaten			
Visuelles Problem			
Bedrohung Sicherheitsgefühl			

stark

mittel

gering

Maßnahmenkatalog

Nach der fachlichen Prüfung und Aufarbeitung der Maßnahmen soll nun im Folgenden neben dem von der Arbeitsgruppe als besonders umsetzungswürdig identifizierten Maßnahmenpaket auch die weiteren Erfolg versprechenden Ansätze zur präventiven und repressiven Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum vorgestellt werden. Der folgende Maßnahmenkatalog beinhaltet Bewertungen und Ergebnisse aus

- einer internationalen Literaturanalyse, durchgeführt unter der Leitung von Prof. Dr. Görden an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster
- zwei Befragungen bei den Polizeidienststellen und Kommunen in Baden-Württemberg (vgl. Datenerhebung 1 zu den Problemlagen in Baden-Württemberg und Datenerhebung 2 zu Bewältigungsmaßnahmen in Baden-Württemberg)
- einer Bevölkerungsbefragung von 2.137 Anwohnern in alkoholbedingten Problemlagen in Heidelberg und Ravensburg
- der Analyse von 20 Experteninterviews.

Anmerkungen zum Maßnahmenkatalog

Tabellarisch werden Maßnahmen vereinfacht und verkürzt dargestellt. Leere Zellen bei der Bevölkerungsumfrage resultieren daraus, dass die Maßnahmen nicht Gegenstand der Befragung waren. Ausführliche Erläuterungen liefern der vorliegende Forschungsbericht der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen und der Forschungsbericht der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

		Wissenschaftliche Analyse	Polizeidienststellen und Kommunen	Bevölkerung	Experten
	<i>Beispiele für Maßnahmen</i>	Literaturauswertung	zwei Erhebungen	Anwohnerbefragung (% Beantwortung)	Interviews
Verfügbarkeitsreduzierende Maßnahmen	<i>Beschränkung der Verkaufsstellendichte</i>	+	khD	18.5%	+
	<i>Einschränkung der Verkaufszeiten (Einzelhandel)</i>	+	+	29.2%	+
	<i>Einschränkung der Öffnungszeiten (Gastronomie)</i>	+	+	23.5%	++
	<i>Gesetzliches Mindestalter – kein Alkohol unter 18 Jahre</i>	++	khD	75.9% ⁵⁰	khD
	<i>Alkoholsteuern /Preispolitik</i>	++	khD	21.2%	+
Maßnahmen in Gaststätten	<i>Schulung für Gaststättenpersonal - Kein Ausschank an erkennbar Betrunkene, Konfliktvermeidung, Deeskalation</i>	+ i.V.m. poliz. Kontr.	khD		++
	<i>Freiwillige Regeln, Selbstverpflichtung, gewaltreduzierende Hausregeln</i>	+ i.V.m. poliz. Kontr.	+		+
	<i>Konsequente Verfolgung und Ahndung gaststättenrechtlicher Bestimmungen/JuSchG</i>	++	++		++
	<i>Auflagen bei Lizenzvergabe</i>	+	khD		+
	<i>Moderate, gestaffelte oder flexible Sperrzeiten</i>	+	khD		++
	<i>Besucherzahlbeschränkungen (Selbstverpflichtungen)</i>	khD	khD		khD

Legende: ++: hoch wirksam; +: wirksam; nw: nicht wirksam; khD: keine hinreichende Datenbasis, i.V.m: in Verbindung mit.

polizeiliche und ordnungs- politische Maßnahmen	<i>Alkoholverbotszonen, Mitführverbot (Lokale Konsumverbote)</i>	khD	+	31.1%	nw
	<i>Präsenz, Personenkontrollen</i>	+	++	68.8%	++
	<i>Aufenthaltsverbote, Platzverweise, Erlass kommunaler Satzungen bspw. zur Benutzung von Spielplätzen und Grünanlagen</i>	khD	+ (nicht Event)	53.5%	+ (i.V.m. Angeboten für marginalisierte Gruppe)
	<i>Kommunaler Ordnungsdienst</i>	khD	++		++
	<i>Alkoholtestkäufe</i>	+	khD		nw
Generalpräventive Programme zur Erziehung und Überzeugung	<i>(Schulische) Alkoholerziehungsprogramme</i>	programmabhängig	+	57.1%	+ (wenn überregional)
	<i>Werbeverbote</i>	+	khD		++
	<i>Warnhinweise</i>	khD	khD		khD
sekundärpräventive Behandlung und Frühintervention	<i>Kurzintervention für Hochrisikokonsumenten</i>	++	khD		++
	<i>Behandlung von Alkoholproblemen</i>	+	khD		++ (marginalisierte Gruppen)
	<i>Pflichtbehandlung bei wiederholter Auffälligkeit</i>	khD	khD		+
	<i>niedrigschwellige Angebote (aufsuchende Sozialarbeit)</i>	khD	+		+ (Event) ++ (marginalisiert)
	<i>Beratungsangebote</i>	khD	+	43.4%	+
gemeindebasierte kooperative Präventionsmaßnahmen	<i>Professionelle und langfristige Netzwerke (interdisziplinär, hauptamtlich), Runde Tische</i>	+	++		++
	<i>Streetwork, mobile Jugendarbeit (aufsuchende Sozialarbeit)</i>	khD	++		+
	<i>Austausch zw. Verursacher und Beeinträchtigte</i>	+	+		++
	<i>Kommunikation mit Bürger und Anwohner</i>	khD	khD		++

Sensibilisierungsmaßnahmen	<i>Relativierung der Negativpresse</i>	khD	khD		++
	<i>Öffentlichkeitswirksame Ankündigungen von Maßnahmen</i>	(+)	khD		+
	<i>Vorbildverhalten kommunaler Entscheidungsträger</i>	khD	khD		++
bauplanerische Maßnahmen	<i>Alternative Räumlichkeiten/Örtlichkeiten</i>	khD	khD		++
	<i>Bauleitplanung (Vergnügungs-/Wohnviertel)</i>	(+)	khD		++
	<i>Schließung von Grünanlagen, Schulhöfen</i>	khD	+		khD
	<i>Abbau Sitzplätze</i>	khD	khD		+ (nur i.V.m. Alternativen)
	<i>Öffentliche Toiletten</i>	khD	khD		+

Literatur⁵¹

Atteslander, Peter / Cromm, Jürgen (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Verlag Walter de Gruyter

Babor, Thomas; Caetano, Raul; Casswell, Sally; Edwards, Griffith; Giesbrecht, Norman; Graham, Kathryn; Grube, Joel; Gruenewald, Paul; Hill, Linda; Holder, Harold; Homel, Ross; Österberg, Esa; Rehm, Jürgen; Gmel, Gerhard; Uhl, Alfred; Fröhner, Friederike (2005): Alkohol - Kein gewöhnliches Konsumgut. Göttingen, Bern, Wien, Toronto, Seattle, Oxford, Prag: Hogrefe Verlag

Babor, Thomas; Winstanley, Erin (2008): The world of drinking: national alcohol control experiences in 18 countries. In: *Addiction* 103(5), S. 721 - 725

Böhmer, A. (2013). Prekäre Sozialräume und bisher unveröffentlichte Studie der Hochschule Ravensburg, Weingarten.

Diekmann, Andreas (2008): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 19. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag

Hübner, Gerd-Ekkehard; Kerner, Stefan; Kunath, Werner; Plana, Heide (2012): Mindeststandards polizeilicher Jugendarbeit. In: *ZJJ Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 4/2012, S. 430 - 435

Kury, Helmut (2011): Jugendgewalt in unserer Gesellschaft - Entwicklungen und Folgen. In: Dölling, Dieter (Hrsg): Jugendliche Gewaltdelinquenz - Beteiligte und Reaktionen. Heidelberg: Eigenverlag DVJJ Landesgruppe Baden-Württemberg, S. 7 - 40

Laging, Marion (2013): Lokale Alkoholpolitik in drei Gemeinden Baden-Württembergs. Ergebnisse einer qualitativen Begleitforschung. In: *prävention* 01/2013 S. 22-25

⁵¹ Es wird hier nur ein Abriss der verwendeten Literatur mit dem Schwerpunkt auf den qualitativ-empirischen Teil abgebildet. Die Ergebnisse stehen insgesamt in engem Zusammenhang mit der Literaturanalyse seitens der Deutschen Hochschule für Polizei

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz-Verlag

Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis. Neuwied: Luchterhand Verlag, S. 283-293

Strohs, Matthias (2013): Abwehr alkoholbedingter Gefahren. Handlungsbedarf und Gestaltungsspielraum bei der Gesetzgebung der Länder. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Viehmann, Horst (2010): Die große Illusion. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 4/2010, S. 357 - 362

Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>, zuletzt besucht am 11.12.2013

Anlagen

Fragebögen zu den Datenerhebungen 1,2,3



„Lebenswerter öffentlicher Raum“

Alkohol und Gewalt: eine Analyse des Forschungsstandes zu Phänomenen, Zusammenhängen und Handlungsansätzen

Thomas Görgen & Sabine Nowak

Deutsche Hochschule der Polizei (Münster)

AG „Lebenswerter öffentlicher Raum“

Dezember 2013

Inhalt

1.	Einführung	1
1.1.	Untersuchungsfragestellung	1
1.2.	Methodisches Vorgehen	1
1.3.	Alkohol als Alltagsdroge und soziales Problem – einführende Bemerkungen	2
2.	Alkohol und Normverletzung	5
2.1.	Alkoholkonsum und delinquentes Verhalten	5
2.1.1.	Befunde aus Deutschland	5
2.1.2.	Internationale Studien	6
2.2.	Befunde zu Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und Gewalt und Aggression	7
2.2.1.	Studien aus Deutschland	9
2.2.2.	Internationale Studien	10
2.3.	Zwischenfazit	21
3.	Fokus auf den öffentlichen Raum	23
3.1.	Studien aus Deutschland	24
3.2.	Internationale Studien	25
3.3.	Zwischenfazit	33
4.	Prävention und Repression	35
4.1.	Studien aus Deutschland	37
4.1.1.	Ordnungsrechtliche und gesetzgeberische Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene	38
4.1.2.	Präventionsprojekte in Deutschland	41
4.1.3.	Zwischenfazit: Alkoholpräventionsprojekte in Deutschland	46
4.2.	Internationale Studien	47
4.2.1.	Verfügbarkeit: Verkaufszeiten	48
4.2.2.	Preisgestaltung	53
4.2.3.	Alkoholfreie Zonen	56
4.2.4.	Maßnahmen in Gaststätten	59
4.2.5.	Polizeiliche Maßnahmen	64
4.2.6.	Kombinierte Maßnahmen auf Kommunalen Ebene – Community Action Plans	67
5.	Zusammenfassung	72
5.1.	Alkoholpräventive Maßnahmen: Überblick	73

5.1.1.	Verfügbarkeitsreduzierende Maßnahmen	73
5.1.2.	Maßnahmen in Gaststätten.....	74
5.1.3.	Polizeiliche Maßnahmen	74
5.1.4.	Gemeindebasierte kooperative Präventionsmaßnahmen	75
5.1.5.	Alkoholverbotszonen.....	75
5.1.6.	Aufklärung und erzieherische Maßnahmen.....	76
5.2.	Effektivität alkoholpräventiver Maßnahmen im Vergleich.....	76
6.	Maßnahmenempfehlungen.....	79
6.1.	Ebene des Bundes	79
6.2.	Ebene des Landes und der Kommunen.....	79
Literatur		82

1. Einführung

Alkoholkonsum ist in fast allen Ländern weltweit verbreitet und kulturell verwurzelt. Alkohol dient und dient als Nahrungsmittel, Konsum- und Kulturgut, legale psychoaktive Droge und nicht zuletzt als Handels- und Exportgut (Babor et al., 2005). Alkohol ist jedoch auch eine toxische Substanz, deren Konsum mit unerwünschten Folgen einhergeht und die überdies abhängig macht. Dass übermäßiger Alkoholkonsum an der Entstehung gesundheitlicher Schäden wie Krebs-, Herz- und Lebererkrankungen beteiligt ist, ist inzwischen unbestritten. Schätzungen zufolge steht Alkoholkonsum mit ca. 9% der Gesamtkrankheitsbelastung in Europa in einem ursächlichen Zusammenhang (Österberg & Karlsson, 2002). Alkoholkonsum wird jedoch auch mit vielfältigen sozialen Folgen wie Gewaltdelikten, Verkehrsunfällen und beruflichen Fehlzeiten in Verbindung gebracht (vgl. etwa die Übersichten in Edwards et al., 1994, Babor et al., 2005). Alkohol ist demzufolge, wie Babor et al. (2005) feststellten, „kein gewöhnliches Konsumgut“.

1.1. Untersuchungsfragestellung

Der vorliegende Bericht nimmt – gestützt auf einschlägige Literatur - zwei Themen in den Blick. Zum einen wird der aktuelle Forschungsstand zu Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und Straftaten bzw. deviantem Verhalten aufgearbeitet. Zum anderen geht der Bericht der Frage nach Erkenntnissen zu präventiven und repressiven Maßnahmen zur Kontrolle und Minimierung von Straftaten bzw. deviantem Verhalten nach, deren Genese in Zusammenhang mit Alkoholkonsum steht.

Hervorgegangen ist der Bericht aus der Tätigkeit der unter Leitung des Innenministeriums Baden-Württemberg eingerichteten Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“. Zu den Zielen der Arbeitsgruppe gehört es, unter Berücksichtigung des wissenschaftlichen Forschungsstandes erfolgversprechende präventive und repressive Ansätze zur Bewältigung alkoholbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum zu identifizieren. Diese sollen in einem Maßnahmenpaket zusammengefasst, umgesetzt und nach einem definierten Zeitraum auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

1.2. Methodisches Vorgehen

Der Bericht konzentriert sich auf neuere deutsche Studien und auf das aktuelle internationale Schrifttum, soweit dieses in englischer (bzw. im Einzelfall auch in deutscher) Sprache vorliegt. Wie in vielen Forschungsfeldern sind auch hier wesentlich mehr Studien aus englischsprachigen Ländern als aus dem deutschen Raum verfügbar.

Angesichts der Vielzahl der vorhandenen Publikationen liegt der Schwerpunkt in einigen Bereichen auf Reviews und Metaanalysen. In anderen, wissenschaftlich bislang weniger intensiv durchdrungenen Bereichen, wird vornehmlich auf dort vorhandene Einzelstudien Bezug genommen.

Die Literaturrecherche erfolgte unter Nutzung einschlägiger Datenbanken, insbesondere PsycINFO, PubMed, Social Sciences Citation Index, NCJRS Abstract Database und KrimDok.

1.3. Alkohol als Alltagsdroge und soziales Problem – einführende Bemerkungen

Der vorliegende Literaturbericht stellt – nach allgemeinen Ausführungen zum Alkoholkonsum in Deutschland und zu seinen Rahmenbedingungen auch im europäischen Vergleich – Befunde zu Zusammenhängen zwischen dem Konsum von Alkohol und der Verletzung sozialer und rechtlicher Normen und Regeln dar. Dabei wird zunächst der Konnex zwischen Alkohol und Normbrüchen unterschiedlicher Art beleuchtet, bevor der Blick dann auf Gewaltphänomene konzentriert wird. In einem dritten Abschnitt werden besonders solche Studien betrachtet, die im Hinblick auf den öffentlichen Raum Fragen des Zusammenhangs von Alkoholkonsum und sozialschädlichen Verhaltensmustern (bei denen es sich meist, aber nicht ausschließlich um Gewaltphänomene handelt) analysieren.

Der zweite große Bereich des Berichts ist solchen Studien gewidmet, die sich mit Maßnahmen in Bezug auf mit Alkoholkonsum assoziierte Probleme auseinandersetzen. Wie auch in anderen Feldern sozialer Intervention liegen häufig nur in begrenztem Umfang aussagekräftige Evaluationsstudien vor. Entsprechendes gilt aus nahe liegenden Gründen in noch stärkerem Maße für systematische Reviews und erst recht für Metaanalysen.

Alkohol ist eine in Deutschland wie in den meisten Ländern außerhalb des islamischen Kulturkreises legal gehandelte und konsumierte psychoaktive, berauschende und potenziell suchterzeugende Substanz. Im Unterschied zu nahezu allen anderen Substanzen, die – als Drogen oder auch als Medikamente im Umlauf – die genannten Merkmale aufweisen, ist sie nur in eher geringem Maße Reglementierungen unterworfen. Rechtliche Einschränkungen beziehen sich vornehmlich auf das Alter der Käufer und Konsumenten sowie auf die Teilnahme am Straßenverkehr. Auch der Konsum von Alkohol am Arbeits- oder Ausbildungsplatz ist reglementiert. Insgesamt aber lässt sich feststellen, dass Alkohol in Deutschland eine weit verbreitete, nahezu überall und jederzeit erhältliche, gesellschaftlich relativ akzeptierte und insgesamt recht preisgünstige berauschende Substanz ist.

Entsprechend hoch ist der Konsum hierzulande. Daten hierzu präsentiert das jährlich von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. veröffentlichte „Jahrbuch Sucht“. Dort berichten Gaertner, Meyer, John & Freyer-Adam (2013), dass der Alkoholverbrauch je Einwohner (alle Altersgruppen) im Jahr 2011 bei 9.6 Litern reinen Alkohols lag. Gegenüber dem Jahr 2000 (damals 10.5 Liter pro Person) bedeutet dies immerhin einen Rückgang um fast einen Liter, gegenüber dem Jahr 1980 sogar eine Reduktion um 3.3 Liter jährlich. Gleichwohl ist die aktuelle durchschnittliche Konsummenge – angesichts der Einbeziehung aller Altersklassen und eines typischen Alkoholgehalts von Bier in einer Größenordnung von 5% und von Wein von ca. 12% - beträchtlich. Der langfristige Rückgang des Konsums bezieht sich vor allem auf einen geringer gewordenen Bierkonsum. Etwas gesunken ist auch der Verbrauch von Spirituosen; hingegen sind die Konsummengen von Wein und Schaumwein relativ stabil. Gaertner et al. (2013) weisen darauf hin, dass der Rückgang des Konsums auch vor dem Hintergrund einer Alterung der Gesellschaft gesehen werden muss. Im Vergleich von 33 europäischen Staaten liegt Deutschland hinsichtlich des Alkoholverbrauchs in der Bevölkerung ab 15 Jahren an 13. Stelle (Anderson, Møller & Galea, 2012), ist also ein Land mittlerer Konsummenge (etwa auf einem Niveau mit Österreich, Dänemark, Frankreich oder Spanien). Deutlich höher belastet sind vor allem die Staaten Osteuropas, aber auch Irland. Geringer ist der Konsum zum Teil in den skandinavischen Ländern (allerdings kaum in Dänemark und Finnland), aber auch etwa in Belgien, den Niederlanden und Italien (Kraus, 2012).

Die Besteuerung von alkoholischen Getränken in Deutschland ist - mit Ausnahme der Schaumweinsteuer - im Vergleich mit EU-Ländern relativ niedrig. Wein wird in Deutschland nicht

besteuert, während in der EU für einen Hektoliter Wein im Durchschnitt 548 € an Steuern anfallen (Lehner & Kepp, 2013, S. 14).

Der Anteil der Menschen mit so genanntem riskantem Alkoholkonsum wird in der Altersgruppe zwischen 18 und 64 Jahren auf 16.5% der Bevölkerung (18.5% bei den Männern, 14.3% bei den Frauen) geschätzt, ihre Zahl auf 8.5 Millionen (Kraus & Pabst, 2010). Unter riskantem Konsum wird bei Männern ein täglicher Konsum von mehr als 24 g Reinalkohol verstanden; bei Frauen liegt die Grenze bereits bei 12 g. Als alkoholabhängig gelten in Deutschland ca. 1.3 Millionen Menschen. Der Epidemiologische Suchtsurvey 2006 (vgl. Pabst & Kraus, 2008) schätzt die Prävalenz von Alkoholabhängigkeit in der Altersgruppe zwischen 18 und 64 Jahren auf 3.4% bei Männern und 1.4% bei Frauen.

Epidemiologische Studien zeigen immer wieder, dass der Konsum von Alkohol auch bereits unter jungen Menschen weit verbreitet ist. In der Europäischen Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen (European School Survey Project on Alcohol and Other Drugs – ESPAD; siehe Kraus, Pabst & Piontek, 2011) gaben lediglich 6.4% der befragten Schülerinnen und Schüler (Jungen: 4.9%; Mädchen: 7.6%) der 9. und 10. Klasse an, noch nie Alkohol konsumiert zu haben. In den letzten 30 Tagen vor der Befragung hatten 23.7% der Jungen und 25.6% der Mädchen nach eigenen Angaben keinen Alkohol konsumiert. Hinsichtlich der Prävalenz von Alkoholkonsum unterschieden sich dabei die Schulformen nur wenig. Zum Teil finden Erfahrungen mit Alkohol in extrem frühem Alter statt. So fanden Wills, Sandy & Yaeger (2001) in einer Stichprobe von Schülerinnen und Schülern von Elementary Schools in den USA eine Prävalenz von Alkoholerfahrung von 30%; 2% der Kinder berichteten, mindestens einmal im Monat Alkohol zu konsumieren. Die Stichprobe hatte ein Durchschnittsalter von gerade einmal 11.8 Jahren.

Alkohol und individuell wie sozial schädliches Verhalten werden seit Jahrtausenden miteinander in Verbindung gebracht. Im alttestamentarischen Buch der Sprüche heißt es "Wer hat Ach, wer hat Weh, wer Zänkereien, wer Klage, wer Wunden ohne Ursache, wer trübe Augen? Die spät beim Wein noch sitzen, die einkehren, um den Mischkrug zu erforschen." (Kittel, 1997, S. 1306).

Entsprechend liegt Literatur zu gewaltfördernden Effekten von Alkoholkonsum mittlerweile in nahezu unüberschaubarer Menge vor (vgl. u.a. Boles & Miotto, 2003; Bushman, 1997; Bushman & Cooper, 1990; Ito, Miller & Pollock, 1996; McMurrin, 2013a; Pernanen, 1991; Parker & Auerhahn, 1998; Rossow, 2001). Dabei sind Gewalthandlungen wiederum ein eher begrenzter Ausschnitt aus den unerwünschten Folgen problematischen Alkoholkonsums, zu denen auch chronische Erkrankungen, akute Intoxikationen, Unfälle in einer Vielzahl von Kontexten (Verkehr, Haushalt, Arbeitsplatz, Freizeit etc.), Leistungsprobleme in Beruf, Schule, Ausbildung, Suizide, familiäre Probleme, sexueller Kindesmissbrauch in der Familie, finanzielle Probleme, riskante Verhaltensweisen, Vandalismus, Ruhestörung, Verkehrsverstöße etc. gehören (vgl. die Übersicht bei Kraus, 2012; zu den multiplen Folgekosten von Alkoholkonsum vgl. auch Kraus, Piontek, Pabst & Bühringer, 2011). In den unter Federführung der Harvard School of Public Health durchgeführten *Global Burden of Disease* – Analysen erlangt Alkohol als Risikofaktor wachsende Bedeutung. Umso erstaunlicher erscheint es – so Room (2013, S. 8) – dass Alkohol im Unterschied zu anderen psychoaktiven Substanzen kaum internationalen Kontrollen unterworfen ist, da er zugleich auch als wesentlicher Faktor sowohl für die Genese von Gewalt im öffentlichen Raum als auch für Gewalttaten, die durch ein geringes Maß an Sichtbarkeit gekennzeichnet sind, wie Kindesmisshandlung, Gewalt in Partnerschaften oder häusliche Gewalt gegen ältere Menschen zu betrachten ist (Bellis & Hughes, 2008, S. 138).

Zugleich griffe eine Perspektive, die Alkohol nur als Quelle von Problemen und als soziales Übel betrachtete, sicherlich zu kurz. Alkohol ist - im produzierenden Gewerbe wie in der Gastronomie und

im Handel - ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor und eine Quelle staatlicher Steuereinnahmen. Mäßigem Alkoholkonsum werden insbesondere mit Blick auf Herz-Kreislaferkrankungen auch positive gesundheitliche Effekte zugeschrieben (Rehm & Gmel, 2003; Murray et al., 2002). Alkohol ist ein Genussmittel, das zur Steigerung von Lebensfreude beitragen und als ein „soziales Schmiermittel“ wirken kann (vgl. Pashall, Freistheler & Lipton, 2005).

Im folgenden Kapitel wendet die Darstellung sich nun zunächst den Zusammenhängen zwischen Alkohol und abweichendem Verhalten, insbesondere Kriminalität und Gewalthandlungen, zu.

2. Alkohol und Normverletzung

Die Darstellung wendet sich nun dem Forschungsstand zu Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und normbrechendem Verhalten zu. Problematische Folgen von Alkoholkonsum und mit Alkohol assoziierte Schäden und Schädigungen werden in der Literatur zumeist mit Blick auf Gewaltdelikte betrachtet. Dabei beziehen sich deutsche und internationale Studien insbesondere auf Alkoholbeteiligung bei schweren Gewaltstraftaten, auf Substanzkonsum und Jugendgewalt sowie auf den Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt im sozialen Nahraum. In den folgenden Abschnitten werden zunächst einige Befunde zur Bedeutung des Alkoholkonsums bei delinquentem Verhalten insgesamt dargestellt, um im Anschluss auf den Zusammenhang von Alkohol und Gewalt engzuführen. Die Darstellung schließt mit einer Diskussion der Kausalität von Alkoholkonsum und Gewalt und stellt ergänzende und moderierende Einflussfaktoren vor.

2.1. Alkoholkonsum und delinquentes Verhalten

2.1.1. Befunde aus Deutschland

Im Jahr 2012 wurden in der polizeilichen Kriminalstatistik 280.351 Tatverdächtige als unter Alkoholeinfluss stehend registriert (2011: 277.894). Dies entspricht einem Anteil von 13.4% an allen bekannten Tatverdächtigen. Deutlich höher ist der Anteil alkoholisierter Täter im Bereich der registrierten Gewaltdelinquenz. Dort wurden von 144.339 aufgeklärten Fällen 46.302 Delikte (32.1 %) unter Alkoholeinfluss verübt; 2011 hatte der entsprechende Anteil 31.8 % betragen. Bei den Delikten der schweren und gefährlichen Körperverletzung (39.361 Fälle) lag der Anteil der (aufgeklärten) Taten, die unter Alkoholeinfluss begangen wurden, bei 35.2 % (Bundesministerium des Innern, 2013).

Darüber hinaus kommt dem Alkoholeinfluss eine große Bedeutung bei Straßenverkehrsdelikten zu (Egg, 2013). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stand im Jahr 2011 bei 1.8% aller polizeilich registrierten Unfälle (42.832 von etwa 2.4 Millionen) mindestens ein Beteiligter unter dem Einfluss berauschender Mittel. Gegenüber dem Jahr 2010 bedeutet dies einen Anstieg der Zahl der Unfälle unter Substanzinfluss um etwa 4%. Bei rund 39% dieser Unfälle (n = 16.731) kam es zu Personenschäden. Dabei wurden 15.085 Personen leicht und 5.853 schwer verletzt und es waren 422 Todesopfer zu beklagen. Unfälle unter Alkoholeinfluss haben zudem in Relation zu sonstigen Verkehrsunfällen besonders schwerwiegende Folgen. Während im Jahr 2011 bei 5,2 % aller Unfälle mit Personenschaden Alkohol eine Rolle beim Zustandekommen des Unfallereignisses spielte, gilt dies für 10.0% aller im Verkehr Getöteten. Auf 1.000 Alkoholunfälle kommen 25 getötete und 347 schwerverletzte Personen (Statistisches Bundesamt, 2012).

Jenseits des Bereiches polizeilich registrierter Formen abweichenden Verhaltens weisen Dunkelfeldstudien vielfältig auf Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Delinquenz hin. Dies gilt insbesondere für den Konnex von Alkohol und Gewalt, aber auch für die Wahrscheinlichkeit, mit Diebstahls- oder Sachbeschädigungsdelikten in Erscheinung zu treten (vgl. hierzu insbesondere die KFN-Schülerbefragungen; z.B. Baier & Pfeiffer, 2011; Baier, Pfeiffer, Rabold, Simonson & Kappes, 2010; Baier, Pfeiffer, Simonson & Rabold, 2009). In der deutschen Teilstudie der europäischen Studie *Jugendkriminalität und Jugendgewalt* (YouPrev) befragten Görgen, Taefi, Kraus & Wagner. (2013a) 2.186 im Durchschnitt 15-jährige Schüler zu eigener Delinquenz in den letzten zwölf Monaten. Dabei erwies sich der Konsum von Alkohol und Cannabis, neben schwach ausgeprägter Moralität

/Normakzeptanz, dem Umgang mit devianten Freunden und geringer elterlicher Supervision als signifikanter Prädiktor für Eigentumsdelinquenz.

2.1.2. Internationale Studien

Auch internationale Forschungsergebnisse zeigen Verknüpfungen zwischen Alkoholkonsum und delinquentem Verhalten auf. So identifizierten Fergusson & Horwood (2000) bei einer neuseeländischen Kohortenstichprobe signifikante Zusammenhänge von Alkoholmissbrauch mit Gewalt- und Eigentumskriminalität. Best et al. (2006) fanden in einer Befragung von 2.078 Londoner Schülern zwischen 14 und 16 Jahren Verbindungen zwischen exzessivem Trinken und der Häufigkeit von Rauchen, Cannabiskonsum, positiven Haltungen zu illegalen Drogen, geringen Bildungsaspirationen, Depressivität, Schulabsentismus und Delinquenz. Ähnliche Ergebnisse fanden auch Görgen et al. (2013b) in der europäischen *Youth Deviance and Youth Violence*-Studie. Sie identifizierten jugendlichen Alkoholkonsum und andere weit verbreitete Formen abweichenden Verhaltens (Drogengebrauch, Schulabsentismus, kleinere Diebstähle) als Entwicklungsphänomene, die viele Jugendliche gelegentlich und während bestimmter Abschnitte des Jugendalters zeigen. Martin (2001) beschreibt sowohl Alkoholkonsum als auch kriminelles und gewalttätiges Verhalten im Jugendalter als durch gemeinsame psychosoziale Risikofaktoren verbunden, unter die niedrige Bildungsaspirationen, hohe Toleranz für deviantes Verhalten, Wertschätzung von Problemverhalten im Freundeskreis und niedrige Eltern/Freunde-Kompatibilität fallen.

Die Beteiligung von Alkoholkonsum bei Straftaten kann für viele Deliktsbereiche durch polizeiliche Dokumentationen oder Befragungen von bekannten Straftätern (etwa Inhaftierte) erfasst werden. Allerdings können über diesen Weg nur angezeigte Delikte und Täter untersucht werden. Viktimisierungsbefragungen zeichnen ein genaueres Bild der Alkoholbeteiligung bei Gewaltdelikten. Die Frage, ob der Täter unter Alkoholeinfluss stand, kann allerdings von Opfern kaum beantwortet werden, wenn sie mit dem Täter / der Täterin nicht zusammengetroffen sind (wie etwa bei Tageswohnungseinbruch).

Für den Anteil von unter Alkoholeinfluss begangenen nicht-gewalttätigen Delikten liegen in erster Linie Daten von überführten Tätern vor. So gibt Martin (2001) auf der Grundlage von Selbstberichtstudien unter Tätern in den USA an, dass 38% der 1998 eine Freiheits- oder Bewährungsstrafe verbüßenden Täter eigenen Alkoholkonsum zur Tatzeit einräumten. Dabei variieren die Anteile der zur Tatzeit nach eigener Aussage alkoholisierten Täter stark: Während die wegen Gewaltdelikten verurteilten Befragten zu über 40% und die wegen so genannter Public Order Offences¹ Verurteilten in mehr als der Hälfte der Fälle zur Tatzeit unter Alkoholeinfluss standen, lag die Alkoholbeteiligung bei Eigentumsdelikten mit etwa einem Drittel und bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz mit etwa einem Viertel deutlich niedriger. Allerdings ergaben nachträgliche Berechnungen der Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit (auf Basis des selbstberichteten Konsums), dass die meisten alkoholisierten Täter stark betrunken waren; die durchschnittliche Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit unterschied sich auch nach Vollzugsform und lag zwischen 1,6 (Strafe zur Bewährung ausgesetzt) und 2,7 ‰ (in Staatsgefängnissen Inhaftierte; vgl. Greenfeld, 1998).

Felson & Staff (2010) untersuchten anhand von Daten des 1997 *Survey of Inmates of State and Federal Correctional Facilities* des U.S. Department of Justice zu 16.698 Gefangenen, welche

¹ Der Begriff umfasst u.a. Prostitution, Trunkenheitsfahrten, Verstöße gegen das Waffengesetz, Pornografie und Glücksspiel.

spezifischen Delikte in Verbindung mit Alkoholintoxikation stehen. Sie stellten fest, dass Rauschzustände stärker mit Delikten zusammenhängen, die eine persönliche Konfrontation beinhalten. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Sexualdelikte und Raubdelikte wurden häufiger unter Alkoholeinfluss begangen als andere Delikte. Auch Einbrecher, die eine Konfrontation mit ihren Opfern riskieren, standen bei der Tat zu einem größeren Anteil unter Alkoholeinfluss als Täter, die gegen Betäubungsmittelgesetze verstoßen hatten. Die Alkoholbeteiligung war am geringsten bei Diebstahls- und Drogendelikten, die keine persönliche Konfrontation beinhalten. Die Autoren interpretieren die Ergebnisse dahingehend, dass der Alkoholgebrauch den Tätern beim Umgang mit dem Risiko hilft, indem er Angst reduziert und potenzielle Folgen aus dem Blickfeld rückt. Gleichzeitig reduziert Alkoholintoxikation sowohl Empathie als auch Hemmungen, soziale Regeln in face-to-face-Begegnungen zu verletzen, wodurch sich die höhere Alkoholbeteiligungsrate bei Gewaltdelikten erklären lässt (Felson & Staff, 2010).

In einer neuseeländischen Kohortenstudie untersuchten Boden, Fergusson & Horwood (2013) den Einfluss von Alkoholmissbrauch und Alkoholabhängigkeit auf verschiedene Deliktsbereiche in der Phase zwischen dem 17. und dem 30. Lebensjahr. Bivariat standen Symptome für Alkoholmissbrauch und Alkoholabhängigkeit mit allen erfassten Deliktmustern, darunter Körperverletzung, Waffeneinsatz, (Einbruch-)Diebstahl, Sachbeschädigung/Vandalismus und Betrug in Verbindung. In einem komplexen multivariaten Modell erwiesen sich nur die Zusammenhänge mit Körperverletzungsdelikten auf der einen Seite und Sachbeschädigung / Vandalismus / Brandstiftung auf der anderen als statistisch bedeutsam. Boden et al. (2013) schließen daraus, dass Alkoholkonsum vor allem für eher impulsive Delikte von Bedeutung ist; sie führen rund 10% der in der Studie von den Befragten berichteten Körperverletzungs- und Sachbeschädigungsdelikte kausal auf Alkoholmissbrauch und Alkoholabhängigkeit zurück.

2.2. Befunde zu Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und Gewalt und Aggression

Wie das vorige Kapitel gezeigt hat, steht der Konsum von Alkohol in einem deutlichen Zusammenhang mit Delinquenz, wobei besonders starke Bezüge mit Delikten beschrieben wurden, für die eine impulsive Begehungsweise charakteristisch ist bzw. die das Risiko oder die Möglichkeit einer interpersonellen Konfrontation beinhalten. Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und aggressivem bzw. gewaltförmigem Verhalten stehen seit langem im Fokus der internationalen Forschung.

Eine Sichtung empirischer Befunde zu Verknüpfungen zwischen Alkoholkonsum und interpersonaler Gewalt zeigt, dass sowohl Täter als auch Opfer von Gewaltdelikten häufig unter Alkoholeinfluss stehen (vgl. etwa den Review von Rossow & Bye, 2013). In einigen Studien finden sich zudem Hinweise auf mit zunehmender Intoxikation steigende Schwere der Delikte und Auswirkungen (Graham, Osgood, Wells & Stockwell, 2006). Dabei liegen einschlägige Arbeiten insbesondere für den Bereich der häuslichen Gewalt (z.B. Leonard, 2001; 2005) und der sexuellen Gewalt (Abbey, 2011) vor.

Zusammenhänge von Alkoholkonsum und Gewaltdelikten zeigen sich nicht nur auf der individuellen Ebene, sondern auch im nationalen Kontext. Eine Auswertung aggregierter Zeitreihendaten für Norwegen (Bye 2007) in der Zeit von 1880-2003 zeigte deutliche Zusammenhänge zwischen Pro-Kopf-Alkoholkonsum und Gewaltkriminalitätsrate. Auch bei Kontrolle möglicher weiterer Einflussfaktoren fand Bye einen signifikanten Zusammenhang von Gesamtalkoholkonsum und Gewalttrate; ein Anstieg des Reinalkoholverbrauchs um einen Liter pro Kopf ging mit einem achtprozentigen Anstieg der registrierten Gewaltkriminalität einher.

Zudem weisen einige neuere Studien auch auf den Einfluss des Trinkkontextes hin. Danach ereignen sich Gewaltdelikte unter Alkoholeinfluss häufig an Orten mit allgemein hohem Alkoholkonsum (Rossow & Bye, 2013), insbesondere in Bars und anderen Gaststätten, die von Gästen mit starkem Konsum aufgesucht werden (vgl. Graham & Homel, 2008). Auch hier findet sich ein Zusammenhang zwischen selbstberichteter Gewalthäufigkeit und Pro-Kopf-Konsum von Alkohol, der gleichzeitig mit erhöhtem Risiko für aggressives Verhalten, Streit und Fahren unter Alkoholeinfluss einhergeht (Nyaronga, Greenfield & McDaniel, 2009; Wells, Graham, Speechley & Koval, 2005; Wells, Mihic, Tremblay, Graham & Demers, 2008). In diesen Kontexten sind somit stark Trinkende auch einem höheren Risiko ausgesetzt, als Opfer an Gewalthandlungen beteiligt zu werden. Als zeitlicher Schwerpunkt erhöhter alkoholassoziierter Gewalt, insbesondere für Ereignisse mit besonders hohem Konsum, lassen sich Wochenendnächte ausmachen (z.B. Teece & Williams 2000, Pridemore, 2004, für Russland). Studien, die selbstberichteten Konsum und Gewaltfrequenz messen, kommen typischerweise zu dem Ergebnis, dass diejenigen, die für einen definierten Zeitraum (etwa: die letzten 6 oder 12 Monate) starken Alkoholkonsum berichten, auch in stärkerem Maße in Gewaltvorkommnisse verwickelt sind, und zwar als Täter wie als Opfer. Dabei kommt Episoden sehr starken Alkoholkonsums eine besondere Bedeutung zu (vgl. u.a. Bye & Rossow, 2010; Hope & Mongan, 2011), und das Gewaltisiko steigt mit der Berausigungshäufigkeit (Dawson, 1997; Rossow, Pape & Wichstrøm, 1999; Wells, Graham & West, 2000).

Obwohl das Gewaltisiko unter sehr starken Trinkern am höchsten ist, machen sie nur einen recht kleinen Anteil an allen Alkoholkonsumenten aus. In der Folge heißt dies, dass starke Trinker zwar einen überproportionalen Anteil an allen Gewaltdelikten begehen; trotzdem sind, insgesamt betrachtet, mit Alkohol in Verbindung stehende Gewaltdelikte in der Mehrzahl nicht auf Extremkonsumenten, sondern auf gemäßigte Trinker zurückzuführen (vgl. etwa Poikolainen, Paljärvi & Mäkelä, 2007; Rossow & Romelsjö, 2006). Dieser Umstand wird auch als „Präventions-Paradoxon“ bezeichnet und hat Implikationen für die praktische Prävention, die – auch unter Gesichtspunkten der Reduktion von Gewaltvorkommnissen - nicht alleine auf starke Trinker ausgerichtet werden sollte.

Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewaltdelikten lassen sich nicht nur für die individuelle Ebene und in besonders risikobehafteten Trinkkontexten ausmachen. In einem aktuellen Review berichtet Kraus (2012) für mehrere Studien einen linearen Zusammenhang zwischen dem Durchschnittskonsum in der Bevölkerung eines Landes bzw. einer Region und dem polizeilich registrierten Gewaltniveau (vgl. etwa die Arbeiten von Dawson, 1997; Rossow, 2000; Wells, Graham & West, 2000) sowie der selbstberichteten Gewalthäufigkeit (Skog & Bjørk, 1988; Lenke, 1990; Norström, 1993, 1998). Bezüge zwischen dem durchschnittlichen pro-Kopf-Konsum eines Landes und der Belastung durch Gewaltkriminalität zeigen sich dabei in aktuellen Studien mit besonderer Deutlichkeit für Tötungsdelikte (Rossow, 2001; 2004; Bye, 2008). Zudem wurden in einigen Untersuchungen bedeutsame Zusammenhänge zwischen starkem Alkoholkonsum und häuslicher Gewalt (z.B. Gilchrist et al., 2005) bzw. der Misshandlung oder dem Missbrauch von Kindern in der Familie gefunden (z.B. Rossow, 2000). Verknüpfungen zeigen sich auch zwischen Alkoholkonsum und sexueller Gewalt. In einem Review kommt Abbey (2011) zu dem Ergebnis, dass sich der Zusammenhang am deutlichsten für Personen mit einer Disposition zu aggressivem Handeln zeigt und dass Alkoholkonsum vor allem den Tatzeitpunkt beeinflusst, weniger die Frage, welche Personen zu Tätern werden und welche nicht.

Im Folgenden werden deutsche und internationale Forschungsbefunde dargestellt, um im Anschluss weitere Faktoren zu diskutieren und zu einer abschließenden Einschätzung zu gelangen.

2.2.1. Studien aus Deutschland

Eingangs wurde bereits angeführt, dass für die polizeilich registrierte und aufgeklärte Gewaltkriminalität in Deutschland der Anteil von Delikten unter Alkoholeinfluss bei etwa einem Drittel liegt. An repräsentativen Viktimisierungssurveys, die das Dunkelfeld in Bezug auf die Gesamtbevölkerung erhellen könnten, mangelt es in Deutschland bislang. Der Zusammenhang von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten wird für den deutschen Kontext bislang vor allem in Schülerstudien, und hier zumeist als eine Thematik unter vielen, abgebildet (etwa Felson et al., 2011, Görden et al., 2013a, Baier et al., 2010).

Im Rahmen des *European School Survey Project on Alcohol and Other Drugs* (ESPAD) wurden 2003 Daten zu Alkohol- und Drogenkonsum von Schülern in insgesamt 30 Ländern erhoben (Felson et al., 2011). Die Autoren fanden unter Jugendlichen in Deutschland im internationalen Vergleich eine recht hohe Verbreitung von Alkoholkonsum in den letzten 30 Tagen (78% gegenüber etwa durchschnittlich 55% in nordischen Ländern, 62% in Osteuropa und 67% in mediterranen Ländern). Dabei lag die Rate derjenigen, die in den letzten 30 Tagen mindestens einmal betrunken waren, mit 35% deutlich höher als am Mittelmeer (21%) und etwas höher als in Osteuropa (31%), zugleich aber niedriger als in nordischen Ländern (42%). Die Autoren fanden in Deutschland einen schwachen Effekt der Häufigkeit von Alkoholkonsum wie auch von Alkoholintoxikationen auf Gewalt, vergleichbar mit den Mittelmeerländern und einigen mitteleuropäischen Ländern (Belgien, Schweiz). Starke Zusammenhänge von Alkoholkonsum / Alkoholintoxikation mit Gewalt zeigten sich hingegen für die nordischen Staaten und Osteuropa, und hier insbesondere in Finnland. Dies wiederholte sich in einigen osteuropäischen Ländern, insbesondere in Litauen, der Ukraine und Russland; unter den west- und mitteleuropäischen Staaten stach Großbritannien mit einem hohen Maß an Trunkenheitserfahrungen in den letzten 30 Tagen (46%) und im Vergleich mit anderen Staaten in Mitteleuropa stärkeren Effekten von Konsum- und Intoxikationshäufigkeit auf Gewalt heraus.

Auch wenn die Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewalt in Deutschland im internationalen Vergleich nicht besonders stark ausgeprägt sind, stellen Schülerbefragungen regelmäßig einen Einfluss von (starkem) Alkoholkonsum auf gewalttätiges Verhalten fest. So fanden Baier & Pfeiffer (2011) auf Basis von Berliner Schülerbefragungsdaten, dass 37% der männlichen Jugendlichen, die in den letzten 12 Monaten häufiger Alkohol konsumiert hatten, im gleichen Zeitraum eigenes Gewaltverhalten berichteten. Im Vergleich berichteten männliche Jugendliche, die im letzten Jahr keinen Alkohol getrunken hatten, nur zu 8,6% eigenes Gewaltverhalten. Die Zusammenhänge für Mädchen waren mit 4,0% zu 18,6% ähnlich.

In der deutschen Teilstichprobe der internationalen *Youth Deviance and Youth Violence*-Studie (YouPrev) erwies sich die Häufigkeit von Volltrunkenheit, neben gewalttätigen Freunden und männlichem Geschlecht, als sehr starker Prädiktor für Gewaltkriminalität (Görden et al. 2013a). Ein großer Teil der insgesamt von den Befragten berichteten Taten ging auf eine kleine Gruppe von Mehrfachgewalttätern zurück (2,8% der Befragten; Kriterium: 5 und mehr selbstberichtete Gewalttaten in den letzten 12 Monaten), auf die 69% aller Delikte und sogar 95% der Gewalttaten entfielen. Diese Gruppe zeichnete sich durch eine überdurchschnittliche Konstellation von Risikofaktoren aus, die ein hohes Maß an Alkohol- und Drogenkonsum, aber auch niedriges Bildungsniveau, *broken-home*-Situationen, Probleme im Elternhaus und delinquente Freunde umfasste.

Ähnlich stellten auch Baier et al. (2010) anhand von Daten mehrerer Schülerbefragungen fest, dass Jugendliche, die im Vergleich häufiger Alkohol konsumierten, mit einer größeren Wahrscheinlichkeit Täter von Gewaltdelikten wurden. Die Autoren verorten diesen Zusammenhang ebenfalls im Kontext

eines Nexus von zusammenhängenden Risikofaktoren, zu dem auch eigene Opfererfahrungen in der Kindheit, gewalttätige/delinquente Freunde, eine hohe Risikobereitschaft und Schulabsentismus gehören; alle diese Faktoren erwiesen sich bei Jungen wie bei Mädchen als starke Prädiktoren für Gewalttaten.

2.2.2. Internationale Studien

Auch aus der internationalen Forschung liegen zahlreiche Studien vor, die Effekte des Alkoholkonsums auf Gewaltverhalten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen untersuchen. So fanden etwa Richardson & Budd (2003) in einer britischen Studie, dass 18-24-Jährige, die nach eigenen Angaben mindestens einmal pro Woche betrunken waren, gegenüber Gleichaltrigen, die seltener als einmal im Monat betrunken waren, eine mehr als fünffach erhöhte Wahrscheinlichkeit hatten, Gewaltdelikte zu begehen. In einer schottischen Studie kamen Forsyth et al. (2010) sogar zu dem Ergebnis, dass 80% der jungen Gewalttäter vor der Tat Alkohol konsumiert hatten; zwei Drittel der Jugendlichen hatten dabei auch Waffen eingesetzt. Stafström (2007) kam in einer Befragungsstudie unter Neuntklässlern in Südschweden zu dem Ergebnis, dass Alkoholkonsum Aggressionen fördert, die ansonsten gegebenenfalls latent blieben. Die Effekte waren vor allem bei jenen Jugendlichen deutlich, die häufig Alkohol konsumieren oder hochprozentige Getränke zu sich nehmen. Greenfield, Ye, Nayak, Bond, Kerr & Trocki (2011) fanden auf der Grundlage von Daten des *US National Alcohol Survey*, dass die Verwicklung in Schlägereien durch exzessives Trinken vorhergesagt wird; der Effekt blieb auch dann bestehen, wenn Persönlichkeitsmerkmale wie Impulsivität und Sensation-seeking kontrolliert wurden.

Zu ähnlichen Befunden gelangten auch Kuntsche, Gmel & Annaheim (2006) bei einer Analyse der Schweizerischen Stichprobe der ESPAD-Studie. Sie stellten fest, dass Jugendliche, die häufiger Alkohol tranken, durchschnittlich größere Mengen konsumierten oder in berauschenden Mengen Alkohol tranken, mehr eigene Gewalthandlungen berichteten als Jugendliche, die wenig oder gar keinen Alkohol konsumierten. Dabei hatte die Häufigkeit des Alkoholkonsums einen größeren Prädiktorwert für gewalttätiges Verhalten als die Menge pro Trinkanlass. Jugendliche, die häufig und viel tranken, also mehrere Risikofaktoren kumulierten, berichteten ein stark erhöhtes Maß eigener Gewalttaten und wurden gleichzeitig häufiger Opfer von Gewalt. Die Autoren geben an, dass der Anteil regelmäßiger Rauschtrinker und Risikokumulierender bei den befragten Jungen bei 25% und bei den befragten Mädchen bei 15% liegt. Auf diesen relativ geringen Anteil entfielen jedoch mit über 50% der von Jungen und etwa 40%-50% der von Mädchen begangenen Gewaltakte überproportional viele Taten.

In zahlreichen ländervergleichenden Studien zeigt sich, dass das Ausmaß von Gewalt, insbesondere bei jungen Menschen, zwischen Ländern stark variiert (vgl. etwa Junger-Tas, Marshall & Ribeaud, 2003; van Kesteren, Mayhew & Nieuwbeerta, 2000; van Wilsem, 2004). So zeigt ein Bericht von UNICEF (2007), dass 35% der 11-, 13- und 15-Jährigen schwedischen Schüler in den letzten 12 Monaten an körperlichen Auseinandersetzungen beteiligt waren, während gleichaltrige englische Schüler für denselben Zeitraum zu 44% eine gewalttätige Auseinandersetzung berichteten. Zudem berichteten 15% der schwedischen Schüler, Opfer von „bullying“ (also etwa Belästigung und Schikane) geworden zu sein; die englische Vergleichsgruppe gab dies sogar zu 36% an.

Wikström & Svensson (2008) verglichen auf dieser Basis Daten der englischen *Peterborough Youth Study* (n=1957 Jugendliche) und der schwedischen *Eskilstuna Youth Study* (n=1833). Sie stellten ebenfalls fest, dass selbstberichtete Gewalt in Peterborough mit 24% signifikant häufiger war als in Eskilstuna (9,9%). Zudem fanden sie, dass die zu Gewalt neigenden englischen Befragten einen

riskanteren Lebensstil berichteten; dies wurde über einen Indexwert aus den Variablen delinquente Freunde, in der Innenstadt verbrachte Nächte und Alkoholkonsum berechnet. Eine differenziertere Betrachtung der Variable „Lebensstil“ ergab jedoch, dass die Unterschiede zwischen den Städten hauptsächlich auf den unterschiedlichen Alkoholkonsum zurückzuführen waren.

Erkenntnisse aus Viktimisierungsbefragungen

Die institutionell registrierte und in auf Selbstberichte delinquenten Verhaltens abzielenden Befragungen deutlich werdende hohe Rate der Alkoholbeeinflussung von Gewalttätern spiegelt sich auch in Daten aus Viktimisierungsbefragungen wider. Im British Crime Survey (BCS) werden Opfer von Gewalttaten seit längerem schon danach gefragt, ob die Täter nach ihrer Wahrnehmung bzw. Einschätzung unter dem Einfluss von Alkohol standen. Dies ist in jüngeren Wellen bei etwa der Hälfte der berichteten Taten der Fall. So berichten Flatley, Kershaw, Smith, Chaplin & Moon (2010) anhand von Daten des BCS 2009/2010, dass bei 50% aller in der Befragung zur Sprache gebrachten Gewalttaten die Opfer die Täter als unter dem Einfluss von Alkohol stehend wahrnahmen. 31% aller Gewalttaten ohne Vorbeziehung zwischen Täter und Opfer ereigneten sich in Gaststätten (*pubs and clubs*) oder in deren Umfeld. In den BCS-Befragungen 2008/09 und 2007/08 lagen die wahrgenommenen Anteile von unter Alkoholeinfluss stehenden Tätern bei selbstberichteten gewaltförmigen Viktimisierungen bei 47% bzw. 46% (Roe, Coleman & Kaiza, 2009, S. 57). Da insgesamt die im BCS berichteten Gewaltdelikte seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gesunken sind, ist auch die Zahl der Fälle von wahrgenommenem Alkoholeinfluss zurückgegangen. Unter den verbleibenden Delikten steigt aber tendenziell der Prozentsatz derjenigen, bei denen der Täter aus Opfersicht Alkohol konsumiert hatte. Der Anteil von Taten, bei denen ein Einfluss illegaler Drogen wahrgenommen wurde, ist im Zeitraum seit 1995 weitgehend stabil geblieben (Roe, Coleman & Kaiza, 2009).

Aus Daten der australischen Dunkelfeldstudie *National Drug Strategy Household Survey* (10.030 Befragte ab 14 Jahren; Bezugsjahr 1998) geht hervor, dass verbale Gewalt (3262 berichtete Vorfälle) und Bedrohung (1935 Vorfälle) innerhalb von zwölf Monaten weit häufiger auftraten als tätliche Angriffe (735 Vorfälle; vgl. Bryant & Williams 2000). Insgesamt berichteten 30,6% aller Befragten, im vergangenen Jahr Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt bzw. Bedrohung durch einen alkoholisierten Täter geworden zu sein. Dabei hatten 56,1% den Täter nicht gekannt, 17,6 berichteten Gewalt durch Freunde oder Bekannte und 11,5% durch Partner (5,6% ehemalige Partner). Weibliche Opfer wurden zu 47,1% von Fremden angegriffen, männliche Opfer hingegen zu 64%. Hingegen wurden weibliche Opfer sehr viel häufiger von Partnern (18,3%) oder Ex-Partnern (7,8%) angegriffen als Männer (5,7% / 3,7%). Als Tatort gaben 36,5% der Befragten Kneipen oder Nachtclubs an, 35,5% waren auf der Straße angegriffen worden, 23,5% zuhause und 9,3% am Arbeitsplatz. Opfererfahrungen ausschließlich am Wochenende berichteten 41,8%, sowohl am Wochenende als auch in der Woche 43,7%, nur in der Woche 14,5%. Die Vorfälle ereigneten sich zu 60,6% nur nachts und zu 12,2% nur tagsüber; Opfererfahrungen zu Tag- und Nachtzeiten berichteten 27,2% der Befragten (Teece & Williams, 2000). Delikts- und geschlechterübergreifend wurden die höchsten Viktimisierungsraten von der Altersgruppe der 20-24-jährigen berichtet. Personen zwischen 25 und 29 Jahren waren etwas weniger gefährdet und die Jahresprävalenzen der nachfolgenden Altersgruppen sanken fortlaufend. Die alters- und deliktsübergreifende Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Delikts unter Alkohol zu werden, war bei Männern signifikant höher, ebenso die Wahrscheinlichkeit, Opfer von verbaler oder physischer Gewalt zu werden. Frauen wurden häufiger von unter Alkoholeinfluss stehenden Personen bedroht und wurden häufiger Opfer sexueller Gewalt (nicht signifikant wg. geringer Häufigkeit; vgl. Teece & Williams 2000). Abgesehen vom (jungen) Alter

war die Wahrscheinlichkeit, Opfer von alkoholisierter Gewalt zu werden, multivariat erhöht für Personen mit Hochschulabschluss (ähnlich auch Makkai, 1997), trinkenden Freunden, Personen, die am Wochenende häufig ausgingen, die in Gaststätten tranken und bei Personen, die im letzten Jahr mindestens einmal Alkohol konsumiert hatten. Die Menge des konsumierten Alkohols war für die Opferwerdung nicht entscheidend, wohl aber, ob der erste Konsum vor dem fünfzehnten Lebensjahr erfolgt war (Teece & Williams 2000).

Es gibt also keine einfache Korrelation zwischen dem Konsum von Alkohol und der Wahrscheinlichkeit, Opfer oder Täter von Gewalt zu werden. Ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren beeinflusst die Wahrscheinlichkeit, Häufigkeit und Schwere von Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss (Teece & Williams, 2000), darunter insbesondere demografische Faktoren wie Jugend und männliches Geschlecht (vgl. etwa Makkai, 1997). Dabei ist insbesondere die Wahrscheinlichkeit, dass junge Männer Opfer oder Täter (oder Opfer und Täter) von Gewalthandlungen werden, besonders hoch (Teece & Williams, 2000).

Alkohol und spezifische Deliktsformen

Alkohol und Tötungsdelikte

International belegen Daten der Strafverfolgungsbehörden und Forschungsbefunde ein hohes Maß von Alkoholbeteiligung bei Gewalttaten mit tödlichem Ausgang. Für viele Länder lässt sich feststellen, dass bei tödlich verlaufenen Gewalttaten in etwa der Hälfte der Fälle Täter und / oder Opfer unter Alkoholeinfluss standen (vgl. Bellis & Hughes, 2008; Anderson & Baumberg, 2006).

Als Ergebnis eines Reviews einschlägiger internationaler Studien fand Darke (2010), dass bei Tötungsdelikten mindestens die Hälfte der Täter zum Tatzeitpunkt unter Substanzeinfluss, vor allem dem von Alkohol, stand. Die Intoxikationsraten unter den Opfern waren denen der Täter sehr ähnlich und lagen weit über dem Populationsniveau. Insofern – so die Schlussfolgerung von Darke – können Maßnahmen, die das Konsumniveau von Alkohol und anderen berauschenden Substanzen reduzieren, zu einer Verringerung der Zahl von Tötungsdelikten beitragen. Auch Kuhns, Exum, Clodfelter & Bottia (2013) fanden in einer Metaanalyse von 23 Studien zum Alkoholeinfluss bei Tätern von Tötungsdelikten, dass durchschnittlich 48% der Täter zum Tatzeitpunkt unter Alkoholeinfluss standen; bei 37% bestand eine Alkoholintoxikation. Der Anteil betrunkenen Täters war geringer in den Fällen, in denen die Tat mit einer Schusswaffe begangen wurde.

Auch die Opfer von Tötungsdelikten stehen zu einem hohen Anteil unter Alkoholeinfluss. In einer Metaanalyse von 61 Studien zur Alkoholintoxikation von Opfern bei Tötungsdelikten fanden Kuhns, Wilson, Clodfelter, Maguire & Ainsworth (2011), dass insgesamt 48% der Opfer positiv auf Alkohol getestet wurden. Mathews, Abrahams, Jewkes, Martin & Lombard (2009) fanden unter getöteten südafrikanischen Frauen sogar bei 62% der Opfer hohe Blutalkoholkonzentrationen. Schon 1989 hatten Welte & Ebel (1989) in einer US-Studie auf die weite Verbreitung von Alkoholintoxikation unter Opfern von Tötungsdelikten aufmerksam gemacht. Sie fanden, dass die Anteile von unter Alkoholeinfluss stehenden Opfern bei in der Nacht begangenen Taten, bei getöteten Männern, und bei eher spontanen, aus situativen Disputen erwachsenen Tötungsdelikten besonders hoch waren. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Andreuccetti et al. (2009) in einer brasilianischen Studie; 43% der Getöteten standen unter Alkoholeinfluss, und die Alkoholprävalenz war besonders hoch bei männlichen Opfern, an Wochenenden Getöteten und bei Fällen, in denen Stichwaffen eingesetzt wurden (während insgesamt Schusswaffengebrauch dominierte).

Der Zusammenhang von Alkoholkonsum und Tötungsdelikten wird überdies von externen Faktoren beeinflusst. So untersuchten Parker et al. (2011) Tötungsdelikte bei 13-17-Jährigen und 18-24-Jährigen in den 91 größten Städten der USA im Zeitraum zwischen 1984 und 2006. Sie stellten fest, dass die räumliche Dichte von Alkoholverkaufsstellen auch multivariat (neben u. a. der Verbreitung von Banden, der Verfügbarkeit von Waffen, drogenbezogenen Aktivitäten und struktureller Benachteiligung des Sozialraumes) in beiden Altersgruppen Bedeutung für die Häufigkeit von Tötungsdelikten hatte.

Deutliche nationale und kulturelle Unterschiede im Zusammenhang von Alkohol und Tötungsdelikten stellte Rossow (2001) fest. In einer Zeitreihenanalyse von 14 europäischen Ländern fand sie für fünf Länder einen Zusammenhang zwischen Gesamtalkoholverkauf und Tötungsdelikten (Finnland, Irland, Portugal, Spanien, Schweden), wobei länderübergreifend zu Regionen (z.B. Nordeuropa) aggregierte Daten den größten Zusammenhang für Nordeuropa (Finnland, Schweden, Norwegen) auswiesen. Für (West-)Deutschland, Frankreich, Finnland und Großbritannien zeigten die Ergebnisse einen Zusammenhang von Tötungsdelikten mit der jährlich verkauften Menge an Bier, für Portugal und Spanien mit jährlichem Weinverkauf, und für Schweden und Spanien mit der Menge verkaufter Spirituosen (Rossow, 2001).

Auch Pridemore (2002) fand im Vergleich russischer Regionen untereinander deutliche Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Mordraten; ebenfalls in Russland fand Pridemore (2004) starke Bezüge zwischen den Hauptkonsumtagen von Alkohol und der Verteilung von Tötungsdelikten über die Wochentage.

Alkohol und Partnergewalt

Eine Vielzahl von Studien haben starke Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und körperlicher Gewalt gegen Frauen in Intimbeziehungen gefunden (vgl. etwa Kyriacou et al., 1999, Graham et al., 2011). Groß angelegte Bevölkerungsbefragungen aus Australien, den USA und Großbritannien geben auf diesen Zusammenhang starke Hinweise. So schätzen Laslett et al. (2010) anhand von Daten des australischen *Personal Safety Survey*, dass Alkoholkonsum in etwa 50% aller Fälle von Partnergewalt (körperlicher, sexueller, psychischer und verbaler Art) und bei 73% der körperlichen Gewaltvorfälle in Intimbeziehungen eine Rolle spielt. Aus dem US-amerikanischen *National Crime Victimization Survey* geht hervor, dass Täter von häuslicher Gewalt in knapp 30% der Fälle Alkohol oder Drogen konsumiert hatten; schließt man die Fälle aus, in denen das Opfer hierzu keine Angabe machen konnte, erhöht sich der Anteil auf 48% (Durose et al., 2005). Für Großbritannien fanden Gilchrist et al. (2003) in einer aktenbasierten Studie zu 336 männlichen Tätern sogar, dass 73% der Täter unter Alkoholeinfluss standen und 48% als alkoholabhängig eingestuft werden konnten.

Zahlreiche Studien fanden hohe Gewaltraten für Partner, die als starke Trinker eingestuft werden können (vgl. etwa Foran & O'Leary, 2008; Kyriacou et al., 1999; Thompson & Kingree, 2004). Dabei zeigte sich übergreifend, dass gewalttätige Vorfälle in der Partnerschaft insgesamt intensiver ausfielen und schwerere Verletzungen hervorriefen, wenn der Täter unter Alkoholeinfluss stand; gleichzeitig war die Verletzungswahrscheinlichkeit größer, wenn das Opfer ebenfalls getrunken hatte (Cunradi, Caetano & Schafer, 2002; Graham et al., 2011). Zudem fanden McKinney et al. (2010), dass Befragte in deren Partnerschaften schwere Formen von Partnergewalt vorkamen, mehr als doppelt so häufig Alkoholbeteiligung berichteten wie Befragte, in deren Partnerschaften nur vergleichsweise leichtere Gewaltepisoden (wie etwa stoßen, festhalten oder schlagen mit der flachen Hand) erkennbar waren. In einer großen internationalen Vergleichsstudie in 13 Ländern auf verschiedenen Kontinenten fanden Graham et al. (2011), dass befragte Opfer (Frauen und Männer) körperliche Angriffe als schwerwiegender einstufen, wenn einer oder beide Partner getrunken hatten. Dieser

Zusammenhang blieb geschlechterübergreifend und für alle Länder konstant. Die Autoren schließen, dass Alkoholkonsum häusliche Gewaltdelikte potenziert: „*Alcohol may not cause partner violence but it seems to make it worse*“ (Graham et al., 2011, S. 1503).

Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Partnergewalt zeigen sich nicht nur für erwachsene Paare, die in der Regel einen gemeinsamen Haushalt führen, sondern auch für junge Menschen. Rothman, McNaughton Reyes, Johnson & LaValley (2012) bezogen in eine Meta-Analyse 28 Studien zu „Dating Violence“ bei 11-21-Jährigen in Paarbeziehungen ein. Sie fanden einen deutlichen Zusammenhang zwischen starkem / persistentem Alkoholkonsum und Partnergewalt auch im jungen Alter. Die Ergebnisse weisen auf ein signifikant erhöhtes Risiko für Partnergewalt bei Jugendlichen hin, die häufiger oder in größeren Mengen trinken, Rauschtrinken praktizieren oder als alkoholabhängig eingestuft werden. Dabei hatten insbesondere jugendliche Alkoholabhängige ein stark erhöhtes Risiko, Täter von Partnergewalt zu werden.

Alkoholkonsum stellt nicht nur auf Täter-, sondern auch auf Opferseite einen Risikofaktor dar (vgl. etwa Galvani 2005, Rossow 1996, Room et al. 1995). Dies zeigt sich insbesondere für Tötungsdelikte (s.o.) sowie für Fälle von Partnergewalt, bei denen in der Mehrzahl Frauen viktimisiert werden. In einem kanadischen Bevölkerungssurvey von 18-76-Jährigen fanden Wells & Graham (2007) für Frauen einen Zusammenhang zwischen episodisch starkem Alkoholkonsum und verbaler Viktimisierung sowie der Kombination aus verbaler und physischer Viktimisierung. Sie fanden hingegen keinen separaten Zusammenhang für physische Viktimisierung von Frauen und ebenfalls keinen Zusammenhang für die Viktimisierung von Männern.

Im Rahmen des British Crime Survey stellte Mirrlees-Black (1999) zudem fest, dass Opfer häuslicher Gewalt insgesamt in höherem Maße Alkohol konsumierten als Nicht-Opfer. Gleichzeitig stieg das Gewaltisiko mit steigendem Alkoholkonsum. Kantor & Asdigan (1997) fanden in einem Review ebenfalls einen Zusammenhang zwischen weiblichem Alkoholkonsum und männlicher Gewalt in Partnerschaften. Die Autoren untersuchten auch, ob der Alkoholkonsum eine gewalttätige Reaktion provozierte, konnten aber weder die Art noch die Richtung des Zusammenhangs ausmachen.

Leadley et al. (2000) befragten in 1615 US-amerikanischen Partnerschaften beide Partner zu ihrem Konsumverhalten, Problemen in der Partnerschaft und häuslicher Gewalt. Sie stellten fest, dass beim überwiegenden Teil der befragten Paare beide Partner sehr ähnliche Konsummuster zeigten. Partnerschaften mit abweichenden Konsummustern wiesen dagegen eine hohe Vorhersagekraft für Partnerschaftsprobleme sowie für das Auftreten physischer Gewalt auf. Dabei scheint der Alkoholkonsum allerdings als Bewältigungsmechanismus eher eine Folge der Gewalt zu sein als umgekehrt (Downs et al. 1993, Corbin et al. 2001). Barnett and Fagan (1993) untersuchten 181 gewalttätige und nicht-gewalttätige Männer und ihre Partnerinnen. Sie fanden, dass die Partnerinnen gewalttätiger Männer signifikant mehr Alkohol tranken als die nicht misshandelten Frauen, dies insbesondere auch als Reaktion auf erlebte Gewaltepisoden. Zudem stellten sie fest, dass die gewalttätigen Männer mehr Alkohol tranken und dies häufiger als die nicht-gewalttätigen Männer mit der Intention taten, Sorgen oder Stress zu vergessen. Die Gewalttäter berichteten dabei im Hinblick auf die eigene Kindheit signifikant mehr eigene Gewalterfahrungen und beobachtete Gewalt als die nicht-gewalttätigen Männer.

Alkohol und Gewalt: ein kausaler Zusammenhang?

Dass es einen Zusammenhang von Alkohol und gewalttätigem Verhalten gibt, zeigt sich etwa für den Bereich häusliche Gewalt sehr deutlich. Auch für andere Formen von Gewaltdelikten haben zahlreiche Studien einen Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalt festgestellt (vgl. etwa

Boles & Miotto, 2003; Fagan, 1990; Lipsey, Wilson, Cohen, & Derzon, 1997; Parker & Auerhahn, 1998; Pernanen, 1991). Auch in gewalttätigen Auseinandersetzungen Verletzte stehen häufig unter Alkoholeinfluss; in einem Review einschlägiger Untersuchungen fand Cherpitel (2007) für durch Notfalldienste behandelte Körperverletzungen je nach Studie bei 22% bis 84% der Patienten eigenen Alkoholkonsum vor dem Vorfall. Auf der Basis von Aggregatdaten (Kriminalitätsraten; Pro-Kopf-Konsum von Alkohol in der Bevölkerung) können für Länder oder Regionen Schätzungen des Anteils von Gewaltphänomenen vorgenommen werden, der mit Alkoholkonsum in Verbindung steht (Rossow & Bye 2013). Dass Alkoholkonsum und Gewalt häufig gemeinsam auftreten, ist unumstritten. Inwieweit der Zusammenhang kausaler Natur ist, in welchem Maße also Alkohol aggressives Verhalten hervorbringt oder auslöst, ist hingegen eine kontrovers diskutierte Frage. So geht Flanzer (2005) unter Rückgriff auf die Gleichzeitigkeit und unter Verweis auf alkoholbedingte intervenierende Effekte (Enthemmung, Veränderung des Familiengefüges, aufputschende Effekte) von einem kausalen Zusammenhang aus. Gelles & Cavanaugh (2005) argumentieren hingegen, dass der Einfluss sozialer, kultureller und persönlicher Faktoren zu groß ist, um von einem einfachen Kausalzusammenhang zu sprechen.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle hat Alkoholkonsum weder Gewalt noch anderes kriminelles Verhalten zur Folge, und der überwiegende Teil aller Straftaten wird von Tätern begangen, die nicht alkoholisiert sind (Martin, 2001). Tatsächlich geht nur ein sehr geringer Teil aller Alkoholkonsumepisoden mit Gewaltanwendung einher (Rossow & Bye, 2013). So fanden Bye & Rossow (2001) bei einer Befragung von Teenagern, dass pro 1.000 selbstberichteten Trinkgelegenheiten 2-10 physische Auseinandersetzungen berichtet wurden. Es scheint sich also nicht um einen einfachen und direkten Kausalzusammenhang („wenn Alkoholkonsum, dann Gewalt“) zu handeln.

Zur Aufhellung dieses komplexen Zusammenhangs wurden und werden diverse pharmakologische, neurobiologische, psychologische, soziologische und kriminologische Erklärungsansätze herangezogen, die an dieser Stelle nur angerissen, jedoch nicht in ihrer Gesamtheit diskutiert werden können (vgl. etwa die Darstellungen in Martin, 2001, Xue, Zimmerman & Cunningham, 2009).

Zahlreiche psychologische Studien haben in experimentellen Settings einen Zusammenhang von Alkoholkonsum und gesteigerter Aggression gefunden (etwa Zeichner & Pihl, 1979, vgl. auch Bushman, 1990). Bushman (1990) untersuchte in einer Meta-Analyse drei populäre Erklärungsmodelle. Nach der physiologischen Enthemmungstheorie verstärkt Alkohol aggressive Reaktionen, weil das normalerweise für Aggressionshemmung zuständige Gehirnareal betäubt wird (etwa Muehlberger, 1956). Erwartungstheorien gehen auf die Theorie sozialen Lernens (Bandura 1977) zurück und besagen, dass Alkoholkonsum Aggressionen verstärkt, weil die Konsumenten diese Wirkung erwarten. Theorien, die einen indirekten Zusammenhang postulieren, benennen als Ursache eine alkoholinduzierte Veränderung in der Person, die die Wahrscheinlichkeit einer aggressiven Reaktion erhöht (z. B. Abnahme der intellektuellen Fähigkeiten). Die Ergebnisse von Bushman (1990) waren sowohl für die physiologische Enthemmungstheorie als auch für die Erwartungstheorie inkonsistent; für die Theorie des indirekten Zusammenhangs zeigten sich jedoch konsistent positive Ergebnisse: Experimentelle Manipulationen, die über Provokation oder Frustration aggressive Reaktionen verstärkten, zeigten bei alkoholisierten Testpersonen größere Effekte als bei nüchternen Vergleichspersonen. Eine Metaanalyse (Ito, 1990) fand ebenfalls moderierende Effekte von Erregung und Enthemmung, die allerdings Variationen der Effektgrößen nicht erklären konnten. Eine zusätzliche Analyse der Faktoren Provokation, Frustration und Selbstaufmerksamkeit (self-focused attention) fand, dass die Aggressivität alkoholisierter Testpersonen im Vergleich zu nüchternen Testpersonen infolge frustrierender Testbedingungen anstieg; bei Testbedingungen, die provozierend

wirkten oder auf die Selbstaufmerksamkeit wirkten, fiel die Reaktion der alkoholisierten Testpersonen jedoch weniger aggressiv aus als die der Vergleichsgruppe (Ito, 1990). Neuere psychologische Studien weisen zudem darauf hin, dass hohe Impulsivität und niedrige Stresstoleranz aggressive Tendenzen unter Alkoholeinfluss verstärken können (Beck & Heinz, 2013).

Soziologische und kriminologische Theorien fassen den Zusammenhang von Alkohol und Gewalt in einem etwas weiteren Kontext. Johnston et al. (1978) vermuteten, dass die häufige Korrelation von Alkohol und gewalttätigem Verhalten als Konsequenz eines gewalttätigen Lebensstils betrachtet werden müsse, da aggressivere Personen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit soziale Situationen aufsuchen, in denen stark getrunken wird. Auch Kerner (1997) interpretiert anhand von Daten der *Tübinger Jungtäter-Vergleichsuntersuchung* Alkoholkonsum als eine typische Aktivität im Alltag von Kriminellen. Ähnlich argumentierten auch White et al. (1999), dass Alkoholkonsum und Gewalt sich gegenseitig verstärken, also Alkoholkonsum zu gewalttätigem Verhalten führt und umgekehrt. Jessor et al. (1991) gingen davon aus, dass die häufig beobachtete Korrelation von Alkohol und Gewalt nicht auf einen kausalen Zusammenhang zwischen diesen beiden Verhaltensweisen hinweist, sondern vielmehr beide Verhaltensweisen Ausdruck eines allgemeinen Problemverhaltens seien.

Zusammenhänge dieser Art können anhand von Experimenten und Querschnittstudien kaum erklärt werden. Jedoch liegen einige Längsschnittstudien (etwa Felson et al., 2008; White, 1993; 1999; Farrington, 1995) vor, die Alkoholkonsum und gewalttätiges Verhalten im Zeitverlauf beobachtet haben. Sie zeigen insgesamt allerdings inkonsistente Ergebnisse. Einige Studien fanden, dass lebensgeschichtlich früh einsetzender Alkoholkonsum eine hohe Vorhersagekraft für späteres Gewaltverhalten hat (z. B. Dembo et al., 1991; Kaplan & Dampousse, 1995), und einige stellten fest, dass frühes Gewaltverhalten späteren Alkoholkonsum vorhersagt (z. B. Farrington, 1995; White et al., 1993). White et al. (1999) fanden beide Zusammenhänge, also eine gegenseitige Vorhersagewahrscheinlichkeit. In einer Metaanalyse der verfügbaren Langzeitstudien stellten Lipsey et al. (1997) fest, dass die Stärke dieser Zusammenhänge bei Kontrolle gemeinsamer Risikofaktoren stark abgeschwächt wurde. White et al. beobachteten, dass Gewaltverhalten in der Adoleszenz seinen Höhepunkt erreicht und danach abfällt, wohingegen der Alkoholkonsum im Zeitverlauf stetig anstieg. Sie fanden für beide Geschlechter, dass Alkoholkonsum spätere Gewalt vorhersagt und dass Gewalt späteren Alkoholkonsum vorhersagt. Zudem gingen Veränderungen in einem Verhalten mit entsprechenden Änderungen im anderen einher. Bellis & Hughes (2011) weisen darauf hin, dass viele Risikofaktoren, die Individuen sowohl für Alkoholkonsum als auch für Gewaltverhalten prädisponieren, einen Bezug zu Problemen in der eigenen Kindheit aufweisen. Diese beinhalten elterlichen Substanzmissbrauch und erlebte Gewalt, aber auch ein weites Feld von Faktoren, die in Zusammenhang mit familiären und freundschaftlichen Beziehungen stehen und die auch von örtlichen, sozialen und kulturellen Faktoren der Umwelt beeinflusst werden können (Bellis & Hughes, 2011).

Felson et al. (2008) untersuchten anhand von Daten der *National Longitudinal Study of Adolescent Health* den Zusammenhang von chronischem Alkoholgebrauch, Berauschtigkeit und gewalttätigem Verhalten mit dem Ziel, Scheinzusammenhänge auszuschließen. Sie fanden, dass Trinker mit einer größeren Wahrscheinlichkeit im nüchternen Zustand gewalttätig werden als Nichttrinker, was auf eine Abhängigkeit von externen Faktoren hinweist. Sie fanden jedoch einen Effekt für den Zusammenhang von Trinkfrequenz und Gewaltverhalten sowohl im nüchternen als auch im alkoholisierten Zustand. In einer vergleichenden Studie von 36 verschiedenen Erklärungsmodellen alkoholkorrelierter Gewalt, die anhand von Beobachtungen in Bars überprüft wurden, fanden Graham et al. (2000) keine konsistenten Effekte für einzelne Einflussfaktoren. Stattdessen wiesen die Ergebnisse darauf hin, dass alkoholassoziierte Gewalt von mehreren zugleich wirksamen Einflussfaktoren abhängt.

Der Zusammenhang von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten wird also durch verschiedene Einflussgrößen moderiert. Übergreifend kommen die meisten Autoren zu dem Ergebnis, dass Alkoholkonsum und Gewalt zwar häufig zusammen auftreten und offensichtlich in Beziehung stehen; dieser Zusammenhang jedoch durch eine große Zahl von persönlichen, situativen und kulturellen Faktoren stark beeinflusst wird (vgl. etwa Graham et al., 2000; Martin, 2001; Hunt et al., 2010). So geben etwa auch Proescholdt et al. (2012) an, dass „...Alkohol unter bestimmten Bedingungen ein wichtiger Risikofaktor für Gewalt und insbesondere schwere Gewalt ist“ (S. 447). Sie identifizieren als besonders risikobehaftete Personengruppen junge Erwachsene, Personen mit Rauschtrinken oder alkoholbedingten Störungen, Personen, die auch andere Drogen gebrauchen sowie Personen mit komorbiden psychiatrischen Erkrankungen.

(Exzessiver) Alkoholkonsum stellt statistisch einen Risikofaktor für gewalttätiges Handeln dar. Wenngleich die Bezüge zwischen Alkoholkonsum und Gewalt hinsichtlich ihrer Beschaffenheit bislang nicht abschließend geklärt werden können, kommen etwa Room & Rossow (2001) zu der Einschätzung, dass durchaus kausale Zusammenhänge für bestimmte Personengruppen, Situationen und/oder bestimmte Umstände analysiert werden können. Rossow & Bye (2013) sprechen von einem bedingten Zusammenhang des Alkoholkonsums in Verbindung mit weiteren Faktoren. Als weitere Faktoren haben sich bislang unter anderem Charakteristika des Individuums (z. B. psychologische, soziale und Einstellungsfaktoren), kontextuelle Faktoren (etwa Provokation oder Trinkkontext) und kulturelle Faktoren (etwa typische Trinkmuster) gezeigt (vgl. etwa Rossow & Bye, 2013; Martin, 2001;; Graham & Homel, 2008). Der Zusammenhang von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten ist komplex und spiegelt Interaktionen der Effekte des Alkoholkonsums mit zahlreichen weiteren Faktoren wider, die überdies in sozialen und kulturellen Kontexten verortet sind und über diese variieren (Rossow & Bye, 2013; Martin 2001). Room & Rossow (2001) weisen ebenso wie etwa Martin (2001) darauf hin, dass für diese spezifischen Zusammenhänge weiterer Forschungsbedarf besteht.

In der internationalen Forschung wurden und werden zahlreiche Einflussfaktoren auf den Zusammenhang von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten auf unterschiedlichen Ebenen untersucht. In der Literatur werden diesbezüglich insbesondere die Faktoren Alter und Geschlecht, aber auch individuelle Trinkmuster sowie situative und kulturelle Faktoren diskutiert, die im Folgenden kurz dargestellt werden.

Einflussfaktoren auf individueller Ebene

Geschlecht

Wenn auch alkoholbedingte Gewalt - wie auch Gewalt im Allgemeinen – bei Männern wie Frauen vorkommt, zeigen alle nationalen und internationalen Studien eine generell höhere Gewaltbeteiligung von Männern. Dieser Umstand ist nicht alleine darauf zurückzuführen, dass Männer mehr Alkohol trinken; selbst wenn der berichtete Alkoholkonsum und subjektiver Rauschzustand gleich sind, berichten Männer mehr alkoholassoziierte Gewalt als Frauen (Rossow, 1996).

Während einige Studien darauf hinweisen, dass Alkoholkonsum bei beiden Geschlechtern risikoe erhöhend wirkt (z.B. Bachman & Peralta, 2002), kommen andere zu geschlechterdifferenzierenden Ergebnissen. So fanden Wells, Speechley, Koval & Graham (2007) in einer Stichprobe von 17-21-Jährigen bei Frauen stärkere Zusammenhänge zwischen starkem episodischem Alkoholkonsum und der Beteiligung an körperlichen Auseinandersetzungen als bei Männern. Gussler-Burkhardt & Giancola (2005) berichten hingegen auf der Basis einer experimentellen Studie nur für männliche Probanden einen Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum

und aggressivem Verhalten (Verabreichen von Elektroschocks an einen Gegner in einer fingierten Wettbewerbssituation). Forsyth & Lennox (2010) kamen in einer Beobachtungsstudie zu dem Ergebnis, dass Männer zwar in stärkerem Maße als Frauen in körperliche Auseinandersetzungen dieser Art verwickelt waren, dass Frauen aber in immerhin 37% der Fälle beteiligt waren und rein weibliche Auseinandersetzungen kein geringeres Verletzungsrisiko hatten als solche unter Männern.

Gewalt in Verbindung mit Alkoholkonsum wird in einigen Studien (z. B. Peralta, Tuttle & Steele, 2010) in den Kontext der Darstellung und Selbstvergewisserung von Maskulinität gestellt und hat insofern zumindest anteilig performativen Charakter. So stellen Peralta et al. (2010) dar, wie Männer Alkohol als Mittel zur Lösung erlebter Maskulinitätsdefizite gebrauchen und in diesem Kontext Gewalt in Beziehungen, aber auch gegenüber Fremden ausüben.

Alter

Auch das Alter spielt für den Bezug zwischen Alkoholkonsum und Gewalt eine Rolle. Übereinstimmend weisen internationale Studien aus, dass geschlechtsübergreifend junge Menschen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit in körperliche Auseinandersetzungen unter Alkoholeinfluss involviert sind als Personen mittleren oder höheren Alters, und zwar sowohl als Opfer als auch als Täter und auch, wenn der Einfluss des Trinkverhaltens kontrolliert wird (Rossow, 1996). So fanden Rolfe et al. (2006) im Rahmen der *Birmingham Untreated Heavy Drinkers*-Studie unter nicht therapierten Untersuchungspersonen mit starkem Alkoholkonsum ein hohes Maß an verbaler und physischer Aggression, und dies war besonders bei jungen Trinkern der Fall. Aggression wurde auch von den Befragten mit Männlichkeit und Jugendlichkeit in Verbindung gebracht. Tendenziell ist der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalt im Jugendalter stärker und flacht mit dem frühen Erwachsenenalter ab. Den Befunden von Xue, Zimmerman & Cunningham (2009) zufolge ist die Altersabhängigkeit des Zusammenhangs bei Kontrolle anderer Risikofaktoren nicht mehr signifikant. Sie führen das gemeinsame Auftreten im Jugendalter eher auf eine jugendliche Grundtendenz zu verbotenem und riskantem Verhalten zurück.

Aggressive Dispositionen und andere Persönlichkeitscharakteristika

Neben Alter und Geschlecht sind weitere individuelle Faktoren von Bedeutung. In experimentellen Studien reagierten Testpersonen mit hoher dispositioneller Aggressivität unter Alkoholeinfluss häufiger aggressiv als Testpersonen mit niedrigerer dispositioneller Aggressivität (Giancola, 2002). In einer längsschnittlichen Kohortenstudie demonstrierten Norström & Pape (2010) zudem anhand von Selbstberichten die Relevanz einer aggressiven Prädisposition für das Auftreten von alkoholbedingter Gewalt. Die Autoren fanden, dass eine aggressionsfördernde Wirkung des Alkoholkonsums auf Personen mit mittleren oder hohen Levels unterdrückter Aggression beschränkt war. Bushman (2011) berichtet zudem, dass auch die Fokussierung auf die Gegenwart, gepaart mit dem Unvermögen bzw. Unwillen, die zukünftigen Folgen des eigenen Handelns abzuschätzen, gewaltfördernd wirken kann.

Trinkmuster

In zahlreichen Studien wird die Bedeutung individueller Trinkmuster, insbesondere in Bezug auf Quantität und Frequenz des Alkoholkonsums, diskutiert (etwa Rossow, 1996; Wells et al., 2001). So stellte Rossow (1996) fest, dass die Beteiligung an Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss mit insgesamt höherem Alkoholkonsum, der Häufigkeit des Rauschtrinkens und der Häufigkeit des Besuchs von Gaststätten assoziiert war. Hope & Mongan (2011) untersuchten exemplarisch den starken Anstieg des Alkoholkonsums in Irland in der Phase wirtschaftlichen Aufschwungs von 1996 bis

2006 anhand von Befragungsdaten in der erwachsenen Allgemeinbevölkerung und unter Studierenden. Sie fanden für beide Gruppen, dass neben männlichem Geschlecht und jüngerem Alter häufiges Trinken einen Risikofaktor für alkoholkorrelierte Gewalt (Körperverletzung, Schlägereibeteiligung) darstellte.

Als zentralen Faktor für die Wahrscheinlichkeit alkoholkorrelierter Gewalt heben zahlreiche Studien die Bedeutung von exzessivem Konsum bzw. Rauschtrinken heraus (vgl. etwa Wells et al.; 2011; Mathews & Richardson, 2005). So fanden Wells et al. (2011) in einer Studie an rund 1.000 Erwachsenen in Ontario, dass Rauschtrinken der entscheidende Faktor für Gewalthandeln war. Dabei waren sowohl die Häufigkeit des Konsums als auch die Gesamtmenge des konsumierten Alkohols ohne Bedeutung, wenn Rauschtrinken kontrolliert wurde. Auch für den britischen Kontext berichten Mathews & Richardson (2005), dass Rauschtrinken mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Straftaten einhergeht. Im britischen *Offending, Crime and Justice Survey 2003* wurden 6% der befragten Erwachsenen als Rauschtrinker klassifiziert; auf diese entfielen 30% aller berichteten Straftaten und 24% aller Gewaltvorkommnisse.

Dabei ist die Assoziation von Gewalt und Rauschtrinkens nicht nur auf die akute Intoxikationssituation zurückzuführen, sondern darüber hinaus gültig. Lightowlers (2011) untersuchte anhand von Daten des *Offending, Crime and Justice Survey* in England und Wales Zusammenhänge zwischen episodischem exzessivem Alkoholkonsum und Gewalt bei jungen Menschen (16-29 Jahre). Ein solcher Zusammenhang fand sich für den Konsum im näheren zeitlichen Vorfeld eines Gewaltereignisses (gleiches Jahr), nicht hingegen langfristig biografisch. Auch Lightowlers, Elliot & Tranmer (2013) stellten fest, dass das Risiko von Gewalttaten im Zeitverlauf eng mit exzessivem Trinken verknüpft ist. Dabei zeigten sich stärkere Zusammenhänge für männliche sowie für jüngere Probanden. Die Autoren fanden, dass eine Reduktion des Alkoholkonsums in der späten Adoleszenz auch die Prävalenz von Körperverletzungsdelikten während und im Anschluss an Trinkgelegenheiten reduzierte. Sie vermuten daher, dass Zu- und Abnahmen der Wahrscheinlichkeit tätlicher Angriffe im Zeitverlauf entscheidend vom Ausmaß des Alkoholkonsums abhängen. Ähnliche Befunde finden sich auch bei Hussong, Curran, Moffitt, Caspi & Carrig (2004), die Daten zu 461 jungen Männern aus der *Dunedin Multidisciplinary Health and Development Study* auswerteten. Die analysierten Daten stützen die sogenannte "snares"-Hypothese, die besagt, dass Substanzmissbrauch zeitnah und vorübergehend antisoziales Verhalten erhöht. Zugleich fanden die Autoren auch Hinweise, die die "launch"-Hypothese stützen, der zufolge früher Substanzmissbrauch Desistance-Prozesse (also die typische Abnahme devianten Verhaltens nach der Adoleszenz, vgl. etwa Sampson & Laub, 1993) verlangsamt. Befunde zu derartigen Zusammenhängen finden sich zudem für psychisch Erkrankte: Witt, van Dorn & Fazel (2013) fanden in einer meta-analytischen Studie zu an psychotischen Erkrankungen (überwiegend Schizophrenien) leidenden Personen, dass kürzlicher Alkoholmissbrauch das Risiko von Gewalttaten erhöhte (neben anderen dynamischen Risikofaktoren wie schwacher Impulskontrolle, mangelnder Einsicht und Noncompliance in Bezug auf Therapien und Medikationen) und dass auch eine biografische Vorgeschichte von Alkoholmissbrauch risikoerhöhend wirkte; Entsprechendes galt für illegale Drogen.

Auch wenn der Bezug zwischen Alkoholkonsum und Gewalt wie dargestellt für Personen mit exzessivem Konsum am höchsten ist, wirken auch moderate tägliche Trinkmengen risikoerhöhend. So kommen Booth et al. (2008) in einem Review zu dem Ergebnis, dass es bereits bei relativ niedrigen Konsummengen (25 g/ Tag) einen deutlichen Effekt von Alkohol auf das Risiko von Gewalthandlungen und Verletzungen gibt. Sie heben hervor, dass künftige Forschung vor allem auf die Analyse der Art und des Ausmaßes einer kausalen Beziehung ausgerichtet sein sollte.

Situative Faktoren

In den meisten Ländern, für die entsprechende Daten vorliegen, wird nur ein geringer Teil des insgesamt konsumierten Alkohols in Gaststätten getrunken. Trotzdem findet ein nennenswerter Anteil der alkoholassoziierten sowie auch der gesamten Gewaltdelikte in Kneipen, Bars und Diskotheken statt (Rossow & Bye, 2013). Einige Erkenntnisse weisen darauf hin, dass Alkoholkonsum in Gaststätten stärker mit Gewalthandlungen zusammenhängt als Alkohol, der in privaten Kontexten konsumiert wird (Norström, 1998a). Dabei verteilen sich gewalttätige Vorfälle nicht über alle Gaststätten gleichermaßen, sondern ereignen sich gehäuft in einigen Risikogaststätten. Diese werden daher auch als Hochrisiko- oder Hot-Spot Trinkorte bezeichnet (Graham & Homel, 2008). In aktuellen Reviews identifizieren Graham & Homel (2008) und Hughes et al. (2011) einige spezifische Faktoren, die mit alkoholbedingter Aggression einhergehen. Dies sind insbesondere räumliche Faktoren wie Überfüllung, Lärm und schlechtes Licht, soziale Faktoren wie stark betrunkene Gäste und eine permissive Atmosphäre, die ungezügelteres Verhalten toleriert. Norström (1998b) ergänzt, dass Körperverletzungsdelikte insbesondere mit dem Konsum von Bier und Spirituosen in Gaststätten zusammenhängen, während Spirituosenkonsum im privaten Umfeld mit Tötungsdelikten korreliert.

Als Risikofaktor für exzessiven Alkoholkonsum und alkoholassoziierte negative Folgen, insbesondere auch Aggression und Gewalt, wird ebenfalls das „Vorglühen“, also Alkoholkonsum im privaten Umfeld vor dem Ausgehen, diskutiert (Hughes et al., 2008; vgl. auch die deutschen Studien von Wahl et al. 2010, 2012). In der Freiburger Studie *StreetTalk* stellten Wahl et al. (2012) bei einer Befragung von Nutzern eines nächtlichen Unterhaltungsbezirks fest, dass die Praxis des Vorglühens mit einer etwa vierfach erhöhten Alkoholkonsummenge pro Trinkanlass einherging. Hughes et al. (2008) befragten Personen der Altersgruppe 18-35 in Nordwestengland zu ihrem Ausgehverhalten. Sie stellten fest, dass Vorglühen (vor Erreichen von Bars, Clubs etc.) mit 2.5-fach erhöhter Wahrscheinlichkeit der Verwicklung in Schlägereien in den letzten 12 Monaten einherging.

Experimentelle Studien weisen darauf hin, wie die Wahrnehmung situativer Gegebenheiten Verhalten beeinflusst. Subra, Muller, Bègue, Bushman & Delmas (2010) fanden im Rahmen eines Aggressionsexperimentes mit nüchternen Testpersonen, dass bereits die Präsentation von alkohol- oder waffenbezogenen Worten für 50 ms. (die man aufgrund der Kürze nicht bewusst wahrnimmt) unter experimentellen Bedingungen die Aggressivität der Testpersonen erhöhte. Zugleich zeigen experimentelle Studien (Wells, Graham, Tremblay & Reynolds, 2011), dass die von einer Person erwarteten Effekte von Alkoholkonsum auf eigenes Verhalten tatsächliche Reaktionen als auf provozierend erlebte Situationen mitbestimmen.

Kulturelle Faktoren

Auch kulturelle Faktoren können Einfluss darauf haben, wie stark der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten ist. Die starken Variationen im Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt, die Studien in verschiedenen Ländern finden, werden unter anderem auf unterschiedliche Trinkkulturen zurückgeführt. Diese umfassen verschiedene Trinkmuster, -kontexte, aber auch Unterschiede in Bezug auf gesellschaftliche Normen und Erwartungen bezüglich des Alkoholkonsums (Room & Rossow, 2001). In der Literatur (z.B. Room, 2007) findet sich dazu gelegentlich die Unterscheidung zwischen „dry cultures“ und „wet cultures“. In „feuchten“ Kulturen ist der Konsum von geringeren Alkoholmengen, etwa zum Essen, weit verbreitet und Bestandteil des alltäglichen sozialen Lebens; er führt hier jedoch seltener zur Intoxikation. In „trockenen“ Kulturen, etwa in Nord- und Osteuropa, ist der Konsum von Alkohol relativ hierzu seltener; findet er statt, erfolgt er hingegen häufig mit dem Ziel, sich zu betrinken. Rossow (2001) bezeichnet diese Praxis als ein „explosiveres Trinkmuster“. Bye & Rossow (2010) stellten anhand von Daten des *European School*

Survey Project on Alcohol and Other Drugs 2003 (ESPAD) fest, dass die Beziehung von Alkoholkonsum und Gewalt bei Jugendlichen stärker war, wenn sie in „trockenen“ nordeuropäischen Ländern lebten, in denen Alkoholkonsum häufig zu Betrunkenheit führt, wohingegen der geringste Zusammenhang in südeuropäischen Ländern gefunden wurde. Rossow & Bye (2013) vergleichen mehrere Zeitreihenanalysen zum Zusammenhang von Gesamtalkoholkonsum und Mordrate in verschiedenen Ländern und stellen fest, dass diese Beziehung am stärksten ist in Ländern, in denen besonders risikobehaftete Trinkmuster vorherrschen.

Felson et al. (2011) untersuchten ebenfalls Daten aus der ESPAD-Studie 2003 (hier aus 30 Ländern). Sie fanden für die meisten Länder die erwarteten Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewalt – und zugleich starke kulturelle Effekte:

"Individual drinking has different effects in countries with different drinking patterns. In the Nordic and, to a lesser extent, the Eastern European countries, drinking has a strong effect on adolescent violence. However, in the Mediterranean countries, including Turkey, alcohol has little or no effect on violence. In these countries the relationship between alcohol and violence is largely and, in some cases, completely spurious" (Felson et al. 2011, S. 721).

Die Autoren identifizieren zwei wesentliche Erklärungsansätze für den stärkeren Zusammenhang in Nord- und Osteuropa. Dazu gehört die höhere Prävalenz von gleichfalls unter starkem Alkoholeinfluss stehenden Peers, zum anderen die stärkere Verbreitung von Alkoholkonsum in Settings, in denen die Beaufsichtigung durch Erwachsene schwach oder fehlend ist; Jugendliche in mediterranen Ländern hingegen trinken eher in der Öffentlichkeit bzw. in Gegenwart der Eltern.

Obwohl kulturelle Unterschiede offensichtlich sind, können die zwischen Gesellschaften variierenden Zusammenhänge von Alkohol und Gewalt nicht ausschließlich auf die Schutzfunktion der mediterranen Trinkkultur (vgl. etwa Calafat, Blay, Hughes, Bellis, Juan, Duch & Kokkevi, 2011) zurückgeführt werden. Calafat et al. (2011) fanden bei einer Befragung von 1363 Nutzern nächtlicher Vergnügungsviertel in neun europäischen Städten keine Unterschiede im Gesamtalkohol- und Drogenkonsum sowie bei gewalttätigem Verhalten zwischen mediterranen und nicht-mediterranen Ländern. Sie stellten allerdings fest, dass Befragte in nördlicheren Ländern mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Rauschzustände erreichten, während Befragte in mediterranen Ländern häufiger ungeschützten Geschlechtsverkehr hatten und unter Alkoholeinfluss am Straßenverkehr teilnahmen.

Marsh & Kibby (1992) berichten diesbezüglich im Rahmen einer europäischen kulturvergleichenden Interviewstudie, dass südeuropäische Befragte Fragen zum Zusammenhang von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten nicht verstanden und Erläuterungen als „suggestiv“ ablehnten. Eine exemplarische Aussage zur kulturellen Einordnung dieses Bezuges in einem mediterranen Setting trifft ein von Marsh & Kibby (1992, S. 142) befragter junger Italiener: *„There are fights ... but alcohol is not involved because if you fight you need a clear mind“*.

Das Beispiel unterstreicht die unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven, Normen und Erwartungen, die in verschiedenen Kulturen nicht nur Kontext und Ausmaß des Alkoholkonsums beeinflussen, sondern auch gewisse kontextuelle Normen und typische Verhaltensweisen für gewalttätige Auseinandersetzungen bereitstellen (vgl. Marsh & Kibby, 1992).

2.3. Zwischenfazit

Das Kapitel hat gezeigt, dass Alkoholkonsum und normbrechendes Verhalten häufig gemeinsam auftreten und dass dies insbesondere für Gewalkriminalität gilt. Gewalthandlungen sind bei Trinkern, insbesondere starken Trinkern, wahrscheinlicher als bei Personen mit allenfalls moderatem Konsum.

Gewalttaten ereignen sich häufig an Orten, an denen regelmäßig Alkohol konsumiert wird. Auch Opfer von Gewalttaten stehen vielfach unter Substanzeinfluss. Allerdings variieren solche Zusammenhänge zwischen Personen und über soziale und kulturelle Kontexte hinweg sehr stark. Gleichzeitig geht nur ein sehr geringer Teil aller Trinkanlässe mit gewalttätigem Verhalten einher, und der überwiegende Teil aller gewalttätigen Handlungen wird nicht unter Alkoholeinfluss begangen. Theorien zur Klärung des Zusammenhangs nehmen pharmakologische, psychologische, kriminologische und soziologische Perspektiven ein. Die internationale Literatur ist sich weitgehend einig, dass Zusammenhänge zwischen dem Konsum von Alkohol und gewaltsamen Handlungen komplex und multifaktoriell bedingt sind. Einflüsse auf individueller Ebene zeigen sich dabei ebenso wie situative Einflüsse, die etwa auf stärkere Bezüge zwischen Alkohol und Gewalt in Gaststätten oder in der Nähe von Alkoholverkaufsstellen hindeuten. Zahlreiche Studien weisen auf einen bedeutsamen Einfluss des Rauschtrinkens hin, das allerdings auch in Abhängigkeit von kulturellen Normen und Erwartungen wie etwa der gesellschaftlichen Akzeptanz von Rauschzuständen variiert. Neben dem Rauschtrinken haben sich situative Faktoren wie das Trinken an bestimmten Orten oder in bestimmten Kontexten als relevante Einflussfaktoren herausgestellt. Das nächste Kapitel widmet sich daher dem Zusammenhang von Alkohol und Gewalt im Trinkkontext öffentlicher und halböffentlicher Räume, in denen sich ein Großteil alkoholassoziierter Gewalt abspielt.

3. Fokus auf den öffentlichen Raum

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Alkoholkonsum, Normverletzungen und Gewalt sowohl auf der individuellen als auch auf der sozialen Ebene in einem komplexen Zusammenspiel stehen. Negative Begleiterscheinungen und Folgen von Alkoholkonsum können auch unter räumlichen bzw. sozialräumlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Alkohol wird in der Regel im öffentlichen und halböffentlichen Raum erworben und zu einem bedeutsamen Teil auch dort konsumiert, z. B. in Gaststätten oder auf der Straße. Auch alkoholbedingte Folgen manifestieren sich häufig im öffentlichen Raum und haben mannigfaltige Auswirkungen auf das öffentliche Leben. Sie beeinträchtigen so unterschiedliche Phänomene wie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, den Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen, Spielmöglichkeiten für Kinder im Freien, den sozialen Zusammenhalt in Wohngebieten und Sozialräumen, die Entwicklung von Tourismus und Gewerbeansiedlungen (Bellis & Hughes, 2008).

Eine Sichtung der Literatur zu Alkohol, Alkoholkonsum und alkoholbedingten Folgen im öffentlichen Raum macht deutlich, dass sich der Blick vor allem auf Gaststätten, Bars und deren Umfeld richtet (vgl. etwa Bellis, Hughes & Anderson, 2005; Hughes, Anderson, Morleo & Bellis, 2008; Norström, 1998), ferner auch auf den Arbeitsplatz, hier allerdings mit primärem Fokus auf Unfälle und reduzierte Arbeitsleistung und Produktivität und nur zum Teil auch auf Gewaltvorkommnisse (vgl. etwa Gillespie, Gates, Miller & Howard, 2010; Rospenda, Richman & Shannon, 2009). Ein anderer Forschungsstrang, (vgl. etwa Cunradi et al., 2012; Mair et al., 2013) nimmt zwar den Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt in engen sozialen Beziehungen, die typischerweise in privat genutzten Räumen stattfindet, richtet dabei aber den Blick auf die Örtlichkeiten und Umstände des Konsums.

In jüngerer Zeit wurde zudem eine Reihe von Arbeiten veröffentlicht, in denen Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum, häuslicher Gewalt und Merkmalen der sozialräumlichen Umgebung thematisiert werden; dabei stehen die räumliche Dichte der Alkoholbezugsquellen und der räumliche Kontext des Alkoholkonsums im Vordergrund (vgl. Cunradi, 2010; Cunradi, Mair, Ponicki & Remer, 2011; 2012; Iritani, Waller, Halpern, Moracco, Christ & Flewelling, 2013; McKinney, Caetano, Harris & Ebama, 2009; Waller, Iritani, Christ, Clark, Moracco, Halpern & Flewelling, 2012; Waller, Iritani, Christ, Tucker Halpern, Moracco & Flewelling, 2013; Waller, Iritani, Flewelling, Christ, Halpern & Moracco, 2012).

Für den öffentlichen Raum im engeren Sinne, also den öffentlich zugänglichen und nicht umbauten, nicht in Privatbesitz befindlichen Raum, der in der Regel durch die Gemeinde bewirtschaftet wird, hat die internationale Literatur wenig spezifische Erkenntnisse. Diese enge Auslegung der Öffentlichkeit wird fast ausschließlich in der Auseinandersetzung mit kommunalen Alkoholkonsumverboten und deren Folgen diskutiert (vgl. Kap. 4).

Betrachtet man die Orte, an denen Alkoholkonsum stattfindet, gilt die öffentliche Zugänglichkeit prinzipiell auch für halböffentliche Räume wie etwa Gaststätten, deren Nutzung an ein Eintrittsgeld (etwa in Diskotheken) oder an bestimmte Verzehrgebote (etwa in Restaurants oder Kneipen) geknüpft werden kann. Diese Räume sind ebenfalls grundsätzlich frei zugänglich und tragen daher charakteristische Elemente einer sozial bestimmten Öffentlichkeit. Zudem gehen etwa in nächtlichen Unterhaltungs- und Ausgehbezirken gastronomische Flächen in Privatbesitz, verpachtete Freischankflächen und öffentlich bewirtschafteter Raum derart ineinander über, dass eine enge

Differenzierung hier nicht zielführend scheint. Die folgenden Ausführungen werden sich daher an einem sozialräumlich verstandenen Öffentlichkeitsbegriff orientieren, der - in Abgrenzung zum für Dritte nicht zugänglichen privaten Raum - über die öffentliche Zugänglichkeit bestimmt wird.

Konkret beziehen sich die folgenden Ausführungen auf Faktoren, Bedingungen und Ausprägungen der Alkoholverfügbarkeit und des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum, die häufig mit alkoholbedingten Schäden und unerwünschten Folgen einhergehen. Dazu werden zunächst Daten der Freiburger Street Talk Studie diskutiert, die die Problemlage im öffentlichen Raum exemplarisch abbildet. Anschließend werden internationale Forschungsergebnisse vorgestellt, die Ursachen und mögliche Lösungsansätze analysieren.

3.1. Studien aus Deutschland

In Freiburg wurde 2008 im Rahmen des Projekts *PräRIE* (vgl. Kap. 4) unter dem Titel *Street Talk* eine Befragung von 308 Nutzern des Nachtlebens zu ihrem Ausgeh- und Trinkverhalten sowie zu Gewalterlebnissen in der Innenstadt durchgeführt (Berner & Wahl, 2008). Die Befragten wurden in der Nacht auf den ersten Mai im Freiburger Ausgehviertel angesprochen und waren im Durchschnitt 22,4 Jahre alt; 20,9% der Befragten waren minderjährig, 30,9% 18-20-jährig, 29,9% 21-27-jährig und 18,3% über 28 Jahre alt. Mit 60% waren Männer häufiger vertreten als Frauen. Mehr als die Hälfte der Befragten waren noch in schulischer oder akademischer Ausbildung (33,8% Schüler sowie 20% Studenten), 34,7% waren berufstätig (25,4% abgeschlossene Berufsausbildung, 9,3 % Akademiker).

Der größte Teil der Befragten besuchte regelmäßig Gaststätten, Kneipen und Diskotheken (25,4% 1-3 Besuche pro Monat, 34,1% einmal pro Woche, 29,5% 2-4 Besuche pro Woche). Dabei war die höchste Besuchsfrequenz bei der jüngsten Altersgruppe anzutreffen: mit 49,2% gab fast die Hälfte der 15-17-Jährigen an, 2-4 Mal pro Woche auszugehen.

Fast alle Befragten (93%) tranken zumindest gelegentlich Alkohol beim Ausgehen, ein Drittel gab an, bei jedem Besuch Alkohol zu konsumieren. Die Befragten gaben an, pro Ausgehabend durchschnittlich 94 g Reinalkohol zu konsumieren (entspricht ca. einer Flasche Wein). Mit 160 g Reinalkohol tranken dabei die 15-17-Jährigen am meisten, die Trinkmenge ging mit steigendem Alter stetig zurück. Männer tranken in allen Altersgruppen mehr als Frauen, wobei Frauen in den jüngeren Altersgruppen weniger als die Hälfte des männlichen Konsumlevels erreichen; erst in der Altersgruppe über 28 Jahre nähern sich die Werte etwas an. Als Grund für den Alkoholkonsum gaben 35,4% „Spaß“ an und 27,8% erwarteten eine lockernde Wirkung. 28,8% nannten den Geschmack, 11,9% Gruppenzwang, 6% Frust und 5% Gewohnheit als Grund des Trinkens. Die Befragtengruppe, für die der Geschmack im Vordergrund stand, war dabei deutlich älter und konsumierte sehr viel weniger Alkohol.

Fast die Hälfte der Befragten (48,8%) konsumierte überdies schon vor dem Ausgehen Alkohol; insbesondere traf dies auf die Altersgruppen unter 21 Jahren zu (15-17-Jährige: 65,7%, 18-20-Jährige: 61,3%, 21-27-Jährige: 40%, 28+:20%). In der überwiegenden Zahl geschah dies zuhause oder bei Freunden. Bei diesen als „Vorglühen“ bezeichneten Anlässen werden nach Angabe der Befragten mit 81,5g Reinalkohol erhebliche Mengen konsumiert, dabei trinkt die jüngste männliche Altersgruppe mit durchschnittlich 126,5 g (ca. ½ l Schnaps) am meisten. Zudem stellten die Autoren fest, dass das „Vorglühen“ keine simple Verlagerung des Alkoholkonsums in den häuslichen Bereich darstellt. Ganz im Gegenteil konsumierten die Befragten, die von eigenem „Vorglühen“ berichteten, in der Ausgehssituation zusätzlich doppelt so viel Alkohol wie Befragte, die vor dem Ausgehen keinen Alkohol

konsumierten. Insgesamt konsumierten die Vorglüher damit fast die vierfache Alkoholmenge pro Ausgehabend (171,5 g vs. 45g).

Die Befragten berichteten nicht nur starken Konsum, sondern auch extreme Rauschzustände: 29,8% der männlichen Befragten und 19% der weiblichen Befragten gaben an, in den letzten 12 Monaten bei Besuchen der Innenstadt mindestens einmal so betrunken gewesen zu sein, dass sie nicht mehr laufen konnten. Bei den 15-17-Jährigen wurde dies geschlechterübergreifend von 42,9 % berichtet; mit steigendem Alter ging die Berichtshäufigkeit zurück (18-20: 31,5%, 21-27: 15,7%, 28+: 11,1%).

Die Befragten wurden zudem nach eigenen und beobachteten Gewalterfahrungen in der Innenstadt in den letzten 12 Monaten befragt. Mehr als die Hälfte der Befragten hatte Gewalt zumindest beobachtet, etwa die Hälfte war beleidigt worden, und ein Fünftel war an einer Schlägerei in einer Kneipe oder auf der Straße beteiligt gewesen. Sexuelle Belästigung wurde von 24% der weiblichen und 4 % der männlichen Befragten berichtet. An Schlägereien waren Männer sehr viel häufiger beteiligt als Frauen: Von den 15-17-jährigen Jungen berichteten 31,7%, in eine Schlägerei auf offener Straße verwickelt gewesen zu sein. Die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an einer Schlägerei war signifikant erhöht für junge Männer und für Personen mit besonders hohem Alkoholkonsum, die vor dem Ausgehen vorglühten. Die 50 Befragten, die an einer Schlägerei beteiligt gewesen waren, tranken im Durchschnitt 210 g Reinalkohol pro Ausgehabend, während die übrigen Befragten „nur“ 78,5 g konsumierten.

Die Erhebung des Alkoholkonsumlevels und der Gewalterfahrungen von Nutzern des Freiburger Nachtlebens stellt exemplarisch die Problemlagen in nächtlichen Unterhaltungsbezirken dar. Die Ergebnisse unterstreichen zudem noch einmal den Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt (vgl. Kap. 2). Die Beobachtung von oder Beteiligung an Schlägereien war für alle Befragten relativ wahrscheinlich; insbesondere für minderjährige Jungen mit extremen Konsummengen. Da diese Altersgruppe überdies angab, häufig in Kneipen zu gehen, drängt sich die Frage nach der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes und des Gaststättengesetzes in den ortsansässigen Lokalen förmlich auf (vgl. Kap. 1, 4).

Allerdings war in Freiburg auch der Durchschnittskonsum der Befragten mit 94 g Alkohol bedenklich hoch. Inwieweit ein erhöhter Alkoholkonsum und alkoholbedingte Gewaltdelikte und Ordnungswidrigkeiten von räumlichen Faktoren wie der Alkoholverfügbarkeit in Gaststätten und Vergnügungsvierteln beeinflusst werden, soll im Folgenden untersucht werden.

3.2. Internationale Studien

Die im Folgenden dargestellten internationalen Studien betrachten hauptsächlich den Zusammenhang von räumlicher Alkoholverfügbarkeit, also der Dichte von Alkoholverkaufsstellen in Einzelhandel und Gastronomie, mit Gewaltdelikten und Ordnungswidrigkeiten. Ein besonderer Fokus richtet sich dabei auf Gaststätten, in denen ein Großteil des insgesamt konsumierten Alkohols getrunken wird und in denen auch mit Alkohol in Verbindung stehende Gewaltdelikte und Ordnungswidrigkeiten gehäuft auftreten (Hughes & Bellis, 2012). Abschließend wird die räumlich gehäufte Anordnung von Bars, Kneipen und Diskotheken in nächtlichen Unterhaltungsbezirken diskutiert, die sehr viel Publikum anziehen und einen Kristallisationspunkt für alkoholassoziierte Gewalt- und Ordnungsdelikte darstellen.

Alkoholverfügbarkeit

Alkoholische Getränke werden traditionell hauptsächlich im Einzelhandel für den heimischen Konsum oder in Gaststätten zum Sofortverzehr angeboten. Insbesondere die Lokalitäten, an denen alkoholische Getränke für den sofortigen Konsum verkauft werden, werden schon seit langem mit dem gehäuften Auftreten von Gewalt und Ordnungsstörungen in Verbindung gebracht. Bereits 1890 wurde etwa in Großbritannien begonnen, die Lizenzvergabe für Pubs restriktiv zu handhaben, um eine zu hohe Verkaufsstellendichte zu vermeiden (Livingston et al., 2008).

Auch in der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion besteht weitgehend Konsens, dass eine größere Verfügbarkeit von Alkohol zu mehr Konsum und zu mehr negativen Folgen führt. Dieser Zusammenhang wird in der viel zitierten Verfügbarkeitstheorie von Single (1988) als dreistufiges System betrachtet:

1. Wenn die Verfügbarkeit von Alkohol in einer Gemeinde steigt, steigt auch der Durchschnittskonsum der Bevölkerung.
2. Wenn der Durchschnittskonsum in der Bevölkerung steigt, steigt auch die Anzahl von starken bzw. Risikotrinkern.
3. Risikotrinken wird mit negativen gesundheitlichen und sozialen Folgen in Verbindung gebracht; wenn die Anzahl von Risikotrinkern steigt, nehmen auch die negativen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen zu (Single, 1988, S. 333).

„Verfügbarkeit“ wird dabei unter mehreren Gesichtspunkten betrachtet. Die Rede ist von ökonomischer Verfügbarkeit (die im Wesentlichen über das Preisniveau bestimmt wird), ferner von demographischer Verfügbarkeit (Mindestkonsumalter), zeitlicher Verfügbarkeit (Öffnungszeiten) und schließlich von geographischer Verfügbarkeit, die in der Regel als räumliche Dichte von Verkaufsstellen gefasst wird (Giesbrecht & Greenfield, 2003).

Es darf allerdings nicht unbeachtet bleiben, dass Alkoholverwerb, Alkoholkonsum, und auch alkoholbedingte Konflikte und Gewalt auch von zwischenmenschlichen Interaktionen und einem komplexen Zusammenspiel räumlicher und sozialer Umstände abhängig sind. Stockwell & Gruenewald (2004) schlagen daher vor, die Verfügbarkeitstheorie um Elemente der kriminologischen Routine Activity Theorie (Felson, 1987) zu ergänzen. Kernelement dieser Theorie ist der Ansatz, dass Straftaten dann stattfinden, wenn potenzielle Täter und Opfer im Rahmen ihrer alltäglichen Aktivitäten in einem ungeschützten Raum zusammentreffen. Stockwell & Gruenewald (2004) argumentieren daher, dass sich Veränderungen der Alkoholverfügbarkeit dann auf Gewaltkriminalität auswirken, wenn sie die „Routine Drinking Activities“ beeinflussen, also das typische/routinierte Trinkverhalten; also z.B. zuhause trinken vs. in der Bar, trinken als gemeinschaftliche Aktivität vs. allein trinken. Roncek & Maier (2006) haben im Sinne dieses Verständnisses vorgeschlagen, den Einfluss der Alkoholverfügbarkeit auf Gewalt als durch die Anziehungskraft von Gaststätten auf größere Mengen zumeist junger Männer vermittelt zu begreifen, die als Opfer wie auch als potenzielle Täter in besonderem Maße in Frage kommen. Zudem betonen sie die Relevanz struktureller Eigenschaften der nächtlichen Unterhaltungsbezirke, die tendenziell durch große Anonymität und eine geringe Präsenz von Schutzinstanzen (z. B. geringere soziale Kontrolle durch größere Anonymität) gekennzeichnet sind (Roncek & Maier, 2006).

Eine weitere Theorie beschreibt eine größere Zahl von Alkoholverkaufsstellen in einem Sozialraum als Marker sozialer Desorganisation (Peterson et al., 2000, vgl. auch Sampson & Groves, 1989). Die Autoren gehen davon aus, dass Gewalt eher in Gegenden mit niedriger sozialer Kontrolle stattfindet

und sich neue Gaststätten und Einzelhandelsverkaufsstellen dort ansiedeln, wo die Anwohner nicht ausreichend politische und juristische Durchsetzungskraft haben, dies zu verhindern (Peterson et al., 2000). Zudem weist Gruenewald (2011) darauf hin, dass Verkaufsstellen sich auch nach wirtschaftlichen Kriterien anordnen. Neue Alkoholverkaufsstellen öffnen in der Regel dort, wo auf der einen Seite Nachfrage besteht und auf der anderen Seite die Mieten günstig sind. Diese Kombination trifft tendenziell auf sozial schwächere Stadtviertel zu. In der Folge können sich lokale Häufungen von Alkoholverkaufsstellen entwickeln, die mit relativ kleinräumigen Gewalt-Hotspots einhergehen (Grubestic & Pridemore, 2011). Auf der anderen Seite findet sich eine hohe Dichte von Alkoholverkaufsstellen auch in nächtlichen Unterhaltungsbezirken, die nicht in erster Linie durch die sozioökonomische Struktur der Bewohnerschaft, sondern durch die Art der Nutzung und das hiervon angezogene Publikum geprägt sind.

Zusammenfassend nennen Bieler & Roman (2013), in Anlehnung an die Routine Activity Theory, als die fünf Schlüsselfaktoren für das vermehrte Auftreten von Gewaltkriminalität und Ordnungsstörungen in nächtlichen Unterhaltungsbezirken: die Verfügbarkeit von Alkohol, die Uhrzeit des Alkoholkonsums (etwa determiniert durch längere oder kürzere Öffnungszeiten), die potenziell risikoreichen oder schützend wirkenden Gegebenheiten des Bezirks /der Gaststätten (z. B. fehlende Straßenbeleuchtung / Ausbildung des Gaststättenpersonals), die Alkoholpräventionsstruktur der Gemeinde (z. B. Vorhandensein oder Fehlen einer kommunalen Präventionsstrategie) und die Anwesenheit potenzieller Täter (etwa durch mangelhaften Umgang mit Risikotrinkern / Ausschank über die Betrunkenheitsgrenze).

Verkaufsstellendichte und Gewaltkriminalität

Die Verfügbarkeits-theorie impliziert, dass eine Erhöhung der Anzahl der Alkoholverkaufsstellen tendenziell zu einem Anstieg des Alkoholkonsums führt, und umgekehrt eine Verringerung der Verkaufsstellendichte zu weniger Alkoholkonsum. Obwohl Alkohol grundsätzlich erhältlich ist, sind bei geringerer Verkaufsstellendichte die zurückzulegenden Wege zum Verkaufsort länger und der persönliche Aufwand höher. Gleichzeitig wird die Wettbewerbssituation entschärft, wodurch in der Regel die Preise steigen, was wiederum die finanzielle Verfügbarkeit reduziert (Campbell et al., 2009).

Übereinstimmend finden Autoren aus verschiedenen Ländern, dass die räumliche Dichte von Alkoholverkaufsstellen mit dem Auftreten von Ordnungsstörungen und Gewaltdelikten positiv korreliert (vgl. z. B. Toomey et al., 2012, Norström, 2000; Yu et al., 2008, Roman et al., 2008). In Gebieten mit höherer Alkoholverkaufsdichte finden mehrere Studien signifikant erhöhte Ordnungsverstöße und Gewaltkriminalitätszahlen, insbesondere Raubüberfälle, Körperverletzung und Sexualdelikte (z.B. Scribner et al., 1995, Franklin et al., 2010, Roman et al., 2008; Gorman et al., 2001, vgl. auch Watts & Rabow, 1983).

Die wohl meist zitierte Studie zum Zusammenhang von räumlicher Alkoholverfügbarkeit und Gewaltkriminalität stammt von Scribner et al. (1995). Die Autoren untersuchten 74 US-amerikanische Städte im Großraum von Los Angeles und stellten für das Jahr 1990 fest, dass jede weitere Alkoholverkaufsstelle mit 3,4 zusätzlichen Gewaltdelikten im Untersuchungszeitraum einherging. Dieser Effekt bestand unabhängig von soziodemografischen Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Einkommen, ethnischer und Altersstruktur sowie Stadt- und Haushaltsgröße.

Eine Langzeitstudie von 256 US-amerikanischen Städten zwischen 1960 und 1980 fand ähnliche Zusammenhänge zwischen Alkoholverkaufsstellendichte und Veränderungen der Mordraten (Parker & Rebhun, 1995). Eine Zeitreihenanalyse norwegischer Daten für den Zeitraum 1960-1995 (Norström 2000) stellte ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen der Dichte von Gaststätten und

polizeilich dokumentierter Gewaltkriminalität fest. Die Autorin gibt an, dass ein Anstieg der Gaststättendichte um 12% zu einem Anstieg von 6% bei Gewaltkriminalität führte. Auch für die USA zeigen sich ähnliche Effekte: Toomey et al. (2012a) brachten in einer Studie in Minneapolis eine 20%-ige Erhöhung der Dichte von Alkoholabgabestellen mit einer Erhöhung der Gewaltkriminalität (Vergewaltigung, Körperverletzung, Raubdelikte, Gewaltkriminalität gesamt) um ca. 4% in Verbindung. Im Gegensatz zu Norström (2000) untersuchten sie sowohl Gaststätten als auch Alkoholverkaufsstellen des Einzelhandels. Der Zusammenhang zwischen Gaststättendichte und Gewaltkriminalität war sowohl deliktsübergreifend als auch für die einzelnen Deliktsbereiche signifikant, während die Effekte von Alkoholverkaufsstellen im Einzelhandel schwächer und nur für Körperverletzung und Raubdelikte signifikant waren. Der berichtete Effekt ging damit wesentlich auf Gaststätten zurück, die allerdings in Minneapolis die überwiegende Mehrzahl der Alkoholverkaufsstellen ausmachen (Toomey et al., 2012a).

Ähnlich geben Franklin et al. (2010) anhand von Polizei- und Zensusdaten für Washington D.C. an, dass jede zusätzliche Verkaufsstelle die Wahrscheinlichkeit von Körperverletzungsdelikten um 4 % erhöht. Selbst unter Berücksichtigung von Merkmalen sozial schwacher (z.B. Haushaltseinkommen) und Brennpunktbezirke (Verhaftungszahlen wg. illegalen Drogen- und Waffenbesitzes) war die räumliche Verfügbarkeit von Alkohol konsistent und signifikant mit Gewaltkriminalität assoziiert. Dabei hatte die Alkoholverfügbarkeit sogar eine höhere Vorhersagekraft für das Auftreten von Gewaltkriminalität als die Verhaftungszahlen wegen Drogen- und Waffenbesitzes.

Ähnlich komplexe Zusammenhänge zwischen Alkoholverkaufsstellen, Gewaltkriminalität und Sozialstruktur stellten Lipton et al. (2013) in einer Bostoner Studie fest. Sie fanden, dass Gebiete mit hoher Gewaltkriminalität neben einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Verkaufsstellen auch durch ein höheres Maß an Armut und mehr Festnahmen wegen Drogendelikten geprägt waren. Die Zusammenhänge zwischen Alkoholverkaufsstellen und polizeilich registrierter Gewaltkriminalität blieben allerdings auch nach Kontrolle auf sozialstrukturelle Merkmale und Drogendelikte multivariat bestehen. Dabei gingen Restaurants, in denen nur Bier und Wein ausgeschenkt wurde, tendenziell mit geringerer Gewaltkriminalität in der Umgebung einher; wurden auch hochprozentige Getränke verkauft, kehrte sich der Zusammenhang um. Zudem stellten Livingston et al. (2008) für Melbourne fest, dass mit der Zunahme von Ausschank- und Verkaufslizenzen nicht nur die Gesamtzahl an Körperverletzungsdelikten stieg, sondern auch die Zahl der Körperverletzungsdelikte pro einzelner Lizenz. Besonders ausgeprägt war dieser Zusammenhang für Kneipen (*hotels*²/Pubs). Dies könnte - so Livingston (2008) - als Argument zur Begrenzung der Zahl von Alkoholverkaufsstellen dienen.

In jüngerer Zeit wird die Dichte von Alkoholverkaufsstellen vielfach nicht mehr auf Stadt- oder Landkreisebene gemessen, sondern in kleinräumigeren Einheiten wie Postleitzahlen- oder Zensusgebieten und Blocks³. Dieser Umschwung wurde eingeleitet durch die Verfügbarkeit neuer Geoinformationssoftware (GIS), die diese Art der kleinräumigen Untersuchung überhaupt erst ermöglichte (Yu et al., 2008). Die konkrete Umsetzung geht zurück auf einen Versuch, die oben besprochene LA-Studie von Scribner et al. (1995) in 223 Gemeinden in New Jersey zu wiederholen (Gorman et al., 1998). Die Autoren fanden in New Jersey keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Alkoholverkaufsdichte und Gewaltkriminalität bzw. häuslicher Gewalt; stattdessen stellten sie einen signifikanten Einfluss soziodemografischer Merkmale fest. Sie merken an, dass die

² Das australische „hotel“ ist eine Schankwirtschaft ähnlich dem englischen Pub(lic house).

³ Ein „Block“ ist im US-amerikanischen Sprachgebrauch die kleinste innerstädtische Bebauungsfläche, die zumeist aus Reihenhäusern besteht und von Straßen, Flüssen oder Bahnlinien begrenzt wird.

untersuchten Städte kleiner waren und zudem die Dichte von Alkoholverkaufsstellen, bezogen auf die Bevölkerung, geringer war. Sie vermuten, dass eine gewisse Mindestgröße der Populations- und Verkaufsstellendichte überschritten werden muss, damit Alkoholverkauf und Gewaltkriminalität in einen erkennbaren Zusammenhang treten. Da die Zielvariablen aufgrund unterschiedlicher lokaler Gegebenheiten ebenfalls unterschiedlich ausfielen, sind aus methodischer Sicht konfligierende Ergebnisse nicht überraschend (Roman et al., 2008). In einer kleinräumig ausgerichteten Studie in Camden, New Jersey fanden Gorman et al. (2001) einen deutlichen Zusammenhang zwischen Verkaufsstellendichte und Gewaltkriminalität, der allerdings auf ein begrenztes „Hot Spot“-Areal um die Verkaufsstellen herum beschränkt war.

Obwohl der überwiegende Teil der Studien für Alkoholverkaufsstellen insgesamt einen Zusammenhang mit Gewaltdelikten belegt, haben die verschiedenen Arten von Verkaufsstellen sehr unterschiedliche Eigenschaften. So verkauft eine Großdiskothek sehr viel mehr Alkohol als eine Eckkneipe oder ein kleiner Kiosk (Livingston, 2007), und zwar zu tendenziell anderen Tageszeiten. Gaststätten und Diskotheken bieten alkoholische Getränke zum sofortigen Konsum an, während in Supermärkten zumeist für den heimischen Verzehr eingekauft wird. Im Einzelhandel können große Alkoholmengen eingekauft werden, die außerhalb der Kontrolle von Gaststättenpersonal konsumiert und auch an Minderjährige weitergegeben werden können; Minderjährige kaufen zudem einen nennenswerten Anteil der konsumierten Getränke selbst im Einzelhandel (Forsyth & Davidson 2009). Eine Reihe von Studien (z. B. Roman et al., 2008; Franklin et al., 2010; Liang & Chikritzhs, 2011) hat daher die Auswirkungen verschiedener Arten von Verkaufsstellen differenziert für unterschiedliche Delikte und Ordnungsstörungen betrachtet.

Roman et al. (2008) fanden im Rahmen einer kleinräumigen blockbasierten Studie in Washington, D.C., einen übergreifenden Zusammenhang zwischen Alkoholverkaufsstellendichte und Gewaltkriminalität. Zudem stellten sie fest, dass die verschiedenen Arten von Verkaufsstellen jeweils mit ganz bestimmten Gewaltphänomenen und Störungen der öffentlichen Ordnung in räumlichem Zusammenhang standen. So ging eine erhöhte Dichte von Gaststätten (Restaurants, Bars, Diskotheken) mit erhöhten Raten von Körperverletzungsdelikten einher, wobei dieser Effekt bei differenzierterer Betrachtung ausschließlich auf die örtlichen Bars und Kneipen zurückzuführen und zudem nur an Wochenenden nachweisbar war. Diskotheken/Nachtclubs hatten augenscheinlich keinen Einfluss auf Körperverletzungen (die Autoren schränken allerdings ein, dass nur sechs Blocks der Stichprobe Nachtclubs enthielten, weil ein Großteil der „club-type bars“ aus Lizenzgründen als einfache „Bars“ angemeldet wurden, wodurch die Ergebnisse möglicherweise verzerrt wurden). Auf der anderen Seite zeigte eine größere Dichte von Alkoholverkaufsstellen im Einzelhandel, entgegen den Ergebnissen anderer Studien, keinen Zusammenhang mit Körperverletzungsdelikten. Allerdings fanden die Autoren einen Zusammenhang zwischen Alkoholverkaufsstellen im Einzelhandel und häuslicher Gewalt, der allerdings nur an Wochenenden signifikant war. Sie stellten überdies fest, dass der Alkoholverkauf in Restaurants und Nachtclubs sich reduzierend auf häusliche Gewaltdelikte auswirkte, wohingegen der Alkoholverkauf in Bars keine reduzierenden Effekte hatte (Roman et al., 2008, vgl. auch Roman & Reid, 2013). Auch Cunradi et al. (2012) fanden im Rahmen der California Community Health Study of Couples, die über Telefoninterviews mit 1.585 Paaren geführt wurde, dass männlicher Alkoholkonsum in Bars und im öffentlichen Raum mit Gewalt in Partnerschaften (und zwar sowohl von Männern gegenüber Frauen als auch umgekehrt) einherging. Eine zweite Studie der Autorengruppe zu derselben Stichprobe (Mair et al., 2013) identifizierte kontextspezifische Bezüge. Die Autoren fanden, dass häusliche Gewalt von Männern gegenüber Frauen sowohl mit männlichem Alkoholkonsum in Bars und bei Partys als auch mit weiblichem Alkoholkonsum im öffentlichen Raum verknüpft war.

Franklin et al. (2010) untersuchten die Alkoholverkaufsstellendichte innerhalb eines Zensusgebietes und stellten signifikante Zusammenhänge mit Raub-, Körperverletzungs- und Sexualdelikten fest. Eine nach Verkaufsstellentyp differenzierte Analyse fand sowohl für Gaststätten als auch für den Einzelhandelsverkauf signifikante Auswirkungen auf Raubdelikte; allerdings waren bei getrennter Auswertung die Effekte auf Körperverletzungs- und Sexualdelikte nicht mehr signifikant.

Liang & Chikritzhs (2011) untersuchten für Western Australia nicht nur die Verkaufsstellendichte, sondern konnten anhand der dokumentierten verkauften Alkoholmenge auch Aussagen über den tatsächlichen Alkoholkonsum treffen. Sie stellten fest, dass die verkaufte Alkoholmenge pro Einzelhandelsverkaufsstelle signifikant mit Körperverletzungsdelikten zusammenhing und auch das Auftreten von Gewalt im häuslichen Umfeld sowie auf der Straße beförderte. Unter Einbezug der Verkaufsmenge war die aus der Anzahl abgeleitete Verkaufsstellendichte nicht mehr signifikant. Für Gaststätten galt umgekehrtes: Hier erlaubte die Anzahl der Lokale Prognosen über das Auftreten von Gewaltkriminalität, mit Ausnahme von Körperverletzungen im häuslichen Kontext, selbst wenn die Menge des verkauften Alkohols berücksichtigt wurde. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass für negative Effekte von Gaststätten nicht die Menge des verkauften Alkohols einen Risikofaktor darstellt, sondern vielmehr die in Kneipen, Bars und Diskotheken verbrachte Zeit potenzieller Täter und Opfer. Der Alkoholverkauf im Einzelhandel hatte für das Auftreten von Körperverletzungsdelikten von allen untersuchten Faktoren die größte Vorhersagekraft und wirkte sich sogar auf tätliche Angriffe in Gaststätten aus, was die Autorinnen als Anhaltspunkt für problematische Effekte des „Vorglühens“ werten. Mehrere US-amerikanische Studien fanden ebenfalls stärkere Zusammenhänge für den Alkoholverkauf im Einzelhandel als für den Verkauf in Gaststätten (Gruenewald et al., 2006; Pridemore & Grubestic, 2012).

Verkaufsstellendichte und Ordnungsstörungen

Einige Studien haben auch den räumlichen Zusammenhang von Alkoholverkaufsstellen und Störungen der öffentlichen Ordnung untersucht. Donnelly et al. (2006) befragten 2002 im Rahmen des australischen *National Crime and Safety Survey* 9300 Einwohner von New South Wales zu alkoholbedingten Ordnungsstörungen und Sachbeschädigungen/Vandalismus in der Nachbarschaft. Sie analysierten diese Ergebnisse unter Zuhilfenahme einer komplexen Geocodierung, die die Lokalisierung aller Alkoholverkaufsstellen in New South Wales enthielt und die Verkaufsstellendichte sowie die Entfernung zu den fünf nächsten Verkaufsstellen für jeden Zensusbereich berechnete. Fast ein Viertel der Befragten, die weniger als 500 m entfernt von den fünf nächsten Alkoholverkaufsstellen wohnten, berichteten Störungen durch Betrunkene und Sachbeschädigungen im letzten Jahr. Die Bewohner von Gebieten mit besonders hohen Verkaufsstellendichten berichteten besonders hohe Zahlen an Ordnungsstörungen und Sachbeschädigungen. Diese Effekte zeigten sich unabhängig von soziodemografischen Faktoren.

Auch Wechsler et al. (2002) befragten in einer US-weiten Telefonbefragung 2300 Haushalte in Collegestädten zum Auftreten von Lärm, Vandalismus und Ordnungsstörungen sowie zur Anzahl von Alkoholverkaufsstellen. Sie stellten fest, dass die Anwohner von Colleges signifikant mehr Lärm, Trunkenheit, Erbrechen, Urinieren und Vandalismus berichteten als Befragte, die nicht in direkter Nachbarschaft wohnten. Allerdings war dieser Zusammenhang davon abhängig, ob auch Alkoholverkaufsstellen in der Nähe waren.

Toomey et al. (2012b) untersuchten anhand von Daten aus Minneapolis, Minnesota, die Zusammenhänge zwischen der Dichte von Alkoholverkaufsstellen und Vandalismus, „nuisance crime“ (Ordnungsstörungen, Belästigungen, öffentliches Erbrechen / Urinieren / Defäkieren), Trunkenheitsfahrten und Alkoholkonsum durch Minderjährige. Sie stellten fest, dass die Dichte von

Verkaufsstellen auf alle untersuchten Delikte und Verhaltensweisen erhöhend wirkte, insbesondere galt dies für die Dichte von Gaststätten. Die Autoren schätzen, dass eine Erhöhung der Verkaufsstellendichte um 20% mit einem Zuwachs von Vandalismusvorfällen um 3.3% einhergeht; für den Tatbestand „nuisance“ gehen sie von einer Steigerung um 6.4% aus. Ähnlich fanden auch Stevenson et al. (1999a) für New South Wales, Australien, dass Sachbeschädigung und Belästigungen/ungebührliches Verhalten („offensive behavior“) in Postleitzahlengebieten mit höherem Alkoholverkaufsvolumen häufiger waren. Briscoe & Donnelly (2001) stellten fest, dass sich Sachbeschädigungen verstärkt zwischen 21:00 und 03:00 Uhr an Wochenendnächten ereigneten; Belästigungen/ungebührliches Verhalten ereigneten sich gehäuft zwischen 21:00 und 00:00.

Forsyth & Davidson (2009) untersuchten den Einfluss der Örtlichkeit von Alkoholverkaufsstellen auf alkoholbedingten Müll in einer schottischen Stadt. Dazu dokumentierten sie sämtliche leeren Flaschen und Dosen, die nicht ordnungsgemäß entsorgt worden waren, und setzten die Fundstellen in räumliche Verbindung zu den Einzelhandelsverkaufsstellen. Sie fanden zwar einige zerbrochene Flaschen in der Nähe von Verkaufsstellen, aber keinen konsistenten oder signifikanten Zusammenhang; vielmehr stellten sie fest, dass das Auftreten von alkoholbedingtem und anderem Müll vor allem von soziodemografischen Faktoren des Stadtteils abhing.

Gaststätten

Ein wesentlicher Anteil des gesamten Alkoholkonsums und der mit Alkohol in Verbindung stehenden Körperverletzungsdelikte und Ordnungswidrigkeiten ereignet sich in innerstädtischen Bars, Kneipen und Nachtclubs (Hughes et al., 2011). Die in Cardiff durchgeführte Studie „Tackling Alcohol-Related Street Crime“ fand, dass ein Großteil der mit Alkohol assoziierten in der Öffentlichkeit begangenen Körperverletzungsdelikte und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung an Wochenendnächten im Innenstadtbereich geschehen (Maguire & Nettleton, 2003). Dabei ereigneten sich über die Hälfte dieser Delikte innerhalb oder direkt vor Gaststätten und waren gewalttätig; Störungen der öffentlichen Ordnung waren hingegen häufiger auf offener Straße anzutreffen. Auch Faulkner et al. (2011) geben an, dass 40% der schweren Körperverletzungsdelikte in Dayton, Ohio, in Zusammenhang mit Gaststätten stehen. In der internationalen Forschung werden insbesondere Bars und Nachtclubs inzwischen übergreifend als hochriskante Trinkkontexte („high risk drink settings“) betrachtet (vgl. z. B. Stockwell, Lang & Rydon, 1993, Macdonald et al., 2005).

Dabei sind die Gewaltdelikte nicht gleichmäßig über alle Bars und Nachtclubs verteilt; vielmehr gehen die meisten Delikte von wenigen *Hotspot Bars* aus (Briscoe & Donnelly, 2001). Moore et al. (2011) verglichen in polizeilichen und notfallmedizinischen Dokumentationen erhobene Daten zum Ereignisort von Körperverletzungsdelikten mit einer typisierenden Erhebung des Schankverhaltens in britischen Gaststätten. Dazu setzten sie eine Kombination von Atemalkoholmessungen vor/ nach dem Gaststättenbesuch und kontrollierten Beobachtungen des Intoxikationsniveaus ein. Sie stellten fest, dass unverantwortliche Schankpraktiken (insbesondere Ausschank an erkennbar Betrunkene, indiziert durch starke Veränderung des gemessenen und sichtbaren Trunkenheitslevels vor/nach), Werbeangebote und längere Öffnungszeiten in einzelnen Gaststätten signifikant mit dort auftretenden Gewaltdelikten zusammenhängen.

Die *Bar Violence Study* untersuchte die Auftretensbedingungen von Gewalt in Bars, Kneipen und Diskotheken in Buffalo, New York (Quigley et al., 2003). Die Autoren fanden, dass die Klientel von Bars, in denen besonders viele Gewaltdelikte registriert wurden, tendenziell jünger war, mehr Alkohol konsumierte und bei Messungen höhere Punktwerte für Wut/Zorn und Impulsivität erreichte. Befragte, die gewalttätiges Verhalten in Bars erlebt hatten, stuften die fraglichen Lokale als verrauchter, wärmer, schmutziger, dunkler und gedrängter ein. Zudem verfügten gewaltaffine Bars

häufiger über kompetitive Spiele (z. B. Dart, Billard), hatten einen höheren Anteil männlichen Personals und setzten häufig Sicherheitspersonal ein. Für das Auftreten von Gewalt in Bars und Nachtclubs spielen aber auch räumliche Faktoren eine Rolle. So konnten Macintyre & Homel (1997) zeigen, dass Bars, in denen starkes Gedränge herrschte, besonders gewaltbelastet waren. Dabei war das Gedränge weniger auf die Relation von Gästezahl und Lokalgröße zurückzuführen, sondern vielmehr auf die inadäquate Anlage und Ausgestaltung der Innenräume, Toiletten, Tresen und Ein-/Ausgänge, die die Bewegungsströme innerhalb der Lokale stark negativ beeinflussten. Die Autoren merken an, dass diese Faktoren im Einflussbereich des jeweiligen Managements liegen und relativ leicht positiv zu beeinflussen wären.

Nächtliche Unterhaltungsbezirke

Größere Ansammlungen von Kneipen, Bars, Diskotheken und Restaurants, die gemeinsam einen nächtlichen Unterhaltungsbezirk, eine Kneipen- oder Partymeile bilden, gehören heutzutage zum Stadtbild vieler Kommunen. Diese Bezirke bieten vielen Einwohnern willkommene Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und haben überdies wirtschaftliches und zum Teil auch touristisches Potenzial. An diesen Orten wird allerdings auch besonders viel Alkohol konsumiert (Hughes et al. 2011), und es häufen sich alkoholbedingte Gewaltdelikte (Grubestic & Pridemore, 2011). Dabei ist das Zahlenverhältnis von Alkoholverkaufsstellen zu Gewaltdelikten selten dergestalt, dass pro (neuer) Bar eine bestimmte Anzahl von Gewaltdelikten hinzukommt. Vielmehr scheint Ansammlungen von Gaststätten ein spezieller Stellenwert als Vergnügungsviertel zuzukommen, der sehr viel mehr Kunden anzieht, als andernorts auf der Basis der Zahl und Kapazität der Lokale zu erwarten wäre (Livingston, 2007). Mit dem vermehrten Publikumsverkehr, der sich auch zwischen den Gaststätten, Kneipen und Diskotheken abspielt, steigt das Gewaltisiko überproportional (Livingston, 2007, vgl. auch Miller, 2012). Insbesondere in nächtlichen Unterhaltungsbezirken kommt Faktoren, die riskanten Konsum und alkoholbedingte Schäden befördern, eine zentrale Rolle zu. Die Zusammensetzung der Klientel, angenehme Raumgestaltung, Verhalten des Sicherheitspersonals, Langeweile, Trunkenheit und trunkenheitsfördernde Werbeangebote wirken sich entscheidend auf das Aggressions- und Gewaltniveau aus (Homel et al., 1992). Zudem zeigte sich auch für schlechtes Management der einzelnen Gaststätten, nachlässige Polizeikontrollen, Mangel an öffentlichem Nahverkehr/Taxis und inadäquate Gesetzgebung ein Zusammenhang mit erhöhtem Auftreten von gewalttätigem Verhalten.

Ein Großteil der internationalen Studien stammt aus Australien und den USA, und Studien zu kulturspezifischen Phänomenen wie dem Alkoholkonsum sind nicht immer übertragbar. In mehreren Pan-europäischen Studien untersuchte daher eine Forschergruppe um Mark Bellis und Karen Hughes, wie sich der Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt im Nachtleben verschiedener europäischer Ländern gestaltet (vgl. z. B. Schnitzer et al., 2010, Hughes et al., 2011, Calafat et al., 2013). So untersuchten Schnitzker et al. (2009) Gewaltdelikte im Nachtleben neun europäischer Länder (Deutschland, Österreich, Tschechische Republik, Griechenland, Italien, Portugal, Slowenien, Spanien und United Kingdom). Von den befragten 1341 Nutzern von Angeboten des Nachtlebens (16 – 35 Jahre) waren 19,5% innerhalb der letzten 12 Monate an einer körperlichen Auseinandersetzung in „nightlife environments“ beteiligt gewesen⁴; die Wahrscheinlichkeit stieg mit jüngerem Alter, der individuellen Intoxikationshäufigkeit und einer Vorliebe für permissive Lokalitäten, in denen (leichte) Formen abweichenden Verhaltens offensichtlich akzeptiert werden. Daneben fanden die Autoren in allen untersuchten Städten für Männer eine im Vergleich zu Frauen erhöhte Wahrscheinlichkeit für

⁴ Die Autoren unterscheiden hier nicht zwischen „Opfer“ und „Täter“ und verweisen auf die häufig subjektiv stark variierende Perspektive auf Entstehung und Auslöser einer körperlichen Auseinandersetzung.

die Beteiligung an körperlichen Auseinandersetzungen, und mit Ausnahmen von Tschechien und Deutschland war dieser Unterschied signifikant. Die Frequenz des Rauschtrinkens erhöhte für beide Geschlechter die Wahrscheinlichkeit körperlicher Gewalt, allerdings unterschiedlich stark: So war die Wahrscheinlichkeit einer körperlichen Auseinandersetzung für Frauen, die in den letzten vier Wochen fünfmal oder öfter betrunken waren, um das Fünffache erhöht im Vergleich mit Frauen, die im gleichen Zeitraum nicht betrunken waren; für Männer erhöhte sich das Risiko zweifach. Zudem verdoppelte sich das Risiko für Männer, die neben Alkohol Kokain konsumierten; für weiblichen Kokainkonsum zeigte sich dieser Effekt hingegen nicht. Homo- oder Bisexualität halbierte für Männer das Risiko von Gewalt, für Frauen ging Homo- oder Bisexualität dagegen mit mehr Involviertheit in physische Auseinandersetzungen einher.

Mediterranen Urlaubszielen kommt für viele junge Europäer ein besonderer Stellenwert als nächtlicher Unterhaltungsbezirk zu. Jeden Sommer reisen Millionen junger Menschen an Urlaubsorte, die täglichen exzessiven Alkoholkonsum zu geringen Preisen bewerben und anbieten (Hughes et al., 2011). Hughes et al. (2011) befragten 6.502 britische und deutsche Urlauber (16-35 Jahre) vor dem Rückflug von südeuropäischen Ferienzeilen (in Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Zypern). Mehr als zwei Drittel gaben an, während des Urlaubs mindestens einmal betrunken gewesen zu sein, und fast ein Viertel der Befragten (23,6%) war jeden Abend in mindestens einer Kneipe oder Diskothek gewesen. 5.9% der Urlauber erlitten während des Urlaubs Verletzungen; das Verletzungsrisiko war erhöht bei jüngeren männlichen Urlaubern, solchen, die häufig betrunken waren oder im Urlaub andere illegale Drogen als Cannabis konsumiert hatten; zudem war – für deutsche wie britische Touristen – das Risiko bei einem Urlaub auf Kreta höher als bei anderen Destinationen (Hughes et al., 2011). In einer weiteren Publikation zu dieser Studie fanden Calafat et al. (2013) ein insbesondere mit Blick auf die in der Regel kurze Dauer des Aufenthalts im Urlaubsland hohes Gewaltniveau. So waren 12.4% der Befragten während des Urlaubs in verbale Streitigkeiten verwickelt, 2.9% in Schlägereien und physische Auseinandersetzungen. Das Risiko sowohl verbaler als auch körperlicher Konflikte war erhöht bei männlichen Urlaubern, Gebrauchern illegaler Drogen, bei Personen, die zuhause in den letzten zwölf Monaten in Schlägereien verwickelt gewesen waren und bei Befragten, die während des Urlaubs häufig betrunken waren. Zudem war das Gewaltniveau in Mallorca gegenüber Portugal signifikant erhöht. Sozioökonomischer Status und die Häufigkeit von Barbesuchen waren multivariat ohne Bedeutung (Calafat et al., 2013).

3.3. Zwischenfazit

Das Kapitel hat deutlich gemacht, dass Erwerb und Konsum von Alkohol zu einem Großteil im öffentlichen (nicht privaten) Raum stattfinden. Ebenso manifestieren sich im physischen und sozialen öffentlichen Raum auch unerwünschte Nebeneffekte und alkoholbedingte Schäden. Es wurde gezeigt, dass das Ausmaß des Alkoholkonsums und auch das der alkoholbedingten Folgen von der räumlichen Verfügbarkeit alkoholischer Getränke stark beeinflusst werden. Es ist inzwischen international anerkannter Forschungsstand, dass eine größere Dichte von Alkoholverkaufsstellen in Einzelhandel und Gastronomie mit erhöhter Gewaltkriminalität einhergeht. Diese Zusammenhänge bleiben auch bestehen, wenn man Einflüsse der sozialräumlichen Umgebung der Verkaufsstellen berücksichtigt. Für das Auftreten von Ordnungsstörungen liegen ähnliche Erkenntnisse vor, dieser Bereich ist allerdings noch nicht ausreichend untersucht.

Der Alkoholkonsum und alkoholbedingte Folgen in Gaststätten und nächtlichen Unterhaltungsbezirken werden überdies von räumlichen und sozialen Faktoren innerhalb dieser Lokalisationen beeinflusst. Die Feststellung, dass ein überwiegender Teil der Gewaltdelikte in einem

kleinen Teil der Gaststätten begangen wird oder dort seinen Ursprung hat, hat zu genaueren Untersuchungen dieser Lokale geführt. Es konnte gezeigt werden, dass gewalttätige Bars sich durch insgesamt unangenehme Umweltbedingungen (Lärm, Rauch, Hitze, Gedränge) und schlechtes Management (unfreundliches Personal, permissive Atmosphäre, laxe Schankpraxen) auszeichnen und dass diese Effekte in nächtlichen Unterhaltungsbezirken noch stärker zutage treten.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sowohl die Dichte von Alkoholverkaufsstellen als auch die räumliche Strukturierung und Ausstattung von Gaststätten sich als hoch problematisch für den Alkoholkonsum und seine potenziell aggressionsfördernden Eigenschaften erwiesen haben. Gleichzeitig sind dies Faktoren, die für präventive Maßnahmen durchaus zugänglich sind. So votieren z. B. Livingston et al. (2007) und Babor et al. (2005) nachdrücklich für eine Regulierung der Verkaufsstellendichte über die Lizenzierungsbehörden. Auch die Bedingungen in einzelnen Gaststätten ließen sich auf diesem Wege leicht beeinflussen; beides ist über das bundesdeutsche Gaststättengesetz prinzipiell möglich, wie das folgende Kapitel zeigt.

4. Prävention und Repression

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Alkoholkonsum mit einer Vielzahl von individuellen und gesellschaftlichen Schäden einhergeht. Gleichzeitig ist Alkohol eine weitestgehend akzeptierte berauschende Substanz, und Produktion und Verkauf von alkoholischen Getränken stellen auch in Deutschland einen Wirtschaftsfaktor dar. Aus diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen ergibt sich die Notwendigkeit, den Alkoholkonsum politisch zu steuern. Die Weltgesundheitsorganisation WHO verfolgt das erklärte Ziel, den Alkoholkonsum und seine Folgeschäden für die individuelle Gesundheit, aber auch für die Gesamtgesellschaft zu reduzieren. (Edwards et al., 1994; Babor et al., 2005).

Auch die Europäische Union hat die Bekämpfung alkoholbedingter Schäden zu einer Priorität in der Gesundheitspolitik erklärt (Byrne, 2002). Die EU ist weltweit die Region, in der am meisten Alkohol getrunken wird (Anderson & Baumberg, 2006). Deutschland nimmt dabei mit einem durchschnittlichen Konsum von 9,6 l Reinalkohol pro Kopf (aller Altersgruppen) innerhalb der EU den 13. Platz von 34 Mitgliedsländern ein (Gärtner et al., 2013). Dieser Durchschnittskonsum überschreitet die empfohlenen Grenzwerte bei weitem: Eine Hochrechnung der als Obergrenze für risikoarmen Konsum betrachteten Alkoholmengen (12 g täglich für Frauen, 24 g für Männer) für alle Menschen in Deutschland (d.h. auch für Kinder) und tägliches Trinken ergibt einen durchschnittlichen Wert von 7,5 l pro Person (Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, 2008). Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen forderte deshalb bereits in ihrem 2008 veröffentlichten *Aktionsplan Alkohol*, den durchschnittlichen jährlichen Konsum auf 7,5 l Reinalkohol zu reduzieren.

Präventive Maßnahmen, die zur Reduktion des Alkoholkonsums beitragen können, werden schon seit längerer Zeit in vielen Ländern umgesetzt und wissenschaftlich begleitet. Viele dieser Maßnahmen wurden bereits umfassend erprobt, und für einige liegen deutliche Hinweise auf eine präventive Wirkung vor. Eine Reihe von Autoren (z. B. Babor et al., 2005, National Drug Research Institute, 2007) haben umfassende Studien zur Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und Maßnahmenpakete vorgelegt, die sich als effektiv erwiesen haben. So setzen sich nach Babor et al. (2005) umfassende Alkoholpräventionsstrategie zusammen aus

- Maßnahmen zur Erhöhung des Preises,
- Maßnahmen zur Reduktion der Verfügbarkeit (insbesondere Mindestalter, Beschränkung der Verkaufsstellen und -zeiten),
- Maßnahmen, die auf die Trinksituation zielen,
- Maßnahmen zur Reduktion des Alkohols im Straßenverkehr sowie
- Marketing- und Werberestriktionen.

Auf diesen Handlungsansätzen und -bereichen beruht auch der *Alcohol Policy Index* von Brand, Saisana, Rynn, Pennoni & Lowenfels (2007). Anhand 16 strategischer Ziele und Maßnahmenbereiche, die sich als effektiv erwiesen haben, ist dieser Index geeignet, die Stärke der Alkoholkontrollpolitik eines Landes einzuschätzen und mit der anderer Länder vergleichbar zu machen. Brand et al. (2007) stellten anhand des Alkoholpolitikindex einen Vergleich der Güte der Alkoholpolitik der 30 OECD-Länder an. Im Ergebnis schneiden die mitteleuropäischen Länder insgesamt schlecht ab, und Deutschland belegte den drittletzten Platz. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in Deutschland der hohe Durchschnittskonsum der erwachsenen Bevölkerung kaum als problematisch

thematisiert wird. Das erklärte Ziel der Nationalen Strategie für Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung im Bereich Alkohol liegt auf der Vermeidung des Alkoholkonsums durch Kinder und Jugendliche sowie auf der Reduzierung alkoholassoziierter Gewalt. Für die erwachsene Bevölkerung werden - abgesehen von der geforderten „Punktnüchternheit“ im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz, in der Schwangerschaft und Stillzeit - lediglich „Risikogruppen“ genannt (BT-Drs. 17 / 13011 vom 10.04.2013). Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung stellt dies in der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik explizit dar: „Prävention zielt grundsätzlich darauf ab, Missbrauch und Abhängigkeit zu verhindern, ohne dabei den Genuss von Alkohol in Frage zu stellen“ (Drogenbeauftragte der Bundesregierung 2012, S. 22).

Deutschland betreibt in Bezug auf die Kontrolle von Alkohol eine im europäischen Vergleich relativ permissive Politik. So ist hierzulande weder für die Produktion noch für den Groß- und Einzelhandel mit alkoholischen Getränken eine Lizenz nötig, lediglich für den Betrieb einer Gaststätte ist ein Gewerbeschein erforderlich. Die Verbrauchssteuern auf Bier, Schaumwein und Branntwein werden lediglich fiskalisch betrachtet und, mit Ausnahme der Alkopopsteuer, nicht zu Steuerungszwecken verwendet. Wein wird in Deutschland nicht mit einer Verbrauchsteuer belegt. Verglichen mit der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus sind die Realpreise für alkoholische Getränke in den letzten dreißig Jahren sogar gefallen; die niedrigsten Preise für Reinalkohol finden sich in jüngerer Zeit bei den Spirituosen (Rabinovich et al., 2009). Auch die gesellschaftliche Akzeptanz von Alkoholkonsum und Trunkenheit ist relativ hoch. Selbst exzessiver Konsum wird zwar missbilligt, aber mehr oder weniger toleriert, und das Ablehnen eines angebotenen alkoholischen Getränks ist in der Regel erklärungsbedürftig. Gleichzeitig weichen die Wahrnehmungen der Bevölkerung von dem, was moderaten Konsum ausmacht, stark von den offiziellen Empfehlungen ab (Kraus et al., 2002).

Der Anteil der deutschen Bevölkerung mit riskantem Alkoholkonsum ist nach Befunden des Bevölkerungssurveys *Gesundheit in Deutschland Aktuell* (GEDA, Robert-Koch-Institut 2012) zwischen 2000 und 2009 von 28,8% auf 17,4% gefallen. Laut dem aktuellen Bevölkerungssurvey DEGS1⁵ (Hapke et al., 2013) tranken jedoch im Jahr 2009 immer noch 41,6 % der Männer und 25,6% der Frauen zwischen 18 und 79 Jahren Alkohol in riskanten Mengen (AUDIT-C-screening; siehe Hapke, v. d. Lippe & Gärtner, 2013). Außerdem geben 10,8% der Frauen und 31% der Männer an, in den letzten 30 Tagen mindestens einmal Rauschtrinken betrieben zu haben. Dabei sind die Prävalenzen für beide Geschlechter in der Altersgruppe 18-29 Jahre am höchsten und nehmen mit steigendem Alter ab; allerdings berichten immer noch 7,5% der über-65-jährigen Frauen und 21% der gleichaltrigen Männer von mindestens einer Rauschepisode in den letzten 30 Tagen (Hapke et al., 2013).

Der Alkoholkonsum Jugendlicher ist zwischen 2004 und 2010 insgesamt gefallen, muss aber immer noch als gesundheitsgefährdend hoch eingeschätzt werden. 2010 berichteten 26,6% der 12-15-Jährigen und 73,1% der 16-17-Jährigen, in den vergangenen 30 Tagen Alkohol konsumiert zu haben, wobei 5,8% der 12-15-Jährigen und 25,9% der 16-17-Jährigen mindestens einmal pro Woche tranken. Im Durchschnitt konsumierten die Jüngeren 11,7 g Reinalkohol pro Woche, die Älteren 60,2 g, wobei die Jungen deutlich mehr Reinalkohol zu sich nahmen als die Mädchen (12-15: 15,1g vs. 8,1g; 16-17: 86,6 g vs. 32,5 g). Selbst bei Anlegung der (für Kinder und Jugendliche eigentlich völlig überhöhten) Risikomengen für Erwachsene macht dies einen Risikokonsumentenanteil von 2,1% für die 12-15-jährigen Mädchen und 1,9% für die gleichaltrigen Jungen aus; bei den 16-17-Jährigen trinken 8,5%

⁵ Die stark abweichenden Ergebnisse der beiden Surveys gehen möglicherweise darauf zurück, dass DEGS1 mit einem Selbstausfüllerbogen arbeitet und nicht mit telefonischer Befragung; außerdem wurden in DEGS1 Getränkegrößen mit Abbildungen illustriert. Das Robert-Koch-Institut lässt die unterschiedlichen Erhebungsmodi derzeit evaluieren (Hapke et al., 2013).

der Mädchen und 15,5% der Jungen Alkohol in Mengen, die selbst für Erwachsene als riskant eingeschätzt werden. Rauschtrinken, also 5 oder mehr Getränke pro Trinkanlass, berichteten 6,6% der 12-15-Jährigen und 35,4% der 16- und 17-Jährigen für den letzten Monat, mindestens wöchentliches Rauschtrinken 0,9% der jüngeren Altersgruppe und 13,1% der älteren (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2011a).

Die Folgen des riskanten Alkoholkonsums sind immens. In Deutschland wurde die Zahl der Todesfälle, die allein durch den Konsum von Alkohol verursacht werden, für das Jahr 2002 auf 48.571 Personen hochgerechnet; damit wäre Alkoholkonsum für 5,5% der Gesamtmortalität direkt ursächlich (Konnopka & König, 2007). Insgesamt kann also nicht bestritten werden, dass riskanter Alkoholkonsum in Deutschland ein relevantes Gesundheitsrisiko darstellt (vgl. z. B. Babor et al., 2005).

Der gesamtwirtschaftliche Schaden durch direkte und indirekte Kosten des Alkoholkonsums wird für das Jahr 2007 in Deutschland auf 27,4 Mrd. € geschätzt. Gegenüber 2004 bedeutet dies einen Anstieg um 9%. Davon entfallen allein auf die direkten Kosten für die Behandlung alkoholbedingter Erkrankungen und Unfälle etwa 10 Mrd. € (DHS, Jahrbuch Sucht 2011). Zugleich investiert die Bundesregierung im Jahr 2013 2,25 Mio. € Haushaltsmittel für Alkoholpräventionsmaßnahmen (BT-Drs. 17/13011). Die Schäden durch Alkohol sind also immens – und dies nicht nur für den einzelnen Konsumenten, sondern für die gesamte Gesellschaft. Maßnahmen zur Konsumkontrolle sind offensichtlich notwendig und auf allen politischen Ebenen gewollt. In den folgenden Kapiteln werden zunächst in Deutschland umgesetzte Maßnahmen vorgestellt und diskutiert, im Anschluss erfolgt eine Übersicht über den internationalen Forschungsstand. Der Abschnitt schließt mit einer Diskussion der Ergebnisse und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen.

4.1. Studien aus Deutschland

Maßnahmen zur Prävention von Alkoholkonsum und alkoholbedingten Schäden können an verschiedenen strategischen Punkten ansetzen. Insbesondere in den Gesundheitswissenschaften unterscheidet man zwischen der sogenannten Verhaltensprävention, die sich auf den einzelnen Konsumenten richtet und mittels pädagogischer, aufklärender oder auch repressiver Maßnahmen eine Verhaltensänderung zu erzielen sucht, und der Verhältnisprävention, die die Umstände des Alkoholkonsums berücksichtigt und auf strukturelle Veränderungen der sozialen und physischen Trinkumgebung abzielt (vgl. z. B. Leppin, 2010, Babor et al., 2005). Verhaltenspräventive Maßnahmen können universell, z. B. als Aufklärungskampagne, eingesetzt werden, aber auch gezielt auf Risikokonsumenten zugeschnitten werden, z. B. Jugendliche, die wegen einer Alkoholvergiftung stationär behandelt wurden. Maßnahmen der Verhältnisprävention sind zumeist universell angelegt, da sie die Verhältnisse für alle gleichermaßen ändern. Als verhältnispräventive Maßnahmen gelten unter anderem politische Strategien zur Reduktion der Verfügbarkeit von Alkohol, also z. B. Regelungen darüber, wann, wo und an wen Alkohol verkauft werden darf. In der Praxis werden zumeist beide Ansätze kombiniert, um eine Gesamtreduktion des Konsums mit strategischer Intervention und Prävention bei Risikogruppen zu ergänzen.

Die deutsche Alkoholpolitik nutzt ebenfalls beide Perspektiven: Auf der einen Seite sind mit dem Jugendschutzgesetz und dem Gaststättengesetz grundsätzliche Regelungen darüber vorhanden, wann und an wen Alkohol verkauft oder nicht verkauft werden darf. Auf der anderen Seite werden groß angelegte mediale und schulische Aufklärungs- und Informationskampagnen eingesetzt, die sich in erster Linie an Kinder und Jugendliche richten. Die Zielrichtung dabei ist, die Bevölkerung bereits frühzeitig aufzuklären und gleichzeitig dem besonders gesundheitsgefährdenden Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen vorzubeugen (BZgA, 2011).

4.1.1. Ordnungsrechtliche und gesetzgeberische Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene

Bundesebene

Verfügbarkeit

Auf Bundesebene liegen in Deutschland mit dem Jugendschutzgesetz und dem Gaststättengesetz zwei Gesetze vor, die u. a. die Abgabe alkoholischer Getränke regeln und somit verhältnispräventiv auf die Verfügbarkeit einzuwirken versuchen. Insbesondere betrifft dies mit § 9 Abs. 1 JuSchG das Verbot, Alkohol an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie Branntwein oder branntweinhaltige Getränke an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren abzugeben. Wenn man den erlaubten Verkauf von Bier und Wein an Minderjährige berücksichtigt, sind die Mindestalterbestimmungen in Deutschland relativ permissiv verglichen mit dem übrigen Europa (vgl. z. B. Anderson & Baumberg, 2006). Kraus et al. (2008) betonen jedoch, dass die fehlende Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben weit wichtiger ist als die Festsetzung des Mindestalters. Im Rahmen der europäischen ESPAD-Studie wurde für Deutschland festgestellt, dass 28% der Kinder und Jugendlichen unter 16 in den letzten 30 Tagen selbst Bier gekauft hatten und 9% Wein oder Sekt. Von den befragten 15- und 16-jährigen gaben 19% an, Spirituosen im Einzelhandel erhalten zu haben (Kraus et al., 2007).

Seit 2008 versucht das Land Niedersachsen, die Problematik des Alkoholverkaufs an Kinder und Jugendliche u. a. über kontrollierte Alkoholtestkäufe mit über-15-jährigen Testern abzumildern. Massinger (2013) gibt an, dass in Folge dieser Maßnahme die durch das JuSchG untersagten Alkoholabgaben an Jugendliche stetig absanken: Während zu Beginn der Maßnahme noch in 54,5% aller Versuche rechtswidrig Alkohol verkauft wurde, lagen die Verkaufshäufigkeiten 2009 bei 44,5%, 2010 bei 37,6% und 2011 bei 35,4%. Problematisch erscheint, dass in vielen Fällen trotz Ausweiskontrolle ein Verkauf an Minderjährige erfolgte, was Massinger (2013) u. a. auf Rechenfehler des Verkaufspersonals zurückführt.

Die relativ guten Erfolge von Alkoholtestkäufen zur Sensibilisierung des Verkaufspersonals und zur Modifikation problematischer Verkaufspraxen können jedoch das Problem jugendlichen Alkoholkonsums nur bedingt reduzieren: eine Befragung von Jugendlichen unter 16 Jahren im Rahmen der Evaluation des Modellprojektes *HALT - Hart am Limit* fand, dass die befragten Jugendlichen nur in 22,6% aller Fälle konsumierten Alkohol selbst gekauft hatten – der überwiegende Teil des von ihnen konsumierten Alkohols stammt also aus anderen Quellen (Prognos, 2008, vgl. auch Massinger, 2013).

Im Gaststättengesetz bestimmt § 20 Abs. 2 GastG, dass Gaststätten an erkennbar Betrunkene keinen Alkohol ausgeben dürfen. Weiterhin regelt § 4 Abs. 1 GastG, dass die Erlaubnis zum Betrieb einer Gaststätte zu versagen ist, wenn der Antragsteller nicht über die erforderliche Zuverlässigkeit verfügt und u. a. zu befürchten ist, *„...dass er Unerfahrene, Leichtsinnige oder Willensschwache ausbeuten wird oder dem Alkoholmissbrauch [...] Vorschub leisten wird“* (§ 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GastG). Des Weiteren können Gaststättenbetreibern nach § 5 GastG jederzeit Auflagen zum Schutz der Gäste *„gegen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit“* (§ 5 Abs. 1 S. 1 GastG) erteilt werden. Auch die Lage der beantragten Gaststätte und ihre Auswirkungen auf die Umgebung können für die Erteilung der Betriebsgenehmigung prinzipiell eine Rolle spielen (§ 4 S. 1 Nr. 3 GastG); aktuell wird dieser Faktor jedoch nicht zur Steuerung der Verkaufsstellendichte eingesetzt (Kraus et al., 2005).

Aus dem wirtschaftlichen Interesse des Wirtes am Alkoholverkauf ergibt sich eine Garantenpflicht, für die Folgen des mit verursachten Alkoholkonsums einzustehen (Kraus et al., 2005). Bezogen auf das Ausschankverbot an erkennbar Betrunkene folgt daraus nach Kraus et al. (2005) grundsätzlich auch die Möglichkeit der Haftung für Schäden, die durch alkoholisierte Gäste verursacht werden. Ebenfalls auf § 20 Abs. 2 GastG beruht das 2007 erlassene Verbot von Flatratepartys, bei denen zu einem Pauschalpreis unbegrenzt alkoholische Getränke abgegeben wurden (Kraus et al., 2008). In der Folge des 2007er Verbotes wurden vereinzelt auch andere Veranstaltungsformen verboten, die erkennbar auf den Ausschank an Betrunkene abzielten und teilweise als Umgehungsversuch eingeschätzt wurden (vgl. z. B. VG Hannover Az.: 11 B 3480/07).

Nach § 18 GastG sind die Landesregierungen angehalten, für Gaststätten und Diskotheken eine allgemeine Sperrzeit festzusetzen, die über den allgemeinen Erlass hinaus „...bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse allgemein oder für einzelne Betriebe verlängert, verkürzt oder aufgehoben werden kann“ (§ 18 Abs. 1 S. 1 GastG). Kraus et al. (2008) kritisieren jedoch, dass sich die Sperrzeit in fast allen Bundesländern inzwischen auf eine „Putzstunde“ zwischen 5 und 6 Uhr morgens beschränkt (Kraus et al. 2008, S. 104).

Obwohl internationale Studien darauf hindeuten, dass Ausweitungen der Gaststättenöffnungszeiten im Regelfall zu Anstiegen bei Alkoholkonsum und alkoholkorrelierten unerwünschten Folgen führen (vgl. Kap. 4.3.2), wurde die Abschaffung der Sperrstunde in keinem Bundesland erkennbar wissenschaftlich begleitet. Allerdings haben inzwischen einige Städte, insbesondere in Bayern, unter dem Druck ansteigender Gewaltdelikte und Ordnungswidrigkeiten unter Alkoholeinfluss wieder lokale Sperrzeiten eingeführt (vgl. z.B. Dobroschke, 2011).

Steuerung über den Preis

Verbrauchssteuern auf alkoholische Getränke werden in Deutschland, verglichen mit dem europäischen Steuerniveau, nur in geringem Umfang erhoben und dienen keinem expliziten Steuerungszweck (Kraus et al., 2002). Einzige Ausnahme mit einem definierten Steuerziel bildet das *Gesetz über die Erhebung einer Sondersteuer auf alkoholhaltige Süßgetränke (Alkopops) zum Schutz junger Menschen* (AlkopopStG). Das sogenannte Alkopop-Gesetz wurde 2004 als Reaktion auf den zunehmenden Konsum fertig gemischter branntweinhaltiger Getränke durch Kinder und Jugendliche erlassen. Es basiert auf der Erkenntnis, dass Alkopops durch ihren süßen Geschmack und ihre jugendgerechte Vermarktung besonders für Jüngere attraktiv sind und dient dem erklärten Ziel, Minderjährige vom Konsum abzuhalten (vgl. Metzner & Kraus, 2007). Als Steuerungsmaßnahme legt das Alkopopgesetz für branntweinhaltige Süßgetränke eine Sondersteuer von 5.550 € pro Hektoliter des enthaltenen Reinalkohols fest (§ 2 Abs. 1 S. 1 AlkopopStG).

Die Evaluation der Effekte des Alkopopgesetzes durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung stellte zwischen 2004 und 2007 eine Halbierung des durch Trinken von Alkopops konsumierten Alkohols von 8,5% auf 4,2% bei den befragten 12-17-Jährigen fest (BZgA 2011). Die Befragten gaben an, wegen der höheren Preise weniger Alkopops zu kaufen (BzGA, 2011). Kraus & Piontek. (2012) ergänzen jedoch, dass die Reduktion des Alkopopkonsums durch parallele Anstiege im Bier- und Spirituosenkonsum fast vollständig ausgeglichen wurde. Ähnliche Effekte zeigten auch entsprechende Gesetzgebungen in anderen Ländern (vgl. Metzner & Kraus, 2007). Als weiteres Regulativ über den Preis gilt in Deutschland das sogenannte „Apfelsaftgesetz“ (§ 6 GastG), das bestimmt, dass jede Gaststätte mindestens ein alkoholfreies Getränk zu einem Preis anbieten muss, der nicht höher liegt als der Preis des günstigsten alkoholischen Getränks. Der Preisvergleich hat dabei sowohl auf Grundlage des berechneten Literpreises als auch anhand des Einzelpreises zu erfolgen. Das Gesetz soll vermeiden, dass wegen geringer finanzieller Mittel zu alkoholischen

Getränken gegriffen wird (Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin, o. J.). Die Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin hat die Einhaltung dieser Vorgabe in einer repräsentativen Erhebung in 291 Gaststätten überprüft, die mittels einer proportional geschichteten Zufallsstichprobe ausgewählt wurden. Die Autoren stellten fest, dass das Apfelsaftgesetz in 36,4% der untersuchten Gaststätten nicht eingehalten wurde. Dabei gab es auch Unterschiede in der Art der Gaststätten: Während Cafés den § 6 GastG zu 78,9% der Fälle einhielten, traf dies auf Kneipen nur in 58,2% zu. Als besorgniserregendes Detail geben die Autor(inn)en an, dass in 41,9 % der untersuchten Gaststätten das günstigste alkoholische Getränk eine Spirituose war.

Ebene der Bundesländer

Beschränkung der Verkaufszeiten

Der Verkauf alkoholischer Getränke im Einzelhandel bedarf in Deutschland keiner Genehmigung; er wird, soweit der Verkauf an sich rechtlich zulässig ist, in erster Linie durch die Ladenöffnungsgesetze reguliert, die in der Gesetzgebungshoheit der Länder liegen. In jüngerer Zeit hat zudem etwa das Land Baden-Württemberg 2010 eine Sperrzeit für den nächtlichen Alkoholverkauf im Einzelhandel von 22-5 Uhr festgelegt (LT-Drs. 14/5413). Aufgrund der allgemeinen Beschränkung der Öffnungszeit für den Einzelhandel betrifft diese Regelung fast ausschließlich Kioske und Tankstellen, die sich in der Vergangenheit vermehrt zu polizeilichen Einsatzschwerpunkten entwickelt hatten. Als polizeilicher Einsatzschwerpunkt gelten dabei Orte, an denen im Jahresdurchschnitt mehr als ein Einsatz pro Monat zwischen 22 und 5 Uhr notwendig war (LT-Drs.15/3666). Eine Evaluation dieser Verkaufsbeschränkung nach drei Jahren (ebd.) fand, dass die Zahl der Tankstellen, die die Kriterien des polizeilichen Einsatzschwerpunktes erfüllten, von 69 auf 6 gesunken war. Die verbliebenen 6 Tankstellen verfügten sämtlich über eine Gaststättenkonzession und waren daher befugt, auch nachts Alkohol zu verkaufen. Die Autoren stellten allerdings eine Verschiebung an zwei Standorte mit „Gassenschank“ (ebd.) fest, die im Einzugsbereich von Diskotheken lagen. Für die polizeilich dokumentierten Gewaltdelikte belegten sie einen leichten Rückgang (-2,9%) zwischen 22 und 5 Uhr, dem jedoch ein leichter Anstieg bei Widerstand (5%) und einfacher Körperverletzung (5%) entgegensteht. Im Vergleich stiegen zwischen 20 und 22 Uhr sowohl Gewaltdelikte (+8,6%) als auch einfache Körperverletzung (+10,8%) an, während Widerstandsdelikte in diesem Zeitfenster zurückgingen (-3,9%).

Konsumverbote im öffentlichen Raum

In den letzten Jahren haben einige Kommunen als Reaktion auf zunehmende Ordnungsstörungen, Gewaltdelikte und Anwohnerbeschwerden Alkoholkonsumverbote im öffentlichen Raum erlassen. So hat z. B. die Stadt Konstanz im Rahmen einer Allgemeinverfügung den öffentlichen Alkoholkonsum in einem innerstädtischen Bereich zwischen 20 Uhr und 6 Uhr untersagt (DStGB, 2009). Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (2009) erachtet dieses Vorgehen als probates Mittel, auf kommunaler Ebene gegen alkoholkorrelierte Ordnungsstörungen vorzugehen, und fordert die Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen. Nach Strohs (2013) ist jedoch der Erlass von Alkoholkonsumverboten im öffentlichen Raum weder durch Polizeiverordnungen noch durch Allgemeinverfügungen rechtlich zulässig. Die deutsche Rechtsprechung urteilt übergreifend, dass der Alkoholkonsum im öffentlichen Raum als zulassungsfreier Allgemeingebrauch von öffentlichen Straßen zählt (vgl. z. B. Finger, 2006, Hecker, 2012). In mehreren Urteilen hat diesbezüglich zudem das Verwaltungsgericht Baden-Württemberg wiederholt, dass das Niederlassen auf öffentlichen Straßen und Plätzen zum Zwecke des Alkoholkonsums an sich keine Störung oder Gefährdung der öffentlichen

Sicherheit und Ordnung darstellt (Strohs, 2013; vgl. auch die Diskussion des Freiburger Alkoholverbotes in Thurn, 2012).

Erlassene Konsumverbote wurden daher fast ausnahmslos gerichtlich für unwirksam erklärt (vgl. Albrecht & Hatz 2012). Eine Ausnahme bildet die Göttinger Nikolaistr., für die ein Konsumverbot zum Schutz der Anwohner vor einer gesundheitsgefährdenden Störung der Nachtruhe als Gefahrenabwehrverordnung erlassen und gerichtlich bestätigt wurde. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass mehrere andere Maßnahmen keine Erfolge gezeigt hatten, und verweist auf die stark beschränkte räumliche (214 m Straßenlänge) und zeitliche Gültigkeit des Verbotes (00:00-08:00 Uhr an Wochenenden und vor Feiertagen) (OVG Lüneburg, Urteil vom 30.11.2012).

Hecker (2012) weist in diesem Kontext auf die grundsätzlichen Diskrepanzen in Rechtsverständnis, Perspektive und Priorisierung hin, die sich in der politischen Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern von Konsumverboten immer wieder zeigen:

„In der Debatte über die sichere und saubere Stadt stehen sich regelmäßig zwei Grundpositionen gegenüber: Eine grundrechtsorientierte, auf die klare Abgrenzung von Rechtsbeeinträchtigungen und subjektiven Unwohl- und Unsicherheitsgefühlen setzende Position. Auf der anderen Seite eine Sichtweise, die sich in weitem Umfang vorrangig auf subjektive Unwohl- und Unsicherheitsgefühle bezieht und einen Vorrang der „Normalbürger“ vor „Randgruppen“ und anderen „Problemgruppen“ durch gezielte Verdrängungskonzepte durchzusetzen versucht“ (Hecker 2012, S. 126).

Auch wenn Alkoholverbotzonen bislang in der Regel gerichtlich für unwirksam erklärt werden, führen sie in der Zwischenzeit zu Verdrängungseffekten bei den Straßentrinkern, die an andere Örtlichkeiten ausweichen. Diese Verdrängung ist nicht selten gewollt, trifft allerdings eine besonders schwache soziale Gruppe. In diesem Bewusstsein schlägt z. B. die Stadt Kassel vor, an weniger sensiblen innerstädtischen Plätzen „Toleranzbereiche“ einzuführen, in denen der Konsum mitgebrachter Alkoholika erlaubt ist und die zusätzlich von Sozialarbeitern betreut werden (Kaiser, 2011). Dies wurde in Kiel bereits in einer Kooperation mit dem lokalen Obdachlosenmagazin erfolgreich umgesetzt. Dort steht das Angebot eines alternativen Treffpunktes im Vordergrund, an dem die Nutzer von Mitarbeitern mit eigener Problemvergangenheit betreut und auch mit ihren Alkoholproblemen akzeptiert werden. Im Trinkraum darf mitgebrachter Alkohol konsumiert werden, und alkoholfreie Getränke werden zum Selbstkostenpreis abgegeben (Landeshauptstadt Kiel, 2010).

4.1.2. Präventionsprojekte in Deutschland

Projekte zur Prävention alkoholbedingter Schäden in Deutschland haben bislang fast ausschließlich den grundsätzlich problematischen Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen im Blick. Für die erwachsene Bevölkerung richten sich präventive Bemühungen lediglich auf die sogenannte „Punktnüchternheit“, d. h. Alkoholverzicht in bestimmten Lebensbereichen wie im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz, während der Schwangerschaft und Stillzeit sowie während einer Medikamenteneinnahme (vgl. z.B. Bremer Aktionsbündnis, o. J.). Bemühungen, die sich auf eine Reduktion des Konsums der Gesamtbevölkerung richten, sind rar. Lediglich die Kampagne *Alkohol? Kenn dein Limit* verfügt über ein separates Online-Angebot für Erwachsene. Die Erkenntnis, dass der Alkoholkonsum der Bevölkerung insgesamt hoch problematisch ist (aktuell etwa Gaertner et al., 2013), schlägt sich bis jetzt kaum in präventiven Maßnahmen nieder.

Für Projekte zur Prävention von Alkoholkonsum werden in Deutschland jährlich ca. 36 Mio. € ausgegeben⁶. Gleichzeitig werden diese Projekte nur zu einem Bruchteil wissenschaftlich begleitet, evaluiert und veröffentlicht (Korczak 2012). Da sie insofern über die üblichen Recherchestrategien nicht auffindbar sind, fragte Korczak (2012) für eine systematische Darstellung der deutschen Präventionsprojekte, die auf den Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind, diese direkt bei den Trägern ab: Einrichtungen des Bundes und der Länder sowie Kommunen und Krankenversicherungen. Von den 256 angeschriebenen Institutionen stellten 95 Informationen zu insgesamt 208 Präventionsprojekten zur Verfügung (davon 61% aus Bayern). Mit 31 Nennungen (14,9%) wurde/wird dabei das bundesweite Projekt „Hart am Limit (HaLt)“ mit Abstand am häufigsten umgesetzt. Viele der Projekte geben an, evaluiert zu sein; dabei handelt es sich jedoch fast ausschließlich um Prozess- bzw. Strukturrevaluationen. Von den durch die Abfrage identifizierten Projekten verfügen lediglich 5,3% über eine Wirkungsevaluation, und 1,9% stellten tatsächlich eine Wirkung fest. Nur 1% der Projekte ist nach Angabe des Autors methodisch zufriedenstellend evaluiert. Die Projekte „Klasse 2000“ und „Aktion Glasklar“ sind unter allen 208 Projekten die einzigen, die ausreichend evidenzbasiert arbeiten (Korczak, 2012). Die von Korczak (2012) geforderte rigide Ausrichtung an einer quantitativen Wirkungsevaluation mit Kontrollgruppendesign wird jedoch von anderen Autoren als unangemessen eingeschätzt (vgl. z.B. die Diskussion in Bühler, 2013).

Die Präventionsprojekte sind zumeist als primäre Verhaltensprävention angelegt, die mediale Öffentlichkeitsarbeit betreiben und zum Zweck der Aufklärung über die Gefahren des Alkoholkonsums z. B. an Schulen herantreten (z. B. Klasse2000). Einige, wie z. B. HaLT – Hart am Limit richten sich gezielt an Hochrisikokonsumenten, die z. B. wegen einer Alkoholvergiftung stationär aufgenommen wurden. Nur sehr wenige Präventionsprojekte in Deutschland zielen auf eine Verhältnisprävention ab (z. B. KAfKA, Nürnberger Strategie zum ordnungsrechtlichen Kinder- und Jugendschutz) bzw. beziehen diese wenigstens mit ein (z. B. HaLT); allerdings richten sich auch diese ausschließlich an Jugendliche und junge Erwachsene.

Im folgenden Abschnitt werden einige deutsche Präventionsprojekte detaillierter dargestellt. Die Auswahl setzt sich zusammen aus wissenschaftlich evaluierten Projekten (*Klasse 2000*, *Aktion Glasklar*), den besonders weit verbreiteten Projekten *HALT – Hart am Limit* und *Alkohol? Kenn dein Limit* sowie aus Projekten, die verhältnispräventive Elemente zumindest einbeziehen (*KAfKA*, *Nürnberger Strategie zum ordnungsrechtlichen Kinder- und Jugendschutz*, *PräRIE*).

Klasse2000

Das Projekt Klasse2000 ist ein Programm zur Frühvermeidung des Alkohol- und Tabakkonsums bei Grundschulkindern. In den ersten vier Schuljahren werden in 15 ausgearbeiteten jährlichen Unterrichtseinheiten durch Klassenlehrer und externe Fachkräfte Gesundheitswissen und Lebenskompetenz in interaktiven Einheiten vermittelt. In der vierten Klasse konzentriert sich das Programm auf die gesundheitlichen Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum. Das Projekt wird mit schulklassenbasierten Kontrollgruppen evaluiert, die Wahl der Zuordnung zu Interventions- oder Kontrollgruppe wurde den Schulen freigestellt (Maruska et al., 2011).

⁶ Zusammengesetzt aus Mitteln des Bundes und der Länder, dem Verband der privaten Krankenversicherungen und der Deutschen Krebshilfe. So setzt sich etwa für 2011 die Gesamtfördersumme aus Bundesmitteln aus 7,76 Mio. € an die BzGA, etwa 2,4 Mio. € an Projektförderung, 631.000 € an die DHS zusammen. Weitere geschätzte 15 Mio. € wurden durch die Länder investiert, ca. 10 Mio. € durch die PKV und 400.000 € durch die Deutsche Krebshilfe (Korczak 2012)

In der sechsten Klasse hatten mit 12,3% die Schüler(innen) der Interventionsgruppe deutlich seltener erste Alkoholerfahrungen gemacht als die Kontrollgruppe (20,7%). In der siebten Klasse, drei Jahre nach der Intervention, gaben im Vergleich zur Kontrollgruppe deutlich weniger Schüler(innen) an, schon einmal betrunken gewesen zu sein (3,6%; KG 25,9%), schon einmal fünf oder mehr alkoholische Getränke konsumiert zu haben (21,4%; KG 48,2%) oder pro Trinkanlass normalerweise mehr als zwei alkoholische Getränke zu konsumieren (3,6%; KG 25,9%). Ähnliche Effekte zeigten sich auch für das Rauchen (Klasse2000, o.J.). Das Programm ist inzwischen deutschlandweit verbreitet; im Schuljahr 2010/2011 nahmen bereits 385.000 Kinder daran teil (Korczak, 2012).

Aktion Glasklar

Für die Aktion Glasklar wurden Schüler der siebten Klasse in vier strukturierten Unterrichtseinheiten über die Gefahren des Alkoholkonsums aufgeklärt. Der Unterricht sowie zwei Broschüren für Kinder und Eltern vermittelten dabei die Botschaft „Kein Alkohol für Kinder“. Zu mehreren Zeitpunkten nach der Intervention wurden alkoholspezifisches Wissen und Einstellungen der Schüler sowie Alkoholkonsumerfahrung und Prognosen über den eigenen Konsum abgefragt. Die Maßnahme wurde als randomisierte Kontrollgruppenstudie mit 1686 Schülern verschiedener Schulformen durchgeführt. In den Follow-up-Befragungen zeigten die Teilnehmer der Interventionsgruppe ein höheres Wissen über Alkohol. Die Einstellung zu Alkohol und Prognosen zum eigenen Konsum unterschieden sich jedoch nicht von der Kontrollgruppe. Bezüglich der Lebenszeitprävalenz des Alkoholkonsums und des Betrunkenseins unterschieden sich die Gruppen ebenfalls nicht; lediglich die Häufigkeit des Rauschtrinkens war bei den Teilnehmern der Interventionsgruppe sowohl nach 4 Monaten als auch nach 12 Monaten signifikant niedriger als in der Kontrollgruppe. Einschränkend geben die Autoren an, dass die dropout-Raten der Schüler mit Alkoholerfahrung in der Kontrollgruppe relativ hoch waren und dass überdies nur ein Bruchteil der angeschriebenen Schulen zur Teilnahme bereit war. (Morgenstern et al., 2009).

Alkohol? Kenn dein Limit

Das von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung initiierte Projekt *Alkohol? Kenn dein Limit* ist mit über 10 Mio. € jährlich wohl das teuerste Alkoholpräventionsprojekt (Korczak, 2012). Es verfügt neben dem Hauptfokus auf Jugendliche auch über eine separate Online-Plattform für Erwachsene, auf der das eigene Trinkverhalten in einem Selbsttest auf seine Gesundheitsverträglichkeit überprüft werden kann. Die Plattform bietet Informationen zu den Folgen von schädlichem Alkoholkonsum, Tipps zur Konsumreduktion sowie Informationsmaterial und Kontakte zu Beratungsstellen. Ein mobiler Informationsstand dient zur weiteren proaktiven Information und Beratung (www.kenn-dein-limit.de).

Das Jugendangebot von *Alkohol? Kenn dein Limit* zielt auf jüngere Risikokonsumenten ab und soll die Prävalenz von Rauschtrinken, riskantem Alkoholkonsum und Alkoholvergiftungen mit stationärem Krankenhausaufenthalt bei 16-20-Jährigen reduzieren. Das Projekt ist als Mehrebenenkampagne angelegt, die aufklärende Öffentlichkeitsarbeit zu den Gefahren exzessiven Alkoholkonsums betreibt, jedoch einen gemäßigten Alkoholkonsum nicht in Frage stellt. Um Änderungen des persönlichen Trinkverhaltens zu erzielen, arbeitet sie mit Anzeigen, Plakaten und Kinospots sowie ebenfalls mit einer Online-Plattform (www.kenn-dein-limit.info). Auch auf der Online-Plattform für Jugendliche

finden sich ein Selbsttest sowie Tipps zum risikoarmen Konsum⁷ (Korczak, 2012; vgl. www.kenn-dein-limit.info).

Die Kampagne wird in Schulen durch den interaktiven Mitmachparcours KlarSicht unterstützt, der auch auf emotionaler Ebene wirken soll. Außerdem werden bei lokalen Veranstaltungen 18-24-Jährige als sogenannte Kenn-Dein-Limit-Peers zur Beratung und Information Gleichaltriger eingesetzt und stehen als Ansprechpartner für alle Fragen zum Alkoholkonsum zur Verfügung. Im Rahmen der Kampagne wurden bis Ende 2010 66.000 Plakate geschaltet, die Filmspots auf 4.300 Kinoleinwänden ausgestrahlt und über die Kenn-Dein-Limit-Peers geschätzte 32.000 Jugendliche erreicht. Die Wirkungsevaluation der Kampagne mittels einer repräsentativen Befragung von 7000 Jugendlichen zeigte allerdings kaum Veränderungen in den Trinkmustern (Korczak, 2012).

HaLT – Hart am Limit

Das Projekt HaLT ist das deutschlandweit meist umgesetzte Programm zur Alkoholprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es betreibt eine Kombination aus indizierter Intervention für junge Hochrisikokonsumenten und primärer Verhältnisprävention, die auf die Reduzierung des Alkoholzugangs Minderjähriger zielt. Als Kernkomponente des reaktiven Projektbausteins werden Jugendliche und junge Erwachsene, die wegen einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt wurden oder anderweitig durch riskanten Konsum auffallen, kontaktiert und beraten; zeitgleich werden systematische Daten über ihren Alkoholkonsum erhoben. In der Folge sollen sie im Rahmen eines Gruppenangebotes zur Reflexion angeregt werden und mit erlebnispädagogischen Elementen (z. B. Klettern, Tauchen) eine Stärkung der Selbstwahrnehmung erzielt werden. Im proaktiven Projektteil wird auf Gemeindeebene einerseits aufklärende Öffentlichkeitsarbeit betrieben, andererseits werden zentrale Akteure aus Einzelhandel, Gastronomie und Schule/Familie sensibilisiert und zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes angehalten. Dazu sollen enge lokale Netzwerke geknüpft werden, die in Zusammenarbeit mit Gaststätten- und Supermarktbetreibern sowie im Kontext von Festen und Veranstaltungen den Alkoholverkauf an Minderjährige verhindern und darauf hinwirken, dass im Rahmen freiwilliger Selbstverpflichtungen auch z. B. auf den Verkauf von Alkopops verzichtet wird. Im Rahmen der Einzelhandelsprävention können je nach Kooperationsbereitschaft der Betreiber zusätzlich Auszubildendenschulungen durchgeführt werden oder bei Ablehnung jugendlich aussehende Testkäufer eingesetzt werden, deren „Erfolg“ auch öffentlich gemacht wird (Prognos, 2008).

Das Projekt ist von mehreren Seiten (z. B. Prognos 2008, Kasten & Tossmann 2010, Stürmer et al. 2010) evaluiert worden, jedoch nach Korczak (2012) bislang nicht mit einem wissenschaftlich belastbaren Design (vgl. auch Körkel, 2012). So gibt die Evaluation der Delphi-Gesellschaft (Kasten & Tossmann 2010) an, dass in Folgebefragungen unter den betreuten Jugendlichen mehr Abstinenzler, aber auch mehr regelmäßige Rauschtrinker waren als unter der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung. Allerdings wurden die Vergleichsdaten aus einem Bevölkerungssurvey gezogen, auf ein Kontrollgruppendesign wurde verzichtet. Obwohl insbesondere für die Kurzinterventionskomponente erste Ergebnisse positive Bewertungen bei behandelten Jugendlichen und einbezogenen Eltern feststellen und Fachkräfte die Umsetzung des Projektes als gut bewerten (vgl. etwa Stürmer, Wurdak & Wolstein, 2012), befassen sich die begleitenden Publikationen bislang hauptsächlich mit der

⁷ Gleichzeitig wird dort angegeben, dass es für Jugendliche unter 20 Jahren keinen risikoarmen Konsum gibt, wodurch die Sinnhaftigkeit der Angaben zum risikoarmen Konsum auf der separaten Jugendplattform zweifelhaft wird (<http://www.kenn-dein-limit.info/risikoarmer-konsum.html>).

Prozessevaluation (etwa Stürmer & Wolstein , 2012) oder der Auswertung der Baseline-Erhebungsdaten (etwa Kraus et al., 2013).

Nürnberg: Ordnungsrechtlicher Kinder- und Jugendschutz

Die Stadt Nürnberg hat 2009 unter dem Titel „Ordnungsrechtlicher Kinder- und Jugendschutz“ neben weiteren Maßnahmen ebenfalls eine Strategie eingeführt, die auf die Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken für Kinder und Jugendliche abzielt. Das Vorgehen ist dabei zweigleisig: zum einen wird die Einhaltung des JuschG, GastG und LadSchlG gezielt kontrolliert und Verstöße mit hohen Bußgeldern belegt, zum anderen wurde eine Selbstverpflichtung für die Gastronomie erarbeitet, auf Niedrigpreise zu Werbezwecken zu verzichten und geltendes Recht einzuhalten.

Die gesetzlichen Regelungen des JuSchG, GastG und LadSchlG werden dabei relativ eng ausgelegt, durch häufige polizeiliche Kontrollen überprüft und Verstöße auch strafrechtlich verfolgt. So wurde der Tankstellenverkauf von alkoholischen Getränken nach 20 Uhr untersagt, sofern die vom Kunden gewünschte Ware nach Art und Menge im Sinne des LadSchlG nicht als Reisebedarf gelten kann (was z. B. bei einer ganzen Kiste Bier der Fall wäre) oder keine Reiseabsicht erkennbar ist (z. B. Kunde ohne Fahrzeug). Gaststättenbetreiber werden bei mehrmaligen Verstößen gegen das JuSchG durch Polizei und Jugendschutzbeauftragte angesprochen und auf die gesetzlichen Regelungen hingewiesen. Bei mehr als drei Verstößen wird der Ausschank an Jugendliche als beharrliche Wiederholung von der Staatsanwaltschaft verfolgt und zeitgleich die Zuverlässigkeit des Betreibers durch das Ordnungsamt überprüft, das ggf. die Gaststättenkonzession entzieht. Auch Veranstaltungen, die nach GastG dem Alkoholmissbrauch Vorschub leisten, werden durch das Ordnungsamt untersagt. Ergänzend wurden die Bußgelder für Verstöße gegen das JuSchG drastisch erhöht.

Die städtisch erarbeitete Selbstverpflichtung umfasst den Verzicht auf Veranstaltungen, bei denen alkoholische Getränke zu besonders niedrigen Einzelpreisen bzw. als All-inclusive Angebot abgegeben werden. Gleichzeitig beinhaltet die Vereinbarung die Verpflichtung, geeignete Maßnahmen zur Einhaltung des JuschG und GastG im eigenen Betrieb zu treffen, d. h. keinen Alkohol an erkennbar Betrunkene auszuschenken, keinen hochprozentigen Alkohol an Minderjährige auszuschenken, sowie erkennbar Betrunkene bereits an der Tür abzuweisen. Gleichzeitig erklärte sich das lokale Polizeipräsidium bereit, die Einhaltung der Vereinbarung gezielt zu prüfen. Die Vereinbarung wurde inzwischen von fast allen Nürnberger Gaststätten- und Diskothekenbetreibern unterschrieben und gelegentliche Verstöße angemahnt bzw. einschlägig beworbene Veranstaltungen verboten. Das Programm ist nicht evaluiert, wird aber als erfolgreich beschrieben und wurde bereits von mehreren anderen Kommunen aufgegriffen (Jugendamt Nürnberg, 2009).

Kein Alkohol für Kinder-Aktion (KAfKA)

Die aus Berlin-Neukölln stammende „Kein Alkohol für Kinder-Aktion (Kafka)“ zielt ebenfalls darauf ab, die Verfügbarkeit von Alkoholika für Minderjährige zu reduzieren. Speziell geschulte Mitarbeiter besuchen dazu Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten, klären über das Jugendschutzgesetz auf und beraten. Die Zielgruppe wird zu einer Selbstverpflichtung angehalten, die mit Postern und Aufklebern in den Ladenlokalen öffentlich gemacht wird. Zudem soll eine Gebietskarte der kommunalen Alkoholverkaufsstellen erstellt und mit Daten zum Anteil des Alkoholverkaufs, Kooperationsbereitschaft der Betreiber und weiteren Daten ergänzt werden. Das Projekt ist gegenwärtig nicht evaluiert, wurde aber bereits von mehreren anderen Berliner Stadtteilen aufgegriffen. (vgl. z. B. Berliner Verein für Integration e. V., o. J.). Nach Mitteilung der Bundesregierung wird das Projekt nicht mehr gefördert (Bt-Drs. 17 / 13011).

Das Freiburger Projekt PräRIE verfolgt das dreigliedrige Ziel der Etablierung einer kommunalen Alkoholpolitik und der Reduzierung des Konsums bei Risikokonsumenten (vgl. etwa Kreft, 2010). Darüber hinaus wendet es Methoden einer zugehenden Sozialarbeit an, die aufklärende und informierende Elemente vereinen. Im nächtlichen Vergnügungsviertel, in den Stadtteilen sowie in Bussen und Bahnen des Nahverkehrs sprechen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Jugendliche an, beraten und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Kontakte werden dabei von Suchthilfemitarbeitern, Peer-Beratern und Ehrenamtlichen geknüpft, die Methoden der motivierenden Kurzintervention anwenden. Dabei sollen Jugendliche zur aktiven Mitarbeit einbezogen werden. Gleichzeitig sollen die Ansprechpartner Vertrauen aufbauen, Hilfe anbieten und Aggressionen und Vandalismus eindämmen.

Risikokonsumenten werden im Sinne des HaLT-Ansatzes (s.o.) sowohl im Polizeigewahrsam als auch im Krankenhaus nach Alkoholvergiftung oder alkoholbedingter Unfallverletzung aufgesucht und zu weiteren Beratungen eingeladen. Außerdem werden sie eingeladen, an erlebnispädagogischen und selbstreflexiven Gruppenangeboten teilzunehmen. Ein weiteres Gruppenangebot für Risikokonsumenten richtet sich an junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, die wegen alkoholkorrelierten Fehlverhaltens z. B. polizeilich aufgefallen sind. Diese Gruppenarbeit war auf Teilnehmer ausgerichtet, die gerichtlich oder anderweitig zur Teilnahme angehalten wurden.

Das Projekt initiiert und begleitet zudem lokale Kommunikationsforen, in denen Vertreter der Stadt, der Stadtteile, Erziehungs- und Sozialbereiche, Vereine und Gastronomie zusammenkommen. Diese dienen als Basis für die Ausarbeitung und Umsetzung kommunaler und lokaler alkoholpolitischer Strategien. Der in diesem Kontext geplante „Wirtetekodex“, ein Programm zum verantwortungsbewussten Alkoholausschank, musste wegen mangelnder Ressourcen wieder eingestellt werden. Das Projekt wurde prozessevaluiert und positiv bewertet (vgl. z. B. Kreft 2010, PräRIE-Projektdokumentation o. V.).

4.1.3. Zwischenfazit: Alkoholpräventionsprojekte in Deutschland

Die dargestellten Präventionsmaßnahmen haben gezeigt, dass die in Deutschland umgesetzten Strategien zur Alkoholprävention primär auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind und den problematischen Konsum der erwachsenen Allgemeinbevölkerung kaum berücksichtigen. Es handelt sich fast ausschließlich um erzieherische und aufklärende Maßnahmen, deren Wirksamkeit, mit wenigen Ausnahmen, nicht hinreichend belegt ist. Babor et al. (2005) kritisieren diese mangelnde Wirkungsevaluation von Informations- und Erziehungsprogrammen. Aus den wenigen vorhandenen Evaluationen ziehen sie den Schluss, dass diese Art von Präventionsprogrammen keinen belastbaren Nachweis der Effektivität bringen kann und es keinen Anlass für einen Ausbau oder eine Weiterentwicklung dieser Strategie gibt:

„Relativ zu anderen Interventionen und Strategien wie zum Beispiel Initiativen in der Strafverfolgung, der Einrichtung von Verkaufsverbotszonen, dem Verbot oder der Kontrolle von Verkaufsstellen, der Preispolitik und dem verantwortungsvollen Alkoholausschank sind Erziehungsprogramme teuer und haben nur geringe Auswirkungen auf Konsummenge und alkoholbezogene Probleme“ (Babor et al. 2005, S. 216).

Diese Ansicht teilt auch Korczak (2012). Er fordert daher als Vorbedingung für die flächendeckende Implementation von Präventionsprogrammen eine Evaluation mittels aussagefähiger Parameter, wie der signifikanten Reduktion des Alkoholkonsums, des Risikotrinkens und des Rauschtrinkens, um vorhandene Ressourcen sinnvoll und effizient einsetzen zu können.

4.2. Internationale Studien

Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, dass alkoholpräventive Maßnahmen in Deutschland fast ausschließlich auf frühzeitige Verhaltensprävention bei Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind. Einige gesetzliche Regelungen haben auch verhältnispräventive Effekte, gezielte verhältnispräventive Maßnahmen werden jedoch bislang kaum umgesetzt.

Im internationalen Bereich richten sich alkoholpräventive Maßnahmen hingegen schon seit längerer Zeit auf die Veränderung der Verhältnisse und Situationen, in die das Trinken eingebettet ist. Der US-amerikanische Präventionsforscher Harold Holder hat bereits in den neunziger Jahren mit den *Community Prevention Trials* umfassende Studien zur Effektivität von systematischer Alkoholprävention auf Gemeindeebene vorgelegt, die die Diskussion um Alkoholprävention sowie die daraus hervorgehenden Maßnahmen nachhaltig beeinflusst haben (vgl. z. B. Holder, 2000). Holder stellte fest, dass traditionelle präventive Maßnahmen wie mediale Kampagnen und schulische Frühaufklärung kaum nachweisbare Effekte erzielen, solange die existierenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen unverändert bleiben (Holder, 2000). Er schlägt stattdessen einen systemischen Ansatz auf kommunaler Ebene vor, der das Umfeld des Trinkens verändert, anstatt sich auf den einzelnen Alkoholkonsumenten auszurichten. Diese Perspektive richtet sich in erster Linie nicht auf die alkoholassoziierten Folgen, sondern sucht über eine Reduktion des Gesamt- sowie des Risikoalkoholkonsums das Auftreten alkoholkorrelierter Probleme zu verhindern. Zur Reduktion des Gesamtalkoholkonsums werden insbesondere Maßnahmen eingesetzt, die die Verfügbarkeit alkoholischer Getränke reduzieren. Diese Maßnahmen setzen an den Zugangsbedingungen an: sie können den wirtschaftlichen Zugang beeinflussen (Preis- bzw. Steuerpolitik), den räumlichen Zugang (Verkaufsstellendichte), über die Verkaufs- und Öffnungszeiten den zeitlichen Zugang und über Altersrestriktionen den demographischen Zugang (Giesbrecht & Greenfield, 2003). Dies kann über eine gezielte Beeinflussung von Zahl, Ort und Öffnungszeiten der lokalen Gaststätten erfolgen, aber auch über Trainings des Servicepersonals, um Alkoholverkauf an Minderjährige oder Betrunkene zu reduzieren. Auch polizeiliche Kontrollmaßnahmen können hier eingesetzt werden, richten sich allerdings eher auf die Demonstration von Polizeipräsenz sowie die Einhaltung geltenden Rechts in Gaststätten als auf die Verfolgung individuellen Problemverhaltens. Holder (2004) betont, dass für den Erfolg kommunaler verhältnispräventiver Maßnahmen die Einbeziehung aller lokalen Stakeholder essentiell ist.

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse internationaler Studien vorgestellt und diskutiert, die sich insbesondere auf die zeitliche und wirtschaftliche Verfügbarkeit von Alkohol konzentrieren. Neben Maßnahmen und Maßnahmenpaketen, die eine Reduktion der Verfügbarkeit anstreben, hat es in vielen Ländern in den letzten Jahren auch Liberalisierungen der Öffnungszeiten und Steuersenkungen gegeben, die die Verfügbarkeit alkoholischer Getränke effektiv gesteigert haben. Obwohl diese Veränderungen zumeist nicht als alkoholpolitische Maßnahmen intendiert waren, haben sie Einfluss auf den Alkoholkonsum und dessen Folgen. Viele dieser Prozesse wurden daher von kritischen Studien begleitet, die ihre Auswirkungen auf alkoholassoziierte Schäden, z. B. anhand polizeilicher Kriminal- und Unfallstatistiken, dokumentierten. Anschließend werden Maßnahmen in Gaststätten vorgestellt, die sich auf die Vermeidung von Problemverhalten des Personals und den Stellenwert räumlicher Gegebenheiten richten. Als notwendige Ergänzung für viele Maßnahmen, aber auch als eigenständiges Instrument werden zusätzlich Möglichkeiten der polizeilichen Prävention und Repression diskutiert. Abschließend wird kurz dargestellt, wie umfassende präventive Maßnahmen auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können.

4.2.1. Verfügbarkeit: Verkaufszeiten

Die Verfügbarkeit von Alkohol wird durch den zeitlichen Faktor der Öffnungszeiten von Gaststätten, Restaurants, Bars und Nachtclubs sowie den Verkaufszeiten im Einzelhandel entscheidend beeinflusst. In der Fachliteratur wird zumeist davon ausgegangen, dass eine größere zeitliche Verfügbarkeit zu einem erhöhten Konsum und dadurch zu mehr unerwünschten Folgen des Alkoholkonsums führt (z. B. Babor et al., 2005; Giesbrecht & Greenfield, 2003; Chikritzhs & Stockwell, 2007). Dieser durchaus beherrschbare Faktor wird allerdings problematisiert durch die Erkenntnis, dass gerade einheitliche Schließzeiten von Gaststätten eine große Menge zumeist alkoholisierter Gäste gleichzeitig auf die Straße bringen, wodurch sich andere potenziell schädigende Situationen ergeben können. Genannt werden hier neben der Füllung des öffentlichen Raums mit alkoholisierten Personen auch Gedränge- und Konkurrenzsituationen an Imbissen, Taxiständen und Haltestellen des ÖPNV, die Gewalt und Ordnungswidrigkeiten fördern können (Tuck, 1989; Marsh & Kibby, 1992). Insbesondere die nächtlich stark eingeschränkte Taktung des ÖPNV führt darüber hinaus zu größeren Mengen auf offener Straße wartender Personen, die ähnliche Problemlagen mit sich bringen können (Marsh & Kibby, 1992).

In jüngerer Zeit wurden in vielen Ländern und Verwaltungsbezirken die Wochentage und Tageszeiten, zu denen Alkohol in Gaststätten ausgeschenkt und konsumiert werden darf, vom Gesetzgeber eingeschränkt oder ausgeweitet. So schaffte z. B. der 2003 in Großbritannien erlassene *Licensing Act* die bis dato vorgegebene Schließzeit um 23:00 ab und ermöglichte variable Öffnungszeiten bis hin zum 24h-Betrieb. Diese und ähnliche gesetzliche Änderungen in Australien, Kanada und Skandinavien wurden von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als natürliche Experimente betrachtet und hinsichtlich ihrer Folgewirkungen analysiert (vgl. z. B. Humphrey et al., 2013; Kypri et al., 2011; Vingilis et al., 2008; Rossow & Norström, 2012). Einige Metaanalysen und systematische Reviews (z. B. Hahn et al., 2010; Popova et al., 2009; Stockwell & Chikritzhs, 2009; Middleton et al., 2010; Giesbrecht & Greenfield, 2003) haben die Ergebnisse der einzelnen Studien zusammengefasst und verglichen.

Im Rahmen der einzelnen Studien wurden unterschiedliche Daten herangezogen, um die mit den geänderten Öffnungszeiten einhergehenden Veränderungen im Konsumverhalten und dessen Folgen zu messen. Dies sind zumeist Daten zum Gesamtalkoholkonsum, zu Trinkmustern und Alkoholschäden. Dabei wurde der Gesamtalkoholkonsum zumeist anhand des Gesamtverkaufs bzw. der Bestellmenge einzelner oder mehrerer Gaststätten berechnet. Als Trinkmuster besonders relevant ist das Hochrisiko- oder Rauschtrinken, das als Konsum von 5 oder mehr alkoholischen Getränke pro Trinkgelegenheit definiert ist und aus Beobachtungen von starker Trunkenheit, Befragungen oder Atemalkoholmessungen abgeleitet wurde. Durch Alkohol verursachter Schaden wurde in den meisten Studien gemessen über polizeilich erfasste Gewaltdelikte (z. B. tätlicher Angriff oder Mord), Verkehrsunfallzahlen und Behandlungszahlen aus Notaufnahmen (Popova et al., 2009).

Die einzelnen Studien konzentrierten sich mehrheitlich auf den Alkoholausschank in Gaststätten, der zu bestimmten Tageszeiten oder an einzelnen Wochentagen eingeschränkt oder ausgeweitet wurde. Mehrere Autoren stellten fest, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten mit einem insgesamt höheren Alkoholkonsum einherging. So fanden Chikritzhs & Stockwell (2002) im Rahmen einer australischen Studie an Gaststätten, die im Rahmen einer Sondergenehmigung eine Stunde länger geöffnet hatten, dass im Vergleich zum frühen Abend mehr Getränke mit einem höheren Alkoholgehalt ausgeschenkt wurden. Bellis & Hughes (2011) geben ergänzend zu bedenken, dass längere Öffnungszeiten auch mit späteren Ausgehzeiten einhergehen. So gaben nach der Ausweitung der britischen Öffnungszeiten 58% der Nachtschwärmer an, sie würden schon vor dem Ausgehen zuhause trinken, wodurch sich die pro Abend konsumierte Gesamtalkoholmenge massiv erhöhen dürfte (zum Vergleich: Wahl et al. ,

2010, fanden in einer Freiburger Stichprobe bei „Vorglühern“ einen vierfach erhöhten Gesamtkonsum pro Abend verglichen mit Personen, die vor dem Ausgehen nicht zuhause tranken).

In der australischen Studie fanden Chikritzhs & Stockwell (2002) in und um die länger geöffneten Gaststätten einen Anstieg der durchschnittlichen monatlichen Rate dokumentierter tätlicher Angriffe um 54,4%, während in den eine Stunde vorher schließenden Lokalen ein Anstieg von 18,75% dokumentiert wurde. In einer Folgestudie stellten sie darüber hinaus fest, dass die von 00:00 auf 01:00 verlängerten Öffnungszeiten mit höheren Unfallzahlen einhergingen: Nach der Genehmigung stieg die durchschnittliche Verkehrsunfallbeteiligung der Gäste der länger geöffneten Lokale auf dem Heimweg um 47% an (Chikritzhs & Stockwell 2006).

Für die Einschränkung von Öffnungszeiten liegen wiederum Ergebnisse vor, die mindernde Effekte bei alkoholkorrelierten Schäden belegen. Kypri et al. (2010) untersuchten zwei benachbarte Stadtteile von Newcastle (Australien). Dort wurde in einem Stadtteil, der zum Innenstadtbereich zählt, 2008 die maximal zulässige Öffnungszeit von 05:00 auf 03:00 reduziert, in einem Vergleichsstadtteil nicht. Die Autoren stellten fest, dass es in der Folge der Maßnahme zu 37% weniger Gewaltdelikten im Interventionsstadtteil kam; Verdrängungseffekte in den nahegelegenen Kontrollstadtteil konnten nicht nachgewiesen werden. In einer brasilianischen Studie untersuchten Duailibi et al. (2007) die Folgen eingeschränkter Öffnungszeiten in Diadema, einer Stadt mit besonders hohen Mordraten. Dort wurden 2002 die zuvor 24-stündigen Öffnungszeiten von Bars auf 6:00 bis 23:00 beschränkt. In der Folge sanken die Mordzahlen von durchschnittlich 22 pro Monat in den beiden Vorjahren auf durchschnittlich 12 pro Monat in den drei Folgejahren. Die Autoren schränken jedoch ein, dass sie zum Veröffentlichungsdatum noch keine polizeilichen Daten der Nachbarstädte als Kontrolle vorliegen hatten und daher z. B. Verdrängungseffekte nicht ausschließen können. Zusätzlich wurde im gleichen Zeitraum ein neues Waffengesetz erlassen, das ebenfalls Auswirkungen auf die Mordrate gehabt haben kann (Duailibi et al., 2007).

Verschiedene Einzelstudien weisen also darauf hin, dass eine Verlängerung der Öffnungszeiten von Gaststätten, Bars und Kneipen zu einer Erhöhung alkoholkorrelierter Schäden führt; andere belegen, dass eine Beschränkung der Öffnungszeiten auch die negativen Folgen des Alkoholkonsums reduziert. Beide Zusammenhänge scheinen etwa gleich stark zu sein, wie Rossow und Norström (2012) feststellten. Sie fanden im Rahmen einer Vergleichsstudie in 18 norwegischen Städten mit unterschiedlichen Veränderungen der Ausschankzeiten, dass schon eine Veränderung der Öffnungszeiten um eine Stunde (sowohl Verlängerung als auch Verkürzung) zu einer Zu- (für Verlängerungen) bzw. Abnahme (für Verkürzungen) von Gewaltdelikten in Innenstädten an Wochenendnächten um ca. 20% führte.

Die Vielzahl der Studien kann hier nur exemplarisch dargestellt werden. Über die Einzelstudien hinaus liegen jedoch inzwischen auch systematisierende und vergleichende Arbeiten vor (z. B. Hahn et al., 2010; Stockwell & Chikritzhs, 2009; Middleton et al., 2010). So untersuchten Hahn et al. (2010) in einer Analyse von zehn einschlägigen Studien, inwieweit das Ausmaß der Verlängerung der Öffnungszeiten Effekte auf unerwünschte Auswirkungen hat. Von den einbezogenen Studien, die eine Verlängerung um ≥ 2 h betrachteten, fanden zwei eine Reduktion alkoholkorrelierter Schäden (Verletzungen und Gewaltkriminalität) und sechs einen Anstieg bezogen auf die vorherigen Öffnungszeiten. Eine Studie fand keine Effekte, und eine weitere einen Anstieg des Alkoholkonsums, der aber nicht signifikant war. Von den 5 Studien, die eine Verlängerung der Öffnungszeiten von unter 2h untersuchten, stellte nur eine einen nennenswerten Anstieg an Alkoholverkaufszahlen, tätlichen Angriffen und Verkehrsunfällen fest. Vier weitere Studien ermittelten nur geringe Variationen, die weder konsistent noch signifikant waren.

Middleton et al. (2010) analysierten 14 überwiegend ältere Studien, die Veränderungen der zulässigen Öffnungstage in Australien, den USA, Norwegen, Schweden und Schottland begleitet hatten. Eine dieser Studien (Knight, 1980) untersuchte die Veränderung der konsumierten Gesamtalkoholmenge, die mit einer Legalisierung der Sonntagsöffnung von schottischen Pubs einherging. Die Forscher stellten einen signifikanten Anstieg der konsumierten wöchentlichen Gesamtalkoholmenge um 2,4 Standardeinheiten⁸ für Männer zwischen 18 und 45 Jahren fest, für Männer über 45 Jahre und Frauen fanden sie dagegen eine (nicht signifikante) Reduktion von 0,5 bzw. 0,6 Standardeinheiten. Die übrigen 13 der von Middleton et al. (2010) einbezogenen Studien konzentrierten sich auf Trunkenheitsfahrten und Verkehrsunfälle. Zwei Studien (Smith, 1978, 1987) beobachteten die Einführung von sonntäglichen Gaststättenöffnungszeiten in australischen Großstädten und fanden einen Anstieg der Unfallzahlen um 22,6% bzw. 65%, Smith (1978) benannte einen Anstieg der tödlichen Verkehrsunfälle um 58,9%. Smith (1987) analysierte die Einführung des Sonntagsschanks auf Bundesstaatsebene, wodurch auch ein großer Anteil ländlicher Bezirke einbezogen wurde. Sie fand für New South Wales einen Anstieg der Verkehrsunfälle um 6,7% und einen Anstieg der tödlichen Verkehrsunfälle um 15,5%, verglichen mit anderen Wochentagen, an denen die Öffnungszeiten konstant blieben.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass ein Großteil der internationalen Studien die These unterstützt, der zufolge eine größere zeitliche Verfügbarkeit von Alkohol zu einem Anstieg des Konsums und damit assoziierten Veränderungen der Gewaltkriminalität sowie zu mehr Verkehrsunfällen führt (vgl. z. B. Babor et al., 2005). Aufgrund dieser Erkenntnisse werden Verkürzungen und Abschaffungen bestehender Sperrzeiten generell mit Skepsis betrachtet. Dem entgegen stehen z. B. Erkenntnisse aus den Niederlanden, die mit der Liberalisierung der Schließzeiten gute Erfahrungen gemacht haben: Im Rahmen einer kulturvergleichenden Interviewstudie (Marsh & Kibby, 1992) berichteten die befragten Gastwirte und Polizeibeamten von einer Entspannung der Situation. Auch das folgende Beispiel der 2005 in Großbritannien abgeschafften Sperrstunde weist auf Grenzen der Verfügbarkeitsthese bzw. auf die Komplexität von Zusammenhängen hin.

Beispiel Großbritannien: Der Licensing Act 2003

Der in Großbritannien 2005 in Kraft getretene Licensing Act schaffte die bis dato gültige Sperrstunde um 23:00 ersatzlos ab. Dies ging u.a. zurück auf einige Studien (z. B. Marsh & Kibby, 1992), die einen nennenswerten Anteil der nächtlichen Gewaltdelikte und Störungen der öffentlichen Ordnung mit der großen Anzahl alkoholisierter Personen in Verbindung gebracht hatten, die gleichzeitig die Lokale verlassen mussten und auf der Straße zusammentrafen. Die Zielsetzung dieser Maßnahme war den bisher besprochenen Studien diametral entgegengesetzt: Es wurde beabsichtigt, durch eine von allein auftretende Staffelung der Schließzeiten und freiwilliges Heimgehen der Gäste für eine zeitliche Entzerrung des nächtlichen Publikumsverkehrs zu sorgen und dadurch Konfliktpotenzial, Gewalt und Ordnungswidrigkeiten zu reduzieren sowie langfristig eine moderatere Trinkkultur zu etablieren. Obwohl die Öffnungszeiten fast unbegrenzt hätten verlängert werden können, änderten die meisten Wirte sie faktisch nur um 1-2 Stunden (Hough & Hunter, 2008).

Dieses natürliche Experiment wurde von einer Mehrebenenevaluation (Hough & Hunter, 2008) und einigen weiteren Studien begleitet. Die Evaluation von Hough & Hunter (2008) umfasste polizeiliche Daten zu Gewaltkriminalität, Ordnungsstörungen und Sachbeschädigung, einen groß angelegten Survey zu Körperverletzungen aus landesweiten Notaufnahmedaten, eine Telefonbefragung von mit Lizenzangelegenheiten befassten Polizeibeamten, Daten des *British Crime Survey* zur Inzidenz von

⁸ Eine Standardeinheit entspricht in der Regel (mit geringen nationalen Variationen) 10 g Reinalkohol.

Gewaltkriminalität und den Erfahrungen und Einstellungen der Bürger bezüglich des Nachtlebens sowie zusätzlich detaillierte Fallstudien aus fünf größeren Städten. Im Folgejahr der Umsetzung waren nach Hough & Hunter (2008) insgesamt ein leichter Rückgang des Konsums und keine negativen Effekte in Bezug auf Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erkennbar. Die Autoren interpretieren diesen Befund jedoch mit Vorsicht:

“It is clear that the chaos feared and predicted by the critics of the Act has not come about—despite the negative experiences of liberalization in other countries. On the other hand, neither is there clear evidence that positive benefits have accrued from staggered and better managed closing times. In short, it is too early to say with confidence whether the Act has succeeded or failed in its intention to tackle night-time crime and disorder associated with pubs and clubs. What can be said with a degree of confidence is that it has not made matters worse in the first year or so of the changes” (Hough & Hunter 2008, S. 256).

Insgesamt waren die landesweiten Evaluationsergebnisse von Hough & Hunter (2008) neutral bis leicht positiv. Die Autoren berichten jedoch auch von lokalen Unterschieden in den Fallstudien. Auch Humphreys et al. (2013) kommen bei der Evaluation von zehn weiteren Studien, die die lokalen Auswirkungen des Licensing Act auf Gewaltkriminalität untersucht hatten, zu gemischten Ergebnissen: Von den zehn Studien fanden vier keine signifikanten Auswirkungen der verlängerten Öffnungszeiten auf Gewaltkriminalität, drei fanden einen signifikanten Anstieg. Drei weitere Studien fanden hingegen eine Reduktion der Gewaltkriminalität.

Die Beispiele zeigen, dass die von manchen befürchteten starken negativen Auswirkungen des Licensing Act 2003 offenbar nicht eingetreten sind. Einige Autoren finden zwar negative Veränderungen, andere hingegen sogar positive Effekte. Diese Tendenz findet sich auch in den internationalen Metaanalysen: Alle Autoren, die mehr als eine Studie betrachteten, kommen zu insgesamt gemischten Ergebnissen bezüglich der betrachteten Ausweitungen und Einschränkungen der gesetzlich zulässigen Alkoholverkaufszeiten (z.B. Middleton et. al., 2010; Stockwell & Chikritzhs, 2009; Hahn et al., 2010). Die empirische Datenbasis wird als insgesamt schwach eingeschätzt, und die Ergebnisse sind inkonsistent. Tendenziell gleichartige Ergebnisse liegen lediglich für lokal beschränkte Studien vor und beschreiben einen Anstieg von Verkehrsunfällen und exzessivem Alkoholkonsum (Humphreys et al., 2013; Middleton et al., 2010). Bis heute gibt es keine randomisierten Kontrollgruppenexperimente zu Veränderungen der gesetzlichen Öffnungszeiten, und die Forschung kann für die Untersuchung veränderter Öffnungszeiten nur auf Änderungen der gesetzlichen Vorgaben zurückgreifen, die sie nicht evaluationsdienlich (etwa in Form von Kontrollgruppendesigns) beeinflussen kann (Humphreys, 2013). Inkonsistenzen im methodischen Vorgehen sind daher eine unvermeidliche Fehlerquelle. Die Ergebnisse legen jedoch nahe, dass die Reduktion von Öffnungszeiten als alleinige Maßnahme und ohne sorgsame Berücksichtigung der jeweiligen Kontexte nur in begrenztem Maße ein Mittel zur Abwehr alkoholkorrelierter Schäden darstellt.

Beschränkung des Alkoholverkaufs im Einzelhandel⁹

Während für zeitliche Restriktionen des Alkoholausschanks in Restaurants, Bars und Nachtclubs eine große Anzahl Studien vorliegen, ist die empirische Datenbasis für Einschränkungen des Verkaufs im Einzelhandel eher schwach (Wicki & Gmel, 2011). Mit Ausnahme von Wicki & Gmel (2011) betrachten die vorliegenden Studien sämtlich die Folgen des Wegfalls eines generellen (Han & Gorman, 2013) oder sams- bzw. sonntäglichen (Norström & Skog, 2005; Stehr, 2007) Verkaufsverbotes anhand von Daten zu Gewaltkriminalität und Verkehrsunfallzahlen.

Der Schweizer Kanton Genf setzte 2005 eine kombinierte zeitlich und räumlich verfügbarkeitseinschränkende Maßnahme um. Es wurde verboten, im Einzelhandel (Supermärkte, Kioske) zwischen 19 und 7 Uhr alkoholische Getränke zu verkaufen; gleichzeitig wurde Tankstellen und „Video Stores“ generell der Alkoholverkauf untersagt. Wicki & Gmel (2011) nutzten dieses natürliche Experiment, um im Vergleich mit anderen Schweizer Kantonen, die diese Maßnahme nicht einsetzten, die Entwicklung der Krankenhauseinlieferungen wegen Alkoholvergiftungen pro 1000 Patienten in einer Zeitreihenanalyse zu untersuchen. Sie schätzten, dass es infolge der Gesetzesänderung zu einer Reduktion der Alkoholvergiftungsdiagnosen bei den 10-15-Jährigen um 35,7%, bei 16-19-Jährigen um 25,6% und bei 20-29-Jährigen um 29,8% kam. Bei den über-30-Jährigen fanden sie hingegen eine – allerdings statistisch nicht signifikante - Erhöhung. Etwas ältere Ergebnisse zu alkoholassozierten Gewaltfolgen zeigen die skandinavischen Studien von Nordlund (1985) und Olsson & Wikstrom (1982). Sie fanden, dass eine vorübergehende samstägliche Schließung der staatlich monopolisierten Alkoholverkaufsstellen in den Sommermonaten mit einer Abnahme von Alkoholkonsum, häuslichen Gewaltvorfällen und tätlichen Angriffen einherging.

Für die Aufhebung von taggebundenen Verkaufsbeschränkungen liegen einige Studien aus Schweden und den USA vor, die einen Zusammenhang mit gestiegenem Alkoholkonsum und Unfallzahlen belegen. In Schweden wurde der Alkoholverkauf in staatlichen Einzelhandelsgeschäften 2000 an Samstagen erstmals in einer Testphase erlaubt. Norström & Skog (2005) stellten fest, dass in den Versuchsbezirken in den folgenden 17 Monaten signifikant mehr Alkohol verkauft wurde (+3,7%) und dass die polizeilich festgestellten Trunkenheitsfahrten um 12% zunahmen. Die Autoren analysierten auch die Auswirkungen der Liberalisierung auf Gewaltdelikte, fanden jedoch keine signifikanten Effekte. In einer zweiten Untersuchungsphase, nachdem der Samstagsverkauf in ganz Schweden erlaubt worden war, fanden sie ebenfalls einen signifikanten Anstieg der Verkaufszahlen um 3,6%, aber keine Effekte auf Gewaltkriminalität. Der Anstieg der Trunkenheitsfahrten wiederholte sich nicht.

Stehr (2007) analysiert eine Reihe unterschiedlicher Aufhebungen oder Abmilderungen des sonntäglichen Verkaufsverbotes in den Jahren 1995-2008 in 14 US-amerikanischen Bundesstaaten im Hinblick auf die jeweilige Gesamtzahl an Todesfällen im Straßenverkehr. Er fand insgesamt einen signifikanten Anstieg der sonntäglichen Todesfälle unter Alkoholbeteiligung um 29,3%. Dieser Effekt war jedoch zum größten Teil auf Anstiege in New Mexico zurückzuführen, während die übrigen 13 Staaten keine signifikanten Auswirkungen zeigten. Der Autor interpretiert diese Ergebnisse unter

⁹ Für die Übertragbarkeit der folgenden Ergebnisse auf den deutschen Kontext ist zu berücksichtigen, dass das in Deutschland übliche System, das Alkohol fast jederzeit und überall verfügbar macht, im weltweiten Vergleich eher eine Sonderform darstellt. Insbesondere in den Ländern, aus denen die meisten der in dieser Arbeit diskutierten Studien stammen (Skandinavien, Australien und die USA), wird der Alkoholverkauf im Einzelhandel relativ restriktiv gehandhabt. So wird in Skandinavien Alkohol z.T. nur in staatlichen Monopolverkaufsstellen verkauft, in Australien in speziell lizenzierten Alkoholverkaufsstellen; auch in den USA ist der Alkoholverkauf in vielen Bundesstaaten stark reglementiert bzw. lizenzpflichtig.

Rückgriff auf die insgesamt dünnere Besiedelung und damit verbunden längeren Autostrecken. Zusätzlich führt er an, dass New Mexico auch schon in den Jahren vor der Einführung des Sonntagsverkaufs einen höheren Anteil an Straßenverkehrstodesfällen mit Alkoholbeteiligung hatte.

Die texanische Stadt Lubbock schaffte 2009 das vollständige Verbot des Alkoholverkaufs im Einzelhandel ab, wodurch die Verfügbarkeit von Alkohol stark gesteigert wurde. Der befürchtete Anstieg von Gewaltkriminalität blieb jedoch aus: Eine Zeitreihenanalyse zeigte leichte Anstiege für polizeilich dokumentierte Gewaltkriminalität, aber keine signifikanten Änderungen (Han & Gorman, 2013). Die Autoren schränken jedoch ein, dass Alkohol auch vorher schon jenseits der Stadtgrenzen verfügbar war.

Für die Beschränkung oder Ausweitung des Alkoholverkaufs im Einzelhandel liegen also widersprüchliche und insgesamt nur wenige Ergebnisse vor. Weitgehende Übereinstimmung besteht hinsichtlich einer Erhöhung der Konsummengen bei Ausdehnung der Verkaufszeiten. Einige Studien untersuchten mögliche Auswirkungen auf Gewaltkriminalität, davon fanden zwei skandinavische Studien aus den achtziger Jahren für Verkaufsbeschränkungen einen Gewaltrückgang, zwei aktuelle Studien aus Schweden und den USA fanden für Verkaufsliberalisierungen keine Veränderungen der Gewaltkriminalität.

4.2.2. Preisgestaltung

Neben den zeitlichen Beschränkungen des Alkoholverkaufs kann auch die ökonomische Regulation über den Preis einen Einfluss auf die Verfügbarkeit und den Konsum alkoholischer Getränke haben (Chaloupka et al., 2002). Allerdings ist die Preisgestaltung nur einer von vielen Faktoren, die den Alkoholkonsum beeinflussen können; daneben spielen individuelle, kulturelle und soziale Faktoren eine Rolle (Booth, 2010). Zudem fallen die Realpreise für Alkohol seit Jahren in ganz Europa (mit Ausnahme Italiens), wodurch die ökonomische Verfügbarkeit noch gesteigert wird (Rabinovich et al., 2009). Babor et al. (2005) kommen bei einem Vergleich verschiedenster Interventionsstrategien zu dem Ergebnis, dass eine höhere Besteuerung alkoholischer Getränke eine effektive, wissenschaftlich belegte und interkulturell übertragbare Maßnahme zur Konsumreduktion darstellt.

Preiserhöhungen

Wagenaar et al. (2009) stellen in einer Metaanalyse von 112 Studien zur Preisgestaltung alkoholischer Getränke dar, dass eine Erhöhung des Preises in allen Fällen zu einer Reduzierung der Nachfrage führte. Dies betrifft alle Arten alkoholischer Getränke (Bier, Wein, Spirituosen) und sowohl Intensiv- als auch Gelegenheitskonsumenten. Sie stellten fest, dass eine Erhöhung des Verkaufspreises zwar bei allen Einkommensgruppen Auswirkungen hatte; besondere Wirksamkeit zeigt sie jedoch bei Konsumenten mit geringeren finanziellen Mitteln, zu denen insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zählen. In einer schwedischen Langzeitstudie fanden Gruenewald et al. (2006) zudem, dass die Konsumenten bei steigenden Preisen auf günstigere alkoholische Getränke auswichen. Insbesondere in besonders preissensiblen Teilen der Bevölkerung mit geringen finanziellen Mitteln, die bereits im untersten Preissegment kaufen, ist daher bei Preiserhöhungen eine Reduktion des Gesamtkonsums zu erwarten.

Im Rahmen eines Reviews von 36 zumeist US-amerikanischen und skandinavischen Studien fanden Booth et al. (2010) übergreifend einen Zusammenhang zwischen erhöhtem Preisniveau und sinkenden Kriminalitätsraten, insbesondere Gewaltkriminalität, Sexualdelikten und zu geringeren Anteilen Sachbeschädigung. Negative Effekte von Preissenkungen waren hingegen weniger deutlich. Die Autoren schließen daraus, dass Preiserhöhungen und –senkungen nicht notwendigerweise

symmetrische Effekte oder –intensitäten haben. Auch andere Studien zeigen, dass Konsumenten auf Preiserhöhungen sehr viel schneller und stärker reagieren als auf Preisreduktionen (vgl. etwa Abe, 1998).

Ökonomische Modellierungen zeigen ebenfalls, dass die Nachfrage nach Produkten mit höherem Alkoholgehalt, wie Wein und Spirituosen, über die Preisgestaltung relativ gut beeinflusst werden kann; dies gilt für Bier nur in begrenztem Maße (Chaloupka et al., 2002). Trotzdem konnte für die USA am Modell gezeigt werden, dass eine höhere Besteuerung von Bier mit einer niedrigeren Frequenz des jugendlichen Trinkens (16-21 Jahre) einherginge und gleichzeitig Episoden des Rauschtrinkens weniger wahrscheinlich wären (Chaloupka et al., 2002). Grossman et al. (1998) schätzen mittels ökonomischer Modelle, dass eine Anpassung der Bierbesteuerung an die von Spirituosen unter gleichzeitigem Inflationsausgleich zu einer mehr als zehnfachen Steuererhöhung führen und den Gesamtbierkonsum um über 40% reduzieren würde. Anhand mehrerer US-amerikanischer Modellierungen belegen Chaloupka et al. (2002), dass erhöhte Alkoholpreise reduzierend auf alkoholbedingte negative Folgen wirken, wie Verkehrsunfälle mit Todesfolge, Sexual- und Raubdelikte, Sterblichkeit durch Leberzirrhose, sexuell übertragbare Krankheiten und häusliche Gewalt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich insbesondere die Studien zu Verkehrsunfällen auf junge Erwachsene beziehen; der Alkoholkonsum von Personen unter 21 Jahren ist in den USA illegal und die Übertretung dieses Verbotes ist mit einem zusätzlichen monetären oder nicht-monetären Kostenrisiko (z. B. Geld- oder andere Strafen) verbunden.

Preissenkungen

Senkung der Alkoholbesteuerung in Dänemark und Finnland

In Dänemark und Finnland wurden zwischen 2003 und 2004 die Verbrauchssteuern auf alkoholische Getränke spürbar gesenkt, um sie dem gesamteuropäischen Niveau anzupassen. Gleichzeitig wurden die Einfuhrbeschränkungen für den Privatimport von Alkohol aus dem Ausland in Dänemark, Finnland und auch Schweden stark gelockert. Diese Maßnahmen wurden von einer internationalen Studiengruppe unter dem Titel *Effects of Major Changes in Alcohol Availability* kritisch verfolgt (etwa Mäkelä, Bloomfield, Gustaffson & Room, 2007; Bloomfield, Wicki, Gustafsson, Mäkelä & Room, 2010; Grittner, Gustaffson & Bloomfield, 2009; Gustaffson & Ramstedt, 2011). Die Verfügbarkeitsthese ließe erwarten, dass niedrigere Alkoholpreise zu einem Konsumanstieg und damit verbundenen Anstiegen alkoholbezogener Folgen führen würde. Allerdings stellten erste Studien in keinem der untersuchten Länder einen Konsumanstieg fest (Mäkelä, Bloomfield, Gustaffson, Huhtanen & Room, 2008; Grittner, Gustaffson & Bloomfield, 2009), und von Befragten selbstberichtete alkoholbedingte Probleme (Alkoholabhängigkeit, Trunkenheitsfahrten, Unfälle/tätliche Auseinandersetzungen unter Alkoholeinfluss) sanken im Studienzeitraum sogar; lediglich für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Ältere und insbesondere ältere Männer) wurde ein Anstieg verzeichnet (Bloomfield et al., 2010). Überraschend zeigte sich allerdings ein Anstieg selbstberichteter alkoholbedingter Probleme in Nordschweden, das als Vergleichsort miteinbezogen worden war (Bloomfield et al., 2010). Die Autoren ziehen in Betracht, dass das Ausbleiben der erwarteten Anstiege auf eine Unterrepräsentation der Bevölkerungsgruppe mit Alkoholproblemen in der Stichprobe rückführbar sein könnte. Room et al. (2013) weisen überdies darauf hin, dass die Realpreise für Alkohol in allen skandinavischen Ländern auch in Jahren ohne Steuersenkung gefallen sind. Sie ziehen den Schluss, dass der Alkoholmarkt gesättigt sei und noch weiter sinkende Preise die Nachfrage offensichtlich nicht mehr relevant steigern können (Room et al., 2013).

Weitere Studien für die einzelnen Länder weisen inkonsistente Ergebnisse aus. In Dänemark wurde 2003 die Verbrauchssteuer auf Spirituosen um 45% gesenkt, woraus sich eine Preisreduktion von 25% bei günstigeren Spirituosen ergab (Grittner et al., 2009). In der Folge (2003-2006) stieg der Verkauf von Spirituosen um 16% an, während der Gesamtalkoholkonsum um 2% fiel. Die Autoren untersuchten Längsschnittdaten aus Bevölkerungsbefragungen der Jahre 2003-2006 und führten zusätzlich jährlich wiederholte Telefonbefragungen mit 855-1771 Personen durch. Sie stellten fest, dass der berichtete Konsum insgesamt leicht zurückging, was insbesondere auf eine signifikante Konsumreduktion jüngerer Frauen zurückzuführen war. Bloomfield et al. (2009) fanden im selben Kontext hingegen für die Altersgruppe der unter-15-Jährigen einen signifikanten Anstieg der Hospitalisierungsraten wegen exzessiven Alkoholkonsums; für andere Altersgruppen jedoch nicht. Auch im grenznahen Südschweden wurde durch die dänische Steuerreduktion die Alkoholverfügbarkeit beeinflusst. Gustaffson & Ramstedt (2011) stellten anhand einer Zeitreihenanalyse (2000-2007) in der Folge einen Anstieg akuter Alkoholvergiftungen bei der südschwedischen Bevölkerung fest; dies betraf besonders die 50-69-Jährigen. Sie fanden hingegen keinen Anstieg bei tödlichen Angriffen und Trunkenheitsfahrten.

In Finnland stieg 2004 nach einer durchschnittlich 33-prozentigen Steuerreduktion auf alkoholhaltige Getränke der in den staatlichen Verkaufsstellen dokumentierte Konsum wie in den Vorjahren leicht an; zudem erhöhte sich die Menge des privaten Imports aus dem angrenzenden Ausland um 80% (Mäkelä & Österberg, 2009). Gleichzeitig kam es zu einer Konsumverschiebung im Niedrigpreissegment: während vorher Wein den niedrigsten Reinalkoholpreis hatte, traf dies aufgrund besonders starker Steuersenkung nun für Spirituosen zu. Eine Studie von Helakorpi, Mäkelä & Uutela (2010) präziserte den Konsumanstieg als besonders ausgeprägt für Personen über 45 Jahren und Personen mit niedrigem Bildungsstand. Für Gewaltdelikte zeigten sich, ebenso wie in Dänemark, keine deutlichen Veränderungen: Room et al. (2013) berichten einen Anstieg tätlicher Angriffe um 4,5%, der allerdings nicht signifikant war; Herttua et al. (2008) gaben sogar an, dass es nach der Steuersenkung zu 13,6% weniger Störungen der öffentlichen Ordnung kam. Im Gegensatz dazu waren die Ergebnisse von Analysen gesundheitlicher Daten frappierend: Mäkelä & Österberg (2009) dokumentieren für 2004 einen signifikanten Anstieg alkoholbedingter Krankheiten, der mit einer 29-prozentigen Steigerung der Mortalität bei alkoholbedingten Lebererkrankungen am höchsten ausfiel und besonders die Altersgruppe zwischen 50 und 70 Jahren betraf. Die alkoholbedingte Gesamtmortalität stieg in der Bevölkerung besonders bei Rentnern, Erwerbslosen und alleinstehenden Männern zwischen 30 und 50. Im Licht dieser Erkenntnisse hob die finnische Regierung die Alkoholsteuern 2008 wieder an (Booth et al., 2010).

Der Vergleich zeigt, dass in Finnland ebenso wie in Dänemark kein besonderer Verkaufsanstieg und auch keine nennenswerten Veränderungen für die Gewaltkriminalität in den offiziellen Dokumentationen zu verzeichnen waren. Für Finnland konnte jedoch nachgewiesen werden, dass der Konsum durch private Importe aus dem Ausland stark anstieg und mit einer erhöhten Krankheitsbelastung einherging. Die daraus resultierenden Schäden für die öffentliche Gesundheit waren so hoch, dass die finnische Regierung zumindest die Steuersenkung wieder rückgängig machte.

Niedrigpreise: Happy Hours und Promotions

Offensichtlich hängt also der Alkoholkonsum auch mit der preislichen Verfügbarkeit alkoholischer Getränke zusammen. Preise lassen sich jedoch nicht nur durch Steuern beeinflussen. Gerade in Bars, Kneipen und Diskotheken ist es üblich, zu Werbezwecken die Verkaufspreise zu bestimmten Tageszeiten oder für einzelne Veranstaltungen massiv zu reduzieren. Hoof et al. (2008) fanden in einer niederländischen Studie in fünf Großstädten, dass mindestens 39% der als „Cafes“ bezeichneten

Gaststätten zumindest gelegentlich Angebote wie „Happy Hour“ oder „zwei Getränke zum Preis von einem“ anbieten. Eine parallele schriftliche Befragung von 409 Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren ergab, dass 172 der Jugendlichen wenigstens gelegentlich ausgehen und dabei Alkohol trinken, wobei der Anteil der Konsumenten mit dem Alter stieg. Übereinstimmend erklärten Alkoholkonsumenten aller befragten Altersgruppen, dass sie etwa achtmal pro Jahr Angebote wahrnehmen und dass sie dann auch signifikant mehr trinken würden. Sie würden aber nicht mehr Geld ausgeben und das Lokal auch nicht nach aktuellen Angeboten auswählen. Die Altersgruppen 16/17 und 14/15 unterschieden sich in ihren Angaben nur minimal, obwohl der Alkoholausschank an Jugendliche unter 16 Jahren in den Niederlanden illegal ist.

Diese Angaben decken sich mit den Ergebnissen psychologischer Studien. Babor et al. (1978) untersuchten unter Experimentalbedingungen, wie sich verringerte Preise auf die konsumierte Menge von Alkohol bei Gelegenheits- und Intensivtrinkern auswirken. Dabei wurden mehrere Gruppen von Studienteilnehmern für 20 Tage in einer Klinik untergebracht, in der Alkohol permanent gekauft werden konnte. Einige Teilnehmergruppen hatten zwischen 2:00 und 5:00 Uhr eine Happy Hour mit reduzierten Preisen, einige Kontrollgruppen nicht. Die Unterschiede im Trinkverhalten waren hoch signifikant: Sowohl Gelegenheits- als auch Intensivtrinker konsumierten unter Happy-Hour Bedingungen etwas über die doppelte Menge, verglichen mit Gruppen, denen keine Happy-Hour angeboten wurde. Intensivtrinker konsumierten dabei sowohl unter Happy-Hour- als auch unter Kontrollbedingungen etwa fünfmal mehr Alkohol als Gelegenheitstrinker. Bei Gelegenheitstrinkern führte die Happy-Hour zwar zu mehr Alkoholkonsum, sie gaben aber nicht mehr Geld aus; Intensivtrinker investierten etwa das Doppelte.

Ähnliche Ergebnisse fanden auch Christie et al. (2001) für einen aktuelleren Kontext. Sie konfrontierten Collegestudenten mit Werbezetteln für eine fiktive Bar, die mit unterschiedlichen Angeboten versehen waren. Die Studenten wurden befragt, ob sie in die Bar gehen würden und wenn ja, wie viel sie und die anderen Gäste dort vermutlich trinken würden. Die Studenten gaben an, dass sie bei niedrigeren Preisen eher in die Bar gehen und mehr trinken würden und dass sie dies auch von den anderen Gästen annehmen würden. Dabei führte das Pauschalangebot „all you can drink“ zu den höchsten prognostizierten Alkoholmengen.

Offensichtlich wirken sich Werbeangebote in Gaststätten also gravierend auf die konsumierte Alkoholmenge aus, und dies gilt sowohl für Gelegenheits- als auch Intensivtrinker und für Jugendliche ebenso wie für Erwachsene. Gleichzeitig ist der Ausschank unter Einkaufspreis für die Gastwirte kein Gewinn und dient lediglich der Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen. Unter diesen Voraussetzungen scheint es evident, dass auf das Unterlassen dieser Praktiken hingewirkt werden muss (vgl. z. B. Hunt et al., 2011).

4.2.3. Alkoholfreie Zonen

Regeln darüber, an welchen öffentlichen Orten Alkohol getrunken oder nicht getrunken werden darf, gibt es in vielen Ländern. Der Alkoholkonsum an und auf öffentlichen Plätzen wird häufig mit Konsum durch Minderjährige, Störungen der öffentlichen Ordnung und Gewaltdelikten sowie Trunkenheitsfahrten in Verbindung gebracht (Single, 1997). Obwohl bislang kaum Evaluationen zu ihrer Effektivität vorliegen, wurden in jüngerer Zeit weltweit immer mehr Alkoholverbotzonen in innerstädtischen Gebieten eingerichtet (Pennay & Room, 2012). Als kurzfristige Maßnahme haben z. B. Australien und Großbritannien ihren Kommunen und Gemeinden ermöglicht, an besonders durch öffentlichen Alkoholkonsum betroffenen Orten Alkoholverbots- bzw. -Kontrollzonen einzurichten. Eine Alkoholverbotzone ist in diesem Sinne ein lokal beschränkter Bereich, in dem der Konsum von

Alkohol verboten ist und von Ordnungsbehörden verfolgt wird; in einer Alkoholkontrollzone ist das Trinken an sich nicht verboten und Alkohol wird grundsätzlich nur dann konfisziert, wenn Störungen der öffentlichen Ordnung bzw. Anhaltspunkte für zukünftige Störungen vorliegen.

Der Local Government Act 1993 gab Gemeinden im australischen Bundesstaat New South Wales die rechtliche Handhabe, alkoholfreie Zonen an öffentlichen Orten einzuführen mit der Zielrichtung, öffentlichen Alkoholkonsum und assoziiertes anti-soziales Verhalten zu mindern. Diese Zonen können an Orten eingerichtet werden, die nachweislich durch öffentlichen Alkoholkonsum beeinträchtigt werden. Eine Evaluation durch das New South Wales Department of Local Government (2007) fand, dass 78% der Gemeinden lokale Konsumverbote auf Straßen, öffentlichen Plätzen oder Parkplätzen eingerichtet hatten. Bei Verstößen gegen die Regelungen zu alkoholfreien Zonen erfolgen zunächst Verwarnungen durch Polizeibeamte, bei Nichtbeachtung kann Alkohol konfisziert und ein Bußgeld verhängt werden. In den Jahren 2002-2005 sanken Festnahmen wegen „ungebührlichen Verhaltens“ um ca. 75%, Sachbeschädigungen stiegen leicht an, und häusliche Gewalt stieg um ca. 10%. Laut einer Interviewstudie hielt ein Großteil der Befragten (Polizeibeamte, Gemeindevertreter, Gastwirte, junge Menschen, Aborigines) die alkoholfreien Zonen für ein effektives Instrument, wünschte sich aber eine bessere Durchsetzbarkeit und Maßnahmen für den Umgang mit „Wiederholungstätern“. Die Autoren schließen, dass alkoholfreie Zonen an den richtigen Orten und mit der notwendigen polizeilichen Überwachung ein effektives Werkzeug zur Unterstützung der öffentlichen Sicherheit darstellen und betonen die Notwendigkeit der Einbettung in ein Netzwerk kommunaler Präventionsmaßnahmen, um Probleme nicht nur zu verschieben (New South Wales Department of Local Government, 2007).

Auch Neuseeland hat ähnliche Regelungen eingeführt. Die Großstadt Auckland verzeichnet seit der Einführung eines Alkoholverbotes zwischen 21:00 und 06:00 am Wochenende 12% weniger tätliche Angriffe und 21% weniger Festnahmen wegen ungebührlichen Verhaltens in der fraglichen Zeit (Webb et al., 2004). Die „Operation Early Bird“ in Christchurch kombiniert ein Konsumverbot in der Öffentlichkeit zwischen 03:00 und 07:00 Uhr morgens mit gezielten Polizeikontrollen. Webb et al. (2004) geben an, dass sich nach der Einführung dieser Maßnahme die Anzeigen wegen tätlicher Angriffe in der fraglichen Zeit stark reduziert haben.

Pennay & Room (2012) stellen in einem Review von 16 Evaluationen zu 13 verschiedenen Alkoholverbots- und Kontrollzonen in Großbritannien, Australien und Neuseeland fest, dass die Einführung an einigen Studienorten mit einer Reduktion von Gewaltdelikten einherging, an anderen wiederum mit einem Anstieg. Die besprochenen Studien arbeiten mit Umfragen, Tiefeninterviews, Fokusgruppen, Beobachtungen und Auswertungen polizeilicher Daten sowie Krankenhausstatistiken; alle werden von den Autoren als methodisch schwach eingestuft. Sechs Studien fanden ein erhöhtes subjektives Sicherheitsgefühl der Bewohner, das allerdings auch unter dem Gesichtspunkt erhöhter Polizeipräsenz interpretiert werden muss. An 4 Studienorten berichteten Befragte, die Stadt sei sauberer und optisch ansprechender. Übergreifend war die Einschätzung von Polizei, lokalen Unternehmern und Bevölkerung in den meisten Untersuchungsgebieten eher positiv, an zwei Orten war allerdings ein Viertel der Befragten sehr unzufrieden. Kritische Stimmen betrachteten das Verbot des Straßentrinkens als Verstoß gegen die Bürgerrechte und bemängelten die negativen Auswirkungen auf Minderheiten und Jugendliche. Die Autoren führen an, dass die sozial schwachen Straßentrinker und Jugendliche an abgeschiedene und unsichere Orte vertrieben werden, an denen sie auch durch Sozialarbeiter nicht mehr erreicht werden können. Sie geben überdies zu bedenken, dass die Gleichzeitigkeit von Alkoholverbotzonen und Gaststätten mit legalen Außenbereichen eine massive Ungleichbehandlung darstellt, die das Recht, im Freien zu trinken, von der Wirtschaftskraft des Konsumenten abhängig macht (Pennay & Room, 2012).

Eine Studie von Dixon et al. (2006) setzt sich mit der Akzeptanz alkoholfreier Zonen in der englischen Bevölkerung auseinander. Zwischen 1980 und 2001 wurden in Großbritannien in über 100 Städten und Gemeinden Alkoholkontrollzonen eingeführt, in denen Polizeibeamte bei ordnungswidrigem Verhalten Alkohol konfiszieren können. Dixon et al. (2006) untersuchten mittels Beobachtungen und Leitfadeninterviews am Beispiel der Stadt Lancaster die Einstellungen der Bürger zu öffentlichem Alkoholkonsum und den neu eingerichteten Alkoholkontrollzonen. Sie fanden, dass ein Großteil der Befragten den öffentlichen Alkoholkonsum nicht mit per se unerwünschtem Verhalten in Verbindung brachte, sondern vielmehr mit „akzeptablem Verhalten am falschen Ort“, das als Überschreitung der üblichen Verhaltensnormen für einen öffentlichen Platz gewertet wurde. Die Befragten fassten den infrage stehenden Platz als eine Transfer- und Freizeitzone für alle Bürger auf, fühlten sich jedoch eingeschränkt von der Freizeitnutzung durch die Straßentrinker. Die Notwendigkeit einer Kontrollzone begründeten sie mit dem Schutz des Ambientes, der Ästhetik und der Reputation der Stadt; eine Befragte erläuterte:

“If they had tables outside and sort of parasols like they do in France, then maybe it’d be a whole different ball game”. (ebd., S. 201)

Dixon et al. (2006) zeigen in diesem Beispiel, dass die Akzeptanz von Alkoholkontrollzonen nicht zwingend einen Bezug zu tatsächlichen oder auch nur subjektiv wahrgenommenen Vorfällen von Kriminalität oder Ordnungswidrigkeiten hat; im Kern geht es hier um den Wunsch nach einer bürgerlich geprägten sozialräumlichen Ordnung und um die Sichtbarkeit einer unattraktiven Minderheit (Dixon et al., 2006). Diese Herangehensweise verdeutlicht noch einmal die Notwendigkeit, bei Verhaltensregulierungen im öffentlichen Raum die Gründe und Zielsetzungen gewissenhaft abzuwägen.

Die Umsetzung der britischen Alkoholkontrollzonen wird zudem immer häufiger als maßlos kritisiert. So hatten 2009 bereits 712 Gemeinden mindestens einen solchen Bereich eingerichtet, und viele dieser Zonen umfassten ganze Stadtteile, Parks und Strände. Und obwohl die Richtlinien explizit nicht auf friedliche Alkoholkonsumenten anzuwenden sind (Home Office, o. J.) wirft Porter (2009) im *Guardian* der Polizei vor, die Regelung zu missbrauchen:

„[N]ow the right to drink in public is being systematically attacked across the country by local authorities using powers to stop people having a good time in a park or a picnic with their friends” (Porter, 2009).

Auch andere Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von „Hyperregulierung“ (Appleton, 2009, S. 1) und Missbrauch polizeilicher Befugnisse. So berichtet Appleton (2009) auf der Basis einer Interviewstudie, dass Polizeibeamte und zivile Polizeimitarbeiter häufig unrichtigerweise behaupteten, der Alkoholkonsum in der Kontrollzone sei generell illegal. Konfiszierungen werden ebenfalls berichtet von friedlichen Einzelpersonen, die ein Bier am Strand trinken wollten bzw. auf dem Heimweg vom Supermarkt waren. Darüber hinaus würden gezielt Minderheiten und Obdachlose angesprochen. Webb et al. (2004) weisen zudem darauf hin, dass Regelungen, die andernorts akzeptiertes Verhalten für bestimmte Örtlichkeiten untersagen, dem grundsätzlich demokratischen Charakter öffentlicher Plätze diametral entgegenstehen können.

Insgesamt ist die Befundlage zu alkoholfreien Zonen und Alkoholkontrollzonen bislang schwach. Vorliegende Studien deuten auf eine geringe und lokal stark begrenzte Wirksamkeit zur Reduktion von Gewaltstraftaten und Störungen der öffentlichen Ordnung sowie auf eine Verstärkung von Effekten bei Unterstützung durch intensive polizeiliche Kontrollmaßnahmen hin. Tendenziell wirken sich alkoholfreie Zonen allerdings primär auf unerwünschtes legales Verhalten aus und erst in zweiter Linie auch auf Ordnungsstörungen und Kriminalität. Obwohl die Akzeptanz vor allem in der älteren

Bevölkerung tendenziell gut ist, sprechen kritische Stimmen von undemokratischen Eingriffen in den öffentlichen Raum und gelegentlich polizeilicher Willkür. Verschiedentlich werden zudem Verdrängungseffekte auf Jugendliche und soziale Minderheiten beschrieben.

4.2.4. Maßnahmen in Gaststätten

Innerstädtische Unterhaltungsbezirke mit einer hohen Dichte von Gaststätten, Bars und Diskotheken produzieren einen relevanten Anteil der durch Alkohol verursachten Probleme. Sie werden insbesondere mit schwerem Rauschtrinken und Verletzungen durch Gewaltdelikte in Verbindung gebracht. In einer kanadischen Bevölkerungsbefragung wurden Erwachsene befragt, ob sie in den letzten 12 Monaten Opfer eines Gewaltdeliktes geworden waren und wenn ja, wo sich der Vorfall zugetragen hatte. Die Befragten gaben an, dass sich 30% aller Gewaltdelikte innerhalb oder in der Nähe einer Gaststätte ereignet hatten (Graham et al., 2002). Abgesehen von den individuellen gesundheitlichen Folgen entstehen in diesem Umfeld wirtschaftliche und gesellschaftliche Belastungen wie z. B. Fehlzeiten, Kosten für medizinische Behandlungen, Strafverfolgung und Straßenreinigung. Gleichzeitig sind Gaststätten auch Arbeitgeber für Millionen von Menschen in Europa, die am Arbeitsplatz Opfer von Gewaltdelikten werden können (Hughes et al. 2010). Interventionsmaßnahmen in diesen privatwirtschaftlich geprägten Vergnügungszentren sind daher ein elementarer Bestandteil von Programmen, die auf die Reduktion alkoholassoziierter Schäden abzielen (Brennan, Moore, Byrne & Murphy, 2011).

Existierende Präventionsprogramme zielen auf die Reduktion der insgesamt sowie pro Gast ausgeschenkten Alkoholmenge und die Verhinderung oder Reduktion von gewalttätigen Vorfällen ab. Ein Großteil der betrachteten Programme arbeitet mit Personalschulungen, zusätzlich wurden in einigen Kommunen auch räumliche Gegebenheiten der Betriebe untersucht und öffentlich-private Partnerschaften und polizeiliche Maßnahmen umgesetzt.

Schulungen des Gaststättenpersonals

Viele alkoholassozierte Gewaltdelikte in Gaststätten können durch gut geschultes Personal vermieden werden. Dies betrifft zunächst die Einhaltung gesetzlicher Maßgaben wie z. B. der Verbote, Alkohol an Minderjährige oder erkennbar Betrunkene (vgl. § 20 II GastG in Deutschland) auszuschenken, die den Alkoholspiegel insgesamt niedriger halten und allein dadurch zu weniger Gewalt und Aggression führen sollten.

Darüber hinaus existieren diverse Trainingsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gaststätten (etwa Graham et al., 2005, Trollidal, Brännström, Paschall & Leifman, 2013), die einerseits den Alkoholausschank an betrunkene Gäste reduzieren (Erkennen von Rauschindikatoren, verlangsamte oder verweigerte Bedienung) und dem Personal andererseits Konfliktlösungsstrategien für den Umgang mit alkoholisierten und z. T. gewaltbereiten Gästen nahe bringen sollen. Viele dieser Programme wurden in der Folge eines massiven Anstiegs zivilrechtlicher Fahrlässigkeits- bzw. Schadenersatzprozesse gegen US-amerikanische Gastwirte, deren Gäste auf dem Heimweg Verkehrsunfälle mit z. T. schweren Verletzungen Dritter verursacht hatten, entwickelt. Die Rechtsprechung erklärte die Gaststättenbetreiber für „vicariously liable“, also haftbar im Rahmen der Gehilfenhaftung. Als probates Mittel zur rechtlichen Absicherung gegenüber Schadenersatzforderungen sind Personalschulungen insbesondere in den USA daher populär; in Australien und in einigen US-amerikanischen Bundesstaaten ist die Teilnahme des Gaststättenpersonals an diesen Trainingsprogrammen sogar verpflichtend (Stockwell, 2001).

Das „Safer Bars Program“ des kanadischen Centre for Addiction and Mental Health (Graham et al., 2005) fokussiert auf das konfliktgenerierende und Konfliktlösungspotenzial des Gaststättenpersonals. Davon ausgehend, dass Gewalt- und Sachbeschädigungsdelikte in und um Gaststätten auch mit Unkenntnis rechtlicher Grundlagen und Unerfahrenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konfliktmanagement zu tun haben, wurde ein Trainingsprogramm für Gaststättenmitarbeiter entwickelt und in einem randomisierten Kontrollgruppenexperiment evaluiert. Geschäftsführer, Tresenkräfte, Service- und Sicherheitspersonal von 18 Gaststätten und Nachtclubs in Ontario wurden im konfliktfreien und konfliktlösenden Umgang mit Gästen geschult, wobei ein besonderer Fokus auf die Vermittlung von Kommunikationstechniken und Körperspracheinsatz im Umgang mit gewaltbereiten alkoholisierten Gästen gelegt wurde. Neben rechtlichen Fragen wie dem Verbot, an Betrunkene weiter Alkohol auszuschenken und der (haftbaren) Verantwortung für die Sicherheit und z. T. auch für gewalttätiges Verhalten alkoholierter Gäste wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen „Aggressions Eskalation verstehen“, „adäquate Situationseinschätzung“, „Ruhe bewahren“, „nonverbale Techniken“ und „Umgang mit Problemsituationen“ geschult. (Graham et al., 2005). Die Evaluation der 18 teilnehmenden und 12 Kontrollgaststätten durch geschulte Beobachter zeigte einen signifikanten Rückgang aggressiver Vorfälle in den beschulten Bars und Nachtclubs von 12% auf 8% (Graham et al., 2004, 2005).

Einen Schwerpunkt auf die Abänderung konsumfördernder Geschäftspraktiken von Gaststättenbetreibern legte auch das australische Programm „FREO Respects You“ (Lang, 1998). Durch dieses Programm sollten Gastwirte für die Relevanz ihrer eigenen Geschäftsmodelle (ob sie etwa Niedrigpreisaktionen durchführen, Personal auf das Verbot des Ausschanks an Betrunkene hinweisen etc.) sensibilisiert und angeregt werden, problematische Geschäftspraktiken einzustellen oder abzuändern. Kernstück des Programms war eine Checkliste zur Risikoabschätzung der jeweiligen Geschäftspolitik mit den Inhalten „positive Anreize zur Rauschvermeidung“ (z. B. Angebot von Mahlzeiten/Snacks, niedrigere Preise für alkoholfreie/ -arme Getränke), „Vermeidung von Hochkonsumanreizen“ (z. B. Verzicht auf Getränkeaktionen), „Schadensminimierung“ (z. B. Förderung sicherer Transportmöglichkeiten) und „Strategien zur Rauschvermeidung“ (Ausschank an Betrunkene verlangsamen/einstellen). Wallin et al. (2003) stellten in einer schwedischen Studie fest, dass eine langfristige Kombination von Trainingsmaßnahmen und Veränderung der Hausregeln in einem innerstädtischen Unterhandlungsbezirk zu einem signifikanten Rückgang von gewaltbedingten Verletzungen um 29% führte. Gleichzeitig wurde nach fünfjähriger Laufzeit der Alkoholausschank an vorgeblich betrunkenen Gästen in 70% der Bestellungen verweigert (Baseline: 5%). Auch Toomey et al. (2003) fanden in einer Kontrollgruppenstudie zur Umsetzung von modellhaften Hausregeln in fünf Interventionsbars eine Reduktion des Alkoholausschanks an vorgeblich betrunkenen Testern um 46% im Vergleich zu 9 Kontrollbars.

Stockwell (2001) vergleicht mehrere Schulungsprogramme für Gaststättenpersonal, die auf eine Reduktion der konsumierten Alkoholmenge abzielten. Er stellt fest, dass diese Trainingsmaßnahmen zwar im Einzelfall meist wirksam sind, in gemeindeweiten Interventionsprogrammen, die auf Freiwilligkeit der Gastwirte beruhen, jedoch viel von ihrer Wirksamkeit verlieren. Er führt dies auf die Teilnahme von Gaststätten zurück, deren Geschäftsführung die Programme nicht ernsthaft unterstützt. Im Vergleich war eine 1980 in Michigan erprobte Informations- und Trainingsmaßnahme zur Vermeidung des Ausschanks an betrunkenen Gästen, gekoppelt mit polizeilichen Überprüfungen der Einhaltung des Ausschankverbotes, auch auf Gemeindeebene erfolgreich: Alkoholbestellungen durch betrunkenen Personen wurden im Zuge der Maßnahme zu 54% abgelehnt, während vorher nur in 16% berauschten Gästen der Ausschank verweigert wurde (Stockwell, 2001).

Ähnliche Ergebnisse fanden Brennan et al. (2011) in einem systematischen Review. Sie analysierten verschiedene Trainingsmaßnahmen zur Reduktion von Intoxikationen und Ordnungsstörungen und fanden, dass ein Training des Bedienungspersonals Potenzial zur Reduktion von Ordnungswidrigkeiten hat, aber weniger auf Intoxikation wirkt. Eine Ergänzung mit polizeilichen Überprüfungen wirkte sich positiv aus, zeigte allerdings auch nur kurzfristige Veränderungen. Zudem war die empirische Basis aufgrund der zumeist späten Einbindung der wissenschaftlichen Begleitung in die Maßnahmen eher schwach.

Eine Analyse der Auswirkungen von drei Komponenten von Gaststättenschulungen (Personalschulung, kooperative Steuerung auf Gemeindeebene, Kontrolle/Überwachung) in 237 schwedischen Gemeinden (Trolldal et al., 2013) fand für alle Komponenten einen Rückgang der erwarteten Rate tätlicher Angriffe um 3,1%, wobei allerdings lediglich der Rückgang in Verbindung mit der gemeindebasierten kooperativen Steuerung statistisch signifikant war. Zudem waren die Effekte vornehmlich auf die kleineren Gemeinden in der Stichprobe zurückzuführen; für größere Gemeinden zeigten sich keine statistisch bedeutsamen Effekte.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Schulungen von Gaststättenpersonal wirksam sein können, insbesondere wenn es um die Einhaltung gesetzlicher Regelungen geht und wenn die Planung und Implementation auf Gemeindeebene kooperativ gesteuert werden. Aufgrund wirtschaftlicher Interessen und auch wegen der hohen Personalfuktuation hielten die Effekte allerdings vielfach nicht lange an. Delewski & Saltz (1990) empfehlen daher, Trainingsmaßnahmen immer mit einer Änderung der Geschäftspolitik/Hausregeln zu kombinieren, die für Personal und Gäste in Schriftform aushängen müssen. Es hat sich überdies als sinnvoll erwiesen, im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft regelmäßige Personalschulungen mit polizeilichen Überprüfungen zu kombinieren, um Gewaltvorfälle und Störungen der öffentlichen Ordnung, sowohl innerhalb der Gaststätte als auch auf dem Heimweg, zu reduzieren (Stockwell, 2001, Miller et al., 2009).

Räumliche Gegebenheiten in Gaststätten

In Untersuchungen zum Auftreten von Gewaltdelikten in nächtlichen Unterhaltungsbezirken wurde festgestellt, dass sich gewalttätige Vorfälle und Störungen der öffentlichen Ordnung in der Regel gehäuft in und um einige Hochrisikobetriebe herum zutragen (Newton & Hirschfield, 2009; Briscoe & Donnelly, 2003). Diese Betriebe zeichnen sich generell durch nachlässiges und teils aggressiv auftretendes (Tür-)Personal, niedrige Getränkepreise, laute Musik, Gedränge und mangelhafte hygienische Zustände aus und ziehen große Mengen insbesondere jüngerer Männer an (Hughes et al., 2011). In einer Reihe von Studien wurde untersucht, welche räumlichen Bedingungen in diesen Gaststätten dazu beitragen, dass zum einen ein potenziell aggressiveres Publikum angezogen wird und dass zum anderen Konflikte und gewalttätige Vorfälle eher auftreten bzw. eskalieren und gleichzeitig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schwierigkeiten haben, schlichtend einzugreifen (vgl. etwa Doherty & Roche, 2003; Scott & Dedel, 2006; Portman Group, 1998; Quigley et al., 2003; Graham et al., 2011; Graham, Bernards, Osgood & Wells, 2012; Homel & Clark, 1994).

Graham et al. (2012), Doherty & Roche (2003), Macintyre & Homel (1994) und die Portman Group (1998) identifizieren folgende Faktoren als entscheidend für Auftreten von Aggression und Gewalt innerhalb von Gaststätten bzw. für Situationen, die zu Fehlverhalten des Personals führen:

Überfüllung / Gedränge

In überfüllten Nachtclubs und Bars kommt es tendenziell zu mehr Aggression und Gewalt als in Lokalen mit einer geringeren Gastdichte (Macintyre & Homel, 1994). Überfüllung der Räumlichkeiten

geht mit unerwünschten Körperkontakten wie Anstoßen und Rempeln einher, die Aggressionen auslösen können; außerdem kommt es häufig zu Konkurrenzsituationen um die Bedienung im Barbereich. Gleichzeitig kann das Personal schlechter kontrollieren, ob Gäste bereits berauscht sind oder ob alkoholische Getränke an betrunkene oder minderjährige Personen weitergegeben werden. Auch die rechtzeitige Wahrnehmung von Auseinandersetzungen zwischen den Gästen wird beeinträchtigt. Als sinnvoll haben sich die Begrenzung (und Einhaltung) der maximalen Gästezahl, z. B. durch Einsatz von Türstehern, und die Trennung von Ein- und Ausgängen erwiesen (Doherty & Roche, 2003).

Anlage und Gestaltung der Innenräume

Überfüllung ergibt sich nicht nur aus der Anzahl von Gästen pro Quadratmeter, sondern wird ebenfalls durch Wegeführung und Personenströme in einem Lokal beeinflusst (Macintyre & Homel, 1994). Zudem erhöhen dichtgedrängte, unstrukturierte Innenräume das Konfliktpotenzial, verschachtelte Räumlichkeiten sind für Gäste und Personal schwer zu übersehen und erleichtern z. B. Diebstähle. Eine offene Gestaltung der Innenräume mit halbhohen oder optischen Abtrennungen (Pflanzen, Lichtquellen) verringert hingegen das Konfliktpotenzial und bildet gleichzeitig gut einsehbare Bereiche. Der Tresen sollte erhöht angelegt sein, um dem Personal eine optimale Übersicht zu ermöglichen; für größere Gaststätten ist es sinnvoll, mehrere Schanktresen an verschiedenen gut zugänglichen Orten in der Gaststätte zu verteilen (Doherty & Roche, 2003; Portman Group, 1998).

Die Toilettenräume und -zugänge sind eine Schlüsselstelle für Konflikte und unerwünschtes Verhalten; gleichzeitig werden dort alkoholisierte Gäste häufig unbeobachtet viktimisiert. Sie sollten nicht nur sauber gehalten werden, sondern auch gut beleuchtet und an einem für das Personal einsehbaren und schnell zugänglichen Ort angelegt werden (ebd.).

Die Portman Group (1998) gibt weiterhin an, dass 20% aller gewalttätigen Konflikte in englischen Gaststätten unmittelbar mit der Nutzung von Billardtischen zusammenhängen. Sie empfehlen daher, diese entfernt von Durchgängen in Sichtweite des Personals zu platzieren und Regeln für die abwechselnde Nutzung festzulegen.

Licht und Belüftung

Innerhalb der Gaststätte kann grelles Licht irritieren und Aggressionen auslösen, zu geringe Beleuchtung behindert die Übersicht und Kontrolle durch das Personal und fördert durch den Anschein von Anonymität kriminelles oder störendes Verhalten. Im Außenbereich ist helle Beleuchtung geeignet, die wahrgenommene Sicherheit zu erhöhen und den Aufenthalt größerer Personenzahlen zu reduzieren, wodurch unbeobachtete Konflikte zwischen Individuen / Gruppen vermieden werden können. In gut besuchten Gaststätten entwickeln sich schnell hohe Temperaturen und stickige bzw. verbrauchte Luft. Mangelhafte Belüftung kann daher zu körperlichen Unwohlseinsempfindungen und Irritationen sowie verstärktem Konsum alkoholischer Getränke führen (Doherty & Roche, 2003).

Physische Gefahren: Möblierung und Glas

Eine angemessene Ausstattung mit Tischen und Stühlen erhöht Gemütlichkeit und Komfort und verringert konfliktauslösende Kontakte zwischen Gästen. Gleichzeitig kann Mobiliar auch als Waffe eingesetzt werden bzw. Durchgänge und Laufwege blockieren und Stauungen oder Unfälle auslösen. Es ist daher sinnvoll, Möbel nicht in der Nähe von Durchgängen bzw. Tanzflächen zu positionieren und sie ggf. fest zu installieren (Doherty & Roche, 2003).

In gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gaststätten werden häufig (zerbrochene) Flaschen und Gläser als Waffe eingesetzt, wodurch schwere Gesichtsverletzungen hervorgerufen werden. Doherty & Roche (2003) plädieren daher für den Einsatz von gehärtetem Glas und den Verzicht auf Flaschenverkauf. Miller et al. (2009) und Hughes et al. (2010) merken jedoch an, dass gehärtetes Glas zwar einerseits in sehr kleine Scherben bricht und dadurch als Waffe ungeeignet ist, andererseits brach gehärtetes Glas schneller und führte dadurch vermehrt zu unbeabsichtigten leichten Verletzungen bei Mitarbeitern. Hughes et al. (2010) plädieren für den Einsatz von Kunststoffgläsern, die sich in einer Kontrollstudie in Lancaster als hoch bruchsicher erwiesen und von den Gaststättenbetreibern auch nach Abschluss der Studie weiterverwendet wurden (Warburton & Shepherd, 2000).

Signalwirkung: Sauberkeit und Sicherheit

Gaststätten vermitteln schon durch ihre äußere Erscheinung Besuchern einen Eindruck davon, welcher soziale Kontext zu erwarten ist und welche Verhaltensweisen angebracht sind; diese unterscheiden sich etwa in einer schicken Cocktailbar deutlich von denen einer Eckkneipe. Ein gepflegtes Lokal mit freundlichem Personal vermittelt den Eindruck, dass abweichendes Verhalten nicht toleriert wird; eine baulich schlecht erhaltene und unterdurchschnittlich saubere Bar mit unfreundlichem Personal signalisiert größere Toleranz (Quigley et al., 2003). Signale dieser Art können potenzielle Täter abschrecken oder zu normenkonformerem Verhalten bewegen, gleichzeitig wirken sie attraktiv auf Gäste, die weniger zu Gewalttaten neigen. Eine solche Signalwirkung des zu erwartenden Sicherheitsniveaus in Nachtclubs kann etwa durch ausreichende Beleuchtung und Überwachung der Eingänge und deren Umgebung gesetzt werden. Darüber hinaus erhöhen regelmäßige Rundgänge des Sicherheitspersonals, auch auf den ggf. vorhandenen Parkplätzen, die subjektive Sicherheit und vermitteln eine entsprechende Erwartungshaltung des Etablissements (Miller et al., 2009).

Außenbereiche und öffentliche Plätze

Eine erfolgreiche Strategie sollte zum einen auf die Prävention exzessiven Alkoholkonsums und die Repression alkoholassoziierter Gewaltdelikte und Ordnungswidrigkeiten ausgerichtet sein. Sie sollte zum anderen auch das Ziel verfolgen, Risikosituationen zu reduzieren und zu entschärfen. Daher ist es notwendig, auch die Außenbereiche von Gaststätten und Vergnügungsbezirken zu modifizieren. Hier ereignet sich ein Großteil der Gewaltdelikte (Homel et al., 2004), und hier sind Opfer mangels Überwachung durch Sicherheitspersonal besonders wenig geschützt. Es ist daher hilfreich, eine bessere Überwachung zu gewährleisten und gleichzeitig die Verweildauer des einzelnen potenziellen Opfers oder Täters zu reduzieren. Kameraüberwachung (CCTV), Polizeipräsenz, Außenkontrollen durch Sicherheitspersonal und Maßnahmen, die die Mobilität erhöhen und auf eine schnelle Zerstreuung des Publikums zielen, werden in diesem Zusammenhang als zielführend genannt (vgl. z. B. Portman Group, 1998). Diese Maßnahmen werden zumeist als Paket eingesetzt, die einzelnen Effekte sind daher kaum zu evaluieren. So wurden z. B. in Glasgow die Beleuchtung verbessert, CCTV ausgebaut und Polizeiaktivität verstärkt; in der Folge reduzierten sich einerseits die tätlichen Angriffe, und es konnten zugleich mehr Tatverdächtige festgenommen werden als in der gleichen Periode des Vorjahres (Mistral, 2007).

Als zentrale Bestandteile vieler Maßnahmenpakete werden die Verbesserung des nächtlichen Nahverkehrs und die Verfügbarkeit von Taxis genannt (z. B. Mistral, 2007). Homel et al. (2004) stellten fest, dass sich ein Großteil der nächtlichen Gewaltdelikte in Australien auf dem Heimweg zutrug, insbesondere während des Wartens auf ein Taxi. Diese Problematik wurde auch in einem

Modellprojekt der englischen Grafschaft Derbyshire in ein Maßnahmenpaket einbezogen und mit besserer Taxiverfügbarkeit gelöst (Derbyshire Constabulary, 2002). Das Maßnahmenpaket, das unter anderem auch CCTV und Servicepersonaltrainings einbezog, zeigte insgesamt eine Reduktion der Gewalttaten von 25% bzw. 50% in zwei Pilotbezirken.

4.2.5. Polizeiliche Maßnahmen

Polizeiliche Maßnahmen zur Vermeidung alkoholassoziierter Schäden haben sich traditionell auf die Repression auf der Konsumentenseite konzentriert. In jüngerer Zeit geht jedoch auch hier der Trend zur Prävention aufseiten der Gaststätten (vgl. z. B. Fleming, 2008). Bei der Darstellung einzelner Maßnahmen ist bereits mehrfach angeklungen, dass eine Unterstützung durch polizeiliche Kontrollen die Effektivität vieler Maßnahmen erhöht. Sporadische Kontrollen sind jedoch nicht ausreichend, um Maßnahmen durchzusetzen, die unter Umständen wirtschaftliche Nachteile für Gaststättenbetreiber mit sich bringen. Das australische National Drug Research Institute (2007) betont, dass eine erhöhte Präsenz der Ordnungsbehörden notwendig ist, um bei Wirten und Konsumenten den Eindruck einer realen „Überprüfungsgefahr“ zu erwecken; daher müssen polizeiliche Aktivitäten häufig und unvorhersehbar sein und dies muss auch publik gemacht werden. Je nach Zielrichtung können die polizeilichen Maßnahmen offen oder verdeckt durchgeführt werden: Offene Ansätze eignen sich z. B. für die öffentliche Wahrnehmung erhöhter Polizeipräsenz, die auf potenzielle Täter abschreckend wirken kann. Diese Herangehensweise ist auch wirksam für regelmäßige proaktive Besuche von Gaststätten, die mit Alters- und Trunkenheitskontrollen der Gäste kombiniert werden können. Verdeckte Aktivitäten eignen sich dagegen, um z. B. Ausschank an Jugendliche und/oder Wiederholungstäter zu beobachten. Die Autoren weisen überdies darauf hin, dass verhängte Strafen so hoch ausfallen müssen, dass sie finanzielle oder soziale Gewinne ausgleichen, um wirksam zu sein (National Drug Research Institute, 2007).

Neben der Unterstützung gezielter Präventions- und Repressionsmaßnahmen sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die Durchsetzung geltender Rechtsvorschriften die eigentliche Kernaufgabe der Polizei- und Ordnungsbehörden ausmacht. Dies betrifft im vorliegenden Kontext insbesondere die nationalen Jugendschutzgesetze, die die Abgabe von Alkohol an Minderjährige verbieten, und die häufig vernachlässigten Gaststättengesetze, die den Ausschank alkoholischer Getränke an bereits betrunkene Gäste untersagen.

Policing I: Ausschank an Minderjährige

Zur Reduktion des Alkoholkonsums von Minderjährigen sind in Schulen lokalisierte pädagogische Ansätze nur begrenzt sinnvoll, da sich insbesondere die durch riskanten Alkoholkonsum besonders gefährdeten Jugendlichen häufig durch Schulabbruch, Fehlzeiten und geringe Annahmefähigkeit gegenüber schulisch vermittelten Informationen auszeichnen (Grube, 1997). Mehrere Studien mit minderjährigen Alkoholkonsumenten haben gezeigt, dass diese alkoholische Getränke selbst im Einzelhandel kaufen und dabei nur selten nach Altersnachweisen gefragt werden (vgl. auch Massinger 2013). Auch Studien mit minderjährig erscheinenden Testkäufern belegen diesen Zusammenhang. In mehreren Studien in den USA wurden an minderjährig erscheinende Testkäufer in 44%-97% der Kaufversuche alkoholische Getränke ohne Altersnachweis abgegeben (vgl. Preusser & Williams, 1992; Forster et al., 1994). Holder et al. (1997) führten in Nordkalifornien und South Carolina ein randomisiertes Kontrollgruppenexperiment durch, bei dem Einzelhandelsgeschäfte in drei Interventionsgemeinden durch volljährige, aber minderjährig aussehende Testkäuferinnen auf ihre Verkaufspraxen hin kontrolliert wurden. Betreiber, die ohne Altersnachweis Alkohol an die Testerinnen verkauften, wurden polizeilich vorgeladen und die Maßnahme durch Öffentlichkeitsarbeit

und regelmäßige warnende Informationsschreiben an die Händler ergänzt. Die Autoren stellten fest, dass die Interventionsgemeinden im Vergleich zu den Kontrollgemeinden in der Postinterventionsphase signifikant weniger Alkohol an Testkäuferinnen abgaben (Holder et al., 1997).

Policing II: Ausschank an Betrunkene

In Deutschland ist wie in vielen Ländern der Alkoholausschank an erkennbar Betrunkene nach § 20 Abs. 2 GastG untersagt. Allerdings werden diese Regelungen, auch in Ermangelung einer Definition von Betrunkenheit, in der Praxis nur selten umgesetzt. Die bloße Existenz solcher Verbote hat keinen abschreckenden Effekt auf Gaststättenbetreiber; Verstöße müssen sichtbar und glaubwürdig verfolgt werden (Loxley et al., 2004).

Freisthler et al. (2003) beobachteten in einem Experiment, ob Gaststätten Alkohol an vorgeblich betrunkene Testpersonen ausschenkten. In den besuchten Lokalen (von denen 95% Restaurants waren) bekamen die Tester in 58% der Bestellversuche den gewünschten Alkohol. Die Schauspieler notierten zusätzlich Charakteristika der Gaststätte und der jeweiligen Mitarbeiter. Die Autoren konnten feststellen, dass männliches Servicepersonal (85,4%) und Personal unter 30 Jahren (77,9%) signifikant häufiger Alkohol an vermeintlich Betrunkene ausschenkte als weibliche Mitarbeiterinnen (58,3%) und Personal über 30 Jahren (48,3%). Signifikant höher war die Ausschankwahrscheinlichkeit auch in stark besiedelten Gegenden mit einer hohen Gaststättendichte.

Die Wirksamkeit regelmäßiger Polizeikontrollen auf den Ausschank an Betrunkene konnten bereits Jeffs & Saunders (1983) in einer frühen Studie belegen. Der südenglische Urlaubsort Torquay ist besonders bei Jüngeren beliebt und hat jeden Sommer mit massiven alkoholinduzierten Ordnungsproblemen zu kämpfen. Dort wurden 1978 Polizeibeamte eingesetzt, die mehrmals wöchentlich in besonders gefährdeten Gaststätten Alterskontrollen durchführten und auch prüften, ob stark betrunkene Gäste anwesend waren. In einer parallelen Interviewstudie mit verhafteten Personen wurde erhoben, welche Delikte in mindestens 80% der Fälle unter Alkoholeinfluss begangen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Festnahmen bei diesen „Alkoholdelikten“ (Störungen der öffentlichen Ordnung und Gewaltdelikte) um 20% und stiegen im Folgejahr, in dem die Kontrollmaßnahme nicht mehr durchgeführt wurde, wieder um 20% an. In einem vergleichbaren Ferienort, der als Kontrollort diente, kam es im Untersuchungszeitraum zu keiner solchen Veränderung (Jeffs & Saunders, 1983).

Policing III: Evidenzbasierte Polizeiarbeit

Aus einigen Ländern, insbesondere Großbritannien und Australien, kommen auch Erfahrungen mit polizeilich initiierten und geleiteten mehrdimensionalen Präventionsprojekten. Das in Cardiff umgesetzte Projekt „Tackling Alcohol-Related Street Crime“ (TASC) kombinierte ein Paket gezielter Polizeieinsätze mit einem intensiven Austausch mit Gaststättenbetreibern, Personalschulungen, einem kognitiven Verhaltensprogramm für Wiederholungstäter und gezielter Öffentlichkeitsarbeit zu den Gefahren von Alkoholkonsum. Dabei umfasste die konkrete Polizeiarbeit zum einen regelmäßige Besuche eines Kontaktbeamten in den Gaststätten, um Missstände aufzuzeigen und über Sicherheitsvorkehrungen zu sprechen. Zum anderen wurde in zwei als Risikolokalen identifizierten großen Nachtclubs gezielt die Polizeipräsenz erhöht, ein intensiver Dialog mit Betreibern und Personal angestrengt und durch Unterstützung von Taxibetreibern versucht, die Kundenströme zu Schließzeiten schneller zu verstreuen. Gleichzeitig wurde eine Phase erhöhter sichtbarer Polizeipräsenz für eine besonders von alkoholassoziierter Gewalt betroffene Vergnügungsstraße umgesetzt (Maguire & Nettleton, 2003).

Diese Maßnahmen wurden von einer umfassenden Datenanalyse begleitet, in die auch die nicht-innerstädtischen Bezirke von Cardiff als Kontrollareale einbezogen wurden. Neben Informationen aus polizeilichen Vorgangssystemen wurden zusätzliche Informationen in der Notaufnahme des lokalen Krankenhauses zu Intoxikationen von Tätern und Opfern sowie zum exakten Ort des Vorfalles erhoben. Dadurch konnten Risikogaststätten bestimmt werden und auch nicht angezeigte tätliche Angriffe in die Auswertung einbezogen werden.

Insgesamt zeigte sich während des ersten Jahres der Studiendauer ein 4%iger Rückgang der tätlichen Angriffe im Zielgebiet, während die Rate im übrigen Südwales leicht anstieg. Zeitgleich stieg die Anzahl der Gaststätten im Interventionsgebiet stark an, wodurch es im Regelfall auch zu Anstiegen der Gewaltdelikte kommt. Die Autoren schätzen, dass durch die gezielte Polizeiarbeit die erwartbare Anzahl tätlicher Angriffe um 8% reduziert werden konnte. Gleichzeitig stiegen die Störungen der öffentlichen Ordnung im Interventionsgebiet um 49% an. Dieser Anstieg war fast ausschließlich auf Vorfälle in einer Hauptvergnügungsstraße zurückzuführen, in der die Gaststättendichte während der Projektlaufzeit massiv zunahm. Die tätlichen Angriffe in Gaststätten insgesamt stiegen ebenfalls an, bereinigt um die erhöhte Kundenkapazität der neuen Lokale änderten sie sich jedoch kaum (Maguire & Nettleton, 2003).

In den zwei zur Intervention ausgewählten Risikogaststätten wurden zusätzlich zur erhöhten Polizeipräsenz Personal und Management von Vertretern des lokalen medizinischen Notdienstes detailliert über die aufgetretenen Verletzungen informiert und angekündigt, dass die Verletzungsraten in diesen Lokalen zukünftig überwacht und veröffentlicht würden. Als Ergebnis dieser kombinierten Maßnahme reduzierten sich in den Interventionslokalen die tätlichen Angriffe um bis zu 54% verglichen mit der Vorinterventionsperiode. Neun andere Risikolokale waren nicht durch Notaufnahmepersonal besucht worden und dienten als Kontrollgruppe; dort reduzierte sich die Zahl tätlicher Angriffe im Zuge der erhöhten polizeilichen Maßnahmen nur um 22,5% (Warburton & Shepherd, 2006).

Anhand zweier Studien mit ähnlichen Ergebnissen diskutiert Stockwell (2001) im Rahmen eines Reviews die Schwierigkeit, eine Veränderung von Begehungshäufigkeit im Zuge von Maßnahmen zur Reduktion alkoholkorrelierter Delikte über die Anzeigehäufigkeit zu messen. In den Studien von Putnam et al. (1993), die Rhode Island untersuchten, und Burns et al. (1995), die Sydney betrachteten, kam es im Zuge von gezielt verstärkter Polizeipräsenz in Unterbezirken jeweils zu einer Zunahme der angezeigten Delikte im Untersuchungszeitraum (in Rhode Island um 20 %). Gleichzeitig sanken allerdings die von Krankenhäusern berichteten Zahlen ärztlicher Behandlung infolge von Körperverletzungsdelikten (in Rhode Island um 25 %). Aufgrund der Erkenntnis, dass im Regelfall nur ein Bruchteil der unter Alkoholeinfluss begangenen Körperverletzungsdelikte zur Anzeige gebracht wird (vgl. etwa Scott & Dedel, 2006; Bellis & Hughes, 2011) schließt Stockwell, dass die reale Delikthäufigkeit zwar gesunken ist, die Anzeigehäufigkeit aber aufgrund der erhöhten Polizeipräsenz vor Ort gestiegen ist, wodurch die Hellfeldzahlen anstiegen (Stockwell, 2001, vgl. auch Burns et al. 1995).

Die differenziertesten Maßnahmen zur polizeilichen Prävention und Repression alkoholassoziierter Schäden stammen aus Australien. Fleming (2008) beschreibt im Rahmen einer qualitativen Interviewstudie zum Selbstverständnis der Polizei des Bundesstaates New South Wales in der Alkoholkämpfung den strukturierten proaktiven und reaktiven Maßnahmenkatalog. Sie identifiziert ein dreigliedriges System aus repressiven Strategien, dem Komplex Überwachung und Regulierung und dem Aufbau partnerschaftlicher Ansätze.

Repressive Strategien sind dabei direkt auf Problemkonsumenten sowie auf Risikogaststätten ausgerichtet. Die lokalen Behörden versuchen im Umgang mit auffälligen Konsumenten, (vorübergehende) polizeiliche Festnahmen möglichst zu vermeiden und (potenzieller) Täter eher mit Wegweisungen und Bußgeldern Herr zu werden. Sie verfolgen dabei das Ziel, die sichtbare Polizeipräsenz auf der Straße möglichst hoch zu halten und sie nicht durch die längere Abwesenheit, die der Prozess der Festnahme notwendigerweise mit sich bringt, zu reduzieren. Auch der Umgang mit Gaststättenbetreibern zeichnet sich durch hohen Pragmatismus aus. Risikogaststätten werden mit einer betont freundschaftlichen Haltung häufig besucht und bei Regelverstößen zunächst verwarnt oder mit Bußgeldern belegt. Auch hier werden Gerichtsverfahren tendenziell vermieden: die lange Dauer bis zur Verfahrenseröffnung löst das Problem vor Ort nicht in absehbarer Zeit, und gleichzeitig wirken sich die Strafanzeigen sofort negativ auf die Kommunikationsebene aus. Die befragten Polizeibeamten gaben mehrheitlich an, dass sie zunächst Probleme identifizieren und die Gaststättenbetreiber bei der Lösung unterstützen. Wenn nach einer angemessenen Zeit zur Umsetzung die Überprüfungen immer noch negativ ausfielen, könne man immer noch zu Mitteln der Strafverfolgung greifen (Fleming, 2008).

Die Überwachung und Regulierung von Gaststätten durch Lizenz- und Ordnungsbehörden wird in den meisten australischen Bundesstaaten mit persönlichen Begehungen der Gaststätten umgesetzt, die sich besonders auf auffällige Lokale (etwa häufige Polizeieinsätze, Verstöße in der Vergangenheit) richten. Bei regelmäßigen Begehungen wird in enger Kooperation mit den zuständigen Lizenzbehörden überprüft, ob das Gaststättengesetz befolgt und spezifische Lizenzauflagen eingehalten werden. Verstöße können mit Bußgeldern belegt oder strafrechtlich verfolgt werden; teilweise werden Lizenzverstöße auch der zuständigen Behörde zur weiteren Bearbeitung zugeleitet, die gelegentlich auch Schanklizenzen entzieht. Diese Aktivitäten konzentrieren sich auf bekannte Tatverdächtige und als risikobehaftet identifizierte Gaststätten. Als Ausgangsbasis werden dabei Datenbanken genutzt, die für Straftaten mit Alkoholbeteiligung bei Täter oder Opfer immer den Ort des (letzten) Alkoholkonsums ausweisen. Gleichzeitig werden in einer gemeinsam mit den Lizenzbehörden betriebenen Datenbank gaststättenbezogene Details zu Verstößen, Bußgeldern, strafrechtlichen Maßnahmen und Gerichtsverfahren gesammelt. Dadurch können Polizei und Lizenzbehörden problematische Lokale schnell identifizieren und effektive strategische Maßnahmen entwickeln, um mit den schlussendlich wenigen Risikogaststätten umzugehen, in denen bzw. in deren Umfeld sich ein Großteil der alkoholkorrelierten Gewaltdelikte ereignet. Gleichzeitig können diese Informationen als Beweismittel oder für Gutachten herangezogen werden. Für die regelmäßigen Kontrollen der Gaststätten werden in vielen Bezirken spezialisierte Teams eingesetzt, die auch mit den Regularien der Lizenzbehörden vertraut sind. Zum Teil werden in Bundesstaaten zusätzlich Task Forces eingesetzt, die dauerhaft z. B. über die Demonstration von Polizeipräsenz zu nächtlichen Kernzeiten für den Erhalt der öffentlichen Ordnung und das Sicherheitsgefühl der Bürger (z. B. SafeStreets in Victoria), oder als verdeckte Einheit zur Aufdeckung gesetzwidriger Schankpraktiken (z. B. Taskforce Razon, Victoria) arbeiten (Fleming, 2008).

4.2.6. Kombinierte Maßnahmen auf Kommunalen Ebene – Community Action Plans

Alkoholassoziierte Schäden haben sich in jüngerer Zeit zu einem Thema entwickelt, dass auch auf kommunaler Ebene diskutiert wird; traditionell mit den Interventionen Öffentlichkeitsarbeit/Medienkampagnen, Suchthilfe und schulisch organisierte Bildungs- und Abschreckungsmaßnahmen. Klassische Interventionsmaßnahmen betrachten die Gemeinde lediglich als Einzugsgebiet einer problematischen Zielgruppe, die es zu regulieren gilt (Holder et al., 2000). Holder et al. (2000) argumentieren, dass eine solche Herangehensweise kaum zur Reduktion

alkoholassoziierter Problematiken geeignet ist, solange die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen unverändert bleiben. Die Autoren stellen dagegen einen umweltbezogenen Ansatz, der auf die Veränderung der Orte und Strukturen abzielt, in denen der Alkoholkonsum stattfindet. Eine Identifikation und Teilnahme von Problemkonsumenten oder -gruppen ist dafür nicht notwendig, stattdessen richten sich die Bemühungen auf lokale Entscheidungsträger, die die Umfeldbedingungen beeinflussen können. Kommunale Alkoholpolitik kann auf soziale, wirtschaftliche und physische Strukturen einwirken und neue Vorgehensweisen etablieren. Dies kann die Priorisierung bestimmter polizeilicher Maßnahmen betreffen wie die verstärkte Durchsetzung des Verkaufsverbots an Minderjährige, aber auch die Kontrolle der Örtlichkeit und Dichte von Alkoholverkaufsstellen oder die Sicherstellung von „responsible serving“-Trainings für alle Gaststättenmitarbeiter. Entscheidend ist dabei das Zusammenbringen der in der Gemeinde engagierten Akteure in einem partnerschaftlichen Kontext, um auch einen Sinneswandel auf Gemeindeebene zu erzielen. (Holder et al., 2000, vgl. auch Trolldal et al., 2013).

Maßnahmen, die den Alkoholkonsum und alkoholkorrelierte Schäden eindämmen sollen, werden zumeist auf politischer und/oder polizeilicher Ebene geplant und top-down umgesetzt. Dieses Vorgehen stößt bei Anwohnern, Gaststättenbetreibern und anderen von restriktiven Maßnahmen betroffenen Bürgern nicht selten auf Ablehnung und den kritischen Einwand, die Betroffenen seien nicht in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozess einbezogen worden. Die Unterstützung für Maßnahmen, die den Betroffenen auf diese Weise auferlegt werden, ist dementsprechend meist gering, wodurch sowohl kurz- als auch langfristige Effekte stark reduziert werden. Maßnahmenpakete, die unter Einbeziehung der Gemeindeakteure geplant und in enger Kommunikation mit lokalen Interessengruppen umgesetzt werden, sind dagegen nicht nur erfolgreicher, sondern können auch besser auf lokale Problemlagen angepasst werden (Chikritzhs, 2007; Miller et al., 2009).

In den bisherigen Maßnahmenbesprechungen ist bereits mehrfach angeklungen, dass Gesetze nicht nur erlassen, sondern auch polizeilich durchgesetzt werden müssen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass für den Erfolg vieler Strategien die Unterstützung durch die Gaststättenbetreiber entscheidend ist. So fanden etwa Trolldal et al. (2013), dass für den Erfolg von Gaststättenpersonaltrainings die Steuerung durch ein kooperatives Gemeindeorgan, das auch die Gaststättenbetreiber einbezog, zentral war.

Erfolgreiche Ansätze zur Lösung dieser komplexen Problematik, die auch die Mobilisierung der Gemeinde strategisch einbeziehen, stammen insbesondere aus Australien, den USA und Schweden (etwa Wallin, Norström & Andreasson, 2003, Holder et al., 1997; 2000a; 2000b; Miller et al., 2012 a; 2012b). Sie verfolgen das erklärte Ziel, den Alkoholkonsum und dessen assoziierte Schäden in kommunal organisierten Managementplänen zu bekämpfen, die unter Einbeziehung lokaler Akteure passgenau auf die spezifische Gemeinde zugeschnitten werden können (Miller et al., 2009). Als Elemente aktiver Demokratie sollten neben den lokalen politischen Gremien und Polizeibehörden Akteure wie Anwohner, Vereine, NGOs, Gesundheitsbehörden, religiöse Gruppierungen, Schulen und Universitäten, Einzelhändler und auch Gaststättenbetreiber selbst in Planungen und konkrete Umsetzungen miteinbezogen werden (Homel et al., 1997; Center on Alcohol Marketing and Youth, 2011).

So basierte das zunächst von 1998 bis 2001 in Stockholm umgesetzte Projekt *Stockholm Prevents Alcohol and Drug Problems (STAD)* auf einem kommunalen Aktionsforum unter Einbeziehung von Gemeinde, Polizei, Gesundheitsbehörden, Gastwirten und Gewerkschaftsvertretern. In diesem Rahmen wurde in allen Stockholmer Gaststätten ein zweitägiges Personalschulungsprogramm durchgeführt und zugleich geltendes Recht in Bezug auf Alkoholausschank stärker durchgesetzt. In den auf die Implementation folgenden 33 Monaten sank die Rate tätlicher und verbaler Angriffe

zwischen 22:00-06:00 Uhr im Stockholmer Innenstadtbereich um 29%, während sich einer Kontrollgemeinde keine derartigen Veränderungen zeigten (Wallin et al., 2003). Eine weitere Intervention im Rahmen des STAD-Netzwerkes (Ramstedt, Leifman, Müller, Sundin & Norström, 2013) wurde 2005-2010 ebenfalls in Stockholm als Reaktion auf ein vermehrtes Abhalten von Schulabschlussfeiern in innerstädtischen Restaurants und damit einhergehende Anstiege von (exzessivem) Rauschtrinken und Gewaltvorfällen umgesetzt. Auch dieses Programm setzte auf starke Kooperation mit den Gaststättenbetreibern und Veranstaltungsorganisatoren sowie die Durchsetzung geltenden Rechts; zusätzlich wurden die Schüler über die Rechtslage aufgeklärt. Den Interventionszeiträumen April-Mai an Wochentagen (die Zeiten, zu denen die meisten Abschlussfeiern stattfinden) der Jahre 2005-2010 wurden als „Kontrollgruppe“ die Zeiträume Januar-März und Juni-September sowie die Wochenenden April-Mai für die jeweiligen Jahre gegenübergestellt. In der Folge der Maßnahme sank die Inanspruchnahme von Notfalldiensten durch 18-20-Jährige, verglichen mit der Kontrollgruppe, um 23%.

In den USA setzten Holder und Kollegen mit dem *Community Trials Project* in mehreren Städten ein umfangreiches Maßnahmenpaket aus Gemeindemobilisierung, Verfügbarkeitsreduzierung, Gaststättenpersonaltrainings und gezielter Strafverfolgung von Trunkenheitsfahrten in einem Kontrollgruppenexperiment um. Dabei war es den Gemeinden freigestellt, welche spezifischen Maßnahmen sie umsetzen und welche Prioritäten sie setzen wollten. Die Autoren fanden in der Folge in allen Interventionsgemeinden signifikante Reduktionen bei Trunkenheitsfahrten, alkoholassoziierter Körperverletzung und Alkoholverkauf an Minderjährige im Vergleich mit den Kontrollgemeinden (Holder et al., 1997). Gleichzeitig hatte die Strategie Auswirkungen auf die selbstberichteten Trinkmuster: In einer Bevölkerungsbefragung sank die Anzahl der pro Anlass konsumierten Getränke um 6%; Rauschtrinken sowie Trunkenheitsfahrten wurden im Vergleich mit der Kontrollgruppe 49% bzw. 51% weniger berichtet (Holder et al., 2000b).

Auch die von Wagenaar, Murray & Toomey (2000) durchgeführte Evaluation des Projekts *Communities Mobilizing for Change on Alcohol* zeigte, dass auf Gemeindebasis ausgewählte und umgesetzte Präventionsmaßnahmen sehr effektiv sind, um den Alkoholkonsum Minderjähriger einzudämmen. Neben einer signifikanten Verringerung des Alkoholverkaufs an jugendliche Testkäufer (in Gaststätten um 10%, im Einzelhandel um 4,5%) fanden sie in Befragungen in der Postinterventionsphase weniger selbstberichtetes Trinken Minderjähriger. Gleichzeitig sanken im Vergleich mit der Kontrollgruppe die polizeilich dokumentierten Fälle ordnungswidrigen Verhaltens bei den 15-17-Jährigen signifikant, und auch die Trunkenheitsfahrten gingen zurück (Wagenaar et al., 2000).

Sowohl *Community Trials Project* als auch *Communities Mobilizing for Change on Alcohol* waren grundsätzlich kooperativ und freiwillig angelegt, beinhalteten jedoch auf Initiative der Gemeinden hin auch Elemente der Strafverfolgung. Im Gegensatz dazu sind die im Folgenden vorgestellten australischen Projekte *Surfers Safety Action Project* und der *Geelong Liquor Accord* lediglich Vereinbarungen zur Selbstverpflichtung, die jedoch nicht polizeilich durchgesetzt werden können.

Der australische Ferienort Surfers Paradise setzte 1993 mit dem „Surfers Paradise Safety Action Project“ eine Kooperation von Gaststätten, Gemeinde und Polizei um. Das Projekt umfasste eine Selbstverpflichtung der ortsansässigen Wirte, von risikobehafteten Verkaufspraktiken (z. B. Niedrigpreise) abzusehen und gleichzeitig das Bedienungs- und Sicherheitspersonal zu „responsible serving“ und konfliktreduzierendem Umgang mit dem Gast zu schulen. Darüber hinaus wurden die

Gastwirte angehalten, eigene Hausregeln¹⁰ zur Vermeidung von Rauschtrinken und unerwünschtem Verhalten zu etablieren. Die Einhaltung der Selbstverpflichtung wurde von einem Evaluationsteam überwacht, das auch regelmäßig Feedback gab und Abweichler öffentlich bekannt machte. Innerhalb eines halben Jahres führte diese Maßnahme zu deutlichen Verbesserungen der jeweiligen Hausregeln und zu einer Halbierung der von Beobachtern dokumentierten gewalttätigen Vorfälle in den Gaststätten (Homel et al. 1997). Trotz der anfänglich guten Ergebnisse stiegen im Folgejahr der Intervention die tätlichen Angriffe in Gaststätten wieder stark an. Die Autoren führen dies auf die nicht ausreichend etablierte Kooperation zwischen Gaststättenbetreibern, Polizei- und Lizenzbehörden zurück, die für eine langfristige Wirksamkeit dauerhaft hätte sein müssen (Homel et al., 1997).

In Geelong (New South Wales) wurde 1991 der erste so genannte „Liquor Accord“¹¹ als Forum der Zusammenarbeit von Polizei, Gaststättenbetreibern und städtischen Vertretern vereinbart. Die Kooperation besteht bis heute, und auf ihr Betreiben wurden inzwischen mehr als 25 Interventions- und Präventionsmaßnahmen umgesetzt, darunter die Einrichtung von Überwachungskameras und eines Funknetzwerks zwischen Betrieben im nächtlichen Vergnügungsbezirk, die Einführung von ID-Scannern zur Identifizierung gefälschter Ausweise sowie befristete Phasen verstärkter Polizeipräsenz und/oder verdeckter Gaststättenkontrollen. 2008 startete die Alkoholindustrie, unabhängig von den Maßnahmen des Liquor Accord, eine zusätzliche Medienkampagne, die zum „vernünftigen Trinken“ aufrief (Miller et al., 2012a). In Geelong zeigte sich über die gesamte Projektlaufzeit ein Anstieg der polizeilich dokumentierten tätlichen Angriffe und alkoholbedingten Verletzungen in der Notaufnahme, der in der Folge der Kampagne zum „vernünftigen Trinken“ noch signifikant höher ausfiel. Befragte Polizeibeamte geben jedoch an, dass die Gewaltdelikte im innerstädtischen Unterhaltungsbezirk stark zurückgegangen seien. Gleichzeitig stiegen durch die bessere Überwachung die Aufklärungsraten alkoholkorrelierter Gewaltdelikte (Miller et al., 2012a).

Miller et al. (2012b) verglichen die Maßnahmen und Umsetzungsbedingungen mit einem Präventionspaket, das in der vergleichbaren Stadt Newcastle umgesetzt wurde. Während in Geelong die Aktivitäten eher repressiv auf die Kontrolle von Problemkonsumenten und –wirten sowie die Handhabung gewalttätiger Vorfälle ausgerichtet waren, zielten die Maßnahmen in Newcastle präventiv auf eine Reduktion des Alkoholkonsums. Dies beinhaltete eine Sperrstunde um 03:30 sowie eine Begrenzung der zulässigen Alkoholmenge pro Getränk und eine Maximalabgabe von vier Getränken pro Gast und Abend. In der Folge wurden in Newcastle durch Beobachter weniger stark betrunkene Gäste gezählt, und auch die polizeilich dokumentierten tätlichen Angriffe und alkoholassozierten Verletzungen in der Notaufnahme gingen stark zurück. Die Autoren führen die sehr unterschiedlichen Ergebnisse in Newcastle und Geelong auf zwei entscheidende Faktoren zurück: Zum einen bestand in Geelong, im Gegensatz zu Newcastle, keine systematische Strategie zur Eindämmung des Alkoholkonsums, obwohl die Reduktion des Alkoholkonsums sich regelmäßig als besonders effektive Maßnahme zur Vermeidung alkoholkorrelierter Gewalt erwiesen hat. Zum anderen waren die Maßnahmen in Geelong lediglich Selbstverpflichtungen eines Teils der Gastwirte, die nicht von allen Wirten eingehalten wurden und die auch nicht polizeilich durchsetzbar waren. Die Autoren schließen, dass freiwillige Systeme wie in Geelong die Fortführung schlechter Schankpraxen erlauben und gleichzeitig gerade besonders verantwortungsbewusste Wirte mit Einnahmeeinbußen konfrontieren. Verpflichtende Regelungen für alle Betreiber bieten dagegen den

¹⁰ „House Policy“ meint in den besprochenen Studien sowohl die strategische Geschäftspolitik als auch die daran angelehnten und ausgehängten Hausregeln.

¹¹ Vergleichbar mit deutschen Sicherheits- bzw. Ordnungspartnerschaften

Gaststättenbetreibern ein verlässliches Tätigkeitsumfeld, sofern Regelungen nicht kurzfristig eingeführt werden und genug Zeit für die Umsetzung bleibt (Miller et al., 2012b).

Auch Hauritz et al. (1998) betonen die generelle Notwendigkeit verbindlicher Regelungen, die die Befolgung betriebswirtschaftlich sinnvoll machen und Verstöße nicht durch größeren Umsatz belohnen. Gleichzeitig regen sie an, Vertreter des Gaststättengewerbes als Partner mit grundsätzlich ähnlichen Interessen zu begreifen und sie als verantwortungsvolle Wirte zu behandeln, um auf ein Selbstbild analog des „ehrbaren Kaufmanns“ hinzuwirken.

Die Bildung eines kommunalen Forums zur Alkoholprävention ist generell mit Schwierigkeiten verbunden. Beteiligte (und zur Beteiligung Abgeordnete) müssen in nicht geringem Umfang Zeit und Ressourcen investieren für ein Ziel, dass bei den meisten nicht auf eigene Initiative in den Vordergrund getreten ist. Mitarbeitswilligkeit und Kooperationsbereitschaft sind daher in der Regel anfangs begrenzt (Mistral et al. 2007). Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, messen Mistral et al. (2007) nicht nur der Auswahl der zu beteiligenden Organisationen große Bedeutung zu, sondern auch den Eigenschaften der die Organisationen repräsentierenden Partner. Ein guter Partner ist demnach auf der persönlichen Ebene enthusiastisch und positiv und vereint auf der professionellen Ebene eine vernünftige Balance von Erfahrung, Entscheidungskompetenz und verfügbarer Zeit. Leitende Mitarbeiter sind eher ungeeignet, da sie zwar über Erfahrung und Entscheidungskompetenz verfügen, aber nicht über genug Zeit. Innerhalb der Zusammenarbeit müssen die verschiedenen Blickwinkel und Prioritäten offen diskutiert werden, um eine gemeinsame Basis zu finden. Diese Basis ist nach Mistral und Kollegen entscheidend, um eine respektvolle, gleichberechtigte und flexible Partnerschaft zu entwickeln, die für die Beteiligten auch einen subjektiven Mehrwert darstellt und die dauerhafte gemeinsame Arbeit sicherstellt.

Erfolgreiche Interventionen auf Gemeindebasis zeichnen sich regelmäßig durch die gleichen Faktoren aus. Homel et al. (1997) nennen a) eine starke, direktive Führung in der Anfangsphase, b) die Mobilisierung kommunaler Gruppen und Vereine, die sich gegen Gewalt und Ordnungswidrigkeiten engagieren, c) die Implementation interdisziplinärer Ansätze unter Beteiligung von Gastwirten, lokaler Regierung, Polizei- und Gesundheitsbehörden und anderer Akteure, d) die Einführung von Sicherheitsaudits, um die Bevölkerung einzubeziehen und lokale Risiken zu identifizieren, e) eine Berücksichtigung des Managements von Gaststätten, insbesondere derer mit jüngerer Kundschaft, f) die „Umerziehung“ von Gästen bezüglich ihrer Ansprüche als Kunden „qualitativ hochwertiger Gastlichkeit“, und g) die Aufmerksamkeit auf situative Faktoren (z. B. Schankpraktiken), die Trunkenheit und gewalttätige Konfrontationen fördern (S. 43).

5. Zusammenfassung

Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und insbesondere Gewaltdelikten sind in Studien vielfältig belegt und zugleich komplex. Gewalttäter stehen häufig unter Alkoholeinfluss; starke Trinker sind häufiger in Gewaltvorfällen verwickelt; an Orten, an denen viel Alkohol konsumiert wird, kommt es häufiger zu Gewalt (vgl. Rossow & Bye, 2013). Jenseits dieses Miteinandereinhergehens von Alkoholkonsum und Gewalt bedürfen Fragen der Kausalität und des dem Alkoholkonsum zurechenbaren Anteils am Zustandekommen von gewaltsamen Handlungen im Detail weiterer Forschung.

Bislang in Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Prävention alkoholbedingter Schäden richten sich vorrangig an die individuelle Verhaltensprävention durch Aufklärung von Kindern und Jugendlichen. Die Fokussierung auf sehr junge Menschen ist international nur insoweit üblich, als Maßnahmen das Verbot der Alkoholabgabe an Kinder und Jugendliche betreffen. Der weit überwiegende Teil der international praktizierten Alkoholprävention richtet sich an alle Altersgruppen, insoweit sie Alkohol konsumieren. Dabei ist Gewaltvermeidung in aller Regel nicht das alleinige und häufig auch nicht das dominierende Ziel. Gewaltdelikte werden als eine problematische Folge des Alkoholkonsums unter vielen betrachtet. Daneben liegen Schwerpunkte auf Verkehrsunfällen, häuslicher Gewalt sowie Krankheits- und Sterblichkeitsraten. Da der (exzessive) Alkoholkonsum mit diesen und vielen weiteren gesellschaftlichen Problemlagen in Verbindung gebracht wird, richten sich Präventionsbemühungen in erster Linie auf eine Reduktion des Gesamt- und Risikokonsums in der Allgemeinbevölkerung. Dieser wird in der Regel nicht alleine auf der individuellen Ebene in den Blick genommen; stattdessen adressieren präventive Maßnahmen auch die Orte und Strukturen, in denen Alkohol tatsächlich konsumiert wird (vgl. z. B. Babor et al., 2005).

Im Hinblick auf Maßnahmen, die zur Reduktion von Alkoholkonsum bzw. zur Vermeidung und Verringerung möglicher Folgewirkungen und Begleiterscheinungen unternommen werden, ist die Befundlage häufig uneindeutig. Hierin kommt nicht nur der allgemeine und immer wieder beklagte Mangel an Evaluation von Maßnahmen zum Ausdruck, sondern auch vielfältige damit verbundene methodische Herausforderungen. Die Anforderungen an Wirkungsevaluationen (insbesondere Vorher-Nachher-Messung, Kontrollgruppe ohne entsprechende Maßnahme, Randomisierung) lassen sich in der sozialen Realität außerhalb des Labors vielfach nur eingeschränkt erfüllen. Die in einschlägigen Studien einbezogenen Risikofaktoren für Gewaltvorfälle (man vergleiche etwa nur den auf den Bereich der Gewalt in Intimbeziehungen fokussierten Review von Capaldi, Knoble, Shortt & Kim, 2012) sind so vielgestaltig, dass sie in Wirkungsevaluationen meist nur bedingt kontrolliert werden können. Mit Blick auf die Outcome-Variablen liegen – soweit es um Fragen der Gewalt- und Kriminalitätsreduktion geht – in der Regel lediglich Helfelddaten vor, die sensibel gegenüber Änderungen von Kontrollpraxis und Anzeigeverhalten sind.

Aus dieser komplexen Befundlage ergibt sich, dass die Effekte einzelner alkoholpräventiver Maßnahmen bislang vielfach nicht mit abschließender Gewissheit beurteilt und prognostiziert werden können. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Die unter 6. genannten Empfehlungen für die kommunale Politik stellen somit Maßnahmen dar, die in der Vergangenheit in einem überwiegenden Teil der Studien positive Effekte gezeigt haben und dies wahrscheinlich in den meisten Anwendungsbezügen wieder tun werden.

5.1. Alkoholpräventive Maßnahmen: Überblick

5.1.1. Verfügbarkeitsreduzierende Maßnahmen

Die Einschränkung der Verfügbarkeit alkoholischer Getränke wird in nahezu allen internationalen Studien als die wirksamste Maßnahme zur bevölkerungsweiten Reduktion des Alkoholkonsums und alkoholbedingter Schäden betrachtet (vgl. z. B. Babor et al., 2005; WHO, 2009; National Drug Research Institute, 2007). Dabei kann die Verfügbarkeit von Alkohol zeitlich, räumlich, wirtschaftlich und demografisch eingeschränkt werden.

Die effizienteste Einschränkung betrifft die wirtschaftliche Verfügbarkeit, d. h. die Endverkaufspreise. Diese können zunächst über die Anhebung bzw. Einführung von Verbrauchsteuern oder die Einführung eines Mindestverkaufspreises pro Gramm Reinalkohol beeinflusst werden, zu einem geringeren Maße auch über das Verbot bzw. den freiwilligen Verzicht auf Niedrigpreise wie z. B. Happy Hours oder Aktionsangebote in Supermärkten.

Zeitliche Einschränkungen der Alkoholverfügbarkeit können über die Regulierung von Öffnungs- und Verkaufszeiten in Einzelhandel und Gastronomie erreicht werden. Obwohl grundsätzlich angenommen und in der Mehrzahl der Studien belegt wird, dass längere Öffnungszeiten mit mehr Alkoholkonsum und in der Folge auch mit mehr alkoholbedingten Gewaltvorfällen einhergehen, fanden einige Studien keine Veränderungen, und einige bringen rigide Sperrstundenregelungen auch mit mehr Gewaltdelikten in Verbindung (vgl. z. B. Babor et al., 2005). Eine moderate Sperrzeitregelung (z. B. 04:00 Uhr an Wochenenden) dürfte insbesondere Risikokonsumanten beeinflussen und gelegentlich beobachtete negative Effekte ausschließen.

Räumliche Einschränkungen betreffen die Dichte von Alkoholverkaufsstellen in Einzelhandel und Gastronomie. Der Zusammenhang von räumlicher Dichte der Verkaufsstellen und Gewaltvorkommnissen ist für den internationalen Bereich gut belegt. In Deutschland, wo Alkoholausschank und –verkauf nahezu ubiquitär sind, mangelt es an entsprechenden Daten. Einschlägige Befunde stammen überwiegend aus Ländern, in denen – wie etwa in skandinavischen Staaten oder in den USA und Kanada – einschlägige Vertriebs- und Lizenzierungssysteme deutlich stärker reglementiert sind als hierzulande. Während die Hintergründe der Zusammenhänge noch weiterer Studien bedürfen, besteht weitgehend Konsens, dass eine höhere Verkaufsstellendichte mit mehr registrierten Gewaltdelikten einhergeht (vgl. z. B. Toomey et al., 2012; Norström, 2000). Die Dichte von Verkaufsstellen ist auf der einen Seite über das gezielte Management von Gaststättenlizenzen langfristig zu beeinflussen. Kurzfristig kann die räumliche Dichte zu Schwerpunktzeiten (z. B. Wochenendnächte) durch zeitlich befristete Beschränkungen des Alkoholverkaufs im Einzelhandel entzerrt werden.

Die demografische Verfügbarkeit wird bestimmt durch gesetzliche Vorgaben darüber, wer Alkohol erwerben und konsumieren darf. In Deutschland wird durch § 9 JuSchG geregelt, dass an unter-16-Jährige keine Alkoholika und an unter-18-Jährige keine branntweinhaltigen Getränke verkauft werden dürfen. § 20 II GastG verbietet darüber hinaus den Ausschank an Betrunkene. Die internationale Forschung billigt entsprechenden Normen grundsätzlich eine hohe Effektivität zu, sofern ihre Einhaltung gewährleistet ist. Da dies in Deutschland momentan nicht immer der Fall ist, sollten vermehrt Kontrollen durchgeführt werden und zusätzlich Bußgelder so hoch angesetzt werden, dass sie den wirtschaftlichen Nutzen der Gesetzesübertretung ausgleichen.

5.1.2. Maßnahmen in Gaststätten

Ein nennenswerter Anteil aller Gewaltdelikte findet in Gaststätten und in deren direktem Umfeld statt. So geben Graham et al. (2002) als Ergebnis einer kanadischen Bevölkerungsbefragung an, dass sich 30% der berichteten Gewaltdelikte innerhalb oder in der Nähe von Gaststätten ereignet haben. Insbesondere in nächtlichen Unterhaltungsbezirken häufen sich Gewaltdelikte und Ordnungsstörungen überproportional (Grubestic & Pridemore, 2011). Interventionen im Gaststätten- und Diskothekenbereich haben sich daher zu einem populären Instrument entwickelt. Dies betrifft insbesondere Schulungen des Gaststättenpersonals zur Einhaltung von Verkaufsbeschränkungen (Minderjährige / Betrunkene), zum Umgang mit aggressiven Gästen und zur Vermittlung einer nicht-permissiven Atmosphäre (in Bezug auf Übertretung sozialer Normen, wie z. B. ungezügelter oder ausfallendes Verhalten). Außerdem können Interventionen im Managementbereich zur Etablierung adäquater Hausregeln eingesetzt werden, z. B. in Form des Verzichts auf Niedrigpreisangebote wie Happy Hours oder der Verfügbarkeit von Wasser und Speisen. Interventionen dieser Art können Gewaltvorfälle und Ordnungswidrigkeiten in einem gewissen Maß reduzieren, sofern sie nicht alleine auf freiwilligen Selbstverpflichtungen basieren und um polizeiliche bzw. ordnungsbehördliche Kontrollmaßnahmen ergänzt werden (vgl. z. B. Stockwell, 2001; Brennan et al., 2011).

Die physikalisch-räumliche Ausgestaltung von Gaststätten spielt neben der Zusammensetzung des Publikums und dem Verhalten von Management und Personal für das Auftreten von Gewaltdelikten eine Rolle. Gewaltdelikte ereignen sich nicht über alle Gaststätten verteilt gleich häufig, sondern treten zumeist stark gehäuft an wenigen Hot Spots auf. Diese zeichnen sich in der Regel durch ein jüngeres, männliches Publikum, eine permissive Haltung der Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter und unangenehme (z. B. laut, stickig) bzw. konfrontationsinduzierende (z. B. überfüllt, unpassende Innenraumgestaltung) Umweltbedingungen aus. Interventionen in diesem Bereich sind bislang nicht in ausreichendem Maße evaluiert, werden aber von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für erfolgversprechend erachtet (vgl. z. B. Quigley et al., 2003; Macintyre & Homel, 1997).

Da Gaststättenbetreiber von (auch exzessivem) Alkoholkonsum profitieren, sollten sie in diesem Sinne auch für eine Reduzierung alkoholassoziierter Folgen Verantwortung übernehmen. In Betracht kommt eine allgemeine (Selbst-) Verpflichtung zur Einhaltung gewisser Standards (Personalschulungen, Verzicht auf Happy Hours, Prüfung bzw. Veränderung der Raumbedingungen), die allerdings rechtsverbindlich sein und kontrolliert werden muss, um wirtschaftliche Vorteile der Nichtbeachtung auszugleichen (vgl. z. B. Jugendamt Nürnberg, 2009). Alternativ können, in Verbindung mit Sperrzeiten, Sondergenehmigungen zur längeren Öffnung an die Einhaltung dieser Standards geknüpft werden (vgl. z. B. Doherty & Roche, 2003).

5.1.3. Polizeiliche Maßnahmen

Polizeiliche Maßnahmen sind für die Durchsetzung geltenden Rechts zentral; ohne polizeiliche Kontrollen werden z. B. die Verkaufsverbote an Jugendliche und Betrunkene häufig übertreten. Die Prävention alkoholassoziierter Gewalt und Ordnungswidrigkeiten kann jedoch nicht allein durch Sicherheits- und Ordnungsbehörden erfolgen. Polizeiliche Präventionsmaßnahmen haben nur in den seltensten Fällen unabhängig von gemeindebasierten Präventionsbemühungen stattgefunden und sind daher als Einzelmaßnahme nicht ausreichend evaluiert. Als Unterstützung für gemeindebasierte Präventionsmaßnahmen sind eine erhöhte Polizeipräsenz und gezielte Kontrollen in Risikolokalen eingesetzt worden und haben sich bewährt.

Dabei bleibt zu beachten, dass polizeiliche Maßnahmen häufig direkte Auswirkungen auf die Anzeigehäufigkeit haben, die eine Erhöhung der Deliktzahlen suggerieren können (vgl. Burns et al., 1995). Für eine Wirkungsevaluation polizeilicher Maßnahmen empfiehlt es sich daher, auch auf Dunkelfelddaten bzw. Outcome-Daten aus anderen professionellen und institutionellen Kontexten, wie z. B. Behandlungshäufigkeiten in medizinischen Einrichtungen, zurückzugreifen (vgl. Warburton & Shepherd, 2006).

5.1.4. Gemeindebasierte kooperative Präventionsmaßnahmen

Die deutlichsten Effekte zur Prävention alkoholbedingter Gewalt und Ordnungswidrigkeiten zeigen – dies wiederum primär vor dem Hintergrund internationaler Befunde - mehrdimensionale kooperative Präventionsmaßnahmen auf Gemeindeebene, die verfügbarkeitseinschränkende Maßnahmen gemeinsam mit lokalen Akteuren (insb. der Gastwirtschaft) planen, umsetzen und kontrollieren sowie weitere lokal spezifische Problemlagen identifizieren und Lösungsansätze entwickeln. Kommunale Alkoholpolitik kann auf soziale, wirtschaftliche und physikalisch-räumliche Strukturen einwirken und neue Vorgehensweisen etablieren. Dies kann die Priorisierung bestimmter polizeilicher Maßnahmen betreffen wie die verstärkte Durchsetzung des Verkaufsverbots an Minderjährige, aber auch die Kontrolle der räumlichen Lage und Dichte von Alkoholverkaufsstellen oder die Sicherstellung von „responsible service“-Trainings für Gaststättenmitarbeiter. Entscheidend ist dabei das Zusammenbringen der in der Gemeinde engagierten Akteure in einem partnerschaftlichen Kontext, um auch einen Sinneswandel auf Gemeindeebene zu erzielen (Holder et al., 2000). Insbesondere das schwedische STAD Projekt (Wallin et al., 2003), eine Partnerschaft von Polizei, Lizenzbehörden, Gesundheitsbehörden, Kommune und Gastronomie, erzielte starke positive Effekte. Der Langzeiterfolg des Projekts wird auf seine nachhaltige Ausrichtung, die partnerschaftliche Herangehensweise, andauernde Medienbegleitung und fortlaufende Evaluation zurückgeführt (Graham & Homel, 2008).

5.1.5. Alkoholverbotzonen

Alkoholverbotzonen sind in den letzten Jahren in vielen Städten weltweit eingeführt worden. Allerdings wurden sie bislang nur in geringem Maße wissenschaftlich begleitet und evaluiert; es liegen lediglich vereinzelte Berichte vor, deren methodische Einschränkungen (z.B. Fehlen von Vergleichsdaten vor der Einführung einer Verbotszone) die Möglichkeiten der Beurteilung dieses Maßnahmentypus im Hinblick auf seine präventiven Wirkungen substantiell einschränken. Pennay & Room (2012) analysieren in einem Review von 16 verfügbaren Berichten (zu 13 verschiedenen Verbotszonen in Australien, Neuseeland und Großbritannien) das verfügbare Material. Sie finden als meistvertretenes Thema Verdrängungseffekte und Marginalisierungen in Bezug auf Jugendliche und soziale Minderheiten (z. B. Obdachlose, Straßenszene) dergestalt, dass der Alkoholkonsum an weniger überwachte und gesicherte Orte verlegt wird, sowie in vielen Fällen ein höheres Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. An drei von 13 Orten berichteten Anwohner, Polizei und lokale Ladeninhaber ästhetische Verbesserungen (weniger sichtbare Trinker, Müll und Glas). Die erkennbaren Veränderungen der Prävalenz von Gewaltvorfällen sind hingegen inkonsistent: in einigen Gemeinden kam es zu weniger Gewaltdelikten nach der Einführung von Konsumverböten, in einigen zu keinen Veränderungen, und für drei Gemeinden werden nach der Einführung von Alkoholverbotzonen sogar mehr Gewaltdelikte berichtet, die zum Teil auf die neuen Trinkorte der Verdrängten und Konflikte mit anderen marginalisierten Gruppen zurückgeführt werden können (Pennay & Room, 2012). Insgesamt weisen die noch sehr eingeschränkten Erkenntnisse zu Alkoholverbotzonen darauf hin, dass - sofern überhaupt positive Effekten konstatiert werden können

– in Bezug auf Störungen der öffentlichen Ordnung, noch mehr aber in Bezug auf Gewaltdelikte mit in ihrem Ausmaß und ihrer räumlichen Erstreckung begrenzten Wirkungen zu rechnen ist; Einzelberichte lassen etwas größere Effekte bei Unterstützung durch intensive polizeiliche Kontrollmaßnahmen erwarten. Tendenziell wirken alkoholfreie Zonen eher gegen sozial unerwünschtes legales Verhalten als gegen Gewaltkriminalität. Obwohl die Akzeptanz insbesondere in der älteren Bevölkerung tendenziell gut ist (Pennay & Room, 2012), sprechen kritische Stimmen von undemokratischen Eingriffen in den öffentlichen Raum und gelegentlich von als willkürlich empfundenen polizeilichen Maßnahmen.

5.1.6. Aufklärung und erzieherische Maßnahmen

In Deutschland werden Präventionsbemühungen bislang ganz überwiegend über aufklärende bzw. erzieherische Maßnahmen betrieben, die sich zumeist an Kinder und Jugendliche richten. Aufgrund wenig belastbarer Evaluationsdaten ist die Effektivität dieser Maßnahmen zur Reduktion von Alkoholmissbrauch und/oder gewalttätigem Verhalten für den überwiegenden Teil der umgesetzten Programme nicht hinreichend belegt (vgl. z. B. Babor et al., 2005). Immerhin konnten für das Programm *Aktion Glasklar*, das sich an Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren richtet und auch deren erwachsene Bezugspersonen einbezieht, positive Effekte in Bezug auf Wissen über alkoholbedingte Gefährdungen sowie für selbstberichtetes "binge-drinking" gefunden werden (Morgenstern, Wiborg, Isensee & Hanewinkel, 2009). Die besten Evaluationsbefunde auch für Deutschland weist derzeit das Programm *Unplugged* zur Suchtprävention im Unterricht auf, das sich insbesondere in Bezug auf Alkohol- und Cannabiskonsum als wirksam erwiesen hat; bei Tabak sind die gemessenen Effekte schwächer (vgl. Faggiano, Richardson, Bohrn, Galanti & EU-Dap Study Group, 2007; Faggiano et al., 2008; 2010). An Befunden zu etwaigen gewaltreduzierenden Effekten solcher Programme fehlt es. Alkoholaufklärung im Kindes- und Jugendalter ist zweifellos wichtig; die Konzentration eines Großteils der verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen auf ein insgesamt noch nicht ausreichend evaluiertes Instrumentarium erscheint allerdings wenig zielführend.

5.2. Effektivität alkoholpräventiver Maßnahmen im Vergleich

Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Babor et al., 2005, National Drug Research Institute, 2007) und politische Gremien (WHO, 2009; DHS, 2008) haben in jüngerer Zeit im Rahmen von Handlungsempfehlungen die Effektivität verschiedener alkoholpräventiver Maßnahmen beurteilt und verglichen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die jeweiligen Einschätzungen. Dabei ist zu beachten, dass die Belastung durch Gewaltkriminalität nur einen Teil der Wirksamkeitsbeurteilung ausmacht; daneben werden weitere Faktoren wie z. B. Krankheitsbelastung, Mortalität und Verkehrsunfallzahlen einbezogen.

Tabelle 1: Übersicht zur Beurteilung der Effektivität alkoholpräventiver Maßnahmen durch verschiedene Forschergruppen und Institutionen				
(Legende: ++: Beurteilung als hoch wirksam; +: Beurteilung als wirksam; 0: Beurteilung als nicht wirksam; ---: nicht aufgeführt)				
Maßnahme	Babor et al. (2005)	WHO (2009)	NDRI (2007)	DHS (2008)
Einschränkung der Verfügbarkeit				
Beschränkung der Verkaufsstellendichte	++	++	++	empfohlen
Einschränkung der Öffnungszeiten	++	++	++	empfohlen
Gesetzliches Mindestalter (polizeilich durchgesetzt)	++	++	++	empfohlen
Alkoholsteuern /Preispolitik	++	++	++	empfohlen
Lokale Konsumverbote	---	---	0	empfohlen
Veränderung der Trinksituation in Gaststätten				
Kein Ausschank an Betrunkene (durchgesetzt)	+	+	+	empfohlen
RBS ¹² -Trainings für Gaststättenpersonal (verbindlich und kontrolliert)	+	---	+	Teils empfohlen
Freiwillige Regeln	0	---	0	---

¹² „Responsible Beverage Service“ meint verantwortungsvolle Gaststättenpraxis (z. B. kein Ausschank an Minderjährige / Betrunkene, Umgang mit Aggressionen etc.)

Strafverfolgung zu Einhaltung gesetzl. Bestimmungen	++	+	++	empfohlen
Gemeindemobilisierung (verbindlich und kontrolliert)	++	+	++	---
Erziehung und Überzeugung				
Schulische Alkoholerziehungsprogramme	0	0	---	empfohlen
Öffentliche Empfehlungen zu Konsummengen	0	---	---	---
Werbeverbot	+	+	---	empfohlen
Behandlung und Frühintervention				
Kurzintervention für Hochrisikokonsumenten	++	++	---	empfohlen
Behandlung von Alkoholproblemen	+	++	---	empfohlen

6. Maßnahmenempfehlungen

Die Aufarbeitung der internationalen Forschungsliteratur stellt eindrücklich dar, dass erfolgreiche Maßnahmen zur Prävention alkoholassoziierter oder –bedingter Gewaltvorkommnisse letztlich kaum denkbar sind, wenn sie nicht zentral auf den Konsum und die Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken abzielen. Diese außer Acht zu lassen und erst an Folge- und Begleiterecheinungen übermäßigen Alkoholkonsums anzusetzen, impliziert das Risiko hohen Kontrollaufwandes bei geringer Wirkung und noch geringerer Nachhaltigkeit. Zudem sind entsprechende Maßnahmen in der Regel nur mit begrenzter Genauigkeit auf die eigentliche Zielgruppe der übermäßig Konsumierenden und potenziell Gewalttätigen auszurichten.

6.1. Ebene des Bundes

Die effektivsten alkoholpolitischen Maßnahmen zur Reduktion der Verfügbarkeit fallen in Deutschland in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Auf dieser Ebene empfiehlt sich die Entwicklung eines umfassenden alkoholpolitischen Programms in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der EU / WHO, das auf die deutliche Reduktion des Alkoholkonsums in der Gesamtbevölkerung abzielt. Von deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern übergreifend gestellte Kernforderungen (vgl. etwa Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, 2013) sind

- die Anpassung der Verbrauchsteuern auf Alkohol an die Realpreisentwicklung, Einführung einer Verbrauchsteuer auf Wein und
- die Anhebung des Mindestalters für den Alkoholkonsum auf 18 Jahre für alle alkoholischen Getränke.

6.2. Ebene des Landes und der Kommunen

Das Land als gesetzgebende Instanz kann über Gesetze, Verordnungen und Sondervorschriften im Rahmen des Gaststätten- und Ladenschlussgesetzes Einfluss auf die zeitliche und räumliche Verfügbarkeit von Alkohol nehmen. So hat etwa Baden-Württemberg 2010 das *Gesetz zur Abwehr alkoholbeeinflusster Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während der Nachtzeit und zum Schutz vor alkoholbedingten Gesundheitsgefahren (Alkoholverkaufsverbotsgesetz)* erlassen, um u. a. den nächtlichen Alkoholverkauf an Tankstellen zu unterbinden (vgl. LT-Drs. 15/3666) und damit die räumliche Verfügbarkeit von Alkohol in der Nacht reduziert. Zudem kann das Land den Einsatz erprobter Präventionsprogramme im schulischen Bereich organisieren, kommunale Präventionsmaßnahmen unterstützen und diesbezügliche Empfehlungen aussprechen.

Die Kommune als alltägliches Lebensumfeld ist der zentrale Ort für die Prävention von Verhalten, das sich im Alltagskontext abspielt. Bei der Prävention alkoholbedingter Folgen handelt es sich um ein komplexes Aufgabenfeld, das nicht allein auf strafrechtlicher, polizeilicher oder justizieller Ebene zu bewältigen ist. Erfolgreiche kommunale Prävention kann vielmehr nur vernetzt erfolgen. Auf kommunaler Ebene bietet sich die Erarbeitung und Umsetzung alkoholpräventiver Maßnahmen in erster Linie auf der Basis einer interdisziplinären Arbeitsgruppe als Kooperations- und Austauschforum lokaler Stakeholder (Gemeinde, Ordnungsbehörden, Gastronomie, Anwohner, Bildungswesen etc.) an. Dieses Vorgehen ermöglicht eine Identifizierung lokaler Problemlagen und Hindernisse sowie eine umfassende Zusammenarbeit, die sich in vielen Studien (vgl. etwa Holder, 2000) als hilfreich für die Kooperationsbereitschaft und Nachhaltigkeit erwiesen haben.

Vernetzte Prävention profitiert von einer soliden lokalen Datengrundlage. Idealerweise bezieht sie sowohl polizeiliche Erkenntnisse als auch das Dunkelfeld ein, das etwa durch Bürgerbefragungen erhellt werden kann, wie sie im Konzept der Kriminologischen Regionalanalyse vorgesehen sind (vgl. dazu u.a. Becker-Oehm, 2010; Hunsicker, 2006; Oevermann, Rolfes, Hunsicker, Wellmann, Zimmerer & Voges, 2008; Rüther, 2005; Wälter & Pannenbäcker, 1997).

Im Folgenden werden Maßnahmen skizziert, die aus der Analyse der – überwiegend internationalen – Forschungsliteratur als zielführend betrachtet werden können.

- **Aufbau bzw. Fortführung von interdisziplinären Arbeitsgruppen zur Erarbeitung lokal angepasster Mehrebenenansatzes zur Alkoholprävention:** Hinsichtlich der Problematik alkoholkorrelierten sozialschädlichen Verhaltens kann eine wirksame Gestaltung von Maßnahmen nicht bei einem einzelnen Akteur, etwa der Kommune oder der Polizei, liegen (vgl. etwa Fleming, 2008). Das Thema bedarf der interdisziplinären Zusammenarbeit, die am besten in lokalen Bündnissen oder Arbeitsgruppen realisiert werden kann (vgl. auch Bellis & Hughes, 2008). Ein solcher Ansatz fußt auf der Einbindung der wesentlichen lokalen Akteure, zu denen neben den Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden vor allem die kommunale Verwaltung, Gastronomie und Einzelhandel, Professionen und Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungswesens, der Bereich der Stadtplanung, Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs und Akteure aus dem Bereich der Jugendarbeit /Jugendsozialarbeit gehören. Die von einer solchen Arbeitsgruppe zu entwickelnden Konzepte sollten auf einer Analyse lokaler Problemlagen fußen. Als anzustrebende Ergebnisse einer solchen Arbeitsgruppe lassen sich aus der vorhandenen Literatur u.a. ableiten:
 - rechtsverbindliche Selbstverpflichtungen der Gastwirte zur Einhaltung der Bestimmungen von JuSchg und GastG, zum Verzicht auf konsumfördernde Niedrigpreise, zu Personalschulungen und zur präventiven Anpassung der baulich-räumlichen Gegebenheiten;
 - Selbstverpflichtung der Stadt / Polizei (zusätzliche Kontrollen der Einhaltung der Vereinbarung, Unterstützung durch Polizeipräsenz, kooperative Zusammenarbeit, Unterstützung bei Problemlösung);
 - Entwicklung / Optimierung des nächtlichen ÖPNV (bzw. Taxibetreiber).

Die nachfolgend genannten Maßnahmen können zum Teil im Rahmen lokaler interdisziplinärer Arbeitsgruppe umgesetzt werden.

- **Entwicklung stadtplanerischer Konzepte zur Entwicklung und Beschränkung von nächtlichen Unterhaltungs- und Ausgehbezirken:** Die Literatur zeigt, dass Probleme in Zusammenhang mit Alkoholkonsum sich nicht auf Zonen der „nighttime economy“ beschränken, dort aber in besonderem Maße auftreten können. Insofern stellt die planerische Entwicklung von „Ausgehzeiten“, von Bereichen der Kommune, in denen gastronomische Betriebe sich häufen, eine Herausforderung und einen Ansatz zur Prävention von mit Alkoholkonsum in Verbindung stehenden Problemen dar.
- **Beschränkungen der räumlichen und zeitlichen Verfügbarkeit von Möglichkeiten des Alkoholerwerbs:** Die internationale Literatur macht recht deutlich, dass die räumliche und zeitliche Verfügbarkeit der Alltagsdroge Alkohol einen wesentlicher Faktor für die Entstehung oder Verhinderung alkoholkorrelierter Problemlagen im öffentlichen Raum darstellt. Hier bieten sich Einflussmöglichkeiten über die Beschränkung der Erteilung von Lizenzen für neue Gaststätten. Der weit verbreitete Alkoholverkauf an Tankstellen lässt sich – mindestens unter dem

Gesichtspunkt des mehr als fragwürdigen Charakters alkoholischer Getränke als „Reisebedarf“ – jedenfalls als diskussionsbedürftig betrachten. Zeitliche Beschränkungen können neben der Gastronomie auch den Bereich des Einzelhandels erreichen. Vor dem Hintergrund vorliegender Erkenntnisse empfehlen sich zeitliche Limitierungen des Alkoholverkaufs im Einzelhandel und die Beibehaltung bzw. Einführung moderater Sperrzeiten in der Gastronomie (z. B. 04:00 Uhr an Wochenenden).

Als zu erprobender Ansatz kristallisieren sich aus der Literatur zudem auch gestaffelte Schließzeiten für Gastronomiebetriebe heraus, um in Ausgehbezirken mit einer hohen Dichte an Gaststätten das geballte Zusammentreffen von (alkoholisierten) Gästen zur Schließzeit zu verringern und ggfs. verbleibende Konsumenten in besonders reglementierte Lokale umzuleiten. Eine solche zeitliche Staffelung könnte etwa über ein System aus Kernschließzeiten und „Spätgenehmigungen“ für einen Teil der Gaststätten erfolgen. Lokale, denen eine Genehmigung jenseits der Kernzeit erteilt wird, dürften in der Vergangenheit nicht durch Häufungen von Gewaltvorkommnissen in Erscheinung getreten sein. Zudem könnte eine entsprechende Erlaubnis auch an eine Verpflichtung von Gaststätten auf potenziell gewaltreduzierende Hausregeln (Personalschulungen, Verzicht auf Niedrigpreise, Beseitigung räumlicher/physischer Risikofaktoren) geknüpft werden.

- **Kontrollen der Einhaltung von JuSchG und GastG:** Polizei und kommunale Behörden (Ordnungsamt, Jugendamt) können über eine Kontrolle von Jugendschutzbestimmungen und gaststättenrechtlichen Normen zur Reduktion alkoholkorrelierter Problemlagen beitragen. Dies betrifft Kontrolle und Prävention des Alkoholausschanks und des Alkoholverkaufs an Minderjährige. Hier können etwa Testkäufe ein Instrument der Kontrolle wie der Prävention sein. Die öffentliche Ankündigung der Maßnahme als solcher (natürlich nicht konkreter Orte oder Termine) kann geeignet sein, die Compliance zu erhöhen. Über diese Aspekte des Jugendschutzes hinaus bietet auch der gaststättenrechtlich untersagte Ausschank an erkennbar betrunkene Personen Ansatzpunkte für präventives Handeln. Als Sanktionen stehen Bußgelder ebenso im Raum wie Entzug oder Beschränkung von Lizenzen.

Insgesamt hat die Literaturanalyse deutlich gemacht, dass jene Probleme, die lokal mit Alkoholkonsum in Verbindung gebracht werden, weder allein mit polizeilichen Mitteln noch ausschließlich auf kommunaler Ebene mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden können. Lokal bedarf es der professionen- und institutionenübergreifenden Zusammenarbeit, welche selbstverständlich die Polizeibehörden einschließt, sich aber nicht auf diese beschränkt. Darüber hinaus sind die nur in beschränktem Maße auf kommunaler Ebene steuerbaren Rahmenbedingungen von Alkoholkonsum in Deutschland in Betracht zu ziehen, zu denen monetäre / steuerliche Aspekte ebenso gehören wie etwa die Reglementierung der zeitlichen Verfügbarkeit von Alkohol im Einzelhandel.

Literatur

Abbey A. (2011). Alcohol's role in sexual violence perpetration: Theoretical explanations, existing evidence and future directions. *Drug and Alcohol Review*, 30 (5), 481-489.

Abe, M. (1998). Measuring consumer, nonlinear brand choice response to price. *Journal of Retailing*, 74(4), 541–68.

Adams, M. & Effertz, T. (2010). Effective prevention against risky underage drinking - the need for higher excise taxes on alcoholic beverages in Germany. *Alcohol and Alcoholism*, 45 (4), 387-394.

AG Suchtprävention (2008). *Empfehlung des Drogen- und Suchtrates an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung für ein Nationales Aktionsprogramm zur Alkoholprävention*. Drogen- und Suchtrat der Bundesregierung, verfügbar unter http://2010.nuechtern-betrachtet.de/2010Doc/Alkohol_Aktionsplan.pdf [08.10.2013].

Albrecht, F. & Hatz, A. (2012). Die Dosis macht das Gift! (Polizei-)Rechtliche und kriminologische Aspekte der Alkoholverbote im öffentlichen Raum. *Zeitschrift für Verwaltungsrecht Online* 13, verfügbar unter <http://www.zvr-online.com/index.php?id=100> [12.10.2013].

Alcohol advisory Council of New Zealand (2007). *Strengthening community action on alcohol*. Verfügbar unter http://m.alcohol.org.nz/sites/default/files/useruploads/Resourcepdfs/SCAoA_Chp6.pdf [06.11.2013].

Anderson, E. (1999). *Code of the street: Decency, violence, and the moral life of the inner city*. New York: Norton.

Anderson, P. (2012). *Wake-up call for Europe's drinking problem*. In J. Rehm, K. D. Shield, M. X. Rehm, G. Gmel & U. Frick (Eds.), *Alcohol consumption, alcohol dependence and attributable burden of disease in Europe. Potential gains from effective interventions for alcohol dependence* (pp. 8-10). Toronto: Centre for Addiction and Mental Health.

Anderson, P. & Baumberg, B. (2006). *Alcohol in Europe*. London: Institute of Alcohol Studies.

Anderson, P., Møller, L. & Galea, G. (Eds.) (2012). *Alcohol in the European Union: Consumption, harm and policy approaches*. Copenhagen: World Health Organization Regional Office for Europe.

Andreuccetti, G., de Carvalho, H.B., de Carvalho Ponce, J., de Carvalho, D.G., Kahn, T., Muñoz, D.R. & Leyton, V. (2009). Alcohol consumption in homicide victims in the city of São Paulo. *Addiction*, 104 (12), 1998-2006.

Appleton, J. (2009). *Robbed by the police: Alcohol confiscation and the hyperregulation of public space*. London: Manifesto Club.

Babor, T., Mendelson, J.H., Greenberg, I. & Kuehnle, J. (1978). Experimental Analysis of the "Happy Hour": Effects of purchase price on alcohol consumption. *Psychopharmacology* 58, 35-41.

Babor, T., Caetano, R., Casswell, S., Edwards, G., Giesbrecht, N., Graham, K., Grube, J., Gruenwald, P., Hill, L., Holder, H., Homel, R., Osterberg, E., Rehm, J., Room, R. & Rossow, I. (2005). *Alkohol – Kein gewöhnliches Konsumgut: Forschung und Alkoholpolitik*. Göttingen: Hogrefe.

Bachman, R. & Peralta, R. (2002). Relationship between drinking and violence in an adolescent population: Does gender matter? *Deviant Behavior*, 23 (1), 1-19.

Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J. & Rabold, S. (2009). *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN* (KFN-Forschungsbericht Nr. 107). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S., Simonson, J. & Kappes, C. (2010). *Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum: Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN* (KFN-Forschungsbericht Nr. 109). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Baier, D. & Pfeiffer, C. (2011). *Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin* (KFN-Forschungsbericht Nr. 114). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Bandura, A. (1977). *Social learning theory*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.

Banerjee, J., Squires, J. & Parkinson, T. (2010). *Public perceptions of alcohol pricing: market research report*. London, UK: Home Office.

Barnett, O. W., & Fagan, R. W. (1993). Alcohol use in male spouse abusers and their female partners. *Journal of Family Violence*, 8(1), 1-25.

Beck, A. & Heinz, A. (2013). Alcohol-related aggression—social and neurobiological factors. *Deutsches Ärzteblatt international*, 110 (42), 711–5.

Becker-Oehm, S. (2010). *Die Kriminologische Regionalanalyse: notwendige Ausgangsbasis für die kommunale Kriminalprävention?* Bochum: Brockmeyer.

Bellis, M.A., Hughes, K. & Anderson, Z. (2005). *An introduction to youth violence, alcohol and nightlife*. Liverpool, UK: Centre for Public Health, Liverpool John Moores University.

Bellis, M.A. & Hughes, K. (2008). Comprehensive strategies to prevent alcohol-related violence. *IPC Review*, 2, 137–168.

Bellis, M.A. & Hughes, K. (2011). Getting drunk safely? Night-life policy in the UK and its public health consequences. *Drug and Alcohol Review*, 30 (5), 536-545.

Bellis, M.A., Leckenby, N., Hughes, K., Luke, C., Wyke, S. & Quigg, Z. (2012). Nighttime assaults: using a national emergency department monitoring system to predict occurrence, target prevention and plan services. *BMC Public Health*. 2012 Sep 6;12:746. doi: 10.1186/1471-2458-12-746.

Berliner Verein für Integration e. V. (o.J.). *Interessenbekundung zur Durchführung des Projektes KAfKA*. Verfügbar unter <http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=10&cad=rja&ved=0CIMBEBYwCQ&url=http%3A%2F%2Fwww.kommunale-suchtpraevention.de%2Fnode%2F223%2Fdownload%2F3199&ei=C6s9UpPiOoWo0QWstYDgCw&usg=AFQjCNGzmjrew0fDOTNaB2tybRibanRq5A&sig2=rjoNHb5f6ljNO6qeaWrY4Q&bvm=bv.52434380,d.d2k> [20.09.2013].

Berner, M. & Wahl, S. (2008). *Freiburger StreetTalk. Ergebnisse einer Befragung in der Freiburger Innenstadt zu Alkoholkonsum und Gewalterleben*. Freiburg: Stadt Freiburg im Breisgau.

Best, D., Manning, V., Gossop, M., Gross, S. & Strang, J. (2006). Excessive drinking and other problem behaviours among 14-16 year old schoolchildren. *Addictive Behaviors*, 31 (8), 1424-1435.

Bhattacharya, J., Gathmann, C. & Miller, G. (2012). *The Gorbachev anti-alcohol campaign and Russia's mortality crisis* (NBER Working Paper No. 18589). Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.

Bieler, S. & Roman, J. (2013). *Addressing violence and disorder around alcohol outlets*. Washington D.C.: The Urban Institute Press. Verfügbar unter <http://www.urban.org/publications/412735.html> [12.07.2013].

Bijoux, D. (2005). *Liquor bans in New Zealand*. Wellington: Alcohol Advisory Council of New Zealand.

Bloomfield, K., Rossow, I. & Norström, T. (2009). Changes in alcohol-related harm after alcohol policy changes in Denmark. *European Addiction Research*, 15 (4), 224-231.

Boden, J.M., Fergusson, D.M. & Horwood, L.J. (2013). Alcohol misuse and criminal offending: findings from a 30-year longitudinal study. *Drug and Alcohol Dependence*, 128 (1-2), 30-36.

Boles, S. & Miotto, K. (2003). Substance abuse and violence: A review of literature. *Aggression and Violent Behavior*, 8, 155-174.

Bolier, L., Voorham, L., Monshouwer, K., van Hasselt, N. & Bellis, M. (2011). Alcohol and drug prevention in nightlife settings: A review of experimental studies. *Substance Use and Misuse*, 46 (13), 1569-1591.

Booth, A., Meier, P., Stockwell, T., Sutton, A., Wilkinson, A., Wong, A., Brennan, A., O'Reilly, D., Purshouse, R., Taylor, K. (2008). *Independent review of the effects of alcohol pricing and promotion: Part A: Systematic Reviews*. Sheffield: University of Sheffield.

Booth, A., Meier, P., Shapland, J., Wong, R. & Paisley, S. (2010). *Alcohol pricing and criminal harm: a rapid evidence assessment of the published research literature*. London, UK: Home Office.

Brand, D.A., Saisana, M., Rynn, L.A., Pennoni, F., & Lowenfels, A.B. (2007). Comparative analysis of alcohol control policies in 30 countries. *PLoS Medicine*, 4(4), e151.

Brennan, I., Moore, S.C., Byrne, E. & Murphy, S. (2011). Interventions for disorder and severe intoxication in and around licensed premises, 1989-2009. *Addiction*, 106 (4), 706-713.

Briscoe, S. & Donnelly, N. (2001). *Assaults on licensed premises in inner-urban areas*. Canberra, Australia: National Drug Research Institute.

Briscoe, S. & Donnelly, N. (2003). Problematic licensed premises for assault in inner Sydney, Newcastle and Wollongong. *Australian & New Zealand Journal of Criminology*, 36 (1), 18-33.

Bryant, M. & Williams, P. (2000). Alcohol- and other drug-related violence and non-reporting. Australian Institute of Criminology: *Trends and Issues in Crime and Criminal Justice*, 171. Verfügbar

unter http://tle.tafevc.com.au/toolbox/file/1ad00920-17d7-9fd8-7cef-6b2434e1d587/1/toolbox_701_c3_task22616.zip/docs/abuse_aod1.pdf [06.11.2013].

Bühler, A. (2013). *Stellungnahme zum HTA Bericht „Föderale Strukturen der Prävention von Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen“, Addendum 112a, zur Beurteilung der Wirksamkeit der Alkoholprävention in Deutschland*. München: IFT.

Bullock, K., Erol, R. & Tilley, N. (2006). *Problem-oriented policing and partnerships – Implementing an evidence-based approach to crime reduction*. Devon: Willan Publishing.

Bundesministerium des Innern (2013). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 - IMK-Bericht*. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2005). *Entwicklung des Alkoholkonsums bei Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der Konsumgewohnheiten von Alkopops*. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2011). *Der Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2010. Kurzbericht zu Ergebnissen einer aktuellen Repräsentativbefragung und Trends*. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Burns, L., Flaherty, B., Ireland, S. & Francess, M. (1995). Policing pubs: What happens to crime? *Drug and Alcohol Review*, 14, 369–375.

Bushman, B.J. (1997). Effects of alcohol on human aggression: Validity of proposed explanations. *Recent Developments in Alcoholism*, 13, 227-243.

Bushman, B.J. & Cooper, H.M. (1990). The effects of alcohol on human aggression: An integrative research review. *Psychological Bulletin*, 107, 341-354.

Bushman, B. J., Giancola, P. R., Parrott, D. J. & Roth, R. M. (2012). Failure to consider future consequences increases the effects of alcohol on aggression. *Journal of Experimental Social Psychology*, 48(2), 591-595.

Bye E.K. (2007). Alcohol and violence: use of possible confounders in a time-series analysis. *Addiction*, 102 (3), 369-76.

Bye, E.K. (2008). Alcohol and homicide in Eastern Europe: A time series analysis of six countries. *Homicide Studies*, 12 (1), 7-27.

Bye, E.K. & Rossow, I. (2010). The impact of drinking pattern on alcohol-related violence among adolescents: An international comparative analysis. *Drug and Alcohol Review*, 29 (2), 131-137.

Byrne, D. (2002). Foreword. In Österberg, E. & Karlsson, T. (Hrsg.). *Alcohol policies in EU member states and Norway. A collection of country reports*. 13-14.

Calafat, A., Bellis, M.A., Fernández Del Rio, E., Juan, M., Hughes, K., Morleo, M., Becoña, E., Duch, M., Stamos, A. & Mendes, F. (2013). Nightlife, verbal and physical violence among young European holidaymakers: what are the triggers?. *Public Health*, 127(10), 908-915.

Calafat, A., Blay, N.T., Hughes, K., Bellis, M., Juan, M., Duch, M. & Kokkevi, A. (2011). Nightlife young risk behaviours in Mediterranean versus other European cities: are stereotypes true? *European Journal of Public Health*, 21 (3), 311–315.

Campbell, C. A., Hahn, R. A., Elder, R., Brewer, R., Chattopadhyay, S., Fielding, J., Naimi, T.S., Toomey, T., Lawrence, B., Middleton, J.C. & Task Force on Community Preventive Services (2009). The effectiveness of limiting alcohol outlet density as a means of reducing excessive alcohol consumption and alcohol-related harms. *American Journal of Preventive Medicine*, 37(6), 556-569.

Capaldi, D.M., Knoble, N.B., Shortt, J.W. & Kim, H.K. (2012). A systematic review of risk factors for intimate partner violence. *Partner Abuse*, 3 (2), 231–280.

Carter, P.M., Walton, M.A., Newton, M.F., Clery, M., Whiteside, L.K., Zimmerman, MA. & Cunningham, R.M. (2013). Firearm possession among adolescents presenting to an urban emergency department for assault. *Pediatrics*, 132 (2), 213-221.

Center on Alcohol Marketing and Youth (2011). Regulating alcohol outlet density: an action guide. Verfügbar unter http://www.camy.org/action/Outlet_Density/index.html [10.07.2013].

Chaloupka, F.J., Grossman, M. & Saffer, H. (2002). The effects of price on alcohol consumption and alcohol-related problems. *Alcohol Research and Health*, 26 (1), 22-34.

Cheng, T.L., Haynie, D., Brenner, R., Wright, J.L., Chung, S.E. & Simons-Morton, B. (2008). Effectiveness of a mentor-implemented, violence prevention intervention for assault-injured youths presenting to the emergency department: results of a randomized trial. *Pediatrics*, 122 (5), 938-946.

Cherpitel, C. J. (2007). Alcohol and injuries: a review of international emergency room studies since 1995. *Drug and Alcohol Review*, 26(2), 201-214.

Chikritzhs, T. & Stockwell, T. (2002). The impact of later trading hours for Australian Public Houses (Hotels) on Levels of Violence. *Journal of Alcohol Studies*, 63, 591–599.

Chikritzhs, T. N.& Stockwell, T.R. (2006). The impact of later trading hours for hotels on levels of impaired driver road crashes and driver breath alcohol levels. *Addiction* 101 (9): 1254-1264.

Christie, J., Fisher, D., Kozup, J.C., Smith, S., Burton, S., Creyer, E.H. (2001). The effects of bar-sponsored alcohol beverage promotions across binge and nonbinge drinkers. *Journal of Public Policy and Marketing*, 20 (1), 240-253.

Clements, K. & Schumacher, J.A. (2010). Perceptual biases in social cognition as potential moderators of the relationship between alcohol and intimate partner violence: A review. *Aggression and Violent Behavior*, 15 (5), 357-368.

Conway, K. (2002). Booze and beach bans: Turning the tide through community action in New Zealand. *Health Promotion International*, 17 (2), 171-177.

Cooley-Strickland, M., Quille, T.J., Griffin, R.S., Stuart, E.A., Bradshaw, C.P. & Furr-Holden, D. (2009). Community violence and youth: Affect, behavior, substance use, and academics. *Clinical Child and Family Psychology Review*, 12 (2), 127–156.

- Corbin, W., Bernat, J., Calhoun, K., McNair, L. & Seals, K. (2001). The role of alcohol expectancies and alcohol consumption among sexually victimized and nonvictimized college women. *Journal of Interpersonal Violence*, 16 (4), 297-311.
- Corso, P.S., Mercy, J.A., Simon, T.R., Finkelstein, E.A. & Miller, T.R. (2007). Medical costs and productivity losses due to interpersonal and self-directed violence in the United States. *American Journal of Preventive Medicine*, 32, 474-482.
- Cunradi, C. B., Caetano, R., & Schafer, J. (2002). Alcohol-related problems, drug use, and male intimate partner violence severity among US couples. *Alcoholism: Clinical and Experimental Research*, 26(4), 493-500.
- Cunradi, C.B. (2010). Neighborhoods, alcohol outlets and intimate partner violence: addressing research gaps in explanatory mechanisms. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 7, 799-813.
- Cunradi, C.B., Mair, C., Ponicki, W. & Remer, L. (2011). Alcohol outlets, neighborhood characteristics, and intimate partner violence: Ecological analysis of a California city. *Journal of Urban Health: Bulletin of the New York Academy of Medicine*, 88, 191-200.
- Cunradi, C.B., Mair, C., Ponicki, W. & Remer, L. (2012a). Alcohol outlet density and intimate partner violence-related emergency department visits. *Alcoholism, Clinical and Experimental Research*, 36, 847-853.
- Cunradi, C.B., Mair, C., Todd, M. & Remer, L. (2012b). Drinking context and intimate partner violence: Evidence from the California Community Health Study of Couples. *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 73 (5), 731-739.
- Darke, S. (2010). The toxicology of homicide offenders and victims: A review. *Drug and Alcohol Review*, 29 (2), 202-215.
- Dawson, D.A. (1997). Alcohol, drugs, fighting and suicide attempt/ideation. *Addiction Research*, 5 (6), 451-472.
- Dayton Police (o.J.). *Safer bars for a safer community*. Verfügbar unter <http://www.popcenter.org/library/awards/goldstein/2011/11-52.pdf> [22.08.2013].
- DeKeseredy, W.S., Schwartz, M.D., Alvi, S. & Tomaszewski, E.A. (2003). Crime victimization, alcohol consumption, and drug use in Canadian public housing. *Journal of Criminal Justice*, 31, 383- 396.
- Delewski, C., & Saltz, R. F. (1990). Community action approach to server intervention in two California counties. *Contemporary Drug Problems*, 17, 345- 368.
- Dembo, R., Williams, L., Getreu, A., Berry, E., Genung, L., Schmeidler, J., Wish, E.D. & Kern, J. (1991). A longitudinal study of the relationships among marijuana/hashish use, cocaine use, and delinquency in a cohort of high risk youths. *Journal of Drug Issues*, 21, 271-312.
- Derbyshire Constabulary (2002). Peaks and Dales Safer Pubs and Clubs. Submission for the Tilley Award for Problem-Oriented Policing. Verfügbar unter <http://www.popcenter.org/Library/awards/Tilley/2002/02-15.pdf> [01.08.2013].

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (2008). Aktionsplan Alkohol der DHS 2008. Hamm: DHS.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (2009). Alkoholprävention in den Städten und Gemeinden. *DStGB-Dokumentation*, 91.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2013). *Alkoholprävention im öffentlichen Raum. Dokumentation des 6. Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.

Dixon, J., Levine, M. & McAuley, R. (2006). *Locating impropriety: Street drinking, moral order and the ideological dilemma of public space*. Lancaster, UK: Lancaster University.

Dobroschke, J. (2011). *We say party! They say Sperrstunde!* München: Bayerischer Rundfunk / Puls. Verfügbar unter <http://www.br.de/puls/themen/welt/sperrstunden-in-bayern-we-say-party-they-say-sperrstunde-100.html> [18.09.2013].

Doherty, S. & Roche, A. (2003). *Alcohol and licensed premises: Best practice in policing*. Adelaide: Australasian Centre for Policing Research.

Donnelly, N., Poynton, S., Weatherburn, D., Bamford, E. & Nottage, J. (2006). Liquor outlet concentrations and alcohol-related neighbourhood problems. *Alcohol Studies Bulletin*, 8, 1–16.

Downs, W. R., Miller, B. A. & Panek, D. D. (1993). Differential patterns of partner-to-woman violence: A comparison of samples of community, alcohol-abusing, and battered women. *Journal of Family Violence*, 8 (2), 113-135.

Drogenbeauftragte der Bundesregierung (2012). *Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik*. Berlin.

Duailibi, S., Ponicki, W., Grube, J., Pinsky, I., Laranjeira, R. & Raw, M. (2007). The effect of restricting opening hours on alcohol-related violence. *American Journal of Public Health*, 97 (12), 2276-2280.

Durose M., Harlow C., Langan P., Motivans, M., Rantala R. & Smith E. (2005). *Family violence statistics: including statistics on strangers and acquaintances*. Washington, DC: U.S. Bureau of Justice Statistics.

Edwards, G., Anderson, P., Babor, T.F., Casswell, S., Ferrence, R., Giesbrecht, N., Godfrey, C., Holder, H.D., Lemmens, P.H., Mäkelä, K., Midanik, L.T., Norström, T., Österberg, E., Romelsjö, A., Room, R., Simpura, J. & Skog, O.-J. (1994). *Alcohol policy and the public good*. New York: Oxford University Press.

Egg, R. (2013). Delikte unter Alkoholeinfluss. In Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.), *Jahrbuch Sucht 2013* (S. 155-168). Lengerich: Pabst.

Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin (o.J.). *Einhaltung des „Apfelsaftgesetzes“ im Bundesland Berlin*. Berlin: Fachstelle für Suchtprävention. Verfügbar unter http://www.praevention-na-klar.de/upload/pdf/090112_Apfelsaftgesetz.pdf [20.09.2013].

Fagan, J. (1990). Intoxication and aggression. In M. Tonry & J.Q. Wilson (Eds.), *Crime and justice* (Vol. 13, pp. 241-320). Chicago, IL: University of Chicago Press.

Faggiano, F., Richardson, C., Bohrn, K., Galanti, M.R. & EU-Dap Study Group (2007). A cluster randomized controlled trial of school-based prevention of tobacco, alcohol and drug use: The EU-Dap design and study population. *Preventive Medicine*, 44 (2), 170-173.

Faggiano, F., Galanti, M.R., Bohrn, K., Burkhart, G., Vigna-Taglianti, F., Cuomo, L., Fabiani, L., Panella, M., Perez, T., Siliquini, R., van der Kreeft, P., Vassara, M., Wiborg, G. & EU-Dap Study Group (2008). The effectiveness of a school-based substance abuse prevention program: EU-Dap cluster randomised controlled trial. *Preventive Medicine*, 47 (5), 537–543.

Faggiano, F., Vigna-Taglianti, F., Burkhart, G., Bohrn, K., Cuomo, L., Gregori, D., Panella, M., Scatigna, M., Siliquini, R., Varona, L., van der Kreeft, P., Vassara, M., Wiborg, G., Galanti, M.R. & EU-Dap Study Group. (2010). The effectiveness of a school-based substance abuse prevention program: 18-month follow-up of the EU-Dap cluster randomized controlled trial. *Drug and Alcohol Dependence*, 108 (1-2), 56-64.

Farrington D.P. (1995). The development of offending and antisocial behaviour from childhood: key findings from the Cambridge Study in Delinquent Development. *Journal of Child Psychology and Psychiatry and Allied Disciplines*, 36, 929–964.

Faulkner, L., Parsons, W., Huey, S., Jones, C., Seiboldt, S. & Gudorf, S. (2011). Safer Bars for a Safer Community. Dayton, Ohio: Dayton Police. Verfügbar unter <http://www.popcenter.org/library/awards/goldstein/2011/11-52.pdf> [22.08.2013]

Felson, M. (1987). Routine activities and crime prevention in the developing metropolis. *Criminology*, 25, 911-932.

Felson, R.B. & Staff, J. (2010). The effects of alcohol intoxication on violent versus other offending. *Criminal Justice and Behavior*, 37 (12), 1343-1360.

Felson, R.B., Savolainen, J., Bjarnason, T., Anderson, A.L. & Zohra, I.T. (2011). The cultural context of adolescent drinking and violence in 30 European countries. *Criminology*, 49, 699-728.

Fergusson, D.M. & Horwood, L.J. (2000). Alcohol abuse and crime: a fixed-effects regression analysis. *Addiction*, 95 (10), 1525-1536.

Flanzer, J.P. (2005). Alcohol and other drugs are key causal agents of violence. In D.R. Loseke, R.J. Gelles & M.M. Cavanaugh (Hrsg.). *Current controversies on family violence*. Thousand Oaks, CA: Sage. 171-181.

Fleming, J. (2008). *Rules of engagement: Policing anti-social behaviour and alcohol-related violence in and around licensed premises*. Sydney: NSW Bureau of Crime Statistics and Research.

Foran, H.M. & O'Leary, K.D. (2008). Alcohol and intimate partner violence: A meta-analytic review. *Clinical Psychology Review*, 38, 1222–1234.

Forster, J. L., McGovern, P., Wagenaar, A. C., Wolfson, M., Perry, C. L., & Anstine, P. S. (1994). The ability of young people to purchase alcohol without age identification in northeastern Minnesota, USA. *Addiction*, 89(6), 699-705.

Galvani, S. (2004). Grasping the nettle: alcohol and domestic violence. *Alcohol Concern's Quarterly Information and Research Bulletin*, 42.

Gaertner, B., Meyer, C., John U. & Freyer-Adam, J. (2013). Alkohol – Zahlen und Fakten zum Konsum. In Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.). *Jahrbuch Sucht 2013*. Hamm: DHS.

Gelles & M.M. Cavanaugh (Eds.), *Current controversies on family violence* (S. 163-173). Thousand Oaks, CA: Sage.

Felson, R. B., Teasdale, B., & Burchfield, K. B. (2008). The Influence of Being under the Influence Alcohol Effects on Adolescent Violence. *Journal of research in crime and delinquency*, 45(2), 119-141.

Finger, T. (2006). Die offenen Szenen der Städte. *Gefahrenabwehr, kommunal-und straßenrechtliche Maßnahmen zur Wahrung eines integren öffentlichen Raumes*. Berlin: Duncker & Humblot.

Flatley, J., Kershaw, C., Smith, K., Chaplin, R. & Moon, D. (2010). *Crime in England and Wales 2009/10*. London, UK: Home Office. Verfügbar unter https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/116347/hosb1210.pdf [01.09.2013].

Fleming, J. (2008). *Rules of engagement: Policing anti-social behaviour and alcohol-related violence in and around licensed premises*. Sydney: NSW Bureau of Crime Statistics and Research.

Forsyth, A.J.M. & Davidson, N. (2009). Community off-sales provision and the presence of alcohol-related detritus in residential neighbourhoods. *Health & Place* 16, 349–358

Forsyth, A.J.M, Khan, F. & McKinlay, W. (2010). The use of off-trade glass as a weapon in violent assaults by young offenders. *Crime Prevention and Community Safety*, 12 (4), 233-245.

Forsyth, A.J.M. & Lennox, J.C. (2010). Gender differences in the choreography of alcohol-related violence: An observational study of aggression within licensed premises. *Journal of Substance Use*, 15 (2), 75-88.

Franklin, F.A., LaVeist, T.A., Webster, D.W. & Pan, W.K. (2010). Alcohol outlets and violent crime in Washington D.C., *PMC*, 11 (3), 283-290.

Freisthler, B., Gruenewald, P. J., Treno, A. J., & Lee, J. (2003). Evaluating alcohol access and the alcohol environment in neighborhood areas. *Alcoholism: clinical and experimental research*, 27(3), 477-484.

Furr-Holden, C.D.M., Smart, M.J., Pokorni, J.P., Ialongo, N.S., Holder, H. & Anthony, J.C. (2008). The NifETy method for environmental assessment of neighborhood-level indicators of alcohol and other drug exposure. *Prevention Science*, 9 (4), 245–255.

Gaertner, B., Meyer, C., John, U. & Freyer-Adam, J. (2013). Alkohol - Zahlen und Fakten zum Konsum. In Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.), *Jahrbuch Sucht 2013* (S. 36-66). Lengerich: Pabst.

Gelles, R.J. & Cavanaugh, M.M. (2005). Association is not causation: alcohol and other drugs do not cause violence. In D.R. Loseke, R.J. Gelles & M.M. Cavanaugh (Eds.), *Current controversies on family violence* (S. 175-189). Thousand Oaks, CA: Sage.

Giancola, P.R. (2002). Alcohol-related aggression in men and women: the influence of dispositional aggressivity. *Journal of Studies on Alcohol*, 63 (6), 696-708.

Giesbrecht, N., & Greenfield, T. K. (2003). Preventing alcohol-related problems in the US through policy: media campaigns, regulatory approaches and environmental interventions. *Journal of Primary Prevention*, 24(1), 63-104.

Gilchrist, E., Johnson, R., Takriti, R., Beech, A., Kebbell, M. & Weston, S. (2003). *Domestic violence offenders: Characteristics and offending related needs*. London, UK: Home Office.

Gillespie, G.L., Gates, D.M., Miller, M. & Howard, P.K. (2010). Workplace violence in healthcare settings: Risk factors and protective strategies. *Rehabilitation Nursing*, 35 (5), 177-184.

Gmel, G. & Rehm, J. (2003). Harmful alcohol use. *Alcohol Research and Health*, 27, 52-62.

Goergen, T., Taefi, A., Kraus, B. & Wagner, D. (2013). *Jugendkriminalität und Jugendgewalt. Empirische Befunde und Perspektiven für die Prävention*. Verfügbar unter http://www.youprev.eu/pdf/YouPrev_NationalReport_DE.pdf [18.10.2013].

Görge, T., Kraus, B., Taefi, A., Beneitez, M.J.B., Christiaens, J., Meško, G., Perista, H. & Tóth, O. (2013). *Youth deviance and Youth Violence. Findings from a European study on juvenile delinquency and its prevention*. Verfügbar unter http://www.youprev.eu/pdf/YouPrev_InternationalReport.pdf [18.10.2013].

Goldstein, H. (1990). *Problem-oriented policing*. New York: McGraw-Hill.

Gorman, D. M., Speer, P. W., Labouvie, E. W., & Subaiya, A. P. (1998). Risk of assaultive violence and alcohol availability in New Jersey. *American Journal of Public Health*, 88(1), 97-100.

Gorman, D.M., Speer, P.W., Gruenewald, P.J. & Labouvie, E.W. (2001). Spatial dynamics of alcohol availability, neighbourhood structure and violent crime. *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 62, 628-636.

Graham, K., West, P. & Wells, S. (2000). Evaluating theories of alcohol-related aggression using observations of young adults in bars. *Addiction*, 95(6), 847-863.

Graham, K., Wells, S. & Jellie, J. (2002). The social context of physical aggression among adults. *Journal of Interpersonal Violence*, 17 (1), 64-83.

Graham, K., Osgood, D.W., Zibrowski, E., Purcell, J., Gliksman, L., Leonard, K., Pernanen, K., Saltz, R.F. & Toomey, T.L. (2004). The effect of the Safer Bars programme on physical aggression in bars: Results of a randomized controlled trial. *Drug and Alcohol Review*, 23 (1), 31-41.

Graham, K., Osgood D.W., Wells, S. & Stockwell, T. (2006). To what extent is intoxication associated with aggression in bars? A multilevel analysis. *Journal of Studies on Alcohol*, 67 (3), 382-390.

Graham, K. & Homel, R. (2008). *Raising the bar: Preventing aggression in and around bars, clubs and pubs*. UK: Willan Publishing.

- Graham, K., Bernards, S., Wells, S., Osgood, D.W., Abbey, A., Felson, R.B. & Saltz, R.F. (2011). Behavioural indicators of motives for barroom aggression: implications for preventing bar violence. *Drug and Alcohol Review*, 30 (5), 554-563.
- Graham, K., Bernards, S., Osgood, DW. & Wells, S. (2012). 'Hotspots' for aggression in licensed drinking venues. *Drug and Alcohol Review*, 31 (4), 377-384.
- Greenaway, A., Conway, K., Field, A., Edwards, S., Bhatta, K., Huckle, T. & Butcher, A. (2002). *Young people, alcohol and safer public spaces*. University of Auckland: Alcohol & Public Health Research Unit.
- Greenfield, L.A. & Henneberg M. (2000). *Victim and Offender Self-Reports of Alcohol Involvement in Crime*. National Institute on Alcohol Abuse and alcoholism. Verfügbar unter <http://pubs.niaaa.nih.gov/publications/arh25-1/20-31.htm> [13.07.2013].
- Greenfield, T.K., Ye, Y., Nayak, M.B., Bond, J., Kerr, W.C. & Trocki, K. (2011). Heaviest drinking locations and the most drunk there predict the likelihood of fighting and being assaulted: results from the 2000 US National Alcohol Survey. *Contemporary Drug Problems*, 38 (2), 213-236.
- Grittner, U., Gustafsson, N. K., & Bloomfield, K. (2009). Changes in alcohol consumption in Denmark after the tax reduction on spirits. *European Addiction Research*, 15(4), 216-223.
- Grossman, M., Chaloupka, F.J. & Sirtalan, I. (1998). An empirical analysis of alcohol addiction: Results from the Monitoring the Future panels. *Economic Inquiry* 36(1):39–48.
- Grube, J. (1994). Preventing sales of alcohol to minors: results from a community trial. *Addiction*, 92 (Supplement 2), S251-S260.
- Grubestic, T.H. & Pridemore, W.A. (2011). Alcohol outlets and clusters of violence. *International Journal of Health Geographics*, 10, 30.
- Gruenewald, P. J., Freisthler, B., Remer, L., LaScala, E. A. & Treno, A. (2006). Ecological models of alcohol outlets and violent assaults: Crime potentials and geospatial analysis. *Addiction*, 101, 666–677.
- Gruenewald, P. J. (2011). Regulating availability: how access to alcohol affects drinking and problems in youth and adults. *Alcohol Research and Health*, 34(2), 248.
- Gussler-Burkhardt, N.L. & Giancola, P.R. (2005). A further examination of gender differences in alcohol-related aggression. *Journal of Studies on Alcohol*, 66 (3), 413-422.
- Gustafsson, N. K. J., & Ramstedt, M. R. (2011). Changes in alcohol-related harm in Sweden after increasing alcohol import quotas and a Danish tax decrease—an interrupted time-series analysis for 2000–2007. *International Journal of Epidemiology*, 40(2), 432-440.
- Hahn, R.A., Kuzara, J.L., Elder, R., Brewer, R., Chattopadhyay, S., Fielding, J., Naimi, T.S., Toomey, T., Middleton, J.C. & Lawrence, B. (2010). Effectiveness of policies restricting hours of alcohol sales in preventing excessive alcohol consumption and related harms. *American Journal of Preventive Medicine*, 39 (6), 590-604.

Han, D. & Gorman, D.M. (2013). Evaluating the effects of the introduction of off-sale alcohol outlets on violent crime. *Alcohol and Alcoholism*, 48 (3), 370-374.

Hapke, U., v.d.Lippe, E. & Gaertner, B. (2013). Riskanter Alkoholkonsum und Rauschtrinken unter Berücksichtigung von Verletzungen und der Inanspruchnahme alkoholspezifischer medizinischer Beratung. Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). *Bundesgesundheitsblatt* 5/6, 809-813.

Hauritz, M., Homel, R., McIlwain, G., Burrows, T. and Townsley, M. (1998). Reducing violence in licensed venues through community safety action projects: The Queensland experience. *Contemporary Drug Problems*, 25, 511-551 .

Hecker, W. (2012). Die neuere Rechtsprechung zu den Themen Alkoholkonsum, Betteln, Lagern und Nächtigen im öffentlichen Raum. In S. Gilich & R. Keicher (eds.): *Bürger oder Bettler. Soziale Rechte von Menschen in Wohnungsnot im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung* (S. 121-138). Wiesbaden: VS.

Helakorpi, S., Mäkelä, P. & Uutela, A. (2010). Alcohol consumption before and after a significant reduction of alcohol prices in 2004 in Finland: Were the effects different across population subgroups? *Alcohol & Alcoholism*, 45, 286–292.

Herttua, K., Mäkelä, P., Martikainen, P. & Sirén, R. (2008). The impact of a large reduction in the price of alcohol on area differences in interpersonal violence: a natural experiment based on aggregate data. *Journal of Epidemiology and Community Health*, 62 (11), 995-1001.

Heung, C., LeMar, J. & Rempel, B. (2011). Alcohol and community-based violence: A review of evidence and control policies. *McMaster Medical Journal*, 8 (1), 29–34.

Ho, K.M., Geelhoed, E., Gope, M., Burrell, M. & Rao, S. (2012). An injury awareness education program on outcomes of juvenile justice offenders in Western Australia: an economic analysis. *BMC Health Services Research*, 12, 279.

Holder, H.D. (2000). Community prevention of alcohol problems. *Addictive Behaviors*, 25 (6), 843-859.

Holder, H. D. (2004). Community action from an international perspective. In R. Muller & H. Klingemann (Eds.), *From science to action? 100 years later -Alcohol policies revisited* (pp. 101-112). Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.

Holder, H. D., Saltz, R. F., Grube, J. W., Voas, R. B., Gruenewald, P. J., & Treno, A. J. (1997). A community prevention trial to reduce alcohol-involved accidental injury and death: Overview. *Addiction*, 92(6s1), 155–172.

Holder, H.D. & Moore, R.S. (2000). Institutionalization of community action projects to reduce alcohol-use related problems: systematic facilitators. *Substance Use & Misuse*, 35 (1-2), 75-86.

Holder, H. D., Gruenewald, P. J., Ponicki, W. R., Treno, A. J., Grube, J. W., Saltz, R. F., Voas, R.B., Reynolds, R., Davis, J., Sanchez, L., Gaumont, G. & Roeper, P. (2000). Effect of community-based interventions on high-risk drinking and alcohol-related injuries. *Journal of the American Medical Association*, 284(18), 2341–2347.

Home Office (o.J.). *Designated Public Place Order*. London, UK: Home Office. Verfügbar unter https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/183513/Guidance_on_designated_public_place_orders__DPPOs__-_for_local_authorities_in_England__and_Wales.pdf [12.09.2013]

Home Office (2001). *Byelaws on the consumption of intoxicating liquor in designated places*. Local Legislation Section. London, UK: Home Office.

Home Office (2011). *The likely impacts of increasing alcohol price: A summary review of the evidence base*. London, UK: Home Office.

Homel, R., Tomsen, S., and Thommeny, J. (1992). Public drinking and violence: Not just an alcohol problem. *The Journal of Drug Issues*, 22, 679-697.

Homel, R., & Clark, J. (1994). The prediction and prevention of violence in pubs and clubs. *Crime prevention studies*, 3, 1-46.

Homel, R., Hauritz, M., McIlwain, G., Wortley, R. and Carvolth, R. (1997). Preventing drunkenness and violence around nightclubs in a tourist resort. In R. Clark (Hrsg.). *Situational crime prevention: Successful case studies*, 263-282. Guilderland, New York: Harrow and Heston.

Homel, R., Carvolth, R., Hauritz, M., McIlwain, G., & Teague, R. (2004). Making licensed venues safer for patrons: what environmental factors should be the focus of interventions? *Drug and Alcohol Review*, 23(1), 19-29.

Hoof, J.v., Van Noordenburg, M., & De Jong, M. (2008). Happy hours and other alcohol discounts in cafés: prevalence and effects on underage adolescents. *Journal of Public Health Policy*, 29(3), 340-352.

Hope, T. (1986). Liquor licensing and crime prevention. *Home Office Research and Planning Unit Research Bulletin*, 20, 5-8.

Hope, A. & Mongan, D. (2011). A profile of self-reported alcohol-related violence in Ireland. *Contemporary Drug Problems*, 38 (2), 237-258.

Hough, M. & Hunter, G. (2008). The 2003 Licensing Act's impact on crime and disorder: an evaluation. *Criminology and Criminal Justice*, 8 (3), 239-260.

Howat, P., Sleet, D., Maycock, B. & Elder, R. (2007). Effectiveness of health promotion in preventing alcohol related harm. In D. McQueen & C. Jones (eds.), *Global perspectives on health promotion effectiveness* (S. 163-178). New York, NY: Springer.

Hughes, K., Anderson, Z., Morleo, M. & Bellis, M. A. (2008). Alcohol, nightlife and violence: The relative contributions of drinking before and during nights out to negative health and criminal justice outcomes. *Addiction*, 103 (1), 60-65.

Hughes, K., Bellis, M.A., Calafat, A., Montse, J., Schnitzer, S. & Anderson, Z. (2008) Predictors of violence in young tourists: a comparative study of British, German and Spanish holidaymakers. *European Journal of Public Health*, 18 (6), 569–574.

Hughes, K., Furness, L., Jones, L. & Bellis, M. (2010). Reducing harm in drinking environments. Evidence and practice in Europe. *Centre for Public Health, Liverpool John Moores University*. Verfügbar unter http://www.prevencionbasadaenlaevidencia.net/uploads/PDF/RP_ReducingHarm_EvidencePractice.pdf [06.11.2013].

Hughes, K., Bellis, M.A., Calafat, A., Blay, N., Kokkevi, A., Boyiadji, G., Mendes Mdo, R., Bajcàrova, L. (2011). Substance use, violence, and unintentional injury in young holidaymakers visiting Mediterranean destinations. *Journal of Travel Medicine*, 18 (2), 80-89.

Hughes K.E. & Bellis M.A. (2012). Drinking environments. In P. Anderson, L. Moller & G. Galea (Hrsg.), *Alcohol in the European Union: consumption, harm and policy approaches*. Copenhagen: World Health Organization Regional Office for Europe.

Humphreys, D.K., Eisner, M.P. & Wiebe, D.J. (2013). Evaluating the impact of flexible alcohol trading hours on violence: an interrupted time series analysis. *PLoS One*, 8 (2), Verfügbar unter <http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0055581> [04.09.13].

Hunsicker, E. (2006). Kriminologische Regionalanalysen in der Stadt Osnabrück. Plädoyer für ein unverzichtbares Instrumentarium. *Forum Kriminalprävention*, 6 (1), 9-11.

Hunt, P., Rabinovich, L. & Baumberg, B. (2010). *Preliminary analysis of the economic impacts of alcohol pricing policy in the UK*. London, UK: Home Office.

Hussong, A., Curran, P., Moffitt, T., Caspi, A. & Carrig, MM. (2004). Substance abuse hinders desistance in young adults' antisocial behaviour. *Development and Psychopathology*, 16 (4), 1029–1046.

Innes, M. (2005). *Why disorder matters? Antisocial behaviour and incivility as signals of risk*. Guildford, UK: University of Surrey.

International Center for Alcohol Policies (2011). *The ICAP Blue Book: Practical guides for alcohol policy and prevention approaches*. Verfügbar unter <http://www.icap.org/PolicyTools/ICAPBlueBook/> [06. August 2013].

Iritani, B.J., Waller, M.W., Halpern, C.T., Moracco, K.E., Christ, S.L. & Flewelling, R.L. (2013). Alcohol outlet density and young women's perpetration of violence toward male intimate partners. *Journal of Family Violence*, 28 (5), 459-470.

Ito, T.A., Miller, N. & Pollock, V. (1996). Alcohol and aggression: a meta-analysis on the moderating effects of inhibitory cues triggering events, and self-focused attention. *Psychological Bulletin*, 120 (1), 60–82.

Järvinen, M. & Room, R. (2007): *Youth drinking cultures. European experiences*. Burlington: Ashgate.

Jeffs, B.W. & Saunders, W. M. (1983). Minimizing Alcohol Related Offences by Enforcement of the Existing Licensing Regulation. *British Journal of Addiction*, 78, 67-77.

Jessor, R., Donovan, J.E. & Costa, F. (1991). *Beyond adolescence: Problem behavior and young adult development*. New York: Cambridge University Press.

Johnsen, S. & Fitzpatrick, S. (2008). The use of enforcement to combat begging and street drinking in England: A high risk strategy? *European Journal of Homelessness*, 2, 191-204.

Johnston, L. D., O'Malley, P. M., & Eveland, L. K. (1978). Drugs and delinquency: A search for causal connections. *Longitudinal research on drug use: Empirical findings and methodological issues*, 137-156.

Jugendamt Nürnberg (2009). *Alkoholprävention*. Verfügbar unter http://www.jugendamt.nuernberg.de/downloads/alkoholpraevention_tagungsunterlagen.pdf [20.09.2013].

Junger-Tas, J., Marshall, I. H. & Ribeaud, D. (2003). *Delinquency in international perspective: The International Self-reported Delinquency Study (ISRD)*. The Hague: Kugler Publications.

Kaiser, J. (2011). *Alkoholverbote und Alkoholprävention in Kassel. Kurzvortrag im Rahmen der Tagung Alkoholverbote und Alkoholprävention in Kommunen – ist kein Alkohol auch eine Lösung?* 16.02.2011, Berlin. Verfügbar unter http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Drogen_undSucht/Alkohol/Downloads/110218_Alkoholverbote_und_Akoholpraevention_Kassel_Drogenbeauftragte.pdf [20.09.2013].

Kantor, G.K. & Asdigian, N. (1997). When women are under the influence: does drinking or drug use by women provoke beatings by men? In M. Galanter (ed.), *Recent developments in alcoholism*, 13: Alcohol and violence. New York: Plenum Press.

Kaplan H.B. & Damphousse, K.R. (1995). Self-attitudes and antisocial personality as moderators of the drug-violence relationship. In H.B. Kaplan (Ed.), *Drugs, crime, and other deviant adaptations: Longitudinal studies* (pp. 187–210) New York, NY: Plenum Press.

Karlsson, T. & Österberg, E. (2002). *Alcohol policies in EU member states and Norway. A collection of country reports*. Helsinki: Stakes.

Kasten, L. & Tossmann, P. (2010). *Evaluation des „NachHaLT“-Projekts in Berlin. Ergebnisbericht*. Berlin.

Keim, C., Wahl, S., Röhrig, J. & Berner, M. (2011). *Freiburger StreetTalk II*. Freiburg i. Breisgau.

Kerner, H.J. (1997). Patterns of criminality and alcohol abuse: results of the Tuebingen Criminal Behaviour Development Study. *Criminal Behaviour and Mental Health*, 7, 401-420.

Kittel, R. (Hrsg.) (1997). *Biblia Hebraica Stuttgartensia*. Stuttgart: Deutsche Bibelgesellschaft.

Klasse 2000 e.V. (2012). *Das Unterrichtsprogramm Klasse2000: Effekte auf Substanzkonsum und Gesundheitsverhalten 3 Jahre nach Ende der Intervention*. Verfügbar unter <http://www.klasse2000.de/downloads/Laengsschnittstudie-Kurzfassung-2-Nachbefragung.pdf> [21.09.2013].

Knight, I. & Wilson, P. (1980). *Scottish licensing laws*. London, UK: Office of Population Censuses and Surveys, Social Survey Division.

Körkel, J. (2012). „Wir tun-was?“ Eine kritische Analyse des Programms „Hart am Limit“(HaLT). *Suchttherapie*, 13(01), 25-32.

Konnopka, A., & König, H. H. (2007). Direct and indirect costs attributable to alcohol consumption in Germany. *Pharmacoeconomics*, 25(7), 605-618.

Korczak, D. (2012). *Föderale Strukturen der Prävention von Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen*. Köln: DIMDI. Verfügbar unter http://portal.dimdi.de/de/hta/hta_berichte/hta344_bericht_de.pdf [13.11.2013].

Kraus, L. (2012). *Epidemiologie und Monitoring des problematischen Alkoholkonsums*. Präsentation beim Internationalen Kolloquium Auf dem Weg zum nationalen Aktionsplan Alkohol, 29.02.2012, Luxembourg.

Kraus, L., Kümmeler, P., Jünger, S., Karlsson, T. & Österberg, E. (2002). Germany. In T. Karlsson & E. Österberg. (Hrsg.), *Alcohol policies in EU member states and Norway. A collection of country reports* (pp. 189-216). Helsinki: Stakes.

Kraus, L., Bloomfield, K., Bühringer, G., Demmel, R., John, U., Mann, K., Rist, F., Rumpf, H.-J. & Seitz, H.K. (2005). Alkoholpolitische Maßnahmen in Deutschland - Wirklichkeit und Möglichkeiten. In T. Babor, R. Caetano, S. Casswell, G. Edwards, N. Giesbrecht, K. Graham, J. Grube, P. Gruenewald, L. Hill, H. Holder, R. Homel, E. Osterberg, J. Rehm, R. Room & I. Rossow (Hrsg.), *Alkohol - Kein gewöhnliches Konsumgut. Forschung und Alkoholpolitik* (S. 297-312). Göttingen: Hogrefe.

Kraus, L., Müller, S., & Pabst, A. (2008). Alkoholpolitik. *Suchttherapie*, 9(3), 103.

Kraus, L., Pabst, A. & Steiner, S. (2008). *Die Europäische Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen (ESPAD): Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse in Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Thüringen*. IFT-Berichte Bd. 165. München: IFT Institut für Therapieforschung.

Kraus, L. & Pabst, A. (2010). Epidemiologischer Suchtsurvey 2009: Repräsentativerhebung zum Gebrauch und Missbrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Deutschland. *Sucht*, 56 (5), 315-326.

Kraus, L., Pabst, A. & Piontek, D. (2011). *Europäische Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen 2011 (ESPAD): Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse in Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen*. München: IFT Institut für Therapieforschung.

Kraus, L., Piontek, D., Pabst, A. & Bühringer, G. (2011). Alkoholkonsum und alkoholbezogene Mortalität, Morbidität, soziale Probleme und Folgekosten in Deutschland. *Sucht*, 57 (2), 119-129.

Kraus, L., & Piontek, D. (2012). Der Mythos Alkopops oder das notwendige Scheitern einer halbherzigen Alkoholpolitik. *Sucht*, 58(2), 137-139.

Kraus, L., Hannemann, T.V., Pabst, A., Müller, S., Kronthaler, F., Grübl, A., Stürmer, M. & Wolstein, J. (2013). Stationäre Behandlung von Jugendlichen mit akuter Alkoholintoxikation: Die Spitze des Eisbergs? *Das Gesundheitswesen*, 75 (7), 456-464.

Kraus, L., Piontek, D., Pabst, A. & Cludius, B. (2013). *Alkohol und Gewalt: Korrelate, Kausalität und Prävention*. 36. BundesDrogenKongress, Verband der Drogen- und Suchthilfe, München, 6.-7.5.2013.

Kreft, G. (2010). PräRIE – Das Freiburger Konzept einer kommunalen Alkohol(präventions)politik. *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis*, 55 (2), S. 53-56.

Kuhns, J.B., Exum, M.L., Clodfelter, T.A. & Bottia, M.C. (2013). The prevalence of alcohol-involved homicide offending: A meta-analytic review. *Homicide Studies* July 3, 2013; Published online before print July 3, 2013, doi: 10.1177/1088767913493629.

Kuhns, J.B., Wilson, D.B., Clodfelter, T.A., Maguire, E.R. & Ainsworth, S.A. (2011). A meta-analysis of alcohol toxicology study findings among homicide victims. *Addiction*, 106 (1), 62-72.

Kuntsche, E., Gmel, G. & Annaheim, B. (2006). *Alkohol und Gewalt im Jugendalter: Gewaltformen aus Täter- und Opferperspektive, Konsummuster und Trinkmotive – Eine Sekundäranalyse der ESPAD-Schülerbefragung*. Lausanne: Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme.

Kypri, K., Jones, C., McElduff, P. & Barker, D. (2011). Effects of restricting pub closing times on night-time assaults in an Australian city. *Addiction*, 106 (2), 303-310.

Kyriacou, D.N., Anglin, D., Taliaferro, E., Stone, S., Tubb, T., Linden, J.A., Muelleman, R., Barton, E. & Kraus, J.F.(1999). Risk factors for injury to women from domestic violence. *New England Journal of Medicine*, 341, 1892–1898.

Landeshauptstadt Kiel (2010). *Der „Trinkraum in Kiel“ – Eine Alternative für Straßenszenen*. Präsentation am 16.03.2010 in Dortmund. Verfügbar unter [https://dosys01.digistadtdo.de/dosys/gremniedweb1.nsf/0/7b8b2a71e67a925bc1257714001b78bd/\\$FILE/Trinkraum-Dortmund.pdf](https://dosys01.digistadtdo.de/dosys/gremniedweb1.nsf/0/7b8b2a71e67a925bc1257714001b78bd/$FILE/Trinkraum-Dortmund.pdf) [06.11.2013].

Lang, E., Stockwell, T., Rydon, P., & Beel, A. (1998). Can training bar staff in responsible serving practices reduce alcohol-related harm?. *Drug and Alcohol Review*, 17(1), 39-50.

Laslett, A.M., Catalano, P., Chikritzhs, Y., Dale, C., Doran, C., Ferris, J., Jainullabudeen, T., Livingston, M., Matthews, S., Mugavin, J., Room, R., Schlotterlein, M. & Wilkinson, C. (2010). *The range and magnitude of alcohol's harm to others*. Fitzroy, Victoria: AER Centre for Alcohol Policy Research, Turning Point Alcohol and Drug Centre, Eastern Health.

Leadly, K., Clark, C.L. & Caetano, R. (2000). Couples' drinking patterns, intimate partner violence and alcohol-related partnership problems. *Journal of Substance Abuse*, 11 (3), 253-263.

Lehner, B. & Kepp, J. (2013). Daten, Zahlen und Fakten. In Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.), *Jahrbuch Sucht 2013* (S. 11-35). Lengerich: Pabst.

Lenke, L. (1990). *Alcohol and criminal violence: time series analysis in a comparative perspective*. Stockholm: Almquist & Wiksell International.

Leonard, K.E. (2001). Domestic violence and alcohol: what is known and what do we need to know to encourage environmental interventions? *Journal of Substance Use*, 6, 235-247

Leonard, K.E. (2005). Alcohol and intimate partner violence: when can we say that heavy drinking is a contributing cause of violence? *Addiction*, 100 (4), 422-425.

Leppin, A. (2010). Grundlagen und Konzepte von Prävention und Gesundheitsförderung. In K. Hurrelmann, T. Klotz & J. Haisch (Hrsg.), *Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung* (3.Aufl., S. 35-44). Bern: Huber.

Liang, W., & Chikritzhs, T. (2011). Revealing the link between licensed outlets and violence: Counting venues versus measuring alcohol availability. *Drug and Alcohol Review*, 30(5), 524-535.

Lightowlers, C. (2011). Exploring the temporal association between young people's alcohol consumption patterns and violent behaviour. *Contemporary Drug Problems*, 38 (2), 191-212.

Lightowlers, C., Elliot, M. & Tranmer, M. (2013). *Assessing the effects of heavy episodic drinking on interpersonal assault using multilevel modelling*. Manchester, UK: University of Manchester, Cathie Marsh Centre for Census and Survey Research.

Lipsey M.W., Wilson D.B., Cohen M.A., Derzon J.H. (1997). Is there a causal relationship between alcohol use and violence? A synthesis of evidence. In M. Galanter (Hrsg.). *Recent developments in alcoholism Vol. 13.: Alcohol and violence: Epidemiology, neurobiology, psychology, family issues* (pp. 245–282). New York, NY: Plenum Press.

Lipton, L., Yang, X., Braga, A.A., Goldstick, J., Newton, M. & Rura, M. (2013). The geography of violence, alcohol outlets, and drug arrests in Boston. *American Journal of Public Health*, 103 (4), 657-664.

Livingston, M., Chikritzhs, T. & Room, R. (2007). Changing the density of alcohol outlets to reduce alcohol-related problems. *Drug and Alcohol Review*, 26, 557 – 566

Livingston, M. (2008). Alcohol outlet density and assault: a spatial analysis. *Addiction*, 103 (4), 619-628.

Loxley, W., Toumbourou, J.W, Stockwell, T., Haines, B., Scott, K., Godfrey, C., Waters, E., Patton, G., Fordham, R., Gray, D., Marshall, J., Ryder, D., Saggars, S., Sanci, L. & Williams, J. (2004) *The prevention of substance use, risk and harm in Australia: a review of the evidence*. Canberra: Australian Government Department of Health and Ageing.

MacDonald, S., Cherpitel, C.J., Borges, G., DeSouza, A., Giesbrecht, N. & Stockwell, T. (2005). The criteria for causation of alcohol in violent injuries based on emergency room data from six countries. *Addictive Behaviors*, 30, 103-113.

Maclennan, B., Kypri, K., Langley, J. & Room, R. (2012). Public sentiment towards alcohol and local government alcohol policies in New Zealand. *International Journal on Drug Policy*, 23 (1), 45-53.

Maguire, M. & Nettleton, N. (2003). *Reducing alcohol-related violence and disorder: an evaluation of the 'TASC' project*. Home Office Research Study 265. London: Home Office Research, Development and Statistics Directorate.

Mair, C., Cunradi, C.B., Gruenewald, P., Todd, M. & Remer, L. (2013). Drinking context-specific associations between intimate partner violence and frequency and volume of alcohol consumption. *Addiction*, September 2013 DOI: 10.1111/add.12322.

Mäkelä, P., & Österberg, E. (2009). Weakening of one more alcohol control pillar: a review of the effects of the alcohol tax cuts in Finland in 2004. *Addiction*, 104(4), 554-563.

Mäkelä, P., Bloomfield, K., Gustafsson, N.K., Huhtanen, P. & Room, R. (2008). Changes in volume of drinking after changes in alcohol taxes and travellers' allowances: results from a panel study. *Addiction*, 103 (2), 181-191.

Makkai, T. (1997). Alcohol & disorder in the Australian community: Part I - Victims. *Trends and Issues in Crime and Criminal Justice*, 76.

Markowitz, S. & Grossman, M. (2000). The effects of beer taxes on physical child abuse. *Journal of Health Economics*, 19 (2), 271–282.

Marsh, P. & Kibby, K. (1992). *Drinking and public disorder*. Verfügbar unter <http://www.sirc.org/publik/dandpd.pdf> [06.11.2013].

Martin, S.E. (2001). The links between alcohol, crime and the criminal justice system: Explanations, evidence and interventions. *American Journal on Addictions*, 10, 136- 158.

Maruska, K., Isense, B. & Hanewinkel, R. (2011). Universelle Prävention des Substanzkonsums: Effekte des Grundschulprogramms Klasse2000. *Sucht*, 57 (4), 301-312.

Masho, S.W., Bishop, D.L., Edmonds, T. & Farrell, A.D. (2013). Using surveillance data to inform community action: The effect of alcohol sale restrictions on intentional injury-related ambulance pickups. *Prevention Science*, 2013 Feb 24 [Epub ahead of print].

Massinger, T. (2013). Die Überprüfung der Alkoholabgabe an Minderjährige durch Testkäufe. Auswirkungen von Kontrollen auf die Verkaufspraxis in der Region Hannover. *Forum Kriminalprävention*, 2013(1), 48-51.

Mathews, S., Abrahams, N., Jewkes, R., Martin, L.J. & Lombard, C. (2009). Alcohol use and its role in female homicides in the Western Cape, South Africa. *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 70 (3), 321-327.

Matthews, S. & Richardson, A. (2005). *Findings from the 2003 Offending, Crime and Justice Survey: alcohol-related crime and disorder* (Home Office Findings 261). London: Home Office.

McIlwain, G. & Homel, R. (2009). *Sustaining a reduction of alcohol-related harms in the licensed environment: A practical experiment to generate new evidence*. Brisbane, Australia: Griffith University.

Mcintyre, S. & Homel, R. (1997). Danger on the dance floor. A study of interior design, crowding and aggression in nightclubs. In R. Homel (Hrsg.). *Policing for prevention: Reducing crime, public intoxication and injury*. Monsey, NY: Criminal Justice Press. 91-113.

McKinney, C.M., Caetano, R., Harris, T.R. & Ebama, M.S. (2009). Alcohol availability and intimate partner violence among US couples. *Alcoholism, Clinical and Experimental Research*, 33 (1), 169–176.

McKinney C.M., Caetano R., Rodriguez L.A., Okoro N. (2010). Does alcohol involvement increase the severity of intimate partner violence? *Alcoholism, Clinical and Experimental Research*, 34 (4), 655-658.

- McMurran, M. (Ed.) (2013a). *Alcohol-related violence: Prevention and treatment*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- McMurran, M. (2013b). Alcohol-related violence: an endnote. In M. McMurran (Ed.), *Alcohol-related violence: Prevention and treatment* (S. 337-340). Chichester: Wiley-Blackwell.
- Metzner, C., & Kraus, L. (2008). The impact of alcopops on adolescent drinking: a literature review. *Alcohol and Alcoholism*, 43(2), 230-239.
- Middleton, J.C., Hahn, R.A., Kuzara, J.L., Elder, R., Brewer, R., Chattopadhyay, S., Fielding, J., Naimi, T.S., Toomey, T. & Lawrence, B. (2010). Effectiveness of policies maintaining or restricting days of alcohol sales on excessive alcohol consumption and related harms. *American Journal of Preventive Medicine*, 39 (6), 575-589.
- Miller, B.A., Holder, H.D. & Voas, R. B. (2009). Environmental strategies for prevention of drug use and risks in clubs. *Journal of Substance Use*, 14 (1), 19-38.
- Miller, P.G., Sønderlund, A.L., Coomber, K., Palmer, D., Tindall, J., Gillham, K. & Wiggers, J. (2012a). The effect of community interventions on alcohol-related assault in Geelong, Australia. *The Open Criminology Journal*, 5, 8-15.
- Miller, P.G., Tindall, J., Sønderlund, A., Groombridge, D., Lecathelinais, C., Gillham, K., ... & Wiggers, J. (2012b). Dealing with alcohol-related harm and the night-time economy (DANTE), Final Report.
- Mirrlees-Black, C. (1999). *Domestic violence: findings from a new British Crime Survey self-completion questionnaire*. London: HMSO.
- Mistral, W., Velleman, R., Mastache, C., Templeton, L. (2007). *UKCAPP: an evaluation of 3 UK Community Alcohol Prevention Programs*. University of Bath and Avon & Wiltshire Mental Health Partnership NHS Trust.
- Moore, S.C., Brennan, I.R., Murphy, S., Byrne, E., Moore, S.N., Shepherd, J.P. & Moore, L (2010). The reduction of intoxication and disorder in premises licensed to serve alcohol: an exploratory randomised controlled trial. *BMC Public Health*, 10, 607.
- Moore, S. C., Brennan, I., & Murphy, S. (2011). Predicting and measuring premises-level harm in the night-time economy. *Alcohol and alcoholism*, 46(3), 357-363.
- Moore, S.C., Murphy, S., Moore, S.N., Brennan, I., Byrne, E., Shepherd, J. & Moore, L. (2012). An exploratory randomised controlled trial of a premises-level intervention to reduce alcohol-related harm including violence in the United Kingdom. *BMC Public Health*, 12, 412.
- Morgenstern, M., Wiborg, G., Isensee, B. & Hanewinkel, R. (2009). School-based alcohol education: Results of a cluster-randomized controlled trial. *Addiction*, 104 (3), 402 – 412.
- Muehlberger, C. W., (1956). Medicolegal aspects of alcohol intoxication. *Michigan State Bar Journal*, 35, 38-42.

Murray, R. P., Connett, J. E., Tyas, S. L., Bond, R., Ekuma, O., Silversides, C. K. & Barnes, G.E. (2002). Alcohol volume, drinking pattern, and cardiovascular disease morbidity and mortality: Is there a U-shaped function? *American Journal of Epidemiology*, 155, 242–248.

National Drug Research Institute (2007). *Restrictions on the sale and supply of alcohol: evidence and outcomes*. Perth: National Drug Research Institute. Verfügbar unter <http://ndri.curtin.edu.au/local/docs/pdf/publications/R207.pdf> [25.08.2013].

Nemtsov, A.V. (2002). Alcohol-related human losses in Russia in the 1980s and 1990s. *Addiction*, 97, 1413-1425.

New South Wales Department of Local Government (2007). *Evaluation of alcohol free zones in NSW*. Sydney: New South Wales Department of Local Government.

New Zealand Ministry of Justice (o.J.). *Action plan to reduce community violence and sexual violence*. Verfügbar unter <http://www.justice.govt.nz/publications/global-publications/s/safer-communities-action-plan-to-reduce-community-violence-sexual-violence/action-plan-to-reduce-community-violence-and-sexual-violence#Alcohol%20related%20violence> [02.09.2013].

Newton, A., & Hirschfield, A. (2009). Measuring violence in and around licensed premises: The need for a better evidence base. *Crime Prevention & Community Safety*, 11(3), 171-188.

Nordlund, S. (1985). *Effects of Saturday closing of wine and spirits shops in Norway*. Oslo: Statens institutt for alkoholforskning.

Norström, T. (1993). Family violence and total consumption of alcohol. *Nordisk Alkoholtidskrift*, 10, 311-318.

Norstrom, T. (1998) Effects on criminal violence of different beverage types and private and public drinking. *Addiction*, 93(5), 689-699.

Norström, T. (2000). Outlet density and criminal violence in Norway, 1960–1995. *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 61 (6), 907–911.

Norström, T. & Skog, O. J. (2005). Saturday opening in retail shops in Sweden: An experiment in two phases. *Addiction*, 100 (6), 767-776.

Norström, T., & Pape, H. (2010). Alcohol, suppressed anger and violence. *Addiction*, 105(9), 1580-1586.

Nyaronga, D., Greenfield, Z. & McDaniel, P. (2009). Drinking context and drinking problems among Black, White, and Hispanic men and women in the 1984, 1995, and 2005 U.S. National Alcohol Surveys. *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 70 (1), 16–26.

Oevermann, M., Rolfes, M., Hunsicker, E., Wellmann, W., Zimmerer, W. & Voges, O. (2008). Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 2007/2008 zum Thema „Sicherheit und soziales Leben in Osnabrück“. Verfügbar unter http://www.osnabrueck.de/images_design/Grafiken_Inhalt_Frauenbuero/KRA_20081016.pdf [11.06.2012].

- Olsson, O., & Wikstrom, P. O. H. (1982). Effects of the experimental Saturday closing of liquor retail stores in Sweden. *Contemporary Drug Problems*, 11, 325.
- Pabst, A. & Kraus, L. (2008). Alkoholkonsum, alkoholbezogene Störungen und Trends: Ergebnisse des Epidemiologischen Suchtsurveys 2006. *Sucht*, 54, S36-S46.
- Parker, R. N., & Rebhun, L. (1995). *Alcohol and homicide: A deadly combination of two American traditions*. Albany, NY: State University of New York Press.
- Parker, R.N. & Auerhahn, K. (1998). Alcohol, drugs, and violence. *Annual Review of Sociology*, 24, 291-311.
- Parker, R.N., McCaffree, K.J. & Skiles, D. (2011). The impact of retail practices on violence: The case of single serve alcohol beverage containers. *Drug and Alcohol Review*, 30 (5), 496-504.
- Parker, R.N., Williams, K.R., McCaffree, K.J., Acensio, E.K., Browne, A., Strom, K.J. & Barrick, K. (2011). Alcohol availability and youth homicide in the 91 largest US cities, 1984-2006. *Drug and Alcohol Review*, 30 (5), 505-514.
- Pashall, M.J., Freistheler, B. & Lipton, R. I. (2005). Moderate alcohol use and depression in young adults: Findings from a national longitudinal survey. *American Journal of Public Health*, 95, 453-457.
- Patra, J., Rehm, J. & Popova, S. (2011). Avoidable alcohol-attributable criminality and its costs due to selected interventions in Canada. *International Journal on Drug Policy*, 22 (2), 109-119.
- Peirce, B.H. & Boyle, A.A. (2011). How has the Licensing Act (2003) changed the epidemiology of assaults presenting to a Cambridgeshire emergency department? Before and after study. *European Journal of Emergency Medicine*, 18 (6), 351-356.
- Pennay, A., Manton, E., Savic, M., Livingston, M., Matthews, S. & Lloyd, B. (2013). *Impacts of public drinking laws*. *National Drug Enforcement Research Fund: Research Bulletin 1*. Verfügbar unter <http://www.ndlerf.gov.au/pub/Research-bulletin-01.pdf> [13.09.13].
- Pennay, A., & Room, R. (2012). Prohibiting public drinking in urban public spaces: A review of the evidence. *Drugs: Education, Prevention and Policy*, 19(2), 91-101.
- Pennay, A. & Room, R. (2013). Summary: *Prohibiting public drinking in urban spaces: a review of the evidence*. Verfügbar unter http://findings.org.uk/docs/Pennay_A_4_findings.pdf [06.11.2013].
- Peralta, R.L., Tuttle, L.A. & Steele, J.L. (2010). At the intersection of interpersonal violence, masculinity, and alcohol use: The experiences of heterosexual male perpetrators of intimate partner violence. *Violence Against Women*, 16 (4), 387-409.
- Pernanen, K. (1991). *Alcohol in human violence*. New York: Guilford Press.
- Peterson, R.D., Krivo, L.J. & Harris, M.A. (2000). Disadvantage and neighborhood violent crime: Do local institutions matter?. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 37 (1), 31-63.
- Poikolainen, K., Paljärvi, T. & Mäkelä, P. (2007). Alcohol and the preventive paradox: Serious harms and drinking patterns. *Addiction*, 102 (4), 571-578.

Pointing, S., Hayes-Jonkers, C., Bohanna, I. & Clough, A. (2012). The role of an open-space CCTV system in limiting alcohol-related assault injuries in a late-night entertainment precinct in a tropical Queensland city, Australia. *Injury Prevention*, 18 (1), 58-61.

Popova, S., Giesbrecht, N., Bekmuradov, D., & Patra, J. (2009). Hours and days of sale and density of alcohol outlets: impacts on alcohol consumption and damage: a systematic review. *Alcohol and Alcoholism*, 44(5), 500-516.

Porter, H. (2009). Booze bans – the new frontier of joyless regulation. *The Guardian*, 29.06.2009. Verfügbar unter <http://www.theguardian.com/commentisfree/henryporter/2009/jun/29/booze-bans-local-authorities> [03.09.2013].

St John-Brookes, K. (1998). *Keeping the peace: A guide to the prevention of alcohol-related disorder*. London: Portman Group.

PräRIE-Projektdokumentation (o.J.). *Das Freiburger Modellprojekt zur Etablierung einer kommunalen Alkoholpolitik*. Verfügbar unter http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/30_Gesundheitsth_Gesundheitsfoerd/NdP_DokumentationPraeRIE.pdf [13.11.2013].

Preusser, D. F., & Williams, A. F. (1992). Sales of alcohol to underage purchasers in three New York counties and Washington, DC. *Journal of Public Health Policy*, 13 (3), 306-317.

Pridemore, W.A. (2002). Vodka and violence: Alcohol consumption and homicide rates in Russia. *American Journal of Public Health*, 92 (12), 1921–1930.

Pridemore, W.A. (2004). Weekend effects on binge drinking and homicide: the social connection between alcohol and violence in Russia. *Addiction*, 99 (8), 1034-1041.

Pridemore, W.A. & Grubestic, T.H. (2012). A spatial analysis of the moderating effects of land use on the association between alcohol outlet density and violence in urban areas. *Drug and Alcohol Review*, 31 (4), 385-393.

Proescholdt, M. G., Walter, M. & Wiesbeck, G. A. (2012). Alkohol und Gewalt: Eine aktuelle Übersicht. *Fortschritte der Neurologie - Psychiatrie*, 80 (8), 441-449.

Prognos (2008). *Wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms „HALT – Hart am Limit“: Endbericht*. Basel: Prognos.

Putnam, S.L., Rockett, I.R., & Campbell, M.K. (1993). Methodological issues in community-based alcohol-related injury prevention projects: attribution of program effects. *Center for Substance Abuse Prevention Monograph*, 14.

Quigg, Z., Hughes, K. & Bellis, M.A. (2012). Data sharing for prevention: a case study in the development of a comprehensive emergency department injury surveillance system and its use in preventing violence and alcohol-related harms. *Injury Prevention*, 18 (5), 315-320.

Quigley, B. M., Leonard, K. E., & Collins, R. L. (2003). Characteristics of violent bars and bar patrons. *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 64(6), 765.

- Rabinovich, L., Brutscher, P. B., de Vries, H., Tiessen, J., Clift, J., & Reding, A. (2009). *The affordability of alcoholic beverages in the European Union. Understanding the link between alcohol affordability, consumption and harms*. Cambridge: Rand Corporation.
- Ramstedt, M., Leifman, H., Müller, D., Sundin, E., & Norström, T. (2013). Reducing youth violence related to student parties: Findings from a community intervention project in Stockholm. *Drug and Alcohol Review*, 32(6), 561-565.
- Rehm, J. & Gmel, G. (2003). Alcohol consumption and total mortality/morbidity-definitions and methodological implications. *Best Practice and Research: Clinical Gastroenterology*, 17, 497–505.
- Richardson, A. & Budd, T. (2003). *Alcohol, crime and disorder: a study of young adults* (Home Office Research Study No. 263). London: Home Office Research, Development and Statistics Directorate.
- Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2012). *Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie Gesundheit in Deutschland aktuell 2010. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes*. Robert Koch-Institut: Berlin.
- Roe, S., Coleman, K. & Kaiza, P. (2009). Violent and sexual crime. In A. Walker, J. Flatley, C. Kershaw & D. Moon (Hrsg.). *Crime in England and Wales 2008/09, Volume 1: Findings from the British Crime Survey and police recorded crime* (S. 43-72). London, UK: Home Office.
- Rolfe, A., Dalton, S., Krishnan, M., Orford, T., MehdiKhani, M., Cawley, J. & Ferrins-Brown, M. (2006). Alcohol, gender, aggression and violence: Findings from the Birmingham Untreated Heavy Drinkers Project. *Journal of Substance Use*, 11 (5), 343-358.
- Roman, C.G., Reid, S. E., Bhati, A. S. & Tereshchenko, B. (2008). *Alcohol outlets as attractors of violence and disorder*. Washington, D.C: The Urban Institute Press.
- Roncek, D. W., & Maier, P. A. (1991). Bars, Blocks and crime revisited: Linking the theory of routine activities to the empiricism of "Hot Spots". *Criminology*, 29(4), 725-753.
- Room, R. (2007). Understanding cultural differences in young people's drinking. In M. Järvinen & R. Room (Eds.), *Youth drinking cultures: European experiences* (S. 17-40). Burlington, VT: Ashgate.
- Room, R. (2013). Alcohol as a public health risk: New evidence demands a stronger global response. *International Journal of Alcohol and Drug Research*, 2 (1), 7–9.
- Room, R., Bondy, S.J., Ferris, J. (1995). The risk of harm to oneself from drinking, Canada 1989. *Addiction*, 90, 499-513.
- Room, R. & Rossow, I. (2001). Share of violence attributable to drinking. *Journal of Substance Use*, 6, 218-228.
- Room, R., Bloomfield, K., Gmel, G., Grittner, U., Gustafsson, N. K., Mäkelä, P. & Wicki, M. (2013). What happened to alcohol consumption and problems in the Nordic countries when alcohol taxes were decreased and borders opened? *International Journal of Alcohol and Drug Research*, 2(1), 77-87.

- Rospenda, K.M., Richman, J.A. & Shannon, C.A. (2009). Prevalence and mental health correlates of harassment and discrimination in the workplace: Results from a national study. *Journal of Interpersonal Violence*, 24 (5), 819-843.
- Rossow, I. (1996). Alcohol-related violence: the impact of drinking pattern and drinking context. *Addiction*, 91 (11), 1651-1661.
- Rossow, I. (2000). Suicide, violence and child abuse: Review of the impact of alcohol consumption on social problems. *Contemporary Drug Problems*, 27, 397-434.
- Rossow, I. (2001). Alcohol and homicide: A cross-cultural comparison of the relationship in 14 European countries. *Addiction*, 96, Suppl. 1, S77–S92.
- Rossow, I. (2004). Alcohol consumption and homicides in Canada, 1950-1999. *Contemporary Drug Problems*, 31, 541-559.
- Rossow, I., Pape, H. & Wichstrøm, L. (1999). Young, wet and wild? Associations between alcohol intoxication and violent behaviour in adolescence. *Addiction*, 94, 1017-1031.
- Rossow, I. & Romelsjö, A. (2006). The extent of the 'prevention paradox' in alcohol problems as a function of population drinking patterns. *Addiction*, 101 (1), 84-90.
- Rossow, I. & Norström, T. (2012). The impact of small changes in bar closing hours on violence. The Norwegian experience from 18 cities. *Addiction*, 107, 530–537.
- Rossow, I. & Bye, E.K. (2013). The problem of alcohol-related violence: An epidemiological and public health perspective. In M. McMurrin (Hrsg.), *Alcohol-related violence: Prevention and treatment* (S. 3-18). Chichester: Wiley-Blackwell.
- Rothman, E.F., McNaughton Reyes, L., Johnson, R.M. & LaValley, M. (2012). Does the alcohol make them do it? Dating violence perpetration and drinking among youth. *Epidemiologic Reviews*, 34 (1), 103-119.
- Rüther, W. (2005). *Kommunale Kriminalitätsanalyse: Auswertung offizieller Kriminalitätsdaten und einer Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl in der Kommune. Kriminologische Regionalanalyse Bonn*. Kassel: kassel university press.
- Sampson, R.J. & Groves, W. B. (1989). Community structure and crime: Testing social-disorganization theory. *American Journal of Sociology*, 94 (4), 774-802.
- Sampson, R. J. & John, H. (1993). *Crime in the making: Pathways and turning points through life*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press.
- Sampson, R. & Scott, M.S. (1999). *Tackling crime and other public-safety problems: Case studies in problem-solving*. Washington, D.C.: U.S. Department of Justice, Office of Community, Oriented Policing Services.
- Sánchez, Á.I., Villaveces, A., Krafty, R.T., Park, T., Weiss, H.B., Fabio, A., Puyana, J.C. & Gutiérrez, M.I. (2011). Policies for alcohol restriction and their association with interpersonal violence: a time-series analysis of homicides in Cali, Colombia. *International Journal of Epidemiology* 40(4), 1037-1046.

- Schnitzker, S., Bellis, M., Anderson, Z., Hughes, K., Calafat, A., Juan, M. & Kokkevi, A. (2009). Nightlife violence: A gender-specific view on risk factors for violence in nightlife settings: A cross-sectional study in nine European countries. *Journal of Interpersonal Violence*, 25 (6), 1094–1112
- Scott, M.S. & Dedel, K. (2006). *Assaults in and around bars* (2nd ed.). Washington, D.C.: Office of Community Oriented Policing Services.
- Scribner, R.A.; MacKinnon, D.P.; and Dwyer, J.H. (1995). The risk of assaultive violence and alcohol availability in Los Angeles County. *American Journal of Public Health* 85, 335–340.
- Single, E. W. (1988). The availability theory of alcohol-related problems. *Theories on Alcoholism*. Toronto: Addiction Research Foundation, 325-351.
- Skog, O.J. & Bjørk, E. (1988). *Alkohol og voldskriminalitet. En analyse av utviklingen i Norge 1931-1982* (Alcohol and violent crimes. An analysis of the 1931-1982 trends in Norway). Oslo: SIFO.
- Smith, D.I. (1978). Impact on traffic safety of the introduction of Sunday alcohol sales in Perth, Western Australia. *Journal of Studies on Alcohol*, 39(7), 1302–1304.
- Smith, D.I. (1987). Effect on traffic accidents of introducing Sunday hotel sales in New South Wales, Australia. *Contemporary Drug Problems*, 14, 279–294.
- Snowden, A.J. & Pridemore, W.A. (2013). Alcohol outlets, social disorganization, land use, and violence in a large college town: Direct and moderating effects. *Criminal Justice Review*, 38 (1), 29-49.
- Stafström, M. (2007). Kick back and destroy the ride: Alcohol-related violence and associations with drinking patterns and delinquency in adolescence. *Substance abuse treatment, prevention, and policy*, 2(1), 18.
- Statistisches Bundesamt (2012). *Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln im Strassenverkehr*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stehr, M. (2007). The effect of sunday sales bans and excise taxes on drinking and cross—border shopping for alcoholic beverages. *National Tax Journal*, 60 (1), 85-105.
- Stevenson, R. J., Lind, B. & Weatherburn, D. (1999a). Property damage and public disorder: Their relationship with sales of alcohol in New South Wales, Australia. *Drug and alcohol dependence*, 54(2), 163-170.
- Stevenson, R. J., Lind, B. & Weatherburn, D. (1999b). The relationship between alcohol sales and assault in New South Wales, Australia. *Addiction*, 94 (3), 397-410.
- Stockwell, T. (2001). Responsible alcohol services: Lessons from evaluations of server training and policing initiatives. *Drug and Alcohol Review*, 20, 257–265.
- Stockwell, T., Lang, E. & Rydon, P. (1993). High risk drinking settings: the association of serving and promotional practices with harmful drinking. *Addiction*, 88 (11), 1519-1526.
- Stockwell, T. & Gruenewald, P. J. (2004). Controls on the physical availability of alcohol. *The essential handbook of treatment and prevention of alcohol problems*, 213-233.

Stockwell, T.R. & Chikritzhs, T.N. (2009). Do relaxed trading hours for bars and clubs mean more relaxed drinking? A review of international research on the impacts of changes to permitted hours of drinking. *Crime Prevention and Community Safety: An International Journal*, 11 (3), 153-170.

Strohs, M. (2013). *Abwehr alkoholbedingter Gefahren. Handlungsbedarf und Gestaltungsspielraum bei der Gesetzgebung der Länder*. Hamburg: Kovac.

Stürmer M, Mutert S, Tretter F, Wolstein J. (2010). Aktuelle Entwicklungen der bayernweiten Implementierung des alkoholspezifischen Präventionsprojekts „HaLT – Hart am Limit“. *Prävention(2010)*, (01), 15-18.

Stürmer, M. & Wolstein, J. (2012). Das alkoholspezifische Präventionsprojekt HaLT in Bayern – konzeptionelle Besonderheiten und Stand der Implementierung. In C. von Hagen & B. Koletzko (Hrsg), *Alkoholmissbrauch im Kindes- und Jugendalter* (S. 119 - 131). Stuttgart: Kohlhammer.

Stürmer, M., Wurdak, M. & Wolstein, J. (2012). Hart am Limit (HaLT) – Konzept, Implementierung und wissenschaftliche Begleitung eines Präventionsprojektes für jugendliche Rauschtrinker. *Abhängigkeiten*, 18 (2), 37-52

Subra, B., Muller, D., Bègue, L., Bushman, B. J. & Delmas, F. (2010). Automatic effects of alcohol and aggressive cues on aggressive thoughts and behaviors. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 36 (8), 1052-1057.

Teece, M. & Williams, P. G. (2000). *Alcohol-related assault: time and place*. Canberra: Australian Institute of Criminology.

Thompson, M.P. & Kingree, J.B. (2004). The role of alcohol use in intimate partner violence and non-intimate partner violence. *Violence and Victims*, 19 (1), 63-74.

Thurn, J. P. (2012). „Randgruppenvertreibung“ durch kommunale Trinkverbote – Hintergrund, Ablauf und Folgen des Rechtsstreits um eine Freiburger Polizeiverordnung. In S. Gilich & R. Keicher (eds.): *Bürger oder Bettler. Soziale Rechte von Menschen in Wohnungsnot im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung*. VS: Wiesbaden. S. 139-150.

Toomey, T.L., Kilian, G.R., Gehan, J.P., Perry, C.L., Jones-Webb, R., & Wagenaar, A.C. (1998). Qualitative assessment of training programs for alcohol servers and establishment managers. *Public Health Reports*, 113 (2), 162.

Toomey, T.L., Wagenaar, A.C., Gehan, J.P., Kilian, G., Murray, D. M., & Perry, C.L. (2001). Project ARM: alcohol risk management to prevent sales to underage and intoxicated patrons. *Health Education & Behavior*, 28(2), 186-199.

Toomey, T.L., Erickson, D.J., Carlin, B.P., Lenk, K.M., Quick, H.S., Jones, A.M. & Harwood, E.M. (2012a). The association between density of alcohol establishments and violent crime within urban neighborhoods. *Alcoholism: Clinical and Experimental Research*, 36 (8), 1468–1473.

Toomey, T.L., Erickson, D.J., Carlin, B.P., Quick, H.S., Harwood, E.M., Lenk, K.M. & Ecklund, A.M. (2012b). Is the density of alcohol establishments related to nonviolent crime? *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 73 (1), 21-25.

Trollid, B., Brännström, L., Paschall, M.J. & Leifman, H. (2013). Effects of a multi-component responsible beverage service programme on violent assaults in Sweden. *Addiction*, 108 (1), 89-96.

Tuck, M. (1989). *Drinking and disorder: A study of non-metropolitan violence*. HM Stationery Office.

UNICEF (2007). *Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries*. (Innocenti Report Card 7). Florence: UNICEF Innocenti Research Centre.

van Kesteren, J., Mayhew, P. & Nieuwbeerta, P. (2000). *Criminal victimisation in seventeen industrialised countries: Key findings from the 2000 International Crime Victims Survey*. Den Haag: NSCR/WODC.

van Wilsem, J. (2004). Criminal victimization in cross-national perspective. *European Journal of Criminology*, 1, 89-109.

Vingilis, E., McLeod, A. I., Mann, R.E. & Seeley, J. (2008). A tale of two cities: the effect of extended drinking hours in licensed establishments on impaired driving and assault charges. *Traffic Injury Prevention*, 9 (6), 527-533.

Wagenaar, A.C., Murray, D.M. & Toomey, T. L. (2000). Communities Mobilizing for Change on Alcohol (CMCA): effects of a randomized trial on arrests and traffic crashes. *Addiction*, 95(2), 209-217.

Wagenaar, A.C. & Langley, J.D. (1995). Alcohol licensing system changes and alcohol consumption: introduction of wine into New Zealand grocery stores. *Addiction*, 90 (6), 773-783.

Wagenaar, A.C., Salois, M. & Komro, K. (2009). Effects of beverage alcohol price and tax levels on drinking: a meta-analysis of 1003 estimates from 112 studies. *Addiction*, 104 (2), 179-190.

Waller, M.W., Iritani, B.J., Christ, S.L., Clark, H.K., Moracco, K.E., Halpern, C.T. & Flewelling, R.L. (2012). Relationships among alcohol outlet density, alcohol use, and intimate partner violence victimization among young women in the United States. *Journal of Interpersonal Violence*, 27, 2062-2086.

Waller, M.W., Iritani, B.J., Flewelling, R.L., Christ, S.L., Halpern, C.T. & Moracco, K.E. (2012). Violence victimization of young men in heterosexual relationships: Does alcohol outlet density influence outcomes? *Violence and Victims*, 27 (4), 527-547.

Waller, M.W., Iritani, B.J., Christ, S.L., Tucker Halpern, C., Moracco, K.E. & Flewelling, R.L. (2013). Perpetration of intimate partner violence by young adult males: The association with alcohol outlet density and drinking behavior. *Health and Place*, 21, 10-19.

Wallin, E., Norström, T., & Andreasson, S. (2003). Alcohol prevention targeting licensed premises: A study of effects on violence. *Journal of Studies on Alcohol*, 64(2), 270-277.

Wälter, H. & Pannenbäcker, F. (1997). Regionalanalysen – ein Geschäft voller Überraschungen: Erfahrungen aus der kriminologischen Regionalanalyse Essen. *Kriminalistik*, 51 (12), 811-818.

Warburton, A. L., & Shepherd, J. P. (2000). Effectiveness of toughened glassware in terms of reducing injury in bars: a randomised controlled trial. *Injury Prevention*, 6(1), 36-40.

- Warburton, A.L. & Shepherd, J.P. (2006). Tackling alcohol related violence in city centres: effect of emergency medicine and police intervention. *Emergency Medicine Journal*, 23 (1), 12-17.
- Watts, R. K., & Rabow, J. (1983). Alcohol availability and alcohol-related problems in 213 California cities. *Alcoholism: Clinical and Experimental Research*, 7(1), 47-58.
- Webb, M., Marriot-Lloyd, P. & Grenfell, M. (2004). *Banning the bottle: Liquor bans in New Zealand*. 3rd Australasian Drug Strategy Conference, Alice Springs, May 2004.
- Wechsler, H., Lee, J. E., Hall, J., Wagenaar, A. C., & Lee, H. (2002). Secondhand effects of student alcohol use reported by neighbors of colleges: the role of alcohol outlets. *Social Science & Medicine*, 55(3), 425-435.
- Wells, S., Graham, K. & West, P. (2000). Alcohol-related aggression in the general population. *Journal of Studies on Alcohol*, 61, 626-632.
- Wells, S., Graham, K., Speechley, M. & Koval, J.J. (2005). Drinking patterns, drinking contexts and alcohol-related aggression among late adolescent and young adult drinkers. *Addiction*, 100 (7), 933-944.
- Wells, S. & Graham, K. (2007). Verbal versus physical victimization from other people's drinking: how do gender, age, and their interactions with drinking pattern affect vulnerability? *Journal of Studies on Alcohol and Drugs*, 68 (4), 582-586.
- Wells, S., Speechley, M., Koval, J.J. & Graham, K. (2007). Gender differences in the relationship between heavy episodic drinking, social roles, and alcohol-related aggression in a U.S. sample of late adolescent and young adult drinkers. *American Journal of Drug and Alcohol Abuse*, 33 (1), 21-29.
- Wells, S., Mihic, L., Tremblay, P.F., Graham, K. & Demers, A. (2008). Where, with whom, and how much alcohol is consumed on drinking events involving aggression? Event-level associations in a Canadian national survey of university students. *Alcoholism: Clinical and Experimental Research*, 32 (3), 522-533.
- Wells, S., Giesbrecht, N., Ialomiteanu, A. & Graham, K. (2011a). The association of drinking pattern with aggression involving alcohol and with verbal versus physical aggression. *Contemporary Drug Problems*, 38, 259-279.
- Wells, S., Graham, K., Tremblay, P. F., & Magyarody, N. (2011b). Not just the booze talking: Trait aggression and hypermasculinity distinguish perpetrators from victims of male barroom aggression. *Alcoholism: Clinical and Experimental Research*, 35(4), 613-620.
- Wells, S., Graham, K., Tremblay, P.F. & Reynolds, J. (2011c). Measuring young men's expected effects of alcohol in provoking situations in bars. *Contemporary Drug Problems*, 38, 281-309.
- Welte, J.W. & Abel, E.L. (1989). Homicide: drinking by the victim. *Journal of Studies on Alcohol*, 50 (3), 197-201.
- White H.R., Brick J. & Hansell S. (1993). A longitudinal investigation of alcohol use and aggression in adolescence. *Journal of Studies on Alcohol*, 11, 62-77.

- White H.R., Loeber R., Stouthamer-Loeber M. & Farrington D.P. (1999). Developmental associations between substance use and violence. *Development and Psychopathology*, 11, 785–803.
- Wicki, M., & Gmel, G. (2011). Hospital admission rates for alcoholic intoxication after policy changes in the canton of Geneva, Switzerland. *Drug and Alcohol Dependence*, 118(2–3), 209–215.
- Wills, T., Sandy, J. & Yaeger, A. (2001). Time perspective and early-onset substance use: A model based on stress-coping theory. *Psychology of Addictive Behaviors*, 15, 118–125.
- Wikström, P.O. & Svensson, R. (2008). Why are English youths more violent than Swedish youths? A comparative study of the role of crime propensity, lifestyles and their interactions in two cities. *European Journal of Criminology*, 5 (3), 309–330.
- Witt, K., van Dorn, R. & Fazel, S. (2013). Risk factors for violence in psychosis: Systematic review and meta-regression analysis of 110 studies. *PLoS ONE*, 8 (2): e55942. doi:10.1371/journal.pone.0055942.
- World Health Organization Regional Office for Europe (2012). *European action plan to reduce the harmful use of alcohol 2012–2020*. Copenhagen: World Health Organization Regional Office for Europe.
- Xue, Y., Zimmerman, M.A. & Cunningham, R. (2009). Relationship between alcohol use and violent behavior among urban African American youths from adolescence to emerging adulthood: a longitudinal study. *American Journal of Public Health*, 99 (11), 2041-2048.
- Yu, Q., Scribner, R., Carlin, B., Theall, K., Simonsen, N., Ghosh-Dastidar, B., Cohen, D. & Mason, K. (2008). Multi-level spatio-temporal dual change-point models for relating alcohol outlet destruction and changes in neighbourhood rates of assaultive violence. *Geospatial Health* 2 (2), 161-172.
- Zeichner, A., Pihl, R.O. (1979). Effects of alcohol and behaviour contingencies on human aggression. *Journal of Abnormal Psychology*, 88, 153-160.

BESCHLUSS - VORLAGE

Dezernat/Amt:	Verantwortlich:	Tel.Nr.:	Datum
IV/ Amt für öffentliche Ordnung	Herr Rubsamen	48 00	07.07.2008

Betreff:

Erlass der Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum (Innenstadt zwischen Bertoldstraße, Kaiser-Joseph-Straße, Platz der Alten Synagoge, Platz der Universität und Teilen der Humboldtstraße)

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. SO	10.07.2008		X	X	
2. HA	14.07.2008		X	X	
3. GR	22.07.2008	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: nein

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat stimmt der als Anlage 1 der Drucksache G-08/148 beigefügten Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum zu.

Anlagen:

1. Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum (Innenstadt zwischen Bertoldstraße, Kaiser-Joseph-Straße, Platz der Alten Synagoge, Platz der Universität und Teilen der Humboldtstraße)
2. Bericht der Polizeidirektion Freiburg: Gewaltdelinquenz in der Altstadt von Freiburg
3. Übersicht zum Umsetzungsstand weiterer Maßnahmen
4. Entwicklung auf Landesebene sowie Initiativen von anderen Kommunen

I. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.11.2007 dem Erlass einer Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum zugestimmt und folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Gemeinderat nimmt die in der Drucksache G-07/185 dargestellten Ziele und Maßnahmen zur Kenntnis und stimmt der Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum zu.
2. Die Verwaltung wird ergänzend zu den vorgesehenen polizeilichen Maßnahmen prüfen, ob sich bei der Anwendung der genannten Handlungsoption präventiv eine sozialarbeiterische Begleitung empfiehlt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Öffentlichkeitskampagne gegen Gewalt und übermäßigen Alkoholkonsum vorzubereiten und parallel zu den polizeilichen Maßnahmen umzusetzen. Die Stadt soll darauf dringen, dass die Wirte im definierten Quartier sich an den Kosten der Kampagne beteiligen (modifizierter Antrag der Fraktionsgemeinschaft Junges Freiburg / DIE GRÜNEN).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Wirten der Freiburger Diskotheken ein Konzept weiterzuentwickeln, das den Umgang mit Alkohol in den Diskotheken regelt und den Umgang mit dem Thema Gewalt, auch Gewalt gegen junge Frauen, vorgibt (modifizierter Antrag der Fraktionsgemeinschaft Junges Freiburg / DIE GRÜNEN).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, im Frühjahr 2008 eine Fachtagung zum Thema Gewalt und Alkoholkonsum bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchzuführen. Das Thema soll auch unter Genderaspekten beleuchtet werden (modifizierter Antrag der Fraktionsgemeinschaft Junges Freiburg / DIE GRÜNEN).
6. Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzlich zu den hier vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen, ob eine Umsetzung des Karlsruher Modells auch in Freiburg möglich ist (Antrag von Junges Freiburg).

Die Polizeiverordnung für einen örtlich begrenzten Bereich in der Innenstadt (Bertoldstraße, Kaiser-Joseph-Straße, Humboldtstraße, Platz der Universität) sowie im Industriegebiet Nord (ehemaliger Funpark mit angrenzender Zinkmatte- und Hans-Bunte-Straße) tritt mit Ablauf des 31.07.2008 außer Kraft. Mit dieser Drucksache schlägt die Verwaltung vor, die Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum in Teilbereichen der Innenstadt für zwei Jahre neu zu erlassen.

Eine ausführliche Information zu den begleitenden Maßnahmen ist in Anlage 3 sowie ein Bericht zur Entwicklung auf Landesebene und zu Initiativen anderer Kommunen ist in Anlage 4 enthalten.

II. Zielsetzung

Die Polizeiverordnung soll Menschen, die sich in dem von alkoholbedingten Gewaltdelikten stark betroffenen Bereich der Innenstadt zwischen Bertoldstraße, Kaiser-Joseph-Straße, Humboldtstraße und Platz der Universität (sogenanntes Bermuda-Dreieck) aufhalten, vor Verletzungen ihrer Gesundheit durch körperliche Gewalt schützen. Nach Erlass der Polizeiverordnung war dort seit Anfang des Jahres 2008 bereits ein Rückgang der Gewaltstraftaten zu verzeichnen (siehe III. Ziffer 2).

III. Voraussetzungen für den Erlass der Polizeiverordnung

Die rechtlichen Voraussetzungen für den Erlass der Polizeiverordnung liegen nach Auffassung der Verwaltung vor (siehe auch unter Ziffer 3). Im Bermuda-Dreieck besteht eine abstrakte Gefahr für die körperliche Unversehrtheit der sich dort aufhaltenden Personen, der mit dem Erlass der Polizeiverordnung unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit in geeigneter Weise entgegen getreten werden kann.

1. Abstrakte Gefahr

Primär regelt die Polizei die ihr obliegende Aufgabe der Gefahrenabwehr durch Einzelmaßnahmen gegenüber den verursachenden Personen. Daneben ist die Ortpolizeibehörde jedoch befugt, Gebote und Verbote in Form einer Polizeiverordnung zu erlassen. Eine Polizeiverordnung richtet sich an eine noch unbestimmte Mehrheit von Adressaten und soll Gefahren abwehren, die sich möglicherweise erst in Zukunft aktualisieren. Eine hierfür erforderliche sogenannte abstrakte Gefahr liegt in einer Sachlage, bei der nach allgemeiner Lebenserfahrung oder Erkenntnissen fachkundiger Stellen im einzelnen Fall die Wahrscheinlichkeit besteht, dass in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit eintreten wird. Die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintrittes muss umso größer sein, je geringer der möglicher-

weise eintretende Schaden ist, sie darf umso kleiner sein, je schwerer der etwa eintretende Schaden wiegt. Gleichwohl muss auch dann, wenn ein schwerwiegender Schaden befürchtet wird, zumindest eine gewisse Wahrscheinlichkeit für den Eintritt dieses Schadens sprechen. Dies verlangt eine in tatsächlicher Hinsicht genügend abgesicherte Prognose und außerdem hinreichende Anhaltspunkte hinsichtlich des drohenden Eintritts von Schäden (für das sogenannte „Überschreiten der Gefahrenschwelle“). Ansonsten besteht nur ein Gefahrenverdacht, der für den Erlass einer Polizeiverordnung nicht ausreicht.

Im Bermuda-Dreieck führt der Konsum von mitgebrachtem Alkohol mitursächlich zur Begehung von Körperverletzungsdelikten und stellt damit - zwar nicht grundsätzlich, aber in diesem räumlich abgegrenzten Bereich der Innenstadt Freiburgs - eine abstrakte Gefahr für das hochrangige Rechtsgut der körperlichen Unversehrtheit dar.

Zwischen Alkoholkonsum und Gewaltkriminalität besteht ein Wirkungszusammenhang. Der Alkoholkonsum führt zur Enthemmung und damit auch zur Steigerung der Gewaltbereitschaft Einzelner. Nach den Erfahrungen der Polizei ist Alkoholisierung häufig die Ursache für gewalttätige Auseinandersetzungen. 2007 standen 43 % der Tatverdächtigen in der Freiburger Altstadt unter Alkoholeinfluss, im Jahre 2008 sogar 60 % (vgl. Anlage 2, Seite 14). Diese Beobachtungen decken sich mit landes- und bundesweiten Untersuchungen. Die Landesregierung hat auf diesen Zusammenhang in ihrer Antwort auf die große Anfrage der CDU-Fraktion zur Jugendkriminalität hingewiesen (Ziffer 3 der LT-Drs. 14/2325 vom 06.02.2008). Der zweite periodische Sicherheitsbericht des Bundesministeriums des Innern, auf den die Landesregierung hinweist, stützt diese Beobachtungen ebenfalls. Danach spielen die Alkoholisierung von Beteiligten bei der Entstehung von Straftaten sowie bei der Ausprägung von kriminellen Karrieren vielfach eine mitursächliche, auslösende, begünstigende und begleitende Rolle.

Im Bermuda-Dreieck, das ungefähr ein Zehntel der Freiburger Altstadt umfasst, ist die Anzahl der Gewaltdelikte im Vergleich zur restlichen Altstadt überproportional hoch. Hier wurden sowohl 2007 als auch 2008 fast 50 % aller Gewaltstraftaten in der Altstadt begangen (vgl. Anlage 2, Seite 8). Nach polizeilichen Beobachtungen ist im Bermuda-Dreieck in erheblichem Maße mitgebrachter Alkohol konsumiert worden. Das Bermuda-Dreieck ist ein beliebter Aufenthaltsort insbesondere junger Menschen. Dort konzentrieren sich Kneipen, Diskotheken und Vergnügungsstätten sowie drei Fast-Food-Restaurants auf sehr engem Raum entlang enger innerstädtischer Straßen. Um den Bertoldsbrunnen liegt der zentrale ÖPNV-Knotenpunkt, an dem die Innenstadtbesucher mit der Stadtbahn ankommen, umsteigen, und auch in den Nachtbussen wieder abfahren. Westlich liegen mit den zentralen Universitätsgebäuden, der Universitätsbibliothek und dem Stadttheater hochfrequentierte Gebäude und öffentliche Räume. Zu beobachten sind Gruppen, die von vornherein nicht den Besuch der Kneipen oder anderen Vergnü-

gungsstätten beabsichtigen, sondern das Bermuda-Dreieck als gesellschaftlichen Treffpunkt nutzen wollen und dabei Alkohol in erheblichen Mengen konsumieren. Andere, insbesondere Jugendliche, treffen sich dort zunächst zum sogenannten „Vorglühen“ oder „Warmtrinken“ mit - im Vergleich zu Gaststätten weitaus billigerem - in Discountern gekauftem Alkohol, um anschließend die dortigen Kneipen und Diskotheken bereits alkoholisiert aufzusuchen. Dies wird Ihnen von Türstehern aufgrund ihres erheblichen Alkoholisierungsgrades oftmals verwehrt. Viele Betroffene reagieren hierauf aggressiv. Dasselbe gilt für die Personen, die alkoholisiert der Kneipen und Diskotheken verwiesen werden. Nach den Erfahrungen der Polizei ist das Zusammentreffen abgewiesener und verwiesener Personen eine häufige Ursache gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Tatsächlich befindet sich vor allem in den späteren Nachtstunden eine zum Teil schwer alkoholisierte Menschenmenge auf sehr engem Raum. Im Zusammenspiel mit alkoholbedingter Enthemmung fördert diese besondere Situation die Bereitschaft, auf zunächst harmlos beginnende Meinungsverschiedenheiten oder vermeintlich geringfügige Provokationen mit körperlicher Gewalt zu reagieren, wobei auch unbeteiligte Dritte in ihrer Gesundheit geschädigt werden. Diese besondere Gefährdung besteht nach polizeilicher Erkenntnis vor allem in den Nachtstunden zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr in den Nächten von Freitag bis Montag sowie vor Feiertagen.

Bei der räumlichen Situation im Bermuda-Dreieck ist zu erwarten, dass es auch zukünftig, insbesondere an den Wochenenden, ein begehrter Aufenthaltsort sein wird, an dem mitgebrachter Alkohol in erheblichen Mengen getrunken wird. So hat die Polizei seit In-Kraft-Treten der ersten Polizeiverordnung „Alkoholverbot“ an den entsprechenden Tagen in 381 Fällen entweder um die Vernichtung des Alkohols oder um das Verlassen des Sperrbereichs bitten müssen.

Aus alldem folgt, dass der Konsum von mitgebrachtem Alkohol im Bermuda-Dreieck nach den Erfahrungen der Polizei zumindest mitursächlich zu der Begehung von Körperverletzungsdelikten führt und damit eine abstrakte Gefahr für die körperliche Unversehrtheit darstellt.

2. Verhältnismäßigkeit

Nach Auffassung der Verwaltung ist der Erlass einer Polizeiverordnung, die in bestimmten Nächten den Konsum von mitgebrachtem Alkohol verbietet, auch eine verhältnismäßige Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte (hier: des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum). Zunächst handelt es sich bei dem Erlass der Polizeiverordnung um ein geeignetes Mittel, der Gefahr für die körperliche Unversehrtheit entgegenzutreten. Die Gewalttatensind in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 im gesamten Stadt-

teil Altstadt gesunken, auch im örtlichen und zeitlichen Geltungsbereich der Polizeiverordnung (vgl. Anlage 2, Seite 6 ff.).

	JAN - MAI 2007	JAN - MAI 2008	%
Anzahl der Gewaltdelikte im Geltungsbereich der Polizei- VO	126	120	-5%
davon FR - MO, jeweils 22:00 Uhr - 06:00 Uhr	82	69	-16%

Ein Beobachtungszeitraum von nur fünf Monaten ist zwar im Hinblick auf die geringen Datenmengen statistisch noch nicht hinreichend aussagekräftig, weil in der Feinanalyse die Nacht von Sonntag auf Montag den Rückgang um 16 % bedingt und es sich insgesamt noch um sehr kleine Datenmengen handelt. Andererseits wäre wegen der erhöhten Polizeipräsenz eine Steigerung der festgestellten Gewalttaten zu erwarten gewesen, die aber nach Einschätzung der Verwaltung wegen der Wirksamkeit des Alkoholverbotes nicht eingetreten ist. Es empfiehlt sich jedoch, die polizeilichen Beobachtungen über einen längeren Zeitraum, der insbesondere auch die Sommermonate erfasst, fortzuführen. In dem Bericht der Polizeidirektion ist ferner zu beachten, dass die gesamte Kaiser-Joseph-Straße statistisch erfasst wurde und eine separate Darstellung des vom Geltungsbereich der Polizeiverordnung erfassten Teiles nicht möglich ist. Die Aufnahme dieses Abschnittes in die Polizeiverordnung ist jedoch begründet, da sich dort Vergnügungsstätten befinden, es sich um den zentralen Zu- und Abwanderungsweg des Ausgehviertels handelt, sich dort der ÖPNV-Knotenpunkt Bertoldsbrunnen befindet und sich viele Konflikte zwischen Besucherinnen und Besuchern untereinander, aber auch zwischen Türstehern und Besuchern dorthin verlagern und deshalb in diesem Bereich - im Gegensatz zum restlichen Teil der Kaiser-Joseph-Straße - eine hinreichende Wahrscheinlichkeit für alkoholbedingte Gewaltstraftaten besteht.

Die Polizeiverordnung wurde in drei Stufen umgesetzt, da die Diskothek Fun-Park zum 31.12.2007 ihren Betrieb einstellte, zunächst nur für den Bereich des Bermuda-Dreiecks. Nach Inkrafttreten der Polizeiverordnung informierten die Polizei vor Ort anhand eines Flyers über die neu bestehende Verordnung. Die Kontrolle erfolgte mit eigenen Einsatzkräften der Polizeidirektion ohne Hinzuziehung auswärtiger Kräfte. In der sich anschließenden „Gewöhnungsphase“ hat sich gezeigt, dass das Alkoholverbot bei entsprechenden Kontrollmaßnahmen allgemein angenommen wird und Akzeptanz genießt. Bisher wurden noch keine alkoholischen Getränke beschlagnahmt oder Bußgeldverfahren eingeleitet.

Als positive Nebenwirkung des Alkoholverbots ist nach den bisherigen Erkenntnissen zu verzeichnen, dass aus dem Straßenbild alkoholtrinkende und herumgrölende Personengruppen weitgehend verschwunden sind und damit auch ein erhebliches Aggressionspotenzial. Ebenso wurde auch die Zahl potenzieller Opfer reduziert, die alkoholbedingt und hemmungslos andere Personen auf der Straße durch ihr Verhalten provozieren oder so genannte „Schau- und Spaßkämpfe“ durchführen und dadurch ein bestimmtes Täterklientel zum Mitmachen animieren. Auch Störungen durch alkoholbedingt ausfällig gewordene Zuschauerinnen und Zuschauer gegenüber Polizeikräften haben abgenommen, die Kommunikation zwischen Polizei und den Besucherinnen und Besuchern im Bermuda-Dreieck hat sich erheblich verbessert, auch in Gefahren- und Stresssituationen. Dies wird durch den Rückgang im Bereich der Delikte „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ indiziert.

Der Erlass der Polizeiverordnung ist nach dem Grundsatz des geringst möglichen Eingriffs in die Rechte der Bürger auch erforderlich. Es ist kein milderes Mittel ersichtlich, das ebenso geeignet ist, der Gefahr für die körperliche Unversehrtheit von Menschen im Bermuda-Dreieck entgegenzutreten. Die Schließung der Gaststätten, Kneipen und Vergnügungsstätten, die das Bermuda-Dreieck zu dem beliebten Treffpunkt machen, wäre im Hinblick auf die Rechte der Betreiber, die bau- und gaststättenrechtlichen Bestandsschutz genießen, unverhältnismäßig. Im Übrigen könnte auf diese Weise auch nicht dem Konsum des billigen mitgebrachten Alkohols entgegen getreten werden, der jedoch erheblich zur Alkoholisierung der sich dort aufhaltenden Personen beiträgt.

Die in der Verordnung getroffenen Beschränkungen sind nach Abwägung der betroffenen Rechtsgüter auch angemessen. Es handelt sich bei dem Verbot des Konsums mitgebrachten Alkohols zwar um einen Eingriff in die Freiheitsrechte. Der Geltungsbereich der Polizeiverordnung wird jedoch auf ein relativ kleines Gebiet begrenzt, der Alkoholkonsum nur zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr untersagt und auf die Nächte des Wochenendes (und vor gesetzlichen Feiertagen) beschränkt. Außerdem soll die Polizeiverordnung zunächst nur für zwei weitere Jahre erlassen werden, um sie daraufhin erneut auf das Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen zu überprüfen. Im Hinblick auf den Schutz des hochrangigen Rechtsgutes der körperlichen Unversehrtheit ist die Aufrechterhaltung dieser Regelung (die sich als taugliches Instrument erwiesen hat) zu rechtfertigen.

3. Rechtliches Risiko

Entscheidend für die Rechtmäßigkeit der Polizeiverordnung ist, ob diese den Anforderungen des § 10 PolG genügt, und die von der Rechtsprechung zur Konkretisierung der polizeirechtlichen Generalklausel geforderte abstrakte Gefahr besteht. Nach neuerer Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts kann das Vorliegen einer abstrakten Gefahr nicht bejaht werden, wenn für die Behörde bereits die tatsächlichen Grundlagen, aufgrund derer sie eine Prognose trifft, ungewiss sind. In dem Fall besteht lediglich ein - wenn auch begründeter - Verdacht einer Gefahr, der nicht für den Erlass einer Polizeiverordnung ausreicht.

Entscheidend ist, dass der Erlass der Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum in einem ersten Schritt an den Konsum von Alkohol anknüpft. Nach ständiger Rechtsprechung liegt in dem bloßen Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum noch keine abstrakte Gefahr. Es müssen weitere Anhaltspunkte hinzu kommen, um eine abstrakte Gefahr von dem Gefahrenverdacht abzugrenzen und damit den Erlass einer Rechtsnorm zu begründen. Als ausreichend ist beispielsweise das Zusammentreffen alkoholisierter rivalisierender Fangruppen in und um Fußballstadien erachtet worden, um ein Alkoholverbot zu rechtfertigen. Nach Auffassung der Verwaltung bestehen im vorgeschlagenen Geltungsbereich der Polizeiverordnung ausreichend Anhaltspunkte, die eine abstrakte Gefahr und nicht nur einen Gefahrenverdacht begründen (s.o.). Nach Auffassung der Verwaltung besteht im Hinblick darauf, dass keine andere Gemeinde bisher entsprechende Regelungen erlassen hat, jedoch ein - vertretbares - rechtliches Risiko, dass der Verwaltungsgerichtshof in einem angekündigten Normenkontrollverfahren das Vorliegen einer abstrakten Gefahr verneint und die Polizeiverordnung aufhebt.

IV. Situation im Industriegebiet Nord

Im Bereich der ehemaligen Diskothek Funpark im Industriegebiet Nord wurden in den vergangenen Jahren viele Gewaltstraftaten unter Alkoholeinfluss begangen (vgl. hierzu die Nachweise in der Drucksache G-07/185, insbes. Anl. 3 Ziffer 1.2.2). Unmittelbar nach Inkrafttreten der Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum wurde der Betrieb der Diskothek zum 31.12.2007 eingestellt. Am 18.04.2008 wurde sie unter dem Namen „Musikarena 5“ neu eröffnet, jedoch inzwischen wieder geschlossen, da eine Sperrzeitverkürzung nicht genehmigt wurde. Da der Betreiber nach wie vor eine entsprechende gaststättenrechtliche Erlaubnis hat, könnte er die Diskothek jederzeit wieder öffnen. Der Erlass einer Polizeiverordnung ist nach Auffassung der Verwaltung aber nicht zu rechtfertigen, solange die Diskothek geschlossen ist und sich deshalb dort keine Vielzahl von Menschen aufhält, die Alkohol konsumieren oder Gewaltstraftaten auf Grund des Konsums mitgebrachten Alkohols begehen. Es besteht

also keine abstrakte Gefahr, die für den Erlass der Polizeiverordnung jedoch zwingend vorliegen muss. Sollte die Diskothek wieder in ähnlicher Form öffnen, kann ggf. zunächst eine Allgemeinverfügung erlassen und eine Polizeiverordnung vorbereitet werden.

V. Inhalt der Polizeiverordnung

Die vorgeschlagenen Regelungen der Polizeiverordnung (Anlage 1) werden wie folgt erläutert:

§ 1 Geltungsbereich

Vom Geltungsbereich umfasst ist das Altstadtquartier zwischen Martinstor und dem angrenzenden Teil der Humboldtstraße, Bertoldsbrunnen, Platz der alten Synagoge und Platz der Universität. Dieser Bereich ist Schwerpunkt der Gewaltdelikte und damit Einsatzschwerpunkt der Polizei. Zwar kommt es auf öffentlichen Plätzen, z. B. auf dem Augustinerplatz, wie in der Drucksache G-07/186 dargestellt, häufig zu Ordnungsstörungen durch Lärmbelästigungen. Im Zusammenhang mit der Nutzung dieser Plätze ist jedoch derzeit keine auffällig hohe Zahl von Gewaltdelikten oder anderen Straftaten festzustellen.

§ 2 Alkoholverbot

Das Alkoholverbot gilt nicht nur auf öffentlichen Wegen und Plätzen sondern vielmehr in allen öffentlich zugänglichen Bereichen. Hierzu gehört der Platz der Weißen Rose in der Universität. In Gebäuden, in Gaststätten und auf konzessionierten Freisitzflächen gilt das Verbot nicht.

Verboten ist der Konsum alkoholischer Getränke und das Mitsichführen alkoholischer Getränke, um diese im Geltungsbereich der Polizeiverordnung zu konsumieren. Im letzteren Falle kommt es darauf an, ob die mit dem Vollzug vor Ort eingesetzten Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen je nach Sachlage davon ausgehen können, dass der mitgeführte Alkohol an Ort und Stelle konsumiert werden soll. Diese im Einzelfall zu treffenden Entscheidungen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Ladenöffnungszeiten, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, freigegeben sind. Einkäufe alkoholischer Getränke in der Innenstadt, um diese dann anschließend mit nach Hause zu nehmen, sind also weiterhin möglich.

Die Regelung gilt für die Nächte von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag sowie die Nächte vor gesetzlichen Feiertagen, jeweils zwischen 22:00 und 06:00 Uhr. Dies sind die kritischen Nachtzeiten, zu denen an den genannten örtlichen Brennpunkten, also den Treffpunkten der „Fun-Gesellschaft“, eine abstrakte Gefahrenlage für die sich dort aufhaltenden Menschen besteht. Die anderen Wochentage weisen eine geringere Anzahl von Ge-

waltdelikten auf. Unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten soll die Polizeiverordnung deshalb auf die Wochenenden und auf Feiertage beschränkt bleiben.

§ 3 Ausnahmen

Mit der Möglichkeit zu Ausnahmeentscheidungen durch die Polizeibehörde soll besonderen Ereignissen Rechnung getragen werden können, an denen der Vollzug der Polizeiverordnung ausgesetzt werden kann.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

Der Vollzug der Polizeiverordnung erfolgt vor Ort in der Regel durch Aufforderung an die Personen, den Konsum einzustellen und die Getränke zu entsorgen oder herauszugeben. Die Beschlagnahme erfolgt, wenn die Getränke nicht freiwillig herausgegeben werden. Zusätzlich können Bußgeldverfahren eingeleitet werden. Die Verwaltung sieht davon ab, für Verstöße gegen die Polizeiverordnung einen besonderen Bußgeldkatalog aufzustellen. Gem. § 17 OWiG steht ein Bußgeldrahmen von 5,00 - 1.000,00 € zur Verfügung.

§ 5 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Die Polizeiverordnung wird zeitlich befristet bis zum 31.07.2010 erlassen. Im Hinblick auf das zu schützende Rechtsgut der körperlichen Unversehrtheit wäre zwar eine zeitlich unbefristete Regelung denkbar. Die Verwaltung ist jedoch der Ansicht, dass im Hinblick auf die strikte Verbotsnorm und die damit verbundene Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit eine zeitlich befristete Regelung verhältnismäßig und nach derzeitigem Sachstand zunächst ausreichend ist.

Gewaltdelinquenz im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Freiburg

Untersuchung der Zusammenhänge
zwischen Alkoholkonsum und der
Begehung von Gewaltstraftaten

Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Freiburg, Führungs- und
Einsatzstab, SB Kriminalitätsbekämpfung
Heinrich- von- Stephan- Straße 4
79110 Freiburg
Telefon 0761/882 - 4106
Telefax 0761/882 - 4109

Autoren: Peter Steuck, Susanne Steudten

Stand: August 2007

© PD FR

Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung des
Herausgebers

Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG	4
1. GEWALTPHÄNOMENOLOGIE	5
1.1. Deliktsfelder Gewalkriminalität und einfache, vorsätzliche Körperverletzung	5
1.2. Räumliche Verteilung im Stadtgebiet Freiburg	6
1.2.1. Feinanalyse des Stadtteils Altstadt	7
1.2.2. Feinanalyse des Stadtteils Brühl	10
1.2.3. Feinanalyse der Stadtteile Stühlinger und Haslach	10
1.3. Tatzeituntersuchung	10
1.3.1. Verteilung bezogen auf die Tattage	10
1.3.2. Verteilung bezogen auf die Tageszeit	11
1.3.3. Verteilung bezogen auf die Tatmonate	11
1.4. Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt	12
2. BESONDERER TATUMSTAND ALKOHOL	13
3. ZUSAMMENFASSUNG GEWALTPHÄNOMENOLOGIE	15

Vorbemerkung

Die Polizeidirektion Freiburg registriert seit geraumer Zeit den auch landesweit festzustellenden Trend der zunehmenden Gewaltdelinquenz. Insbesondere im Bereich der Freiburger Innenstadt ist ein überproportionaler Anstieg der Gewaltdelikte zu verzeichnen. Offenkundig ist dabei auch der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Gewaltdelikte und dem Alkoholisierungsgrad der Personen.

Die folgende Untersuchung basiert unter anderem auf der Auswertung der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) registrierten Delikte für das erste Halbjahr 2007.

An dieser Stelle wird auf die Untersuchung zur Gewaltdelinquenz der PD Freiburg vom März 2007 verwiesen.

1. Gewaltphänomenologie

1.1. Deliktsfelder Gewalkriminalität und einfache, vorsätzliche Körperverletzung

Die Analyse der Delikte, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik im ersten Halbjahr 2007 unter dem Summenschlüssel 8920 als Gewaltdelikte registriert sind, sowie für die einfachen, vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte, die unter dem Schlüssel 2240 erfasst werden, ergab nachstehendes Ergebnis.

Im Berichtszeitraum wurden in der Stadt Freiburg insgesamt 1298 Fälle der Gewaltdelinquenz einschließlich Fälle der einfachen, vorsätzlichen Körperverletzung verübt.

Diese verteilen sich auf die Stadtteile wie folgt:

Summe von Anzahl Fälle 1.HJ 2007		
Stadtteil	Summe 8920 + 2240	in %
ALTSTADT	349	26,9
HASLACH	132	10,2
BRÜHL	124	9,6
STÜHLINGER	106	8,2
WIEHRE	92	7,1
WEINGARTEN	72	5,5
BETZENHAUSEN -BISCHOFSLINDE	59	4,5
NEUBURG	41	3,2
WALDSEE	31	2,4
MOOSWALD	30	2,3
ST. GEORGEN	30	2,3
HERDERN	29	2,2
ZÄHRINGEN	26	2,0
RIESELFELD	25	1,9
OBERAU	23	1,8
LANDWASSER	21	1,6
LITTENWEILER	18	1,4
TIENGEN	14	1,1
VAUBAN	13	1,0
HOCHDORF	12	0,9

EBNET	11	0,8
KAPPEL	10	0,8
OPFINGEN	10	0,8
MUNZINGEN	8	0,6
GÜNTERSTAL	4	0,3
LEHEN	4	0,3
Sonstige	4	0,3
Gesamtergebnis	1298	100,0

26,9 % der registrierten Fälle der Gewaltdelinquenz der Stadt Freiburg wurden in dem Stadtteil Altstadt begangen.

↪ **Die Zahlen belegen eine überproportionale Anzahl registrierter Gewaltkriminalität in der Freiburger Innenstadt.**

1.2. Räumliche Verteilung im Stadtgebiet Freiburg

Die räumliche Verteilung der Tatorte ist in der unten stehenden Karte abgebildet.

Daraus wird ersichtlich, dass im innerstädtischen Bereich mit 349 registrierten Gewaltdelikten, einschließlich der Fälle der einfachen, vorsätzlichen Körperverletzung (zusammen 26,9%), der Brennpunkt der Stadt Freiburg liegt.

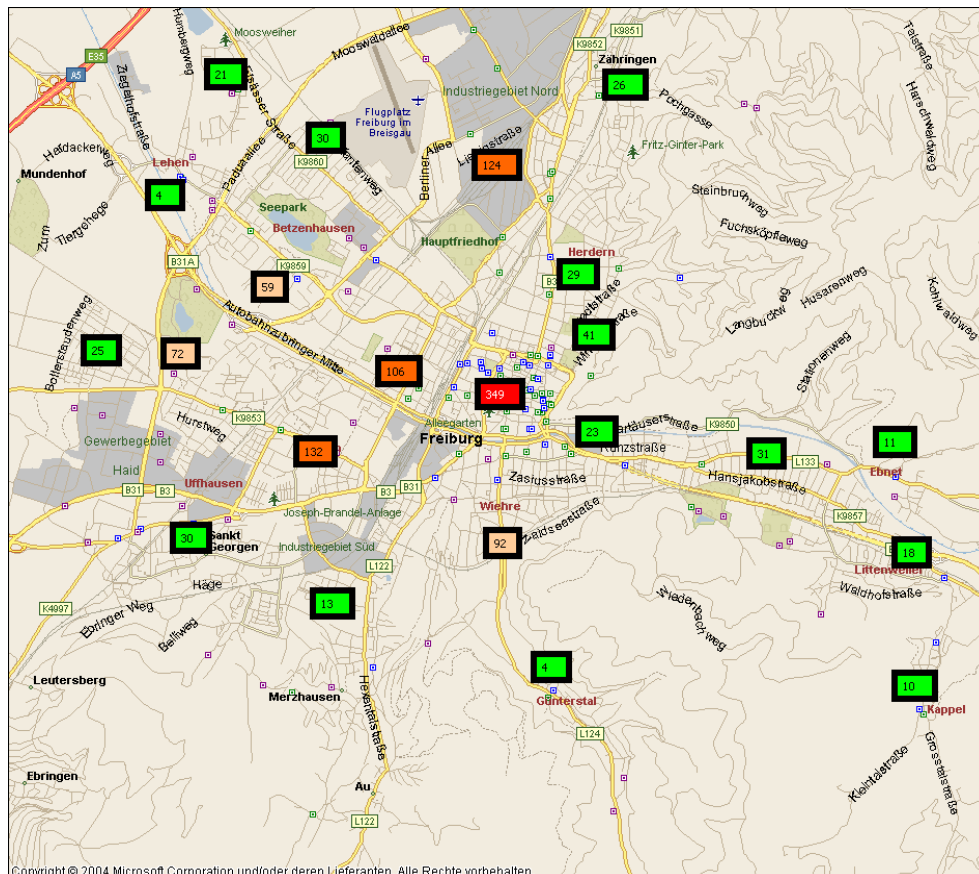
Im Stadtteil Haslach wurden 132 Gewaltdelikte, einschließlich einfacher, vorsätzlicher Körperverletzungsdelikte registriert. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 10,2%.

Der Stadtteil Brühl mit 124 Delikten (9,6%), sowie der Stadtteil Stühlinger mit 106 Delikten (8,2%) folgen in der Statistik.

Anmerkung:

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Gewaltdelikte, sowie Delikte der einfachen, vorsätzlichen Körperverletzung. Die Fälle der häuslichen Gewalt werden nicht separat ausgewiesen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Fälle der häuslichen Gewalt prozentual in allen Stadtteilen etwa mit gleichen Anteilen registriert werden. Im innerstädtischen Bereich liegt der Anteil leicht unter dem Durchschnitt, da in diesem Bereich die Wohndichte niedriger ist.

Bei der Auswertung der PKS-Daten kann nicht unterschieden werden, ob die Delikte im öffentlichen Raum oder in einem Gebäude begangen wurden. Hier liegen Erfahrungswerte zu Grunde, dass sich der Anteil gleichmäßig mit ca. 50:50 verteilt.



1.2.1. Feinanalyse des Stadtteils Altstadt

Die Altstadt selbst weist eine besiedelte Fläche von 102,2 ha auf. Das entspricht einem Anteil von nur 2,34% an der gesamten Siedlungsfläche der Stadt Freiburg.

Die Tatorte im Stadtteil Altstadt verteilen sich nicht gleichmäßig. Bei der Feinanalyse werden die Brennpunkte

- Bertoldstraße
- Kaiser-Joseph-Straße
- Bismarckallee

deutlich.

Berücksichtigt man bei der Bewertung auch die Straßenlänge, so fällt auf, dass an einigen relativ kurzen Straßen überproportional viele Gewaltdelikte registriert sind.

Insbesondere die Straßen

- Löwenstraße
- Eisenbahnstraße
- Grünwälderstraße
- Universitätsstraße
- Niemensstraße und der Bereich
- Bahnhof

sind hierbei hervorzuheben.

Bezeichnend für die Straßen ist, dass in ihrem Bereich entweder ein oder mehrere Nachlokalitäten angesiedelt sind oder es sich um Zu- oder Abwanderungsstraßen aus der Freiburger Innenstadt Richtung Bahnhof bzw. in umgekehrter Richtung handelt.

In der folgenden Tabelle ist die Anzahl der registrierten Gewaltdelikte einschließlich der einfachen vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte im ersten Halbjahr 2007 nach Tatörtlichkeit (Straße) aufgelistet.

Summe von Anzahl Fälle Gewaltdelikte			
Straße	Summe	Summe insgesamt	%
ADLERSTRAßE	1		0,29%
ANNENGÄßLE	1		0,29%
AUGUSTINERPLATZ	2		0,57%
BAHNHOF: BAHNHOF	7		2,01%
BERTOLDSTRAßE 1-33 U. 2-28	23		6,59%
BERTOLDSTRAßE 43-67 UNGERADE	27		7,74%
BERTOLDSTRAßE 46-62 GERADE	4		1,15%
Bertoldstraße gesamt		54	15,47%
BISMARCKALLEE	35		10,03%
BURSENGANG	1		0,29%
COLOMBIPARK	2		0,57%
DREISAMSTRAßE	1		0,29%
EISENBAHNSTRAßE	14		4,01%
FAHNENBERGPLATZ 4-6 GERADE	1		0,29%
FRANZISKANERSTRAßE	1		0,29%
FRIEDRICHRING 2-42 GERADE	3		0,86%
FRIEDRICHSTRAßE 42-58 GERADE	3		0,86%
GARTENSTRAßE	3		0,86%
GERBERAU	1		0,29%
GRÜNWÄLDERSTRAßE	11		3,15%
HOLZMARKT 5-5 U. 8-12	2		0,57%
HUMBOLDTSTRAßE	3		0,86%
INSEL	1		0,29%
KAISER-JOSEPH-STRAßE 143-191 UNGERADE	43		12,32%
KAISER-JOSEPH-STRAßE 168-262 GERADE	44		12,61%

KAISER-JOSEPH-STRASSE 193-255 UNGERADE	3		0,86%
KAISER-JOSEPH-STRASSE 257-273	3		0,86%
Kaiser-Joseph-Strasse gesamt		93	26,65%
KONRAD-ADENAUER-PLATZ GERADE	2		0,57%
LÖWENSTRASSE	26		7,45%
MARIENSTRASSE 1-7A U. 2-8	1		0,29%
MILCHSTRASSE	1		0,29%
MÜNSTERPLATZ	2		0,57%
NIEMENSSTRASSE	7		2,01%
OBERLINDEN	2		0,57%
RATHAUSGASSE	2		0,57%
RAUSTRASSE	2		0,57%
ROSASTRASSE	6		1,72%
ROTTECKRING 2-22 GERADE	2		0,57%
ROTTECKRING 3-5 UNGERADE	1		0,29%
SALZSTRASSE	5		1,43%
SCHIFFSTRASSE	3		0,86%
SCHLOSSBERGRING	2		0,57%
SCHNEWLINSTRASSE	15		4,30%
SCHREIBERSTRASSE	7		2,01%
SCHWABENTORPLATZ	2		0,57%
SCHWABENTORRING 8-12 GERADE	1		0,29%
SEDANSTRASSE	2		0,57%
UNIVERSITÄTSSTRASSE	9		2,58%
WEBERSTRASSE	1		0,29%
WERDERRING	1		0,29%
WILHELMSTRASSE	2		0,57%
(Leer)	5		1,43%
Gesamtergebnis	349		100,00%

Im Folgenden sind die Brennpunkte rund um das „Bermuda-Dreieck“ grafisch dargestellt.



1.2.2. Feinanalyse des Stadtteils Brühl

Die Feinanalyse der Tatörtlichkeiten im Stadtteil Brühl ergab, dass von den 124 in dem Stadtteil insgesamt verübten Gewaltstraftaten

- 52 in der Hans-Bunte-Straße und
- 19 in der Zinkmattenstraße

begangen wurden.

Dies entspricht zusammen einem prozentualen Anteil von über 57%.

Die Tatorte befinden sich unmittelbar in der Nähe der Diskothek FUN-Park.

1.2.3. Feinanalyse der Stadtteile Stühlinger und Haslach

Die Feinanalyse der Stadtteile Stühlinger und Haslach zeigt keine herausragenden Auffälligkeiten bezüglich der Tatorte.

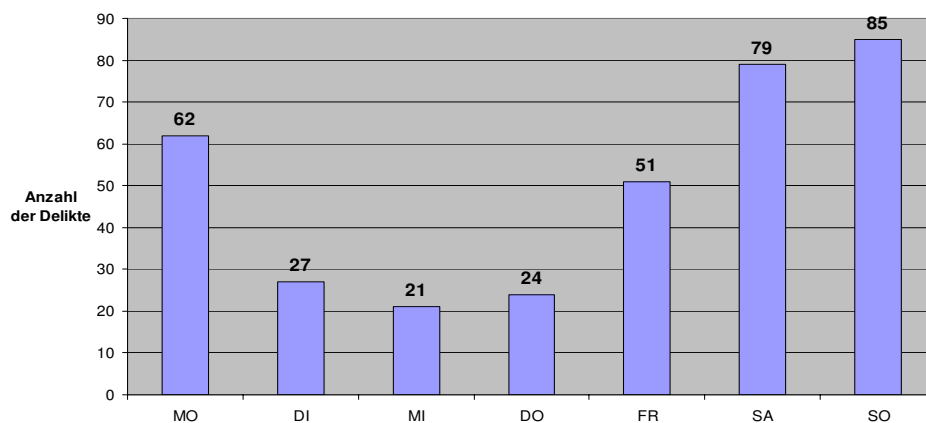
1.3. Tatzeituntersuchung

1.3.1. Verteilung bezogen auf die Tattage

Die Auswertung der relevanten Tattage im ersten Halbjahr 2007 zeigt deutlich, dass an den Wochentagen Freitag, Samstag, Sonntag und Montag die meisten Straftaten zu verzeichnen sind.

An diesen vier Wochentagen wurden in dem untersuchten 6-Monats-Zeitraum nahezu 80% der Gewaltdelikte in der Freiburger Innenstadt begangen (79,36%).

Gewaltdelikte und einfache vorsätzliche Körperverletzungsdelikte
in der Altstadt nach Tattagen
PKS-Auswertung 1. HJ 2007

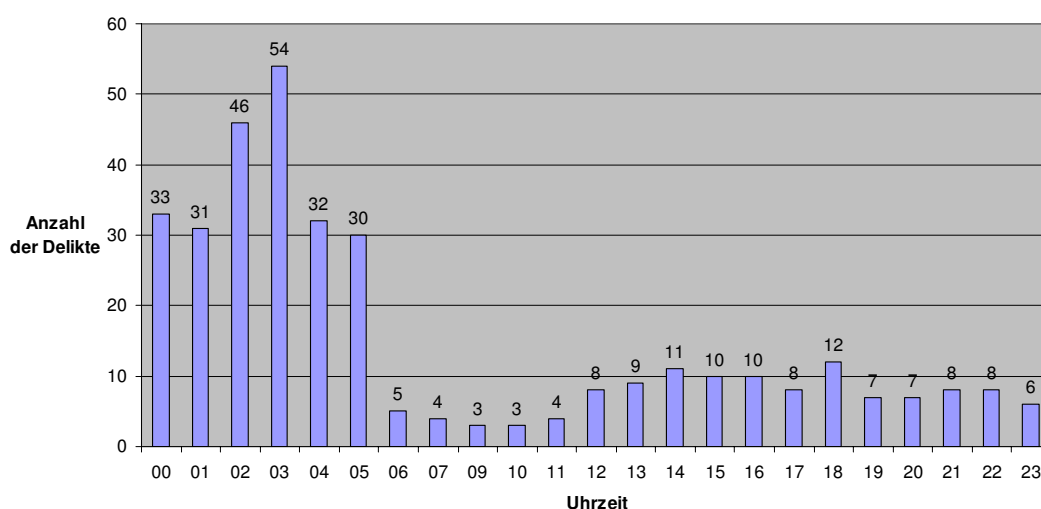


1.3.2. Verteilung bezogen auf die Tageszeit

Die Auswertung in Bezug auf die tageszeitliche Tatbegehung zeigt, dass die Gewaltdelikte insbesondere in der Zeit zwischen 00.00 – 05.00 Uhr verübt wurden.

Über 64% der registrierten Delikte des Gewaltphänomens wurden in diesem Zeitraum in der Innenstadt Freiburg begangen.

**Gewaltdelikte und einfache vorsätzliche Körperverletzungsdelikte
in der Altstadt nach Tatzeiten
PKS-Auswertung 1.HJ 2007**



↪ Aus den oben stehenden Diagrammen lässt sich schließen, dass der überwiegende Anteil der Gewaltkriminalität in den Nächten Freitag/Samstag, Samstag/Sonntag und Sonntag/Montag verübt wurden.

1.3.3. Verteilung bezogen auf die Tatmonate

Die Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik nach den Gewaltdelikten sowie den einfachen, vorsätzlichen Körperverletzungen für das Jahr 2006 bezogen auf die Tatmonate zeigt, dass der Trend der monatlichen Verteilung zwischen Altstadt und Gesamtstadt Freiburg nicht parallel verläuft.

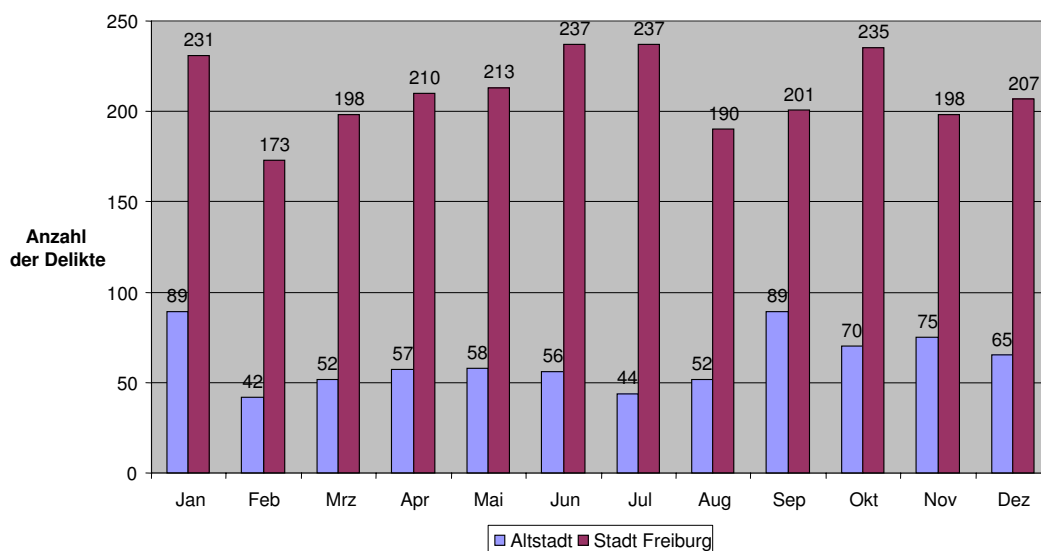
Die Altstadt weist in den Monaten Januar, September sowie Oktober und November die höchste Belastung auf. In der Stadt Freiburg wurden in den Sommermonaten Juni und Juli sowie in den Monaten Oktober und Januar die meisten Delikte registriert.

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	2006 Ergebnis
Altstadt	89	42	52	57	58	56	44	52	89	70	75	65	749
Stadt Freiburg	231	173	198	210	213	237	237	190	201	235	198	207	2530

Das nachfolgende Schaubild zeigt die Anzahl der in der PKS 2006 registrierten Gewaltdelikte und einfachen, vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte verteilt auf die Tatmonate für die Stadt Freiburg im Vergleich zu dem Stadtteil Altstadt.

Daraus wird ersichtlich, dass die Monate September (mit 44,3%), Januar (mit 38,5%) und Oktober (37,9%) die Tatmonate sind, in welchen die Gewaltstraftaten und einfachen, vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte im Stadtteil Altstadt überproportional begangen werden.

**Gewaltdelikte und einfache, vorsätzliche Körperverletzungsdelikte
PKS-Auswertung für das Jahr 2006 nach Tatmonaten**



1.4. Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt

Die Auswertung bezüglich dem Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt belegt ebenfalls einen überproportional hohen Anteil registrierter Straftaten im Stadtteil Altstadt.

Von den in der Stadt Freiburg im Jahr 2006 registrierten 151 Fällen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurden 60 Fälle, dies entspricht einem prozentualen Anteil von 39,7%, in dem Stadtteil Altstadt verübt.

Die folgende Tabelle verdeutlicht ebenfalls den Anstieg der Widerstände gegen die Staatsgewalt im Zeitraum 2003 bis 2006. Insbesondere in einigen Stadtteilen, darunter auch in dem Stadtteil Altstadt, ist in den vergangenen Jahren eine starke Zunahme der Delikte zu verzeichnen.

	DELIKT	2003	2004	2005	2006	in %
Stadt Freiburg im Breisgau	Widerstand gegen die Staatsgewalt	86	101	142	151	100,0
Stadtteil Altstadt	Widerstand gegen die Staatsgewalt	37	36	44	60	39,7
Stadtteil Stühlinger	Widerstand gegen die Staatsgewalt	3	8	12	22	14,6
Stadtteil Wiehre	Widerstand gegen die Staatsgewalt	12	12	16	15	9,9

2. Besonderer Tatumstand Alkohol

Für die Jahre 2000 bis einschließlich erstes Halbjahr 2007 wurde untersucht, inwieweit alkoholbedingte Ausfälligkeiten bei der Tatbegehung festzustellen sind.

Die Alkoholbeeinflussung der Tatverdächtigen ist je nach Deliktsart sehr unterschiedlich. Insbesondere im Deliktsbereich der Körperverletzung und der Gewaltkriminalität ist eine sehr hohe täterbezogene Alkoholbeeinflussung bei der Begehung von Straftaten zu verzeichnen.

Der 7-Jahres-Durchschnitt (2000 – 2006) des Anteils an alkoholisierten Tatverdächtigen lag bei den Straftaten in der Stadt Freiburg bei insgesamt 9,9%. Für den Bereich des Stadtteils Altstadt lag dieser Anteil in dem 7-Jahres-Zeitraum etwas über 10,5%.

In Bezug auf Körperverletzungs- und Gewaltdelikte, die beiden Kriminalitätsformen, die überproportional in der Innenstadt verübt werden, ist festzustellen, dass der Alkoholisierungsgrad der Tatverdächtigen im Durchschnitt und Vergleich zum übrigen Stadtgebiet wesentlich höher liegt.

Der Alkoholisierungsgrad bei Körperverletzungen im 7-Jahres-Durchschnitt in der Stadt Freiburg liegt bei ca. 29,7%; in der Altstadt bei ca. 44,7%. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich des Alkoholisierungsgrades der Tatverdächtigen im Deliktsbereich der Gewaltkriminalität. Der Durchschnitt der Stadt Freiburg liegt bei 31,4%; der Durchschnitt des Stadtteils Altstadt bei 43,0%.

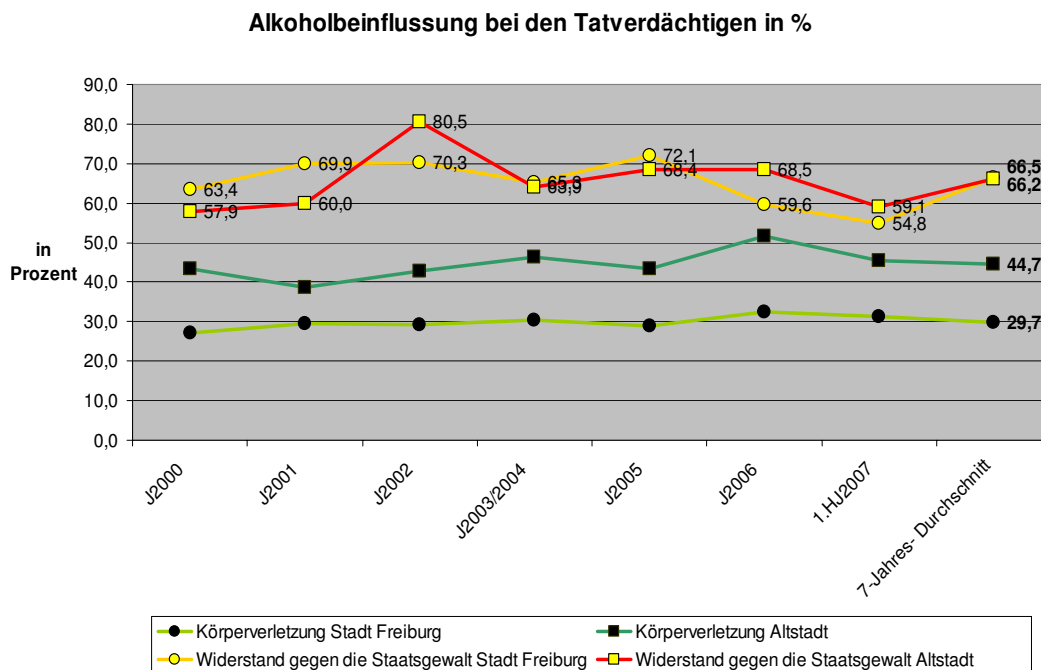
	Straftaten insgesamt Stadt Freiburg in %	Straftaten insgesamt Altstadt in %	Körperverletzung Stadt Freiburg in %	Körperverletzung Altstadt in %
2000	8,9	9,5	27,2	43,4
2001	10,5	10,5	29,5	38,7
2002	11,6	11,5	29,3	42,9
2003/2004	12,0	12,5	30,4	46,3
2005	12,8	13,2	29,0	43,4
2006	12,9	14,7	32,3	51,7
1.HJ2007	12,2	15,1	31,3	45,5
7-Jahres-Durchschnitt	9,9	10,4	29,7	44,7

	Gewaltkriminalität Stadt Freiburg in %	Gewaltkriminalität Altstadt in %	Widerstand gegen die Staatsgewalt Stadt Freiburg in %	Widerstand gegen die Staatsgewalt Altstadt in %
2000	29,4	43,9	63,4	57,9
2001	31,8	40,4	69,9	60,0
2002	31,0	38,4	70,3	80,5
2003/2004	31,4	44,7	65,3	63,9
2005	31,8	40,9	72,1	68,4
2006	33,1	47,7	59,6	68,5
1.HJ2007	34,2	43,0	54,8	59,1
7-Jahres-Durchschnitt	31,4	43,0	66,5	66,2

↪ **Nahezu die Hälfte der in der Innenstadt Freiburg verübten Gewaltstraftaten (43,0%) und einfachen, vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte (45,5%) wurden im ersten Halbjahr 2007 durch Straftäter verübt, die alkoholisiert sind.**

Die Tendenz war über die letzten Jahre steigend. Für beide Deliktsbereiche wurde im Jahr 2006 der jeweils höchste Wert erreicht.

Im folgenden Schaubild ist die Alkoholbeeinflussung der Tatverdächtigen für die Deliktsbereiche Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt dargestellt.



3. Zusammenfassung Gewaltphänomenologie

- Gewaltdelikte sowie Delikte im Bereich des Widerstands gegen die Staatsgewalt ereignen sich deutlich überproportional im Stadtteil Altstadt. Hervorzuheben ist bei diesen Deliktsbereichen der sehr hohe Alkoholisierungsgrad der Tatverdächtigen.
- Nahezu die Hälfte der in der Innenstadt Freiburg verübten Gewaltstraftaten und einfachen, vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte werden durch Straftäter verübt, die zum Teil erheblich alkoholisiert sind.
Bei dem Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt ist der Alkoholisierungsgrad der Tatverdächtigen noch höher (7-Jahres-Durchschnitt 66%).
- Die Mehrheit der Tatörtlichkeiten liegt im unmittelbaren Umfeld der Nachtgastronomie oder auf den Wegen zwischen Bahnhof und der Innenstadt.
- Das Gewaltphänomen ereignet sich, bezogen auf die Tatzeit, zum überwiegenden Teil an den vier Wochentagen Freitag, Samstag, Sonntag und Montag. Weiterhin ist zu erkennen, dass insbesondere

in der Zeitspanne zwischen 00.00 - 05.00 Uhr der Großteil an
Gewaltdelikten verübt wird.

Gewaltdelinquenz in der Altstadt von Freiburg

Untersuchung der Zusammenhänge
zwischen Alkoholkonsum und der Be-
gehung von Gewaltstraftaten nach In-
krafttreten der Polizeiverordnung

Erste Erfahrungen und statistische Entwicklungen
nach Einführung des Alkoholverbots

Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Freiburg, Führungs- und
Einsatzstab, SB Kriminalitätsbekämpfung
Heinrich- von- Stephan- Straße 4
79110 Freiburg
Telefon 0761/882 - 4106
Telefax 0761/882 - 4109

Autoren: Nico Schuster, Peter Steuck

Stand: 30.06.2008

© PD FR

Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung des
Herausgebers

INHALTSVERZEICHNIS

1. VORBEMERKUNG	4
2. GEWALTPHÄNOMENOLOGIE	5
2.1. Feinanalyse des Stadtteils Altstadt	6
2.2. Tatzeituntersuchung	9
2.3. Ergebnis	13
2.4. Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt	13
3. BESONDERER TATUMSTAND ALKOHOL	14
4. TATVERDÄCHTIGENANALYSE	16
5. EINSATZANALYSE	19
5.1. Situation vor Ort	21
5.1.1. Positives Straßenbild – Rückgang der Glasvermüllung	21
5.1.2. Subjektives Sicherheitsgefühl	21
5.1.3. Entwicklung von Konfliktpotenzial	22
5.2. Prognose	22
6. ZUSAMMENHANG MIT AKTION HAUSVERBOT	23
7. FAZIT	24

1. Vorbemerkung

Die Körperverletzungsdelikte in der Stadt Freiburg haben in den Jahren 2005 und 2006 einen Höchststand erreicht. In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2006 sind 2425 Körperverletzungsdelikte erfasst. Im Vergleich hierzu steht die Fallzahl aus dem Jahr 1996 mit 1002 Delikten, um den rasanten Anstieg in diesem Deliktsfeld zu verdeutlichen. Schon im ersten Halbjahr 2007 wurde mit 1298 entsprechenden Delikten dieser Wert bereits überschritten, bis zum November 2007 wurden 2262 Körperverletzungsdelikte registriert.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache hervorzuheben, dass bei nahezu der Hälfte der Körperverletzungsdelikte im ersten Halbjahr 2007 die Tatverdächtigen **unter Alkoholeinfluss** standen. Durch den Alkoholkonsum wird die Hemmschwelle hinsichtlich Provokation und Aggression merklich gesenkt, was sich nicht zuletzt durch die Tatintensität bemerkbar machte.

Mit der Maßgabe, die hohe Zahl der Gewaltdelikte mit dem Hintergrund des übermäßigen und unkontrollierten Alkoholkonsums einzudämmen und auf ein für ein attraktives Nachtleben noch erträgliches Niveau zu reduzieren, verabschiedete die Stadt Freiburg die Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum vom 23.12.2007¹ (Az. G-07/185).

Die Polizeiverordnung wurde seitens der Polizeidirektion Freiburg mit konzeptionellen Maßnahmen begleitet. In den drei Phasen,

- *Migrationsphase* (23.12.2007 – 03.01.2008),
- *Durchsetzungsphase* (04.01.2008 – 29.02.2008),
- *Gewöhnungsphase* (ab 01.03.2008),

wurde bislang die Einhaltung der Polizeiverordnung gewährleistet.

Im Folgenden wird die Gewaltphänomenologie in Freiburg (Altstadt) im Zusammenhang mit dem besonderen Tatumstand Alkohol nach Verabschiedung der Polizeiverordnung betrachtet und mit der Ausgangslage (Untersuchung zur Gewaltdelinquenz der PD Freiburg vom August 2007²) verglichen. Untersuchungszeiträume sind jeweils die Monate Januar bis Mai der Jahre 2007 und 2008.

¹ in der Folge Polizeiverordnung genannt

² als Anlage beigefügt

Es wird an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es auf Datenbasis der PKS nur schwer möglich ist, das Ergebnis für den Betrachtungszeitraum von 5 Monaten darzustellen.

Die PKS ist eine Ausgangsstatistik, was bedeutet, dass die Fälle erst nach Abschluss der Ermittlungen und vor Abgabe an die Justiz in der PKS erfasst werden. Dabei werden Fälle, deren Tatzeiten beispielsweise 2007 waren, jedoch erst 2008 abgeschlossen wurden, für das Jahr 2008 gezählt. Demgegenüber fehlen die Delikte des Jahres 2008, deren Ermittlungen bis zum Jahresende noch nicht abgeschlossen sind. Dieser Verzerrfaktor ist der PKS immanent und muss zwingend bei der Betrachtung der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Um ein realitätsnahes Spiegelbild der Kriminalitätslage in der Freiburger Altstadt abzubilden, wird nachfolgend die Gewaltphänomenologie durch eine Tatzeitbetrachtung dargestellt, d. h. es wurden nur die Gewaltstraftaten herangezogen, die tatsächlich im Tatzeitraum Januar bis Mai 2008 begangen wurden. Entscheidend ist hier die Tatzeit und nicht wie bei der PKS – Auswertung das Erfassungsdatum.

2. Gewaltphänomenologie

Grundlage für die Betrachtung und Bewertung der Gewaltphänomenologie bildet der Datenbestand der Tatzeitauswertung. Aufgrund eines mehr und minder umfänglichen Ermittlungsaufwandes kann sich die EDV-Eingabe einzelner Straftaten zeitlich verzögern.

Zum 01.06.2008 waren insgesamt 174 Gewaltstraftaten in der Freiburger Altstadt registriert, die auch detailliert auswertbar sind. Über die EDV-gestützte Tatzeitauswertung hinaus wurde eine manuelle Auswertung durchgeführt, um im Tatzeitraum Januar bis Mai 2008 begangene Gewaltstraftaten zu erfassen, welche noch nicht in den EDV-Datenbestand eingegeben worden sind.

Dadurch erhöht sich die Anzahl der begangenen Gewaltstraftaten in der Freiburger Altstadt um 82 auf 256 Fälle.

2.1. Feinanalyse des Stadtteils Altstadt

Die Altstadt selbst weist eine besiedelte Fläche von 102,2 ha auf. Das entspricht einem Anteil von nur 2,34% an der gesamten Siedlungsfläche der Stadt Freiburg.

Die Tatorte im Stadtteil Altstadt verteilen sich nicht gleichmäßig. Bei der Feinanalyse werden weiterhin folgende Brennpunkte deutlich:

- Bertoldstraße
- Kaiser-Joseph-Straße
- Bismarckallee.

Darüber hinaus ergeben sich bei den Straßen

- Löwenstraße
- Eisenbahnstraße
- Niemensstraße und
- Humboldtstraße

leichte Spitzen.

Bezeichnend für die erstgenannten Straßen ist, dass es sich um die zentralen Straßenzüge in der Freiburger Altstadt handelt und dort entweder ein oder mehrere Nachlokalitäten angesiedelt sind oder es Zu- oder Abwanderungsstraßen aus der Freiburger Innenstadt Richtung Bahnhof bzw. in umgekehrter Richtung sind.

Die drei anschließend genannten Straßen (nicht Eisenbahnstraße) befinden sich im so genannten Bermudadreieck, dem Vergnügungszentrum und definierten Bereich des Alkoholverbots. Die nachfolgende Auflistung zeigt deutlich, dass die Unterschiede zu den anderen Bereichen der Freiburger Altstadt kleiner werden.

Tatort	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Ergebnis
ALTSTADT			1			1
BAHNHOF	1	1				2
COLOMBIPARK			1	1		2
AN DER MEHLWAAGE		1	1			2
AUF DER ZINNEN			2			2
AUGUSTINERPLATZ		1			2	3
BERTOLDSTRAßE 1-33 U. 2-28	4	1	2		1	8
ERASMUSSTRAßE		2	2			4
FRIEDRICHRING 2-42 GERADE	1		1			2
GRÜNWÄLDERSTRAßE			1		1	2
HERRENSTRAßE	2		1		1	4
HUMBOLDTSTRAßE	4		2	2	1	9
KAISER-JOSEPH-STRAßE 143-191 UNGERADE	7	9	9		4	29
KAISER-JOSEPH-STRAßE 168-262 GERADE	7	9	10	5	4	35
KAISER-JOSEPH-STRAßE 193-255 UNGERADE		1				1

KARTOFFELMARKT	1					1
LÖWENSTRASSE	4	7	8	3	3	25
MÜNSTERPLATZ	2			4		6
MÜNZGASSE			1			1
NIEMENSSTRASSE	2	2	3	1		8
NUßMANNSTRASSE	3					3
OBERLINDEN	2		1			3
RATHAUSGASSE					1	1
RATHAUSPLATZ			1	1		2
REMPARTSTRASSE 1-15 UNGERADE	1					1
ROTTECKRING 2-22 GERADE				1		1
SALZSTRASSE				1	2	3
SCHIFFSTRASSE	1	1			1	3
SCHLOSSBERGRING	1					1
UNIVERSITÄTSSTRASSE		1	4			5
WASSERSTRASSE		1		1		2
BELFORTSTRASSE					1	1
BERTOLDSTRASSE 43-67 UNGERADE	10	5	5	2	5	27
BERTOLDSTRASSE 46-62 GERADE	1	4				5
BISMARCKALLEE	2	1	3	8	6	20
COLOMBISTRASSE 1-27 U. 2-6		1				1
EISENBAHNSTRASSE	3	5	3	2	1	14
GARTENSTRASSE	1					1
KAISER-JOSEPH-STRASSE 257-273		1		1		2
KONRAD-ADENAUER-PLATZ GERADE	1		1			2
MARIENSTRASSE 1-7A U. 2-8		1				1
MOLTKESTRASSE		1				1
SCHNEWLINSTRASSE	1					1
ENGELSTRASSE	1					1
BLAUE BRÜCKE		1				1
WILHELMSTRASSE				1		1
FISCHERAU				1		1
WERTHMANNPLATZ					1	1
SCHREIBERSTRASSE					1	1
SEDANSTRASSE	1				1	2
Gesamtergebnis 2008	64	57	63	35	37	256
Gesamtergebnis 2007	72	42	44	39	76	273

☞ In den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 wurden 256 Straftaten registriert. Im Vergleichszeitraum 2007 wurden insgesamt 273 Straftaten in der Tatzeitanalyse erfasst. Das entspricht in den ersten fünf Monaten einem Rückgang von bereits 7,0 %.

☞ Die Untersuchung zeigt nach wie vor einen Schwerpunkt im Bereich der Kaiser-Joseph-Straße und im so genannten Bermudadreieck sowie auf den Zu- und Abwanderungsstraßen.

Es ist zwingend zu beachten, dass die ständige Polizeipräsenz zu den relevanten Tatzeiten auch ein verändertes Anzeigeverhalten zur Folge hat, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass mehr Straftaten der Polizei bekannt werden, als vor der Umsetzung der Einsatzkonzeption.

Der starke Rückgang von Gewaltkriminalität im Stadtteil Brühl (- 62) hätte nach der Schließung der Diskothek „Funpark“ den Rückschluss zugelassen, dass aufgrund von Abwanderungen der in diesem Bereich verkehrenden Straftäter in die Szene- und Nachtgastronomie der Freiburger Altstadt dort ein korrespondierender Anstieg der Gewaltkriminalität zu verzeichnen ist. Dass trotz „Straftäterimports“ jedoch die Zahl erfasster Fälle von Gewaltkriminalität (- 99) sogar gesunken ist, dürfte den konzeptionellen Ansatz zur Bekämpfung solcher Straftaten bestätigen.

Nachfolgend wird dargestellt und verglichen, wie viele Gewaltstraftaten im so genannten definierten Bereich der Polizeiverordnung (Verbotsbereich) bzw. im Bermudadreieck und unter Einbeziehung der gesamten Kaiser-Joseph-Straße im Verhältnis zur gesamten Altstadt im Betrachtungszeitraum 2007 und 2008 begangen wurden:

Tatort	Jan-Mai 2007	Jan-Mai 2008
BERTOLDSTRAßE 1-33 U. 2-28	23	8
HUMBOLDTSTRAßE	7	9
KAISER-JOSEPH-STRAßE 143-191 UNGERADE	33	29
KAISER-JOSEPH-STRAßE 168-262 GERADE	31	35
KAISER-JOSEPH-STRAßE 193-255 UNGERADE	4	1
LÖWENSTRAßE	16	25
NIEMENSSTRAßE	3	8
UNIVERSITÄTSSTRAßE	8	5
PLATZ DER ALTEN SYNAGOGUE 1 UNGERADE	1	
GESAMT Bermudadreieck	126	120
GESAMT Altstadt	273	256
Anteil in Prozent	46,2%	46,9%

Es wird im Vergleich deutlich, dass die Anteile der Gewaltstraftaten im Bermudadreieck nahezu gleich geblieben sind.

Im Ergebnis kann davon ausgegangen werden, dass bei sinkenden Fallzahlen gleichzeitig keine Verdrängung in den Außenbereich der Alkoholverbotzone stattgefunden hat.

2.2. Tatzeituntersuchung

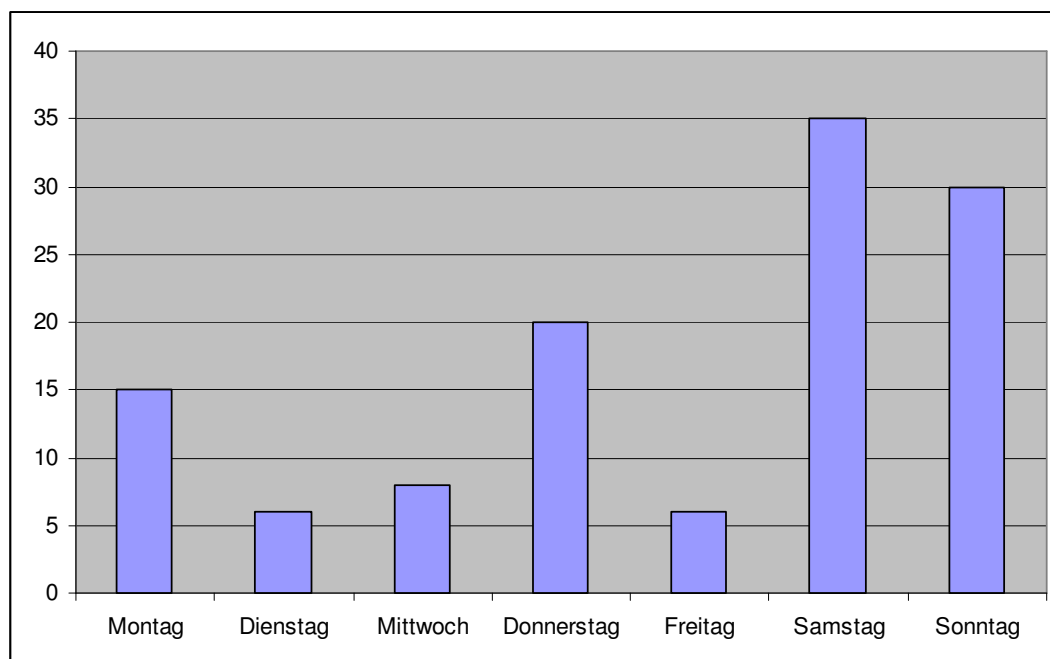
Die Auswertung der Tatzeit bezieht sich auf alle Gewaltstraftaten, welche im Geltungsbereich der Polizeiverordnung (120) begangen worden sind. Die einzelnen Gewaltstraftaten wurden zunächst gezählt und mit den Daten aus dem Jahr 2007 verglichen.

Tattag	TTZ	2007	2008	Differenz
Montag	1	10		10
	2	6		6
	3	1		1
	4	3		3
	5	2		2
	6	1		1
	7	1		1
	12		2	2
	15		2	2
	16	2	1	1
	17		3	3
	18	1	1	0
	19		4	4
	21	2		2
	22	1	1	0
	(Leer)		1	1
Montag Ergebnis		30	15	15
Dienstag	0	1		1
	1	2		2
	2	3		3
	3	1		1
	4		1	1
	6		4	4
	19	1		1
	20	1		1
	(Leer)	1	1	0
Dienstag Ergebnis		10	6	4
Mittwoch	2	1	1	0
	3	1	2	1
	4	1	1	0
	17		1	1
	23	1	2	1
	(Leer)	1	1	0
Mittwoch Ergebnis		5	8	3
Donnerstag	0	3	1	2
	1	4	1	3
	2	2	5	3
	4	2		2

	5			1	1
	21			2	2
	22			1	1
	23			7	7
	(Leer)	1		2	1
Donnerstag Ergebnis		12		20	8
Freitag	0			1	1
	1	1			1
	2	2		1	1
	3			1	1
	7	1			1
	12	1			1
	13			1	1
	14	2			2
	16	1			1
	21	1			1
	22			1	1
	23	1		1	0
	(Leer)				0
Freitag Ergebnis		10		6	4
Samstag	0	3		2	1
	1	3		4	1
	2	3		4	1
	3	9		3	6
	4	1		8	7
	5			10	10
	6			1	1
	13	2			2
	15	1			1
	18	1			1
	20			1	1
	22	2		1	1
	23	2		1	1
Samstag Ergebnis		27		35	8
Sonntag	0	1		4	3
	1	1		3	2
	2	7		6	1
	3	12		2	10
	4	8		11	3
	5	2		1	1
	6	1			1
	(Leer)			3	3
Sonntag Ergebnis		32		30	2
Gesamtergebnis		126		120	6

Es wird anhand der Aufstellung deutlich, dass an den Wochentagen Samstag und Sonntag die meisten Straftaten zu verzeichnen sind.

Die polizeilich relevanten Problemstellungen im Zusammenhang mit der Gewaltdelinquenz konzentrieren sich also auf das Wochenende, d. h. von Freitagnacht 22:00 Uhr bis Montagmorgen um 06.00 Uhr.



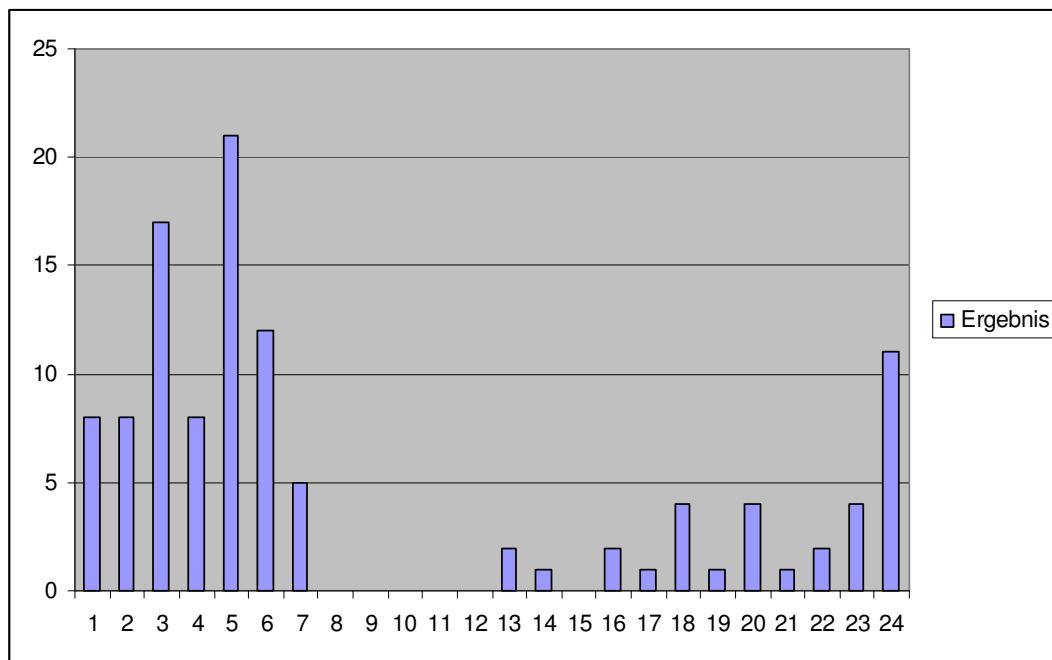
Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Gewaltdelinquenz an den einzelnen Wochentagen im Verbotsbereich der Polizeiverordnung. Dabei wird die Anzahl der Delikte an den jeweiligen Wochentagen ins Verhältnis zur Gesamtzahl gesetzt.

Verbotsbereich				
Tattag	2007	in %	2008	in %
Montag	30	23,8%	15	12,5%
Dienstag	10	7,9%	6	5,0%
Mittwoch	5	4,0%	8	6,7%
Donnerstag	12	9,5%	20	16,7%
Freitag	10	7,9%	6	5,0%
Samstag	27	21,4%	35	29,2%
Sonntag	32	25,4%	30	25,0%
Gesamtergebnis	126	100,0%	120	100,0%

Die Aufstellungen belegen, dass sich bei einem gleichzeitigen Rückgang der Gewaltdelikte die Anteile an den jeweiligen Wochentagen im Vergleich zu 2007 nur unwesentlich verändert haben.

↪ **Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Tatzeiträume der begangenen Gewaltstraftaten im Wesentlichen unverändert sind.**

Die Auswertung in Bezug auf die tageszeitliche Tatbegehung zeigt, dass die Gewaltdelikte insbesondere in der Zeit zwischen 24.00 – 05.00 Uhr verübt werden.



↪ **Die Analyse zeigt, dass die Schwerpunkte an den Wochenenden zur Nachtzeit liegen. Bezogen auf die Uhrzeit gibt es deutliche Spitzen nur noch um 03.00 Uhr und um 05.00 Uhr.**

Es wird deutlich, dass sich die Schwerpunkte im Vergleich zu 2007 nicht wesentlich verändert haben. Verlagerungen der alkoholbedingten Straftaten außerhalb des Verbotszeitraums (06.00 Uhr – 22.00 Uhr) gab es nicht.

2.3. Ergebnis

Von den 256 Gewaltdelikten im Stadtteil Altstadt sind 120 dieser Delikte im örtlichen Definitionsbereich der Polizeiverordnung begangen worden.

Nach Betrachtung der 120 Delikte hinsichtlich ihrer Tatzeit ist festzustellen, dass insgesamt 69 entsprechende Straftaten auch im zeitlichen Geltungsbereich der Polizeiverordnung begangen wurden. Das entspricht einem Anteil von 25 %.

Ein Vergleich der Deliktszahlen der Vergleichzeiträume aus den Jahren 2007 und 2008 verdeutlicht, dass die Gewaltdelikte im örtlichen Definitionsbereich der Polizeiverordnung von 126 im Jahr 2007 auf 120 im Jahr 2008 zurückgegangen sind. Gleichzeitig sind auch im Definitionsbereich der Polizeiverordnung die entsprechenden Delikte von 82 im Jahr 2007 auf 69 im Jahr 2008 gesunken, was einem Rückgang von 15,9 % entspricht.

Im Ergebnis steht fest, dass bereits nach den ersten fünf Monaten im Jahr 2008 die Gewaltstraftaten im gesamten Stadtteil Altstadt gesunken sind, insbesondere im Definitionsbereich der Polizeiverordnung, ohne dass eine örtliche oder zeitliche Verdrängung stattgefunden hat.

2.4. Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt

Die Auswertung bezüglich dem Deliktsfeld Widerstand gegen die Staatsgewalt belegte vor Einführung der Polizeiverordnung einen überproportional hohen Anteil registrierter Straftaten im Stadtteil Altstadt.

In diesem Zusammenhang erbrachte die Auswertung, dass von den in der Stadt Freiburg im Jahr 2006 registrierten 151 Fällen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt 60 Fälle im Stadtteil Altstadt verübt wurden. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 39,7%. Im Jahr 2007 gingen die Fallzahlen wieder leicht zurück.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung in diesem Deliktsfeld im Zeitraum 2004 bis 2008 (Januar – Mai) in der Altstadt, im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet.

	DELIKT	2004	2005	2006	2007	2008
Stadt Freiburg im Breisgau	Widerstand gegen die Staatsgewalt	31	47	57	54	33
Stadtteil Altstadt	Widerstand gegen die Staatsgewalt	11	11	24	15	11

Der Rückgang der Widerstandsdelikte konnte nochmals forciert werden, so dass die Anzahl dieser Straftaten schon wieder auf das Niveau der Jahre 2004 und 2005 zurück gegangen ist.

Gerade in diesem Deliktsfeld dürfte der Alkoholisierungsgrad eine entscheidende Einflussgröße sein, welcher je nach Höhe sich direkt auf die Hemmschwelle des Konsumenten auswirkt.

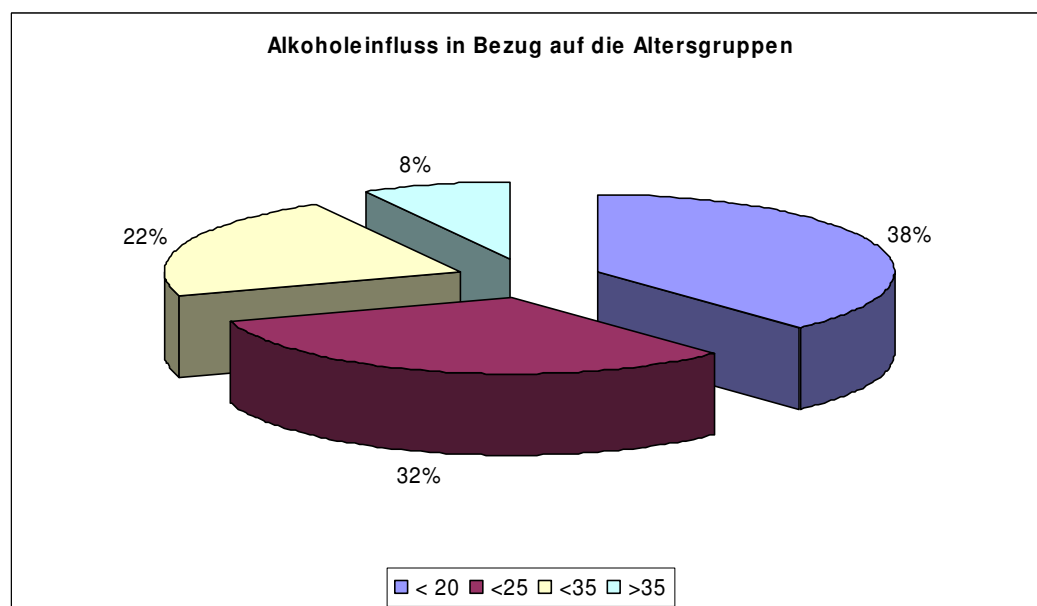
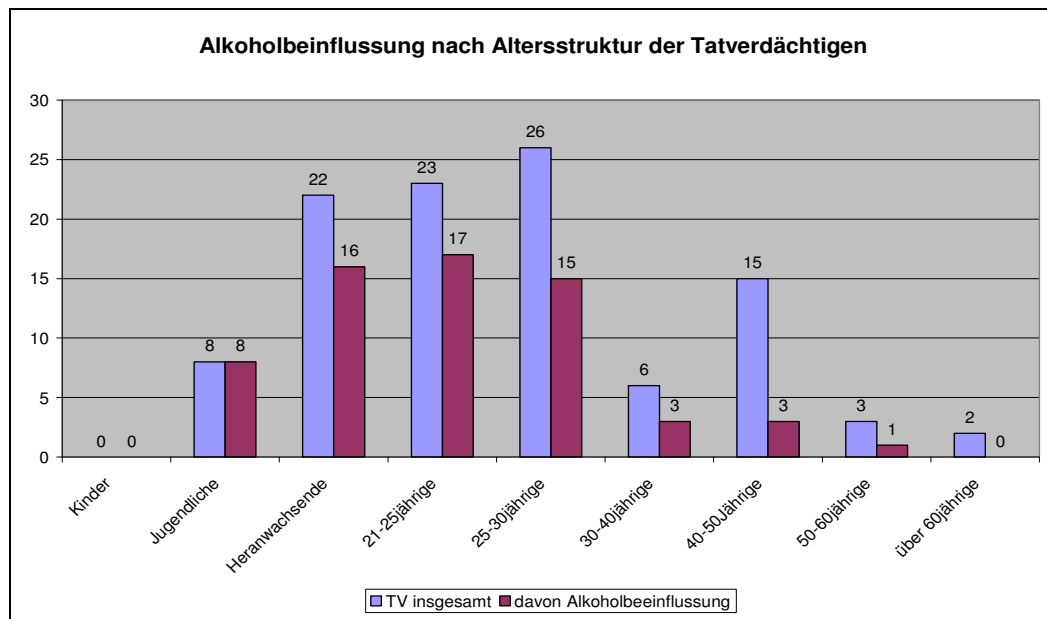
Der Rückgang der Widerstandsdelikte indiziert, dass durch das Alkoholverbot ein Warmtrinken vor Ort so nicht mehr möglich ist und diese Personengruppen aus dem Straßenbild nahezu verschwunden sind. Alkoholbedingte Straftaten wie beispielsweise Widerstandsdelikte nehmen entsprechend ab.


3. Besonderer Tatumstand Alkohol

Für die nachstehende Darstellung der Alkoholbeeinflussung konnten nur die 174 bereits erfassten Gewaltstraftaten herangezogen werden.

Im Rahmen der durchgeführten Untersuchung vom August 2007 wurde eine umfangreiche Betrachtung des Tatumstandes Alkohol durchgeführt. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Straftaten i. Z. m. Gewaltkriminalität in der Freiburger Altstadt in 43 % der Fälle unter Alkoholeinfluss begangen wurden.

Für die ersten fünf Monate im Jahr 2008 wurde eine solche Betrachtung ebenfalls durchgeführt. Dabei wurde insbesondere beleuchtet, wie viele der bekannten Straftäter unter Alkoholeinfluss standen und wie sich die Alkoholbeeinflussung auf die verschiedenen Altersgruppen verteilt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass **60 %** der Tatverdächtigen zur Tatzeit unter Alkoholeinfluss standen.




Die Grafiken zeigen, dass erwachsene Straftäter über 30 Jahre grundsätzlich weniger häufig im zu betrachtenden Deliktsfeld delinquent geworden sind, was unmittelbar mit der zurückgegangenen Alkoholbeeinflussung zusammen hängen dürfte. Gerade in dieser Altersgruppe dürfte für die konzeptionelle Maßnahme auch die größte Akzeptanz zu finden sein, so dass diese Entwicklung nachvollziehbar erscheint.

- ⤿ Bei der Analyse der Straftaten und des Tatumstandes Alkohol ist zwingend zu berücksichtigen, dass mit der Umsetzung des Alkoholverbots im Kontext zur Einsatzkonzeption GewaCity seitens des Polizeivollzugsdienstes ein hoher Personalaufwand betrieben wird. Die ständige Polizeipräsenz zu den relevanten Tatzeiten hat auch ein verändertes Anzeigeverhalten zur Folge, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass mehr Straftaten der Polizei bekannt werden, als vor der Umsetzung der Einsatzkonzeption. Somit erlangt die Polizei auch in weitaus mehr Fällen Kenntnis von einer möglichen Alkoholbeeinflussung, was den hohen Anteil der Alkoholbeeinflussung erklären würde.
- ⤿ Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, die einen Einfluss illegaler Betäubungsmittel bei der Begehung von Gewaltstraftaten belegen würden.

4. Tatverdächtigenanalyse

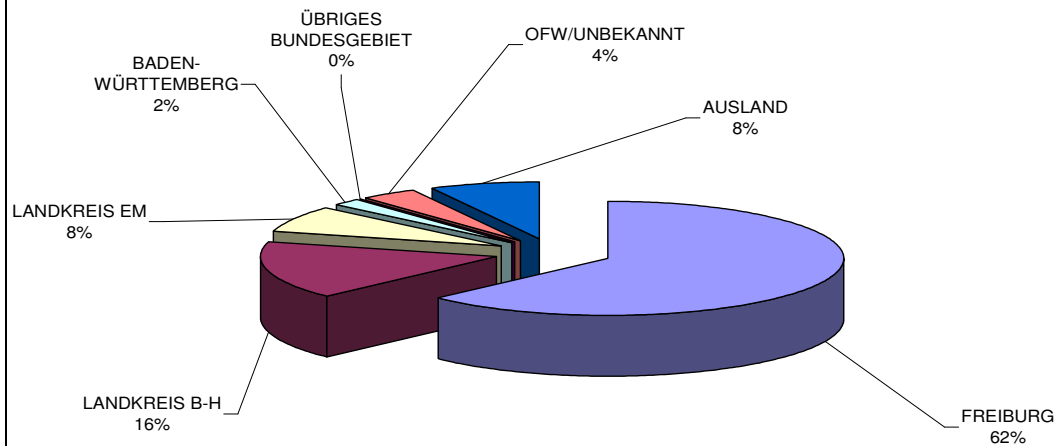
Im Rahmen der Auswertung zur Tatverdächtigenanalyse wurden entsprechende Diagramme gefertigt, die selbsterklärend sind. Grundlage der Untersuchung sind die 174 bereits erfassten Gewaltstraftaten.

Im Ergebnis muss wie bereits in der Ausgangsuntersuchung festgestellt werden, dass der Großteil der Straftäter in Freiburg und dem Einzugsgebiet wohnhaft ist (86 %) und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, wobei der Anteil ausländischer Straftäter und deutscher Straftäter mit Migrationshintergrund leicht angestiegen ist.

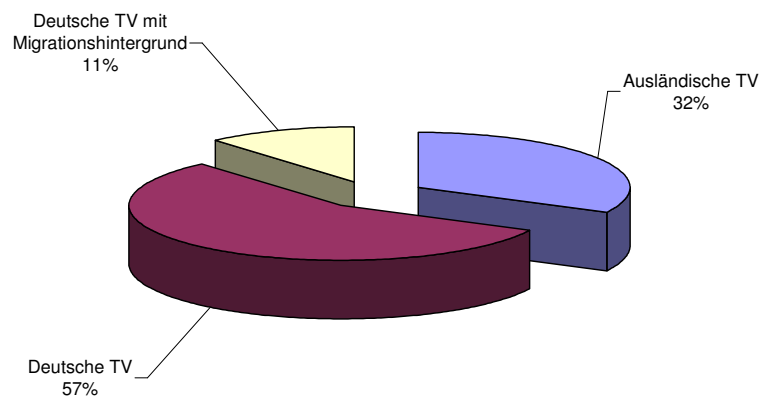
Es handelt sich überwiegend um männliche Täter, im Alter zwischen 21 und 30 Jahre.

Bei der Betrachtung der einzelnen Tatverdächtigen wurde deutlich, dass es sich von Fall zu Fall um „neue“ Personen handelt, also nicht um Wiederholungstäter.

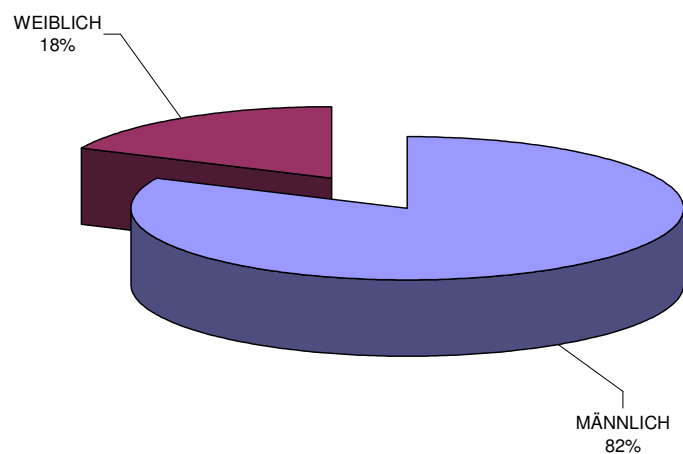
Tatverdächtige nach Wohnort



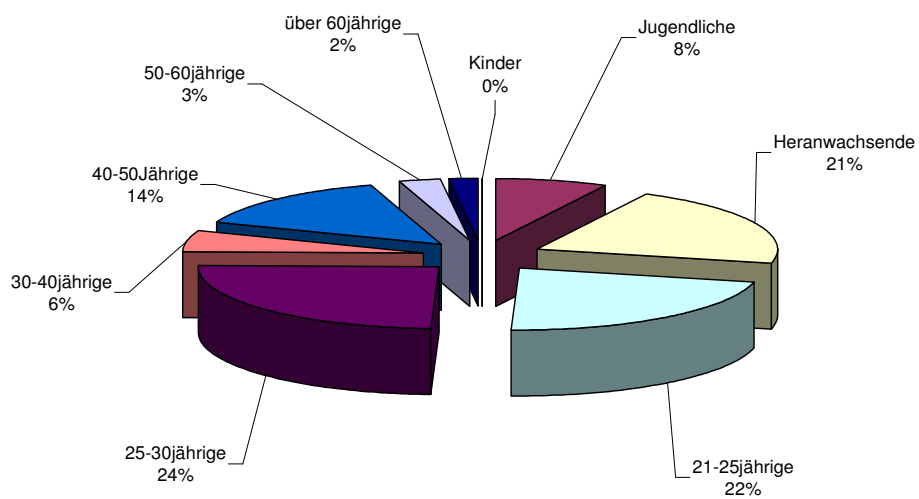
Deutsche/Nichtdeutsche Tatverdächtige



Tatverdächtige nach Geschlecht



Tatverdächtige nach Altersgruppen



5. Einsatzanalyse

Die Ausführungen beziehen sich unmittelbar auf die Einsatzkonzeption zur Umsetzung des Alkoholverbots. Dabei werden die durchgeführten Einzelmaßnahmen der Polizei dargestellt. Die Daten beziehen sich auf die ersten fünf Monate des Jahres 2008.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist die Einsatzkonzeption zum Alkoholverbot in die Einsatzmaßnahme GewaCity eingebettet, weshalb die Umsetzung des Alkoholverbots nur im Zusammenhang mit den konzeptionellen Maßnahmen zur Eindämmung der Gewaltkriminalität in der Freiburger Altstadt betrachtet werden muss.

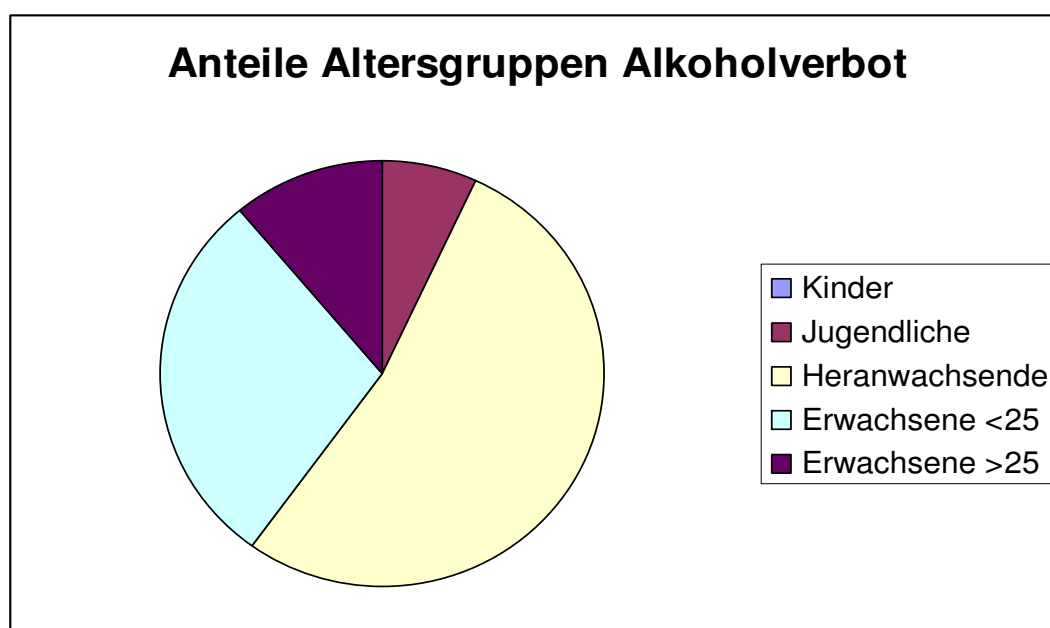
Maßnahme	Januar	Februar	März	April	Mai
Personenkontrolle	279	196	205	192	253
OWI's	5	6	3	4	7
Straftaten	37	21	29	14	16
Gewahrsam	15	11	3	4	13
Platzverweise	34	50	47	20	58
Gefährderansprachen	92	85	156	112	145

Vorstehender Tabelle ist zu entnehmen, dass zwischen Januar und Mai 2008 im Rahmen der Einsatzmaßnahme GewaCity insgesamt 590 Gefährderansprachen durchgeführt wurden, d. h. mit Personen, die bereits einschlägig in Erscheinung getreten sind, ein präventiv - belehrendes Gespräch geführt wurde.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Alkoholverbot traten 381 Personen dergestalt in Erscheinung, dass eine Personalienfeststellung notwendig war. Die Personen haben in diesen Fällen gegen die Polizeiverordnung verstoßen, wobei 149 Personen den Alkohol freiwillig vor Ort vernichtet und 232 Personen den definierten Bereich mit dem Alkohol verlassen haben. Es kam in **keinem der Fälle zu einer Beschlagnahme** von Alkohol und zu keinen weiteren Folgemaßnahmen.

Maßnahmen	
Personalienfeststellung	381
Vernichtung von Alkohol vor Ort	149
Verlassen des Sperrbereichs mit dem festgestellten Alkohol	232
Aushändigung von beschlagnahmten Alkohol	0
Erhobenes Bargeld	0
Ausfertigung von Kostenrechnungen	0
Beschlagnahme von Alkohol	0
Altersgruppe	
Kinder	0
Jugendliche	32
männlich	27
weiblich	5
Heranwachsende	181
männlich	161
weiblich	20
Erwachsene bis 25 Jahre	100
männlich	85
weiblich	15
Erwachsene ab 25 Jahre	68

Den größten Anteil der Betroffenen stellt die Altersgruppe der Heranwachsenden und Erwachsenen bis 25 Jahre. Diese Zahlen bestätigen auch die Aussagen und Zahlen zu den alkoholbedingt delinquent gewordenen Straftätern (Ziffer 2).



Im Ergebnis belegen die Zahlen die allgemeine Akzeptanz des Alkoholverbots. Bereits im Vorfeld zur Einsatzkonzeption, in der Migrationsphase, beschränkte sich die polizeiliche Tätigkeit hauptsächlich auf Aufklärungsarbeit zur Polizeiverordnung, begleitet durch Aushändigen von Flugblättern. Auch dadurch konnte bei den Betroffenen die Einsicht für die Umsetzung des Alkoholverbots geweckt werden, so dass es im Betrachtungszeitraum zu keinerlei Zwangsmaßnahmen oder Eskalationen gekommen ist.

5.1. Situation vor Ort

Die nachstehende Bewertung stützt sich auf die Erfahrungen der Polizeidirektion Freiburg, die in den ersten fünf Monaten des Jahres insgesamt 3035,75 Mannstunden unter Einsatz von 408 Polizeibeamten vor Ort erbrachte, um die Durchsetzung der Polizeiverordnung zu gewährleisten.

5.1.1. Positives Straßenbild – Rückgang der Glasvermüllung

Im Unterschied zum Zeitraum vor Inkrafttreten des Alkoholverbots hat sich das objektive Straßenbild erheblich verbessert. Gerade im Bereich des „Bermudadreiecks“ gibt es nur noch wenige, auf der Straße liegende Glasflaschen und so gut wie keine Glasscherben mehr, welche in einem derartig großen Ausmaß vorhanden waren, das beispielsweise der Einsatz von Polizeidienststunden in der Vergangenheit nicht möglich war.

In diesem Zusammenhang ist auch die stimmungsaufheizende Wirkung klirrender Glasflaschen, welche mit dem Fuß „weggekickt“ werden, nicht zu unterschätzen.

5.1.2. Subjektives Sicherheitsgefühl

Unmittelbar zusammenhängend mit der Entwicklung des objektiven Straßenbilds hat sich auch das subjektive Sicherheitsempfinden auf der Straße verbessert.

5.1.3. Entwicklung von Konfliktpotenzial

Aufgrund des Alkoholverbots sind aus dem Straßenbild alkoholtrinkende und herumgrölende Personengruppen nahezu verschwunden und somit auch ein erhebliches Aggressionspotenzial. Positiv ist auch, dass die Anzahl so genannter „Alkoholleichen“ spürbar abgenommen hat.

Ebenso wurde auch die Anzahl potenzieller Opfer reduziert, die alkoholbedingt und hemmungslos andere Personen auf der Straße durch ihr Verhalten provozieren oder so genannte „Schau- und Spaßkämpfe“ durchführen und dadurch ein bestimmtes Täterklientel zum Mitmachen animieren.

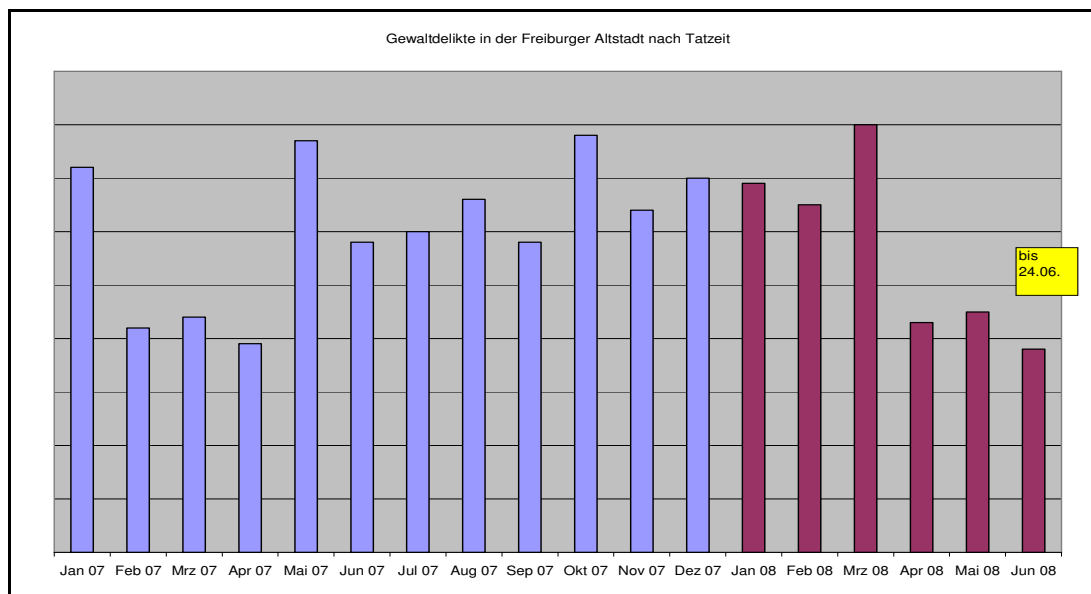
Die Kommunikation und Interaktion zwischen Polizei und dem polizeilichen Gegenüber hat sich erheblich verbessert, auch in Gefahren- und Stresssituationen. Ein Beleg hierfür ist auch der Rückgang im Bereich der Widerstandsdelikte.

Auch im Rahmen der Sachverhaltsaufnahme / polizeilicher Maßnahmen waren Störungen durch alkoholbedingt ausfällig gewordenen Zuschauer gegen die Polizeikräfte festzustellen. Diese Störungen trugen vor der Umsetzung der Polizeiverordnung zu einem nicht unerheblichen Teil dazu bei, dass die Stimmung zwischen Publikum und Polizei aufgeheizt wurde und weitere Eskalationsherde entstanden.

5.2. Prognose

Aufgrund der Erfahrungen ist insbesondere während der warmen Jahreszeit (etwa ab Mai) mit einem Anstieg der Gewaltdelinquenz zu rechnen. Aufgrund der Auswirkungen der Polizeiverordnung konnte dieser erwartete Anstieg offensichtlich gestoppt werden.

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht, dass im Vergleich zum Jahr 2007 die Fallzahlen ab dem Monat April nicht stetig steigen, sondern ein tendenzieller Rückgang festzustellen ist.



In der Zeit vom 16. – 18.05.2008 musste die Einsatzkonzeption GewaCity kurzzeitig unterbrochen werden, so dass die Brennpunkte in der Freiburger Altstadt lediglich im Rahmen des allgemeinen Streifendienstes bedient wurden. Es war auffällig, dass bereits in diesem kurzen Zeitabschnitt die Situation vor Ort tendenziell alte Strukturen annahm. So kam es wieder zu Körperverletzungsdelikten auf der Straße, in einem Fall unter Beteiligung mehrerer Personen.

6. Zusammenhang mit Aktion Hausverbot

Es ist nicht möglich, ausschließlich anhand der PKS aussagekräftiges Datenmaterial darzustellen, aus dem hervorgeht, wo und unter welchen Umständen alkoholbedingte Gewaltdelikte entstanden sind. Auf die genaue Tatörtlichkeit, wie innerhalb oder außerhalb Diskothek, wird nicht eingegangen.

Ein ergänzender Parameter hierfür und insbesondere für den Austragungsort von Gewaltdelikten bietet die Anzahl ausgesprochener vernetzter Hausverbote der Gastronomiebetriebe / DEHOGA.

In den Betrachtungszeiträumen Januar bis Mai 2007 und 2008 sind dabei erhebliche Differenzen festzustellen.

Seit dem 17.12.2006 bis 31.12.2007 wurde insgesamt 69 Personen ein Hausverbot erteilt, im Jahr 2008 waren es nur noch 3 Personen.

Das ist ein klarer Beleg dafür, dass ein weitaus geringerer Teil von Gästen in den Lokaltäten durch Straftaten auffällig wird, was nicht zuletzt an der geringeren Alkoholbeeinflussung liegen dürfte.

Aufgrund der polizeilichen Maßnahmen vor Betreten der entsprechenden Lokaltäten wird dem Problempublikum das so genannte billige Warmtrinken wesentlich erschwert.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass keine der 72 Personen, denen bislang ein Hausverbot erteilt wurde, wieder polizeilich auffällig geworden ist.

7. Fazit

Die Polizeiverordnung und die polizeilichen Einsatzmaßnahmen im Rahmen der Konzeption „GewaCity“ haben die objektive Sicherheitslage verbessert und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, insbesondere der Gäste der Erlebnis- und Nachtgastronomie gestärkt. Die statistischen Ergebnisse sowie die Erfahrungen der Polizeidirektion Freiburg belegen dies nachdrücklich.

	JAN - MAI 2007	JAN - MAI 2008	%
Anzahl der Gewaltdelikte im Definitionsbereich der PolizeiVO	126	120	-5%
davon FR - MO, jeweils 22.00 Uhr - 06.00 Uhr	82	69	-16%

Dabei ist hervorzuheben, dass eine gleichzeitige Problemverlagerung in andere Bereiche Freiburgs nicht festzustellen ist.

Durch die starke Medienresonanz wurde eine überregionale Diskussion zum Thema Alkohol und Gewalt angeregt, ein neues Problembewusstsein geschaffen und Präventionskonzepte entwickelt.

Das Alkoholverbot ist zwischenzeitlich bei den Besuchern der Freiburger Altstadt akzeptiert und ein wesentlicher und notwendiger Baustein zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität.

Die Polizeidirektion Freiburg ist überzeugt, dass bei einer Aufhebung des Alkoholverbots und einer Einstellung des Konzeptionseinsatzes binnen kürzester Zeit wieder die vorherigen Zustände eintreten werden.

Aufgrund der gemachten Ausführungen wird seitens der Polizeidirektion Freiburg die Fortsetzung des Alkoholverbots befürwortet.

Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum

Diese Studie wurde im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit,
Vertragsnummer 12.004560/204.0001/-1008 erarbeitet

Luzern, den 22. Januar 2014

Dr. med. Birgit Laubereau (Interface, Projektleitung)
laubereau@interface-politikstudien.ch

Andrea Niederhauser (Interface, Projektmitarbeit)

Franco Bezzola (Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Projektmitarbeit)

DANKSAGUNG

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Personen bedanken, die uns bei der Durchführung dieses Forschungsprojekts unterstützt haben. Unser Dank gilt insbesondere den Ansprechpersonen bei den vier Polizeikörpers und den Kommandanten/-innen für die Unterstützung bei der Konzipierung und Umsetzung der Online-Befragung. Wir möchten uns zudem herzlich bei den Teilnehmenden der Online-Befragung, den Interviewpartner/-innen sowie den Mitgliedern der Begleitgruppe für die ausführlichen Auskünfte und Rückmeldungen bedanken. Ein besonderer Dank gilt schliesslich den Projektverantwortlichen der Sektionen Alkohol und Grundlagen des Bundesamtes für Gesundheit für die konstruktive und effiziente Zusammenarbeit.

INHALTSVERZEICHNIS

ABSTRACT (DEUTSCH)	6
ABSTRACT (FRANÇAIS)	7
ABSTRACT (ENGLISH)	8
EXECUTIVE SUMMARY (DEUTSCH)	9
EXECUTIVE SUMMARY (FRANÇAIS)	12
EXECUTIVE SUMMARY (ENGLISH)	15
1 EINLEITUNG	18
1.1 Ausgangslage	18
1.2 Ziel des Projekts und Forschungsfragen	19
1.3 Aufbau des Berichts	19
2 METHODIK	21
2.1 Vorgehen	21
2.2 Definition von zentralen Begriffen	31
2.3 Möglichkeiten und Grenzen der Untersuchung	32
3 ERGEBNISSE	35
3.1 Aktueller Wissensstand	35
3.2 Rolle von Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum	42
3.3 Charakterisierung von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum	49
3.4 Darstellung in den Medien	61
4 DISKUSSION	73
4.1 Rolle von Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum	73
4.2 Charakterisierung von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum	75
4.3 Schlussfolgerungen und Ausblick	79
5 LITERATURVERZEICHNIS	81
5.1 Referenzierte Literatur	81
5.2 Weiterführende Literatur	84

ANHANG	86
A 1 Weitere Darstellungen	86
A 2 Erhebungsinstrumente	90
A 3 Liste Interviewpartner/-innen	102
A 4 Mitglieder der Begleitgruppe und Kontaktpersonen der Polizeikörpers	104
IMPRESSUM	105

Zitiervorschlag

Laubereau, Birgit; Niederhauser, Andrea; Bezzola, Franco (2014): Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum, Forschungsbericht zuhanden des Bundesamts für Gesundheit. Interface Politikstudien Forschung Beratung und Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Luzern.

DARSTELLUNGSVERZEICHNIS

D 2.1:	Schnittstellen zwischen den drei Untersuchungskategorien	21
D 2.2:	Aufbau des Fragebogens 2013 in den Versionen A und B	23
D 2.3:	Bevölkerungsmerkmale der ausgewählten Kantone/Städte und der Schweiz	24
D 2.4:	Teilnehmende der Online-Befragung und Rücklauf pro Polizeikorps	25
D 2.5:	Einsatzgebiete nach Polizeikorps	26
D 2.6:	Verteilung der Deliktskategorien für Gewalt in der Online-Befragung 2013 und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2012	28
D 2.7:	Anzahl Körperverletzungen im Vergleich der untersuchten Städte	28
D 3.1:	Anzahl Gewalthandlungen nach Deliktskategorie und jeweils alkoholassoziierte Anteile	43
D 3.2:	Vergleich der Ergebnisse der Befragungen von Polizeiangeestellten 2013 und 2007 im Kanton Bern	45
D 3.3:	Beurteilung als wirkungsvolle Massnahmen zur Prävention von Gewalt unter Alkoholeinfluss in öffentlichen Räumen	47
D 3.4:	Deliktskategorien des zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfalls im öffentlichen Raum	50
D 3.5:	Soziodemografische Merkmale der Täter/-innen und Opfer	53
D 3.6:	Zeit des Auftretens der zeitlich letzten alkoholassoziierten Gewalthandlung	54
D 3.7:	Einschätzung zu Alkoholkonsum bei Gewalthandlungen an Grossveranstaltungen	56
D 3.8:	Ort des zeitlich letzten Vorfalls und Bezeichnung als Brennpunkt	58
DA 1:	Vergleich des Erhebungsdesigns Online-Befragung 2007 und 2013	86
DA 2:	Deliktskategorien von Gewalthandlungen in der Referenzwoche	87
DA 3:	Anteil alkoholassoziierten Vorfälle nach Polizeikorps	87
DA 4:	Anteil alkoholassoziierten Vorfälle nach Haupteinsatzgebiet	88
DA 5:	Beurteilung als wirkungsvolle Massnahmen zur Prävention von Gewalt unter Alkoholeinfluss in öffentlichen Räumen nach Polizeikorps	88
DA 6:	Ort der zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle nach Polizeikorps	89
DA 7:	Ort der zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle nach Haupteinsatzgebiet	89
DA 8:	Interviewpartner/-innen	102

ABSTRACT (DEUTSCH)

Die vorliegende Untersuchung liefert für die Schweiz eine breite Datenbasis zum Zusammenhang von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum. Kernelement der Studie ist eine Online-Befragung von rund 1'300 Polizeiangestellten in vier Regionen, flankiert von 19 Interviews mit Fachpersonen und einer Literatur- und Medienanalyse. Die Online-Befragung zeigt, dass bei 50 Prozent aller Gewalthandlungen (einschliesslich Ruhestörungen und Streitigkeiten) in der Referenzwoche Alkohol im Spiel war, wobei deutliche Unterschiede nach Art der Delikte bestehen. Am höchsten ist der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle bei Streitigkeiten und Ruhestörungen (76%), gefolgt von Gewalt gegen Personen (54%) und Gewalt gegen Objekte (17%). Die zahlenmässig häufigsten alkoholassozierten Vorfälle waren Tötlichkeiten, Körperverletzungen, Streitigkeiten und Ruhestörungen sowie Sachbeschädigungen. Alkoholassozierte Sachbeschädigungen sind aufgrund der absoluten Häufigkeit des Delikts zahlreich, auch wenn der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle vergleichsweise niedrig ist (32% gegenüber mindestens 70% bei den anderen vier Deliktskategorien). Am häufigsten finden alkoholassozierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum an den Wochenenden in den Städten, auf Ausgehmeilen, öffentlichen Plätzen oder der Strasse statt. Typischerweise sind Männer in kleineren Gruppen im Alter von 19 bis 34 Jahre involviert. Jedoch sind auch bei einem Drittel der Vorfälle Frauen beteiligt und rund ein Viertel der Vorfälle wurde aus einer ländlichen Gemeinde oder aus der Agglomeration berichtet. Die Studie kommt zum Schluss, dass Alkoholprävention zu einer Verringerung von Gewalthandlungen im öffentlichen Raum führen könnte. Es wird empfohlen, präventive Massnahmen zu intensivieren und zu evaluieren, die Erkenntnisse aufzuarbeiten und zu verbreiten, Synergien zwischen Alkohol- und Gewaltprävention zu nutzen und die Zusammenarbeit der Akteure aus verschiedenen Bereichen zu fördern.

ABSTRACT (FRANÇAIS)

Cette étude fournit pour la Suisse une large base de données sur la corrélation entre l'alcool et la violence dans l'espace public. L'élément central de l'étude se compose d'une enquête en ligne réalisée auprès de 1 300 policiers dans quatre régions, complétée par 19 interviews de spécialistes et une analyse bibliographique et médiatique. L'enquête en ligne montre que 50 pour cent de tous les actes de violence (y compris tapage nocturne et dispute) ayant eu lieu au cours de la semaine de référence, étaient liés à l'alcool, avec toutefois de grandes divergences selon le type de délit. Les délits les plus fréquemment liés à l'alcool sont les tapages nocturnes et les disputes (76%), suivis des actes de violence contre les personnes (54%) et des actes de violence contre des objets (17%). Les incidents liés à l'alcool les plus importants en nombre étaient les voies de fait, les lésions corporelles, les disputes et le tapage nocturne ainsi que les dommages à la propriété. Les dommages à la propriété liés à l'alcool sont nombreux en raison de la fréquence absolue de ce délit, même si la part des incidents sous l'emprise de l'alcool y est faible en comparaison (32% contre 70% au moins dans les quatre autres catégories de délits). Les incidents dans l'espace public liés à l'alcool ont lieu le plus fréquemment le week-end dans les villes, dans les zones de sortie, sur les places publiques ou dans la rue. En général ils sont le fait d'hommes de 19 à 34 ans en petits groupes. Toutefois, des femmes sont également impliquées dans un tiers des cas, et un quart des délits a eu lieu dans une commune rurale ou une agglomération. L'étude parvient à la conclusion que la prévention de l'alcoolisme pourrait conduire à une réduction des actes de violence dans l'espace public. Il est recommandé d'intensifier et d'évaluer les mesures de prévention, d'étudier les résultats et de les diffuser, de tirer parti des synergies entre la prévention de l'alcoolisme et la prévention de la violence et d'encourager la collaboration entre les acteurs des différents domaines.

ABSTRACT (ENGLISH)

This study provides for Switzerland a broad database on the connection between alcohol and violence in public settings. The core element of the study is an online survey of approximately 1,300 members of the police force in four regions, complemented by 19 interviews with experts and by analyses of the literature and the media. The online survey revealed that during the reference week of the survey, alcohol was involved in 50 per cent of all acts of violence (including disturbances of the peace and disputes), whereby there were substantial differences between types of offences. The highest percentage of alcohol-related incidents was found for disputes and disturbing the peace (76%), followed by violence against persons (54%) and violence against property (17%). In number, the most frequent alcohol-related incidents were assault, bodily harm, disputes and disturbances of the peace, and damage to property. Based on absolute frequency of the offence, occurrences of alcohol-related damage to property were numerous, even though the percentage of alcohol-related incidents of this type was comparatively low (32% as opposed to at least 70% for the other four categories of offences). Alcohol-related acts of violence in public settings were the most frequent on weekends in cities, in entertainment districts, public squares, and streets. The persons involved were typically men in small groups and between the ages of 19 and 34. However, women were involved in one-third of the incidents, and approximately one-fourth of the reported incidents took place in rural communities or agglomerations. This study concludes that alcohol prevention could result in a reduction of acts of violence in public settings and recommends that preventive measures should be increased and evaluated, the findings appraised and disseminated, synergies between alcohol and violence prevention utilized, and cooperation and collaboration among the stakeholders in different areas promoted.

EXECUTIVE SUMMARY (DEUTSCH)

Ausgangslage

Ein wichtiges Ziel des Nationalen Programms Alkohol (NPA) für den Zeitraum 2013–2016 ist es, problematischen Alkoholkonsum zu reduzieren und dessen negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, wozu auch Gewalthandlungen zählen. 2007 wurden im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) mittels einer Erhebung bei Polizeiangestellten alkoholassoziierte Gewalthandlungen im Kanton Bern untersucht.¹ Ausgehend von dieser Untersuchung möchte das BAG nun repräsentative und vertiefte Erkenntnisse zum Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum in der Schweiz erlangen. Zu diesem Zweck wurde das Forschungsteam von Interface Politikstudien Forschung Beratung sowie der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit mit der Durchführung der vorliegenden Studie beauftragt.

Ziel des Projekts und Forschungsfragen

Ziel des Forschungsprojektes ist es, empirische Daten für die Schweiz zum Zusammenhang von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum zu generieren und damit eine Forschungslücke zu schliessen. Dabei soll die bestehende Studie aus dem Jahr 2007 angepasst und erweitert werden. Im Zentrum stehen Forschungsfragen zur Rolle des Alkohols bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum und zur Charakterisierung von alkoholassoziierten Vorfällen. Weitere Fragestellungen beziehen sich auf den aktuellen Wissensstand in der Literatur und die Darstellung des Themas in den Medien. Als Basis für Empfehlungen wurden zudem Einschätzungen zu möglichen Lösungsansätzen eingeholt.

Zentrale Begriffe

Gewalt ist in dieser Untersuchung, analog zur Studie im Jahr 2007, breit definiert. Unter *Gewalthandlung* werden alle Auslöser polizeilichen Eingreifens verstanden, welche sich auf Straftatbestände der verbalen und physischen Gewalt gegen Personen und Objekte sowie deren mögliche Vorstufen beziehen. Eine *Gewalthandlung* wurde als *alkoholassoziiert* definiert, wenn der Alkoholkonsum von Fachpersonen nachgewiesen oder vermutet wird. *Öffentlicher Raum* wird über spezifische Raumtypen und Veranstaltungen, die grundsätzlich allen Personen öffentlich frei zugänglich sind, definiert.

Methodik

In der Studie wurden vier methodische Ansätze verknüpft. Zentrale empirische Elemente sind eine zweiwöchige Online-Befragung im Juni/Juli 2013 von rund 1'300 Polizeiangestellten in den Kantonen Bern, Genf und Luzern sowie der Stadt Zürich sowie anschliessende Expertengespräche mit 19 Fachpersonen aus dem Feld, der Wissenschaft sowie der Politik und der Verwaltung. Ergänzt wurden diese Erhebungen durch eine Analyse der wissenschaftlichen Literatur sowie eine Medienanalyse von regionalen, kantonalen und nationalen Printmedien im Kanton Bern von April bis September 2013.

¹ Keller et al. 2007.

Ergebnisse

Literaturanalyse: Die Literaturrecherche ergab kaum Studien an der Schnittstelle aller drei Themen Alkohol, Gewalt und öffentlicher Raum. Es existieren jedoch zahlreiche Studien zur Schnittstelle Alkohol und Gewalt. Der Einfluss von Alkoholkonsum auf die Gewalt- und Aggressionsbereitschaft von Menschen ist zwar gut dokumentiert, jedoch gilt ein kausaler Zusammenhang nicht als bewiesen. Gewalthandlungen im öffentlichen Raum sind ein überaus komplexes Phänomen, welches unterschiedlichste gesellschaftliche Ebenen betrifft. Öffentliche Gewalttaten finden zunehmend in städtischen Zentren statt, was mit neuen Formen der Rauman eignung, einer neuen Ausgehkultur und Gruppenphänomenen erklärt wird.

Rolle von Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum: Alkohol spielt eine bedeutende Rolle bei bestimmten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in der Schweiz. Die Online-Befragung ergab, dass bei 50 Prozent aller Gewalthandlungen (einschliesslich Ruhestörungen und Streitigkeiten) in der Referenzwoche Alkohol im Spiel war, wobei deutliche Unterschiede nach Art der Delikte bestehen. Am höchsten ist der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle bei Streitigkeiten und Ruhestörungen (76%), gefolgt von Gewalt gegen Personen (54%) und Gewalt gegen Objekte (17%). Die zahlenmässig häufigsten alkoholassozierten Vorfälle waren Tötlichkeiten, Körperverletzungen, Streitigkeiten und Ruhestörungen sowie Sachbeschädigungen. Alkoholassozierte Sachbeschädigungen sind aufgrund der absoluten Häufigkeit des Delikts zahlreich, auch wenn der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle vergleichsweise niedrig ist (32% gegenüber mindestens 70% bei den anderen vier Deliktskategorien). Wenig bedeutend ist Alkohol bei den ebenfalls häufigen Einbrüchen/Diebstählen (8% alkoholassozierte Vorfälle). Bei den eher seltenen Delikten in der Referenzwoche wie Drohung/Erpressung, Raub, Sexualdelikten, Nötigung und aussergewöhnlichen Todesfällen lag der Anteil der alkoholassozierten Gewalthandlungen zwischen 6 und 39 Prozent und die Zahl der alkoholassozierten Vorfälle ist vergleichsweise niedrig. Gemäss Einschätzungen der befragten Polizeiangeestellten und interviewten Fachpersonen nahm die Bedeutung von Alkohol bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in den letzten fünf Jahren zu. Der Vergleich der Ergebnisse der Online-Befragungen 2013 und 2007 im Kanton Bern zeigt jedoch lediglich eine Zunahme des Anteils von alkoholassozierten Vorfällen bei den Ruhestörungen und Streitigkeiten (von 66% auf 77%).

Charakterisierung alkoholassoziierter Gewalthandlungen: Die Beschreibungen der 537 zeitlich letzten alkoholassozierten Vorfälle in der Online-Befragung zeigen Muster typischer alkoholassoziierter Gewalthandlungen im öffentlichen Raum. Diese wurden in den Interviews mehrheitlich bestätigt. Typischerweise finden alkoholassozierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum als Körperverletzungen und/oder Tötlichkeiten sowie Ruhestörungen und/oder Streitigkeiten sowie Sachbeschädigungen im Kontext des Nachtlebens am Wochenende statt. Dies zeigt sich an der Häufung der Vorfälle in den Nächten von Freitag und Samstag und in den Städten. Die Vorfälle spielten sich am häufigsten auf der Strasse, auf öffentlichen Plätzen und auf Ausgehmeilen ab. Gemäss Einschätzung der Polizeiangeestellten, die auf dem Land oder in der Agglomeration im Einsatz sind, sind neben den Städten auch Agglomerationsgemeinden besonders häufig betroffen. Typische Täter/-innen und Opfer sind gemäss Online-Befragung kleinere Gruppen von Männern und die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen gefolgt von der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Jedoch waren auch Frauen bei rund einem Drittel

der Vorfälle als Täterinnen beteiligt und unter 19-Jährige ebenso wie über 35-Jährige zu je einem Fünftel in die Vorfälle involviert.

Medienanalyse: Die Analyse ergab drei thematische Schwerpunkte, welche die Medienberichterstattung inhaltlich deutlich strukturieren. Diese sind die Grossveranstaltung „Tanz dich frei“ in der Stadt Bern im Mai 2013, die Beratungen zur Alkoholgesetzgebung in den eidgenössischen Räten (Frühjahr- und Herbstsession 2013) und die Veröffentlichungen von mehreren Studien und Reports unterschiedlicher Qualität zum Thema Alkoholkonsum (hauptsächlich aus dem medizinischen Sektor). Ereignisse aus dem Alltag, wie zum Beispiel dem wöchentlichen Ausgang, werden kaum thematisiert. Der Zusammenhang zwischen Alkohol und Gewalt wird in der Medienberichterstattung implizit vorausgesetzt und nicht explizit thematisiert. In Bezug auf Lösungsansätze und Prävention stehen in der Medienberichterstattung primär die Klärung der Verantwortlichkeit und repressive Massnahmen im Vordergrund.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammenfassend kommen wir zu dem Schluss, dass Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum eine so grosse Rolle spielt, dass Alkoholprävention zu einer Verringerung von Gewalthandlungen im öffentlichen Raum führen könnte. Es wird empfohlen, präventive Massnahmen zu intensivieren und systematisch zu evaluieren, die Erkenntnisse aufzuarbeiten und zu verbreiten, Synergien zwischen Alkohol- und Gewaltprävention zu nutzen und die Zusammenarbeit der Akteure aus verschiedenen Bereichen zu fördern.

EXECUTIVE SUMMARY (FRANÇAIS)

Situation de départ

L'un des objectifs importants du Programme national alcool (PNA) pour la période 2013–2016 est de réduire la consommation problématique d'alcool ainsi que d'agir contre ses effets néfastes, parmi lesquels comptent les actes de violence. En 2007, les actes de violence associés à l'alcool dans le canton de Berne ont été étudiés sous mandat de l'Office fédéral de la santé publique au moyen d'une enquête auprès du personnel de la police.² Partant de cette étude, l'OFSP souhaite maintenant acquérir des enseignements représentatifs et détaillés sur le thème de l'alcool et de la violence dans l'espace public en Suisse. C'est dans ce but que l'équipe de chercheurs d'Interface - Etudes politiques et de la Haute école de Lucerne – Travail social a été mandatée pour réaliser la présente enquête.

Objectif du projet et questions de la recherche

L'objectif du projet de recherche est de générer des données empiriques pour la Suisse sur le lien existant entre alcool et violence dans l'espace public et ainsi de combler une lacune de la recherche. L'étude existante datant de 2007 doit être adaptée et élargie. Les principales questions de recherche concernent le rôle joué par l'alcool lors d'actes de violence dans l'espace public et la caractérisation des délits liés à l'alcool. D'autres questionnements visent à déterminer quel est le niveau de connaissances actuel en la matière dans la littérature et comment la thématique est présentée dans les médias. Comme base en vue des recommandations, des appréciations sur de possibles solutions ont été recueillies.

Termes centraux utilisés

La violence est définie dans cette étude dans son acception large, de façon analogue à 2007. On entend par *acte de violence* tous les actes ayant entraîné des interventions policières, qui se réfèrent à des infractions avec violence verbale et physique contre des personnes et des objets ainsi que tous les stades préliminaires possibles. L'*acte de violence* a été défini comme *lié à l'alcool*, lorsque la consommation d'alcool est prouvée ou supposée par des spécialistes. L'*espace public* est défini par des types d'espaces spécifiques et des manifestations qui sont par principe ouvertes et accessibles à tous.

Méthodologie

Quatre approches méthodologiques ont été combinées dans cette étude. Les éléments empiriques principaux proviennent d'une enquête en ligne sur deux semaines qui a été réalisée en juin et juillet 2013 auprès de quelques 1 300 employés de la police dans les cantons de Berne, de Genève et de Lucerne ainsi que dans la ville de Zurich. A cela viennent s'ajouter dix-neuf entretiens avec des experts, spécialistes du terrain ou appartenant au monde scientifique, politique et de l'administration. Ces enquêtes ont été complétées par une analyse de la littérature scientifique ainsi qu'une analyse de la presse écrite régionale, cantonale et nationale dans le canton de Berne d'avril à septembre 2013.

² Keller et al. 2007.

Résultats

Analyse bibliographique : La recherche au niveau de la littérature spécialisée montre qu'il n'existe quasiment pas d'étude associant les trois thèmes alcool, violence et espace public. Il existe toutefois un grand nombre d'études sur la violence liée à l'alcool. L'influence de la consommation d'alcool sur la propension à la violence et aux agressions des personnes a beau être bien documentée, aucun lien de causalité n'a cependant pu être démontré. Les actes de violence dans l'espace public constituent un phénomène extrêmement complexe, qui touche plusieurs niveaux de la société. Les actes de violence en public ont lieu de façon croissante dans les centres des villes, ce qui s'explique par de nouvelles formes de l'appropriation de l'espace, de nouveaux comportements de loisirs et le phénomène de groupe.

Rôle de l'alcool en cas de violence dans l'espace public : L'alcool joue un rôle important lors de certains actes de violence spécifiques ayant lieu dans l'espace public en Suisse. L'enquête en ligne a révélé que 50 pour cent de tous les actes de violence (y compris tapage nocturne / disputes) ayant eu lieu au cours de la semaine de référence, étaient liés à l'alcool, avec toutefois de grandes divergences selon le type de délit. Les délits les plus fréquemment liés à l'alcool sont le tapage nocturne et les disputes (76%), suivis des actes de violence contre les personnes (54%) et des actes de violence contre des objets (17%). Les incidents liés à l'alcool les plus importants en nombre étaient les voies de fait, les lésions corporelles, les disputes et le tapage nocturne ainsi que les dommages à la propriété. Les dommages à la propriété liés à l'alcool sont nombreux en raison de la fréquence absolue de ce type de délit, même si la part des incidents sous l'emprise de l'alcool y est faible en comparaison (32% contre 70% au moins dans les quatre autres catégories de délits). L'alcool est peu important pour ce qui est des vols par effraction/vols eux aussi fréquents (8% de cas liés à l'alcool). En ce qui concerne les délits moins fréquents ayant eu lieu au cours de la semaine de référence, tels que menace/chantage, brigandage, délits d'ordre sexuel, contrainte et décès extraordinaires, la part des actes liés à l'alcool était de 6 à 39 pour cent et le nombre des délits liés à l'alcool comparativement faible. Selon les appréciations des employés de police et des experts interviewés, le rôle de l'alcool dans les actes de violence ayant lieu dans l'espace public a augmenté au cours des cinq dernières années. La comparaison entre les résultats des enquêtes en ligne de 2013 et 2007 dans le canton de Berne ne montre toutefois qu'une augmentation de la part des délits liés à l'alcool lors du tapage nocturne et des disputes (de 66% à 77%).

Caractérisation des actes de violence liés à l'alcool : Les descriptions des 537 derniers délits associés à l'alcool répertoriés dans l'enquête en ligne présentent des modèles d'actes de violence dans l'espace public liés à l'alcool typiques. Ceux-ci ont été majoritairement confirmés dans les entretiens. Typiquement, les actes de violence liés à l'alcool dans l'espace public sont des voies de fait et/ou des lésions corporelles ainsi que du tapage nocturne et/ou des disputes et enfin des dommages à la propriété ayant lieu dans le cadre des sorties nocturnes le weekend. Ceci apparaît dans la multiplication des incidents ayant lieu dans les nuits de vendredi et de samedi et dans les villes. Les incidents ont eu lieu le plus souvent dans la rue, sur des places publiques et dans les « quartiers branchés ». Selon les évaluations des employés de police, en service en zone rurale ou dans les agglomérations, non seulement les villes mais aussi les communes des agglomérations sont particulièrement touchées. L'enquête en ligne indique que

typiquement, les délinquants et les victimes sont des petits groupes d'hommes et qu'ils ont entre 19 et 24 suivis de 25-34 ans. Toutefois, des femmes étaient également impliquées en tant que délinquantes dans un tiers des cas, et dans un cinquième des délits les personnes impliqués avaient moins de 19 ans ou plus de 35 ans.

Analyse médiatique : L'analyse a mis en évidence trois thèmes principaux, qui structurent distinctement le compte-rendu médiatique au niveau du contenu. Il s'agit de la grande manifestation ayant eu lieu en ville de Berne en mai 2013 „Tanz dich frei“, des consultations liées à la législation concernant l'alcool au sein des chambres fédérales (Session de printemps et d'automne 2013) et de la publication de plusieurs études et rapports de qualité diverse sur le thème de la consommation d'alcool (provenant essentiellement du secteur médical). Des événements de la vie de tous les jours comme les sorties du weekend ne sont quasiment pas traités. Le lien entre l'alcool et la violence est implicite mais n'est pas explicitement thématiqué. Dans les médias, la question de la prévention et des solutions possibles à apporter est avant tout traitée sous l'angle de la clarification des responsabilités et des mesures répressives.

Conclusions et perspectives

En résumé, nous concluons que l'alcool joue un tel rôle lors des incidents dans l'espace public que la prévention de l'alcoolisme pourrait conduire à une réduction des actes de violence dans l'espace public. Il est recommandé d'intensifier et d'évaluer les mesures de prévention de façon systématique, d'étudier les résultats et de les diffuser, de tirer parti des synergies entre la prévention de l'alcoolisme et la prévention de la violence et d'encourager la collaboration entre les acteurs des différents domaines.

EXECUTIVE SUMMARY (ENGLISH)

Background

An important goal of the National Programme Alcohol 2013–2016 is to reduce problem consumption of alcohol and reduce its negative consequences, which include acts of violence. A study in 2007 commissioned by the Federal Office of Public Health (FOPH) examined alcohol-related acts of violence in the Canton of Bern by means of a survey of members of the police force.³ Starting out from that study, the FOPH now wants to obtain representative and more in-depth findings on alcohol and violence in public settings in Switzerland. To this purpose, the FOPH commissioned researchers at Interface Politikstudien Forschung Beratung and at the Lucerne University of Applied Sciences and Arts – Social Work to conduct this study.

Aims and research questions

The aim of this study is to generate empirical data on the connection between alcohol and violence in public settings in Switzerland and thus to close a research gap. The existing study conducted in 2007 is to be adapted and expanded. The main research questions focus on the role of alcohol in acts of violence in public settings and on the characterization of alcohol-related incidents. Furthermore, the current state of knowledge in the literature and the depiction of the topic in the media are examined. In addition, as a basis for recommendations, experts were consulted for assessments of possible solutions.

Central terms

Violence is defined broadly in this study, as it was also in the 2007 study. *Act of violence* refers to all incidents requiring police intervention that involve verbal or physical violence against persons and property as well as possible precursors to such acts. An *act of violence* is defined as *alcohol-related*, when alcohol consumption was detected or suspected by specialists. *Public settings* are specific places and events that are freely open and accessible to all persons.

Method

In this study, four methodological approaches were tied together. The central empirical elements were a 2-week online survey of about 1,300 members of the police force in the Cantons of Bern, Geneva, and Lucerne and in the city of Zurich in June/July 2013 and subsequent interviews with 19 experts in the field, research, policy, and administration. These surveys were complemented by an analysis of the scientific literature and a media analysis of regional, cantonal, and national print media in the Canton of Bern from April to September 2013.

Results

Analysis of the literature: The literature search yielded almost no studies at the interface among all three topics – alcohol, violence, and public settings. However, many studies have been conducted on the connection between alcohol and violence. Alt-

³ Keller et al. 2007.

though the effect of alcohol consumption on the propensity to commit violence and aggressiveness is well-documented, it is agreed that no causal relationship has been demonstrated. Acts of violence in public settings are an extremely complex phenomenon that concerns the most various social levels. Public acts of violence are occurring increasingly in urban centres, a development that is explained as due to new forms of appropriation of space, a new nightlife culture, and group phenomena.

The role of alcohol in violence in public settings: Alcohol plays a significant role in certain acts of violence in public settings in Switzerland. The online survey revealed that during the reference week of the survey, alcohol was involved in 50 per cent of all acts of violence (including disturbances of the peace and disputes), whereby there were substantial differences between types of offences. The highest percentage of alcohol-related incidents was found for disputes and disturbing the peace (76%), followed by violence against persons (54%) and violence against property (17%). In number, the most frequent alcohol-related incidents were assault, bodily harm, disputes and disturbances of the peace, and damage to property. Based on absolute frequency of the offence, occurrences of alcohol-related damage to property were numerous, even though the percentage of alcohol-related incidents of this type was comparatively low (32% as opposed to at least 70% for the other four categories of offences). Alcohol consumption did not play an important role in another frequent offence, burglaries and thefts (8% alcohol-related occurrences). Of the more infrequent offences committed in the reference week of the survey, such as threats/extortion, robbery, sexual offences, coercion, and unnatural deaths, the percentage of alcohol-related acts of violence was between 6 and 39 per cent, and the number of alcohol-related incidents was comparatively low. According to assessments by the members of the police force surveyed and the experts interviewed, the role of alcohol in acts of violence in public settings has increased in the last 5 years. However, a comparison of the results of the online surveys in 2007 and 2013 in the Canton of Bern showed an increase in the percentage of alcohol-related incidents only for disturbances of the peace and disputes (from 66% to 77%).

Characterization of alcohol-related acts of violence: Descriptions of the 537 most recent alcohol-related incidents in the online survey revealed patterns of typical alcohol-related acts of violence in public settings. These were mostly confirmed in the interviews with experts. Alcohol-related acts of violence typically occurred as bodily harm and/or assault, disturbances of the peace and/or disputes as well as damage to property in the context of nightlife on weekends. This was also shown by the increased volume of such incidents on Friday and Saturday nights and in cities. The incidents took place most frequently in the streets, at public squares, and in entertainment districts. According to members of the police force who work in the countryside or in agglomerations, not only the cities, but also agglomeration communities were particularly frequently affected. According to the online survey, typical offenders and victims were small groups of men and the age group from 19 to 24, followed by the age group from 25 to 34. However, women were involved as offenders in approximately one-third of cases, and persons below the age of 19 and above the age of 35 were involved in one-fifth of the incidents.

Analysis of the media: The analysis yielded three thematic foci that clearly structured the content of the media coverage: the large-scale event *Tanz dich frei* in the city of Bern in May 2013, the deliberations on the alcohol legislation in Parliament (spring and autumn session 2013), and the publication of several studies and reports of varying quality on the subject of alcohol consumption (mainly by the medical sector). Everyday events, such as going out on the weekend, were hardly covered. The connection between alcohol and violence was an implicit assumption in the media coverage and was not made the subject of explicit discussion. Concerning possible solutions and prevention, the media coverage focused primarily on clarification of responsibility/accountability and on repressive measures.

Conclusions and outlook

In summary, we conclude that alcohol plays such a large role in violence in public settings that alcohol prevention could lead to a reduction of acts of violence in public settings. We recommend that preventive measures should be increased and evaluated systematically, the findings appraised and disseminated, synergies between alcohol and violence prevention utilized, and cooperation and collaboration among the stakeholders in different areas promoted.

I EINLEITUNG

Das folgende Kapitel umreisst die Ausgangslage (Abschnitt 1.1), stellt die Ziele und Forschungsfragen des Projekts vor (Abschnitt 1.2) und beschreibt den nachfolgenden Berichtsaufbau (Abschnitt 1.3).

1.1 AUSGANGSLAGE

Der Bundesrat hat im Jahr 2008 das Nationale Programm Alkohol (NPA) verabschiedet und im Jahr 2012 um vier Jahre verlängert. Das NPA beruht auf der Vision: *Wer alkoholische Getränke trinkt, tut dies ohne sich selber und anderen Schaden zuzufügen.* Vor diesem Hintergrund wurde für die Umsetzungsperiode 2013–2016 der Fokus auf drei strategische Ziele gelegt. Erstens die Stärkung des Jugendschutzes, zweitens die Sensibilisierung der Gesellschaft für den problematischen Konsum und drittens die Unterstützung der Akteure der Alkoholprävention bei ihrem Beitrag zur Senkung des problematischen Konsums. Zur Erreichung der Programmziele entwickelt und fördert das NPA Aktivitäten in fünf Handlungsfeldern. Das Handlungsfeld 3 bezieht sich auf individuelle und gesellschaftliche Schadensminderung. Ziel ist es, die schädlichen Folgen des Alkoholkonsums wie Unfälle und erhöhtes Gewaltpotenzial so weit als möglich zu begrenzen.⁴

Im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) wurde 2007 von Keller et al. mittels einer Erhebung bei Polizeiangestellten im Kanton Bern untersucht, mit welcher Wahrscheinlichkeit und unter welchen Umständen Alkohol und Gewalt zusammen auftreten.⁵ Diese wie auch eine Reihe weiterer nationaler und internationaler Studien weisen auf einen starken Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen hin, der durch verschiedene physische, psychische und soziale Faktoren beeinflusst wird. Auch wenn ein kausaler Zusammenhang zwischen Gewalt und Alkohol nicht eindeutig bewiesen ist, deuten empirische Studien zumindest darauf hin, dass Personen mit problematischem Alkoholkonsum ein höheres Risiko für das Ausüben von Gewalttaten haben.⁶

Ausgehend von diesen Erkenntnissen und basierend auf den strategischen Zielen des NPA möchte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) nun repräsentative und vertiefte Erkenntnisse zum Thema Alkohol und Gewalt, fokussiert auf den öffentlichen Raum, in der Schweiz erlangen.⁷ Zu diesem Zweck wurde das Forschungsteam von Interface Politikstudien Forschung Beratung sowie der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit beauftragt, im Jahr 2013 ein Forschungsprojekt durchzuführen. Die Gesamtprojektlei-

⁴ BAG 2013, S. 8 ff.

⁵ Keller et al. 2007.

⁶ BAG 2012.

⁷ Für die NPA-Umsetzungsperiode 2013–2016 wird der Fokus auf drei strategische Ziele gelegt. Ziel 1: Der Jugendschutz wird gestärkt und die Gesellschaft unterstützt Jugendschutzmassnahmen. Ziel 2: Die Gesellschaft wird für die Schädlichkeit des problematischen Konsums sensibilisiert. Ziel 3: Die Akteure der Alkoholprävention werden so unterstützt, dass sie einen optimalen Beitrag zur Senkung des problematischen Konsums leisten können. Vgl. BAG 2013.

tung liegt bei Interface. Der operative Schwerpunkt von Interface liegt bei der quantitativen und qualitativen Erhebung, derjenige der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit bei der Literatur- und der Medienanalyse.

1.2 ZIEL DES PROJEKTS UND FORSCHUNGSFRAGEN

Ziel des Forschungsprojektes ist es, empirische Daten für die Schweiz zum Zusammenhang von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum zu generieren und damit eine Forschungslücke zu schliessen. Dabei soll die bestehende Studie von Keller et al. aus dem Jahr 2007 als Ausgangspunkt dienen und angepasst und erweitert werden. Die Ergebnisse der Studie sollen genutzt werden, um die Öffentlichkeit über die Rolle von Alkohol im öffentlichen Raum zu informieren und zu helfen, Präventionsmassnahmen gezielter auszurichten und damit gesellschaftliche Schadensminderung zu betreiben.

Ausgehend von dieser Zielsetzung wurden vier Hauptfragestellungen formuliert:

- F1. Aktueller Wissensstand:* Wie ist der Stand des Wissens zum Zusammenhang von Alkohol, Gewalthandlungen und öffentlichem Raum?
- F2. Rolle von Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum:* Welche Bedeutung hat Alkohol bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum?
Wie gross ist der Anteil Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in der Schweiz, die mit Alkoholkonsum assoziiert sind? Ist ein zeitlicher Trend über die letzten fünf Jahre ersichtlich?
- F3. Charakterisierung von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum:* Lassen sich Gewalthandlungen im öffentlichen Raum, die mit Alkoholkonsum assoziiert sind, charakterisieren?
Falls ja: Um welche Art von Gewalthandlungen handelt es sich vor allem? Gibt es Personengruppen, die typischerweise beteiligt sind? Gibt es bevorzugte Zeiten und Orte des Auftretens? Gibt es regionale Unterschiede?
- F4. Darstellung in den Medien:* Wie wird der Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in der Medienberichterstattung dargestellt?
Welche Erklärungen für den Zusammenhang werden in der Berichterstattung konstruiert? Über welche Formen (Gewalttypologien) und über welche Orte (Konstruktion von Gewalträumen) von Gewalthandlungen wird berichtet?

Im Hinblick auf Empfehlungen zum weiteren Vorgehen wurden zudem Einschätzungen zu möglichen Lösungsansätzen und wirkungsvoller Prävention erhoben.

1.3 AUFBAU DES BERICHTS

Der Aufbau des Berichts gliedert sich wie folgt:

- Im Kapitel 2 werden das Forschungsdesign und die eingesetzte Methodik zur Datenerhebung und -auswertung einschliesslich der Definition zentraler Begriffe be-

schrieben. Zudem werden die Möglichkeiten und Grenzen der vorliegenden Untersuchung aufgezeigt.

- Im Kapitel 3 werden die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert. Das Kapitel ist in vier Abschnitte gegliedert. Abschnitt 3.1 beschreibt die Ergebnisse der Literaturanalyse, wofür die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit verantwortlich zeichnet. Die Abschnitte 3.2 und 3.3 beschreiben die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebungen (Online-Befragung und Expertengespräche). Verantwortlich für diesen Teil ist Interface. Abschnitt 3.4 legt die Ergebnisse der Medienanalyse dar, welche von der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit durchgeführt wurde.
- Im Kapitel 4 werden die Untersuchungsergebnisse aus allen vier Ergebnisteilen synthetisiert und diskutiert. Die Forschungsfragen werden beantwortet und kritisch reflektiert. Abschliessend werden Schlussfolgerungen gezogen und mögliche weitere Schritte skizziert.
- Das Kapitel 0 umfasst das Verzeichnis der verwendeten Literatur.

In diesem Kapitel wird das Forschungsdesign beschrieben. Dieses beinhaltet die Beschreibung des methodischen Ansatzes, eine Klärung der relevanten Begriffe sowie die Erläuterung der Möglichkeiten und Grenzen der Untersuchung.

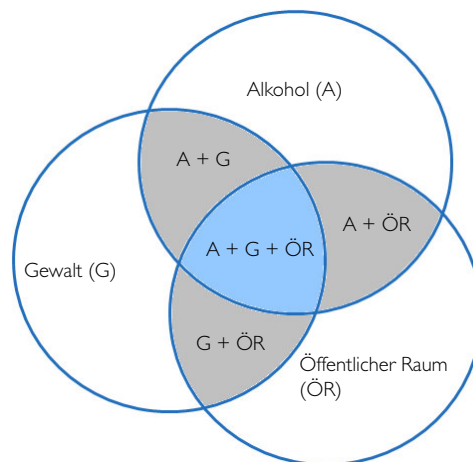
2.1 VORGEHEN

Um die im Abschnitt 1.2 aufgeführten Fragestellungen zu beantworten und der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes gerecht zu werden, wurde eine Methodentriangulation gewählt. Es wurde erstens der aktuelle Wissensstand im Rahmen einer Literaturanalyse aufgearbeitet. Zweitens wurde eine Online-Befragung bei Polizeiangestellten durchgeführt. Die quantitativen Ergebnisse wurden drittens in Expertengesprächen vertieft. Schliesslich wurde viertens in einer Medienanalyse die Darstellung des Themas in den Medien untersucht. In den folgenden Abschnitten wird das jeweilige Vorgehen kurz dargestellt.

2.1.1 LITERATURANALYSE

Im Rahmen der Literatur- und Wissensanalyse wurde der aktuelle Wissensstand zum Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum erhoben (Frage F1). Die Literaturanalyse diente zudem der Entwicklung beziehungsweise der Anpassung der Erhebungsinstrumente (Fragebogen, Gesprächsleitfäden, Auswertungsraster) sowie der definitiven Bestimmung der zu untersuchenden Raumtypen und Veranstaltungsarten. Es werden aktuelle fachliche Erklärungen und Diskussionen zu den Schnittstellen der drei Themenblöcke „Alkoholkonsum (Alkohol, A)“, „Gewalthandlungen (Gewalt, G)“ und „Öffentlicher Raum (ÖR)“ dargelegt (vgl. Darstellung D 2.1).

D 2.1: Schnittstellen zwischen den drei Untersuchungskategorien



Quelle: Interface 2013.

Vorgehen und Quellen

Recherchiert wurden aktuelle nationale wie internationale Studien, deren Untersuchungszeitraum nicht länger als fünf Jahre zurückliegt. Teilweise wurde auch auf ältere Veröffentlichungen zurückgegriffen, wenn diese für die aktuelle Diskussion relevant sind. Studien, die nach Januar 2013 veröffentlicht wurden, konnten nicht berücksichtigt werden. Der Fokus der Recherche lag auf wissenschaftlichen, empirischen Studien, die den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und auftretenden Gewalthandlungen im öffentlichen Raum untersuchten. Hooliganismus stand nicht im Zentrum dieser Untersuchung und diese Studien wurden nicht weiter analysiert. Quellen für die Recherche waren einschlägige Suchmaschinen sowie Literaturverzeichnisse bestehender Studien und Fachliteratur. Die Ergebnisse der Recherche werden in einer thematischen Zusammenfassung im Abschnitt 3.1 dargestellt.

Eingrenzung des Gegenstands der Recherche

Zentrale Suchbegriffe der Recherche waren „Alkohol“, „Alkoholkonsum“, „Gewalt“, „aggressives Verhalten“, „öffentlicher Raum“, „öffentliche Plätze“. Sekundäre Suchbegriffe waren „Prävention“, „Alkoholprävention“, „Gewaltprävention“.

Der Gewaltbegriff ist, insbesondere im Deutschen, ein mehrdeutiger Begriff, der in der recherchierten Literatur unterschiedlich verwendet wird. Verwendet wird er in dieser Recherche für Gewalthandlungen, in denen einer anderen Person oder einer Gruppe körperlicher Schaden angedroht oder tatsächlich zugefügt wird.⁸ Andere Formen von Gewalt, wie häusliche Gewalt oder Gewalt im sozialen Nahraum sowie Gewaltformen, die sich gegen Objekte richten (Vandalismus, Sachbeschädigung usw.), standen nicht im Fokus des Interesses.

2.1.2 ONLINE-BEFragung VON POLIZEIANGESTELLTEN

Die Online-Befragung von Polizeiangestellten zielt vor allem auf die Fragen F2 und F3, also die Rolle und Charakterisierung von alkoholassoziierten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum. Die Studie von Keller et al. aus dem Jahr 2007 diente gemäss Vorgabe der Auftraggeberin als Ausgangspunkt für diese quantitative Erhebung. Das Design wurde, wo nötig, den Erfordernissen der vorliegenden Studie angepasst. Darstellung DA 1 im Anhang zeigt zusammenfassend auf, welche Modifikationen im Vergleich zu der Studie aus dem Jahr 2007 vorgenommen wurden.

Datenerhebungsmethodik

Die Datenerhebung wurde analog zur Studie von Keller et al.⁹ online durchgeführt. In jedem Polizeikorps wurde mit einer Ansprechperson zusammengearbeitet, um die Durchführung der Erhebung zu koordinieren. Die Polizeiangestellten erhielten am 24. Juni 2013 von ihren Führungskräften eine E-Mail mit dem Studienkurzbeschrieb und der Aufforderung, an der Befragung teilzunehmen, sowie dem Link zum Fragebogen (in deutscher oder französischer Sprache). Eine Woche später wurde wiederum von den Vorgesetzten eine Erinnerungs-E-Mail verschickt. Die Befragung wurde am 8. Juli 2013 beendet.

⁸ Definition nach Heitmeyer/Hagan 2002.

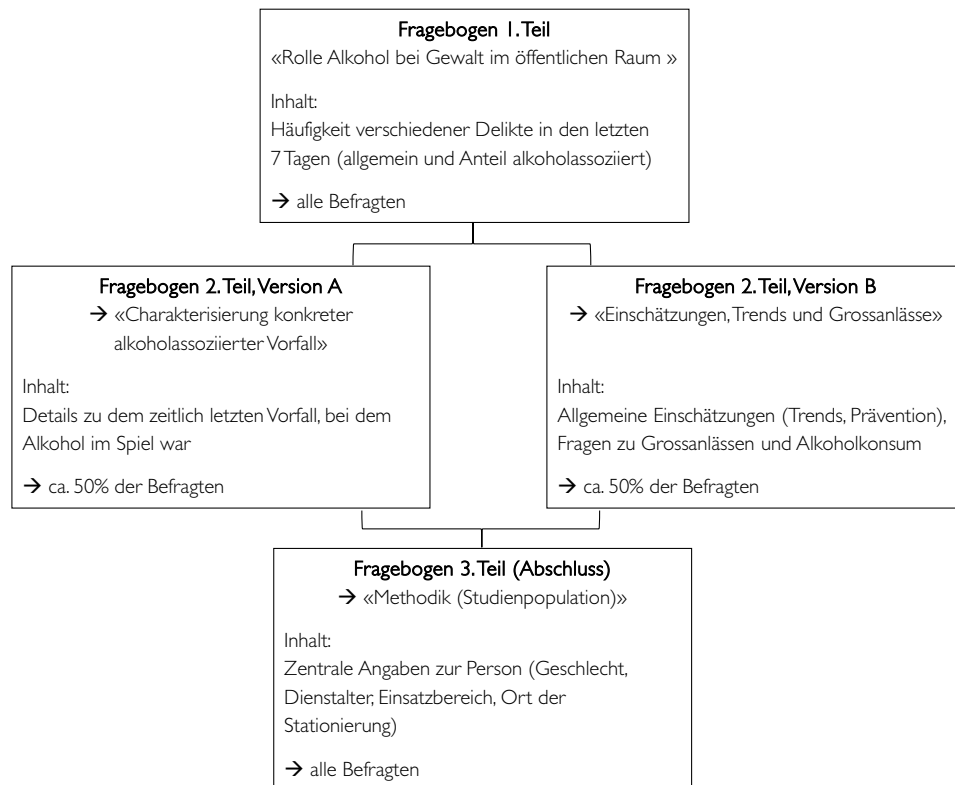
⁹ Keller et al. 2007.

Fragebogen

Der Fragebogen wurde ausgehend vom Fragebogen der Studie von Keller et al.¹⁰ weiterentwickelt und deckt die in Abschnitt 1.2 aufgeführten Fragestellungen zur Rolle und Charakterisierung der alkoholassoziierten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum ab. Anpassungen betrafen vor allem die Fokussierung auf den öffentlichen Raum. Dabei wurde darauf geachtet, wo immer möglich am Wortlaut der Fragen von 2007 zu bleiben, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherzustellen. Der Fragebogen enthielt mehrheitlich geschlossene Fragen mit vorkodierten Antwortmöglichkeiten. Der komplette Fragebogen befindet sich im Anhang A2 (deutsche Version).

Die ursprüngliche dreiteilige Struktur des Fragebogens wurde beibehalten. Wie die nachfolgende Darstellung D 2.2 zeigt, wurden der erste und der letzte Teil von allen Befragten beantwortet. Der mittlere Teil war in die Versionen A und B unterteilt, welche je von der Hälfte der Befragten beantwortet wurden.¹¹

D 2.2: Aufbau des Fragebogens 2013 in den Versionen A und B



Quelle: Interface 2013. Dieser Aufbau basiert auf dem Aufbau des Fragebogens aus dem Jahr 2007 (Keller et al. 2007, Anhang).

Auswahl der Studienregionen und Rücklauf

Da aus Kostengründen keine Vollerhebung möglich war, wurde eine Auswahl an zu befragenden Polizeikörpern getroffen. Diese basierte auf folgende Überlegungen. Erstens

¹⁰ Keller et al. 2007.

¹¹ Eine randomisierte Zuordnung zu den Fragebogenversionen erfolgte über den Tag des Geburtstags: Personen mit einem geraden Tag wurde Version A zugeordnet, den anderen Version B.

sollen möglichst repräsentative Daten für die ganze Schweiz generiert werden. Daher sollen ein genügend grosser Anteil der Bevölkerung sowie städtische und ländliche Gebiete und Sprachregionen sowie der Ausländeranteil gut repräsentiert sein.¹² Zweitens soll die Gesamtheit der Polizeiangeestellten im Sinne eines guten Rücklaufs möglichst einfach erreicht werden können. Daher sind Polizeikorps einer Einheitspolizei von Vorteil. Neben den Kantonen Bern, Luzern und Genf wurde auf Wunsch der Auftraggeberin noch die Stadt Zürich ausgewählt. Grund dafür ist der besondere Stellenwert, den alkoholassoziierte Gewalt im öffentlichen Raum hier angesichts der Grösse und des urbanen Charakters in Zürich einnimmt. Da der Kanton Zürich über keine Einheitspolizei verfügt, wurde die Befragung auf die Stadtpolizei Zürich fokussiert.¹³

Die ausgewählten Polizeikorps sind in einem Gebiet zuständig, welches ein knappes Drittel der Bevölkerung der Schweiz abdeckt (28%). Wie Darstellung D 2.3 zeigt, bildet dieses Gebiet die Verhältnisse in der Schweiz gut ab.

D 2.3: Bevölkerungsmerkmale der ausgewählten Kantone/Städte und der Schweiz

Merkmal	Kantone BE, LU, GE und Stadt Zürich	Schweiz
Ständige Wohnbevölkerung (Einwohner/-innen) ^{a)}	2,20 Mio.	7,95 Mio.
Anteil Bevölkerung im städtischen Raum ^{b)}	74%	73%
Anteil Hauptsprache Französisch ^{c)}	19%	20%
Anteil Ausländer/-innen ^{a)}	23%	23%

Quellen: Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) und des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE);

a) BFS 2012; b) ARE 2003, S. 17, für die Stadt Zürich wurden alle Einwohner/-innen als Bevölkerung im städtischen Raum gezählt; c) BFS 2003, S. 4.

Zur Grundgesamtheit gehören sämtliche Polizeiangeestellten im Frontdienst der Polizeikorps der Kantonspolizei Bern, Luzern und Genf sowie der Stadtpolizei Zürich (rund 3'900 Personen).¹⁴ Von diesen nahmen 1'299 Polizeiangeestellte an der Befragung teil, entsprechend einem Rücklauf von 33 Prozent (vgl. Darstellung D 2.4). Davon beantworteten 609 Personen Fragebogen Version A und 690 Personen den Fragebogen Version B.

¹² Aus Kostengründen musste die Auswahl auf die beiden grössten Sprachregionen deutsch- und französischsprachig eingeschränkt werden.

¹³ Die Kantonspolizei Zürich ist zwar auch im Stadtbereich aktiv, jedoch ist die Stadtpolizei in der Regel für die in der Studie erhobenen Delikte zuständig (Anrufe auf die Telefonnummer 117 gehen zur Stadtpolizei).

¹⁴ Die Grundgesamtheit wurde bestimmt nach Angaben der Polizeikorps. Gemeinsam mit den Ansprechpersonen wurde festgelegt, welche Einheiten der Polizei für die Befragung angeschrieben werden. Dabei wurden, wo möglich, Einheiten, die nicht im Frontdienst tätig sind (z.B. administratives Personal), gleich zu Beginn aus der Befragung ausgeschlossen. Eine Einstiegsfrage nach Tätigkeit im Frontdienst identifizierte dann abschliessend die Zielpersonen.

D 2.4: Teilnehmende der Online-Befragung und Rücklauf pro Polizeikorps

Polizeikorps	Teilnehmende	Grundgesamtheit ^{a)}	Rücklauf
Stadtpolizei Zürich	411	1'550	27%
Kantonspolizei Bern	373	1'000	37%
Luzerner Polizei	273	625	44%
Police Cantonale de Genève	239	727	33%
Keine Angabe	3		
Gesamt	1'299	3'902	33%

Quelle: Online-Befragung 2013 für Teilnehmende und a) Angaben der Polizeikorps zur Anzahl von Polizeiangeestellten im Frontdienst für Grundgesamtheit.

Beschreibung der Stichprobe

Insgesamt wurden deutlich mehr Männer als Frauen befragt (83% versus 17%), was gemäss Aussagen der Ansprechpersonen die Anstellungsverhältnisse widerspiegelt.

Die befragten Polizeiangeestellten blicken zum Grossteil auf langjährige Erfahrung zurück. Rund zwei Drittel der Befragten in den Kantonen Bern (63%) und Luzern (64%), 71 Prozent in Genf und 83 Prozent in der Stadt Zürich waren zum Zeitpunkt der Befragung seit mehr als sechs Dienstjahren im Einsatz.¹⁵

Knapp zwei Drittel der Befragten (64%) waren hauptsächlich im Stadtgebiet im Einsatz, wobei hier naturgemäss Unterschiede zwischen den Polizeikorps bestehen (vgl. Darstellung D 2.5).¹⁶

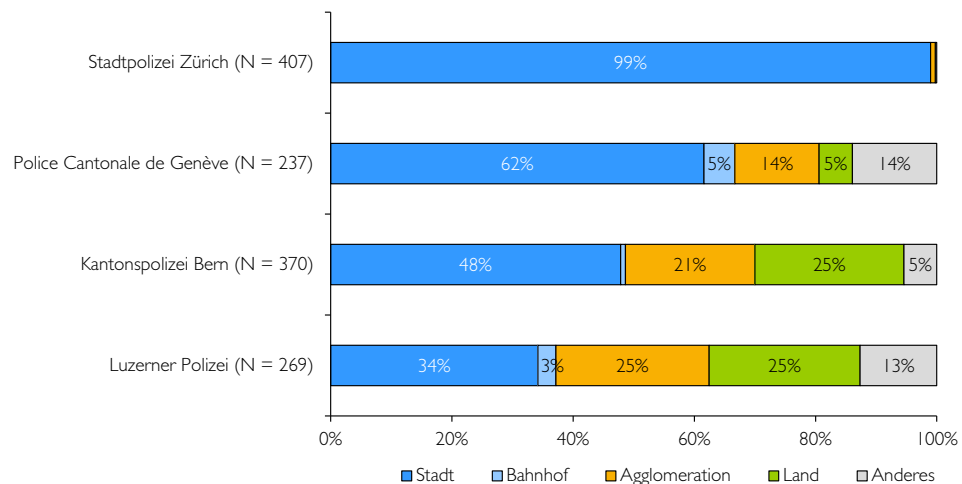
Von den 1'299 teilnehmenden Polizeiangeestellten standen 81 Prozent mindestens einen Tag während der Untersuchungswoche im Einsatz. Davon arbeiteten 97 Prozent unter der Woche tagsüber (Montag bis Freitag) und 40 Prozent unter der Woche nachts (Montag bis Donnerstag). 40 Prozent waren am Samstag und Sonntag tagsüber im Einsatz und 39 Prozent standen am Wochenende nachts im Dienst (Freitag-, Samstag- oder Sonntagabend).¹⁷

¹⁵ Im Durchschnitt lag die Zahl der Dienstjahre zwischen minimal 12 Jahren (Genf) und maximal 15 Jahren (Stadt Zürich). Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F4; N = 1'275.

¹⁶ Unter „anderes Einsatzgebiet“ wurde häufig das ganze Kantonsgebiet genannt. Zudem wurden in Genf öfters der Flughafen und das Seebecken, in Luzern die Kriminalpolizei und in Bern die Autobahn genannt.

¹⁷ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F1; N = 1'299.

D 2.5: Einsatzgebiete nach Polizeikorps



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F5 und F7; N = 1'283.

Datenaufbereitung und Auswertung

Die Befragungsdaten wurden mit dem Statistikpaket IBM SPSS Statistics 19.0.0 ausgewertet. Die Daten wurden uni- und bivariat analysiert. In der Regel werden Anteile in Prozent berichtet. Wenn beim Vergleich von Kategorien dem Verständnis der Grössenverhältnisse besondere Wichtigkeit zukam, wurden in den Darstellungen auch absolute Zahlen gezeigt. Dies war auch der Fall, wenn zum Teil sehr kleine Fallzahlen vorlagen, sodass prozentuale Anteile als irreführend beurteilt wurden. Bei Mehrfachantworten beziehen sich die Prozentangaben auf die Anzahl Vorfälle mit entsprechenden Angaben, sodass die Summe mehr als 100 Prozent ergeben kann. Die Resultate wurden stratifiziert nach Polizeikorps sowie nach Haupteinsatzort der Polizeiangehörigen (Stadt, Land, Agglomeration) ausgewertet.¹⁸ Relevante Unterschiede zwischen den Gruppen wurden mittels Chi-Quadrat-Tests getestet.

Datenqualität

Die Online-Befragung enthält Antworten von rund 1'300 Polizeiangehörigen im Frontdienst. Die Grundgesamtheit der Frontdienstmitarbeitenden ist keine fest bestimmbare Grösse, konnte jedoch durch die Polizeikorps in der Grössenordnung gut abgeschätzt werden, worauf sich der Rücklauf von 33 Prozent bezieht. Dieser Rücklauf ist aus unserer Sicht ausreichend, da wir nicht von relevanten systematischen Verzerrungen ausgehen. Eine solche wäre vor allem eine überdurchschnittliche Sensibilisierung für das Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum, was wir für unwahrscheinlich halten. Eher ist es denkbar, dass die Teilnehmenden stärker für das Thema allgemeine Gewalt sensibilisiert sein könnten. Da in unserer Studie keine absoluten Zahlen, sondern Anteile berechnet werden, hätte eine solche Verzerrung keine Auswirkungen auf die Ergebnisse. Die gute Übereinstimmung der häufigsten Deliktstypen im Zusammenhang mit Alkohol in der Referenzwoche (Teil 1 des Fragebogens) mit den Beschreibungen der zeitlich letzten Vorfälle (Teil 2) spricht ebenfalls gegen eine relevante

¹⁸ In den stratifizierten Analysen wurden Antworten zu „Bahnhof“ (N = 28) wegen zu kleiner Fallzahlen und zu „Anderes Einsatzgebiet“ (N = 89) nicht berücksichtigt.

Verzerrung. Zudem zeichnet die Beschreibung der Stichprobe, gemäss Einschätzung der Ansprechpersonen in den Polizeikorps, ein realistisches Bild der Frontdienstmitarbeitenden.

Beim Vergleich mit anderen Datenquellen zum Gewaltgeschehen in der Schweiz ist es sehr wichtig, die unterschiedliche Bedeutung des Begriffs Gewalt je nach Datenquelle zu beachten. Während in unserer Untersuchung der Gewaltbegriff sehr weit gefasst ist und auch Ruhestörungen und Streitigkeiten einschliesst, beziehen sich die aktuellen Analysen der Daten der Unfallversicherer (UVG) beispielsweise nur auf Körperverletzungen.¹⁹ Im Jahresbericht der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden unter Gewaltstraftaten minderschwere und schwere Gewalt gegen Personen geführt. Hier werden neben Körperverletzungen auch die Deliktskategorien Tötungsdelikte, Tötlichkeiten, Raub, Drohung/Erpressung, Nötigung, einige Sexualdelikte und weitere Straftatbestände geführt.²⁰ Da diese beiden Datenquellen einen hohen Stellenwert vor allem bei der Beurteilung von Entwicklungen von Gewalt über die Zeit und bei der Abschätzung des Niveaus haben, werden im Folgenden unsere Daten zu diesen in Bezug gesetzt. Dies ist jedoch nur sehr eingeschränkt möglich, da in diesen Analysen der Bezug zum öffentlichen Raum und insbesondere zum Alkoholkonsum nur sehr global möglich ist.

In unserer Studie wurden Polizeiangehörige gefragt, wie viele Gewalthandlungen welcher Deliktskategorie sie in einer Referenzwoche erlebt haben. Diese Angaben haben wir den Zahlen der PKS aus dem Jahr 2012 in den entsprechenden Deliktskategorien gegenübergestellt (vgl. Darstellung D 2.6). Diese Gegenüberstellung zeigt, dass in unserer Online-Befragung anteilmässig mehr Tötlichkeiten und weniger Drohungen/Erpressungen und Sexualdelikte erfasst wurden.²¹ Die PKS unterscheidet aber hier nicht nach öffentlichem und privatem Raum.²² Es erscheint daher plausibel, dass in der PKS Sexualdelikte und Drohung/Erpressungen einen höheren Stellenwert einnehmen, da diese häufiger in nicht öffentlichen Räumen zu vermuten sind. Dieser höhere Anteil könnte den geringeren Anteil von Tötlichkeiten erklären.

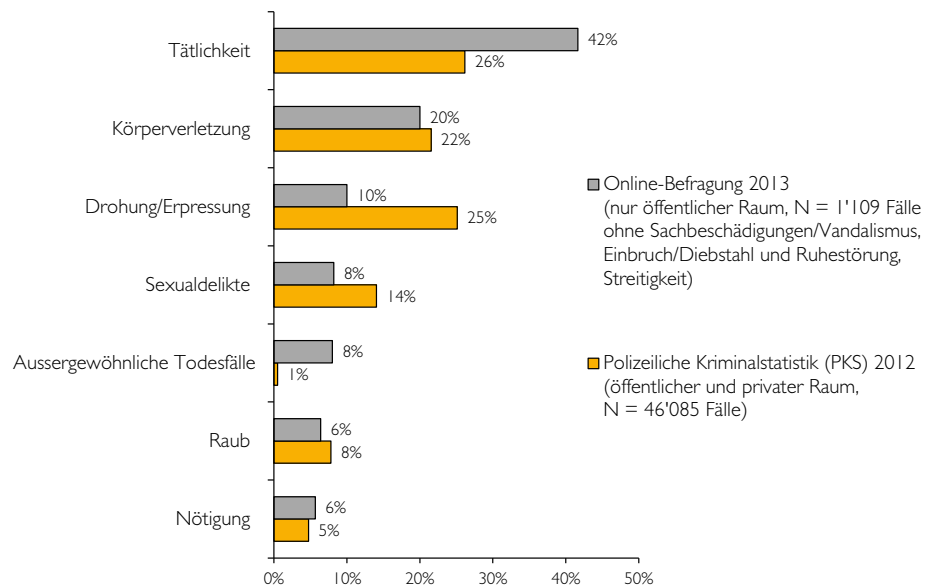
¹⁹ Lanfranconi 2013, S. 6.

²⁰ BFS 2013, S. 63.

²¹ Auf einen Vergleich der Anteile von aussergewöhnlichen Todesfällen mit Tötungsdelikten wurde in Anbetracht der geringen Fallzahlen verzichtet.

²² Gemäss Jahresbericht 2012 finden rund 60 Prozent aller dieser Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum statt, diese Aussage wird nicht weiter differenziert oder kommentiert; vgl. BFS 2013, S. 35.

D 2.6: Verteilung der Deliktskategorien für Gewalt in der Online-Befragung 2013 und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2012



Quellen: BFS 2013 und Online-Befragung 2013, Frage F2.

Legende: Dargestellt ist die Verteilung der Deliktskategorien, das heisst das Verhältnis zueinander (Anteile der jeweiligen Delikte an der Summe aller genannten Delikte).

In der Analyse der UVG-Daten wurde eine Unterscheidung nach öffentlichem und privatem Raum und nach den zehn grössten Städten der Schweiz gemacht. Wir haben die relative Häufigkeit von Körperverletzungen der von uns untersuchten Städte (Zürich, Bern, Genf und Luzern) mit den UVG-Daten verglichen (vgl. Darstellung D 2.7). Dabei werden nicht genau dieselben Zahlen erfasst. Während in der UVG-Analyse ein Mittel über vier Jahre pro Wochenende und Stadt berichtet wird, beziehen sich unsere Daten auf eine Woche im Jahr 2013 und das Haupteinsatzgebiet der Polizeiangehörigen in den Polizeikorps. Trotzdem ergibt der Vergleich eine gute Übereinstimmung der relativen Anteile der Städte, wobei Zürich rund die Hälfte der Fälle ausmacht, was Lanfranconi mit der grössten Ausgehszene erklärt. Unsere Daten unterstützen zudem seine These, dass die UVG-Daten die wahre Anzahl Fälle deutlich unterschätzt.

D 2.7: Anzahl Körperverletzungen im Vergleich der untersuchten Städte

Stadt	Körperverletzungen pro Wochenende (Mittel 2007–2011, UVG-Daten) ^{a)}		Fälle von Körperverletzungen in der Referenzwoche Online-Befragung 2013) ^{b)}	
	Anzahl	Relativer Anteil	Anzahl	Relativer Anteil
Zürich	12	48%	77	46%
Bern	6	24%	30	18%
Genf	4	16%	35	21%
Luzern	3	12%	27	16%
Gesamt	25	100%	169	100%

Quellen: a) Lanfranconi 2013, S. 18. Die Anzahl sind Zirka-Angaben, da abgelesen aus der Abbildung 24;

b) Online-Befragung 2013, Frage F5 und F7, nach Polizeikorps und Einsatzgebiet Stadt.

Die untersuchten Regionen umfassen 2,2 Millionen Einwohner/-innen und repräsentieren die Schweizer Bevölkerung gut hinsichtlich städtischem Raum, Ausländeranteil und Hauptsprache Französisch. Diese Auswahl und der Rücklauf von rund einem Drittel der befragten Polizeiangestellten in der Ferienzeit gewährleisteten eine gute Aussagekraft unserer Studie für die gesamte Schweiz. Insgesamt sind wir daher der Ansicht, dass die Befragung der Polizeiangestellten in unserer Studie das Gewaltgeschehen in der Schweiz gut widerspiegelt und eine gute Grundlage bietet, die Rolle von Alkohol bei Gewalt-handlungen im öffentlichen Raum genauer zu untersuchen.

2.1.3 EXPERTENGESPRÄCHE

Ziel der Expertengespräche war es, die quantitative Befragung der Polizeiangestellten durch die Perspektive anderer Fachpersonen aus dem Feld sowie durch eine übergeordnete Sicht aus der Wissenschaft sowie der Politik und Verwaltung zu ergänzen. Die Ergebnisse der Online-Befragung hinsichtlich der Forschungsfragen F2 und F3 konnten so in einen Fachkontext gestellt und gezielt vertieft werden.

Auswahl der Experten/-innen

Für die Auswahl der Interviewpartner/-innen war entscheidend, dass einerseits alle drei Themen Alkohol, Gewalt und öffentlicher Raum abgedeckt waren und andererseits ein möglichst breites Spektrum von unterschiedlichen Perspektiven über fachliche Interessensvertretende auf verschiedenen Ebenen abgebildet wurde. Eine Liste mit den Interviewpartnern/-innen befindet sich im Anhang. Folgende Kategorien von relevanten Akteuren wurden gebildet:

- *Praxis:* Hierzu zählen einerseits Vertretende von privaten Sicherheitsdiensten, der SIP (Sicherheit Intervention Prävention), der Transportpolizei und des Bahnhofmanagements. Andererseits handelt es sich um Vertretende der Jugend- und Sozialarbeit.
- *Wissenschaft:* Vertretende aus der Schweizer Forschung zu den Themen Sucht, öffentlicher Raum und Gewalt.
- *Verwaltung/Verbände:* Vertretende von nationalen Verbänden der Städte und Gemeinden, der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) sowie der schweizerischen Kriminalprävention.

Die Kategorien dienen der groben Einteilung der befragten Akteure, schliessen sich jedoch nicht gegenseitig aus. Vielmehr sind viele der Befragten in Projekte involviert, welche eine übergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren fördern.

Durchführung und Auswertung

Von September bis Oktober 2013 wurden insgesamt 19 leitfadengestützte Interviews geführt. Aufbauend auf der Auswertung der Online-Befragung und in Rücksprache mit der Auftraggeberin wurde ein Interviewleitfaden entwickelt, welcher alle relevanten Fragen beinhaltet (Fragenkatalog vgl. Anhang A2). Da nicht alle Gesprächspartner/-innen zu allen Themen in gleichem Ausmass Auskunft geben konnten, wurde die Schwerpunktsetzung der Fragen in den Gesprächen angepasst. Die Gespräche wur-

den aufgezeichnet, protokolliert und anschliessend mit dem Datenanalyseprogramm MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

2.1.4 MEDIENANALYSE

Mit der Analyse der Medienberichterstattung soll aufgezeigt werden, wie die Medien-debatte über das Phänomen Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum geführt wird (Frage F4). In der Diskussion der Ergebnisse der Online-Befragung und der Experten-gespräche liefert die Medienanalyse eine weitere Sicht auf das Thema im Sinne der öffentlichen Wahrnehmung. Die Analyse kann dabei nicht den Anspruch auf Vollständig-keit und Repräsentativität erheben, vielmehr soll exemplarisch dargelegt werden, wie in den Medien das Phänomen abgehandelt wird. Sie baut auf der vorangehenden Literaturanalyse auf.

Quellen und Vorgehen

Als Datenquellen dienten, in Absprache mit der Auftraggeberin, die für den Untersu-chungskanton Bern relevantesten Printmedien. Es sind dies neben den auflagenstärks-ten regionalen und überregionalen Zeitungen auch nationale Zeitungen:

- *Regionale, kantonale Medien:* Berner Zeitung, Berner Oberländer, Bieler Tagblatt, Berner Bär, Biel-Bienne, Berner Landbote
- *Nationale Medien:* Der Bund, Blick/Blick am Abend, 20 Minuten, NZZ am Sonn-tag, Sonntagsblick, Sonntagszeitung

Der Untersuchungszeitraum für die Medienanalyse orientiert sich an der Online-Befragung. Aufgrund der längeren Latenzzeit von Printmedien wurde der Untersu-chungszeitraum auf April bis September 2013 („Saison der öffentlichen Räume“) aus-gedeht.

Für die Recherche nach relevanten Artikeln wurden folgenden Suchbegriffe verwandt: Gewalt, Alkohol, Alkoholkonsum, Schlägerei, Vandalismus, Ausgehmeile, Prävention, Tanz dich frei, Randle, Hooligans, Chaoten, Kampftrinker. Die Analyse wurde nach der Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring durchgeführt.²³ Diese bietet grundlegend den Vorteil einer offenen (induktiven) Herangehensweise an das Analysematerial, welche auf wenigen Annahmen aufbaut und die Kategorien an-hand der analysierten Daten im Analyseprozess entwickelt. Als explorative Studie an-gelegt, wurden für die Analyse sowohl deduktiv-theoretisch abgeleitete Kategorien als auch induktiv-empirisch entwickelte Kategorien eingesetzt. Aus der Literaturanalyse und der Fragestellung wurden die Untersuchungskategorien Gewalttyp, Gewaltraum, Ursache, Erklärung, Verantwortung und Lösung gebildet.

Die Recherche ergab 256 Artikel, die im Untersuchungszeitraum in den aufgelisteten Medien zum Thema publiziert wurden. Nach einer ersten Sichtung wurde die Anzahl aufgrund der Relevanz für die Fragestellung auf 155 Artikel reduziert, für die Phase der Überprüfung der deduktiv abgeleiteten Kategorien wurden 112 Artikel verwendet. Der Anteil von sich in verschiedenen Medien wiederholenden Artikeln und Agen-

²³ Mayring 2010.

turmeldungen (teilweise leicht angepasst) beträgt rund 35 Prozent der Berichterstattung.

2.2 DEFINITION VON ZENTRALEN BEGRIFFEN

Um den Untersuchungsgegenstand einzugrenzen, werden im Folgenden die Begriffe Gewalt und Gewalthandlung, alkoholassoziierte Gewalthandlung und öffentlicher Raum für das Forschungsprojekt operationalisiert.

2.2.1 GEWALT UND GEWALTHANDLUNG

In ihrer Studie zu Alkohol und Gewalt haben Keller et al. Gewalt über Gewalthandlungen definiert und in verschiedene Deliktskategorien aufgefächert, welche in der vorliegenden Studie übernommen wurden. Dies erscheint sinnvoll, da sich die den Kategorien zugeordneten Vorfälle auf das Schweizerische Strafgesetzbuch sowie kantonale und kommunale Gesetze beziehen und damit für Polizeiangehörige klar definierte Begriffe sind.²⁴

Gewalt ist in dieser Untersuchung, analog zur Studie im Jahr 2007, breit definiert. Unter *Gewalthandlung* werden alle Auslöser polizeilichen Eingreifens verstanden, welche sich auf Straftatbestände der verbalen und physischen Gewalt gegen Personen und Objekte sowie deren mögliche Vorstufen beziehen.

Konkret sind dies die *Straftatbestände* Nötigung (Art. StGB 181), Drohung/Erpressung (Art. StGB 156, 180), Raub (Art. StGB 140), Sexualdelikte (Art. StGB 187–199), Tötlichkeit (Art. StGB 126), Körperverletzung (Art. StGB 122, 123, 125) und aussergewöhnliche Todesfälle sowie Sachbeschädigung/Vandalismus (Art. StGB 144) und Einbruch/Diebstahl (Art. StGB 139, 186, 144). Als *mögliche Vorstufen* für diese Straftatbestände sind zudem *Ruhestörungen und Streitigkeiten* in die Definition von Gewalt einbezogen.

Littering ist in dieser Definition, analog zur Studie 2007, nicht enthalten, da es sich aus unserer Sicht hier zwar um unerwünschtes Verhalten im öffentlichen Raum handelt, jedoch nicht um eigentliche Gewalt.²⁵ Da sich die vorliegende Untersuchung auf den öffentlichen Raum bezieht, wurde häusliche Gewalt ebenfalls nicht miteinbezogen.

2.2.2 ALKOHOLASSOZIIERTE GEWALTHANDLUNG

Es gilt als unbestritten, dass Gewalthandlungen häufig im Zusammenhang mit Alkoholkonsum auftreten. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht mit einer kausalen Beziehung gleichzusetzen, auch wenn es Hinweise aus der Literatur gibt, dass Alkohol die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Aggressionen erhöht. Zudem gibt es kein allgemeingültiges objektives Mass, um riskanten Alkoholeinfluss im Zusammenhang mit Gewalt festzustellen. Keller et al. fokussieren in ihrer Studie die Frage, wie häufig bei

²⁴ Ausführliche Definitionen vgl. Keller et al. 2007, S. 13–17. Die ursprüngliche Kategorie Ruhestörung/Streit aus dem Jahr 2007 wurde 2013 in zwei Kategorien Ruhestörung und Streitigkeit aufgeteilt, da gemäss Erfahrungen des Polizeikorps Luzern dort ein unterschiedlich hoher Anteil von Alkoholkonsum zu erwarten ist.

²⁵ Keller et al. 2007, S. 1–17.

Personen, die in Vorfälle von Gewalt verwickelt sind, Alkohol vermutet oder nachgewiesen werden kann.²⁶ Für das vorliegende Forschungsprojekt wurde dieser Ansatz übernommen. Die Definition von *Gewalt im Zusammenhang mit Alkoholkonsum* stützt sich demnach auf die subjektive Einschätzung der befragten Polizeiangehörigen beziehungsweise weiterer Fachpersonen.

Eine *alkoholassoziierte Gewalthandlung* liegt demnach dann vor, wenn der Alkoholkonsum von Fachpersonen nachgewiesen oder vermutet wird.

2.2.3 ÖFFENTLICHER RAUM

Über die Vorstellung und Bedeutung von *öffentlichem Raum* herrscht in der Fach- und Forschungsliteratur keine Einigkeit. Autorinnen und Autoren ziehen unterschiedliche Kriterien hinzu, um zu definieren, bei welchen Räumen es sich um öffentliche Räume handelt. Das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit wandelt sich kontinuierlich, weshalb eine Zuordnung von Raumtypen in die Kategorien privat und öffentlich schwierig ist – nicht zuletzt aufgrund einer zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume, neuer Raumtypen, neuer Public Private Partnerships, neuer rechtlicher Voraussetzungen und erweiterter Interventionsmöglichkeiten.²⁷ Eine Definition des öffentlichen Raums aus sozialräumlicher Perspektive kann somit nicht gelingen und es wurde ein pragmatischer Ansatz über spezifische Raumtypen (z.B. Bahnhöfe, öffentliche Plätze, Parks usw.) und Veranstaltungen (z.B. Fussballspiele, Volksfeste, Konzerte usw.) gewählt.

Öffentlicher Raum wird über spezifische Raumtypen und Veranstaltungen, die grundsätzlich allen Personen öffentlich frei zugänglich sind, definiert.

2.3 MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER UNTERSUCHUNG

Die vorliegende Untersuchung liefert für die Schweiz erstmals eine breite Datenbasis, um im öffentlichen Raum die Bedeutung von Alkohol bei Gewalthandlungen anteilmässig zu fassen und alkoholassoziierte Gewalthandlungen genauer zu charakterisieren. Kernelement ist dabei die Online-Befragung von rund 1'300 Polizeiangehörigen in vier ausgewählten Regionen, welche rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung umfassen und ein gutes Abbild der Schweiz hinsichtlich Ausländeranteil, französischer Hauptsprache und Urbanität gibt. Diese quantitative Erhebung wird durch die drei weiteren Studienelemente wesentlich unterstützt und in einen weiteren Kontext mehrerer Perspektiven gestellt. Die ergänzenden Interviews mit 19 verschiedenen Fachpersonen sowie die Analyse von wissenschaftlicher Literatur und der Darstellung der Thematik in den Medien ermöglichen eine differenzierte und vertiefte Analyse der Ergebnisse und Schlussfolgerungen auf einer vielfältigen Wissensbasis.

²⁶ Keller et al. 2007, S. 6.

²⁷ Wehrheim 2006, S. 50–70.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- *Keine absoluten Zahlen, sondern Anteile:* Die Methodik der Online-Befragung erlaubt eine Beurteilung der Rolle von alkoholassoziierten Gewalthandlungen im Sinne von Anteilen an allen Gewalthandlungen. Es werden keine absoluten Zahlen von Vorfällen berechnet. Gründe dafür sind die Gefahr einer Überschätzung der Anzahl Fälle, da Polizeibeamte meist nicht alleine unterwegs sind und so Vorfälle mehrfach berichtet werden können. Zudem ist der Referenzzeitraum der Befragung auf eine Woche begrenzt, sodass die Hochrechnung auf ein Jahr zu Verzerrungen führen könnte, zum Beispiel, wenn in der Referenzwoche besondere Veranstaltungen stattfanden wie in Genf vom 21. bis 23. Juni die „Fête de la Musique“.
- *Online-Befragung beschränkt sich auf Polizeiangeestellte:* Die Online-Befragung zielt auf Polizeiangeestellte im Frontdienst, da diese beim Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum eine wesentliche Rolle spielen. Die Polizei wird jedoch nicht bei allen Gewalthandlungen beigezogen. Mit der angewandten Methodik werden also eher schwerere Auseinandersetzungen erfasst, die die öffentliche Ordnung stören. In der Praxis sind auch andere Akteure involviert, die zum Teil andere Erfahrungen machen und eine andere Sichtweise auf die Thematik vertreten können. Hierzu zählen insbesondere die Interventionsgruppen (SIP, PINTO [Prävention, Intervention, Toleranz] u.ä.), private Sicherheitsdienste, Verkehrspersonal und die Transportpolizei sowie Jugend- und Sozialarbeiter/-innen. Diese unterschiedlichen Perspektiven wurden deshalb in den Expertengesprächen aufgegriffen und die Ergebnisse der Online-Befragung kreuzvalidiert.
- *Subjektive Angaben:* Die Online-Befragung stützt sich auf subjektive Angaben der Polizeiangeestellten. Systematische Verzerrungen sind grundsätzlich wie bei jeder Befragung möglich, aus unserer Sicht jedoch nicht in wesentlichem Ausmass zu befürchten. Wie in Abschnitt 2.1.2 zur Datenqualität ausgeführt, gehen wir nicht von einer relevanten Selektionsverzerrung bei der Beteiligung an der Befragung aus. Der Beeinflussung oder Fehlinterpretation der subjektiven Erfahrungen wurde durch die zeitnahe Erfassung eines kurzen Zeitraums, über den die Polizeiangeestellten berichten sollten (eine Referenzwoche sowie zeitlich letzter Vorfall), entgegengewirkt. Die deutliche Unterscheidung des Anteils von alkoholassoziierten Gewalthandlungen je nach Deliktskategorien zeigt zudem, dass die Befragten hier eine klare Differenzierung treffen können, welche über die Polizei und die Jahre 2013 und 2007 sehr konsistent und plausibel ist. Die Expertengespräche geben per se subjektive Einschätzungen wieder. Daher wurde auf die Auswahl der Gesprächspartner/-innen grosse Sorgfalt verwendet, um ein möglichst breites Spektrum relevanter Perspektiven zu erfassen.
- *Unklare Begrifflichkeiten im Sprachgebrauch:* Sowohl bei der Analyse der Literatur und der Medien als auch in den Expertengesprächen wurde klar, dass der Gewaltbegriff unterschiedlich definiert und wahrgenommen wird. Häufig wird unter Gewalt implizit körperliche Gewalt gegen Personen verstanden, je nach Kontext aber auch verbale Gewalt und Gewalt gegen Objekte. Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Raum und Alkohol wird oft auch Littering erwähnt, welches in unserer Definition von Gewalt nicht enthalten ist. Für die Online-Befragung konnte der Begriff Gewalt gut anhand entsprechender Artikel des Strafgesetzbuches operatio-

nalisiert werden, und die Nicht-Straftatbestände Ruhestörungen und Streitigkeiten sind für die Polizei ebenfalls klare Delikte. Die Begriffe öffentlicher Raum und alkoholassoziierte Gewalthandlungen werden zwar weniger stark unterschiedlich interpretiert, sind aber auch nicht scharf definiert.

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Studie präsentiert. In Abschnitt 3.1 werden die Ergebnisse der Literaturanalyse zum aktuellen Stand des Wissens dargestellt. Die Abschnitte 3.2 und 3.3 beschreiben die Ergebnisse der Online-Befragung und der Expertengespräche zur Rolle von Alkohol bei Gewalt und zur Charakterisierung von alkoholassoziierten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum. Im Abschnitt 3.4 werden die Ergebnisse der Medienanalyse zur Darstellung des Themas in den Medien präsentiert.

3.1 AKTUELLER WISSENSSTAND

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zur Forschungsfrage F1 *Wie ist der Stand des Wissens zum Zusammenhang von Alkohol, Gewalthandlungen und öffentlichen Raum?* dargestellt.

3.1.1 ALKOHOL UND GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Literaturrecherche ergab kaum Studien an der Schnittstelle aller drei Themen Alkohol, Gewalt und öffentlicher Raum. Keller et al. führten im Jahr 2007 eine Befragung der Polizeidienste des Kantons Berns durch. Laut dieser Studie ist bei rund 40 Prozent aller Gewalttaten im öffentlichen Raum Alkoholkonsum im Spiel. Die Hälfte aller polizeilich registrierten Gewalttaten fiel dabei auf die Wochenenden zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr. Die Täter/-innen sind mehrheitlich männliche Jugendliche zwischen 19 und 24 Jahren.²⁸ Daneben finden sich für den schweizerischen Kontext neben den Forschungsarbeiten von Manuel Eisner und Denis Ribeaud an der ETH Zürich, welche die Entwicklung der Innenstädte mitreflektieren,²⁹ kaum Studien, welche die drei Kategorien „Alkoholkonsum“, „Gewalthandlungen“ und „öffentlicher Raum“ explizit gleichberechtigt behandeln.

3.1.2 ALKOHOL UND GEWALT

Die Wirkung von Alkoholkonsum auf das Gewaltverhalten von Menschen ist gut untersucht. Mit grosser Übereinstimmung vertreten Fachleute heute die Meinung, dass Alkoholkonsum mit erhöhter Aggressivität und Gewaltbereitschaft verbunden ist. Der derzeitige Forschungsstand lässt auf einen signifikanten Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und aggressivem Verhalten schliessen. Insbesondere in Laborsituationen kann dieser Zusammenhang nachgewiesen werden. Obwohl aber die enthemmende Wirkung von Alkohol nicht bezweifelt wird, ist der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und tatsächlicher Gewaltausübung ausserhalb von Laborsituationen komplex und bei Fachleuten deutlich umstritten.³⁰

Alkoholkonsum zeigt diverse kognitive Effekte. Zum Beispiel sind mit zunehmender Alkoholkonzentration die Problemlösungsfähigkeiten, die Aufmerksamkeit und die Frustrationstoleranz eingeschränkt. In klinischen Studien kann eindeutig nachgewiesen

²⁸ Keller et al. 2007.

²⁹ Ribeaud/Eisner 2008, Eisner et al. 2003 und Eisner 1997.

³⁰ Tedeschi 2002.

werden, dass geringer Alkoholkonsum die Aggressionsbereitschaft der Probanden signifikant erhöht, dass aber grössere Dosen hingegen tendenziell beruhigend wirken.³¹

Kriminalitäts- und Anzeigestatistiken der Polizei zeigen, dass Alkohol bei vielen Gewalttaten beteiligt ist, aufgrund fehlender Kontrollgruppen sind diese Statistiken aber nur bedingt aussagekräftig.³² Längsschnittstudien wiederum zeigen, dass problematische Aggressivitätstendenzen in der Regel bereits vor problematischem Alkoholkonsumsgewohnheiten auftreten. Daraus lässt sich schliessen, dass aggressive Persönlichkeitsmerkmale in der Regel deutlicher die Ursache für problematischen Alkoholkonsum darstellen, als dass problematischer Alkoholkonsum die Ursache für aggressive Verhaltensmuster ist.³³

Auch wenn Untersuchungen eine enge Assoziation zwischen Alkohol und Gewalt aufzeigen, besteht Konsens darüber, dass alkoholassoziierte Delinquenz beziehungsweise Gewalt wie auch Gewaltverhalten im Allgemeinen kein monokausales Phänomen darstellt, sondern vielmehr auf komplexen Interaktionen verschiedener Faktoren beruht. Bei der Wirkung des Alkoholkonsums auf das Sozialverhalten schlagen sich kulturell eingeübte Unterschiede nieder. Studien deuten darauf hin, dass der aggressionssteigernde Effekt von Alkohol vor allem bei Personen nachgewiesen werden kann, die eine solche erwarten.³⁴ Für diese Erwartungshypothese spricht, dass in verschiedensten Studien Probanden in einer Placebosituation aggressiver reagiert haben als Kontrollpersonen.³⁵ Die Erwartungshypothese aufgreifend, kommt der Bericht von Sucht Schweiz zum Schluss, dass noch wenig über den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Trinkmotiven und den damit einhergehenden individuellen wie kollektiven Erwartungen und den Ausprägungen von Gewalt bekannt ist.³⁶

Alkohol, Gewalt und Alter

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interessens steht das Thema Jugendgewalt, trotzdem ist festzuhalten, dass im Durchschnitt Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss (öffentliche wie private Gewalt) deutlich öfter von Erwachsenen verübt wird. Die Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen verübt dabei die meisten Gewalthandlungen, gefolgt von der Altersgruppe der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren.³⁷

Bei der Altersgruppe Jugend korreliert die alkoholbedingte Gewalt mit der „typischen“ Altersverteilung von Gewaltverhalten und findet einen Höhepunkt in der Adoleszenzphase.³⁸

³¹ Levenson et al. 1980.

³² Hafen 2009; Proescholdt et al. 2012.

³³ Hafen 2009.

³⁴ Kuntsche et al. 2006.

³⁵ Tedeschi 2002, S. 592 ff.; Levenson et al. 1980.

³⁶ Kuntsche et al. 2006, S. 52.

³⁷ Proescholdt et al. 2012.

³⁸ Proescholdt et al. 2012.

Alkohol, Gewalt und Geschlecht

Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich Alkoholkonsumgewohnheiten und Gewaltverhalten sind in der Literatur gut dokumentiert. Geschlecht scheint ein stabiler Indikator für Gewaltverhalten zu sein. Sowohl Gewalt im öffentlichen und im privaten Raum als auch alle Formen alkoholassoziierter Gewalt werden deutlich mehr von Männern ausgeübt. Bereits auf die Aggressionsbereitschaft zeigt Alkohol einen deutlich schwächeren Einfluss bei Frauen als bei Männern.³⁹

Neuere Studien der klinischen Aggressionsforschung machen allerdings auf einen allfälligen Trendwechsel aufmerksam. Geschlechtsunterschiede scheinen sich zunehmend zu nivellieren. Anzumerken ist, dass bislang wenige Studien den Zusammenhang zwischen Alkohol und dem Auftreten aggressiven und gewalttätigen Verhaltens bei Frauen untersucht haben.⁴⁰ Derartige Ergebnisse stärken aber die Sozialisationsthese, welche die Unterschiede auf die unterschiedlichen Geschlechterrollen und der damit einhergehenden unterschiedlichen Erwartungshaltung von Frauen und Männern zurückführt. Bei Männern ist es kulturell eher toleriert, Alkohol zu trinken und aggressive Verhaltensmuster an den Tag zu legen als bei Frauen.

3.1.3 GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Hilfreich für das Verständnis von Gewalthandlungen im öffentlichen Raum ist ihre Abgrenzung von Gewalthandlungen im sozialen Nahraum (häusliche, familiäre Gewalt usw.). Beide Gewaltformen folgen unterschiedlichen situativen Momenten, sie bauen auf unterschiedlichen Beziehungskonstellationen zwischen Tätern/-innen und Opfern, geschehen in unterschiedlichen Sozialräumen und zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten.⁴¹ Es scheint nicht übertrieben, von unterschiedlichen Gewaltlogiken und -dynamiken zu sprechen. Während verdeckte Gewaltausübung im sozialen Nahraum tendenziell einem rationalen, situationsbezogenen Nutzenkalkül folgt und unter Bedingungen hoher sozialer Kontrolle geschieht, ereignen sich die expressiven Gewaltformen im öffentlichen Raum zumeist im Rahmen von gesellschaftlich wenig strukturierten und durch geringe informelle, soziale Kontrolle geprägten Interaktionssituationen. Kennt Gewalt im sozialen Nahraum oft eine ausgedehnte Vorgeschichte, werden Gewalthandlungen im öffentlichen Raum meist durch triviale Ereignisse ausgelöst.⁴²

Der Einfluss des veränderten öffentlichen Raums

Der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum, Gewaltverhalten und öffentlichem Raum muss vor den Veränderungen des gesamten sozialen, kulturellen und baulichen Gefüges grosser Städte und des damit einhergehenden Bedeutungswandels des öffentlichen Raums betrachtet werden. Seit den 1960er Jahre findet in den Grossstädten ein Zentralisierungsprozess statt,⁴³ der an dieser Stelle überblickartig zusammengefasst wird.

³⁹ Proescholdt et al. 2012.

⁴⁰ Proescholdt et al. 2012.

⁴¹ Maffli et al. 2001; Eisner/Manzoni 1998.

⁴² Eisner et al. 2003; Kilb 2011.

⁴³ Eisner 1997, S. 107.

Die Phase der Suburbanisierung, in welcher der Mittelstand ab den 1960er Jahren in die Ballungsräume grosser Städte zieht, wird begleitet durch eine grossräumige Verkehrserschliessung und eine erhebliche Konsumkonzentration in den Innenstädten, welche die Stadtstruktur polarisiert. Bis in die Mitte der 1990er Jahre ist ein markanter Rückgang der traditionellen Wohnbevölkerung in allen Schweizer Städten auszumachen. In den Schweizer Städten haben sich „entvölkerte Zonen“⁴⁴ entwickelt, die ausschliesslich die Funktion als Arbeitsorte und/oder Konsum- und Vergnügungsviertel übernehmen. Zwar hat sich der Trend der Entvölkerung in den letzten zehn Jahren gewendet und die Innenstädte wurden als attraktiver Lebensort wiederentdeckt, damit geht aber keine Wiederbelebung der traditionellen sozialen Strukturen einher, da sie in einer überwiegenden Masse von besser situierten Einpersonenhaushalten geprägt wird.⁴⁵

Einen breiten Konsens in der Fachliteratur findet die Annahme, dass die Veränderung der Wohnbevölkerungsstruktur in gewissen städtischen Zonen Verstärkungseffekte nach sich ziehen. Insbesondere wird die Annahme vertreten, dass mit der Entwicklung von monofunktionalen Vergnügungsorten, der Entfamilisierung dieser Stadtteile, dem Verschwinden von Quartierläden und Dienstleistungsbetrieben die informelle soziale Kontrolle abgebaut wird. Verschiedenste Studien belegen auch, dass für Gewaltdelikte im öffentlichen Raum (Raub, Tötlichkeiten, Gewaltdelikte) eine hohe Anonymität und die geringe Chance der Identifikation der Täter/-innen eine wichtige Rolle spielen. Manuel Eisner kommt dabei zum Schluss, dass der Anstieg städtischer Gewalt im öffentlichen Raum mit der Entwicklung solcher monofunktionaler, anonymer Kontexte „in hohem Ausmass korreliert“.⁴⁶

Die Sozialisationsthese aufgreifend kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Zunahmen an öffentlicher Gewalt in Städten nicht auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten zurückgeführt werden kann. Vielmehr rücken situative und sozialräumliche Faktoren in den Vordergrund wie beispielsweise die Entwicklung von Ausgehzonen in grösseren Städten.

Die Rolle der Nachtökonomie

Städtische Gebiete in welchen sich in den letzten Jahren eine starke „Nachtökonomie“ (Bars, Musikclubs, Kulturveranstaltungen usw.) entwickelt hat, erfüllen weit über die Stadtgrenzen hinaus eine Zentrumsfunktion. Das hat zunächst Auswirkungen auf Ausmass und Richtung von Mobilitätsströmen. Die wachsende Zahl von anwesenden Personen erhöht die Anzahl potenziell konflikthafter Interaktionen.⁴⁷

Am geografischen Institut der Universität Manchester wurden in den letzten Jahren mehrere Studien unternommen, welche versuchen, Alkoholkonsum und Gewalthandlungen zu kartieren und zu verzeitlichen.⁴⁸ In einem Quervergleich zwischen englischen Städten verdeutlichen Jayne et al. den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der

⁴⁴ Eisner 1997.

⁴⁵ Für eine überblickartige Darstellung der sozialräumlichen Entwicklung der Städte vgl. Kilb 2011, S. 57–77.

⁴⁶ Eisner 1997, S. 107; Kilb 2011.

⁴⁷ Eisner et al. 2003.

⁴⁸ Für einen Überblick vgl. Jayne et al. 2006.

„night-time economy“ und der Entwicklung der Kriminalitäts- und Gewaltraten. Rund 30 Prozent aller Gewalthandlungen ereignen sich in den „consumption-areas“ wovon wiederum 68 Prozent zwischen 21.00 Uhr und 03.00 Uhr stattfinden. Der eigentliche „Peak“ fällt auf 23.00 Uhr, wenn die meisten Pubs und Bars schliessen.⁴⁹

Vergleichbare Schlussfolgerungen lassen sich aus einer Untersuchung im Notfallzentrum des Inselspitals Bern ziehen. Während sechs Jahren (2001–2006) wurden die auf Gewalt zurückzuführenden Verletzungen der eingelieferten Patienten/-innen untersucht. Die Anzahl Patienten/-innen wuchs kontinuierlich von 150 im Jahr 2001 auf 275 im Jahre 2006. Dieser markante Anstieg sei insbesondere mit der Zunahme von verletzten Patienten/-innen an den Wochenendnächten (Freitag/Samstag 22.00–06.00) zu erklären.⁵⁰

Die sozialräumliche Perspektive

Aus sozialräumlicher Perspektive ist davon auszugehen, dass mit den erwähnten räumlichen und zeitlichen Strukturen von Gewalthandlungen im öffentlichen Raum auch gesellschaftlich erlernte Bedeutungszuschreibungen (Imaginationen) einhergehen, die wesentliche Auswirkungen auf das individuelle Gewaltverhalten haben.⁵¹ Das Sozialraumkonzept versteht räumliche Strukturen als Teilaspekt gesellschaftlicher Strukturen. Der Ansatz grenzt sich von älteren Raumvorstellungen ab, die Raum als feste und neutrale Grundlage gesellschaftlicher Verhältnisse begreifen und nimmt vielmehr die dynamischen Prozesse in den Blick, die den Raum mitkonstituieren. Damit rücken kulturell erlernte Wahrnehmungs- und Bedeutungszuschreibungen der Akteure in den Vordergrund, sie strukturieren das Verhalten der Akteure im Raum wesentlich mit.⁵²

Für den Zusammenhang von Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum ist das insofern interessant, als dass mit dem städtischen Strukturwandel (Entvölkerung, erhöhte Anonymität, Nachtökonomie usw.) neue situative Erlebniserwartungen und neue Strukturen von Alltagsinteraktionen entstehen. Die Entstehung ausgeprägter „Ausgehmeilen“ hat in verschiedener Hinsicht Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Stadt-raum, Alkoholkonsum und Gewalthandlungen. Mit den städtischen „Ausgehmeilen“ wird beispielsweise Gewalt assoziiert, lange bevor es zu Gewalthandlungen kommt.

Wegweisend dazu ist der von Manuel Eisner bereits 1993 vorgenommene Vergleich zwischen den Städten Basel und Stockholm. Während der Anteil der Delikte die nachts und an Wochenenden in Stockholm begangen werden rund 59 Prozent aller Gewaltdelikte einnimmt, beträgt der entsprechende Anteil in Basel nur 34 Prozent. Der relativ geringe Anteil von Gewaltdelikten in Basel, die auf die Wochenendnächte fallen, kann als Hinweis gelten, dass sich in den beiden Städten Vergnügungskulturen entwickelt haben die unterschiedlich stark mit Alkoholkonsum und Gewalt assoziiert werden.⁵³

⁴⁹ Jayne 2006.

⁵⁰ Exadaktylos et al. 2007.

⁵¹ Litscher 2011.

⁵² Löw 2011; Emmenegger 2010.

⁵³ Eisner 1997, S. 128 ff.

Die hohe soziokulturelle Abhängigkeit von alkoholbedingten Gewalthandlungen zeigt auch ein Vergleich zwischen süd- und nordeuropäischen Ländern der Universität Manchester. Zurückzuführen seien die Unterschiede auf die unterschiedliche kulturelle Einbettung der Trinkgewohnheiten. In den mediterranen Ländern falle der Alkoholkonsum mehrheitlich auf die Mahlzeiten im familiären Kontext unter Bedingungen hoher sozialer Kontrolle, während sich in den nordeuropäischen Ländern eine Kultur der „bar-hopping groups of young people drinking excessively over short periods“ entwickelt habe.⁵⁴

Im Gegensatz zur Berichterstattung und zu den wissenschaftlichen Studien bezüglich Alkoholkonsums und/oder problematischen Verhaltens (insbesondere von Jugendlichen) im öffentlichen Raum, werden Fragen der Raumentwicklung kaum gestellt. Während der Alkoholkonsum als Auslöser von Gewalt problematisiert wird, ist die sozialräumliche Verknüpfung von Alkoholkonsum und neuen kulturellen Formen städtischen Lebens wenig erforscht.⁵⁵

Aus sozialräumlicher Perspektive interessiert auch die gesellschaftliche Strukturierung von Räumen. Zwar kann durchaus eine erhöhte Sichtbarkeit von männlicher Jugendgewalt festgestellt werden. Es wäre offensichtlich verkürzt, dieses Phänomen einzig einer stereotypen, medialen Berichterstattung zuzuschreiben, sie schlägt sich durchaus signifikant in statistischen Untersuchungen nieder.⁵⁶ Derartige Untersuchungen vernachlässigen allerdings die damit einhergehenden gesellschaftlichen Sichtbarkeitsstrukturen von Gewalt. Während Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum sicht- und wahrnehmbar ist, geschieht er im privaten Nahraum im Verborgenen.⁵⁷

Sara Landolt beschreibt in ihrer Dissertation über Rauman eignungspraktiken von Jugendlichen in der Stadt Zürich diese soziale Strukturierung jugendlicher Ausgeh- und Trinkorte. Während Erwachsene und besser situierte Jugendliche in Bars und kostenpflichtigen Clubs dem Alkoholkonsum als Form der Vergesellschaftung frönen, bleiben den Jugendlichen der Unterschicht die Schulhöfe und Bahnhofplätze. Bei der Frage, ob Alkoholkonsum zu Konflikten und Auseinandersetzungen führt, ist die Wahl des Ortes entscheidend. Für Orte mit geringem Konfliktpotenzial werden verschiedenste Eintrittskapitalien verlangt, die von Jugendlichen im Allgemeinen und Jugendlichen aus der Unterschicht im Besonderen nicht geleistet werden können.⁵⁸

3.1.4 SONDERFALL JUGENDGEWALT

An dieser Stelle soll nochmals auf das Phänomen der Jugendgewalt in öffentlichen Räumen eingegangen werden. Sie geniesst medial die höchste Aufmerksamkeit und ist die aktuell am besten erforschte Gewaltform im öffentlichen Raum.⁵⁹

⁵⁴ Jayne et al. 2008.

⁵⁵ Jayne et al. 2006.

⁵⁶ EJPD 2008; Eisner/Locher 2008; Proescholdt et al. 2012.

⁵⁷ Kilb 2011.

⁵⁸ Landolt 2011.

⁵⁹ Ribeaud 2012.

Gemäss der schweizerischen polizeilichen Kriminalstatistik hat die Zahl der jugendlichen Gewalttäter/-innen seit den 1990er Jahren massiv zugenommen. Wies die Statistik im Jahr 1990 noch 231 Fälle jugendlicher Körperverletzungen aus, waren es im Jahr 2001 bereits 776 Fälle.⁶⁰ Die Zahl der wegen Gewaltdelikten verurteilten Jugendlichen stieg laut dem letzten Bericht des EJPD aus dem Jahre 2008 in der Zeitspanne zwischen 1999 und 2006 von 1'231 auf 2'370 Verurteilungen.⁶¹

Zwar zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik der Schweiz seit Mitte der 1990er Jahre eine deutliche Zunahme jugendlicher Gewaltdelikte,⁶² die Entwicklung kann aber sowohl auf die deutlich intensivere Anzeige- und Registrierungspraxis infolge der gesellschaftlichen, medialen Debatte über Jugendgewalt zurückgeführt werden als auch Ausdruck einer tatsächlichen Zunahme von Jugendgewalt sein. Gemäss dem „Expertenbericht zur Prävention von Jugendgewalt“⁶³ ist nicht belegt, in welchem Ausmass die Anzahl und die Schwere von Jugendgewalt zugenommen haben. Sie beziehen sich dabei auf verschiedene Studien aus der Schweiz und im europäischen Vergleich auf Deutschland und Schweden. Dieser Einschätzung widersprechen allerdings die aktuellen Zahlen der Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherungen (UVG), die einen überaus klaren Anstieg gewaltbedingter Verletzungen seit den 1990er Jahren feststellt.⁶⁴ Unter Fachleuten herrscht keine Einigkeit darüber, ob eine gesicherte Einschätzung infolge der Datenlage möglich ist.⁶⁵

3.1.5 FAZIT

Die Literaturrecherche ergab kaum Studien an der Schnittstelle aller drei Themen Alkohol, Gewalt und öffentlicher Raum. Die *Rolle von Alkohol* bei Gewalt ist gut untersucht, was zeigt, dass Alkoholkonsum mit erhöhter Aggressivität und Gewaltbereitschaft verbunden ist. Ausserhalb von Laborsituationen ist dieser Zusammenhang aber umstritten. Es besteht Konsens darüber, dass alkoholassoziierte Gewalt auf komplexen Interaktionen verschiedener soziokultureller Faktoren beruht. So deuten einige Studien darauf hin, dass der aggressionssteigernde Effekt von Alkohol vor allem bei Personen nachgewiesen werden kann, die einen solchen erwarten. Zur *Charakterisierung* alkoholassoziiierter Gewalt zeigt die wissenschaftliche Literatur, im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung, dass die meisten Gewalthandlungen nicht von Jugendlichen bis 18 Jahren sondern von Erwachsenen verübt werden. Männer sind bei allen Formen alkoholassoziiierter Gewalt deutlich häufiger als Frauen beteiligt. Gemäss neuerer Studien scheinen sich die Geschlechtsunterschiede jedoch zunehmend zu nivellieren. Neuere Studien messen dem *Ort* von Gewalthandlungen eine wichtige Rolle zu. So folgt Gewalt im öffentlichen Raum und im sozialen Nahraum einer unterschiedlichen Logik und sozialen Dynamik mit unterschiedlichen Schwerpunktzeiten. Im öffentlichen Raum hat Gewalt oft einen expressiven Charakter und ereignet sich im Rahmen von gesellschaftlich wenig strukturierten und durch geringe soziale Kontrolle geprägten Interaktionssituationen. *Gewalthandlungen im öffentlichen Raum* finden zunehmend in städ-

⁶⁰ Eisner et al. 2003.

⁶¹ EJPD 2008.

⁶² EJPD 2008.

⁶³ Eisner/Locher 2008, S. 31–46.

⁶⁴ Lanfranconi 2011.

⁶⁵ Ribeaud 2012.

tischen Zentren statt und werden oft durch triviale Ereignisse ausgelöst. Aus sozial-räumlicher Perspektive widerspiegelt diese Entwicklung eine neue Ausgehkultur mit einem veränderten Trinkverhalten und mit neuen Formen der Rauman eignung. Sie ist geprägt durch erhöhte Mobilität, ein neues Bedürfnis des Eventerlebens, die 24-Stunden-Gesellschaft, eine hohe räumliche wie soziale Dynamik und eine erhöhte Anonymität. Sie tritt zusammen mit dem Konsum von alkoholischen Substanzen auf, die in diesem Kontext eine enthemmende Wirkung entfalten. Die Zunahme in den polizeilichen Statistiken kann allerdings nicht einzig auf die veränderte Ausgehkultur zurückgeführt werden. Sie tritt in ähnlicher Form als Gruppenphänomen bei Ereignissen wie beispielsweise Fussball- und Eishockeyspielen auf. Situative, räumliche Faktoren haben einen hohen Einfluss und die Örtlichkeit ist nicht nur ein zufälliger Ort des Geschehens. Anonymität bei gleichzeitig körperlich-affektiver Nähe und räumlicher Mobilität fördert den Abbau der Selbstkontrolle. Dieser Effekt wird durch enthemmende Faktoren wie Alkoholkonsum und/oder Gruppendynamiken verstärkt.

3.2 ROLLE VON ALKOHOL BEI GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zur Forschungsfrage F2 „*Welche Bedeutung hat Alkohol bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum?*“ dargestellt. Zudem finden sich in diesem Abschnitt die Ergebnisse der Frage nach wirksamen Ansatzpunkten für die Prävention, welche ebenfalls eine Grundlage für die Diskussion in Kapitel 4 bilden. Hier werden jeweils zuerst die Ergebnisse aus der Online-Befragung und dann die Aussagen aus den Expertengesprächen beschrieben.

3.2.1 ANTEILE ALKOHOLASSOZIIERTER GEWALTHANDLUNGEN

Zur Quantifizierung der Rolle des Alkohols bei Gewalthandlungen wurde erfasst, wie viele Vorfälle von Gewalt im Zusammenhang mit Alkohol in einer bestimmten Woche von den befragten Polizeiangeestellten berichtet wurden (Referenzwoche).⁶⁶ Bei 50 Prozent aller Vorfälle (einschliesslich Ruhestörungen und Streitigkeiten) in der Referenzwoche war Alkohol im Spiel, wobei deutliche Unterschiede nach Art der Delikte bestehen.⁶⁷ Am höchsten ist der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle bei den möglichen Vorstufen von Gewalt (Streitigkeit und Ruhestörung) mit 76 Prozent, gefolgt von den Straftatbeständen für Gewalt gegen Personen⁶⁸ mit 54 Prozent. Deutlich niedriger ist der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle bei Straftatbeständen für Gewalt gegen Objekte⁶⁹ mit 17 Prozent. Dies könnte allerdings auch daran liegen, dass bei Gewalt gegen Objekte häufig keine Täter/-innen gefasst werden und damit ein möglicher Alkoholkonsum nicht festgestellt werden kann. Die nachfolgende Darstellung D 3.1 zeigt pro

⁶⁶ Bei der Referenzwoche handelt es sich um die Woche vom 17. Juni bis 23. Juni 2013 (eine Woche vor Start der Online-Befragung).

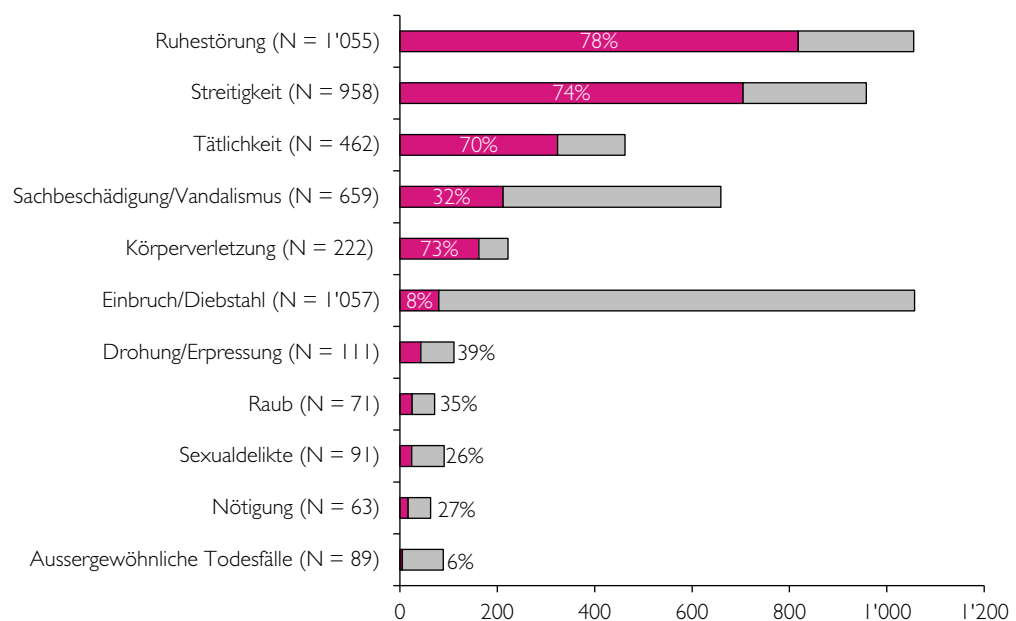
⁶⁷ Der Anteil von 50% ist nicht mit dem Anteil von 38% aus dem Jahr 2007 vergleichbar, da damals Ruhestörung/Streit nur eine Deliktkategorie bildete und damit geringer gewichtet wurde. Bei Straftatbeständen (ohne Ruhestörung/Streit) betrug 2007 wie auch 2013 der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle 30%.

⁶⁸ Hier definiert als Tötlichkeit, Körperverletzung, Drohung/Erpressung, Raub, Sexualdelikte, Nötigung, aussergewöhnliche Todesfälle.

⁶⁹ Hier definiert als Einbruch/Diebstahl, Sachbeschädigung/Vandalismus.

Deliktskategorie, mit wie vielen Vorfällen die Polizeiangestellten in der Referenzwoche insgesamt konfrontiert waren und wie viel Prozent dieser Vorfälle gemäss Einschätzung der Befragten mit Alkohol assoziiert waren. Es wird ersichtlich, dass Alkohol anteilmässig am häufigsten (mit über 70%) eine Rolle spielte bei Ruhestörung, Streitigkeit, Tötlichkeit und Körperverletzung. Deutlich weniger häufig (zwischen rund 25% und 40%) wurde Alkoholkonsum bei Drohung/Erpressung, Raub, Nötigung und Sexualdelikten konstatiert. Kaum eine Rolle (mit weniger als 10%) spielte Alkohol bei Einbruch/Diebstahl und aussergewöhnlichen Todesfällen.⁷⁰

D 3.1: Anzahl Gewalthandlungen nach Deliktskategorie und jeweils alkoholassoziierte Anteile



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F2. Basis sind Antworten von 1'053 Polizeiangestellten, welche in der Referenzwoche an mindestens einem Tag die Woche gearbeitet hatten. Alle Zahlen zu der Darstellung sind in Darstellung DA 2 im Anhang A1 zu finden.

Legende: Die Prozentzahlen bezeichnen den Anteil der Vorfälle mit Alkohol im Spiel an der Gesamtanzahl von Vorfällen innerhalb einer Woche. Delikte sind nach der absoluten Anzahl alkoholassoziierter Vorfälle sortiert. Der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle über alle Deliktskategorien hinweg beträgt rund 50% (2'415 von 4'838 Vorfällen).

Die zahlenmässig häufigsten alkoholassozierten Vorfälle waren Tötlichkeiten, Körperverletzungen, Streitigkeiten und Ruhestörungen sowie Sachbeschädigungen. Bei Sachbeschädigung/Vandalismus besteht der besondere Fall, dass der Anteil alkoholassoziierter Vorfälle zwar vergleichsweise gering ist (32%). Den Polizeiangestellten begegnen alkoholassozierte Sachbeschädigungen trotzdem häufig, da Sachbeschädigungen häufige Delikte sind.

In der Referenzwoche waren die Polizeiangestellten zudem mit 126 Fällen von häuslicher Gewalt konfrontiert. Davon war in 56 Prozent Alkohol im Spiel. Dies entspricht

⁷⁰ Quelle: Online-Befragung 2013, F2.2.

ziemlich genau dem Ergebnis der Befragung 2007, bei der ein Anteil von 57 Prozent von 35 Vorfällen insgesamt berichtet wurde.⁷¹

In den Expertengesprächen zeigte sich, dass nach Einschätzung vieler der befragten Experten/-innen Alkohol bei Sachbeschädigungen und Vandalismus eine grosse Rolle spielt. Dies gilt insbesondere, wenn es sich um Delikte in der Nacht nach dem Ausgang handelt und die Hemmschwelle durch Alkoholkonsum herabgesetzt ist. Bei gezielten Delikten wie Graffiti ist Alkoholkonsum hingegen weniger von Bedeutung. Der Alkoholeinfluss kann jedoch bei Sachbeschädigungen und Vandalismus nicht immer konstatiert werden, da die Täter/-innen oftmals nicht bekannt sind. Aufgrund dieser qualitativen Einschätzungen ist davon auszugehen, dass der Anteil alkoholassoziierter Sachbeschädigungen und Vandalismus in den Ergebnissen der Online-Befragung eher unterschätzt wird.

Die interviewten Fachpersonen waren ebenfalls mehrheitlich der Meinung, dass Alkohol bei Gewalthandlungen im Allgemeinen eine bedeutende Rolle spielt. Viele der interviewten Fachpersonen sahen den Zusammenhang zwischen Alkohol und Gewalt darin, dass Alkohol zu Enthemmung und dem Verlust von Selbstkontrolle führt und wie ein Katalysator für Gewalthandlungen wirken kann.

Mehrere der Interviewten wiesen zudem darauf hin, dass mehrere Substanzen gleichzeitig konsumiert werden (Mischkonsum) und es deshalb schwierig ist, nur die Beziehung zwischen Alkohol und Gewalt zu betrachten. Die Gesprächspartner/-innen konnten bestätigen, dass Alkohol insbesondere bei „kleineren“ Delikten wie Lärm, Verunreinigungen, Littering, Sachbeschädigungen, Streitigkeiten und Raufereien eine grosse Rolle spiele. Weniger klar hingegen ging aus den Gesprächen die Rolle des Alkohols bei Körperverletzungen, Tötlichkeit und anderen schwereren Gewaltdelikten hervor.

Vielen der interviewten Fachpersonen war es ein Anliegen, zu betonen, dass zwar sehr viel Alkohol konsumiert wird, aber es auch sehr viele alkoholisierte Personen gibt, die nicht gewalttätig werden. Einige der Fachpersonen waren der Meinung, dass Gewalthandlungen mit oder ohne Alkoholkonsum im öffentlichen Raum gesamthaft gesehen relativ selten auftreten und deshalb die Problematik zu relativieren ist.

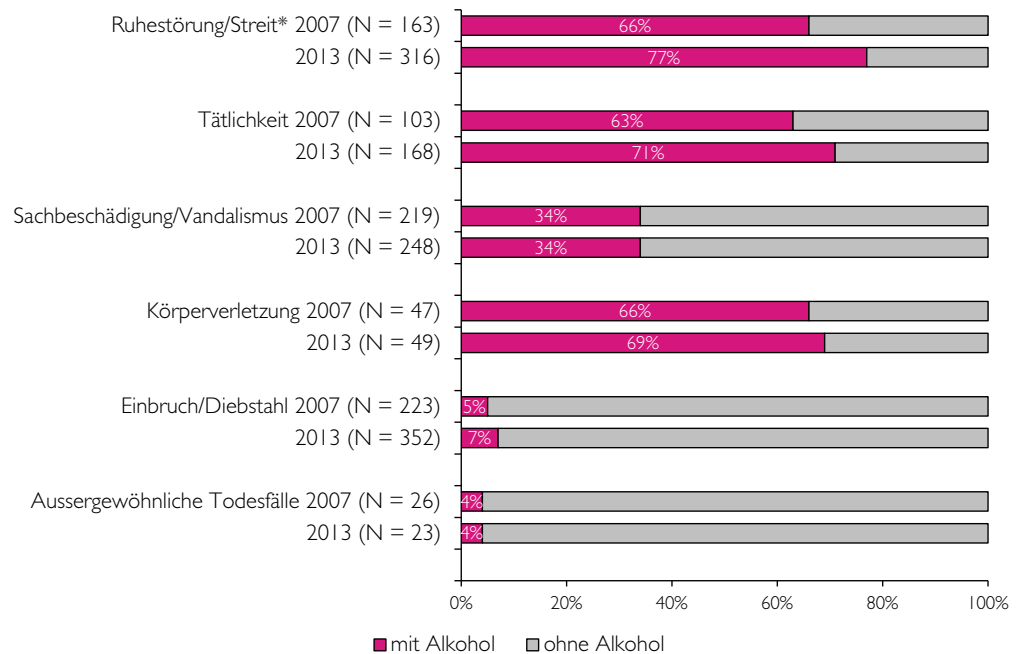
3.2.2 ZEITLICHER TREND

Vergleicht man die Anteile alkoholassoziierter Gewalthandlungen an allen Gewalthandlungen der Befragungen 2013 und 2007 im Kanton Bern, so zeigen sich über alle Deliktskategorien kaum Veränderungen. Einzig bei den Deliktskategorien Ruhestörung und Streitigkeit ist eine statistisch signifikante Zunahme zu verzeichnen (von 66% im Jahr 2007 auf 77% im Jahr 2013).⁷² Bei den anderen häufigsten, alkoholassozierten Deliktskategorien Tötlichkeit und Körperverletzung findet sich kein statistisch signifikanter Unterschied. Die Darstellung D 3.2 zeigt den Vergleich der Ergebnisse der beiden Befragungen 2013 und 2007 im Kanton Bern für die Deliktskategorien, die mindestens 20 Vorfälle in der Referenzwoche umfassten.

⁷¹ Keller et al. 2007, S. 18.

⁷² Chi-Quadrat-Test, p-Wert < 0,05.

D 3.2: Vergleich der Ergebnisse der Befragungen von Polizeiangestellten 2013 und 2007 im Kanton Bern



Quelle: Online-Befragungen 2013 (nur Kanton Bern) und 2007 (Keller et al. 2007), Frage F2.

Legende: Dargestellt sind die Angaben zu den erlebten Vorfällen in der Referenzwoche einschliesslich Einschätzung, bei wie vielen davon Alkohol im Spiel war. Die Deliktskategorien Nötigung, Drohung/Erpressung, Raub und Sexualdelikte sind nicht dargestellt, da es weniger als 20 Vorfälle in der Referenzwoche gab und Prozentangaben daher als ungeeignet für einen Vergleich erachtet werden.

* Ruhestörung/Streit wurde in der Online-Befragung 2013 in zwei separaten Kategorien abgefragt, mit jedoch fast identischen Anteilen von 76 respektive 77 Prozent.

Die Angaben von 690 befragten Polizeiangestellten, welche 2013 eine Einschätzung zur Entwicklung in den letzten fünf Jahren abgaben, ergeben ein drastischeres Bild. 68 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Bedeutung des Alkoholkonsums bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in den letzten Jahren eher zugenommen hat.⁷³ 62 Prozent davon waren der Ansicht, dass hauptsächlich bestimmte Deliktskategorien betroffen sind, nämlich vor allem Ruhestörungen und Streitigkeiten sowie Körperverletzungen, Tötlichkeiten und Sachbeschädigungen/Vandalismus.⁷⁴ 78 Prozent der Befragten, die von einer Zunahme ausgehen, waren der Ansicht, dass diese bestimmte Personengruppen als Täter/-innen betrifft. Hier wurden insbesondere in der Schweiz wohnhafte Ausländer/-innen, junge Erwachsene (19 bis 24 Jahre) und Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahre sowie Männer genannt.⁷⁵

2007 waren 82 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Bedeutung von Alkoholkonsum bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in den letzten paar Jahren zugenom-

⁷³ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B4; N = 690.

⁷⁴ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B4, Mehrfachantworten möglich; Prozente basieren auf Anzahl gültiger Fälle N = 293.

⁷⁵ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B4, Mehrfachantworten möglich; Prozente basieren auf Anzahl gültiger Fälle N = 368.

men hat. Allerdings bezog sich diese Frage auf private und öffentliche Räume. Eine Zunahme wurde vor allem bei Tötlichkeiten, Sachbeschädigungen und häuslicher Gewalt vermutet.

In den Expertengesprächen wurde die Frage, ob sich die Bedeutung von Alkohol bei Gewalthandlungen in den letzten Jahren verändert hat, unterschiedlich beurteilt. Während einige der Fachpersonen fanden, dass eine Zunahme der Bedeutung des Alkohols bei Gewalt zu konstatieren ist, fanden andere, dass diesbezüglich keine substanziellen Veränderungen stattgefunden haben. Viele Fachpersonen stellten Veränderungen des Alkoholkonsumverhaltens, der Schwere der Gewalthandlungen und der Nutzung des öffentlichen Raums fest. Diese Faktoren können, müssen aber nicht, in einem Zusammenhang stehen und sich gegenseitig beeinflussen. Die folgenden Veränderungen wurden angesprochen:

- *Alkoholkonsum:* Das Konsumverhalten hat sich verändert, das heisst, es werden schneller, grössere Mengen von Alkohol konsumiert (Binge Drinking). Auch die Art des Alkohols hat sich verändert, es werden mehr harter Alkohol und Mischgetränke konsumiert. Dies hat nach Ansicht der interviewten Personen damit zu tun, dass der Alkohol leichter zugänglich und billiger geworden ist.
- *Gewalthandlungen:* Die Auswirkungen von Gewalthandlungen werden extremer, das heisst, es werden mehr schwere Verletzungen (insbesondere im Kopfbereich) konstatiert.
- *Freizeitverhalten und Nutzung des öffentlichen Raums:* Es halten sich mehr Personen im öffentlichen Raum auf und das Freizeitverhalten hat sich verändert (24-Stunden-Gesellschaft).

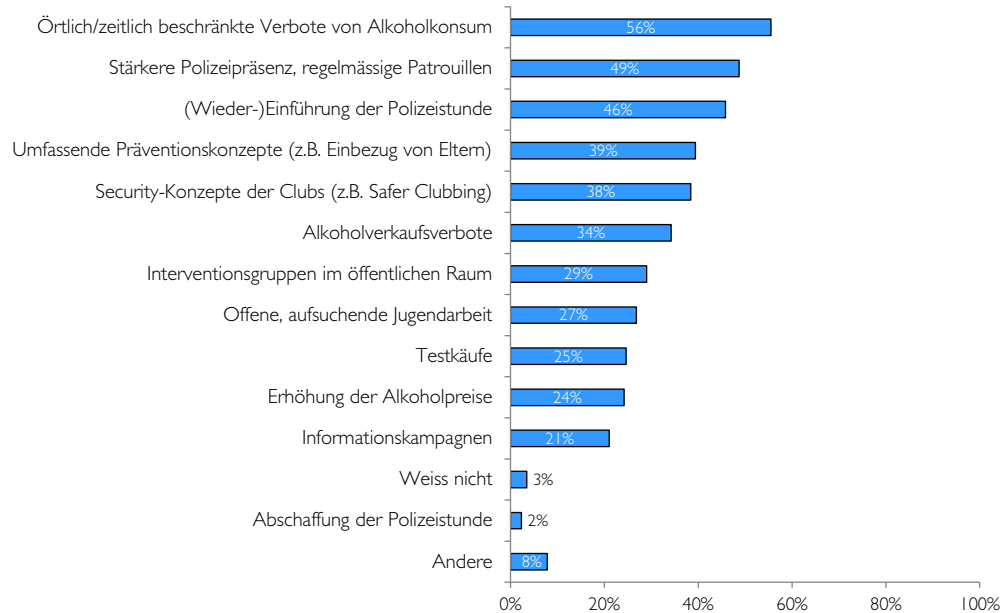
Schliesslich merkten auch einige Gesprächspartner/-innen an, dass die Thematik in den Medien und öffentlichen Diskursen deutlich präsenter ist als früher. Die subjektive Wahrnehmung der Entwicklungen muss deshalb vorsichtig interpretiert werden.

3.2.3 ANSATZPUNKTE FÜR DIE PRÄVENTION

Im Hinblick auf eine gezielte Ausrichtung von Präventionsmassnahmen wurde ein Teil der Polizeiangeestellten nach ihrer Einschätzung zu wirkungsvollen Massnahmen zur Verringerung von Gewalt unter Alkoholeinfluss im öffentlichen Raum gefragt (Fragebogenversion B).

Von den befragten Polizeiangeestellten wurde die Wirksamkeit von verschiedenen Massnahmen zurückhaltend beurteilt, nur gut die Hälfte der befragten Polizeiangeestellten schreibt einer Massnahme eine mögliche Wirkung zu. Wie die nachfolgende Darstellung D 3.3 zeigt, wurden am ehesten repressive Massnahmen wie Alkoholkonsumverbote, stärkere Polizeipräsenz und die Polizeistunde als wirkungsvoll erachtet. Umfassendere Ansätze unter Einbezug der Eltern oder der Clubs werden noch von rund 40 Prozent als wirksam erachtet, offene Jugendarbeit und Interventionsgruppen im öffentlichen Raum von knapp 30 Prozent. Ein Drittel oder weniger beurteilen regulatorische Markt-Massnahmen wie Alkoholverkaufsverbote, Testkäufe und die Erhöhung des Alkoholpreises als wirkungsvoll, ein Fünftel hält etwas von Informationskampagnen.

D 3.3: Beurteilung als wirkungsvolle Massnahmen zur Prävention von Gewalt unter Alkoholeinfluss in öffentlichen Räumen



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B5, Mehrfachantworten möglich; N = 690.

In den offenen Kommentaren forderten viele Polizeiangestellte härtere Strafen für Gewaltanwendung. Für mehrere der Befragten stellt auch ein generelles Alkoholkonsumverbot im öffentlichen Raum oder auf bestimmten Plätzen und Parks ein guter Lösungsansatz dar. Zudem wurde von einigen angeregt, das durchgehende Angebot des öffentlichen Verkehrs am Wochenende (Nachtbusse, -züge) einzuschränken. Andere Massnahmen, die gefordert wurden, sind kürzere und/oder einheitliche Öffnungszeiten von Clubs und Läden und eine höhere Kostenbeteiligung an den verursachten Kosten von Polizei und Sanität.

Die vier Polizeikorps beurteilten die verschiedenen Massnahmen unterschiedlich. Dabei lässt sich kein klares Muster feststellen. Teilweise unterscheidet sich die Meinung der Polizeiangestellten der Police Cantonale de Genève deutlich von derjenigen ihrer Deutschschweizer Kollegen/-innen (z.B. stärkere Bewertung von Informationskampagnen und geringere Bewertung von Testkäufen). Andererseits sticht die Meinung der Polizeiangestellten der Stadtpolizei Zürich im Vergleich zu allen anderen Polizeikorps deutlich hervor. Am eindrücklichsten ist dies bei der hohen Zustimmung für die Einführung der Polizeistunde (80% gegenüber 24% bis 38% bei den anderen Korps). Auf der anderen Seite erachteten die anderen drei Polizeikorps eine stärkere Polizeipräsenz häufiger als wirkungsvoll als die Angestellten der Stadtpolizei Zürich (mindestens 48% bis 60% gegenüber 36%, vgl. Darstellung DA 5 im Anhang). Einhellig war die Beurteilung von Alkoholkonsumverboten, welche eine Zustimmung von 53 bis 57 Prozent erhielten.

In den Expertengesprächen zeigten sich vielfältige Ansichten der Fachpersonen zu besonders wirkungsvollen Massnahmen. Es bestand kein Konsens zur Effektivität der einzelnen Massnahmen. Folgende Punkte wurden insbesondere angesprochen:

- *Wenig Evidenz:* Von einigen Interviewpartnern/-innen wurde angeführt, dass kaum Evaluationen von Massnahmen vorliegen, auf welche eine Beurteilung gestützt werden könnte. Die Förderung der Evaluation der Wirkung und der Nachhaltigkeit der verschiedenen Massnahmen war aus Sicht einiger der Befragten deshalb zentral. Auch der Vergleich mit anderen Ländern, beispielsweise mit sehr progressiven (Holland) und sehr restriktiven Politiken (USA), könnte Hinweise für effektive und weniger wirkungsvolle Massnahmen geben.
- *Regulierende Massnahmen* sind aus Sicht vieler der Interviewten sinnvolle Massnahmen, um den Zugang zum Alkohol und damit dessen Konsum zu senken. Hierzu wurden vor allem die Einschränkung von Verkaufszeiten oder die Erhöhung des Preises genannt. Andere Fachpersonen waren von der Effektivität dieser Massnahmen hingegen nicht überzeugt und führten an, dass Personen andere Möglichkeiten finden würden, den Alkohol zu beschaffen, insbesondere, wenn die Massnahmen nicht flächendeckend eingeführt wurden. Im Zusammenhang mit dem Zugang zum Alkohol wurde gefordert, dass die Jugendschutzbestimmungen konsequent umgesetzt werden, dass der Kauf und die Weitergabe von Alkohol durch ältere an jüngere Jugendliche verhindert werden sollte und dass in Bars und Läden kein Alkohol an stark Betrunkene verkauft werden sollte.
- *Repressive Massnahmen* wie Alkoholkonsumverbote im öffentlichen Raum wurden ebenfalls gemischt beurteilt. Während einige der Interviewten fanden, dass dies grundsätzlich eine prüfenswerte Option wäre, führten andere an, dass dies nur zu einer Verlagerung des Konsums an andere Orte führen würde. Die Wiedereinführung der Polizeistunde wurde von einigen als effektive Möglichkeit gesehen, um die 24-Stunden-Gesellschaft zu durchbrechen und etwas Beruhigung in das Nachtleben zu bringen. Andere versprachen sich von dieser Massnahme keine positiven Effekte.
- *Verstärkte Präsenz und Intervention vor Ort* befanden viele der Befragten als sinnvoll. Die Präsenz kann nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch andere aufsuchende Dienste wie die SIP, PINTO und Sozialarbeitende gewährleistet werden und kann zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens, zu schnelleren Interventionen und zur Minderung von Gefahren beitragen. Eingewendet wurde, dass die starke Präsenz von Sicherheitskräften zum Beispiel an Grossanlässen auch Aggression und Gewalt provozieren kann und für viele kein Hinderungsgrund mehr ist, dennoch Gewalt auszuüben.
- *Sanktionen für Täter/-innen:* Einige der Befragten fanden, dass ein gewisses Lösungspotenzial auch im Umgang mit den Tätern/-innen liegt. Es wurde die Ideen angesprochen, dass Kosten für Polizei und Sanität von Tätern/-innen mitgetragen werden sollen und dass Gewalthandlungen mit härteren Sanktionen bestraft werden sollen, um damit eine abschreckende Wirkung zu erzielen.
- *Früherkennung und Frühintervention:* Die Förderung von Früherkennung und Frühintervention in der Schule oder durch Multiplikatoren wie Jugendarbeiter/-in-

nen und Eltern wurde vereinzelt als potenziell wirksam beurteilt. Auch Massnahmen wie eine verpflichtende Gewaltberatung für auffällige Täter/-innen könnten vorbeugend wirken.

- Allgemeine *Informationskampagnen* wurden zumeist als wenig wirkungsvoll angesehen. Jedoch wurde von einigen der Fachpersonen eine verstärkte und gezielte Informierung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu den Risiken und negativen Folgen des übermässigen Alkoholkonsums und des Mischkonsums gefordert.
- *Normenwandel*: Die gesellschaftliche Haltung gegenüber übermässigem Alkoholkonsum, Trinkstil sowie Gewalthandlungen wurde ebenfalls angesprochen. Es wurde bemerkt, dass Massnahmen auf einen Gesinnungswandel zielen müssten, der die Akzeptanz und die „Coolness“ von übermässigem Alkoholkonsum verringert. Gleichzeitig wurde bemerkt, dass Alkoholkonsum nicht tabuisiert oder generell verboten werden sollte, da er erstens zur schweizerischen Kultur dazugehört und zweitens ein Verbot ungewolltes Verhalten provozieren könnte. Vielmehr sollte ein gut informierter, verantwortungsvoller Trinkstil gefördert werden. Zudem wurde in den Gesprächen vereinzelt die Förderung der Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen, Zivilcourage auszuüben und Empathie zu verspüren, als wichtige Massnahme zum Umgang mit Gewalt angesprochen.

Generell kann aus den Expertengesprächen gefolgert werden, dass weder regulierende, repressive noch präventive Massnahmen alleine als zielführend erachtet werden, sondern dass eine Kombination verschiedener Massnahmen als sinnvoll erachtet wird. Strukturellen Massnahmen (z.B. Preisregulierung) wird ein höheres Erfolgspotenzial zugesprochen als verhaltensorientierten Massnahmen (z.B. Aufklärungskampagnen). Zudem wird die Zusammenarbeit der Akteure im öffentlichen Raum (Polizei, Sicherheitsdienste, SIP, Sozialarbeit, Clubbetreibende usw.) als ein wichtiger Erfolgsfaktor für Lösungsansätze erachtet.

3.3 CHARAKTERISIERUNG VON ALKOHOL UND GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zur Forschungsfrage F3 „*Lassen sich Gewalthandlungen im öffentlichen Raum, die mit Alkoholkonsum assoziiert sind, charakterisieren?*“ dargestellt. In der Online-Befragung wurde ein Teil der Polizeiangeestellten (Fragebogenversion A) gebeten, sich an den zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfall im öffentlichen Raum zu erinnern und diesen zu beschreiben.⁷⁶ Diese Antworten bilden die wichtigste Grundlage für die Ergebnisse der Online-Befragung in diesem Abschnitt.

3.3.1 ART DER GEWALTHANDLUNG

Im Folgenden werden die zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle hinsichtlich der Gewaltformen und Deliktskategorien beschrieben. Abschliessend wird dargestellt, worauf die Polizeiangeestellten die Beurteilung, dass es sich um einen alkoholassoziierten Vorfall handelt, stützen.

⁷⁶ Es liegen Angaben von 609 Polizeiangeestellten vor.

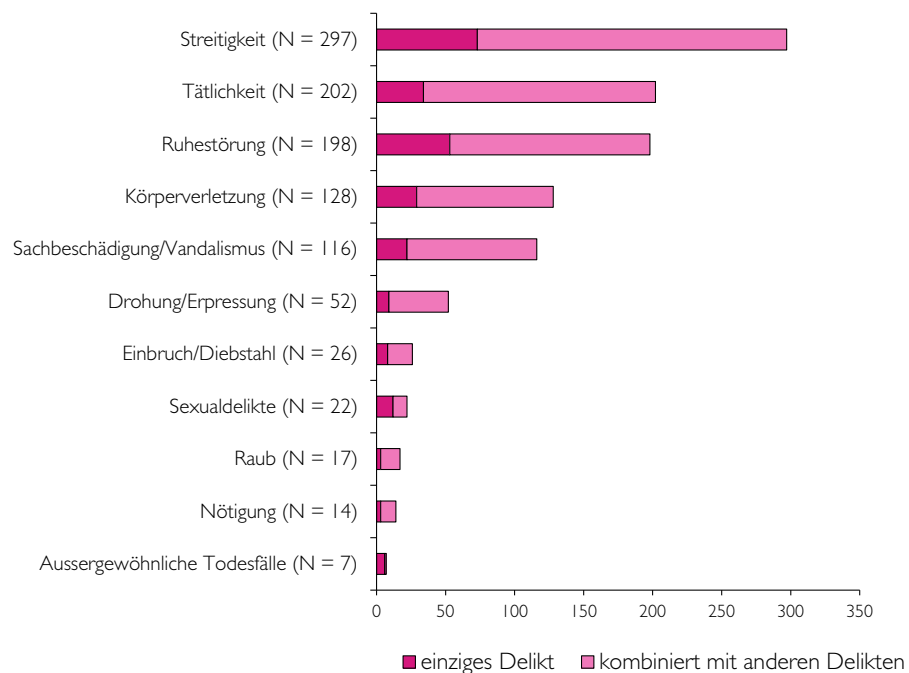
Formen von Gewalt

Bei den genannten alkoholassozierten Vorfällen standen sowohl verbale Gewalt (Anschuldigungen, Beschimpfungen, Beleidigungen) (72%) als auch körperliche Gewalt gegen Personen (61%) im Vordergrund. Weniger häufig handelte es sich um Gewalt gegen Objekte (32%) und psychische Gewalt (Drohung oder Erpressung) (15%). Nur selten waren Waffen im Spiel (7%).⁷⁷ In rund einem Drittel (32%) der genannten Fälle gaben die Befragten an, dass es sich bei den Vorfällen (auch) um Gewalt gegen Polizeiangeestellte handelte.⁷⁸

Deliktskategorien

Wie die nachfolgende Darstellung D 3.4 zeigt, wurden die 537 zeitlich letzten Vorfälle am häufigsten den Deliktskategorien Streitigkeit, Tötlichkeit, Ruhestörung, Körperverletzung und Sachbeschädigung/Vandalismus zugeordnet. Rund die Hälfte der genannten Vorfälle umfasste dabei mehr als eine Deliktskategorie.

D 3.4: Deliktskategorien des zeitlich letzten alkoholassozierten Vorfalls im öffentlichen Raum



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A1, Mehrfachantworten möglich; Anzahl gültiger Fälle N = 537.
 Legende: Die hellroten Abschnitte kennzeichnen den jeweiligen Anteil an Mehrfachnennungen pro Deliktskategorie. Ruhestörungen und Streitigkeiten sind häufig an Vorfällen beteiligt, die auch Tötlichkeiten und/oder Körperverletzungen umfassen.

Werden die Deliktskategorien nach Schweregrad geordnet, so machten Vorfälle mit Körperverletzungen und/oder Tötlichkeiten (und evtl. weiteren Deliktskategorien) rund die Hälfte der beschriebenen Vorfälle aus (48%). Ruhestörungen und/oder Streitigkeiten

⁷⁷ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A2, Mehrfachantworten möglich; N = 541.

⁷⁸ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A2; N = 579.

ten (ohne Körperverletzung oder Tötlichkeit) ergaben weitere 37 Prozent und Sachbeschädigungen/Vandalismus (ohne eine der bisher genannten Deliktskategorien) 6 Prozent.⁷⁹ Mit diesen drei Typen von Deliktskombinationen werden 91 Prozent der zeitlich letzten Vorfälle erfasst. Bei den zeitlich letzten Vorfällen zeigen sich demnach wieder die fünf häufigsten Delikte, wie sie schon für die Referenzwoche von allen befragten Polizeiangestellten berichtet worden waren (vgl. Abschnitt 3.2.1).

In der Befragung 2007 waren diese Deliktskategorien ebenfalls unter den fünf häufigsten bei 81 beschriebenen Vorfällen. Sogar die Rangfolge war sehr ähnlich mit Tötlichkeit kurz vor Ruhestörung/Streit (damals zusammengefasst), dann Körperverletzung und Sachbeschädigung/Vandalismus. 2007 war die Befragung nicht auf den öffentlichen Raum beschränkt und an dritter Stelle fand sich unter den Deliktskategorien noch häusliche Gewalt, welche fast einem Drittel der Fälle zugeordnet wurde. 2013 wurde häusliche Gewalt bei der Beschreibung der zeitlich letzten Vorfälle ausgeschlossen. Es wurde jedoch im ersten Teil des Fragebogens erhoben, wie viele Gewalthandlungen insgesamt und mit Alkohol im Spiel den Polizeiangestellten in der Referenzwoche begegnet waren (vgl. Abschnitt 3.2.1).

Erkennen von Alkoholeinfluss

Die Polizeiangestellten gaben am häufigsten an, den Alkoholkonsum anhand von typischen Verhaltensauffälligkeiten erkannt zu haben (66%) und/oder gerochen zu haben (70%). Ein Alkoholtest wurde in 37 Prozent der Fälle durchgeführt, am häufigsten bei Einbruch/Diebstahl (64%) und am wenigsten häufig bei Sexualdelikten (25%). Bei Ruhestörungen und Streitigkeiten wurden Alkoholtestes etwas weniger häufig durchgeführt (31% und 36%) als bei Tötlichkeit und Körperverletzungen (44% und 47%). Bei Sachbeschädigungen wurde in 40 Prozent der Fälle ein Test durchgeführt. In einem Viertel aller Fälle wurde konkret nachgefragt und in 5 Prozent beruhte die Einschätzung „Alkohol im Spiel“ auf einer blossen Vermutung.⁸⁰ Ob bei dem Vorfall ausser Alkohol auch noch Drogen im Spiel waren, konnte bei der Mehrheit der Vorfälle (59%) nicht eingeschätzt werden.⁸¹

Regionale Unterschiede

Es wurde untersucht, ob relevante *Unterschiede zwischen den Polizeikorps und den Haupteinsatzgebieten* bezüglich der genannten zeitlich letzten alkoholassoziierten Delikte bestehen. Es zeichnet sich ein relativ einheitliches Bild zwischen den Polizeikorps, mit der Ausnahme, dass die Befragten der Police Cantonale de Genève deutlich weniger alkoholassoziierte Vorfälle von Tötlichkeit und Streitigkeit nannten als die anderen Polizeikorps (vgl. Darstellung DA 3 im Anhang). Nach Einsatzgebiet zeigten sich keine auffälligen Unterschiede (vgl. Darstellung DA 4 im Anhang).

⁷⁹ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A1, Mehrfachantworten möglich; N = 537.

⁸⁰ Basis sind 520 zeitlich letzte Vorfälle mit Angaben zur Deliktskategorie (Frage A1) und zum Erkennen von Alkohol im Spiel (Frage A10), bei beiden Mehrfachnennungen möglich.

⁸¹ Bei 17 Prozent der Vorfälle waren nach Angaben der Befragten neben Alkohol weitere Drogen im Spiel, bei 24 Prozent der Vorfälle war das nicht der Fall. Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A11; N = 551.

3.3.2 BETEILIGTE PERSONEN

Dieser Abschnitt widmet sich der Beschreibung von involvierten Personen, Tätern/-innen und Opfern in alkoholassoziierten Vorfällen.

Involvierte Personen

In der Hälfte der beschriebenen zeitlich letzten Vorfälle war eine kleinere Gruppe (drei bis zehn Personen, Täter/-innen und Opfer) in die Gewalthandlung involviert (51%). Ein knappes Drittel der Vorfälle betraf zwei Personen (30%) und ein Sechstel waren Vorfälle mit einer einzelnen Person (15%).⁸² Am häufigsten war eine Person der/die Täter/-in (44%), in einem Viertel der Fälle waren es zwei Personen (26%) und etwas seltener kleinere Gruppen (18%).⁸³ In etwas mehr als einem Drittel der genannten Vorfälle (36%) handelte es sich gemäss Aussagen der Polizeiangestellten um Gewalt zwischen verschiedenen Gruppen. In einem weiteren Drittel der Vorfälle handelte es sich bei den Vorfällen (auch) um Gewalt gegen Polizeibeamte.⁸⁴

In gut drei Vierteln der Fälle (77%) war mindestens eine/-r der Täter/-innen alkoholisiert und zu einem Drittel mindestens eines der Opfer. Wenn das/die Opfer alkoholisiert war(en), hatte(n) fast immer auch der/die Täter/-in beziehungsweise die Täter/-innen Alkohol konsumiert. In einem Sechstel der Fälle war mindestens eine Drittperson alkoholisiert und bei rund einem Fünftel der Fälle konnte keine Aussage getroffen werden, wer alkoholisiert war.⁸⁵

In den Expertengesprächen konnten die Fachpersonen aus ihrer Erfahrung bestätigen, dass bei alkoholassoziierten Vorfällen häufiger Gruppen und seltener Einzeltäter/-innen involviert sind. Die Dynamik und die Beziehungsmuster innerhalb einer Gruppe oder zwischen verschiedenen Gruppen können in solchen Fällen ausschlaggebend sein für Gewalthandlungen. Es kann zwar vorkommen, dass sich die Gewalt auf ein unbeteiligtes Opfer richtet, das sich zur falschen Zeit am falschen Ort befindet, häufiger aber kennen sich die Gruppen bereits oder es kam bereits vor der Ausschreitung zu Interaktionen zwischen den Beteiligten.

Soziodemografische Merkmale

Die Darstellung D 3.5 zeigt die soziodemografischen Merkmale der Täter/-innen und Opfer, die in die beschriebenen Vorfällen involviert waren. Bei den meisten Vorfällen waren ausschliesslich (69%) oder mehrheitlich männliche Täter (18%) beteiligt. Gleiches gilt bei den Opfern. Allerdings waren bei einem Drittel der Vorfälle auch Frauen als Täterinnen involviert. Eine ausschliessliche und mehrheitliche Beteiligung war jedoch selten (6%). Bei den Opfern sind Frauen etwas stärker vertreten als bei den Tätern/-innen. In 15 Prozent der Vorfälle handelte es sich ausschliesslich und mehrheitlich um weibliche Opfer, insgesamt waren Frauen als Opfer in 39 Prozent der Vorfälle betroffen. Täter/-innen im Alter von 19 bis 24 Jahren waren am häufigsten an den Vorfällen beteiligt (49%), gefolgt von der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen (31% der

⁸² Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A6; N = 553.

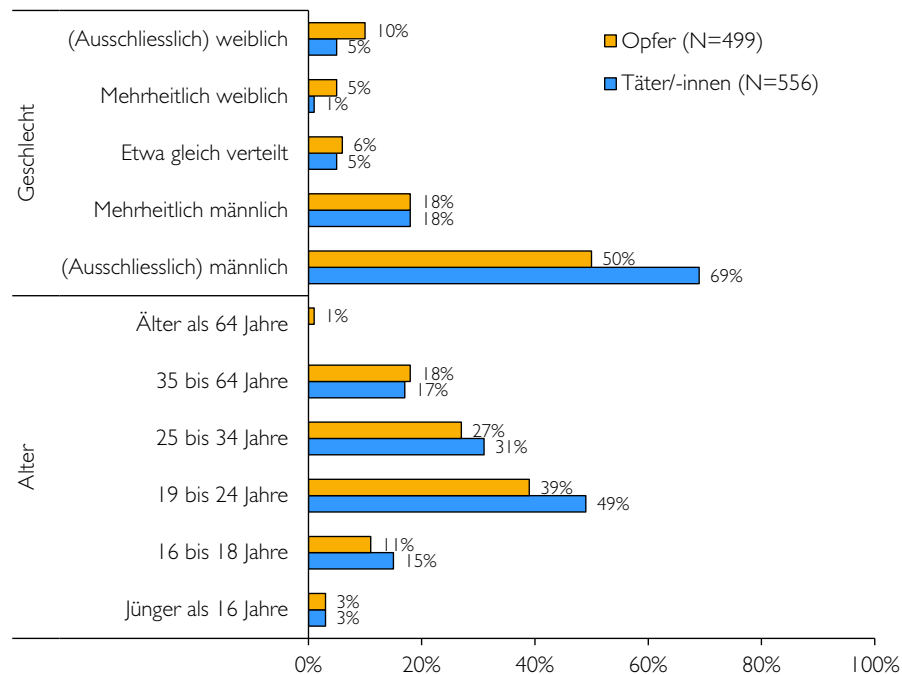
⁸³ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A6; N = 555.

⁸⁴ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A2; N = 574 und Frage A2; N = 579.

⁸⁵ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A7; N = 553.

Vorfälle). Jugendliche unter 19 Jahren waren vergleichsweise selten vertreten. Die Altersverteilung der Opfer ähnelt derjenigen der Täter/-innen.

D 3.5: Soziodemografische Merkmale der Täter/-innen und Opfer



Quelle: Online-Befragung 2013, Fragen A8 und A9. Da sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen Täter/-innen und/oder Opfer sein können, sind Angaben zum Alter in Form von Mehrfachantworten.

In der Befragung 2007 unterscheidet sich das soziodemografische Muster der Beteiligten von diesen Ergebnissen insofern, als dass damals eine deutlich höhere Gleichbeteiligung der Geschlechter (30%) berichtet wurde. Dies dürfte am Einbezug von häuslicher Gewalt und der fehlenden Unterscheidung nach Täter/-innen und Opfer liegen. Bei der Altersverteilung war auch 2007 die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen führend, gefolgt von den 25- bis 34-Jährigen und Personen, die älter als 34 Jahre sind.

In den Expertengesprächen wurde angeführt, dass bei alkoholassoziierten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum typischerweise gleichaltrige und gleichgeschlechtliche Gruppen involviert sind. Die Interviewpartner/-innen bestätigten, dass Männer viel häufiger in solche Vorfälle involviert sind als Frauen. Einige der Interviewten merkten jedoch an, dass bei jungen Frauen in den letzten Jahren ein stärkerer Alkoholkonsum festgestellt werden konnte und die Gewaltbereitschaft, insbesondere die verbale Gewalt, zugenommen hat.

In Bezug auf das Alter der involvierten Personen konnten die Fachpersonen mehrheitlich bestätigen, dass bei alkoholassoziierten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum insbesondere junge Erwachsene zwischen 18 und ungefähr 30 Jahren involviert sind. Einige der Befragten gehen davon aus, dass die Altersgrenze bereits bei den 16- bis 17-Jährigen anzusetzen ist; andere konnten dies aus ihrer Erfahrung in der Praxis nicht bestätigen. Im Zusammenhang mit dem Thema Alkohol und Gewalt bei Jugendlichen

wurden verschiedene Elemente angesprochen: Aufgrund von strafrechtlichen Unterschieden kommt es bei den unter 18-Jährigen deutlich weniger häufig zu Anzeigen als bei den über 18-Jährigen, was die Anzahl der tatsächlichen Vorfälle auch verzerren kann. Den über 18-jährigen Personen stehen meist mehr finanzielle Mittel zur Verfügung und der Zugang zu Bars und Clubs steht ihnen frei. In den frühen Morgenstunden rund um die Ausgehmeilen, wenn viele alkoholassoziierte Vorfälle stattfinden, befinden sich deshalb vor allem junge Erwachsene vor Ort und nicht minderjährige Personen. Schliesslich wurde festgestellt, wie in der Literatur beschrieben (vgl. Abschnitt 3.1), dass sich vor allem das Trinkverhalten verändert hat und bei Jugendlichen der übermässige Alkoholkonsum und das Binge Drinking zunehmend problematisch sein kann, hier wird jedoch ein Zusammenhang mit Gewalt in Frage gestellt.

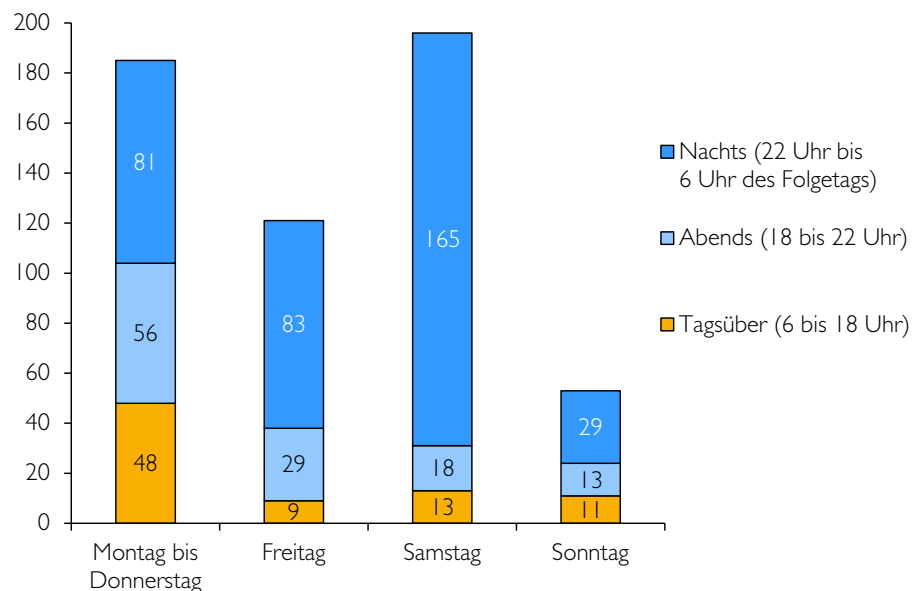
3.3.3 ZEIT DES AUFTRETENS

In diesem Abschnitt steht das zeitliche Auftreten alkoholassoziierter Vorfälle, einschliesslich Bezug zu Grossveranstaltungen, im Fokus.

Wochentage, Uhrzeit und Saisonalität

Rund zwei Drittel der beschriebenen alkoholassozierten Vorfälle traten nachts, zwischen 22 und 6 Uhr, auf. Fast die Hälfte der genannten Vorfälle ereignete sich entweder Freitagnacht oder – noch häufiger – Samstagnacht. Deutlich weniger Vorfälle wurden tagsüber oder auch in den frühen Abendstunden registriert (vgl. Darstellung D 3.6).

D 3.6: Zeit des Auftretens der zeitlich letzten alkoholassozierten Gewalthandlung



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A3; N = 555.

Die meisten nach ihrer Einschätzung gefragten Polizeiangehörigen gehen von einer Saisonalität alkoholassoziierter Gewalthandlungen aus. Drei Viertel der 690 Befragten (76%) schätzten, dass Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss im öffentlichen Raum

zu bestimmten Jahreszeiten besonders häufig sind.⁸⁶ Dabei wurde der Sommer eindeutig als die relevanteste Jahreszeit angegeben, gefolgt von Frühjahr und dann Herbst.⁸⁷ Der Begründung, dass bei warmem Wetter mehr Leute draussen sind und dass gewisse Grossveranstaltungen zu bestimmten Jahreszeiten stattfinden, stimmte die grosse Mehrheit der Befragten zu.⁸⁸

Basierend auf den Expertengesprächen und den offenen Kommentaren der Online-Befragung kann gefolgert werden, dass das Auftreten alkoholassoziierter Vorfälle im öffentlichen Raum temperatur- und wetterabhängig sein kann. An warmen, schönen Abenden oder nach einem Wetterwechsel hält sich eine grössere Anzahl Personen draussen auf, die Personen konsumieren mehr und die Vorfälle im öffentlichen Raum nehmen zu. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass in kälteren Jahreszeiten alkoholassozierte Vorfälle nicht unbedingt abnehmen, sondern sich in Innenräume wie Clubs oder gar andere Orte wie Wintersportdestinationen verlagern. Zudem spielt die Jahreszeit weniger eine Rolle, wenn es sich um Anlässe handelt, bei denen sich viele Leute im öffentlichen Raum aufhalten (z.B. auch an Silvester und an der Fasnacht). Eine Untersuchung der Luzerner Polizei, welche Gewalt gegen Polizeiangestellte unter anderem unter Alkoholeinfluss erhebt, zeigt über die zwei Jahre 2011 und 2012 keine saisonalen Schwankungen.⁸⁹

Grossveranstaltungen

In der Version B des Fragebogens wurde ein Teil der Polizeiangestellten nach ihren Erfahrungen mit alkoholassozierten Gewalthandlungen bei Grossveranstaltungen gefragt. Knapp zwei Drittel der Befragten (62%) waren in den letzten zwölf Monaten mehr als drei Mal bei einer Grossveranstaltung im Einsatz, nur 6 Prozent nie.⁹⁰ Wie die nachfolgende Darstellung D 3.7 zeigt, ist gemäss Einschätzung der Befragten Alkohol eher häufig im Spiel, wenn es bei Bar- und Pubfestivals, Sportanlässen und Feiertagen/Neujahr zu Gewalthandlungen kommt. Etwas weniger häufig wird Alkohol bei Demonstrationen und Musikanlässen im Freien in Zusammenhang mit Gewalt gebracht. Eher selten ist dies der Fall bei Gewalthandlungen an grossen Vereinsnälässen, Musikanlässen in Hallen/Stadien und Volksfesten/Brauchtum und bei politischen Anlässen.

Die nach Einschätzung der Befragten fünf häufigsten Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss bei Grossveranstaltungen sind dieselben, die aus dem Polizeialltag berichtet werden (vgl. Abschnitte 3.2.1 und 3.3.1), nämlich Streitigkeit, Tötlichkeit, Sachbeschädigung/Vandalismus, Körperverletzung und Ruhestörung.⁹¹ Jugendliche (16 bis 18 Jahre) und junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahre werden bei Grossveranstaltungen als häufigste Beteiligte an Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss gesehen.⁹²

⁸⁶ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B3; N = 690.

⁸⁷ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B3, Mehrfachantworten möglich; N = 523.

⁸⁸ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B3, Mehrfachantworten möglich; N = 523.

⁸⁹ Persönliche Kommunikation von R. Kirchhofer von der Luzerner Polizei zu Ergebnissen des Projekts „Gewalt und Aggression gegen die Mitarbeitenden der Luzerner Polizei“, 13.11.2013.

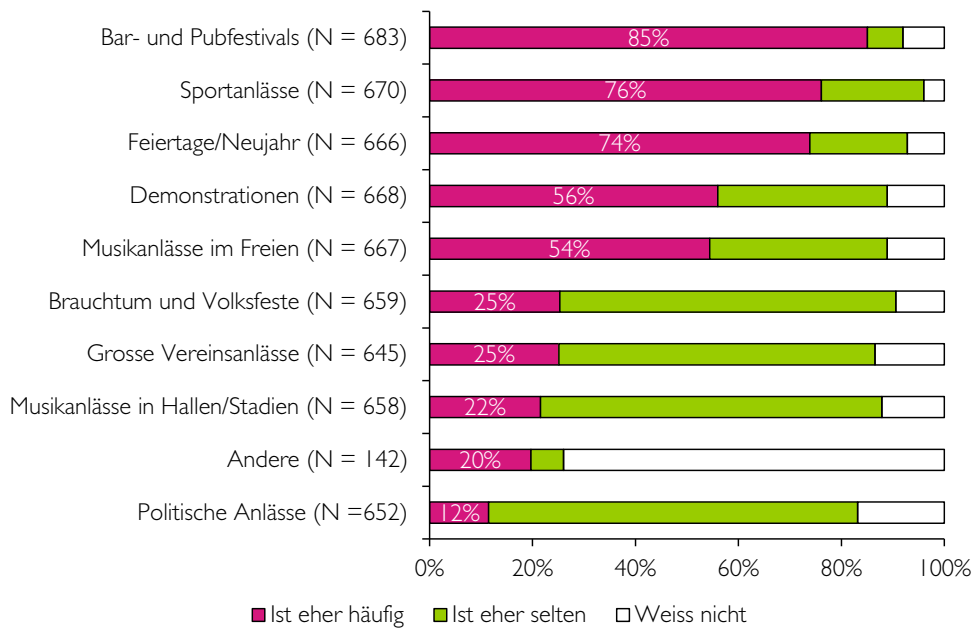
⁹⁰ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B6; N = 687.

⁹¹ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B8, Mehrfachantworten möglich; N = 689.

⁹² Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B10; N = 685 und Frage B10, Mehrfachantworten möglich; N = 581.

Nach Ansicht beinahe aller Befragten (93%) sind Männer besonders häufig bei alkoholassoziierter Gewalt an Grossveranstaltungen beteiligt.⁹³

D 3.7: Einschätzung zu Alkoholkonsum bei Gewalthandlungen an Grossveranstaltungen



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B7.

Ein so genanntes *Vorglühen*, also Alkoholkonsum bereits vor einer Veranstaltung, wird vor allem bei Sportveranstaltungen (72%) sowie Bar- und Pubfestivals (62%) als eher häufig erachtet. Etwas seltener ist dies der Fall bei Feiertagen/Neujahr (53%), Musikanlässen im Freien (48%) und Demonstrationen (43%). Bei Musikanlässen in Hallen, grossen Vereinsanlässen, Brauchtum und Volksfesten und politischen Anlässen wird das Vorglühen als wenig bedeutend eingestuft (weniger als 30% gaben an, dass dies eher häufig der Fall sei).⁹⁴

In den *Expertengesprächen* sind für einige der interviewten Fachpersonen Grossanlässe deshalb problematisch, weil sich eine grosse Menge von Personen auf einem engen Raum aufhält und sich dadurch das Konfliktpotenzial erhöht. Die Gruppendynamik kann zudem Ausschreitungen begünstigen. Andere Interviewpartner/-innen hielten entgegen, dass Grossanlässe gleiche Muster aufweisen wie Ausgehmeilen und sich deshalb nicht stark vom „ganz normalen Wahnsinn“ des Alltagsgeschäfts unterscheiden. Betont wurde, dass in Bezug auf Alkohol und Gewalt die Art der Grossveranstaltung entscheidend ist. Als besonders problematisch wurden Fussball- und Eishockeyspiele angesehen, da sie Emotionen schüren und „Feindbilder“ generieren können. Jedoch spielt bei Gewalthandlungen von Hooligans an solchen Sportanlässen Alkohol kaum eine Rolle. An vielen anderen Grossveranstaltungen wie beispielsweise Turnfesten,

⁹³ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B11; N = 689.

⁹⁴ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B9; N variiert.

Musikfestivals oder Strassenfesten wird zwar viel Alkohol konsumiert, es kommt jedoch zu wenigen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Als mögliche Gründe dafür wurde von jeweils einer Person genannt, dass an diesen Anlässen sehr viel Sicherheitspersonal aufgeboten wird oder dass die soziale Kontrolle an solchen Anlässen besser greift. Auch kann das Konfliktpotenzial davon abhängen, welche Werte an einem Anlass kultiviert werden. Wenn es an dem Anlass darum geht, Personen zu mobilisieren (z.B. „Tanz dich frei“-Veranstaltung), dann kann das Aggressionspotenzial höher sein als an Veranstaltungen, bei denen die Leute zusammenkommen, um einem gemeinsamen Hobby nachzugehen.

3.3.4 ORT DES AUFTRETENS

In diesem Abschnitt interessiert, ob und wenn ja in welchen Gebieten und öffentlichen Räumen sich alkoholassoziierte Vorfälle besonders häufig abspielen.

Gebiete des Vorfalls

Die meisten der zeitlich letzten Vorfälle, nämlich knapp drei Viertel (72%), spielten sich in der Stadt ab, während je 13 Prozent in einer Agglomerationsgemeinde und in einer ländlichen Gemeinde auftraten.⁹⁵ Dies reflektiert auch die Einsatzgebiete der befragten Polizeiangehörigen. Allerdings hatte sich auch bei den Personen, deren hauptsächliches Einsatzgebiet als Land oder Agglomeration angegeben war, ein beträchtlicher Anteil der zeitlich letzten Vorfälle in einer Stadt abgespielt (20% respektive 35%). Von den Gewaltdelikten, die sich in der Stadt ereigneten, spielte sich eine grosse Mehrheit (66%) im Stadtzentrum ab. 21 Prozent traten in einem Wohnquartier und 5 Prozent in einem Industriequartier auf.⁹⁶

Dass Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss besonders häufig im Stadtzentrum auftreten, wurde auch von den Polizeiangehörigen bestätigt, welche die Version B des Fragebogens ausfüllten. 82 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass alkoholassoziierte Gewalthandlungen an typischen Orten besonders häufig auftreten.⁹⁷ Davon nannten beinahe alle die Stadt als besonders betroffenen Ort.⁹⁸ Innerhalb der Stadt wurde wiederum von praktisch allen Befragten das Zentrum als besonders relevanten Ort für alkoholassoziierte Gewalthandlungen gesehen. Dies ist unabhängig vom jeweiligen Haupteinsatzgebiet der Befragten. Allerdings fällt auf, dass Polizeiangehörige mit den Haupteinsatzgebieten Land oder Agglomeration die Agglomerationsgemeinden deutlich häufiger als betroffene Orte ansahen als die Stadtpolizisten/-innen (rund 60% gegenüber 30% von denjenigen, die bestimmte Orte als typisch erachteten).⁹⁹

Ort des Vorfalls und Brennpunkte

Die nachfolgende Darstellung D 3.7 zeigt den Ort des Auftretens des zeitlich letzten Vorfalls. Demnach spielten sich die alkoholassoziierten Vorfälle am häufigsten auf der Strasse im Allgemeinen, auf öffentlichen Plätzen oder auf einer Ausgehmeile in der

⁹⁵ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A4; N = 558.

⁹⁶ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A4; N = 393.

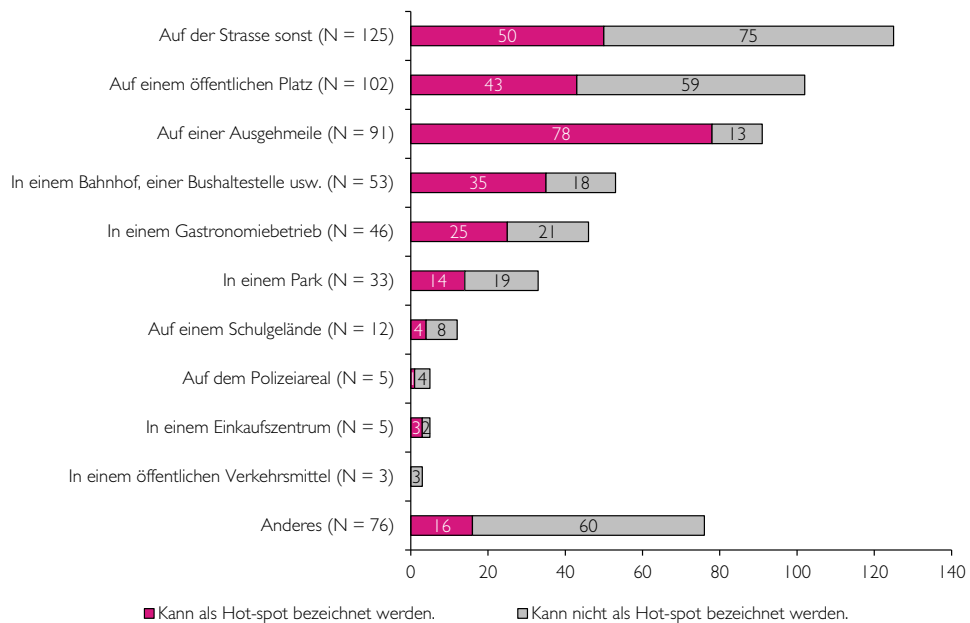
⁹⁷ Von 86 Landpolizisten/-innen sind allerdings nur rund 64 Prozent dieser Ansicht. Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B1; N = 690.

⁹⁸ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B1, Mehrfachantworten möglich; N = 565.

⁹⁹ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B1, Mehrfachantworten möglich; N = 560.

Nähe von Clubs ab. Bahnhöfe, Gastronomiebetriebe und öffentliche Parks wurden deutlich seltener genannt und weitere Örtlichkeiten waren sehr selten.¹⁰⁰ Hier gab es keinen Unterschied nach Deliktskategorie. Jeweils rund zwei Drittel der genannten Vorfälle von Streitigkeiten, Tötlichkeiten, Ruhestörungen, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen ereigneten sich entweder auf einer Ausgehmeile, auf einem öffentlichen Platz oder auf der Strasse.¹⁰¹

D 3.8: Ort des zeitlich letzten Vorfalls und Bezeichnung als Brennpunkt



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A4; N = 551.

Nach Angaben der Befragten ereignete sich knapp die Hälfte der zeitlich letzten Vorfälle (48%) an Orten, welche ihnen als „Hot-spot“ oder Brennpunkt, zu dem sie häufig ausrücken müssen, bekannt war. Der Ort des Vorfalls war vor allem dann ein bekannter „Hot-spot“, wenn es sich um eine Ausgehmeile, einen Bahnhof/eine Bushaltestelle oder einen Gastronomiebetrieb handelte. Bei den häufigsten Vorfällen auf der Strasse oder einem öffentlichen Platz war dies deutlich seltener der Fall (rund 40%).¹⁰²

In Version B wurden die Polizeiangehörigen ebenfalls nach ihrer Einschätzung gefragt, wie viele Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss an bekannten örtlichen Brennpunkten stattfinden. Diese Einschätzung unterstützt generell die Ergebnisse der beschriebenen Vorfälle. Die Mehrheit der Befragten (85%) war der Ansicht, dass ungefähr die Hälfte oder mehr der alkoholassoziierten Gewalthandlungen an bekannten örtlichen Brennpunkten stattfindet. Örtliche Brennpunkte wurden erläutert als „Hot-spots“, das

¹⁰⁰ Unter „andere“ Orte wurden zudem häufig Wohnquartiere und Wohngebäude (Vorplatz, Treppenhaus, Innenräume) angegeben. Ferner wurden als weitere Orte auch Flughafen, Asylzentren, Parkplätze, öffentliche Gebäude wie Zivilschutz- und Industrieanlagen sowie Orte ausserhalb von Gastronomie- und Clubbetrieben und spezifische öffentliche Plätze wie Grillstellen, Schrebergartenareale usw. erwähnt.

¹⁰¹ Quelle: Online-Befragung 2013, Fragen A1 und A4; N = 535.

¹⁰² Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A4.

heisst Orte, zu denen regelmässig ausgerückt werden muss. Nur 15 Prozent waren der Meinung, dass deutlich weniger als die Hälfte der Vorfälle sich an Brennpunkten ereignet.¹⁰³ Die Frage, ob bestimmte öffentliche Räume als besonders prädestiniert für Gewalthandlungen im Zusammenhang mit Alkohol zu bezeichnen sind, bejahten 83 Prozent der Befragten.¹⁰⁴ Dabei wurden am häufigsten Ausgehmeilen, Bahnhöfe und Bushaltestellen sowie öffentliche Plätze und Parks genannt.¹⁰⁵ Die Strasse sonst spielte in der Einschätzung der Polizeiangestellten als Brennpunkt eine geringe Rolle. Umgekehrt ereignete sich nur ein kleiner Anteil der zeitlich letzten Vorfälle, die von den Polizeiangestellten beschrieben wurden, an Bahnhöfen und Bushaltestellen. Die nach ihrer Einschätzung gefragten Polizeiangestellten stuften hingegen die Bedeutung von Bahnhöfen, Bushaltestellen usw. als sehr relevant ein.

In den Expertengesprächen wurde das Ergebnis der Online-Befragung bestätigt, dass Orte, die im Zusammenhang mit dem Nachtleben stehen, das heisst Strassen in der Nähe von Bars sowie die Bars selber, Strassen und Bushaltestellen, die zu den Ausgehmeilen führen, sowie öffentliche Verkehrsmittel (v.a. Nachtzüge, -trams, -S-Bahnen), eine grosse Bedeutung für das Auftreten von Alkohol und Gewalt haben. Brennpunkte sind gemäss den Interviewpartnern/-innen „überall dort, wo sich viele Leute aufhalten“. Öffentliche Plätze mit vielen Leuten machen den Ort attraktiv, da sie soziale Kontakte und Aufmerksamkeit ermöglichen. Belebte öffentliche Räume können jedoch auch gewaltmindernd wirken, da die soziale Kontrolle höher ist. Zudem wirken sich belebte Plätze positiv auf das subjektive Sicherheitsempfinden aus. Gleichzeitig ist nicht alleine der Ort ausschlaggebend für das Auftreten von Gewalt, sondern auch wer beziehungsweise welche Gruppierungen sich an diesem Ort aufhalten.

Die diskrepante Einstufung des Stellenwerts von Bahnhöfen in der Online-Befragung zwischen beschriebenen Vorfällen und Einschätzung der Polizeiangestellten kann zu einem Teil damit erklärt werden, dass der Bahnhof wie auch die öffentlichen Verkehrsmittel nicht in den Einsatzbereich der befragten Polizeiangestellten fallen. In den Expertengesprächen wurde aus diesem Grund spezifisch nach der Rolle von Alkohol und Gewalt an Bahnhöfen gefragt. Einige Fachpersonen waren der Ansicht, dass Bahnhöfe als Orte mit sehr hohen Personenfrequenzen für mehr Auseinandersetzungen prädestiniert sind. Bahnhöfe haben zudem in der Stadt wie auch in der Agglomeration und auf dem Land eine grosse Bedeutung als Treffpunkte. Attraktiv werden grössere Bahnhöfe im Zusammenhang mit Alkoholkonsum dadurch, dass bis 22 Uhr Alkohol gekauft werden kann. Je nach Lage des Bahnhofs in der Nähe der Innenstadt oder der Ausgehmeilen kann dieser zu einem Brennpunkt werden. Jedoch wird auch angemerkt, dass die Bahnhöfe sehr gut überwacht sind und eine starke Präsenz von Sicherheitspersonal aufweisen. Im Gegensatz zu anderen öffentlichen Plätzen können zudem Personen aus dem Bahnhof weggewiesene oder mit einem Bahnverbots belegt werden. Dies kann ein Grund dafür sein, dass Bahnhöfe in Bezug auf alkoholassoziierte Gewalthandlungen eine weniger bedeutende Rolle spielen als andere öffentliche Räume.

¹⁰³ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B2; N = 664.

¹⁰⁴ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B2; N = 690.

¹⁰⁵ Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B2, Mehrfachantworten möglich; N = 572.

3.3.5 REGIONALE UNTERSCHIEDE

Die Ergebnisse zur Charakterisierung der Gewalthandlungen wurden zusätzlich getrennt nach den vier Polizeikorps sowie nach Haupteinsatzgebieten analysiert. Die Polizeikorps stehen dabei auch indirekt für die beiden Sprachregionen Deutschschweiz und Romandie. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass im Kanton Genf seit 2005 beispielsweise ein Alkoholverkaufsverbot ab 22 Uhr gilt und in der Referenzwoche der Befragung die „Fête de la Musique“ stattfand. Um Transparenz zu wahren, werden die Ergebnisse getrennt nach Polizeikorps berichtet. Die regionale Struktur der jeweiligen Kantone respektive der Stadt Zürich wird über die Haupteinsatzgebiete der befragten Polizeiangehörigen repräsentiert, welche eine Einteilung in Stadt, Land und Agglomeration erlauben.

Vergleich der Polizeikorps

Die Rolle von Alkohol bei verschiedenen Deliktskategorien in der Referenzwoche wurde in den Polizeikorps insgesamt meist ähnlich berichtet. Deutliche Unterschiede bestanden bei Ruhestörungen, wo die Police Cantonale de Genève einen deutlich höheren Anteil alkoholassoziierter Gewalthandlungen aufwies, und bei Tötlichkeiten, wo der Anteil bei der Police Cantonale de Genève deutlich tiefer und der Anteil der Luzerner Polizei deutlich höher ausfiel als der Durchschnitt (vgl. dazu auch Darstellung DA 3 im Anhang).¹⁰⁶ Bei der Unterscheidung des Orts des Vorfalls nach Polizeikorps war auffällig, dass nur sehr wenige der von der Police Cantonale de Genève genannten Vorfälle auf Ausgehmeilen stattgefunden hatten, dafür im Vergleich zu den anderen Polizeikorps häufiger auf der Strasse im Allgemeinen oder in einem Park (vgl. Darstellung DA 6 im Anhang).

Die grössten Unterschiede zwischen den Polizeikorps fanden sich bei der Einschätzung der Wirksamkeit von präventiven Massnahmen. Hier dürften sich am ehesten auch kulturelle Unterschiede zwischen der Deutschschweiz und der Romandie widerspiegeln. Diese werden in Abschnitt 3.2.3 ausführlicher behandelt.

Vergleich der Haupteinsatzgebiete Stadt, Land und Agglomeration

Die Rolle von Alkohol bei verschiedenen Deliktskategorien in der Referenzwoche wurde auf dem Land und in der Agglomeration etwas unterschiedlich berichtet. Auf dem Land spielte Alkohol bei Ruhestörungen und Streitigkeiten eine geringere Rolle als in der Stadt. Bei Tötlichkeiten war es umgekehrt. Die Beurteilung in der Agglomeration lag jeweils dazwischen (vgl. Darstellung DA 4 im Anhang).¹⁰⁷ Bei der Unterscheidung des Orts des Vorfalls spielten Ausgehmeilen in der Stadt erwartungsgemäss eine grössere Rolle als in der Agglomeration oder auf dem Land. Ansonsten waren die Vorfälle jedoch etwa gleich auf den übrigen öffentlichen Raum verteilt (vgl. Darstellung DA 7 im Anhang).

In den Expertengesprächen wurde im Zusammenhang mit regionalen Unterschieden vor allem der Aspekt der Personendichte hervorgehoben. Der Alkoholkonsum in der Bevölkerung auf dem Land, in der Agglomeration und in der Stadt wird als etwa gleich hoch eingeschätzt. Als ausschlaggebend für das Auftreten von alkoholassozierten Vor-

¹⁰⁶ Unterschiede statistisch signifikant, Chi-Quadrat-Test, $p < 0,05$.

¹⁰⁷ Unterschiede statistisch signifikant, Chi-Quadrat-Test, $p < 0,05$.

fällen wird die Interaktion vieler Personen an grossen Anlässen erachtet. Dorffeste weisen deshalb in Bezug auf Alkohol und Gewalt starke Ähnlichkeiten zu Festen in städtischen Gebieten auf. Urbane Zentren stehen jedoch besonders im Vordergrund, da sie ein grosses Ausgehangebot aufweisen und viele Personen, auch aus der Umgebung, anziehen. Zudem kommt es aufgrund der Personenverschiebungen an den Wochenenden vermehrt zu Zwischenfällen in Nachtzügen und -bussen, die die Personen wieder aus der Stadt hinausbringen. Auch Bahnhöfe und Haltestellen in der Agglomeration und auf dem Land können zu Brennpunkten werden, wenn sich in der Nacht viele Personen aufgrund von Anschlussverbindungen dort aufhalten. Die höhere Anonymität sowie die tiefere soziale Kontrolle können zudem alkoholassoziierte Vorfälle in der Stadt ebenfalls begünstigen. Die Nutzung des öffentlichen Raums kann zudem in der Stadt intensiver sein und Lärm und Ruhestörung können aufgrund der Dichte ein grösseres Problem darstellen.

3.4 DARSTELLUNG IN DEN MEDIEN

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zur Forschungsfrage F4 *„Wie wird der Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in der Medienberichterstattung dargestellt?“* präsentiert.

3.4.1 STRUKTURIERUNG DER BERICHTERSTATTUNG

Strukturiert wird die Berichterstattung massgeblich durch drei Themen, und zwar erstens durch die „Tanz dich frei“-Veranstaltung im Mai 2013 in der Stadt Bern, zweitens die Beratungen zur Revision der Alkoholgesetzgebung in den eidgenössischen Räten (Frühjahrssession und Herbstsession 2013), welche von der Veröffentlichung des Berichtes „Sichere Schweizer Städte 2025“ des Schweizerischen Städteverbandes¹⁰⁸ sekundiert werden, und drittens durch mehrere Veröffentlichungen von Studien und Reports (sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualität) zum Thema Alkoholkonsum. Rund 60 Prozent der Artikel nach erster explorativer Phase bezogen sich explizit (Berichte über die Veranstaltung und deren Folgen) oder implizit (Vergleiche mit anderen Veranstaltungen, Jugendschutz, Vermummungsverbot usw.) auf die „Tanz dich frei“-Veranstaltung. Dies kann sowohl auf die mediale Eignung der Geschehnisse bei der Veranstaltung als auch auf die Wahl des Kantons Bern als Untersuchungsraum für diese Analyse zurückgeführt werden.

3.4.2 „TANZ DICH FREI“-VERANSTALTUNG BERN

Die „Tanz dich frei“-Veranstaltung kann in Umfang, Form und Inhalt als wichtigstes Medienereignis im Sommer 2013 bezeichnet werden, in welchem der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum, Gewalthandlungen und Stadtraum verhandelt und medial produziert wurde. Im Medienereignis „Tanz dich frei“ verknüpfen sich mehrere Themen, die bereits durch die Literaturanalyse zum Vorschein traten. So müssen die Gewalthandlungen, die im Rahmen der „Tanz dich frei“-Veranstaltung stattfanden, vor dem Hintergrund einer veränderten Bedeutung des städtischen, öffentlichen Raumes und neuartiger Organisationsformen von Erlebnissen und Erlebniserwartungen betrachtet werden, die insbesondere die Anonymität der Akteure befördert. Aus diesem

¹⁰⁸ Schweizerischer Städteverband 2013.

Grund werden in den folgenden Abschnitten kurz und in beschreibender Art die wichtigsten Ereignisse rund um die Veranstaltung dargestellt.

Beschreibung des Anlasses

Im Vorfeld der Veranstaltung wird insbesondere die Sicherheit der Teilnehmenden, aber auch der Stadtbewohner/-innen in den Medien thematisiert: Fehlende Flucht- und Rettungswege, die knappe Zeit, um ein Sicherheitskonzept auszuarbeiten, die Gefahr von Massenpanik oder die Frage, ob die aufgrund von Bauarbeiten auf dem Waisenhausplatz und dem Bärenplatz provisorisch errichteten Fussgängerüberführungen zwischen den beiden Stadtplätzen dem Druck einer „tanzenden und wippenden Meute“¹⁰⁹ standhalten werden. Die Behörden erwägen, alle Baugruben entlang der vorgesehenen Demonstrationsrouten zuzuschütten. Die anonymen Veranstalter melden sich nicht zu Wort, im Fokus steht vor allem der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause. Er spricht einige Tage vor der Veranstaltung mit der Anonymität der Veranstalter und ihrem fehlenden Verantwortungsbewusstsein das Thema an, welches die mediale Debatte nach der Veranstaltung dominieren wird. „Wir sollten uns dringend mit den Organisatoren absprechen und versuchen, die Situation zu beruhigen. (...) Die versperrten Achsen zwischen dem Waisenhausplatz und dem Bärenplatz stellen uns vor ernsthafte Sicherheitsprobleme.“¹¹⁰

Am frühen Abend des 25. Mai 2013 versammeln sich auf dem Vorplatz des alternativen Kulturzentrums Reitschule einige hundert Personen. Im Laufe des Abends und entlang der Route vermehrt sich die Anzahl der Teilnehmenden zunehmend, bis sich nach Schätzungen der Polizei bis zu 10'000 Personen versammelt hatten.¹¹¹ Die Mehrheit der Teilnehmenden habe friedlich gefeiert und demonstriert, nur eine Minderheit von rund hundert aggressionsbereiten Randalierern ging auf Polizisten, Feuerwehrleute und Angehörige der Sanitätspolizei los, teilt die Berner Polizei in ihrem Communiqué am darauffolgenden Tag mit. Der Berner Sicherheitsdirektor zeigt sich ob der Gewalt und dem entstandenen Sachschaden „tief betroffen“, zu Beginn sei die Stimmung noch fröhlich gewesen. „Später in der Bundesgasse habe ich erlebt, was es heisst, wenn pure Gewalt ausbricht.“¹¹² Erschrocken und ratlos zeigt sich auch Manuel Willi, Chef der Regionalpolizei Bern, die Polizei habe nichts unversucht gelassen, damit der Anlass friedlich über die Bühne gehe. Aber: „Das Resultat war ernüchternd, die massive Gewalt war erschreckend.“¹¹³ Die Presse spricht in den darauffolgenden Tagen gar von einer Aggressionsbereitschaft und „einer gewalttätigen Auseinandersetzung, wie man sie in der Schweiz nur selten sieht“, ¹¹⁴ die politischen Parteien formulieren erste Lösungsansätze, die von Nulltoleranz und einer Verschärfung des Kundgebungsgesetzes

¹⁰⁹ Gefahr bei „Tanz dich frei“ – müssen Baugruben weg? Berner Zeitung; 4.5.2013, S. 2.

¹¹⁰ Gefahr bei „Tanz dich frei“ – müssen Baugruben weg? Berner Zeitung; 4.5.2013, S. 2.

¹¹¹ Berner Stadtregierung will Randalierer zur Rechenschaft ziehen. Bieler Tagblatt; 27.5.2013.

¹¹² Vorkommnisse aufarbeiten und Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen. Bieler Tagblatt; 27.5.2013.

¹¹³ Vorkommnisse aufarbeiten und Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen. Bieler Tagblatt; 27.5.2013.

¹¹⁴ Social Media auf der Anklagebank. Sonntagszeitung; 2.6.2013.

über eine „seriöse Aufarbeitung“ und einem „Nachtleben Konzept“ bis zu einer unabhängigen Untersuchung der „Angemessenheit des Polizeieinsatzes“ reichen.¹¹⁵

Die Rolle von Alkohol

Der Einfluss des Alkohols auf die Gewalthandlungen wird in den Medien kaum thematisiert, vielmehr wird sie als gegeben vorausgesetzt. Dass bei Grossveranstaltungen und Feierlichkeiten grosse Mengen Alkohol konsumiert werden, ist ein allgemeiner Konsens, der keinen Anlass bietet für mediale Debatten und politische Auseinandersetzungen. Sinnbildlich dazu ein Statement des Sicherheitsdirektors Reto Nause, der sich am Veranstaltungstag besorgt zeigt, „weil raue Mengen von Alkohol konsumiert werden und keine klare Organisation besteht“,¹¹⁶ um anschliessend auf die Anonymität und das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Veranstalter zu verweisen. Dass Alkohol die Gewalt mitverantwortet, ist selbstverständlich.

Gewalttypologien und Folgen

Berichtet wird über verschiedene Formen von Gewalt, allem voran Sachbeschädigung, Körperverletzung, Randalen, Vandalismus und Gewalt gegen die Polizei. Die Formen von Gewalt werden in keinem Artikel weiter präzisiert, insbesondere der Schweregrad der Körperverletzungen wird nicht weiter ausgeführt, es bleibt auch unklar, ob es sich dabei um Verletzungen der angegriffenen Polizei- und Rettungskräfte oder um Verletzungen auf Seiten der Demonstrierenden handelt. Offen bleibt die Anzahl kleinerer Unfälle und Selbstunfälle, die bei Grossveranstaltungen zu erwarten sind. Mehrere Artikel sprechen von 50 Verletzten (eine Zahl, die am Sonntag von der Schweizerischen Depeschagentur [SDA] veröffentlicht wird), im Laufe der ersten drei Tage wird die Zahl mehrmals korrigiert. Anschliessend wird die Anzahl und Schwere der Körperverletzungen, aber auch der entstandene Sachschaden nicht weiter thematisiert. Etwas präzisere Angaben liefert das Berner Inselspital. 61 Menschen mussten in dieser Nacht verarztet werden, dies sei viermal mehr als in einer normalen Samstagnacht im Monat Mai. 50 Personen wurden im Zusammenhang mit der Demonstration verletzt – davon 30 Kundgebungsteilnehmende oder Passanten/-innen und 20 Polizisten/-innen. „Die Demo verursachte sogar mehr Arbeit als die Partys an Silvester“ schreibt anschliessend die Berner Zeitung.¹¹⁷ Ebenso variieren die Schätzungen der entstandenen Schadenskosten, sie bewegen sich zwischen 1,3 Millionen Franken¹¹⁸ und 2 Millionen Franken.¹¹⁹ Von rechtlicher Relevanz sind die Tatbestände Sachbeschädigung, Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Landfriedensbruch. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern eröffnet wegen diesen vier Straftatbeständen eine Strafuntersuchung gegen Unbekannt, wobei es sich bei der Sachbeschädigung um das Offizialdelikt der qualifizierten Sachbeschädigung handelt.

¹¹⁵ Für einen Vergleich der unterschiedlichen politischen Positionen, vgl. „Tanz dich frei“: Chropfläare und erste Lehren im Stadtrat. Berner Zeitung; 7.6.2013, S. 2. Und: „Sprachlos ob so viel sinnentleerter Gewalt“. Berner Zeitung; 7.6.2013.

¹¹⁶ Die grösste Jugenddemo seit den 80er-Jahren. Sonntagszeitung; 3.6.2013.

¹¹⁷ „Tanz dich frei“ kostet 2 Millionen. Berner Zeitung; 27.6.2013, S. 1.

¹¹⁸ „Tanz dich frei“ kostet über 1,3 Millionen Franken. Berner Zeitung; 20.6.2013, S. 1.

¹¹⁹ „Tanz dich frei“ kostet 2 Millionen. Berner Zeitung; 27.6.2013, S. 1.

Das Problem der Anonymität

Die Veranstaltung kennt aufgrund der neuen Mobilisierungsformen, welche die sozialen Medien wie Facebook und Twitter ermöglichen, nur einen anonymen Veranstalter. Im Nachgang der Ereignisse werden vor allem die Anonymität der Veranstalter und die fehlende Zuweisbarkeit der Verantwortung thematisiert. Sven Gubler, Direktor der Bern City Vereinigung, akzeptiert das fehlende Verantwortungsbewusstsein der jugendlichen Veranstalter an einer von der Tageszeitung Bund einberufenen Podiumsdiskussion nicht: „Es ist doch legitim, Freiräume zu fordern, aber Junge müssen lernen, dass man Verantwortung übernimmt, wenn man etwas organisiert.“¹²⁰ Die regionale Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland prüft anschliessend gar rechtliche Schritte gegen das Unternehmen Facebook.¹²¹ Das Bieler Tagblatt titelt bereits am darauffolgenden Montag: „Wo bleibt die Verantwortung?“¹²² und spricht den jugendlichen Organisatoren wie den Randalierern „jegliches Verantwortungsbewusstsein“¹²³ und den „Sinn für die Demokratie“¹²⁴ ab.

Öffentliche Fahndung

Am Montag 27. Mai 2013 entscheidet der Gemeinderat der Stadt Bern an einer Sondersitzung, eine öffentliche Fahndung zu lancieren, und hofft dabei auf die Unterstützung der Öffentlichkeit. Er ruft die Bevölkerung auf, aufschlussreiches Video- und Fotomaterial¹²⁵ den Strafbehörden zur Verfügung zu stellen. Die entsprechende Publikation des eingegangenen Beweismaterials wird vom 17. Juni bis zum 12. Juli 2013 auf der Webseite der Kantonspolizei veröffentlicht.¹²⁶ 93 Fotos von 49 mutmasslichen Vandalen werden mit einem Meldeformular veröffentlicht. Die Mediensprecherin der Kantonspolizei Bern, Corinne Müller, konstatiert „Es ist die bisher grösste öffentliche Fahndung im Kanton Bern.“¹²⁷ Insgesamt werden mit der öffentlichen Fahndung 81 Tatverdächtige ermittelt, darunter 14 Jugendliche.¹²⁸

Auswirkung auf weitere Grossanlässe

Die Geschehnisse an der „Tanz dich frei“-Veranstaltung werden in den folgenden Monaten zur Richtschnur für weitere Grossanlässe. Im Gegensatz zur „Tanz dich frei“-Veranstaltung kenne beispielsweise das Eidgenössische Schwingfest einen verbindlichen Veranstalter. „Ab 03.00 Uhr in der Früh ist die Party in den Festzelten vorbei. Damit nicht genug: Wir verkaufen keine Shots und Drinks, damit es nicht wie am Ballermann zu- und hergeht“,¹²⁹ erzählt Hannes Imboden, Verantwortlicher für das Festgelände, der Gratiszeitung 20 Minuten und fügt an, man habe von den Missständen am vergangenen Eidgenössischen Fest und den „Auswüchsen von Bern“ gelernt. Auch die Zürcher Grossanlässe Züri-Fäscht und Streetparade grenzen sich ab, machen ein Sicher-

¹²⁰ Podium über „Tanz dich frei“. Berner Zeitung; 4.6.2013.

¹²¹ Social Media auf der Anklagebank. Sonntagszeitung; 2.6.2013.

¹²² Wo bleibt die Verantwortung? Bieler Tagblatt; 27.5.2013, S. 4.

¹²³ Wo bleibt die Verantwortung? Bieler Tagblatt; 27.5.2013, S. 4.

¹²⁴ Wo bleibt die Verantwortung? Bieler Tagblatt; 27.5.2013, S. 4.

¹²⁵ Berner Stadtregierung will Randalierer zur Rechenschaft ziehen. Bieler Tagblatt; 27.5.2013.

¹²⁶ Entscheid zu gross angelegter Öffentlichkeitsfahndung. Bieler Tagblatt; 11.6.2013.

¹²⁷ „Tanz dich frei“-Krawallmacher an den Pranger. Berner Zeitung; 12.6.2013, S. 9.

¹²⁸ Einstellung der öffentlichen Fahndung. Bieler Tagblatt; 11.7.2013.

¹²⁹ Wir wollen kein Ballermann in Burgdorf. 20 Minuten; 14.8.2013.

heitskonzept und „sind auf besondere Vorkommnisse“ vorbereitet oder „ziehen ein anderes Publikum“ an.¹³⁰

3.4.3 REVISION DER ALKOHOLGESETZGEBUNG

Vom Umfang der Berichterstattung her kann die Totalrevision der Alkoholgesetzgebung im eidgenössischen Parlament als zweitwichtigstes Ereignis bezeichnet werden. Das geltende Alkoholgesetz ist seit 1933 in Kraft.

Beschreibung des Anlasses

Die eidgenössischen Räte debattieren in der Herbstsession 2013 über die revidierte Gesetzgebung; das revidierte Gesetz soll Anfang 2015 in Kraft treten. Leitthemen der Debatte sind die Prävention, insbesondere von Alkoholmissbrauch durch Jugendliche, und der Schutz der einheimischen Produzenten. Der Vorschlag des Bundesrates sieht eine Liberalisierung bei Import und Herstellung von Ethanol und Spirituosen vor. Im Gegenzug soll der Verkauf von Alkohol an die Konsumenten strengerer Auflagen unterstellt werden, er schlägt beispielsweise ein nächtliches Verbot von Alkoholverkauf von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr vor und will zudem während dieser Zeiten auch die verbilligte Abgabe von alkoholischen Getränken an sogenannten „Happy Hours“ verbieten. Die Revision soll zudem eine rechtliche Grundlage für Testkäufe legen. Im Frühjahr 2013 hatte die vorberatende Kommission des Nationalrates das Gesetz gutgeheissen. Branchenvertreter wie Gastrosuisse sprachen sich dagegen aus, Präventionsverbände wie das Blaue Kreuz dafür.

Während der Ständerat im März 2013 den Präventionsgedanken mit der Einführung eines Mindestpreises und des nächtlichen Verkaufsverbotes noch stärker gewichtet, lehnt der Nationalrat in der Herbstsession sowohl die Festlegung eines Mindestpreises, das Verbot von „Happy Hours“, strengere Werbeauflagen für Wein und Bier als auch das Nachtverkaufsverbot deutlich mit 114 zu 59 Stimmen ab.¹³¹

Alkoholproblematik heisst Jugendproblematik

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich bei der Berichterstattung um die Revision der neuen Alkoholgesetzgebung die beiden Kategorien Jugend- und Wirtschaftsinteressen gegenüberstehen. Das Thema Gewalt wird kaum thematisiert, wie selbstverständlich gehört es dazu, wenn die Debatte auf das richtige Mass an Jugendschutz fokussiert. Während sich SP-Nationalrätin Bea Heim mit „ihrem Latein am Ende“¹³² fühlt und meint: „Heute ist ein schwarzer Tag für den Jugendschutz. Jetzt haben wir ein Gesetz, dass die Jungen gar noch mehr zum Alkoholtrinken animiert.“,¹³³ äussert sich die Generalsekretärin des Fachverbands Sucht, Petra Baumberger, besorgt: „Heute steht die Schweiz noch hinter Luxemburg und Malta auf der Skala der Länder, die am liberalsten mit dem Alkohol umgehen. Jetzt hat sie die besten Chancen, sich bald an der Spitze wiederzufinden und zum neuen Alkohol-Eldorado Europas zu werden.“¹³⁴ Die Alkoholproblematik ebenso auf die Jugend beziehend, äussert sich SVP-

¹³⁰ Wir wollen kein Ballermann in Burgdorf. 20 Minuten; 14.8.2013.

¹³¹ SDA. Nachts darf weiter Alkohol verkauft werden. Berner Zeitung; 20.9.2013, S. 14.

¹³² Pomper, D.: „Ein schwarzer Tag für den Jugendschutz“. 20 Minuten; 19.9.2013.

¹³³ Pomper, D.: „Ein schwarzer Tag für den Jugendschutz“. 20 Minuten; 19.9.2013.

¹³⁴ Pomper, D.: „Ein schwarzer Tag für den Jugendschutz“. 20 Minuten; 19.9.2013.

Nationalrätin Sylvia Flückiger: „Verantwortlich für den Alkoholkonsum der Jungen sind die Eltern. Diese sollten ihren Kindern einfach nicht so viel Taschengeld geben.“¹³⁵ Andere Lösungsansätze für das Jugendproblem Alkohol nennt der Direktor von Pro Juventute, Stephan Oetiker: „Die Diskussion über gesetzliche Regulierungen dreht sich im Kreis. Jugendliche müssen lernen, verantwortungsbewusst mit Alkohol umzugehen. Dafür braucht es Programme zur Kompetenzförderung und keine neuen Generalverbote.“¹³⁶ Er spannt die Lösungsansätze dabei noch etwas weiter und fordert eine Diskussion über das Anrecht auf kinder- und jugendfreundliche Lebensräume. „Rayonverbote, Ausgangssperren, fehlende Begegnungsplätze, Wegweisungen von öffentlichen Plätzen sind kein Weg, Jugendliche verantwortungsbewusst in die Gesellschaft einzubinden.“¹³⁷

3.4.4 VERSCHIEDENE STUDIEN

Als weiteres Diskursereignis kann die Berichterstattung über verschiedene Studien zusammengefasst werden, die zum Thema Alkoholkonsum veröffentlicht wurden. Obwohl die Anzahl der Artikel, welche sich auf Studien beziehen, im Vergleich zu den anderen beiden grossen Themen „Tanz dich frei“ und Revision des Alkoholgesetzes relativ bescheiden ist, und die Studien aus einer wissenschaftlichen Perspektive sehr unterschiedliche Qualität aufweisen, besteht in der Medienberichterstattung ein Bedürfnis nach wissenschaftlich fundierten Angaben und Erklärungen. Häufig bleibt es allerdings unklar, welche Aussagen aufgrund welcher Studien und welche aufgrund eigener Recherchen gemacht werden können. Hinzu kommt, dass Fachleute aus den unterschiedlichsten Bereichen in einigen Artikeln als Kommentatoren beigezogen werden und in anderen Artikeln kaum zu Wort kommen.

Berichtet wird über Studien und Reports zum Thema Alkoholkonsum mit Bezug zum öffentlichen Raum. Über Studien zu Gewalthandlungen und zum Gewaltverhalten wurden während des Untersuchungszeitraums keine Medienberichte veröffentlicht.

Medizinische Studie zum Alkoholkonsum von jungen Männern

Eine Teilstudie¹³⁸ des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich und des Waadtländischen Universitätsklinikums zum Alkoholkonsum von jungen Männern ist am prominentesten in den untersuchten Medien vertreten. Einige der Artikel drucken dabei eine (teilweise leicht veränderte) Meldung der SDA. „Bier saufende Jugendliche prügeln häufiger“ titelt beispielsweise die Gratiszeitung 20 Minuten am 12. August 2013, um sich im Artikel mit leicht zynischem Unterton auf diese Meldung zu beziehen: „Wer hätte das geahnt: Junge Männer, die Bier in rauen Mengen trinken, sind häufiger in Unfälle, Streit oder Schlägereien verwickelt. Wissenschaftlich untermauert wird diese Beobachtung nun von einer Studie der Universität Zürich (UZH) und des waadtländischen Universitätsklinikums.“¹³⁹

¹³⁵ Pomper, D.: „Ein schwarzer Tag für den Jugendschutz“. 20 Minuten; 19.9.2013.

¹³⁶ Pomper, D.: „Ein schwarzer Tag für den Jugendschutz“. 20 Minuten; 19.9.2013.

¹³⁷ Pomper, D.: „Ein schwarzer Tag für den Jugendschutz“. 20 Minuten; 19.9.2013.

¹³⁸ Dey et al. 2013.

¹³⁹ Bier saufende Jugendliche prügeln häufiger. 20 Minuten; 12.8.2013.

Auch sachlich formulierte Artikel kommen zum Schluss, dass die Studie wenig Neues, aber alt Bekanntes wissenschaftlich untermauere. „Studien-Mitautorin Michelle Dey vom UZH-Institut für Sozial- und Präventivmedizin räumte auf Anfrage ein, dass die Studie kaum wirklich Neues aufgedeckt, sondern in erster Linie vorhandenes Wissen wissenschaftlich bestätigt habe.“¹⁴⁰ Die Studie zeige: „Im Rausch haben die jungen Bier-säufer häufiger Unfälle als ihre moderat trinkenden Alterskollegen. Sie sind eher in Streitereien und Schlägereien verwickelt, haben ungeschützten Sex, schlagen Sachen kaputt oder machen später einen ‚Filmriss‘ geltend.“¹⁴¹ „Als einen der Hauptgründe für das unmässige Biertrinken nennt die Studie die billigen Preise für Bier. Damit sei es für junge Leute leicht erschwänglich.“¹⁴²

Befragung zu Alkoholkonsum in einer Partynacht

Die Gratiszeitung 20 Minuten greift das Thema Drogenkonsum von Jugendlichen an Partynächten in ihrer Wochenendausgabe vom 6. September 2013 auf und bezieht sich dabei auf einen Report des nationalen Kompetenznetzes Safer Nightlife Schweiz (SNS). In der Untersuchung wurden 1'000 Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren während einer Partynacht befragt, dabei habe sich herausgestellt, dass rund 86 Prozent Alkohol konsumieren, ein Drittel raucht und rund 16 Prozent kiffen.¹⁴³ Neun von zehn der befragten Jugendlichen kennen die negativen Folgen ihres Konsums. „Fast jeder zweite berichtet von depressiven Verstimmungen.“¹⁴⁴ Für Mitverfasser Alexander Bücheli können aufgrund eines einzelnen Berichts keine Massnahmen gefolgert werden, in den nächsten drei Jahren sollen weitere Berichte zum Schweizer Nachtleben folgen.¹⁴⁵

Studie von Sucht Schweiz zu Alkoholvergiftungen (Spitalstatistiken)

Ein Artikel im Sonntagsblick vom 28. April 2013 berichtet über eine Studie von Sucht Schweiz (im Artikel wird die alte Bezeichnung „Suchthilfe Schweiz“ verwendet), laut derer die Anzahl Alkoholvergiftungen in den untersuchten Spitälern in den letzten sechs Jahren um 19 Prozent stieg, dabei wird nicht erwähnt, in welchen Spitälern und auf welchen Stationen die Untersuchung durchgeführt wurde. „Besonders prekär ist die Situation bei den bis 23-Jährigen. Zwischen 2003 und 2010 stieg die Zahl der männlichen Alkoholleichen um 66, die der weiblichen sogar um 84 Prozent.“¹⁴⁶ Weitere Angaben macht der Artikel keine.

In noch „krasserer Überzahl“¹⁴⁷ treten ältere Menschen wegen Alkoholvergiftungen in den Spitalstatistiken auf. „90 Prozent der rund 12'000 Personen, die im Jahr 2010 wegen Alkoholvergiftung hospitalisiert wurden, sind älter als 23 Jahre“, wird in einem anderen Artikel berichtet und ohne nähere Angaben auf die Studie von Sucht Schweiz verwiesen, die im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit durchgeführt wurde. Der Artikel bilanziert, dass es vor allem ältere Männer wären, die bis zur Bewusstlosigkeit

¹⁴⁰ Wissenschaftliche Studie bestätigt Beobachtungen. Bieler Tagblatt; 12.8.2013.

¹⁴¹ Wissenschaftliche Studie bestätigt Beobachtungen. Bieler Tagblatt; 12.8.2013.

¹⁴² Wissenschaftliche Studie bestätigt Beobachtungen. Bieler Tagblatt; 12.8.2013.

¹⁴³ Jecker, N.: So viel kiffen und saufen die jungen Schweizer. 20 Minuten; 6.9.2013.

¹⁴⁴ Jecker, N.: So viel kiffen und saufen die jungen Schweizer. 20 Minuten; 6.9.2013.

¹⁴⁵ Jecker, N.: So viel kiffen und saufen die jungen Schweizer. 20 Minuten; 6.9.2013.

¹⁴⁶ Gamp Roland: Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer. Sonntagsblick; 28.4.2013, S. 18.

¹⁴⁷ Gamp Roland: Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer. Sonntagsblick; 28.4.2013, S. 18.

trinken. Und für Nationalrat Balthasar Glättli (Grüne) zeigen diese Zahlen, „dass Verbote wie ein nächtlicher Verkaufsstopp nichts bringen. „Die Jugend muss als Sündenbock für ein Phänomen herhalten, das bei Alten ganz offensichtlich stärker verbreitet ist“¹⁴⁸

Studien zu Notfalleinlieferungen in Spitäler

Zwei kleinere Artikel beziehen sich auf das Thema „Kampf- und Komatrinker“ anhand von Zahlen, die in den Notfallaufnahmen von verschiedenen Spitälern erhoben wurden. Die beiden Artikel ziehen unterschiedliche Schlüsse.

Das 20 Minuten zitiert Zahlen eines Dissertationsprojektes am Universitären Kinderspital beider Basel. Ziel der Studie war es, das Bild der Jugend zu überprüfen, zwischen 2005 und 2010 wurden jährlich im Schnitt rund 110 Jugendliche eingeliefert, 2010 waren es 103. Professor Christoph Rudin zieht dabei den Schluss: „Entgegen der Medienberichterstattung ist klar keine Zunahme festzustellen.“¹⁴⁹ Der Leiter des Blauen Kreuzes Basel, Dieter Huber, gibt aber zu bedenken: „Die Studie befasst sich nur mit den Einlieferungen ins Spital. Wir befürchten aber eine steigende Dunkelziffer an Rauschtrinkern, die nicht ambulant, sondern von ihren Kollegen betreut werden.“¹⁵⁰

Der Sonntagsblick vom 28. April 2013 wartet dagegen mit der Schlagzeile „Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer.“¹⁵¹ auf. Und schreibt weiter: „Schweizer Spitäler haben genug: Immer mehr Komasaüfer rauben ihnen Platz, Geld und Nerven.“¹⁵² Wer die Untersuchungen in den Notfallaufnahmen der Spitäler in Lausanne, Aarau und Luzern vorgenommen hat, wird nicht erwähnt. Im Universitätsspital Lausanne steigt die Zahl der Alkoholvergiftungen von 596 im Jahr 2000 auf 1'674 im Jahr 2010. Andere Spitäler würden den Trend bestätigen: „Im Aargau hat sich die Zahl der jährlich behandelten Alkoholvergiftungen in den vergangenen Jahren auf 500 verdoppelt.“¹⁵³ In Luzern werde im Schnitt täglich ein jugendlicher Komasaüfer eingeliefert.

Zahlen der Zentralen Ausnüchterungsstelle Zürich

Am 22. September 2013 bezieht sich der Sonntagsblick unter dem Titel „Je älter desto blauer“¹⁵⁴ auf Zahlen der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS) in Zürich. Wurden im vergangenen Jahr 125 Jugendliche unter 25 Jahren eingeliefert, waren es in der gleichen Periode 423 Erwachsene über 25 Jahren. „Die Befürchtung, dass vor allem Jugendliche in die ZAS eingeliefert würden, hat sich nicht erfüllt“,¹⁵⁵ stellt Reto Casanova, der Sprecher des Stadtzürcher Polizeidepartements fest.

¹⁴⁸ Gamp Roland: Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer. Sonntagsblick; 28.4.2013, S. 18.

¹⁴⁹ Von Wyl Hannes: „Bier wird nur getrunken, um den Pegel zu halten“. 20 Minuten; 16.4.2013.

¹⁵⁰ Von Wyl Hannes: „Bier wird nur getrunken, um den Pegel zu halten“. 20 Minuten; 16.4.2013.

¹⁵¹ Gamp Roland: Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer. Sonntagsblick; 28.04.2013, S. 18.

¹⁵² Gamp Roland: Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer. Sonntagsblick; 28.04.2013, S. 18.

¹⁵³ Gamp Roland: Kampftrinker machen Spitälern das Leben schwer. Sonntagsblick; 28.04.2013, S. 18.

¹⁵⁴ Menzato Nico: Je älter desto blauer. Sonntagsblick; 22.9.2013, S. 4.

¹⁵⁵ Menzato Nico: Je älter desto blauer. Sonntagsblick; 22.9.2013, S. 4.

Berichte über städtische Ausgehmeilen (urbane Hot-spots)

Im Rahmen der Veröffentlichung des Berichtes vom Schweizerischen Städteverband *Sichere Schweizer Städte 2025. Gefährdungen, Strategien, Handlungsoptionen*¹⁵⁶ im Mai 2013 wird das Thema der städtischen Ausgehmeilen und Hot-spots von wenigen Medien aufgegriffen.

In diversen Interviews fordert Kurt Flury, Präsident des Städteverbandes, verschiedene Massnahmen zur Mässigung des Nachtlebens in Schweizer Städten. Er spricht sich für Beschränkungen im Alkoholverkauf aus und fordert die Wiedereinführung von früheren Polizeistunden. „Bei der Freigabe der Sperrzeiten im Nachtleben haben gewisse Städte und Kantone übertrieben. Da müssen wir wieder einen Schritt zurück machen.“¹⁵⁷ Vom Nationalrat erwarte er bei der Beratung der Revision des Alkoholgesetzes griffige Massnahmen, wie Mindestpreise und ein nächtliches Verkaufsverbot. „Wir stellen fest, dass ein Liter Wodka heute schon für rund 15 Franken zu haben ist. Das ist zu billig.“¹⁵⁸ Seine Forderungen begründet er mit dem übermässigen Alkoholkonsum von Jugendlichen, welcher mittlerweile zu einem der grössten Probleme der Schweizer Städte geworden sei. „In vielen Städten ist am Wochenende ein Grossteil der Polizei mit der Bewältigung solcher Probleme absorbiert und kann doch nicht viel dagegen tun.“¹⁵⁹

Die Stadt Bern verfolgt eine deutlich abweichende Strategie, als vom Städteverband vorgeschlagen, und präsentiert im September 2013 ein überarbeitetes Nachlebenkonzept. Empfiehlt der Schweizerische Städteverband die Wiedereinführung der Polizeistunde und einen Mindestpreis für Alkohol, hält die Berner Regierung an der Aufhebung der Polizeistunde als Ziel fest. „Eine Rückkehr zu einer strikten Polizeistunde ist für grosse Städte nicht realistisch“,¹⁶⁰ meint Alexander Tschäppät und spricht die divergierenden Interessen der unterschiedlichen Akteure an. „Unser Ziel war es, alle Betroffenen und Beteiligten ernst zu nehmen. Jene, die schlafen wollen, und auch jene, die feiern wollen“,¹⁶¹ zudem sollen die Bereiche Kultur, Jugendarbeit und Sensibilisierung stärker gewichtet werden.

In der Stadt Bern interessieren sich die Medien insbesondere für das sogenannte „Bermuda-Dreieck“ in der Innenstadt, zwischen Bahnhof, Aarberggasse und dem alternativen Kulturzentrum Reitschule. „Hier gilt mehr oder weniger das Faustrecht“,¹⁶² wird Ruedi Fink der stellvertretende Leiter des Stadtberner Jugendamtes zitiert. Der Bund greift in zwei Artikeln das Berner Jugendamt frontal an, welches einen Bericht über Jugendgewalt nicht veröffentlichen wolle. Bisher habe eine Gruppe von Fachleuten aus verschiedenen Bereichen (Polizei, Jugendanwaltschaft und Nachtleben) dem Gemeinderat keine Lösungen präsentieren können. Martin Schneider, BDP-Stadtrat und Mitglied

¹⁵⁶ Schweizerischer Städteverband 2013.

¹⁵⁷ Fluri will die Polizeistunde zurück. 20 Minuten; 13.9.2013.

¹⁵⁸ Fluri will die Polizeistunde zurück. 20 Minuten; 13.9.2013.

¹⁵⁹ Fluri will die Polizeistunde zurück. 20 Minuten; 13.9.2013.

¹⁶⁰ Heiniger Ralph: An der Nägelegasse macht die Stadt Bern Platz für das Nachtleben. Berner Zeitung; 17.9.2013.

¹⁶¹ Heiniger Ralph: An der Nägelegasse macht die Stadt Bern Platz für das Nachtleben. Berner Zeitung; 17.9.2013.

¹⁶² In Berns Ausgehmeile herrscht nachts „das Faustrecht“. Der Bund; 16.5.2013.

der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur fordert: „Wenn man schon über das Nachtleben diskutiert, muss man auch die Probleme ansprechen.“¹⁶³

Fazit

Von den analysierten Diskursereignissen haben die Berichterstattungen über die „Tanz dich frei“-Veranstaltung und die Revision der Alkoholgesetzgebung die Qualität einer medialen Debatte. Anhand dieser beiden Berichterstattungen sind mediale Diskussionen und Positionierungen zu verfolgen. In beiden Debatten beziehen die politischen Parteien ihre gewohnten Positionen und bringen ihre bekannten Stellungnahmen zur Diskussion. Beide Themen bieten die Möglichkeit zur persönlichen Profilierung. In der restlichen Berichterstattung sind nur sehr geringfügig unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen zu finden.

Ein nicht hinterfragter Konsens besteht hinsichtlich des *Einflusses von Alkoholkonsum* auf die Aggressionsbereitschaft von Gewalttätern/-innen und von Gewalthandlungen insgesamt. Der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen gleicht einer medialen Setzung, sie wird nie explizit thematisiert, vielmehr wird sie als gegeben vorausgesetzt. Trotzdem ist anhand der Berichterstattung über die „Tanz dich frei“-Veranstaltung und die Revision der Alkoholgesetzgebung zu beobachten, wie sich die beiden Themen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen gegenseitig unterstützen und gar bedingen. Bei den Berichten über die „Tanz dich frei“-Veranstaltung stehen die Gewalthandlungen in verschiedenen Ausprägungen und Kategorien im Vordergrund des Interesses, das Thema Alkoholkonsum rückt dabei deutlich in den Hintergrund, ist dabei aber als erklärender Hintergrund immer präsent. Bei der Berichterstattung über das neue Alkoholgesetz ist eine umgekehrte Logik zu beobachten. Hier interessieren die gesellschaftliche Rolle des Alkoholkonsums allgemein und im Besonderen die problematische Entwicklung bei der Jugend, die in den Diskussionen um einen passenden Jugendschutz einen Konsens findet. Die Funktion des Gewaltbegriffs ist dabei durchaus mit der Funktion des Alkoholkonsums in der „Tanz dich frei“-Debatte vergleichbar, sie dient als erklärender und legitimierender Diskurshorizont. Der Gewaltbegriff taucht in der Debatte nur passiv auf. Er wird aber in Begrifflichkeiten wie „Kampfrinker“, „Ausgangssperre“ und „Randale“ stets als Drohkulisse mitproduziert.

Die auffallendste Kategorie bildet sich um das Thema *Verantwortung*. Die Analyse zeigt, dass in den meisten Artikeln die Frage der Verantwortung verhandelt wird, sei es für den berichteten problematischen Alkoholkonsum oder für die geschehenen Gewaltereignisse. Dabei steht die Frage nach der Verantwortung für die Missstände und eine mögliche Zuschreibung der unterlassenen Verantwortung an Personen, Stellen, Parteien usw. in direktem Zusammenhang mit der Nennung von Lösungsmöglichkeiten und -ansätzen. Ganz gleich ob präventiver oder repressiver Ausrichtung, verfolgt man die Medienberichte, beginnen die Lösungsansätze in den allermeisten Fällen mit der Klärung der Verantwortlichkeit. Insofern ist das grosse Medieninteresse an der „Tanz dich frei“-Veranstaltung zumindest teilweise mit der schwierigen Zuweisung der Verantwortung zu erklären. Die hartnäckige Anonymität der Veranstalter irritierte die beteiligten Akteure deutlich und verunmöglichte es, in den gewohnten Schemen über Lösungen und präventive Vorkehrungen nachzudenken.

¹⁶³ Kritik an Jugendamt wegen Bericht zum Berner „Bermuda-Dreieck“. Der Bund; 17.5.2013.

Auch darüber, dass die *Alkoholproblematik* eine *Jugendproblematik* ist, herrscht in der Berichterstattung weitgehend Konsens. Zwar fächern sich die eingenommenen Positionen beispielsweise in der Debatte um die neue Alkoholgesetzgebung entlang der politischen Lager auf, problematischer Alkoholkonsum ist aber selbst bei den zitierten Fachleuten eine (reine) Jugendproblematik.

Das Thema der *städtischen Ausgehmeilen* ist das Diskursereignis, welches die beiden Themen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen mit der gleichen Dringlichkeit behandelt und deren gegenseitige Bedingung thematisiert. Hier treffen die beiden Kategorien Alkohol und Gewalt gleichwertig aufeinander. Die Bedeutung der Berichterstattung darüber kann allerdings als marginal bezeichnet werden. Während des gesamten Untersuchungszeitraums werden sechs Artikel dazu veröffentlicht. Bemerkenswert ist zudem, dass, obwohl im gleichen Zeitraum über die Veröffentlichung verschiedener Studien berichtet wird, beim Thema Ausgehmeile keine Studien beigezogen werden.

Formen von Gewalthandlungen werden in der Berichterstattung nur sehr allgemein dargestellt. Sie beschränken sich dabei fast ausschliesslich auf die Berichte über die „Tanz dich frei“-Veranstaltung. Es sind dies Sachbeschädigung, Vandalismus und Körperverletzungen (ohne detaillierte Angaben) in der Innenstadt von Bern. Weitere konkrete Gewaltereignisse im öffentlichen Raum tauchen in der Berichterstattung kaum auf, einzige Ausnahmen bilden drei Artikel über zunehmend aggressives Verhalten gegenüber Angestellten im öffentlichen Verkehr und ein Artikel über eine Messerstecherei in der Stadt Biel.¹⁶⁴ Ansonsten bleibt die Berichterstattung auf abstrakte Gewaltbegriffe wie Jugendgewalt, Vandalismus, Randalen usw. ohne weitere Beschreibungen beschränkt.

Der *Einfluss des Raumes* ist für die Medien nicht relevant. Die Orte, an welchen Gewalthandlungen oder problematischer Alkoholkonsum stattfinden, werden meist nicht genannt oder nur sehr allgemein, wie beispielsweise als Stadt oder Innenstadt, Bahnhofplatz usw., erwähnt. Rückschlüsse auf die Entwicklung der konkreten Orte werden nicht gezogen.

Hoher Alkoholkonsum wird in der Berichterstattung als häufigste *Ursache* (meist als Auslöser) für Gewalthandlungen dargestellt. Der Zusammenhang Alkohol und Gewalt wird meist nicht explizit dargestellt, vielmehr wird er als gegeben vorausgesetzt. Das zeigen beispielsweise Vergleiche mit anderen Grossevents mit erwartet hohem Alkoholkonsum (Streetparade, eidgenössisches Turnfest), bei dem die geringen Gewaltzahlen löblich erwähnt werden. Weiter, allerdings in sehr geringem Umfang, werden Anonymität, mangelnde Überwachung, lückenhafter Jugendschutz und das Jugendalter als Gewaltursachen erwähnt.

Präventive Massnahmen und Lösungsansätze werden in den Medien meist nur erwähnt und nicht beschrieben. Als Lösungsansätze werden mehrheitlich repressive Massnahmen thematisiert. Insbesondere die von der Berner Behörde durchgeführte Öffentlichkeitsfahndung löst über mehrere Wochen eine Medienkontroverse aus. Weiter werden härtere Strafen, Geldbussen für Veranstalter, zusätzliche Überwachungsmassnahmen,

¹⁶⁴ Er muss für fünf Jahre ins Gefängnis. Bieler Tagblatt; 23.8.2013.

ein Vermummungsverbot, höhere Alkoholpreise und ein besserer Jugendschutz (Nachkaufverbot und Testkäufe) gefordert. Nur vereinzelt sind Ansätze wie Jugendarbeit, Information und Aufklärungsarbeit erwähnt.

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zu den zentralen Forschungsfragen, nämlich die Rolle von Alkohol bei Gewalthandlungen und die Charakterisierung von alkoholassoziierten Gewalthandlungen, diskutiert. Ausgangslage bilden die Ergebnisse der empirischen quantitativen und qualitativen Erhebungen der vorliegenden Studie. Diese werden in den Kontext gestellt mit den Ergebnissen der Literatur- und Medienanalyse sowie weiterer Literatur. Die Grenzen der vorliegenden Studie werden vorne im Kapitel Methodik in den Abschnitten 2.1.2 und 2.3 besprochen.

4.1 ROLLE VON ALKOHOL BEI GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Welche Bedeutung hat Alkohol bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum? Wie gross ist der Anteil Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in der Schweiz, die mit Alkoholkonsum assoziiert sind? Ist ein zeitlicher Trend über die letzten fünf Jahre ersichtlich? Wie ist der Stand des Wissens zum Zusammenhang von Alkohol, Gewalthandlungen und öffentlichem Raum? Wie wird der Zusammenhang in der Medienberichterstattung dargestellt?

Alkohol spielt bei bestimmten Gewalthandlungen eine *bedeutende Rolle*. In der Online-Befragung stuften die Polizeiangehörigen insgesamt 50 Prozent aller Gewalthandlungen, welche sie in der Referenzwoche erlebt hatten, als alkoholassoziiert ein, wobei deutliche Unterschiede nach Art der Delikte bestehen. Am höchsten war der Anteil alkoholassoziiert Vorfälle (mit über 70 Prozent) bei Körperverletzungen und Tötlichkeiten sowie bei Ruhestörungen und Streitigkeiten. Bedeutend geringer war der Anteil bei eher seltenen Delikten von Gewalt gegen Personen (Drohung/Erpressung, Raub, Sexualdelikte, Nötigung und aussergewöhnliche Todesfälle) und noch geringer bei Gewalt gegen Objekte. Bei Sachbeschädigungen lag der Anteil alkoholassoziiert Handlungen zwar nur bei rund einem Drittel. Jedoch könnte hier eine Unterschätzung vorliegen, da hier häufig kein/-e Täter/-in anzutreffen ist und damit ein Zusammenhang mit Alkoholkonsum nicht hergestellt werden kann. Die Fachpersonen wiesen im Gespräch jedoch darauf hin, dass unter Sachbeschädigungen auch das Erstellen von Graffiti fällt, für das kein Einfluss von Alkohol anzunehmen ist. Da Sachbeschädigungen insgesamt sehr häufige Delikte sind, zählen sie, trotz des vergleichsweise niedrigen Anteils von alkoholassoziiert Vorfällen, zu den fünf häufigsten alkoholassoziiert Delikten. Die Bedeutung von Alkohol bei Gewalt allgemein wird auch in den Interviews mit den Fachpersonen unterstrichen. Viele der Fachpersonen sehen in Alkohol wegen der Herabsetzung der Selbstkontrolle einen Katalysator für Gewalthandlungen, wobei darunter eher kleinere Delikte wie Lärm, Littering, Sachbeschädigungen, Streitigkeiten und Raufereien verstanden werden. Die Rolle von Alkohol bei schwereren Gewaltdelikten wie zum Beispiel schwerer Körperverletzung wurde weniger klar beurteilt. Hier zeigt sich möglicherweise die Grundfrage nach dem kausalen Zusammenhang. In der öffentlichen Wahrnehmung, gespiegelt durch die Medien, wird ein (kausaler) Zusammenhang schon gar nicht mehr explizit erwähnt, sondern implizit vorausgesetzt. In der Fachwelt ist dieser Punkt umstritten und dreht sich vor allem um die Frage, ob es nicht

sowieso zur Gewalthandlung gekommen wäre und der gleichzeitige Alkoholkonsum lediglich ein Auslöser oder gar nur ein Zufallsbefund ohne ursächliche Bedeutung ist. So konnten Längsschnittstudien zeigen, dass problematische Aggressivitätstendenzen oft bereits vor problematischen Alkoholkonsumgewohnheiten auftreten, woraus auf eine umgekehrte Ursache-Wirkungsbeziehung geschlossen wurde. Zudem deuten einige Studien darauf hin, dass der aggressionssteigernde Effekt von Alkohol vor allem bei Personen nachgewiesen werden kann, die einen solchen erwarten respektive sich bereits mit einem Gewaltvorsatz treffen.¹⁶⁵

Eine *kausale Rolle* des Alkohols beim Gewaltgeschehen kann mit dieser Studie nicht belegt werden und war auch nicht deren Ziel. Wir sind aber der Meinung, dass es deutliche Hinweise gibt, dass Alkoholkonsum das Gewaltgeschehen zumindest verstärkt. Diese Überlegungen lehnen sich an die neun so genannten Bradford-Hill-Kriterien zur Erhärtung eines kausalen Zusammenhangs an.¹⁶⁶ So besteht ein (1) *starker Zusammenhang* zwischen beiden Verhaltensweisen: Gemäss unserer Studie treten diese, je nach Deliktskategorie, meist bei rund 30 bis über 70 Prozent der Gewalthandlungen gleichzeitig auf. Der Zusammenhang wird (2) *konsistent* in verschiedenen Studien und Settings beobachtet. Auch bei Gewalt im häuslichen Bereich wird diese im Zusammenhang mit Alkoholkonsum beobachtet. Ein (3) *spezifischer*, also klar abgrenzbarer Effekt von Alkohol auf Gewalt im öffentlichen Raum ist nicht gegeben. Es wird eher von einem komplexen Geschehen gesprochen. Jedoch hat Hill selbst diesem Kriterium hauptsächliche Bedeutung zugesprochen, wenn es denn vorliegt. Eine (4) *zeitliche Sequenz* ist oft gegeben. So häufen sich Gewalthandlungen erst nach Mitternacht, während der Alkoholkonsum mit Ausgang am Abend beginnt. Zudem lässt sich (5) eine mögliche *Dosis-Wirkung-Beziehung* beobachten, denn Alkoholkonsum und Gewalt im öffentlichen Raum haben parallel zugenommen. Ein kausaler Zusammenhang ist (6) *biologisch plausibel* und (7) *kohärent* mit dem aktuellen Wissensstand zum Einfluss von Alkoholkonsum auf das Aggressionsverhalten.¹⁶⁷ Und eine gewisse (8) *experimentelle Evidenz* liegt vor, da in Laborsituationen der Zusammenhang von Alkoholkonsum und aggressivem Verhalten nachgewiesen wurde. Die (9) *Analogie* mit ähnlichen Kausalzusammenhängen ist schwierig zu beurteilen, da die Frage der Kausalität in komplexen Situationen wie dem Gewaltgeschehen generell nicht zu beweisen ist. Diese Überlegungen sind als systematische Annäherung an eine Fragestellung zu sehen, die nie abschliessend geklärt werden kann. Bradford Hill, inzwischen ein Klassiker in der Public-Health-Forschung, vertrat jedoch insbesondere auch die Meinung, dass ein kausaler Zusammenhang nicht zwingend bewiesen sein muss, um weitere Massnahmen (policy action) einzuleiten. Statt den Fokus generell auf den Beweis eines kausalen Zusammenhangs zu legen, betont er die Notwendigkeit, die Folgen von daraus resultierenden Massnahmen mitzudenken, das heisst, er empfiehlt, abzuwägen, ob grosser Schaden entstehen wird aufgrund einer möglicherweise falschen kausalen Annahme oder durch die Verzögerung von Massnahmen wegen fehlenden Beweisen der Kausalität.¹⁶⁸

¹⁶⁵ Vgl. Abschnitt 3.1.

¹⁶⁶ Hill 1965.

¹⁶⁷ Vgl. Abschnitt 3.1.

¹⁶⁸ Hill 1965; Phillips/Goodman 2004.

Zur Beurteilung von *Entwicklungen* in den letzten Jahren können die Ergebnisse unserer Befragung mit den Ergebnissen der Untersuchung von 2007 im Kanton Bern verglichen. Nur bei den Deliktskategorien Ruhestörung und Streitigkeit ist eine statistisch signifikante Zunahme alkoholassoziierter Vorfälle um rund 10 Prozent zu verzeichnen, ansonsten bleiben die Anteile gleich. Die absolute Anzahl alkoholassoziierter Gewalttaten kann jedoch auch bei gleichbleibendem Anteil zahlenmässig mehr ins Gewicht fallen, wenn Gewalttaten insgesamt zunehmen. Dies ist eine mögliche Erklärung für die Einschätzung der befragten Polizeiangestellten. Gut zwei Drittel der Befragten gaben an, dass die Bedeutung des Alkoholkonsums bei Gewalttaten im öffentlichen Raum in den letzten fünf Jahren eher zugenommen hat. Im Jahr 2007 war dies noch deutlicher, mit rund 80 Prozent der Polizeiangestellten, die dieser Ansicht waren. Gemäss der PKS und den UVG-Daten sind gewaltbedingte Körperverletzungen seit den 1990er Jahren bis ungefähr 2009 ansteigend und danach rückläufig respektive stagnierend/nur leicht zunehmend.¹⁶⁹ Bei jungen Männern und Frauen (< 24 Jahre) haben sich seit Mitte der 1990er Jahre Körperverletzungen im öffentlichen Raum verfünffacht. Seit 2009 zeichnet sich bei jungen Männern nun eine Trendwende mit einem Rückgang ab, der allerdings nicht den urbanen Raum betrifft. Hier werden die Vorfälle vor allem mit dem nächtlichen Ausgang am Wochenende erklärt. Dies betrifft auch viele Personen, die nicht in den grossen Städten wohnen.¹⁷⁰ Denis Ribeaud betont in einem aktuellen Interview, dass die beobachtete Gewaltzunahme in Dunkelfeldstudien alleine im öffentlichen Raum zu verzeichnen sei, während in der Schule und zu Hause gravierende Gewaltdelikte sogar rückläufig scheinen.¹⁷¹

Bei der Betrachtung der PKS und UVG-Daten handelt es sich allerdings nur um gewaltbedingte Körperverletzungen, während in unserer Befragung die leichteren Delikte Ruhestörungen und Streitigkeiten vor Körperverletzungen, Tötlichkeiten und Sachbeschädigungen die grösste Rolle spielen. Die Komplexität der Trends spiegelt sich wohl auch in der unterschiedlichen Meinung der befragten Fachpersonen. Während einige eine Zunahme der Bedeutung von Alkohol bei Gewalt konstatierten, hatten andere keine Veränderung bemerkt. Viele Fachpersonen stellten jedoch eine Verschärfung der Verhaltensweisen fest mit einer Tendenz zu schwererer Gewalt und zum Konsum von mehr hartem Alkohol.

4.2 CHARAKTERISIERUNG VON ALKOHOL UND GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Lassen sich Gewalttaten im öffentlichen Raum, die mit Alkoholkonsum assoziiert sind, charakterisieren? Falls ja: Um welche Art von Gewalttaten handelt es sich vor allem? Gibt es Personengruppen, die typischerweise beteiligt sind? Gibt es bevorzugte Zeiten und Orte des Auftretens? Gibt es regionale Unterschiede? Wie ist der Stand des Wissens zum Zusammenhang von Alkohol, Gewalttaten und öf-

¹⁶⁹ Vgl. Abschnitt 3.1 und Lanfranconi 2013, S. 7.

¹⁷⁰ Lanfranconi 2013, S. 3 f.

¹⁷¹ Vgl. <<http://www.jugendundgewalt.ch/de/themen/gewaltverhalten/interview-dribaud.html#sthash.tXByom7w.dpuf>>, Zugriff am 30.10.2013.

fentlichem Raum? Über welche Formen und Orte von Gewalthandlungen wird in den Medien berichtet?

Alkoholassoziierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum lassen sich en gros gut charakterisieren. Stark vereinfacht finden alkoholassoziierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum zunehmend im Kontext des Ausgangs am Wochenende und des Nachtlebens statt.

Am häufigsten handelt es sich, gemäss Online-Befragung, um Gewalt gegen Personen, nämlich *Tätlichkeiten und/oder Körperverletzungen*, aber auch um weniger schwere Gewalt wie *Ruhestörungen, Streitigkeiten* sowie *Sachbeschädigungen*. Diese Deliktskategorien machen über 90 Prozent der von uns erhobenen, zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle aus, mit denen die Polizeiangestellten konfrontiert waren. Die Beobachtung, dass Vorfälle mit Tätlichkeiten und/oder Körperverletzungen häufig auch die Deliktskategorien Ruhestörungen und/oder Streitigkeiten umfassen, unterstützt die Hypothese, dass diese Vorstufen von schwererer Gewalt sein können. Bereits in der Befragung 2007 waren diese fünf Deliktskategorien die bei weitem häufigsten. Mit unserer Studie konnte eine Wissenslücke geschlossen werden. Insbesondere zu Ruhestörungen und Streitigkeiten liegen keine Daten vor. In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik werden Gewalttaten als Straftatbestände ohne Bezug zu Alkoholkonsum der Beteiligten und zum öffentlichen Raum berichtet. Die aktuelle Analyse von UVG-Daten bezieht sich nur auf Opfer von gewaltbedingten Körperverletzungen, ohne Bezug zum Alkoholkonsum der Beteiligten.

Typischerweise in alkoholassoziierte Gewalthandlungen verwickelte *Personen* sind kleinere Gruppen von Männern, wie die Online-Befragung und Gespräche mit den Fachpersonen ergaben. Am stärksten involviert sind Personen der Altersgruppe bis 24 Jahre. Sie sind in rund zwei Dritteln der Vorfälle als Täter/-innen und in rund der Hälfte als Opfer beteiligt. Diese Zahlen passen nur zum Teil zur öffentlichen Wahrnehmung, in der das Thema alkoholassoziierte Gewalt häufig stark auf männliche Jugendgewalt verkürzt wird. Hier werden verschiedene Begrifflichkeiten von Jugend vermischt. Der Vergleich zwischen der medialen Darstellung von Gewalt und den Ergebnissen der Polizeibefragung, zeigt deutlich, dass der Begriff der Jugendgewalt längst nicht mehr an eine klar umrissene Altersgruppe gebunden ist. Vielmehr werden gesellschaftlich nicht konforme Verhaltensformen umschrieben, welche historisch betrachtet der Jugend und insbesondere opponierenden Jugendgruppierungen zugeschrieben wurden. Für die Präventionsdiskussion ist vor diesem Hintergrund relevant, dass eine Intensivierung des Jugendschutzes den Grossteil der Gewalthandelnden nicht erreicht. Nur knapp ein Fünftel der Täter/-innen ist in der Altersgruppe bis 18 Jahre. Von daher kann nicht von Jugendgewalt im engeren Sinne gesprochen werden. In der wissenschaftlichen Literatur wird ebenfalls beschrieben, dass Jugendliche im engeren Sinn bei weitem nicht die am häufigsten Betroffenen sind, sondern eher junge Erwachsene.¹⁷² Unsere Online-Befragung bestätigt, dass alkoholassoziierte Gewalt im öffentlichen Raum vor allem ein Männerthema ist. Hier stellen sie sowohl die meisten Täter/-innen als auch Opfer. Jedoch sind Frauen ebenfalls nicht unerheblich beteiligt. Sie sind zwar häufiger unter den Opfern vertreten (rund 40%) als unter den Täter/-innen. Jedoch

¹⁷² Vgl. Abschnitt 3.1.

sind sie bei rund einem Drittel der Vorfälle auch als Täterinnen (mit)beteiligt. Gemäss Literatur ist ebenfalls unstrittig, dass alkoholassoziierte Gewalt deutlich mehr von Männern ausgeübt wird. Neuere Studien der klinischen Aggressionsforschung machen allerdings auf einen allfälligen Trendwechsel aufmerksam. Geschlechtsunterschiede scheinen sich zunehmend zu nivellieren. Bislang haben nur wenige Studien den Zusammenhang zwischen Alkohol und gewalttätigem Verhalten von Frauen untersucht.¹⁷³

Typische Peak-Zeiten mit über der Hälfte der Vorfälle waren die *Nächte von Freitag und vor allem von Samstag* (22 bis 6 Uhr).¹⁷⁴ Die aktuelle Analyse der UVG-Daten zeigt für Körperverletzungen (ohne Bezug zu Alkoholkonsum) ebenfalls deutliche Häufungen an den Nächten von Freitag bis Sonntag. Lanfranconi spricht von einer zunehmenden „Verlagerung des Geschehens ins Wochenende“ seit den 1990er Jahren und assoziiert diese mit den „attraktiven Ausgehzeiten“ in den grossen Städten.¹⁷⁵ Auch Verkehrsunfälle unter Alkoholeinfluss (mit mehr als 0,5 Promille) treten deutlich gehäuft in den Nächten von Freitag und Samstag auf.¹⁷⁶ Das veränderte Ausgehverhalten und die damit verbundene Akzentuierung des Wochenendausgangs in den grossen Städten wird am häufigsten in der Literatur als Hintergrund für den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum, (jugendlichem) Gewaltverhalten und öffentlichem Raum genannt (vgl. Abschnitt 3.1 Literaturanalyse).

Als typische Orte der zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle manifestieren sich in der Online-Befragung die *Stadtzentren* mit ihren *Strassen, öffentlichen Plätzen oder Ausgehmeilen*. Hier spiegelt sich zwar möglicherweise auch das Arbeitsumfeld der Polizeiangeestellten wider, von denen rund zwei Drittel als Haupteinsatzgebiet die Stadt angaben. Andererseits dürfte die Zuteilung von Personal auch durch den Bedarf und die Häufigkeit der Einsätze mitbestimmt sein. Zudem entspricht das Ergebnis sowohl den Aussagen der Fachpersonen, der öffentlichen Wahrnehmung als auch der wissenschaftlichen Literatur. Auch die nach ihrer Einschätzung der wichtigsten Gewalttorte befragten Polizeiangeestellten bestätigten dies. Allerdings fällt auf, dass Frontdienstmitarbeitende mit Haupteinsatzgebiet Land respektive Agglomeration die Agglomerationsgemeinden deutlich häufiger als ebenfalls betroffene Orte ansahen als die Stadtpolizisten/-innen. Alkoholassoziierte Gewalt ausschliesslich als urbanes Problem zu definieren, greift unseres Erachtens zu kurz. Auch wenn die Problematik in den Städten kumuliert, bedeutet dies nicht, dass sie sich nur dort manifestiert. Die Analyse der UVG-Daten zeigt zwar einen Rückgang von gewaltbedingten Körperverletzungen bei jungen Männern in den nicht-städtischen Gebieten und einen „Import“ von Verletzten in den Städten. In der Gesamtschau ist jedoch interessant, dass bis 2009 die Fallzahl für diese Altersgruppe in den nicht-städtischen Gebieten deutlich höher lag als in den zehn grössten Schweizer Städten. Bezogen auf die Bevölkerung ist der Anteil von Körperver-

¹⁷³ Vgl. Abschnitt 3.1.

¹⁷⁴ Diese Ergebnisse könnten theoretisch vom Antwortdatum der Polizeiangeestellten beeinflusst worden sein, da nach dem zeitlich letzten Vorfall gefragt wurde und die meisten Befragten am Wochenanfang den Fragebogen ausfüllten. Da jedoch eine Reihe von anderen Daten und Studien einheitlich dieselben Problemzeiten zeigen, gehen wir davon aus, dass bei diesem Ergebnis Verzerrungen keine Rolle spielen.

¹⁷⁵ Lanfranconi 2013, S. 15 f.

¹⁷⁶ Tagesanzeiger vom 21.10.2013, S. 3: Wallis hat am meisten Alkoholunfälle. Die Auswertungen wurden vom Bundesamt für Strassen nachgeprüft und die Zahlen bestätigt.

letzungen in diesen Städten zwar deutlich höher. Insgesamt sind aber 2011 immerhin die Hälfte aller Körperverletzungen bei jungen Männern nicht den zehn grossen Städten zuzuordnen und 2009 sogar rund zwei Drittel.¹⁷⁷ In einer Publikation zu ihrem Forschungsprojekt zu kommunalen Strategien und Massnahmen im öffentlichen Raum betonen die Autoren der Fachhochschule St. Gallen, dass nicht nur Städte, sondern auch mittlere und kleine Gemeinden von negativen Folgen der 24-Stunden-Gesellschaft wie Alkoholkonsum und Gewalt betroffen sind.¹⁷⁸ In der Online-Befragung wurden örtlich bekannte Brennpunkte, zu denen die Polizeiangeestellten häufig ausrücken müssen, nur bei rund der Hälfte der zeitlich letzten Vorfälle angegeben. Demgegenüber schätzten über 80 Prozent der befragten Polizeiangeestellten, dass sich alkoholassozierte Gewalthandlungen an örtlichen Brennpunkten abspielen. Möglicherweise liegt diese Diskrepanz an dem unscharfen Begriff des Brennpunkts. In den Interviews wurden Brennpunkte von den Fachpersonen zum Teil etwas weiter gefasst als Orte, an denen sich viele Leute auf einmal aufhalten. Die relative Dichte von Personen wurde dabei als wichtige Ursache für die Entstehung von Gewalt bezeichnet. Demgegenüber wurde aber auch die dort ebenfalls grössere soziale Kontrolle als mögliche Barriere für die Entstehung von Gewalt gesehen.

Regionale Unterschiede beim Gewaltgeschehen finden sich gemäss der Online-Befragung und den Expertengesprächen vor allem in der beschriebenen Konzentrierung der Gewalthandlungen in den Städten. Bei der Charakterisierung der Gewalt finden sich nur geringe Unterschiede zwischen den Polizeikorps und den Haupteinsatzgebieten. Am auffallendsten ist, dass im Kanton Genf Ausgehmeilen eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. Mögliche Gründe hierfür könnte eventuell das Alkoholverkaufsverbot sein, das hier die Situation entschärft, oder die „Fête de la Musique“, welche in der Referenzwoche in der Stadt Genf stattfand. Sehr unterschiedlich stellte sich jedoch die Einschätzung der Wirksamkeit von präventiven Massnahmen dar. So bestehen zwischen den Polizeikorps zum Teil deutliche Unterschiede, wie beispielsweise hinsichtlich der starken Zustimmung zur Wiedereinführung einer Polizeistunde in Zürich. Diese Unterschiede spiegeln unseres Erachtens aber neben regionalen Besonderheiten vor allem die allgemeine Unschlüssigkeit und Heterogenität der Meinungen hinsichtlich wirksamer Massnahmen wider. Dies zeigten auch die Expertengespräche und die Medienanalyse.

Haupterklärung für die bedeutende Rolle der Städte und Ausgehmeilen sind die hohe Konzentration von Menschen in diesen Räumen und das veränderte Alkoholkonsumverhalten. Während der Alkoholkonsum als Auslöser von Gewalt problematisiert wird, ist die sozialräumliche Verknüpfung von Alkoholkonsum und neuen kulturellen Formen städtischen Lebens wenig erforscht. Neuere sozialwissenschaftliche und sozialräumliche Studien beziehen in Erklärungsansätzen die soziokulturelle Bedeutung von Orten mit ein. Das bedeutet, dass beispielsweise ein Bahnhofplatz für bestimmte Nutzende als Treffpunkt, für andere als Transitraum und für wiederum andere als Geschäftsraum gedeutet wird. Insbesondere Ausgehmeilen sind bedeutungs offene Räume, verschiedene Akteurgruppen verbinden damit unterschiedliche Erwartungen an den Ausgang. Es sind Orte, um Spass zu haben, Leute zu treffen, Bühnen der Selbstinsze-

¹⁷⁷ Lanfranconi 2013, S. 17 f.

¹⁷⁸ Reutlinger/Fritzsche 2013.

nierung, Orte des Exzesses und offensichtlich in zunehmendem Masse auch Orte der Aggressivität. So zeigt sich anhand der Entwicklung von Ausgehmeilen in grossen Städten, dass damit Vorstellungen von Nachtleben und städtischem Vergnügen verknüpft werden, welche exzessiven Alkoholkonsum und zunehmende Gewaltbereitschaft wahrscheinlicher machen. Es kann davon ausgegangen werden, dass beispielsweise besonders gewaltbereite Gruppierungen an spezifischen Orten erwarten, auf andere gewaltbereite Gruppen zu treffen. Gewaltbereitschaft wird damit vorstrukturiert, lange bevor es zu einer eigentlichen Gewalthandlung kommt. Präventionsmassnahmen sollten derartige, kontextgebundene, sozialräumliche Entwicklungen berücksichtigen.

4.3 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Unsere Studie kommt zum Schluss, dass Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum eine bedeutende Rolle spielt und sich die Gewalthandlungen gut charakterisieren lassen. Daraus lassen sich ein Handlungsbedarf und verschiedene Ansatzpunkte für Massnahmen ableiten. Wir erachten die Datenlage zum Zusammenhang von Alkohol und Gewalt als ausreichend, um zu rechtfertigen, dass die Umsetzung präventiver Massnahmen intensiviert werden sollte. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass Alkoholprävention im öffentlichen Raum gleichzeitig auch Gewaltprävention sein kann. Gemeinsam mit Vertretenden des Bundesamts für Gesundheit, der Begleitgruppe der vorliegenden Studie und Vertretenden der beteiligten Polizeikorps wurden die Ergebnisse der Studie diskutiert.¹⁷⁹ Dabei zeigte sich, dass sich diese gut mit dem Erfahrungswissen aus der Praxis decken. Im Fokus der darauf folgenden Diskussion standen vor allem mögliche Konsequenzen aus der Studie im Sinne von nächsten Schritten. Im Folgenden fassen wir die resultierenden Erkenntnisse zusammen.

Präventionsmassnahmen systematisch evaluieren

Unsere Studie verweist auf eine Wissenslücke hinsichtlich wirksamer und machbarer präventiver Massnahmen und einen starken Diskussionsbedarf. Dies ist nicht zuletzt von Bedeutung, weil in der Alkoholprävention unterschiedliche individuelle, öffentliche und wirtschaftliche Interessen aufeinandertreffen. Gerade deshalb ist es besonders wichtig, die Massnahmen, die bereits umgesetzt werden, zu evaluieren.¹⁸⁰ Wir empfehlen, bei der Evaluation von Massnahmen verschiedene Methoden zu kombinieren, um den jeweils spezifischen lokalen und sozialen Kontext zu berücksichtigen. So wurde bisher die Perspektive der direkt Beteiligten, wie beispielsweise Personen im Ausgang, kaum in Untersuchungen einbezogen. Zentral ist deshalb die Frage, *was, für wen, in welchem Kontext wirkt*.¹⁸¹

Erkenntnisse aufarbeiten und verbreiten (Beispiele guter Praxis)

Massnahmen, wie sie beispielsweise im aktuellen Bericht des Städteverbands beschrieben werden, bieten sich für Evaluationen an. So ist unter anderem die Wirksamkeit von Interventionsgruppen (SIP, PINTO und andere) in den verschiedenen Settings bisher kaum untersucht. Neben der Evaluation konkreter Massnahmen könnte auch die For-

¹⁷⁹ Eine Liste der Begleitgruppenmitglieder und der Kontaktpersonen der beteiligten Polizeikorps findet sich im Anhang A4

¹⁸⁰ Schweizerischer Städteverband 2012.

¹⁸¹ Pawson/Tilley 1997.

schung zum Einfluss der räumlichen Entwicklung und zum Zusammenspiel von sozialen, kulturellen und räumlichen Strukturen an Brennpunkten Ansatzpunkte für wirksame Prävention liefern. Die Erkenntnisse sollten in geeigneter Form aufbereitet werden und den zuständigen Akteuren zur Verfügung gestellt werden. Hierfür bietet sich eine Zusammenstellung von Beispielen guter Praxis an.

Synergien zwischen Alkohol- und Gewaltprävention nutzen

Unsere Daten zeigen, in Übereinstimmung mit anderen Studien, dass Alkoholkonsum und Gewaltgeschehen eng verflochten sind. Dies betrifft insbesondere Körperverletzungen, Tötlichkeiten und Sachbeschädigungen sowie mögliche Vorstufen von Gewalt wie Ruhestörungen und Streitigkeiten. Es liegt daher nahe, verstärkt Synergien zwischen diesen beiden Präventionsbereichen zu nutzen. Diese können auf verschiedenen Ebenen vorliegen. Auf Bundesebene bietet sich beispielsweise an, die Zusammenarbeit zwischen dem Gesamtschweizerischen Präventionsprogramm Jugend und Gewalt des Bundesamts für Sozialversicherungen und dem Nationalen Präventionsprogramm Alkohol des Bundesamts für Gesundheit zu intensivieren. Dabei sollte aber nicht in Vergessenheit geraten, dass Jugendliche in der Altersgruppe bis 18 Jahre, entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, beim alkoholassoziierter Gewalt nur eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.

Zusammenarbeit der Akteure aus verschiedenen Bereichen fördern

In der Diskussion der Ergebnisse mit der Begleitgruppe und den Vertretenden der Polizeikörpers wurde betont, dass eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure (zum Beispiel aus den Bereichen Sicherheit, Sucht, Gesundheit, Sozial- und Jugendarbeit, Raumplanung) ein wichtiges Kernelement für eine wirksame Alkohol- und Gewaltprävention ist. Dieser Ansicht waren auch viele Fachpersonen, die im Rahmen der Studie befragt worden waren. Es gibt bereits einige Ansätze auf verschiedenen föderalen Ebenen. So existiert auf Bundesebene seit vielen Jahren die Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei“ (SuPo). Auf kommunaler oder regionaler Ebene gibt es ebenfalls bereits einzelne Gremien der Zusammenarbeit, vor allem der Bereiche Sicherheit und Sucht sowie Sozialarbeit, zum Teil auch unter Einbezug von Akteuren der Nachtökonomie. Diese Zusammenarbeit sollte regional ausgeweitet und um weitere Akteure ergänzt werden. Wegen der Bedeutung des öffentlichen Raums sollten auch Vertretende aus diesem Themenbereich, wie beispielsweise der Stadtentwicklung oder Raumplanung einbezogen werden.

Die in der Medienanalyse verwendeten Zeitungsartikel werden direkt im Abschnitt 3.4 referenziert.

5.1 REFERENZIERTE LITERATUR

Bundesamt für Gesundheit (BAG) (2012): Forschungsskizze – Alkohol und Gewalt im Öffentlichen Raum, Bern.

Bundesamt für Gesundheit (BAG) (2013): Nationales Programm Alkohol 2013–2016, Bern.

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) (2003): Monitoring urbaner Raum, Themenkreis B1: Der städtische Raum im Vergleich zum ländlichen Raum, Synthesedokument, Version 01.03, Bern.

Bundesamt für Statistik (BFS) (2003): Eidgenössische Volkszählung 2000. Bevölkerungsstruktur, Hauptsprache und Religion, Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (BFS) (2012): Abfrage STAT-Tab Ständige und nichtständige Wohnbevölkerung 2011 nach Kanton, Staatsangehörigkeit
<<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/onlinedb/stattab.html>>
Zugriff 10.9.12

Bundesamt für Statistik (BFS) (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Jahresbericht 2012, Neuchâtel.

Dey, Michelle; Gmel, Gerhard; Studer, Joseph; Dermota, Petra; Mohler-Kuo, Meichun (2013): Beverage preferences and associated drinking patterns, consequences and other substance use behaviours. *European Journal of Public Health*. August 12, 2013 [Epub ahead of print].

Eisner, Manuel (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Eisner, Manuel; Manzoni, Patrik (1998): Gewalt in der Schweiz: Studien zu Entwicklung, Wahrnehmung und staatlicher Reaktion. Zürich/Chur: Rüegger.

Eisner, Manuel; Manzoni, Patrik; Ribeaud, Denis; Schmid, Ruth (2003): Grundlagen wirksamer Gewaltprävention in der Stadt Zürich. Cambridge: U.M.

Eisner, Manuel; Locher, Rahel (2008): Prävention von Jugendgewalt. Beiträge zu sozialen Sicherheit, Expertenbericht Nr. 95/09. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) (2008): Jugendgewalt. Bericht des EJPD vom 11. April 2008, Bern.

Emmenegger, Barbara (2010): Raumkonzeptionen und Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit, in: Wandeler, Bernard (Hrsg.): Soziokulturelle Animation. Profes-

- sionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion. Luzern: Interact, S. 325–347.
- Exadaktylos, Aristomenis K.; Häuselmann, Stephanie; Zimmermann, Heinz (2007): Are times getting tougher? A six-year survey of urban violence-related injuries in a Swiss university hospital, in: *Swiss Medical Weekly* 2007; 137 (37), S. 525–530.
- Gmel, Gerhard; Wicki, Matthias (2010): Effekt der Einschränkung der Erhältlichkeit von Alkohol auf Alkohol-Intoxikationen im Kanton Genf (Forschungsbericht Nr. 54-A). Lausanne: Sucht Info Schweiz.
- Hafen, Martin (2009): Prävention von Jugendgewalt, in: *SuchtMagazin* 5/2009, S. 4–11.
- Heitmeyer, Wilhelm; Hagan, John (Hrsg.) (2002): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Hill, Austin Bradford (1965): The environment and disease: association or causation?, in: *Proc R Soc Med* (58), S. 295–300.
- Jayne, Mark; Holloway, Sarah L.; Gill Valentine (2006): Drunk and Disorderly: Alcohol, Urban Life and Public Space, in: *Progress in Human Geography*, 30 (4), S. 451–468.
- Jayne, Mark; Holloway, Sarah L.; Gill Valentine (2008): Fluid Boundaries – British Binge Drinking and European Civility: Alcohol and the Production and Consumption of Public Space, in: *Space and Policy*, 12 (1), S. 81–100.
- Keller, Livia; Giger, Peter; Haag, Claudia; Ming, Walter und Oswald, Margit E. (2007): *Alkohol und Gewalt: Eine Online-Befragung der Polizeiangestellten im Kanton Bern*. Bern: Institut für Psychologie, Universität Bern.
- Kilb, Rainer (2011): *Jugendgewalt im städtischen Raum. Strategien und Ansätze im Umgang mit Gewalt. Zweite, durchgesehene Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien.
- Kuntsche, Emmanuel; Gmel, Gerhard; Annaheim, Beatrice (2006): *Alkohol und Gewalt im Jugendalter. Gewaltformen aus Täter und Opferperspektive, Konsummuster und Trinkmotive – Eine Sekundäranalyse der ESPAD-Schülerbefragung*. Forschungsbericht, Lausanne: Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme.
- Landolt, Sara (2011): *Trinkräume und Treffpunkte Jugendlicher. Aushandlungsprozesse im öffentlichen Raum der Stadt Zürich*. Zürich: Universität Zürich.
- Lanfranconi, Bruno (2011): *Neuer Höchststand der Gewalt unter jungen Menschen. Ergebnisse der Statistik der Unfallversicherung nach UVG*. Luzern: Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG (SSUV).
- Lanfranconi, Bruno (2013): *Gewaltbedingte Verletzungen: Aktualisierte Zahlen, Daten der Unfallversicherer nach UVG*. Luzern: Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG (SSUV).
- Levenson, Robert W.; Sher, Kenneth J.; Grossman, Linda M.; Newman, Joseph; Newlin, David B. (1980): *Alcohol and Stress Response Dampening: Pharmacologi-*

- cal Effects, Expectancy, and Tension Reduction, in: *Journal of Abnormal Psychology* 89, S. 528–538.
- Litscher, Monika (2011): Starter-Kit: Kompetenz für öffentliche Räume oder das Ertragen von Diversität in der Stadt, in: Emmenegger, Barbara; Litscher, Monika. (Hrsg.): *Perspektiven zu öffentlichen Räumen. Theoretische und praxisbezogene Beiträge aus der Stadtforschung*. Luzern: Interact, S. 35–52.
- Löw, Martina (2011): *Raumsoziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Maffli, Etienne; Zumbrunn, Andrea (2001): Alkohol und Gewalt im sozialen Nahraum. Pilotstudien im Kanton Zürich mit anschliessender überregionaler Expertenbefragung. Lausanne: Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme.
- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken*, Weinheim: Beltz.
- Pawson, Ray; Tilley, Nick (1997): *Realistic Evaluation*. London: Sage.
- Phillips, Carl V.; Goodman, Karen J. (2004): The missed lessons of Sir Austin Bradford Hill, in: *Epidemiologic Perspectives & Innovations* 1, S. 3.
- Proescholdt, M. G.; Walter, M.; Wiesbeck, G. A. (2012): Alkohol und Gewalt: Eine aktuelle Übersicht, in: *Fortschritte der Neurologie – Psychiatrie* 80(8), S. 441–449.
- Reutlinger, Christian; Fritsche, Caroline (2013): Ressortübergreifend gegen den „Man tut etwas“-Effekt, in: *Schweizer Gemeinde* 1/2013, S. 29.
- Ribeaud, Denis; Eisner, Manuel (2008): *Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich. Schlussbericht zuhanden der Bildungsdirektion des Kantons Zürich*. Zürich: Pädagogisches Institut Universität Zürich.
- Ribeaud, Denis (2012): *Entwicklung des Gewaltverhaltens unter jungen Menschen in den letzten 20 Jahren. Versuch einer konsistenten Deutung scheinbar widersprüchlicher Ergebnisse*. Zürich: ETH Zürich.
- Schweizerischer Städteverband (SSV) (2012): *Städtisches Nachtleben. Situationsanalyse und mögliche Vorgehensweisen*. Bern.
- Schweizerischer Städteverband (SSV) (2013): *Sichere Schweizer Städte 2025. Gefährdungen, Strategien, Handlungsoptionen*. Bern.
- Tedeschi, James T. (2002): Die Sozialpsychologie von Aggression und Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm; Hagan, John (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, S. 573–597.
- Wehrheim, Jan (2006): *Die überwachte Stadt – Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*. Opladen Verlag: Barbara Budrich.

5.2 WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Battegay, Raymond (1992): Dritte Nach- und Longitudinaluntersuchung der Konsumgewohnheiten von Männern auf Alkohol, Tabak, Drogen und Medikamente. Universität Basel.
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2008): Erhebungen, Quellen – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Zugriff Februar 2012:
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/erhebungen__quellen/blank/blank/pk/01.html>.
- Clark, Peter (2005): Drinking and Public Place, in: Contemporary Drug Problems Vol. 32, No. 1, S. 3–7.
- Dixon, John; Levine, Mark; McAuley, Rob (2006): Locating Impropriety: Street Drinking, Moral Order, and the Ideological Dilemma of Public Space, in: Political Psychology, 27 (2), S. 187–206.
- Döge, Peter (2011): Männer – die ewigen Gewalttäter? Gewalt von und gegen Männer in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gill, Valentine; Holloway, Sarah; Knell, Charlotte; Jayne, Mark (2008): Drinking places: Young people and cultures of alcohol consumption in rural environments, in: Journal of Rural Studies Volume 24, Issue 1, S. 28–40.
- Heitmeyer, Wilhelm; Thome, Helmut et al. (2011): Gewalt in öffentlichen Räumen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien.
- Hügli, Anton (2005): Was verstehen wir unter Gewalt? Begriff und Erscheinungsformen der Gewalt, in: Küchenhoff, J.; Hügli, A.; Mäder, U. (Hrsg.): Gewalt. Ursachen, Formen, Prävention. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 19–42.
- Jayne, Mark; Holloway, Sarah L.; Gill Valentine (2010): Emotional, embodied and affective geographies of alcohol, drinking and drunkenness, in: Transactions of the Institute of British Geographers Volume 35, Issue 4, S. 540–554.
- Kanton Solothurn (2006): Grundlagenbericht Gewalt – Jugendgewalt, Dezember 2005/ Mai 2006. Solothurn: Amt für soziale Sicherheit ASO.
- Kuntsche, Emmanuel; Wicki, Matthias; Labhart, Florian; Gmel, Gerhard (2008): Entwicklungen im Alkoholkonsum Jugendlicher in der Schweiz von 2003 bis 2007, in: SuchtMagazin 6/2008.
- Manzoni, Patrik; Lucia, Sonia; Schwarzenegger, Christian (2012): Dunkelfeldbefragung im Bereich „Jugend und Gewalt“. Beiträge zur sozialen Sicherheit, Forschungsbericht Nr. 4/12, Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen.
- Sack, Fritz; Eisner, Manuel; Forster, Edgar J. (1999): Gewalttätige Jugend – ein Mythos? Jeunesse violente – un mythe?, in: NFP 40, Bulletin Nr.4, Schweizerischer Nationalfonds.
- Steiner, Michael; Knittel, Tilmann; Müller, Daniela; Nell, Pina (2013): Unser Platz – Jugendliche im öffentlichen Raum. Juvenir Studie 1.0. Zürich: Jacobs Foundation.

- Wells, Samantha; Graham, Kathryn (2003): Aggression involving alcohol: relationship to drinking patterns and social context, in: *Addiction* Volume 98, Issue 1, S. 33–42.
- Wicki, Matthias; Gmel, Gerhard (2005): Rauschtrinken in der Schweiz – Eine Schätzung der Prävalenz aufgrund verschiedener Umfragen seit 1997. Forschungsbericht Nr. 40, Lausanne: Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme.

ANHANG

A I WEITERE DARSTELLUNGEN

DA I: Vergleich des Erhebungsdesigns Online-Befragung 2007 und 2013

Merkmale	Studie Keller et al. 2007	Studie Interface/Hochschule Luzern 2013
Sprachregion	Deutschschweiz	Deutschschweiz und Romandie
Befragungsraum	Kanton Bern	Kantone Bern, Luzern und Genf, Stadt Zürich
Bevölkerungsanteil, der über die Erhebung abgedeckt ist	13 %	28 %
Erhebungszeitpunkt	Juni/Juli 2007	Juni/Juli 2013
Befragungsgruppen	Angestellte im Frontdienst: Kantonspolizei Bern	Angestellte im Frontdienst: Kantonspolizei Bern Stadtpolizei Zürich Luzerner Polizei Police Cantonale de Genève
Befragungsform	Online, Vollerhebung	Online, Vollerhebung
Erfasste Gewalt-handlungen	Vorfälle im Sinne von Auslösern polizeilichen Eingreifens, inkl. häusliche Gewalt	Vorfälle im Sinne von Auslösern polizeilichen Eingreifens, exkl. häusliche Gewalt
Raumbezug	Keine Fokussierung	Fokus auf öffentlichen Raum

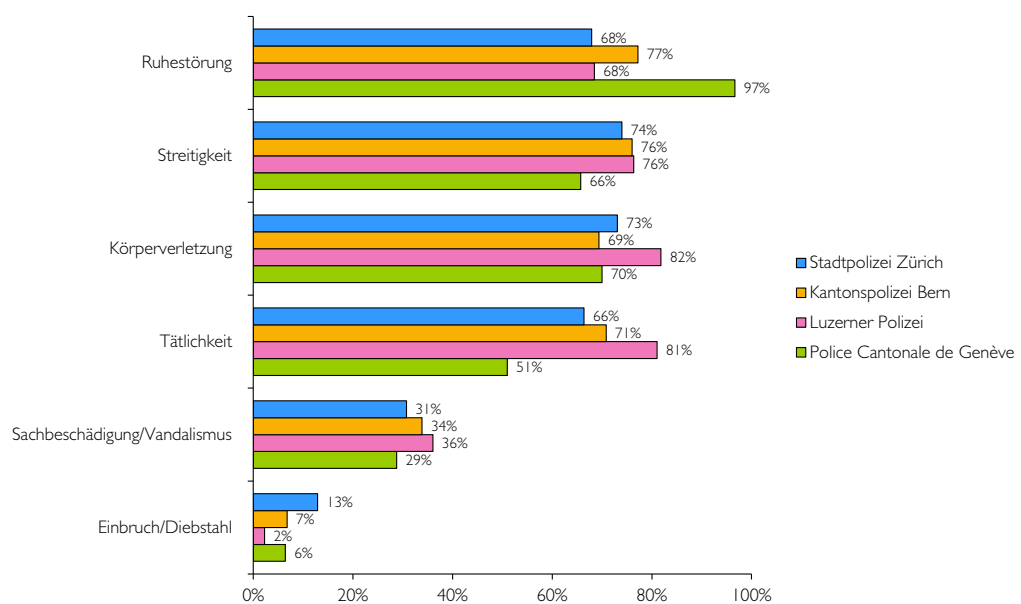
Quelle: Interface 2013.

DA 2: Deliktskategorien von Gewalthandlungen in der Referenzwoche

	Anzahl Vorfälle insgesamt (N-Delikte)	Anzahl Fälle mit Alkohol im Spiel (n)	Anteil alkoholassoziierter Vorfälle (n/N-Delikte)
Ruhestörung	1'055	818	78%
Streitigkeit	958	705	74%
Körperverletzung	222	162	73%
Tätlichkeit	462	324	70%
Drohung/Erpressung	111	43	39%
Raub	71	25	35%
Sachbeschädigung/Vandalismus	659	212	32%
Nötigung	63	17	27%
Sexualdelikte	91	24	26%
Einbruch/Diebstahl	1'057	80	8%
Aussergewöhnliche Todesfälle	89	5	6%

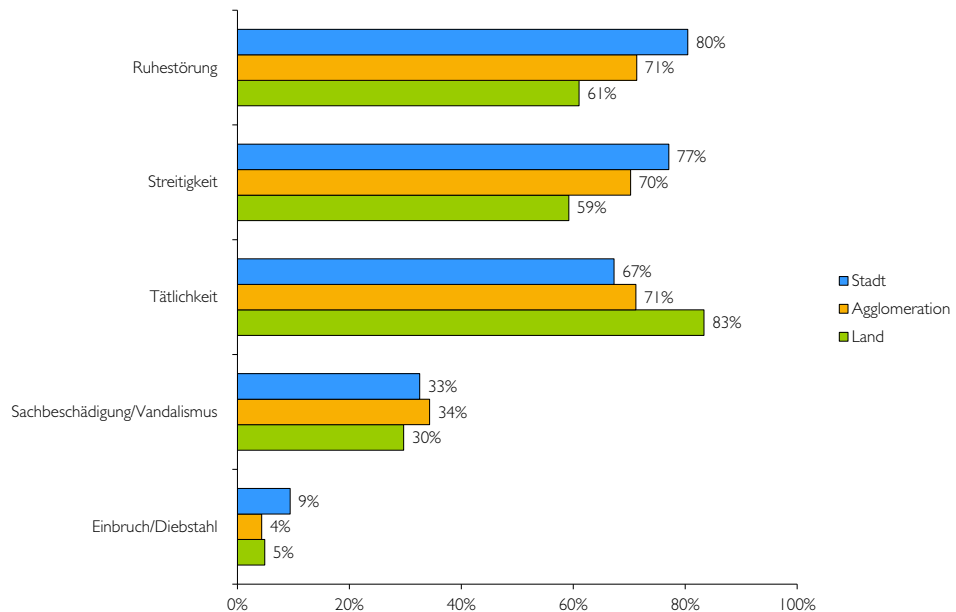
Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F2; Basis sind Antworten von 1'053 Polizeiangestellten, welche in der Referenzwoche an mindestens einem Tag die Woche gearbeitet hatten.

DA 3: Anteil alkoholassoziierter Vorfälle nach Polizeikorps



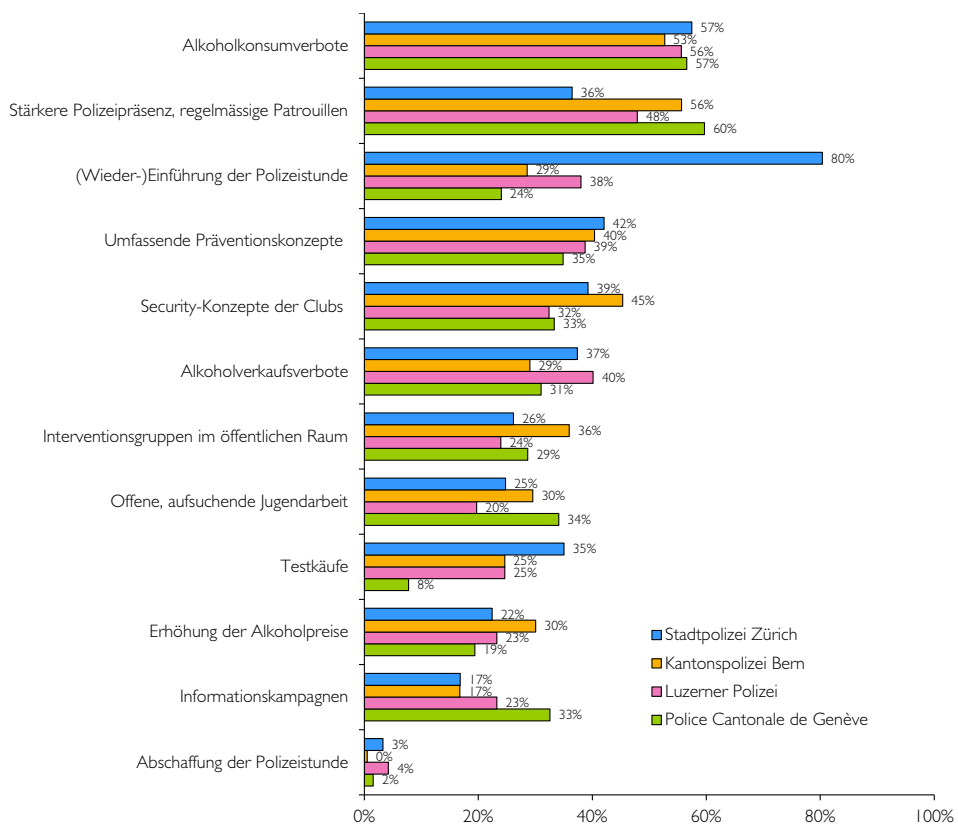
Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F2; nur Delikte mit genügend grosser Anzahl Fälle pro Polizeikorps (N > 20).

DA 4: Anteil alkoholassoziierter Vorfälle nach Haupteinsatzgebiet



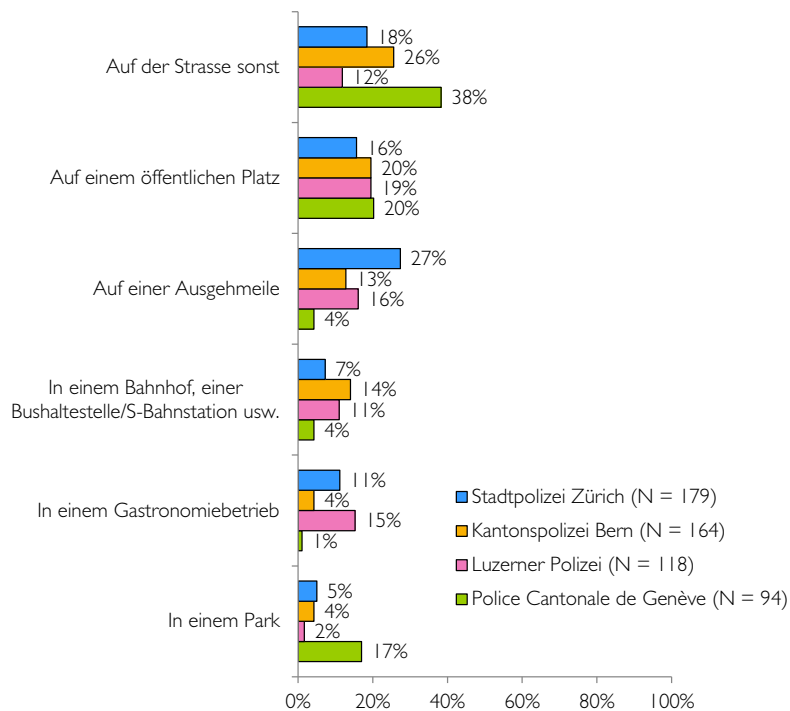
Quelle: Online-Befragung 2013, Frage F2; nur Delikte mit genügend grosser Anzahl Fälle pro Einsatzgebiet (N > 20).

DA 5: Beurteilung als wirkungsvolle Massnahmen zur Prävention von Gewalt unter Alkoholeinfluss in öffentlichen Räumen nach Polizeikorps



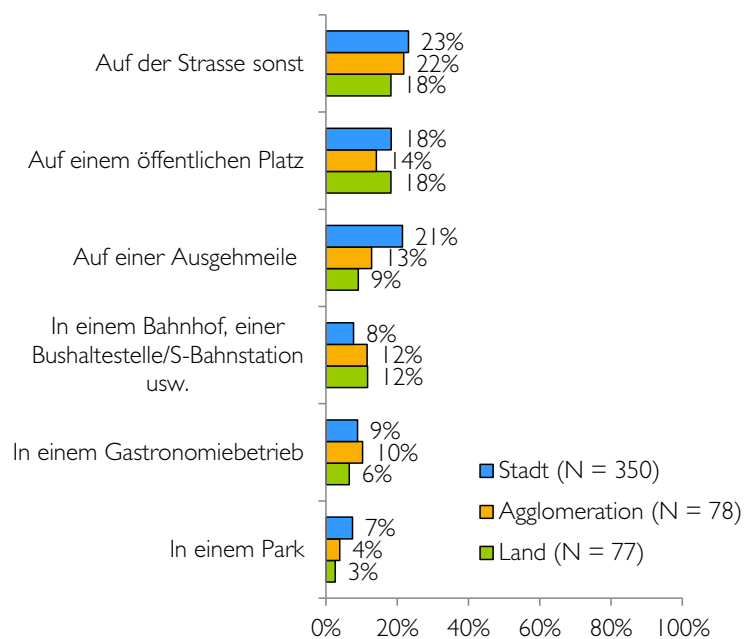
Quelle: Online-Befragung 2013, Frage B5, Mehrfachantworten möglich; N = 688.

DA 6: Ort der zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle nach Polizeikorps



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A4; nur Orte mit genügend grosser Anzahl Fälle (N > 40); ohne Einsatzgebiet Bahnhof und andere.

DA 7: Ort der zeitlich letzten alkoholassoziierten Vorfälle nach Haupteinsatzgebiet



Quelle: Online-Befragung 2013, Frage A4; nur Orte mit genügend grosser Anzahl Fälle (N > 40); ohne Einsatzgebiet Bahnhof und andere.

A2 ERHEBUNGSINSTRUMENTE

FRAGEBOGEN FÜR ONLINE-ERHEBUNG



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG

 **INTERFACE**

Wir danken Ihnen für die Bereitschaft, an dieser Befragung teilzunehmen.

Die Beantwortung der Fragen wird maximal 10 Minuten dauern. Mit Hilfe der Schaltflächen unten können Sie im Fragebogen weiterblättern. Ihre Angaben werden vertraulich behandelt und die Auswertung der Daten erfolgt anonymisiert, das heisst, es erfolgt kein Rückschluss auf einzelne Personen.

Bei Rückfragen oder technischen Problemen steht Ihnen Frau Andrea Niederhauser von Interface (Tel.: 041 226 04 24; E-Mail: niederhauser@interface-politikstudien.ch) gerne zur Verfügung.

Einleitend bitten wir Sie um eine grundsätzliche Angabe.

Sind Sie während der letzten 12 Monate im Frontdienst tätig gewesen? F0

- ☐ Ja
☐ Nein

Wir danken Ihnen für die Bereitschaft zur Teilnahme. Die weitere Befragung richtet sich nur an Polizeiangeestellte im Frontdienst. Da wir Ihre Angaben zur Berechnung des Rücklaufs benötigen, klicken Sie bitte auf "Weiter" um die Befragung abzuschliessen.

TEIL 1

Im ersten Teil des Fragebogens interessiert uns, wie viele Vorfälle von Gewalt in Zusammenhang mit Alkohol während einer Woche in Ihrem Einsatzbereich geschehen. Bitte rufen Sie sich dazu die Woche von Montag, den 17. Juni bis und mit Sonntag 23. Juni 2013 so genau als möglich in Erinnerung.

Haben Sie mindestens an einem Tag diese Woche gearbeitet? F1

- ☐ Ja
☐ Nein, ich war die ganze Woche abwesend

Wann haben Sie in dieser Woche gearbeitet? F1.1

	tagsüber/abends (ca. 6 bis 22 Uhr)	nachts (ab ca. 22 Uhr)
Montag, 17. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Dienstag, 18. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mittwoch, 19. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Donnerstag, 20. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freitag, 21. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Samstag, 22. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonntag, 23. Juni	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Mit welchen Vorfällen/Delikten hatten Sie in dieser Woche zu tun? F2

Nehmen Sie diese Woche bitte auch dann als Grundlage, wenn Sie einen oder mehrere Tage abwesend waren. Wenn ein Vorfall mehreren Deliktskategorien zugeordnet werden kann, zählen Sie diesen zur schwersten Deliktskategorie.

Deliktskategorie	Ja	Nein
Ruhestörung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Streitigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sachbeschädigung/Vandalismus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nötigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drohung/Erpressung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tätlichkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Körperverletzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einbruch/Diebstahl	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Raub	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sexualdelikte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aussergewöhnliche Todesfälle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte geben Sie möglichst genau an, mit wie vielen Vorfällen Sie insgesamt in dieser Woche konfrontiert waren und in wie vielen dieser Vorfälle Alkohol im Spiel war (gemäss Ihrer Einschätzung). F2.1

Deliktskategorie

	Anzahl Vorfälle insgesamt	davon Anzahl Fälle mit Alkohol im Spiel
Ruhestörung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Streitigkeit	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sachbeschädigung/Vandalismus	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Notigung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Drohung/Erpressung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Tätlichkeit	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Körperverletzung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Einbruch/Diebstahl	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Raub	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sexualdelikte	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Aussergewöhnliche Todesfälle	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Handelte es sich dabei auch um Häusliche Gewalt? F2.2

- ☐ Ja
☐ Nein

Mit wie vielen Fällen von Häuslicher Gewalt waren Sie diese Woche konfrontiert?

Bei wie vielen davon war Alkohol im Spiel?

TEIL 2 (Version A)

Nun folgen einige Fragen, die sich auf einen einzelnen, konkreten Vorfall beziehen.

Erinnern Sie sich dazu bitte an den zeitlich letzten Vorfall in öffentlich zugänglichen Räumen (z.B. Strassen, Parks, Plätze, Bahnhöfe, Einkaufszentren, Schulgelände usw.), bei dem Ihrer Einschätzung nach Gewalt und Alkohol im Spiel waren. Häusliche Gewalt soll hier nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Vorfall muss sich nicht zwingend während der oben genannten Woche zugetragen haben. Nehmen Sie nicht extra einen Vorfall, der besonders typisch ist für den Zusammenhang von Alkohol und Gewalt. Es kann sich bei dem Vorfall auch bloss um verbale Gewalt gehandelt haben.

Zu welcher der unten genannten Kategorien gehört der Vorfall? (Mehrere Antworten möglich) A1

- ☐ Ruhestörung
- ☐ Streitigkeit
- ☐ Sachbeschädigung/Vandalismus
- ☐ Nötigung
- ☐ Drohung/Erpressung
- ☐ Tötlichkeit
- ☐ Körperverletzung
- ☐ Einbruch/Diebstahl
- ☐ Raub
- ☐ Sexualdelikte
- ☐ Aussergewöhnliche Todesfälle

Welche Formen von Gewalt waren bei dem Vorfall im Spiel? (Mehrere Antworten möglich) A2

- ☐ Gewalt gegen Objekte
- ☐ Verbale Gewalt: Anschuldigungen, Beschimpfungen, Beleidigungen
- ☐ Psychische Gewalt: Drohung, Erpressung
- ☐ Körperliche Gewalt gegen Personen
- ☐ Es waren Waffen im Spiel
- ☐ Andere:

Handelte es sich dabei (auch) um Gewalt gegen Polizeibeamte? A2.1

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Handelte es sich um Gewalt zwischen verschiedenen Gruppen? A2.2

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiss nicht

Wann hat sich der Vorfall abgespielt? A3.1

- ☐ Montag bis Donnerstag
- ☐ Freitag
- ☐ Samstag
- ☐ Sonntag oder Feiertag

Zu welcher Tageszeit hat sich der Vorfall abgespielt? A3.2

- ☐ Tagsüber (zwischen 6 und 18 Uhr)
- ☐ Abends (18 bis 22 Uhr)
- ☐ Nachts (zwischen 22 und 6 Uhr)

An welchem Ort hat sich der Vorfall abgespielt? A4.1

- ☐ In einer Stadt
- ☐ In einer Agglomerationsgemeinde
- ☐ In einer ländlichen Gemeinde/Dorf
- ☐ Ausserhalb einer Ortschaft

In welchem Quartier hat sich der Vorfall abgespielt? A4.2

- ☐ Im Zentrum
- ☐ In einem Wohnquartier
- ☐ In einem Industriequartier
- ☐ Anderes Quartier:

Wo genau hat sich der Vorfall abgespielt? A4.2

- ☐ Auf einem Schulgelände
- ☐ In einem Einkaufszentrum
- ☐ In einem Bahnhof, an einer Bushaltestelle/S-Bahnstation usw.
- ☐ Auf einem öffentlichen Platz
- ☐ In einem Park
- ☐ Auf einer Ausgehmeile (Strasse in der Nähe von mehreren Clubs)
- ☐ Auf der Strasse sonst
- ☐ In einem öffentlichen Verkehrsmittel (Bus oder Bahn)
- ☐ In einem Gastronomiebetrieb
- ☐ Auf dem Polizeireal
- ☐ Anderes:

Kann der Ort des Vorfalls als Brennpunkt bezeichnet werden? ("Hotspot", z.B. ein Ort, zu dem Sie regelmässig ausrücken müssen) A4.3

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Hat sich der Vorfall im Rahmen einer Grossveranstaltung abgespielt? A5

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Um welche Art von Anlass handelte es sich? A5.1

- ☐ Sportanlass
- ☐ Musikanlass in Hallen/Stadien (z.B. Pop-Konzert)
- ☐ Musikanlass im Freien (Open-Air-Veranstaltung)
- ☐ Bar- oder Pubfestival
- ☐ Brauchtum oder Volksfest
- ☐ Demonstration
- ☐ Politischer Anlass
- ☐ Andere:

Wie viele Personen waren involviert in die Gewalthandlung? (Täter und Opfer, ohne allfällig betroffene Polizeiangehörige) A6

- ☐ 1 Person
- ☐ 2 Personen
- ☐ Kleinere Gruppe (3 bis ca. 10 Personen)
- ☐ Grössere Gruppe (11 bis 30 Personen)
- ☐ Sehr grosse Gruppe (mehr als 30 Personen)

Wie viele dieser Personen waren Täter? A6.1

- ☐ 1 Person
- ☐ 2 Personen
- ☐ Kleinere Gruppe (3 bis ca. 10 Personen)
- ☐ Grössere Gruppe (11 bis 30 Personen)
- ☐ Sehr grosse Gruppe (mehr als 30 Personen)
- ☐ Weiss nicht

Wer war alkoholisiert? (Mehrere Antworten möglich) A7

- ☐ Täter (mindestens eine/r)
- ☐ Opfer (mindestens eines)
- ☐ Drittperson (mindestens eine)
- ☐ Es war nicht klar zu erkennen, welche der alkoholisierten Personen Täter, Opfer oder Drittpersonen waren
- ☐ Weiss nicht

Wie alt war/en der/die Täter? (Mehrere Antworten möglich) A8.1

- ☐ Jünger als 16 Jahre
- ☐ 16 bis 18 Jahre
- ☐ 19 bis 24 Jahre
- ☐ 25 bis 34 Jahre
- ☐ 35 bis 64 Jahre
- ☐ Alter als 64 Jahre
- ☐ Weiss nicht

Welches Geschlecht hatte/n der/die Täter? A8.2

- ☐ (Ausschliesslich) männlich
- ☐ Mehrheitlich männlich
- ☐ Etwa gleichverteilt
- ☐ Mehrheitlich weiblich
- ☐ (Ausschliesslich) weiblich
- ☐ Weiss nicht

Wie alt war/en das/die Opfer? (ohne allfällig betroffene Polizeiangestellte) (Mehrere Antworten möglich) A9.1

- ☐ Jünger als 16 Jahre
- ☐ 16 bis 18 Jahre
- ☐ 19 bis 24 Jahre
- ☐ 25 bis 34 Jahre
- ☐ 35 bis 64 Jahre
- ☐ Alter als 64 Jahre
- ☐ Weiss nicht

Welches Geschlecht hatte/n das/die Opfer? (ohne allfällig betroffene Polizeiangestellte) A9.2

- ☐ (Ausschliesslich) männlich
- ☐ Mehrheitlich männlich
- ☐ Etwa gleichverteilt
- ☐ Mehrheitlich weiblich
- ☐ (Ausschliesslich) weiblich
- ☐ Weiss nicht

Wie haben Sie erkannt, dass Alkohol im Spiel war? (Mehrere Antworten möglich) A10

- ☐ Es wurde ein Alkoholtest durchgeführt.
- ☐ Es waren Flaschen/Büchsen mit Alkohol vor Ort zu sehen.
- ☐ Der Alkohol war bei den beteiligten Personen zu riechen.
- ☐ Der/Die Beteiligte/n zeigte/n Verhaltensauffälligkeiten, welche auf Alkoholkonsum schliessen lassen.
- ☐ Es wurde direkt nachgefragt.
- ☐ Ich vermute, dass Alkohol im Spiel war, ohne genau sagen zu können, warum.

Waren ausser Alkohol auch Drogen mit im Spiel? A11

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiss nicht

Haben Sie uns noch etwas mitzutellen zum Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum? A12

TEIL 2 (Version B)

Nun sind wir an einigen allgemeinen Einschätzungen interessiert.

Treten Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss an bestimmten Orten (z.B. Städte, Agglomeration) besonders häufig auf? B1

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiss nicht

Welche Orte sind besonders häufig betroffen? (Mehrere Antworten möglich) B1.1

- ☐ Städte
- ☐ Agglomerationsgemeinden
- ☐ Ländliche Gemeinden/Dörfer
- ☐ Ausserhalb einer Ortschaft

Welche Quartiere sind besonders betroffen? B1.1.1

- ☐ Stadtzentren
- ☐ Wohnquartiere
- ☐ Industriequartiere
- ☐ Andere:

Gibt es bestimmte öffentlich zugängliche Räume (z.B. Schulgelände, Bushaltestellen, Ausgehmeilen), wo Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss besonders häufig auftreten? B2

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiss nicht

Um welche öffentlichen Räume handelt es sich? (Mehrere Antworten möglich) B2.1

- ☐ Schulgelände
- ☐ Einkaufszentren
- ☐ Bahnhöfe, Bushaltestellen/S-Bahnstationen usw.
- ☐ Öffentliche Plätze
- ☐ Parks
- ☐ Ausgehmeilen (Strassen in der Nähe von mehreren Clubs)
- ☐ Strassen sonst
- ☐ Öffentliche Verkehrsmittel (Bus oder Bahn)
- ☐ Gastronomiebetriebe (drinnen)
- ☐ Polizeiareale
- ☐ Anderes:

Wie viele Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss finden an bekannten örtlichen Brennpunkten statt? ("Hotspots", z.B. Orte, zu denen Sie regelmässig ausdrücken müssen) B2.2

- ☐ Eher wenige (deutlich weniger als die Hälfte)
☐ Ungefähr die Hälfte
☐ Eher viele (deutlich mehr als die Hälfte)

Sind Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss in öffentlich zugänglichen Räumen zu bestimmten Jahreszeiten besonders häufig? B3

- ☐ Ja
☐ Nein
☐ Weiss nicht

Zu welchen Jahreszeiten sind Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss besonders häufig? (Mehrere Antworten möglich) B3.1

- ☐ Sommer
☐ Herbst
☐ Winter
☐ Frühjahr

Was sind für Sie Gründe für eine Saisonalität von Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss in öffentlich zugänglichen Räumen? (Mehrere Antworten möglich) B3.2

- ☐ Bei warmem Wetter sind mehr Leute draussen unterwegs.
☐ Bestimmte Grossveranstaltungen finden zu bestimmten Jahreszeiten statt.
☐ Andere:

Hat sich Ihrer Meinung nach die Bedeutung des Alkoholkonsums bei Gewalthandlungen in öffentlich zugänglichen Räumen in den letzten 5 Jahren verändert? (Nur eine Antwort möglich) B4

- ☐ Hat eher abgenommen.
☐ Ist ungefähr gleich geblieben.
☐ Hat eher zugenommen.
☐ Weiss nicht

Betrifft die Zunahme hauptsächlich bestimmte Delikt Kategorien? B4.1

- ☐ Ja
☐ Nein, ungefähr gleichverteilt
☐ Weiss nicht

Welche Deliktkategorien haben zugenommen? (Mehrere Antworten möglich) B4.1.1

- ☐ Ruhestörung
☐ Streitigkeit
☐ Sachbeschädigung/Vandalismus
☐ Nötigung
☐ Drohung/Erpressung
☐ Tötlichkeit
☐ Körperverletzung
☐ Einbruch/Diebstahl
☐ Raub
☐ Sexualdelikte
☐ Aussergewöhnliche Todesfälle
☐ Andere:

Betrifft die Zunahme hauptsächlich bestimmte Personengruppen als Täter? B4.2

- ☐ Ja
☐ Nein
☐ Weiss nicht

Welche Personengruppen haben als Täter besonders zugenommen? (Mehrere Antworten möglich) B4.2.1

- ☐ Männer
☐ Frauen
☐ Jugendliche unter 16 Jahre
☐ Jugendliche 16 bis 18 Jahre
☐ Junge Erwachsene (19 bis 24 Jahre)
☐ Erwachsene im erwerbstätigen Alter (25 bis 64 Jahre)
☐ Senioren/innen (älter als 64 Jahre)
☐ Schweizer/innen
☐ Ausländer/innen, wohnhaft in der Schweiz
☐ Ausländer/innen als Touristen/innen
☐ Andere:

Welche Massnahmen erachten Sie als wirkungsvoll zur Verringerung von Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss in öffentlich zugänglichen Räumen? (Mehrere Antworten möglich) B5

- ☐ Alkoholverkaufsverbote
☐ Örtlich/zeitlich beschränkte Verbote von Alkoholkonsum (z.B. bei Sportanlässen oder auf Schularealen)
☐ Abschaffung der Polizeistunde
☐ (Wieder-)Einführung der Polizeistunde
☐ Stärkere Polizeipräsenz, regelmässige Patrouillen
☐ Interventionsgruppen im öffentlichen Raum
☐ Offene, aufsuchende Jugendarbeit
☐ Erhöhung der Alkoholpreise
☐ Testkäufe
☐ Security-Konzepte der Clubs (z.B. Safer Clubbing)
☐ Umfassende Präventionskonzepte (z.B. Einbezug von Eltern)
☐ Informationskampagnen
☐ Andere:
☐ Weiss nicht

Wie häufig ist Ihrer Meinung nach Alkohol im Spiel, wenn es bei Grossanlässen zu Gewalthandlungen kommt? B7

Alkoholeinfluss bei Gewalthandlungen im Rahmen von

	Ist eher selten	Ist eher häufig	Weiss nicht
Bar- und Pubfestivals	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Brauchtum und Volksfesten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Feiertagen/Neujahr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportanlässen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grossen Vereinsanlässen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Demonstrationen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politischen Anlässen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Musikanlässen in Hallen/Stadien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Musikanlässen im Freien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderen:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Welche Gewalthandlungen unter Alkoholeinfluss sind bei Grossveranstaltungen besonders häufig? (Mehrere Antworten möglich) B8

- ☐ Ruhestörung
- ☐ Streitigkeit
- ☐ Sachbeschädigung/Vandalismus
- ☐ Nötigung
- ☐ Drohung/Erpressung
- ☐ Tötlichkeit
- ☐ Körperverletzung
- ☐ Einbruch/Diebstahl
- ☐ Raub
- ☐ Sexualdelikte
- ☐ Aussergewöhnliche Todesfälle
- ☐ Andere:
- ☐ Weiss nicht

Wie häufig haben gewaltbeteiligte Personen schon vor der Grossveranstaltung Alkohol getrunken ("Vorglühen", z.B. sehr stark oder schon sehr früh betrunken)? B9

"Vorglühen" bei

	Ist eher selten	Ist eher häufig	Weiss nicht
Bar- und Pubfestivals	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Brauchtum und Volksfesten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Feiertagen/Neujahr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportanlässen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grossen Vereinsanlässen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Demonstrationen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politischen Anlässen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Musikanlässen in Hallen/Stadien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Musikanlässen im Freien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderen:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Gibt es Altersgruppen, die an Grossveranstaltungen besonders häufig bei Gewalt unter Alkoholeinfluss beteiligt sind? B10

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiss nicht

Welche Altersgruppen sind das? (Mehrere Antworten möglich) B10.1

- ☐ Jünger als 16 Jahre
- ☐ 16 bis 18 Jahre
- ☐ 19 bis 24 Jahre
- ☐ 25 bis 34 Jahre
- ☐ 35 bis 64 Jahre
- ☐ Alter als 64 Jahre

Sind Männer besonders häufig bei Gewalt unter Alkoholeinfluss an Grossveranstaltungen beteiligt? B11

- ☐ Ja
- ☐ Nein, gleich häufig wie Frauen
- ☐ Nein, weniger häufig als Frauen
- ☐ Weiss nicht

Wie oft waren Sie in den letzten 12 Monaten bei Grossveranstaltungen im Einsatz? B6

- ☐ Nie
- ☐ Selten (bis zu drei Mal)
- ☐ Häufig (mehr als drei Mal)

Haben Sie uns noch etwas mitzuteilen zum Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum? B12

TEIL 3

Abschliessend bitten wir Sie noch um einige allgemeine Angaben zu Ihrer Person.

Geschlecht F3

- ☐ Männlich
☐ Weiblich

Wie lange arbeiten Sie bereits bei der Polizei? F4

Jahre

Bei welchem Polizeikorps arbeiten Sie? F5

- ☐ Police Cantonale de Genève
☐ Luzerner Polizei
☐ Kantonspolizei Bern
☐ Stadtpolizei Zürich

Bitte nennen Sie uns die Postleitzahl Ihrer Wache/Ihres Polizeipostens. F6

In welchem Einsatzbereich sind Sie zurzeit hauptsächlich tätig? F7

- ☐ Land
☐ Agglomeration
☐ Stadt
☐ Bahnhof
☐ Anderes:

Vielen Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit! Um die Befragung abzuschliessen, klicken Sie bitte auf "Speichern".

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Andrea Niederhauser von Interface gerne zur Verfügung (Tel. 041 226 04 24;
E-Mail: niederhauser@interface-politikstudien.ch)

FRAGENKATALOG EXPERTENGESPRÄCHE

1. Bitte stellen Sie sich kurz vor (Institution, Funktion)
2. Welchen Bezug haben Sie zum Thema Alkohol und Gewalt (im öffentlichen Raum)? Wie begegnet Ihnen das Thema im Arbeitsalltag?
3. Spielt Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum eine grosse, mittlere oder geringe Rolle? Warum ist das so?
4. Hat sich die Bedeutung von Alkohol bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum in den letzten 5 Jahren verändert? Warum ist das so?
5. *Gemäss den befragten Polizeiangehörigen sind verbale und körperliche Gewalt gegen Personen (Streitigkeiten, Ruhestörung, Tötlichkeit und Körperverletzung) typische alkoholassoziierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum. Meist sind demnach Männer zwischen 19 und 35 Jahren in Form von kleineren Gruppen involviert. Ausgehmeilen, öffentliche Plätze oder die Strasse wurden als häufigste Orte beschrieben. Deckt sich diese Beschreibung mit Ihrer Wahrnehmung von typischen, alkoholassoziierten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum? Falls nein, was sehen Sie anders?*
 - 5a) Wie sieht es aus mit der Bedeutung von Alkohol bei Sachbeschädigung/Vandalismus?
 - 5b) Treten alkoholassoziierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum zu bestimmten Jahreszeiten häufiger auf? Falls ja, wann, und woran liegt das?
 - 5c) Können Sie uns etwas über typische Täter-Opfer-Konstellationen sagen? Gibt es typische, auslösende Momente für die Gewalt?
6. Was halten Sie von den genannten typischen Orten (Ausgehmeilen, öffentliche Plätze und die Strasse)? Gibt es weitere wichtige Orte? Was macht diese typischen Orte („Hot-spots“) aus? (Warum dort?)
7. Häufig stehen Vorfälle in den Städten im Vordergrund. Spielt auf dem Land oder in der Agglomeration Alkohol bei Gewalt im öffentlichen Raum eine grosse, mittlere oder kleine Rolle? *Falls gross/mittel:* Stellen sich die Gewalthandlungen dort anders dar als in den Städten?
8. Sind alkoholassoziierte Gewalthandlungen bei Grossveranstaltungen anders als sonstige alkoholassoziierte Gewalthandlungen? (Unterschied zum „Alltagsgeschäft“, z.B. Art der Gewalthandlung, Art des Konsums, Personen, Orte)
9. Welche Massnahmen erachten Sie als wirkungsvoll zur Verringerung von Gewalt unter Alkoholeinfluss in öffentlich zugänglichen Räumen? Aus welchen Gründen?
10. Gibt es gute Beispiele aus der bestehenden Praxis? Was zeichnet diese aus?
11. Gibt es schlechte Beispiele? Wieso haben diese sich nicht bewährt?
12. Was halten Sie von der Darstellung des Themas in den Medien?

A3 LISTE INTERVIEWPARTNER/-INNEN

DA 8: Interviewpartner/-innen

Name	Institution, Funktion
Praxis (Sicherheit)	
Ueli Caluori	<i>Stadtpolizei Chur:</i> Polizeikommandant, Mitglied der Schweizerischen Vereinigung städtischer Polizeichefs (SVSP)
Roman Dellsperger	<i>Sicherheit, Intervention, Prävention (SIP) Zürich:</i> Teamleiter
Christian Fricker	<i>SBB AG, Immobilienbewirtschaftung:</i> Fachspezialist Bahnhofmanagement
Anton Häfliger	<i>Sicherheit, Intervention, Prävention (SIP) Luzern:</i> Bereichsleiter
Kuno Leuenberger	<i>SBB AG, Transportpolizei:</i> Chef der Stützpunkte Chur, St. Gallen, Rapperswil
Erwin Waltisberg	<i>Securitas AG:</i> Regionaldirektor Luzern
Praxis (Sozial-/Jugendarbeit)	
Alexander Bücheli	<i>Jugendberatung Streetwork Stadt Zürich:</i> Stv. Betriebsleiter
Salvatore Cassara	<i>Fondation genevoise pour l'animation socioculturelle (FASe):</i> Travailleur social hors mur
Philipp Frei	<i>Blaues Kreuz, Bereich Prävention und Gesundheitsförderung,</i> <i>Projekt wertikal (Fachbereich Alkohol und Gewalt), Bern:</i> Leiter <i>Offene Jugendarbeit Region Laufen:</i> Leiter
Jürg Häberli	<i>Jugendamt der Stadt Bern:</i> Abteilungsleiter Verantwortlicher Prävention, Intervention, Toleranz (PINTO)
Peter Menzi	<i>Infodrog, Bern:</i> Stv. Leiter
Christian Wilhelm	<i>Radix Suisse Romande:</i> Fachexperte
Wissenschaft	
Dr. Gerhard Gmel	<i>Sucht Schweiz:</i> Leiter Suchtmonitoring <i>Universitätsspital Lausanne, Alkoholbehandlungszentrum:</i> Assistenzprofessor
Prof Dr. jur. et lic. phil Martin Killias	<i>Universität Zürich, Rechtswissenschaftliches Institut:</i> Ordinarius für Straf- und Strafprozessrecht unter Einschluss von Kriminologie

Name	Institution, Funktion
Prof. Dr. Aristomenis Konstantinos Exadaktylos	<i>Inselspital Bern:</i> Direktor und Chefarzt Universitäres Notfallzentrum
Dr. Sara Landolt	<i>Universität Zürich, Departement Geographie:</i> Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Verwaltung/Verbände	
Maria-Luisa Zürcher-Berther	<i>Schweizerischer Gemeindeverband:</i> Stv. Direktorin <i>Umsetzungsplan für das Gesamtschweizerische Programm Jugend und Gewalt:</i> Mitglied Steuergruppe (Delegation der Städte und Gemeinden)
Lic. rer. pol. Martin Boess	<i>Schweizerische Kriminalprävention:</i> Geschäftsleiter
Barbara Spalinger	<i>Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV:</i> Vizepräsidentin

A4 MITGLIEDER DER BEGLEITGRUPPE UND KONTAKT PERSONEN DER POLIZEIKORPS

Mitglieder der Begleitgruppe

Philipp Frei, Blaues Kreuz, Projekt vertikal, Offene Jugendarbeit Region Laufen

Martin Boess/Chantal Billaud, Schweizerische Kriminalprävention (entschuldigt bei der Diskussion der Ergebnisse)

Hannes Blatter, Luzerner Forum für Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit (entschuldigt bei der Diskussion der Ergebnisse)

Kontaktpersonen Polizeikorps

Susann Birrer, Stadtpolizei Zürich

Peter Giger/Romeo Wälti, Kantonspolizei Bern

René Kirchhofer, Luzerner Polizei

Didier Froidevaux, Police Cantonale de Genève (entschuldigt bei der Diskussion der Ergebnisse)

IMPRESSUM

Das Projektteam setzt sich aus Birgit Laubereau (Gesamtprojektleitung), Andrea Niederhauser und Franco Bezzola zusammen. An der qualitativen Datenerhebung waren zudem Nadja Beeler (Interface) und Ilja Fanghänel (Hochschule Luzern) massgeblich beteiligt.

Birgit Laubereau, Dr. med. und MPH (Interface)

Birgit Laubereau ist Ärztin mit klinischer Erfahrung im Bereich Innere Medizin und Pädiatrie. 2001 schloss sie den postgradualen Studiengang Master of Public Health mit quantitativ-methodischem Schwerpunkt in München (D) ab. Sie war dann mehrere Jahre mit Design und Koordination verschiedener klinisch-epidemiologischer Studien und der statistischen Analyse der Daten befasst. Von 2004 bis 2008 konzipierte und analysierte sie verschiedene bevölkerungsweite Erhebungen zur Schaffung datenbasierter Grundlagen für Entscheide des bayerischen Gesundheitsministeriums. Seit 2009 ist sie bei Interface tätig.

Andrea Niederhauser, lic. ès lettres und MPH (Interface)

Andrea Niederhauser hat an der Universität Lausanne Religions- und Sozialwissenschaften studiert. Von 2008 bis 2009 bildete sie sich an der Boston University in den USA im Bereich Social and Behavioral Sciences zum Master of Public Health weiter. Anschliessend war sie zwei Jahre lang als Projektmanagerin im Department of Health Policy and Management der Boston University angestellt, wo sie zwei Forschungsprojekte zur Qualitätsverbesserung in Spitälern betreute. Seit 2011 ist sie bei Interface tätig, wo sie vorwiegend an Projekten im Bereich Gesundheit mitarbeitet.

Franco Bezzola, dipl. Soziokultureller Animator/FH Luzern; lic. phil I (Hochschule Luzern – Soziale Arbeit)

Franco Bezzola studierte an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit Soziokultur (Abschluss 2001) und an der Universität Basel Soziologie, Medienwissenschaften und empirische Kulturwissenschaften (Lizentiat 2010). Von 1996–2002 arbeitete er als Jugendarbeiter in der Stadt Baden und von 2003–2008 hatte er die Leitung des Fachbereichs Jugend bei Mega!phon inne, einer Fachstelle der Stadt Zürich für Kinder- und Jugendpartizipation. Ab 2010 arbeitete er an der Universität Basel mit an der Entwicklung des Lehrschwerpunktes Stadtforschung und Stadtethnografie im Rahmen der IBA 2020 und hatte einen Lehrauftrag für das Forschungsseminar zum Thema „Imaginationen der Stadt. Zur Herstellung der vielschichtigen Herstellungsprozesse der Stadt Basel“, bis er 2012 die Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Soziokulturelle Entwicklung antrat.

WEITERE INFORMATIONEN

INTERFACE

Politikstudien Forschung Beratung

Seidenhofstr. 12

CH-6003 Luzern

Tel +41 (0)41 226 04 26

www.interface-politikstudien.ch

HOCHSCHULE LUZERN – SOZIALE ARBEIT

Institut für Soziokulturelle Entwicklung

Werftestrasse 1

Postfach 2945

CH-6002 Luzern

Tel +41 (0)41 367 48 48

www.hslu.ch

PROJEKTPREFERENZ

Luzern, 22. Januar 2014

Projektnummer: P12-32

Anlage 11

Statistiken der Stadt Göttingen zum Alkoholverbot – Antwort vom 23.07.2014 auf eine Anfrage zu Erfahrungswerten und statistischen Entwicklungen

Alkoholverbot Nikolaistraße / Nikolaikirchhof

1. Welche Umstände machten den Erlass des Alkoholverbots notwendig? Konkrete Zahlen über Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Platzverweise, sonstige Ordnungsstörungen

- Ständige Anwohnerbeschwerden wegen Lärmbelästigung und Verschmutzung der Straßen (Müll)
- Verstöße nach dem Jugendschutzgesetz
- Sachbeschädigung, Vandalismus, Pöbeleien, Schlägereien

Polizeiinspektion Göttingen

Statistik 2010 (alle polizeilichen Einsatzanlässe)

Nikolaistraße / Nikolaikirchhof

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Straftaten	20	33	32	40	125
OWI	6	15	4	6	31
Sonstige Ereignisse	6	23	17	19	65

Polizeiinspektion Göttingen

Statistik 2011 (alle polizeilichen Einsatzanlässe)

Nikolaistraße / Nikolaikirchhof

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Straftaten	47	40	33	35	155
OWI	13	10	2	5	30
Sonstige Ereignisse	23	19	12	16	70

Straftaten in der Nikolaistraße / Nikolaikirchhof im Jahr 2010 mit und ohne Bezug „Party-Meile“

	Straftaten mit Bezug „Party-Meile“	Straftaten ohne Bezug „Party-Meile“
1. Quartal	16	4
2. Quartal	20	12
3. Quartal	22	10
4. Quartal	28	12
Gesamt	87	38

Straftaten in der Nikolaistraße / Nikolaikirchhof im Jahr 2011 mit und ohne Bezug „Party-Meile“

	Straftaten mit Bezug „Party-Meile“	Straftaten ohne Bezug „Party-Meile“
1. Quartal	44	6
2. Quartal	28	11
3. Quartal	17	14
4. Quartal	29	5
Gesamt	119	36

Detaillierte Auswertung aller Straftaten in Bezug auf die „Party-Meile“ Nikolaistraße / Nikolaikirchhof

	Quartal 1 - 4 (2010)	Quartal 1 - 4 (2011)	Quartal 1 - 4 (2012)	01.01. - 28.11 (2013)
Diebstahl allg.	24	30	36	15
Fahrraddiebstahl	7	4	3	8
Schwerer Diebstahl	4	1	5	
Unterschlagung	2			1
Sachbeschädigung	13	14	15	5
Körperverletzung	16	32	10	13
Gef. Körperverletzung	15	18	5	5
Raub		1	1	
Beleidigung		5	2	
Nötigung		1		
Betrug	1			1
Widerstand	2	4	2	1
Bedrohung	1		1	
Trunkenheit	1	4	5	1
Hausfriedensbruch	1			
Verstoß BtMG		5	3	
Fahrlässige Brandstiftung			1	
Gesamt	87	119	89	50

2. Wie entwickelten sich die Umstände nach dem Alkoholverbot in und außerhalb des Geltungsbereichs? Konkrete Zahlen

Statistik 2012

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Straftaten	30	37	23	28	118
OWI	7	6 + (46*)	2 + (37*)	2 + (46*)	17 + (129*)
Sonstige Ereignisse	6	12	12	11	41

* Ordnungswidrigkeiten-Anzeigen auf Grund des im Juni in Kraft getretenen Alkohol-Verzehrverbots in der Nikolaistraße / Nikolaikirchhof.

Statistik 2013

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Straftaten	21	22	12	14	69
OWI	2 + (3*)	9	4 + (5*)	1 + (2*)	16 + (10*)
Sonstige Ereignisse	10	16	8	7	41

Von den oben genannten Straftaten ergaben sich die Vorfälle mit Bezug auf die „Party-Meile“ wie folgt:

	2010	2011	2012	bis 31.10.2013
Straftaten	87	119	89	38
davon Sachbeschädigung	13	14	15	3
davon Körperverletzung	16	32	10	9
Davon gefährliche Körperverletzung	15	18	5	4

Straftaten in der Nikolaistraße / Nikolaikirchhof im Jahr 2012 mit und ohne Bezug „Party-Meile“

	Straftaten mit Bezug „Party-Meile“	Straftaten ohne Bezug „Party-Meile“
1. Quartal	21	9
2. Quartal	29	8
3. Quartal	17	6
4. Quartal	22	6
Gesamt	89	29

Straftaten in der Nikolaistraße / Nikolaikirchhof im Jahr 2013 mit und ohne Bezug „Party-Meile“

	Straftaten mit Bezug „Party-Meile“	Straftaten ohne Bezug „Party-Meile“
1. Quartal	14	7
2. Quartal	14	13
3. Quartal	10	2
4. Quartal	12	3
Gesamt	50	25

- Insbesondere die Körperverletzungsdelikte bei den Straftaten mit Bezug auf die „Party-Meile“ sind seit Bestehen der Alkoholverordnung ganz erheblich zurückgegangen.
- Anwohnerbeschwerden sind komplett ausgeblieben seit der Alkoholverordnung.
- Neben Lärmbelästigungen seien auch die übrigen Beschwerdepunkte wie zerbrochene Glasflaschen, Urinieren, Übergeben und Koten besonders im Bereich der Nikolaistraße stark zurückgegangen (Info der Anwohner)
- Außerdem haben sich jetzt auch andere Betriebe in der Nikolaistraße angesiedelt.
- 70 % weniger Gewaltdelikte im Bereich der Nikolaistraße (Spiegel 07.01.13).

3. Verlagerten sich die alkoholbedingten Probleme infolge des Alkoholverbots an andere öffentliche Orte der Stadt? Fall ja, in welchem Ausmaß und an welchen öffentlichen Orten

- Zwar sei ein Teil derjenigen Party-Szene, die sich lieber an Kiosken als in teuren Diskotheken mit Getränken versorgen, auf andere Plätze in der Innenstadt ausgewichen. „Es gab aber keinen Verdrängungseffekt, der zu erheblichen Problemen andernorts geführt hätte“, sagte Göttingens Polizeidirektor Gerd Hujahn am Freitag der HAZ. (HAZ 04.01.14)

4. Welche Erwägungen führten dazu, dass die Geltungsdauer des Alkoholverbots nicht verlängert wurde?

- Die Verwaltung und die Polizei hat die unbefristete Laufzeit der Verordnung empfohlen (GT 30.11.13)
- Kritiker deuteten auf die Verletzung der Grundrechte hin (GT 30.11.13)
- Stadtrat konnte sich nicht zu einer Verlängerung des Alkoholverbots durchringen, die Schlüsselrolle spielte dabei die Grünen-Ratsfrau Katrin Reuter, die anfangs ihre grundsätzliche Ablehnung des Verbots erklärt hatte. Die Linke, die SPD und die Piratenpartei waren grundsätzlich gegen ein Alkoholverbot. Der ursprüngliche Antrag der Stadtverwaltung auf die unbefristete Laufzeit der Verordnung wurde abgelehnt (GT 14.12.13).
- Laut SPD Fraktionschef Frank Peter Arndt habe die Verordnung bereits gewirkt, er beruft sich dabei auf Statistiken von der Polizei und des FB Ordnung (GT 10.12.13)

5. Wie erfolgt eine Kontrolle des Alkoholverbots?

- Regelmäßige Kontrollen (GT 30.11.13) → dadurch auch deutlich weniger Müll
- Allein der Stadtordnungsdienst hat 2013 sieben Kontrollen in den von dem Verbot betroffenen Zeiten durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass das Alkoholverzehrverbot inzwischen weitestgehend beachtet wird.

Kontrolle in der Nikolaistraße: 21.07.12, 0:20 – 2:10 Uhr, Polizei (3 Mitarbeiter) mit dem FB Ordnung (2 Mitarbeiter)

Vorkommnisse:

- 40 Personen wurden in der Zeit mit Alkoholika angetroffen
- Die Personalien dieser Personen wurden aufgenommen
- Die Personen wurden belehrt / verwahrt
- Ca. 75% der Betroffenen waren einsichtig
- Radfahrer/innen wurden von der Polizei mündlich verwahrt (Fahren ohne Beleuchtung, Fahren entgegen der Einbahnstraße)
- Es wurde eine Hundeführerin zwecks Hundesteuermarke überprüft (da die Hundemarke fehlte, mussten die Personalien aufgenommen werden)

Probleme:

- Es ist nicht möglich, alle Verstöße zu ahnden bzw. alle Personalien aufzunehmen
- Bei großen Gruppen ist die Kontrolle sehr schwierig (Beweisführung)
- Das kontrollierende Personal wird auseinandergerissen und muss teilweise den Verstoß ohne Unterstützung aufnehmen (Stichwort: Zeuge)
- Teilweise sind die Gespräche sehr zeitintensiv (Erklärung des Problems)
- Angetrunkene Personen sind zumeist uneinsichtig und streitsüchtig (kommen teilweise auch nicht der Aufforderung nach, überhaupt stehen zu bleiben)
- Teilweise werden Kolleginnen und Kollegen verspottet und ausgelacht

- Außerhalb der Verbotzone wird provokativ getrunken und dabei gestichelt / beleidigt
- Für das Ahnden anderer Verstöße ist kaum Spielraum (z.B. Radfahrer ohne Licht, unerlaubte Abfallentsorgung, Jugendschutz)
- Die Kioskbetreiber erschweren die Arbeit (z.B. sie verhindern nicht das Öffnen der alkoholhaltigen Flaschen in ihren Verkaufsräumen)
- Während der Kontrolle fahren viele Taxen mit weit überhöhter Geschwindigkeit durch die Nikolaistraße
- Viele ausländische Studenten (Stichwort: Verständnisschwierigkeiten)

***Zusatzantworten:

Obergerverwaltungsgericht weist Normenkontrollklage ab / Schutz der Anwohner überwiegt

➔ Urteil vom 30.11.12 – 11 KN 187/12 (GT 01.12.12)

GT = Göttinger Tageblatt (www.goettinger-tageblatt.de)

OWI = Ordnungswidrigkeit

HAZ = Hannoversche Allgemeine Zeitung



Projektbericht

"Sicherheit im öffentlichen
Raum" / "Polizeiverordnung
Alkoholkonsumverbot"

Auswertung der Erhebungsbogen
zur Vorbereitung eines Alkoholkonsumver-
bots an Brennpunkten

Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Freiburg, Führungs- und Einsatzstab, SB Kriminalitätsbekämpfung
Heinrich- von- Stephan-Straße 4
79100 Freiburg
Telefon: (0761) 882 - 4120
Telefax (0761) 882 - 4109

Autor: Reinhard Eble

Stand: 15.09.2011

© PD FR Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung des Herausgebers

Inhaltsverzeichnis

1. Historie	5
1.1. Alkoholkonsumverbot der Stadt Freiburg	5
1.2. Urteil des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	5
1.3. Reaktion des Innenministeriums	6
1.4. Projektauftrag	6
2. Statistische Auswertung der Rückläufe der Erfassungsbögen.....	7
2.1. Übersicht	7
3. Inhaltliche Auswertung der Erhebungsbogen	8
3.1. Frage 1: Örtlichkeit des Brennpunkts	8
3.2. Frage 2: Zielvorgabe für ein Alkoholkonsumverbot und Frage 7: Gruppierung eines potentiellen Brennpunkts	8
3.3. Frage 3: Beschreibung des Brennpunkts anhand objektiver Kriterien.....	9
3.3.1. Absolute Belastung	9
3.3.1.1. Erfasste Straftaten	9
3.3.1.1.1. Absolute Anzahl der Straftaten	9
3.3.1.1.2. Qualität der Straftaten	11
3.3.1.2. Erfasste Ordnungswidrigkeiten / sonstige Gefahren für die öffentliche Sicherheit / Belästigungen der Allgemeinheit	11
3.3.1.2.1. Anzahl der Ordnungswidrigkeiten	11
3.3.1.2.2. Qualität der Ordnungswidrigkeiten und Umfeld	12
3.3.2. Relative Belastung	12
3.3.3. Brennpunkt begünstigende Faktoren	14
3.3.4. Zeitliche Eingrenzung eines Brennpunkts	14
3.3.5. Personenanzahl, die auf das Vorhandensein eines Brennpunkts schließen lässt.....	14
3.3.6. Charakteristik des Brennpunkts	15
4. Vorschlag für eine Entscheidungshilfe	16
4.1. Allgemeines.....	16
4.2. Kriterien.....	17
4.2.1. Absolute Belastung; Anzahl der Straftaten/ Ordnungswidrigkeiten unter Alkoholeinfluss.....	17
4.2.2. Relative Belastung	18
4.2.3. Anzahl der regelmäßig anwesenden Personen	18
4.2.4. Belastung in zeitlicher Hinsicht	19
4.3. Verhältnismäßigkeitsprüfungen im Einzelfall.....	19

5. Gesamtergebnis	21
6. Anlage	23
6.1. Statistischer Überblick der Auswertung	23
6.1.1. Auswertung: absolute deliktische Belastung	23
6.1.2. Auswertung: absolute Belastung Ordnungsverstöße	24
6.1.3. Auswertung: relative Belastung	24
6.2. Erhebungsbogen	26

1. Historie

1.1. Alkoholkonsumverbot der Stadt Freiburg

Durch die Stadt Freiburg wurde am 22.07.2008 eine Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum erlassen. Der Geltungsbereich umfasste das Altstadtquartier zwischen Martinstor, Bertoldsbrunnen und dem Werdering. Dieser eng definierte Bereich ist Brennpunkt der Gewaltdelikte und Einsatzschwerpunkt der Polizeidirektion Freiburg. Das Alkoholverbot galt nicht nur auf öffentlichen Wegen und Plätzen sondern vielmehr in allen öffentlich zugänglichen Bereichen. Hierzu gehörten der Platz der Weißen Rose in der Universität und auch private Parkierungsflächen. In Gebäuden, in Gaststätten und auf konzessionierten Freisitzflächen galt das Verbot nicht.

Verboten wurde der Konsum alkoholischer Getränke und das mit sich führen alkoholischer Getränke, um diese im Geltungsbereich der Polizeiverordnung zu konsumieren. Die Regelung galt für die Nächte von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag sowie die Nächte vor gesetzlichen Feiertagen, jeweils zwischen 22:00 und 06:00 Uhr.

1.2. Urteil des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg

Gegen die Polizeiverordnung der Stadt Freiburg wurde Normenkontrollklage erhoben. Der VGH Mannheim hat mit Urteil vom 28.07.2009 (1 S 2200/08) entschieden, dass die Polizeiverordnung unwirksam ist.

1.3. Reaktion des Innenministeriums

Das Innenministerium hat Vertreter einiger Polizeidienststellen zu einer Besprechung am 19.11.2009 eingeladen, um mit Praxisvertretern mögliche Maßnahmen der Polizei bzw. der Kommunen zusammenzustellen und eine Grundlage für das weitere Vorgehen zu schaffen.

Gegenstand dieser Besprechung war auch das Thema "Polizeiverordnungen zur zeitlichen und räumlichen Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum". Aufgrund der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg, der eine entsprechende Polizeiverordnung der Stadt Freiburg für rechtswidrig erklärte, soll durch eine Änderung des Polizeigesetzes eine entsprechende Rechtsgrundlage zum Erlass solcher Polizeiverordnungen geschaffen werden.

Bei dieser Besprechung wurde seitens des Innenministeriums dargelegt, dass ein Regelungsvorschlag für ein Alkoholkonsumverbot an Brennpunkten mit einer fachlichen Konzeption unterlegt werden müsse, die konkretisiert und damit auch in der politischen Diskussion transparent macht, in welchen Situationen und ab welcher Schwelle ein Alkoholkonsumverbot an Brennpunkten aus Sicht der Polizei erforderlich ist. Auch als Orientierungshilfe wäre es notwendig, fachliche Kriterien zu erarbeiten, an Hand derer die Erforderlichkeit eines entsprechenden Verbots landesweit einheitlich beurteilt werden kann.

Sofern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, ist beabsichtigt, für die Dienststellen eine Art Leitfaden zu erarbeiten, in dem dargestellt wird, welche Einzelaspekte zur Vorbereitung einer solchen Polizeiverordnung zu dokumentieren sind.

1.4. Projektauftrag

Nachdem in der Besprechung vom 19.11.2009 festgehalten wurde, dass eine entsprechende Konzeption die strukturierte Erhebung einer Diskussionsgrundlage erfordert, wurde die Polizeidirektion Freiburg beauftragt, mittels eines Erhebungsbogens, der durch das Innenministerium Baden-Württemberg erstellt wurde, Erkenntnisse bei den Dienststellen im Land zur entsprechenden Thematik zu erheben.

Als Projektleiter wurde Herr Polizeidirektor Berthold Fingerlin benannt.

Die Dienststellen wurden gebeten, Örtlichkeiten zu benennen und zu beschreiben, bei denen aus deren Sicht die Erforderlichkeit für ein entsprechendes Verbot zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht und aus polizeilicher Sicht erfolgversprechend sein könnte.

Durch die Auswertung der gewonnenen Daten soll herausgearbeitet werden, in welchen Situationen und ab welcher Schwelle ein Alkoholkonsumverbot an Brennpunkten aus Sicht der Polizei erforderlich ist.

2. Statistische Auswertung der Rückläufe der Erfassungsbögen¹

Am 15. März 2010 wurden über die jeweiligen Regierungspräsidien alle Dienststellen im Land Baden-Württemberg mit der Bitte angeschrieben, den mit übersandten Erhebungsbogen bis zum 08.04.2010 der PD Freiburg ausgefüllt zurück zu senden.

2.1. Übersicht

Die Dienststellen meldeten für 30 Kommunen insgesamt 53 Örtlichkeiten, die als potentielle Brennpunkte in Betracht kommen könnten. Für Stuttgart, der größten Stadt Baden-Württembergs, und Mannheim wurde kein potentieller Brennpunkt mitgeteilt. Auch wenn die Daten keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, dürften sie für eine Abschätzung der Anwendungsfälle geeignet sein.

Im Einzelnen:

Regierungsbezirk	Kommunen	potentielle Brennpunkte
Stuttgart	7	11
Karlsruhe	8	15
Freiburg	5	9
Tübingen	10	18

¹ Siehe Anlage 6.2

3. Inhaltliche Auswertung der Erhebungsbo- gen

3.1. Frage 1: Örtlichkeit des Brennpunkts

Die Auswertung ergab, dass durch Einschätzung polizeilicher Sachbearbeiter in 5 Großstädten (Städte mit über 100.000 Einwohnern), in 6 Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern, in 14 Kommunen über 20.000 Einwohnern und in 5 Städten unter 20.000 Einwohnern mögliche Erscheinungsformen festzustellen sind, die einen entsprechenden Brennpunkt definieren könnten.

Dabei ist die Verteilung der potentiellen Brennpunkte über alle Regierungspräsidien gleichmäßig verteilt.

Die Größe der Brennpunkte variiert zwischen überschaubaren Plätzen, an denen sich zeitgleich bis zu 10 Personen aufhalten und Stadtgebiete mit mehreren Hektar Ausdehnung, in denen sich „Szenenpersonen“ im weitesten Sinne mit normalen Passanten vermischen.

In allen Fällen wurde der potentielle „Brennpunkt“ räumlich exakt bezeichnet.

3.2. Frage 2: Zielvorgabe für ein Alkoholkonsumverbot und Frage 7: Prägende Gruppierung eines potenti- ellen Brennpunkts

Bei der Frage, welche Ziele mit einem Alkoholkonsumverbot erreicht werden sollen, wurden in der Regel alle im Erhebungsbogen zur Auswahl gestellten Ziele angegeben.

Dies macht deutlich, dass in der Praxis beim Alkoholkonsumverbot mittelbar Motive mitschwingen, die keine oder nur bedingt eine polizeiliche Aufgabe darstellen. Dies unterstreicht zum einen die Notwendigkeit, das Vorliegen eines örtlichen Brennpunkts anhand objektiver Kriterien zu beurteilen. Zum anderen bietet sie einen Erklärungsansatz dafür, dass nach der Auswertung weniger als die Hälfte der gemeldeten Örtlichkeiten als Brennpunkte einzustufen waren.

- 27 Nennungen verwiesen auf die Alkoholiker-/Obdachlosenszene,
- 23 mal wurde die Party- und Diskoszene und
- 16 mal die BtM-Szene (mit Beikonsum Alkohol)

als ursächlich für einen Brennpunkt bezeichnet (die Differenz zur Zahl der mitgeteilten potentiellen Brennpunkte beruht auf Mehrfachnennungen).

Die inhaltliche Auswertung der vorgelegten Erhebungsbogen erbrachte zunächst kein einheitliches Bild und weist je nach Habitus des für den „Brennpunkt“ verantwortlichen Personenkreises eine Differenzierung zwischen Kriminalitätsbrennpunkt und ordnungspolizeilichem Brennpunkt aus.

An Brennpunkten, die der Party- und Diskoszene zugeordnet wurden, war die Belastung vorwiegend durch die dort registrierten Straftaten geprägt, weniger durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten.

An Brennpunkten, die der Alkoholiker- und Obdachlosenszene zugeordnet wurden, war die Belastung in erster Linie auf Begehung von Ordnungswidrigkeiten zurückzuführen.

3.3. Frage 3: Beschreibung des Brennpunkts anhand objektiver Kriterien

3.3.1. Absolute Belastung

3.3.1.1. Erfasste Straftaten

3.3.1.1.1. Absolute Anzahl der Straftaten²

Im Erhebungsbogen wurden für die absolute Belastung einer Örtlichkeit objektive, das heißt überprüfbare Kriterien verlangt, die sich im Bereich der

² Statistische Auswertung siehe auch Ziffer:6.1.1

Straftaten an relevanten Delikten³, im örtlichen Definitionsbereich, verübt im öffentlichen Raum und im kausalen Zusammenhang mit Alkohol orientieren.

Eine statistische Auswertung, basierend auf den vorgegebenen Parametern, war für die Dienststellen nicht ohne weiteres leistbar, da oftmals der potentielle Brennpunkt als Tatörtlichkeit in seiner räumlichen Ausdehnung PKS-mäßig (basierend auf Daten der polizeilichen Kriminalstatistik) nicht erfasst ist. Ferner lässt sich den Daten häufig nicht entnehmen, inwieweit die Straftaten alkoholbedingt waren. Bei der Ermittlung der Daten wurde daher auch auf Erfahrungssätze zurückgegriffen.

Von 53 beantworteten Evaluationsbögen enthielten 46 Angaben zur Anzahl der an den potentiellen Brennpunkten registrierten Straftaten.

Seitens der meldenden Organisationsebenen wurden potentielle Brennpunkte mit einer jährlichen absoluten Kriminalitätsbelastung von einstelligen bis zu dreistelligen Werten benannt.

Im Einzelnen:

Straftaten/ Jahr	Anzahl potentieller Brennpunkte
bis 20	24
21 bis 40	9
41 bis 100	8
101 bis 200	3
über 400	2
Summe	46

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass an 5 potentiellen Brennpunkten jährlich 100 Straftaten oder mehr registriert wurden. Das bedeutet, an diesen Örtlichkeiten werden wöchentlich mehrere Straftaten angezeigt.

Die absolute Belastung ist ein starkes Indiz, wenn zu den tatrelevanten Brennpunktzeiten, periodisch Delikte mit einer hohen Frequenz verübt werden, so dass wöchentlich mehrere entsprechende Delikte polizeilich registriert werden müssen.

Die absolute Belastung hängt jedoch auch von der räumlichen Ausdehnung der Örtlichkeit ab. Je größer die Fläche des Brennpunkts ist, desto mehr muss die Aussagekraft der absoluten Belastung durch ergänzende Betrachtung abgesichert werden. Dies kann zum einen ein hoher absoluter

³ Relevante Straftaten sind: Körperverletzungen, Raub/räuberische Erpressung, Freiheitsberaubung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, (sex.) Nötigung, Beleidigung, Verstoß BtMG

Belastungswert sein, der einen ausreichenden Sicherheitsabstand zum Mindestwert oder Regelvermutungswert aufweist. Zum anderen kann das Kriterium der relativen Belastung herangezogen werden.

3.3.1.1.2. *Qualität der Straftaten*

Bei der Auswertung der Erhebungsbögen drängte sich die Frage auf, in wie weit die aufgeführten Straftaten unter dem Aspekt Alkoholbeeinflussung typisch sind.

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen spielt Alkohol insbesondere im Zusammenhang mit der **Gewaltdelinquenz** eine herausragende Rolle.

Für das Vorliegen eines Kriminalitätsbrennpunkts können insbesondere die Delikte der Gewaltdelinquenz (Summenschlüssel Gewalt + einfache vors. KV), gegebenenfalls ergänzt um die der Sachbeschädigung, als Parameter herangezogen werden.

3.3.1.2. *Erfasste Ordnungswidrigkeiten / sonstige Gefahren für die öffentliche Sicherheit / Belästigungen der Allgemeinheit*

3.3.1.2.1. *Anzahl der Ordnungswidrigkeiten*

Für den Bereich der Ordnungswidrigkeiten liegen auf den jeweiligen Polizeidienststellen in der Regel keine durchgängig erhobenen und mit anderen Räumlichkeiten vergleichbaren Belastungszahlen vor. Im Gegensatz zur PKS⁴, in die die Anzahl der Straftaten statistisch Eingang findet, erfolgt bislang in den polizeilichen Dateien keine statistische und strukturierte Registrierung dieser Verstöße. Bei der Bewertung dieses Norm abweichenden Verhaltens ist man daher in den überwiegenden Fällen auf Schätzdaten der Polizeidienststellen angewiesen.

Im Einzelnen:

OWi/ Jahr	Anzahl potentieller Brennpunkte
bis 20	13
21 bis 40	3
41 bis 100	4

⁴ Polizeiliche Kriminalstatistik

101 bis 200	11
200 bis 500	5
Über 500	10
Summe	46

Um künftig die Einordnung einer Örtlichkeit als ordnungspolizeilichen Brennpunkt, basierend auf Ordnungswidrigkeiten zu erlangen, wird es erforderlich werden, Dienststellen intern auch solche belastbaren statistischen Daten zu erheben.

3.3.1.2.2. Qualität der Ordnungswidrigkeiten und Umfeld

Im Zusammenhang mit Alkoholkonsum wurden überwiegend Verstöße gegen § 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KrW-/AbfG⁵ (Wegwerfen bzw. stehen lassen von leeren Flaschen), verhaltensbedingter Lärm im Sinne § 117 OwiG und Belästigungen der Allgemeinheit, § 118 OwiG, insbesondere in Form des Urinierens an Hauswänden benannt, die einen Brennpunkt charakterisieren.

Die Intensität der Wahrnehmung von Störungen durch Begehung von Ordnungswidrigkeiten ist jedoch nicht in allen Fällen gleich ausgeprägt. Daher spielt es für das Vorliegen eines ordnungspolizeilichen Brennpunkts eine wichtige Rolle, in welchem **räumlichen Umfeld** sich die Ordnungswidrigkeiten ereignen. Die Nähe zu Kinder- und Jugendeinrichtungen wie Schulen oder Kindergärten, Stadtbild sensible Einrichtungen wie Touristenattraktionen oder Mahn- und Denkmäler, lassen Ordnungswidrigkeiten in einem anderen Licht erscheinen und greifen hier zum Teil in Aspekte der öffentlichen Ordnung ein.

3.3.2. Relative Belastung⁶

Neben der absoluten Belastung ist ein Brennpunkt auch dadurch gekennzeichnet, dass sich die Örtlichkeit hinsichtlich der Qualität und Quantität der verübten Delikte von seiner direkten Umgebung deutlich abheben muss.

Um letztlich eine Klassifizierung als Brennpunkt zu erreichen, muss die potentielle Räumlichkeit unter den Aspekten Anzahl der Delikte (Strafta-

⁵ Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz

⁶ Siehe auch Statistikteil Ziffer 6.1.2

ten/Ordnungswidrigkeiten) verübt auf der gekennzeichneten Fläche ins Verhältnis zu den verübten Delikten einer vergleichbaren Fläche oder des tangierten Stadtteils gesetzt werden und deutlich stärker belastet sein.

Durch die angeschriebenen Dienststellen wurden lediglich in 10 Fällen konkrete Angaben zur deliktischen Belastung durch Straftaten pro Fläche getätigt. Daher ist eine belastbare Aussage nur schwer zu treffen. Dies insbesondere auch deshalb, weil ein Bezug zu absoluten Deliktszahlen in noch weniger Fällen durchzuführen ist.

So ist, rein statistisch gesehen, die Mehrbelastung eines potentiellen Brennpunkts im Regierungsbezirk Tübingen um das 14fache und eines potentiellen Brennpunkts im Regierungsbezirk Karlsruhe um das 17fache mehr als erheblich, dies ist jedoch durch die absoluten Fallzahlen, bei Erstgenanntem wurden 10 und bei Zweitgenanntem 22 Straftaten als Bezugsgrößen genannt, unter dem Aspekt, Vorliegen eines Brennpunkts – „Frequenz eines Norm abweichenden Verhaltens“, wieder zu relativieren.

Eine beispielhafte Berechnung der Situation in Freiburg mit dem Gesamtstadtgebiet, dem Stadtteil Altstadt und dem sogenannten Bermudadreieck führt, basierend auf der sogenannten Gewaltdelinquenz, zu folgenden Ergebnissen.

Für die Stadt Freiburg wurde ein (Belastungs-)Faktor von 17,5, für die Altstadt ein Faktor von ca. 770 und für das sogenannte Bermudadreieck ein Faktor von ca. 5000 ermittelt.

Das besagt: im Vergleich zum umliegenden Stadtteil Altstadt ist das Bermudadreieck um das 6,5 fache belastet, im Vergleich zur Gesamtstadt um das nahezu 290-fache.

Die absoluten registrierten Fallzahlen waren: für die Gesamtstadt 2673, für den Stadtteil Altstadt 916 und für das sogenannte Bermudadreieck 448⁷.

Konkretere Aussage, bezogen auf absolute Zahlen und eine Differenzierung zwischen verübten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten lassen sich nicht treffen, da in der Regel durch die Dienststellen nur prozentuale Anteile in die Fragenbögen eingetragen wurden.

Als Ergebnis gilt es festzuhalten, dass sehr viel dafür spricht, dass ein Brennpunkt vorliegt, **wenn die 4 – 5 fache Belastung gegenüber der Vergleichsfläche vorliegt.**

⁷ Discoverer- Auswertung der sogenannten Gewaltdelinquenz für den Tatzeitraum 2009, erhoben am 21.04.2010, als relevante Straftaten wurde die Gewaltdelinquenz, bestehend aus den Delikten des Summenschlüssels 8920 (Gewaltkriminalität) und die einfache vorsätzliche KV (2240) herangezogen

3.3.3. Brennpunkt begünstigende Faktoren

Die Auswertung der Erhebungsbogen ergab, dass sich potentielle Brennpunkte dort etablieren, wo fördernde Infrastrukturen, etwa logistische Einrichtungen vorhanden sind.

Dies ist insbesondere die Nähe zu Verkaufsstellen, wo lange und kostengünstig Alkohol erworben werden kann. Auch Plätze mit Untersteh- und Sitzgelegenheiten oder parkähnlichem Charakter werden benannt.

Insbesondere die Obdachlosen- und Alkoholikerszene reflektiert auf ein solches Umfeld.

Auch die Nähe von Verkehrsknoten ist für die Ausbildung eines Brennpunkts offensichtlich relevant.

Unabhängig davon sind im Bereich der Party- und Diskoszene keine solchen fördernden Faktoren ersichtlich. Hier steht die Nähe zu den Etablissements und Vergnügungsstätten eindeutig im Vordergrund.

3.3.4. Zeitliche Eingrenzung eines Brennpunkts

Die Auswertung der Erhebungsbogen ergab, dass die definierten Räume als Kriminalitätsbrennpunkt zeitlich begrenzt sind. Das heißt, sie sind in der Regel für die Party- oder Diskoszene über das Wochenende ab Freitagabend bis Montagfrüh relevant.

Im Bereich der Obdachlosen- und Alkoholikerszene sind keine näheren zeitlichen Einschränkungen getroffen worden.

Insbesondere in den Sommermonaten werden Ausführungen zu Brennpunkten gemacht, wenn sich, in der Regel Jugendliche oder junge Erwachsene, auf öffentlichen Plätzen niederlassen, um zu feiern und Alkohol zu konsumieren.

3.3.5. Personenanzahl, die auf das Vorhandensein eines Brennpunkts schließen lässt

In den überwiegenden Fällen wurden Gruppengrößen von 10 bis 40 Personen als ständige Besucher einer Räumlichkeit genannt, die unter dem Aspekt der Personenanzahl, eine Örtlichkeit als Brennpunkt erscheinen lassen.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Alkohol- und Obdachlosenszene war die Anzahl der Personen, die sich ständig an der Örtlichkeit aufhalten, geringer und im niedrigen zweistelligen Bereich anzusiedeln.

Bei der Party- und Diskoszene konnte in der Regel keine genaue Personenanzahl genannt werden. Pauschal wurde von über 100 oder mehreren Hundert Personen gesprochen.

Ein Brennpunkt wird dadurch charakterisiert, dass an der Örtlichkeit der Einzelne als Individuum nicht mehr ohne weiteres erkenn- und identifizierbar ist, so dass von einer unüberschaubaren Personenmenge gesprochen werden muss.

Wann eine Personenmenge unüberschaubar ist, hängt nicht nur von der absoluten Zahl ab, sondern auch von der konkreten Örtlichkeit. Je unübersichtlicher, je verwinkelter sich die Räumlichkeit darstellt, desto unüberschaubarer erscheint die Personenmenge.

Als Orientierungswert dürfen mindestens 50 Personen zu fordern sein. Bei mehr als 100 Personen kann regelmäßig von einer Unübersichtlichkeit ausgegangen werden.

3.3.6. Charakteristik des Brennpunkts

Basierend auf der Auswertung der übersandten Erhebungsbogen wird deutlich, dass es im Kern zwei unterschiedliche Phänomene eines Brennpunkts gibt:

Zum einen der **ordnungspolizeiliche Brennpunkt**, basierend insbesondere auf der Alkohol- und Obdachlosenszene, der durch massive Ordnungswidrigkeiten im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auffällt, erschwert durch die Nähe zu sensiblen kommunalen Einrichtungen. Ihm ist zu Eigen, dass nur in wenigen Fällen eine so große Personenanzahl zusammen kommt, dass eine Örtlichkeit auf Grund der Personenzahl als Brennpunkt ausgewiesen werden könnte.

Neben der Alkohol- und Obdachlosenszene werden auch immer wieder Jugendcliquen für entsprechende Ordnungswidrigkeiten verantwortlich gemacht.

Deshalb werden regelmäßig im Vorfeld der Taxierung einer Örtlichkeit als Brennpunkt, zunächst ordnungs- und vollzugspolizeiliche Maßnahmen gegen erkannte einzelne Störer zu treffen sein, um die Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu unterbinden, bevor eine entsprechende Verfügung zum Alkoholkonsumverbot erlassen werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch die zeitliche Inanspruchnahme einer Räumlichkeit durch die entsprechende Klientel zu bewerten.

Zum anderen der **Kriminalitätsbrennpunkt**. Dieser ist geprägt durch eine hohe Anzahl von Gewaltdelinquenz, die unter Alkoholeinfluss verübt wird. In der Regel tritt dieses Phänomen wiederkehrend an Wochenenden im Bereich von Diskotheken oder vergleichbaren Einrichtungen auf. Die Klientel sind die Party- und Diskogänger, die außerhalb ihrer Szene normalerweise nicht durch Straftaten in Erscheinung treten.

4. Vorschlag für eine Entscheidungshilfe

Es wird vorgeschlagen, die nachfolgenden Kriterien als Entscheidungshilfe für das Vorliegen eines Brennpunkts heranzuziehen.

4.1. Allgemeines

- Die nachfolgende Entscheidungshilfe dient als Orientierungsrahmen und soll sicherstellen, dass die Entscheidung landesweit nach gleichen Kriterien erfolgt.
- Die Entscheidung, ob ein Brennpunkt vorliegt, bedarf einer Gesamtbeurteilung. Sie kann nicht rein schematisch und nur anhand quantitativer Faktoren erfolgen. Die statistischen Werte bedürfen ergänzender Absicherung und Bewertung anhand qualitativer Faktoren.
- Ferner ist die Einstufung als Brennpunkt durch anschauliche Beschreibungen der Zustände an der konkreten Örtlichkeit zu untermauern (z.B. Einsatzberichte, Bilder).
- Die quantitativen Angaben stellen **Orientierungswerte** dar.
- In Kriterium 1 und 2 spiegelt sich der ausreichende Anlass für den Eingriff durch ein Alkoholkonsumverbot wider. Die Orientierungswerte konkretisieren die Eingriffsschwelle unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten.
- Kriterium 3 und 4 stellen eine Konkretisierung des Erforderlichkeitsgrundsatzes dar.

4.2. Kriterien

4.2.1. Absolute Belastung; Anzahl der Straftaten/ Ordnungswidrigkeiten unter Alkoholeinfluss

- Eine leichte Belastungssituation ist nicht ausreichend.
- Ein Brennpunkt setzt eine **Mindestbelastung** in absoluter Hinsicht voraus. Mindestschwelle: 50 Straftaten/ Jahr oder 50 Ordnungswidrigkeiten/ Jahr
- Bei hoher absoluter Belastung (mehr als 100 Straftaten oder mehr als 100 Ordnungswidrigkeiten) spricht die Regelvermutung für das Vorliegen eines Brennpunkts
- Je höher die absolute Belastung ist, desto weniger fällt das Kriterium der relativen Belastung ins Gewicht.
- Ergänzend sind wertende Faktoren heranzuziehen:
 - Die absolute Belastung ist abhängig von der Fläche des Brennpunkts. Je größer die Fläche des Brennpunkts desto eher relativiert sich die absolute Zahl der Straftaten/ Ordnungswidrigkeiten. Dabei ist die Abweichung von der typischen Brennpunktfläche heranzuziehen.
 - Betrachtung der Kombination von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten
 - OWi wiegen weniger stark als Straftaten
 - Art, Gewicht der festgestellten Straftaten/ OWi
 - Bei OWi hängt die Wahrnehmung der Belastung auch von der Lage und Charakteristik der Örtlichkeit ab (z.B. Gewerbegebiet, Nähe zu Schule, Altenheim)

Absolute Zahl Straftaten/ OWi	Brennpunkt?
Leichte Belastung Kleiner 50/Jahr	Regelvermutung gegen Brennpunkt
Mittlerer Belastung 50 bis 100/Jahr	Vom Einzelfall abhängig Eingehende Begründung erforderlich
Hohe Belastung Mehr als 100/Jahr	Regelvermutung für Brennpunkt

4.2.2. *Relative Belastung*

- Es muss eine **deutliche Mehrbelastung** vorliegen.
- Als Orientierungswert für eine deutliche Mehrbelastung ist eine **4 bis 5fache Mehrbelastung** in Relation zu geeigneten Vergleichsflächen anzusetzen.
- Je geringer die absolute Belastung ist, desto weniger Aussagekraft hat auch das Kriterium der relativen Belastung (Extrembeispiel: Brennpunkt: 10 Straftat per anno; Vergleichsfläche: 2 Straftaten per anno → 5-fache Belastung)
- Das Kriterium „relative Belastung“ dient als Regulativ, das verhindern soll, dass bei mittlerer Kriminalitätsbelastung zu viele Brennpunkte in einer Kommune ausgewiesen werden.
- Die Abgrenzung des Brennpunkts und der Vergleichsflächen muss polizeifachlich begründet sein (Manipulationsgefahr), ggf. müssen mehrere Vergleichsflächen herangezogen werden.

4.2.3. *Anzahl der regelmäßig anwesenden Personen*

Einzelmaßnahmen gegen Störer sind grundsätzlich ein gegenüber dem Alkoholkonsumverbot milderer Mittel. Platzverweise, die repressive Ahndung von Verstößen etc. können aber dann **kein gleich geeignetes Mittel** darstellen, wenn die Polizei mit einer unüberschaubaren Zahl von Personen oder einem häufig wechselnden Personenkreis konfrontiert ist. Die polizeiliche Erfahrung zeigt, dass Einzelmaßnahmen in solchen Fällen trotz verstärkter Präsenz nicht ausreichend wirksam sein können, um die Belastungssituation im Brennpunktbereich in den Griff zu bekommen.

- Bei weniger als 50 Personen dürfte regelmäßig noch keine unüberschaubare Menschenmenge vorliegen.
- Bei Personenzahlen zwischen 50 und 100 muss im Einzelfall entschieden werden. Dabei sind ergänzend wertende Kriterien heranzuziehen.
 - Die Überschaubarkeit hängt von der **konkreten Örtlichkeit** ab (z.B. verwinkelte Gassen).
 - Für einen Brennpunkt spricht auch ein **häufig wechselnder Personenkreis** (repressive Maßnahmen entfalten kaum abschreckende Wirkung)
- Bei mehr als 100 Personen dürfte die Unübersichtlichkeit regelmäßig zu bejahen sein.

Anzahl Personen	Brennpunkt?
Kleiner 50	Regelvermutung gegen Unübersichtlichkeit
50 bis 100	Vom Einzelfall abhängig höherer Begründungsaufwand
mehr als 100	Regelvermutung für Unübersichtlichkeit

4.2.4. Belastung in zeitlicher Hinsicht

Das Vorliegen eines Brennpunkts hängt auch vom Ausmaß der Belastung in zeitlicher Hinsicht ab.

- Je häufiger und regelmäßiger die Situationen eintreten, die typischerweise zu den festgestellten Belastungen führen, desto eher kann von einem Brennpunkt ausgegangen werden (Leitbild in dieser Hinsicht: regelmäßige Partyszene an Wochenenden).
- Bei einmaligen Ereignissen, wie einzelnen Veranstaltungen, kommt die Annahme eines Brennpunkts nur ausnahmsweise in Betracht.

4.3. Verhältnismäßigkeitsprüfungen im Einzelfall

Bei der Abwägung der Interessen der Grundrechtsbetroffenen gegenüber dem mit dem Alkoholkonsumverbot verfolgten öffentlichen Interesse ist zu berücksichtigen, dass das Alkoholkonsumverbot zwangsläufig in die Grundrechte von Nichtstörern eingreift. Dies intensiviert den Grundrechtseingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG).

Unter Verhältnismäßigkeitsaspekten können folgende Gesichtspunkte eine Rolle spielen:

- Stufenweises Vorgehen. Situation konnte durch Einzelmaßnahme nicht spürbar verbessert werden (Dokumentation; Darlegungslast liegt bei der Polizei).
- Typisches Verhältnis Anzahl Störer und Nichtstörer im Brennpunktbereich.
- Größe der Fläche des Brennpunkts. Die Eingriffsintensität steigt mit zunehmender Fläche, die in den Definitionsbereich des Brennpunkts einbezogen wird.

- Wirksamkeit des AKV im konkreten Brennpunkt, d.h. wie sieht der konkrete Gewinn an Sicherheit im Verhältnis zur Grundrechtsbeeinträchtigung aus. Die Wirksamkeit kann durch den Alkoholkonsum in umliegenden Gaststätten etc. beeinträchtigt sein. Ggf. muss dies begleitend verifiziert werden und bei mangelnder Wirksamkeit das Verbot aufgehoben werden.
- Das Verbot ist zeitlich zu beschränken, wenn dies auf Grund der nur temporären Belastung angezeigt ist (häufig ist die Belastung in der Partyszene auf Freitagabend bis Montagfrüh begrenzt).

5. Gesamtergebnis

Für die Auswertung der übersandten Erhebungsbögen wurden auf Basis der vorgeschlagenen Entscheidungshilfe folgende Festlegungen getroffen

Kriterien für das Vorliegen eines Kriminalitätsbrennpunkts

wenn ☒ das 4- fache aller alkoholrelevanter Straftaten im Vergleich zur Bezugsregion an der bezeichneten Örtlichkeit anfällt

und ☒ jährlich mindestens 50 relevante Straftaten registriert werden

und ☒ eine unüberschaubare Menschenmenge die Charakteristik der Räumlichkeit prägt

und ☒ die Charakteristik der Räumlichkeit dauerhaft zu bestimmten Zeiten von Außenstehenden wahrnehmbar ist

Kriterien für das Vorliegen eines ordnungspolizeilichen Brennpunkts

wenn ☒ das 4 - fache aller alkoholrelevanter Ordnungswidrigkeiten im Vergleich zur Bezugsregion an der bezeichneten Örtlichkeit anfällt

und ☒ jährlich mindestens 50 relevante Ordnungswidrigkeiten registriert werden

und ☒ eine unüberschaubare Menschenmenge die Charakteristik der Räumlichkeit prägt

oder ☐ zusätzliche Schutzgüter wie Jugendschutz sensible Stadtbereiche Verkehrsknoten

und ☐ andere ordnungs- oder vollzugspolizeiliche Maßnahmen bereits erfolglos angewandt wurden

und ☒ die Charakteristik der Räumlichkeit dauerhaft zu bestimmten Zeiten von Außenstehenden wahrnehmbar ist

Unter zu Grundelegung dieser Entscheidungsraaster konnten **12 Brennpunkte** ermittelt werden, die sich in 6 Kriminalitätsbrennpunkte und 6 ordnungspolizeiliche Brennpunkte aufgliedern.

Das Ergebnis bedeutet nicht, dass keine weiteren Brennpunkte im Land Baden-Württemberg vorliegen. Es besagt lediglich, dass die vorgelegten Daten, nach dem dargestellten Raster keine weiteren Brennpunkte erkennen lassen.

Hinweis: Auch bei einer Modifizierung der Kriterien dürften sich kaum mehr als 20 bis 25 Brennpunkte ermitteln und rechtfertigen lassen.

gez.

Berthold Fingerlin, Polizeidirektor
Projektleiter

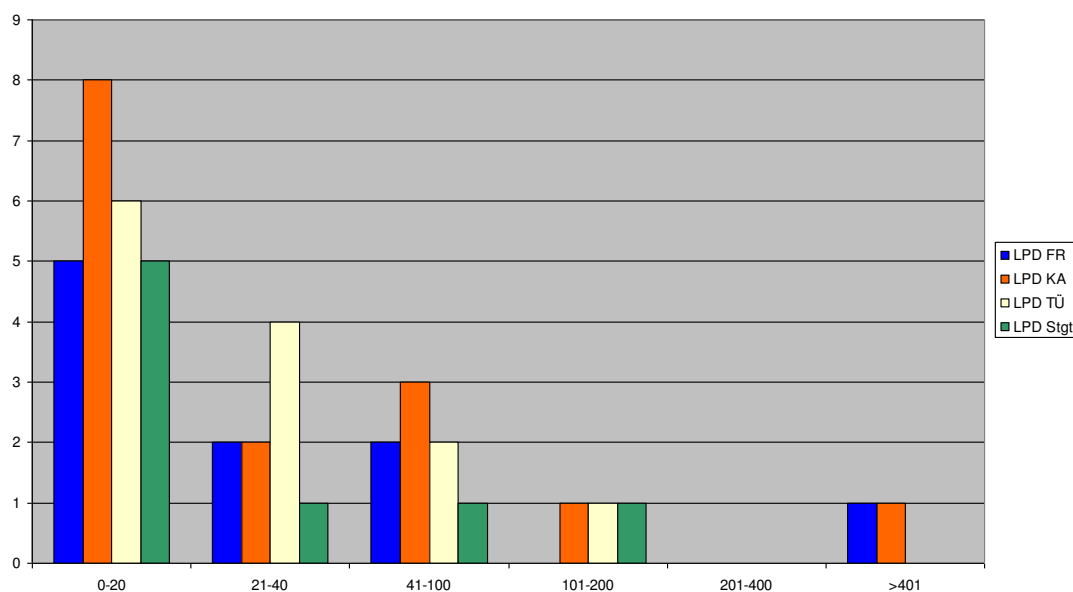
6. Anlage

6.1. Statistischer Überblick der Auswertung

Insgesamt wurden von 5 Großstädten 15 potentielle Brennpunkte benannt.
 6 Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern benannten 14 Brennpunkte.
 14 Städte über 20.000 Einwohner benannten 19 Brennpunkte und
 weitere 5 Städte (unter 20.000 Einwohnern) 6 potentielle Brennpunkte.

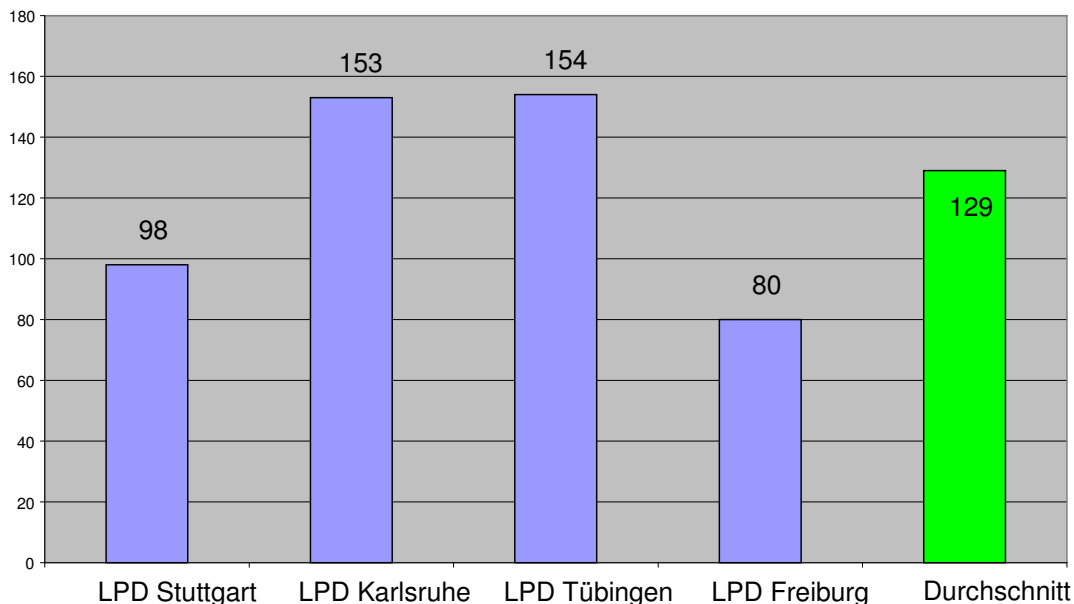
6.1.1. Auswertung: absolute deliktische Belastung

Übersicht Umfang der absoluten Straftaten an den gemeldeten potentiellen Brennpunkten



6.1.2. Auswertung: absolute Belastung Ordnungsverstöße

Anzahl geschätzter Ordnungsverstöße pro potentiellm Brennpunkt im Vergleich der LPD 'en



6.1.3. Auswertung: relative Belastung

Berechnungsbeispiel an Hand des Bermudadreiecks in Freiburg basierend auf den tatsächlichen Flächenangaben

Ausgehend von folgenden Größen ergibt sich für das Bermudadreieck die nachfolgende Musterberechnung.

Anzahl der relevanten Straftaten der Gesamtstadt Freiburg: 2673
Gesamt Fläche (FGSt): 153,1 ha

Anzahl der relevanten Straftaten des Stadtteils Altstadt: 916
Fläche des Stadtteils Altstadt (FStAl): 1,19 ha

Anzahl der relevanten Straftaten Bermudadreieck: 448
Fläche der Örtlichkeit Bermudadreieck (FBer): 0,09 ha

Nach der Formel: Delikte /Fläche

erhält man für

die Gesamtstadt: $2673 / 153,1 = 17,5$ **(BZ GSt)**

den Stadtteil Altstadt: $916 / 1,19 = 769,4$ **(BZ StAl)**

das Bermudadreieck: $448 / 0,09 = 4977,8$ **(BZ Ber)**

den jeweiligen Belastungsquotient. Werden die Verhältnisquotienten verglichen, weist der Belastungsquotient für das Bermudadreieck mit ca. 5000 den ca. 6,5 fachen Wert des Belastungsquotienten des Stadtteils Altstadt und ca. den 280 fachen Wert des Belastungsquotienten der Gesamtstadt auf.

6.2. Erhebungsbogen

Polizeidienststelle:
Brennpunkt: (fortlaufende Nr.)
Kurzbezeichnung/ Ort

Datum,
Tel.:
Bearbeiter:

Erhebungsbogen zur Vorbereitung eines „Alkoholkonsumverbots an Brennpunkten“

Die Erhebung dient dazu, eine Diskussionsgrundlage für die Beschreibung des Bedarfs eines Alkoholkonsumverbots an Brennpunkten (AKV) aus polizeifachlicher Sicht zu schaffen. Hierzu werden die Polizeidienststellen gebeten, Örtlichkeiten zu benennen und zu beschreiben, bei denen aus ihrer Sicht die Erforderlichkeit für ein AKV zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht und aus polizeilicher Sicht erfolgversprechend sein könnte.

1. Örtlichkeit des Brennpunkts

Möglichst präzise Benennung der Örtlichkeit; für jeden Brennpunkt bitte einen eigenen Erhebungsbogen verwenden; möglichst Auszug Stadtplan oder Skizze der Örtlichkeit beifügen; bitte auch die Anzahl der Personen benennen, die sich dort regelmäßig aufhalten;

Bsp.: Freiburg Bermudadreieck, (nicht Innenstadt Freiburg), Marktplatz Tübingen

.....
.....
.....
..

- ☐ großstädtischer Bereich (> 100.000 Einwohner)
☐ städtischer Bereich (zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner)
☐ eher kleinstädtischer, ländlicher Bereich (< 20.000 Einwohner)
☐ Einwohnerzahl:

2. Welche(s) Ziel(e) soll(en) durch das AKV an der unter Nr. 1 benannten Örtlichkeit erreicht werden?

- ☐ Verhütung von Straftaten
☐ Verhütung von Ordnungswidrigkeiten

- ☐ Vermeidung einer Beeinträchtigung des Stadtbildes (z.B. in Touristenstadt)
- ☐ Vermeidung einer Beeinträchtigung der Attraktivität der betroffenen örtlichen Geschäfte (Innenstadtlagen)
- ☐ Verhütung von Belästigungen der Allgemeinheit
- ☐ Erhöhung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung
- ☐ Fernhalten „problematischer“ sozialer Gruppen (Wohnsitzlose, Suchtkranke, Punks etc.)
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

3. Beschreibung des Brennpunkts anhand objektiver Kriterien

a) Absolute Belastung

Die „Belastung“ der benannten Örtlichkeit ist so präzise wie möglich qualitativ anhand **objektiv (überprüfbarer) Kriterien** zu beschreiben. Dabei ist Folgendes zu beachten:

Die Belastung muss **im örtlichen Definitionsbereich** (vgl. Nr.1) erfolgt sein.

Die Belastung muss **im öffentlichen Raum** begangen worden sein, also nicht in Gebäuden, auf die sich ein AKV nicht erstrecken kann.

Die Belastung muss einen **kausalen Bezug** zum AKV aufweisen (Alkohol muss bei der Entstehung der Belastung eine mitursächliche, auslösende, begünstigende oder begleitende Rolle spielen). Belastungen, die mit dem Alkoholkonsum in keinem Zusammenhang stehen, wie z.B. in Fällen häuslicher Gewalt, können nicht herangezogen werden.

Mögliche Kriterien sind aus der Tabelle unten ersichtlich. Die Tabelle kann durch weitere Kriterien ergänzt werden, die aus Sicht der Polizeidienststelle geeignet sind, die polizeirelevante Belastung der Örtlichkeit zu beschreiben.

Zudem ist das Ausmaß der Belastung innerhalb eines Jahres durch **Häufigkeitsangaben zu quantifizieren**. Für den Fall, dass an einem Brennpunkt nur in den Sommermonaten entsprechende Belastungen bestehen, kann als Bezugszeitraum auch ein halbes Jahr gewählt werden. Die Angaben zur Quantifizierung sind zwingend! Sie sollen soweit mit vertretbarem Aufwand möglich anhand von tatsächlich erfassten und belegbaren Daten erfolgen. Sofern dies nicht möglich ist, soll die Häufigkeit durch Befragung der Einsatzkräfte und Schätzung nach bestem Wissen und Gewissen ermittelt werden. Bei der Quantifizierung sind separate Schätzungen zum Dunkelfeld durchzuführen. Dadurch soll die ungefähre Größenordnung der Belastung ermittelt werden, die erfahrungsgemäß festgestellt werden könnte, wenn die Örtlichkeit gezielt und intensiv von der Polizei kontrolliert würde. Dadurch können auch Erkenntnisse gewonnen werden, ob und inwieweit in

der Praxis über einen gewissen Zeitraum auf ein Alkoholkonsumverbot für eine bestimmte Örtlichkeit hingearbeitet werden könnte.

Bei den Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbeständen kommt es darauf an, ob der objektive Tatbestand verwirklicht ist. Nicht erforderlich ist, dass der Täter, der Betroffene oder Störer (namentlich) ermittelt werden konnte oder ob die Person schuldhaft gehandelt hat.

Auf **unscharfe Kriterien**, wie Polizeieinsätze, Beschwerden, Streitigkeiten oder polizeiliche Maßnahmen (z.B. Gewahrsamnahmen, Platzverweise) ist nicht abzustellen. Aus diesen Angaben lässt sich nur indirekt und daher meist zu unscharf erkennen, welche Gefahrensituationen Anlass für die Maßnahmen/ Einsätze waren und welchen Gefährdungen daher mit einem Alkoholkonsumverbot konkret entgegengewirkt werden soll. Teilweise kann diesen Angaben nicht einmal entnommen werden, ob überhaupt eine Gefahr bestanden hat (z.B. Einsatz stellt sich als „Fehlalarm“ heraus).

Kriterien	Tatbestände	Quantifizierung (innerhalb eines Jahres/Halbjahres; bitte kenntlich machen!)	Realdaten (R) Schätzdaten(S)	Schätzungen zum Dunkelfeld
Straftaten	Körperverletzung			
	Raub/ Räuberische Erpressung			
	Freiheitsberaubung;			
	Sachbeschädigung			
	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte,			
	(sexuelle) Nötigung, Bedrohung			
	Beleidigung			
	(bitte ggf. weitere relevante Straftatbestände ergänzen)			
Summe				
Ordnungswidrigkeiten				

	§ 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KrW-/AbfG z.B. Wegwerfen bzw. stehen lassen von leeren Flaschen				
	§ 117 OWiG (verhaltensbedingter Lärm)				
	§ 118 OWiG (Belästigung der Allgemeinheit) z.B. Urinieren an Hauswände				
	§ 28 JuSchG (Verstöße gegen den Jugendschutz)				
	Bußgeldbewehrtes Verhalten in Polizeiverordnungen (bitte nähere Angaben zum Tatbestand machen und Kopie der RVO beifügen)				
	(bitte ggf. weitere relevante Bußgeldtatbestände ergänzen)				
	Summe				
Sonstige Gefahren für die öffentliche Sicherheit	z.B. Gesundheitsgefahr Verletzungsgefahr durch zerbrochene Glasflaschen				
	(bitte ggf. weitere				

		relevante Gefahren für polizeiliche Schutzgüter ergänzen)			
	Summe				
	Belästigungen der Allgemeinheit	Anpöbeln von Passanten			
		stark Betrunkene			
		Lärmbelästigung unterhalb der Bußgeldschwelle			
		(bitte ggf. weitere relevante Belästigung ergänzen)			
	Summe				
	Weitere Kriterien	(bitte ggf. weitere relevante Kriterien ergänzen)			

Ggf. Ergänzende Anmerkungen:

z.B. Angaben, ob die festgestellten Gewalttaten sich überwiegend innerhalb der Szene ereignen oder ob sie aus der Szene heraus (auf die Allgemeinheit) verübt werden; Antreffen von „Rucksacktrinkern“

.....

b) Relative Belastung?

Die Annahme eines Brennpunkts setzt voraus, dass sich die Belastung der Örtlichkeit **deutlich** von der an anderen Orten abhebt.

Das AKV hat einen örtlichen Bezug. Deshalb ist auf **Vergleichsorte** innerhalb derselben Stadt bzw. auf die **durchschnittliche Kriminalitätsbelastung** im betroffenen Stadtgebiet abzustellen. Um die relative Belastung besser beurteilen zu können sollen zwei Vergleichsflächen gewählt werden

-> Vergleichsfläche 1: Gesamtes Stadtgebiet
 -> Vergleichsfläche 2: Engere abgrenzbare Fläche um den Brennpunkt herum (z.B. Altstadt, Stadtteil XY, etc)

Sehr hohe absolute Belastungen dürften bereits für sich die Annahme eines Brennpunkts rechtfertigen. Die relative Belastung tritt in solchen Fällen als Rechtfertigungselement in den Hintergrund.

Je niedriger die festgestellte absolute Belastung ist, desto mehr kommt es auf den Vergleich mit der Belastung an anderen Orten an.

Angaben zur relativen Belastung:

Vergleichsfläche 1: Gesamtes Stadtgebiet	Vergleichsfläche 2: engere abgrenzbare Fläche um den Brennpunkt herum (; bitte konkret benennen, z.B. Altstadt, Stadtteil XY)
Bsp.: Das Bermudadreieck in Freiburg umfasst lediglich 2% der Stadtfläche, jedoch werden dort 30% der Straftaten begangen	

Ggf. Ergänzende Anmerkungen:

.....

.....

.....

.....

.....

4. Begünstigende Faktoren?

Lassen sich Umstände feststellen, die die Entstehung oder Verfestigung des Brennpunkts begünstigt haben bzw. die von den betroffenen Zielgruppen geschätzt werden?

z.B. billiger Alkoholnachschieb in unmittelbarer Nähe (Kiosk, Tankstelle), Sitzgelegenheit, Überdachung (Fußgängerunterführung), Nähe zu einer Substitutionspraxis („Druckräume“)

.....

.....

.....

.....

.....

5. Kommt neben dem Alkohol anderen Faktoren eine Bedeutung für Belastung des Brennpunktes zu?

.....

.....

.....

.....

6. Kann der Brennpunkt zeitlich eingegrenzt werden?

a) Dauerbrennpunkt (z.B. jedes Wochenende) oder eher punktueller Brennpunkt zu bestimmten Ereignissen?

.....

.....

b) Lassen sich klare zeitliche Schwerpunkte erkennen?
z.B. Freitag bis Sonntag, von 21 bis 5 Uhr (Partyszene)

.....

.

.....

.

c) Ggf. ergänzende Anmerkungen:

.....

.....

.....

7. Wird Brennpunkt durch eine bestimmte Szene(n)/ Gruppierung(en) geprägt?

- ☐ Alkoholikerszene
- ☐ Obdachlosenszene
- ☐ Btm-Konsumenten (mit Beikonsum Alkohol)
- ☐ Partyszene (im unmittelbaren Umfeld von Gaststätten)
- ☐ Diskoszene (im unmittelbaren Umfeld einer Diskothek)
- ☐
- ☐
- ☐

8. Sonstige Anmerkungen

.....

.....

.....

.



"Öffentliche Anhörung zu dem
Gesetzentwurf der Fraktion
der CDU zur Änderung des
Polizeigesetzes
- Drucksache 15/76 -

Stellungnahme der Polizeidirektion Freiburg

Stand: Februar 2012
Az.: PDFR/1211

Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Freiburg, Führungs- und Einsatz-
stab, SB Kriminalitätsbekämpfung
Heinrich- von- Stephan-Straße 4
79100 Freiburg
Telefon: (0761) 882 - 4120
Telefax (0761) 882 - 4109

Autor: Reinhard Eble

Stand: Februar 2012

© PD FR Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Zustim-
mung des Herausgebers

Inhaltsverzeichnis

1. Thesen zur Gewaltdelinquenz und der Wirksamkeit eines Alkoholkonsumverbots in der Stadt Freiburg.....	5
1.1. Gewaltdelinquenz.....	5
1.2. Bewertung der Wirkung des Alkoholkonsumverbots.....	7
 2. Grundlagen der vorstehenden Thesen.....	9
2.1. Phänomenologie der Gewaltdelinquenz in der Stadt Freiburg	9
2.1.1. Entwicklung der Gewaltdelinquenz	11
2.1.2. Ergebnisse der Wirksamkeitsstudie 2008	11
2.1.2.1. Täterphänomenologie	12
2.1.2.2. Opferphänomenologie	13
2.2. Konzeptionen der Polizeidirektion Freiburg zur Bekämpfung der Gewaltdelinquenz	14
2.2.1. Vorbemerkungen	14
2.2.2. Repressive Ausrichtung	14
2.2.2.1. Gewaltkonzeption Sichere Innenstadt	14
2.2.2.2. Aufenthaltsverbote in der Innenstadt	15
2.2.2.3. Konzeption GeWaCity2007	15
2.2.2.4. Erlass einer Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum vom 20.11.2007 ..	16
2.2.3. Präventive Konzepte	16
2.2.3.1. Gemeinsam gegen Gewalt – Hausverbot	16
2.2.3.2. Begleitende Suchtprophylaxe	17
2.2.3.3. Strikte Durchführung des Wohnortprinzips	17
2.2.3.4. Prüfung der Eignung im Hinblick auf Fahrerlaubnisse	18
2.3. Betrachtung der Entwicklung der Gewaltdelinquenz vor – während – und nach der Alkoholkonsumverbotsphase	19

1. Thesen zur Gewaltdelinquenz und der Wirksamkeit eines Alkoholkonsumverbots in der Stadt Freiburg

1.1. Gewaltdelinquenz¹

- **Bei dem Täterklientel handelt es sich überwiegend um Heranwachsende und sogenannte Jungerwachsene (> 80%)**
Präventivpolizeiliche Maßnahmen im Jugendbereich sind deshalb nur bedingt zielführend
- **Über 40% aller Tatverdächtigen haben ihren Wohnsitz nicht in der Stadt Freiburg**
Damit können durch Präventionskonzepte der Polizeidirektion Freiburg lediglich ein Teil der potentiellen Täter erreicht werden
- **Nur ein kleiner Teil der Täter (ca. 13%) war bereits zuvor wegen Gewaltdelinquenzdelikten aufgefallen**
Konzeptionen, die auf das Vorhandensein von Mehrfachtätern gestützt wurden (z.B. Stadtbereichsbetretungsverbot), waren daher nicht Ziel führend.
- **Opfer und Täter sind überproportional alkoholisiert**
- **Die Verletzungsintensität verhält sich analog zum Alkoholisierungsgrad**
Je höher der Alkoholisierungsgrad, desto schwerwiegender sind die erlittenen Verletzungen. Ursächlich dafür dürften die verlangsamten Reaktionen bzgl. der normalen Abwehrmechanismen des Opfers sein. Darüber hinaus sinkt die Hemmschwelle mit zunehmendem Alkoholkonsum, so dass es auch zu schwerwiegenderen Handlungen durch den Täter kommt.

¹ Wirksamkeitsstudie der Polizeidirektion Freiburg von ordnungs- und vollzugspolizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewaltdelinquenz im Bereich des so genannten Bermuda-Dreiecks in der Altstadt von Freiburg; Stand: Juni 2009

- **Die Durchführung von vollzugspolizeilichen Konzeptionen erfordert einen hohen Personalbedarf, der in der Regel ausschließlich durch Kräfte der Polizeidirektion Freiburg gestellt werden muss.**

Die in der Konzeption eingesetzten Beamten „fehlen“ bei der Bewältigung der Alltagsaufgaben.

1.2. Bewertung der Wirkung des Alkoholkonsumverbots

Das durch die Stadt Freiburg erlassene Alkoholkonsumverbot ist aus polizeilicher Sicht wie folgt zu bewerten:

es

- **ist als alleinige Maßnahme nicht ausreichend**
- **hat sich in Verbindung mit weiteren polizeilichen Maßnahmen als**
 - **adäquates**
 - **Ziel führendes**
 - **erforderliches und notwendiges Einsatzmittel bewährt**

weil es:

- **Rechtssicherheit beim polizeilichen Einschreiten vermittelte**
- **zu einer Reduzierung der Aggressivität und verbalen Gewaltausbrüchen gegenüber den einschreitenden Beamten führte**
- **eine Erhöhung der Eigensicherungskomponente durch die Reduzierung mitgeführter Gegenstände (Flaschen), die bei polizeilichen Maßnahmen als „Waffen“ eingesetzt werden können, bewirkte**
- **zu einer Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Besucher im Bermudadreieck führte**
- **nachweislich zu einer Reduzierung der Vermüllung der belegten Örtlichkeit beitrug**
- **mitbewirkte, dass dem starken Anstieg der Gewaltdelinquenz in der Stadt Freiburg und dem Stadtteil Altstadt, eine stabile Kriminalitätsentwicklung im ehemaligen Geltungsbereich des Alkoholkonsumverbots gegenüber steht**

Darüber hinaus

- **erhielt die Maßnahme positive Bewertungen durch eine große Anzahl der Bevölkerung**

Selbst einschlägige und betroffene Besucher des Bermudadreiecks, die zu relevanten Zeiten durch den Südwestfunk² zu dem Thema interviewt wurden, unterstützten die Maßnahme.

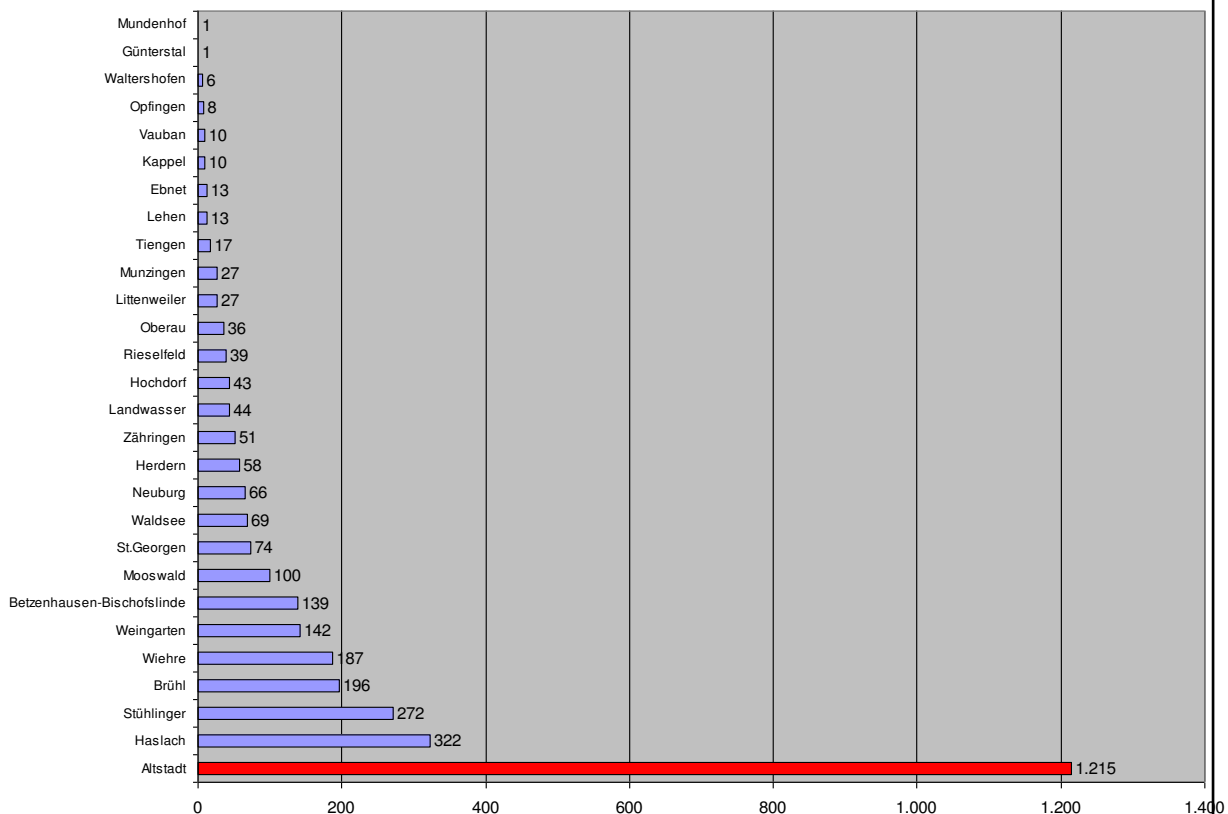
Dabei wurde in einem Ortstermin ein Vergleich gezogen, wie die Situation ein Jahr vor und wie sie sich nun während der Geltungsdauer des Alkoholkonsumverbots darstellt. Zu dem Thema wurden Passanten, Türsteher und beteiligte Polizeibeamte befragt

² Ausstrahlung am 05.02.2009 durch den SWR 3 anlässlich des 1 jährigen Bestehens des Alkoholkonsumverbots

2. Grundlagen der vorstehenden Thesen

2.1. Phänomenologie der Gewaltdelinquenz in der Stadt Freiburg

In der Stadt Freiburg ist seit Jahren ein stetiger Anstieg der Gewaltdelinquenz³ auf den öffentlichen Straßen und Plätzen zu konstatieren. Die Stadt Freiburg ist kommunalpolitisch in insgesamt 28 Stadtteile aufgeteilt, welche polizeistatistisch auch so abgebildet werden.

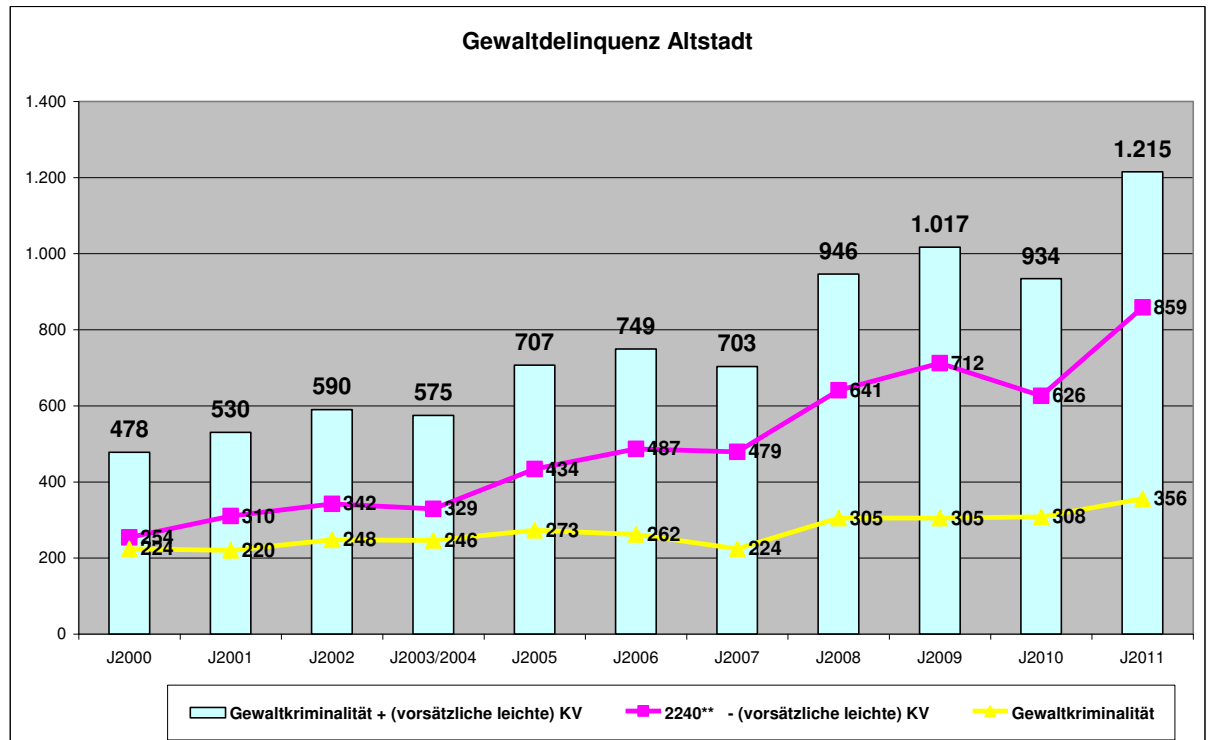


Über 36% dieser Straftaten⁴ ereigneten sich im Jahr 2011 im Stadtteil Freiburg-Altstadt.

³ „Gewaltdelinquenz“ umfasst die Delikte des Summenschlüssels 8920 und die Delikte der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung

⁴ 36,5% für das Jahr 2011, 31,3% für das Jahr 2010; im Jahr 2009 ca. 34%

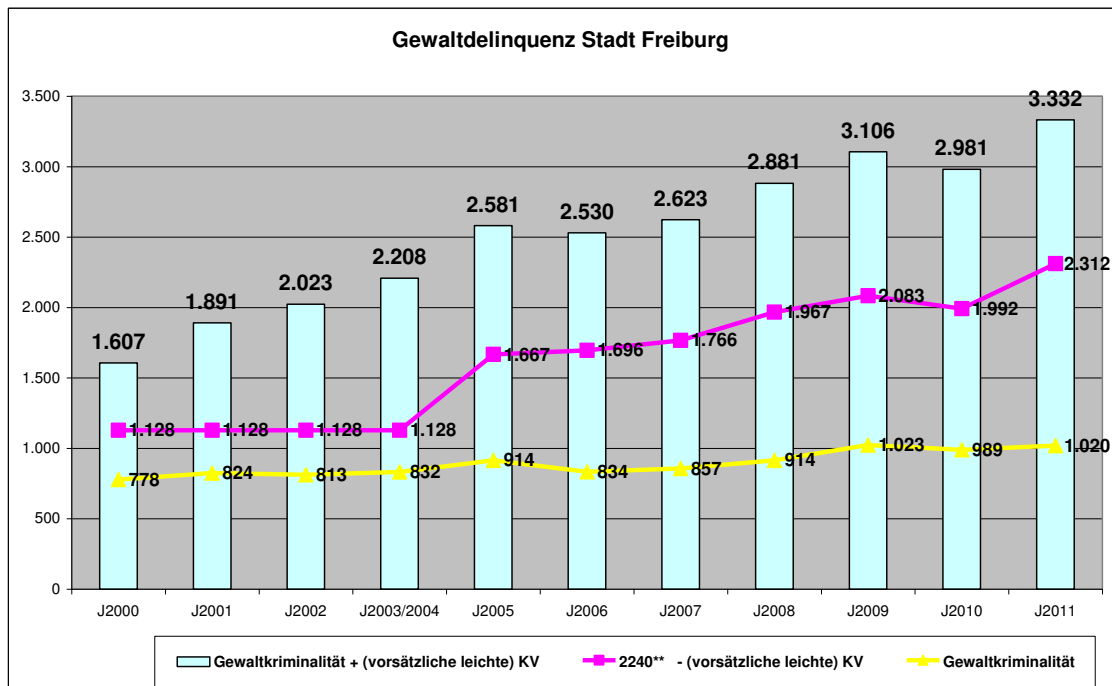
Seit Jahren ist zu beobachten, dass im Bereich der Altstadt eine Zunahme der Gewaltdelinquenz registriert werden muss.



Dies insbesondere im so genannten „Bermuda-Dreieck“⁵, einem eng umgrenzten Bereich in der absoluten Innenstadt, der durch eine Vielzahl von Gastronomiebetrieben und Discotheken geprägt ist. Der Anteil der Altstadt an der Gesamtfläche der Stadt Freiburg beträgt 0,8%; die Fläche des Bermudadreiecks 0,06%

⁵ Das sogenannte „Bermuda-Dreieck“ umfasst das Altstadtquartier zwischen Martinstor, Bertoldsbrunnen und dem Werderring

2.1.1. Entwicklung der Gewaltdelinquenz



Seit dem Jahr 2000 muss für die Gesamtstadt Freiburg bis zum Jahr 2011 eine Steigerung von ca. 108 % im o.g. Deliktsphänomen konstatiert werden. Dabei ist im Bereich der Altstadt eine Steigerung von ca. 154 % feststellbar⁶.

2.1.2. Ergebnisse der Wirksamkeitsstudie 2008

Um Ursachen und Umstände der Gewaltdelinquenz näher analysieren zu können, wurde durch die Polizeidirektion Freiburg im Jahr 2009 eine Auswertung aller im Untersuchungszeitraum 2008 im Stadtteil Freiburg-Altstadt registrierten 825 Fälle der Gewaltdelinquenz vorgenommen. Als Ergebnis können so belastbare Aussagen zu Tat und Täter getroffen werden⁷.

⁶ Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

⁷ Wirksamkeitsstudie der Polizeidirektion Freiburg von ordnungs- und vollzugspolizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewaltdelinquenz im Bereich des so genannten Bermuda-Dreiecks in der Altstadt von Freiburg Stand: Juni 2009

2.1.2.1. Täterphänomenologie

In der gesamten Altstadt konnten für den Auswertzeitraum⁸ 639 Beschuldigte festgestellt werden.

Dabei wurden 284 Tatverdächtige für das Bermuda-Dreieck und 355 für die Örtlichkeit Altstadt-Rest registriert.

Alter

Lediglich etwa **18% aller Tatverdächtigen sind Kinder und Jugendliche**. Die Gruppe der Heranwachsenden und die der Erwachsenen halten sich mit jeweils ca. 41% die Waage. Älter als 40 Jahre ist kaum ein Tatverdächtiger.

Die Aussage, die immer wieder getätigt wird, dass Gewaltdelinquenz ein Problem jugendlicher Täter darstellt, kann deshalb für das Bermudadreieck in Freiburg nicht bestätigt werden.

Geschlecht

Ca. 88% der Tatverdächtigen sind männlich, wobei sich der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen im eigentlichen Brennpunktbereich Bermudadreieck auf 14 % erhöht.

Wohnortbezug

Bei den Tätern, die im Bereich der Örtlichkeit Altstadt-Rest oder im Bermuda-Dreieck aufgefallen sind, konnte keine Signifikanz bzgl. der Wohnorte festgestellt werden.

Etwa 60% der Tatverdächtigen, die wegen Gewaltdelikten in Erscheinung getreten sind, wohnen in der Stadt Freiburg.

Ca. 18% stammen aus dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und ca. 10% aus dem angrenzenden Landkreis Emmendingen.

Wiederholungstäter

Zwar waren bereits etwa 2/3 aller ermittelnden 645 Täter polizeilich bekannt. Auffallend ist jedoch, dass lediglich etwa 13% zuvor bereits wegen Gewaltdelikten in Erscheinung getreten waren.

Alkoholisierung

Deutlich mehr als 50% der Tatverdächtigen waren bei der Tatbegehung nachgewiesener Maßen alkoholisiert.

Dabei wiesen im Brennpunkt Bermudadreieck mehr als 70% der alkoholisierten Tatverdächtigen einen Alkoholisierungsgrad von über 0,5‰ auf.

Im Ergebnis gilt es festzuhalten, dass Alkoholbeeinflussung im Zusammenhang mit Gewaltdelinquenz eine herausragende Rolle spielt.

⁸Summe aller im Jahr 2008 für das Jahr 2008 und bis zum 20.02.2009 für das Jahr 2008 registrierter Tatverdächtige

2.1.2.2. Opferphänomenologie

Geschlecht

Bei den Geschädigten konnte rückwirkend keine Auswertung bezüglich des Geschlechts durchgeführt werden, da im Rahmen der Auswertung nicht zwischen Mann und Frau unterschieden werden konnte.

Alter

Beim Vergleich der Altersverteilung bei den Geschädigten kann festgestellt werden, dass, analog zu den Tätern, die jüngeren Geschädigten eher im Bermuda-Dreieck, die Älteren in der restlichen Altstadt anzutreffen sind. Dies ist mit den im Bereich des Bermuda-Dreiecks eher auf jüngeres Publikum ausgerichteten Gastronomiebetrieben zu erklären.

Lediglich ca. 9% der Geschädigten sind Kinder und Jugendliche.

Alkoholisierung

Der Grad der Alkoholisierung⁹ der Geschädigten liegt jeweils über 70 Prozent im Bereich mittlere und schwere Alkoholisierung, wobei auffallend ist, dass der Grad der Alkoholisierung der Geschädigten in der Örtlichkeit Altstadt-Rest tendenziell höher ausfällt, als der der Geschädigten im Bermuda-Dreieck

Verletzungen

Innerhalb des Bermuda-Dreiecks machten ca. 75% aller Geschädigter Verletzungen geltend. Auch der qualifizierte Anteil ist hier im Vergleich mit der Örtlichkeit Altstadt-Rest erhöht. So steht dem Anteil von 19% der Verletzten im Bermuda-Dreieck, die sich ärztlich behandeln ließen oder die stationär aufgenommen wurden, lediglich 15% aus der Örtlichkeit Altstadt-Rest entgegen.

⁹ Klassifizierung:

Leicht: Alkoholgeruch war feststellbar, leichte verwaschene Aussprache, leichte Rötung der Bindehäute

Mittel: Ausfallerscheinungen mit deutlichen Koordinationsproblemen, undeutliche Aussprache, stark geröteten Bindehäuten

Schwer: erhebliche Koordinationsprobleme, unverständliche Sprache, Bereich der Gewahrsamnahme

2.2. Konzeptionen der Polizeidirektion Freiburg zur Bekämpfung der Gewaltdelinquenz

2.2.1. Vorbemerkungen

Im Jahr 2006 erteilte das Amt für öffentliche Ordnung mehr als 40 Dauersperrzeitverkürzungen, darunter an 14 Betriebe der einschlägigen Szene-/Nachtgastronomie. In 131 Fällen wurden zusätzlich anlassbezogene Sperrzeitverkürzungen ausgesprochen.

Insgesamt waren im Stadtkreis Freiburg 843 Konzessionen, also persönliche Gaststättenerlaubnisse erteilt.

Die Verkürzung der Sperrzeiten führte dazu, dass die Kernbereiche der Innenstadt einer länger andauernden und erhöhten Besucherfrequenz ausgesetzt waren und deshalb auch eine intensivere polizeiliche Präsenz erforderlich wurde.

2.2.2. Repressive Ausrichtung

2.2.2.1. Gewaltkonzeption Sichere Innenstadt

Im Dezember 2005 wurde das Programm „Gewaltkonzeption Sichere Innenstadt“ in die Praxis umgesetzt und im Jahr 2006 in modifizierter Form fortgesetzt. Mit der Einsatzplanung „GewaCity“ setzt die Polizeidirektion Freiburg besonders in den Nachtstunden einen Schwerpunkt auf das Ziel einer verbesserten Sicherheitslage in der Innenstadt. Sie verfolgte eine Strategie konsequenter Repression gegenüber auffälligen Gewalttätern und versuchte, festgestellte Ordnungsverstöße möglichst an Ort und Stelle zu unterbinden. Im Kern wurde bei dieser Konzeption die polizeiliche Präsenz vor Ort verstärkt.

2.2.2.2. Aufenthaltsverbote in der Innenstadt

Mit der Stadt Freiburg wurde im Jahr 2006 ein gestuftes Vorgehen vereinbart. Wer innerhalb der Altstadt wiederholt durch Gewalttätigkeiten auffällt, wird schriftlich darauf hingewiesen, dass im Wiederholungsfall ein auf sechs Monate befristetes polizeirechtliches Aufenthaltsverbot für den Bereich der Altstadt ausgesprochen wird.

Dieser Maßnahme lag die Vermutung zu Grunde, dass immer wieder die gleichen Personen als Täter auffallen würden.

Diese Vermutungen konnten so nicht bestätigt werden. Durch die relativ geringe Anzahl von Mehrfachtätern war schnell zu erkennen, dass das durch die Kommune und Polizei angedachte Platzverweis- und Stadtbetreutungsverbotsverfahren nicht im größeren Umfang anzuwenden ist.

Letztlich wurde in lediglich drei Fällen ein Aufenthaltsverbot verfügt.

2.2.2.3. Konzeption GeWaCity2007

In Abstimmung mit der Polizeidirektion Freiburg wurde durch das Polizeirevier Freiburg Nord zum 09.05.2007 die Konzeption GeWaCity 2007 begonnen.

Die Konzeption stellte darauf ab, bereits weit im Vorfeld von gewalttätigen Auseinandersetzungen und Ordnungsstörungen polizeilich einzugreifen und auffälliges und gefahrgeneigtes Verhalten zu verhindern.

Geltungsbereich war die als Bermuda-Dreieck ausgewiesene Örtlichkeit zu den durch die von der Polizeiverordnung vorgegebenen Verbotszeiten.

Neben den operativen Kräften, die direkt vor Ort agieren, wurden so genannte Aufnahmeteams eingesetzt, die aus 2 bis 3 Beamten bestehen. Sinn und Zweck dieser Aufnahmeteams ist es, die operativen Kräfte dahingehend zu unterstützen, dass diese durch Folgemaßnahmen und das Anfertigen von Berichten und Vorkommnissen so gering wie möglich belastet werden und schnellstmöglich wieder für operative Maßnahmen auf der Straße zur Verfügung stehen. Insbesondere sind unter Folgemaßnahmen die Veranlassung und Durchführung von Alkoholtests, Blutentnahmen, Durchsuchungen, Einholung von Haftfähigkeitsbescheinigungen, Personentransporte und Vernehmungen zu verstehen.

2.2.2.4. Erlass einer Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum vom 20.11.2007

Durch die Stadt Freiburg wurde eine Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum erlassen¹⁰. Der Geltungsbereich umfasste das Altstadtquartier zwischen Martinstor, Bertoldsbrunnen und dem Werdering. Dieser eng definierte Bereich war und ist Brennpunkt der Gewaltdelikte und Einsatzschwerpunkt der Polizeidirektion Freiburg. Das Alkoholkonsumverbot galt nicht nur auf öffentlichen Wegen und Plätzen, sondern vielmehr in allen öffentlich zugänglichen Bereichen. Hierzu gehörten der Platz der Weißen Rose auf dem Universitätsgelände und auch private Parkierungsflächen. In Gebäuden, in Gaststätten und auf konzessionierten Freisitzflächen galt das Verbot nicht.

Verboten wurden der Konsum alkoholischer Getränke und das Mitführen alkoholischer Getränke, um diese im Geltungsbereich der Polizeiverordnung zu konsumieren. Die Regelung galt für die Nächte von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag, sowie die Nächte vor gesetzlichen Feiertagen, jeweils zwischen 22:00 und 06:00 Uhr.

2.2.3. Präventive Konzepte

Da etwa 40% der Straftäter nicht in der Stadt Freiburg wohnhaft sind, konnten diese durch präventive Maßnahmen nur bedingt erreicht werden.

Gleichwohl wurde zusammen mit der Stadt Freiburg, aber auch mit verschiedenen anderen Organisationen, gemeinsame Maßnahmen zur Verhinderung der Gewaltdelinquenz vereinbart.

2.2.3.1. Gemeinsam gegen Gewalt – Hausverbot

Zwischen der Stadt, der Polizeidirektion und dem DEHOGA als geschäftsführende Stelle wurde die privatrechtliche Initiative zur gegenseitigen Anerkennung ausgesprochener Hausverbote seit **01.12.2006** auf den Weg gebracht. Umgesetzt wurde das sog. „DFB-Konzept“¹¹ entsprechend dem Verfahren „Sicheres Nightlife“ in Karlsruhe: wer in einer Gaststätte wegen strafbarer Handlungen Hausverbot erhält, wird auch in den anderen Betrieben mit einem Hausverbot belegt (sog. „überörtliches“ Hausverbot).

¹⁰ Die Stadt Freiburg erließ bereits zum 01.01.2008 eine entsprechende Polizeiverordnung. Diese wurde zum 22.07.2008 modifiziert und anschließend am 28.07.2009 durch den VGH Mannheim als unwirksam erklärt.

¹¹ In Abstimmung mit den lizenzierten Fußballvereinen vereinbarte der Deutsche Fußballbund (DFB), dass ausgesprochene Stadionverbote bundesweit gelten.

Der Initiative in Freiburg traten mehr als 41 Betriebe der Nachtgastronomie / Szene-Gastronomie bei.

Bisher wurden 51 überörtliche Hausverbote ausgesprochen, die in der Mehrzahl auf begangene Körperverletzungsdelikte begründet waren. Die betroffenen Personen stammen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kreisen. Etwa die Hälfte der Personen ist mit Wohnsitz in Freiburg gemeldet.

Zwischen DEHOGA, Polizeidirektion und Amt für öffentliche Ordnung finden nach wie vor regelmäßige Gespräche mit Beteiligung der Szene- und Nachtgastronomie zur Auswertung und zur Umsetzung dieser Maßnahme statt. Ergänzend hierzu bestehen unmittelbare Kontakte zwischen dem Polizeirevier Nord und dem Bewachungspersonal („Türsteher“) der Gastronomiebetriebe.

2.2.3.2. Begleitende Suchtprophylaxe

Parallel zu der repressiv orientierten Konzeption GeWaCity der Polizeidirektion Freiburg begleitet PräRIE¹², das Freiburger Modellprojekt zur Etablierung einer Kommunalen Alkoholpolitik, das ordnungspolizeiliche Vorgehen auf der Straße und an relevanten Örtlichkeiten, wie polizeiliche Gewahrsameinrichtungen oder auch in den Notaufnahmen von Krankenhäusern.

2.2.3.3. Strikte Durchführung des Wohnortprinzips

Im Rahmen des landesweiten Programms „Mehrfach- und Intensivtäter im Bereich der Gewalkriminalität (MIT-G)“ erfolgt durch den Polizeivollzugsdienst eine taterorientierte Sachbearbeitung nach dem Wohnortprinzip. Alle Ermittlungsverfahren gegen eine nach den Kriterien dieses Programms definierte tatverdächtige Person werden grundsätzlich bei der Wohnortdienststelle zusammengeführt. Dort erfolgen u.a. auch besondere „Täteransprachen“ ähnlich dem Modell der Gefährderansprachen von Fußballhooligans.

Die Polizeidirektion Freiburg geht mit hohem Personalaufwand (Konzeptionskräfte) vor. Die Umsetzung des MIT-G-Programms als spezielle Maßnahme wurde schon vor dem Inkrafttreten des landesweiten Programms zwischen dem Bürgermeisteramt, dem AG Freiburg, der STA Freiburg und der PD Freiburg vereinbart. Vor diesem Hintergrund erfolgen nicht nur Gefährderansprachen. Erhofft wird - durch die konzentrierte, schnelle und

¹² PräRIE: Prävention, Relaxation, Intervention / Information, Evaluation. - Das Kooperationsprojekt zur Alkohol- und Gewaltprävention von Arbeitskreis Suchthilfe Freiburg (AKSF) und Stadt Freiburg, Amt für Soziales und Senioren arbeitet mit einer Kombination aus Prävention (ursachenorientiertes Vorgehen) und Intervention (situativer Ansatz).

besonders gekennzeichnete Anzeigenvorlage - eine für die Täter spürbare und damit wirkungsvolle justizielle Bearbeitung.

2.2.3.4. Prüfung der Eignung im Hinblick auf Fahrerlaubnisse

Die dem Amt für öffentliche Ordnung bekannt werdenden Personen, die durch Körperverletzungsdelikte und nachfolgendem Polizeieinsatz auffällig geworden sind, erhalten eine schriftliche Information mit Warncharakter („Gelbe Karte“). Es wird auf den konkreten Vorfall Bezug genommen und darauf hingewiesen, dass aggressives Verhalten auch außerhalb des Straßenverkehrs Anlass zur Prüfung der Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen sein kann. Bei Tätern mit Wohnsitz in den unmittelbar benachbarten Landkreisen Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald erfolgt die Information durch das Amt für öffentliche Ordnung an die Kreispolizeibehörde bei den Landkreisverwaltungen. Seit Beginn des Jahres 2007 wurden 25 Verfahren nach diesen Vorgaben bearbeitet. Aufgrund des ausgewerteten Lagebildes werden jetzt zusätzlich die Landkreise Lörrach, Waldshut und der Ortenaukreis in dieses Verfahren einbezogen, weil wiederholt Personen mit Wohnsitz in diesen Landkreisen in der Stadt gewalttätig geworden sind.

2.3. Betrachtung der Entwicklung der Gewaltdelinquenz vor – während – und nach der Alkoholkonsumverbotsphase

Zur Analysierung einer möglichen Auswirkung des Alkoholkonsumverbotes wurde eine statistische Auswertung der festgestellten Gewaltdelinquenz in der Zeit vom 01.01.2007 bis zum 30.06.2011 untergliedert in die Bereiche:

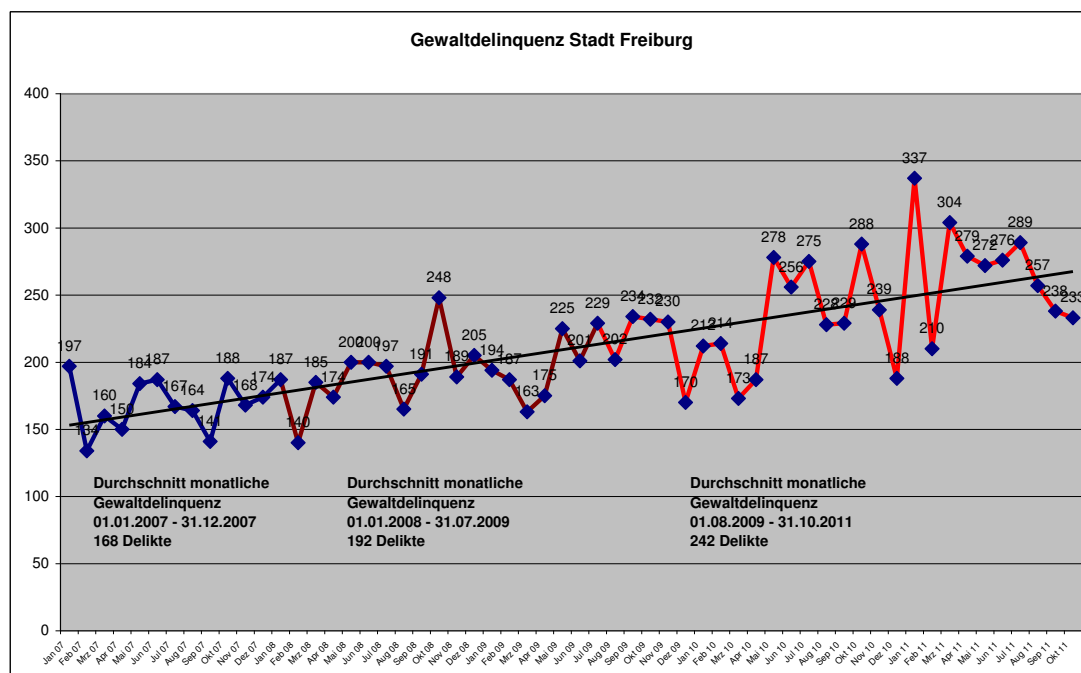
- 01.01.2007 – 31.12.2007, vor dem Alkoholkonsumverbot
- 01.01.2008 – 31.07.2009, während des Alkoholkonsumverbots
- 01.08.2009 – 31.10.2011, nach dem Alkoholkonsumverbot

durchgeführt.

Betrachtung für die Gesamtstadt Freiburg

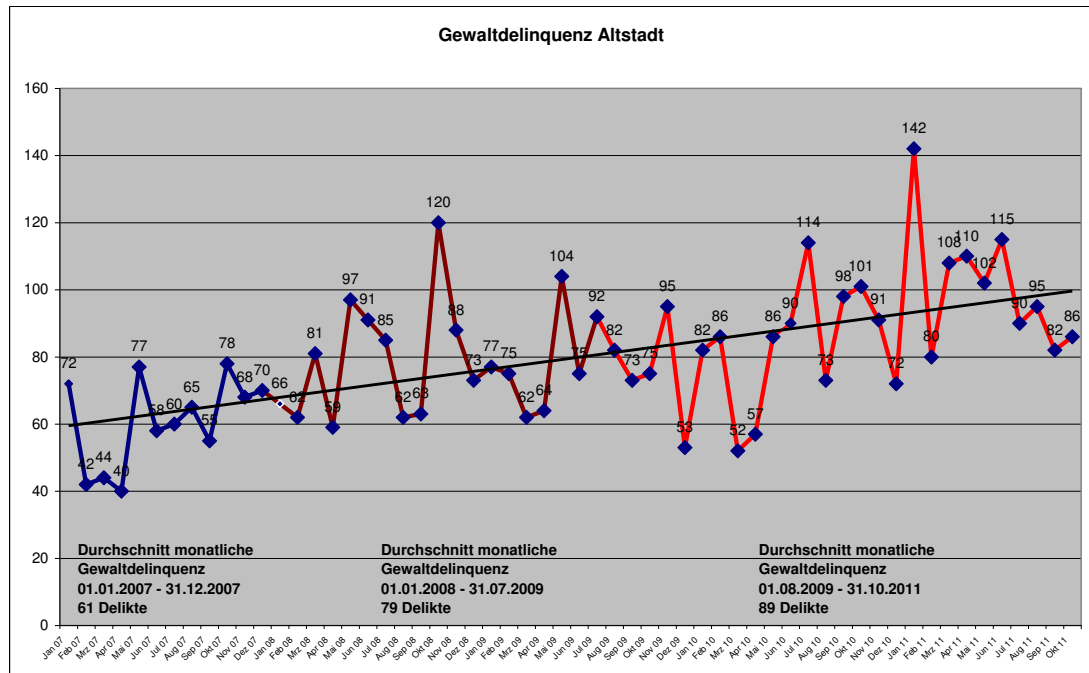
Die Entwicklung der Gewaltdelinquenz in der Gesamtstadt Freiburg zeigt eine kontinuierliche Steigerung von durchschnittlich 168 Delikten pro Monat in der Zeit vor dem Alkoholkonsumverbot über 192 Delikte während und 242 Delikten nach der Zeit des Alkoholkonsumverbots.

Dies entspricht einer Steigerung im ausgewiesenen Zeitraum von ca. 44%.



Betrachtung Stadtteil Altstadt

In der gesamten Altstadt von Freiburg ist ebenfalls eine kontinuierliche Zunahme festzustellen; von 61 Delikten über 79 Delikten bis zu 89 registrierten Fällen pro Monat. Hier beträgt die Steigerung ca. 46%.



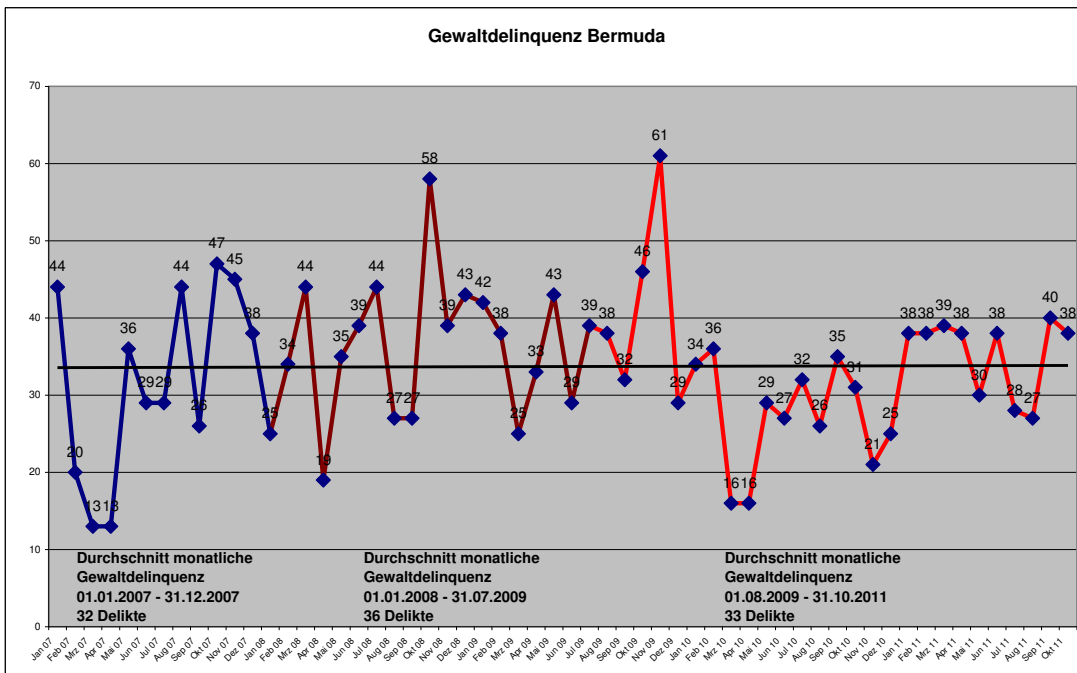
Betrachtung Altstadtbereich „Bermudadreieck“

Die Binnenbetrachtung für das sogenannte Bermudadreieck zeigt ein vom Trend eindeutig abweichendes Ergebnis:

- Zwar weist die Statistik für das Bermudadreieck in der Zeit zwischen dem 01.01.2008 bis zum 31.07.2009 eine Erhöhung der durchschnittlichen Gewaltdelinquenz gegenüber den Zeiträumen vor und nach der Gültigkeitsdauer des Alkoholkonsumzeitraumes aus. Dies dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass es zwischen der Anwesenheit von Vollzugskräften und der Erhöhung der Anzahl der festgestellten Straftaten einen nachweisbaren Zusammenhang gibt.

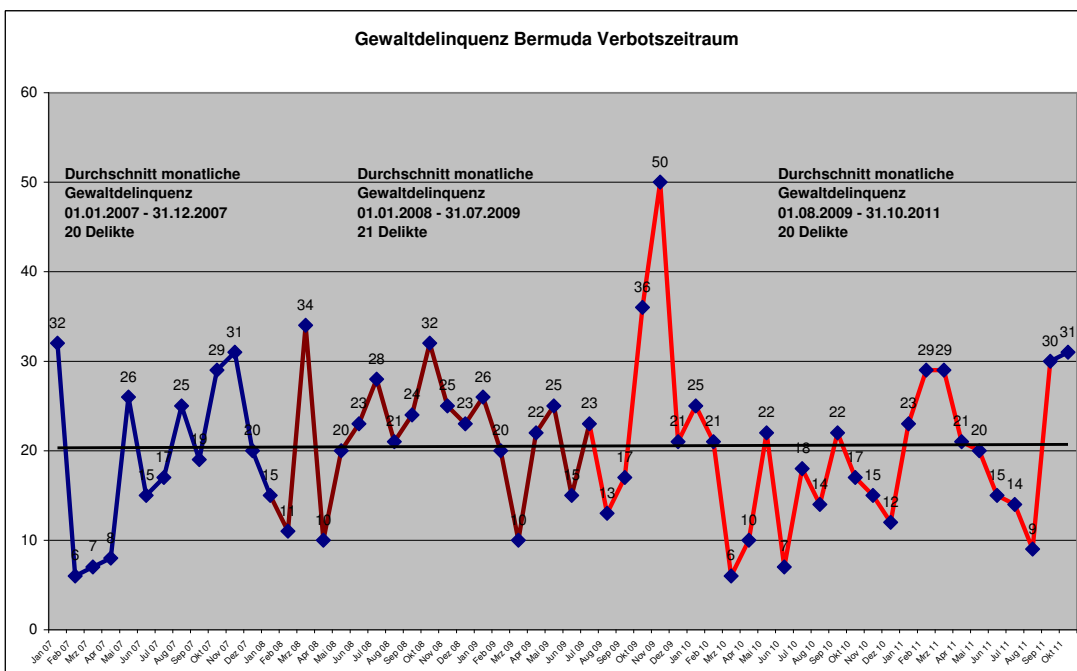
Insgesamt verläuft die Entwicklung der Gewaltdelinquenz im Bermudadreieck“ gegenteilig zu dem in der Gesamtstadt oder auch dem in der Altstadt registrierten Trend.

Die Anzahl der registrierten Delikte konnte stabil gehalten werden.

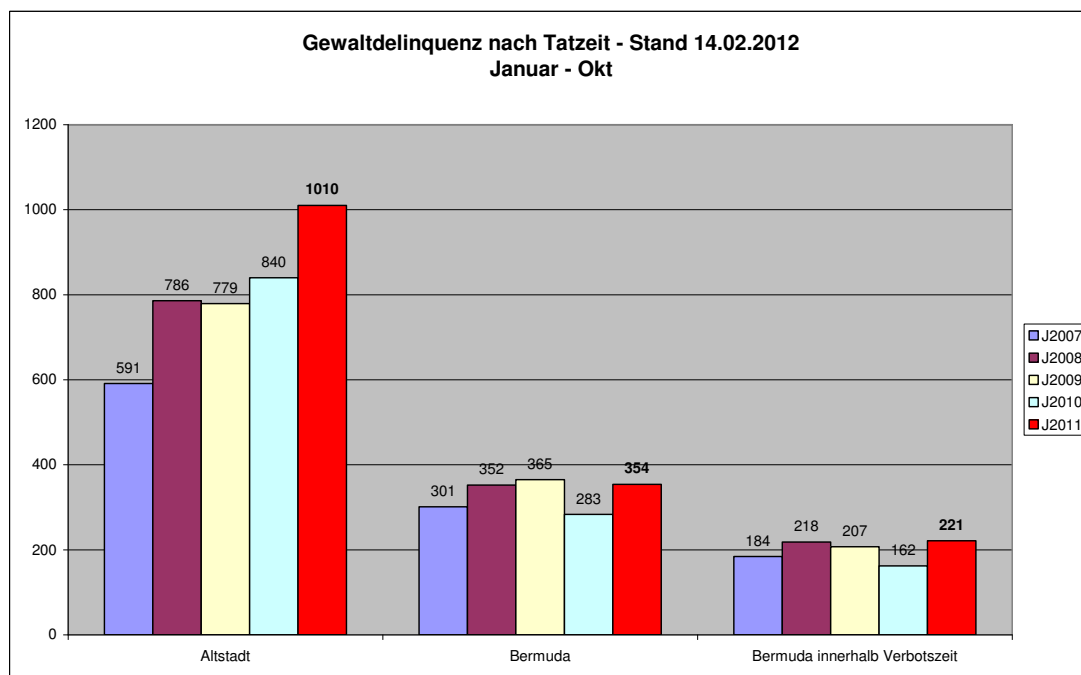


Betrachtung Altstadtbereich „Bermudadreieck“ zu Alkoholkonsumverbot relevante Zeiten

Bei der Betrachtung des Bermudadreiecks lediglich bezogen auf die Zeiten (Tage), an denen das Alkoholkonsumverbot tatsächlich Geltung hatte, fällt auf, dass eine gleichbleibende Trendlinie festzustellen ist.



Betrachtung der Kriminalitätsbelastung Jan - Okt 2011



Anlage 14

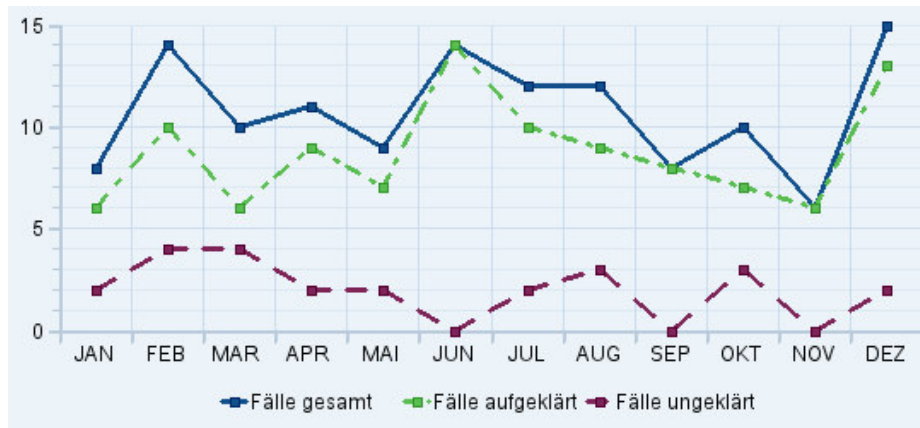
Polizeiliche Vorkommnisse im Bahnhofsbereich und auf dem Akademiehof

1. Festgestellte Straftaten im Bereich des Bahnhofs und Omnibusbahnhofs

Quelle: Polizeipräsidium Ludwigsburg, Revier Ludwigsburg, Stand: 28.08.2014, Antwort auf eine Anfrage vom 08.08.2014.

Straftaten absolut

Jahr 2013



Dynamische Filter:

Kalenderjahr 2014; 2013
 Kreis LKR Ludwigsburg
 Gemeinde Ludwigsburg
 Gemeindeteil Ludwigsburg/Stadtmitte, Bahnhof, Musikhalle
 Delikt Ebene 1 2000" Rohheit/persönl. Freiheit; 6000" Sonst. Straftatbestände StGB
 Delikt Ebene 3 2220" gefährliche/schwere KV; 2240" vorsätzliche leichte KV; 6730" Beleidigung
 Kennzahlen Fälle gesamt

Ihre Anfrage zum problematischen Alkoholkonsum

Sehr geehrter Herr Beckbissinger,

anbei übersende ich Ihnen die Auswertung aus unserer Datenbank zum Bereich Bahnhof ZOB für die Straftatenbereiche gefährliche Körperverletzung, einfache Körperverletzung und Beleidigung für das Jahr 2013 und 2014. Beim Jahr 2014 ist zu beachten, dass sich aufgrund eines Eingabestaus bei der Datenstation Böblingen noch geringfügige Änderungen in den Zahlen der Monate Juli und August 2014 ergeben können.

Für den eng begrenzten Bereich des Akademiehofes ist eine solche Darstellung leider nicht möglich, da die Fallzahlen des Akademiehofes in den Zahlen des Bereiches Innenstadt enthalten sind und so eine genauere Betrachtung nicht zulassen.

Auch eine Verknüpfung der Daten mit einer Alkoholbeeinflussung des Täters ist, wie Ihnen bereits ausgeführt, mit unserer Datenbank nicht möglich.

Aus den berichteten Einsatzerfahrungen der Kollegen zum problematischen Alkoholkonsum kann aber gesagt werden, dass insbesondere beim Einschreiten am Bahnhof und am Akademiehof beim Störer/Aggressor regelmäßig eine Alkoholisierung festgestellt werden kann, die mitursächlich ist, wenn es zu körperlichen Auseinandersetzungen kommt.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Neuweiler
 Leiter Führungsgruppe
 Polizeirevier Ludwigsburg

	Gemeindeteil	Kalenderjahr	Delikt Ebene 3	Kalendermonat	JAN	FEB	MÄR	APR	MAI	JUN	JUL	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ	Gesamt
Fälle gesamt	Ludwigsburg/Stadtmitte, Bahnhof, Musikhalle	2014	2220"	- gefährliche/schwere KV	2	4	4	1		1							12
			2240"	- vorsätzliche leichte KV	1	3	4	3	3	3	2	3					22
			6730"	- Beleidigung	1			4	3		1						9
			Ergebnis		4	7	8	8	6	4	3	3					43
		2013	2220"	- gefährliche/schwere KV		1			1	2	1	2	1	4		3	15
			2240"	- vorsätzliche leichte KV	2	3	2	3	1	6	5	6	5	3	3	6	45
			6730"	- Beleidigung	2	3			1	2	3	1	2	3	3	6	26
			Ergebnis		4	7	2	3	3	10	9	9	8	10	6	15	86
		Gesamtergebnis				8	14	10	11	9	14	12	8	10	6	15	129

2. Festgestellte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten auf dem Akademiehof

Quelle: Polizeipräsidium Ludwigsburg, Revier Ludwigsburg, Stand: 03.02.2014, Sonderhebungen für das Jahr 2013.

Vorkommnisse Akademiehof/Filmakademie (ohne angeordnete Überwachungsmaßnahmen)

Auswertung vom 01.01. bis 06.06.2013 (Stand: 24.06.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag										
Dienstag										
Mittwoch								1		
Donnerstag										1
Freitag	1	1	50	1				1		
Samstag								1		1
Sonntag										
SUMME	1	1	50	1				3		2

Überwachungsmaßnahmen Akademiehof/Filmakademie (angeordnete Überwachungsmaßnahmen)

Auswertung vom 07.06. bis 23.06.2013 (Stand: 24.06.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag	3	3	3 100 150					1	1	
Dienstag	3	3	60 20 20						3	
Mittwoch	3	2	25 6					1		
Donnerstag	2	1	10							1
Freitag	7	6	8				1	1	1	

			150 160 100 120							
Samstag	1	1	50							1
Sonntag	1	1	40							
SUMME	20	17	1.022				1	3	5	2

Vorkommnisse Akademiehof/Filmakademie

Auswertung vom 24.06. bis 07.07.2013 (Stand: 08.07.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag	3	3	5 30 10							
Dienstag	1									
Mittwoch										
Donnerstag	1	1	10						1	
Freitag	3	3	5 50 30							
Samstag	2	2	20 2	1					1	
Sonntag										
SUMME	8	7	122	1					2	

Vorkommnisse Akademiehof/Filmakademie (ohne bei Überwachungsmaßnahmen bereits erfasste Vorkommnisse)

Auswertung vom 08.07. bis 06.08.2013 (Stand: 07.08.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen

Montag	1	1	13	1						
Dienstag										
Mittwoch										
Donnerstag										
Freitag	1	1	1							
Samstag	3	3	4 3 1	1				1		
Sonntag	2	2	5 4		1			1		
SUMME	7	7	31	2	1			2		

Überwachungsmaßnahmen Akademiehof/Filmakademie (angeordnete Überwachungsmaßnahmen)

Auswertung vom 07.08. bis 18.08.2013 (Stand: 19.08.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführten Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag	1									
Dienstag	1	1	150							
Mittwoch	2	2	50 10							
Donnerstag										
Freitag	4	4	3 2 200 20							3
Samstag	1	1	100							
Sonntag										
SUMME	9	8	535							3

Vorkommnisse Akademiehof/Filmakademie (ohne bei Überwachungsmaßnahmen bereits erfasste Vorkommnisse)

Auswertung vom 19.08. bis 13.10.2013 (Stand: 14.10.2013)

Wochentag	Zahl der	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von	angetroffene	Körperver-	Sachbe-	Beleidigung	Widerstand	Ruhestörung/	Müll weg-	Betrunkene

	durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personen	Personenzahl	Verletzungen	Schädigungen		gegen Vollstreckungsbeamte	Randalierer	geworfen	Personen/sonstige Belästigungen
Montag										
Dienstag	1	1	2			1				
Mittwoch	1	1	1							1
Donnerstag										
Freitag	2	2	6	2						
			1							
Samstag	7	7	1		1			2		1
			1							
			1							
			1							
			1							
			1							
Sonntag	2	2	9	1		1				
			2							
SUMME	13	13	28	3	1	2		2		2

Überwachungsmaßnahmen Akademiehof/Filmakademie (angeordnete Überwachungsmaßnahmen)

Auswertung vom 19.08. bis 13.10.2013 (Stand: 14.10.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag	2									
Dienstag	6	3	20					1		
			40							
			10							
Mittwoch	3	2	40							
			100							
Donnerstag	3	1	60						1	
Freitag	6	4	20						1	1
			40							
			100							
			50							
Samstag	4	4	5							1

			8 30 20							
Sonntag	2									
SUMME	26	14	543					1	2	2

Vorkommnisse Akademiehof/Filmakademie (ohne bei Überwachungsmaßnahmen bereits erfasste Vorkommnisse)
Auswertung vom 14.10. bis 04.11.2013 (Stand: 05.11.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag	1	1	2							1
Dienstag										
Mittwoch										
Donnerstag										
Freitag										
Samstag	2	2	1 1							2
Sonntag										
SUMME	3	3	4							3

Überwachungsmaßnahmen Akademiehof/Filmakademie (angeordnete Überwachungsmaßnahmen)
Auswertung vom 14.10. bis 04.11.2013 (Stand: 05.11.2013)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag										
Dienstag										
Mittwoch	1									
Donnerstag										
Freitag										
Samstag										

Sonntag										
SUMME	1									

Vorkommnisse Akademiehof/Filmakademie (ohne bei Überwachungsmaßnahmen bereits erfasste Vorkommnisse)

Auswertung vom 05.11. bis 31.12.2013 (Stand: 03.02.2014)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag										
Dienstag	1	1	2					1		
Mittwoch										
Donnerstag										
Freitag	1	1	6							
Samstag										
Sonntag	1	1	25							
SUMME	3	3	33					1		

Überwachungsmaßnahmen Akademiehof/Filmakademie (angeordnete Überwachungsmaßnahmen)

Auswertung vom 05.11. bis 31.12.2013 (Stand: 03.02.2014)

Wochentag	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
Montag	3									
Dienstag	1									
Mittwoch										
Donnerstag	1									
Freitag	1									
Samstag	1									
Sonntag										
SUMME	7									

Gesamtsummen für das Erhebungsjahr 2013

	Zahl der durchgeführte Überwachungsmaßnahmen	Personenzahlen		Straftaten				Ordnungswidrigkeiten		Sonstige
		Antreffen von Personen	angetroffene Personenzahl	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	Beleidigung	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	Ruhestörung/Randalierer	Müll weggeworfen	Betrunkene Personen/sonstige Belästigungen
SUMMEN	115	86	2.924	8	2	2	2	14	11	16

Übersicht über relevante Zahlen für das Jahr 2013

Gesamtzahl der relevanten Straftaten (mit Widerstand):	14
Gesamtzahl der Ordnungswidrigkeiten:	25
Zahl der Tage mit einer Gruppengröße über 100 Personen:	14
Durchschnittliche Gruppengröße an Freitagen und Samstagen:	39

3. Festgestellte Ordnungswidrigkeiten

Quelle: Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Stand: zum 31.12.2013.

a) im Bereich des Bahnhofs und Zentralen Omnibusbahnhofs

Zeitraum: 01.01.2013 – 31.12.2013

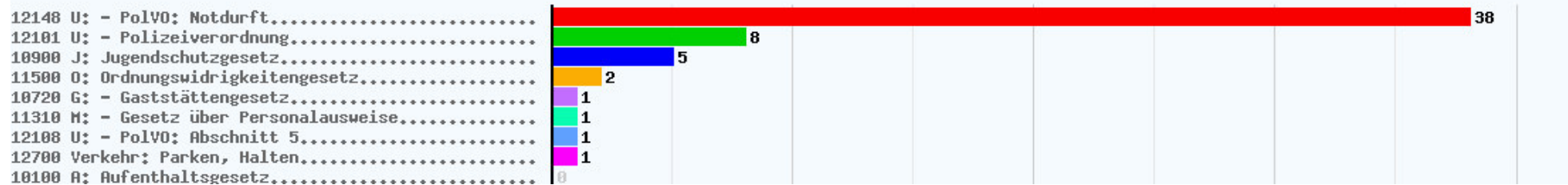
Park- und Halteverstöße	6
Kleinmüllverstöße	4
Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz	1
Verrichten der Notdurft	1

12700 Verkehr: Parken, Halten.....	6
12136 U: - PolVO: Kleinmüll.....	4
10900 J: Jugendschutzgesetz.....	1
12148 U: - PolVO: Notdurft.....	1
10100 A: Aufenthaltsgesetz.....	0

b) auf dem Akademiehof

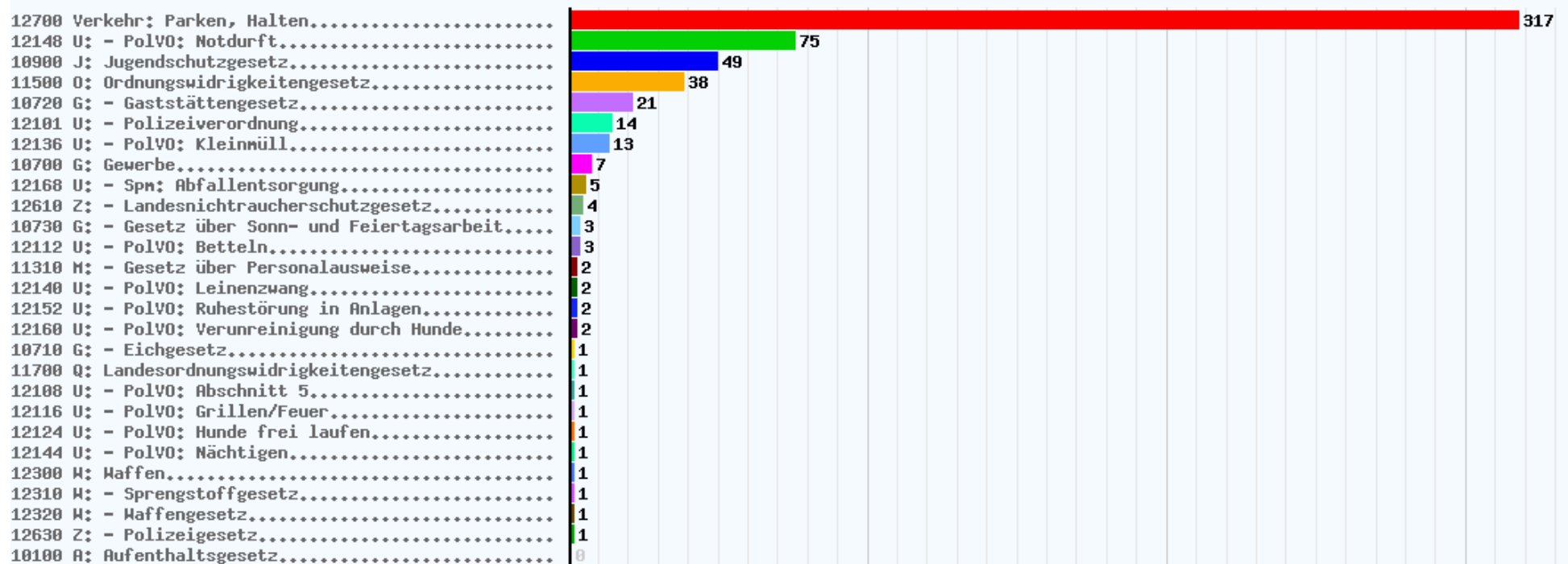
Zeitraum: 01.01.2013 – 31.12.2013

Verrichten der Notdurft	38
Allgemeine Verstöße gegen die Polizeiverordnung	8
Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz	5
Verstöße gegen das Ordnungswidrigkeitengesetz	2
Verstöße gegen das Gaststättengesetz	1
Verstöße gegen das Personalausweisgesetz	1
Verstöße gegen Abschnitt 5 der Polizeiverordnung	1
Park- und Halteverstöße	1



c) im gesamten Innenstadtbereich

Zeitraum: 01.01.2013 – 31.12.2013





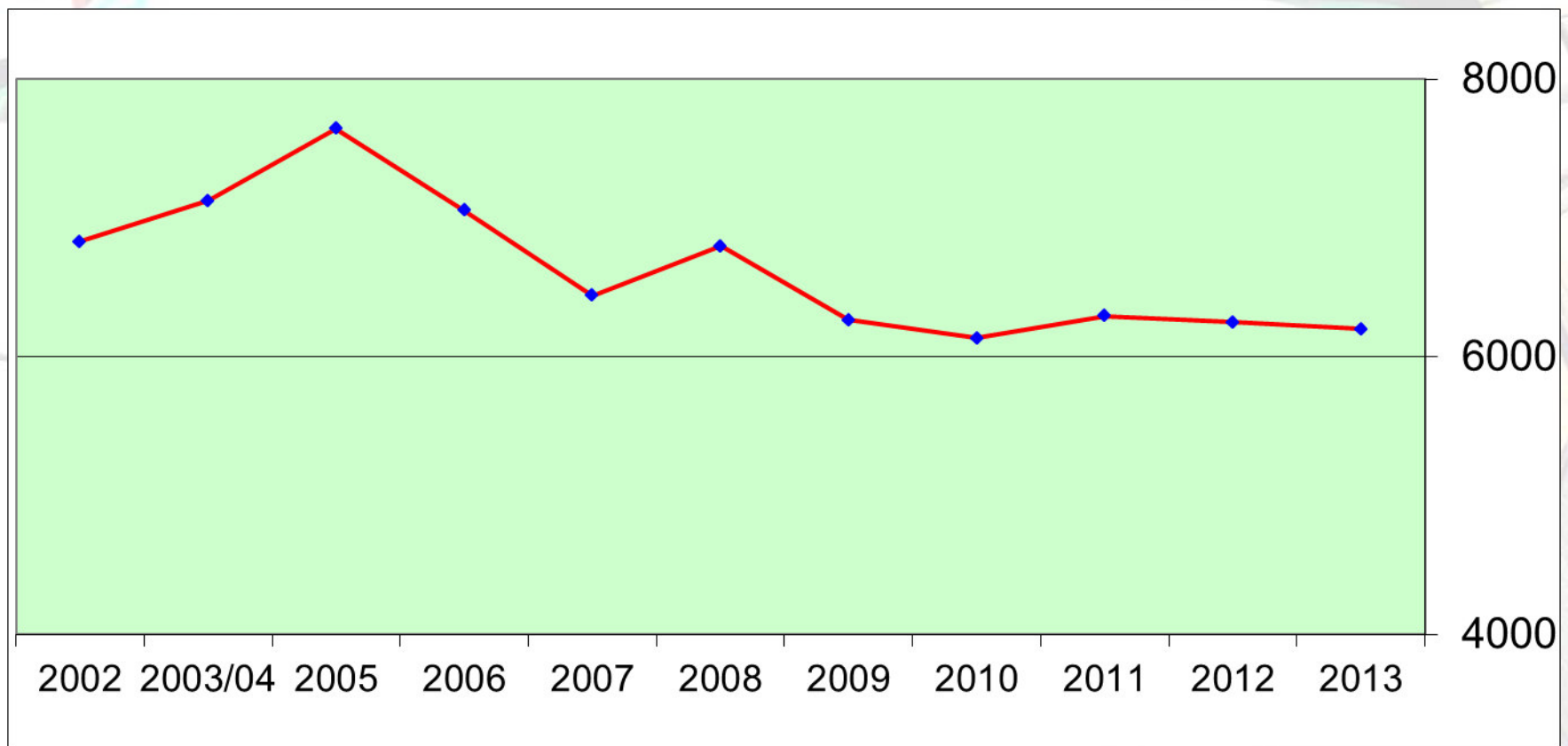
Polizeiliche Kriminalstatistik für Ludwigsburg



Straftaten

	Jahr 2013	Jahr 2012	+ -
Gesamtstraftaten	6200	6251	-51
Straftaten gegen das Leben	5	9	-4
Sexualdelikte	39	36	3
Roheitsdelikte	757	854	-97
Einfacher Diebstahl	1859	1782	77
Schwerer Diebstahl	758	698	60
Vermögens- u. Fälschungsdelikte	1137	1372	-235
Sonstige StGB	1217	1141	76
Strafrechtl. Nebengesetze	428	359	69
Aufklärungsquote	58,4%	63,7%	

Straftaten im Langzeitvergleich

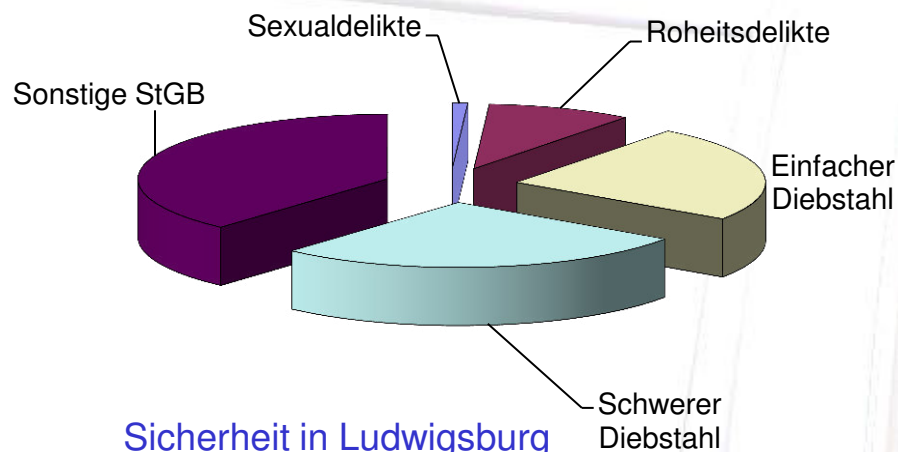




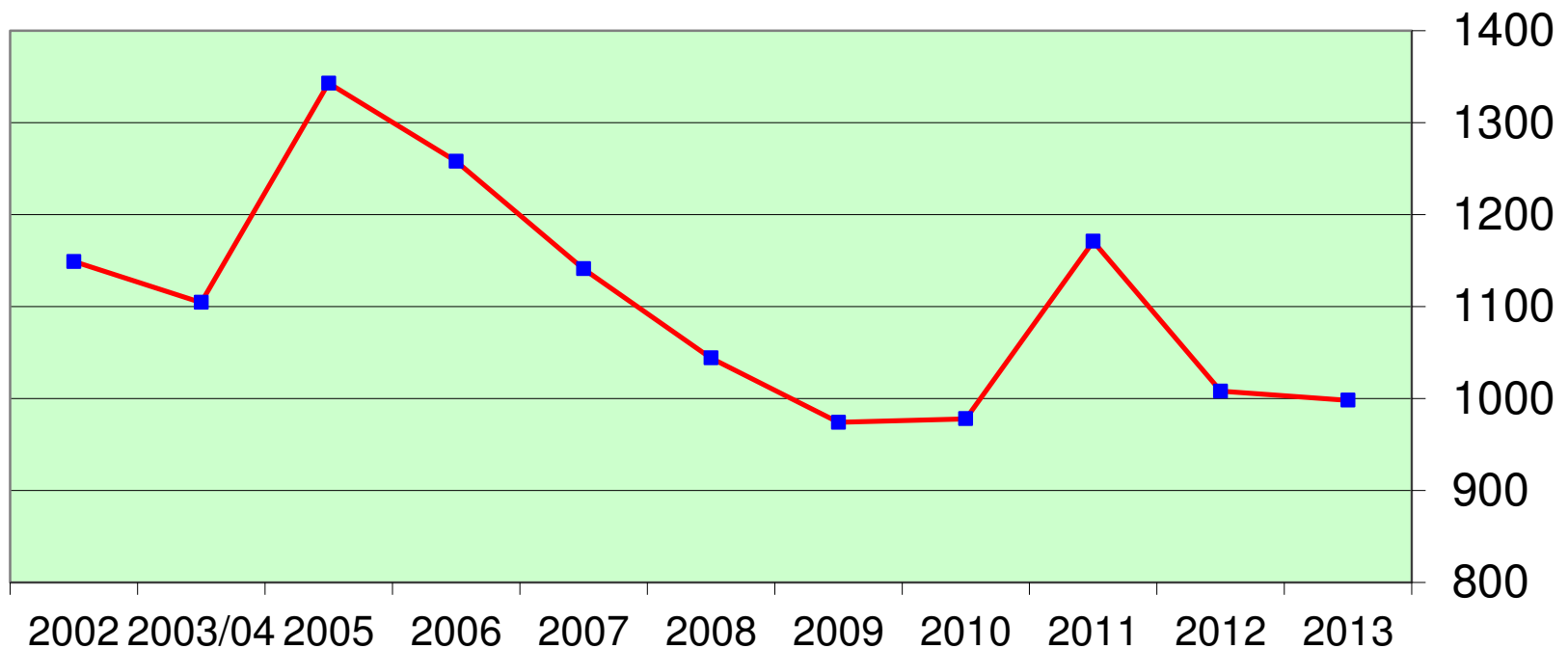
Straßenkriminalität

	Jahr 2013	Jahr 2012	+-
Straßenkriminalität	998	1008	-10
Sexualdelikte	10	10	0
Roheitsdelikte	67	95	-28
Einfacher Diebstahl	333	243	90
Schwerer Diebstahl	212	273	-61
Sonstige StGB	376	387	-11
Aufklärungsquote	10,3%	15,9%	

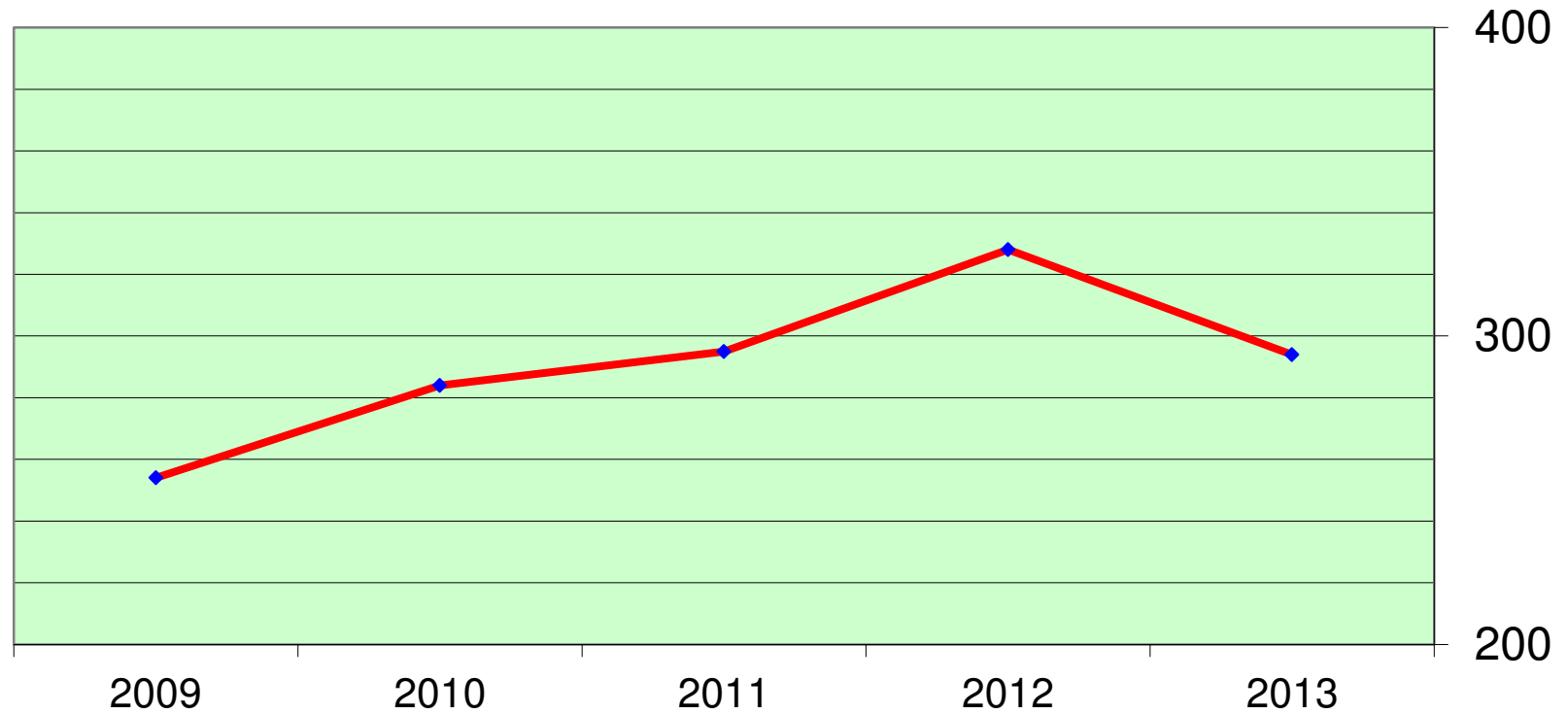
= Sachbeschädigung



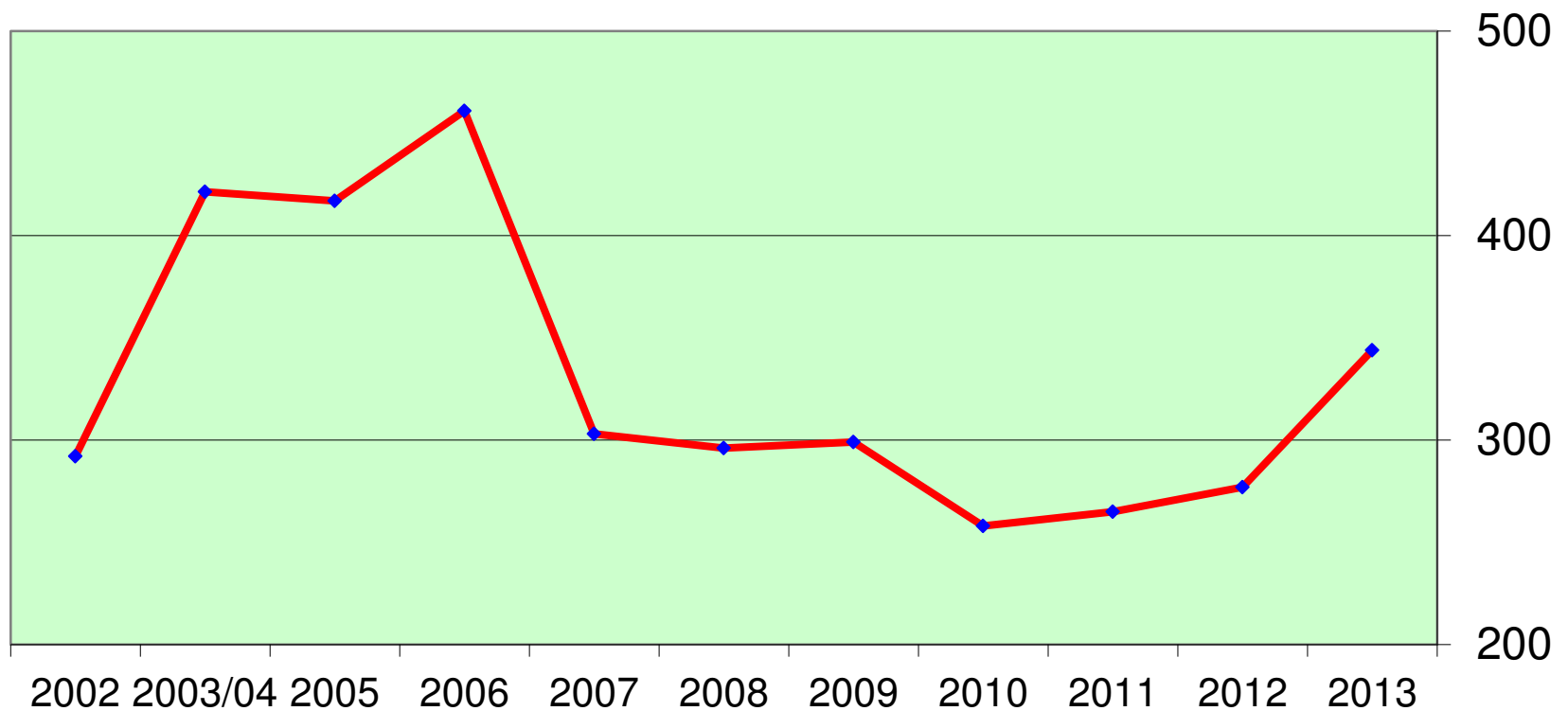
Straßenkriminalität im Langzeitvergleich



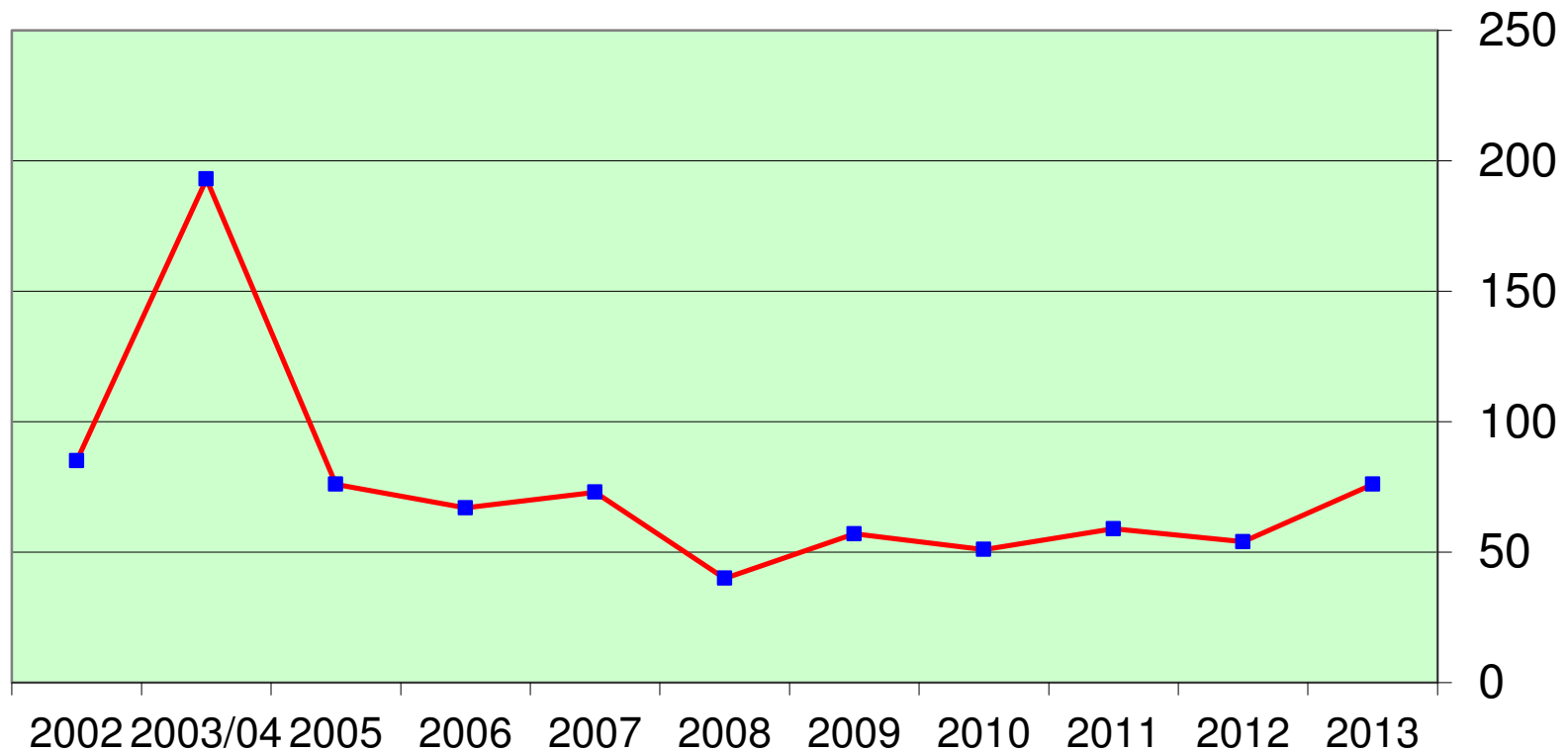
Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum



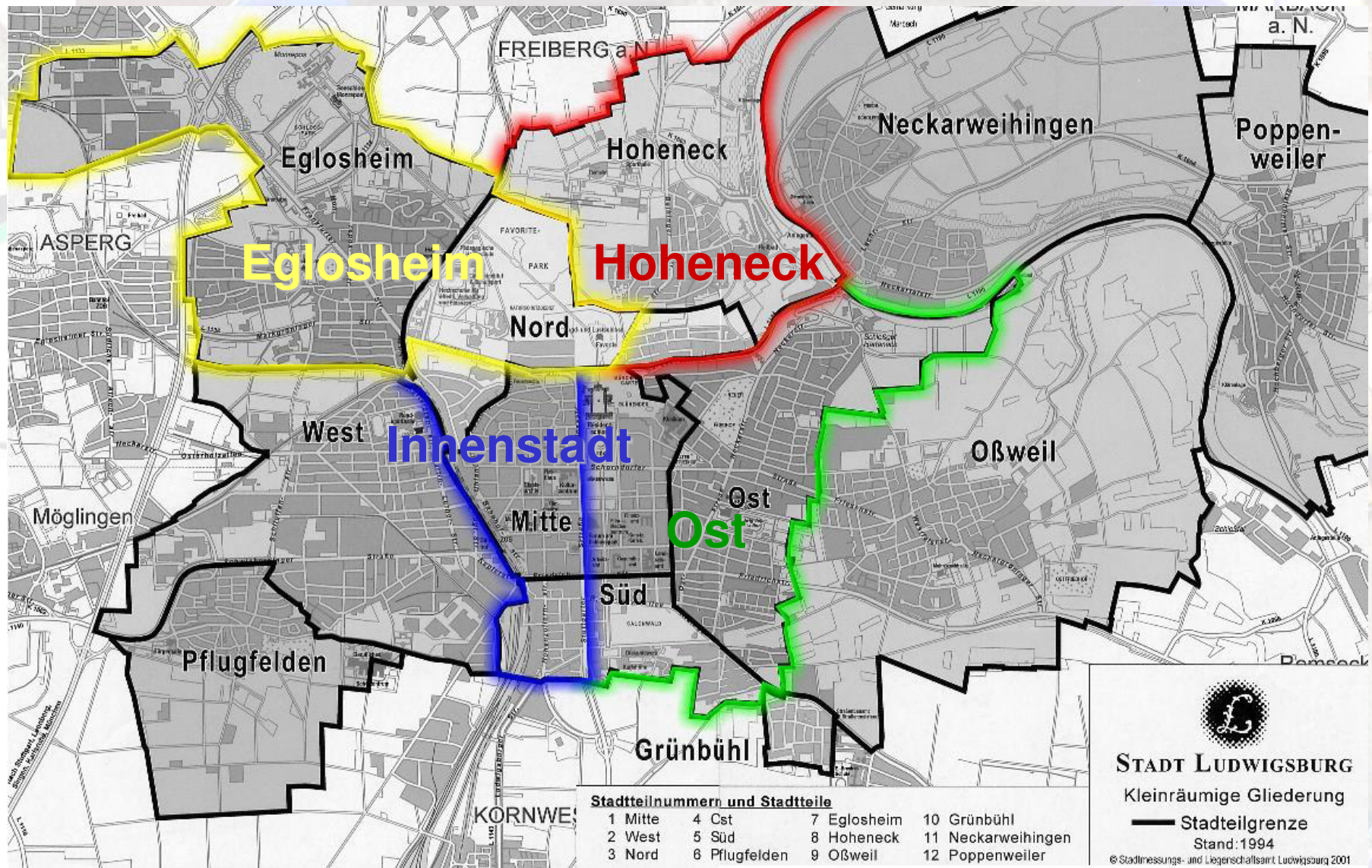
Rauschgiftkriminalität im Langzeitvergleich



Wohnungseinbrüche



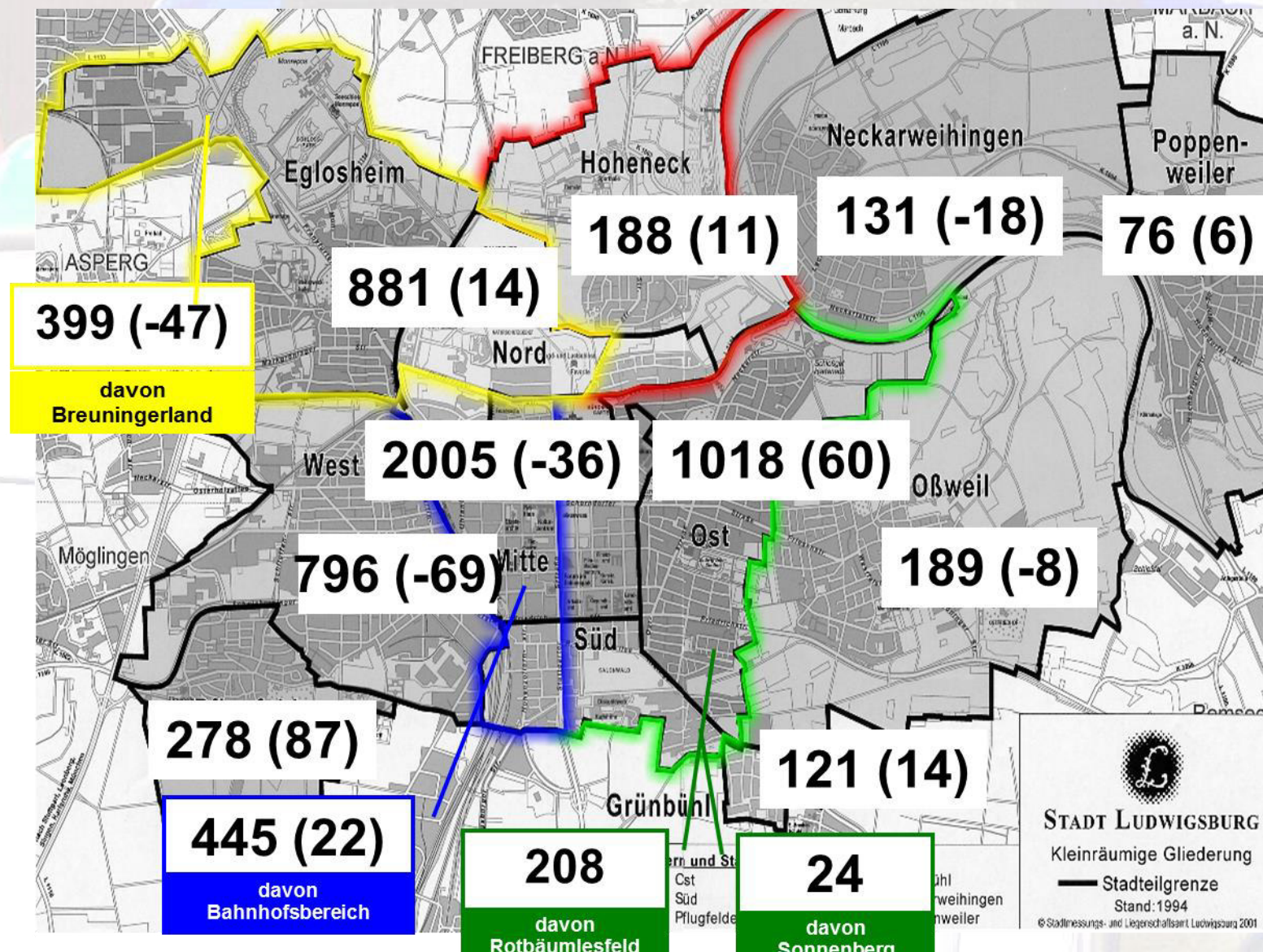
Stadtbezirke und Stadtteile



Gesamtstraftaten 6200 (-51)

2013

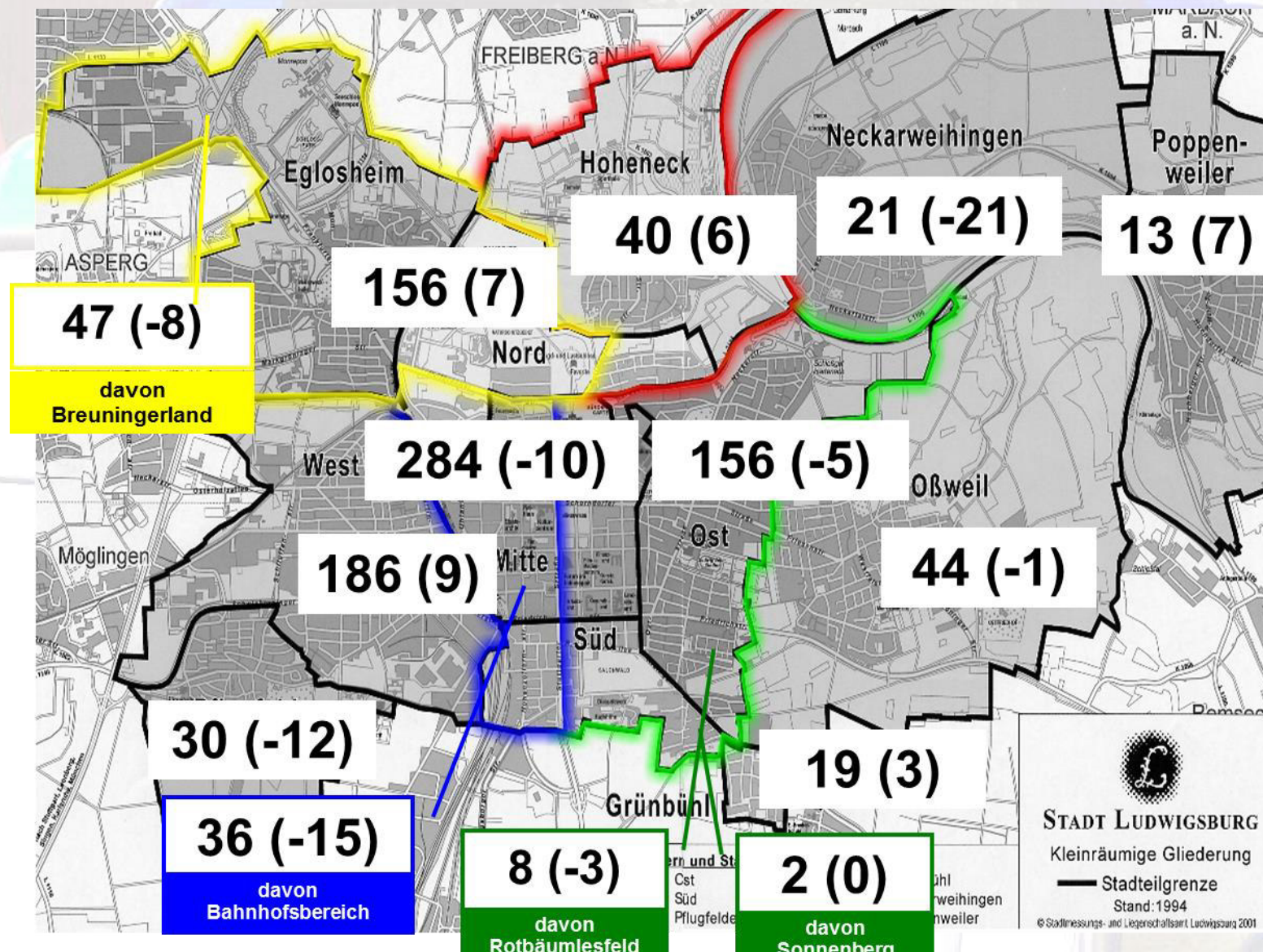
a. N.



Straßenkriminalität 998 (-10)

2013

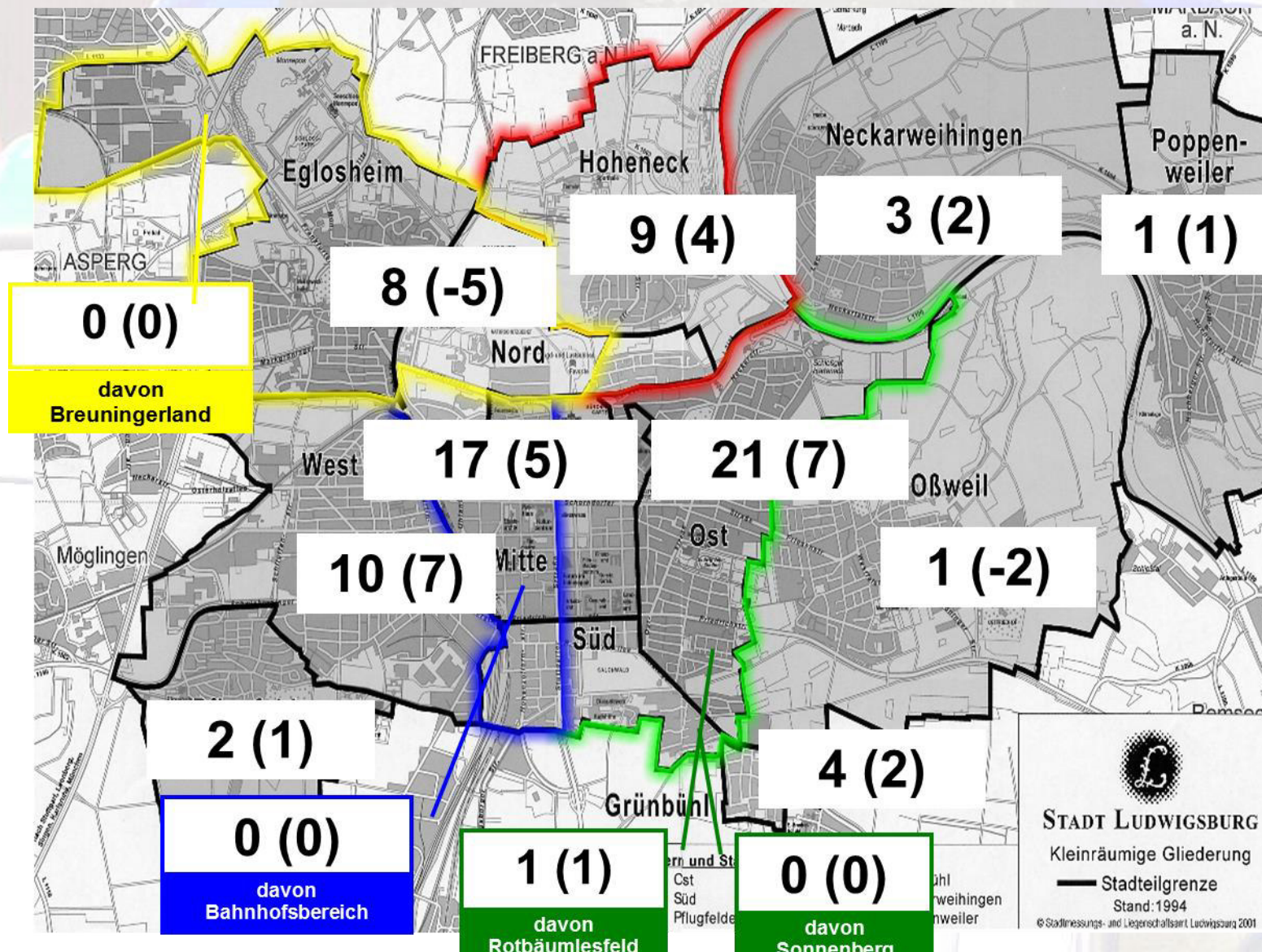
a. N.



ED Wohnung 76 (22)

2013

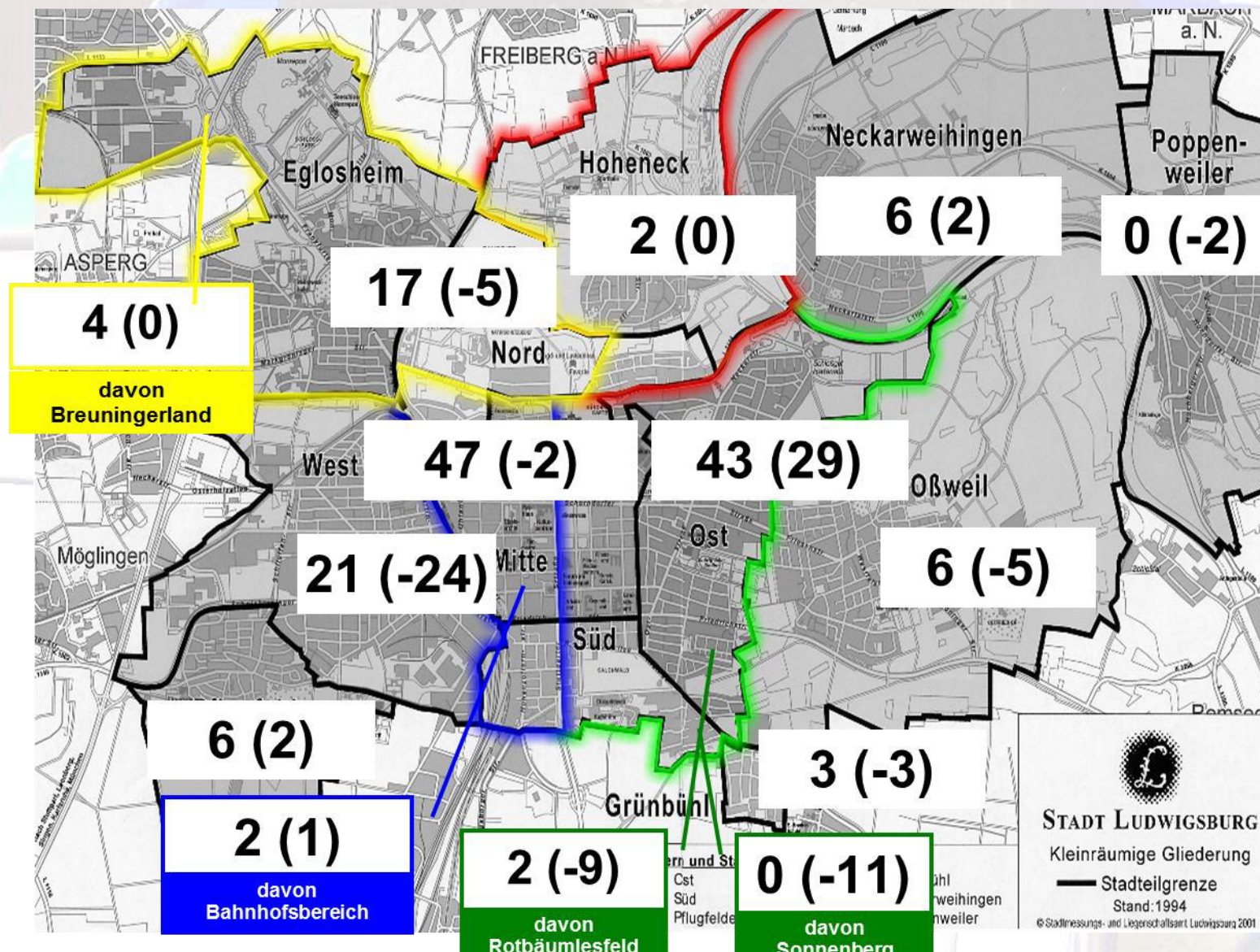
a. N.



ED Dienstr. /Gastst. 152 (-7)

2013

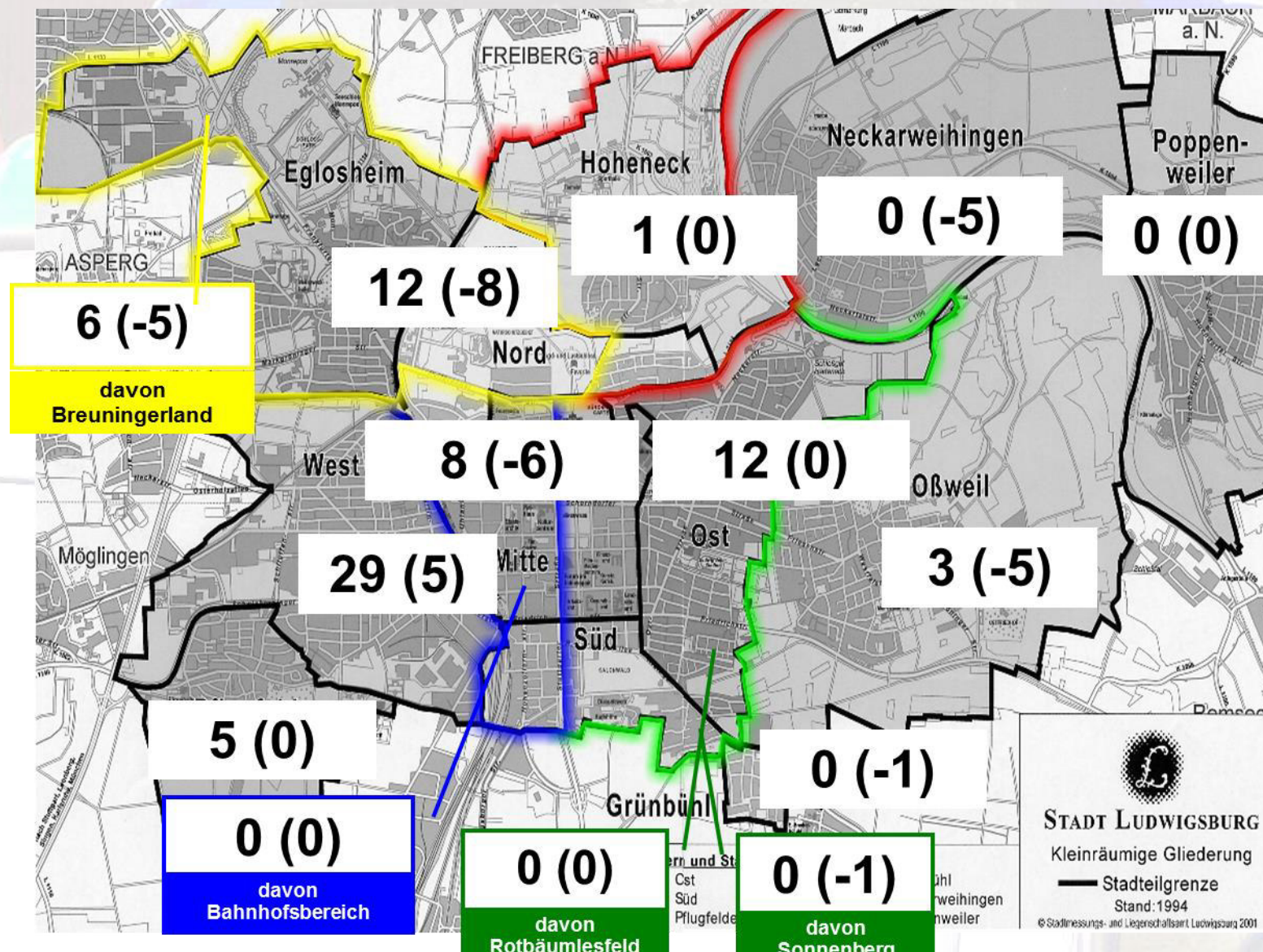
a. N.



ED in/aus Kfz 70 (-20)

2013

a. N.



Tatverdächtige 2013

TV-Struktur Stadt LB

Gesamtstraftaten

alle TV	< 14 J.	14-17 J.	18-20 J.	> 20 J.
3724	96	363	425	2840
	2,6%	9,7%	11,4%	76,3%

Roheitsdelikte

alle TV	< 14 J.	14-17 J.	18-20 J.	> 20 J.
682	22	52	77	531
	3,2%	7,6%	11,3%	77,9%

Anteil an Gesamtbevölkerung

alle Einw.	< 14 J.	14-17 J.	18-20 J.	> 20 J.
88673	11524	3193	2799	71157
	13,0%	3,6%	3,2%	80,2%

TV-Struktur Kreis LB

Gesamtstraftaten

alle TV	< 14 J.	14-17 J.	18-20 J.	> 20 J.
12616	417	1385	1381	9433
	3,3%	11,0%	10,9%	74,8%

Roheitsdelikte

alle TV	< 14 J.	14-17 J.	18-20 J.	> 20 J.
2814	115	256	260	2183
	4,1%	9,1%	9,2%	77,6%

Anteil an Gesamtbevölkerung

alle Einw.	< 14 J.	14-17 J.	18-20 J.	> 20 J.
521014	70317	22606	17379	410712
	13,5%	4,3%	3,3%	78,8%

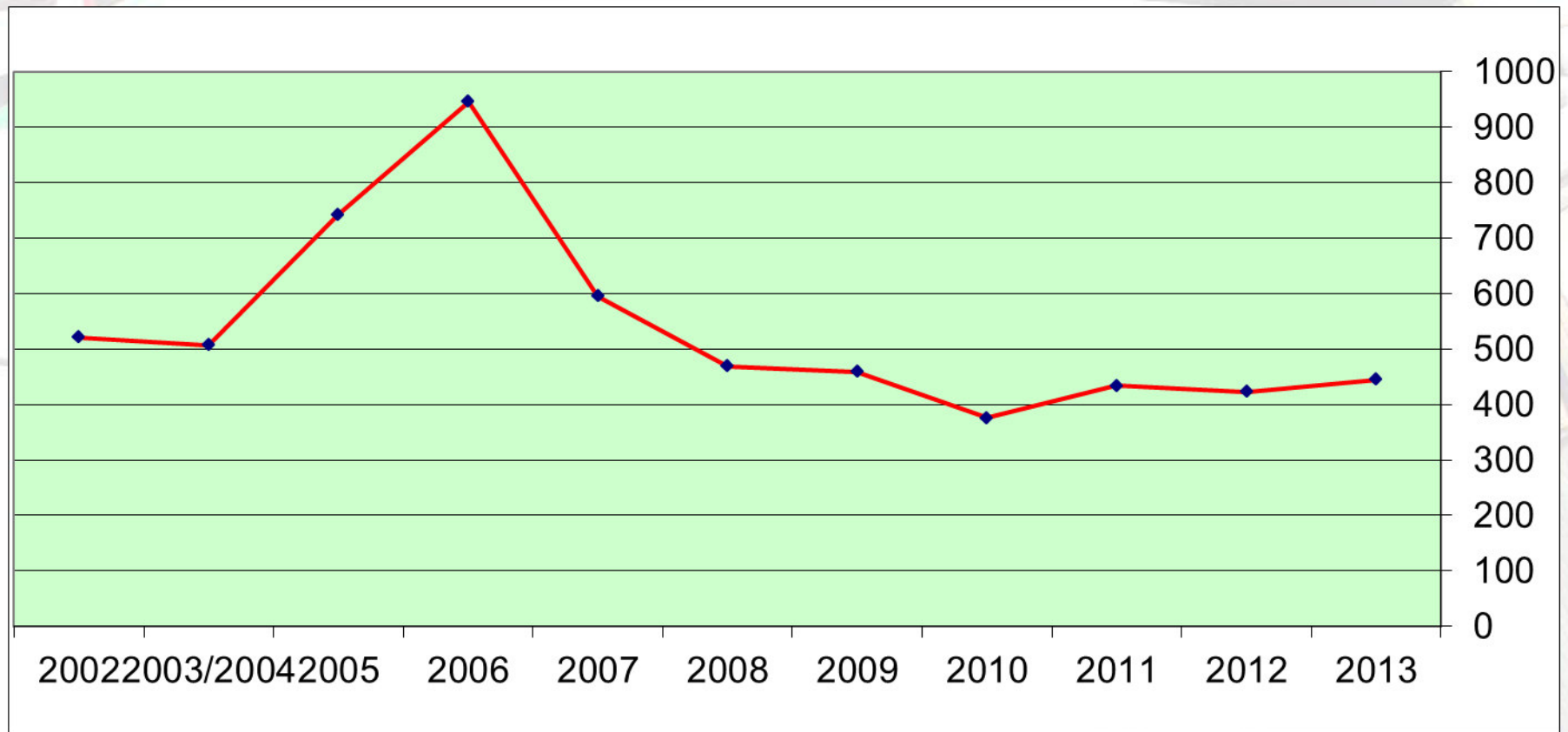
Bereich Bahnhof

	2013	2012	+/-
Gesamtstraftaten	445	423	22
Straftaten gegen das Leben	1	0	1
Sexualdelikte	4	0	4
Roheitsdelikte	75	70	5
Einfacher Diebstahl	171	147	24
Schwerer Diebstahl	16	26	-10
Vermögens- u. Fälschungsdelikte	24	42	-18
Sonstige StGB	89	73	16
Strafrechtl. Nebengesetze	65	65	0
Aufklärungsquote	79,0%	80,1%	

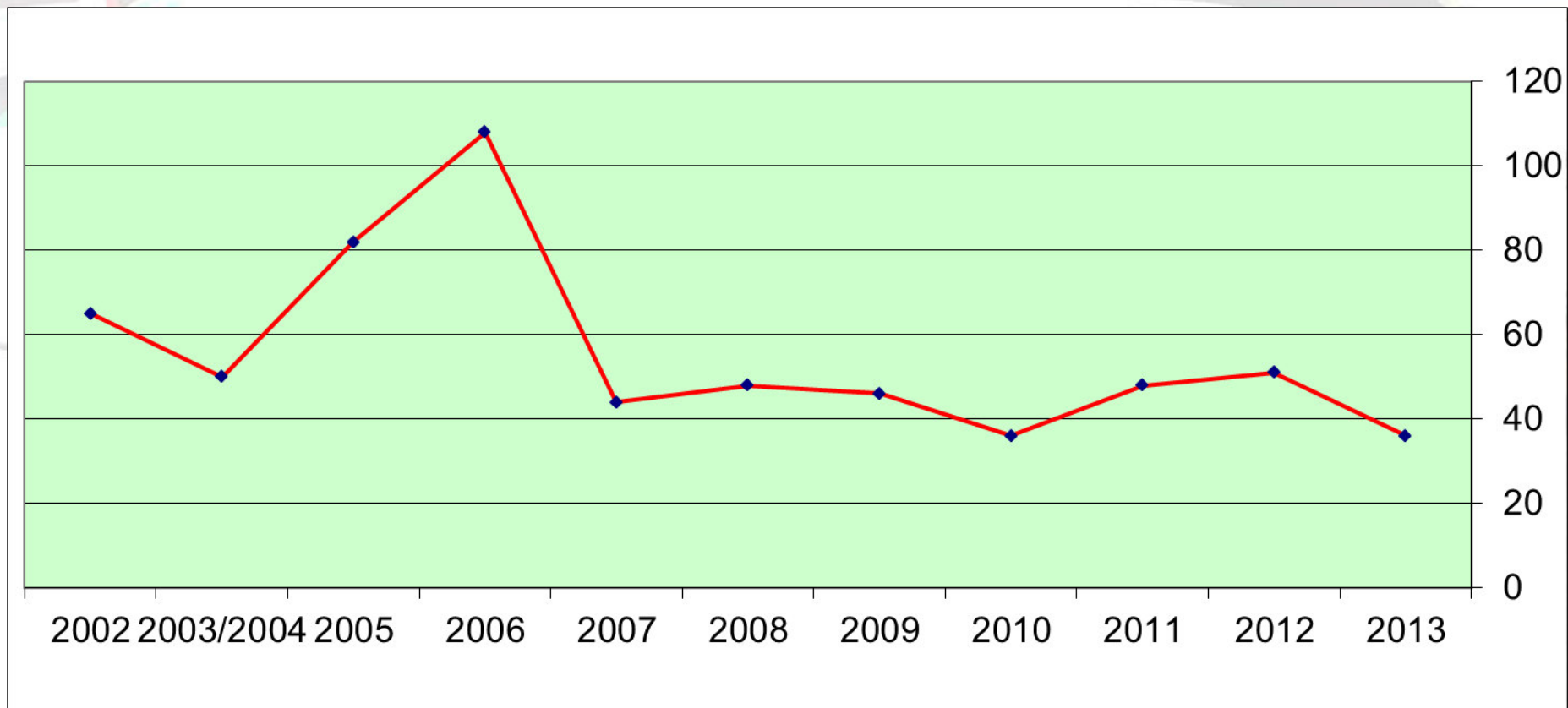
Bereich Bahnhof Straßenkriminalität

	2013	2012	+/-
Gesamtstraftaten	36	51	-15
Sexualdelikte	1	0	1
Roheitsdelikte	13	17	-4
Einfacher Diebstahl	13	10	3
Schwerer Diebstahl	6	20	-14
Sonstige StGB	3	4	-1
Aufklärungsquote	30,5%	35,0%	

Bahnhof im Langzeitvergleich Gesamtstraf­taten



Bahnhof im Langzeitvergleich Straßenkriminalität



... falls sich jemand für Vergleiche
interessiert ...

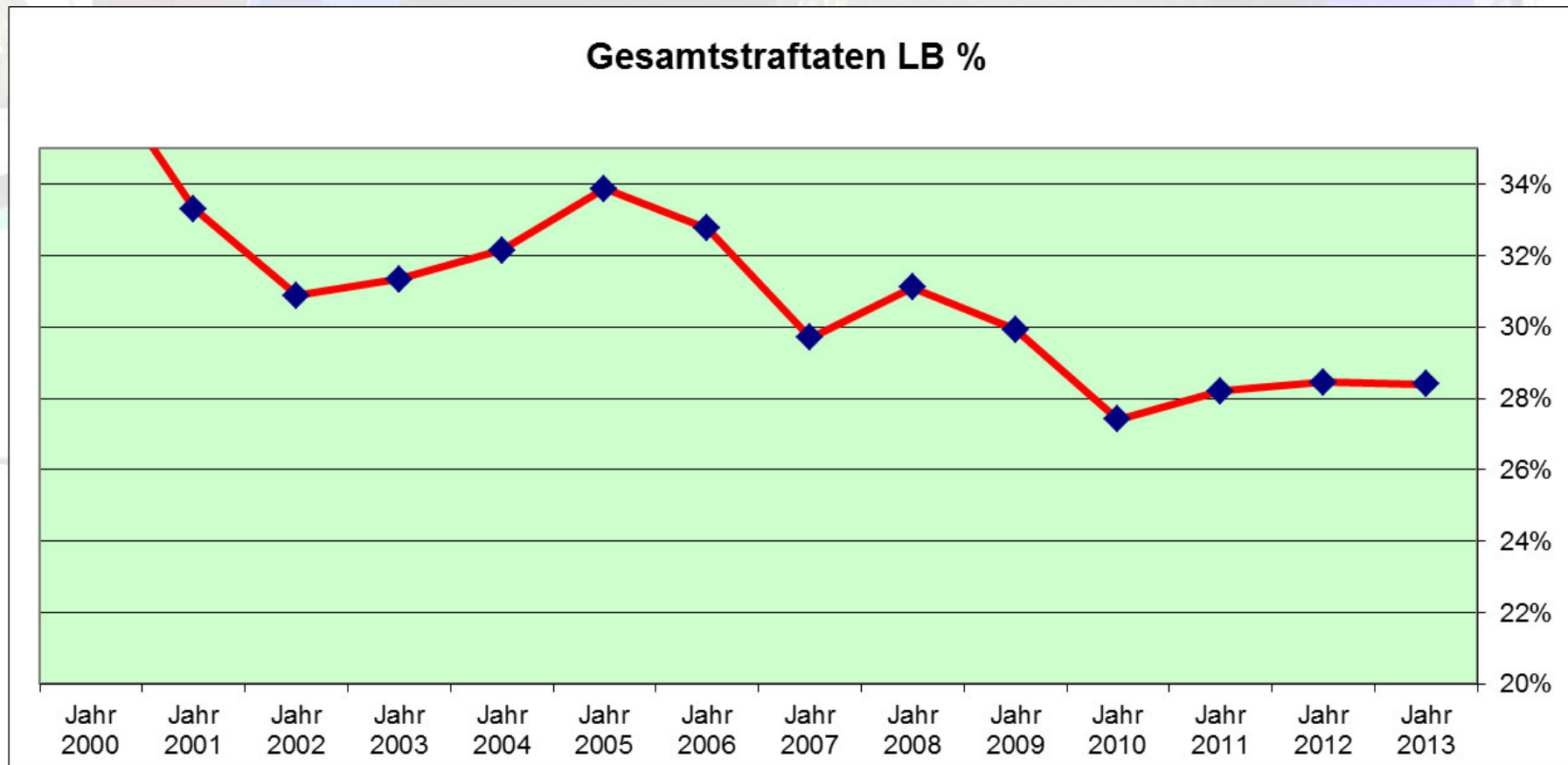
Vergleiche mit anderen Städten oder Gemeinden sind problematisch. Zu unterschiedlich sind die Strukturen wie z. B. Bevölkerungsdichte, Verkehrsinfrastruktur, soziale Infrastruktur, bauliche Gegebenheiten, städtische oder ländliche Prägung, Freizeitangebote, Berufs- und Freizeitpendler, die Auswirkungen auf die Entstehung von Kriminalität haben können.

Wie haben sich bestimmte Delikte im Vergleich zum Landkreis entwickelt?

Bevölkerungsanteil:

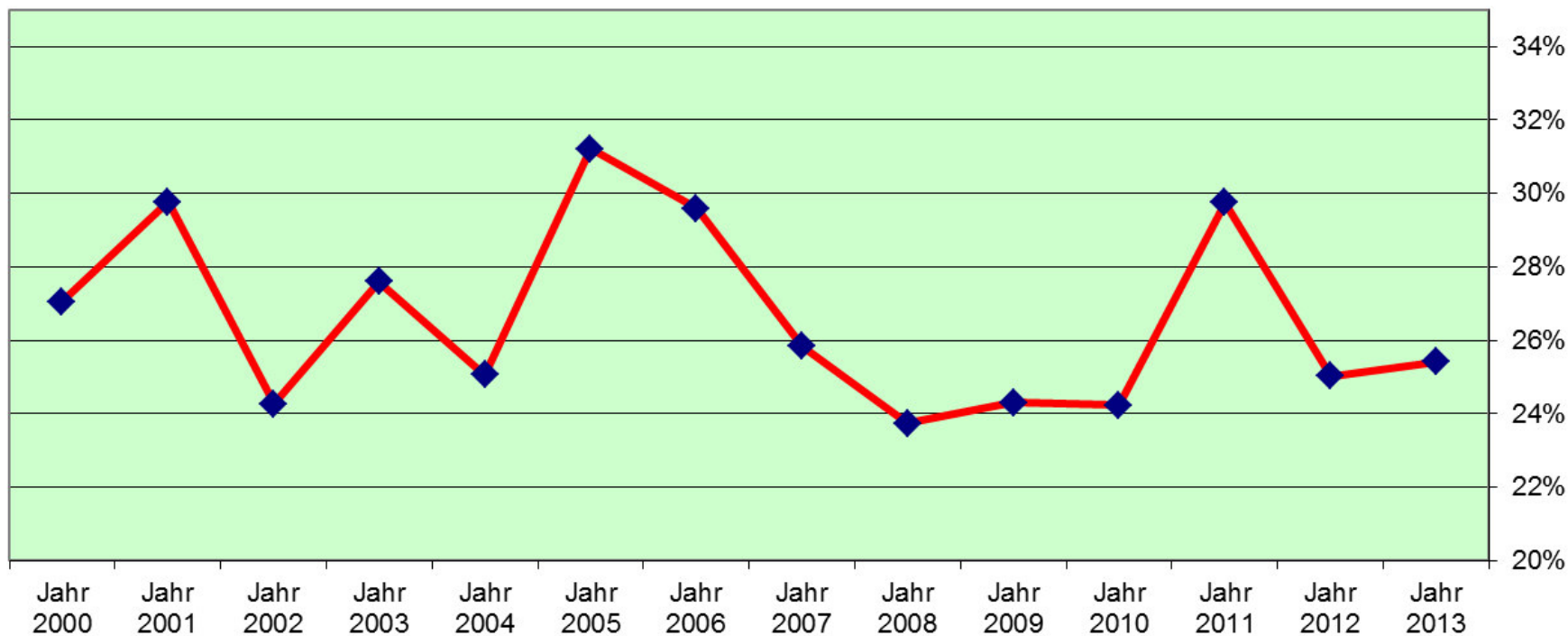
	Kreis LB	Stadt LB	%
1995	485831	86810	18%
2000	497764	86897	17%
2005	513317	87673	17%
2011	521014	88673	17%

Vergleich mit dem Landkreis Ludwigsburg



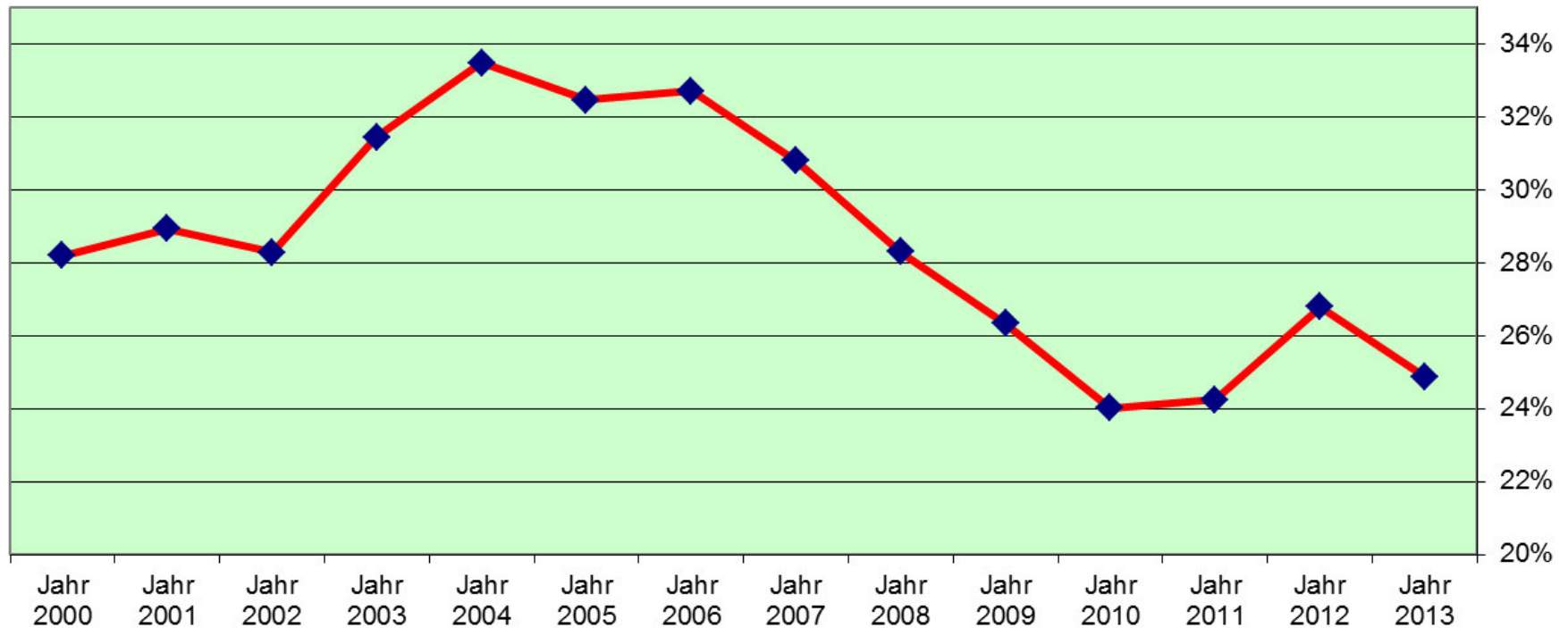
Vergleich mit dem Landkreis Ludwigsburg

Straßenkriminalität LB %



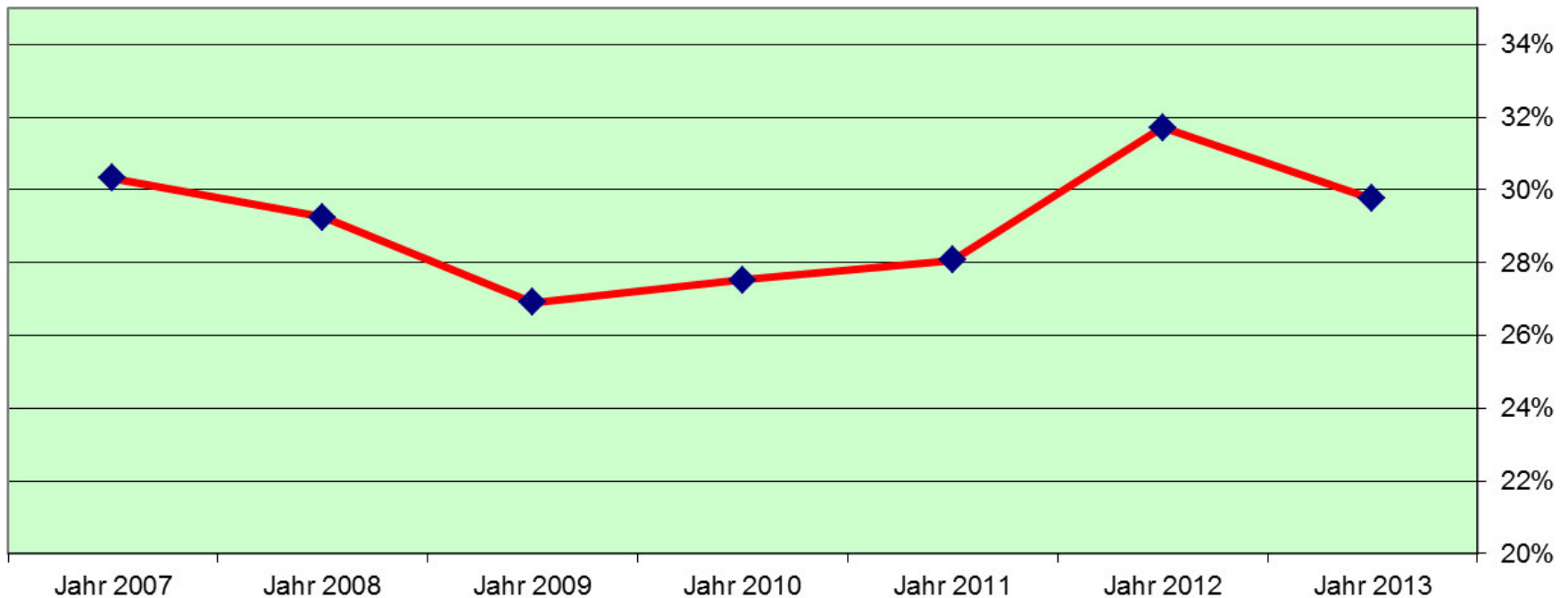
Vergleich mit dem Landkreis Ludwigsburg

Roheitsdelikte LB %



Vergleich mit dem Landkreis Ludwigsburg

Aggressionsdelikte LB %



Anlage 16

Auswertung der potenziellen Brennpunkte in Ludwigsburg

1. Allgemeine Kriterien eines polizeilichen Brennpunkts (Leitlinien)

a) Hohe absolute Belastung mit alkoholtypischen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

unter 50 Delikten:	Keine hohe Belastung
50-100 Delikten:	Einzelfallprüfung nach den besonderen Umständen
über 100 Delikten:	Regelvermutung für einen polizeilichen Brennpunkt

b) Starke relative Belastung mit alkoholrelevanten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

➔ in der Regel ab einer vier- bis fünffachen Mehrbelastung im Vergleich zum Referenzgebiet

c) Unüberschaubare Menschenmenge

unter 50 Personen:	Keine unüberschaubare Personengruppe
50-100 Personen:	Einzelfallprüfung nach den besonderen Umständen
über 100 Personen:	Regelvermutung für eine unüberschaubare Personengruppe

d) Begrenzbarkeit auf einen zeitlichen Schwerpunkt

2. Zahlen für Ludwigsburg – Jahr 2013

a) Zur absoluten Belastung

	Bahnhof/ZOB	Akademiehof	Gesamte Innenstadt
Straftaten			
Schwere Körperverletzung	15 ¹	8 ²	48 ³
Vorsätzliche leichte Körperverletzung	45 ¹		180 ³
Sonstige Gewaltdelikte	3 ³		24 ³
Sachbeschädigung	63 ⁴	2 ²	287 ³
Widerstand gegen die Staatsgewalt	7 ³	2 ²	22 ³
Zwischensumme	133	12	561
Ordnungswidrigkeiten			
Müllverstoß/sonstige Verunreinigung	4 ⁵	11 ⁵	28 ⁶
Lärmbelästigung	0 ⁵	14 ⁵	14 ⁵
Verrichten der Notdurft	1 ⁵	38 ⁵	75 ⁵
Zwischensumme	5	63	117
Gesamtsumme	138	75	678

¹ Vgl. Anlage 14, S. 1 – Daten des Polizeireviers Ludwigsburg, Stand: 28.08.2014, Antwort auf eine Anfrage vom 08.08.2014.

² Vgl. Anlage 14, S. 2 ff. – Daten des Polizeireviers Ludwigsburg aus einer Sondererhebung, Stand: 03.02.2014.

³ Vgl. Anlage 15 – PKS 2013 des Polizeireviers Ludwigsburg; detaillierte Verteilung der Straftaten aufgrund der ergänzenden Angaben des Polizeireviers Ludwigsburg, Stand: 11.08.2014.

⁴ Vgl. Anlage 15 – PKS 2013 des Polizeireviers Ludwigsburg.

⁵ Vgl. Anlage 14, S. 10 f. – Daten der Stadt Ludwigsburg, Stand: zum 31.12.2013.

⁶ Summe der Ordnungswidrigkeiten, die vom städtischen Vollzugsdienst und Polizeivollzugsdienst festgestellt wurden.

b) Zur relativen Belastung

	Bahnhof/ZOB	Akademiehof	Gesamte Innenstadt ⁷ -jeweils abzüglich der Zahlen für Bahnhof und Akademiehof-
Alkoholtypische Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	138	75	465
Fläche in Hektar	3,12 ⁸	0,87 ⁸	181,9 ⁸
Delikte pro Hektar	44,23	86,21	2,56
Belastung in Relation zur Vergleichsfläche	1.727,7 % (17,3-fach)	3.367,6 % (33,7-fach)	

Zum Vergleich die Zahlen der Stadt Freiburg im Breisgau⁹:

	Bermuda-dreieck	Altstadt	Gesamtstadt
Fallzahlen	448	916	2.673
Belastungsfaktor	5000	770	17,5
Belastung des Bermudadreiecks in Relation zur Altstadt	649,4 % (6,5-fach)		
Belastung des Bermudadreiecks in Relation zur Gesamtstadt	2.857,1 % (286-fach)		

c) Zur unüberschaubaren Menschenmenge

	Bahnhof	Akademiehof
Zahl der regelmäßig anwesenden Personen	tagsüber und in den Abendstunden stetig ca. 50; in den Nachtstunden nur einzelne Personen ¹⁰	stark schwankend zwischen einzelnen und bis zu 200 Besuchern; größere Gruppen vor allem in den Abend- und Nachtstunden an Freitagen und Wochenendtagen; bei Polizeikontrollen konnten 2013 an 14 Tagen Gruppen von mehr als 100 Personen festgestellt werden; an Freitagen und Samstagen lag die durchschnittlich festgestellte Gruppengröße bei 39 Personen ¹¹

⁷ Die „gesamte Innenstadt“ umfasst entsprechend der Erhebungen in der PKS den Stadtbereich, der durch folgende Straßen eingeschlossen wird (von Norden beginnend): Heilbronner Straße, Stuttgarter Straße, Achalmstraße, Im Lerchenholz, Solitudeallee, Eisenbahnstraße, Keplerstraße, Pflugfelder Straße, Schlachthofstraße, Kurfürstenstraße und August-Bebel-Straße.

⁸ Laut Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Stadtplanung und Vermessung.

⁹ Vgl. Anlage 12 – Projektbericht der PD Freiburg zum Alkoholkonsumverbot, S. 13.

¹⁰ Laut Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Stand: 05.08.2014; enthalten sind hier nur Angehörige der einschlägigen Obdachlosen- und Alkoholikerszene, nicht jedoch Reisende und andere Passanten.

¹¹ Vgl. Anlage 14 – Sondererhebungen des Polizeireviers Ludwigsburg, S. 9.

d) Zum zeitlichen Aspekt

	Bahnhof	Akademiehof
Zeitraum der Problematik	an allen Wochentagen zwischen 6 und 24 Uhr; in den späteren Nachtstunden nur vereinzelte Vorkommnisse, zumeist innerhalb der „Bahnhofsszene“ ¹²	insbesondere in den Abend- und Nachtstunden zwischen 22 und 6 Uhr vor Wochenendtagen und Feiertagen ¹²

3. Zum Vergleich: Die Zahlen des Jahres 2012 für den Bahnhofsbereich

Quelle: Hermanutz/Schilling, AG Lebenswerter öffentlicher Raum, Forschungsbericht (Anlage 5).

a) Problemlagen nach Straftaten (S. 26)

Summe der Straftaten	Polizeidirektion	Problemlage
394	Freiburg	Bermudadreieck
184	Freiburg	Obere Bismarckallee
183	Heidelberg	Altstadt
137	Ludwigsburg	Bahnhof/ZOB
...

b) Problemlagen nach Ordnungswidrigkeiten (S. 28)

Summe der Straftaten	Polizeidirektion	Problemlage
226	Heidelberg	Altstadt
112	Esslingen	Hauptbahnhof
...
12	Ludwigsburg	Bahnhof/ZOB
...

c) Problemlagen nach Belästigungen (S. 30)

Summe der Straftaten	Polizeidirektion	Problemlage
189	Aalen	Schwäbisch Gmünd, Innenstadt
155	Ludwigsburg	Bahnhof/ZOB
136	Ravensburg	Weingarten, Parkanlage
...

¹² Laut Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Sicherheit und Ordnung sowie Polizeirevier Ludwigsburg, Stand: 05.08.2014 bzw. 11.08.2014.

d) Problemlagen nach geschätzten Gruppengrößen (S. 39 f.)

Summe der Straftaten	Polizeidirektion	Problemlage
1.200	Aalen	Schwäbisch Gmünd, Haselbachtal
1.000	Freiburg	Bermudadreieck
...
50	Ludwigsburg	Bahnhof/ZOB
...

e) Ausgewählte Städte in der Übersicht (S. 50)

	Heidelberg	Freiburg	Ludwigsburg	Esslingen	Ravensburg
Einwohner	150.000	209.628	86.139	86.885	48.393
Straftaten + OWi	409	394	149	109	143
Szenen	Event	Event	Event + Alkoholiker	Alkoholiker/ Obdachlose	Event + Alkoholiker
Zeitl. Schwerpunkte	WE	WE	Täglich	Täglich	WE
Verkehrsknoten	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
Phänomen	Großgruppen	Großgruppen	Gruppen	Gruppen	Gruppen